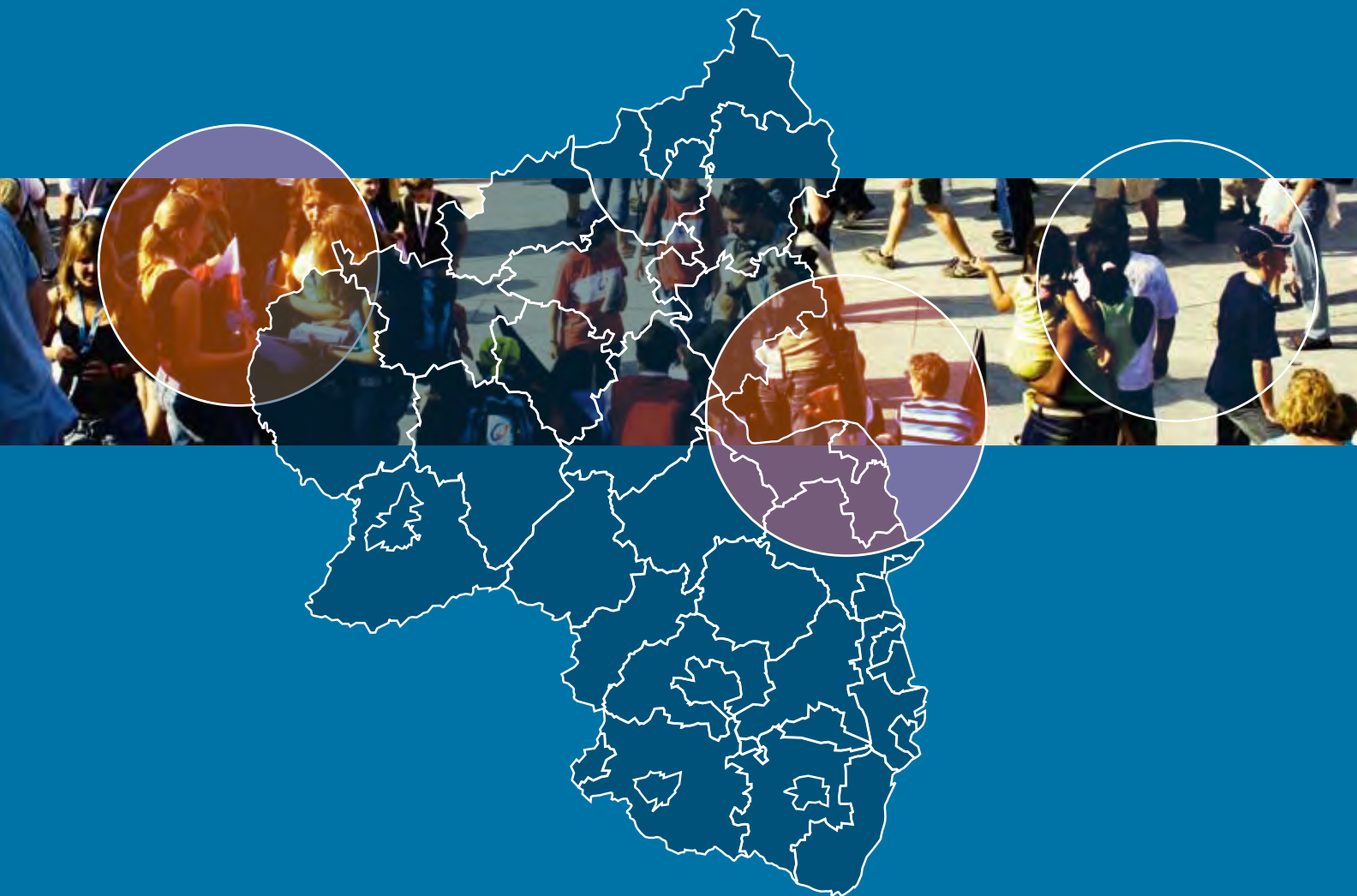




1. KINDER- UND JUGEND- BERICHT RHEINLAND-PFALZ

Zwischen Infrastruktur und Intervention – Zur Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz



IMPRESSUM

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Jugend und Kultur (Hrsg.)**

Mittlere Bleiche 61

55116 Mainz

Telefon: 06131 16 - 0 (zentraler Telefondienst)

Fax: 06131 16 - 2997

E-Mail: poststelle@mbwjk.rlp.de

Web: www.mbwjk.rlp.de

Gestaltung: www.grafikbuero.com

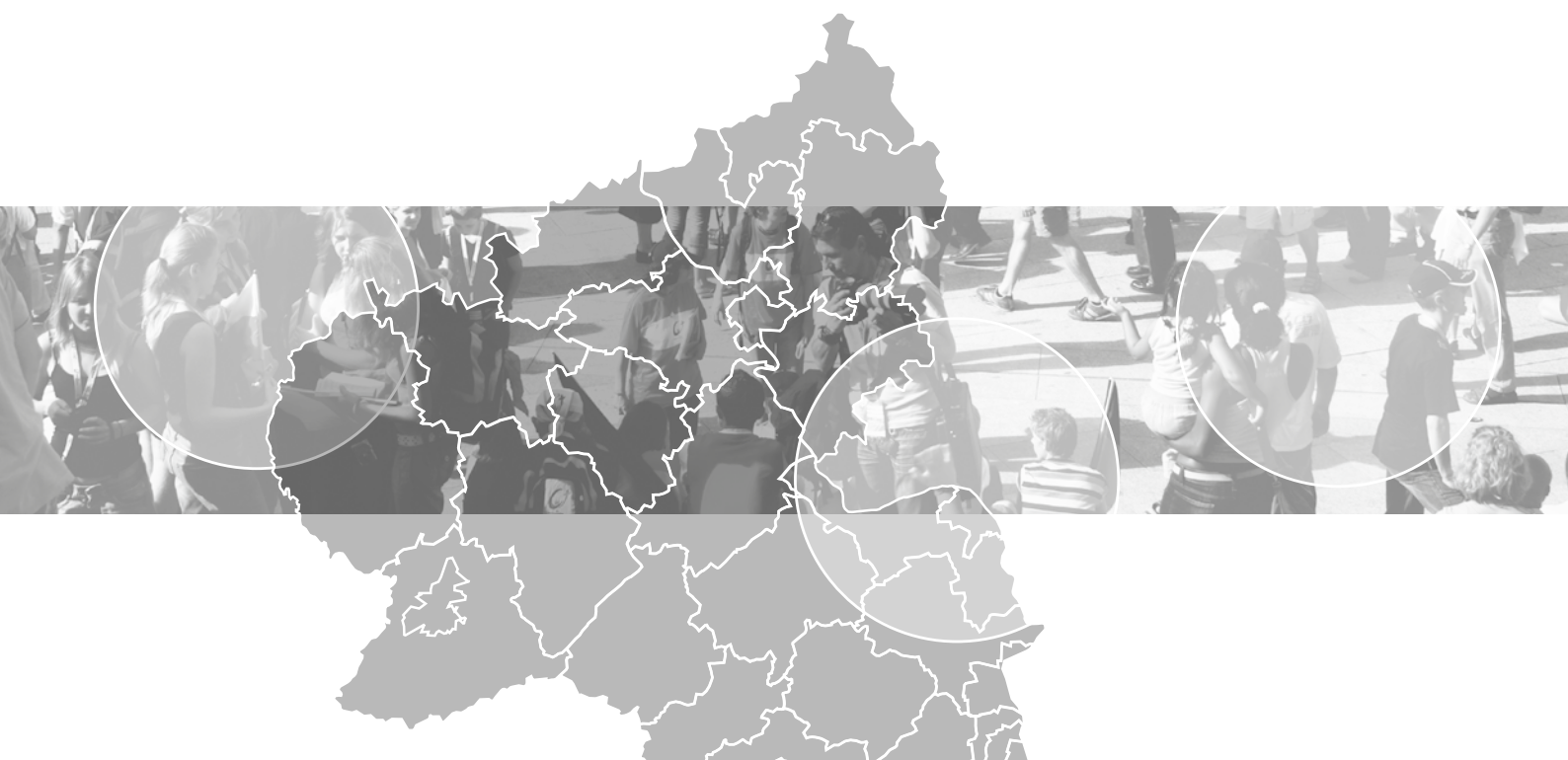
Druck: RT-Druckwerkstätten, Mainz

Erscheinungstermin: Mai 2010

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

INHALTSÜBERSICHT

■ Vorwort	2
■ Stellungnahme der Landesregierung zum ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz	4
Erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz – Zwischen Infrastruktur und Intervention	
■ Zusammenfassung	36
■ Erster Blick:	56
Daten und Fakten zu Lebenssituationen und Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz	
■ Zweiter Blick:	250
Von der Beschreibung zur Deutung: regional differenzierende Sozialberichterstattung zu Lebenssituationen und Lebenschancen junger Menschen	
■ Dritter Blick: Vertiefungen	322
■ Viertens: Empfehlungen	438
■ Projektgruppe	447
■ Anhang	448



VORWORT

Für die Landesregierung ist es eines der vorrangigsten kinder-, jugend- und familienpolitischen Ziele, Kindern und Jugendlichen bestmögliche und gerechte Chancen des Aufwachsens in unserem Land zu bieten, die es ihnen ermöglichen, sich optimal zu entwickeln und zu entfalten.

Um Aussagen über die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen treffen und diese entsprechend weiterentwickeln zu können, ist eine regelmäßige und differenzierte Sozialberichterstattung als Datengrundlage notwendig. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Landesregierung den Beschluss des Landtags vom März 2007, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht vorzulegen.

Die Landesregierung ist dem Auftrag des Landtags mit dem nun vorliegenden ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, der ein Novum für die rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendpolitik darstellt, nachgekommen.

Der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurde von einer unabhängigen Expertenkommission der Universitäten Koblenz-Landau, Mainz und Trier, unter Federführung der Universität Koblenz-Landau, erarbeitet. Im Namen der Landesregierung danke ich den Mitgliedern der Expertenkommission sowie allen Beteiligten, die ihre Praxiserfahrungen und ihr Fachwissen in die Erstellung des Berichts eingebracht haben.

Leitthema des Berichts ist die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen junger Menschen und deren angemessene Förderung im Sinne von Chancengleichheit. Hierbei wird die Balance zwischen Eigeninitiative, Förderung durch den Staat und gegebenenfalls einer nötigen Intervention ausgeleuchtet.

Für die im Landtagsbeschluss geforderte regionale Differenzierung nach Landkreisen und kreisfreien Städten wurde in Anlehnung an das international anerkannte Konzept des „Child Well-being“ ein neues und ambitioniertes Daten-Analysekonzept entwickelt, das – wie auch die Autoren betonen – der Weiterentwicklung bedarf.

Die Expertenkommission bescheinigt dem Land Rheinland-Pfalz an mehreren Stellen der Kinder- und Jugendpolitik eine bundesweite Vorreiterrolle, so beispielsweise im Bereich des Kindertagesstättenwesens, im Bereich der Frühen Hilfen oder auch im Bereich der Jugendberufshilfe. Gleichwohl sieht die Landesregierung aber auch Entwicklungs-



bedarfe für die Rahmenbedingungen der Lebenswelten junger Menschen. Der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz liefert dafür eine wichtige Datengrundlage, die eine differenzierte Weiterentwicklung kinder- und jugendpolitischer Ziele auf Landesebene wie auch auf kommunaler Ebene ermöglicht.

Ich wünsche mir, dass die Analysen und Bewertungen des vorliegenden Berichts eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, das „Child-Well-being“-Konzept konstruktiv diskutiert und weiterentwickelt wird und die Resultate Resonanz finden bei allen, die für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz Verantwortung tragen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Doris Ahnen'.

Doris Ahnen

Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend
und Kultur Rheinland-Pfalz

STELLUNGNAHME DER LANDESREGIERUNG

ZUM ERSTEN KINDER- UND JUGENDBERICHT RHEINLAND-PFALZ

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Inhaltliche Umsetzung des Landtagsauftrages –
Struktur und Konzeption des Berichts
- III. Stellungnahme zu zentralen Aspekten
des Berichts
- IV. Schlussbemerkung

I. Einleitung

Für die Landesregierung ist es eine der zentralen Aufgaben, die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stetig weiterzuentwickeln. Bestmögliche Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu realisieren ist eine permanente Herausforderung für das politische Handeln.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Ganztagschulen, das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“, die Initiative „Viva Familia“ oder die lokalen Bündnisse für Familien sind nur einige wenige Beispiele für die vielfältigen Initiativen und Programme der Landesregierung, um kinder-, jugend- und familienfreundliche Lebensverhältnisse im Land zu erhalten, weiterzuentwickeln und neu zu schaffen.

Eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung kinder- und jugendfreundlicher Lebensbedingungen ist eine möglichst regional differenzierte Sozialberichterstattung. Die Landesregierung begrüßt daher den Beschluss des Landtags vom 01.03.2007 (Drucksache 15/832), in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht erstellen zu lassen, da damit weitere Erkenntnisse und Anregungen für eine optimale Gestaltung der Lebensverhältnisse junger Menschen gewonnen werden können – landespolitisch wie auch kommunalpolitisch.

Mit der Vorlage des ersten Kinder- und Jugendberichts ist die Landesregierung nun dem Auftrag des Landtags nachgekommen.

Da die Erarbeitung des Berichts gemäß des Landtagsbeschlusses extern in Auftrag gegeben werden sollte, hat die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur im August 2008 drei rheinland-pfälzische Universitäten beauftragt, die aufgrund ihrer langjährigen wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik bzw. der Kinder- und Jugendhilfe über die entsprechenden Erfahrungen und Kenntnisse in Rheinland-Pfalz

verfügen. Beauftragt wurden die Universität Mainz, Prof. Dr. Franz Hamburger, die Universität Trier, Prof. Dr. Michael-Sebastian Honig, und die Universität Koblenz-Landau, Prof. Dr. Christian Schraper, bei dem auch die Federführung für die Erstellung des Berichts lag. Die Universitäten haben zur Ausarbeitung des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz eine Projektgruppe einberufen (vgl. Kapitel 10 des Berichts). Die Projektleitung hatten die vorgenannten Professoren, außerdem Prof. Dr. Johanna Mierendorff, Universität Trier, AOR Dr. Magdalena Joos, Universität Trier, sowie Heinz Müller, Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz (ism).

II. Inhaltliche Umsetzung des Landtagsauftrages – Struktur und Konzeption des Berichts

Leitthema des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz ist die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie deren angemessene Förderung im Sinne von Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Balance zwischen Eigeninitiative, Förderung durch den Staat und gegebenenfalls nötiger Intervention soll im Bericht ausgeleuchtet werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Bericht die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz in drei großen Schritten dargestellt und analysiert:

- Mit Daten und Fakten zu Lebenssituationen und Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz (Kapitel 2 und 3) erfolgt mit Bezug auf die im Landtagsbeschluss genannten Punkte eine deskriptive Darstellung zur Lebenssituation und zu Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen.
- Mit der regional differenzierenden Sozialberichterstattung zu Lebenssituationen und Lebenschancen junger Menschen (Kapitel 4 und 5) entwickelt der Bericht ein Konzept, um die Daten zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in ihrer regionalen Differenzierung

nach Landkreisen und kreisfreien Städten analysieren zu können (vgl. Auftrag des Landtags).

- In drei Vertiefungskapiteln beschäftigt sich der Bericht mit den „Startbedingungen des Aufwachsens“ und den „Startbedingungen junger Menschen mit Blick auf Ausbildung und Beruf“ (Kapitel 6 und 7). In Kapitel 8 erfolgt eine „europäische Perspektive“, hier werden mit Blick auf die an Rheinland-Pfalz angrenzenden Länder u. a. die grenzüberschreitende Mobilität (Erwerbstätigkeit im grenznahen Raum) und ihre Auswirkungen auf Lebens- und Berufschancen sowie Auswirkungen auf Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen betrachtet.
- Im letzten Teil des Berichtsentwurfs werden Handlungsempfehlungen formuliert.

Die Landesregierung dankt den Berichterstattern für die Ausarbeitung des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten eine sehr anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen, sowohl vor dem Hintergrund der Themenvielfalt, die der Landtagsbeschluss vorgab, als auch mit Blick auf die methodisch schwierige Aufgabe, die Daten des Kinder- und Jugendberichts nach Möglichkeit regional differenziert darzustellen.

Weder auf Bundesebene noch auf der Ebene der Bundesländer, die einen Kinder- und Jugendbericht vorgelegt haben, erfolgte bislang eine regelmäßige systematische regional differenzierte Berichterstattung. Der Bericht schlägt daher für Rheinland-Pfalz ein neues Daten- und Analysekonzept (Indikatorenmodell) vor. Dieses Daten- und Analysekonzept ist als eine erste Annäherung an eine regional differenzierende Sozialberichterstattung einzuordnen und noch in der Entstehung und Entwicklung begriffen, unter anderem weil

in Teilbereichen notwendige Daten fehlten, um die Lebenswirklichkeiten von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz angemessen beschreiben zu können. Der Vorschlag regt einen notwendigen Verständigungs- und Diskussionsprozess an, welche Daten künftig wie zu erfassen und zu deuten sind, um landesweit regional differenziert solide Aussagen über die Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien treffen zu können.

III. Stellungnahme zu zentralen Aspekten des Berichts

Vor dem Hintergrund des sehr umfangreichen Berichts erfolgt hier eine Konzentration auf wesentliche Aspekte. Zu Aussagen und Schlussfolgerungen des Berichts, zu denen sich die Landesregierung nicht äußert, kann weder von ihrer Zustimmung noch von ihrer Ablehnung ausgegangen werden.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz sieht sich durch die Ergebnisse des Berichts in ihrem Handeln grundsätzlich bestärkt. Zahlreiche Aussagen und Anregungen des Berichts wurden in dieser Legislaturperiode bereits angestoßen oder umgesetzt. Dies gilt unter anderem mit Blick auf den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige, die sukzessive Einführung der Beitragsfreiheit in Kindergärten seit Januar 2006, die ab August 2010 auch für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr gelten wird, die Stärkung Früher Hilfen und den Ausbau lokaler Netzwerke durch das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit, die Initiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“, den Ausbau der naturnahen Erlebnisspielräume, die große integrations- und bildungspolitische Leistung der landesweiten Sprachförderung im Vorschulalter sowie den weiteren Ausbau der Ganztagschulen und der Schulsozialarbeit.

III.1 Zum deskriptiven Datenteil sowie zum Daten- und Analysekonzept „Child Well-being“

Den Kapiteln zum Daten- und Analysekonzept (Kapitel 4 und 5) gehen thematisch sortierte und kommentierte Datensammlungen voraus. Erstmals ist damit ein umfassendes Kompendium von Daten und Erkenntnissen zu den Bedingungen des Aufwachsens von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Rheinland-Pfalz entstanden, das von großem Nutzen für die Weiterentwicklung der Fachpolitik sein wird, auch wenn in diesem deskriptiven Datenteil des Berichts (Kapitel 2 und 3) an einigen Stellen eine präzisere Darstellung der Daten zu wünschen bleibt. Beispielsweise wurden in Kapitel 3.1 zur Gesundheit Daten aus verschiedenen Quellen zusammengestellt, aber nicht klar miteinander in Bezug gesetzt, dadurch kommt es zu Verständnisschwierigkeiten. Der im Bericht formulierte Anspruch, das aktuellste verfügbare Datenmaterial zu einer Fülle einschlägiger Themen bereitzustellen, kann nicht immer erfüllt werden, als Beispiele können hier die Armutsrisikoquote oder die Betreuungszeiten in Kindertagesstätten genannt werden.

Wie der Bericht konstatiert, gibt es zwar eine Fülle von Daten zu einer großen Vielfalt von Aspekten des Lebens von Kindern und Jugendlichen in

Rheinland-Pfalz, aber sie werden getrennt voneinander und unter der Zwecksetzung der jeweiligen Institution erhoben; sie ergeben daher kein geschlossenes Gesamtbild. Desiderate zu Daten bleiben vor allem in jenen Bereichen der Jugendhilfe, die gesetzlich in Form einer Angebotsverpflichtung ohne individuellen Rechtsanspruch geregelt sind, wie etwa die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit, der erzieherische Kinder- und Jugendschutz oder die allgemeine Förderung der Familie. Trotz Einschränkungen in der Datenlage ist mit diesem Teil des Berichts eine gute Ausgangslage für die weiteren Kinder- und Jugendberichte geschaffen.

Zur Strukturierung und Deutung der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz entwickelt der Bericht ein neues Daten- und Analysekonzept (vgl. insbesondere Kapitel 4, auch Kapitel 5), das einen regional differenzierten Blick ermöglichen soll. Zugrunde gelegt wird das international anerkannte theoretische Konzept des „Child Well-being“, das der Bericht für Rheinland-Pfalz anpasst und in die drei Dimensionen „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrt“ und „Handlungsräume“ aufschlüsselt. Methodisch erfasst der Bericht die drei Dimensionen durch ausgewählte Kennzahlen, Indikatoren und Indices, sodass für die drei Dimensionen jeweils ein Index entwickelt wird und schließlich als „Ergebnis“ der Gesamtindex Child Well-being. Mit den insgesamt 101 Daten bzw. Kennzahlen, 14 Indikatoren und den 4 Indices soll eine nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzierte Betrachtung der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz möglich werden. Ausdrücklich weist der Bericht darauf hin, dass die Darstellungsform nicht als „Ranking“ interpretiert werden dürfe.

Es stellen sich aber auch inhaltliche und methodische Fragen, auf die in den weiteren Kinder- und Jugendberichten Antworten gefunden werden sollen. Dass aufgrund der schwierigen, noch nicht ausreichenden Datenlage noch kein „endgültiges“ Konzept vorgestellt werden konnte, ist nachvollziehbar. Eine Begründung, warum diese für den

ersten Bericht ausgewählten Kennzahlen und Indikatoren zur Bestimmung der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen (in den einzelnen Dimensionen Lebensbedingungen, Wohlfahrt, Handlungsräume) handlungsleitend sind, die Gewichtung der Indikatoren, die unterschiedliche Quantität von Kennzahlen und die Verknüpfung der deskriptiven Daten mit den Vertiefungskapiteln müssen weiterentwickelt werden.

Diese kritische Einschätzung zum vorgeschlagenen Daten- und Analyseinstrument soll den Verdienst des Berichts nicht schmälern, sondern verdeutlichen, dass es hier um ein Modell geht, das es weiterzuentwickeln gilt. Die Landesregierung würde es begrüßen, wenn die beteiligten Hochschulen mit den freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe auf Basis der vorgelegten Daten in einen „Wissenschaft-Praxis-Dialog“ eintreten, um die Grundlagen für die künftigen Kinder- und Jugendberichte zu präzisieren.

III.2 Familienbildung als zentraler Baustein für die Rahmenbedingungen eines guten Aufwachsens von Kindern

Für das Aufwachsen von Kindern, für ihre Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung sowie für die perspektivische Ausgestaltung ihrer Lern- und Bildungsprozesse sind (in der Regel) zuallererst Eltern bzw. Familien verantwortlich. Der erste Kinder- und Jugendbericht greift dies auf, indem die wichtigen Bereiche der Familienbildung sowie der Erziehungs- und Familienberatung thematisiert werden. Die Landesregierung begrüßt, dass diesen Themen im ersten Kinder- und Jugendbericht der entsprechende Stellenwert zukommt.

Das Land Rheinland-Pfalz nimmt im Bereich Familienbildung eine bundesweit führende Position ein. In den letzten fünf Jahren wurden im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, während in anderen Ländern die Mittel für Familienbildung drastisch gekürzt oder gar gestrichen wurden. Damit wurden unterschiedliche Programme und Prozesse in die Wege

geleitet, um insbesondere neue Zielgruppen zu erreichen, die mit traditionellen Programmen der Familienförderung und -bildung bislang nicht erreicht wurden.

Die präventive Wirkung von Angeboten ist grundsätzlich schwer messbar. Dennoch wurden in der Modellphase einzelne Programme wissenschaftlich evaluiert. Die Evaluation im Programm „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ zeigt, dass es gelungen ist,

- Familien frühzeitig anzusprechen und von Anfang an intensiv zu beraten und zu betreuen,
- Familien mit erhöhtem Hilfebedarf zu erkennen und hier zur Vermittlung an weiterführende Hilfen beizutragen und
- regionale Netzwerke zur Förderung der Kindergesundheit und Stärkung der Familienkompetenz aufzubauen und eng mit Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens zu kooperieren.

Die Evaluation im Programm „Netzwerk Familienbildung“ hat ergeben, dass

- Familienbildungsangebote unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure abgestimmt, vernetzt und ausgebaut werden konnten,
- es gelungen ist, neue Zielgruppen zu erreichen, besonders bildungsferne Familien, und der Stellenwert von Familienbildung als regelhaftes präventives Angebot innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt wird.

Vor diesem Hintergrund ist die in Kapitel 3.2.2 getroffene Aussage, dass mit Ausnahme der wissenschaftlichen Evaluation der „Häuser der Familien“ die anderen Familienbildungsprogramme nicht evaluiert seien, so nicht haltbar. Alle Programme im Bereich des Schwerpunkts „Erziehungskompetenz stärken“ der Initiative „Viva Familia“ sind breitenwirksam angelegt. Bei der Umsetzung liegt ein besonderes Augenmerk auf

der interkulturellen Öffnung, die auch beim Controlling entsprechend nachzuweisen ist.

Die Förderung von Familienbildungsstätten und Familienzentren durch die Kommunen (Jugendämter) geht weit über die im Bericht zitierte finanzielle Förderung hinaus. So erhalten die Einrichtungen beispielsweise mietfreie Räumlichkeiten, kostenfreie Sachleistungen, Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und personelle Unterstützung. Alle 20 anerkannten Familienbildungsstätten haben Netzwerke der Familienbildung initiiert, die in enger Zusammenarbeit mit den für Jugendhilfe zuständigen Jugendämtern geplant und umgesetzt werden. Darüber hinaus gibt es verstärkte Initiativen der Jugendämter, Familienbildungsangebote breitenwirksam durch freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe auch dort zu verstärken, wo es keine Angebote durch Familienbildungsstätten gibt.

III.3 Erziehungs- und Familienberatung: niedrigschwelliger und kostenfreier Zugang für Kinder, Jugendliche und Eltern

Die Erziehungs- und Familienberatung hat im Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe in den Kommunen einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich alleine an der jährlich steigenden Zahl von Beratungen. Aus Sicht der Landesregierung ist ein besonderes Qualitätsmerkmal der niedrigschwellige und kostenfreie Zugang zur Beratung für Väter, Mütter und Kinder. Die Landesregierung bringt mit der neuen Verwaltungsvorschrift für Soziale Beratungsstellen zum Ausdruck, dass sie sowohl ein hohes Interesse an der fachlichen Gestaltung und Weiterentwicklung des Feldes hat als auch die hohen finanziellen Belastungen der Kommunen anerkennt und sich daher bis zu 25 % an den Fachpersonalkosten in allen 128 Sozialen Beratungsstellen (Erziehungsberatungsstellen, Ehe-, Familie- und Lebensberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen) beteiligt. In Kapitel 3.2.2 sind die Anteile der Landesförderung dargestellt, dabei bleibt die Förderung durch die jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften unberücksichtigt.

Die Darstellung der Familienbildung und der Beratungslandschaft in Kapitel 3.2.2 ist insgesamt sehr differenziert und auch bezogen auf die Regionen aussagekräftig. Bedauerlicherweise wird diese differenzierte Darstellung der Familienbildung und Beratung in Kapitel 6.4.4 nicht aufgegriffen und vertieft, sondern die dortige Tabelle 74 nivelliert diese komplexen Darstellungen des früheren Kapitels auf die wenig aussagekräftige Feststellung „vorhanden“ – „nicht vorhanden“.

III.4 Hilfen zur Erziehung: Hilfe und Unterstützung, wenn familiäre Ressourcen nicht mehr ausreichen

Der erste Kinder- und Jugendbericht macht die Bedeutung der Hilfen zur Erziehung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien deutlich. 2008 nahmen über 21.000 junge Menschen eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch. Land und Kommunen wendeten 2008 270 Mio. Euro für diesen Bereich auf. Auch hier sieht sich die Landesregierung gegenüber den Kommunen in der Verantwortung. Über 44 Mio. Euro hat die Landesregierung in 2008 den Kommunen für die Hilfen zur Erziehung erstattet.

Die Landesregierung teilt die Einschätzung des Berichts, dass der Umbau der Hilfen zur Erziehung – Qualifizierung der Hilfen und Ausbau der ambulanten Hilfen – seit den 1990er Jahren eine Erfolgsgeschichte von Land, Kommunen und freien Trägern ist. Hieran gilt es, gerade vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen und Kosten, intensiv weiter zu arbeiten. Das Land hat dabei vor allem eine Initiierungs- und Moderationsfunktion. Die Erziehungshilfeoffensive als programmatischer Titel eines Bündels von Maßnahmen bildet das Dach für die unterschiedlichen Aktivitäten. Die Fortführung des Berichtswesens für die Hilfen zur Erziehung ist in diesem Zusammenhang ein Schwerpunkt.¹

¹ Der dritte Landesbericht Hilfen zur Erziehung erscheint im Juni 2010.

III.5 Kinderarmut

In regelmäßigen Abständen werden im Auftrag des Landtags Armuts- und Reichtumsberichte erstellt. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht vom 25. Februar 2010 liegt als Bericht dem Landtag vor (Drucksache 15/4285). Die Situation von Familien und Kindern wird in diesem Bericht unter dem Gesichtspunkt der Armut beziehungsweise Armutsgefährdung in eigenen Kapiteln sehr ausführlich analysiert.

An verschiedenen Stellen des ersten Kinder- und Jugendberichts wird das Thema Armut aufgegriffen (explizit in Kapitel 2.4). Unter anderem wird die Aussage getroffen, dass Rheinland-Pfalz hinsichtlich Armut und Armutsgefährdung im Bundesdurchschnitt liege. Diese Aussage ist nicht präzise. Vielmehr zeigen die Berechnungen des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2008, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich der Armutsrisikquoten an sechster Stelle liegt. Beim Vergleich der Mindestsicherungsquoten belegt Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Quote nach den wirtschaftsstarken Ländern Bayern und Baden-Württemberg.

Bei der Kinderarmut liegt der Schwerpunkt der „Armutsbekämpfung“ zunächst darin, die Erwerbsarbeits- und Einkommenssituation der betroffenen Familien zu verbessern. Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist daher ein vorrangiges Ziel. Bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise konnten in Rheinland-Pfalz beachtliche Erfolge erzielt werden. So sank die Arbeitslosenquote im September 2008 auf 5,2 Prozent. Zum anderen ist der Mindestlohn ein wichtiger Faktor, um Armut zu verhindern oder zu bewältigen. Es gibt kein wirksameres Mittel gegen Armut als neue Arbeitsplätze, aber nur dann, wenn Arbeit auch armutsfest bezahlt wird. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz setzt sich deshalb – unter anderem durch eine Bundesratsinitiative im Jahr 2007 – nachdrücklich für die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen ein.

Dem Bericht ist zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass neben der materiellen Dimension – Einkommensarmut – der Einfluss von Armut auf weitere

Dimensionen der Lebensgestaltung wie Bildung, Gesundheit und die Einbindung in soziale Netzwerke von zentraler Bedeutung ist.

Exemplarisch werden im Folgenden Maßnahmen der Landesregierung zur Armutsbekämpfung von Kindern kurz benannt, die dem zuvor Gesagten bereits seit Langem Rechnung tragen:

- Als eine Maßnahme zur Prävention von Kinderarmut beziehungsweise zur Milderung der negativen Folgen von Kinderarmut ist die Landesstiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“ zu benennen. Das Stiftungsvermögen beträgt derzeit 8,1 Mio. Euro. Nach der Satzung verfolgt die Stiftung den Zweck, schwangeren Frauen und Familien, vor allem kinderreichen Familien und alleinerziehenden Müttern und Vätern, die sich in einer außergewöhnlichen Not- oder Konfliktsituation befinden, schnelle und auf den Einzelfall abgestimmte finanzielle Hilfen zu ermöglichen. Die Leistungen der Stiftung sind eine wichtige Ergänzung zu den gesetzlichen Leistungen und werden im Einzelfall in Zusammenarbeit mit den sozialen Beratungsstellen und den örtlich zuständigen Jugend- und Sozialämtern vermittelt. Zurzeit stehen jährlich etwa 360.000 Euro für Einzelfallhilfen zur Verfügung. Hinzu kommen die Mittel aus der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ in Höhe von rund 4,4 Mio. Euro.
- Auskommen mit dem Einkommen, wirtschaftliche Haushaltsführung, richtiges Einkaufen und die Organisation eines Haushaltes sind Kompetenzen, die Familienbildung vermittelt und die gerade für Familien mit einem geringen Einkommen extrem wichtig sind. Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ wurde daher das Modellprogramm „Netzwerk Familienbildung“ (vgl. oben Abschnitt III.2) gestartet.
- Von Bedeutung ist ebenfalls das Netzwerk „Regionaler Knoten Rheinland-Pfalz – Kinderge-sundheit in sozial benachteiligten Lebenslagen“ unter der Federführung der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz.

Es dient dem Austausch von Erfahrungen und Informationen aus Projekten der Gesundheitsförderung, Familienbildung und -beratung, der Gemeinwesenarbeit und der Sozialen Arbeit.

- Kein Kind, das in Rheinland-Pfalz über die Mittagszeit hinaus eine Kindertagesstätte besucht und am Mittagessen dort teilnehmen kann, soll wegen fehlender finanzieller Mittel vom Essen ausgeschlossen sein. Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung. Das Land stellt hierfür in Form einer freiwilligen Leistung für die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise – auch für deren große kreisangehörige Städte mit eigenem Jugendamt – seit Januar 2009 jährlich 1,5 Mio. Euro in einem Sozialfonds bereit.
- Zur Förderung der Chancengleichheit hat sich die Landesregierung dazu entschieden, einen Sozialfonds für das Mittagessen in Ganztags-schulen zum Schuljahresbeginn 2006/07 einzurichten. Das Land Rheinland-Pfalz hat damit bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Mit dem Sozialfonds wird der Essenspreis vom Land mitfinanziert, seit dem Schuljahr 2009/10 mit insgesamt 1,4 Mio. Euro an Landesmitteln.
- Die Ganztags-schulen in Rheinland-Pfalz haben ein erweitertes pädagogisches Angebot, das die Chancengleichheit erhöht, zusätzliche Förderung ermöglicht und den Kindern und Jugendlichen – unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses – ein breites Spektrum kultureller, sportlicher und lernanregender Möglichkeiten bietet.
- Die Landesregierung stellt außerdem Projekt-mittel zur Verfügung, um Kindern, die von Armut betroffen sind, gezielt Angebote zu eröffnen, die ihre persönliche und soziale Entwicklung stärken. Die entsprechenden Förderkriterien wurden gemeinsam mit der Liga der Wohlfahrtsverbände Rheinland-Pfalz entwickelt.

Gefördert werden:

- Projekte, die die Potentiale von Kindern in benachteiligten Wohngebieten fördern, die Ausgrenzung verhindern und die die professionellen und informellen Ressourcen innerhalb und außerhalb des Wohngebietes nutzen und vernetzen. Dazu zählen vor allem Projekte, die die Partizipation der Kinder und Jugendlichen unterstützen und ihre Teilhabe z. B. an Kunst und Kultur stärken und dazu beitragen, die sogenannten sozialen Brennpunkte zu öffnen.
- Der Aufbau „runder Tische“ mit dem Ziel der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure innerhalb des benachteiligten Wohngebietes.
- Professionsübergreifende, brennpunktspezifische Fortbildungen.

III.6 Frühe Förderung, Hilfe und Schutz in der Kindheit – Unterstützung von Anfang an

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich, dass der Bericht der frühen Kindheit auch unter den Aspekten „Frühe Förderung und Frühe Hilfe“ einen eigenen Schwerpunkt eingeräumt hat (Kapitel 6.4). Jedoch kann die Kritik, dass die familienunterstützenden örtlichen Institutionen in keinem Zusammenhang mit den Lebenslagen und Belastungen der Familien stehen, nicht nachvollzogen werden; diese Ausführungen hält die Landesregierung für nicht belegt. Hier wäre ein differenzierterer Zugang zu der durchaus als wichtig anerkannten Fragestellung wünschenswert gewesen.

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am 27.02.2008 einvernehmlich das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) verabschiedet. Das Gesetz ist am 21.03.2008 in Kraft getreten. Durch die Verknüpfung von Prävention, Frühen Hilfen und gesundheitlicher Förderung mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln hat das Landesgesetz bundesweit Vorbildcharakter. Die Landesregierung teilt nicht die Einschätzung des Berichts, dass das Gesetz den kontrollierenden Charakter des

Kinderschutzes unterstützt, und hält dies für eine verkürzte und sachlich nicht begründete Schlussfolgerung.

Im Zentrum des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit stehen der Aufbau der lokalen Netzwerke sowie das verbindliche Einladungs- und Erinnerungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen.

Bei den lokalen Netzwerken geht es insbesondere um das aktive Einbeziehen der Einrichtungen und Dienste der Gesundheitshilfe. Die Jugendämter haben die Verantwortung für den Aufbau und die Arbeit der lokalen Netzwerke. Die Ziele der lokalen Netzwerke sind in § 3 LKindSchuG hinreichend beschrieben. Sie zielen ausdrücklich auf Frühe Förderung und Frühe Hilfe und nicht auf Kontrolle und Intervention. Seit Ende 2009 sind alle Jugendämter an lokalen Netzwerken beteiligt. Daher unterstützt die Landesregierung ausdrücklich die Empfehlung zur flächendeckenden Einführung Früher Hilfen. Hier liegt für die kommenden Jahre eine zentrale Gestaltungsaufgabe von Land und Kommunen. Dabei darf der Ausbau von Frühen Hilfen nicht zu Lasten von anderen Leistungen von Kindern und Jugendlichen (z. B. Förderung und Hilfe von Jugendlichen) gehen. Im Bereich der Frühen Hilfen kommt den Angeboten für Kinder von sucht- und psychisch kranken Elternteilen eine besondere Bedeutung zu.

Bei der Darstellung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit ist dem Bericht entgangen, dass der Gesetzgeber den Jugendämtern eine Servicestelle zum Aufbau der lokalen Netzwerke, angesiedelt beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, zur Seite gestellt hat. Diese Servicestelle berät und unterstützt die Jugendämter beim Auf- und Ausbau der lokalen Netzwerke.

Früherkennungsuntersuchungen tragen wesentlich zu einem gesunden Aufwachsen bei und helfen mit, rechtzeitig durch eine frühe Förderung eine drohende Behinderung zu vermeiden oder deren Auswirkungen zu reduzieren. Ziel muss

sein, durch mehr Verbindlichkeit von Früherkennungsuntersuchungen die gesunde Entwicklung von Kindern zu fördern. Daher wurde in dem Landesgesetz ein verbindliches Einladungs- und Erinnerungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen geregelt. Dabei gilt es ausdrücklich festzuhalten, dass die Früherkennungsmaßnahmen nicht geeignet sind, um Vernachlässigungen und Misshandlungen von Kindern systematisch zu erkennen.

Das Landesgesetz sieht gegenüber dem Landtag eine Berichtspflicht in jeder Legislaturperiode erstmals in 2010 vor. Die Landesregierung hat daher in 2009 eine Evaluation des Landesgesetzes in Auftrag gegeben. Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation wird Grundlage des Berichts an den Landtag sein. Die Landesregierung erwartet von dem Evaluationsbericht wichtige Hinweise zur Sicherung und Förderung von Kindeswohl und Kindergesundheit.

Einen weiteren wichtigen Beitrag für einen wirksamen Kinderschutz, der bspw. auch die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule realisiert, wie es im Empfehlungsteil des Berichts gefordert wird, leisten in Rheinland-Pfalz die Kinderschutzdienste freier Träger, die von der Landesregierung mit jährlich rund 830.000 Euro gefördert werden.

Kinderschutzdienste sind zwar in erster Linie Anlaufstellen für Jungen und Mädchen, die Opfer von Misshandlungen oder sexuellem Missbrauch wurden. Zur Aufgabe rheinland-pfälzischer Kinderschutzdienste gehört es aber auch, dass sie als Fachdienste allgemeine Informationen und beratende Unterstützung im Einzelfall für Berufsgruppen anderer Institutionen, wie z. B. Kindertagesstätten und Schulen, anbieten.

Mit ihrem kindzentrierten Ansatz und dem ganzheitlich – an Wille und Wohl des Kindes – orientierten Angebot tragen die Kinderschutzdienste Rheinland-Pfalz als kind- und jugendspezifische Anlaufstellen zum Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen bei.

Wenn im Bericht dargestellt wird, dass bei der Evaluation wie auch bei der Weiterentwicklung des Konzepts der Kinderschutzdienste festgestellt wurde, dass eine verbindliche Zusammenarbeit von Jugendämtern und Kinderschutzdiensten sich noch konkretisieren müsse und noch nicht gesagt werden könne, wie weit die Integration der Kinderschutzdienste in die örtlichen Netzwerke zum Kinderschutz gelungen ist, vermittelt dies einen falschen Eindruck. Für die Kinderschutzdienste ist ein Standard ihrer Arbeit die Vernetzung und Kooperation mit Jugendamt, Beratungsstellen, Kindertagesstätten und Schulen. Die Kinderschutzdienste gehörten schon vor der Einrichtung von lokalen Netzwerken gemäß dem Landeskinderschutzgesetz Kinderschutznetzwerken an und haben diese mancherorts auch mit angeregt.

Wenn Kinderschutz in Rheinland-Pfalz betrachtet wird, können die Angebote des Deutschen Kinderschutzbundes mit seiner vom Land geförderten Qualifizierung von Ehrenamtlichen für die niedrigschwellige Beratung im Rahmen von Kinder- und Jugendtelefon wie Elterntelefon ebenso wenig außen vor bleiben wie der im Auftrag der Landesregierung entwickelte Elternkurs „Auf den Anfang kommt es an“ und die landesweit stattfindenden Kurse „Starke Eltern – Starke Kinder“, die Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen. Es wäre daher wünschenswert, wenn beim nächsten Kinder- und Jugendbericht diese Aspekte mit in den Blick genommen würden.

III.7 Kindergesundheit

Das Thema Gesundheit wird im ersten Kinder- und Jugendbericht ausführlich aufgegriffen. Die Landesregierung begrüßt, dass dem Thema Gesundheit diese große Bedeutung zugemessen wird. In dem Bericht werden wichtige Aussagen getroffen zu vorhandenen und im Aufbau befindlichen Quellen der Gesundheitsberichterstattung, zur Situation der Kindergesundheit und zum Gesundheitsverhalten, zu Versorgungsangeboten sowie zu Angeboten im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung.

Eine besondere Stellung nimmt das Thema der Prävention, der Gesundheitsförderung und der Frühen Hilfen (s. o.) ein. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang unter anderem die Förderung der Zahngesundheit, der gesunden Ernährung, der psychischen Gesundheit sowie die Verbesserung des Impfschutzes und die Steigerung der Beteiligung an den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen.

Einige wichtige Angaben fehlen im Bericht. So lassen sich beispielsweise zur Versorgung bei psychischen Erkrankungen durchaus Angaben zu den Leistungserbringern (niedergelassene Kinderpsychiaterinnen und -psychiater sowie Kinderpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten) machen. Aktuell gibt es die Vorgabe, nach der 20 % der Psychotherapiesitze ausschließlich für Kinderpsychotherapeutinnen und -therapeuten vorgesehen sein müssen. Bei der Versorgung von Kindern mit psychischen Erkrankungen spielen zudem die elf Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIAs) in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle. Auch diese werden nicht aufgeführt. Die Angaben zu den Krankenhäusern und Tageskliniken mit Fachabteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie sind veraltet und differieren teilweise erheblich zum aktuellen Stand. Die Aussagen zum Impfstatus sind teilweise veraltet und in ihrer Relevanz nicht klar herausgearbeitet. Die dazugehörige Tabelle in Kapitel 3.1 zu den teilstationären und stationären Angeboten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist in dieser Form irreführend, denn die ausgewiesenen Tageskliniken bzw. Kliniken sind für Planungsregionen mit einem Pflichtversorgungsgebiet nach § 12 Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) zuständig und nicht für einzelne Landkreise oder Städte, wie die Tabelle suggeriert.

Mit der Ausrichtung der 1. Nationalen Impfkonferenz hat Rheinland-Pfalz im März 2009 bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen, was im Rahmen des Berichtes erwähnenswert gewesen wäre.

Die Problematik der Kinder von suchtkranken Eltern wird in dem Bericht nicht ausreichend betrachtet. Gerade Kinder von Suchtkranken sind bezüglich vieler Entwicklungsmerkmale eine

benachteiligte Gruppe mit erheblichen Erkrankungsrisiken. Es gilt, Einrichtungen und Fachkräfte – insbesondere auch außerhalb des Suchthilfesystems – für die Probleme der betroffenen Kinder zu sensibilisieren und den Kindern die Wahrnehmung ihrer Chancen zu ermöglichen. Die Landesregierung legt in ihrer Arbeit einen besonderen Schwerpunkt darauf, dass die Bedarfe der Kinder von Suchtkranken hinreichend in der Praxis berücksichtigt werden.

Stringent wäre es gewesen, den ersten sehr differenzierten Blick auf die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen in Kapitel 3.1 beim sogenannten „zweiten Blick“ wiederaufzugreifen und hier nicht neue Indikatoren wie Geburtsgewicht, Säuglingssterblichkeit, Behinderung und Anteile von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen einzuführen. Diese Indikatoren waren Grundlage für eine UNICEF-Studie zur gesundheitlichen Lage von Kindern in 21 Industrieländern. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, wurden Basisdaten, die in allen untersuchten Ländern zur Verfügung standen, als Indikatoren herangezogen. Allerdings wurden diese Indikatoren in der fachlichen Debatte als nicht ausreichend für die Beschreibung der gesundheitlichen Lage von Kindern und Industrieländern angesehen. Dies gilt insbesondere für die Indikatoren „Säuglingssterblichkeit“ und „Geburtsgewicht“. In Rheinland-Pfalz beispielsweise betrug die Säuglingssterblichkeit im Jahre 2008 3,1 Gestorbene im ersten Lebensjahr je 1.000 Lebendgeborene. Auch in Rheinland-Pfalz konnte damit – wie auch im Bundesdurchschnitt – der bisher niedrigste Wert erreicht werden. Zudem liegt die Quote in Rheinland-Pfalz erstmals unter dem Bundesdurchschnitt.

Die kritische Debatte um diese Indikatoren wird im ersten Kinder- und Jugendbericht nicht dargestellt, sondern die Indikatoren werden unkritisch übernommen und fließen in die Berechnung des Child-Well-being-Konzeptes mit ein.

Fragen zur gesundheitlichen und emotionalen Entwicklung der Kinder in Kindertagesstätten werden bei der Darstellung der Bildungs- und

Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz, auf die der Bericht eingeht (s. u.), nicht angesprochen. Dabei wird beispielsweise durch Bewegungsförderung gesundheitsförderliches Verhalten der Kinder unterstützt und die emotionale Entwicklung der Kinder positiv beeinflusst. Nachfolgende Initiativen zeigen exemplarisch, wie die Landesregierung die Bewegungsförderung von Kindern unterstützt:

- Einen Anreiz zur Weiterentwicklung des bewegungs- und gesundheitsfördernden Profils rheinland-pfälzischer Kindergärten schafft seit 2005 die Ausschreibung des Qualitätssiegels „Bewegungskindergarten Rheinland-Pfalz“, dessen Besonderheit es ist, von einem breit angelegten Spektrum gesundheitsfördernder Institutionen innerhalb des Aktionsbündnisses „Bewegungskindergarten Rheinland-Pfalz“ getragen zu werden.
- Ergänzt wird dies durch das vom Land geförderte Programm der Sportjugend des Landessportbundes unter dem Motto „Kindergarten-Kids – Mit Bewegung schlau und fit“, in dessen Rahmen sowohl die Kooperation zwischen Kindergarten und Sportverein als auch die Materialausstattung der Kindergärten gefördert werden.
- Um Gesundheitsförderung speziell für Kinder in benachteiligten Wohngebieten geht es beim Projekt zur Bewegungsförderung in Kooperation mit Sportvereinen für Spiel- und Lernstuben sowie Horten in sozial benachteiligten Wohngebieten, das ebenfalls von der Sportjugend des Landessportbundes getragen wird. Die Landesförderung bezieht sich hier auf die Vermittlung einer Kooperation zwischen Spiel- und Lernstuben bzw. Horten in sogenannten sozialen Brennpunkten und einem Sportverein zur Durchführung eines regelmäßigen Sport- und Bewegungsangebots für die Kinder und Jugendlichen der Einrichtung durch Übungsleiter und -leiterinnen eines benachbarten Sportvereins.

- Um den Blick auf die Gesundheitsförderung als Thema der Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen, wird das Kinderrecht auf Gesundheit Thema der rheinland-pfälzischen „Woche der Kinderrechte“ 2011 sein.

III.8 Kinder mit Behinderung: Inklusion und Teilhabe

Der Bericht macht insbesondere in Kapitel 3.1.3.4 Ausführungen zum Thema Behinderung. Die Landesregierung bedauert, dass das Thema Kinder mit Behinderung nicht vergleichbar mit dem 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung als Querschnittsthema gewählt wurde. Dieser Zugang würde dem Ziel der Inklusion stärker entsprechen.

Die im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention sowie des 13. Kinder- und Jugendberichts geführte bundesweite Debatte über die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche – gleich ob mit oder ohne Behinderung – unter dem Dach des SGB VIII wird von der Landesregierung positiv aufgenommen. Im Mittelpunkt stünde damit die Eigenschaft „Kind bzw. Jugendlicher“ und erst in zweiter Linie läge der Blick auf den bestehenden Problemen des Kindes oder Jugendlichen und auf seiner Behinderung. Ein ganzheitlicher Ansatz würde damit konsequent verwirklicht werden.

Die im Kapitel 9 dargestellten Handlungsbedarfe und Empfehlungen thematisieren unter dem Punkt 3 „Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz“ unter anderem auch die „Weiterentwicklung der Angebote für Kinder psychisch kranker Eltern“. Hier wird sprachlich ein Zusammenhang zwischen der Zunahme von psychischen Beeinträchtigungen von Kindern und Jugendlichen und der wachsenden Zahl psychisch erkrankter Eltern mit Kindern konstruiert, der so fachlich nicht stimmig ist. Die wachsende Zahl von jungen Menschen mit psychischen Beein-

trächtigungen² ist die eine Beobachtung. Die Zahl psychisch kranker Eltern wächst in den letzten Jahren nicht. Vielmehr wird die besonders belastende Situation der Kinder chronisch kranker Eltern in den letzten Jahren – insbesondere von der Jugendhilfe – verstärkt wahrgenommen. Dies ist Anlass für vielfältige gemeinsame Aktivitäten von Jugendhilfe und Gesundheitswesen. Dabei ist

² Ob dies, wie im Bericht formuliert, psychische Erkrankungen sind, soll hier nicht weiter erörtert werden.

die Begrenzung auf psychisch kranke Eltern nicht fach- und sachgerecht. So wird zurzeit bundesweit unter der Begrifflichkeit „Elternassistenz“ diskutiert, unter welchen Rahmenbedingungen (auch leistungsrechtliche) Angebote für Eltern bzw. Elternteile mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen geschaffen und finanziert werden können. Die Landesregierung setzt sich nachdrücklich für eine Unterstützung von Eltern mit Behinderungen ein, damit diese ihre Kinder gleichberechtigt erziehen können.

Bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung – für alle jungen Menschen von Anfang an

III.9 Frühe Erziehung, Bildung und Betreuung von Anfang an

Der Bericht hebt in besonderer Weise das Engagement des Landes Rheinland-Pfalz im Bereich der frühen Erziehung, Bildung und Betreuung hervor. Der im 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hervorgehobenen öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern wird in Rheinland-Pfalz eine Priorität eingeräumt. Dabei versteht sich das öffentliche Engagement, das von Land, Kommunen und von freien Trägern verantwortet wird, als eine Leistung, die Kinder frühestmöglich fördert und Familien unterstützt. Der Bericht bestätigt die Bedeutsamkeit dieser zweifachen Perspektive: die herausgehobene bildungspolitische Bedeutung der Frühen Förderung der Kinder sowie die Unterstützung der Familien. Das Land folgt somit modernen frühpädagogischen Ansätzen und Konzepten ebenso wie einer modernen Betrachtung der Leistungen von Familien, die maßgeblich darin bestehen, Kindern bestmögliche Bedingungen des Aufwachsens zu ermöglichen; hier sind Familien grundlegend auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Der Bericht fügt einen dritten Aspekt hinzu, die „Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit“, der in enger Verbindung zu den beiden anderen Perspektiven steht (siehe hier in der Stellungnahme

als eigenen Abschnitt). Die im Kinder- und Jugendbericht zugrunde gelegten theoretischen Annahmen und wissenschaftlichen Aussagen werden von der Landesregierung geteilt.

Für die statistische Zusammenstellung der Lebensbedingungen von 0- bis 6-jährigen Kindern in Rheinland-Pfalz (Kapitel 6.2) sowie des Angebotes an (Kapitel 6.3.1) und der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen (Kapitel 6.3.2) wäre eine Begründung der Auswahl der Datensätze wünschenswert gewesen. Da zudem die jeweilige Aktualität der Datensätze bereits mit Veröffentlichung des Berichts nicht mehr gegeben ist, sollte bei der Fortschreibung des Berichtes umso mehr geprüft werden, welche Datensätze mit welcher Fragestellung oder Zielstellung herangezogen werden.

Das politische Engagement des Landes Rheinland-Pfalz im Bereich der frühkindlichen Betreuung macht der Bericht insbesondere am Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ fest. Seit seinem Start im Jahr 2005 hat das Landesprogramm bereits sowohl durch bundespolitische Entwicklungen (Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren) als auch durch weitere Akzentuierungen des Landes selbst (Einführung der

vollständigen Beitragsfreiheit im Kindergarten für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr ab 01.08.2010) eine dynamische Fortentwicklung erfahren.

Der Bericht nimmt die Aspekte

- Ausbau des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige,
- Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten,
- Maßnahmen der Sprachförderung,
- Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte sowie den
- Ausbau der Kindertagespflege gezielt in den Blick.

Die sukzessive Einführung der Beitragsfreiheit in Kindergärten seit Januar 2006, die ab August 2010 auch für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr gelten wird, hat einen zentralen Stellenwert in der Kindertagesstättenpolitik des Landes. Aus Sicht der Landesregierung hat die Beitragsfreiheit eine bedeutende bildungspolitische Stellung mit Blick auf die Chancengleichheit für das Aufwachsen der Kinder – eine Zielperspektive, die der Bericht ja auch wesentlich verfolgt. Die Beitragsfreiheit des Kindergartens ab zwei Jahren unabhängig von einer Prüfung der Einkommensverhältnisse trägt aus Sicht der Landesregierung maßgeblich dazu bei, frühkindliche Bildung als selbstverständliches Angebot öffentlicher Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern zu etablieren und das Bewusstsein zu stärken, dass es sich um eine wirkungsvolle bildungspolitische Maßnahme handelt, die familiäre Erziehung und Bildung unterstützt.

Der Bericht kann bei der Darstellung des Ausbaus der Betreuungsangebote für unter Dreijährige (Kapitel 6.3.3.2) nur eine Momentaufnahme abbilden. Die enorme Ausbaudynamik stellt aus Sicht der Landesregierung große Herausforderungen an die Fachpraxis und bildet zugleich einen gesellschaftlichen Mentalitätswechsel ab, nämlich den einer zunehmenden Akzeptanz und Nachfrage nach außerfamiliären Betreuungsangeboten. So ist die absolute Zahl der Plätze für Kinder unter

drei Jahren in Kindertagesstätten von knapp 6.500 in Mitte 2005 auf fast 21.000 im Februar 2010 gestiegen. Die Zahl der Plätze für unter Dreijährige in Kindertagesstätten hat sich damit seit 2005 mehr als verdreifacht.

Mit Blick auf das fachpolitische Engagement des Landes für die frühkindliche Bildung bestätigt der Bericht, dass in Rheinland-Pfalz die inhaltliche Grundlegung frühpädagogischer Konzepte mit den 2004 veröffentlichten Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz (BEE) im bundesweiten Vergleich bereits früh vorgelegt wurde. Dass die Umsetzung der BEE gerade auch in den Maßnahmen zur Qualifizierung des Personals ihre Berücksichtigung findet, für die das Land Finanzmittel einsetzt, stellt der Bericht eigens heraus (Kapitel 6.3.3.5).

Im Bereich der finanziellen Förderung von Sprachfördermaßnahmen (Kapitel 6.3.3.4) nimmt der Bericht insbesondere die für Sprachförderbedürftigkeit von Kindern bedeutsam eingeschätzten Aspekte des „Migrationshintergrundes“ und der „benachteiligten sozialen Lage“ in den Blick. Diese beiden Aspekte sind zugleich die Verteilungskriterien der seitens des Landes zur Verfügung gestellten Sprachförderbudgets. Aus Sicht des Landes ist auch hinzuweisen auf die Bedeutung einer Qualifizierung der Sprachförderkräfte in Kindertagesstätten, für die das Land eine eigene Qualifizierung vorsieht.

Bei der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte (Kapitel 6.3.3.5) führt der Bericht die vom Land geförderten Fortbildungsmaßnahmen sowie die Ernennung von Konsultationseinrichtungen an. Die beiden an der FH Koblenz angebotenen Studiengänge und die Anpassung der Lehrpläne in der Fachschulausbildung wären zu ergänzen.

Insgesamt kann das System der institutionellen Kindertagesbetreuung als gutes Beispiel dafür herangezogen werden, wie wichtig der Landesregierung die Stärkung und Unterstützung der regionalen Verantwortung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Leistungen und Angeboten für

junge Menschen und ihre Familien sind, wie es in den Handlungsempfehlungen gefordert wird. Trägerautonomie und Eigenverantwortung werden als maßgeblicher Motor für eine verantwortliche Weiterentwicklung vor Ort gesehen. Dabei ist stets zu beachten, dass zwischen regionaler Verantwortung vor Ort und landesweit vergleichbaren Lebensbedingungen ein Spannungsverhältnis besteht. Vorgegebene Rahmenbedingungen einerseits und Anreizsysteme zur lokalspezifischen Ausgestaltung andererseits müssen entsprechend abgewogen werden. Die Autonomie der Träger von Kindertageseinrichtungen wie der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird durch konsequente Beteiligungsformen in der Entwicklung von Vereinbarungen ernst genommen. Gleichzeitig vollzieht sich die Praxis der Weiterentwicklung in einem breiten Konsens, der landesweite Entwicklungen vergleichbar macht.

Im Bereich des Ausbaus der Kindertagespflege (Kapitel 6.3.3.6) spiegelt der Bericht die beiden Akzentsetzungen des Landes wider: Kindertagespflege als eine das institutionelle Angebot der Kindertagesbetreuung ergänzende Möglichkeit familiärer Unterstützung sowie die Unterstützung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen.

III.10 Schulabschlüsse und Schulübergänge

Die Bedeutung der schulischen Bildung ist in Kapitel 3.3 Schule hervorgehoben worden. Die begonnene Schulstrukturreform findet im Ausblick Erwähnung. Die in die Berichterstattung einbezogenen Daten können sich allerdings darauf noch nicht beziehen. Berichtet wird über quantitative Entwicklungen bei den Einschulungen, die Nutzung von nicht überall in Rheinland-Pfalz vorhandenen Schulkindergärten und die Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen, die insbesondere vor dem Hintergrund einer laufenden Schulstrukturreform nur noch bedingt einen Aussagewert haben. Das galt aber bereits seit

Mitte der 1990er Jahre, als die Regionalen Schulen bereits zahlreiche Hauptschulen ersetzen. Deshalb muss zu den hier dokumentierten Übergangsquoten immer das damals regional vorhandene Schulangebot betrachtet werden. Das regional vorhandene Schulangebot ist vor allem aber auch bedeutsam für die Interpretation der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen. Scheinbare Verzerrungen innerhalb der Gebietskörperschaften müssen regionalbezogen ausgewertet werden, um keine falschen Schlüsse z. B. hinsichtlich der Abiturientenquote zu ziehen. Kreisangehörige Städte fungieren als Schulstandorte für umliegende Landkreise, die zum Teil kein gymnasiales Angebot haben.

Sorge bereiten abweichende Abschlussquoten von Schülern mit Migrationshintergrund, aber auch von Jungen und Mädchen. Obwohl dies bundesweit feststellbare Befunde sind, hat die Landesregierung erkannt, dass hier noch aktiver gegengesteuert werden muss, und entsprechende Maßnahmen ergriffen. Eine dieser Maßnahmen ist das Projekt „Keine/r ohne Abschluss“. Dieses Projekt beinhaltet ein Förderprogramm, das ganz konkret auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt ist, die nach neun Schuljahren den Schulabschluss der Berufsreife noch nicht erreicht haben, sowie auf Schülerinnen und Schüler aus Förderschulen, die nach dem Abschluss der besonderen Form der Berufsreife (Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen) nun auch dieses Ziel erreichen wollen. Neben einer intensiven Verknüpfung mit der Praxis in Betrieben durch Erkundungen, Tages-, Block- und Langzeitpraktika sowie Schulprojekten in vier Lernbereichen und im Fach Religion soll eine maximale Klassenstärke von weniger als 20 Schülerinnen und Schülern dabei helfen, Abschluss und Anschlussfähigkeit zu erreichen. Weitere Kennzeichen des Projekts sind eine verpflichtende ganztägige Zeitstruktur und eine verstärkte Einbindung der Eltern.

III.10.1 Schulabschlüsse an Förderschulen

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, allen Schülerinnen und Schülern – ganz besonders denen mit sonderpädagogischem Förderbedarf – einerseits die ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschlüsse zu ermöglichen und sie andererseits so weit wie möglich an die Berufsreife heranzuführen. Dazu wird eine Vielfalt der Fördermöglichkeiten angestrebt und eine Vielfalt der Möglichkeiten, den Schulabschluss der Berufsreife zu erreichen: Dazu gehören das freiwillige 10. Schuljahr zum Erwerb der Berufsreife, das derzeit an 25 ausgewählten Förderschulen eingerichtet ist, der Erwerb der Berufsreife in Kooperation von benachbarten Schulen (z. B. in Kooperation mit einer benachbarten allgemeinen Schule) oder im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) an berufsbildenden Schulen.

Die Landesregierung wird – auch in Zusammenhang mit der Förderstrategie der Kultusministerkonferenz – ein besonderes Augenmerk auf die Erhöhung der Abschlussquote für Förderschülerinnen und Förderschüler legen und dazu prüfen, wie auch die Daten der im Rahmen des BVJ erworbenen Abschlüsse statistisch erfasst werden können.

Hinsichtlich des Wechsels von und an Förderschulen zeigen die Daten aus dem Schuljahr 2006 mit einer Relation von 1:13 ein nicht zufriedenstellendes Verhältnis des Wechsels zwischen Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen. Seitdem wurden die Anstrengungen für Rückschulungen aus Förderschulen verstärkt (vgl. auch Landtagsdrucksache 15/2063, <http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/2063-15.pdf>). Im Jahr 2009 wurden 242 Wechsel von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen erfasst, denen 1029 Wechsel an Förderschulen gegenüberstehen; dies entspricht einer Relation von 1:5.

Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass nur 3,8 % der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz eine Förderschule besuchen (Schuljahr 2008/09) im Gegensatz zu 4,92 % im Bundesdurchschnitt

und damit Rheinland-Pfalz die zweitniedrigste Quote von Schülerinnen und Schülern in Förderschulen hat. Diese Quote sinkt kontinuierlich – dieses Ziel wird die Landesregierung weiter verfolgen.

Das Kapitel 3.3.2 Schulübergänge enthält Darstellungen zu den Nichtversetztenquoten und deren Entwicklung, die missverständlich aufgefasst werden könnten. In künftigen Berichten sollte bei diesen Darstellungen darauf geachtet werden, dass die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Schularten in den grafischen Darstellungen oder in darauf bezogenen Erläuterungen deutlich werden. Beispiel: In Realschulen und Gymnasien finden Versetzungen am Ende der Klassenstufen 6, 7, 8 und 9 statt, in den Integrierten Gesamtschulen nur am Ende der Klassenstufe 9. In der Grundschule steigen, von Ausnahmen abgesehen, alle Kinder im Klassenverband auf, und die Klassenstufen 1 und 2 bilden eine Einheit.

III.11 Der bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagschulen (GTS) als zentrale Lern- und Lebensorte junger Menschen

Der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz hebt als eines der zentralen Leitprojekte der Landesregierung das Ganztagschulkonzept mit seinen spezifischen Wesensmerkmalen und Leitlinien hervor (vgl. Kapitel 3.4.4). Dadurch erfährt das seit 2001 beschlossene Ausbauprogramm für Ganztagschulen im Bericht eine dem Landesprogramm entsprechende Würdigung, die mit der positiven Resonanz von Seiten der Schulen, der Schulträger und nicht zuletzt der Familien übereinstimmt. Diese Akzeptanz wird ebenfalls durch die wissenschaftliche Begleitstudie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG) bestätigt.

Durch die Darstellung der GTS-Standorte auf der Rheinland-Pfalz-Karte (vgl. Kapitel 3.4.4) wird das Leitkonzept der Landesregierung klar veranschaulicht: Ziel des Ausbauprogramms ist es, ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Netz von Ganztagschulen zu schaffen. In der laufenden

Legislaturperiode gilt es deshalb, möglichst in jeder Verbandsgemeinde/verbandsfreien Gemeinde mindestens ein Ganztagsschulangebot im Grundschulbereich und in jedem Kreis/jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Ganztagsschulangebot im Förderschulbereich einzurichten. Dies, die Schaffung eines bedarfsgerechten und regional ausgewogenen Netzes von Ganztagschulen, ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, wie die Landesregierung durch ihre Programme die regionale Verantwortung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Leistungen und Angeboten für junge Menschen und ihre Familien unterstützt, herausfordert und zugleich auch im Sinne der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung evaluieren lässt.

Es ist positiv hervorzuheben, dass die durch den erweiterten Zeitrahmen im Ganztag möglich gewordenen Förderkonzepte im Bericht entsprechende Berücksichtigung finden. Der Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz stellt die hier genannten pädagogischen und sozialen Vorzüge des GTS-Konzepts überzeugend dar.

Chancengerechtigkeit ist auch das Ziel des Sozialfonds, der im Bericht dargestellt wird. Um möglichst allen Kindern die Teilnahme am gemeinsamen Mittagessen zu ermöglichen, hat die Landesregierung im Schuljahr 2006/07 einen Sozialfonds eingerichtet (vgl. hierzu den Abschnitt III.5 Kinderarmut dieser Stellungnahme).

Durch die Ganztagsbetreuung haben Ernährungsaspekte eine immer größere Bedeutung bekommen. Es ist daher zu begrüßen, dass der Bericht dieses Thema kurz aufgreift. Dargestellt wird, dass die Verpflegung in den rheinland-pfälzischen Ganztagschulen in der Verantwortung der kommunalen Schulträger als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung organisiert wird. Wünschenswert wäre es gewesen, dass auch die Aktivitäten der Landesregierung in Bezug auf die Einrichtung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung erwähnt worden wären. Die Vernetzungsstelle wurde 2009 im Rahmen des nationalen Aktionsplans „IN FORM“ beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum eingerichtet. Ziel ist es u. a., die Verantwort-

lichen bei der Konzeptentwicklung zur Einführung und Qualitätsverbesserung schulischer Verpflegungsangebote auf der Basis der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu unterstützen.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass durch die treffende und mittels der Abbildungen und Tabellen illustrierte Darstellung des Kapitels Schule und Ganztag (in Kap. 3.3.4) im Bericht ein anschaulicher Einblick in die Grundkonzeption und die Unterstützungsleistungen des Landesprogramms Ganztagschule geleistet wird.

III.12 Schulsozialarbeit als wichtige Unterstützung für ein chancengerechtes Aufwachsen junger Menschen

Schulsozialarbeit ist ein professionelles sozialpädagogisches Angebot am Lern- und Lebensort Schule. Grundlage ist eine verbindliche partnerschaftliche Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern öffnet die Schulsozialarbeit Zugänge zum Leistungsangebot der Jugendhilfe und erweitert deren präventive und integrative Handlungsmöglichkeiten. Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren eine erhebliche Ausweitung der Schulsozialarbeit auf der Grundlage der Standards zur Schulsozialarbeit Rheinland-Pfalz unterstützt, was der Bericht entsprechend würdigt. So konnte ausgehend von 82 landesgeförderten Schulsozialarbeitsstellen Ende 2006 bis zum Schuljahresende 2008/09 an 195 allgemeinbildenden Schulen landesgeförderte Schulsozialarbeit angeboten werden. Mit dem Schuljahr 2009/10 wurde die Schulsozialarbeit noch einmal deutlich erweitert und zwar um 44 Standorte an allgemeinbildenden Schulen, sodass im laufenden Schuljahr an rund 240 Standorten Schulsozialarbeit realisiert werden kann. In 2010 steht für die Förderung der Schulsozialarbeit bereits ein Gesamtvolumen von rund 4,6 Mio. Euro zur Verfügung. Ein weiterer Ausbau für Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen ist beabsichtigt. Durch eine Mittelerrhöhung um 200.000 Euro im Haushaltsjahr 2009

konnte auch an den berufsbildenden Schulen Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden. Mit einem Haushaltsansatz von nunmehr 1 Mio. Euro wird an 60 der 68 öffentlichen berufsbildenden Schulen Schulsozialarbeit gefördert. Orientierte sich bislang das Angebot an Schulsozialarbeit überwiegend an der Schulform Berufsvorbereitungsjahr (48 der 49 Schulen mit BVJ sind versorgt) und Berufsfachschule 1, so ist in einem weiteren Ausbaus Schritt geplant, Schulsozialarbeit auch auf den berufsschulischen Bereich der dualen Ausbildung zu erweitern.

Der große Ausbau landesgeförderter Schulsozialarbeit stärkt die Kooperation von Jugendhilfe und Schule nachhaltig und trägt entscheidend dazu bei, die regionale Verantwortung für einen bedarfsgerechten Ausbau und eine bedarfsgerechte Gestaltung von Angeboten für junge Menschen zu unterstützen wie es u. a. in Punkt 2 und Punkt 5 der Handlungsempfehlungen gefordert wird.

III.13 Die Jugendphase als eigenständige, selbst zu gestaltende Lebensphase sowie als Übergangszeit mit zentralen Entwicklungsherausforderungen

Als besonderes Verdienst ist es zu anzusehen, dass der Bericht die Situation Jugendlicher und junger Erwachsener besonders beleuchtet (vgl. insbesondere Kapitel 7, auch Kapitel 3.2.3 und 3.4). Das Eigenrecht der Jugend, ihr Recht auf einen Platz in der Gesellschaft und auf Mitwirkung in der Gesellschaft, wird im Bericht ebenso betont wie die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, junge Menschen dazu zu befähigen, mitwirken, partizipieren und teilhaben zu können. Die Jugendphase wird als eigenständige Lebensphase mit typischen Gestaltungsmöglichkeiten und zugleich als eine Übergangszeit mit zentralen Entwicklungsaufgaben bezeichnet. Jugendliche müssen sich, so der Bericht, einen Zugang zu ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital erarbeiten, wobei gleichzeitig eine hohe Ungewissheit darüber besteht, ob die erworbenen Kompetenzen verwertet werden können. Neben umfassenden

Leistungserwartungen, die an junge Menschen gestellt werden, müssen komplementäre Erfahrungen möglich sein, sonst kann der Druck nicht produktiv bearbeitet werden. Die Landesregierung stimmt dieser Analyse des Berichts zu.

Sie hält es für wichtig, dazu beizutragen, dass die öffentliche Wahrnehmung der jungen Menschen diese Aspekte deutlich in den Vordergrund stellt und nicht einseitig die Jugend als abweichend, gefährdend oder gefährdet darstellt und dabei vor allem Kontrollperspektiven ihr gegenüber einnimmt.

Die Landesregierung begrüßt, dass der Bericht ausführlich auf die aktuellen Probleme der schulischen, ausbildungsbezogenen und beruflichen Integration junger Menschen eingeht.

Sie arbeitet mit Nachdruck daran, dass Bildungsgerechtigkeit verwirklicht wird und dass junge Menschen im Übergang zu Ausbildung und Beruf passgenau unterstützt werden. Ihr ist es insofern ein wichtiges Anliegen, dass kein junger Mensch zurückbleibt, wie der Tenor des Berichts es fordert.

III.14 Junge Menschen in ihrer Eigenverantwortung stärken – Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Auch im Kontext der im Bericht vorgenommenen Analyse der Jugendphase als eigenständig zu gestaltender Lebensphase und zugleich als Übergangszeit in den Erwachsenenstatus mit spezifischen Handlungsanforderungen und Risiken (s. o.) ist es sehr zu begrüßen, dass der Bericht den Themenbereich Partizipation und bürgerschaftliches Engagement aufgreift (Kapitel 3.4).

Ein wichtiges Ziel der Kinder- und Jugendpolitik des Landes ist es, Kinder und Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenem Handlungs- und Gestaltungswillen – als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt – ernst zu nehmen und daher in allen Angelegenheiten, die sie mittel- oder unmittelbar betreffen, zu beteiligen. Die

Erfahrung eigener Gestaltungsmöglichkeiten, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und individueller Einflussmöglichkeit gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen und Motivationen für soziales Handeln und dauerhaftes bürgerschaftliches, demokratisches Engagement. Vor diesem Hintergrund greift der erste Kinder- und Jugendbericht Programme und Initiativen der Landesregierung (Projekte im Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“, Schwerpunkte der Leitstelle Partizipation, vgl. www.net-part.rlp.de), die die Beteiligung junger Menschen nachhaltig stärken sollen, auf und würdigt sie im Kontext des Erwerbs von persönlichen, sozialen und demokratischen Kompetenzen. Mit dieser Verortung werden im Bericht zwar nicht direkt, aber indirekt Lern- und Bildungsprozesse bzw. Lern- und Bildungsorte für junge Menschen thematisiert, die insbesondere auch durch die Arbeit der offenen und verbandlichen Jugendarbeit respektive der Ehrenamtsarbeit gestaltet werden (vgl. auch Kapitel 3.2.3). Auf dieses Thema geht der erste Kinder- und Jugendbericht nicht tiefer ein. Für die Landesregierung ist jedoch die Förderung der Bildungsprozesse, die durch die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit geleistet werden, von zentraler Bedeutung. Verbände, Vereine, Initiativen und Gruppen der Jugendarbeit sind – gerade durch ihre besonderen Strukturen, wie Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Partizipation und Peer-Learning – für viele Jugendliche wesentliche Begleiter im Prozess des Aufwachsens. Daher fördert das Land, um nur einige Beispiele zu nennen, die Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten der Jugendverbände, die Schulungen von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die ehrenamtliche Mitarbeit an Veranstaltungen. Auch hat das Land die Voraussetzungen für den Ersatz von Verdienstausschlag durch ehrenamtlichen Einsatz in der Jugendarbeit durch das Landesgesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit geschaffen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gezielte und weitere Stärkung der Jugendarbeit wird eine verbesserte Datengrundlage sein, so wie es der Bericht fordert.

Für den nächsten Kinder- und Jugendbericht wäre es darüber hinaus wünschenswert, sowohl die schulischen Partizipationsaktivitäten in den Blick zu nehmen als auch auf die Aktivitäten der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt einzugehen. Die Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt setzt sich in ressort- und bereichsübergreifender Weise dafür ein, dass Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, aber auch Möglichkeiten der politischen Partizipation im Land gestärkt und gefördert werden. Ihre Aktivitäten beziehen sich in besonderer Weise auch auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Instrumente wie der „Engagement- und Kompetenznachweis“, der jährlich stattfindende „Demokratietag“ an Schulen oder auch die seit 2009 stattfindenden „Studenten gegen Rechtsextremismus“ zielen explizit auf die Stärkung bürgerschaftlicher Kompetenzen und die Förderung von Partizipationsfähigkeiten und -möglichkeiten.

III.15 Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen aktiv gestalten

Der Kinder- und Jugendbericht geht an verschiedenen Stellen auf die Arbeitsmarktsituation junger Menschen unter 25 Jahren in Rheinland-Pfalz ein. Rheinland-Pfalz hat in diesem Bereich einen im Bundesvergleich guten Stand erreicht. Seit Jahren hat Rheinland-Pfalz die dritt niedrigste Jugendarbeitslosenquote im Vergleich der Bundesländer. Dennoch waren 2009 in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 16.800 junge Menschen arbeitslos gemeldet.

Die Landesregierung hat ein umfangreiches Angebot in der Jugendarbeitsmarktpolitik, die das Engagement der anderen wichtigen Akteure, wie der Bundesagentur für Arbeit oder den SGB II-Trägern, ergänzt. Hierfür werden arbeitsmarktpolitische Mittel des Landes und des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz (ESF) eingesetzt.

Die Arbeitsmarktpolitik setzt gerade an den für Jugendliche wichtigen Schnittstellen (beispielsweise am Übergang Schule – Ausbildung) mit einem

differenzierten Angebot an. Das gemeinsame Ziel aller geförderten Projekte ist es, die Beschäftigungschancen und -möglichkeiten junger Menschen individuell, praxisnah, berufsbezogen und zukunftsfähig zu fördern. Die große Bandbreite an Projektansätzen entspricht dabei den heterogenen Ausgangslagen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und zielt darauf ab, ihnen die jeweils spezifisch benötigten Unterstützungsangebote passgenau unterbreiten zu können.

Ein wesentlicher Bestandteil der Unterstützungsangebote für Jugendliche am Übergang in die Ausbildung sind die Maßnahmen der Landesregierung, die in der Initiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“ zusammengefasst werden. Insgesamt wurden im Zeitraum 2005 bis 2009 über 22.000 junge Menschen erreicht. Zu diesem Angebot zählen beispielsweise die 36 Job-Füxe, die über 7.000 Schülerinnen und Schüler im Land unterstützen, oder die 32 kommunalen Jugendscouts, die über 4.000 Jugendliche erreichen, ebenso wie Jugendnetzwerke, die vorhandene Angebote bündeln, oder Vorbereitungs- und Qualifizierungsprojekte wie unter anderem die 19 „Fit für den Job“-Projekte, über die rund 570 Jugendliche erreicht werden. Der vorliegende Kinder- und Jugendbericht greift diese Projekte auf und stellt sie dar.

III.15.1 Berufliche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund

Einen besonderen Schwerpunkt legt der Kinder- und Jugendbericht mit einem Exkurs auf das Thema „Junge Menschen mit Migrationshintergrund“. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind auf Unterstützung angewiesen. Gerade bei ihnen ist die berufliche Integration besonders wichtig. Sie ist vielfach Schlüssel und Voraussetzung für eine insgesamt gelungene Integration. Im rheinland-pfälzischen Integrationskonzept ist die gleichberechtigte Teilhabe für Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben als oberstes Ziel festgeschrieben. Die Landesregierung bietet bereits zahlreiche Angebote, die teils direkt

auf die Unterstützung von Migrantinnen und Migranten ausgerichtet sind, wie zum Beispiel Unterstützungsangebote für junge Mädchen mit Migrationshintergrund beim Einstieg in das Berufsleben. Hier werden Schülerinnen in der Berufsfindung und bei der Ausbildungsplatzsuche mit Hilfe einer ausgebildeten Mentorin systematisch gefördert. In den Unterstützungsangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene werden junge Menschen mit Migrationshintergrund als eine Zielgruppe berücksichtigt.

Die Projekte orientieren sich an der Vielfalt der Adressatengruppen und deren biografischen und sozialen Situationen. Durch Information und Beratung sowie spezifische Qualifizierungsangebote soll der Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Weiterbildung weiterhin erleichtert und verbessert werden. Die Landesregierung verfolgt einen komplexen präventiven Ansatz und stellt eine differenzierte Angebotsstruktur besonders für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf bereit. Das stärkt den Aufbau von sozialen Netzwerken von Migrantinnen und Migranten und fördert das ehrenamtliche Engagement.

Auf lokaler Ebene werden Netzwerke gefördert, die sich gemeinsam der Unterstützung von Migrantinnen und Migranten annehmen. Ein wichtiges Beispiel ist die Zusammenarbeit von Verbänden und Trägern, um Ausbildungsplätze in Unternehmen, die von Migrantinnen und Migranten geführt werden, zu akquirieren und sowohl die Jugendlichen als auch die Betriebsinhaber im Prozess der beruflichen Ausbildung zu unterstützen.

III.16 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge

Der Bericht geht auch auf die Situation Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge ein. Minderjährige unbegleitete Mädchen sowie unter 16-jährige Jungen werden in Rheinland-Pfalz schon seit vielen Jahren in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe betreut. Seit August 2008 wird auf der Grundlage der Neuregelungen im SGB VIII zur

Inobhutnahme von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen die Konzeption zur Betreuung der 16 bis unter 18-jährigen männlichen Flüchtlinge umgesetzt. Die Landesregierung hat die Neuregelungen zum Anlass genommen, eine Evaluation der Unterbringung der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz beim Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz e. V. (ism) in Auftrag zu geben. Der Bericht wird seitens der Landesregierung ausgewertet.

Unabhängig von der konkreten Aufnahme und Betreuung der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge ist es erstaunlich, dass der Bericht den Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht aufgegriffen hat, der auch für Kinder und Jugendliche starke finanzielle Einschränkungen zur Folge hat. Das Asylbewerberleistungsgesetz trat 1993 in Kraft. Seitdem wurden die Leistungen nicht erhöht. Lagen die Leistungen 1993 etwa 15 % unter denen der Sozialhilfe, so dürfte der Abstand heute höher liegen; Schätzungen gehen von durchschnittlich 30–35 % aus.

III.17 Jugendgerichtshilfen und Jugendstrafrechtspflege

Der Bericht stellt unter Verwendung von Tatverdächtigenzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS) der Jahre 2003 bis 2007 zutreffend fest, dass von einem deutlichen Anstieg der Jugendkriminalität in Rheinland-Pfalz keine Rede sein kann. Der Bericht sieht rheinland-pfälzische tatverdächtige Kinder, Jugendliche und Heranwachsende im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld der Länder. Maßstab dieser Feststellung ist der Anteil der Tatverdächtigen der jeweiligen Altersgruppe an den insgesamt in Rheinland-Pfalz ermittelten Tatverdächtigen.

Vergleicht man hingegen die jeweiligen Tatverdächtigenbelastungszahlen (Tatverdächtige jeder Altersgruppe bezogen auf je 100.000 Einwohner derselben Altersgruppe) ergibt sich ein noch positiveres Bild: Im bundesweiten Vergleich der Tatverdächtigenbelastungszahlen der deutschen

Wohnbevölkerung liegen rheinland-pfälzische Kinder und Jugendliche jeweils auf dem viertbesten und Heranwachsende auf dem fünftbesten Platz (vgl. BKA zur PKS 2008 Bundesrepublik Deutschland, S. 101).

Um Jugendkriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu berücksichtigen und eine Vielzahl von Aufgabenträgern gefordert. Hierbei kommt es entscheidend darauf an, dass sich diese Aufgabenträger auf ein vernetztes Zusammenwirken verständigen. Die Landesregierung orientiert sich bei der Lösung der Problematik Jugendkriminalität an den Leitlinien:

- Prävention und Perspektiven statt Populismus,
- Integration statt Ausgrenzung,
- Beschleunigung von Jugendstrafverfahren statt härtere Strafen,
- mit frühzeitigen Maßnahmen an den Ursachen ansetzen und dadurch verhindern, dass junge Menschen überhaupt zu Tätern werden, und, soweit dies nicht gelungen ist,
- Gewalttäter schnell und konsequent überführen und zur Verantwortung ziehen.

Der Bericht fordert im Empfehlungsteil die Entwicklung und Erprobung neuer Formen der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz. Die Landesregierung sieht die Bekämpfung der Jugendkriminalität und die Verhinderung der Begehung künftiger Straftaten junger Menschen als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe an. Allein mit den Mitteln des Jugendstrafrechts ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Es kommt entscheidend darauf an, dass alle in der Jugendhilfe tätigen Institutionen und alle am Jugendstrafverfahren beteiligten Stellen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Nach dem im Jugendstrafrecht zentralen Erziehungsgedanken müssen die verhängten Sanktionen der Persönlichkeit des Täters, seiner aktuellen Lebenssituation und den Hintergründen der Tat Rechnung tragen. Sie müssen individuell auf den jungen Täter abgestimmt sein und der Tat „auf dem Fuße“ folgen. Um diese Ziele noch besser erreichen zu können, hat die Landesregierung daher das erklärte Ziel, flächendeckend

in allen Oberzentren des Landes Häuser des Jugendrechts einzurichten, in denen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe sowie freie Träger „unter einem Dach“ zusammenarbeiten. Für die Landesregierung ist es ebenso wichtig, auch in den Mittelzentren und in eher ländlich strukturierten Regionen Häuser des Jugendrechts oder ähnliche Konzepte einer verbesserten Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen zu verwirklichen. Auch hier gibt es bereits erfolgreich angewendete Konzepte. Das Projekt „Bad Kreuznacher integrierte Ermittlungen im Jugendstrafverfahren“, kurz KIDS genannt, verwirklicht eine enge Zusammenarbeit aller am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen außerhalb einer gemeinsamen baulichen Einrichtung insbesondere durch gemeinsame Fallkonferenzen. Dieses Modell könnte aus Sicht der Landesregierung für andere Regionen Pilotcharakter haben. Die Landesregierung unterstützt nachdrücklich auch die Überlegungen der Stadt Neuwied, dort ein Haus des Jugendrechts einzurichten. Mit den bereits eingerichteten drei Häusern des Jugendrechts in Ludwigshafen, Mainz und Kaiserslautern und der im Jahr 2011 vorgesehenen Eröffnung des vierten Hauses des Jugendrechts in Trier sowie den Projekten in den Mittelzentren ist Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung dieses Ziels bundesweit Vorreiter.

Was die fachlichen Standards der Arbeit, insbesondere auch der interdisziplinären Zusammenarbeit angeht, ebenso wie bezüglich der aktuellen Kooperationspraxis gibt es mehr ermutigende Zeichen, als der Bericht herausarbeiten konnte. Die Empfehlungen des Landesjugendamtes zur Mitwirkung der Jugendhilfe im Rahmen des Jugendgerichtsverfahrens (1999) und insbesondere die Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Justiz und Polizei im Jugendgerichtsverfahren in Rheinland Pfalz (2009) sind eine gute Arbeitsgrundlage für die Weiterentwicklung der Praxis. Die letztgenannte Empfehlung ist für sich genommen bereits ein Dokument guter Zusammenarbeit. Sie wurde durch eine von Jugendhilfe, Justiz und Polizei paritätisch besetzte Arbeitsgruppe entwickelt. In vergleichbarer Besetzung sollen

nach dem Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses nun Empfehlungen zur Zusammenarbeit im Jugendstrafvollzug erarbeitet werden. Weitere Beispiele für die überregionale interdisziplinäre Kooperation sind gemeinsame Fachveranstaltungen zum Thema, wie sie etwa 2008 zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Justiz stattfanden. Auf der örtlichen Ebene sind neben den Häusern des Jugendrechts institutionalisierte fallübergreifende Arbeitskreise von Jugendhilfe, Polizei und Justiz hervorzuheben, die in zahlreichen Gerichtsbezirken existieren.

Zutreffend ist nach Einschätzung der Landesregierung auch, dass es auf der Seite der Maßnahmen als Reaktion auf delinquentes Verhalten junger Menschen weiterer innovativer Impulse bedarf, im Rahmen der Justiz ebenso wie im Rahmen der Jugendhilfe.

III.18 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auf den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz wird im Bericht (Kapitel 3.2.5) nur kurz eingegangen. Das Kapitel enthält keine detaillierten Informationen zu aktuellen Entwicklungen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes in Rheinland-Pfalz. Eine höhere Aussagequalität sowie eine ausführlichere Berichterstattung im Bereich des erzieherischen Jugendschutzes wären für den nächsten Bericht erforderlich und wünschenswert. Kinder- und Jugendschutz ist eine bedeutende und traditionsreiche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Staat und Gesellschaft stehen in der Verantwortung, junge Menschen wirksam vor gefährlichen Einflüssen zu schützen und sie zu befähigen, dies auch selbst zu tun.

Gerade der Jugendmedienschutz erlangt einen immer höheren Stellenwert in einer durch Medien geprägten Gesellschaft. Digitale Medien sind heute fester Bestandteil der Jugendkultur und gehören für junge Menschen zum Bildungs- und Freizeitalltag. Vor dem Hintergrund einer rasanten Entwicklung des Medienmarktes stellt es eine große Herausforderung dar, den verantwortungs-

bewussten Umgang mit Medien gerade bei Kindern- und Jugendlichen zu fördern. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag Rheinland-Pfalz im Juni 2009 eine Enquete-Kommission 15/3 „Verantwortung in der medialen Welt“ eingesetzt, um sich mit diesem wichtigen Bereich des Aufwachsens von Kindern- und Jugendlichen auseinanderzusetzen. Im Kapitel werden Aspekte des Jugendmedienschutzes in Form einer Tabelle, die Landesmittel für Kinder- und Jugendschutz und Jugendarbeitsschutz auflistet, dargestellt. Diese Tabelle hat jedoch nur eine geringe Aussagekraft, da sie nur einen Teil der Landesmittel im Bereich des Jugendschutzes wiedergibt. So enthält die Tabelle beispielsweise keine Angaben über die institutionelle Förderung des Landesfilmdienstes und auch keine Angaben zu projektbezogenen Förderungen im Medienbereich.

Es bleibt festzuhalten, dass eine intensivere Auseinandersetzung mit einzelnen Aufgabenbereichen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im nächsten Bericht geboten scheint.

III.19 Lebens- und Wohnumfelder umwelt- und kindgerecht gestalten

Die Landesregierung begrüßt es, dass die Spielleitplanung als Instrument für eine kinder- und jugendfreundliche Gestaltung und Entwicklung von Kommunen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bericht an verschiedenen Stellen genannt und auch ausführlicher dargestellt wird (vgl. Kapitel 3.4). Im Kapitel über Wohnverhältnisse und Wohnumfeld (Kapitel 2.2) wäre darüber hinaus aber eine vertiefte Betrachtung zur Bedeutung des Erlebens von Wasser und Natur im Siedlungs- und Freiraum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wünschenswert gewesen. Dies gilt insbesondere auch, weil das Thema Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche nicht gesondert aufgegriffen wurde. Damit gehen wichtige Aspekte in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verloren. Naturerfahrungen z. B. sind Voraussetzung dafür, dass junge Menschen sich später für den Erhalt und die Entwicklung von Natur und Umwelt

einsetzen. In diesem Zusammenhang wäre die Darstellung naturnaher Erlebnisspielräume als Teilaspekt des Child Well-being von Bedeutung gewesen; die Landesregierung fördert bislang über 400 naturnahe Erlebnisspielräume, das Fördervolumen beträgt rund 9,5 Mio. Euro. Naturnahe Erlebnisspielräume sind positive Elemente des Wohnumfeldes und somit Teil der Dimension „Lebensbedingungen“. Die Erfahrungen in und mit der Natur tragen zu einer stabileren Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bei, wenn dies auch nicht objektiv messbar ist. Demnach können diese Räume ebenfalls den Dimensionen „Handlungsräume“ und „Wohlfahrt“ zugeordnet werden. Künftig sollte dieser Aspekt bei der Anpassung von Kennzahlen und Indikatoren berücksichtigt werden.

III.20 Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung im Vergleich der europäischen Nachbarn und Regionen

Die rheinland-pfälzische Landesregierung unternimmt seit vielen Jahren eine intensive und aktive Politik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ziel ist es, die Lebensräume für die Bürgerinnen und Bürger zu erweitern, entsprechende Hemmnisse abzubauen und dadurch zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Bereichen des Alltags beizutragen. Darüber hinaus basieren die Aktivitäten der Landesregierung auf der Überzeugung, dass das Zusammenwachsen Europas nur mit Hilfe der Erfahrungen aus den Grenzübereichen erfolgreich geschehen kann. Insofern ist es zu begrüßen, dass der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz bewusst diesen Bereich aufgreift. Kinder und Jugendliche als fester Bestandteil der gesamtpolitischen und -gesellschaftlichen Betrachtung, vor allem aber als Indikator für zukünftige Entwicklungen sind unerlässlich für die Schwerpunktsetzung der Landesregierung im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Der festgestellte „blinde Fleck“ in der grenzüberschreitenden Datenlage wird insofern folgerichtig als Manko aufgezeigt. Nur eine umfassende Übersicht in den untersuchten Bereichen bietet die Möglichkeit zu evaluieren, ob die Besonderheiten

von Rheinland-Pfalz als europäischer Kernregion genügend Berücksichtigung finden und ggf. die zukünftige grenzüberschreitende Politik verstärkt an den Erfordernissen in diesen Bereichen auszurichten ist.

Dem Bericht ist zuzustimmen, dass die interkulturellen Kompetenzen eine wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik sind – sowohl in den Grenzregionen als auch darüber hinaus. Um die Anerkennung der in Familie, Kindertagesstätte oder Schule wie auch durch Lebenserfahrung erworbenen Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen systematisch von Anfang an zu unterstützen, fördert die Landesregierung bspw. das Projekt des Instituts für Interkulturelle Pädagogik im Elementarbereich e.V. zur Entwicklung und Validierung eines deutschen Modells des europäischen Sprachenportfolios. Dabei geht es um eine bewusste Thematisierung der eigenen Sprachgeschichte mit dem Ziel, einen Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung der Sprachkompetenzen und Sprachkenntnisse zu leisten. Auch kann im Kindertagesstättenbereich auf eine langjährige Förderung interkultureller Kompetenzen zurückgeblickt werden, sowohl mit dem Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“, bei dem es um die Vermittlung der französischen Sprache und Kultur in Kindertageseinrichtungen geht, als auch mit der Personalkostenförderung in Einrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Hier besteht die Möglichkeit, eine geeignete Fachkraft mit interkultureller Kompetenz einzusetzen.

Für den im Bericht ebenfalls behandelten schulischen Bereich wäre eine größere Detailgenauigkeit wünschenswert gewesen. Schulpartnerschaften und die persönliche Begegnung mit ausländischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern haben in Rheinland-Pfalz eine lange Tradition. Viele Schulen arbeiten über den Unterricht hinaus insbesondere in Schüler- und Lehreraustauschmaßnahmen und internationalen Schulprojekten mit ihren ausländischen Partnerschulen zusammen.

Seit den 1970er Jahren hat das rheinland-pfälzische Schulwesen die europäische Dimension insbesondere im Rahmen der Lehrplan- und Materialentwicklung in den Unterricht eingeführt. Neben dem Fremdsprachenunterricht wurden europäische Themen insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern mit Schwerpunkt Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und im Fach Deutsch behandelt.

1.251 rheinland-pfälzische Schulen haben Schulpartnerschaften in aller Welt, die meisten mit Schulen in Ländern der Europäischen Union, davon alleine 417 mit Frankreich.

Seit Mitte der 1990er Jahre beteiligen sich rheinland-pfälzische Schulen aller Schularten rege am „Comenius“-Programm der Europäischen Union. Nicht nur grenzübergreifend, sondern europaweit arbeiten seither die rheinland-pfälzischen Schulen projektorientiert mit Partnerschulen aus anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen. Eine Vielzahl von Schulpartnerschaftsprojekten mit gemeinsam gefundenen Arbeitsbereichen und Themenstellungen ist bis heute umgesetzt worden, was ganz wesentlich zu einer Internationalisierung von Schule und Unterricht beigetragen hat. Die neuen Mobilitätsmöglichkeiten, die sich insbesondere mit der Osterweiterung im Jahr 2004 auch im Rahmen des „Comenius“-Programms ergaben, werden von rheinland-pfälzischen Schulen zahlreich aufgegriffen.

Schülerbegegnungen mit ausländischen Schülerinnen und Schülern werden seit Jahren von der Landesregierung mit besonderen Fördermitteln unterstützt. Mit Klassenfahrten ins Ausland hat die Landesregierung in den letzten Jahren ca. 6.000 Schülerinnen und Schüler jährlich gefördert. Hierbei standen die Fahrten zu dem unmittelbaren Nachbarn Frankreich an erster Stelle. In den letzten Jahren sind die Programme des Landes im Bereich des individuellen Schüleraustauschs insbesondere mit den französischen Partnerakademien Straßburg, Dijon und Nancy-Metz bei Eltern und Schulen auf immer größere Resonanz gestoßen. Sie können durch den gegenseitigen je-

weils vierzehntägigen Besuch der Partnerfamilien und Partnerschulen einen nachhaltigen interkulturellen Eindruck vermitteln und bieten erste Erfahrungen in der Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit an.

III.21 Handlungsbedarf und Empfehlungen

In Kapitel 9 des ersten Kinder- und Jugendberichts formuliert der Bericht eine Reihe von Handlungsbedarfen und Empfehlungen in insgesamt sieben thematischen Kontexten. Dort, wo eine Bezug-

nahme zu den Handlungsbedarfen und Empfehlungen möglich und sinnvoll war, ist das bereits in den vorausgegangenen Abschnitten erfolgt.

Die benannten Handlungsbedarfe und Empfehlungen bieten Spielräume, die von den jeweiligen Verantwortlichen in der Politik, in der Verwaltung auf Landesebene und kommunaler Ebene sowie den Fachkräften der verschiedenen Institutionen ausgestaltet werden können. Die Landesregierung wird die an sie gestellten Anforderungen im Einzelnen prüfen und mit den verschiedenen zuständigen Akteuren in die Diskussion treten.

IV. Schlussbemerkung

Insgesamt ist der erste rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendbericht als Pilotbericht zu verstehen: Er liefert ein umfassendes Kompendium von Daten und Erkenntnissen zu den Bedingungen des Aufwachsens von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Rheinland-Pfalz, was von Nutzen für die Weiterentwicklung der Fachpolitik und der Praxis sein wird. Es wird aber auch deutlich, dass es in der Datenlage Lücken gibt, die es schrittweise zu schließen gilt. Damit sind dem hier vorgeschlagenen Daten- und Analysekonzept „Child Well-being“ zunächst Grenzen gesetzt. Auch müssen für eine künftige Berichterstattung, wie dargestellt, die Kennzahlen und die darauf aufbauenden Indikatoren von den Berichterstellern überprüft und angepasst werden. Regionale Workshops, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Verantwortlichen der Praxis in den Dialog treten, um die notwendigen Kennzahlen und Indikatoren für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung weiterzuentwickeln bzw. abzustimmen, können dazu einen Beitrag leisten.

Vor diesem Hintergrund geben die jetzt schon gezogenen Schlussfolgerungen, die regionalen Besonderheiten und Bedingungen der Lebensverhältnisse und Lebenschancen für junge Menschen im Land zukünftig in stärkerem Maße in landespolitischen Initiativen und Programmen zu

berücksichtigen,³ zwar eine bedenkenswerte Richtung an, sind aber derzeit aufgrund der Datenlage nicht ausreichend belastungsfähig. Auch fehlt im Kinder- und Jugendbericht eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Förderprogrammen der Landesregierung, die eine eventuell fehlende Bedarfsgerechtigkeit der Mittelverteilung konkret darlegen würde. Vor einer grundsätzlichen Debatte um indikatorengezielte Finanzierungssysteme muss genau geprüft werden, an welchen Stellen konkreter Verbesserungsbedarf bestehen könnte.

Es soll an dieser Stelle auch nochmals festgehalten werden, dass der Bericht mit der regional differenzierenden Berichterstattung kein Ranking intendiert, sondern den Blick öffnen möchte für Verbesserungen regionaler Planungen. Der Bericht räumt hier auch die derzeitigen Grenzen der Befunde ein, da mit den verfügbaren Daten bislang nur Teilaspekte abzubilden sind.

³ In den vorherigen Abschnitten wurde immer wieder auf Förderprogramme verwiesen, in denen bereits ein bedarfsgerechter Ansatz verfolgt wird, als ein Beispiel kann hier nochmals das Sprachförderprogramm in Kindertagesstätten genannt werden, hier wird für das Förderbudget der Anteil der Fünfjährigen sowie der Kinder mit Migrationshintergrund im Jugendamtsbezirk zugrunde gelegt.

Die im Bericht festgestellte noch unzureichende Datenlage bedeutet für die Qualifizierung künftiger Berichte eine noch zu definierende zusätzliche Forschungsarbeit und darauf aufbauende Datenerhebung (objektiver, aber auch subjektiver Daten, z. B. durch Befragungen von Kindern und Jugendlichen zu ihrer Lebenssituation, ihrem Wohlbefinden)⁴, um eine differenzierte Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene und Landesebene tatsächlich realisieren zu können.

Zu Recht betont der Bericht die besondere Bedeutung der Jugendhilfeplanung. Ohne qualifizierte örtliche Jugendhilfeplanung können die vom Bericht geforderten gezielten Ausgleichsmaßnahmen nicht implementiert werden. Eine umfassende, mit anderen institutionellen Bereichen koordinierte Jugendhilfeplanung ist entscheidende Grundlage für eine fachlich kompetente und politisch wirksame Arbeit der Jugendämter. Starke Jugendämter in diesem Verständnis sind eine zentrale Voraussetzung für eine strukturierte Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Landesregierung sieht in der Kinder- und Jugendhilfe schon bisher einen wesentlichen Beitrag für gerechtes Aufwachsen und gerechte Chancen zur sozialen Teilhabe für alle jungen Menschen. Sie teilt die Auffassung, dass die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen wesentlich durch eine starke Kinder- und Jugendhilfe vertreten wird. Dass die Jugendhilfe nur als Ganzes wirkt, wie es der Bericht betont, ist dabei auch die Prämisse, von der die Landesregierung ausgeht. Sie ist von daher bemüht, eine gleich-

wichtige Berücksichtigung der unterschiedlichen Leistungsbereiche in der Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen. In diesem Zusammenhang legt sie auch Wert auf die Feststellung, dass die soziale Ausgleichsfunktion, die der Kinder- und Jugendhilfe ohne Zweifel zukommt, nicht zu Lasten der Berücksichtigung der Bedarfe aller jungen Menschen und ihrer Familien gehen darf. Kinder- und Jugendhilfe kann heute nicht mehr auf Hilfe und Unterstützung für besonders Benachteiligte reduziert werden, vielmehr ist sie in die Rolle einer normalen, eigenständigen Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule hineingewachsen. Dieser „Normalisierung“ wird auch die Landesregierung in ihrer Politik weiterhin Rechnung tragen.

Abschließend ist mit Blick auf das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“ festzuhalten: Den Kinder- und Jugendbericht für Rheinland-Pfalz am international bewährten Konzept des Child Well-being zu orientieren ist fachlich sinnvoll und mit Blick auf den kinderrechtbasierten Ansatz rheinland-pfälzischer Politik stimmig.⁵ Des Weiteren ist der erste Kinder- und Jugendbericht mit seinen Ergebnissen auch eine gute Grundlage für die Fortschreibung des Aktionsprogramms, da – wie verschiedentlich dargestellt – erstmals ein Grundstock an Daten zusammengestellt wurde, der sich auf die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen konzentriert. Somit ist ein Fundament für eine weitere differenzierte Entwicklung kinder- und jugendpolitischer Ziele vorhanden.

⁴ Die Sicht der Kinder und Jugendlichen auf ihr Lebensumfeld wird in Ansätzen bereits mithilfe verschiedener Instrumentarien erfragt. Beispielhaft zu nennen ist die Entwicklung von Kinder(stadt)plänen, die unter Beteiligung von Grundschulkindern im Sozialraum die Spiel- und Aufenthaltsorte, Institutionen für Kinder wie auch Gefahrenquellen erfassen. Die Landesregierung fördert die Kinder(stadt)pläne, die unter Beteiligung von Kindern entwickelt wurden, seit 2005 für Städte, Verbandsgemeinden oder Gemeinden ab 5.000 Einwohnern. Ebenso kann hier auf das Verfahren der Spielleitplanung verwiesen werden, mit dem Kinder und Jugendliche bei kommunalen Planungsprozessen mit ihrer Sicht einbezogen werden (vgl. www.spielleitplanung.de).

⁵ Vgl. die Informationsplattform www.kinderrechte.rlp.de.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG 36

1. Einleitung und Konzeption 52

1.1 Anlass und Zielsetzung 52

1.2 Konzeption und Aufbau 53

ERSTER BLICK:

Daten und Fakten zu Lebenssituationen und Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz 56

2. Daten und Fakten zu Lebensbedingungen und Lebenslagen junger Menschen in Rheinland-Pfalz 58

2.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung 58

2.1.1 Bevölkerungszahl und ihre Entwicklung 58

2.1.2 Familienformen und Haushalte 67

2.2 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld 70

2.3 Soziale Situation, Einkommen und wirtschaftliche Verhältnisse 77

2.3.1 Einkommen und Geldvermögen privater Haushalte 77

2.3.2 Erwerbstätigkeit 79

2.3.3 Elterngeld 79

2.3.4 Arbeitslosigkeit 80

2.3.5 Sozialleistungen 82

2.4 Armut und Armutsgefährdung sind von zentraler Bedeutung
für das Aufwachsen von jungen Menschen. 92

3. Angebote, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz 98

3.1 Gesundheit 98

3.1.1 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Interesse 99

3.1.2 Aktuelles Verständnis von Gesundheit und Gesundheitsförderung 100

3.1.3 Ausgewählte Schwerpunktthemen 104

3.1.4 Schnittstellen zu Armut, Bildung und Migration sowie Ausblicke 124

3.2	Kinder- und Jugendhilfe	127
3.2.1	Leistungen der Kindertagesbetreuung	129
3.2.2	Familienbildung und Erziehungsberatung	140
3.2.3	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände	150
3.2.4	Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfen	168
3.2.5	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	172
3.2.6	Hilfen zur Erziehung	173
3.2.7	Kinderschutz, familiengerichtliche Entscheidungen	179
3.2.8	Jugendgerichtshilfen und Jugendstrafrechtspflege	185
3.3	Schule	199
3.3.1	Schuleingänge	202
3.3.2	Schulübergänge	206
3.3.3	Schulabschlüsse	211
3.3.4	Schule und ...	214
3.3.5	Ausbildungsverhältnisse junger Menschen	225
3.3.6	Entwicklung der Schülerzahlen 2006 bis 2025	231
3.4	Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind zentral für die Wirksamkeit von Angeboten und Leistungen in öffentlicher Verantwortung	233
3.4.1	Partizipationsangebote, -maßnahmen und -projekte in Rheinland-Pfalz	235
3.4.2	Aktionsfelder bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen in Rheinland-Pfalz	241

ZWEITER BLICK:

Von der Beschreibung zur Deutung: regional differenzierende Sozialberichterstattung zu Lebenssituationen und Lebenschancen junger Menschen.....250

4.	Das Konzept für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung.....	251
4.1	Wie kann über Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen berichtet werden? Konzepte, Traditionen und aktuelle Ansätze einer Sozialberichterstattung	252
4.1.1	Konzepte, Traditionen und aktuelle Ansätze der Berichterstattung über Kinder und Jugendliche in Deutschland	254
4.1.2	Internationale Konzepte und Traditionen der Berichterstattung über Kinder – Indikatorenmodelle zur Messung und Beschreibung des Child Well-being	261
4.1.3	Fazit: zentrale Ergebnisse und Perspektiven	271
4.2	Annäherungen an ein Daten- und Indikatorenkonzept für die Kinder- und Jugendberichte des Landes Rheinland-Pfalz	273
4.2.1	Vom Datum über die Indikatoren zum Indexwert	275
4.2.2	Die unterschiedlichen Verdichtungsebenen: Kennzahlen – Indikatoren – Indexwerte	276

4.3	Das Konzept der Indikatoren und Indexwerte für das Child Well-being	279
4.3.1	Lebensbedingungen: Indikatoren und Kennzahlen	279
4.3.2	Wohlfahrt: Indikatoren und Kennzahlen	285
4.3.3	Handlungsräume: Indikatoren und Kennzahlen	293
4.4	Empfehlungen zu einem Datenkonzept für zukünftige Kinder- und Jugendberichte in Rheinland-Pfalz.	299
4.4.1	Aktuelle Leerstellen in der Abbildung von Child Well-being in einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung	299
4.4.2	Empfehlungen für ein Datenkonzept zukünftiger Kinder- und Jugendberichte in Rheinland-Pfalz	302
5.	Der Blick in die Regionen des Landes Rheinland-Pfalz	304
5.1	Die Regionen des Landes im Vergleich	305
5.1.1	Lebensbedingungen	305
5.1.2	Wohlfahrt	308
5.1.3	Handlungsräume	311
5.1.4	Der Gesamtindex Child Well-being	313
5.1.5	Interventionsleistungen und Infrastruktur	316
5.2	Erste Befunde einer regional differenzierenden Berichterstattung zu Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen.	318

DRITTER BLICK: VERTIEFUNGEN.....322

6.	Wie kommen Kinder ins Leben? Startbedingungen des Aufwachsens in Rheinland-Pfalz?	323
6.1	Frühe Kindheit – eine bedeutsame und sensible Lebensphase	323
6.2	Lebensbedingungen von 0- bis 6-Jährigen in Rheinland-Pfalz	328
6.2.1	Kinder in der Altersstruktur der Bevölkerung	328
6.2.2	Sozioökonomische Lage der Familien mit Kindern	332
6.3	Erziehung, Bildung und Betreuung in den Institutionen der frühen Kindheit	336
6.3.1	Angebot an Kindertageseinrichtungen	336
6.3.2	Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen	338
6.3.3	Das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“	342
6.4	Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit	350
6.4.1	Erste Hilfe im Notfall: Inobhutnahmen	350
6.4.2	Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit	350
6.4.3	Spezielle Landesprogramme im Bereich Früher Hilfen	352
6.4.4	Familienunterstützende Angebote, Einrichtungen und Netzwerke und die Bedarfslagen junger Familien	353
6.5	Zusammenfassung und Empfehlungen.	358

7. Wie kommen junge Menschen ins Erwerbsleben? Zu den Startbedingungen im Übergang zu Ausbildung und Beruf	362
7.1 Junge Menschen und ihr Start ins (Erwerbs-)Leben	362
7.2 Zum Begriff der „Jugend“	363
7.3 Jugendlich-Sein heute	364
7.3.1 Jugendlich-Sein im Kontext des Erwerbslebens	365
7.3.2 Teilhabe- und Verwirklichungschancen im Kontext des Erwerbslebens	366
7.4 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz im Übergang zum Erwerbsleben	368
7.4.1 Jugendliche in Rheinland-Pfalz	368
7.4.2 Jugendliche im Übergang zum Ausbildungssystem – die 1. Schwelle	375
7.4.3 Junge Menschen im Übergang zum Erwerbssystem – die 2. Schwelle	385
7.5 Startkapitalien und -bedingungen beim Übergang ins Erwerbsleben	390
7.6 Belastungen beim Übergang ins Leben	392
7.7 Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz im Kontext des Übergangs	394
7.8 Empfehlungen	395
7.9 Exkurs: Junge Menschen mit Migrationshintergrund	396
7.9.1 Der Migrationshintergrund	396
7.9.2 Junge Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz	398
7.9.3 Zu- und Abwanderung im Jugendalter	400
7.9.4 Die Perspektiven junger Menschen mit Migrationshintergrund beim Start ins (Erwerbs-)Leben	401
7.9.5 Empfehlungen	411
8. Der Blick über den Zaun: Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung im Vergleich der europäischen Nachbarn und Regionen	414
8.1 Ein blinder Fleck?	414
8.2 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern	416
8.3 Internationale Mobilität	418
8.3.1 Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern	418
8.3.2 Grenzüberschreitende Mobilität	419
8.4 Förderung von interkulturellen Kompetenzen in Bildungseinrichtungen von Rheinland-Pfalz . . .	420
8.4.1 Kindertageseinrichtungen	420
8.4.2 Allgemeinbildende Schulen	423

8.5 Beteiligung junger Menschen aus Rheinland-Pfalz am internationalen Austausch.....	425
8.5.1 Einleitende Bemerkungen zur Datenlage	425
8.5.2 Schulpartnerschaften	426
8.5.3 Jugendbegegnungen	428
8.5.4 Internationaler Austausch in der beruflichen Bildung	430
8.5.5 Internationale Mobilität der Studierenden	430
8.6 Fazit und Empfehlungen	434

VIERTENS: EMPFEHLUNGEN 438

9. Handlungsbedarf und Empfehlungen.....	438
---	------------

10. Projektgruppe.....	447
-------------------------------	------------

ANHANG 448

Drucksache 15/832: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz	449
--	------------

Literatur	450
------------------------	------------

Internetquellen	484
------------------------------	------------

Abkürzungsverzeichnis	489
------------------------------------	------------

Tabellenverzeichnis.....	491
---------------------------------	------------

Abbildungsverzeichnis	496
------------------------------------	------------

Datenquellen zum Indikatorenkonzept	502
--	------------

Datenanhang	509
--------------------------	------------

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz geht auf eine Initiative des Landtags zurück. Im Frühjahr 2007 hat er die Landesregierung aufgefordert, in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen und ihre Risiken sowie über die öffentlichen Angebote und Hilfen für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz erstellen zu lassen und zu kommentieren. Der Landtag hat seine Erwartungen an die Berichte differenziert und umfassend formuliert und dabei insbesondere auf eine regional differenzierende Darstellung Wert gelegt (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f, Drucksache 15/832). Vor diesem Hintergrund muss der erste Bericht einerseits einen umfassenden Überblick bieten und andererseits sowohl hinsichtlich seiner Datenbasis als auch hinsichtlich des konzeptionellen Ansatzes ein Fundament für die zukünftige, kontinuierliche Berichterstattung legen.

Die Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Landesuniversitäten Koblenz-Landau, Mainz und Trier zusammensetzte, musste nicht bei Null beginnen, um diese Aufgabe zu lösen. Es gibt eine langjährige Kinder- und Jugendberichterstattung auf Bundesebene, und auch einige Bundesländer legen eigene Kinder- und Jugendberichte vor. Konzeptionelle und methodische Probleme der Sozialberichterstattung werden außerdem auf internationaler Ebene breit diskutiert; die Arbeitsgruppe hat den Stand dieser Diskussion für ihren Bericht aufgegriffen.

Dennoch war die gestellte Aufgabe nicht leicht zu lösen; vor allem drei Probleme standen dabei im Vordergrund.

- Es gibt zwar eine Fülle von Daten zu einer großen Vielfalt von Aspekten des Lebens von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, aber sie werden getrennt voneinander und unter der Zwecksetzung der jeweiligen Institution erhoben; sie ergeben daher kein Gesamtbild.
- Bisher steht kein allseits anerkanntes Indikatorenmodell für die Darstellung und Analyse komplexer Lebensbedingungen und sozialstaatlicher Leistungen zur Verfügung. Der Bericht betritt insoweit Neuland; er arbeitet mit einem speziell für die Kinder- und Jugendberichte des Landes Rheinland-Pfalz entwickelten Indikatorenmodell, wobei (noch) nicht alle wünschenswerten Daten zur Verfügung standen.
- Kinder- und Jugendberichte bilden eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und stehen daher im Fokus unterschiedlicher, zum Teil kontroverser Erwartungen. Viele davon können sie nicht erfüllen, dies gilt insbesondere für die Erwartung, politische Entscheidungen in einem solchen Bericht wissenschaftlich zu begründen.

Die Antworten, welche die Arbeitsgruppe auf diese Herausforderungen gefunden hat, bestimmen Anlage und Struktur des Berichts. Es handelt sich um eine konzeptbasierte Berichterstattung, welche mit dem Instrument von Indikatoren die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz regional differenziert beschreibt. Normativer Rahmen der Beschreibung ist die

Forderung nach vergleichbaren Bedingungen des Aufwachsens für alle Kinder und Jugendlichen des Landes als Voraussetzung gleicher Lebenschancen. Leitbegriff für die Indikatorisierung ist das Konzept des Child Well-being, das in der internationalen Sozialberichterstattung bewährt ist.

Der Bericht ist in drei große Teile gegliedert, die zwar aufeinander aufbauen, aber jeweils einen eigenständigen Zugang verfolgen, das heißt: dieselben Gegebenheiten unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten.

- Der erste Teil des Berichts (Kapitel 2 und 3) ist datenbasiert. Er gibt eine Antwort auf die Frage, welche Facetten der Lebenssituationen und Lebensbedingungen junger Menschen bzw. der öffentlichen Angebote, Leistungen und Aufgaben sich in der Vielfalt zum Teil heterogener Zahlen, Daten und Fakten abzeichnen. Leserinnen und Leser finden hier das aktuellste verfügbare Datenmaterial zu einer Fülle einschlägiger Themen.
- Der zweite Teil des Berichts (Kapitel 4 und 5) entwickelt mit dem Konzept des Child Well-being einen theoretischen Zugang zu dem vorfindlichen Datenmaterial und organisiert es in Indikatoren, die eine regional differenzierende Betrachtung der Lebensverhältnisse junger Menschen in Rheinland-Pfalz ermöglichen. Leserinnen und Leser finden hier einen Vorschlag für ein theoretisch und methodisch reflektiertes Gesamtbild der Lebensverhältnisse junger Menschen in Rheinland-Pfalz.
- Der dritte Teil des Berichts (Kapitel 6, 7 und 8) greift drei Aspekte dieser Lebensverhältnisse

auf, um sie vertiefend zu untersuchen. Zwei von ihnen haben eine Schlüsselbedeutung im Lebenslauf: der „Start ins Leben“ sowie der Übergang in Ausbildung und Beruf. Der dritte Aspekt betrifft ein Spezifikum der Situation in Rheinland-Pfalz: die Nachbarschaft des Landes zu Belgien, Luxemburg und Frankreich.

Versteht man diese drei Teile des Berichts als Stufen der Darstellung, dann ergibt sich ein komplexes Bild, das Daten, Zugänge und Themen in einer multiperspektivischen Weise miteinander verknüpft. Abgeschlossen wird der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz mit Empfehlungen; sie beziehen sich nicht nur auf die Kinder- und Jugendpolitik, sondern auch auf die zukünftige Kinder- und Jugendberichterstattung des Landes.

Erster Blick (Kapitel 2 und 3)

Daten und Fakten zur Situation von Kindern und Jugendlichen

Kapitel 2:

Die Daten und Fakten zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz werden in drei Komplexen gebündelt dargestellt. Den ersten Komplex bildet die **demografische Struktur und Entwicklung**. Während die Datenlage zur Bevölkerung insgesamt, auch nach Alter und Geschlecht differenziert, detailliert vorliegt, kann in Bezug auf Familien und Familienformen nur auf eine begrenzte Auswahl an Daten und Fakten zurückgegriffen werden:

- Im Jahr 2008 leben in Rheinland-Pfalz 621.100 Familien. Während die Zusammensetzung der Familien (50 % mit einem Kind, 38 % mit zwei Kindern) über die letzten zehn Jahre nahezu unverändert geblieben ist, nimmt die Anzahl der Familien insgesamt ab (1998 bis 2008: - 6 %).
- Auch Rheinland-Pfalz hat eine alternde Gesellschaft: Während sich der Anteil der über 65-Jährigen seit 1950 fast verdoppelt hat, wird der Anteil der unter 20-Jährigen in den nächsten vierzig Jahren weiter um gut ein Drittel zurückgehen.
- Darüber hinaus werden Kinder zu einem knappen Gut; allerdings verringert sich der Anteil der Jungbevölkerung in den Landkreisen und Städten des Landes nicht in gleicher Weise.
- Zudem gibt es deutliche Unterschiede, wie stark die Bevölkerungsentwicklung durch Wanderungsbewegungen beeinflusst wird: Je nach Landkreis oder kreisfreier Stadt kann das Geburtendefizit teilweise durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden.
- Nach Geschlecht der unter 18-Jährigen überwiegt der Anteil der Jungen leicht (51,3 %). Die Jungbevölkerung verhält sich damit umgekehrt zur Gesamtbevölkerung (Anteil der Frauen 51 %).
- 17 % aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer oder jede sechste Einwohnerin/ jeder sechste Einwohner hat einen Migrationshintergrund. Allerdings zeigen sich auch hier erhebliche regionale Unterschiede. Gut 31 % der Menschen mit Migrationshintergrund sind jünger als 20 Jahre.

Auch die **Wohnbedingungen** junger Menschen in Rheinland-Pfalz – der zweite Komplex – gestalten sich keineswegs einheitlich; die 36 Landkreise und kreisfreien Städte unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Wohnflächen, die zur Verfügung stehen, sondern auch hinsichtlich der Chancen und Risiken im Wohnumfeld. Dieses Themenfeld ist gerade für Kinder und Jugendliche von zentraler Bedeutung: Je jünger die Kinder sind, desto kleiner ist der Radius um die eigene Wohnung.

- Das unmittelbare Umfeld prägt die Bedingungen und Möglichkeiten, aber ggf. auch die Einschränkungen und Belastungen für das Aufwachsen. Im Hinblick auf die Daten können daher nur eine kleinräumigere Betrachtung sowie Eigenauskünfte der Kinder und Jugendlichen selbst zuverlässige Auskünfte über das Wohnumfeld geben.
- Zum Wohnumfeld werden daher auch die in Rheinland-Pfalz verfügbaren Studien zur Einschätzung durch Kinder und Jugendliche ausführlich gewürdigt: Hierzu zählen u. a. das Kinderbarometer Rheinland-Pfalz sowie die Spielleitplanung als Verfahren und Instrument zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Erhalt und Verbesserung des Wohnumfeldes.
- Die Verkehrssicherheit und damit im negativen Sinne die Verkehrsrisiken haben für Kinder und Jugendliche einen hohen Stellenwert in Bezug auf die Einschätzung der Qualität ihres Wohnumfeldes: Die Daten bspw. für verunglückte Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen zeigen

bei einem Durchschnittswert von 1,5 % eine erhebliche Spannweite (von 0,6 bis 4,5 %).

Der dritte Komplex bezieht sich auf **materielle Lebensbedingungen und Armut**. Im bundesweiten Vergleich liegen die materiellen Ressourcen der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz über dem Durchschnitt; das positive Bild bestätigt sich in einer unterdurchschnittlichen Erwerbslosenquote. Die materielle Situation der Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz variiert erheblich.

- Im Hinblick auf materielle Ressourcen und Einschränkungen zeigt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich durchweg positivere Ausprägungen. So haben bspw. 27 % der Familien im Lande ein monatliches Nettoeinkommen von 2.300 bis 3.200 Euro; Alleinerziehende allerdings verfügen auch in Rheinland-Pfalz in 36 % der Fälle lediglich über ein Einkommen von unter 1.300 Euro.
- Darüber hinaus gibt auch das in Anspruch genommene Elterngeld als Lohnersatzleistung Auskunft über die wirtschaftliche Lage von Familien: Bei einem landesweiten Durchschnitt von 613 Euro variieren die Werte innerhalb der Regionen von 452 bis 702 Euro pro Monat.

Bezogen auf finanzielle Einschränkungen, wie Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsbezug, ergeben sich für Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich überwiegend unterdurchschnittliche Werte. Die Ausprägungen in den 36 rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten variieren allerdings auch hier deutlich:

- Mit einer Arbeitslosenquote von 5,6 % liegt Rheinland-Pfalz im November 2009 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (7,6 %). Für die 36 kreisfreien Städte und Landkreise zeigen sich jedoch mit Quoten zwischen 5,4 und 14,4 % erhebliche Abweichungen. Dies trifft ebenso auf die Jugendarbeitslosigkeit zu.
- Auch die Sozialleistungen – bspw. die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld unter 15 Jahren – zeigen deutliche regionale Unter-

schiede: Während in einigen Gebietskörperschaften nur knapp jeder Zwanzigste betroffen ist, ist es in anderen Regionen mehr als jeder Vierte.

Rheinland-Pfalz liegt auch hinsichtlich Armut und Armutsgefährdung im Bundesdurchschnitt; Kinder sind im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen häufiger und länger betroffen. Armut und Armutsgefährdung sind eine zentrale Dimension für das Aufwachsen junger Menschen: „Kaum ein Faktor der aktuellen Lebenssituation bestimmt so sehr die Zukunftschancen eines jungen Menschen wie die materielle Lage seiner Familie“ (LSJV 2009b, S. 5). Auch die verfügbaren Daten zu Armut und Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen zeigen ein vielfach unterschiedliches Bild: Zu den besonders betroffenen Gruppen zählen vor allem Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren und Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

- Insbesondere in diesem Themenbereich ist die Datenlage von zentraler Bedeutung. Zum einen variiert je nach Datengrundlage die Quote der von Armut betroffenen bzw. armutsgefährdeten jungen Menschen erheblich. Zum anderen liegen nach 36 Landkreisen und kreisfreien Städten differenzierende Daten nur für eine am Sozialleistungsbezug gemessene Armutsgefährdung vor.
- Die Entwicklung von Armut und Armutsgefährdung spielt nicht zuletzt auch daher eine wesentliche Rolle: Einerseits ist für Rheinland-Pfalz die Armutsgefährdungsquote von 2006 (13,2 %) nach 2008 auf 14,5 % angestiegen (wie auch im Bundestrend), andererseits zeigt die Entwicklung im internationalen Vergleich, dass Einkommensungleichheit in Deutschland mehr als in jedem anderen OECD-Land zugenommen hat. Die Zunahme betrifft weiterhin Kinder unter 15 Jahren besonders drastisch.

Kapitel 3:

Die Angebote, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung gliedert der Bericht in vier Schwerpunkte: Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Schule und Partizipation.

Gesundheit, der erste Schwerpunkt, ist durch öffentliche Maßnahmen nicht unmittelbar gestaltbar, aber die Zugänge und Strukturen der Gesundheitsförderung sind gerade für junge Menschen in hohem Maße bedeutsam. Es bedarf insbesondere neuer Methoden und Zugänge, um die Menschen zu erreichen, die zwar auf gesundheitsfördernde Angebote angewiesen sind, diese jedoch bisher nicht annehmen (MASFG 2005c, S. 6). Dies ist auch deshalb wichtig, da die Daten für eine Verschiebung von akuten zu chronischen und von körperlichen zu seelischen Erkrankungen bei jungen Menschen sprechen.

- Für das Themenfeld Gesundheit lassen sich zahlreiche Projekte und Maßnahmen anführen, die zum Ziel haben, durch aufsuchende und niedrigschwellige Angebote Familien frühzeitig zu erreichen. Exemplarisch für Frühe Förderung und Frühe Hilfen sind bspw. „Netzwerke Familienbildung“, das Projekt „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ oder auch „Guter Start ins Kinderleben“ und „Zu Gast bei Familie ... FamTische“ zu nennen.
- Insgesamt rückt das Themenfeld Gesundheit, Gesundheitsförderung und Prävention – nicht zuletzt mit dem 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung – zunehmend in das öffentliche Interesse.
- Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Landes zeigt sich für Rheinland-Pfalz eine breite Datenbasis, die zudem stetig ausgebaut wird. Die Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung liefern bisher allerdings überwiegend Daten zu Erkrankungen, Krankheiten und der gesundheitlichen Versorgung. Hier werden Daten zu den Schuleingangsuntersuchungen Anfang des Jahres 2010 – bspw. zu Impfstatus

und Body-Mass-Index (BMI) der jungen Menschen als zentrale Aspekte der Gesundheitsberichterstattung über junge Menschen – ergänzt.

- Werden Gesundheit, gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in aktuellen Veröffentlichungen thematisiert, ist auch das aktuelle Verständnis von Gesundheit bedeutsam, welches sich nicht mehr an der Abwesenheit von Krankheit orientiert. Gesundheit ist vielmehr zu verstehen als „ein positives Konzept und Gesundheitsförderung im Sinne einer Ermöglichung von Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit als körperliches, seelisches und soziales Wohlergehen“ (BMFSFJ 2009c, S. 78).
- Dieses positive Verständnis von Gesundheit kann allerdings derzeit nur begrenzt anhand von Daten und Fakten abgebildet werden. Im Kapitel „Gesundheit“ des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz wird daher anhand ausgewählter Schwerpunktthemen zunächst auf die vorliegenden Daten und Fakten eingegangen und dann auf entsprechende Angebote, Leistungen und Aufgaben, die nicht nur die gesundheitliche Versorgung, sondern auch – und hier schwerpunktmäßig benannt – Gesundheitsförderung und Prävention zum Ziel haben.
- Neben diesen Schwerpunktthemen – wie bspw. Impfungen, Zahngesundheit, Ernährung, Sucht – sind die Schnittstellen zu den Themen Armut, Bildung und Migration von zentraler Bedeutung. Damit werden also auch die Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheitsstand, Bildung und Gesundheitsbewusstsein sowie Migrationshintergrund und Gesundheitsverhalten umrissen.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, dem zweiten Schwerpunkt der Datenpräsentation, spielt Rheinland-Pfalz in einigen Bereichen bundesweit eine Vorreiterrolle. Das gilt besonders für die Kindertagesbetreuung, ebenso für die frühen präventiven Hilfen und die Jugendberufshilfen.

Es zeigen sich aber auch Felder mit deutlichem Entwicklungsbedarf, etwa in der Jugendarbeit oder den Jugendhilfeaufgaben in Zusammenarbeit mit der Jugendstrafrechtspflege.

Das Kapitel ist im Wesentlichen nach den im SGB VIII normierten Leistungsbereichen gegliedert und beginnt mit Angeboten, Leistungen und Aufgaben, die für alle Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen, reicht über einzelfallbezogene Leistungen der Hilfen zur Erziehung bis hin zu den immer auch notwendigen Kriseninterventionen bspw. in Kinderschutz und Jugendgerichtshilfen.

- Im Bereich der **Kindertagesbetreuung** liegt die Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen durchschnittlich bei 13,9 %. Es lassen sich in den Städten und Landkreisen jedoch Differenzen zwischen 7,4 und 23,7 % aufzeigen; ebenso für die Besuchsquoten der 6- bis 13-Jährigen: Die Werte reichen bei einem Durchschnitt von 9,4 % von minimal 6,4 bis maximal 15,5 %. Als wesentliche Entwicklungen sind in diesem Bereich zwei Aspekte anzuführen: Zum einen die seit dem Jahr 2006 eingeführte Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt, die zugleich ab 2010 für alle 2- bis 6-Jährigen gelten soll. Zum anderen der ab dem 01.08.2010 geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 2. Lebensjahr.
- **Familienbildung** liegt im Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendhilfe und findet ihren Ausdruck in zahlreichen Programmen und Initiativen in den Kommunen, von Trägern und durch das Land. Hier bündelt vor allem die 2004 gestartete Landesinitiative „Viva Familia“ eine große Zahl von Programmen und Themen. Im Gegensatz dazu wird eine geringe Integration der Familienbildung in eine kommunale Gesamtkonzeption einer „als Ganzes wirksamen“ Kinder- und Jugendhilfe auch in Rheinland-Pfalz immer noch deutlich. Für die vorliegenden Daten zeigen sich auch in diesem Themenfeld erhebliche Abweichungen: Die **Erziehungsberatung** nach §28 SGB VIII variiert je nach kreisfreier Stadt/Landkreis zwischen 45,4 und

0,1 Beratungen pro 1.000 Kinder und Jugendliche. Insgesamt zeigen die Standorte der Erziehungs- und Lebensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz sowohl ein deutliches Stadt-Land-Gefälle als auch erhebliche Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden des Landes.

- **Die Kinder- und Jugendarbeit** ist in vielen politischen Programmen und kommunalen Konzepten, wie bspw. dem Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“, unbestritten ein unverzichtbarer Teil einer Kinder- und Jugendhilfe, die sich an alle Kinder und Jugendlichen im Land richtet. Allerdings gerät die Jugendarbeit bei anhaltend großem Kostendruck der für ihre Finanzierung zuständigen Träger und Kommunen zunehmend ins Hintertreffen, muss erhebliche Einschnitte hinnehmen und teilweise um ihre Existenz kämpfen. Die **Jugendverbände** stellen im Land Rheinland-Pfalz ebenso wie im Bund über 50 % der Träger und Maßnahmenanbieter in der Jugendarbeit (SJV 2006b, S. 11). Jugendbildungsarbeit wird in Rheinland-Pfalz in unterschiedlichen Themenbereichen und z.T. in speziell dafür eingerichteten Jugendbildungsstätten angeboten. Im Bericht werden weiterhin die Bereiche der musischen und kulturellen Bildung sowie Bibliotheken und die Bereiche der ökologischen und naturbezogenen Bildung in den Blick genommen.
- **Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfen** werden durch zahlreiche Landesprojekte gefördert und unterstützt, sie sollen insbesondere für junge Menschen ohne Schulabschluss zum Ausgleich sozialer Benachteiligung beitragen. Hier liegen jedoch kaum regional differenzierte Daten für Rheinland-Pfalz vor. Die Werte zu einzelnen Projekten zeigen für das Land insgesamt einen positiven Trend.
- Der **erzieherische Kinder- und Jugendschutz** bezieht sich auf präventive und pädagogische Schutzaspekte, im Gegensatz zum gesetzlichen Jugendschutz oder dem Kinderschutz. Berichtet

werden kann über die im Rahmen des Landesjugendplanes zur Verfügung gestellten Landesmittel zwischen 2007 und 2010.

- Über kein Aufgabenfeld der Kinder- und Jugendhilfe ist in Berichten der zuständigen Landesministerien in Rheinland-Pfalz so vielfach und umfangreich berichtet worden wie über die „**Hilfen zur Erziehung**“. Es ergeben sich auch hier deutliche regionale Unterschiede, die durch das etablierte Berichtswesen bereits gebündelt und aufbereitet sind – hier allerdings auf Ebene der Jugendamtsbezirke. Bei einem Durchschnittswert von 25,5 ‰, d. h. 25,5 Hilfen zur Erziehung pro 1.000 junge Menschen, werden deutliche Abweichungen innerhalb der Städte und Landkreise erkennbar: Angefangen bei 13,4 ‰ gibt es Ausprägungen bis über 47 ‰. Diese großen Unterschiede sind nicht nur in den Hilfen insgesamt, sondern auch für die Wahl der einzelnen Hilfeformen sowie für die anfallenden Kosten dieser Leistungen festzustellen.
- Mit der Einführung des rheinland-pfälzischen Gesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit im März 2008 wird zum einen die generelle Förderung durch eine stärkere Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen, die auf einem verbindlichen Einladungswesen beruht, gefördert. Zum anderen werden Maßnahmen zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen und der Ausbau Früher Hilfen, um Risiken frühzeitig zu erkennen, intensiviert. Aufgaben und Probleme des **Kinderschutzes** werden als „messbarer“ Hinweis über sog. Inobhutnahmen und gerichtliche Maßnahmen zum Entzug elterlicher Sorge in den Blick genommen. Weiterhin wird in diesem Themenbereich über eine rheinland-pfälzische „Spezialität“, die Kinderschutzdienste, berichtet.
- Das Themenfeld der **Jugendgerichtshilfen und Jugendstrafrechtspflege** ist ebenfalls Bestandteil des Berichtes, da auch die Grenzüberschreitungen und Normenverletzungen junger Menschen sowie die hierauf bezogenen Hilfen

und Sanktionen im Rahmen der Jugendhilfe und der Jugendstrafrechtspflege in den Blick genommen werden müssen. Die Aufgaben der Mitwirkung im Verfahren vor dem Jugendgericht (hier verkürzt: Jugendgerichtshilfe) werden in den zuständigen kommunalen Jugendämtern unterschiedlich konzeptionell gestaltet, personell ausgestattet und strukturell organisiert und sind somit in hohem Maße unterschiedlich und von örtlichen Besonderheiten geprägt. Das bedeutsamste Entwicklungs- und Reformprojekt im Bereich der Jugendstrafrechtspflege in Rheinland-Pfalz ist die Konzeption und Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“ seit 2005.

Als dritter Schwerpunkt wird nicht über „die“ Institution Schule, sondern über **Schullaufbahnen von Kindern und Jugendlichen** berichtet. Neben vielen Hinweisen auf gelungene Übergänge und erfolgreiche Abschlüsse in den Schulen des Landes müssen aber auch beunruhigende Unterschiede zur Kenntnis genommen werden, wie junge Menschen die für den weiteren Lebensweg entscheidende Hürde „Schulabschluss“ erfolgreich überwinden können.

Kinder frühzeitig in ihren Bildungsanstrengungen zu unterstützen und zu fördern ist ein wesentliches Ziel bildungspolitischer Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt der Berichterstattung zum Themenfeld Schule stehen die schulischen Bildungsanstrengungen junger Menschen selbst, deren Ziel und Fixpunkt – nicht deren einziger Ertrag – ein erfolgreicher Schulabschluss ist. Daher werden Daten und Informationen zur Schullaufbahn zunächst an den entscheidenden schullaufbahnbezogenen Abschnitten in den Blick genommen: **der Eingang in die Schule, die Übergänge von Grundschulen in weiterführende Schulen sowie Schulabschlüsse.**

- Bereits der Start in die Schullaufbahn gelingt auch Kindern in Rheinland-Pfalz deutlich unterschiedlich, dies zeigt sich u. a. in den Befunden der Schuleingangsuntersuchungen sowie den Empfehlungen zu Sportunterricht und Sprach-

förderung. Wie deutlich solche unterschiedlichen Startchancen in Rheinland-Pfalz auch regional ausgeprägt sind, zeigen die Befunde.

- Der Übergang von der Grundschule in die verschiedenen weiterführenden Schulen ist die nächste entscheidende Weichenstellung in der Schullaufbahn der Kinder. Im Jahr 2008 wechselten 37,7 % der Grundschüler zu einem Gymnasium, 22 % zur Realschule und 10,5 % zu einer Hauptschule. Die Übergangszahlen zu den Regionalen Schulen und den dualen Oberschulen sind in den vergangenen Jahren merklich gesunken und fangen somit den Schülerrückgang an Hauptschulen nicht auf.
- Der erreichte Schulabschluss entscheidet wesentlich über die weiteren Zugänge und Chancen qualifizierter Ausbildungen. In Rheinland-Pfalz verlassen 39,5 % der Schülerinnen und Schüler die Schule mit qualifiziertem Sekundarabschluss I, 27,2 % mit Allgemeiner Hochschulreife und nahezu ein Viertel der Schülerinnen und Schüler beendet die Schule mit Hauptschulabschluss. Insgesamt verlassen 7,1 % (3.342 absolut) der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss. Die erreichten Schulabschlüsse weisen in den Landkreisen und Städten erkennbare regionale Unterschiede auf.

Neben der Betrachtung der Schullaufbahn sind unter der Überschrift „**Schule und ...**“ solche Themen für die Entwicklung der Schullandschaft benannt, die vor allem im Hinblick auf eine Kompensation der deutlichen sozialen und regionalen Unterschiede bedeutsam sind und dabei hilfreich sein können, die Schullaufbahn trotz Belastungen erfolgreich zu meistern.

- Ganztagschulen werden in internationalen Schulvergleichstudien immer wieder als besonders geeignete Schulform bezeichnet, um soziale Differenzen zu kompensieren. Mehr Zeit zum Lernen sowie für unverzichtbare soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen sind wesentliche Intentionen. Hierzu werden für Ganztags-

schülerinnen und -schüler unterschiedliche Programme angeboten und gefördert. In Rheinland-Pfalz gibt es im laufenden Schuljahr 2009/10 860 Ganztagschulen, davon 504 in der Angebotsform. Im Land wird ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Netz von Ganztagschulen angestrebt.

- In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 139 Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten. Die Entwicklung der letzten Schuljahre zeigt, dass der Anteil der aus Förderschulen entlassenen Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss seit dem Schuljahr 2004/05 leicht gestiegen ist.
- In den Landkreisen und kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 206 Standorte für Schulsozialarbeit, die indes nicht gleichmäßig auf das Land verteilt sind. Das Land fördert aktuell (Stand: 25. 01. 2010) insgesamt 133,25 Stellen für Fachkräfte der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen.

Abschließend wird der Blick auf **Ausbildung und Studium** junger Menschen gelenkt:

- In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2007 (Stichtag 31. 12.) 78.769 Auszubildende, davon waren 38,6 % weiblich.
- Die Ausbildungsverhältnisse junger Menschen in Rheinland-Pfalz, differenziert nach Vorbildung der Auszubildenden, zeigen im Jahr 2006 im Bundesländervergleich bedeutsame Abweichungen. Während der Anteil der jungen Menschen ohne Abschluss mit 1,3 % in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich ist, liegt der Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss (33,9 %) an zweithöchster Stelle. Der Anteil der Berufsschülerinnen und -schüler mit Ausbildungsvertrag zeigt in den Regionen des Landes im Vergleich große Unterschiede.
- Mit einer Studienanfängerquote von 37,4 % liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 mit 3 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt,

gleichzeitig liegt die Betreuungsrelation (in Rheinland-Pfalz je wissenschaftlich Lehrendem 16,3 Studierende; im Bundesdurchschnitt 12,2) an den rheinland-pfälzischen Hochschulen deutlich über dem Durchschnitt.

Die Erfahrung, das eigene Leben selbst in die Hand nehmen zu können, sich als selbstwirksam und handlungsmächtig zu erleben, ist zentral für die positive Entwicklung junger Menschen. Es wird daher sowohl über **Partizipation** als Handlungsprinzip aller Aufgabenfelder einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern als auch über vielfältige Partizipationsformen und -projekte sowie über **bürgerschaftliches Engagement** und Ehrenamt berichtet.

- Partizipation ist sowohl im Sinne formaler Beteiligungsrechte als auch als konkrete „Mitwirkungsmöglichkeit“ für Kinder und Jugendliche von entscheidender Bedeutung. Zusammenhänge zu den Aufgaben- und Themenfeldern Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule unterstreichen die weitreichende Bedeutung der Beteiligung junger Menschen, zeigen jedoch auch das Erfordernis weiterer wissenschaftlicher Analysen insbesondere zur Wahrnehmung und Bewertung durch Kinder und Jugendliche selbst.
- Partizipationsangebote, -maßnahmen und -projekte in Rheinland-Pfalz, die im Bericht näher betrachtet werden, sind das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ und das Netzwerk Partizipation, die Aktionsfelder des bürgerschaftlichen Engagements in Form des Ehrenamtes, die Freiwilligendienste FSJ und FÖJ und das politische Engagement, etwa Wahlverhalten und Wahlwunsch Jugendlicher.
- Eine Enquete-Kommission hat sich 2004/05 eingehend mit dem Verhältnis von Jugend und Politik beschäftigt und aufgezeigt, dass es möglich ist, das Verhältnis von jungen Menschen zu Gesellschaft und Politik positiv zu gestalten und vorhandene Distanzen zu überwinden.

Hierzu ist ein ständiges Bemühen von Politik und Mandatsträger/-innen in Räten und Parlamenten, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen und in Kontakt zu bleiben, eine Grundvoraussetzung.

- Welche konkrete Bedeutung allerdings Partizipationsprojekte und freiwilliges Engagement für die Gestaltung der Lebenswirklichkeit junger Menschen haben, lässt sich aus vorliegenden Daten weder auf Bundesebene noch für Rheinland-Pfalz und seine Regionen beantworten. Es muss daher offen bleiben, wie Kinder und Jugendliche das vorliegende Partizipations- und Engagementangebot wahrnehmen und beurteilen. Insbesondere wäre von Interesse, ob Kinder und Jugendliche sich dabei als selbstwirksam und handlungsmächtig erfahren.

Quer zu diesen vier Schwerpunkten der Darstellung ist auffällig, wie undeutlich das Bild der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bleibt; differenzierter hingegen ist das Bild von jungen Menschen mit Migrationshintergrund; auch hinsichtlich der Geschlechterdifferenz gibt es deutliche Befunde.

- Junge Menschen mit Behinderung sind statistisch nur schwer erfassbar. Hier liegen lediglich für Kinder und Jugendliche mit einem Behinderungsgrad von 50 % und mehr, die auch einen Schwerbehindertenausweis beantragt haben, regional differenzierte Daten vor. Weitere Hinweise auf Menschen mit Behinderung lassen sich lediglich in Teilaspekten in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe sowie Bildung und Gesundheit finden. Im Bereich der Frühförderung junger Menschen mit Behinderungen ist Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders gut aufgestellt. Dies wird allerdings eher anhand von Konzepten und Programmen, weniger aufgrund empirischer Daten deutlich.
- Junge Menschen mit Migrationshintergrund können hingegen aufgrund der umfassenderen Datenbasis differenzierter betrachtet werden.

Allerdings wird der Begriff „Migrationshintergrund“ äußerst unterschiedlich gefasst und blendet zugleich wichtige Aspekte aus. Dennoch werden insbesondere in den Bereichen Armut, Bildung und Gesundheit zentrale Benachteiligungen deutlich. Eingehender werden die jungen Menschen mit Migrationshintergrund in einem Exkurs der Vertiefung „Wie kommen junge Menschen ins Erwerbsleben? Zu den Startbedingungen im Übergang zu Ausbildung und Beruf“ (Kap. 7.9) betrachtet.

- Bezüglich Geschlechterverteilung und geschlechtsspezifischen Chancen und Risiken

für das Aufwachsen von Jungen und Mädchen unterscheiden sich die 36 Landkreise und kreisfreien Städte nach den vorliegenden Daten kaum. Insgesamt ist aber erkennbar, dass Mädchen in den Hilfen zur Erziehung unterrepräsentiert sind oder höhere Schulabschlüsse erreichen, aber durch die Berufswahl schlechtere Ausbildungs- und Erwerbschancen haben. Mit Blick auf ihre Lebenssituationen zeigen sich darüber hinaus höhere Armutsrisikoquoten für Frauen, und die Arbeitslosenquote liegt auch für junge Frauen über der junger Männer. Jungen hingegen haben ein deutlich höheres Unfallrisiko im Straßenverkehr.

Zweiter Blick (Kapitel 4 und 5)

Child Well-being in den rheinland-pfälzischen Regionen

„Der Kinder- und Jugendbericht soll nach Möglichkeit nach Landkreisen (und Städten) differenzierte Daten enthalten“, heißt es in dem Beschluss des Landtags. Unterschiede in den Lebensverhältnissen der Regionen sind nicht nur ein relevanter Gegenstand der Sozialberichterstattung, sie sind auch eine Herausforderung für die Landespolitik. Sozialräumliche Analysen liefern Anhaltspunkte für regionale Planung und Entwicklung, um die Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern.

Um Eigenart und Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Städten und Landkreisen angemessen herauszuarbeiten, wurden zwei Zugänge miteinander verknüpft: eine Auseinandersetzung mit deutschen und internationalen Konzepten zur Sozialberichterstattung sowie eine statistisch explorierende Datenauswertung für die 36 kreisfreien Städte und Landkreise. Als Ergebnis können ein grundlegendes empirisch fundiertes und theoretisch begründetes Konzept für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung sowie erste Ergebnisse präsentiert werden.

Die Arbeitsgruppe hat den international gebräuchlichen Begriff „**Child Well-being**“ beibehalten, weil er objektive Voraussetzungen für ein

gutes Aufwachsen junger Menschen mit der subjektiven Bewertung individueller Lebensentwürfe und Lebenschancen auf eine Weise verknüpft, die nicht angemessen ins Deutsche übersetzbar ist. Das Konzept umfasst drei Dimensionen:

- **Lebensbedingungen.** Welche Faktoren prägen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die in Rheinland-Pfalz groß werden?
- **Wohlfahrt.** Welche Effekte und Auswirkungen haben sozialstaatliche Leistungen und Strukturen als Beitrag auf die Verwirklichungschancen junger Menschen?
- **Handlungsräume.** Welche Handlungsperspektiven und Verwirklichungschancen sehen junge Menschen in ihren Lebensräumen?

Die verfügbaren regional differenzierten Daten und Informationen sind (noch) unvollständig und ermöglichen nur eine erste Annäherung; sie zeigen aber bereits deutlich ein ausgesprochen vielgestaltiges Bild der Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen in diesem Land:

- Die Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz weisen jeweils eigene Profile der Lebensbedingungen junger Menschen und Familien auf.
- Viele kreisfreie Städte und Landkreise bieten den Kindern und Jugendlichen Chancen für ein gelingendes Aufwachsen; aber es gibt auch eine erhebliche Ungleichheit der Lebenschancen junger Menschen im Land.
- Es gibt viele Hinweise darauf, dass die Lebensbedingungen und die darauf bezogenen sozialstaatlichen Aktivitäten in den Städten besonders prägnant sind: Armut und Reichtum oder niedriger und hoher Bildungserfolg liegen hier nahe beieinander. Ausgeprägter als in den Landkreisen nötig, müssen Städte diese Risiken und Möglichkeiten gestalten. Ihre Potentiale, Unterschiede auszubalancieren, haben wesentlich zur Stabilität moderner Gesellschaften beigetragen.
- Ungleichheit abzubauen und Differenz demokratisch zu kultivieren ist insbesondere bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine große Herausforderung für die Ausgestaltung und Entwicklung positiver Lebensbedingungen für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz.

Die Befunde dieses Berichts basieren auf der Komprimierung und Gewichtung vielfältiger Daten. Dies birgt immer die Gefahr, wichtige Differenzierungen zu unterschätzen. Durchschnittlich günstige Bedingungen für das Aufwachsen in einer Stadt oder einem Landkreis können in jeweils kleinere Einheiten – Stadtteile oder Ortsgemeinden – eingebettet sein, in denen diese Bedingungen schlechter oder besser sind. Andererseits können günstige und ungünstige Lebensbedingungen nahe beieinander liegen. Trotzdem vermag dieser Bericht wesentliche Anhaltspunkte für eine fundierte Auseinandersetzung mit differenzierten Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz zu präsentieren. Insgesamt ist zu fragen, welche individuellen und

regionalen Problemlagen durch öffentliche Leistungen ausgeglichen werden können und müssen. Hier steht nicht allein das Land in der Verantwortung, sondern auch die kommunalen Gebietskörperschaften.

Mehr als eine erste Annäherung können die Befunde dieses Berichtes trotz aller Anstrengungen nicht sein, da für zentrale Aspekte vor allen Dingen in den Dimensionen Lebensbedingungen und Handlungsräume nur begrenzt aussagekräftige Daten zur Verfügung stehen. Daher werden konkrete Hinweise und Anregungen für die notwendige Weiterentwicklung des mit diesem ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz vorgeschlagenen Konzeptes einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung gegeben.

Dritter Blick (Kapitel 6, 7 und 8): Vertiefungen

Frühe Kindheit, Übergang ins Erwerbsleben und ein Blick über den Zaun

Kapitel 6:

Die frühe Kindheit gilt als ebenso verwundbar wie bildsam. Artikel 24 der Verfassung für Rheinland-Pfalz betont das Recht des Kindes auf Entwicklung, Entfaltung, Förderung und besonderen Schutz. Entsprechend wird vertieft untersucht, wie die öffentliche Verantwortung für Kinder im vorschulischen Alter auf der Ebene von Erziehung, Bildung und Betreuung sowie auf der Ebene von Schutz, Förderung und Hilfe im Land Rheinland-Pfalz wahrgenommen wird.

Das Land Rheinland-Pfalz weist bei der Versorgung mit Kindertagesbetreuung eine hohe Quote auf, und der Betreuer-Kind-Schlüssel fällt überdurchschnittlich gut aus. Auch die Anstrengungen im Bereich der Fortbildung von Fachkräften sind hervorzuheben. Die Hilfsangebote für Familien sind in der Regel dort besonders vielfältig, wo relativ viele Kinder geboren werden und wo besonders viele Familien mit Kleinkindern leben. Die Unterstützungsstrukturen entsprechen also im Allgemeinen der erwartbaren Bedarfslage junger Familien.

Dieses an sich positive Ergebnis wird allerdings durch einen anderen Befund relativiert: Schaut man sich die Unterstützungsstrukturen vor dem Hintergrund der Lebenslagen von jungen Familien und Kindern in den jeweiligen Regionen an, ist festzustellen, dass das Angebot an familienunterstützenden Einrichtungen in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Child-Well-being-Index steht, der die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume von Kindern in den einzelnen Regionen zusammenfassend beschreibt. Dieser Befund ist dahingehend zu interpretieren, dass das rheinland-pfälzische Unterstützungssystem für junge Familien zwar auf das unterschiedliche generative Verhalten in den Regionen reagiert, im Allgemeinen aber noch

wenig sensibel für die Problemlagen der dort wohnenden jungen Familien ist. Die Unterstützungssysteme für junge Familien im Land Rheinland-Pfalz müssen also noch besser auf die regionalen Bedarfs- und Problemlagen zugeschnitten werden. Dies betrifft insbesondere solche Regionen mit verhältnismäßig ungünstigen Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern.

Kapitel 7:

Die Jugendphase ist eine eigenständige Lebensphase mit typischen Gestaltungsmöglichkeiten und eine Übergangszeit mit zentralen Entwicklungsaufgaben zugleich. Jugendliche müssen sich einen Zugang zu ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital erarbeiten, wobei gleichzeitig eine hohe Ungewissheit darüber besteht, ob die erworbenen Kompetenzen verwertet werden können. Dies macht den Übergang in den Status des Erwachsenen riskant.

Die meisten Jugendlichen verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit einer formalen Qualifikation, mindestens 7 % allerdings ohne Abschluss. Je gut ein Viertel der Jugendlichen verlässt die Schule mit Hochschulreife bzw. mit Hauptschulabschluss, ca. 40 % mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I. Der Start Jugendlicher mit Migrationshintergrund ins Erwachsenenleben wird ebenfalls wesentlich von der sozialen Herkunft bestimmt, teilweise auch von Diskriminierung und schließlich von den Belastungen, die mit Migration verbunden sein können. Die Ungleichheit des Bildungserfolgs variiert im Land außerdem regional. Nach der allgemeinbildenden Schule setzt sich die Ungleichheit der Bildungswege fort. Es zeigt sich ein breites Spektrum vom erfolgreichen Studium bis hin zur erfolglosen Bewerbung um einen Ausbildungsplatz. Die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beim Übergang

in die Berufsausbildung ist sowohl unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftebedarfs als auch unter dem der Lebensperspektive für diese Jugendlichen besorgniserregend.

Von Erwerbslosigkeit sind in Rheinland-Pfalz 7 % der jungen Erwachsenen betroffen. Im bundesweiten Vergleich ist diese Quote günstig, regional gibt es jedoch deutliche Unterschiede. Mehr als ein Fünftel der 18- bis 25-Jährigen ist arm. Die Armutsquote der jungen Männer liegt bei 16 %, die der jungen Frauen bei 22,5 %. Die Delinquenz der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist strukturell relativ unverändert. Die bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöhte Delinquenzbelastung wird hinreichend mit sozialstrukturellen Faktoren erklärt, d. h. die Delinquenz ist bei deutschen Jugendlichen in vergleichbaren Lebenslagen in ähnlicher Weise ausgeprägt.

Kapitel 8:

Der vorliegende erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz bezieht die Großregion Saar-Lor-Lux und Wallonie in seine regionalisierende Perspektive ein (Kap. 8). In einem Europa offener Grenzen und transnationaler Lebensverhältnisse lässt sich die soziale Lage vieler Kinder und Jugendlicher in Rheinland-Pfalz ohne einen „Blick über den Zaun“ nicht angemessen charakterisieren. In den grenznahen Regionen von Rheinland-Pfalz spielen die ökonomischen und sozialen Austauschbeziehungen mit den belgischen, luxemburgischen und französischen Nachbarn eine wichtige Rolle. Ein Beispiel ist die grenzüberschreitende berufsbezogene Mobilität, die rund 7 % der Erwerbstätigen im grenznahen Raum betrifft. Sie hat Auswirkungen u. a. auf Lebensgewohnheiten, Berufschancen und die regionalen Arbeits- und Wohnungsmärkte.

Mindestens drei Aspekte der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen sind durch großregionale Austauschbeziehungen geprägt:

- Kinder von Grenzpendlern besuchen in Luxemburg crèches, Spillschouls und Schulen;
- es gibt eine bildungsbezogene Mobilität von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden in der Großregion;
- es gibt eine Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit und Arbeit mit Migranten in der Großregion.

Über die quantitative und strukturelle Relevanz dieser Tatsachen liegen jedoch nur narrative Dokumente vor.

Die Förderung interkultureller Kompetenz zählt zu den wichtigen Aufgaben der Kindertageseinrichtungen und Schulen in Rheinland-Pfalz. Nach den vorliegenden Daten bieten sich jungen Menschen in Rheinland-Pfalz je nach Schulbildungsniveau unterschiedlich große Chancen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Bilinguale Unterrichtsangebote werden vor allem an Gymnasien gemacht. Gymnasien und berufsbildende Schulen beteiligten sich am häufigsten an internationalen Schulpartnerschaften im Rahmen von EU-Programmen. Auszubildende haben so gut wie keine Chance, mit EU-Mitteln gefördert ihre beruflichen Kompetenzen im Ausland zu erweitern. Demgegenüber erhält jährlich einer von 100 Studierenden in Rheinland-Pfalz ein „Erasmus“-Stipendium der EU für ein Studium an einer Hochschule im Ausland. Dieses Ungleichgewicht ist im Hinblick auf die Erwartung einer zukünftig stärkeren internationalen Mobilität von Facharbeitern beachtenswert.

Vierter Teil (Kapitel 9)

Empfehlungen

Der Landtag hat die Erwartung geäußert, dass der Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz nicht nur eine Bestandsaufnahme vorlegt, sondern auch Handlungsbedarf feststellt und Empfehlungen abgibt. In diesem Sinne schließt der hier vorgelegte erste Kinder- und Jugendbericht mit sieben differenzierten Empfehlungen für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes.

(1) Die regionalen Besonderheiten und Bedingungen der Lebensverhältnisse und Lebenschancen für junge Menschen im Land müssen zukünftig in stärkerem Maße in landespolitischen Initiativen und Programmen berücksichtigt werden.

(2) Die regionale Verantwortung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Leistungen und Angeboten für junge Menschen und ihre Familien muss durch landespolitische Initiativen und Programme ebenso unterstützt wie herausgefordert werden.

(3) Für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz wird vorgeschlagen:

- Fachlich starke Jugendämter sind Voraussetzung für bedarfsgerechte Hilfen und Infrastrukturentwicklung, u. a. durch den Ausbau der Jugendhilfeplanung.
- Der Ausbau Früher Hilfen ist erforderlich, darf aber nicht zu Lasten anderer Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gehen; die Weiterentwicklung der Schnittstelle zur Gesundheitshilfe und unterstützender Finanzierungsstrukturen ist erforderlich.
- Fortsetzung der Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz mit einer neuen Schwerpunktsetzung auf integrative Hilfen an (Ganztags-)Schulen, in Pflegekinderwesen und Heimerziehung.

- Entwicklung und Erprobung neuer Formen der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz.
 - Bildung muss auf kommunaler Ebene verantwortlich gestaltet werden; neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für die Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule müssen entwickelt und erprobt werden.
 - Angebote für Kinder psychisch kranker Eltern und die Schnittstelle zur Psychiatrie müssen weiterentwickelt werden.
 - Jugendsozialarbeit ist deutlicher zu profilieren, und stimmige Gesamtkonzepte der verschiedenen Sozialleistungsbereiche müssen entwickelt werden.
 - Kinder- und Jugendarbeit muss als eigenständiges Angebot abgesichert und weiterentwickelt werden.
 - Die Kinder- und Jugendhilfe als zentraler Beitrag für gerechtes Aufwachsen und soziale Teilhabechancen ist weiterzuentwickeln und auszustatten.
- (4)** Einen guten „Start ins Kinderleben“ in allen Regionen zu ermöglichen ist eine zentrale Aufgabe öffentlicher Verantwortung. In den vergangenen Jahren sind hierfür im Bereich des Kinderschutzes bemerkenswerte Initiativen ergriffen worden. Dennoch sollten in Zukunft die regionalen Besonderheiten und Problemlagen in der Etablierung von Infrastrukturen und bei der Realisierung von Programmen stärker berücksichtigt werden.

(5) Junge Menschen sind darauf angewiesen, mit ausreichenden Kapitalien ausgestattet den stets riskanten Weg ins Erwachsenenleben zu wagen; hierzu wird empfohlen:

- Das Recht der Jugend auf eine selbstgestaltete Jugendphase muss auch in öffentlich-politischen Debatten deutlich hervorgehoben werden; neben umfassenden Leistungserwartungen, die an junge Menschen gestellt werden, müssen komplementäre Erfahrungen möglich sein; sonst kann der Druck nicht produktiv bearbeitet werden.
- Öffentliche Verantwortung muss an den Stellen verstärkt werden, wo Jugendliche unterhalb eines allgemein akzeptierten Lebensniveaus die Jugendphase verlassen.
- Die bedarfsbezogene Verstärkung der Jugendsozialarbeit ist ebenso zu fördern wie die Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes.
- Eine Benachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund ist noch vielfach nachweisbar; hier gilt es vor allem einer negativen Stigmatisierung entgegenzuwirken. Anzuschließen ist vielmehr an die großen Potentiale von Jugendlichen mit Migrationserfahrung, vor allem in der Gestaltung schulischer Angebote und in der Berufsausbildung. Dafür gibt es positive Beispiele.

(6) In einem Europa offener Grenzen und transnationaler Lebensverhältnisse muss Kinder- und Jugendpolitik grundsätzlich grenzüberschreitend denken. Das gilt besonders für Rheinland-Pfalz, wo die großregionale Vernetzung mit den Nachbarregionen in Belgien, Frankreich und Luxemburg ein wichtiges Politikfeld ist. Perspektivisch gilt es, eine systematische Bestandsaufnahme der Institutionen und Lernfelder sowie der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe landesweit aufzubauen.

(7) Eine kontinuierliche Berichterstattung über die Lebensverhältnisse und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz muss als Basis einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Politik entwickelt und ausgebaut werden.

1. EINLEITUNG UND KONZEPTION

1.1 Anlass und Zielsetzung

In der Drucksache vom 01.03.2007 des Landtags Rheinland-Pfalz fordern die Fraktionen der FDP, SPD und CDU gemeinsam die Landesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht erstellen zu lassen. Dieser soll die „Basis einer kinderfreundlichen Politik“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f) verstärken. Erwartet wird von diesem, einerseits die Lebenslagen und -situationen von Kindern und Jugendlichen und andererseits die Angebotsstrukturen in verschiedensten Bereichen öffentlicher Verantwortung sowie Gefährdungspotentiale junger Menschen abzubilden. Von Bedeutung ist darüber hinaus die Differenzierung nach den 24 Landkreisen und 12 kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz. Der Bericht soll durch externe Institute erarbeitet und von den zuständigen Ministerien kommentiert werden.

Kinder- und Jugendberichterstattung kann – im Unterschied zum Bund – in den Bundesländern, von Nordrhein-Westfalen abgesehen, zwar kaum auf eine Tradition zurückblicken, wurde aber in verschiedenen Ländern in den letzten Jahren begonnen (z. B. Saarland 2004, Baden-Württemberg 2005 oder Sachsen 2009). Auch für Rheinland-Pfalz sind bedeutsame „Meilensteine“ einer systematischen Berichterstattung über die Lage von Kindern und Jugendlichen zu erwähnen (vgl. dazu Glöckner 2007, S. 48 ff.). So kann der Jugendbericht der Landesregierung aus dem Jahr 1979, der einen Schwerpunkt auf die kritische Auseinandersetzung mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) legte und seine Reform forderte, als eine erste Etappe bewertet werden; weiter der

Bericht der Landesregierung von 1999 „Familienrelevante Leistungen in Rheinland-Pfalz“ (Landtag Rheinland-Pfalz 1999), der sich bereits explizit für den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch unter drei Jahren aussprach.

Eine vergleichbare Funktion wie die Berichte haben auch die Enquete-Kommissionen des Landtags. Eine Enquete-Kommission befasste sich 1994/95 mit der „Situation der Kinder in Rheinland-Pfalz – Rechte der Kinder in einer sich wandelnden Welt“ (Landtag Rheinland-Pfalz 1995). Zehn Jahre später beschäftigte sich eine weitere Kommission mit der Forderung „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiterentwickeln, Demokratie stärken“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2005a).

Programme der Landesregierung stellen im Unterschied zu den Berichten eher ein Instrument der Politikformulierung und -gestaltung dar und enthalten in der Regel ebenfalls zweckmäßig aufbereitete Situationsanalysen. Zu erwähnen sind hier das „Familienpolitische Programm der Landesregierung“ von 1978, das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für und mit Kindern“ (1995) und die Initiative „Viva Familia“ von 2004.

Mit dem ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz werden die Berichtselemente dieser Programme aufgegriffen und weitergeführt und zum Gegenstand einer systematischen Untersuchung der Berichterstattung über die Lebenssituationen junger Menschen und ihrer Familien sowie

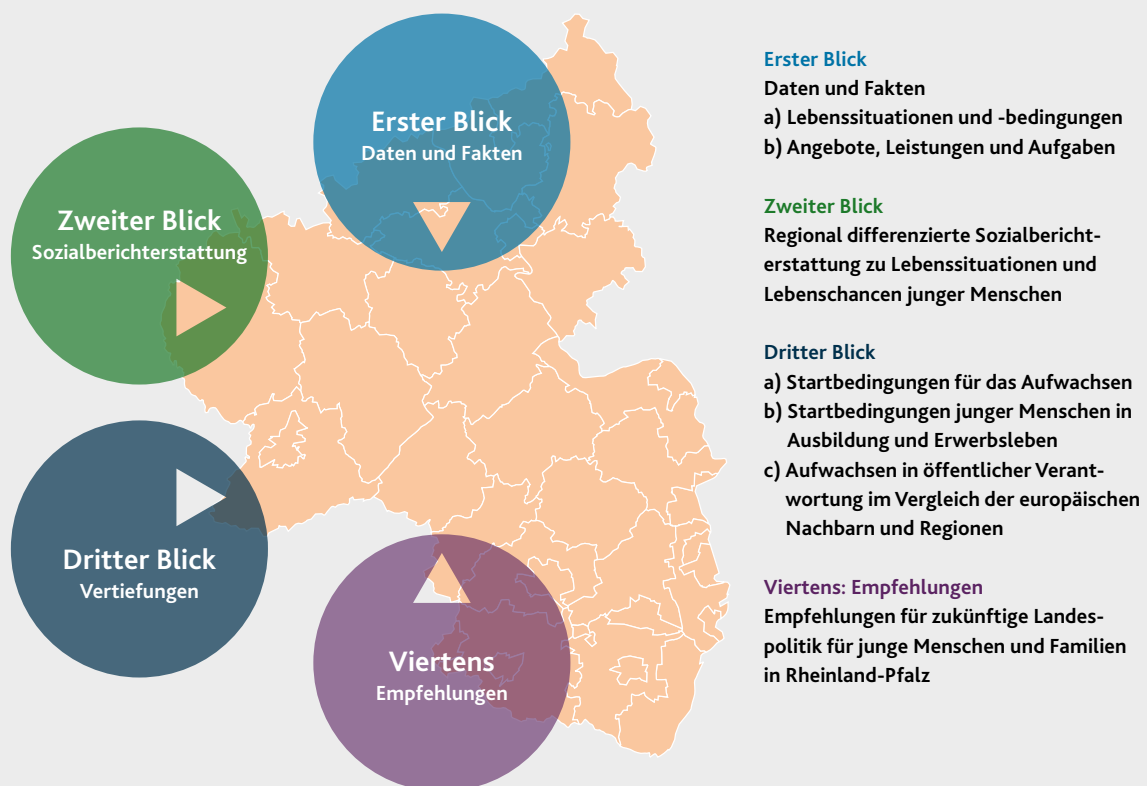
der Leistungen für sie in Rheinland-Pfalz gemacht. Eine solche Berichterstattung muss sich allerdings immer in einem Spannungsverhältnis zwischen unterschiedlichen und manchmal auch widerstrebenden landes- und fachpolitischen Erwartungen und Interessen bewegen. So ist z. B. sorgfältig abzuwägen zwischen dem berechtigten Interesse an einer umfassenden Würdigung der Aktivitäten und Programme der Landesregierung einerseits, der Erwartung einer kritischen Analyse der Defizite und Probleme vorhandener Angebote und Leistungen andererseits und ferner der Erwartung, umfassende Analysen der komplexen Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien

vorgelegt zu bekommen. Allen Erwartungen gleichermaßen gerecht werden zu wollen kann schnell zu einer unproduktiven Überforderung der Kapazitäten aller Beteiligten führen, der Berichtsersteller ebenso wie der Nutzerinnen und Nutzer solcher Berichte. In diesem Bericht wird daher versucht, einen Weg zu finden, der den Erwartungen an fundierte Analysen wie an kritische Würdigung und verwertbare Hinweise und Anregungen für zukünftige Politik gleichermaßen gerecht werden kann. Dies bleibt allerdings eine schwierige Balance, die im Ergebnis nicht alle Erwartungen gleichermaßen befriedigen kann; darauf sollte hingewiesen werden.

1.2 Konzeption und Aufbau

Der vorliegende Bericht gliedert sich in drei Abschnitte, die hier als „Blicke“ auf die Lebenssituationen und Lebenslagen von und die öffentliche Verantwortung für junge Menschen verstanden werden.

Abb. 1: Aufbau des Berichts



In einem „**ersten Blick**“ wird es darum gehen, einerseits die Lebenssituationen junger Menschen – aufgliedert nach unterschiedlichen Themenfeldern – zu beschreiben. Hier liegt der Schwerpunkt auf einer Betrachtung des Landes Rheinland-Pfalz insgesamt, soweit möglich auch im Vergleich zu anderen Bundesländern oder dem bundesweiten Durchschnitt und in kleinräumiger Betrachtung auf Ebene der 36 Landkreise und kreisfreien Städte des Landes. Zum anderen werden die Angebote und Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien in öffentlicher Verantwortung gebündelt dargestellt. Aufgrund der vorliegenden Daten können hier in der Hauptsache die zur Verfügung stehenden Projekte, Hilfen und Leistungen angeführt werden. Über die „Nutzerperspektive“, also wie Mädchen und Jungen, Väter und Mütter selbst diese Leistungen und Angebote sehen und bewerten, liegen lediglich in einigen der hier vorzustellenden Themenfelder Daten vor. Des Weiteren ist stets die Frage nach dem Verhältnis öffentlicher und privater Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen leitend.

Im zweiten Teil wird der Blick auf die Regionen des Landes – also die 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte – gelenkt. Dieser „**zweite Blick**“ soll im Unterschied zum ersten Teil des Berichts die Vielfalt der auf Kreisebene bzw. Ebene der kreisfreien Städte vorliegenden Daten gebündelt vorstellen. Hier stehen also nicht mehr einzelne Themenbereiche im Vordergrund, sondern eine begründete Zusammenstellung aller verfügbaren Informationen. Für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis sollen in einem Profil die Lebensbedingungen, wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Handlungsräume junger Menschen in den Regionen des Landes zusammengeführt werden. Hierzu ist ein empirisch fundiertes und theoretisch begründetes Konzept als Vorarbeit und Grundlegung für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung zu Lebenssituationen und Lebenschancen junger Menschen entwickelt worden. In den kommenden rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichten werden diese Arbeiten weiterzuentwickeln und zu konkretisieren sein, dazu werden auch Hinweise und Empfehlungen gegeben. Um die

Auswahl der Daten sowie Prozeduren und Intentionen ihrer Analyse nachvollziehbar und transparent abzubilden, wird in der Überleitung vom „ersten“ zum „zweiten Blick“ eine detaillierte Darstellung und Begründung des erarbeiteten Konzepts präsentiert. Dieses entspricht zugleich dem Auftrag an die Projektgruppe, Vorschläge für ein Datenkonzept und Empfehlungen für künftige rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendberichte zu erarbeiten.

Der „**dritte Blick**“ vertieft ausgewählte Aspekte einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen. Zunächst werden einerseits die Kinder bis sechs Jahre und andererseits Jugendliche und junge Erwachsene in je einer Vertiefung betrachtet. Die erste Altersgruppe wird unter der Leitfrage „Wie sehen die Startbedingungen des Aufwachsens für Kinder aus?“ im Mittelpunkt stehen. Hier sind nicht nur die spezifischen Lebensverhältnisse von Bedeutung, sondern auch die relevanten Leistungen und Angebote in öffentlicher Verantwortung. Die Leitfrage der zweiten Vertiefung fokussiert – ebenfalls unter Berücksichtigung der relevanten Angebote und Leistungen – die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Berufsleben. In einem Exkurs werden die spezifischen Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen mit Migrationshintergrund untersucht.

In einer weiterführenden Vertiefung wird der Blick über den Zaun – d. h. auf die europäischen Nachbarn und Regionen – gelenkt. Die Grenzlage des Bundeslandes Rheinland-Pfalz ist ein charakteristischer Umstand des Aufwachsens vieler junger Menschen. Zwar sind im Zuge der europäischen Einigung die politischen Grenzen immer durchlässiger und die ökonomischen Verflechtungen immer dichter geworden; doch nach der Bedeutung dieser Prozesse für die Kinder und Jugendlichen wird selten gefragt.

In einem letzten Kapitel werden gebündelt und zusammenfassend die im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz herausgearbeiteten Handlungsbedarfe und entwickelten **Empfehlun-**

gen für eine zukünftige Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im Land Rheinland-Pfalz vorgestellt.

Unserer besonderer Dank gilt neben den Kolleginnen und Kollegen der drei beteiligten Universitäten und des Institutes für Sozialpädagogische Forschung in Mainz vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der in der Steuerungsgruppe beteiligten Ministerien für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz und aus dem Landesjugendamt. Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, dem Statistischen Landesamt und den Verbänden und Kirchen, die für diesen Bericht Informationen und Daten zur Verfügung gestellt haben.

Für die Projektgruppe

Prof. Dr. Franz Hamburger

Universität Mainz

Prof. Dr. Michael-Sebastian Honig

Universität Trier, jetzt Université du Luxembourg

Prof. Dr. Christian Schrapper

Universität Koblenz-Landau (Federführung)

Mainz / Koblenz / Trier im Januar 2010

ERSTER BLICK

DATEN UND FAKTEN ZU LEBENSSITUATIONEN UND BEDINGUNGEN DES AUFWACHSENS JUNGER MENSCHEN IN RHEINLAND-PFALZ

Im Folgenden sollen Daten und Fakten zu Lebenssituationen und Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz in den Blick genommen werden; dies geschieht in zwei Schritten:

- Zuerst werden Grunddaten zu Lebensbedingungen und Lebenslagen dargestellt.
- Anschließend geht es um Daten zu Angeboten, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Themenfeldern Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe und Schule. Daran anschließend wird der Themenbereich Partizipation und Engagement junger Menschen betrachtet, der quer zu den o. a. Themenfeldern liegt. Zugleich sind Partizipation und bürgerschaftliches Engagement Ausdruck der Beteiligung junger Menschen in und an öffentlicher Verantwortung.

Diese Aufteilung ist den Erfordernissen einer überschaubaren Strukturierung dieses Kapitels geschuldet und nicht einer „natürlichen“ Abgrenzung der Arbeitsfelder und Themen. Übergänge und Schnittstellen zwischen diesen Themen sind daher bedeutsam; als Lesehinweise hierfür sind die Unterkapitel stets mit entsprechenden Verweisen auf andere Kapitel in Fußnoten versehen.

Hinweise zur Datenlage:

1. Es werden wenn möglich nur solche Daten und Fakten angeführt, die entweder für die Lebensbedingungen junger Menschen oder die Aufgaben- und Themenfelder öffentlicher Verantwortung für Kinder, Jugendliche und z.T. deren Familien bedeutsam sind. Allerdings können in einigen Themenfeldern junge Menschen und/oder Familien nicht differenziert ausgewiesen werden – hier erfolgt ein Rückgriff auf die relevante Grundgesamtheit, wie bspw. Wohngeldempfängerinnen und -empfänger.
2. Der Raumbezug der Daten ist möglichst die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Liegen keine regional differenzierenden Daten vor, werden sie für Rheinland-Pfalz insgesamt und – wenn zur Einordnung der rheinland-pfälzischen Werte von Bedeutung – im Bundesländervergleich dargestellt.
3. Welche Daten vorgestellt werden können, ist stark von ihrer Verfügbarkeit abhängig. Auf Daten und Fakten, die derzeit nicht vorliegen, aber bedeutsam wären, wird jeweils hingewiesen. Berichtet werden soweit möglich die aktuellsten Daten; in vielen Fällen ist es das Jahr 2007 oder der Stichtag 31.12.2007. Lagen aktuellere Zahlen vor, wurden diese verwendet, zum Teil musste allerdings auch auf ältere Daten (2005, 2006) zurückgegriffen werden. Daher kann es zu Wechseln in den Zeitbezügen kommen, auf die jeweils hingewiesen wird.
4. Über einzelne Themenfelder kann anhand verfügbarer Daten und Informationen kaum angemessen berichtet werden. Es wird in diesem Falle über vorliegende Daten hinausgehend auf deren Bedeutung hingewiesen. Umfang und Differenziertheit der Kapitel sind größtenteils von den verfügbaren Daten abhängig, kürzere Kapitel also inhaltlich nicht weniger bedeutsam.

5. Die Kapitel 2 und 3 enthalten zahlreiche Daten und Informationen, die auch für den zweiten Blick, die „regional differenzierende Berichterstattung“, als Kennzahlen genutzt werden. Solche Daten werden ausdrücklich gekennzeichnet, sowohl durch einen Pfeil als auch durch eine Kennziffer, die sich in den Kapiteln 4.2 und 4.3 wiederfindet. Eine ausführliche Begründung der im zweiten Blick verwendeten Daten wird ebenfalls in Kapitel 4.3 und nicht im ersten Blick angeführt. Nicht alle für das Indikatorenmodell der „regional differenzierenden Berichterstattung“ genutzten Daten werden hier vorgestellt, dies würde den Rahmen des Berichts sprengen. Auch sind nicht alle Kennzahlen für die im ersten Blick vorgestellten Themenfelder für sich alleine genommen bedeutsam; sie werden daher in diesem Zusammenhang nicht vorgestellt.

Lesehinweise zu Quellenangaben:

1. Ist im Folgenden vom „Statistischen Landesamt“ die Rede, ist das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz gemeint.
2. Für alle Internetquellen ist das gültige Abrufdatum der 13.01.2010. Dieses wird daher nicht mehr im Einzelnen angeführt. Die detaillierten Pfadangaben sind jeweils in Fußnoten aufgeführt.

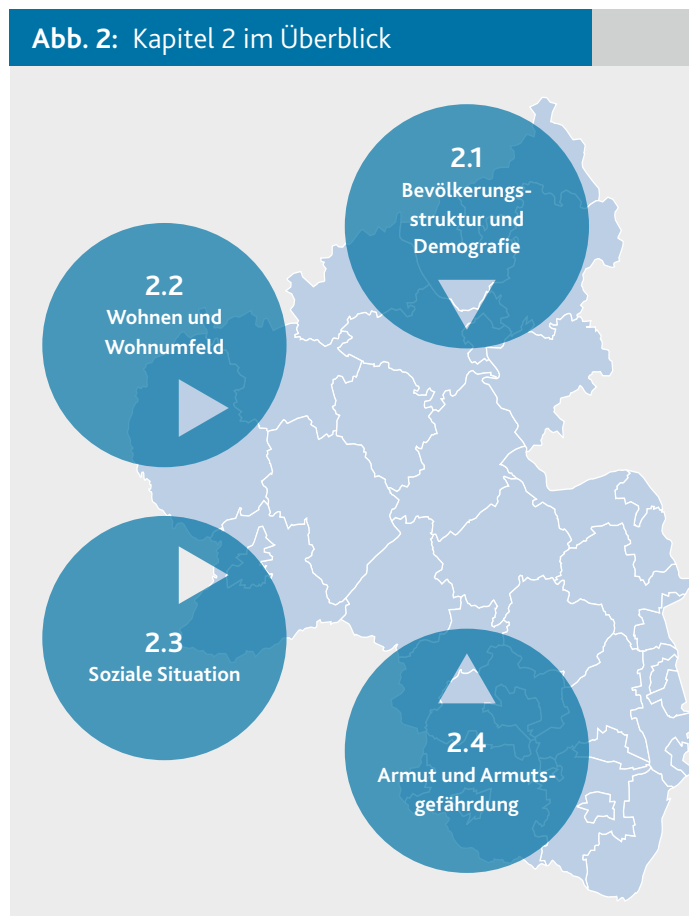
2. DATEN UND FAKTEN ZU LEBENS- BEDINGUNGEN UND LEBENSLAGEN JUNGER MENSCHEN IN RHEINLAND-PFALZ

Unter der Leitfrage „Wie leben Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz?“ werden insgesamt vier Themenbereiche in den Blick genommen. Zunächst stehen demografische Daten zu Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im Vordergrund. Dabei wird primär über Kinder, Jugendliche und Familien berichtet. Soweit möglich werden die Daten der Bevölkerungszusammensetzung differenziert nach Geschlecht und Nationalität dargestellt. Im Weiteren wird auf Wohnverhältnisse und -umfeld junger Menschen eingegangen.

Daran anschließend werden soziale Situation, Einkommen und wirtschaftliche Verhältnisse dargestellt. Hier spielen nicht nur materielle Ressourcen, sondern auch Sozialleistungen eine Rolle.

Abschließend wird zusammenfassend auf Armut und Armutsgefährdung junger Menschen eingegangen.

Abb. 2: Kapitel 2 im Überblick



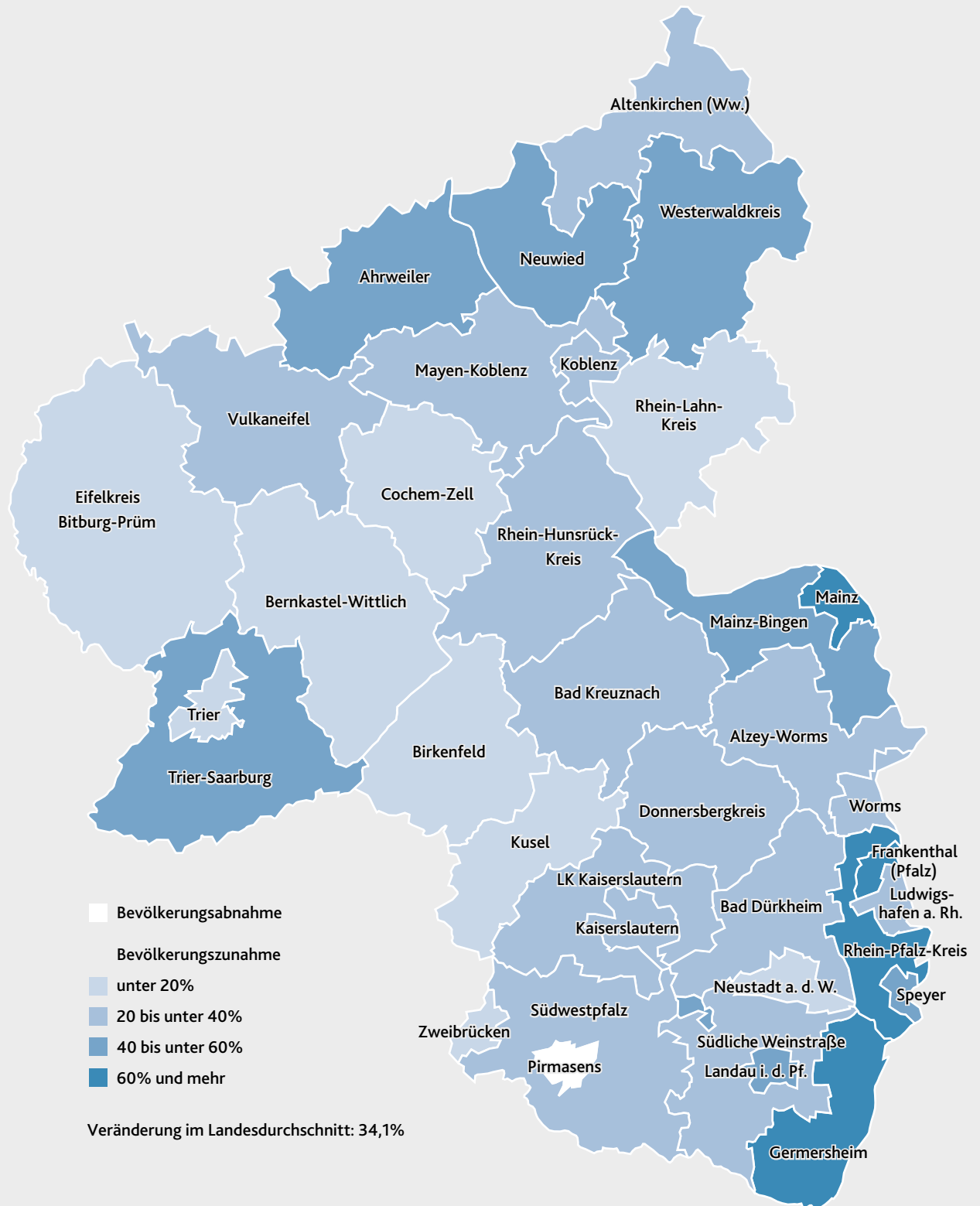
2.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Daten über die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung sind für staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltungsaufgaben grundlegend; demografische Daten eröffnen vielfältige Einschätzungen auch zu den Werthaltungen und Lebenseinstellungen der Menschen. Solche gesellschaftlich wirksamen Einstellungen spiegeln sich besonders in Größe und Zusammensetzung von Familien und ihrer Entwicklung wider.

2.1.1 Bevölkerungszahl und ihre Entwicklung

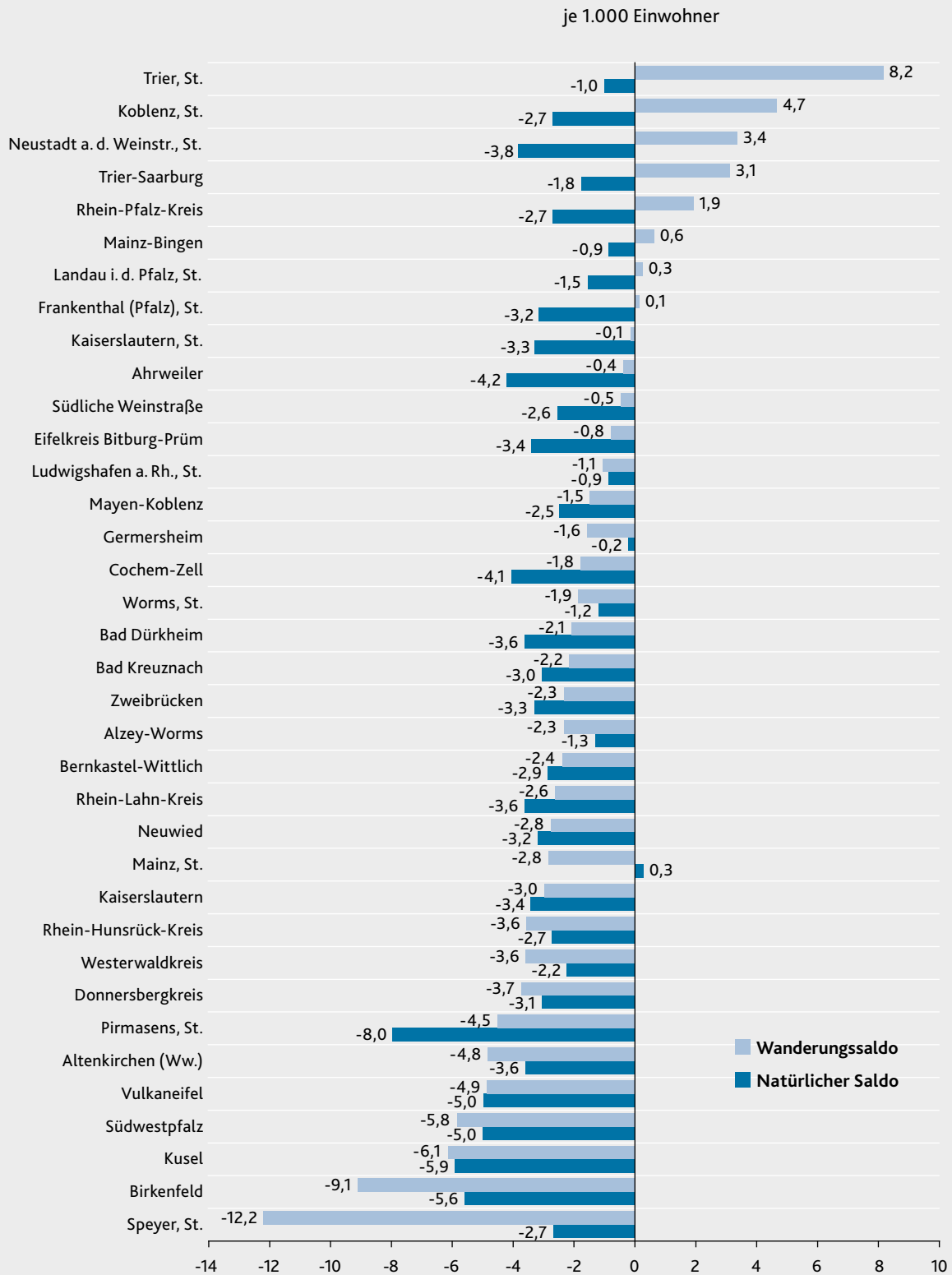
Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Rheinland-Pfalz ist nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 2008 im Vergleich zu den Vorjahren weiter gesunken. Am 31. 12. 2008 haben 4.028.351 Bürgerinnen und Bürger ihren Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz angemeldet.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1950 bis 2008



Quelle: Statistisches Landesamt 2009aa, S. 15

Abb. 4: Wanderungssaldo und natürlicher Saldo 2008 nach Verwaltungsbezirken



Quelle: Statistisches Landesamt 2009ad, S. 585

Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 17.292 Personen (-0,43 %). Seit dem Jahr 2004 ist eine Verringerung von nahezu 33.000 Personen festzustellen.

Langfristig zeigt sich jedoch, dass die „Bevölkerungsentwicklung (...) über lange Zeiträume durch Zuwächse geprägt ist“ (Statistisches Landesamt 2009aa, S. 2).

Allerdings verlief die langfristige Entwicklung in den 36 Landkreisen und kreisfreien Städten nicht in gleicher Weise. Einen Eindruck vermittelt oben stehende Karte, in der die Spannbreite innerhalb des Landes deutlich wird: seit 1950 haben – abgesehen von Pirmasens, die einzige Stadt in der eine Bevölkerungsabnahme erkennbar ist – die Landkreise und kreisfreien Städte eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, teilweise sogar von über 60 %. Betrachtet man die aktuelle Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Landkreisen und Städten, so zeigen sich ebenfalls regionale Differenzierungen, aber wie im gesamten Land sind dies heute überwiegend sinkende Bevölkerungszahlen.

Die größten Einbußen mussten im Jahr 2008 die Stadt Speyer und der Landkreis Birkenfeld verzeichnen, hier lag der ermittelte Verlust bei 14,7 bzw. 14,5 Personen je 1.000 Einwohner (Statistisches Landesamt 2009y). Ausnahme ist die Stadt Trier mit einem Zuwachs von 7,2 Personen je 1.000 Einwohner. Das Statistische Landesamt merkt hierzu an: „Dies dürfte aber auf die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer zurückzuführen sein, die viele Studierende veranlasste, ihren Trierer Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz umzuwandeln“ (Statistisches Landesamt 2009y). Weitere Anstiege waren im letzten Jahr ebenso in der Stadt Koblenz (+1,9 Personen/1.000 Einwohner) und im Landkreis Trier-Saarburg (+1,4 Personen/1.000 Einwohner) zu verzeichnen.

Differenziert nach natürlicher (Geburten und Todesfälle) und räumlicher (Zu- und Wegzüge) Bevölkerungsbewegung zeigt sich das Wanderungssaldo für die Städte und Landkreise in Abb. 4.

2.1.1.1 Altersstrukturen und Zusammensetzung der Bevölkerung

Der Altersaufbau der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz verändert sich bereits seit vielen Jahren. „1950 hatte Rheinland-Pfalz noch eine relativ junge Bevölkerung“ (Statistisches Landesamt 2007c, S. 13). Über den Gesamtzeitraum von 1950 bis 2006 ist die Zahl der unter 20-Jährigen um 12 Prozentpunkte gesunken. Hingegen hat sich die Zahl der über 65-Jährigen seit 1950 fast verdoppelt (189 Prozent). Das Medianalter⁶ 1950 lag bei 32 Jahren. Bis 2006 ist die rheinland-pfälzische Bevölkerung bereits deutlich gealtert. Jetzt lag das Medianalter bei 42 Jahren (ebd.). Diese Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung werden in vielen Bereichen, wie Wirtschaft, Rentensicherungssysteme und soziale Institutionen, erhebliche Anpassungserfordernisse mit sich bringen.

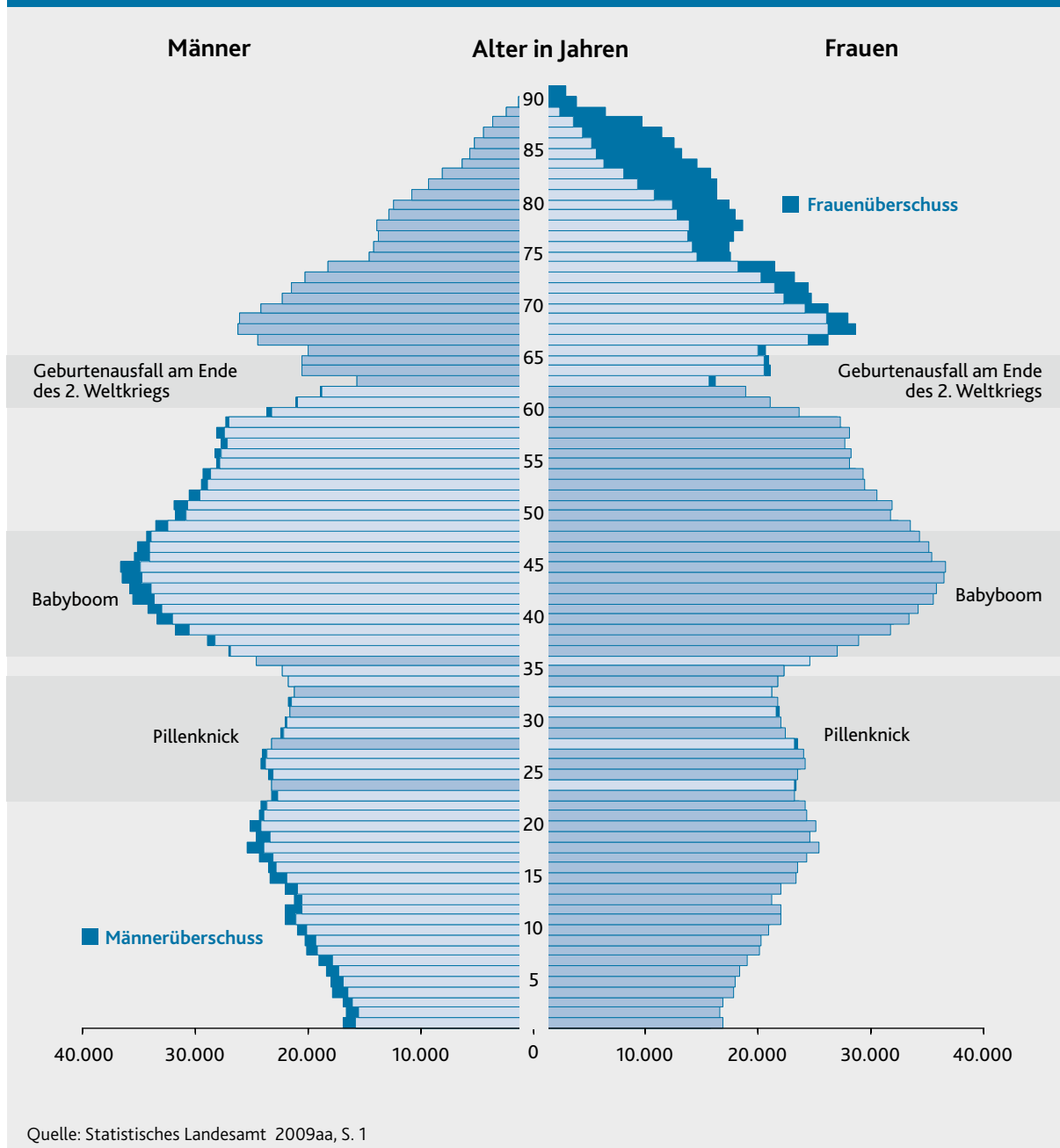
Als wesentliche Ursachen für die demografische Alterung werden der Rückgang der Geburtenrate und der Anstieg der Lebenserwartung angeführt. Rheinland-Pfalz ist mit einem Anteil von 20,1 % der über 65-jährigen Menschen ein relativ altes Bundesland. Dies ist auf eine im Vergleich geringere Anzahl von Menschen im Familiengründungsalter zurückzuführen.

Betrachtet man die Bevölkerung nach Altersgruppen, so zeigt sich in 2008, dass 19,8 % in der Altersgruppe unter 20 Jahre waren, 59,7 % im Alter zwischen 20 und 65 und 20,5 % über 65 Jahren (Statistisches Landesamt 2009ad, S. 587).

In diesem ersten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz werden zwei Altersgruppen besonders in den Blick genommen: der Start ins Leben, also die 0- bis 6-Jährigen auf der einen

⁶ Messziffer zur Beschreibung der Altersstruktur einer Bevölkerung. Die Bevölkerung wird in zwei gleich große Gruppen geteilt; 50 Prozent der Bevölkerung sind jünger und 50 Prozent älter als das Medianalter. Die Zunahme des Medianalters einer Bevölkerung bedeutet, dass sie demografisch altert, eine Abnahme, dass sie sich demografisch verjüngt (Statistisches Landesamt 2007c, S. 186).

Abb. 5: Altersaufbau Bevölkerung Rheinland-Pfalz 2008



Seite, und die Bedingungen im Übergang zu Ausbildung und Beruf auf der anderen Seite, hier die 14- bis 18-Jährigen. Diese beiden Altersgruppen werden in Abb. 7 für die Kreise und Städte gesondert dargestellt; für den Anteil der Altersgruppe der 0- bis 6-Jährigen an der Gesamtbevölkerung konnte 2007 ein Landesdurchschnitt von 5,9 % ermittelt werden. Überdurchschnittliche Werte dieser Altersgruppe sind insbesondere im Wes-

terwaldkreis, in Mainz-Bingen, Ludwigshafen und Alzey-Worms mit je 6,4 % Anteil an der Gesamtbevölkerung erkennbar. Unterdurchschnittliche Werte sind in der Südwestpfalz (5,0 %) und Pirmasens (5,3 %) zu verzeichnen.

Abb. 6: Bevölkerung 2008 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Anzahl	Anteil insgesamt	Veränderung in %	
			zu 2007	zu 1998
unter 3	97.088	2,4	-0,5	-21,1
3–6	101.983	2,5	-2,5	-19,7
6–10	151.087	3,8	-3,5	-19,0
10–16	256.224	6,4	-2,0	-4,6
16–20	190.469	4,7	-1,8	8,8
20–35	681.951	16,9	-0,1	-16,3
35–50	951.080	23,6	-2,1	2,3
50–65	773.079	19,2	2,2	6,5
65–80	612.421	15,2	-0,4	16,1
80 und älter	212.969	5,3	3,4	45,3
unter 20	796.851	19,8	-2,1	-9,5
20–65	2.406.110	59,7	-0,2	-2,6
65 und älter	825.390	20,5	0,6	22,5
insgesamt	4.028.351	100	-0,4	0,1

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ad, S. 587

Die Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen stellt im Durchschnitt 5,8 % der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung; überdurchschnittliche Werte zeigen sich in Altkirchen (6,6 %) und in der Vulkaneifel (6,7 %). Stark unterdurchschnittlich fallen die Anteile in den Städten Mainz (4,2 %) und Trier (4,6 %) aus, wie Abb. 7 zeigt.

Nach **Geschlecht** differenziert unterscheidet sich die unter 18-jährige Bevölkerung in den Regionen kaum, wie Abb. 8 zeigt. Mit 51,3 % (18.000 absolut) überwiegt der Anteil der Jungen leicht. Mit dieser Verteilung verhält sich die Jungbevölkerung umgekehrt zu der Gesamtbevölkerung: Mit einem Wert von 51 % überwiegt hier der Anteil der Frauen leicht.

In der Differenzierung der Jungbevölkerung nach **Nationalität**⁷ zeigen sich im Vergleich der 36 Regionen wieder deutlichere Unterschiede, wie in Abb. 9 erkennbar ist.

Vergleichbar hohe Unterschiede zeigen sich in der Differenzierung nach **Herkunft**. Die Bandbreite reicht bspw. in Bezug auf das Merkmal europäische Herkunft (Nicht-EU-Staaten) von 13 % im Eifelkreis Bitburg-Prüm bis 55 % im Donnersbergkreis (siehe Abb. 10).

Differenziert nach Menschen mit **Migrationshintergrund**⁸ zeigt sich, dass in Rheinland-Pfalz etwa 700.000 Menschen leben, „die selbst nach Rheinland-Pfalz zugewandert sind oder von Zugewanderten abstammen“ (Statistisches Landesamt 2008p, S. 11). Damit haben rund 17 % aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer oder jeder sechste Einwohner einen Migrationshintergrund. Etwa 33 % aller Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz leben schon seit ihrer Geburt in diesem Land und haben somit keine eigene Migrationserfahrung. In den einzelnen Regionen⁹ ergeben sich deutliche Unterschiede.

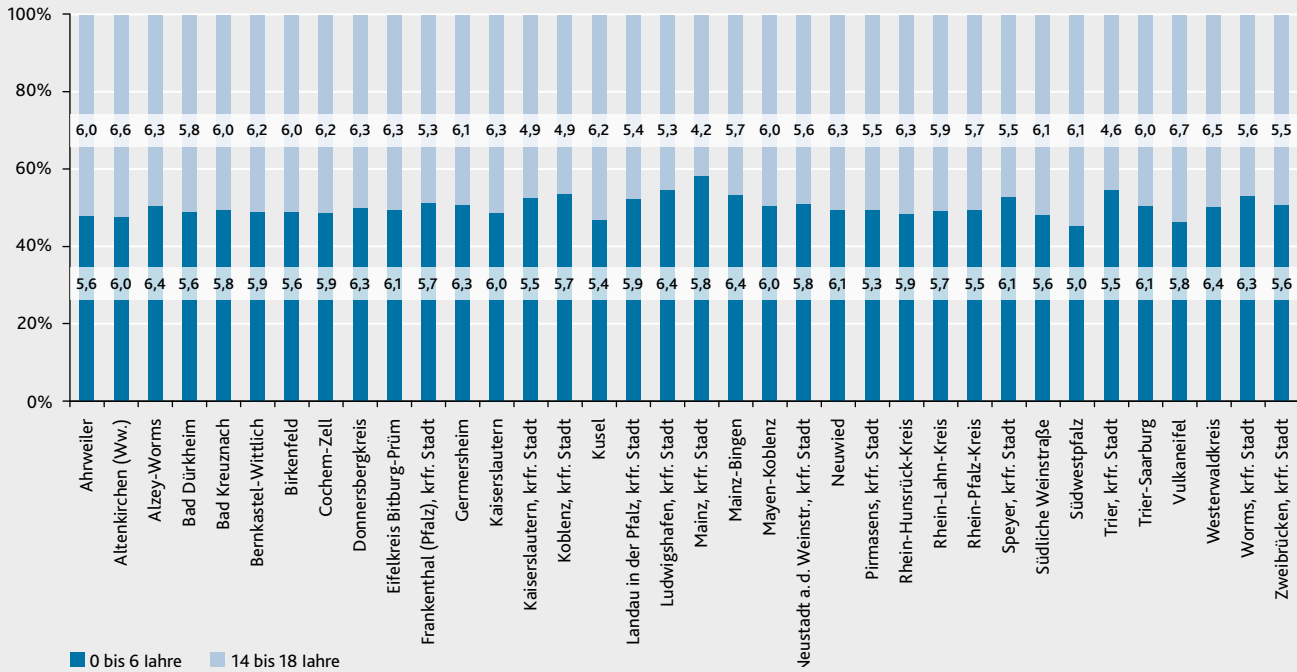
Die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung reicht von 11 % (Region Trier) bis zu 21 % (Region Rheinland-Pfalz). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt deutlich jünger (33 Jahre) als

⁷ Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Thema Migration findet sich in Kapitel 7.9 dieses Berichts.

⁸ Aufgrund der Bezugnahme auf Daten des Mikrozensus wird auf die dort verwendete Definition verwiesen: „Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehört die ausländische Bevölkerung unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde, sowie alle Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet“ (Statistisches Landesamt 2008p, S. 112).

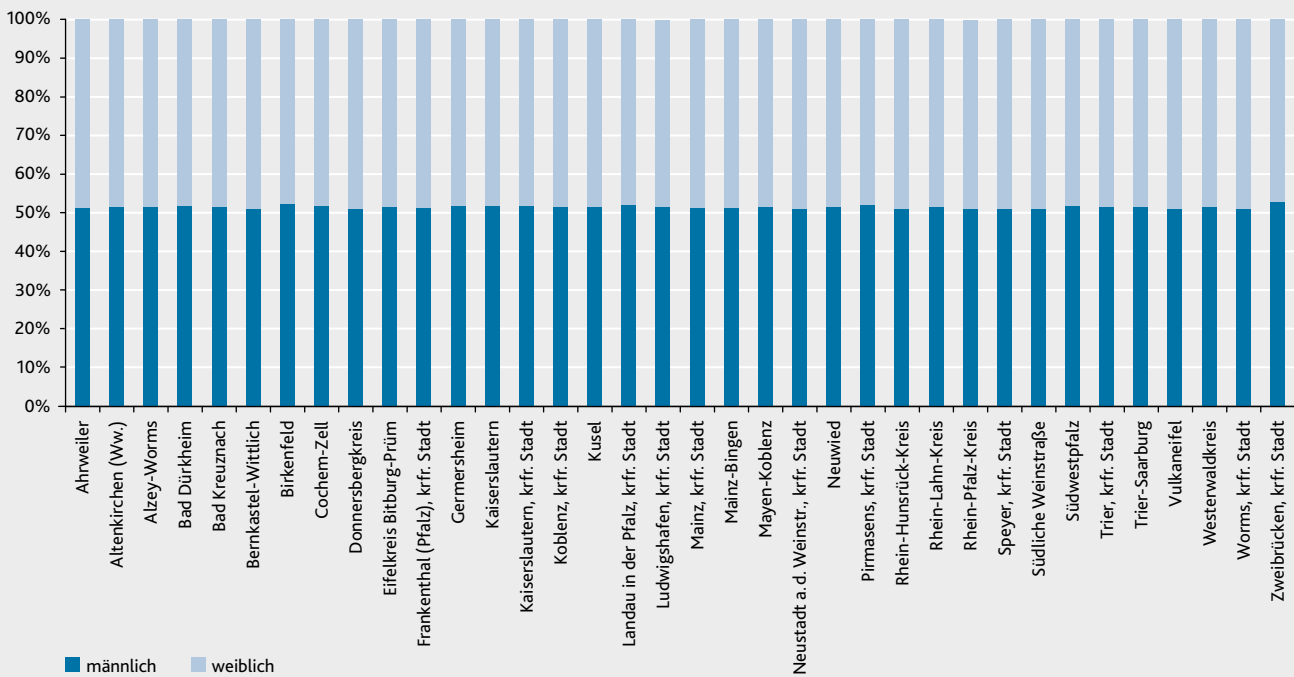
⁹ Mit Regionen ist hier die regionale Gliederung des Mikrozensus in fünf Planungsregionen bzw. acht Anpassungsschichten gemeint (Statistisches Landesamt 2008p, S. 115 bzw. 111).

Abb. 7: Anteil der 0- bis 6- und 14- bis 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %



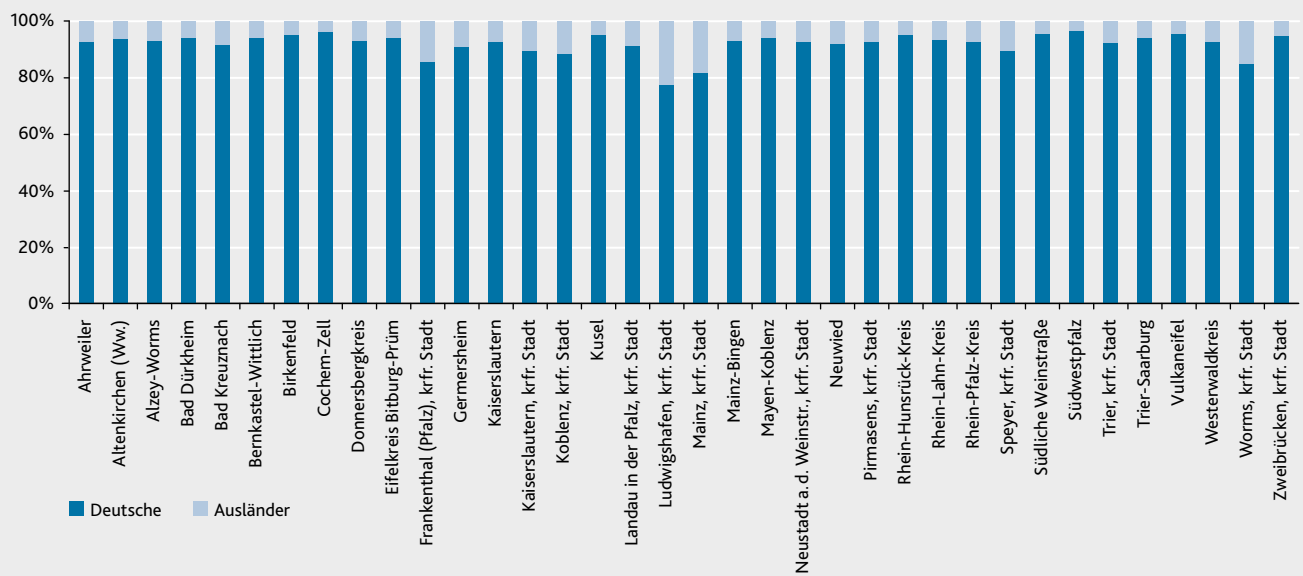
Quelle: eigene Berechnungen basierend auf den Daten des Landesinformationssystems (LIS) des Statistischen Landesamtes

Abb. 8: Verteilung der jungen Menschen unter 18 Jahren nach Geschlecht am 31.12.2008 in %



Quelle: eigene Berechnungen basierend auf den Daten des Landesinformationssystems (LIS) des Statistischen Landesamtes

Abb. 9: Verteilung der jungen Menschen unter 18 Jahren nach Nationalität am 31.12.2008 in %



Quelle: eigene Berechnungen basierend auf den Daten des Landesinformationssystems (LIS) des Statistischen Landesamtes

die ohne Migrationshintergrund (45 Jahre). „Gut 31% der Menschen mit Migrationshintergrund sind jünger als 20 Jahre“; differenziert nach Altersgruppen stellen sich diese Anteilswerte so dar:

- Kinder unter fünf Jahren 7,6 %,
- Kinder zwischen 5 und 10 Jahren 8,4 %,
- von 10 bis 15 Jahren 6,9 % und
- von 15 bis 20 Jahren 7,9 %

(Statistisches Landesamt 2008p, S. 96).

Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund an der entsprechenden Gesamtbevölkerung beträgt dagegen insgesamt nur 18 %.

2.1.1.2 Bevölkerungsvorausberechnung

„Die Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die Altersstruktur der Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern, ohne dass für Annahmensetzungen und Rahmenbedingungen Eintrittswahrscheinlichkeiten angegeben werden“ (Statistisches Landesamt 2007c, S. 75).

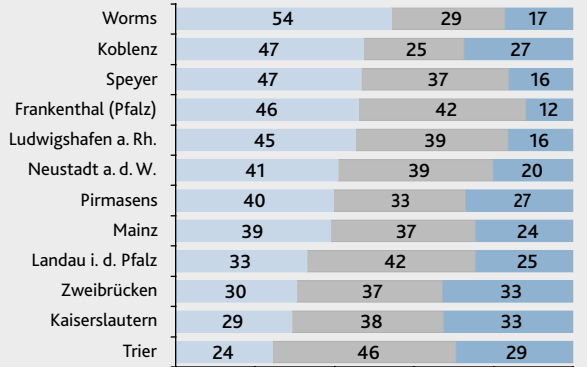
In der Bevölkerungsvorausberechnung (Prognose) des Statistischen Landesamtes ergeben sich für 2020 folgende Werte (Basisjahr 2006): Der Anteil (mittlere Variante der Berechnung¹⁰) der unter 20-Jährigen wird bis 2020 um 17,5 % fallen. Die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen wird nahezu gleich bleiben (-3 %) und die der über 65-jährigen um 11 % steigen.

Bis zum Jahr 2050 soll nach diesen amtlichen Prognosen in Rheinland-Pfalz die Bevölkerungszahl insgesamt deutlich abnehmen, insbesondere der Anteil der unter 20-Jährigen (-34,5 % im Vergleich zu 2006). Die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wird dagegen um 38 % im Vergleich zum Ausgangsjahr 2006 wachsen. Die mittlere Altersgruppe (20 bis 65 Jahre) nimmt wiederum um 26 % ab (Statistisches Landesamt 2007c, S. 132 und eigene Berechnungen).

¹⁰ Insgesamt können drei Modellvarianten hinsichtlich der Annahmen über das Wanderungsgeschehen unterschieden werden: die untere (Fort- und Zuzüge gleichen sich aus), mittlere (+ 5.000 Personen) und obere Variante (+ 10.000 Personen). Die detaillierte Beschreibung der Bevölkerungsvorausberechnung wird seitens des Statistischen Landesamtes in erster Linie anhand der mittleren Variante vorgenommen (Statistisches Landesamt 2007c, S. 73 ff.).

Abb. 10: Ausländer 2007 nach der Herkunft

Kreisfreie Städte

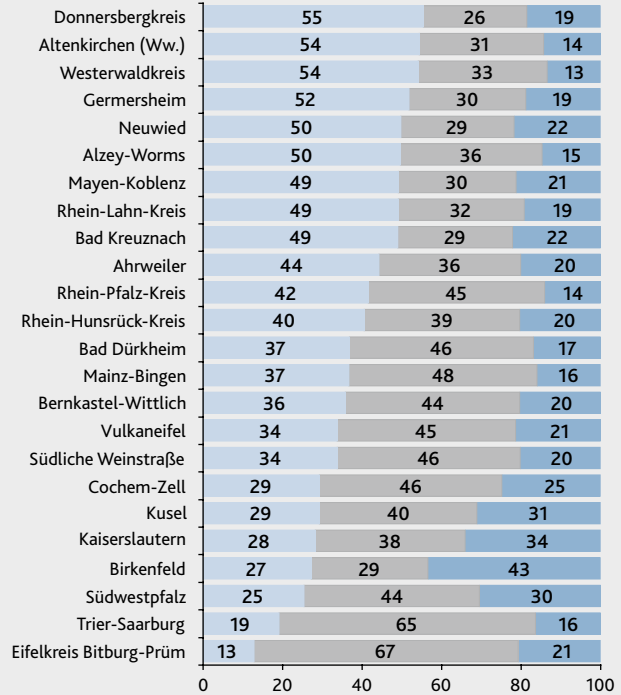


Anteile in Prozent

- Europäische Herkunft (Nicht-EU-Staaten) (Sortiermerkmal)
- Europäische Herkunft (EU-Staaten)
- Außereuropäische Herkunft

Quelle: Statistisches Landesamt 2008g, S. 17

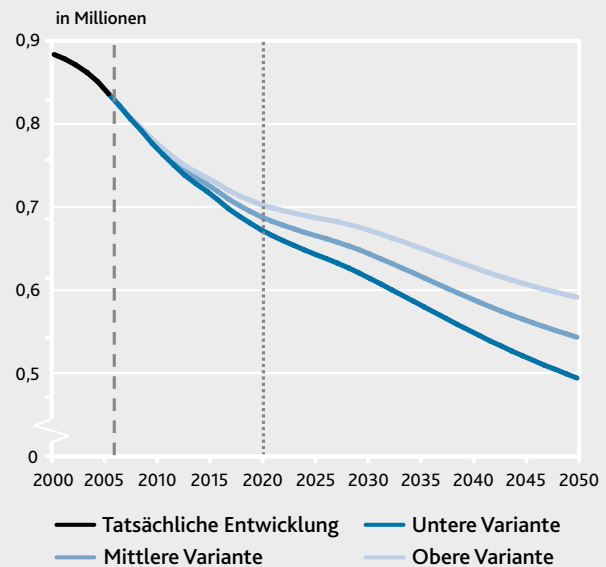
Landkreise



Für die Berechnung der unter 21-Jährigen ergibt sich für den Zeitraum 2006 bis 2020 im Gesamtdurchschnitt des Landes ein Minus von 17,5 %; hohe Verluste werden hier vor allem auch für die Südwest-Pfalz (- 27,5 %) prognostiziert, gefolgt von der Vulkaneifel, Kusel und Pirmasens; die geringsten Verluste soll es in Ludwigshafen (- 9 %) und Worms (- 10 %) geben.

In einer Veröffentlichung des Berlin-Instituts „Deutschland 2020“ (2005) wird die Bevölkerungsprognose bis 2020 regional differenziert dargestellt. Auch nach diesen Berechnungen werden für den Landkreis Südwestpfalz die größten Abnahmen des Anteils der unter 18-Jährigen vorhergesagt, aber auch die im Kreis liegenden kreisfreien Städte Zweibrücken und Pirmasens sollen von dieser Entwicklung betroffen sein. Anders werden sich die Kreise entlang des Rheins aufgrund von deutlichen Zuwanderungsgewinnen entwickeln (Berlin-Institut 2005, S. 71). So kann der Norden von Rheinland-Pfalz ebenso vom Wirtschaftsraum Köln/Bonn profitieren. Die Kreise

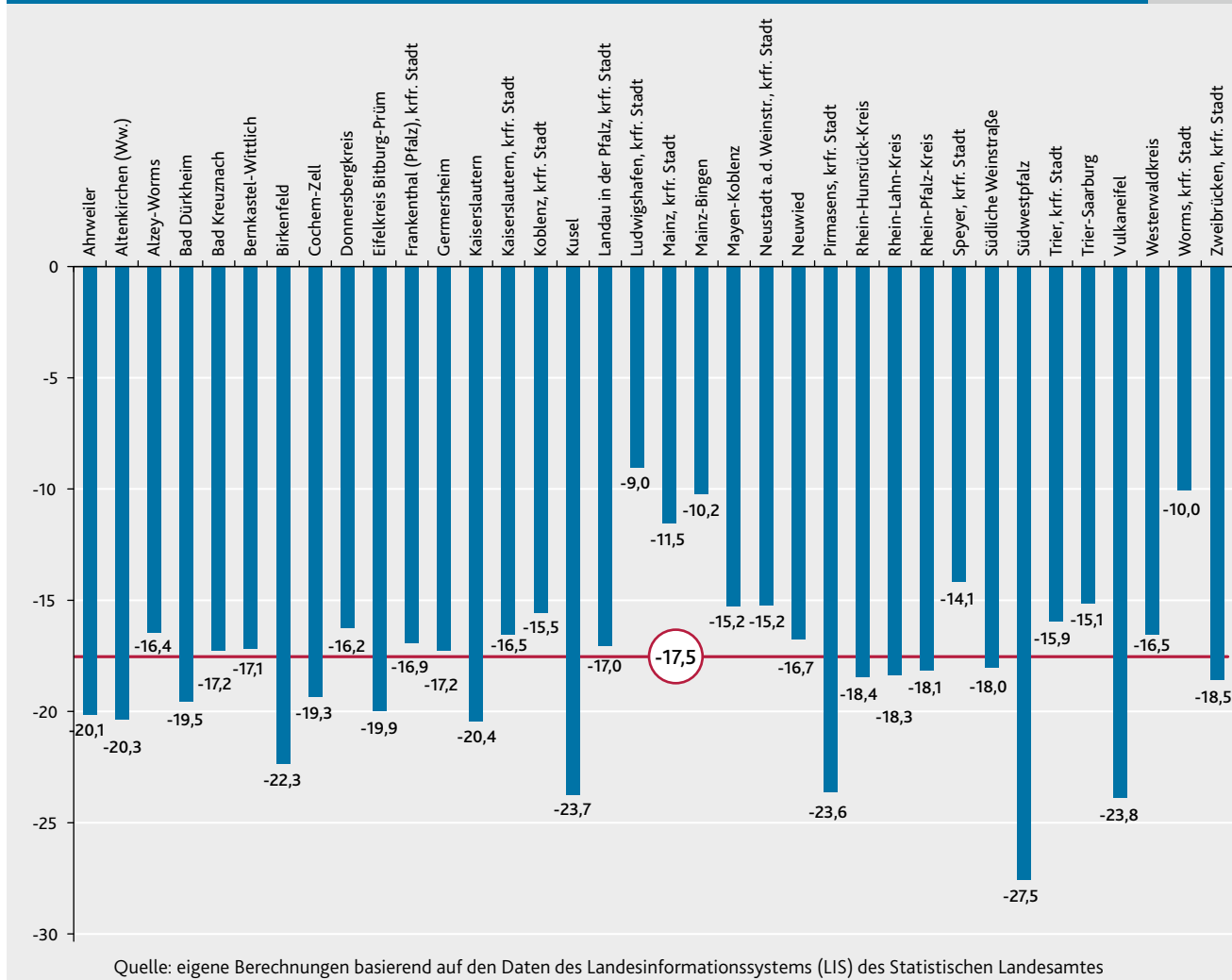
Abb. 11: Bevölkerungsvorausberechnung der unter 20-Jährigen 2000 bis 2050



Zahl der unter 20-Jährigen sinkt nach der mittleren Variante bis 2020 um 143.000 (-17,2%), bis 2050 um 286.000 (-34%)

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2007c, S. 16

Abb. 12: Bevölkerungsvorausberechnung mittlere Variante, unter 21-Jährige im Zeitraum 2006 bis 2020 in %



Ahrweiler, Neuwied und der Westerwaldkreis werden mit einem Zuwachs von 13 % der Bevölkerung rechnen können. Die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen haben einen Zuwachs von etwa 11 % zu erwarten. Germersheim und die Südliche Weinstraße können um ca. 7 bis 8 % ansteigen. Trotz positiven Wanderungssaldos wird es in Rheinland-Pfalz allerdings immer weniger potentielle Eltern geben (Berlin-Institut 2005, S. 71). In der Summe muss dieser Bevölkerungsrückgang gerade in den Jahrgängen der unter 18-Jährigen daher als eine kaum umkehrbare Entwicklung mit weitreichenden Auswirkungen für alle Arbeitsfelder und öffentlichen Leistungen für junge Menschen verstanden werden.

2.1.2 Familienformen¹¹ und Haushalte

Im Jahr 2008 lebten in Rheinland-Pfalz 621.100 Familien insgesamt (einschließlich Kinder über 18 Jahren). Zur Zusammensetzung der einzelnen Fa-

¹¹ „Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus – abweichend von früheren Veröffentlichungen – alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern/-teile und im Haushalt lebende ledige Kinder“ (Statistisches Bundesamt 2009d, S. 10).

milien ist festzuhalten, dass ca. 50 % der Familien mit einem Kind im Haushalt leben. Familien mit zwei Kindern stellen ca. 38 %, Familien mit drei oder mehr Kindern nur noch 12 % (Statistisches Landesamt 2009w). Das Statistische Landesamt merkt hierzu an: „In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei zurückgehender Zahl der Familien, nahezu unverändert“ (Statistisches Landesamt 2009w). Die rheinland-pfälzische Familie lebt im Durchschnitt in einem Haushalt mit 3,5 Personen, davon im Mittel 1,7 Kinder. Betrachtet man die Anzahl der Familien, so ist im Jahr 2008 im Vergleich zu 1998 ein Rückgang von 6 % zu ermitteln; ebenso hat auch die Zahl der Kinder in den letzten zehn Jahren um 5 % abgenommen.

Familien mit **Kindern unter 18 Jahren** leben in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 insgesamt 429.000 mit zusammen 700.900 Kindern; seit 2002 ist diese Zahl um 25.700 Familien zurückgegangen. Vor allem die traditionelle Familienform (verheiratetes Ehepaar mit Kindern) ist deutlich rückläufig (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 6).

Mit Blick auf die Zahl der Geschwister zeigt sich, dass knapp 24 % der Kinder unter 18 Jahren Einzelkinder sind. Eine Mehrheit von 48,5 % hat einen Bruder bzw. eine Schwester (Statistisches Landesamt 2009ab, S. 7).

Tabelle 1 zeigt, wie sich die Familien nach Familientypen und Alter der Kinder in den Jahren 2002¹², 2005 und 2008 entwickelt haben.

¹² Bezieht sich auch auf Tabelle 1: „Neuer (familienbezogener) Familienbegriff ab 2005. Die Familie im statistischen Sinne umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften. Das sind Ehepaare, nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern. Als Familien zählten bis 2004 statistisch Ehepaare ohne und mit Kind(ern) sowie alleinerziehende ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammenlebten“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 7).

Angaben über die Familienform sind in der öffentlichen Statistik nur über den Mikrozensus zu erfahren. Wesentlich häufiger, so auch in der regionalen Differenzierung nach Kreisen und kreisfreien Städten, wird nach der Haushaltsstruktur gefragt. Ob es sich dabei um Familienhaushalte handelt, kann nur mittelbar aus der Altersstruktur der Haushalte geschlossen werden – ein grundsätzliches Manko der öffentlichen Statistiken zur Situation der Familien mit Kindern.

Für die Struktur der **Privathaushalte** in 2008 ergeben sich folgende Werte: Insgesamt sind 1.897.900 Privathaushalte in Rheinland-Pfalz gezählt worden (davon 36,8 % Einpersonenhaushalte, 63,2 % Mehrpersonenhaushalte). Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,1 Personen (Statistisches Landesamt 2009p, S. 10). 648.000 Personen lebten in einem Haushalt mit zwei Personen, 263.800 lebten in einem Haushalt mit drei Personen, 212.900 lebten mit vier Personen zusammen und 74.800 mit fünf oder mehr Personen (Statistisches Landesamt 2009p, S. 10).

Auch die Struktur der Haushalte wird sich in Rheinland-Pfalz bis 2020 verändern: Im Berechnungsjahr 2005 lebten 36 % in Haushalten mit einer Person, 33 % mit zwei Personen, 15 % mit drei Personen und 16 % mit vier und mehr Perso-

Abb. 13: Ledige Kinder unter 18 Jahren in Familien nach Familientyp 2008

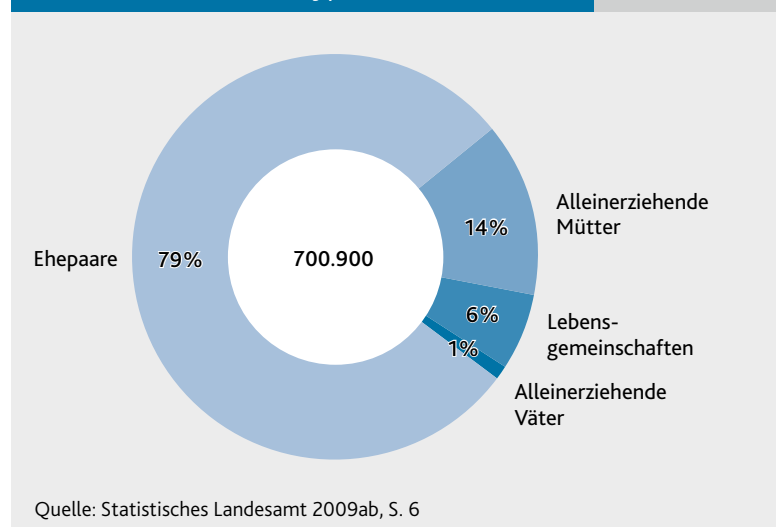


Tabelle 1: Familien nach Familientypen

Familien	2002 ¹⁾	2005 ¹⁾	2008 ¹⁾
mit Kindern unter drei Jahren	98,3	90,0	86,2
Ehepaare	85,4	75,9	69,5
alleinerziehende Frauen	10,4	(8,1)	(7,0)
alleinerziehende Männer	/	/	/
Lebensgemeinschaften	–	(6,0)	(9,6)
darunter: nichteheliche Lebensgemeinschaften	–	(6,0)	(9,5)
mit Kindern unter sechs Jahren	179,0	166,8	152,5
Ehepaare	151,2	139,3	120,0
alleinerziehende Frauen	22,8	17,7	18,8
alleinerziehende Männer	/	/	/
Lebensgemeinschaften	–	(8,8)	13,3
darunter: nichteheliche Lebensgemeinschaften	–	(8,8)	13,3
mit Kindern unter 15 Jahren	394,1	381,9	350,2
Ehepaare	320,4	301,4	268,4
alleinerziehende Frauen	61,4	55,1	53,4
alleinerziehende Männer	12,3	/	/
Lebensgemeinschaften	–	21,1	23,9
darunter: nichteheliche Lebensgemeinschaften	–	20,8	23,6
mit Kindern unter 18 Jahren	454,7	452,7	429,0
Ehepaare	367,7	353,1	324,8
alleinerziehende Frauen	72,7	68,5	68,5
alleinerziehende Männer	14,2	6,7	7,7
Lebensgemeinschaften	–	24,4	28,0
darunter: nichteheliche Lebensgemeinschaften	–	24,0	27,6
mit Kindern von 18 Jahren und mehr	266,8	263,0	271,3
Ehepaare	205,8	196,2	196,8
alleinerziehende Frauen	47,9	50,4	54,8
alleinerziehende Männer	13,1	(8,8)	12,0
Lebensgemeinschaften	–	(7,5)	(7,7)
darunter: nichteheliche Lebensgemeinschaften	–	(7,5)	(7,7)

/ = keine Angaben, da Zahl nicht sicher genug

() = Aussagewert eingeschränkt

– = nichts vorhanden

¹⁾ Angaben in 1.000

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Landesamt

Rheinland-Pfalz, Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 8

nen zusammen. Die Vorausberechnung bis 2020 zeigt im Hinblick auf die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung, dass insbesondere die Haushalte mit drei, vier und mehr Personen abnehmen werden (-2 bis 3%). Für Einpersonenhaushalte wird hingegen ein Plus von 2%, für den Zweipersonenhaushalt ein Plus von 3% vorhergesagt. Damit liegt Rheinland-Pfalz nahe am Durchschnitt der Verteilung der Haushalte für das gesamte

Bundesgebiet in 2020. Hier ergeben sich folgende Werte: für die Einpersonenhaushalte +3%, Zweipersonen- +2%, Dreipersonen- -2% und Vierpersonenhaushalte und mehr -4% (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007b, S. 29).

Auch diese Prognosen weisen darauf hin, dass die Anzahl und Zusammensetzung der Familienhaushalte mit Kindern deutlich abnehmen wird.

2.2 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld

Für das Themenfeld Wohnverhältnisse und Wohnumfeld wären insbesondere aktuelle empirische Befunde von Bedeutung, die Auskunft darüber geben, wie unterschiedliche Lebensräume von Familien mit Kindern bzw. von Kindern und Jugendlichen selbst wahrgenommen und eingeschätzt werden. Solche Untersuchungen liegen aber auch für Rheinland-Pfalz kaum vor; die wenigen verfügbaren Studien werden im Folgenden ausführlich gewürdigt.

Statistische Daten wie die Bevölkerungsdichte sind nur bedingt geeignet, die Wohnverhältnisse und -bedingungen junger Menschen angemessen darzustellen (vgl. auch Kap. 4.4.1). Die Qualität der Lebenswelten junger Menschen kann kaum anhand der Bevölkerungsdichte, unbebauter Freiflächen oder der Wohnfläche je Einwohner erfasst werden. Von zentraler Bedeutung ist auch hier die Qualität der Flächen im direkten Wohnumfeld von Kindern und Jugendlichen: „Sie sollen kindgerecht sein, anregend und vielfältig und dabei leicht und ohne Gefahr zu erreichen sein“ (MBFJ/MUF 2004, S. 9).

Erste Erkenntnisse, welche Aspekte für Kinder und Jugendliche aus ihrer Sicht im Wohnumfeld bedeutsam sind, bietet das Kinderbarometer Rheinland-Pfalz (2002a, S. 41 ff.). Dazu wurden im Schuljahr 2000/01 landesweit 1.978 Schülerinnen und Schüler, überwiegend 9- bis 13-Jährige, gefragt, wie sie ihr Wohnumfeld erleben und wie zufrieden sie damit sind. Die Wohnumgebung konnte mit 21 Aussagen beschrieben und bewertet werden. Von diesen 21 Aspekten des Wohnumfeldes hatten sieben Aspekte einen eigenständigen Einfluss auf das Wohlbefinden der jungen Menschen in ihrem Wohngebiet:¹³

¹³ „Die Einflussstärke der einzelnen Lebensbereiche auf das allgemeine Wohlbefinden wird mittels einer linearen Regression geschätzt. Eine lineare Regression ermöglicht die Abschätzung des relativen Einflusses verschiedener erklärender Variablen (hier das Wohlbefinden in den verschiedenen Lebensbereichen) auf eine weitere zu erklärende Variable (hier das allgemeine Wohlbefinden)“ (MBFJ 2002a, S. 18 f.).

- besonders positiv wurden die Möglichkeiten, sich mit anderen Kindern zu treffen, und besonders negativ eine schmutzige Wohngegend eingeschätzt;
- ebenfalls positiv bewertet wurden genügend Freizeitmöglichkeiten und das Gefühl von Sicherheit, weil Erwachsene aufpassen. Allerdings spielen die Erwachsenen noch unter zwei weiteren Gesichtspunkten eine Rolle: ein negativer Einfluss zeigte sich zum einen, wenn Erwachsene sich in der Wohngegend häufig über Kinder ärgern, und zum anderen sind von Erwachsenen unbeobachtete Treffpunkte bedeutsam;
- auch erwies sich in der Analyse die sichere und eigenständige Mobilität mit dem Fahrrad als positiv (MBFJ 2002a, S. 44 f.).

Das Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs oder die Mobilität der Eltern (Pkw) spielen bei der Einschätzung des Wohnumfeldes demgegenüber eine deutlich geringere Rolle.

Über die Einschätzung der Altersgruppe der 13- bis 21-jährigen jungen Menschen unter anderem auch zum Wohnumfeld wird in der aktuellen Veröffentlichung des Landesjugendrings „dorf. test – Jugend mischt mit“ berichtet.¹⁴ Hier zeigt sich: „Die einzelnen Altersgruppen verbringen erwartungsgemäß unterschiedlich viel Freizeit in ihrem Wohnort. 67 % der 13- bis 15-Jährigen, 62 % der 16- bis 17-Jährigen und 56 % der 18- bis 21-Jährigen geben an, viel Freizeit am Wohnort zu verbringen“ (Landesjugendring 2009, S. 8). 71 % der Befragten bewerteten die Plätze für Spiel, Sport und Spaß positiv, wobei die Bewertung mit steigendem Alter zunehmend schlechter ausfällt. In der Gruppe der 18- bis 21-Jährigen beurteilten über ein Drittel der Befragten (34,7 %) diese Plätze

¹⁴ Die Studie ist nicht repräsentativ (vgl. dazu auch Landesjugendring 2009, S. 6).

negativ. Allerdings gibt es auch hier Unterschiede in Bezug auf die Wohnortgröße: denn je größer der Ort, desto zufriedener waren die Befragten mit den Plätzen (ebd., S. 17).

Für die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung für das Wohnumfeld kommt der Spielleitplanung in Rheinland-Pfalz zentrale Bedeutung zu. Als Verfahren und Instrument sind nicht nur die Erhaltung und Verbesserung der Lebens- und Wohnumfelder zentraler Bestandteil, sondern auch der Einbezug der Kinder und Jugendlichen bei „allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsschritten. Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation“ (MBFJ/MUF 2004, S. 10; vgl. dazu auch Kap. 3.4 dieses Berichts). Die Projekte erstrecken sich dabei von der Reaktivierung von ehemaligen Spiel- und Erlebnisplätzen über die Verbesserung des bestehenden Wohnumfeldes, wie beispielsweise der Verkehrsberuhigung von Innenstädten, bis hin zur Erarbeitung eigener Ideen für die kinderfreundliche Umsetzung aller Orte und Flächen, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten und aktiv werden. Unter www.spieleitplanung.de stellt die Landesregierung „das Verfahren, die (...) herausgegebene Handlungsanleitung sowie die Ergebnisse aus den Modellgemeinden bereit“.¹⁵

Die Planungsarbeit erfährt dabei auch öffentliches und politisches Interesse, als Beispiel sei hier die dreitägige Planungswerkstatt der Modellgemeinde Neuwied genannt, deren Ideenreichtum und überzeugende Entwürfe mit einem Sonderpreis prämiert wurden.

Die Bedeutung der Beschaffenheit städtischer Räume für die Entwicklung von Kindern stand im Fokus einer umfangreichen Studie der Universität Koblenz-Landau in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Koblenz, in welcher Spiel- und Aktionsräume von Kindern in der Stadt Koblenz als Grundlage für die Jugendhilfe- und Stadtplanung untersucht wurden. „Spielraum

Stadt – Spiel und Aktionsräume von Kindern in der Stadt Koblenz“ (vgl. dazu ausführlich Universität Koblenz-Landau 2001). Im Zentrum der Fragestellung stand die Nutzbarkeit städtischer Räume durch Kinder für entwicklungsrelevante Prozesse, die an fünf notwendigen Bedingungen bzw. Kriterien festgemacht wurden: Zugänglichkeit, Gefahrllosigkeit, Gestaltbarkeit, Interaktionschancen und Naturkontakt. Die Bestandsaufnahme und Bewertung von Spiel- und Aktionsräumen im städtischen Raum von Kindern, Eltern, Expertinnen und Experten sowie die Auswertung objektiver Daten waren Bestandteil der Untersuchung. Die Forschungshypothese lautete: „Gute Spiel- und Aktionsräume im Wohnumfeld von Kindern tragen dazu bei, eine mögliche Inanspruchnahme von Krisen- und Nothilfen zu verringern“ (Universität Koblenz-Landau 2001, S. 4). Als ein hier bedeutendes Ergebnis kann festgehalten werden, dass gute Spiel- und Aktionsräume zentrale Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die sich in stark belasteten Lebenssituationen befinden, benötigen solche Räume, denn sie bieten eine Chance, um Belastungen zu kompensieren und Folgeschäden vorzubeugen.

Unter dem Thema „**Wohnen mit Kindern erleichtern**“ sind weitere Initiativen und Programme, die die Verbesserung der Wohnsituation betreffen, zu nennen:

- Regelmäßig initiierte Dorferneuerungswettbewerbe fördern nicht nur das Interesse für die Belange und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, sondern sind für die Zukunft der Dörfer „von zentraler Bedeutung“.¹⁶
- In diesem Zusammenhang ist weiterhin auf das Programm „Soziale Stadt“ hinzuweisen. Das Programm dient der Entwicklung von Stadt- und Ortsteilen, in denen verschärfte soziale sowie wirtschaftliche und städtebauliche Probleme bestehen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a,

¹⁵ <http://kinderrechte.rlp.de/index.php?id=1197>

¹⁶ <http://www.ism.rlp.de>

S. 37). Hier ist nicht nur die Sanierung von Gebäuden, sondern auch die Verbesserung der Lebenssituation das Ziel. Hierzu werden in den umfassenden Veröffentlichungen des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (ders. 2006 b) nicht nur über 25 Steckbriefe von Stadtteilen zumeist der kreisfreien Städte angeführt, sondern auch konkrete Ziele, wie bspw. Entstigmatisierung der Stadt-/Ortsteile, benannt. Insgesamt wurden bis Ende 2009 18 Städte mit insgesamt 38 Stadtquartieren in das Programm aufgenommen.

- Darüber hinaus sind die Bereiche Wohnungsbauförderung, mit der insbesondere Familien mit Kindern der Weg zu Wohneigentum erleichtert werden soll, sowie die Beratung der Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung anzuführen.¹⁷

Im Folgenden wird der Blick auf einige ausgewählte statistische Daten gelenkt, die Unterschiede für die Bewertung des Wohnumfeldes für die 36 Kreise und kreisfreien Städte deutlich machen.

Dies sind zum einen Angaben zu Wohneigentum, Wohnungsgröße und Wohnbauaktivität; zum anderen Daten zur Mobilität und Sicherheit im Straßenverkehr von Kindern und Jugendlichen.

Trotz aller Einschränkungen der Reichweite solcher Angaben bieten sie einen ersten Blick auf die wichtige Dimension Wohnen und Wohnumfeld für das Aufwachsen von Kindern und zeigen, wie bedeutsam es in Zukunft sein wird, hierzu weiterreichende Informationen zu gewinnen.

In Deutschland hat das Wohneigentum von Familien zugenommen. Waren es 1998 noch 41%, sind es nun „etwa die Hälfte aller Familien in Deutschland“ (Statistisches Bundesamt 2009d, S. 45). Im Hinblick auf die „Eigentümerquote“ des Statistischen Bundesamtes zeigt sich für Rheinland-Pfalz mit 54,3% im Bundesländervergleich der zweithöchste „Anteil der von Eigentümern bewohnten Wohnungen“ (Statistisches Bundesamt 2008h, S. 287).

Zur Größe der Wohngebäude liegen nach den 36 Regionen des Landes differenzierte Werte vor. Während in der Gruppe der Städte der höchste Anteil Wohnungen in Wohngebäuden mit nur einer Wohnung bei 31% in Landau liegt, zeigt sich bei den Landkreisen eine Spannweite von 40% im Rhein-Lahn-Kreis bis 59% im Eifelkreis Bitburg-Prüm wie Abb. 14 verdeutlicht. In Bezug auf einen hohen Anteil (3 und mehr) Wohnungen in Wohngebäuden verhält es sich nahezu umgekehrt: Sind in den kreisfreien Städten Werte zwischen 43 und 74% erkennbar, liegt bei den Landkreisen der höchste Anteil bei 34%.

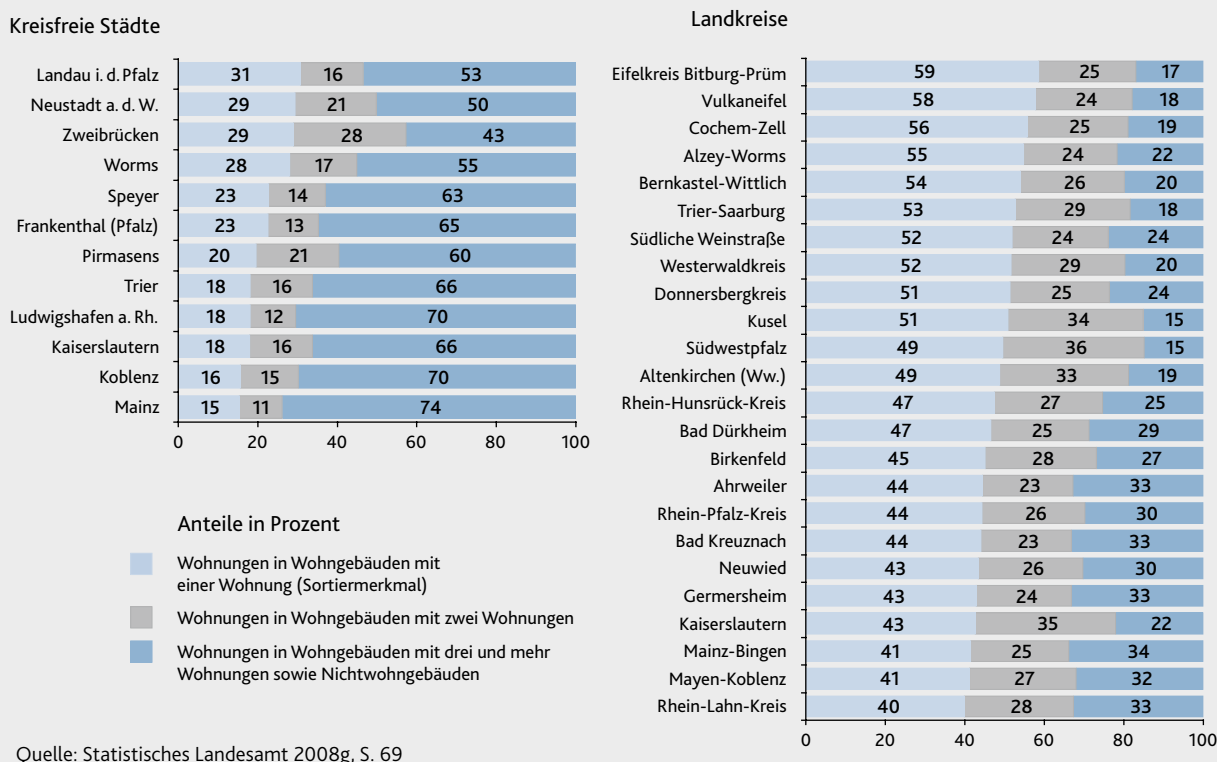
Bei der Beschreibung von Daten über die Wohnverhältnisse von Familien und jungen Menschen werden in neueren Veröffentlichungen unterschiedliche Indikatoren genutzt, was auch damit zusammenhängt, dass „die Bedürfnisse von Familien im Bereich Wohnen (...) ebenso heterogen (sind) wie moderne Familienformen und Lebenslagen“ (Prognos 2007a, S. 7).

Im vom BMFSFJ herausgegebenen Familienatlas 2007 setzt sich das Handlungsfeld „Wohnsituation und Wohnumfeld“ aus sieben einzelnen Indikatoren zusammen, die sowohl die konkrete Wohnsituation anhand von Erschwinglichkeit des Eigentums und Familienwohnungen als auch Risiken (wie Verkehrsunfälle, Kriminalität) und Ressourcen der Infrastruktur (Frei- und Erholungsflächen) des Wohnumfelds berücksichtigen.¹⁸

¹⁷ <http://kinderrechte.rlp.de/index.php?id=1198>

¹⁸ Eine ausführliche Beschreibung – auch der Indikatoren der übrigen drei Themenfelder – ist dem Methodenbericht zu entnehmen (Prognos 2007a, insb. S. 7 f. und S. 18).

Abb. 14: Wohnungen 2007 nach Größe des Wohngebäudes



Für Rheinland-Pfalz ergeben sich überwiegend überdurchschnittliche bis deutlich überdurchschnittliche Werte. Daun, der Rhein-Hunsrück Kreis, die Südwestpfalz und Bernkastel-Wittlich liegen im von Prognos vorgenommenen Ranking unter den ersten 25 Regionen innerhalb Deutschlands (BMFSFJ 2007b, S. 14). Gleichzeitig sind fünf rheinland-pfälzische Gebietskörperschaften¹⁹ in der Kategorie „stark unterdurchschnittlich“ verortet: Mainz, Speyer, Frankenthal und Ahrweiler sowie Trier (Prognos 2007b, S. 4). Hier wird in der Auswahl der Indikatoren das Stadt-Land-Gefälle deutlich: „Stark ländlich geprägte Regionen, vor allem im westlichen Niedersachsen und im nördlichen Hessen sowie in Rheinland-Pfalz und in Bayern nehmen im Bereich Wohnsituation und Wohnumfeld die Spitzenpositionen ein. Die größ-

ten und größeren Städte bilden hier die Schlusslichter“ (BMFSFJ 2007b, S. 13).

Die Bandbreite der Wohnverhältnisse innerhalb von Rheinland-Pfalz zeigt sich anhand eines anderen Indikators auch in der Publikation des Berlin-Instituts „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“: „Die Wohnungsbautätigkeit ist ein Maß für die Attraktivität einer Region“ (Berlin-Institut 2005, S. 9). Während eine hohe Bewertung so interpretiert werden kann, dass Neubauten – auch für (junge) Familien – bezahlbar sind, weist eine niedrige Bewertung beispielsweise auf Wohnungsleerstand, hohe Baukosten und einen gesättigten Markt hin (Berlin-Institut 2005, S. 9). Die Bewertung erfolgt per Schulnotensystem. Während ein großer Teil der Gebietskörperschaften im Mittelfeld (Note 3 und 4) liegt, zeigt der Landkreis Kaiserslautern die einzige „2“ für Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Städte erreichen wie auch im Familienatlas

¹⁹ Ist von Gebietskörperschaften die Rede, sind – auch in den folgenden Kapiteln – die 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz gemeint.

niedrigere Werte, hier zeigen sie nahezu durchweg die Note 5, was sich vermutlich auch mit dem Stadt-Land-Gefälle erklären lässt. Den niedrigsten Wert zeigt Pirmasens²⁰ (Berlin-Institut 2005, S. 72).

Mobilität und Verkehrssicherheit – insbesondere mit dem Fahrrad – haben für Kinder und Jugendliche einen hohen Stellenwert in Bezug auf die Qualität ihres Wohnumfeldes. Zudem sind die Verkehrsrisiken im Wohnumfeld – auch in anderen Studien – Anzeiger für die Qualität des Wohnumfeldes. Da über die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen keine regional differenzierten Daten verfügbar sind, kann diese zunächst nur „negativ“ anhand der Verkehrsunfälle, in denen junge Menschen betroffen sind, abgebildet werden.

Abb. 15 stellt das Unfallgeschehen in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen dar. Zusammengefasst wurden unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen im Jahr 2007. Den größten Anteil machen die Altersgruppen der 40- bis 64-Jährigen mit 34 %, gefolgt von den 25- bis 39-Jährigen mit 25 % aus.

Zurückgehende Unfälle mit Personenschäden sind im Jahr 2009 in Rheinland-Pfalz erkennbar: Sie reduzierten sich um 3,8 % im Zeitraum Januar bis August im Verhältnis zum Vorjahreszeitraum (Statistisches Landesamt 2009u).

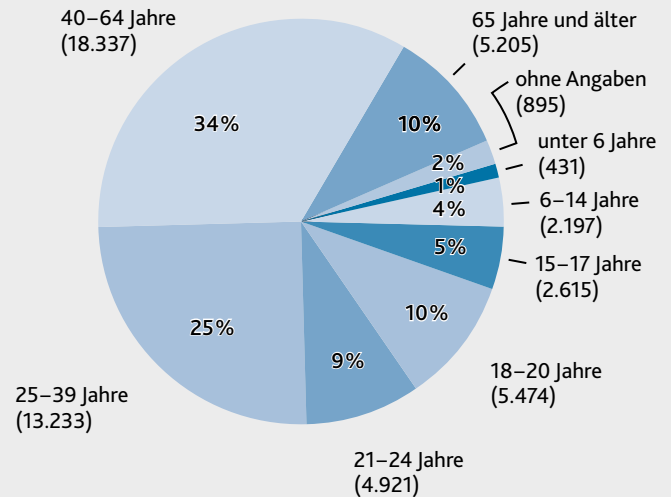
Zu eigenständiger Mobilität ist besonders die Fortbewegung mit dem Fahrrad bedeutsam. Die Sicherheit im Verkehr kann hier anhand der verunglückten Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger unter 15 Jahren abgebildet werden (siehe Abb. 16).

Deutlich wird, dass der größte Teil der Kinder (38 %) als Mitfahrer in einem Auto einen Unfall erleidet. Dicht dahinter liegt der Wert für die Rad-

²⁰ Die insgesamt niedrigen Werte für Pirmasens werden im Übrigen durch die immensen Arbeitsplatzverluste aufgrund der 1980 ins Ausland verlagerten Schuhherstellung sowie der schwindenden Kaufkraft nach Abzug der US-amerikanischen Truppen in den 1990er Jahren erklärt (Berlin-Institut 2005, S. 70).

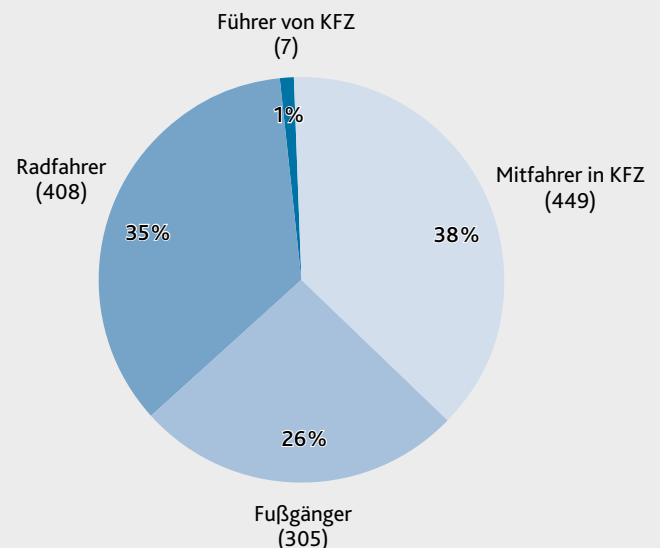
Abb. 15: Straßenverkehrsunfälle insgesamt 2007

darunter Unfallbeteiligte, Getötete und verletzte Personen in absoluten Zahlen und %



Quelle: Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

Abb. 16: Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen im Jahr 2008 unter 15 Jahren (in absoluten Zahlen und %)



Quelle: Statistisches Landesamt 2009i, S. 38 und eigene Berechnungen

fahrerinnen und Radfahrer unter 15 mit 35 %, dies sind 408 Kinder absolut in Rheinland-Pfalz. Der Blick auf die absoluten Zahlen ergibt, dass im Jahr 2008 824 junge Menschen zu Fuß oder mit dem Rad verunglückten.

Wie in Abb. 17 deutlich wird, zeigen sich auch hier erhebliche regionale Unterschiede: Während einige Gebietskörperschaften – vor allem Landkreise – niedrige Promille-Werte mit 0,6 in Alzey-Worms und der Südlichen Weinstraße sowie 0,7 in Cochem-Zell aufweisen, ergeben sich in den kreisfreien Städten Frankenthal und Speyer 4,2 bzw. 4,5 ‰. Einschränkend muss gesagt werden, dass für diese Daten nicht nachvollzogen werden kann, in welchem Umfang die Unterschiede auf insgesamt unterschiedliche Anteile der Fahrradfahrerinnen und -fahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger an allen Verkehrsteilnehmern zurückzuführen sind.

Für eine Einordnung dieser Angaben über Unfälle, in denen Kinder unter 15 Jahren beteiligt waren, sind die nachfolgend aufgeführten bundesweiten Daten bedeutsam:

- Unfallverursacher sind bei mehr als der Hälfte der bundesweit polizeilich gemeldeten Unfälle nicht die 6- bis 14-jährigen Kinder selbst: „Bei den betroffenen Radfahrern dieser Altersgruppe (insgesamt 11.759) hatten 49 % den Unfall verursacht (...). Bei den 6.692 unfallbeteiligten Kindern, die zu Fuß unterwegs waren, waren sogar lediglich 39 % verantwortlich für das Zustandekommen des Unfalls.“²¹
- Mit Blick auf die Unfälle von Kindern teilt das Statistische Bundesamt mit, dass insbesondere Kinder zwischen sechs und zehn Jahren verunglücken: bundesweit „zu 33 % als Fußgänger und zu 27 % als Fahrradbewutzer“ (Statistisches Bundesamt 2009f, S. 6). Hierbei geschehen die

Unfälle überwiegend morgens zu Schulbeginn und mittags nach Schulschluss.

- Auch sind Jungen sowohl mit dem Fahrrad (66 %) als auch zu Fuß (65 %) häufiger von Unfällen betroffen als Mädchen. „Im Durchschnitt des Jahres 2008 waren in Deutschland 51 % aller Einwohner von 6 bis 14 Jahren männlich und 49 % weiblich. Bei den verunglückten Kindern betrug der Anteil der Jungen 57 % gegenüber 43 % bei den Mädchen“ (Statistisches Bundesamt 2009f, S. 7). Als Gründe können sowohl höhere Risikobereitschaft als auch die stärkere Verkehrsbeteiligung angeführt werden.

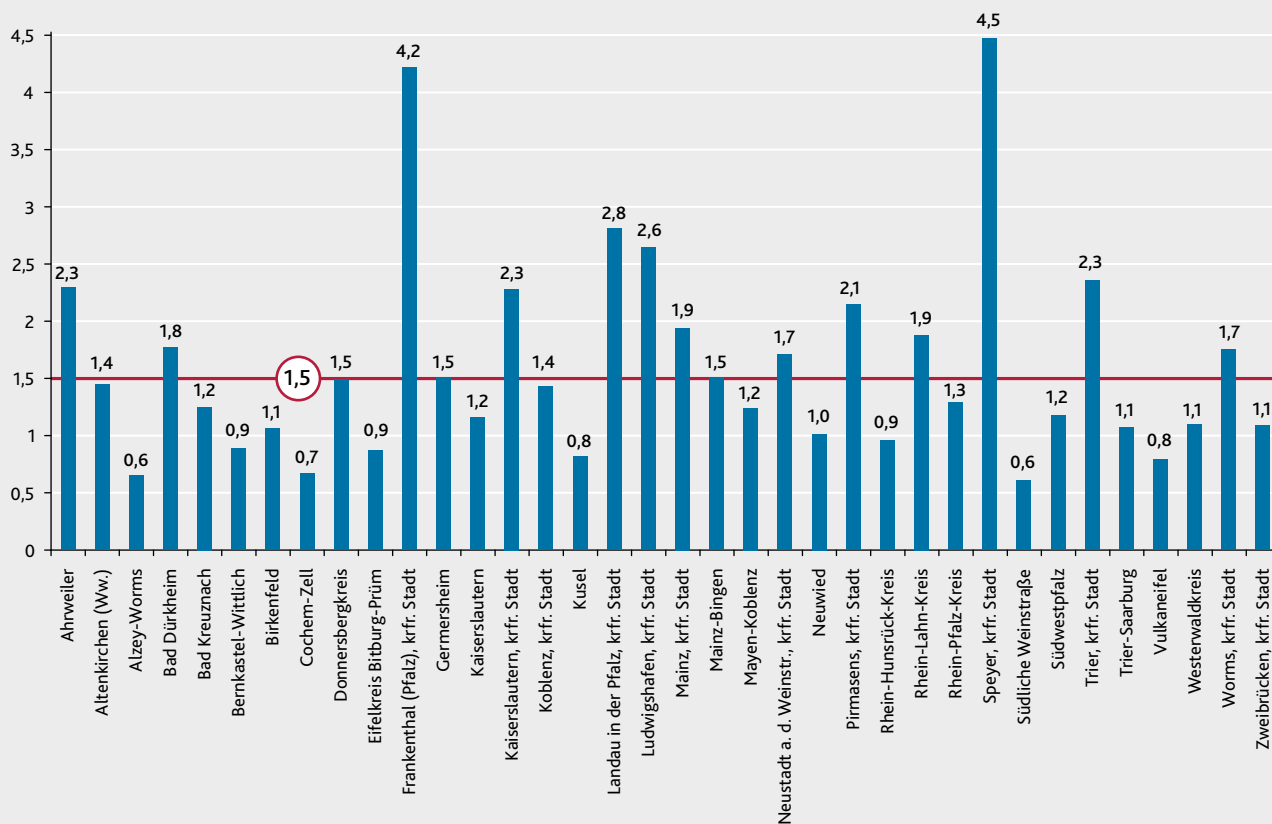
Unter dem Aspekt „Kinderbelange im Verkehrsbereich“ werden verschiedene Projekte und Maßnahmen gebündelt, die die Sicherheit der jungen Menschen und Rahmenbedingungen im Verkehr verbessern sollen:

- Mit alternativen Wegenetzen werden unterschiedlichste Sicherheits- und Bewegungsbedürfnisse von Kindern im Straßenverkehr berücksichtigt. Sie beinhalten sowohl den Ausbau des Radwegenetzes, Vorschriften zur Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr als auch verkehrssichernde Maßnahmen unter Beteiligung von jungen Menschen zur Beseitigung von Hauptunfallgefahren „an stark von Kindern und Jugendlichen genutzten Orten und Wegen“²².
- Verkehrserziehung und Verkehrssicherheitsarbeit finden bspw. in den dritten und vierten Klassen durch eine intensive Radfahrausbildung statt. Aber auch die Schulwegsicherung und Schulwegplanung spielen eine wesentliche Rolle. In diesem Kontext ist auch über den Schülerlotsenwettbewerb zu berichten, in dem die besten Schülerlotsen geehrt werden. Die Verkehrswachten und die Landesverkehrswacht sorgen für die Ausbildung dieser Schülerlotsen. Weiterhin startete im Juli 2004 ein „landesweites Projekt zur

²¹ http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STAT_magazin/2009/Verkehr2009_09,templateId=renderPrint.psm1_nnn=true

²² <http://kinderrechte.rlp.de/index.php?id=1199>

Abb. 17: Verunglückte Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen unter 15 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung 2008 in %



Quelle: Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes (LIS) und eigene Berechnungen

Vermeidung von Unfällen mit Schulbussen²³. Auf Initiative der Unfallkasse Rheinland-Pfalz werden hier für Schulen kostenlos Veranstaltungen mit Viert- und Fünftklässlern durchgeführt. Gleichzeitig wird u. a. in die Schulung der Schulbusbegleitdienste und fortlaufend in eine „moderne“ Ausstattung für die Verkehrserzieherinnen und -erzieher investiert.

Außerdem wurde von der Landesregierung vor einigen Jahren das „Forum Verkehrssicherheit Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen, in dem neben den drei zuständigen Ministerien (MWVLW, ISM und MBWJK) verschiedene Partner zum Thema „Verkehrssicherheit“ zusammenarbeiten und in einem speziellen Arbeitskreis auch die Belange

von Kindern und Jugendlichen Berücksichtigung finden. So werden im Rahmen des Forums unter Beteiligung vieler Partner gemeinsame Aktionen zur Verkehrserziehung und Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder und Jugendliche geplant und durchgeführt (www.verkehrssicherheit-rlp.de).

Hierzu gehören zum Beispiel die Broschüre „Gib-Acht Schulanfänger“, die jährlich Eltern und Kinder auf den Schulweg vorbereitet, Schulanfängeraktionen zu Beginn der Schuljahre, spezielle Fahrradtrainings oder Aktionen zum Thema „Kinder als Mitfahrer“.

²³ <http://kinderrechte.rlp.de/index.php?id=1199>

2.3 Soziale Situation, Einkommen und wirtschaftliche Verhältnisse

In diesem Kapitel wird sowohl über verfügbare materielle Ressourcen als auch über finanzielle Unterstützungsleistungen insbesondere für junge Menschen und Familien in Rheinland-Pfalz berichtet. Die Datenlage ist nicht für alle Bereiche gleichermaßen detailliert und aktuell; insbesondere die Daten der Bundesagentur für Arbeit sind sehr aktuell (bspw. Nov. 2009), während für andere Aspekte Daten aus den Jahren 2006 und 2007 herangezogen werden müssen. Da im Hinblick auf die Sozialleistungen die Gesamtanzahl der Empfängerinnen und Empfänger nach Hilfearten deutlich variiert, werden hier auch die Empfängerinnen und Empfänger insgesamt angeführt.

2.3.1 Einkommen und Geldvermögen privater Haushalte

Eine wesentliche Bestimmungsgröße für die soziale Lage der Bevölkerung ist das private Einkommen. Auf kommunaler Ebene sind Angaben zum Einkommen nicht oder nur sehr begrenzt verfügbar. Die meisten durch die amtliche Statistik veröffentlichten Daten können nur als Richtwerte

herangezogen werden, da sie keine differenzierte Betrachtung nach unterschiedlichen sozialen Gruppen, Kreisen, Stadtteilen o. ä. zulassen.

Eine verlässliche Quelle für die Angaben zum Einkommen in Rheinland-Pfalz ist der Mikrozensus (u. a. Statistisches Landesamt 2009p). Das Einkommen der Privathaushalte wird üblicherweise in Einkommensklassen gegliedert (siehe Tabelle 2).

Die größte Anzahl der Haushalte in Rheinland-Pfalz (406.800 Haushalte; 23 %) erwirtschaftete 2008 ein Einkommen von 1.300 bis 2.000 Euro pro Monat. Die Entwicklung von 2005 nach 2008 zeigt für Haushalte mit sehr unterdurchschnittlichem Einkommen (unter 500 Euro) eine Abnahme um 0,7 %, ihr Anteil liegt derzeit bei 3,1 % an allen Haushalten; der Anteil der Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen ist dagegen gestiegen.

In Bezug auf das Monatsnettoeinkommen der Familien nach Familientyp und Anzahl der ledigen Kinder lassen sich für 2008 nach Aussagen des Mikrozensus folgende Werte ermitteln:

Tabelle 2: Privathaushalte 2005 bis 2008 nach Haushaltsgröße und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Mikrozensus	Zusammen ¹⁾	Mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro						
		unter 500	500 bis 900	900 bis 1.300	1.300 bis 2.000	2.000 bis 2.600	2.600 bis 3.200	3.200 und mehr
Haushalte insgesamt – in 1.000								
2005	1.754,7	66,6	200,3	281,7	429,2	286,0	177,1	313,6
2006	1.775,7	47,8	197,9	289,1	432,8	286,9	188,6	332,7
2007	1.752,6	49,1	187,5	275,3	412,3	287,7	187,8	352,9
2008	1.764,6	54,8	195,1	271,0	406,8	266,6	200,3	370,0
Haushalte insgesamt – Anteile in %								
2005	100	3,8	11,4	16,1	24,5	16,3	10,1	17,9
2006	100	2,7	11,1	16,3	24,4	16,2	10,6	18,7
2007	100	2,8	10,7	15,7	23,5	16,4	10,7	20,1
2008	100	3,1	11,1	15,4	23,1	15,1	11,4	21,0

¹⁾ Haushalte mit Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen ohne selbstständige Landwirte. Quelle: Statistisches Landesamt 2009p, S. 31

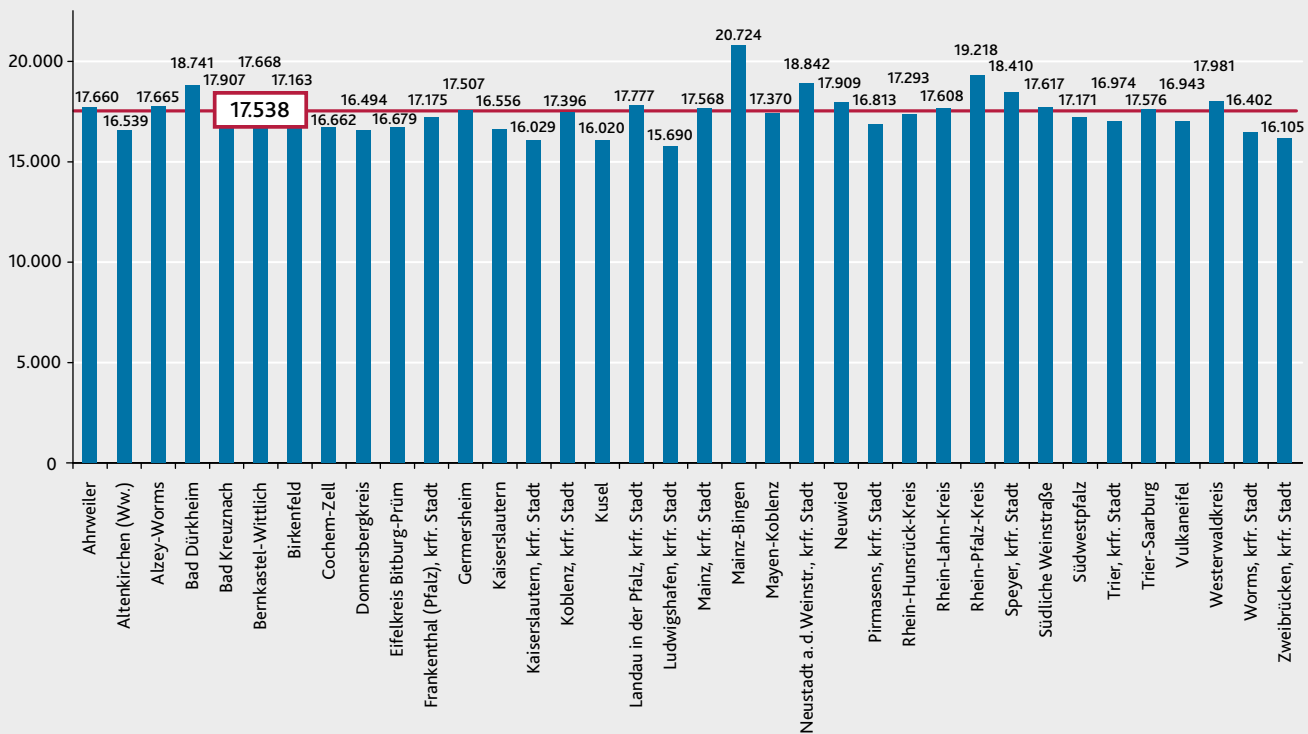
- Die Erwerbstätigkeit der Familien zeigt in 2008, dass 61 % der Ehepaare mit Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgingen und beide Ehepartner arbeiteten. In 32 % der Familien arbeitete nur ein Elternteil, dies war statistisch erfasst am häufigsten der Ehemann. Vergleicht man hierzu die Lebensgemeinschaften, so ist festzustellen, dass hier beide Partner häufiger erwerbstätig waren (64 %) als in der klassischen Variante als Ehepaar. Bei den Alleinerziehenden war eine Erwerbstätigenquote von 63 % zu ermitteln (Statistisches Landesamt 2009w).
- Das Einkommen der Familien in Rheinland-Pfalz gliedert sich in vier Einkommensgruppen. Bei 11 % der Familien lag das Einkommen unter 1.300 Euro, bei 26 % der Familien waren 1.300 bis 2.300 Euro monatlich als Einkommen festzustellen. In der dritten Einkommensklasse von 2.300 bis 3.200 Euro waren 27 % der Familien vertreten. Der höchste Prozentsatz stand den

Familien mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 3.200 Euro zu. Auffallend sind hier die Unterschiede in den Familienformen: Alleinerziehende hatten in 36 % der Fälle lediglich ein Einkommen von unter 1.300 Euro. Hierzu hatten nur 3,5 % der Ehepaare mit Kindern einen Anteil in der Einkommensgruppe unter 1.300 Euro (Statistisches Landesamt 2009w).

- Betrachtet man die Zahl der Alleinerziehenden und ihr Nettoeinkommen, so ergeben sich von den 112.900 alleinerziehenden Müttern 5.800 Haushalte, die in der Einkommensklasse von unter 700 Euro zu verzeichnen waren. Die höchste Anzahl von 26.000 Haushalten ließ sich in der Klasse von 900 bis 1.300 Euro ermitteln. Im überdurchschnittlichen Bereich von 3.200 und mehr Euro ergaben sich Werte von 6.500 Haushalten (Statistisches Landesamt 2009p, S. 23).



Abb. 18: Durchschnittlich verfügbares Einkommen je Einwohner 2006



Quelle: Statistisches Landesamt 2008g, S. 128

Regional differenzierte Daten sind nur für das durchschnittlich verfügbare Einkommen im Jahr je Einwohner zu ermitteln und zeigen auch für Rheinland-Pfalz deutliche Unterschiede zwischen den 36 Landkreisen und kreisfreien Städten (siehe Abb. 18).

Während das durchschnittlich verfügbare Einkommen im Jahr 2006 17.538 Euro betrug, zeigt sich für Mainz-Bingen ein Einkommen von 20.724 Euro, die Durchschnittswerte für Ludwigshafen (15.960 Euro) und Kusel (16.020 Euro) liegen hingegen deutlich darunter.

Geldvermögen

Wie das Statistische Landesamt ermittelt hat, verfügten über 90 % der rheinland-pfälzischen Haushalte im Januar 2008 über Geldvermögen.²⁴ Die Vermögenslage rheinland-pfälzischer Haushalte lag mit einem Wert von 63.100 Euro über dem Bundesdurchschnitt von 53.500 Euro. Dies „verdeckt allerdings die Streuung des Vermögens. So können fast 16 Prozent der Haushalte auf ein entsprechendes Vermögen von mehr als 100.000 Euro zurückgreifen. Gut 21 Prozent verfügen hingegen über weniger als 5.000 Euro“ (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2009q).

2.3.2 Erwerbstätigkeit

Die Daten zur Erwerbstätigkeit sind ein Anzeiger für das Verhältnis von Arbeitskräften und angebotenen Arbeitsplätzen. Der „Arbeits-Markt“ funktioniert grundsätzlich nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage, wird aber auch stark durch verschiedene Gesetze reguliert (Tarifautonomie, Schutzgesetze etc.). Im Mikrozensus 2008 wurden in Rheinland-Pfalz 2.037.200 Menschen im „erwerbsfähigen“ Alter von 15 bis 65 und mehr Jahren (darunter: 1.922.600 Erwerbstätige) und 2.002.200 Nichterwerbsspersonen gezählt (Statistisches Landesamt 2009f,

²⁴ Hierzu zählen Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparguthaben und Wertpapiere.

S. 11). Dies entspricht einer Erwerbsquote von 50,4 % und einer Erwerbstätigenquote von 47,6 % insgesamt.²⁵ Die Erwerbsquote bei Männern liegt bei 56,9 %, die weibliche Erwerbsquote lag knapp 13 Prozentpunkte unter diesem Wert. Mit Blick auf die Entwicklung zeigt sich, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2008 einen Höchststand erreicht. „Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises ‚Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder‘, dem das Statistische Landesamt angehört, hatten im Durchschnitt des Jahres 2008 rund 1,86 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz“ (Statistisches Landesamt 2009r). Der Beschäftigungszuwachs lag geringfügig unter dem bundesweiten Durchschnitt (Statistisches Landesamt 2009r). Die Entwicklung ist insgesamt auf die Zunahme sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zurückzuführen. Gleichzeitig ist die Zahl der Ein-Euro-Jobs im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Wird die langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit seit 1991 berücksichtigt, zeigt sich im Bundesvergleich mit einem durchschnittlichen Anstieg von 4,5 % ein deutlich überdurchschnittlicher Wert von 11,1 % in Rheinland-Pfalz (Statistisches Landesamt 2009r).

2.3.3 Elterngeld

Seit dem Jahresbeginn 2007 wird nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz Elterngeld gewährt: „Elterngeld dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für das Elternteil, welches das Kind betreut. Es beträgt 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1.800 Euro. Das Eltern-

²⁵ Während die Erwerbsquote den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe abbildet, beschreibt die Erwerbstätigenquote, den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen (Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, „die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt ... oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen“) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (vgl. u. a. Statistisches Landesamt 2009f, S. 5).

geld beträgt auch für nicht erwerbstätige Eltern-
teile mindestens 300 Euro monatlich“ (Statisti-
sches Bundesamt 2008h, S. 197).

Im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-
Pfalz wird das Elterngeld als wesentlicher Anzeiger
für die wirtschaftliche Lage von Familien genutzt,
da es sich um eine Lohnersatzleistung handelt
und sich nach Höhe des Einkommens richtet.
Somit sind im Gegensatz zu dem durchschnittlich
verfügbaren Einkommen je Einwohner lediglich
die Familien berücksichtigt. Wie unterschiedlich
sich die Höhe des Elterngeldes in den 36 Landkrei-
sen und kreisfreien Städten gestaltet, verdeutlicht
Abb. 19.

Während das durchschnittliche Elterngeld in
Mainz-Bingen 702 Euro betrug, zeigt sich in
Pirmasens ein Durchschnittswert von 432 Euro,
bei einem Landesdurchschnitt von 613 Euro
beträgt die Abweichung nahezu 30 %.

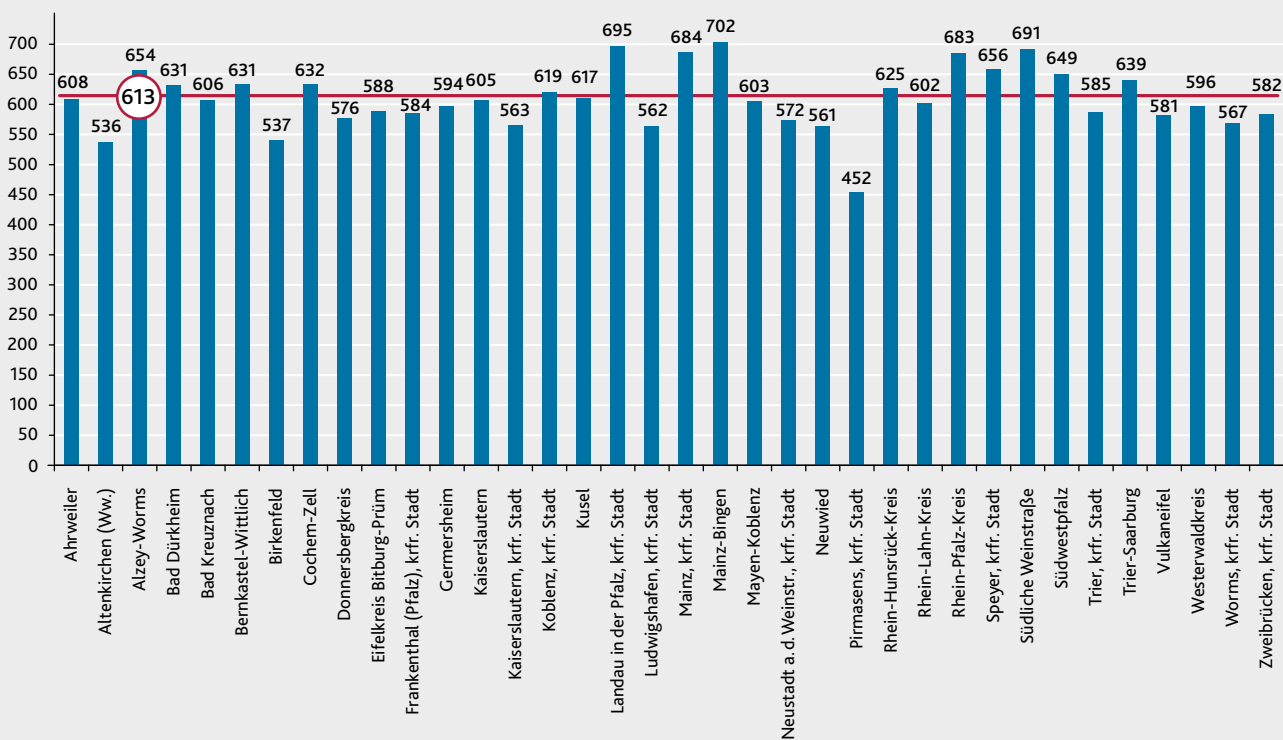
2.3.4 Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz lag im
November 2009 bei 5,6 %; auf Bundesebene
bei 7,6 %, also deutlich über dem Durchschnitt
von Rheinland-Pfalz.²⁶ Allerdings zeigen sich
auch innerhalb von Rheinland-Pfalz deutliche
Unterschiede zwischen den 36 Landkreisen und
kreisfreien Städten. Während ein großer Teil der
Gebietskörperschaften insbesondere der Landkrei-
se nahe dem Durchschnitt von 5,6 % liegt, weisen
die im Westen des Landes gelegenen Gebiets-
körperschaften Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg,
Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell unter-
durchschnittliche Quoten auf. Mit Blick auf die
kreisfreien Städte ergeben sich insbesondere für
Landau (5,4 %), Trier und Mainz (je 5,9 %) niedrige
Arbeitslosenquoten, allerdings leicht über dem
Durchschnitt.

²⁶ Bundesagentur für Arbeit: <http://statistik.arbeitsagentur.de/statistik/index.php?id=BL>

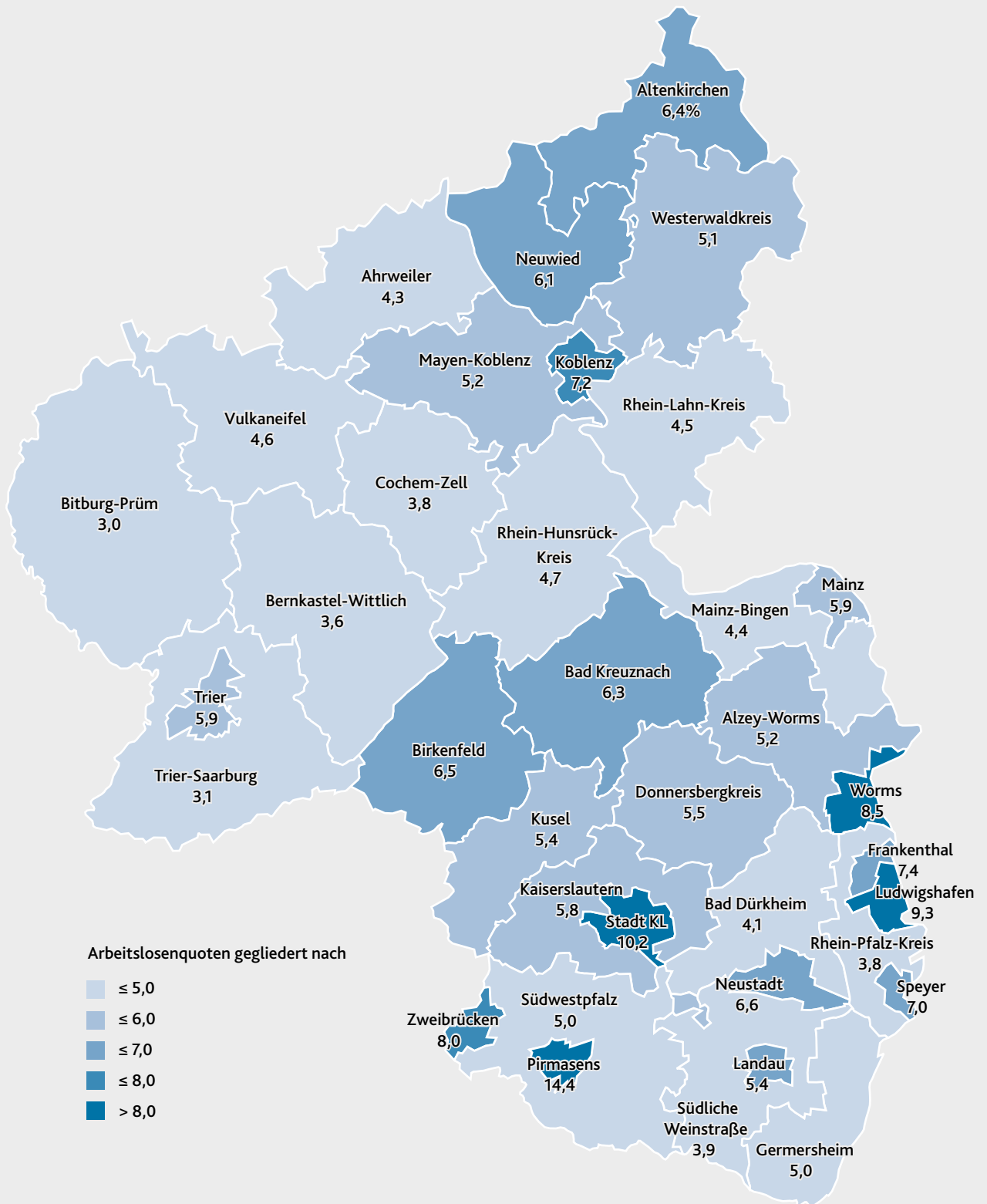


Abb. 19: Elterngeld pro Monat in Euro, 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b, S. 56

Abb. 20: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Rheinland-Pfalz, Nov. 2009)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2009a, S. 25

Etwas über dem Durchschnitt liegen in der Gruppe der Landkreise vor allem Altenkirchen (6,4%), Bad Kreuznach (6,3%) und Birkenfeld (6,5%). Deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen lediglich die kreisfreien Städte Ludwigshafen (9,3%), Kaiserslautern (10,2%) und Pirmasens (14,4%) (siehe Abb. 20).

Betrachtet man die Arbeitslosenquoten insgesamt, ist festzustellen, dass der Anteil der arbeitslosen Frauen „zwischen 1991 und 2006 langsam zurückgegangen“ ist (Statistisches Bundesamt 2008g, S. 81). 2006 waren von 162.951 Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz 51,7% Männer und 48,3% Frauen. Damit liegt Rheinland-Pfalz bezüglich des Anteils arbeitsloser Frauen leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 47,9% (Statistisches Bundesamt 2008g, S. 83).

Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher (Stand: 01/2009) zeigt ebenso regionale Unterschiede. Die drei höchsten Quoten sind hier – wie bei den Arbeitslosenquoten insgesamt – in Pirmasens, Kaisers-

lautern und Ludwigshafen erkennbar. Im Mittelfeld liegt der Kreis Mayen-Koblenz mit 6,8%. Die geringste Quote ist mit 3,8% im Kreis Trier-Saarburg zu verzeichnen.

2.3.5 Sozialleistungen

Im dritten Armuts- und Reichtumsbericht Rheinland-Pfalz wird darauf verwiesen, dass die Sozialhilfestatistik anhand der Sozialhilfe als das „unterste Netz“ bekämpfte Armut präzise abbildet. Dennoch kommt man nicht „an der Feststellung vorbei, dass es sich bei Sozialhilfebezug zwar um bekämpfte, aber noch lange nicht besiegte Armut handelt“ (Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz 2004d, S. 18). Ebenso zeigen aktuelle Publikationen deutlich, dass nicht nur der Bezug von Sozialleistungen, sondern die konkreten Lebenssituationen (bspw. Familienstand, Alter) und Voraussetzungen (bspw. Bildungsstand) einen wesentlichen Einfluss auf das Armutsrisiko haben (vgl. u. a. DJI 2009, S. 15 ff.). Daher werden hier zunächst

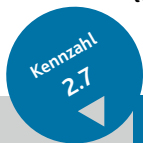
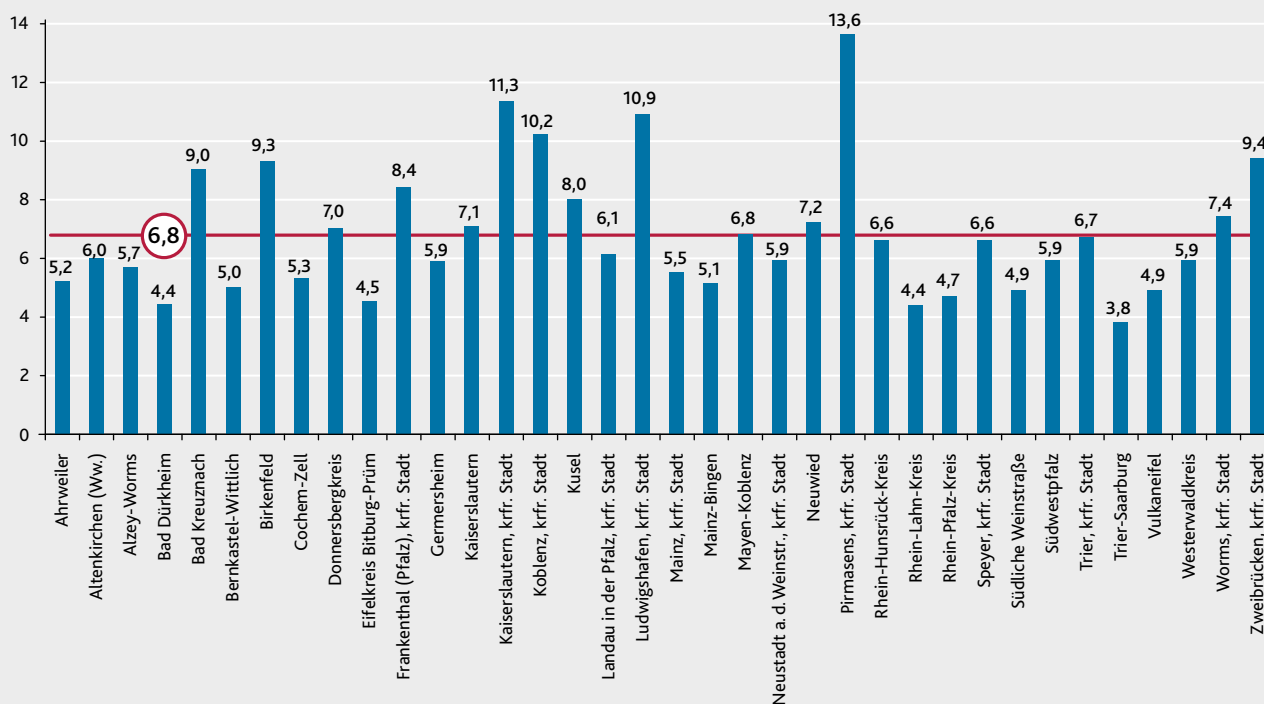
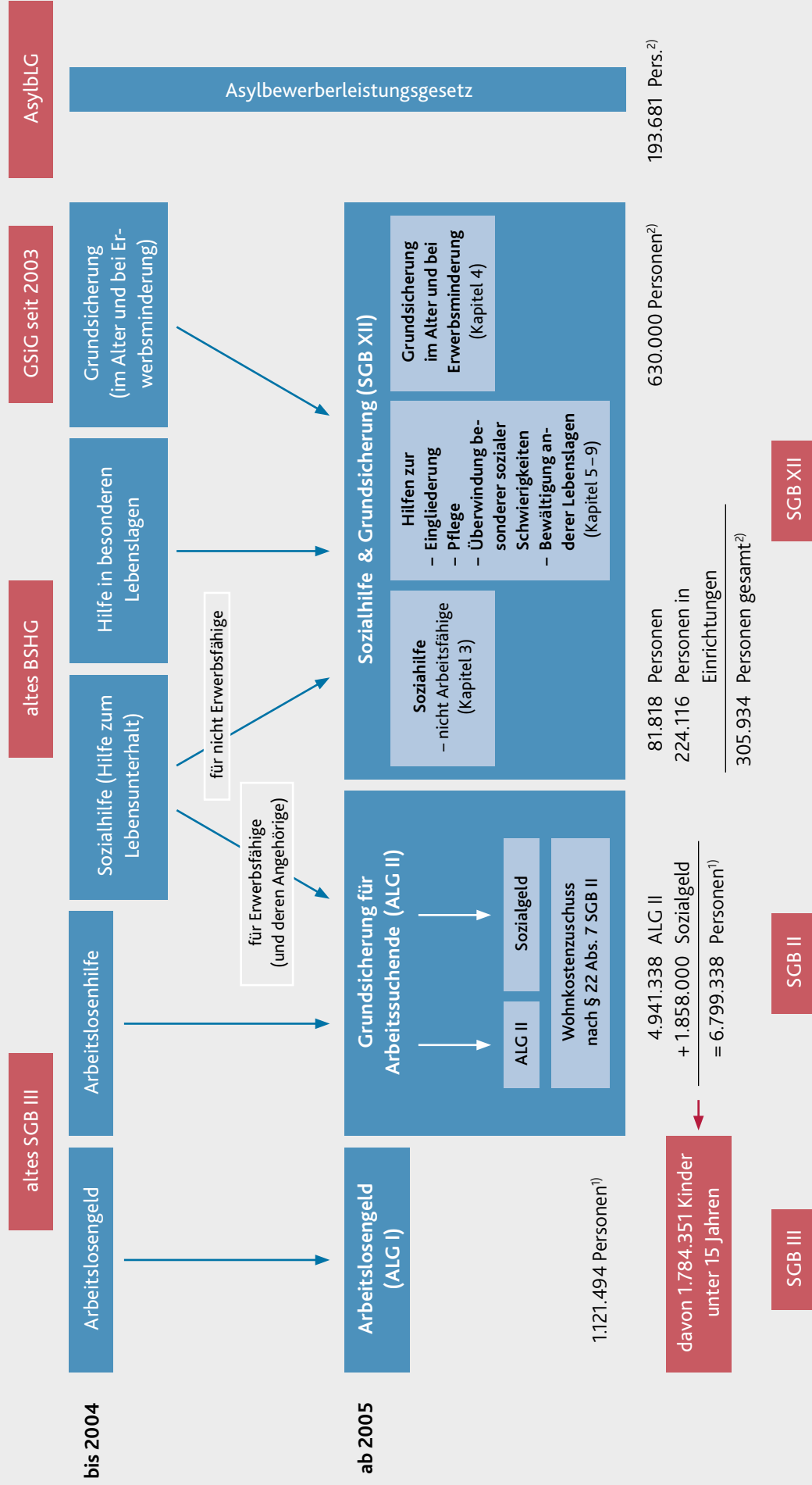


Abb. 21: Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote 15- bis 24-Jährige in %), Januar 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/q.html?call=l>) und eigene Berechnungen

Abb. 22: Die Neuformierung der Leistungssysteme / Änderungen ab 2005



¹⁾ Stand: 02/2008, BA-Monatsbericht ²⁾ Stand: 12/2006, www.destatis.de © Harald Thomé / Wuppertal

die Sozialleistungen dargestellt, um im darauf folgenden Unterkapitel auf die (relative) Armut und Armutsgefährdung junger Menschen einzugehen. Eine Übersicht der komplexen Struktur öffentlicher Sozialleistungen und ihrer jüngsten Veränderungen zeigt Abb. 22.

2.3.5.1 Grundsicherung für Arbeitssuchende

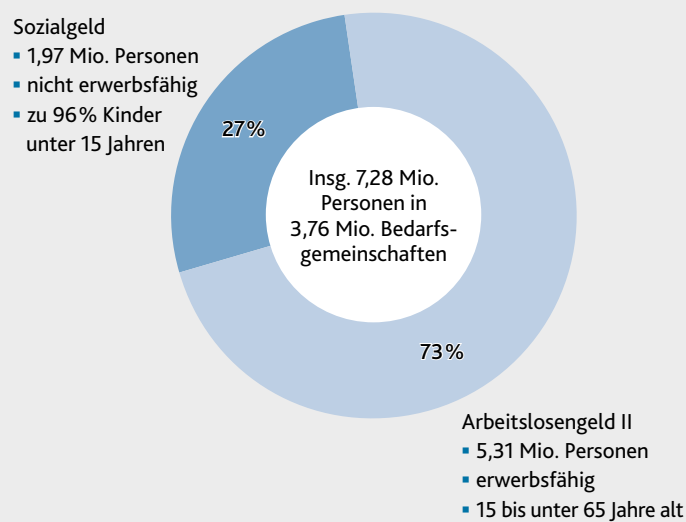
Die größte Anzahl junger Menschen, deren Lebensunterhalt durch Sozialleistungen gesichert wird, betrifft die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Wie die vorstehende Grafik verdeutlicht, setzt sich die Grundsicherung nach dem SGB II aus Arbeitslosengeld II und Sozialgeld zusammen. Während Ersteres sich auf die erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bezieht, richtet sich das Sozialgeld an die nicht erwerbsfähigen Personen: hierunter bundesweit im Jahr 2006 96 % Kinder unter 15 Jahren (siehe Abb. 23).

Insgesamt lebten 2006 bundesweit 7,26 Millionen Personen in 3,76 Millionen Bedarfsgemeinschaften.²⁷ Im Oktober 2009 waren es 3,56 Millionen Bedarfsgemeinschaften, der Anteil der Kinder unter 15 Jahren unter den Sozialgeldempfängerinnen und -empfängern ist nahezu konstant geblieben (10/2009: 95,6 %; Bundesagentur für Arbeit 2009b, S. 3). In Bezug auf die Haushaltszusammensetzung der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitssuchende geben die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern Aufschluss.

Im Juni 2009 waren es in Rheinland-Pfalz 40.991 im Vergleich zum Vorjahr (Juni 2008) mit 42.897 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (- 4,4 %). Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften liegt in Rheinland-

²⁷ „Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens eine erwerbsfähige hilfebedürftige Person im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren. Sie kann aus einem oder mehreren Mitglied/-ern bestehen und erwerbsfähige sowie nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige wie z. B. Ehegatten bzw. Lebenspartner und minderjährige Kinder umfassen“ (Bundesagentur für Arbeit 2009b, S. 7).

Abb. 23: Empfängergruppen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II am Jahresende 2006



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008c, S. 22

Pfalz bei knapp 33,4 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 29,9 %²⁸ (siehe Abb. 24).

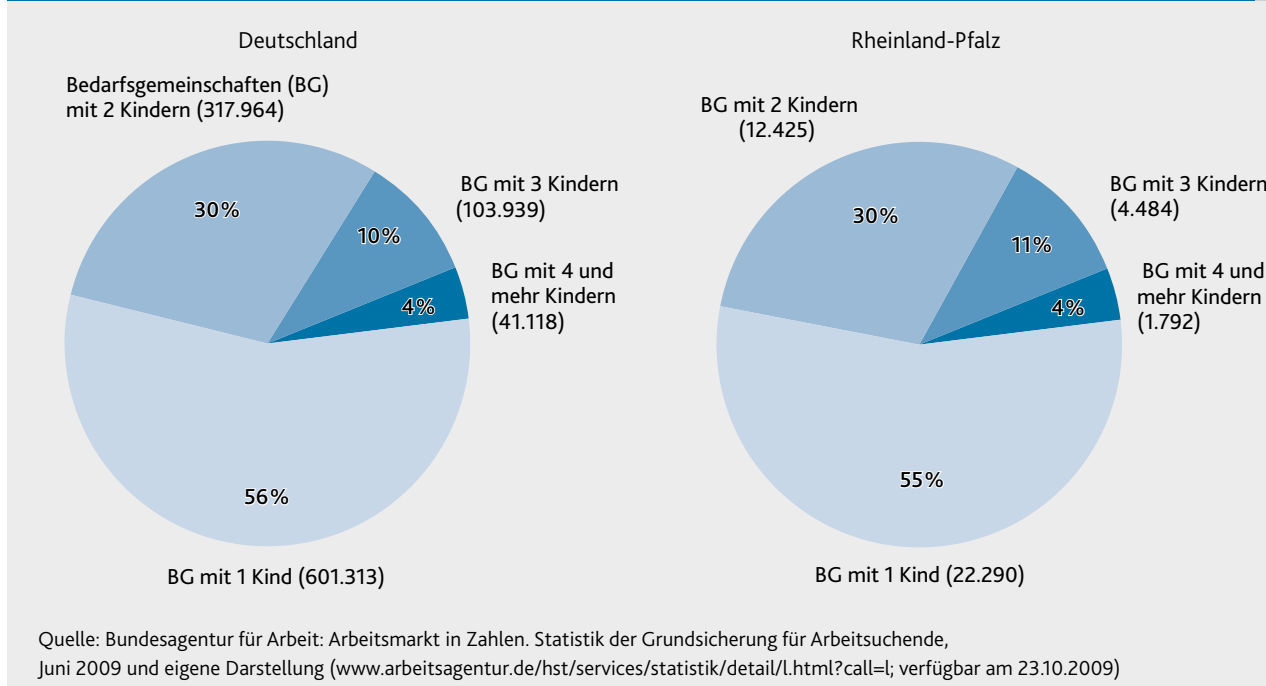
Die Anteile der Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder zeigen zwischen der Bundesrepublik und Rheinland-Pfalz kaum Unterschiede. Der größte Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren kann mit ca. 55 % für diejenigen mit einem Kind konstatiert werden. Bei Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender liegt der Anteil mit 58 % etwas höher (siehe Abb. 25).

Arbeitslosengeld II (ALG II)

Hier sollen keine Angaben zu allen ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gemacht werden, sondern vielmehr zu den erwerbsfähigen, hilfsbedürftigen jungen Menschen: Im Juli 2009 ergeben sich für Rheinland-Pfalz absolut 35.004 unter 25-jährige erwerbsfähige Hilfebedürftige. Der Anteil an

²⁸ Bundesagentur für Arbeit, Quelle: <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/L.html?call=l> und eigene Berechnungen.

Abb. 24: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern: Deutschland und Rheinland-Pfalz, Juni 2009



der gleichaltrigen Bevölkerung verdeutlicht die hohe Spannweite innerhalb der 36 Gebietskörperschaften. Bei einem Durchschnitt von 7,7% liegt Trier-Saarburg mit einem Wert von 3,3% deutlich darunter, wohingegen Pirmasens mit einem Anteilswert von 18,3% deutlich darüber liegt (siehe Abb. 26).

Sozialgeld

Innerhalb der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind die Daten der Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger am besten geeignet, die spezifische Situation junger Menschen abzubilden, da das Sozialgeld sich an die nicht erwerbsfähigen Personen richtet und über 95% der Empfängerinnen und Empfänger unter 15 Jahre alt sind.

Bei einem Anteilswert in Rheinland-Pfalz von 12,7% (74.479 absolut) an der gleichaltrigen Bevölkerung ist jedes achte Kind Empfänger von Sozialgeld. Insgesamt hat dieser Anteil in Rheinland-Pfalz 2006 im Vergleich zum Vorjahr 2005 um 12,5% zugenommen (Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIAJ) 2007, S. 3 und eigene Berechnungen).

Abb. 25: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender mit Kindern: Rheinland-Pfalz, Juni 2009

Kennzahlen
2.6 + 2.8

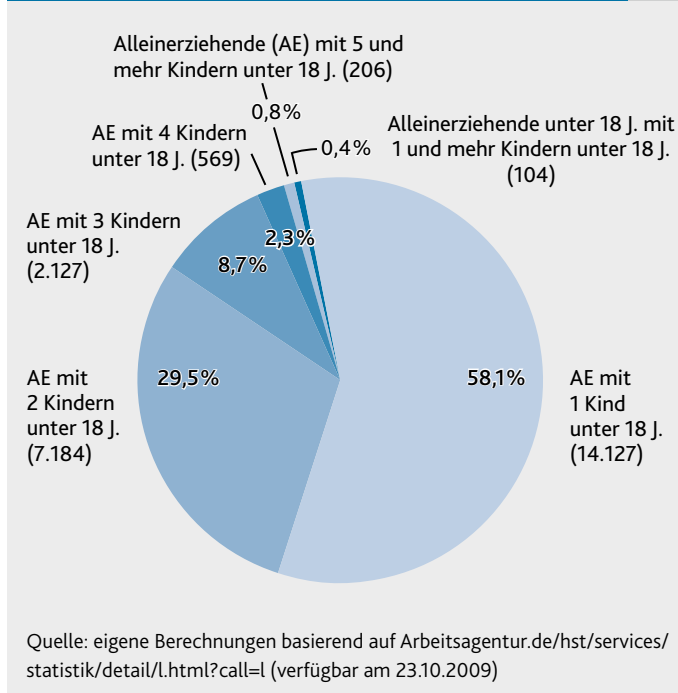
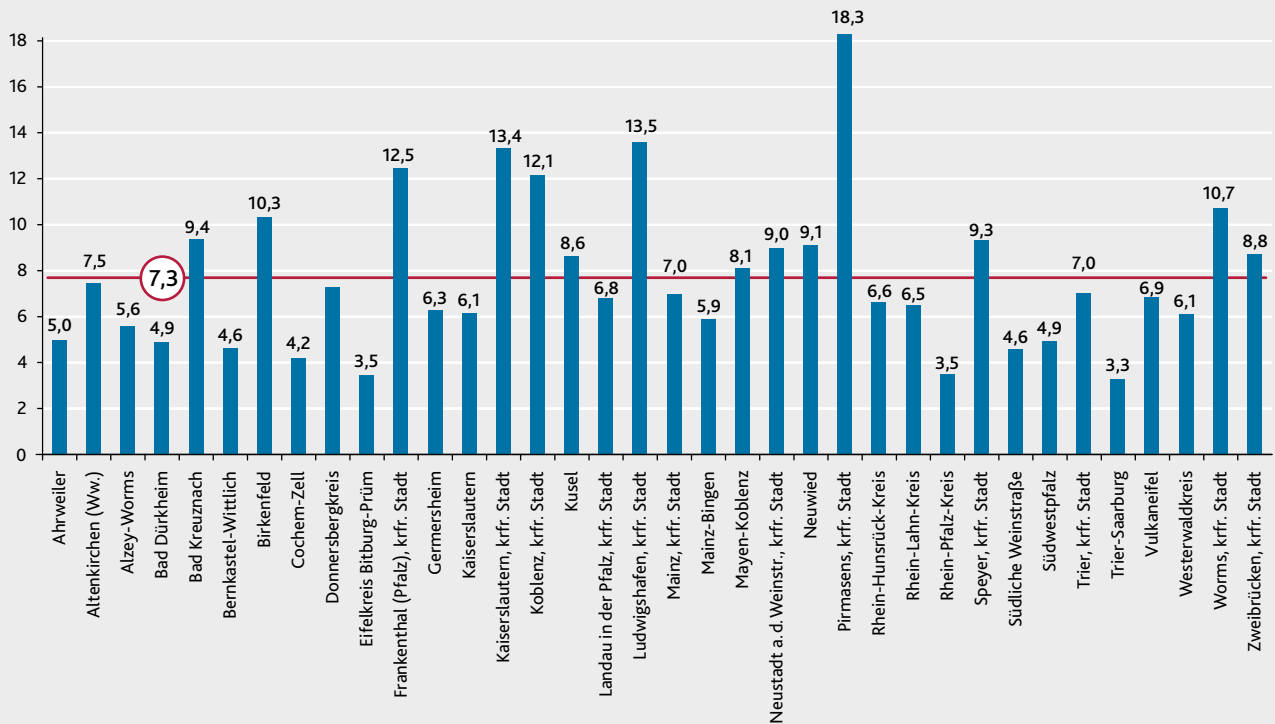


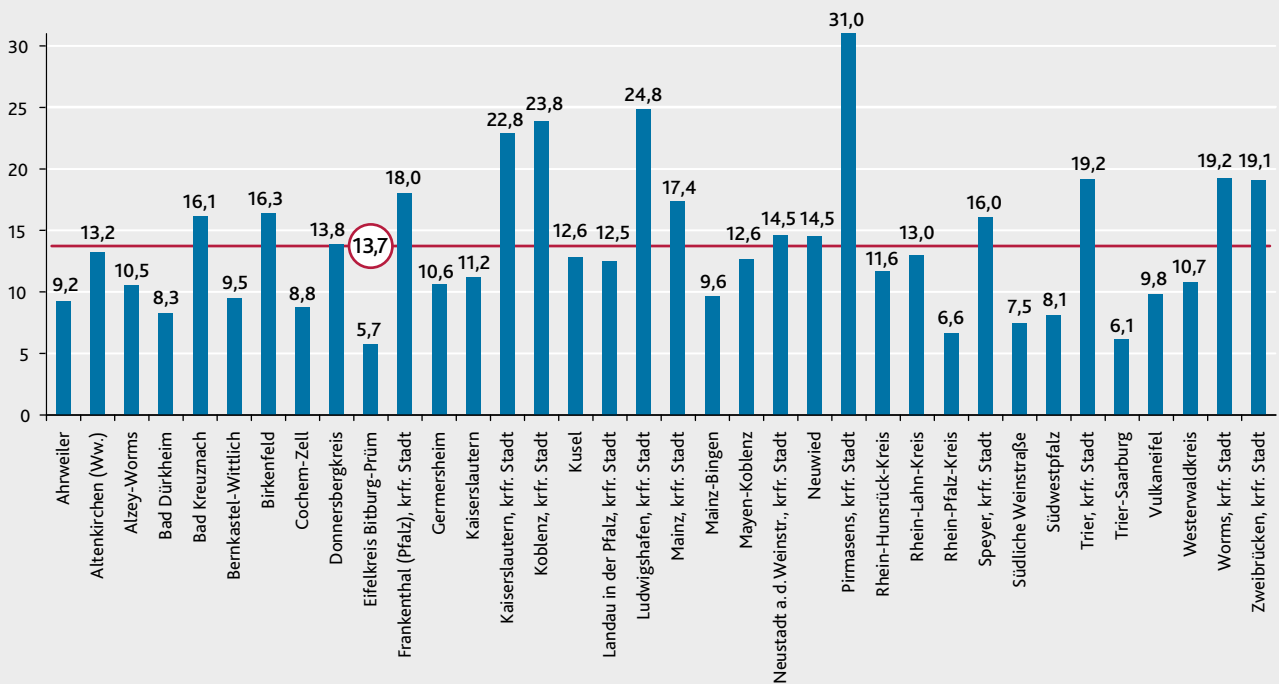
Abb. 26: Anteil der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen bis unter 25 Jahre nach SGB II in % bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter, Juli 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2009c, o. S. und eigene Berechnungen

Kennzahl
2.6

Abb. 27: Anteil der Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger unter 15 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in %, 2006



Quelle: eigene Berechnungen basierend auf: Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIAJ) 2007, S. 6

Mit Blick auf die Datenlage sind genauere Angaben nur für alle Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld für das Jahr 2009 verfügbar; hier sind jedoch insbesondere die unter 15-Jährigen bedeutsam, zu denen lediglich regional differenzierte Daten für das Jahr 2006 vorliegen. Es wird wiederum deutlich, wie stark der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger innerhalb von Rheinland-Pfalz variiert (siehe Abb. 27).

Während der Anteil der Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger unter 15 Jahren an allen Gleichaltrigen im Eifelkreis Bitburg-Prüm, in Trier-Saarburg und dem Rhein-Pfalz-Kreis bei 5,7 bzw. 6,1 und 6,6 % liegt, weist der rheinland-pfälzische Durchschnitt einen Anteil von knapp 14 % auf. Insbesondere die Städte Koblenz, Ludwigshafen, Kaiserlautern und Pirmasens liegen deutlich über dem Durchschnitt. Während in Pirmasens nahezu jeder dritte junge Mensch Empfänger von Sozialgeld ist, betrifft dies in den Regionen unterhalb des Durchschnitts, wie bspw. im Eifelkreis Bitburg-Prüm, nur knapp jeden Zwanzigsten.

2.3.5.2 Sozialhilfe und Grundsicherung (SGB XII)

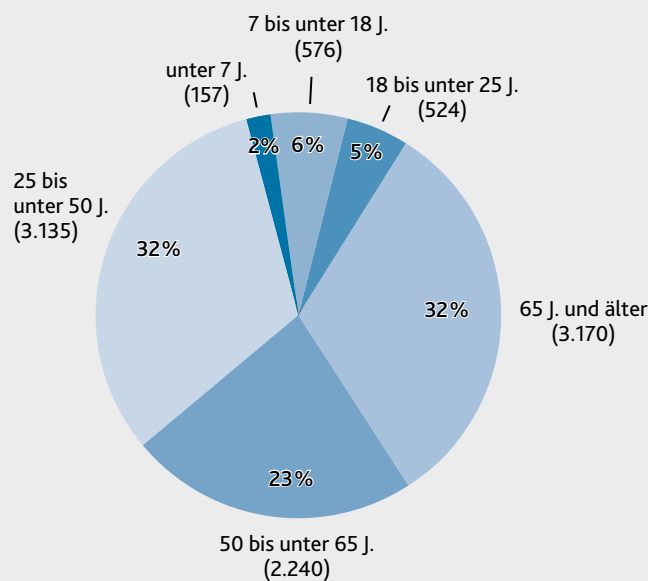
Während die Grundsicherung für Arbeitssuchende mit Angaben zum ALG II und zum Sozialgeld für grundsätzlich erwerbsfähige Hilfebedürftige und deren Angehörige bereits oben angeführt wurde, wird im Folgenden über Hilfen nach dem SGB XII für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige berichtet:

Hilfen zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)

Seit dem 1. Januar 2005 haben lediglich „Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern“ Anspruch auf Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU) (Statistisches Landesamt 2009ae, S. 5).

Der Lebensunterhalt „umfasst insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens“ (Statistisches Landesamt 2009ae, S. 6).

Abb. 28: Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt



Quelle: Statistisches Landesamt 2009ae, S. 8 und eigene Berechnungen

Die Anzahl junger Empfängerinnen und Empfänger sowie der Anteil junger Menschen an allen Empfängerinnen und Empfängern ist in dieser Hilfeart relativ gering (siehe Abb. 28).

Am 31.12.2007 erhielten insgesamt 9.802 Personen in Rheinland-Pfalz Hilfen zum Lebensunterhalt, wovon 12,8 % (1.257 absolut) unter 25 Jahre alt waren.

Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII

Ab dem Jahr 2005 wurden die Hilfen in besonderen Lebenslagen (HBL) in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) übergeleitet und werden nun in den folgenden fünf Kapiteln definiert:

- Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII)
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)
- Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. Kapitel SGB XII)
- Hilfen in anderen Lebenslagen (9. Kapitel SGB XII) (Statistisches Landesamt 2009s, S. 4).

Die 38.541 Leistungen, die nach den im 5. bis 9. Kapitel SGB XII geregelten Leistungsansprüchen gewährt werden, teilen sich prozentual zum Jahresende 2007 wie in Abb. 29 dargestellt auf.

Im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz sind insbesondere die Empfängerinnen und Empfänger dieser Leistungen unter 18 Jahren von Interesse. Mit einem Anteil von 11% an allen Empfängerinnen und Empfängern machen diese einen relativ kleinen Anteil aus (siehe Abb. 30).

Mit 94% aller Leistungen stellt die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen den größten Anteil, während die übrigen Hilfen mit Anteilen von 1 bis 3% eher gering ausfallen. Mit Blick auf das Geschlecht ist der Anteil der jungen Frauen in allen Hilfen deutlich geringer und bewegt sich zwischen 32% (8. + 9. Kapitel) und 45% (7. Kapitel; Statistisches Landesamt 2009s, S. 20 und eigene Berechnungen).

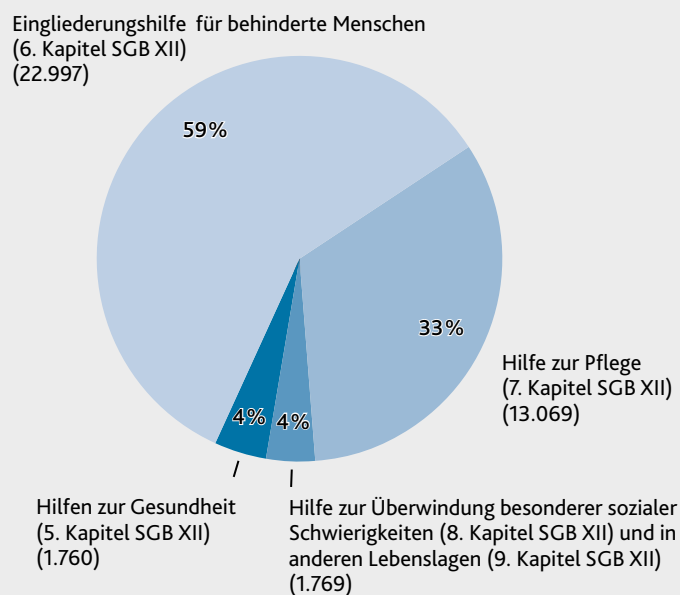
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrifft die niedrigste Anzahl von jungen Menschen. Ein Ziel der Grundsicherung ist es, „für Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und für volljährige dauerhaft erwerbsgeminderte Personen eine eigenständige soziale Leistung zu schaffen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicher stellt“ (Statistisches Landesamt 2009t, S. 3).

Bei den Empfängerinnen und Empfängern der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Stand 31.12.2007) waren 32.047 Personen als Empfängerinnen und Empfänger gemeldet. (siehe Abb. 31).

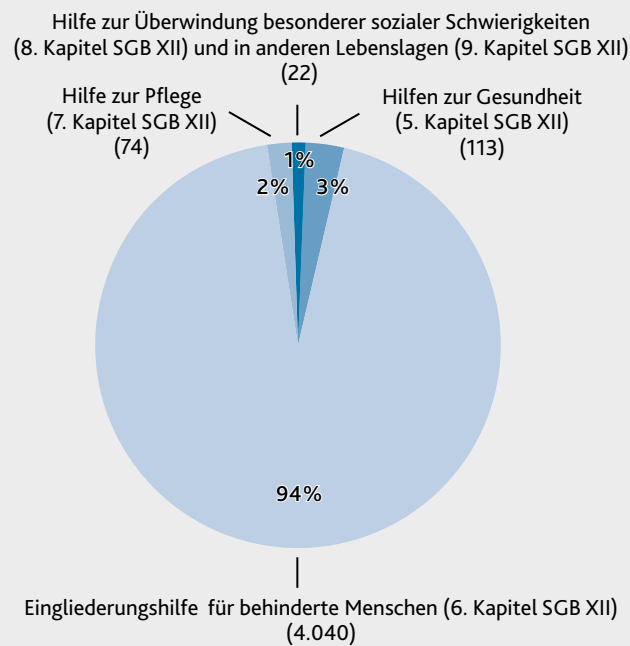
In wie vielen Fällen die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Rheinland-Pfalz mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt leben, kann derzeit nicht beantwortet werden. Einen Hinweis gibt lediglich die Differenzierung der Empfänge-

Abb. 29: Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII am Jahresende 2007 Rheinland-Pfalz



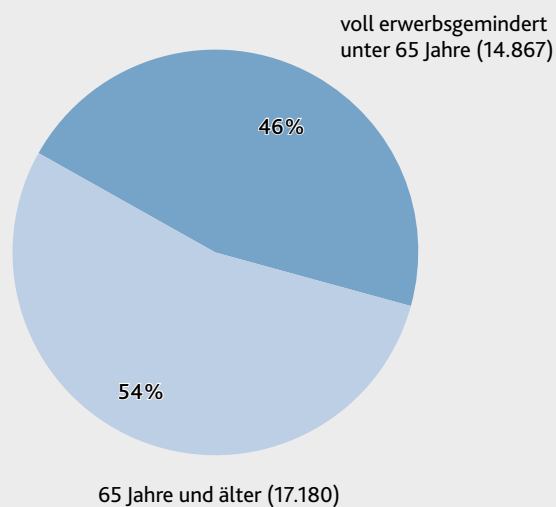
Quelle: Statistisches Landesamt 2009s, S. 5 und eigene Berechnungen

Abb. 30: Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII am Jahresende 2007 Rheinland-Pfalz – Empfänger/-innen unter 18 Jahren



Quelle: Statistisches Landesamt 2009s, S. 20 und eigene Berechnungen

Abb. 31: Empfänger/-innen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2007, Rheinland-Pfalz



Quelle: Statistisches Landesamt 2009t, S. 4 und eigene Berechnungen

rinnen und Empfänger nach Art des Einkommens: 1.066 Empfängerinnen und Empfänger sind in Bezug auf „öffentlichrechtliche Leistungen für Kinder“ angeführt (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2009t, S. 24). Dies ist ein Anteil von 3,3 % an allen Empfängerinnen und Empfängern (32.047). Nicht berücksichtigt ist hier allerdings die Anzahl der Kinder pro Empfänger/-in.

2.3.5.3 Ausgaben für Sozialhilfe und Grundsicherung

Die Angaben zu Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe und Grundsicherung beziehen sich auf die Leistungen der Kapitel 3 und 4 SGB XII sowie der Kapitel 5 bis 9 SGB XII (siehe Abb. 32).

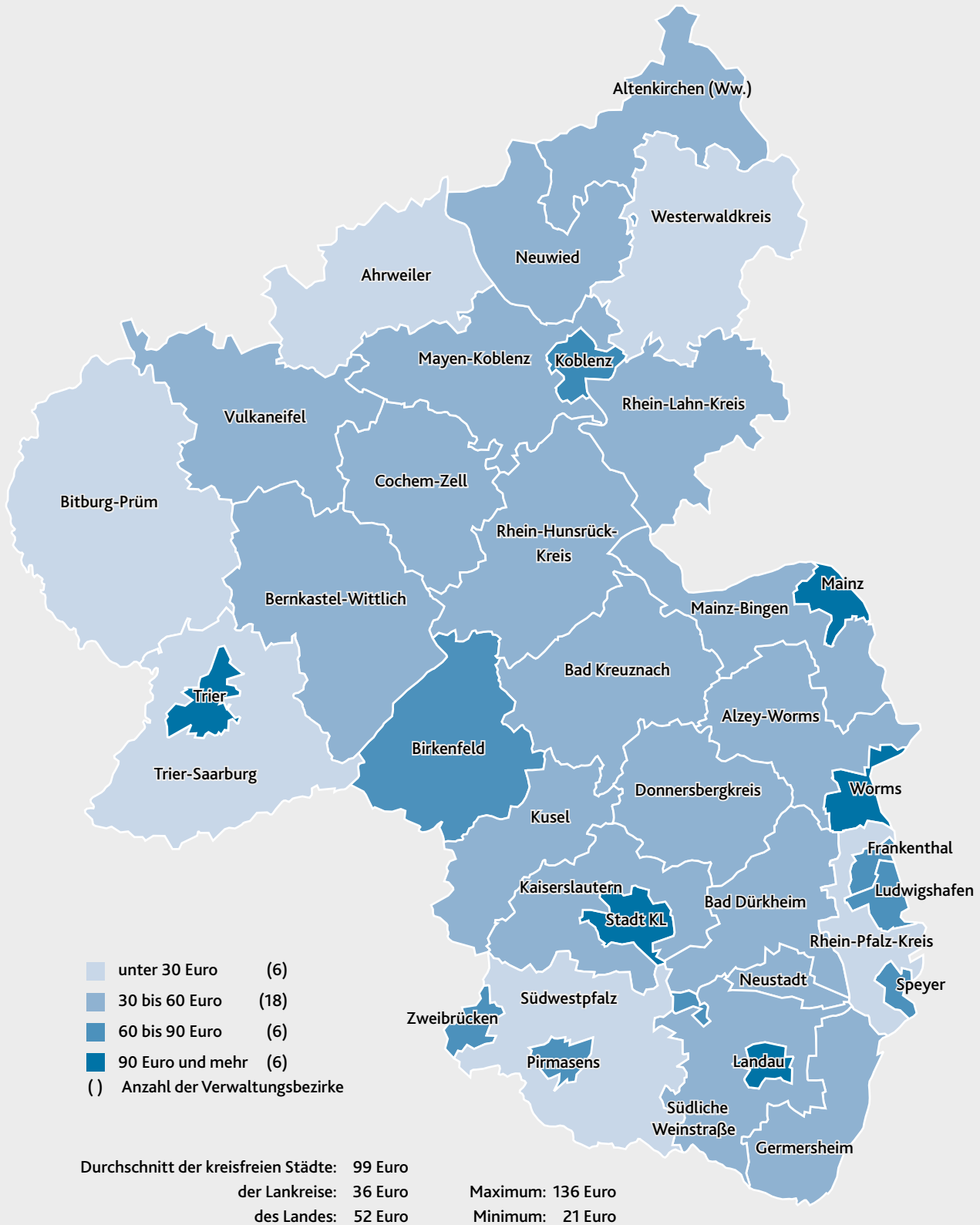
Die Bruttoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe weisen mit einer Spanne von 21 bis 136 Euro je Einwohner erhebliche regionale Unterschiede auf. Deutlich höhere Bruttoausgaben ergeben sich für die kreisfreien Städte bei einem Durchschnitt von 99 Euro gegenüber durchschnittlich 36 Euro in den Landkreisen.

Von 1.031.590.000 Euro, die insgesamt von örtlichen und dem überörtlichen Träger ausgegeben werden, werden 814.051.000 Euro (79 %) für Leistungen in Einrichtungen verwendet. Unterschieden nach Hilfearten machen die Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII den größten Anteil der Ausgaben aus (Statistisches Landesamt 2008t, S. 5).

2.3.5.4 Wohngeld

„Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung“ (Statistisches Bundesamt 2008g, S. 27).

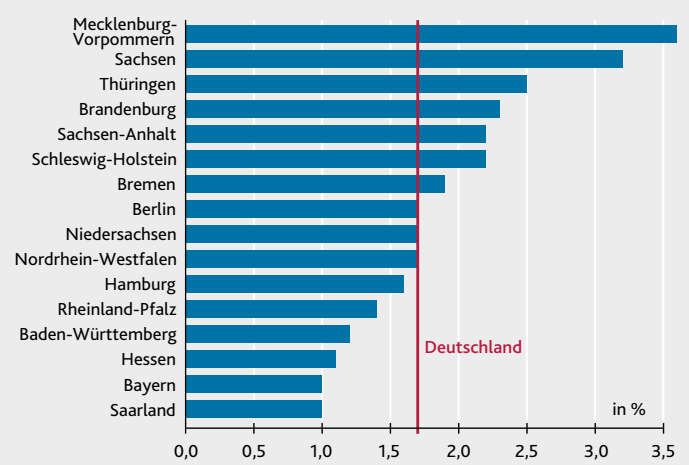
Abb. 32: Bruttoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe je Einwohner 2007



Seit 2005 sind u. a. die o. a. Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (insbesondere Arbeitslosengeld II und Sozialgeld), Leistungen der Hilfen zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz grundsätzlich ausgeschlossen. „Sie erhalten die Kosten der Unterkunft im Rahmen der o.g. Transferleistungen“ (Statistisches Landesamt 2008r, S. 4; siehe Abb. 33).

Die Anzahl der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger gibt Auskunft darüber, inwieweit weniger materielle Ressourcen innerhalb der Haushalte zur Verfügung stehen. Rheinland-Pfalz liegt also deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 % Wohngeldempfängerhaushalten an den Privathaushalten insgesamt (Statistisches Bundesamt 2008g, S. 27). Abb. 34 zeigt die Spannweite dieser Anteilswerte für die Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz. Während der Anteil der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger insgesamt an den Haushalten in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 0,6 % beträgt, liegen

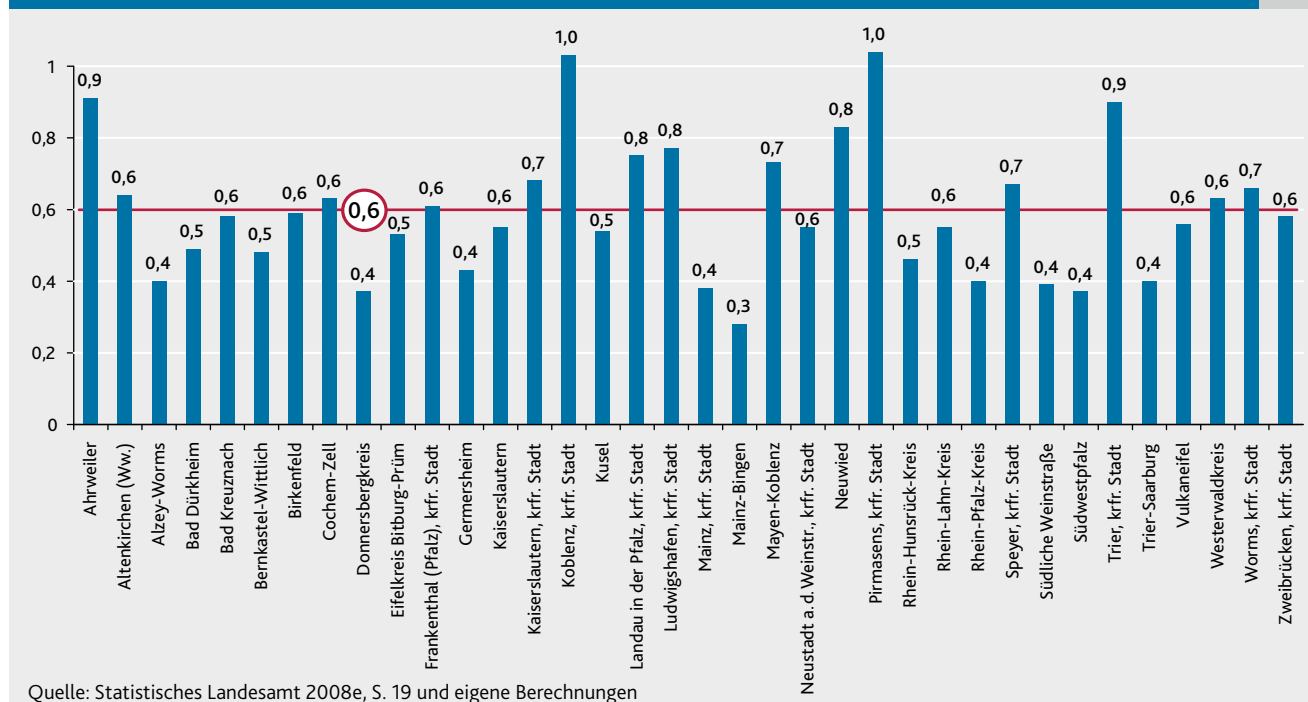
Abb. 33: Wohngeldempfängerhaushalte 2006
Anteil an den Privathaushalten in %



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008g, S. 27

die Städte Pirmasens und Koblenz (1%) sowie die Landkreise Ahrweiler und Südwestpfalz (0,9%) deutlich über dem Durchschnitt. Mainz und Mainz-Bingen zeigen mit 0,4 bzw. 0,3% deutlich unterdurchschnittliche Werte (-36% bzw. -53%). Vergleichbares gilt für den Donnersbergkreis.

Abb. 34: Anteil der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger am 31.12.2007
an der Gesamtbevölkerung in %



Quelle: Statistisches Landesamt 2008e, S. 19 und eigene Berechnungen

Kennzahl
2.5

2.4 Armut und Armutsgefährdung sind von zentraler Bedeutung für das Aufwachsen von jungen Menschen

„Kaum ein Faktor der aktuellen Lebenssituation bestimmt so sehr die Zukunftschancen eines jungen Menschen wie die materielle Lage seiner Familie, so die übereinstimmenden Befunde vieler Studien und Regierungsberichte“ (LSJV 2009b, S. 5). Neben der materiellen Dimension – Einkommensarmut – ist der Einfluss von Armut auf weitere Dimensionen der Lebensgestaltung wie Bildung, Gesundheit und die Einbindung in soziale Netzwerke von zentraler Bedeutung.

Diese beiden Aspekte sollen hier schwerpunktmäßig betrachtet werden. Im Unterschied zu den vorangegangenen Kapiteln sind dabei nicht nur die Verfügbarkeit der Daten, sondern vielmehr die Kriterien für die Erhebung von Daten über Armut und Armutsgefährdung relevant. Denn je nach Vorannahme und Definition variiert die Quote der von Armut betroffenen bzw. armutsgefährdeten jungen Menschen erheblich.

Im Rahmen dieses Berichts ist es nicht möglich, alle bereits veröffentlichten Berichte und Studien auszuwerten, die sich mit Armut und Kinderarmut im engeren Sinne beschäftigen. Berücksichtigt wurden hier neben dem Diskussionspapier des Landesjugendhilfeausschusses „Armut raubt jungen Menschen die Zukunft“ (LSJV 2009b) insbesondere der dritte Armutsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008) und der dritte Armuts- und Reichtumsbericht Rheinland-Pfalz (MASFG 2004b). Gegenwärtig befindet sich zudem ein vierter Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Rheinland-Pfalz in Vorbereitung.

Mit Blick auf Daten und Fakten in Rheinland-Pfalz zeigt sich, dass „15 % aller Kinder unter 18 Jahren bei Eltern [leben], die monatlich in einem 4-Personenhaushalt über weniger als 1.160 Euro verfügen“ und somit über lediglich 7 Euro am Tag für „Nahrung, Kleidung, Schulmaterial und Freizeit“ (LSJV 2009b, S. 5).

Armutsgefährdung junger Menschen – gemessen am Sozialleistungsbezug

Um die Armut von Kindern und Jugendlichen statistisch erfassen zu können, werden neben den Statistiken zum Sozialhilfebezug auch die Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) verwendet. Außerdem sagen die Daten zum Bezug von Sozialleistungen nach dem SGB XII etwas über Armut aus; auch die Wohngeldbezieherinnen und -bezieher befinden sich in einer prekären Lebenslage. Die einzelnen Statistiken können freilich nicht zu einer Gesamtsumme addiert werden, weil Mehrfacherfassungen möglich sind. Als Armutsgefährdung wird eine Lebenslage verstanden, in der das Einkommen nicht das soziokulturelle Existenzminimum überschreitet. Der Ausdruck „Armutsgefährdung“ ist daher eine methodisch vorsichtige Ausdrucksweise in Zusammenhängen, in denen auch von Armut gesprochen werden könnte.

Tabelle 3: Sozialleistungen in Rheinland-Pfalz

	Rheinland-Pfalz absolut	Anteilswert an gleichaltriger Bevölkerung	Min (sofern regional differenziert)	Max (sofern regional differenziert)
Grundsicherung für Arbeitssuchende; Bedarfgemeinschaften mit Kindern	40.991	–	–	–
ALG II: unter 25-Jährige	35.004	7,7 %	3,3 %	18,3 %
Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger unter 15 Jahren	74.479	13,7 %	5,7 %	31 %
3. Kapitel SGB XII: Empfängerinnen und Empfänger unter 18 Jahren	1.257	0,1 %	–	–
5. bis 9. Kapitel SGB XII: Empfängerinnen und Empfänger unter 18 Jahren	4.249	0,6 %	–	–
4. Kapitel SGB XII (Näherungswert): Empfängerinnen und Empfänger mit „öffentlichrechtlichen Leistungen für Kinder“	1.066	–	–	–
Wohngeldempfängerinnen und -empfänger insgesamt	23.472	0,6 %	0,3 %	1,0 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung

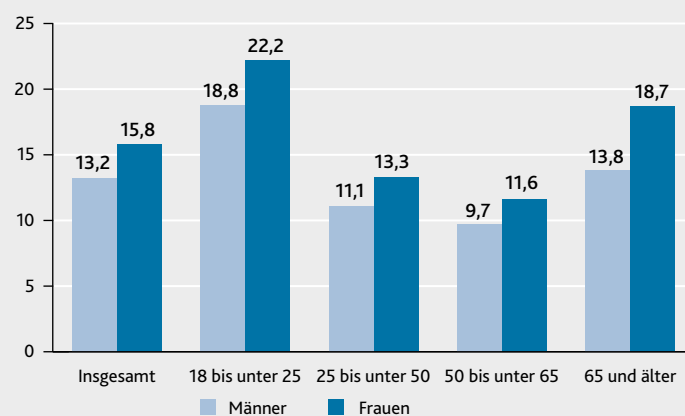
Armutsgefährdungsquoten in Rheinland-Pfalz und Deutschland

Mehr als eine halbe Million Menschen in Rheinland-Pfalz gelten als armutsgefährdet. Rheinland-Pfalz hat nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Hinblick auf die Bundesländer die sechstniedrigste Armutsgefährdungsquote, die aber immer noch bei 14,5 % liegt (im Bundesdurchschnitt 14,4 %); betrachtet man nur die westdeutschen Bundesländer liegt die Armutsgefährdungsquote bei 13,1 % (Statistisches Landesamt 2009aj). Die Auswertungen des Statistischen Landesamtes verdeutlichen, dass besonders erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren hohen Armutsrisiken ausgesetzt sind (Armutsgefährdungsquoten von 53,1 % bzw. 44,2 %).

Nach den statistischen Erhebungen für das Jahr 2007 waren „knapp 30.000 Alleinerziehende und deren Kinder sowie mehr als 56.000 Erwerbslose armutsgefährdet“ (Statistisches Landesamt 2009aj; siehe Abb. 35).

Frauen in Rheinland-Pfalz sind stärker von Armut betroffen als Männer: Sie weisen eine Armutsgefährdungsquote von 15,8 % auf, während sich für die männlichen Personen ein Wert von 13,2 % zeigt. Mit Blick auf die einzelnen Altersgruppen verdeutlicht die Statistik, dass besonders die Gruppen der 18- bis unter 25-Jährigen und der über 65-Jährigen hohe Unterschiede bei den Gefährdungsquoten zwischen den Geschlechtern aufweisen.

Abb. 35: Armutsgefährdungsquoten in %, gemessen am Bundesmedian, Rheinland-Pfalz 2008



Quelle: Statistisches Landesamt 2009aj

Auch zu anderen gefährdeten Personengruppen macht das Statistische Landesamt Angaben: „Besonders deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den Armutsgefährdungsquoten der Hoch- und der Geringqualifizierten. Während unter den Hochqualifizierten nur jede(r) 25. armutsgefährdet war (3,9 %), traf dies bei den Geringqualifizierten auf gut jede Dritte/jeden Dritten (35 %) zu“ (Statistisches Landesamt 2009aj). Weiterhin werden Menschen mit Migrationshintergrund (29,9 %) sowie Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (34,4 %) benannt (ebd.).

Die Spannweite der Armutsquoten zwischen den Planungsregionen des Landes – hier allerdings für das Jahr 2007 –, für die nach dem Mikrozensus aussagekräftige Berechnungen möglich sind, „reicht von 11,5 Prozent in der Planungsregion Rheinpfalz bis 15,2 Prozent in der Region Rheinhessen-Nahe“ (Statistisches Landesamt 2009x).

Zur weiteren Differenzierung der Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund werden im Folgenden **bundesweite Daten** verwendet, da entsprechende Angaben für Rheinland-Pfalz nicht vorliegen.

Abb. 36: Armutsgefährdungsquoten in den Planungsregionen, 2007

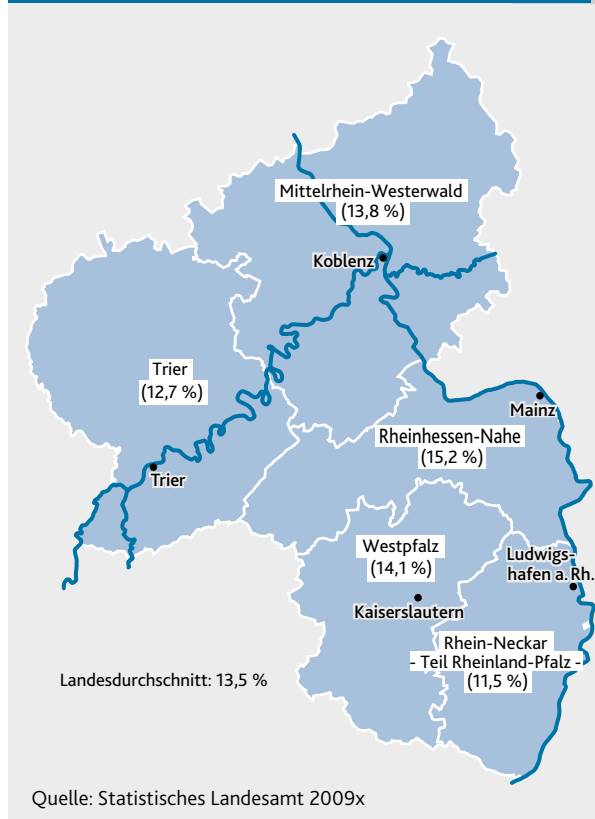
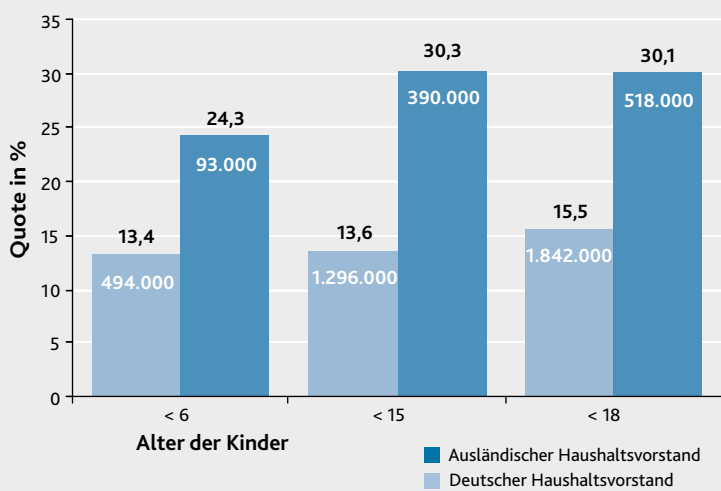


Abb. 37: Armutsrisikoquoten nach Herkunft des Haushaltsvorstandes, 2006



Die Armutsrisikoquoten unterscheiden sich deutlich zwischen deutschen und ausländischen Familien. Am auffälligsten sind die Quoten für die Gruppe der Kinder im Alter von unter 15 Jahren.

Mit einer Quote von 30,3 % ist fast jedes dritte Kind von Armut betroffen, das in einem Haushalt lebt, dessen Haushaltsvorstand nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat (siehe Abb. 37).

In seiner Stellungnahme zur Kinderarmut macht das Bundesjugendkuratorium darauf aufmerksam, dass in den Migrantenhaushalten die Armut zwischen 1998 und 2006 stark gestiegen ist und 2006 die Quote mit 34 % fast doppelt so hoch ist wie die Gesamtrisikquote. Die Ursachen für diese starke Benachteiligung werden auf Arbeitsmarktrisiken, niedriges Ausbildungsniveau, Diskriminierung und fehlende Ressourcen in sozialen Netzwerken zurückgeführt (Bundesjugendkuratorium 2009, S. 9f.).

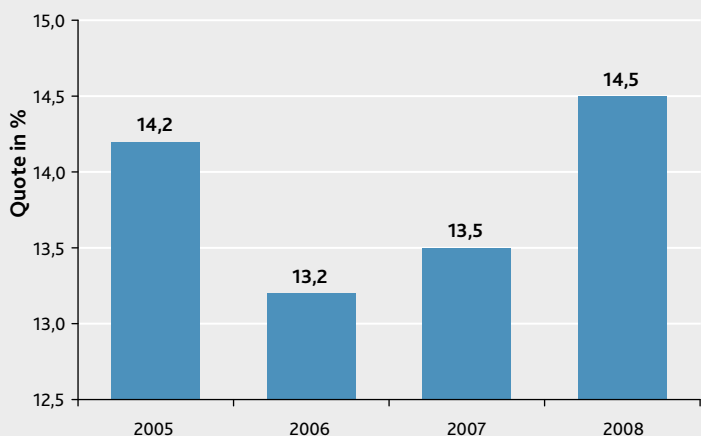
Entwicklung von Einkommensungleichheit und Armut

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2005 bis 2006 tendenziell rückläufig entwickelte, sich im Jahr 2007 kaum veränderte und 2008 wieder anstieg (siehe Abb. 38).

Nach den Auswertungen der Statistischen Ämter sank die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz um einen Prozentpunkt von 14,2 % in 2005 auf 13,2 % in 2006 und stieg dann um 0,3 Prozentpunkte minimal auf 13,5 % in 2007 an. Für das Jahr 2008 ergab sich – gegenüber dem vorangegangenen Jahr – eine Erhöhung der Armutsrisikoquote um einen Prozentpunkt auf 14,5 %. Die durchschnittliche Armutsrisikoquote des Jahres 2008 liegt damit wieder nahe bei der aus dem Jahr 2005.

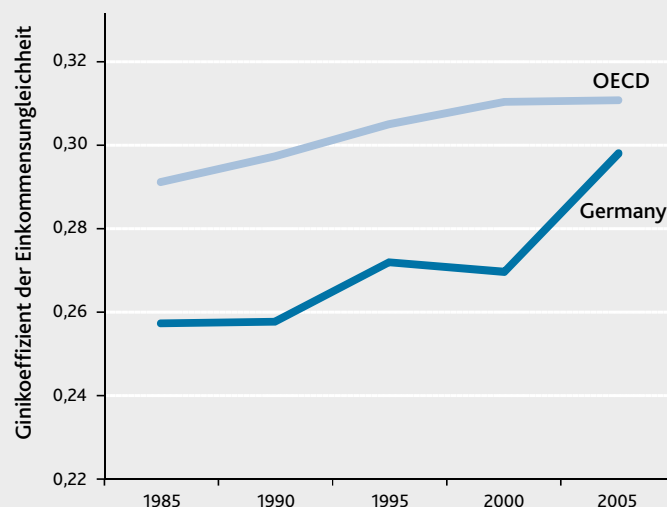
Mit Blick auf bundesweite Daten im internationalen Vergleich kann die langfristige Entwicklung von Einkommensungleichheit dargestellt werden: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land. Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 übertraf jenen in den gesamten vorherigen 15 Jahren (1985 bis 2000).“²⁴

Abb. 38: Entwicklung der Armutsrisikoquoten in Rheinland-Pfalz (Bundesmedian)



Quelle: Statistisches Landesamt 2009aj

Abb. 39: Entwicklung der Einkommensungleichheit



Quelle: <http://www.oecd.org>

Dauerhafte Armut (Langzeitarmut von drei oder mehr Jahren) tritt in Deutschland mit 2 bis 3 % hingegen seltener auf als im Durchschnitt der OECD-Länder.³⁰ Allerdings zeigt sich mit Blick auf die Kinderarmutsraten, dass Deutschland sich „derzeit im Bereich der unteren Mitte der OECD-Länder“ bewegt und mit 16 % ähnlich hohe Kinderarmutsraten aufweist „wie Kanada (15 %), Neuseeland (15 %), Italien (16 %), Irland (16 %), Portugal (17 %) und Spanien (17 %) – also Länder, die nicht für umfassende wohlfahrtsstaatliche Leistungen, vor allem nicht für Kinder bekannt sind“ (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 13). Die Kinderarmut ist also in Deutschland hoch und betrifft jedes fünfte Kind (siehe Abb. 39).

Dabei fällt die Zunahme der Armutsrisiken besonders drastisch (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 10) für die Bevölkerungsgruppe der Kinder unter 15 Jahren aus. Hier zeigt sich ein Anstieg um zwei Drittel von 2000 nach 2006; 26,3 % der Kinder unter 15 Jahren leben unterhalb der Armutsrisikoschwelle (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 10).

²⁹ Quelle: <http://www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf>, S. 1.

³⁰ Ebd.

Diese Altersgruppe ist zugleich auch stärker von dauerhafter³¹ relativer Armut betroffen. „2005 und 2006 waren es etwa zwei Drittel (67 %) aller in relativer Einkommensarmut lebenden Kinder“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung u. a. 2007, S. 104).

Zu niedrigeren Armutsquoten kommen die Statistischen Ämter. Die amtliche Statistik weist für Kinder von 0 bis 15 Jahren im Jahr 2005 eine Armutsrisikoquote von 12 % aus. „Unter Bezugnahme auf staatliche Transferleistungen wird davon ausgegangen, dass die Armutsrisikoquote von Kindern um fast zwei Drittel von 34 % auf 12 % durch

³¹ Mindestens in zwei von drei Vorjahren unterhalb der Armutsrisikoschwelle (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung u. a. 2007, S. 104).

die Inanspruchnahme dieser Leistungen gesenkt wird“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008, S. 101). Die Bundesregierung beschreibt im dritten Armuts- und Reichtumsbericht die Lage von Familien darüber hinaus wie folgt: „Die große Mehrzahl der Familien bewältigt ihr Leben und lebt in sicheren materiellen Verhältnissen. Allerdings sind Kinder vor allem dann von einem Armutsrisiko betroffen, wenn sie in Alleinerziehenden-Haushalten, in Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung oder mit mehreren Kindern aufwachsen“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008, S. 101). Mit dieser Charakterisierung verschiebt sich die Ursachenbeschreibung weg von der Einkommens- und Arbeitsverteilung hin zu Familienmerkmalen.

Zur Datenlage

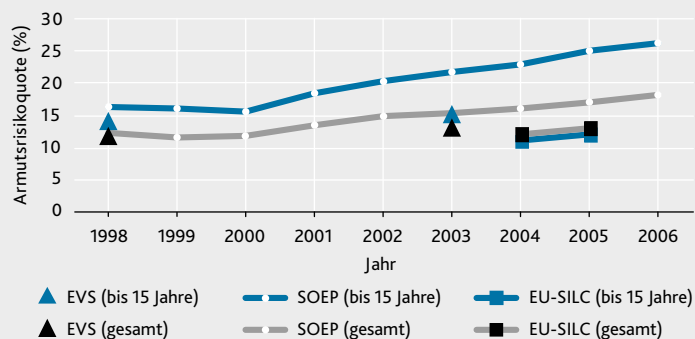
Für die Erfassung und Abbildung relativer Armut werden verlässliche Daten meist unter Bezugnahme auf die Sozialhilfeleistungen³² ausgewertet. Allerdings werden hier statistisch diejenigen nicht erfasst, die diese Hilfen nicht in Anspruch nehmen, aber berechtigt wären („verschämte Armut“). Mit relativer Armut wird „ein Maß sozialer Ungleichheit definiert, wobei ab einem bestimmten Grad an Abweichung vom gesamtgesellschaftlichen Durchschnittseinkommen eine Armutslage vorliegt“ (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 8).

Je nach Definition, Erfassungsmethode und Stichprobe ergeben sich verschiedene Armutsrisikoquoten. Die relative Armutsbetroffenheit wird in Deutschland „in erster Linie anhand von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

³² Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

(EVS), des Sozioökonomischen Panels (SOEP) und erstmalig seit 2005 auch anhand von Daten des European Survey on Income and Living Conditions (EU-SILC) ermittelt“ (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 10). Wie deutlich sich diese Daten voneinander unterscheiden, zeigt Abb. 40.

Abb. 40: Armutsrisikoquoten nach Datenquellen



Quelle: Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 12

Im Vergleich zur amtlichen Statistik des Mikrozensus zeigt sich, „dass das SOEP die Bevölkerungsstruktur in Deutschland deutlich realistischer abbildet als der EU-SILC“ (Bundesjugendkuratorium 2009, S. 8). Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, dass diejenigen Bevölkerungsgruppen, die stark von Armut betroffen sind, in der Stichprobe von EU-SILC unterrepräsentiert sind. Die Bevölkerungsgruppen, die vergleichsweise geringer gefährdet sind, wie Erwerbstätige mit höherer Schulbildung, sind dagegen überrepräsentiert. „Obwohl keineswegs frei von Schwachstellen, zeichnen die Daten des SOEP am ehesten ein realistisches Bild der Situation der Kinderarmut in Deutschland“ (Deutsches Jugendinstitut 2009, S. 13).

Immaterielle Aspekte von Armut

In der Landtagsdrucksache „Familien in Rheinland-Pfalz“ wird deutlich, dass sich die Landesregierung für Leistungsverbesserungen bei der Ausgestaltung von Transferleistungen einsetzt, die betroffenen Kinder und Jugendlichen gezielt zugutekommen sollen (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 37). „Um die negativen Folgen der Armut erfolgreich zu reduzieren, ist aus Sicht der Landesregierung eine präventive und kindzentrierte Vorgehensweise erforderlich. Die Landesregierung setzt ihre Schwerpunkte dabei vor allem auf die Förderung der Familien, die Förderung der Kindergesundheit und die Beseitigung von Bildungsbenachteiligung, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 37).

Will man Armut nicht nur in einer materiellen Dimension bestimmen, sind vier zentrale Lebenslagenbereiche der Kinder zu berücksichtigen:

- „die finanzielle und materielle Versorgung (Geldmangel!),
- die Situation im sozialen Bereich (zum Beispiel soziale Kontakte und Kompetenzen),
- die Versorgung im Bereich der Bildung und
- die gesundheitliche Situation von armen Kindern“ (MASFG 2004d, S. 70).

Deshalb werden im Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ Angebote, Maßnahmen und Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien beschrieben, die besonders die Lebenslage armer Kinder verbessern sollen. Es handelt sich dabei um den Ausbau der Kinderbetreuung, die gezielte Ausweitung der Präventiven Jugendhilfe (z. B. Schulsozialarbeit), Projekte der ökonomischen Bildung für Jugendliche oder der Elternbildung und -beratung.

Mit Blick auf das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ sind hier insbesondere folgende Angebote, Maßnahmen und Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien zu nennen:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern entgegenkommen,
- Kinder in benachteiligten Wohngebieten und Familien in benachteiligten Lebenslagen fördern,
- Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags unterstützen – gewaltfreie Erziehung fördern.³³

In Kapitel 3 dieses Berichts werden solche Aufgaben und Themenfelder – Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Schule sowie Partizipation und Engagement – ausführlicher dargestellt. Die materielle Lage der Familie als Faktor, der wie kaum ein anderer die aktuelle Lebenssituation und die Zukunftschancen junger Menschen bestimmt, ist somit auch eine Folie, auf der die Analysen und Befunde des folgenden Kapitels eingeordnet werden können. Die Leitfrage lautet demnach: Können öffentliche Leistungen und Angebote für Kinder und Jugendliche die Folgen und Beeinträchtigungen von Armut ausgleichen helfen und so den verhängnisvollen Kreislauf „vererbter Armut“ durchbrechen?

³³ Vgl. dazu ausführlich www.kinderrechte.rlp.de.

3. ANGEBOTE, LEISTUNGEN UND AUFGABEN IN ÖFFENTLICHER VERANTWORTUNG FÜR DAS AUFWACHSEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN RHEINLAND-PFALZ

Das folgende Kapitel ist aufgegliedert in die vier Bereiche Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Schule sowie Partizipation und Engagement.

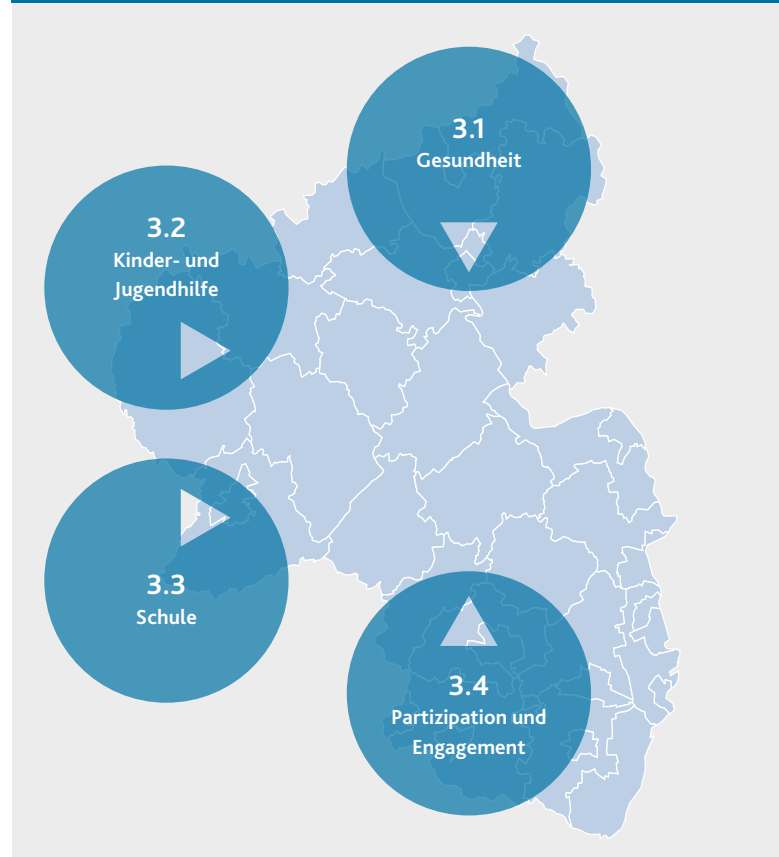
Im Rahmen des „ersten Blicks“ sollen hier wesentliche Daten und Fakten zu Angeboten, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung dargestellt und erläutert werden. Wie einleitend zum ersten Blick formuliert, entspricht die Gliederung nach den vier Themenfeldern einem institutionellen Blick auf die Bereiche öffentlicher Verantwortung und ist einer übersichtlicheren Gestaltung dieses umfangreichen Kapitels geschuldet.

Zu bedenken ist jedoch, dass die einzelnen Themenbereiche immer auch Aspekte der anderen Bereiche enthalten, die hier nach Kapiteln getrennt dargestellt werden.

3.1 Gesundheit

Der erste umfassende Themenbereich zum „ersten Blick“ auf Lebenssituationen von und Angebote für junge Menschen widmet sich der gesundheitlichen Situation von Kindern und jungen Menschen in Rheinland-Pfalz sowie den Themen Prävention und Gesundheitsförderung.

Abb. 41: Vier Themenfelder öffentlicher Verantwortung



Zunächst wird auf Aktualität und Bedeutung des Themas Gesundheit und Gesundheitsförderung eingegangen. Es folgt ein Überblick über die derzeitige Datenlage und die jüngeren Veröffentlichungen, insbesondere mit Bezugnahme auf den 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundes-

regierung. Anschließend wird das dort vertretene Verständnis von Gesundheit und Gesundheitsförderung, an dem sich auch der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz orientiert, dargelegt. Inhaltlich wird es im Weiteren weniger darum gehen, die Gesundheitssituation der rheinland-pfälzischen Kinder und Jugendlichen in den verschiedenen Altersstufen in ihrer Gesamtheit abzubilden, sondern vielmehr den Blick auf ausgewählte Themen in öffentlicher Verantwortung im Gesundheitsbereich zu lenken. Hierbei werden abschließend auch die Schnittstellen Armut, Bildung und Migration eine Rolle spielen.

3.1.1 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Interesse

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen rückt zunehmend in das öffentliche Interesse.

Mit der Studie des Robert-Koch-Institutes zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (KiGGS) „aus den Jahren 2003 bis 2006 ist die erste bundesweit repräsentative Studie zum Gesundheitszustand, zum Gesundheitsverhalten und zur Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ erschienen.³⁴ Die Daten der Studie „waren Ausgangspunkt für die Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit und Grundlage weiterer Expertenberichte, wie z. B. des aktuellen Gutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen und des 13. Kinder- und Jugendberichtes“.³⁵

Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hat die gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt gestellt. Nach den Entwicklungen der letzten Jahre hat es sich durchgesetzt, Gesundheit nun nicht mehr als die Abwesenheit von Krankheit zu erfassen und statistisch abzubilden, sondern

³⁴ http://www.bmg.bund.de/nm_1168254/SharedDocs/Standardartikel/DE/AZ/K/Glossar-Kindergesundheit/KiGGS-Studie-Fortsetzung.html

³⁵ Ebd.

Gesundheit vielmehr zu verstehen als „ein positives Konzept und Gesundheitsförderung im Sinne einer Ermöglichung von Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit als körperliches, seelisches und soziales Wohlergehen“ (BMFSFJ 2009c, S. 78). Dieses Verständnis von Gesundheit wurde durch die WHO schon 1946 definiert.

Der erste Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz wird die gesundheitliche Situation und Versorgung detaillierter betrachten und schließt sich dem o. g. positiven Konzept und Verständnis von Gesundheit und deren Förderung an, auch wenn die aktuelle Datenlage kaum Auskünfte von Kindern und Jugendlichen zu ihrem subjektiven Gesundheitsempfinden, ihrem körperlichen, seelischen und sozialen Wohlergehen beinhaltet. Denn: „Die Frage ‚Wie gesund sind unsere Kinder?‘ ist dabei nicht so leicht zu beantworten. Deshalb wird Gesundheit in der Regel über die Abwesenheit von Krankheit und Tod beschrieben“ (MASFG 2004c, S. 44) bzw. auf der vorliegenden Datenbasis abgebildet.

Die Indikatoren zu Erkrankungen, Krankheiten sowie der gesundheitlichen Versorgung sind jedoch sehr umfangreich im Internetangebot des Statistischen Landesamtes zusammengestellt und aufbereitet.³⁶ Hierbei stellt das Statistische Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz ausgewählte Basisdaten zur Verfügung. Diese sind zugleich ein wesentlicher Baustein der Gesundheitsberichterstattung des Ministeriums.

Über das Internetangebot sind vielfältige Informationen frei zugänglich. Diese sind sortiert nach elf Themenfeldern, wovon sich derzeit noch vier im Aufbau befinden.³⁷ Sie beziehen sich einerseits

³⁶ <http://www.infothek.statistik.rlp.de/lis/gbe/>

³⁷ „Das vorliegende Datenangebot orientiert sich, wie auch entsprechende Veröffentlichungen anderer Bundesländer, an dem von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) im Jahr 2003 verabschiedeten Indikatorensatz. Dies stellt die Vergleichbarkeit der rheinland-pfälzischen Basisdaten mit denen anderer Bundesländer sicher“ (<http://www.infothek.statistik.rlp.de/lis/gbe/>).

u. a. auf gesundheitsrelevante Verhaltensweisen – mit denen sich einem positiven Konzept von Gesundheit angenähert wird – sowie Risiken durch die Umwelt und andererseits auf die Kosten, Ausgaben und Finanzierung des Gesundheitswesens. Die vorgehaltenen Daten werden stets aktualisiert und weiter ausgebaut. So werden voraussichtlich auch die Daten der Schuleingangsuntersuchungen – beispielsweise zu Impfstatus und BMI der Kinder – Anfang des Jahres 2010 veröffentlicht.

Hierzu sei jedoch auf das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz verwiesen. Bereits zu den Schuleingangsuntersuchungen 2006 führte die Universität Trier im Auftrag des Ministeriums eine Erhebung durch. Diese bildete – erstmals regional differenziert – den Gesundheitsstatus der Kinder anhand der Schuleingangsuntersuchungen in Rheinland-Pfalz ab und ist auch für dieses Kapitel wesentlicher Bezugspunkt (MASGFF 2008a).

Im Oktober 2004 erschien ebenfalls eine umfassende Zusammenstellung der Informationen und Daten zum Thema „Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz“ (MASFG 2004c) sowie im September 2005 der Beschluss der Jugendministerkonferenz „Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (MASFG 2005b). Wie dieser kurze Abriss zeigt, befindet sich die Gesundheitsberichterstattung im stetigen Ausbau.

Darüber hinaus sind auch Sonderberichte mit bestimmten Schwerpunktthemen – bspw. im Bericht über die Schuleingangsuntersuchungen 2006 zum Thema Zahngesundheit – sowie die Aufbereitung der Daten für das Robert-Koch-Institut und die Gesundheitsberichterstattung des Bundes Gegenstand der rheinland-pfälzischen Gesundheitsberichterstattung. Die detaillierte Darstellung aller Aspekte und Indikatoren würde den Rahmen des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz sprengen. Auch werden die Daten zu den Schuleingangsuntersuchungen 2007/08 vom Ministerium aufbereitet, ausgewertet und voraussichtlich Anfang des Jahres 2010 veröffentlicht.

Daher wurden hier lediglich einige ausgewählte Kennzahlen im Datenkonzept (vgl. Kap. 4.3) berücksichtigt, und an dieser Stelle soll unter Bezugnahme auf den 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung und die vorliegenden rheinland-pfälzischen Gesundheitsberichte der Blick fokussiert werden auf bestimmte Aspekte der gesundheitlichen Situation junger Menschen in öffentlicher Verantwortung.

3.1.2 Aktuelles Verständnis von Gesundheit und Gesundheitsförderung

Zunächst soll der aktuelle Gesundheitsbegriff, an dem sich die Mehrzahl der Veröffentlichungen in den letzten Jahren orientierte, skizziert werden.³⁸

Unterschieden werden im Allgemeinen und insbesondere in jüngeren Veröffentlichungen die Begriffe der „gesundheitlichen Versorgung“, „Gesundheitsförderung“ und „Prävention“.

Da das Themenfeld „gesundheitliche Versorgung“ begrifflich relativ klar umrissen ist und gleichzeitig vielfältige Daten zur ambulanten und stationären Versorgungsstruktur gut gebündelt vorliegen, lässt sich dieser Bereich dezidiert abbilden. In Bezug auf die Begriffe „gesundheitliche Förderung“ und „Prävention“ ist eine theoretische Unterscheidung notwendig, auch wenn in der Praxis die Grenzen eher fließend sind.

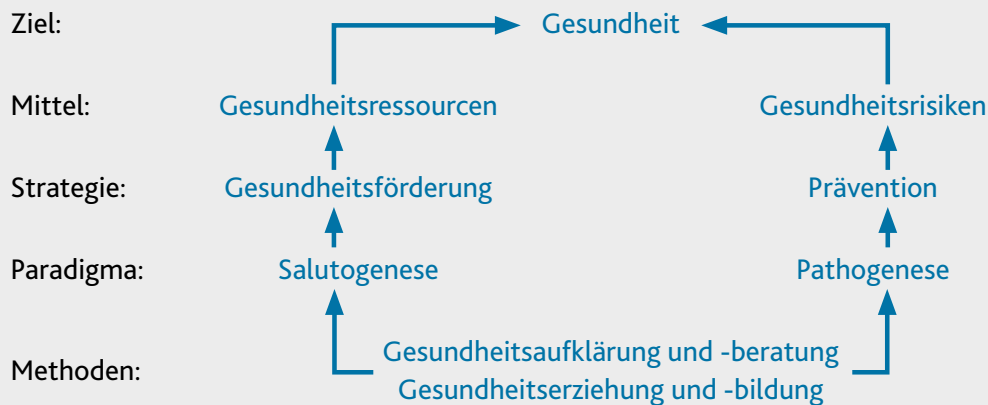
Der Begriff Gesundheitsförderung „wurde bereits 1986 in der Ottawa Charta der WHO als ein Prozess definiert, der allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit ermöglicht und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit befähigt“ (Schulte u. a. 2008, S. 95). Das Konzept, wie auch in Abb. 42 erkennbar ist, beruht auf A. Antonovskys Modell der Salutoge-

³⁸ Eine umfassende und nach Jahrgängen gebündelte Zusammenstellung an Gesundheitsberichten über Kinder und Jugendliche findet sich auf der Internetseite „Kinder – Umwelt – Gesundheit“ der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), die im Rahmen des Aktionsprogramms ‚Umwelt und Gesundheit‘ erstellt wurde (<http://www.kinderumweltgesundheit.de>).

Tabelle 4: Übersicht über (aktuelle) Veröffentlichungen zum Thema „Gesundheit“ nach Herausgeber

Herausgeber, Verfasser	Titel
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., 4/2008	Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis – Prävention und Gesundheitsförderung
Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008	Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009c	13. Kinder- und Jugendbericht
Landtag Rheinland-Pfalz (2007j)	Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/613 – Voraussetzungen und Handlungsbedarf zur Sicherstellung des Kindeswohls und zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung
Landtag Rheinland-Pfalz (2007k)	Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 15/927 – Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch in Rheinland-Pfalz
Landtag Rheinland-Pfalz (2008f)	Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1870 – Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2004d)	Armuts- und Reichtumsbericht 2004
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2005b)	Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2005
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2004c)	Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2005d)	Gesunde Familien – ein zentrales Anliegen der Familienbildung; Kooperationen der Familienbildungsstätten mit Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007f)	Kinder- und Jugendpsychiatrie – Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen, Behandlungsangebote und Adressen
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007g)	Drogenkonferenz 2007 – 29. Fachtagung der Landesregierung mit den Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe in Rheinland-Pfalz am 05. 07. 2007. Nur Cannabis? Fakten und Mythen – Formen der Frühintervention und der Behandlung – Arbeitsergebnisse
Robert-Koch-Institut (2004)	Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
Robert-Koch-Institut (2008b)	Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland

Abb. 42: Gesundheitsförderung und Prävention nach Waller



Quelle: Schulte u. a. 2008, S. 97

nese, dessen wesentliche Fragen sind: „Was hält den Menschen trotz Risiken und Belastungen gesund? Wie können die persönlichen Ressourcen, kognitive und soziale Fähigkeiten oder Problembewältigungsstrategien eines Menschen gestärkt werden?“ (Schulte u. a. 2008, S. 95). Die Berücksichtigung von Ressourcen und Schutzfaktoren hat insbesondere für die Kinder- und Jugendgesundheit zentrale Bedeutung. Im 13. Kinder- und Jugendbericht wird betont, dass nun „neben den ausschließlich ‚objektiven‘ somatischen Parametern wie Mortalitätsrisiken und Unfallstatistiken, die bislang zur Beschreibung der Gesundheit in der Gesundheitsberichterstattung berücksichtigt wurden“, auch „Beeinträchtigungen berücksichtigt wurden, die das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig beeinflussen“ (BMFSFJ 2009c, S. 56).

Als weitere Prinzipien der Gesundheitsförderung gelten zum einen Empowerment mit dem Ziel, „das Maß an Selbstbestimmung, Eigeninitiative und Autonomie im Leben von Menschen zu erhöhen, und sie zu befähigen, eigenmächtig und selbstständig zu handeln“ (Schulte u. a. 2008, S. 95). Zum anderen wird insbesondere im 13. Kinder- und Jugendbericht darauf verwiesen, dass Partizipation und Beteiligung als „zentrale Voraussetzung für die Erfahrung von ‚Selbstwirksamkeit‘“ (BMFSFJ 2009c, S. 72) gelten, welche zugleich Basis der Gesundheitsförderung ist. Denn „eine der

zentralen Voraussetzungen dafür, dass das eigene Leben als kohärent (...) wahrgenommen wird, ist die Erfahrung, dass man sich selbst als handlungsmächtig erfährt“ (ebd.).

Im Unterschied dazu zielt Prävention „auf die Reduktion von spezifischen Risiken und Störungen“ (Schulte u. a. 2008, S. 96). Bezugspunkt dabei ist die Pathogenese, Prävention hat damit Krankheitsverhütung zum Ziel. So zeigt auch Abb. 42 beide Modelle in Ergänzung mit dem gemeinsamen Ziel der Gesundheit.

Neben diesen Aspekten wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte im 13. Kinder- und Jugendbericht betont: Unter dem Stichwort „neue Morbidität“ werden zwei zentrale Entwicklungen verstanden:³⁹ „Zum einen lassen sich Verschiebungen von den akuten zu den chronischen Erkrankungen feststellen (...). Zum anderen ist bei Heranwachsenden eine Verschiebung von den somatischen Erkrankungen zu psychischen Auffälligkeiten zu beobachten“ (BMFSFJ 2009c, S. 78).

Des Weiteren wurden im 13. Kinder- und Jugendbericht Schwerpunktthemen aufgliedert in fünf Alterstufen dargestellt (siehe Tabelle 5).

³⁹ Vgl. hierzu auch u. a. MASFG 2004c, S. 26, 44; MASFG 2005b, S. 2, 10.

Tabelle 5: Schwerpunktthemen in den fünf Altersstufen

	0–3 Jahre	3–6 Jahre	6–12 Jahre	12–18 Jahre	18–27 Jahre
Gesundheit im Mutterleib	X				
Säuglingssterblichkeit / Unfälle	X				
Stillen	X				
Impfungen und Inanspruchnahme ärztlicher Versorgung /Vorsorge	X	X			
Selbst eingeschätzter Gesundheitszustand	X				
Akute Krankheiten	X	X			
Chronische Krankheiten, Behinderung, spezieller Versorgungsbedarf	X	X	X		
Mundgesundheitsverhalten	X				
Psychische Gesundheit	X	X			
Bindungsstörung	X				
Regulationsstörungen	X				
Kindeswohlgefährdung	X			X	
Entwicklungsauffälligkeiten (Motorik, Sprache, Verhalten)		X			
Sprachkompetenz bei Kindern mit Migrationshintergrund		X			
Ernährung und Essverhalten		X			
Umweltbelastungen		X			
Bewegung / körperlich-sportliche Aktivität			X		
ADHS (Hyperaktivität)			X		
Stresserleben und Wohlbefinden			X		
Kinder kranker Eltern			X		
Schmerzen			X		
Angststörungen			X		
Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten			X		
Gebrauch von Psychopharmaka			X		
Tabak, Alkohol und Drogen: Konsum, Missbrauch und Abhängigkeit				X	X
Nutzung elektronischer Medien				X	
Übergewicht und Adipositas				X	
Sexualität und sexuelles Risikoverhalten				X	
Schwangerschaften Minderjähriger				X	
Essstörungen				X	
Depressive Erkrankungen				X	
Suizidalität				X	
Gewalterfahrungen				X	
Borderline-Persönlichkeitsstörung					X
HIV/AIDS					X
Gesundheitsrelevante Aspekte des Erwerbslebens und von Arbeitslosigkeit					X
Wohnungslose Heranwachsende					X

Quelle: BMFSFJ 2009c, S. 81

Ziel dieses Unterkapitels kann es jedoch nicht sein, all diese Schwerpunktthemen für Rheinland-Pfalz – aufgliedert nach den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen – zu erarbeiten. Im Folgenden sollen daher ausgewählte Themen aus Tabelle 5 und/oder Themen aus rheinland-pfälzischen Gesundheitsberichten und Veröffentlichungen, in denen die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eine hervorgehobene Rolle spielt, betrachtet werden. Dabei handelt es sich um die Themen:

- Stillen
- Frühe Förderung und Frühe Hilfen
- Impfungen
- Behinderung
- Chronische Krankheiten
- Mundgesundheitsverhalten
- Übergewicht und Adipositas
- Ernährung
- Psychische Krankheiten, Essstörungen
- Tabak, Alkohol und Drogen:
Konsum, Missbrauch und Abhängigkeit

Insbesondere bezüglich der letzten beiden Punkte ist auch das Thema „Kinder kranker Eltern“, hier vor allem psychisch kranker und süchtiger Eltern, bedeutsam.

Für jeden der Themenbereiche bietet sich folgende Vorgehensweise an: Zunächst werden ausgewählte Daten, Fakten und Befunde berichtet. Im Weiteren wird auf ausgewählte Angebote, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung eingegangen, die im Kontext des jeweiligen Themenfeldes von besonderer Bedeutung sind.

3.1.3 Ausgewählte Schwerpunktthemen

3.1.3.1 Stillen

Abbildung 43: Häufigkeit des Stillens

(Kind jemals gestillt) nach soziodemografischen und weiteren Merkmalen (Prävalenzen in Prozent) im Zeitraum 2003 bis 2006

Befunde	
Sozialstatus	Hoher ST: 90,5 % niedriger ST: 67,3 %
Migrationshintergrund der Mutter	Mit MH: 79,1 % ohne MH: 76,2 %
Tabakkonsum	Raucherinnen: 58,0 % Nichtraucherinnen: 80,9 %

Quelle: BMFSFJ 2009c, S. 86

Die Bedeutung des Stillens wird in zahlreichen Gesundheitsberichten hervorgehoben; das ausschließliche Stillen des Säuglings wird „weltweit einhellig empfohlen, es wird von WHO und UNICEF gefördert“ (MASFG 2004c, S. 21). Die positive Gesamtwirkung „auf die Gesundheit von Kind und Mutter ist heute unbestritten, jedoch werden die Effekte auf bestimmte Zielgrößen noch sehr kontrovers diskutiert“ (BMFSFJ 2009c, S. 85). Deutlich wird, dass Kinder seit den 1970er Jahren wieder häufiger gestillt werden, es gibt jedoch Unterschiede innerhalb der Bevölkerungsgruppen, wie Abbildung 43 verdeutlicht. Anhand der Schuleingangsuntersuchungen 2001/02 lässt sich jedoch auch zeigen, dass sich die Anzahl der Kinder, die gestillt wurden, in Rheinland-Pfalz in den einzelnen Regionen deutlich unterschiedlich gestaltet: In den Modellregionen Landau/Südliche Weinstraße waren es 61,3 %, wohingegen in Trier/Trier-Saarburg 5 Prozentpunkte weniger Kinder gestillt wurden (MASFG 2004c, S. 22). Inwieweit dies auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung zurückzuführen ist, kann hier nicht beantwortet werden.

Als Beispiel für Initiativen auf der Angebotsebene ist exemplarisch die Auszeichnung „babyfreundliches Krankenhaus“ von UNICEF und WHO zu

nennen. Ein solches Krankenhaus befindet sich in Rheinland-Pfalz: das Marienkrankenhaus Trier-Ehrang. Vier weitere Krankenhäuser im Bundesland bereiten sich laut der offiziellen Internetseite auf eine entsprechende Auszeichnung vor: Verbundkrankenhaus Bernkastel-Wittlich, Kreiskrankenhaus Grünstadt, Krankenhaus Hetzelstift und Klinikum Worms gGmbH.

3.1.3.2 Frühe Förderung und Frühe Hilfen

„Frühe Förderung und präventiver Kinderschutz bedürfen einer fallbezogenen intelligenten Kombination von wirksamen allgemeinen Angeboten, die sich an alle Familien richten (universelle Förderung), und darauf aufbauender Angebote, die spezifisch auf die jeweils besonderen Problemlagen von Eltern zugeschnitten sind (selektive Förderung für Eltern mit psychischer oder Suchterkrankung, jugendliche und alleinerziehende Mütter etc.)“ (BMFSFJ 2009c, S. 255).

Frühe Hilfen hingegen verfolgen das Ziel, „Familien früh und rechtzeitig zu erreichen und ihnen präventive Hilfen anbieten zu können“, um eine Kindeswohlgefährdung gar nicht erst entstehen zu lassen (BMFSFJ 2009c, S. 9). Somit richten sich diese Hilfen schwerpunktmäßig an Familien in belastenden Lebenssituationen und Lebenslagen und umfassen „sowohl das Erkennen von spezifischen Risiken und Gefährdungen, präventive Angebote zur Stärkung elterlicher Kompetenzen als auch Interventionen (z. B. Unterbringungen der Kinder außerhalb ihrer Familie)“ (BMFSFJ 2009c, S. 9).

In Rheinland-Pfalz steht hier eine breit angelegte und umfassende kommunale Infrastruktur an Angeboten und Leistungen zur Verfügung. Im März 2008 trat das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) in Kraft. Dieses hat nicht nur zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, sondern auch grundsätzlich die Förderung von Kindergesundheit durch das verbindliche Einladungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen zu unterstützen. Die Frühe Förderung, der Ausbau Früher Hilfen und

der Kinderschutz haben darüber hinaus – auch vor Einführung des Kinderschutzgesetzes – bspw. anhand einer Vielzahl niedrigschwelliger Projekte der Initiative „Viva Familia“ oder aber der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG) einen besonderen Stellenwert erhalten.

Insgesamt bildet die Gesundheit von Kindern und Familien die „Säule II“ der Initiative „Viva Familia“. Hierbei liegt besonderes Gewicht darauf, „durch gesundheitsfördernde und vorbeugende Maßnahmen seelische und körperliche Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen“ (MASFG 2005a, S. 16).

Zahlreiche Projekte setzen hier ab der Schwangerschaft ein. Bspw. hat das Projekt „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ zum Ziel, während und nach der Geburt die Beratung und Begleitung durch Hebammen sicherzustellen (MASFG 2006b).⁴⁰ Im Jahr 2008 gab es zugleich für Hebammen und alle anderen Gesundheitsberufe, die Zugang zu Familien mit Kindern haben, eine Fortbildung „zur Förderung der Kindergesundheit und Stärkung der Familienkompetenz“ (MASGFF 2008d).

Darüber hinaus werden junge Eltern im Kurs „Auf den Anfang kommt es an“ von der Schwangerschaft bis hin zum ersten Geburtstag des Kindes unterstützt (MASFG 2006c).

Weiterhin werden mit dem Modellprojekt „Gesundheitsteams vor Ort“ an zwei Standorten – in den Stadtteilen Mainz-Neustadt und Trier-Nord – insbesondere Familien mit schwierigem sozialem Umfeld erreicht, um sie „vor Ort zu motivieren, gesundheitsfördernde Angebote“ etc. in Anspruch zu nehmen (MASFG 2005a, S. 20).

⁴⁰ Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet, vgl. hierzu MASGFF 2007h.

Die „Elternschule“ unter Projektleitung der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG)⁴¹ hat zum Ziel, die „Gesundheits- und Erziehungskompetenz“ von Müttern und Vätern zu stärken.⁴² Dabei richtet sich das Konzept nicht nur mit vielfältigen Veranstaltungen⁴³ an Eltern und ihre Kinder, sondern auch an Erzieherinnen und Erzieher. „Und zwar in den Kindertagesstätten als erstem Ort, in dem sich Eltern und Kinder aller sozialen Schichten treffen und niedrigschwellig, in Wohnortnähe, erreicht werden können“.⁴⁴ Weiterhin werden die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen qualifiziert und unterstützt.

Weiterhin sei darauf verwiesen, dass auf den Internetseiten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz u. v. m. zahlreiche Broschüren, Presstexte und Veröffentlichungen zur Verfügung stehen, die eine umfassende öffentliche Informationsplattform bilden und u. a. die Themen Frühe Hilfen und Frühe Förderung behandeln. Exemplarisch zu nennen ist bspw. die Broschüre des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: „So schläft Ihr Baby am sichersten: in Rückenlage, im Schlafsack, rauchfrei; Plötzlicher Kindstod. Das Risiko senken“ (2008f). Diese bietet neben den zentralen Informationen und Hinweisen zu bestimmten Themenschwerpunkten auch Kontaktadressen und Ansprechpartner.

⁴¹ MASGFF, MBWJK, AOK – Die Gesundheitskasse Rheinland-Pfalz, Novo Nordisk Pharma GmbH, Adipositas Netzwerk Rheinland-Pfalz e.V.

⁴² <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/kinder-jugendlichebewegung/elternschule/start/>

⁴³ Wie bspw. praxisorientierte Informationsveranstaltungen, Elternkurse, Diskussionsrunden, Vortragsreihen, etc.

⁴⁴ <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/kinder-jugendlichebewegung/elternschule/start/>

Besondere Aufmerksamkeit hat der Bereich Frühe Hilfen in den letzten Jahren erfahren. Allerdings nicht nur aufgrund positiver Entwicklungen, sondern insbesondere angesichts dramatischer Fälle, in denen es nicht gelungen ist, junge Menschen vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen.

Wie oben angeführt trat im März 2008 das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in Kraft, welches u. a. die Früherkennungsuntersuchungen verbindlich regelt. Bis zur Einführung des LKindSchuG wurden die Früherkennungsuntersuchungen vor allem unter der Präventionsperspektive betrachtet: „Die wichtigste sekundärpräventive Maßnahme im Kindesalter stellen die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 dar, die bis zum Alter von knapp 6 Jahren durchgeführt und durch die Einschulungsuntersuchung komplettiert und hinsichtlich der Beteiligung auch kontrolliert werden“ (MASGFF 2008a, S. 20). Der genannte Kontrollaspekt lieferte bisher vorwiegend eine wertvolle Datenbasis zum Gesundheitsstand der Kinder. Zentrale Aspekte sind:

- Die von U1 nach U9 sinkenden Teilnahmequoten; waren bis zu der U6 noch über 95 % in den bei den Schuleingangsuntersuchungen vorgelegten Vorsorgeheften durchgeführt, sind es bei der U9 lediglich 84 % (MASGFF 2008a, S. 21).
- Hierbei ist jedoch auch die Spannweite von 11 Prozentpunkten innerhalb von Rheinland-Pfalz sehr hoch: Nahmen im Eifelkreis Bitburg-Prüm und im Landkreis Germersheim über 90 % teil, waren es in den Städten Trier, Landau und Pirmasens lediglich 79 %.

Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn ethnische Herkunft und Bildungsstand der Eltern berücksichtigt werden:

- Sind es noch 88,6 % mit deutscher Herkunft bei der U9, liegt die Beteiligung an der U9 bei Kindern russischer bzw. türkischer Herkunft bei knapp 76 bzw. 74 %.

- Auch im Hinblick auf den Schulabschluss der Eltern liegt eine Spannweite von über 5 Prozentpunkten bei der Beteiligung an der U9 vor. Eltern, die einen Hauptschulabschluss haben, ließen zu 84 % die Untersuchung durchführen, bei Eltern mit Abitur liegt die Quote bei knapp 90 % (MASGFF 2008a, S. 30 ff.).

„Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen, dass insbesondere sozial benachteiligte Kinder (...), die ein höheres Risiko für Entwicklungsdefizite und Verhaltensauffälligkeiten, Erkrankungen des Skelettsystems, Seh- und Hörschwäche und Übergewicht aufweisen und deren Impfstatus schlechter ist (...), nicht an der U9 teilnehmen, obwohl gerade für diese Kinder die U9 aus den genannten Gründen sehr wichtig ist“ (MASGFF 2008a, S. 32).

Seit der Einführung des LKindSchuG kommt den Früherkennungsuntersuchungen neben der Prävention eine weitere zentrale Rolle zu: „Auch die Politik und unser Gesundheitswesen sind hier in der Pflicht“, heißt es hierzu in der Broschüre „Alles Gute für Ihr Kind – Früherkennungsuntersuchung – die beste Gesundheitsvorsorge“ (MASGFF 2008e). Die Broschüre informiert über das mit dem Gesetz eingeführte Einladungswesen von der U4 bis zur U9. Hier liegt die öffentliche Verantwortung nicht nur bei der Aufklärung und Unterstützung der Eltern, sondern wird konkret an Gesundheits- und Jugendamt übertragen, wenn Eltern trotz weiterem Anschreiben ihre Kinder/ihr Kind nicht zur Früherkennungsuntersuchung bringen. Ziel des Gesetzes ist nicht nur die Förderung von Kindergesundheit durch rechtzeitige Früherkennungsuntersuchungen, sondern „1. die Gewährleistung notwendiger niedrigschwelliger Angebote zur Förderung des Kindeswohls, 2. die Früherkennung von Risiken für das Kindeswohl und die konsequente Sicherstellung der erforderlichen Hilfen“ (§ 1 Abs. 3 LKindSchuG) sowie der Aufbau lokaler Netzwerke (vgl. dazu auch Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2008a).⁴⁵

⁴⁵ Zu ersten Ergebnissen der Umsetzung des Landesgesetzes vgl. Kap. 3.2.7 des vorliegenden Berichts.

3.1.3.3 Impfungen

„Impfungen schützen individuell und haben einen hohen Kollektivschutz für die Bevölkerung. Die WHO fordert einen Durchimpfungsgrad von 95 Prozent, um impfpräventible Erkrankungen wirksam auszurotten“ (BMFSFJ 2009c, S. 86). Niedrige Impfquoten zeigen sich bundesweit bei Jugendlichen vor allem bei der Impfung gegen Hepatitis B sowie bei der Masernimpfung bei Kindern – hier insbesondere „bei nicht in Deutschland geborenen Kindern mit Migrationshintergrund sowie Kindern aus Familien mit hohem Sozialstatus“ (ebd.).

In Rheinland-Pfalz lagen die Impfquoten – wie im Bundesdurchschnitt – für Masern, Mumps und Röteln landesweit durchschnittlich unter 85 % (MASGFF 2008a, S. 37 f.). Deutliche regionale Unterschiede ergeben sich nicht nur nach der Vorlage der Impfausweise (Landkreise 93 %, Städte 87 %), sondern auch im Hinblick auf die Durchimpfungsraten. Darüber hinaus ist „die Vorlage des Impfausweises abhängig vom sozialen Status: Signifikant mehr Eltern der mittleren und oberen Bildungsschicht haben einen Impfpass vorgelegt“ (ebd., S. 39).

Auch der Blick auf die rheinland-pfälzischen Regionen im Bericht „Zum Gesundheitsstatus von Vorschulkindern“ (MASGFF 2008a) zeigt deutliche regionale Unterschiede. So unterscheiden sich die Durchimpfungsraten bei Masern mit 21 Prozentpunkten zwischen der höchsten und zweitniedrigsten Ausprägung der kreisfreien Städte/Landkreise.⁴⁶ Es wird im Bericht mehrfach einschränkend darauf hingewiesen, dass die großen regionalen Unterschiede auch deutlich zeigen, „dass die bisher verwendeten Erhebungsmerkmale weiter zu standardisieren sind und einheitlich angewandt werden müssen, um valide Ergebnisse zu erhalten“ (MASGFF 2008a, S. 18). Hier bleibt abzuwarten, wie sich die regionale Spannweite in den künftigen Berichten zu den

⁴⁶ Zur niedrigsten Ausprägung wären es 55 Prozentpunkte, was jedoch im Bericht eindeutig mit einer anderen Zählweise begründet wird.

Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen verhält, und es stellt sich die Frage, inwiefern und in welchem Umfang sich die bereits im Bericht aufgezeigten Einflussfaktoren wie Bildungsstand, ethnische Herkunft und Familienstand der Eltern auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirken. Denn die Bevölkerungsstrukturen und Lebensbedingungen sind nicht nur – wie sich insbesondere in Kapitel 2 schon gezeigt hat und sich in den ersten Ergebnissen des Daten- und Indikatorenkonzepts in Kapitel 4 zeigen wird – in der Trennung zwischen Stadt und Land deutlich unterschiedlich, auch innerhalb der Gruppen der Landkreise und der Gruppen der Städte gibt es hohe Spannweiten.

Die öffentliche Debatte zum Thema Impfen wird bspw. durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durch bundesweite Kampagnen und Broschüren wie „Impfen schützt! Impfungen im

Kindesalter“ (BZgA 2007b) oder aber „Kleiner Piki mit großer Wirkung – Impfschutz für Jugendliche“ (BZgA 2008b) gestärkt. In Rheinland-Pfalz setzt sich u. a. die Landeszentrale für Gesundheitsförderung e.V. (LZG) zum Beispiel mit dem Plakat „Ich bin geimpft – Du auch?“⁴⁷ für höhere Impfraten ein.

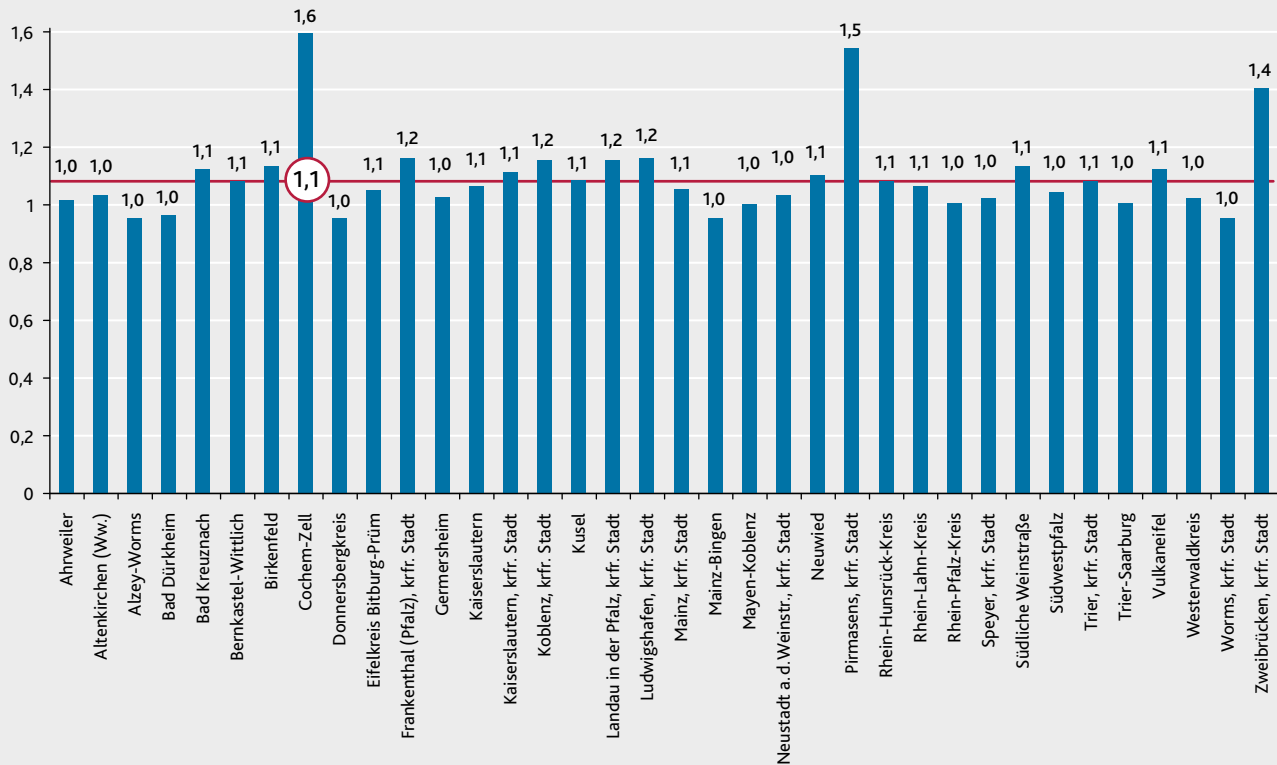
3.1.3.4 Behinderung

Im Folgenden wird der Blick zunächst auf die in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen mit Behinderung gerichtet. „Kinder und Jugendliche mit Behinderung sind in erster Linie Kinder und Jugendliche“ (BMFSFJ 2009c, S. 12). Auch wenn Behinderung hier ausdrücklich nicht als eine „Krankheit“ begriffen wird, ist über die körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen, die Behinderungen bedeuten, zu berichten.

⁴⁷ http://www.lzg-rlp.de/fileadmin/pdf/Poster_Impfen.pdf



Abb. 44: Anteil der behinderten Menschen unter 18 Jahren mit Grad der Behinderung von 50 und mehr an gleichaltriger Bevölkerung in %



Quelle: Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

„Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung sind auch Bereiche, die Einfluss auf die Lebensqualität von Heranwachsenden mit Behinderungen nehmen können. Zwar können geeignete Maßnahmen in diesem Bereich manifeste Behinderungen nicht rückgängig machen, aber zu einem Rückgang von zusätzlich bestehenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen“ (BMFSFJ 2009c, S. 36).

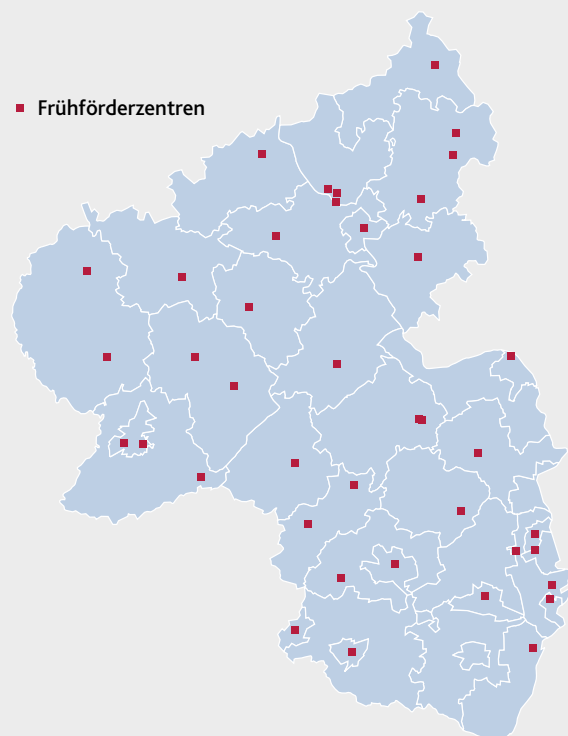
Im Jahr 2007 lebten in Rheinland-Pfalz 318.690 schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr (nach dem Schwerbehindertengesetz). Aufgrund der Datenlage können nur Personen erfasst werden, die einen Schwerbehindertenausweis beantragt haben. Dies ist in Rheinland-Pfalz jeder Dreizehnte (Statistisches Landesamt 2008n). Dabei waren Kinder unter 6 Jahren mit 0,4 % betroffen, 6- bis 15-Jährige mit 1,2 % und 15- bis 18-Jährige mit 0,6 %. 56,3 % aller schwerbehinderten Menschen waren im Alter von 65 und mehr zu ermitteln (Statistisches Landesamt 2009o, S. 7).

Aus dem Tätigkeitsbericht 2007 des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung (2008b, S. 109) geht hervor, dass am 31.12.2007 707.640 Menschen mit Grad der Behinderung von 20 % und mehr und 409.944 Menschen mit Grad der Behinderung von 50 % und mehr in Rheinland-Pfalz lebten. D. h., hier wäre – unabhängig von dem Besitz eines Ausweises – jeder sechste Rheinland-Pfälzer von einer Behinderung ab dem Grad von 20 betroffen.

Über den Anteil der behinderten Menschen unter 18 Jahren mit dem Grad der Behinderung von 50 % und mehr lassen sich in den Regionen verschiedene Werte berechnen. Der Durchschnitt liegt bei 1,1 %. Nahezu alle Städte und Kreise liegen im Landesdurchschnitt. Auffallend sind jedoch der Kreis Cochem-Zell (1,6 %), die Stadt Pirmasens (1,5 %) und Zweibrücken (1,4 %) mit überdurchschnittlichen Werten (siehe Abb. 44).

„Für die Landespolitik gilt der Grundsatz: ‚Je früher eine Behinderung erkannt und behandelt wird,

Abb. 45: Frühförderzentren



Quelle: MASGFF (Online-Suche unter: http://www.masfg.rlp.de/dm_masfg/suche/suche_Einrichtung.asp?ArtCl=FFZ) und eigene Darstellung (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

desto größer sind die Chancen einer Rehabilitation'. Aus diesem Grund hat das Land frühzeitig mit Initiativen zum Aufbau eines differenzierten Förderangebotes begonnen. Bereits 1971 wurde das Kinderneurologische Zentrum in Mainz gegründet“ (MASFG 2005c, S. 1). Hierzu stellt die Broschüre „Die Sozialpädiatrie/Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Rheinland-Pfalz“ zahlreiche Informationen zur Verfügung (MASFG 2005c).

„Alle notwendigen Maßnahmen beruhen auf einer fachbereichsübergreifenden Diagnostik und der Absprache zwischen allen beteiligten Fachkräften. Neben der Zusammenarbeit in den Mitarbeiter-teams dient auch die Zusammenarbeit mit externen Fachgruppen, Fachdiensten und Einrichtungen (...) der optimalen Förderung des Kindes“ (MASFG 2004c, S. 39). Dabei sind die Schwerpunkte der Frühförderung Diagnostik, Therapieplanung, Therapie und Beratung.

Für folgende Zielgruppen mit entsprechenden Entwicklungsstörungen und Behinderungen können die Frühförderzentren Hilfen anbieten:

- „Säuglinge und Kleinkinder mit Risikofaktoren in der Vorgeschichte
- Kinder mit allgemeinen Entwicklungsauffälligkeiten
- Kinder mit Bewegungsstörungen aller Art
- Kinder mit Störungen der Sprachentwicklung
- Kinder mit cerebralen Anfällen und Epilepsien
- Kinder mit angeborenen Fehlbildungen
- Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten
- Schulkinder mit Teilleistungsstörungen und mit zusätzlichen emotionalen Störungen
- mehrfachbehinderte Kinder“ (MASFG 2005c, S. 5).

3.1.3.5 Chronische Krankheiten

Wie bereits oben angeführt, hat eine Verschiebung von den akuten zu den chronischen Erkrankungen stattgefunden. Dies sind „unter anderem Allergien, Bronchitis, Asthma, Neurodermitis, Diabetes und Rheuma (...). Der Anteil chronisch kranker Kinder wird mit rund 10 % aller Kinder und Jugendlichen angegeben“ (MASGF 2005b, S. 14).

Die Broschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „Chronische Erkrankungen im Kindesalter – Ein gemeinsames Thema von Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule“ gibt den Anteil chronisch kranker Kinder mit 5 bis 10 % an (BZgA 2006, S. 8). Sie bietet weitergehend eine Zusammenstellung zu Häufigkeiten und Krankheitsbildern sowie Hinweise für den Alltag in Kindertagesstätte und Schule. Einige Fakten sollen hier stichwortartig aufgeführt werden:

- „Derzeit ist nahezu jedes dritte Schulkind als allergiekrank einzustufen“ (S. 12).
- „Asthma bronchiale (Bronchialasthma) ist in Deutschland die häufigste chronische Kinderkrankheit.“ Die Zahl der jungen Menschen unter 18 Jahren, die davon betroffen sind, wird auf

etwa zwei Millionen geschätzt, wobei Jungen bis zum Schulalter häufiger erkranken (S. 17).

- Neurodermitis ist die häufigste chronische Hauterkrankung. „Über zwölf Prozent der Schulkinder (etwa fünf Prozent der Erwachsenen) sind davon betroffen“ (S. 23).
- „Jeder dritte Patient (ist) bei der Diagnose einer dieser (hier: Colitis ulcerosa und Morbus Crohn) chronisch-entzündlichen Darmerkrankungen jünger als 18 Jahre alt“ (S. 29). Bundesweit betrifft dies schätzungsweise 240.000 Menschen.

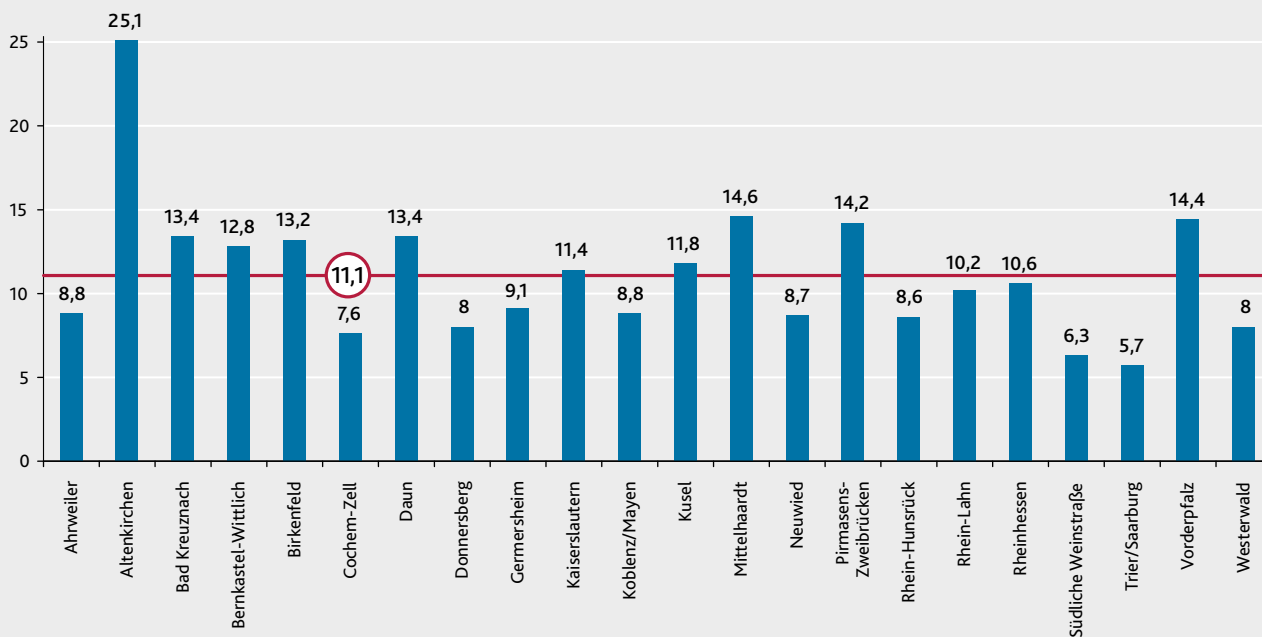
Für Rheinland-Pfalz zeigen sich anhand der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2006 folgende Prozentwerte: „Knapp 9 % leiden an einer Allergie und rund 6 % an Neurodermitis“ (MASGFF 2008a, S. 95). Allerdings weist u. a. das Robert-Koch-Institut auf die unterschiedlichen Angaben zur Häufigkeit chronischer Krankheiten im Kindes- und Jugendalter hin, die „nicht zuletzt aufgrund von Definitionsproblemen“ variieren (Robert-Koch-Institut 2004, S. 88).

3.1.3.6 Mundgesundheitsverhalten

Zahngesundheit wurde in der Veröffentlichung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008a) über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen als Schwerpunktthema behandelt. Die langfristige Betrachtung der Zahngesundheit von Erstklässlerinnen und Erstklässlern zeigt, dass diese sich deutlich verbessert hat. „Die durchschnittliche Anzahl der kariösen Milchzähne pro Kind ging um 36,7 % zurück“ (MASGFF 2008a, S. 113). Darüber hinaus hat sich auch der Sanierungsgrad der Milchzähne verbessert. Gleichzeitig ist eine zunehmende Polarisierung festzustellen: „Das heißt, dass in manchen Altersgruppen etwa 20 Prozent der Schüler bis zu 80 Prozent der Karies haben“.⁴⁸

⁴⁸ http://www.lagz-rlp.de/eltern/index.php?ID_MANDANT_AKTIV=&ID_NODE_AKTIV=43&ID_NODE_VIEW=43&portal=LAGZ&view=content

Abb. 46: Anteil der Kinder mit erhöhtem Kariesrisiko an allen untersuchten Schülerinnen und Schülern in % (Schuljahr 2006/07)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen aus: MASGFF 2008a, S. 106

Dies trifft insbesondere auf Schülerinnen und Schüler einiger Schularten zu: „Für die 12-jährigen Kinder, die eine Hauptschule besuchten, lag der mittlere DMF-T-Wert⁴⁹ im Jahre 2000 mit 1,72 mehr als doppelt so hoch wie bei den gleichaltrigen Gymnasiasten (0,82). Diese Unterschiede belegen, dass sich die soziale Situation entscheidend auf die Zahngesundheit der Kinder auswirkt“ (MASFG 2004c, S. 54).

Daher muss trotz der insgesamt positiven Entwicklung insbesondere Kindern in sozial benachteiligten Wohngebieten besondere Aufmerksamkeit zukommen (MASFG 2004d, S. 83).

Innerhalb der Regionen, in denen Daten über das Kariesrisiko vorliegen, gibt es deutliche regionale Unterschiede. Während in Altenkirchen mit 25,1 %

jedes vierte untersuchte Kind ein erhöhtes Kariesrisiko aufwies, sind es in Trier-Saarburg lediglich 5,7 % (siehe Abb. 46).

Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Rheinland-Pfalz (LAGZ) Rheinland-Pfalz ist im Rahmen der Zahngesundheit junger Menschen von zentraler Bedeutung. Zu den Aktivitäten der 23 Arbeitsgemeinschaften, die landesweit vor Ort tätig sind, sollen drei Aspekte angeführt werden:

- Die Gruppenprophylaxe der LAGZ beginnt mit dem Pilotprojekt für die Kleinsten „Gesunde Zähne von Anfang an“ bereits in Miniclubs und Krabbelgruppen. Es richtet sich bspw. mit Elternabenden in den Einrichtungen insbesondere an Mütter und Väter und gibt zahlreiche Informationen und Tipps.⁵⁰ Weiterhin informiert die Internetseite der LAGZ (www.lagz-rlp.de) über Gruppenprophylaxe in Kindergarten,

⁴⁹ „Die international gebräuchliche Methode zur Beurteilung der Zahngesundheit ist der DMF-T-Index bzw. bezogen auf Milchzähne der DMF-T-Index. Er gibt die Zahl kariöser, fehlender und gefüllter Zähne an. Mit dem Indikator lässt sich feststellen, wie viele Zähne pro Person und Altersgruppe von Karies befallen sind und welchen Einfluss eine systematische Kariesprophylaxe hierauf hat“ (ebd.).

⁵⁰ http://www.lagz-rlp.de/eltern/index.php?ID_NODE_VIEW=32&ID_NODE_AKTIV=65&view=content&view2=&wsp=In%20Miniclubs%20%20Krabbelgruppen

Schule und Ganztageeinrichtungen, hierunter bspw. die „Rahmenkriterien für das Zähneputzen in Schulen mit Ganztagsbetreuung“.

- Mit dem Intensivprogramm bei erhöhtem Kariesrisiko (Aktivprogramm Zahnvorsorge) in ca. 80 Schulen in Rheinland-Pfalz begegnet die LAGZ mit Unterstützung des Ministeriums dieser Polarisierung und kommt dem gesetzlichen Auftrag in § 21 SGB V nach: „Für Kinder mit besonders hohem Kariesrisiko sind spezifische Programme zu entwickeln“.⁵¹ „Die karies-epidemiologischen Daten aus den Reihenuntersuchungen der 1. Klassen, die inzwischen flächendeckend in allen Grundschulen und in allen Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen erfolgen“⁵², bieten eine differenzierte Grundlage für die Auswahl der Schulen, in denen eine Intensivbetreuung stattfindet. Kriterien sind die Prozentzahlen der nicht naturgesunden Gebisse und der Kinder mit hohem Kariesrisiko.
- Weiterhin organisiert und beteiligt sich die LAGZ an landesweiten und regionalen Jugendzahnpflegetagen sowie Gesundheitsmessen, Gesundheitstagen und Aktionen wie „Gesundes Frühstück“, „Gesundes Pausenbrot“, Wettbewerbe, Theaterveranstaltungen etc. und führt Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und Eltern durch.

Weiterhin wird der Zahnstand im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen überprüft. Schülerinnen und Schüler der 1. bis 6. Klassen werden im Rahmen der Untersuchungen der LAGZ untersucht und in der Zahnpflege unterrichtet. Erstklässlerinnen und Erstklässler erhalten nach ihrer Untersuchung eine Mitteilung für ihre Eltern, der über den Zahnstand der Kinder (naturgesund bis hin zu kieferorthopädischer Behandlung) informiert. Bei behandlungsbedürftiger Karies liegt zusätzlich ein Rückmeldeformular bei, „das vom behandelnden Zahnarzt entweder nach erfolgter Terminierung der Behandlung oder nach

Abschluss der Sanierung bestätigt und an die Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege weitergeleitet wird. Die Rückmeldung dient der Evaluation und bietet auch die Grundlage für das Erinnerungssystem“ (MASGFF 2008a, S. 105).

Darüber hinaus nimmt Rheinland-Pfalz, „wie die meisten Bundesländer an einer epidemiologischen Begleituntersuchung, durchgeführt im Auftrag der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege (DAJ), teil“ (MASFG 2004c, S. 53). Die erhobenen Daten basieren auf einer 5-prozentigen Stichprobe an Schülerinnen und Schülern der drei Altersgruppen (6- bis 7-, 9- und 12-Jährige).

3.1.3.7 Übergewicht und Adipositas

2007 waren in Deutschland „15 % aller 3- bis 17-jährigen Kinder und Jugendlichen übergewichtig, 6,3 % waren adipös“ (Schulte u. a. 2008, S. 93). Ein höheres Risiko für Übergewicht und Adipositas „besteht bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus, bei Kindern mit Migrationshintergrund und bei Kindern, deren Mütter ebenfalls übergewichtig sind“ (Kurth/Schaffrath 2007, S. 737). Als Risikofaktoren können darüber hinaus „ein hohes Geburtsgewicht, wenig körperliche Aktivität (z. B. ausgedehnte Beschäftigung mit Fernseher/Computer), zu kalorienreiche Nahrung und psychische Faktoren“ (BMFSFJ 2009c, S. 136) angeführt werden.

Auch ist der Indikator Stillen hier wiederholt von Bedeutung: „Stillen gilt als ein Protektivfaktor für Übergewicht“ (Robert-Koch-Institut 2008b, S. 62).

In Rheinland-Pfalz wurde das Gewicht von insgesamt etwa 35.000 Kindern im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen 2006/07 erhoben:

⁵¹ www.lagz-rlp.de

⁵² Ebd.

Tabelle 6: Unter- und Übergewicht der Jungen und Mädchen

Angaben in %	Untergewicht	Übergewicht
Jungen	4,8	10,8
Mädchen	4,7	10,9
Insgesamt	4,8	10,9

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2008f, S. 10

Insgesamt zeigen sich – wie auch in bundesweiten Untersuchungen – keine deutlichen Unterschiede im Hinblick auf das Geschlecht (u. a. BMFSFJ 2009c, S. 134). Wird allerdings der Blick auf die ausgewerteten Regionen gelenkt, ergeben sich deutliche Unterschiede: Der Anteil „reicht von 6 % in Trier bis zu 20,4 % in Frankenthal“ (MASGFF 2008a, S. 61).

Es sind jedoch nicht nur die „sekundären Erkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes oder Gelenkschäden“ als Folgen einer über einen längeren Zeitraum andauernden Adipositas zu betrachten; auch das Wohlbefinden der von Adipositas Betroffenen muss in den Blick genommen werden: Kinder und Jugendliche leiden neben den physischen Aspekten „auch häufig an psychischen Störungen und zeigen psychosoziale Symptome“ (Robert-Koch-Institut 2004, S. 98).

Dies ist nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Lebenssituation junger Menschen, sondern auch hinsichtlich ihrer Entwicklung relevant. So haben übergewichtige Kinder im Erwachsenenalter überdurchschnittlich oft Probleme mit Übergewicht und leiden unter den Folgeerkrankungen. Auch sind „familiäre Häufungen von Übergewicht (...) lange bekannt. Nicht nur der gemeinsame Familientisch und anerzogene Ernährungsmuster sind die Ursache solcher Häufungen, auch die genetische Disposition spielt bei der Entwicklung von Übergewicht und Adipositas eine Rolle“ (MASFG 2004c, S. 24).

Hier ist die Anzahl übergewichtiger Eltern nicht bekannt, aber der Vergleich von Rheinland-Pfalz mit den übrigen Bundesländern zeigt – beruhend

auf den Daten des Mikrozensus 2003 – den höchsten Anteil übergewichtiger Männer und Frauen in den westdeutschen Ländern (Statistisches Landesamt 2005b, S. 2).

„Im Februar 2003 wurde unter der Schirmherrschaft von Frau Ministerin Malu Dreyer das Netzwerk Adipositas Rheinland-Pfalz gegründet“ (MASFG 2004c, S. 34). Dieses Netzwerk gewährleistet die multiprofessionelle Zusammenarbeit von entsprechenden Fachleuten aus Kindergärten und Schulen sowie Kinderärztinnen und Kinderärzten, Öffentlichem Gesundheitsdienst, Sportvereinen, Krankenkassen, den Eltern und weiteren Akteurinnen und Akteuren (MASFG 2004c, S. 34).

Unterstützung erfahren solche Netzwerke von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Die Netzwerkarbeit bezieht sich beispielsweise auf die „Zusammenführung von Initiativen und Anbietern, einen fachlichen Austausch und die Entwicklung und Unterstützung von Praxisangeboten für adipöse Kinder und Eltern mit Elementen zu gesunder Ernährung und angemessener Bewegung“, wobei auch Angebote und Vorträge für bspw. Schulen angefragt werden können (Landtag Rheinland-Pfalz 2008f, S. 5).

3.1.3.8 Ernährung

Die Ernährung von Kindern und Jugendlichen spielt nicht nur in Zusammenhang mit aktuellen Diskussionen um Adipositas eine Rolle, sondern auch im Allgemeinen in Bezug auf die ernährungspolitische Aufgabe. Kinder und Jugendliche sind hier eine „besonders sensible und deshalb speziell zu beobachtende und zu begleitende Gruppe. Sie sind in ihrer (Lebensmittel-)Versorgung von anderen abhängig“ (Robert-Koch-Institut & Universität Paderborn 2007, S. 1).

„Eine erschreckend hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Deutschland bewegt sich nicht nur zu wenig, sondern ernährt sich falsch bzw. wird falsch ernährt. Sei es, dass sie zu viel oder zu wenig essen oder dass sie ungesunde Nahrungs-

mittel in zu großen und gesunde entsprechend in zu geringen Mengen zu sich nehmen. Gesundheitliche Schädigungen wie Fettleibigkeit, Diabetes, Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen, aber auch Essstörungen, Magersucht, Störungen des Immunsystems, psychomotorische, emotionale und soziale Störungen sind die Folgen" (Landtag Rheinland-Pfalz 2008f, S. 1).

Die bundesweite Ernährungsstudie des Robert-Koch-Instituts und der Universität Paderborn liefert detaillierte Ergebnisse zu der Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen (2007, vgl. bspw. S. 81 ff.). Wesentliche Ergebnisse sind unter anderem, dass eine Vielzahl der Kinder und Jugendlichen zu wenig Obst und Gemüse zu sich nimmt. Darüber hinaus hat sich zwar der Fettanteil der zugeführten Nahrung gesenkt, liegt aber bei jedem zehnten jungen Menschen noch bei 40 %. Kinder und Jugendliche unterscheiden sich in Bezug auf die Getränkemenge: Die Hälfte der Kinder zwischen 6 bis 11 Jahren trinkt zu wenig und oftmals einen hohen Anteil an Limonaden. Problematische Essgewohnheiten wie verstärkter Fast-Food-Verzehr hingegen beginnen überwiegend erst im Jugendalter. Des Weiteren zeigt sich, dass sich Mädchen häufiger gesünder ernähren als Jungen (Robert-Koch-Institut & Universität Paderborn 2007, S. 84 f.).

„Die ganztägige Betreuung von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Obhut überträgt den Trägern der Betreuungseinrichtungen die Verantwortung für ihr Essensangebot und für die Gestaltung der Bedingungen, in denen Lebensmittel einschließlich von Snacks und Getränken angeboten werden" (Landtag Rheinland-Pfalz 2008f, S. 3). Im Bereich der Kindertagesstätten sind insbesondere die zwei größten kassengetragenen Präventionsansätze für Kindertagesstätten zu nennen (Altgeld 2008, S. 100): „TigerKids ist ein bundesweit erfolgreiches Programm in derzeit etwa 3.000 Kitas zur Bewegungs- und Ernährungserziehung unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen.“⁵³ „TigerKids“

⁵³ <http://www.tigerkids.de/>

wird auch in Rheinland-Pfalz mit großer Resonanz der Kindertagesstätten durchgeführt. Seit dem Start 2007 bis 2009 haben sich 456 Kitas beteiligt. Das Programm läuft 2010 weiter, und es ist mit einer Steigerung der Teilnahme auf rund 570 zu rechnen (nach Auskunft des MBWJK). Das zweitgrößte Projekt stellt „Fit von klein auf – Der Gesundheitskoffer“ der BKK dar: „Er ist angelegt als eine praktische Handlungshilfe von und für Kitas und beinhaltet Gesundheitsbausteine zu den Themen Bewegung, Ernährung, Entspannung und Gesunder Arbeitsplatz Kita.“⁵⁴ Für Rheinland-Pfalz liegen hier keine Angaben über die teilnehmenden Kitas vor; es können entsprechend keine Aussagen getroffen werden über den Einsatz dieses Materials und die Anzahl der teilnehmenden Kinder bzw. den Erfolg dieses Angebots.

In Schulen sind neben den in den Lehrplänen vorgesehenen Einheiten insbesondere zwei Landesprojekte zu nennen: Zum einen „Klasse 2000“, woran im Schuljahr 2008/09 185 Grundschulen mit 840 Klassen und insgesamt 19.112 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben (nach Auskunft des MBWJK, Referat Ganztagschule), und zum anderen das Projekt „Gesund leben lernen“, an dem landesweit zurzeit 66 Schulen teilnehmen. Gesundheitsförderung wird hier als ein zu verankernder Bestandteil der Schulkultur verstanden.

Weiterhin beteiligt sich Rheinland-Pfalz am EU-Schulobstprogramm, ab Anfang März 2010 wird mit der kostenlosen Verteilung von Obst und Gemüse begonnen, zunächst an rund 250 Schulen in der Pfalz. Ab „dem Schuljahr 2010/2011 soll dann die Ausweitung auf alle Grund- und Förderschulen sowie vergleichbaren Bildungseinrichtungen mit insgesamt rund 160.000 Schülern folgen“.⁵⁵

⁵⁴ <http://fitvonkleinauf.de/11.0.html>

⁵⁵ http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2009/december/article/rheinland-pfalz-beteiligt-sich-am-eu-schulobstprogramm/

3.1.3.9 Psychische Krankheiten, Essstörungen

Wie oben bereits angeführt, fand in den letzten Jahren nicht nur eine Verschiebung von akuten zu chronischen Krankheiten statt, sondern auch von somatischen Erkrankungen zu psychischen Auffälligkeiten. „Der Anteil psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen ist hoch und nach überwiegender Fachmeinung deutlich steigend. Nach den Ergebnissen unterschiedlicher Untersuchungen leiden je nach Alter zwischen 8 und 15 % an psychischen Störungen unter anderem im Leistungs-, Wahrnehmungs-, Gefühls- und Kontaktbereich“ (MASFG 2005b, S. 15).

Schwerpunktmäßig beschäftigt sich auch die Veröffentlichung „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ (2007f) des MASGFF mit psychischen Erkrankungen. Neben generellen Informationen zu Hilfsangeboten finden sich zahlreiche Fachbeiträge zu unterschiedlichen psychischen Erkrankungen und Störungen sowie ein nach den Kreisen und Städten geordnetes umfassendes Adressverzeichnis.

Unter der Frage „Wie und wo finde ich professionelle Hilfe bei seelischen Problemen von Kindern und Jugendlichen?“ (Brünger 2007, S. 6 ff.) werden bspw. Beratungsstellen, Institutionen der Jugendhilfe und das Gesundheitswesen angeführt und dargestellt.

Während über die ersten beiden Punkte in Kapitel 3.2 dieses Berichts ausführlich berichtet wird – hier sind bspw. auch die Angaben der Jugendhilfe zu Kindern und Jugendlichen zu finden, die laut § 35a SGB VIII seelisch behindert oder von einer seelischen Behinderung bedroht sind –, werden im Folgenden ausgewählte Daten zum Gesundheitswesen dargestellt.

Auf ambulanter Ebene sind „niedergelassene Ärzte und Therapeuten auch bei seelischen Problemen beratend tätig. Wenn die Behandlung beim Kinderarzt nicht ausreicht, wird er eine Vorstellung beim Arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie oder beim Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten empfehlen“

(Brünger 2007, S. 8). Weiterhin bieten Sozialpädiatrische Zentren sowie Frühförderzentren Hilfe und Beratung für Kinder mit Entwicklungsauffälligkeiten an. „Tageskliniken und vollstationäre Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie helfen, wenn ambulante Angebote nicht ausreichen“ (Brünger 2007, S. 8).

Eine differenzierte Datenlage zur ambulanten Inanspruchnahme von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten in Rheinland-Pfalz liegt nicht vor. Ebenso ist eine Aussage zur Über- und Unterversorgung nicht möglich, da „die Bedarfsplanungsrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses für Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater keine Messzahlen“ vorsehen (Landtag Rheinland-Pfalz 2007l, S. 2).

Allerdings können Angaben zu den vertragsärztlich tätigen Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiatern mit insgesamt 33 gemacht werden. Weiterhin sind 99 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten und 162 psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten „mit der Berechtigung zur Behandlung von Kindern“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007l, S. 2) in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung hinzuzufügen. Hinzu kommen ferner die Kinderärztinnen und -ärzte mit der Zusatzqualifikation „Psychotherapie“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007l, S. 2).

Für das Jahr 2008 können zu der teilstationären und stationären Versorgung folgende Angaben gemacht werden:

Tabelle 7: Krankenhäuser und Tageskliniken mit Fachabteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie 2008

	Aufgestellte Betten Anzahl	Tagesklinikplätze Anzahl
Ahrweiler	30	10
Altenkirchen (Ww)	3	20
Birkenfeld		35
Neuwied		30
Trier, krfr. Stadt	30	10
Ludwigshafen, krfr. Stadt		20
Alzey-Worms	40	
Südliche Weinstraße	60	40
insgesamt	163	165

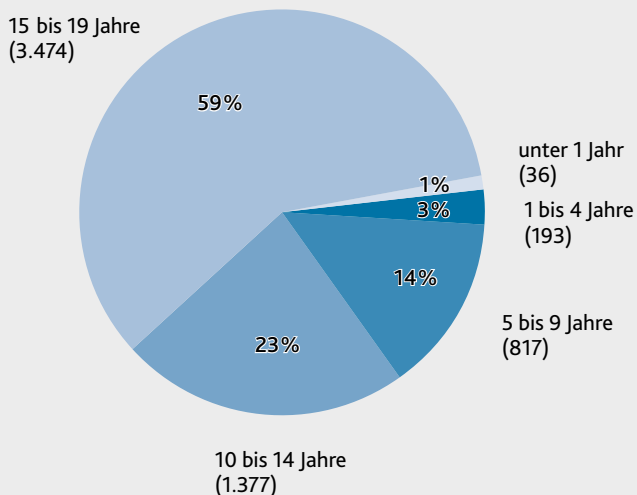
Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes

Damit hat insbesondere das Angebot an vorgehaltenen Tagesklinikplätzen zugenommen. Im Bericht des MASGFF „Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz“ aus dem Jahr 2004 (MASFG 2004c) sind hierzu 55 Plätze angegeben, d. h., hier kam es zu einer Steigerung um 200 %. Die Anzahl aufgestellter Betten in Fachabteilungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist hingegen nahezu konstant geblieben.

Die aktuell vorliegenden Daten für Rheinland-Pfalz im stationären Bereich für Krankenhaufälle infolge psychischer und Verhaltensstörungen zeigen, dass die Mehrheit der jungen Menschen mit 59 % zwischen 15 und 19 Jahre alt ist. Mit einem Anteil von 14 % ist jedes 7. Kind hier 5 bis 9 Jahre alt (siehe Abb. 47).

Die Altersklassen der 10- bis 14-Jährigen und der 15- bis 19-Jährigen, die den höchsten Anteil der Krankenhaufälle in diesem Bereich ausmachen, sind zu einem großen Teil auf die Diagnose „psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ (F 10) zurückzuführen (siehe Abb. 48).

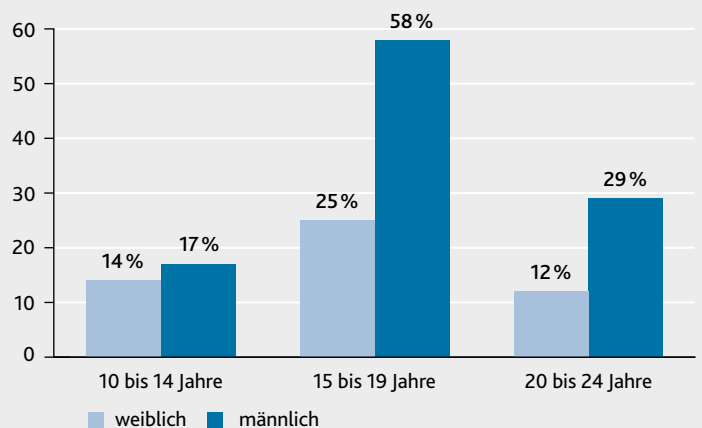
Abb. 47: Krankenhaufälle infolge psychischer und Verhaltensstörungen (F00 – F99) 2007



Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes

Abb. 48: Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10) 2007

Anteil an allen Krankenhaufällen infolge psychischer und Verhaltensstörung



Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

Mit einem Anteil von 58 % machen diese in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen mehr als die Hälfte aller Krankenhausfälle infolge von psychischen und Verhaltensstörungen aus. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen nehmen die Anteile allerdings wieder deutlich ab.

Die Behandlungsdaten der kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Rheinland-Pfalz zeigen – hier für das Jahr 2001 – folgende Verteilung: Die Diagnose einer Verhaltens- und emotionalen Störung (F90 bis F 98 ICD-10) wurde bei gut der Hälfte der behandelten Kinder und Jugendlichen gestellt (MASFG 2004c, S. 59). „Eine genauere Analyse der Diagnosen zeigt, dass rund ein Drittel der in der Kinder- und Jugendpsychiatrie behandelten Personen als Erstdiagnose in die Kategorie ‚Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätssyndrom (ADHS)‘ fiel. Beachtlich ist auch, dass rund 10 % der Jugendlichen wegen einer Essstörung in stationärer Behandlung waren“ (MASFG 2004c, S. 59). Damit machen diese beiden Diagnosen nahezu die Hälfte des gesamten Klientels aus. Auf Letztere wird im Weiteren noch ausführlicher eingegangen.

Doch nicht nur die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen selbst ist bedeutsam, sondern auch die der Eltern: „In der Psychiatrie hat jeder fünfte Erwachsene mit einer behandelten psychiatrischen Störung Kinder. (...) Im Jugendamt hat jedes zehnte Kind, das Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz bekommt, eine Mutter oder einen Vater mit einer psychischen Störung oder Erkrankung. Familienrichter haben in einem Viertel aller Sorgerechtsverfahren mit psychisch kranken Eltern zu tun“ (Gehrmann 2007, S. 100). Insbesondere für noch sehr junge Kinder stellt die psychische Erkrankung eines Elternteils einen „zentralen Hochrisikofaktor für die psychische und physische Entwicklung dar“ (ebd., S. 101).

Hier soll exemplarisch über Unterstützungsangebote für Familien mit einem psychisch kranken Elternteil berichtet werden, da auch diese von zunehmender Bedeutung sind. Im Land Rhein-

land-Pfalz wurde sich der Aufgabe im Landesmodellprojekt „Kinder psychisch kranker Eltern. Prävention und Kooperation von Jugendhilfe und Erwachsenenpsychiatrie“ gewidmet. An drei Modellstandorten – Stadt und Landkreis Bad Kreuznach, Stadt Ludwigshafen sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis – konnte „eine Reihe von konkreten Verbesserungen“ hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachkräften erarbeitet werden – im Sinne einer passgenaueren Unterstützung der betroffenen Familien (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 34, für weiterführende Hinweise vgl. dazu auch ISM 2006). Hierzu erscheint in nächster Zeit ein Arbeitshandbuch, welches nicht nur der Beachtung des Themas zuträglich ist, sondern auch möglichst vielen Regionen ermöglicht, die gewonnenen Ergebnisse zu nutzen. Eine fundiert zusammengestellte Übersicht über Angebote und Initiativen im Rahmen des o. a. Modellprojekts bietet der „Projekteatlas“ (ISM 2009). Zugleich bietet das Faltblatt für psychisch kranke Eltern Informationen unter dem Stichwort: „Was helfen kann... Informationen und Tipps für Eltern, die psychisch krank sind“.⁵⁶ „In Zukunft wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass sich die im rheinland-pfälzischen Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit vorgesehenen lokalen Netzwerke auch und gerade des Themas ‚Kinder psychisch kranker Eltern‘ annehmen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 34).

„Notwendig ist neben der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung eine integrierte Versorgung, in die unter anderem die Leistungen der Jugendhilfe zu integrieren sind. Der Landespsychiatriebeirat hat in seinen Empfehlungen zur Förderung und Wiederherstellung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu Recht darauf hingewiesen, dass die Systeme Bildung, Jugendhilfe und Gesundheitswesen integrativ zusammenarbeiten müssen, um nachhaltige Verbesserungen zu erzielen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007l, S. 2). Dies ist insbesondere bedeut-

⁵⁶ www.gemeindenaehe-psychiatrie-rlp.de/dokumente/Faltblatt_psychisch_kranke_Eltern.pdf

sam, wenn berücksichtigt wird, „dass zwei Drittel aller Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen bereits Erfahrungen mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie gemacht haben“ (MASFG 2004c, S. 59).

Im Folgenden wird über Essstörungen junger Menschen berichtet. Sie zählen zu den wichtigsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter (u. a. BMSFSJ 2009c, S. 36) und haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen (MASFG 2005c, S. 15). Zugleich ist – wie oben bereits anhand der Krankenhausfälle verdeutlicht – ein verhältnismäßig hoher Anteil junger Menschen betroffen.

Im Rahmen einer Umfrage in Gymnasialklassen (9 bis 12) zeigte sich, dass „70 % der Mädchen dünner sein wollten als sie sind. In einer Umfrage an 5.000 europäischen Schulen“ gaben 41,8 % der befragten Schülerinnen zwischen 8 und 16 Jahren an, sich selbst „zu dick“ zu finden (Bergheim-Geyer 2007, S. 58). Darüber hinaus hat die Hälfte der Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren bereits Diäterfahrung (ebd.).

Abbildung 49: Prävalenz von Essstörungssymptomen bei 11- bis 17-Jährigen nach SCOFF (Selbstauskunft der Befragten)

	11 bis 13 Jahre	14 bis 17 Jahre
insgesamt	20,6 %	22,7 %
Geschlecht	Mädchen: 23,5 % Jungen: 17,8 %	Mädchen: 32,3 % Jungen: 13,5 %
Migrationshintergrund	mit MH: 30,1 % ohne MH: 18,5 %	mit MH: 30,4 % ohne MH: 21,2 %
Sozialer Status	hoher ST: 13,2 % mittlerer ST: 19,1 % niedriger ST: 28,3 %	hoher ST: 17,2 % mittlerer ST: 22,6 % niedriger ST: 27,2 %

ST = sozialer Status, MH = Migrationshintergrund
Quelle: BMSFSJ 2009c, S. 133

Abb. 49 liefert darüber hinausgehend Hinweise zu Unterschieden zwischen den Geschlechtern, zwischen jungen Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund und zu Differenzen des sozialen

Status. Hierbei handelt es sich um Selbstauskünfte der Befragten, die Symptome einer Essstörung (keine manifeste Erkrankung) zeigen. Mit über 20 % sind dies mehr als ein Fünftel der jungen Menschen im Alter von 11 bis 17 Jahren (BMSFSJ 2009c, S. 133). Mädchen sind in beiden Altersgruppen deutlich häufiger betroffen, im Alter von 14 bis 17 Jahren liegt der Anteil der Mädchen mit mehr als 18 Prozentpunkten über dem der Jungen.

Mit Blick auf die Angebots- und Versorgungsstruktur soll das „Kompetenznetz Essstörungen“ Erwähnung finden. Dieses wurde im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 gegründet, es sind darin „Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Suchtprävention und Suchtberatung, der Psychosomatik, der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Selbsthilfe vertreten“.⁵⁷ Ziel ist es, Betroffenen einen effektiven Zugang zu den Hilfsangeboten von Rheinland-Pfalz zu gewährleisten, den fachlichen Transfer in die Einrichtungen zu sichern sowie eine landesweite Vernetzung zu erzielen (Landtag Rheinland-Pfalz 2006c, S. 35).

Tabelle 8 zeigt bezüglich der Frauen mit Essstörungen in Suchtberatungsstellen, dass insbesondere die Beratungen innerhalb der Altersgruppe der bis unter 15-Jährigen im Zeitraum 2001 bis 2005 zugenommen haben, während die der bis unter 25-Jährigen im Zeitverlauf insgesamt betrachtet abgenommen haben.

⁵⁷ <http://www.lzg-rlp.de/aktuelles/nachrichten/text/artikel/mager-sucht-und-bulimie-ursachen-und-aus-wege-kompetenznetz-essstoerungen-informiert-ueber-hotline/>

Tabelle 8: Frauen mit Essstörungen in Suchtberatungsstellen (Einmalkontakte nicht gezählt)

	bis unter 15	bis unter 18	bis unter 20	bis unter 25
2000	13	27	26	61
2001	6	29	30	47
2002	8	34	29	54
2003	8	31	23	41
2004	3	19	26	54
2005	11	27	28	34

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2006, S. 35

Zur Prävention von Essstörungen soll im Folgenden exemplarisch auf einige Projekte hingewiesen werden.

Das Präventionsprogramm „MaiStep – Mainzer Schultraining zur Essstörungenprävention“ der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sowie dem MädchenHaus Mainz, FemMa e. V., richtet sich an siebte und achte Klassen verschiedener Schulen. „Insgesamt werden 1.800 rheinpfälzische Schülerinnen und Schüler am Projekt teilnehmen“.⁵⁸ Seit dem Schuljahr 2009/10 führt das Team der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie das Programm durch. „Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei Fähigkeiten und Strategien erlernen, um für schwierige Ereignisse und Situationen rund um das Thema Ernährung und Schönheitsideale gerüstet zu sein“.⁵⁹

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass zusätzlich eine „Essstörungssprechstunde“ eingerichtet wird, in der bereits erkrankte Schülerinnen und Schüler „Beratungs- oder Therapieangebote“ wahrnehmen (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 10).

⁵⁸ <http://www.uni-mainz.de/presse/30012.php>

⁵⁹ <http://www.uni-mainz.de/presse/30012.php>

„Darüber hinaus fördern allgemeine schulische Lebenskompetenzprogramme, wie zum Beispiel ‚Klasse 2000‘, ‚Ich – Du – Wir‘, ‚PIT – Prävention im Team‘ oder das Schülermultiplikatorenseminar ‚Auf der Suche nach ...‘ die Stärkung der Persönlichkeit und den Aufbau psychosozialer Kompetenzen. Ein starkes Selbstwertgefühl kann dazu beitragen, eine einseitige Fokussierung der Person auf die Bereiche Figur, Gewicht und Aussehen zu vermeiden“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 10).

3.1.3.10 Tabak, Alkohol und Drogen: Konsum, Missbrauch und Abhängigkeit

„Fragt man Erwachsene im Nachhinein, so stellt man fest, dass nur ganz wenige nie Alkohol, Nikotin oder auch illegale Drogen probiert haben. Während viele die Dinge einfach nur vorübergehend ausprobieren, gibt es einige, die Schwierigkeiten entwickeln, damit aufzuhören“ (Mallmann 2007, S. 38). Wie jedoch der einzelne Heranwachsende damit umgeht und ob eine Gewöhnung oder eine Abhängigkeit entsteht, kann im Vorhinein nicht bestimmt werden.

Zunächst soll der Blick auf die legalen Drogen – Alkohol und Nikotin – gelenkt werden: Der Konsum legaler Drogen hat nicht nur medial im Hinblick auf „Alkopops“ und „Flat-Rate-Saufen“ Aufmerksamkeit erfahren, sondern steht anhaltend im Interesse öffentlicher, fachlich-politischer Verantwortung.

Einerseits zeigt sich mit Blick auf bundesweite Daten, dass der Alkoholkonsum der 12- bis 17-Jährigen, die mindestens einmal im Monat spirituosenhaltige Alkopops trinken, kontinuierlich „auf 10 % im Jahr 2007 gesunken“ ist (MASGFF 2007g, S. 6). Gleichzeitig steigt jedoch der regelmäßige Alkoholkonsum in der Altersgruppe auf 22 % im Jahr 2007.

Auch im sogenannten „Binge-Trinken“ ist von 2005 bis 2007 ein Anstieg zu verzeichnen; gemeint ist damit der Konsum von mindestens fünf alkoholischen Getränken an mindestens

Tabelle 9: Wegen akuter Alkoholintoxikation vollstationär behandelte Kinder und Jugendliche 1995 bis 2005

Altersgruppe	1995	1998	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Diagnosen nach ICD-9		Diagnosen nach ICD-10					
Behandlungsfälle								
0 bis 14 Jahre	21	32	45	82	77	70	61	67
14 bis 15 Jahre	59	90	177	215	262	242	263	365
16 bis 17 Jahre	78	97	228	249	292	314	355	400
18 Jahre	33	56	89	104	131	128	143	186
zusammen	191	275	539	650	762	754	822	1.018
je 10.000 der gleichen Altersgruppe								
0 bis 14 Jahre	0,4	0,6	0,8	1,5	1,4	1,3	1,2	1,3
14 bis 15 Jahre	6,8	10,5	19,9	23,1	27,2	25,0	27,1	37,8
16 bis 17 Jahre	9,7	10,9	26,2	28,4	32,3	33,4	36,7	41,2
18 Jahre	8,3	12,6	19,9	23,7	29,5	29,0	30,6	39,1
zusammen	2,5	3,5	6,9	8,3	9,8	9,8	10,8	13,6

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2007k, S. 3

einem Tag innerhalb des letzten Monats (BZgA 2007a, S. 18). Im Jahr 2008 ist der Anteil der Jugendlichen, die Binge-Trinken praktizieren, bundesweit um 5 Prozentpunkte gesunken, liegt aber dennoch bei 20,4 %; das bedeutet, jeder fünfte Jugendliche konsumiert Alkohol in dieser Weise. Zugleich findet dieser Konsum häufiger bei männlichen Jugendlichen statt – 2007 waren es 10 % mehr und im Jahr 2008 5 % mehr (BZgA 2008a, S. 5).

„Die Diagnose ‚Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol‘ (F10) ist bereits bei 15-jährigen männlichen Jugendlichen der häufigste Grund für einen stationären Krankenhausaufenthalt“ (Statistisches Landesamt 2009m, S. 121). Zugleich waren gut ein Drittel der Fälle mit dieser Diagnose Mädchen (Statistisches Landesamt 2009m), insgesamt ergaben sich im Jahr 2007 984 Fälle.

Tabelle 9 zeigt eine stetige Zunahme von 1995 nach 2005 sowohl der absoluten Zahlen als auch der Anteilswerte der vollstationär behandelten Kinder und Jugendlichen nach Altersgruppen (je 10.000 der gleichen Altersgruppe). Der größte Anteil besteht hierbei aus der o. g. F10-Diagnose,

einige wenige Fälle sind „unfallmäßige Vergiftungen durch Äthanol“.

In Bezug auf die Raucherquoten der Jugendlichen zeigt sich bundesweit ein Rückgang: Waren 1997 und 2001 noch 28 % der 12- bis 17-jährigen Raucher, ergibt sich für 2005 eine Quote von 20 % (Mallmann 2007, S. 43). Die Quote für 2007 liegt bundesweit bei 12 %, also deutlich unter dem Anteil aus dem Jahr 2001 (MASGFF 2007g, S. 6). Es ist anzunehmen, dass diese Quote für Rheinland-Pfalz etwas niedriger ausfällt, da das Land auch in Bezug auf die Raucherquote der Gesamtbevölkerung unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Im Hinblick auf das Einstiegsalter zeigt sich jedoch, dass die Jugendlichen in jüngeren Jahren mit dem Rauchen beginnen: „Knapp 15 Jahre sind Jugendliche derzeit, wenn sie zur ersten Zigarette greifen. In der Gruppe der heute 25- bis 30-jährigen lag das Einstiegsalter noch rund ein Jahr höher. Ältere Jahrgänge waren schon über 18, als sie mit dem Rauchen anfangen“ (Statistisches Landesamt 2007e). Gleichzeitig liegt der Anteil Jugendlicher, die noch nie geraucht haben, bei 60 % (MASGFF 2007g, S. 6).

Bei illegalen Drogen zeigt sich zum einen, dass die Hälfte der 12- bis 25-Jährigen „auf keinen Fall Drogen nehmen“ würden, wobei der Anteil seit 1986 um 16 Prozentpunkte – bedingt durch eine zunehmend positive Einstellung gegenüber Cannabis – gesunken ist (Mallmann 2007, S. 45). Hier ist allerdings auch das Alter, mit dem durchschnittlich zum ersten Mal Cannabis konsumiert wird, gesunken (2004: 16,4 Jahre). Zum anderen zeigt sich, dass die Distanz gegenüber anderen illegalen Drogen unverändert hoch bleibt: So lehnen 9 von 10 Jugendlichen einen Konsum ab.

Wie im Bereich der psychischen Gesundheit spielen auch im Bereich Sucht (Vor-)Erkrankungen der Eltern im Sinne einer erhöhten Gefährdung eine wesentliche Rolle: „Studien belegen, dass bundesweit ca. 2,65 Millionen Kinder unter 18 Jahren mit mindestens einem alkoholkranken Elternteil zusammenleben. (...) Kinder aus diesen suchtbelasteten Familien haben ein höheres Risiko, später selbst süchtig zu werden oder Ängste, Depressionen und andere psychische Störungen auszubilden“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 35). In Rheinland-Pfalz ist davon auszugehen, dass 100.000 Kinder in suchtbelasteten Familien aufwachsen (MASFG 2004d, S. 67).

Mit Blick auf die Kinder aus suchtbelasteten Familien spielt insbesondere die Vernetzung von Hilfsangeboten eine wesentliche Rolle.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert zahlreiche Maßnahmen, „mit denen die Situation der Kinder suchtkrank Menschen und der suchtkranken Eltern verbessert und positiv verändert werden kann“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 15).

Exemplarisch können „die Angebote des Büros für Suchtprävention (BfS) der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG)“ angeführt werden (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 15), welche das Thema auch in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Bspw. haben an der Schulung für Kindergruppenleitungen „Es tut gut, gehört zu werden“ „15 Fachkräfte

aus Rheinland-Pfalz teilgenommen, die aktuell Kindergruppen für diese Zielgruppe anbieten“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 15):

- „Kind s/Sucht Familie“ Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenschulungen,
- Arbeitskreis „Hilfen für Kinder aus suchtbelasteten Familien in Rheinland-Pfalz“.⁶⁰

Grundsätzlich kann auf zwei Ebenen über Angebote im Bereich Drogen und Sucht berichtet werden: „Das eine ist die primäre Prävention, die Suche nach Möglichkeiten, Kinder stark zu machen, damit sie der Versuchung, die Drogen darstellen, nicht erliegen. Das andere ist die sekundäre Prävention, die Arbeit mit Jugendlichen, die bereits im Drogenkontakt sind“ (Mallmann 2007, S. 46).

Hierzu werden im Land Rheinland-Pfalz zahlreiche Programme und Aktivitäten im schulischen und außerschulischen Bereich durch unterschiedliche Akteure durchgeführt. Hier sei jedoch auf die umfangreiche Zusammenstellung in der Antwort auf die große Anfrage der FDP „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch in Rheinland-Pfalz“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007k, S. 8 ff.) hingewiesen.

Berichtet wird exemplarisch über die beiden Projekte „SKOLL“ und „MOVE“, die durch das Büro für Suchtprävention der LZG im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen koordiniert und unterstützt werden.

- „SKOLL – Selbstkontrolltraining“⁶¹ „richtet sich an konsumierende Personen und stellt den Aspekt der Früherkennung und Frühintervention in den Mittelpunkt. Dieses Angebot gestaltet daher eine wichtige Schnittstelle zwischen der Suchtprävention und der Suchthilfe“.⁶² Das Gruppenangebot kann von den derzeit 34

⁶⁰ <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/suchtpraevention/projekte-u-angebote/kinder-aus-suchtbelasteten-familien/#c660>

⁶¹ <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/suchtpraevention/projekte-u-angebote/skoll/>

⁶² <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/suchtpraevention/projekte-u-angebote/skoll/>

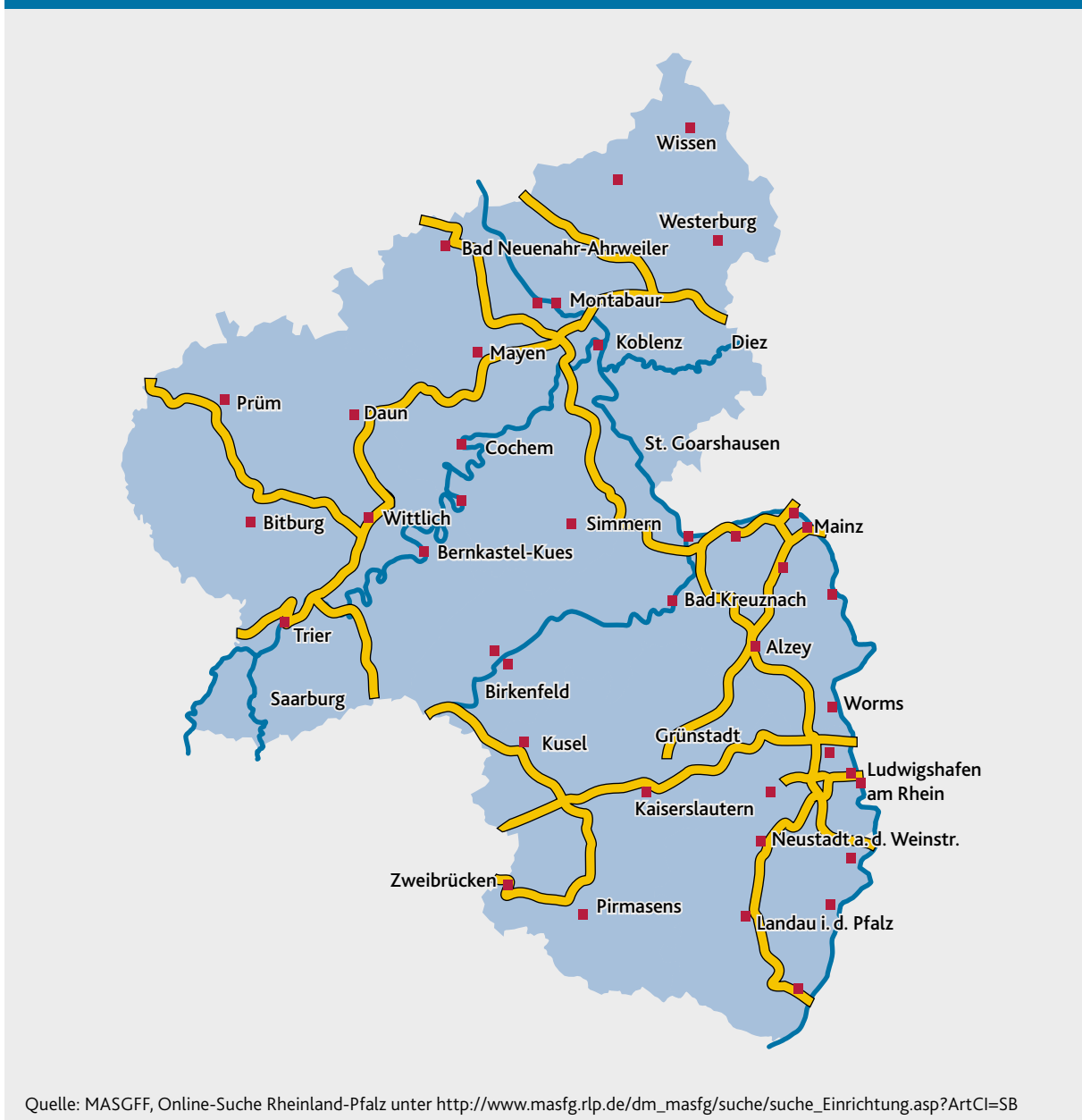
Trainerinnen und Trainern in Beratungsstellen, im schulischen Rahmen und als Baustein von beruflichen Maßnahmen angeboten werden.

- „MOVE – Motivierende Gesprächsführung mit konsumierenden Jugendlichen“ richtet sich seit 2005 zum einen an Fachkräfte – auch außerhalb von Beratungssettings – und bietet in „schwierigen Alltagssituationen“ Unterstützung, insbesondere im Zugang zu „Jugend-

lichen, die ein riskantes Konsumverhalten und geringe Veränderungsbereitschaft zeigen“.⁶³ Zum anderen wird MOVE als Fortbildung für Fachkräfte in Kindertagesstätten (Kita-MOVE) angeboten und setzt damit im Elementarbereich an. „Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung ernst zu nehmen und frühzeitig zu

⁶³ <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/suchtprevention/projekt-u-angebote/move/>

Abb. 50: Suchtberatungsstellen



erreichen, ist ein wichtiges Ziel der Suchtprävention. Die professionelle Arbeit mit schwer erreichbaren Eltern im frühkindlichen Bereich stellt somit einen wichtigen Beitrag dar und Kita-MOVE bietet mit der wertschätzenden Arbeitsweise der Motivierenden Gesprächsführung hier einen sinnvollen Rahmen der Zugangsmöglichkeit".⁶⁴

Weiterhin ist die Initiative „Viva Familia“ mit dem Projekt „Zu Gast bei Familie...- Famtische“ anzuführen. In Gesprächsrunden können Eltern „unter Anleitung ehrenamtlicher Moderatorinnen und Moderatoren Themen der Suchtprävention“ diskutieren und individuelle Lösungsansätze entwickeln (MASFG 2005d, S. 34). Ziel ist es, möglichst viele Eltern zu erreichen, die sich im gemeinsamen Austausch „aktiv mit dem Thema Suchtvorbeugung auseinandersetzen und so ihre Erziehungskompetenzen stärken“ (MASGF 2005d, S. 34).

In diesem Zusammenhang sind auch die Regionalen Arbeitskreise Suchtprävention zu nennen: Hier „sind die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure der Suchtprävention (Suchtberatungsstellen, Jugendämter, Schulen, Polizei, Krankenkassen) eingebunden. In Rheinland-Pfalz arbeiten aktuell (Stand: 31. 12. 2006) 34 Regionale Arbeitskreise“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007k, S. 13), in denen die Abstimmung und Umsetzung suchtpreventiver Maßnahmen erfolgt (ebd., S. 10).

Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung werden 44 Suchtberatungsstellen und 14 Außenstellen vorgehalten, deren Standorte die Karte in Abb. 50 verdeutlicht.

⁶⁴ <http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/suchtpraevention/projekte-u-angebote/move/>

Tabelle 10: Altersstruktur der Hilfesuchenden in den Suchtberatungsstellen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006

	unter 15	bis unter 18	bis unter 20	bis unter 25
Frauen	61	195	177	429
Männer	186	489	605	1.633
Gesamt	247	684	782	2.062
in %	1,6	4,5	5,1	13,5

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2007k, S. 13

Die letzte Zeile in Tabelle 10 verdeutlicht, dass die unter 25-Jährigen in der Summe einen Anteil von insgesamt nahezu 25 % an allen Hilfesuchenden in den rheinland-pfälzischen Suchtberatungsstellen ausmachen. D. h., jeder vierte Hilfesuchende ist ein junger Mensch unter 25 Jahren. Auch zeigt sich eine weitaus höhere Anzahl an männlichen Hilfesuchenden. Deutlich wird jedoch nicht, wie viele der Hilfesuchenden Eltern von suchtgefährdeten Kindern und Jugendlichen sind, was für die Suchtbelastung innerhalb der Familie und Unterstützungsangebote von Kindern aus suchtbelasteten Familien relevant wäre. Auch umgekehrt ist nicht erkennbar, wie viele der jungen Menschen die Beratungsstelle aufgrund einer Suchtproblematik eines Elternteils aufsuchen.

Allerdings ist „nach vorliegenden Untersuchungen (...) davon auszugehen, dass rund 70 Prozent der alkoholabhängigen suchtkranken Frauen Kinder haben und etwa 50 Prozent mit Kindern zusammenleben“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009m, S. 11).

Tabelle 11: Behandlungsdaten der stationären Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe

Jahr	unter 15-Jährige		15- bis 19-Jährige	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2002	–	–	30	130
2003	–	–	31	124
2004	–	–	29	144
2005	–	1	22	153
2006	–	–	20	146

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2007k, S. 14

Auch bezüglich der stationären Behandlungsdaten ist ein höherer Anteil junger Männer erkennbar. Während bei diesen zugleich ein Anstieg der Behandlungsdaten bis 2005 deutlich wird, sinken die entsprechenden Klientenzahlen der jungen Frauen von 30 stationären Fällen im Jahr 2002 auf 20 stationäre Fälle.

3.1.4 Schnittstellen zu Armut, Bildung und Migration sowie Ausblicke

In den Veröffentlichungen im Bereich der Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien sind nicht nur einzelne gesundheitsbezogene Aspekte sowie Erkrankungen bedeutsam, sondern auch die Schnittstellen zu den Themen Armut, Bildung und Migration.

Armut

Wie auch die in der letzten Zeit erschienenen Publikationen deutlich machen, ist neben den objektiv nachweisbaren Faktoren die gesundheitliche Verfassung stark von subjektiven Einschätzungen abhängig. Insgesamt ist von einem „potenzierenden Zusammenhang zwischen objektiven Einschränkungen der Gesundheit, sozialer Lage und negativem subjektiven Gesundheitsempfinden“ (MASFG 2005b S. 14) auszugehen. Daher muss auch den Lebensverhältnissen junger Menschen, wie beispielsweise dem Aufwachsen in Armut und armutsgefährdeten Lebenssituationen, besondere Bedeutung beigemessen werden. Denn „Kinder aus sozialökonomisch schlecht gestellten Familien haben gegenüber Kindern aus Familien mit einem hohen Sozialstatus deutlich höhere Risiken, z. B. Sprachstörungen oder Adipositas, Wahrnehmungs- oder psychomotorische Störungen sowie emotionale und soziale Störungen zu entwickeln“ (MASFG 2005b, S. 19).

„Kinder und Jugendliche mit einem geringeren sozialökonomischen Status weisen nach nahezu allen Merkmalen sowohl einen schlechteren Gesundheitszustand auf – das gilt für alle körperlichen und physischen Erkrankungen mit Ausnahme von Allergien und Neurodermitis – als auch ein

schlechteres subjektives Gesundheitsbefinden“ (MASFG 2005b, S. 19). Gleichzeitig ist das Gesundheitsbewusstsein geringer ausgeprägt, was in der Folge ein riskanteres Gesundheitsverhalten bedeutet. Zudem kommen Kindern in solch benachteiligten Lebenssituationen seltener Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen zugute. Sie werden insgesamt „wesentlich geringer durch gesundheitsfördernde Maßnahmen erreicht“ (ebd.).

Bildung

Im Hinblick auf den Bildungsaspekt sollen zwei einander bedingende Aspekte angeführt werden. Zum einen schafft eine gute gesundheitliche Verfassung die Grundlage für förderliche Lernvoraussetzungen und aktive Aneignung von Erfahrungen und Wissen (MASFG 2005b, S. 11). So zeigt sich bei höherer Bildung ein besserer Gesundheitszustand, insbesondere bei der männlichen Bevölkerung: „Männer mit niedriger Schulbildung haben zu 34 % einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand im Vergleich zu 51 % derjenigen mit mittlerer und 57 % derjenigen mit hoher Schulbildung. Für Frauen betragen die Vergleichswerte 30 % in der niedrigen, 47 % in der mittleren und 53 % in der hohen Bildungsgruppe. (...) Bildung hat dabei auch unabhängig von der Einkommenssituation einen Einfluss auf die Gesundheit“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008, S. 102).

Zum anderen ergibt sich „eine enge Beziehung zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit mit der Tendenz einer zunehmenden sozialen Polarisierung: Soziale Benachteiligung beeinträchtigt Gesundheit, fehlende Gesundheit wiederum minimiert Entwicklungspotentiale und Ressourcen und erhöht damit nachhaltig den Grad an sozialer Benachteiligung (Bildung, Integration, Partizipation und so weiter)“ (MASFG 2005b, S. 20).

Migrationshintergrund

Im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey hat sich das Robert-Koch-Institut (2008b) umfassend dem Gesundheitsverhalten und der körperlichen und

subjektiven Gesundheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland gewidmet. Über die bisherigen Informationen zu Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund im Bereich Gesundheit hinausgehend können hier differenziertere Angaben gemacht werden. Die Studie unterscheidet sowohl zwischen beidseitigem und einseitigem Migrationshintergrund als auch nach Herkunftsländern. An dieser Stelle soll lediglich auf einige zentrale Aspekte der Befunde des Robert-Koch-Instituts verwiesen werden:

- „Kinder und Jugendliche mit beidseitigem Migrationshintergrund sind mit 19,5 % überproportional häufig von Übergewicht betroffen. Kinder ohne bzw. mit einseitigem Migrationshintergrund weichen hingegen in ihren Anteilen kaum voneinander ab (14,1 % bzw. 13,7 %)“ (ebd., S. 120).
- „Akute Erkrankungen treten nach Angaben der Eltern bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund insgesamt etwas seltener auf als bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Allergische Krankheiten werden insgesamt für Migrantenkinder seltener berichtet als für Kinder ohne Migrationshintergrund“ (ebd., S. 120).
- „Die KiGGS-Daten zeigen einen weniger verbreiteten Tabak- und Alkoholkonsum unter Jugendlichen mit beidseitigem Migrationshintergrund als unter Jugendlichen ohne Migrationshintergrund“ (ebd., S. 121).
- „Die Beurteilung des Impfstatus von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfordert eine differenzierte Betrachtung der Gesamtgruppe der Migranten/-innen, da die Impfquoten in verschiedenen Untergruppen (Altersgruppen, Einwanderergenerationen, Herkunftsländer) sowie abhängig von der Art der Impfung sehr unterschiedlich sind. (...) Nach der Geburt Zugewanderte sind bedeutsam schlechter geimpft als in Deutschland geborene Kinder mit Migrationshintergrund. Hingegen sind in Deutschland geborene Kinder

und Jugendliche mit Migrationshintergrund insbesondere in den jüngeren Altersgruppen nicht schlechter durchimpft als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund“ (ebd., S. 123).

Ausblicke

Zunächst soll auf wesentliche Punkte, die bereits in der Veröffentlichung aus dem Jahre 2005 „Gesunde Familien – ein zentrales Anliegen der Familienbildung“ dargestellt wurden, Bezug genommen werden:

- „Gesundheit selber ist nicht machbar. Allerdings sind die Voraussetzungen für Gesundheit gestaltbar.
- Eine gesundheitsfördernde Lebensweise ist nicht angeboren. Sie muss vermittelt, erlernt und im Alltag nachhaltig gelebt werden.
- Gesundheitsfördernde Angebote werden schwerpunktmäßig von den Menschen wahrgenommen, die bereits ein Gesundheitsbewusstsein ausgebildet haben. Es bedarf neuer Methoden und Zugänge, um auch die Menschen zu erreichen, die auf gesundheitsfördernde Angebote besonders angewiesen sind.
- Gesundheit steht immer auch im Kontext von Umwelt und Gesellschaft. Sie stellen als Rahmenbedingungen sowohl Grenzen als auch Chancen für die Gesundheit jedes einzelnen Menschen dar“ (MASFG 2005b, S. 6).

Deutlich wurde in der Zusammenstellung mit Fokus auf die Schnittstellen öffentlicher und privater Verantwortung sowie der bisherigen Themen in öffentlicher Verantwortung, dass die oben aufgeführten Punkte bereits umfangreich beachtet worden sind. Auch gibt es zahlreiche Initiativen und Projekte des Landes, die sich mit dem bewährtem Konzept und umfassend mit der Gesundheit von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen auseinandersetzen.

Insbesondere die Frühen Hilfen sowie die Suchtprävention haben in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit erhalten. Auch ist die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie deren Eltern durch die Frühförderzentren in Rheinland-Pfalz beachtenswert.

Mit Blick auf die im 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zusammengestellten Themen nach Altersschwerpunkten werden allerdings auch die Punkte deutlich, denen sich Gesundheitsberichterstattung in kommenden Publikationen noch widmen sollte.

Insbesondere im Hinblick auf die Datensituation sind zunächst die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen abzuwarten: Spannend wird hier sein, wie sich die deutlichen regionalen Unterschiede in den Landkreisen und kreisfreien Städten zukünftig entwickeln werden.

Auch mit Blick auf die Evaluation der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen bleibt mit Spannung zu erwarten, inwieweit sich die Einführung des LKindSchuG bereits deutlich macht und welche Erkenntnisse hier für die weitere gesundheitliche Prävention gewonnen werden können.

Allerdings soll hier erneut auf die noch ausbaufähige Datenbasis verwiesen werden. Anhand der vorliegenden Berichte können zahlreiche Angebote und Initiativen abgebildet werden, allerdings ist über die Nutzerinnen und Nutzer und die Effekte bzw. Wirkung wenig bekannt. Dies ist nicht nur für künftige politische Maßnahmen und die Platzierung weiterer Modellprojekte äußerst bedeutsam, sondern auch im Hinblick auf das grundsätzliche Verständnis von Gesundheit, gesundheitlicher Förderung und Versorgung. Soll Gesundheit, wie sie im positiven Sinne definiert ist, für Rheinland-Pfalz künftig abgebildet werden, sind weitere Erhebungen unbedingt notwendig. Denkbar wäre auch eine detaillierte Befragung der Kinder und Jugendlichen selbst, um Auskünfte über das subjektiv erlebte Wohlbefinden treffen zu können.

Den bedeutsamen Einflussgrößen Bildung und Armut sowie den spezifischen Besonderheiten im Hinblick auf den kulturellen Hintergrund junger Menschen wurde in den Veröffentlichungen bereits umfassend Beachtung geschenkt. Anhand von differenzierten Daten sind diese Zusammenhänge jedoch bisher nur bedingt berücksichtigt worden. Um hier weiterführende Erkenntnisse und insbesondere Anknüpfungspunkte für landespolitische Maßnahmen und Initiativen zu erhalten, wäre es sinnvoll, auch in diesem Punkt über eine erweiterte bzw. differenziertere Datenbasis verfügen zu können.

3.2 Kinder- und Jugendhilfe

Mit Kinder- und Jugendhilfe wird ein vielfältiges Angebot von Leistungen und Aufgaben bezeichnet, die in überwiegend kommunaler Verantwortung das Recht jedes Kindes auf „seine Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ realisieren sollen, so anspruchsvoll und weitreichend formuliert es der Bundesgesetzgeber in § 1 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuches (SGB VIII). Dieses Kapitel folgt in der Darstellung dieses Handlungsfeldes weitgehend den Paragrafen des Gesetzes, zuvor soll unter der programmatischen Überschrift „Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut“ der Zusammenhang skizziert werden, in dem die hier im Einzelnen vorgestellten Leistungen und Aufgaben wirkungsvoll ihre „öffentliche Verantwortung“ für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Städten und Kreisen des Landes gestalten können.

Basis einer in diesem Sinne wirksamen Kinder- und Jugendhilfe ist eine für Kinder, Jugendliche und Familien möglichst selbstverständlich zugängliche Infrastruktur örtlicher Unterstützung und Entlastung elterlicher Versorgungs-, von Betreuungs- und Bildungsaufgaben für Kinder und Jugendliche. Hierfür sind insbesondere die Arbeitsbereiche Kindertagesbetreuung, Beratung und Familienbildung zuständig. Weiter gehören sozialräumlich ausgerichtete und zielgruppenspezifische Angebote der Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendsozialarbeit zur erforderlichen Basis einer guten Jugendhilfeinfrastruktur in einer Kommune. Von allgemeinen Angeboten der Freizeitgestaltung und außerschulischen Bildung bis zu besonderen Programmen der Förderung und Unterstützung sichern diese Angebote und Einrichtungen die Bildung und Integration der nachwachsenden Generation gleichwertig neben Familie und Schule. Solche Infrastruktureinrichtungen und -angebote fördern und unterstützen „positive Lebensbedingungen für Familien und Kinder“ (§ 1 Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII) und bauen auf oder gleichen aus, womit Kinder und Jugendliche

jeweils an hinderlichen, belastenden oder schädigenden Lebensbedingungen in ihren Familien und im sozialen Umfeld konfrontiert sind.

Die grundsätzlich einzelfallorientierten Hilfen zur Erziehung sind darüber hinaus ein notwendiger Ausgleich, wenn Kinder und Familien aufgrund zu großer individueller Belastung und zu geringer infrastruktureller Entlastung in akute Not und Krisen geraten. Trotz vielfältiger Jugendhilfeleistungen der Entlastung, Unterstützung und Kompensation wird es darüber hinaus auch immer zu unvorhergesehenen Not- und Krisensituationen von Kindern und Familien kommen können, die dann schnelle und ausreichende Kriseninterventionen erforderlich machen. Gefährdungen für das Wohl von Kindern müssen erkannt, richtig eingeschätzt und zuverlässig abgewendet werden, so verlangt es nicht nur das Grundgesetz (Wächteramt), sondern auch eine als Ganzes für die Entwicklung junger Menschen positiv wirksame Jugendhilfe.

Den hier nur knapp skizzierten Zusammenhang von Infrastruktur und Intervention zeigt das Schaubild in Abb. 51 unter dem programmatischen Titel „Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut“. Es will damit auf den „paradoxen“ Zusammenhang ausreichend entwickelter Infrastrukturangebote und unverzichtbarer Interventionsleistungen aufmerksam machen:

- Einerseits ermöglicht erst eine ausreichende Infrastruktur der Förderung, Bildung und Betreuung für alle jungen Menschen auch frühzeitige Unterstützung und Entlastung in Belastungs- und Krisensituationen;
- andererseits erfordern darüber hinaus notwendige und fast immer kostenintensive Hilfeleistungen (Interventionen) im Einzelfall so viel Geld, dass für Aufbau und Pflege ebendieser Infrastruktur der Jugendarbeit, Familienbildung und niedrigschwelliger Beratung kaum ausreichend öffentliche Mittel verfügbar bleiben.

Die zentrale Herausforderung kommunaler Planung und Gewährleistung bleibt es, in diesem Dilemma eine wirksame örtliche Kinder- und Jugendhilfe zu gestalten.

Welche besonderen Leistungen, aber auch welche Probleme dabei im Vergleich der in der Hauptsache zuständigen Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz deutlich werden, darüber berichten die folgenden Kapitel in der Reihenfolge der Lebensalter und Paragrafen:

- über die Leistungen der Kindertagesbetreuung, hier vor allem über die unterschiedliche Inanspruchnahme;
- über die Infrastruktur und Förderung der Familienbildung und Familien- und Erziehungsberatung;
- über Leistungen der Jugendarbeit und Jugendbildung, hier vor allem über die vielfältigen Angebotsformen und ihre Finanzierung über den Landesjugendplan; ergänzt wird dieser Berichtsteil um Informationen über weitere Angebote kultureller, musischer und naturbezogener Bildung für Kinder und Jugendliche; Förderung der Jugendverbände;
- über Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfen;
- über den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz;
- über die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung in den Städten und Kreisen;
- über Kinderschutz und familiengerichtliche Entscheidungen sowie
- über die Jugendgerichtshilfen und Jugendstrafrechtspflege in Rheinland-Pfalz.

Diese Aufzählung macht nochmals die Breite und Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe deutlich, aber auch die Notwendigkeit begrenzender Berichterstattung. Entsprechend dem Berichtsauftrag wird daher in diesem Teil vor allem – soweit es verfü-

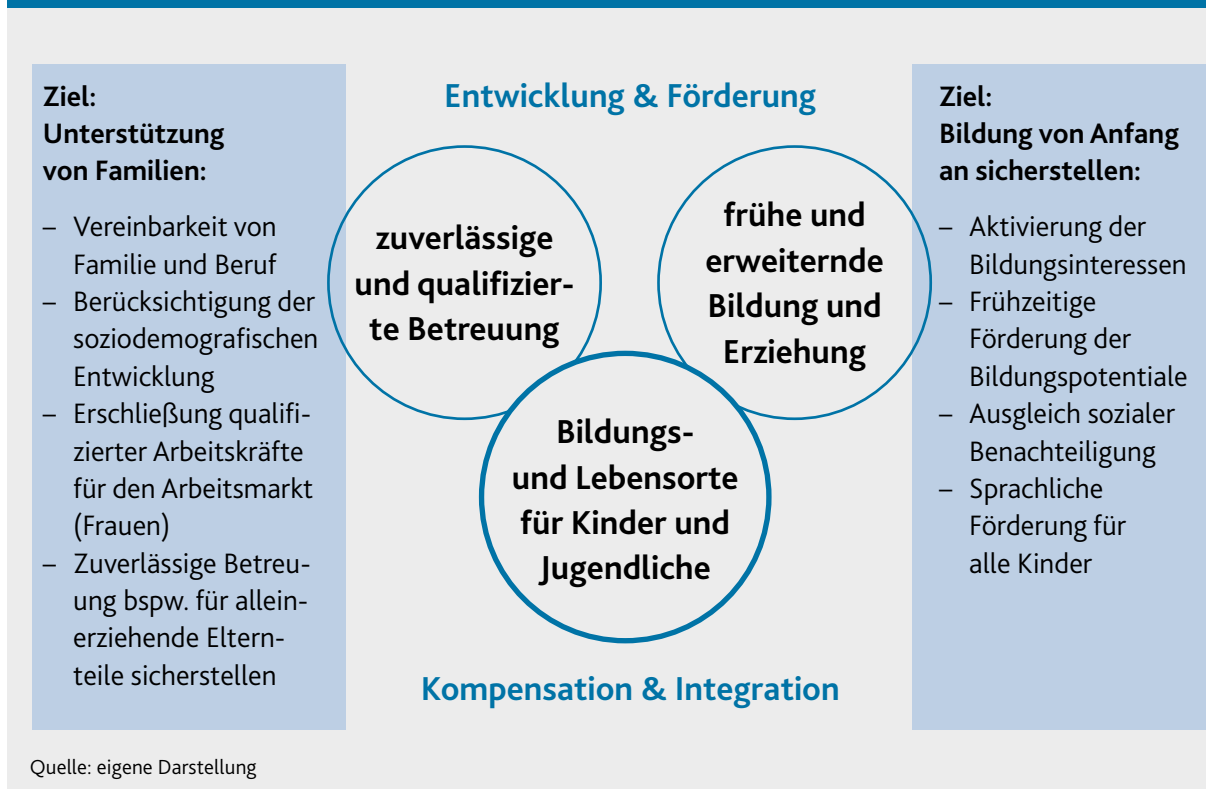
Abb. 51: Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut



bare Daten zulassen – über die Inanspruchnahme und Nutzung der Leistungen und Angebote in der Differenzierung nach Städten und Kreisen berichtet; wo dies nicht möglich ist, wird über regionale Infrastrukturentwicklung und Landesförderung informiert. Diese Einschränkungen sind auch deshalb an dieser Stelle vertretbar, da über das gesamte Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe in zahlreichen anderen Landesberichten aktuell Auskunft gegeben wird; dies trifft in umfassender Weise auf die Berichterstattung zu Hilfen zur Erziehung zu. Auf die entsprechenden Landesberichte wird in den jeweiligen Kapiteln Bezug genommen.

Thematisch vertiefende Analysen auch zu den Leistungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe finden sich in den Kapiteln 6 bis 8 des vorliegenden Berichts.

Abb. 52: Anforderungsprofil an Tagesbetreuung für Kinder und Jugendliche



3.2.1 Leistungen der Kindertagesbetreuung

Im März 2009 „gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2.417 Tageseinrichtungen, in denen 139.115 Kinder betreut wurden“ (Statistisches Landesamt 2009af, S. 911).⁶⁵ Diese Kindertageseinrichtungen im Land sind ausgesprochen vielfältig, durch unterschiedliche Trägerschaft, pädagogische Konzepte und Methoden geprägt.

„Gute Förderung und Betreuung in Kindergärten und Krippen können entscheidend zur sozialen, emotionalen, sprachlichen und kognitiven Entwicklung der Kinder beitragen und helfen, soziale Benachteiligungen zu verringern“ (UNICEF 2008, S. 1), so die inzwischen weitgehend akzeptierte Einschätzung über die Bedeutung der Kindertagesbetreuung für ein gelingendes Aufwachsen

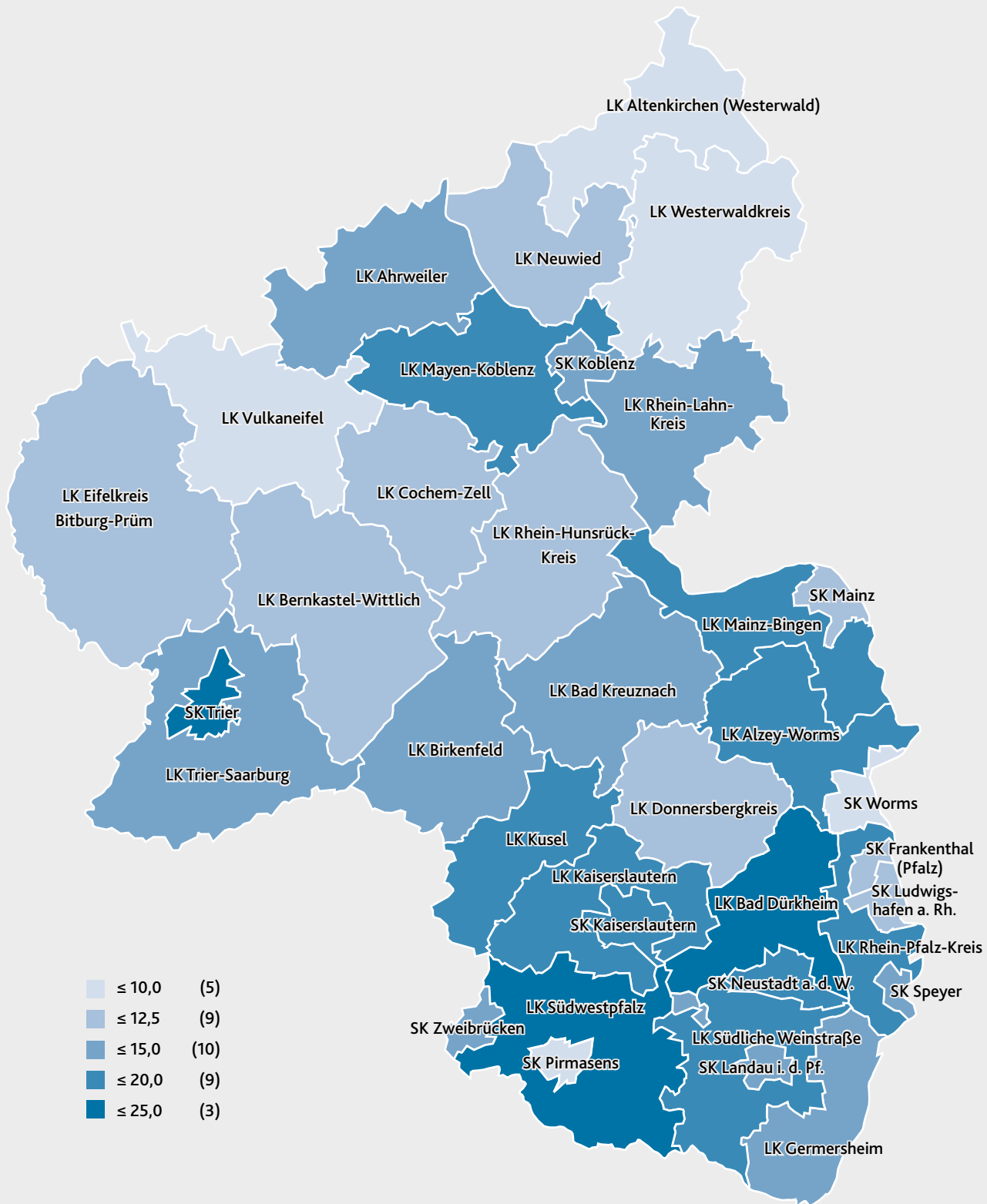
⁶⁵ „Neben Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 25.577 Hortplätze für Schulkinder enthalten“ (Statistisches Landesamt 2009af, S. 911).

von Kindern. Kindertagesstätten sind damit zu bedeutsamen Bildungs- und Lernorten für Kinder und Eltern geworden. In Abb. 52 werden zentrale Ziele und Anforderungen der Tagesbetreuung für Kinder dargestellt.

Weiterführende und vertiefende Analysen zur Bedeutung und Qualität der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz werden in Kapitel 6 vorgestellt. Im Folgenden wird vor allem zu zwei Fragestellungen über die Leistungen der Kindertagesbetreuung in den Städten und Kreisen des Landes berichtet:

- Wie viele Kinder in welchen Altersgruppen besuchen Kindertageseinrichtungen (Besuchsquoten)?
- Wie weit ist die Integration von Kindern mit Behinderungen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung gelungen?

Abb. 53: Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen am 15.03.2008



Quelle: Statistisches Landesamt 2008g, S. 100; (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

Besucherquoten in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz

Mit dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ und dem Ausbau von Plätzen für unter 3-Jährige sowie der Einführung der Beitragsfreiheit für den Besuch einer Kindertageseinrichtung für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr ab dem Jahr 2010 wird in Rheinland-Pfalz das ehrgeizige Ziel verfolgt, allen Kindern die Möglichkeit zu eröffnen, eine Kindertagesstätte zu besuchen. Damit sollen sowohl allen Kindern gleichberechtigte Bildungschancen von Anfang an eröffnet als auch Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden.

Wie weit dieses Ausbauprogramm bereits zahlenmäßig umgesetzt ist, zeigen die Übersichten im Vergleich der Städte und Landkreise (siehe Abb. 53).

Durchschnittlich besuchten am Stichtag 15. 03. 2008 in Rheinland-Pfalz 13,9 % der unter 3-Jährigen eine Kindertageseinrichtung. Den höchsten Wert erreicht mit 23,7 % die kreisfreie Stadt Trier, dicht gefolgt von der Südwestpfalz mit 22,2 % und Bad Dürkheim mit 20,2 %. Der niedrigste Anteilswert ist in der kreisfreien Stadt Worms zu verzeichnen. Hier besuchen nur 7,4 % der Kinder unter 3 Jahren eine Kindertagesstätte. Neben Worms erreichen auch die Landkreise und die kreisfreie Stadt Altenkirchen (8,5 %), Westerwaldkreis (8,7 %), Vulkaneifel (9,4 %) und Pirmasens (9,5 %) bisher nur eine unter 10%-ige Besuchsquote für Kinder unter 3 Jahren.

16 Landkreise und Städte liegen im Mittelfeld zwischen 10 % und unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt von 13,8 % und 12 Landkreise und Städte oberhalb des rheinland-pfälzischen Landesdurchschnittes.

Neben den Angeboten für unter 3-Jährige in Einrichtungen sind auch die Leistungen der Tagespflege – also der Betreuung von Kindern in geeigneten Pflegeverhältnissen – eine bedeutsame Angebotsform für kleine Kinder. Den Anteil der Tagespflege und die Entwicklung des Platzangebotes der vergangenen vier Jahre zeigt Abb. 54:

Abb. 54: Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege 2006 bis 2009



Im Jahr 2009 liegt der Anteil der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen an der gleichaltrigen Bevölkerung bei 16,1 %, der Anteil öffentlich geförderter Tagespflege bei 1,4 %. Im Vergleich zum Jahr 2006 ist eine deutliche Steigerung erkennbar. Im Vergleich zum Jahr 2008 in absoluten Zahlen wurden insgesamt 3.321 Kinder in Tagespflege betreut: „Das waren fast 600 mehr als ein Jahr zuvor. Rein privat organisierte und finanzierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind (dabei) statistisch nicht erfasst“ (Statistisches Landesamt 2009ac).

Die Betreuungsquote der 0- bis unter 3-Jährigen liegt im Bundesvergleich durchschnittlich bei 20,4 %; dieser Durchschnittswert verdeckt allerdings die gravierenden Unterschiede zwischen den „alten“ West-Ländern (14,6 %) und den „neuen“ Ländern im Osten (46 %) (Statistisches Bundesamt 2009g). In Rheinland-Pfalz sind 17,6 % der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren in einer Tagesbetreuung. Somit liegt Rheinland-Pfalz knapp 3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, aber dennoch über dem Durchschnitt der West-Länder.

Die durchschnittliche Kita-Besuchsquote der 3- bis unter 6-Jährigen liegt in Rheinland-Pfalz bei 96,7 % und damit leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 92 %. Dieser hohe Wert wird von 19 der insgesamt 36 Landkreise und Städte noch überschritten (siehe Abb. 56).

17 Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz liegen unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt. Der Landkreis Altenkirchen (91 %), der Landkreis Cochem-Zell (91,5 %) und der Landkreis Neuwied (91,9 %) zeigen die niedrigsten Werte auf.

Abb. 55: Kinder unter 6 Jahren in Tagesbetreuung sowie Betreuungsquoten am 01.03.2009

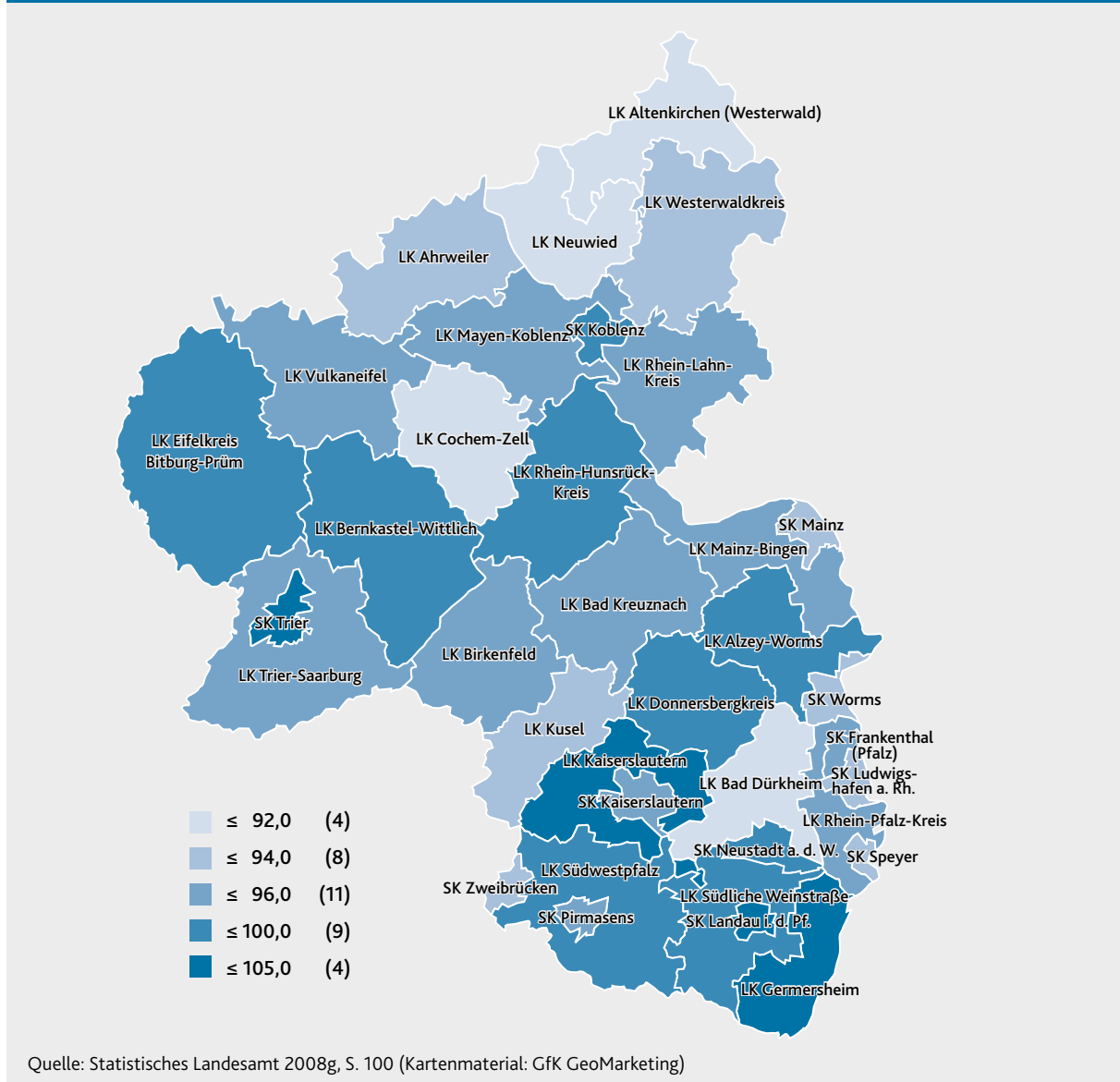
	insgesamt		davon Kinder unter 3 Jahren		davon Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	
	Anzahl	Anzahl	Betreuungsquote ¹⁾	Anzahl	Betreuungsquote ²⁾	
Baden-Württemberg	323.657	44.472	15,9	279.185	95,8	
Bayern	349.694	50.556	15,7	299.138	89,5	
Berlin	117.108	38.293	41,6	78.815	94,2	
Brandenburg	81.859	27.305	48,3	54.554	95,1	
Bremen	16.040	2.243	13,8	13.797	87,9	
Hamburg	49.757	12.538	25,7	37.219	81,8 ²⁾	
Hessen	174.353	25.491	16,3	148.862	92,5	
Mecklenburg-Vorpommern	54.971	19.038	49,6	35.933	95,1	
Niedersachsen	210.721	23.529	12,0	187.192	88,8	
Nordrhein-Westfalen	483.144	52.508	11,6	430.636	91,4	
Rheinland-Pfalz	115.721	17.135	17,6	98.586	96,7	
Saarland	24.773	3.281	15,2	21.492	94,3	
Sachsen	132.915	40.418	40,1	92.497	95,0	
Sachsen-Anhalt	76.150	28.541	55,1	47.609	94,4	
Schleswig-Holstein	74.181	10.099	14,5	64.082	86,3	
Thüringen	70.111	21.743	42,8	48.368	95,9	
Deutschland	2.355.155	417.190	20,4	1.937.965	92,0	
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	1.822.041	241.852	14,6	1.580.189	91,4	
Neue Länder ohne Berlin	416.006	137.045	46,0	278.961	95,1	

¹⁾ Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe.

²⁾ Zusätzlich 8,1 % der Kinder in vorschulischen Einrichtungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009g

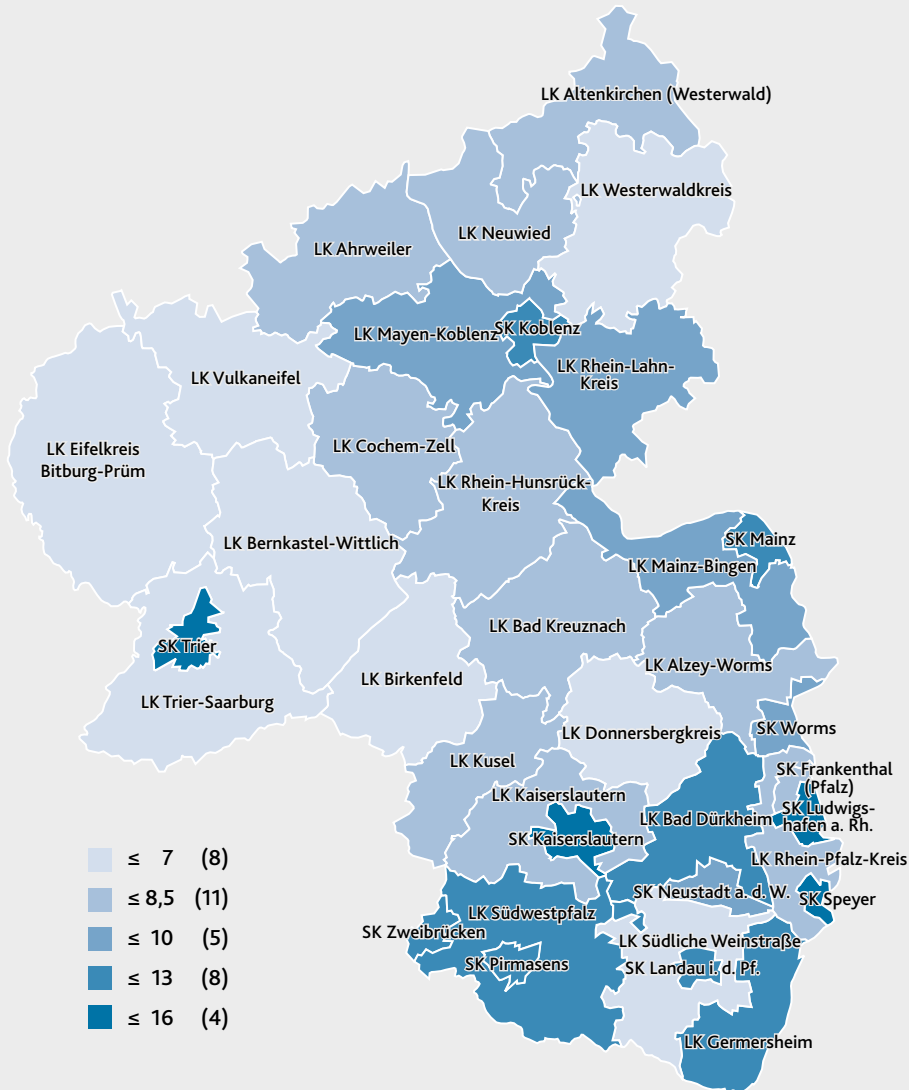
Abb. 56: Kita-Besuchsquote der 3- bis unter 6-Jährigen am 15.03.2008



Die Besuchsquote der 6- bis 13-Jährigen in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich dazu deutlich geringer. Vermutet werden kann ein Zusammenhang mit dem Ausbau der Ganztagsschulangebote in den letzten Jahren. Der rheinland-pfälzische Durchschnitt liegt bei 9 % in dieser Altersgruppe. Die geringste Besuchsquote ist im Landkreis Trier-Saarburg mit 6,4 % zu verzeichnen. Weiterhin erreichen die Landkreise Vulkaneifel (6,6 %), Donnersbergkreis (6,6 %), Birkenfeld (6,6 %), Eifelkreis Bitburg-Prüm (6,8 %) und Westerwaldkreis (6,9 %) keine 7 % und liegen

somit ebenso im unteren Bereich. Die kreisfreie Stadt Speyer belegt mit 15,5 % die höchste Besuchsquote in der Gruppe der 6- bis 13-Jährigen. Mit einem Abstand von 1,1 Prozentpunkten folgen gleichauf die kreisfreien Städte Trier (14,4 %) und Ludwigshafen (14,4 %). Festzuhalten ist, dass von 36 Landkreisen und kreisfreien Städten lediglich 13 eine Besuchsquote der 6- bis 13-Jährigen von über 10 % verzeichnen können, der Maximalwert liegt bei 15,5 %.

Abb. 57: Kita-Besuchsquote der 6- bis 13-jährigen am 15.03.2008



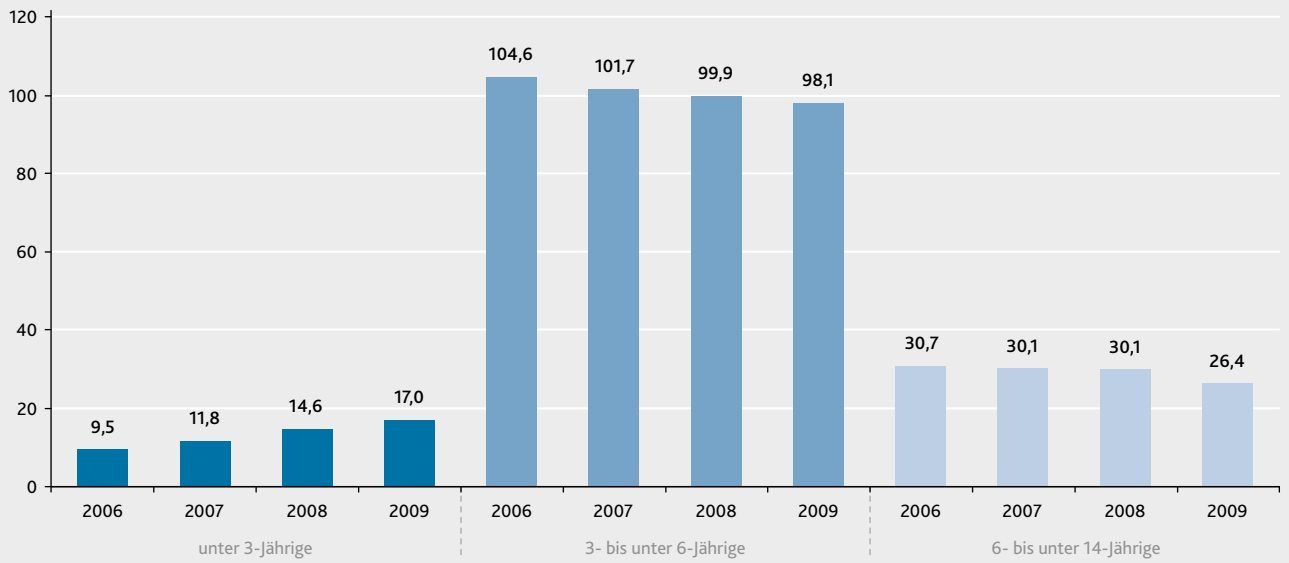
Quelle: Statistisches Landesamt 2008g, S. 100; (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

Zusammenfassend zeigen die Abbildungen 58 und 59 für Rheinland-Pfalz insgesamt die Entwicklung der absoluten Zahlen der Kinder in Tageseinrichtungen sowie der Besuchsquoten jeweils differenziert nach Altersklassen.

Der Blick auf die absoluten Zahlen der 3- bis unter 6-jährigen in Tagesbetreuung zeigt, dass „immer weniger Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tageseinrichtung aufsuchen. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels, denn auch die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt

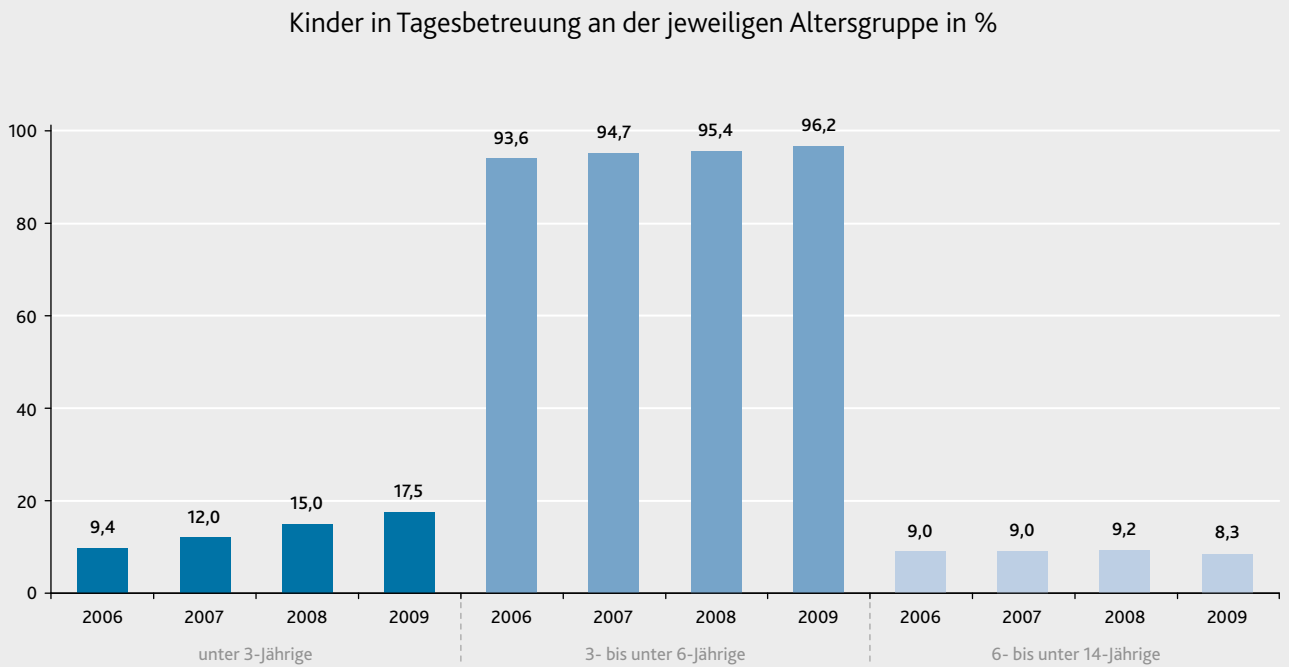
aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen seit Jahren ab“ (Statistisches Landesamt 2009af, S. 914). Im gleichen Zeitraum ist allerdings die relative Inanspruchnahme von 93,6 % auf 96,2 % gestiegen. „Dies kann zum einen Ausdruck dafür sein, dass vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein größerer Teil der Eltern ihre Kinder außerhalb der Familie betreut sehen wollen. Zum anderen können aber auch vermutlich die durch die Einrichtungen vorgehaltenen Plätze bei sinkender absoluter Nachfrage verstärkt in Anspruch genommen werden“ (ebd.).

Abb. 58: Kinder in Tagesbetreuung 2006 bis 2009 nach dem Alter (in Tausend)



Quelle: Statistisches Landesamt 2009af, S. 913

Abb. 59: Betreuungsquote 2006 bis 2009 nach dem Alter



Quelle: Statistisches Landesamt 2009af, S. 913

Für die Altersgruppe der unter 3-Jährigen zeigt sich sowohl bei den absoluten Zahlen als auch bei den Anteilswerten ein deutlicher Anstieg, wenngleich beide Werte deutlich unter denjenigen für die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen liegen.

Für Rheinland-Pfalz zeigen sich im Bundesvergleich im Hinblick auf die Betreuungszeiten die deutlichsten Abweichungen für die Vor- und

Nachmittagsbetreuung ohne Mittagessen: Mit einem Wert von 23,4 % liegt Rheinland-Pfalz mit über 10 Prozentpunkten über dem Durchschnitt. Höhere Anteilswerte für diese Betreuungszeiten ergeben sich lediglich in Baden-Württemberg (34,6 %) und Nordrhein-Westfalen (27,1 %).

Tabelle 12: Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen nach täglicher Betreuungszeit am 15. 03. 2008 nach Bundesländern (Angaben absolut und in %)

		bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis zu 7 Stunden	vor- und nach- mittags ohne Mittagsbetreuung	mehr als 7 Stunden
Baden-Württemberg	320.678	11,4	44,4	34,6	9,7
Bayern	352.564	33,3	42,7	1,0	23,0
Berlin	80.984	9,7	32,5	0,0	57,8
Brandenburg	63.075	5,6	42,5	0,0	51,9
Bremen	16.022	36,0	40,8	0,0	23,2
Hamburg	41.404	46,5	16,1	0,1	37,3
Hessen	179.430	34,4	26,8	6,3	32,5
Mecklenburg-Vorpommern	43.408	7,2	37,0	0,2	55,6
Niedersachsen	231.334	70,7	16,2	0,6	12,5
Nordrhein-Westfalen	519.303	12,9	30,2	27,1	29,7
Rheinland-Pfalz	120.556	21,3	30,2	23,4	25,1
Saarland	26.582	25,4	40,0	13,9	20,6
Sachsen	111.957	8,5	21,3	0,0	70,2
Sachsen-Anhalt	58.703	38,0	3,6	0,1	58,3
Schleswig-Holstein	80.089	60,0	24,7	0,4	15,0
Thüringen	58.956	5,7	5,8	0,0	88,5
Ost-D (mit Berlin)	417.083	11,9	23,6	0,0	64,4
West-D (ohne Berlin)	1.887.962	29,2	32,6	15,9	22,3
D (mit Berlin)	2.305.045	26,1	31,0	13,0	29,9

Quelle: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009b, S. 257 f.

Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten

Die Konzeption von Angeboten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verändert, von einer spezialisierten Förderung in Sondereinrichtungen hin zu einer gemeinsamen Förderung und Erziehung in integrativen Einrichtungen. Grundsätzlich wird dabei eine Integration in Regeleinrichtungen und „die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung angestrebt“ (DJI 2008b,

S. 141). Als integrative Einrichtung wird in der Kinder- und Jugendhilfestatistik jede Einrichtung gezählt, in der mindestens ein behindertes Kind betreut wird. Für Rheinland-Pfalz kann festgestellt werden, dass, verglichen mit den Zahlen von 2002, einerseits mehr Tagesplätze in Sondereinrichtungen zur Verfügung gestellt werden: 616 Plätzen im Jahr 2002 stehen 821 im Jahr 2006 gegenüber. Andererseits sind aber auch mehr integrative Plätze geschaffen worden: 1.372 (2002) und 1.831 (2006). Der Anteil integrativ betreuter

Abb. 60: Plätze für Kinder mit Behinderungen nach Art der Einrichtung 31. 12. 2002¹⁾ und Kinder mit Behinderungen nach Art der Einrichtung 15. 03. 2006 in den Bundesländern (Anzahl in %)

Bundesländer	31. 12. 2002 Plätze für Kinder mit Behinderungen		15. 03. 2006 Kinder mit Behinderungen		
	in Sonder- einrichtungen	in integrativen Einrichtungen	in Sonder- einrichtungen	in integrativen Einrichtungen	Anteil integrativ- betreuter Kinder
	absolut		absolut		in %
Baden-Württemberg	95	3.363	277	2.667	90,6
Bayern	90	3.163	1.119	3.374	75,1
Berlin	312	3.685	28	3.400	99,2
Brandenburg	965	1.475	552	1.455	72,5
Bremen	12	994	11	651	98,3
Hamburg	20	862	387	897	69,9
Hessen	89	4.816	448	3.948	89,8
Mecklenburg-Vorpommern	334	1.537	314	1.456	82,3
Niedersachsen	4.519	3.582	4.324	3.149	42,1
Nordrhein-Westfalen	1.504	7.894	1.531	8.780	85,2
Rheinland-Pfalz	616	1.372	821	1.831	69,0
Saarland	64	399	200	669	77,0
Sachsen	2.036	5.507	2.182	2.674	55,1
Sachsen-Anhalt	0	1.939	67	2.028	96,8
Schleswig-Holstein	407	2.267	453	2.477	84,5
Thüringen	0	2.374	0	2.648	100
D (mit Berlin)	11.063	45.229	12.714	42.104	76,8
O-D (ohne Berlin)	3.335	12.832	3.115	10.261	76,7
W-D (ohne Berlin)	7.416	28.712	9.571	28.443	74,8

¹⁾ Auf eine Ausweisung des Prozentanteils der integrativen Plätze in 2002 wurde verzichtet aufgrund der oben im Text begründeten anzunehmenden Überschätzung der Integrationsplätze.

Quelle: DJI 2008b, S. 147

Kinder im Jahr 2006 liegt mit einem Wert von 69 % allerdings unter dem Bundesdurchschnitt von 76,8 %.

Ein Anteil von 14,7 % integrativer Einrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen ist im Vergleich der Bundesländer ebenfalls unterdurchschnittlich; allerdings erreichen diese Einrichtungen

mit durchschnittlich 5,3 betreuten Kindern pro integrative Einrichtung einen überdurchschnittlichen Wert. Auch ist eine deutliche Zunahme der integrativen Einrichtungen festzustellen: Zwischen 2002 und 2006 hat sich die Anzahl der integrativen Einrichtungen fast verdoppelt, wie Abbildung 61 erkennen lässt; aktuellere Zahlen liegen nicht vor.

Abb. 61: Integrative Einrichtungen für Kinder mit Behinderungen in den Bundesländern am 31. 12. 2002 und 15. 03. 2006 (Anzahl in %; Mittelwert)

	Integrative Einrichtungen		Anteil der integrativen Einrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen		Durchschnittliche Zahl behinderter Kinder pro integrative Einrichtung
	2002	2006	2002	2006	2006
Bundesländer	absolut		in %		Mittelwert
Baden-Württemberg	1.674	2.071	22,5	27,0	1,3
Bayern	883	1.378	12,2	18,8	2,4
Berlin	618	787	30,4	46,0	4,3
Brandenburg	158	232	9,0	13,9	6,3
Bremen	107	165	27,0	40,7	3,9
Hamburg	109	159	12,1	17,1	5,6
Hessen	1.543	1.648	43,6	44,9	2,4
Mecklenburg-Vorpommern	139	176	13,6	17,5	8,3
Niedersachsen	711	882	17,1	21,2	3,6
Nordrhein-Westfalen	1.749	2.512	18,8	26,3	3,5
Rheinland-Pfalz	174	346	7,4	14,7	5,3
Saarland	147	238	29,3	48,3	2,8
Sachsen	910	923	34,2	35,2	2,9
Sachsen-Anhalt	149	165	8,6	9,8	12,3
Schleswig-Holstein	484	691	29,6	43,1	3,6
Thüringen	270	391	19,6	28,7	6,8
D (mit Berlin)	9.825	12.764	20,5	26,5	3,3
O-D (ohne Berlin)	1.626	1.887	19,0	22,6	5,4
W-D (ohne Berlin)	7.581	10.090	20,2	26,4	2,8

Quelle: DJI 2008b, S. 148

Auch in Rheinland-Pfalz wird die größte Anzahl der Kinder mit Behinderung integrativ in Kindertageseinrichtungen betreut. „Damit hat der Kindergarten für behinderte Kinder gleichermaßen wie für nichtbehinderte eine herausgehobene Bedeutung als Sozialisations- und Bildungsangebot“ (DJI 2008b, S. 150). Für ältere Kinder und für Jugendliche gilt immer noch: „Schulpflichtige Kinder mit Behinderungen werden zu etwa 90 % in Sonderschulen unterrichtet“ (DJI 2008b, S. 150).

Abb. 62: Kinder mit Behinderungen nach Alter

Bundesländer	Kinder insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren		
		0–3	3 bis Schuleintritt	5–14 (Schulkinder)
Baden-Württemberg	2.944	68	2.713	163
Bayern	4.493	106	3.961	426
Berlin	3.428	307	3.115	6
Brandenburg	2.007	127	1.470	410
Bremen	662	15	514	133
Hamburg	1.284	70	1.102	112
Hessen	4.396	50	3.997	349
Mecklenburg-Vorpommern	1.770	36	1.629	105
Niedersachsen	7.473	14	7.081	378
Nordrhein-Westfalen	10.311	102	9.914	295
Rheinland-Pfalz	2.652	49	2.478	125
Saarland	869	20	828	21
Sachsen	4.856	200	3.893	763
Sachsen-Anhalt	2.095	161	1.807	127
Schleswig-Holstein	2.930	52	2.780	98
Thüringen	2.648	233	2.413	2
D (mit Berlin)	54.818	1.610	49.695	3.513
O-D (ohne Berlin)	13.376	757	11.212	1.407
W-D (ohne Berlin)	38.014	546	35.368	2.100

Quelle: DJI 2008b, S. 151

3.2.2 Familienbildung und Erziehungsberatung

Familienbildung

Angebote und Leistungen der Familienbildung haben einen umfassenden und anspruchsvollen gesetzlichen Auftrag; sie sollen: „auf die Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe und Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten“ (§ 16 Abs. 2 SGB VIII). Die Angebotsformen sind vielfältig, von Familienbildungsstätten und Familienbildungsnetzwerken, Häusern der Familie und Familien-, Eltern-Kind-, oder Mütterzentren bis zu Eltern-Schulen und lokalen Initiativen der Elternbildung und -beratung. Ziel all dieser Aktivitäten soll sein: „Mütter und Väter sowie andere Erziehungsberechtigte (so zu stärken, dass sie) ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können“ (§ 16 Abs. 1 SGB VIII).

In den Regionen des Landes Rheinland-Pfalz sind zahlreiche Angebote und Träger der Familienbildung aktiv und bieten ein breites Spektrum von „formellen und informellen Bildungsmaßnahmen, die dazu dienen, Eltern- und Familienkompetenz zu stärken, Eltern zu unterstützen, die vielfältigen Anforderungen des täglichen Lebens in Familien zu meistern und Kinder zu starken und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten zu erziehen“, so die ambitionierte Standortbestimmung der Familienbildung durch die Landesregierung. Ausführlich und faktenreich ist über diese Leistungen in der Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Familien in Rheinland-Pfalz“ vom 17.06.2009 berichtet worden (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a).

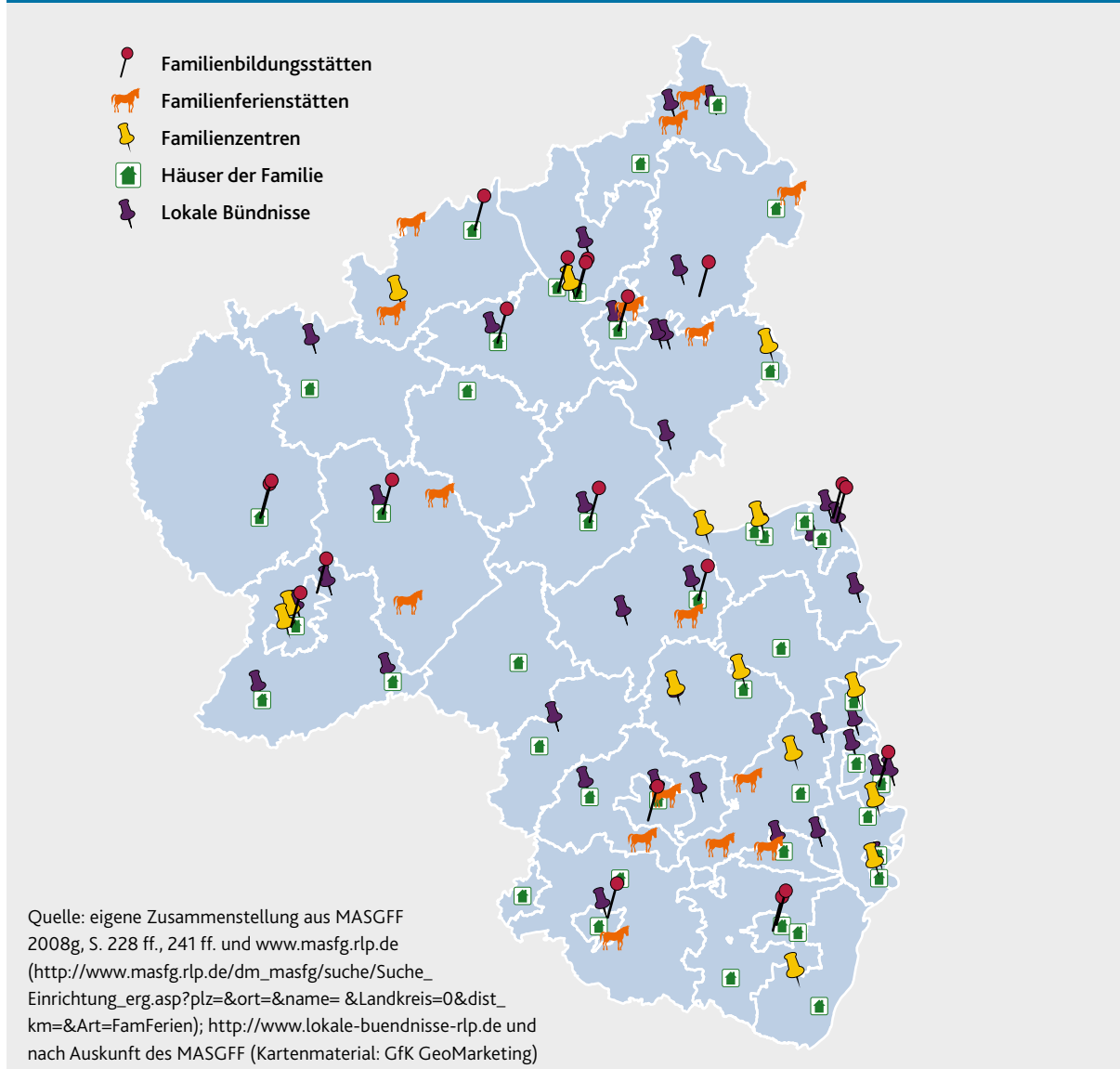
Die Aktivitäten des Landes im Bereich der Familienbildung sind ebenfalls vielfältig und umfangreich, vor allem die 2004 gestartete Landesin-

itiative „Viva Familia“ bündelt eine große Zahl von Programmen und Themen, von den Frühen Hilfen über Gesundheit für Kinder und Familien, Arbeit und Ausbildung junger Menschen, familienbewusste Arbeitswelt bis zu Hilfen für Familien in finanziellen Notlagen. Auch die an anderen Stellen ausführlicher erwähnten Aktionsprogramme „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ und „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“, das Programm zum Ausbau der Ganztagschule sowie nicht zuletzt zur Bekämpfung von Kinderarmut „Gute Zukunft für Kinder“ können hier genannt werden (vgl. dazu ausführlich Landtag Rheinland-Pfalz 2009a).

Zu den Angebotsformen im Einzelnen:

- „Aufgabe der **Familienbildungsstätten** ist es, auf der Grundlage des § 16 SGB VIII und § 17 des Landesausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AGKJHG) Angebote der Familienbildung frühzeitig und breitenwirksam bereitzustellen, um Familien in den unterschiedlichen Lebenslagen bedarfsgerecht und lebensbegleitend zu unterstützen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 22).
- Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ wurde das Modellprojekt „**Netzwerk Familienbildung**“ als ein Programm zur Stärkung der Familie entwickelt. Die Intention ist, „Familienbildungsangebote durch einen sozialraumorientierten Ansatz verstärkt dorthin zu bringen, wo sich Familien im Alltag aufhalten und vor allem Familien aus weniger bildungsgewohnten Schichten, von Arbeitslosigkeit und Armut betroffene Familien, sehr junge Familien und Familien mit Migrationshintergrund zu erreichen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 22). Insbesondere ist dies die Aufgabe der Familienbildungsstätten in Kooperation mit der örtlichen Jugendhilfe, um alle familienrelevanten Berufsgruppen und Einrichtungen für den Zusammenschluss in regionalen Netzwerken der Familienbildung zu gewinnen und Familienbildungsangebote wohnortnah anzubieten (ebd.). „Seit Anfang des Jahres 2009 haben alle

Abb. 63: Standorte von Angeboten der Familienbildung in Rheinland-Pfalz 2008



20 anerkannten Familienbildungsstätten regionale Netzwerke der Familienbildung initiiert. Die Netzwerkarbeit wird vom Land zusätzlich mit bis zu 12.000 Euro jährlich pro Einrichtung gefördert" (ebd., S. 22).

- „**Familienzentren** in Rheinland-Pfalz sind ehrenamtlich organisierte offene Treffpunkte und Anlaufstellen für Mütter, Väter, Großeltern, Kinder und alle in der Familienarbeit tätigen Personen. Als Initiativen von Familien für Familien bestehen Familienzentren in Rheinland-Pfalz seit rund 20 Jahren" (ebd., S. 23).
- Die **Häuser der Familien** sind Anlaufstellen und Orte der Familien und „schaffen niedrigschwellige und transparente Zugangswege zu Angeboten, Diensten und Hilfen, indem sie die bestehenden Angebote von der Kinder- und Jugendhilfe über die Altenhilfe bis hin zu Gesundheitsdiensten, arbeitsmarktbezogenen Integrationshilfen und Möglichkeiten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vernetzen und als Lotsen vor Ort fungieren" (ebd., S. 45). In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 43 Häuser der Familie, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt befindet sich min-

destens ein Standort. Anfänglich sind aus den unterschiedlichsten Einrichtungen (Familienbildungsstätten, Kindergärten, Senioreneinrichtungen, Jugendzentren etc.) Häuser der Familie entstanden, immer mit der gleichen Intention: Information, Beratung, Bildung, Kommunikation und Selbsthilfe für alle. Das Landesprogramm „Haus der Familie“ baut auf dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ auf. Das Land Rheinland-Pfalz erweitert das Bundesprogramm „Häuser der Familien“ um eine spezifische inhaltliche Ausrichtung; neben dem Treffpunkt für verschiedene Generationen sollen Häuser der Familie und Mehrgenerationenhäuser zu einem Kristallisationskern für vielfältige Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien werden.

- Die Gründung und Arbeit **Lokaler Bündnisse** wird von der Landesregierung unterstützt, „um den lokalen Bezug aller familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zu verstärken“ (ebd., S. 67). Es wurde deshalb eine Servicestelle bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in der Landeshauptstadt errichtet, um örtliche Initiativen zu fördern. „Lokale Bündnisse sind Initiativen unterschiedlichster Akteure vor Ort, die bereit sind, eigene Handlungsmöglichkeiten für konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen von Familien und Kindern in der Stadt, in der Gemeinde oder in der Region einzubringen“.⁶⁶ In Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit 38 Lokale Bündnisse für Familien.
- Das Land Rheinland-Pfalz fördert und unterstützt Familienerholung von Familien, die besonders auf Förderung angewiesen sind. Bezuschusst werden gemeinsame Ferien in „**Familienferienstätten**“ gemeinnütziger Träger oder in familieneigneten Jugendherbergen und auf familieneigneten Winzer- und Bauernhöfen in Rheinland-Pfalz“.⁶⁷ „Die Individualförderung

erfolgt für rheinland-pfälzische Familien auch dann, wenn sie in einer Familienferienstätte in einem anderen Land ihren Urlaub verbringen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 27). Das Land Rheinland-Pfalz verfügt zurzeit über 15 gemeinnützige Familienferienstätten.

Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang auf die im Jahr 1980 errichtete Landesstiftung „Familie in Not“ hinzuweisen, die laut Satzung zur Aufgabe hat, „schwangeren Frauen und Familien, vor allem kinderreichen Familien und alleinerziehenden Müttern und Vätern, die sich in einer außergewöhnlichen Not- oder Konfliktsituation befinden, schnelle und auf den Einzelfall abgestimmte finanzielle Hilfen zu ermöglichen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 32). Im Jahr 1984 wurde die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ eingerichtet. Hier stehen Rheinland-Pfalz jährlich derzeit ca. 4,4 Mio. Euro „für Schwangerennotlagenhilfen zur Verfügung“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 32). Seither konzentriert sich die Landesstiftung auf „von Schwangerschaft unabhängige Familiennotlagen“ mit den Hauptzielgruppen „Eielfamilien, junge Familien und ganz besonders kinderreiche Familien“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 32). Im Jahr 2008 wurden hier 269 Einzelfallhilfen aus Mitteln der Landesstiftung gewährt (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 32).

So vielfältig und beeindruckend diese Aktivitäten und Programme sind, so wenig kann dazu berichtet werden, welche Effekte diese Leistungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz insgesamt haben. Dies hat im Wesentlichen drei Gründe:

1. Effekte und Auswirkungen von Bildung sind kaum zusammenfassend messbar, sehr wohl aber im Einzelfall und auch noch im unmittelbaren Lebensumfeld von Kindern, Jugendlichen und Familien. Bildungsprozesse, auch im Kontext der Familienbildung, bleiben im Kern eine Leistung der Väter und Mütter, Mädchen und Jungen selbst; sie entscheiden allein, ob solche Angebote ihnen z. B. behilflich sind, ihre Erziehungsverantwortung

⁶⁶ <http://www.lokale-buendnisse-rlp.de/index.php?id=402&L=Oclass%3DI>

⁶⁷ <http://www.masfg.rlp.de/Familie/Familienfoerderung/Familienferien.asp?highmain=1&highsub=2&highsubsub=0>

zu stärken oder ob sie sich damit besser auf das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten können. Auch die gewünschten präventiven Wirkungen der Familienbildung zur Verhinderung von Interventionen im Kinderschutz oder den Hilfen zur Erziehung sind zwar sehr plausibel, aber empirisch kaum belegbar.

2. Die Leistungen der Familienbildung sind trotz aller Anstrengungen immer noch wenig verknüpft mit anderen lokalen Strukturen und Anbietern im Feld der Beratung, Hilfeleistung und Intervention für Kinder, Jugendliche und Familien. Als schwerwiegendes Indiz hierfür kann eine sehr unterschiedliche Förderung der Familienbildung in den Kommunen des Landes angesehen werden. Nach einer aktuellen Umfrage des MASGFF bei den Trägern der Familienbildungsstätten werden nur drei Einrichtungen mit jährlichen Beträgen über 10.000 Euro von den zuständigen Kommunen gefördert, die meisten mit Programmszuschüssen zwischen 5.000 und 1.000 Euro jährlich und einige auch überhaupt nicht (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 23 f.). Ähnliches gilt für eine kommunale Förderung der Familienzentren, die als Kontakt- und Anlaufstellen ehrenamtliches Engagement und gegenseitige Unterstützung fördern wollen. Für die konkreten Förderzusagen der Kommunen wird es sicherlich gute Gründe geben und Unterstützungen anderer Aktivitäten der Familienbildung sind hier nicht erfasst. Dennoch verweisen diese Angaben auf ein erhebliches strukturelles Problem der Familienbildung im Gesamtkonzept örtlicher Kinder- und Jugendhilfe: Der eingangs zitierte § 16 SGB VIII weist der Familienbildung zentrale präventive Aufgaben im zweiten Abschnitt der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu, der überschrieben ist mit „Förderung der Erziehung in der Familie“. Wie wenig aber die Familienbildung durch eine ebenfalls verpflichtend vorgesehene Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) in ein Gesamtkonzept wirkungsvoller Leistungen und Angebote integriert ist, dafür kann die kaum mit örtlichen Bedarfslagen begründbare unterschiedliche Förderung zumindest ein ernsthafter Hinweis sein.

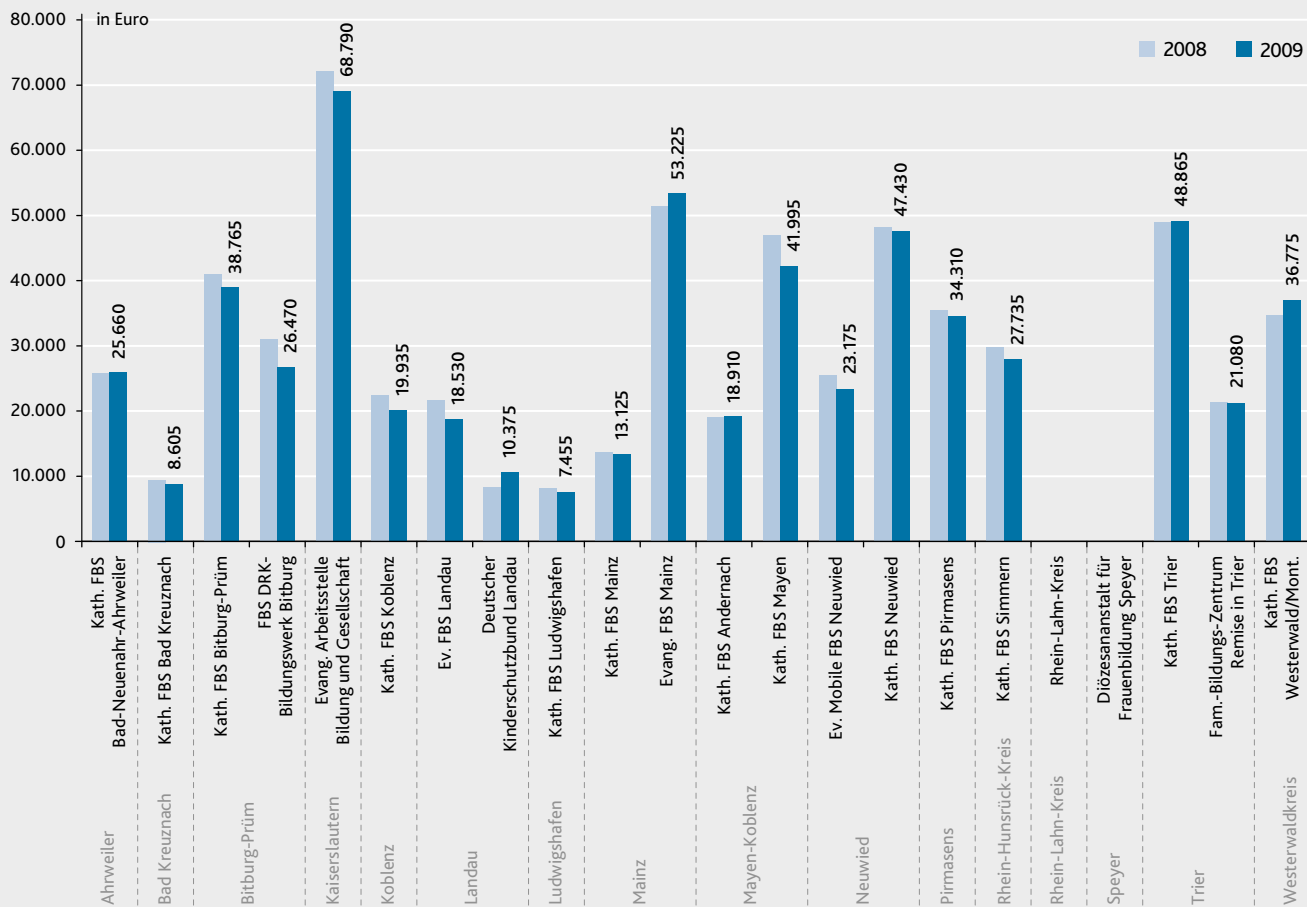
3. Auch die vielfältigen Angebote und Leistungen des Landes sind in ihren wechselseitigen Bezügen und Auswirkungen kaum einzuschätzen. Trotz erheblicher Förderungen für unterschiedliche Maßnahmen und Projekte der Familienbildung sind kaum Daten und Befunde zur Programmevaluation verfügbar, mit Ausnahme einer wissenschaftlichen Begleitung für das Programm Häuser der Familie durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz.

Die Verteilung der Landeszuschüsse für die **Familienbildungsstätten** in den Jahren 2008 und 2009 zeigt Abb. 64.

Insgesamt ist das Feld der Familienbildung in Rheinland-Pfalz ein Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendhilfe, dem viel öffentliche und politische Aufmerksamkeit zukommt, die ihren Ausdruck in den zahlreichen Programmen und Initiativen in den Kommunen, von Trägern und durch das Land findet. Gerade die zahlreichen Berührungspunkte zu anderen bedeutsamen Aufgabenfeldern öffentlicher Sorge und Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, ebenso wie zu Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements z. B. in den Familienzentren, den lokalen Bündnissen für Familien oder den Häusern der Familie zeichnen dieses Feld aus; exemplarisch für die hohen Erwartungen an die Familienbildung ist ein Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) aus dem Jahr 2007: „Die JFMK begrüßt die zahlreichen existierenden familienpolitischen Maßnahmen in den Kommunen und unterstützt den verstärkten Ausbau einer kommunalpolitischen Gesamtstrategie, um die Entwicklung familienpolitischer Aktivitäten in den Kommunen zu fördern, auszubauen und zu optimieren. Sie sieht in den in vielen Bundesländern bestehenden Initiativen für Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren, Häuser der Familie, Lokale Bündnisse u. a. sowie in der Initiative der Bundesfamilienministerin, Mehrgenerationenhäuser in allen Kreisen und kreisfreien Städten zu etablieren, wirksame Instrumente, Familien alltagsnah zu erreichen und zu vernetzen“.⁶⁸

⁶⁸ www.mbj.s.brandenburg.de/media_fast/5527/TOP 6 - Beschluss.pdf

Abb. 64: Verteilung der Landeszuschüsse für Familienbildungsstätten in den Jahren 2008 und 2009 (Angaben in Euro für 2009)



Quelle: nach Auskünften des MASGFF und eigene Darstellung

In deutlichem Gegensatz dazu steht allerdings die auch in Rheinland-Pfalz immer noch geringe Integration der Familienbildung in eine kommunale Gesamtkonzeption einer „als Ganzes wirksamen“ Kinder- und Jugendhilfe.

Erziehungs- und Familienberatung

Leistungen der Erziehungs- und Familienberatung sind anerkannt wichtige Bausteine einer sozialräumlich ausgerichteten und präventiv wirksamen Kinder- und Jugendhilfe.⁶⁹ Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) sind diese Leistungen

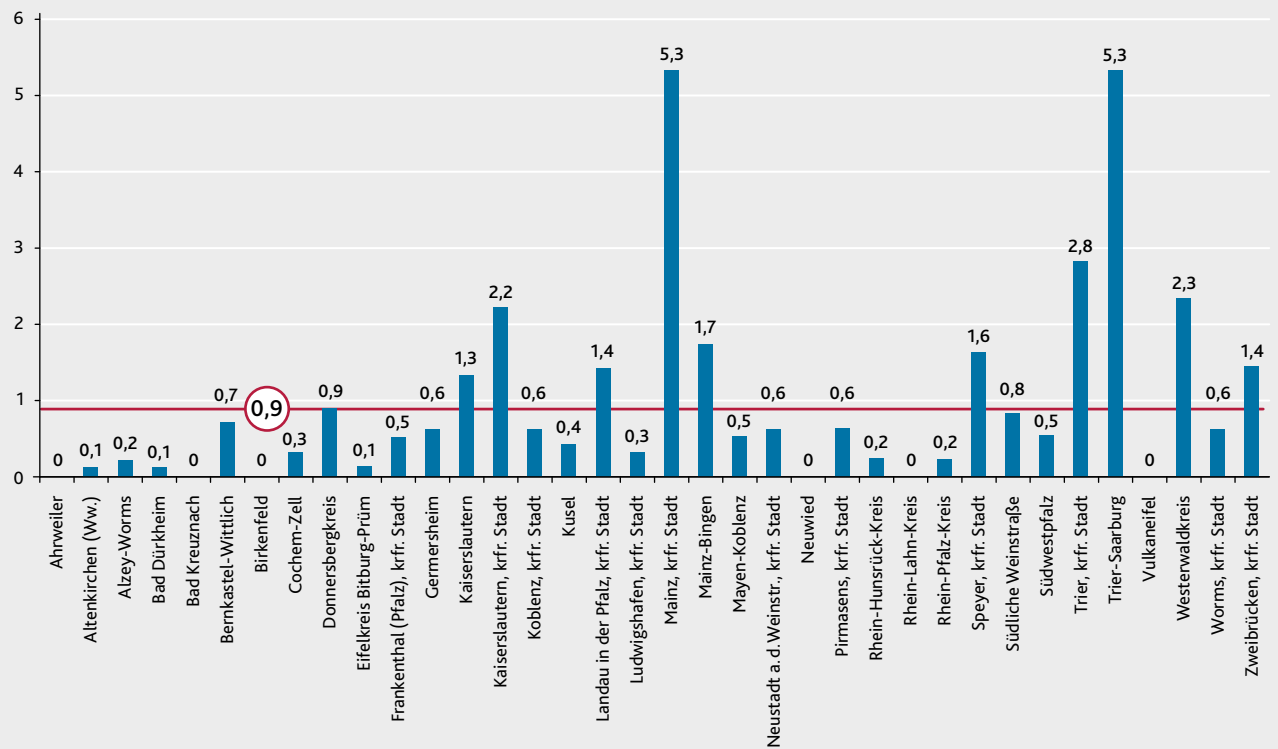
⁶⁹ Vgl. dazu ausführlich und mit Bezug auf Rheinland-Pfalz Schrapper & Zimmer 2006.

insbesondere in den §§ 16, 17, 18 und 28 als Leistungsansprüche junger Menschen und ihrer Eltern ausgestaltet.

Wie in kaum einem anderen Leistungsbereich zeigen die Eckwerte⁷⁰ für die Inanspruchnahme der Angebote der Erziehungs- und Familienberatung in den Städten und Landkreisen des Landes Rheinland-Pfalz allerdings erhebliche Unterschiede:

⁷⁰ „Mittels einer solchen Eckwertberechnung werden z. B. die absoluten Fallzahlen einer Kommune in Relation zur jeweiligen Bevölkerungsgröße gesetzt und erlauben so den Vergleich der Inanspruchnahme von Hilfen. Die Fallzahlen der Hilfen werden als Eckwerte der Inanspruchnahme pro 1.000⁴ junge Menschen angegeben (MASGFF 2007d, S. 18).

Abb. 65: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach § 16 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007



Quelle: Erhebungen des ISM und eigene Darstellung

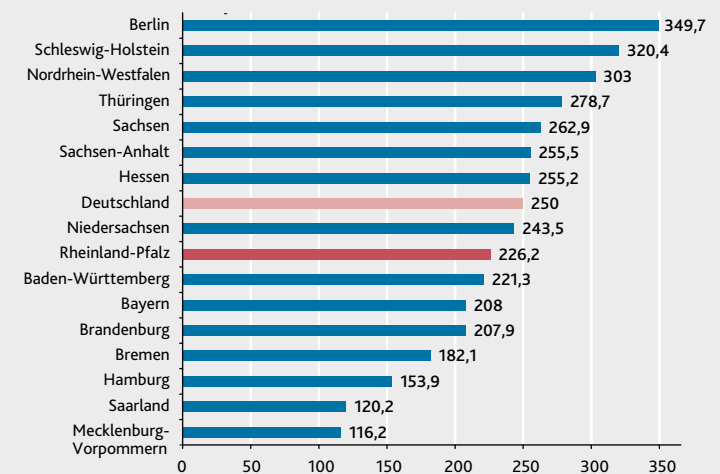
- Zwischen maximal 5,3 Beratungen nach § 16 SGB VIII pro 1.000 junge Menschen pro Jahr in zwei Kommunen und immerhin
- 6 Kommunen mit keinen dokumentierten Beratungen (siehe Abb. 65).

Der landesweite Durchschnitt der Inanspruchnahme von Erziehungs- und Familienberatung liegt bei 0,9%, wird aber nur von 10 Landkreisen und kreisfreien Städten überschritten. Insgesamt erreichen 25 nicht diesen, auch im Bundesvergleich, niedrigen Wert des rheinland-pfälzischen Durchschnitts (siehe Abb. 66).

Die Beratung nach § 17 (Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung) und § 18 (Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts) SGB VIII wird im Vergleich der Kommunen etwas

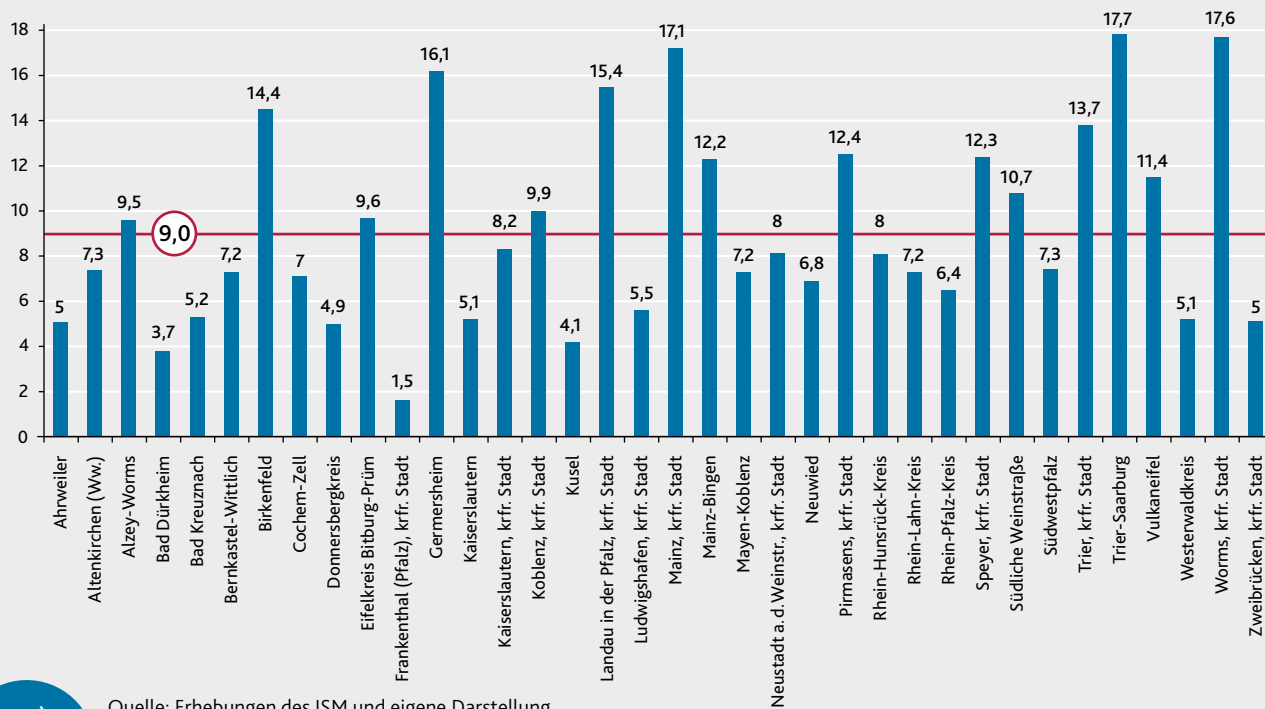
Abb. 66: Anzahl der Erziehungsberatungen nach Bundesländern 2007

Summe andauernder und beendeter Hilfen;
pro 10.000 der unter 21-Jährigen



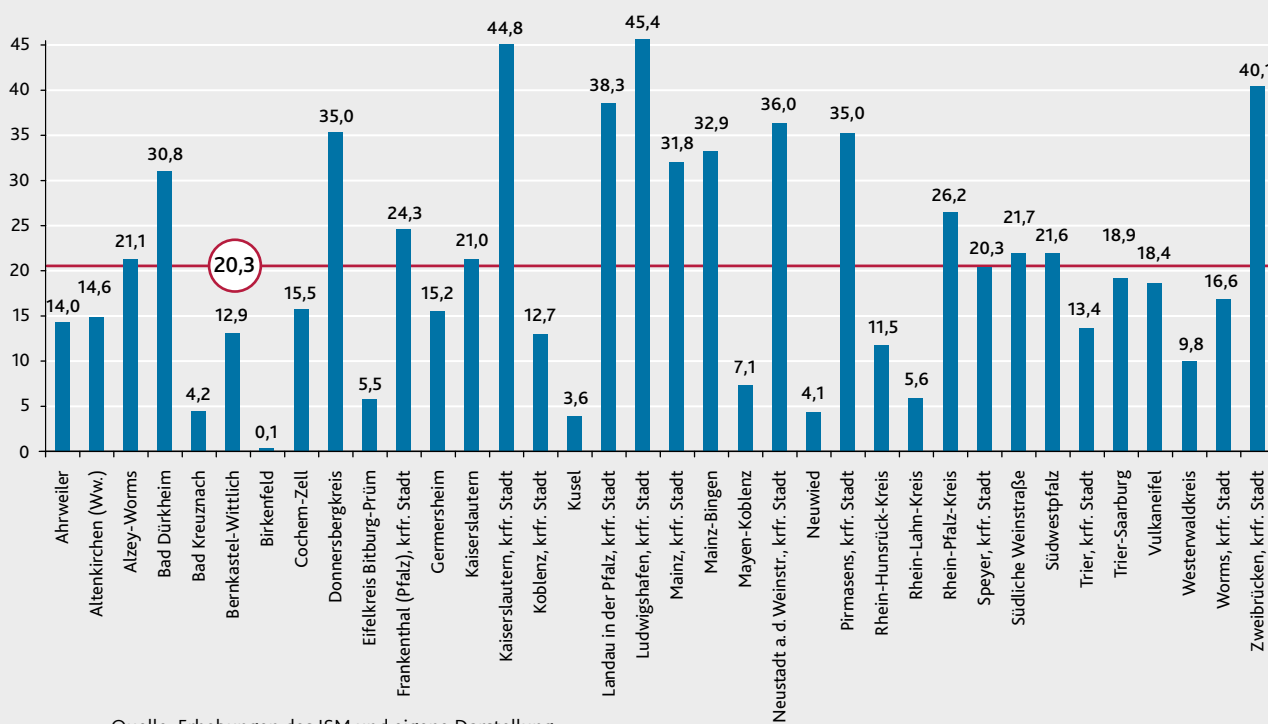
Quelle: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009a, S. 8

Abb. 67: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach §§ 17, 18 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007



Quelle: Erhebungen des ISM und eigene Darstellung

Abb. 68: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach § 28 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007



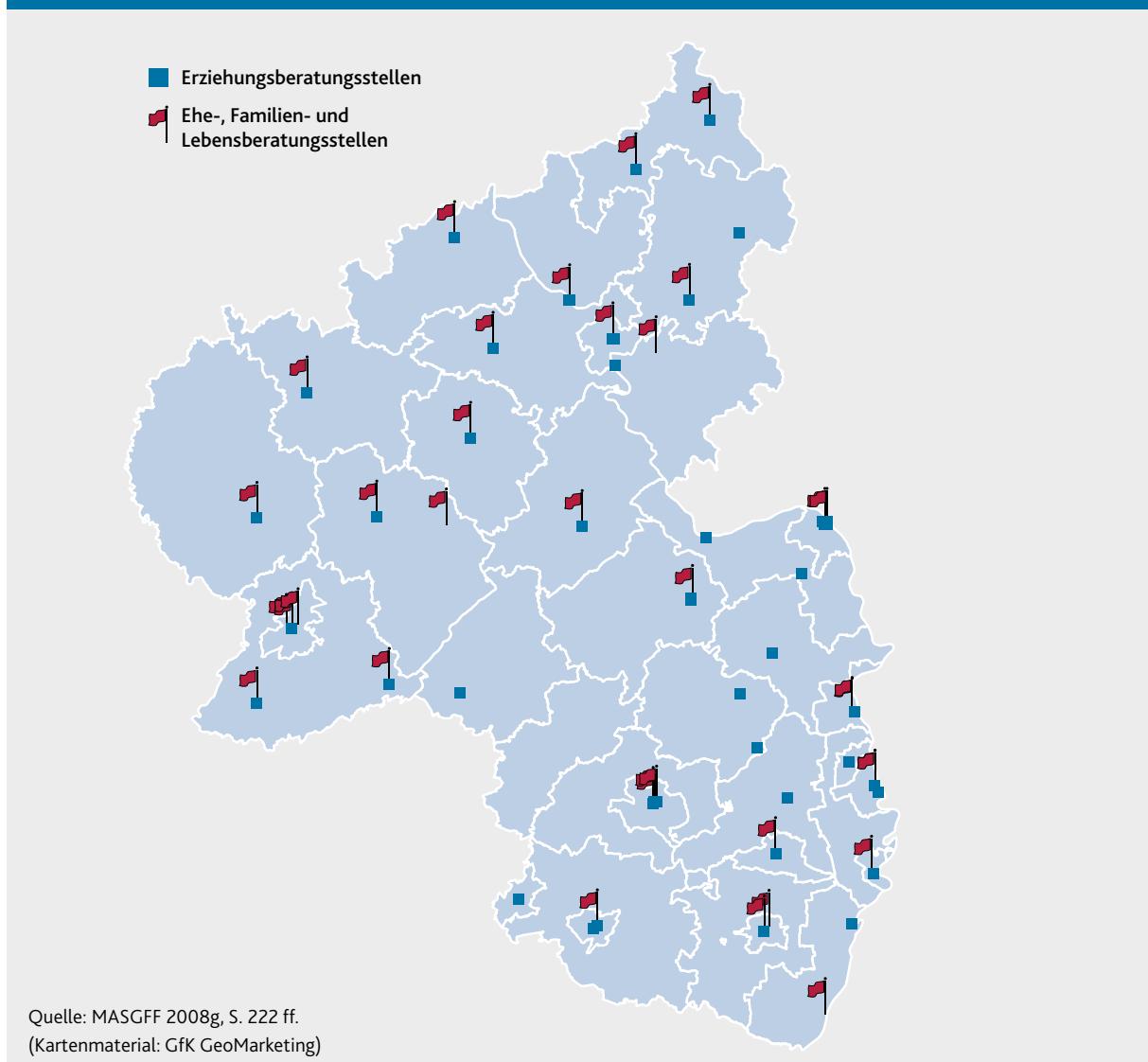
Quelle: Erhebungen des ISM und eigene Darstellung

ausgeglichener in Anspruch genommen, allerdings mit immer noch deutlichen Schwankungen: Im Landesdurchschnitt sind es 9,0 Beratungen pro 1.000 Kinder und Jugendliche pro Jahr (2007), bei einem Maximalwert von 17,7 (Trier und Kreis Trier-Saarburg) und einem Minimum von 1,5 (Frankenthal) (siehe Abb. 67).

Die Erziehungsberatung nach §28 SGB VIII zählt im Gegensatz zu den anderen Beratungsformen zu den Hilfen zur Erziehung, auf die auch im Einzelfall ein Rechtsanspruch geltend gemacht werden kann. Diese Form der Beratung ist in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 20,3 von 1.000 Minderjäh-

rigen im Jahr 2007 gewährt worden. Damit ist die Erziehungsberatung nach §28 SGB VIII eine der am meisten genutzten Angebote und Leistungen im Bereich der erzieherischen Hilfen. Auch hier zeigen sich erhebliche Unterschiede: zwischen 45,4 Beratungen pro 1.000 Kinder und Jugendliche (Ludwigshafen) und 0,1 pro 1.000 (Landkreis Birkenfeld) (siehe Abb. 68).

Abb. 69: Standorte der Beratung in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008



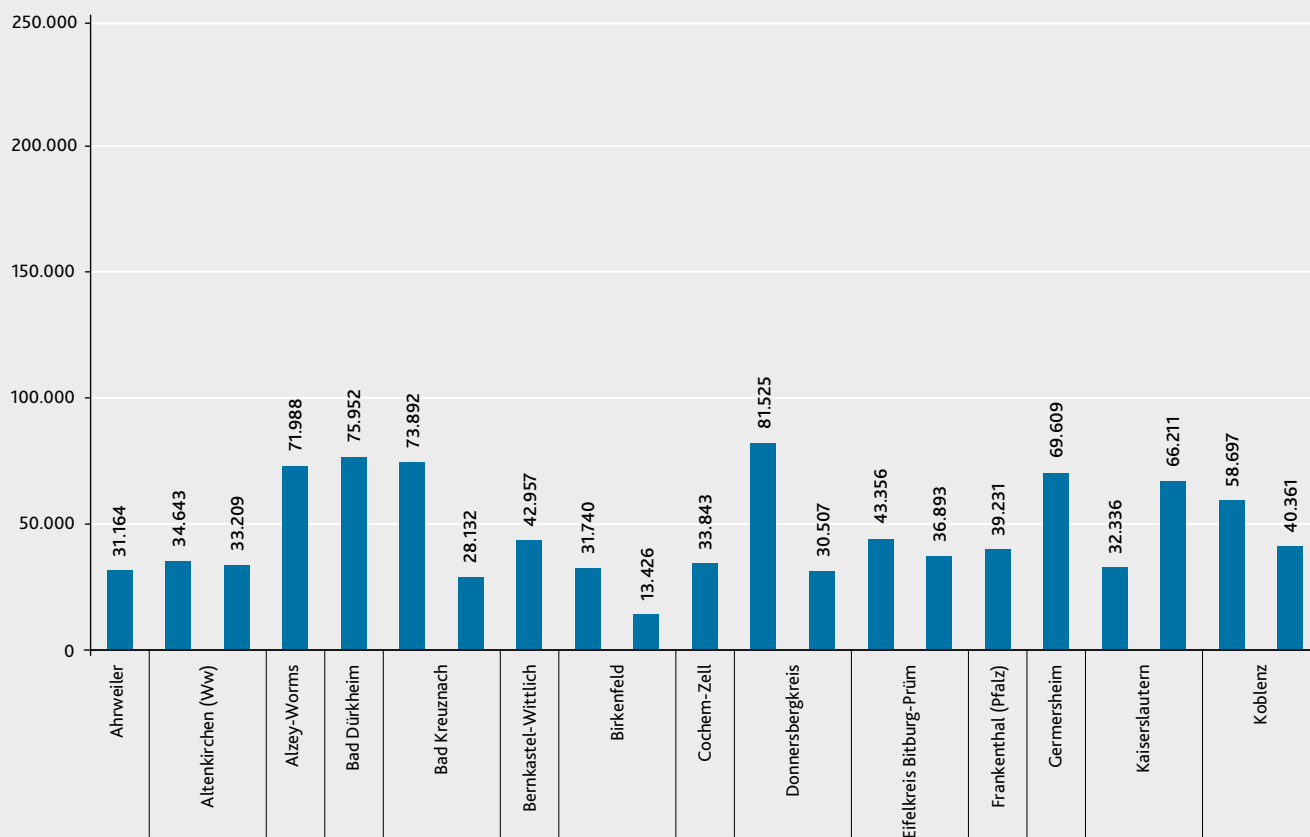
Insgesamt zeigen die Standorte⁷¹ der Erziehungs- und Lebensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz sowohl ein deutliches Stadt-Land-Gefälle als auch erhebliche Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden des Landes (siehe Abb. 69).

„Die Sozialen Beratungsstellen (Erziehungsberatung, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Suchtberatung) werden nach der Verwaltungsvorschrift ‚Förderung sozialer Beratungsstellen‘ mit jährlich bis zu 25 % der Fachpersonalkosten aus Landesmitteln gefördert“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2008h, S. 2).

Abzuwarten bleibt, ob die im Rahmen der Vorbereitungen und Abstimmungen der neuen Verwaltungsvorschrift zur Konzeption und Finanzierung der Erziehungs- und Familienberatung entwickelten Leitlinien und Förderungsgrundsätze geeignet sind, in allen Regionen des Landes ein bedarfsgerechtes und qualifiziertes Angebot zu gestalten. Angestrebt wird in dieser Verwaltungsvorschrift konzeptionell, dass die Erziehungs- und Familienberatungsstellen als Anlaufstellen für alle Familien offen stehen, aber sich auch stärker für „Migrationsfamilien“ und „Familien in prekären Lebenslagen“ öffnen (MASGFF 2009c).

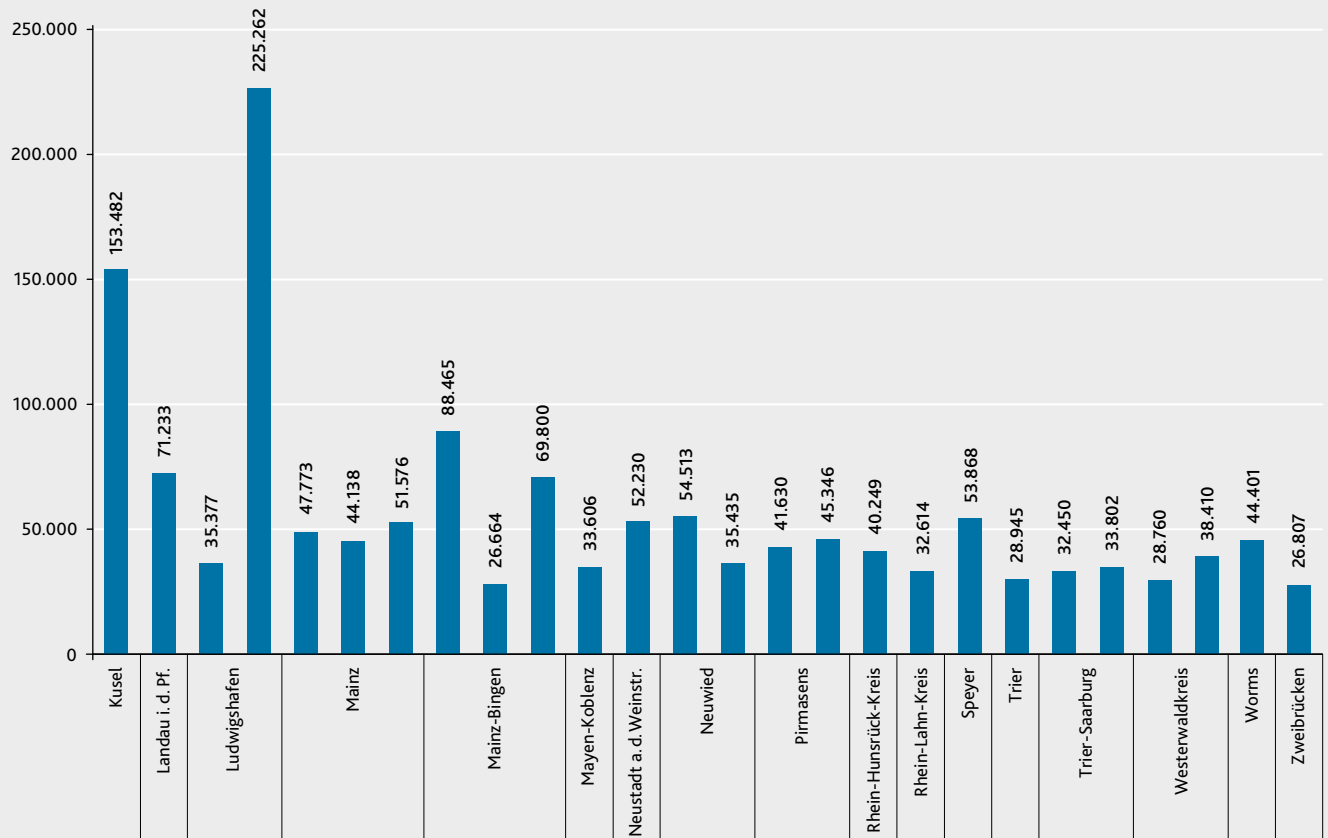
⁷¹ In der Karte in Abb. 69 werden auch die Standorte berücksichtigt, an denen sowohl eine Erziehungsberatungsstelle als auch eine Ehe-, Familien- und/oder Lebensberatungsstelle vorgehalten wird.

Abb. 70: Zuschüsse für Erziehungsberatung im Jahr 2008 in Euro (Teil I)



Quelle: nach Auskunft des LSJV und eigene Darstellung

Abb. 71: Zuschüsse für Erziehungsberatung im Jahr 2008 in Euro (Teil II)



Quelle: nach Auskunft des LSJV und eigene Darstellung

3.2.3 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände

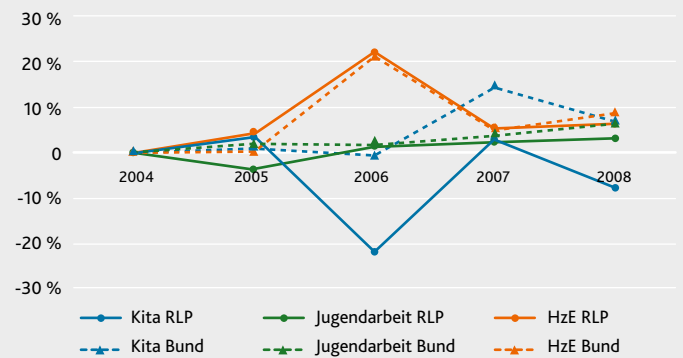
Die Kinder- und Jugendarbeit ist in vielen politischen Programmen und kommunalen Konzepten unbestritten ein unverzichtbarer Teil einer Kinder- und Jugendhilfe, die sich an alle Kinder und Jugendlichen im Land richtet. Gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag soll sie sich ausdrücklich an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen orientieren, partizipativ ausgerichtet sein sowie thematisch und methodisch vielfältig gestaltet werden. Ihr Spektrum reicht von Bildungs- über Kultur- und Freizeitangebote bis hin zu spezifischen Ansätzen zur Förderung junger Menschen an der Schnittstelle von Schule und Beruf. In der Erfahrung vieler für die Jugendarbeit verantwortlicher Fachkräfte und nicht weniger Kinder und Jugendlicher selbst gerät die Jugendarbeit allerdings bei anhaltend großem Kostendruck der für ihre Finanzierung zuständigen Träger und Kommunen zunehmend ins Hintertreffen, muss erhebliche Einschnitte hinnehmen und muss teilweise um ihre Existenz kämpfen (Schrapper/Spies 2004, S. 197 ff., Meinhold-Henschel 2007, S. 9 sowie Landesjugendring⁷²).

Diese programmatisch bedeutsame und zugleich finanziell schwache Position der Jugendarbeit hat bereits lange Tradition; 1924, als das damals neue, schon zwei Jahre vorher vom Reichstag mit großer Mehrheit verabschiedete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz endlich in Kraft trat, wurde die Jugendarbeit wieder aus dem verbindlichen Pflichtenkatalog öffentlicher Leistungen herausgenommen und als eine der sog. freiwilligen Aufgaben in das Belieben verfügbarer Finanzen gestellt. Bis heute hat die Jugendarbeit den „Makel“ einer freiwilligen Aufgabe nicht verloren, auch wenn das heute geltende SGB VIII scheinbar eindeutig formuliert: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen“ (§ 11 Abs. 1 SGB VIII) – aber was ist „erforderlich“ (siehe Abb. 72)?

⁷² http://www.ljr-rlp.de/cms/front_content.php?idcatart=194&lang=1&client=1

Abb. 72: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes in %, Basisjahr 2004

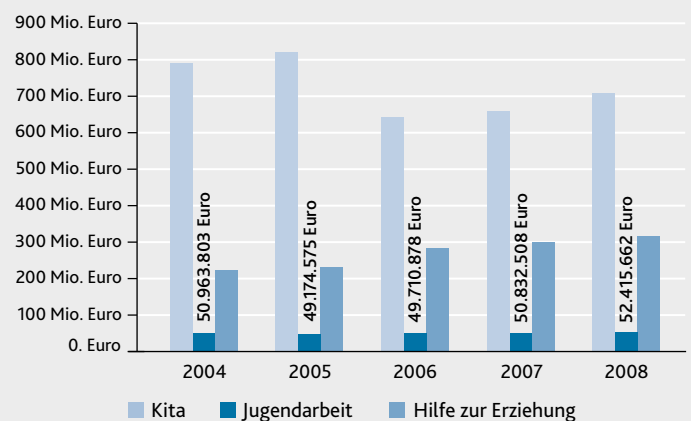
(beinhaltet die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, andere Ausgaben sowie Ausgaben für Einrichtungen gesamt)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder- und Jugendhilfestatistiken – Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 2004–2008 und eigene Berechnungen

Abb. 73: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008 in Euro

(beinhaltet die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, andere Ausgaben sowie Ausgaben für Einrichtungen gesamt)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder- und Jugendhilfestatistiken – Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 2004–2008 und eigene Berechnungen

Wie Abb. 73 zeigt, haben sich die Ausgaben für Jugendarbeit im Zeitraum 2004 bis 2008 im Vergleich zu den Ausgaben der Hilfen zur Erziehung kaum verändert.⁷³

Der prozentuale Anteil der Jugendarbeit an den dargestellten Jugendhilfeausgaben macht um die 5 % aus, ist aber durch leichte Schwankungen geprägt und geht seit 2006 (5,4 %) kontinuierlich zurück (2008: 5,1 %).

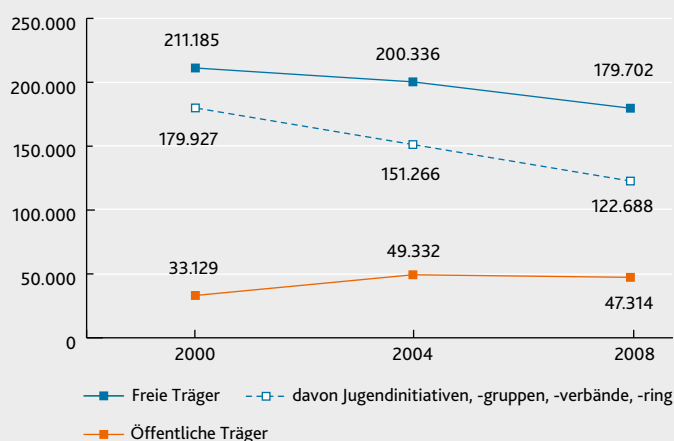
Über die Zahlen der Teilnehmenden an Maßnahmen der Jugendarbeit zeigt sich dieser Rückgang ebenfalls – besonders deutlich für die Jugendinitiativen, -gruppen, -verbände und -ringe. Einschränkung muss allerdings angemerkt werden, dass die Datenbasis der Jugendhilfestatistik des Bundes, aus der die hier gezeigten Zahlen stammen, nur bedingt zuverlässig ist (siehe Tabelle 13).

Die in solchen Zahlen deutlich werdende Spannung zwischen postulierter Bedeutung und verfügbaren Ressourcen prägt auch diesen Bericht: Zum einen sind kaum zuverlässige Daten über die realen Angebote sowie nur bedingt über ihre Inanspruchnahme und Nutzung durch Kinder und

⁷³ Die enorme Schwankung der Kita-Ausgaben in Rheinland-Pfalz (-20 %) ist zurückzuführen auf eine einmalige Umstellung der Melde- bzw. Erfassungsmethodik.

Abb. 74: Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 2000 bis 2008 in Rheinland-Pfalz

Entwicklung der Teilnehmenden an Maßnahmen der Jugendarbeit nach Trägern



Quelle: Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit 2000, 2004, 2008 und eigene Darstellung

Jugendliche in den Städten und Landkreisen oder in den Verbänden und Vereinen verfügbar. Zum anderen werden auch keine regional differenzierten Angaben über die Ausgaben und Zuschüsse für Jugendarbeit dokumentiert – für die, wie insgesamt für die Aufgaben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, wesentlich die Kommu-

Tabelle 13: Teilnehmende an Maßnahmen der Jugendarbeit nach Art der Maßnahme und Trägern in Rheinland-Pfalz

	davon: Jugendinitiativen, -gruppen, -verbände, -ring		Öffentliche Träger	Insgesamt
	Freie Träger			
Kinder- und Jugenderholung	106.625	67.448	20.622	127.247
Außerschulische Jugendbildung	53.847	40.782	25.158	79.005
Internationale Jugendarbeit	881	234	1.534	2.415
Mitarbeiterfortbildung freier Träger	18.349	14.224		18.349
insgesamt	179.702	122.688	47.314	227.016
in % an Teilnehmenden in Maßnahmen insgesamt	79,2 %	54,0 %	20,8 %	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit 2008 und eigene Zusammenstellung

nen zuständig sind. Auch Angaben über Mitgliederzahlen und Eigenleistungen der freien Träger und Jugendverbände sind in Rheinland-Pfalz nicht verfügbar.

Berichtet werden soll daher an dieser Stelle vor allem über die Entwicklung einer regionalen Infrastruktur von Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit und Jugendbildung, soweit diese aus den veröffentlichten Daten über die Förderung des Landes, hier vor allem aus den Daten der Landesjugendpläne rekonstruiert werden können; im Wesentlichen sind dies die folgenden Aspekte und Fragestellungen:

- Struktur und Förderschwerpunkte der Landesjugendpläne mit Angaben zu den letzten vier Jahren (2007 bis 2010),
- die Jugendverbände und ihre Förderung,
- Jugendarbeit der Sportverbände,
- Einrichtungen der Jugendbildung,
- die Jugendarbeit der öffentlichen Träger in den Gemeinden, Städten und Landkreisen,
- musische und kulturelle Bildung sowie Bibliotheken,
- ökologische und naturbezogene Bildung.

Nochmals zu den gesetzlichen Vorgaben: Im schon erwähnten § 11 SGB VIII heißt es zu Auftrag und Tätigkeitsfeld der Jugendarbeit umfassend und anspruchsvoll:

„(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

(2) Jugendarbeit wird angeboten von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfasst für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote.

(3) Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

1. außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
2. Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
3. arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
4. internationale Jugendarbeit,
5. Kinder- und Jugendberholung,
6. Jugendberatung.

(4) Angebote der Jugendarbeit können auch Personen, die das 27. Lebensjahr vollendet haben, in angemessenem Umfang einbeziehen.“

Für das Land Rheinland-Pfalz wird im Landesgesetz zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Jugendförderungsgesetz) vom 21.12.1993 Jugendarbeit u. a. folgendermaßen konkretisiert (GVBl, S. 629):

„(...) Wesentliche Merkmale der Jugendarbeit sind die Vielfalt ihrer Inhalte, Formen und Trägerstrukturen sowie die Freiwilligkeit der Teilnahme junger Menschen und die Möglichkeit zur Mitgestaltung. Sie bedarf einer ausreichenden Zahl von hauptamtlichen Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen und freien Träger der Jugendarbeit“.⁷⁴

Weitere Vorgaben des Landesgesetzes beziehen sich sowohl auf die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch auf eigenständige Ansätze und Angebote für Mädchen und junge Frauen, die Arbeit mit Kindern als „wesentlicher und eigenständiger Teil der Jugendarbeit“ sowie auf die interkulturelle Ausrichtung (ebd.).

⁷⁴ Jugendförderungsgesetz, online verfügbar unter: www.jugend.rlp.de.

Struktur und Förderschwerpunkte der Landesjugendpläne 2007 bis 2010

Einen Überblick der von 2007 bis 2010 zur Verfügung gestellten Landesmittel für Aufgaben der Jugendarbeit gibt Tabelle 14. Im Zeitvergleich der Förderschwerpunkte in der aktuellen Periode von 2007 bis 2010 wird hier dreierlei deutlich:

- Die absolute Höhe der Förderbeträge hat sich in den hier betrachteten vier Jahren kaum verändert; sieht man die Einzelpositionen des Landesjugendplanes durch, so fallen vor allem die über die Jahre exakt gleichbleibenden Beträge auf;
- die deutlichen Veränderungen vom Jahr 2008 zum Jahr 2009 sind wenigen und zudem spezifischen Förderprojekten geschuldet, deren Bedeutung hier nicht bewertet werden kann. Die Förderung für die anderen Förderschwerpunkte und Projekte hat sich dagegen in den Jahren von 2007 bis 2010 nominell nicht oder kaum geändert;
- wird nun eine jährliche Geldentwertung von nur 2,5 % angenommen – real waren es 2,3 % im Jahr 2007 und 2,6 % im Jahr 2008 –, so ist die Förderung der Jugendarbeit mit den genannten Ausnahmen seit 2008 geringfügig,

Tabelle 14: Förderung der Jugendarbeit 2007–2010 des Landes Rheinland-Pfalz (Beträge in Euro)

Förderbereiche	2007	2008	2009	2010
Einrichtungen der Jugendarbeit davon neu 2009 und 2010:	2.452.200	1.673.700	3.256.575	3.186.575
Sanierung der Jugendherberge			1.200.000	1.200.000
Ehrenbreitstein			201.000	201.000
Waldjugendherbergen			43.200	43.200
Haus der Nachhaltigkeit				
ohne diese neuen Förderungen ¹⁾			1.812.375	1.742.375
Fachkräfte der Jugendarbeit	2.492.000	2.492.000	2.492.000	2.492.000
Zentrale Förderung von Einrichtungen und Verbänden hierunter auch:	1.138.600	1.139.500	1.149.500	1.149.500
Landesverband pro familia	118.000	118.000	118.000	118.000
Landesverband alleinerziehender Väter und Mütter	78.000	78.000	78.000	78.000
Deutscher Kinderschutzbund	50.700	50.700	60.700	60.700
Veranstaltungen der Jugendarbeit davon neu 2009 und 2010:	8.358.500	8.308.600	10.812.000	10.762.000
Waldjugendspiele	148.000	158.000	786.500	786.500
qualifizierte Umweltbildungsangebote (insbes. Rucksackschule)			1.154.900	1.154.900
Jugendkunstschulen			300.000	300.000
Kinder- und Jugendbericht			200.000	50.000
ohne diese neuen Förderungen ¹⁾			8.463.000	8.563.000
Gesamt	14.441.300	13.613.800	17.710.075	17.590.075
- ohne die neuen Förderungen ¹⁾ 2009/10			13.916.875	13.946.875
Veränderung zum Vorjahr in %		- 5,3 %	+ 30,5 %	- 0,6 %
- ohne die neuen Förderungen ¹⁾ 2009/10			+ 2,1 %	+ 0,2 %

¹⁾ Um Kontinuitätslinien und Entwicklung in der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit – wie sie im Landesjugendplan berichtet wird – deutlich zu machen, sind zum einen begrenzte Investitionsleistungen und zum anderen spezifische neue Förderschwerpunkte herausgerechnet worden. Quelle: MBWJK 2007a, S. 34, MBWJK 2009, S. 24 und eigene Berechnungen

aber kontinuierlich zurückgegangen; die Ausnahme sind neue Projekte vor allem:

- umweltorientierte Jugendbildung,
- die Renovierung der Jugendherberge Ehrenbreitstein,
- die Förderung der Jugendkunstschulen
- sowie im Jahr 2009 das Konjunkturprogramm II: Rheinland-Pfalz förderte außerschulische (mediale) Jugendbildung mit 1,6 Mio. Euro (Bund und Land).

Zudem werden über den Landesjugendplan im Unterkapitel „Zentrale Förderung von Einrichtungen und Verbänden“ auch solche Aufgaben gefördert, die inhaltlich unzweifelhaft von großer Bedeutung sind – gemeint ist die Arbeit von pro familia, dem Deutschen Kinderschutzbund oder der Landesarbeitsgemeinschaft alleinerziehender Mütter und Väter –, die aber nur mit Mühe zu den Aufgaben der Jugendarbeit gerechnet werden können. Der Landesjugendplan ist ein wichtiges Berichtsinstrument des Landes, aber gibt in der Gesamtsumme der ausgewiesenen Förderungen nur bedingt Auskunft über die „Förderung der Jugendarbeit“.

Die Jugendverbände und ihre Förderung

In § 12 SGB VIII heißt es zur Förderung der Jugendverbände:

„(1) Die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen ist unter Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens nach Maßgabe des § 74 zu fördern.

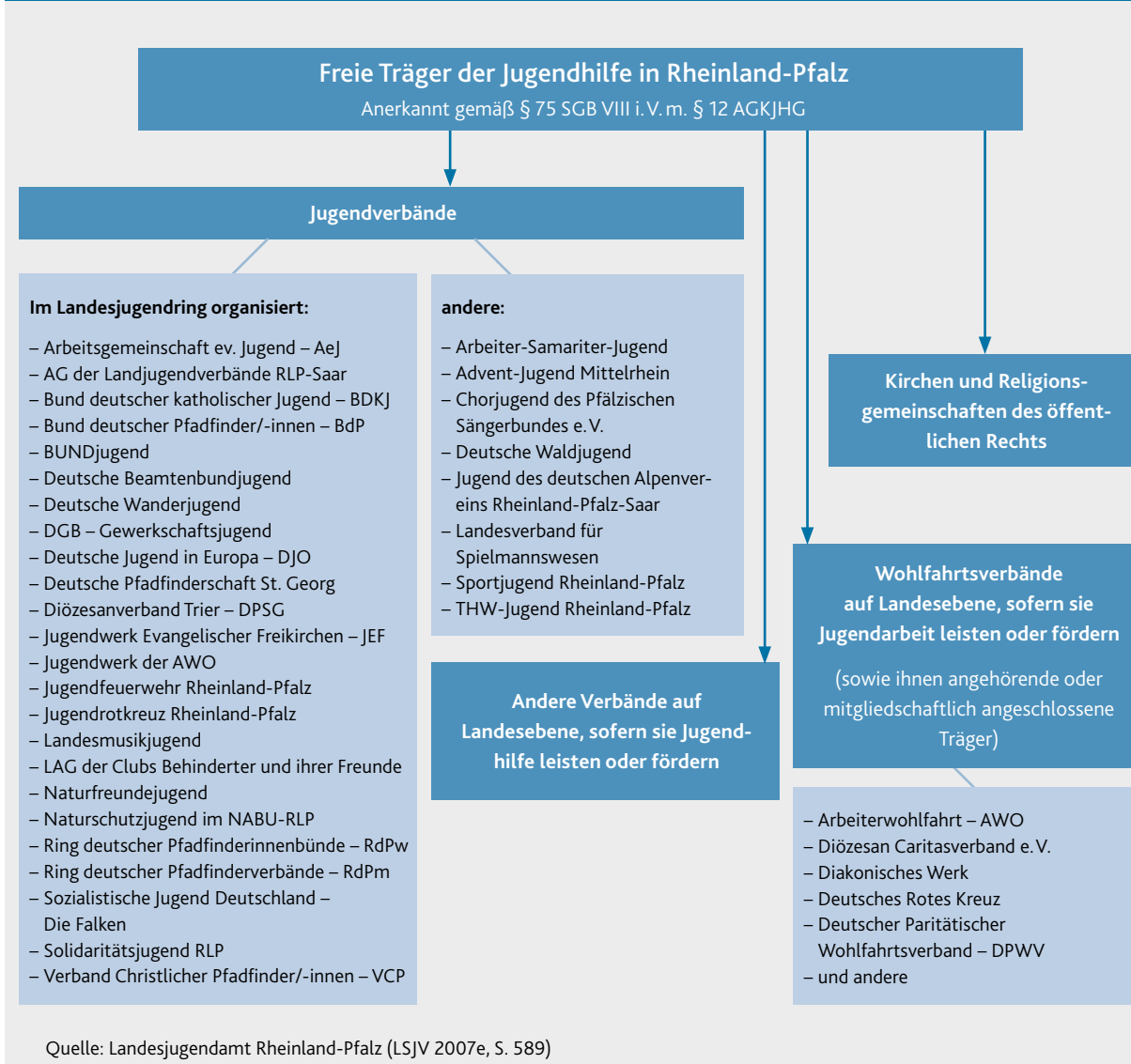
(2) In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Ihre Arbeit ist auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet, sie kann sich aber auch an junge Menschen wenden, die nicht Mitglieder sind. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ (§ 12 SGB VIII).

Jugendverbände stellen in Rheinland-Pfalz wie im Bund über 50 % der Träger und Maßnahmenanbieter in der Jugendarbeit (LSJV 2006b, S. 11). Im Bundesgebiet wurden noch Anfang der 1990er Jahre mindestens 255 „Jugendverbände und Jugendorganisationen“ (Böhnisch 1991, S. 1059 ff.)⁷⁵ gezählt.

In einer aktuellen Publikation des Landesjugendamtes werden die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe und hier insbesondere der Jugendverbände in einer Übersicht vorgestellt (siehe Abb. 75).

⁷⁵ „Untergliederungen der Verbände sind hier nicht aufgenommen, soweit es sich um Landesverbände gleichen Namens handelt (Ausnahme: Landesjugendringe)“ (Böhnisch 1991, S. 1059).

Abb. 75: Freie Träger der Jugendhilfe



Über die Aktivitäten verschiedener Jugendverbände informiert im Überblick ihr Zusammenschluss, der Landesjugendring.⁷⁶ Zuverlässige Daten über die Mitgliederzahlen der Jugendverbände oder die insgesamt von diesen angesprochenen und erreichten Kinder und Jugendlichen können nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Verteilung auf Gruppen der Jugendverbände zeigt Abb. 76.

⁷⁶ www.ljr-rlp.de

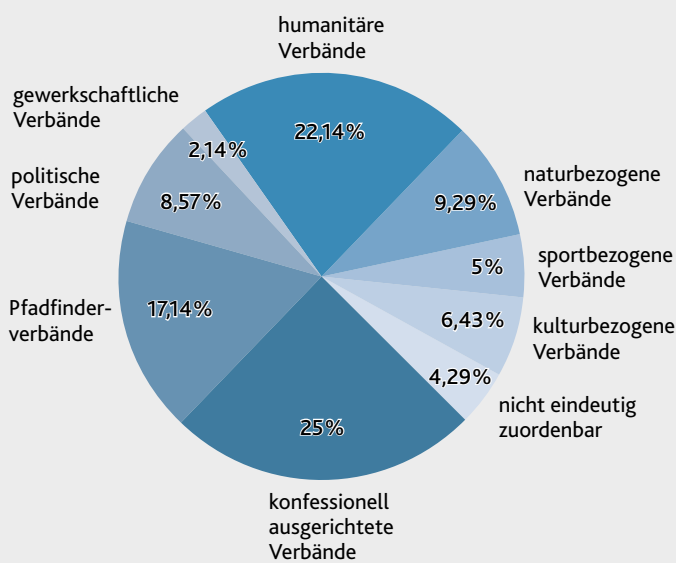
In Tabelle 15 sind nur die Bildungsmaßnahmen der Jugendverbände aufgeführt, die im Rahmen des Landesjugendplanes (soziale Bildung, politische Bildung und Schulung Ehrenamtlicher) gefördert wurden. Alle anderen Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen der Jugendverbände können bisher nicht zentral erfasst werden, da hierzu keine Erhebungsinstrumente vorliegen. Aufgrund dessen ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, einen vollständigen Überblick über die quantitativen und qualitativen Leistungen der Jugendverbände zu geben. Hier zeichnet sich ein Auftrag für zu-

künftige Kinder- und Jugendberichte des Landes ab, geeignete Erfassungsinstrumente für die freien Träger der Jugendarbeit zu entwickeln.

Tabelle 15: Anzahl der Teilnahmetage in Bildungsmaßnahmen der Jugendverbände im Jahr 2008, die über Mittel des MBWJK (Landesjugendplan) gefördert wurden, nach Auskunft des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e. V.

Verband	2008
Adventjugend	1.521
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend	181.017
Bund der Deutschen Katholischen Jugend	224.968
Bund Deutscher Pfadfinder/-innen	741
Chorjugend der Pfalz	1.839
Deutsche Jugend in Europa	135
Deutsche Waldjugend	4.739
DGB – Gewerkschaftsjugend	818
Jugendfeuerwehr	18.793
Jugendrotkreuz	14.232
Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt	15.062
Jugendwerk Evangelischer Freikirchen	17.870
Jugend der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft	5.243
Jugend des Bundes für Umwelt- und Naturschutz	62
Jugend des deutschen Alpenvereins	777
Jugend des Landesverbandes für Spielmannswesen	1.036
Jugend des Technischen Hilfswerkes	72
Landesmusikjugend	17.057
Landjugend	634
Naturfreundejugend	1.067
Naturschutzjugend im NABU	0
Ring deutscher Pfadfinderinnenverbände	12.108
Ring deutscher Pfadfinderverbände	51.639
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken	1.748
Sportjugend	207.918
Wanderjugend	2.809
Insgesamt:	783.905

Abb. 76: Jugendverbände in Rheinland-Pfalz



Quelle: www.jugend.rlp.de und eigene Berechnungen

Jugendarbeit der Sportverbände

Sportvereine bieten ein breites Spektrum an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Die aktive Teilhabe in Sportvereinen ist für Kinder und Jugendliche eine oftmals finanzierbare und wohnortnahe Gelegenheit nicht nur für körperliche Bewegung und Förderung individueller Fähigkeiten in diesem Bereich, sondern auch für sozialen Kontakt und aktive Mitwirkung in einer Gemeinschaft. Zwar liegen über die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Sportveranstaltungen keine Daten vor, aber die Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine werden vom Landessportbund (LSB) Rheinland-Pfalz regelmäßig erhoben. Der LSB ist die Dachorganisation der Sportvereine in Rheinland-Pfalz und vertritt „mehr als 6200 Vereine und über 1,5 Millionen Mitglieder“⁷⁷; jede dritte Bürgerin bzw. jeder dritte Bürger in Rheinland-Pfalz ist damit Mitglied in einem Sportverein.

⁷⁷ www.lsb-rlp.de

Der Landessportbund ist auch Träger einer Jugendorganisation, der „Sportjugend Rheinland-Pfalz“ (Landessportbund Rheinland-Pfalz), die als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe zugleich mitgliederstärkster Jugendverband des Landes ist; neben den sportlichen Zielen und Aufgaben gehören auch Jugendreisen und Netzwerkarbeit sowie Aus- und Weiterbildungen zu den Aufgaben der Sportjugend.

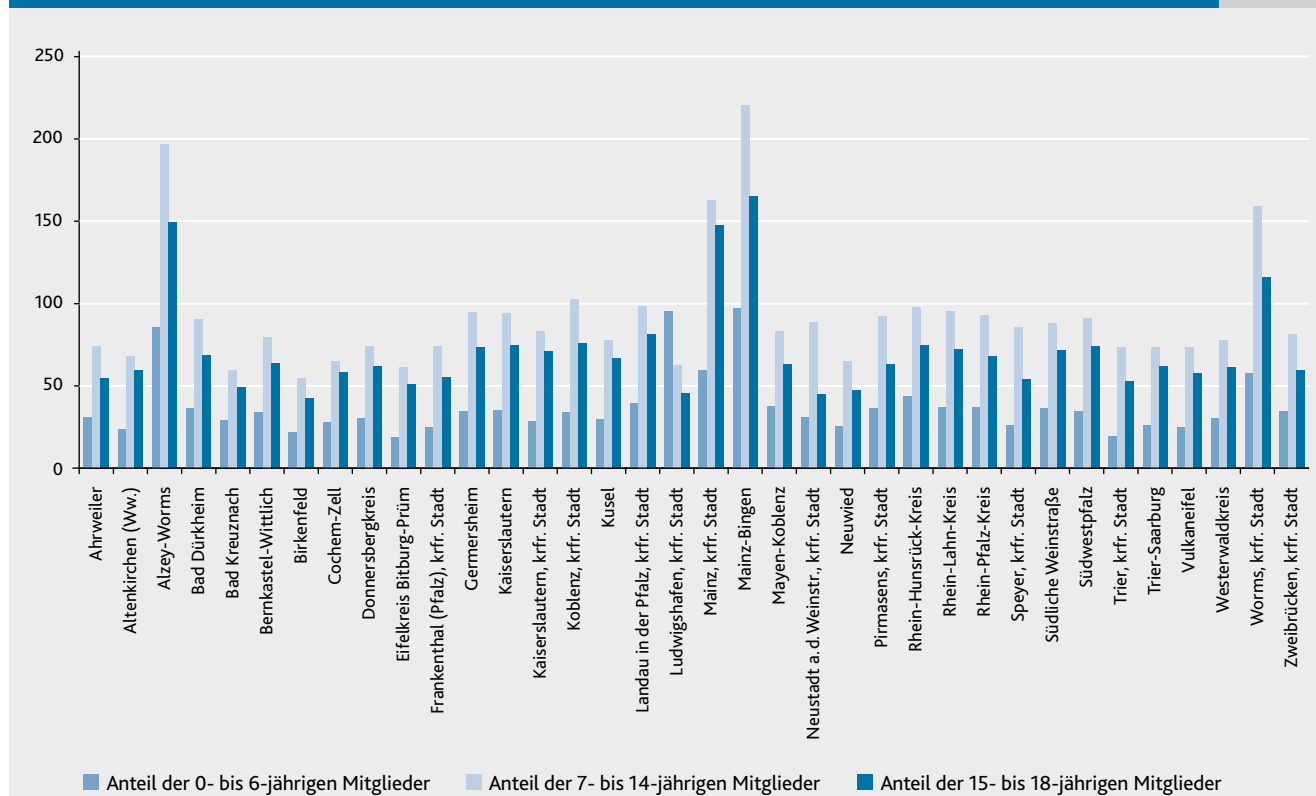
Im Landesjugendplan wird auch über die Sportförderung des Landes insgesamt berichtet. Mit über 45 Mio. Euro im Jahr 2010 ist gegenüber dem Jahr 2007 eine prozentuale Steigerung um 2,7 % zu verzeichnen (MBWJK 2007, S. 33 und MBWJK 2009a, S. 43). Der Landessportbund erhält hiervon für alle seine Aktivitäten – nicht nur für Kinder und Jugendliche – im Jahr 2010 insgesamt 10,5 Mio. Euro (seit 2007: + 16,7 %) (ebd.).

Abb. 77 zeigt, wie sich die Zahl der Mitglieder der Sportvereine in den Altersklassen unter 18 Jahren auf die Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz verteilen. Zuerst zeigen die Prozentwerte über 100 %, dass zahlreiche Kinder und Jugendliche Mitglied in mehreren Sportvereinen sind; wiederum werden große regionale Unterschiede deutlich.

Die einzelnen Sportvereine und -verbände erhalten in diesem Rahmen auch für besondere Projekte eine Förderung, z. B. Projekte zur Gewaltprävention: Im Bundesvergleich sind in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen keine Besonderheiten zu verzeichnen, gleichwohl werden auch hier gerade



Abb. 77: Mitglieder in Sportvereinen nach Altersklassen an gleichaltriger Bevölkerung 2008 in %



Quelle: nach Auskunft des Landessportbunds und eigene Berechnungen

bei Fußballspielen „in der Bundesliga und der Oberliga Südwest regelmäßig polizeiliche Einsatzmaßnahmen erforderlich“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009f, S. 10). Das Innenministerium hat hierzu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine „Sicherheitskonzeption Fußball Rheinland-Pfalz“ erarbeitet hat. Ziel der Konzeption soll die Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei, Veranstaltern sowie den entsprechenden Vereinen, die Intensivierung des Informationsaustausches und eine verbesserte Abstimmung von Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt sein (ebd., S. 11).

Aktivitäten der Sportvereine haben ebenfalls Bedeutung für die Integration junger Menschen mit Behinderungen sowie für junge Menschen mit Migrationshintergrund. „Der Sport von Menschen mit Beeinträchtigungen ist ein wichtiger Kristallisationspunkt der Integration der Betroffenen in das gesamtgesellschaftliche Leben. Eine Möglichkeit, diese wichtige Entwicklung voranzutreiben, ist die weitere Öffnung von „normalen“ Sportvereinen für den Sport von Menschen mit Behinderung“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007b, S. 43). Für junge Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet Sport die Möglichkeit, Leistungen zu erbringen „ohne Rücksicht auf Herkunft, Nationalität und Sprache. Leistung und Erfolg sind im Sport damit leichter möglich als in anderen Bereichen. Sportliche Leistung und deren Anerkennung fördert die Selbstachtung der Menschen mit Migrationshintergrund. Sport fördert das soziale und kulturelle Lernen durch die Beachtung der Spielregeln und des Gebots der Fairness“ (ebd., S. 21).

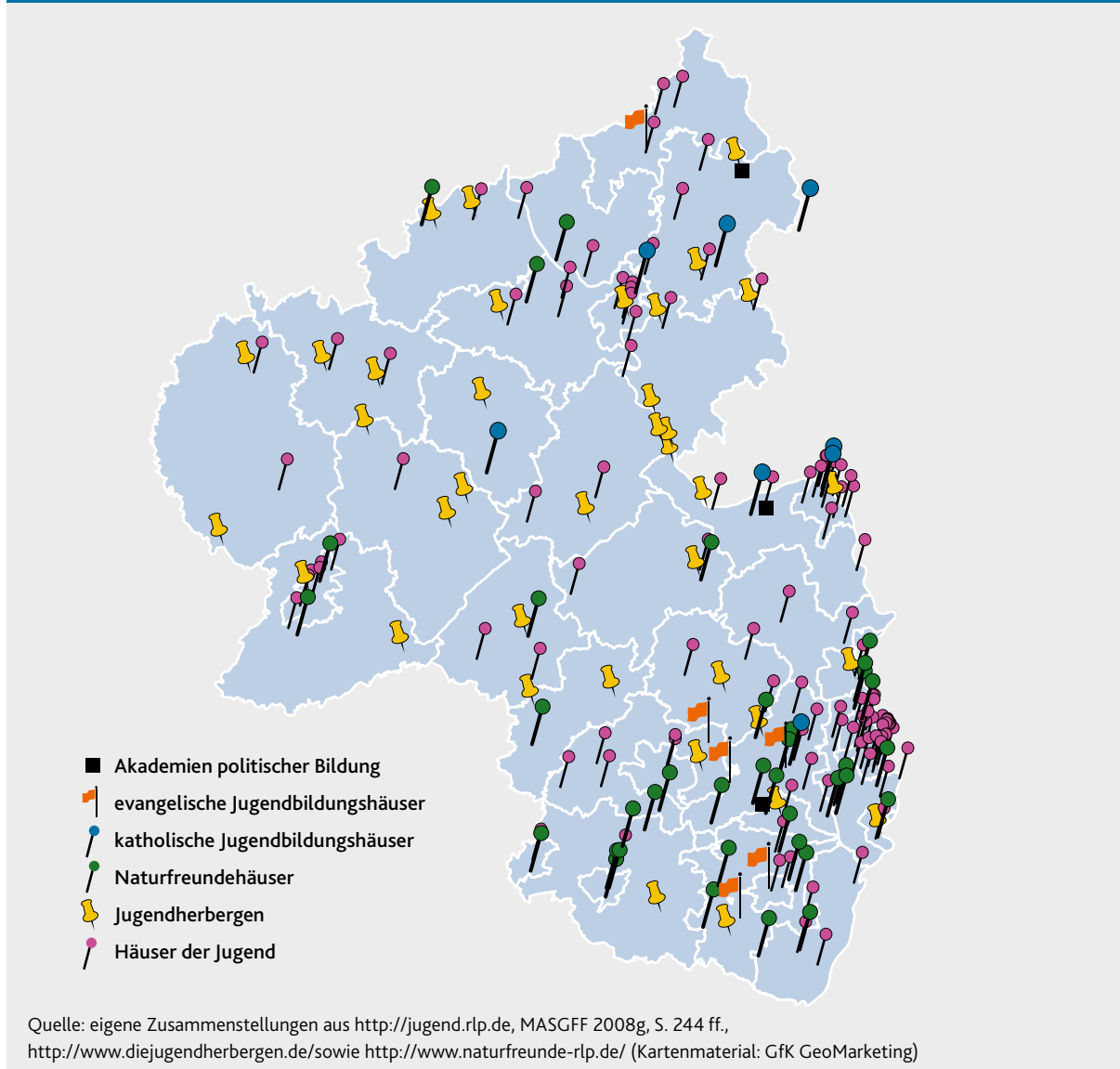
Auch der 11. Sportbericht der Bundesregierung vom Dezember 2006 (Deutscher Bundestag 2006, S. 89) hebt die Bedeutung des Sports für die Integration hervor: Sport bietet vielfältige Chancen für Zugewanderte und bildet einen bedeutsamen Faktor der Partizipation am gesellschaftlichen Zusammenleben. Sport hilft, Sprachbarrieren zu überwinden. Sportlerinnen und Sportler bilden Gemeinschaften, Sport befreit von Isolation und erleichtert, soziale Beziehungen zu knüpfen.

Hierzu fördert das Land Rheinland-Pfalz zahlreiche Projekte, u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“. Schließlich sind die Sportvereine wichtige Kooperationspartner für Kindertageseinrichtungen und Schulen in Programmen wie „Bewegungskindergarten“ oder „Partnerschule mit dem Schwerpunkt Bewegung, Spiel und Sport“.

Einrichtungen der Jugendbildung

Jugendbildungsarbeit wird auch in speziell dafür eingerichteten Bildungsstätten und Einrichtungen angeboten; wie sich solche Einrichtungen der Jugendbildung über Rheinland-Pfalz verteilen, zeigt die Karte in Abb. 78.

Abb. 78: Einrichtungen der Jugendbildung

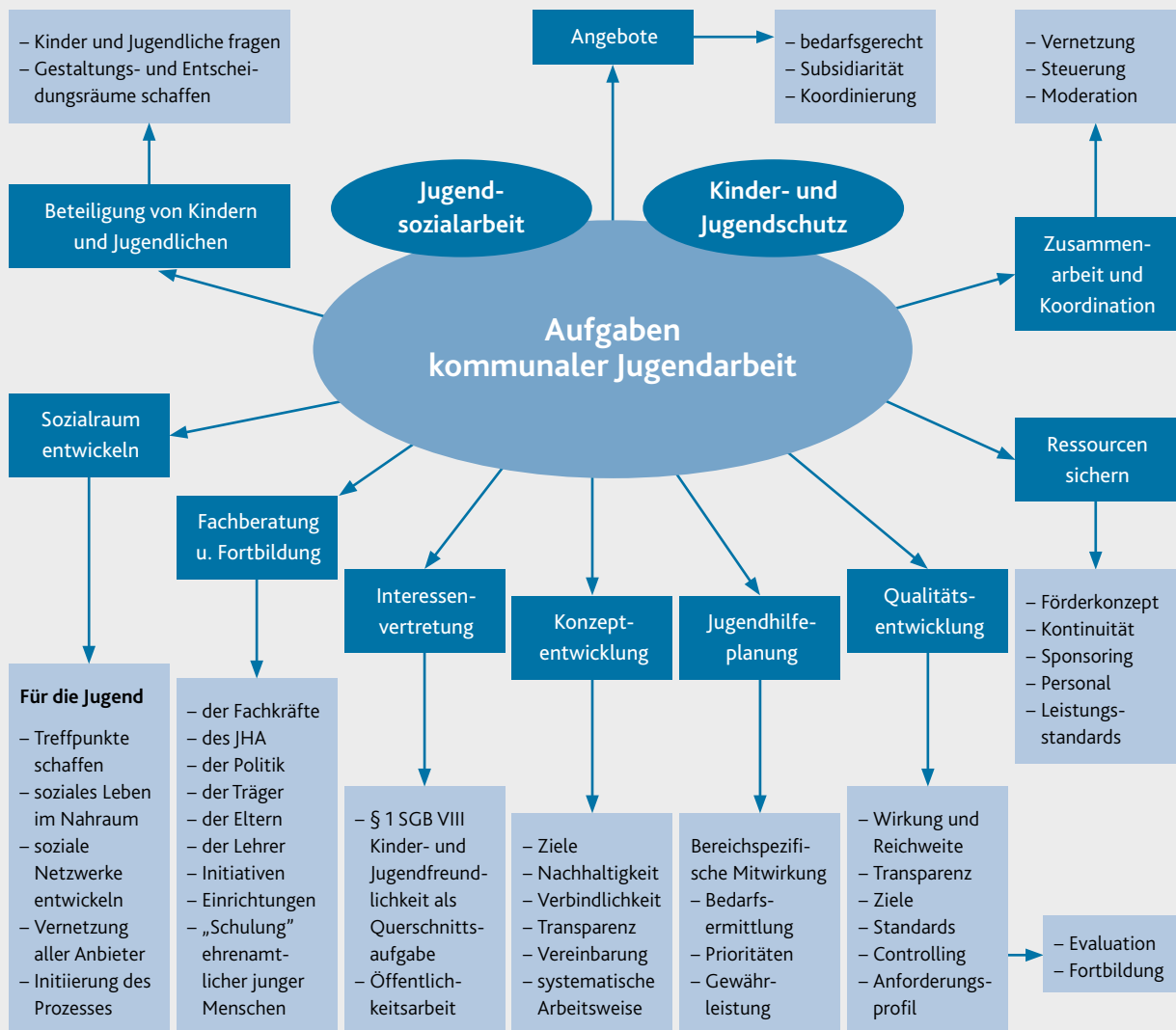


Die Jugendarbeit der öffentlichen Träger in den Gemeinden, Städten und Landkreisen

Jugendarbeit hat vor allem die Funktion, Kindern und Jugendlichen eigenständige und selbstbestimmte Orte der Erfahrung mit Gleichaltrigen, der Entdeckung und Erprobung eigener Interessen und Potentiale zur Verfügung zu stellen; Jugendarbeit bietet dazu Treffpunkte für Freizeitgestaltung, organisiert Veranstaltungen und Projekte, bündelt und vertritt Interessen junger Menschen gegenüber Politik und Gemeinwesen. Neben den Jugendverbänden und Jugendinitiativen sind vor allem die Gemeinden, Städte und Kreise bedeu-

tende Träger der Jugendarbeit, unterhalten eigene Jugendeinrichtungen und beschäftigen Fachpersonal für Aufgaben der Jugendpflege, wie dieser Aufgabenbereich traditionell genannt wird. Die vielfältigen Aufgaben kommunaler Jugendarbeit verdeutlicht Abb. 79.

Abb. 79: Aufgaben kommunaler Jugendarbeit



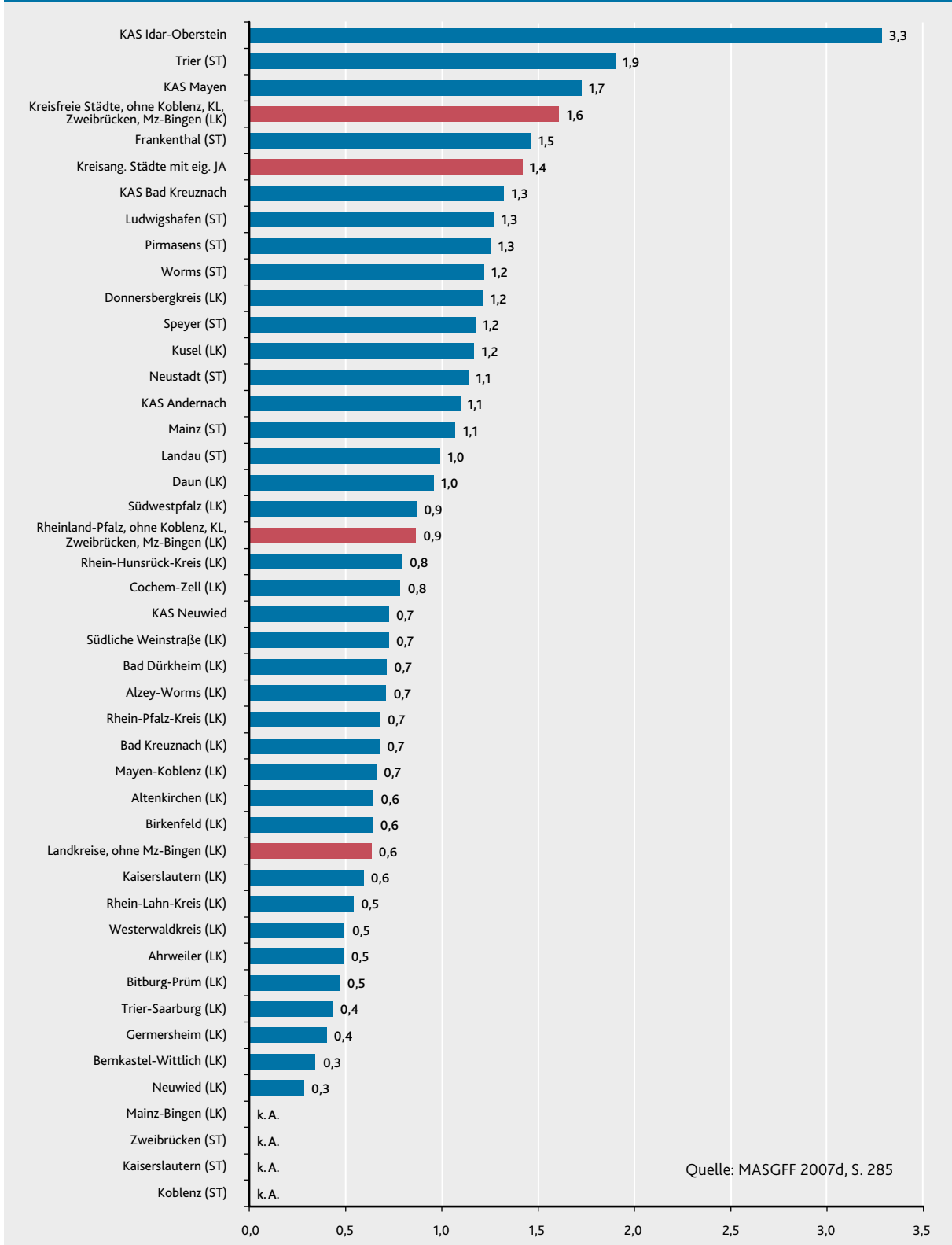
Quelle: LSJV 2007e, S. 9

In diesem Zusammenhang werden der Jugendarbeit wichtige präventive Funktionen zugeschrieben, ebenso wie die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen in Belastungs- und Krisensituationen kompensierende Angebote zu machen, die weitergehende Hilfeleistungen, vor allem als „Hilfe zur Erziehung“ nicht oder nicht so umfangreich erforderlich werden lassen. Auf diesen Zusammenhang wird u. a. auch im zweiten Landesbericht „Hilfen zur Erziehung“ hingewiesen: „Einen weiteren zentralen Einflussfaktor auf den Bedarf an Hilfen zur Erziehung stellt die Verfügbarkeit und die Qualität der sozialen Infrastruktur, und hier wesentlich

der Regelangebote im Bereich der Kindertagesbetreuung und der Kinder- und Jugendarbeit, dar“ (MASGFF 2007d, S. 255).

Die unterschiedliche Ausstattung der Kreise und Städte mit pädagogischen Fachkräften für solche präventiven Aufgaben im sog. „Vorfeld der Hilfen zur Erziehung“ zeigt die Übersicht in Abb. 80. Dies sind die einzig verfügbaren Angaben über die Personalausstattung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz; dabei fallen wiederum die erheblichen regionalen Unterschiede ins Auge.

Abb. 80: Eckwert Personal Jugendarbeit, Jugendschutz, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit (Stellen pro 1.000 bis 21-Jährige) im Jugendamt und bei freien Trägern in 2005 (4 Jugendämter ohne Angaben: Koblenz, Kaiserslautern, Zweibrücken, LK Mz-Bingen)



Musische und kulturelle Bildung sowie Bibliotheken

Neben den Aktivitäten der Jugendarbeit durch freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe sind die Angebote und Leistungen der Musik- und Jugendkunstschulen sowie der Bibliotheken bedeutsam für die kulturelle Entwicklung und Selbstverwirklichung junger Menschen. Auch zu diesen Angebotsfeldern können vor allem Daten zur Infrastruktur und zur Landesförderung berichtet werden, dies soll auch hier mit einem besonderen Blick auf die regionalen Unterschiede getan werden.

Musik

Das Land Rheinland-Pfalz fördert und unterstützt zahlreiche Projekte in musischer Bildung. Exemplarisch können die Jugendensembles, die unter der Dachmarke „Junge Musik Rheinland-Pfalz“ (Dachverband Junge Musik Rheinland-Pfalz) versammelt sind, angeführt werden. Alle fünf Jugendensembles – der „LandesJugendChor“, das „JugendJazzOrchester“, das „JugendBlasOrchester“, das „JugendSinfonieOrchester“ und das „Jugend-EnsembleNeueMusik“ – werden vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz und dem Landesmusikrat Rheinland-Pfalz e.V. gefördert.

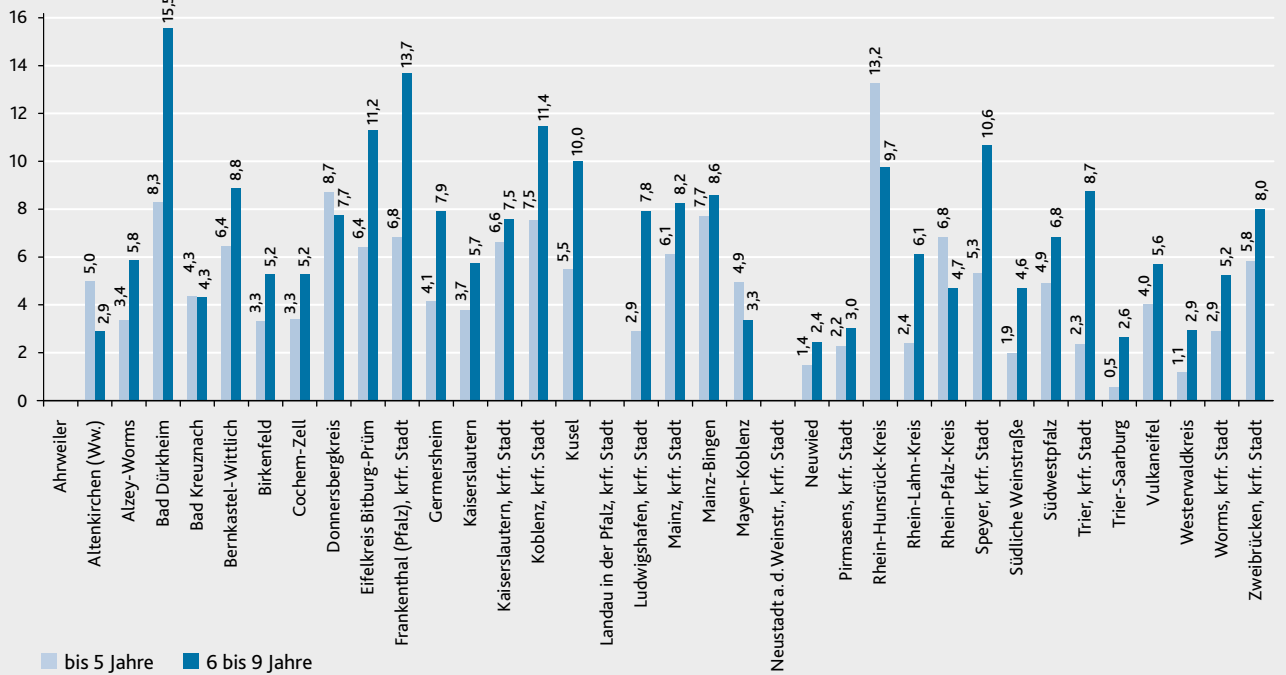
Für eine Förderung musischer Bildung in der „Breite und Fläche“ sind vor allem die örtlichen Musikschulen sowie die zahlreichen Musik- und Gesangsvereine bedeutsam; berichtet werden kann hier nur über öffentliche Musikschulen, da andere Daten zu diesem Themenfeld nicht verfügbar sind. Musikschulen gehören in fast allen Städten und Landkreisen zum festen Bestandteil des öffentlichen Kultur- und Bildungsangebots. In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2008 insgesamt 44 Musikschulen, in denen insgesamt 42.707 Musikschülerinnen und -schüler unterrichtet wurden. Das Land Rheinland-Pfalz fördert Musikschulen, die in Trägerschaft einer kommunalen Gebietskörperschaft oder gemeinnützig sind. Der Unterricht ist zumeist in drei Stufen gegliedert. Zuerst geht es um die musikalische Grundausbildung und/

oder musikalische Früherziehung; dann werden breit gefächert Instrumental- und Vokalunterricht angeboten und zuletzt Ensemble-Unterricht und musiktheoretische Fächer.⁷⁸

Abbildung 81 und 82 zeigen die unterschiedlichen Anteile der Musikschülerinnen und Musikschüler nach Altersklassen in den Städten und Landkreisen, die über öffentlich geförderte Musikschulen verfügen.

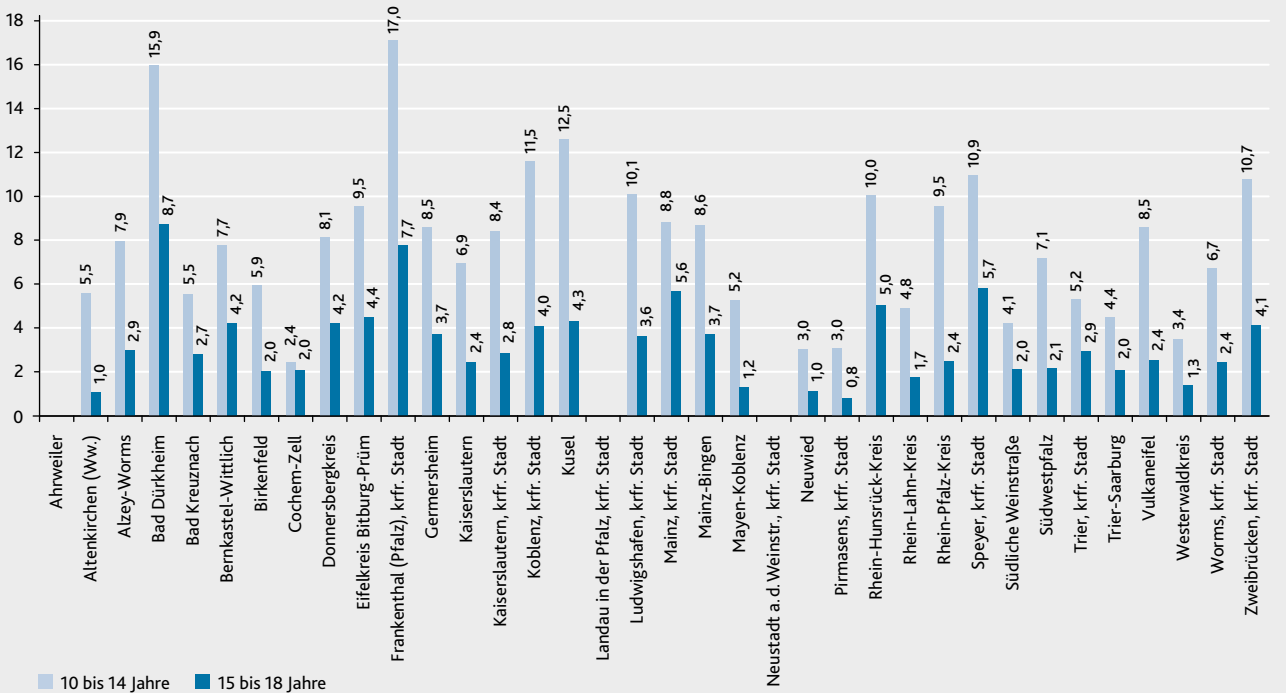
⁷⁸ <http://www.lvdm-rlp.de/landesfoerderung.htm>

Abb. 81: Anteil der Musikschülerinnen und -schüler 2009 an gleichaltriger Bevölkerung in %



Quelle: Landesmusikschulverband und eigene Berechnungen

Abb. 82: Anteil der Musikschülerinnen und -schüler 2009 an gleichaltriger Bevölkerung in %



Quelle: Landesmusikschulverband und eigene Berechnungen

Bildende Kunst

Der Auf- und Ausbau von Jugendkunstschulen ist eines der neuen Projekte der Landesregierung im Bereich der kulturellen Bildung in der laufenden Legislaturperiode. In der Regierungserklärung vom 30. 05. 2006 erklärte Ministerpräsident Kurt Beck hierzu: „Hierbei werden wir die Kinder- und Jugendkultur noch intensiver fördern. Die kulturelle Kompetenz junger Menschen wollen wir dabei außer in den Musikschulen auch im künstlerisch-gestaltenden Bereich ausbilden. Wir planen deshalb für die kommenden Jahre die Einrichtung von Jugendkunstschulen“ (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2006, S. 11).

In den Jugendkunstschulen sollen für Kinder und Jugendliche Projekte in den Sparten bildende Kunst und/oder moderne Medien angeboten werden.

Dabei nutzt das Land vorhandene Einrichtungen und Trägerstrukturen und setzt auf entsprechende Initiativen und Gegebenheiten vor Ort. Im Jahr 2008 sind die ersten 34, im Jahr 2009 38 Projekte realisiert worden. Im ersten Jahr stellte der rheinland-pfälzische Landtag für dieses Projekt 250.000 Euro zur Verfügung, für 2009 und 2010 wurde dieser Betrag auf 300.000 Euro pro Jahr erhöht.

Bewerben können sich Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft ebenso wie ehren- oder hauptamtlich geführte Vereine oder privat geführte „Kunstschulen“. Über die Anträge entscheidet eine unabhängige Jury.

Den Umfang der Landesförderung für Projekte und Einrichtungen kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche zeigt Tabelle 16.

Tabelle 16: Förderung kultureller Bildung im Rahmen des Landesjugendplans (2007 bis 2010)

4. Veranstaltungen der Jugendarbeit	Landesmittel 2007 (in Euro)	Landesmittel 2008 (in Euro)	Landesmittel 2009 (in Euro)	Landesmittel 2010 (in Euro)
Landesverband der Musikschulen	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000
Jugendkunstschulen	–	–	300.000	300.000
Literarische Qualifikation von jungen Menschen	30.000	30.000	30.000	30.000
Leselust in Rheinland-Pfalz	44.000	44.000	50.000	50.000
Autorenlesungen in Schulen	21.500	21.500	24.000	24.000
Musikwettbewerbe, Jugendensembles und sonstige musikalische Jugendförderung	330.000	330.000	347.000	347.000

Quelle: MBWJK 2007, S. 32 und 2009a, S. 42

Bibliotheken

Ein weiteres wichtiges Feld kultureller Bildung für junge Menschen sind die öffentlich zugänglichen Bibliotheken; sie stellen nicht nur ihre Literatur- und Medienbestände zur Verfügung, sondern bieten darüber hinaus auch Treffpunkte für soziale Kontakte und z.T. auch eigene Veranstaltungen mit Themen- und Lektüreanregungen (siehe Abb. 83).

Wiederum deutliche regionale Unterschiede in der Nutzung der Bibliotheken durch Kinder und Jugendliche zeigt Abb. 84.

Abb. 83: Standorte Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 2009

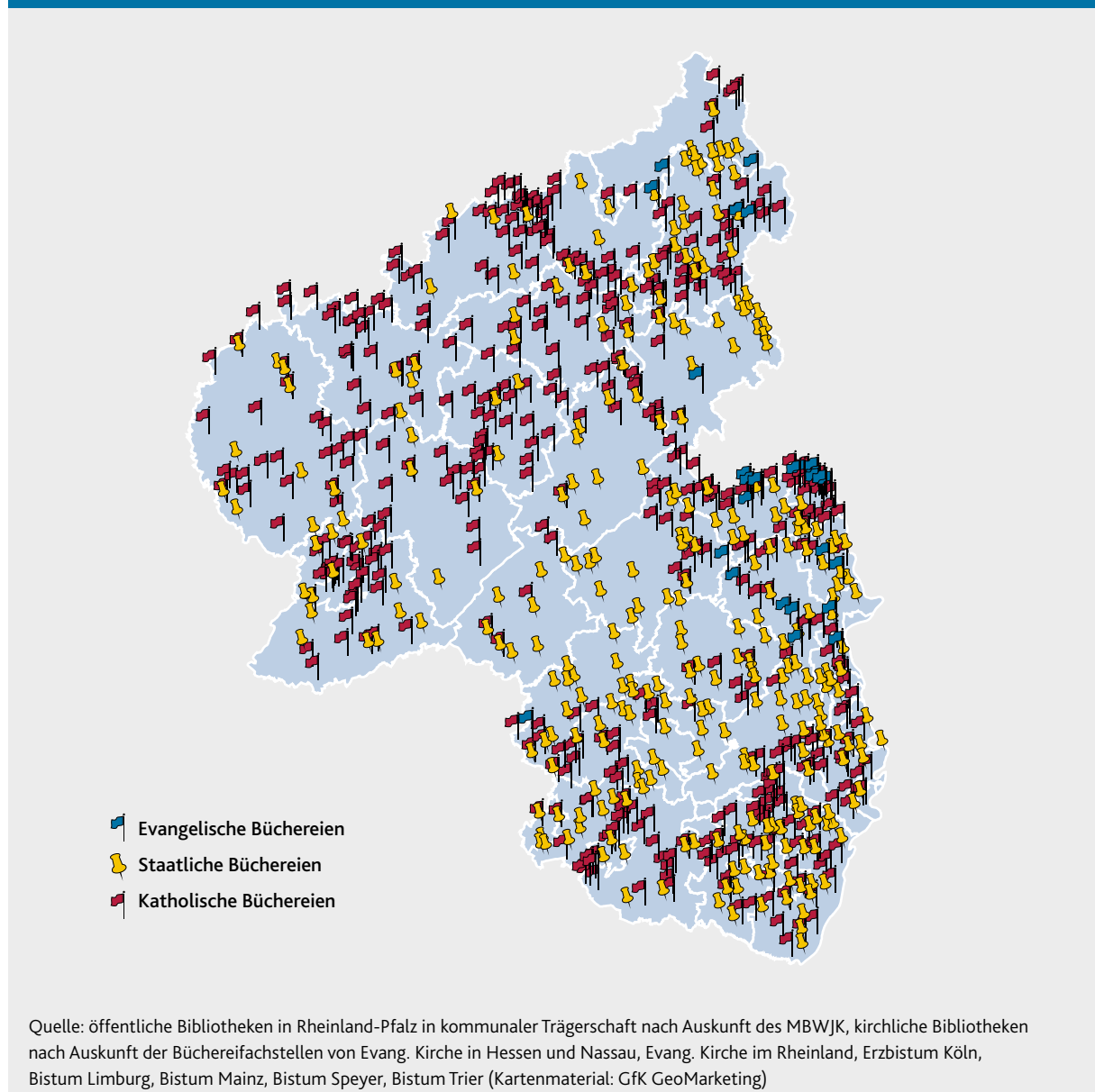
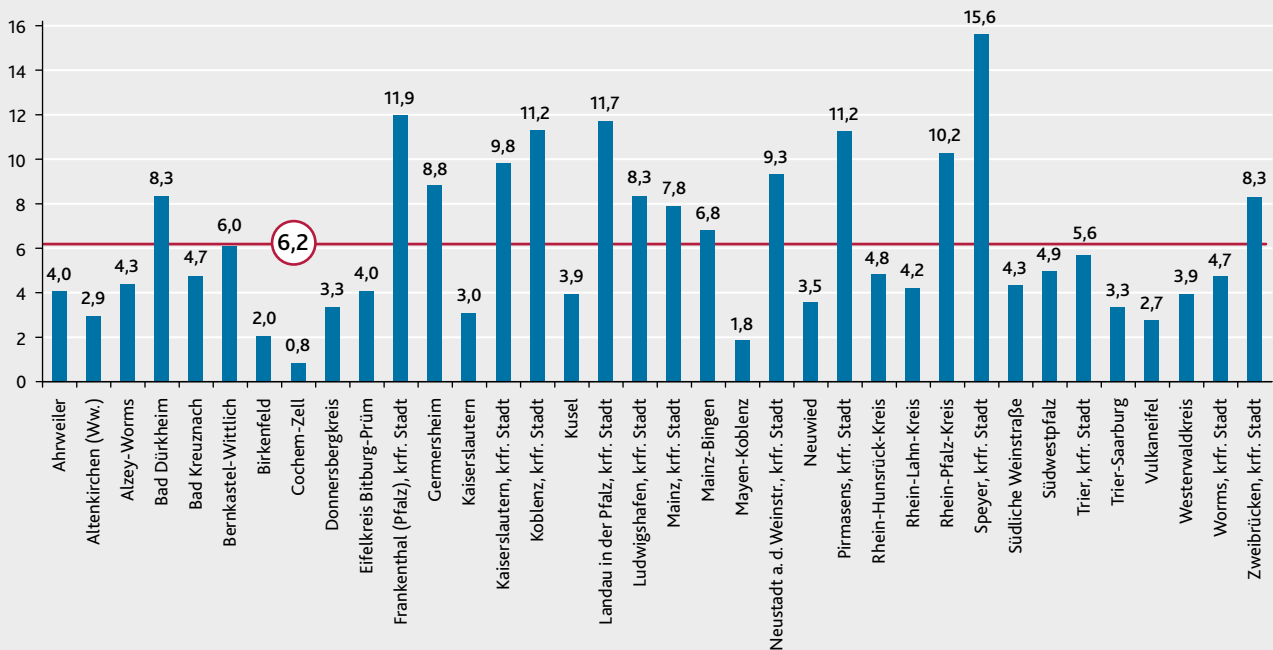


Abb. 84: Anteil Entleihungen Kinder- und Jugendliteratur an unter 18-jähriger Bevölkerung 2007



Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) – Variable Auswertung und eigene Berechnungen

Ökologische und naturbezogene Bildung

Angesichts der in den letzten Jahrzehnten unübersehbar gewachsenen Bedeutung umweltbezogener und ökologischer Themen, ist nicht verwunderlich, dass dieses Themenfeld auch zum Gegenstand für Projekte und Angebote der Jugendbildung geworden ist.

1985 startete mit „Unterricht im Wald“ die seit-her bestehende Kooperation „Schule & Forstamt“ in Rheinland-Pfalz, die 2006 weiterentwickelt wurde zum gemeinsamen Projekt „Wald macht Schule“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz. Seit dem 20. 11. 2003 besteht eine Rahmenvereinbarung zum Einsatz von Forstpersonal in Ganztags-schulen in Rheinland-Pfalz.

Der Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz engagiert sich mit einem breiten Angebot in der Jugend- und Umweltbildung in Rheinland-Pfalz. Das in der Forstwirtschaft vor fast 300 Jahren entwickelte Prinzip der Nachhaltigkeit (damals:

nie mehr Holz zu ernten, als im gleichen Zeit-raum wieder nachwächst) hat sich infolge der Rio-Konferenz 1992 als gesellschaftliches Leitbild etabliert. Der Wald bietet den Raum, um jungen Menschen den Leitgedanken einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zugänglich zu machen; am Beispiel des Lebensraums Wald und der Wald-bewirtschaftung können ökonomische, ökolo-gische und soziale Fragestellungen anschaulich bearbeitet werden. Waldpädagogische Pro-gramme werden daher schrittweise in Richtung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterent-wickelt.

Neben anderen Projekten trifft dabei die sog. „Rucksackschule“ Rheinland-Pfalz auf besonderes Interesse: Gruppen junger Menschen werden von spezifisch qualifizierten Försterinnen und Förstern in den heimatnahen Wald begleitet. Mit Hilfe des Rucksackinhaltes können verschiedene Pro-grammthemen angeboten werden. Die Rucksack-schule kann so den Unterricht ergänzen oder einen Wandertag/eine Waldwanderung bereichern.

Tabelle 17:
Teilnehmende an Rucksackschule 2008

Kinder und Jugendliche	31.800
davon: Kindertagesstätten	7.251
Schulen insgesamt	22.048
Jugendgruppen	2.501
Erwachsene	9.281
davon: Erwachsenengruppen	7.715
Multiplikatoren insgesamt	1.566
Teilnehmende insgesamt	41.081

Quelle: Auskünfte Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz

Die Förderung dieser Projekte und Einrichtungen aus den Mitteln des Landesjugendplanes zeigt Tabelle 18.

Im Themenfeld ökologischer Bildungsprojekte für junge Menschen ist ebenfalls die Abfallwirtschaft in Rheinland-Pfalz aktiv.

Um der Prioritätenfolge der Abfallwirtschaftspolitik – Vermeiden vor Verwerten vor Beseitigen – gerecht zu werden, ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Besonders Kinder und Jugendliche lassen sich durch Anschaulichkeit, Praxisnähe, emotionale Erlebnisse und interessante Handlungsangebote wirkungsvoll für Umweltprobleme sensibilisieren und tragen als Multiplikatoren Begeisterung und Wissen in ihr privates und schulisches Umfeld. Das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

Tabelle 18: Ausgewählte Landesmittel für Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendarbeit

1. Einrichtungen der Jugendarbeit	Landesmittel 2007 (in Euro)	Landesmittel 2008 (in Euro)	Landesmittel 2009 (in Euro)	Landesmittel 2010 (in Euro)
Naturfreundehäuser	85.400	15.400	85.400	15.400
Bau und Ausbau von Heimen und Hütten der Wandervereine	51.200	51.200	51.200	51.200
Naturnahe Lebensräume	800.000	800.000	800.000	800.000
Projekt „LebenGestaltenLernen“ für den Elementarbereich	72.000	75.000	28.675	28.675
Ausbildung von Naturtrainern für den Elementarbereich	–	–	20.000	20.000
Kooperation und Förderung unterschiedlicher Träger durch die Landeszentrale für Umweltaufklärung	62.500	65.000	35.000	35.000
Waldjugendheime	240.000	240.000	175.000	175.000
Waldjugendherbergen	–	–	201.000	201.000
Walderlebniszentren	822.000	108.000	298.000	298.000
Haus der Nachhaltigkeit	–	–	43.200	43.200
4. Veranstaltungen der Jugendarbeit				
Wasserwirtschaftliche Umweltbildung	115.000	55.000	91.000	91.000
Freiwilliges ökologisches Jahr	370.000	370.000	360.000	360.000
„Waldjugendspiele“ und „Treffpunkt Wald“	148.000	158.000	786.500	786.500
Qualifizierte Umweltbildungsangebote (insbesondere „Rucksackschule“)	–	–	1.154.900	1.154.900

Quelle: MBWJK 2007, S. 30 f. und 2009a, S. 40 f.

Rheinland-Pfalz (MUFV) hat daher im Rahmen eines Forschungsprojekts „Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung“ in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg Grundkonzepte für die Einrichtung von „Außerschulischen Lernorten zur Abfallwirtschaft“ in den Jahren 1999 bis 2002 erarbeiten lassen. Die Kosten hierfür beliefen sich auf insgesamt 194.290 Euro (nach Auskünften des MUFV).

Von 1999 bis heute (2010) wurden in sechs Landkreisen und kreisfreien Städten außerschulische Lernorte mit unterschiedlicher Ausgestaltung und Zielsetzung eingerichtet. Davon wurden fünf mit insgesamt 134.000 Euro gefördert (nach Auskünften des MUFV).

3.2.4 Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfen

Jugendsozialarbeit umfasst „gezielte, auf das soziale Umfeld, die Schule und die Ausbildung bezogene Hilfen für junge Menschen in besonderen sozialen Verhältnissen“ (Faltermeier 2007, S. 530). Sie richtet sich insbesondere an Jugendliche ohne Bildungsabschluss, arbeitslose Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund.⁷⁹

In § 13 Abs. 1 SGB VIII heißt es dazu: „(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.“

Benachteiligungen junger Menschen können sich dabei sowohl auf äußere Rahmenbedingungen – wie Arbeitsmarkt, Schulsystem, Schulübergänge – als auch auf individuelle Voraussetzungen – Herkunft, Vorbildung, Geschlecht – beziehen (MASFG 2003, S. 10). „Die Leistungen der Jugendsozialar-

beit sind daher überwiegend als flankierende, ergänzende Leistungen (...) konzipiert“ (LSJV 2007c, S. 12); der Abstimmung der Planungen und der Durchführung von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit wird daher besondere Bedeutung beigemessen, wie das Schaubild des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz in Abb. 85 zeigt.⁸⁰

Charakteristisch für die Jugendsozialarbeit sind weiterhin „zielgruppenspezifische Ansätze, wie etwa die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen (Mädchensozialarbeit) bzw. Jungen und jungen Männern oder mit jungen Menschen aus zugewanderten Familien (in Jugendmigrationsdiensten, z. B. mit jungen Aussiedlerinnen)“ (LSJV 2007c, S. 25).

Insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie für Mädchen und junge Frauen sind in Rheinland-Pfalz an zehn Standorten Kompetenzagenturen eingerichtet worden. Sie verfolgen das Ziel, Jugendliche individuell zu fördern, und sie unterstützen Jugendliche mit Hilfe von Förder- und Qualifizierungsplänen, nach der Schule einen beruflichen Anschluss zu finden. „Die Agenturen gehören zum Programm ‚Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit‘ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und werden auch vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert“ sowie zum Teil durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz kofinanziert (siehe Abb. 86).⁸¹

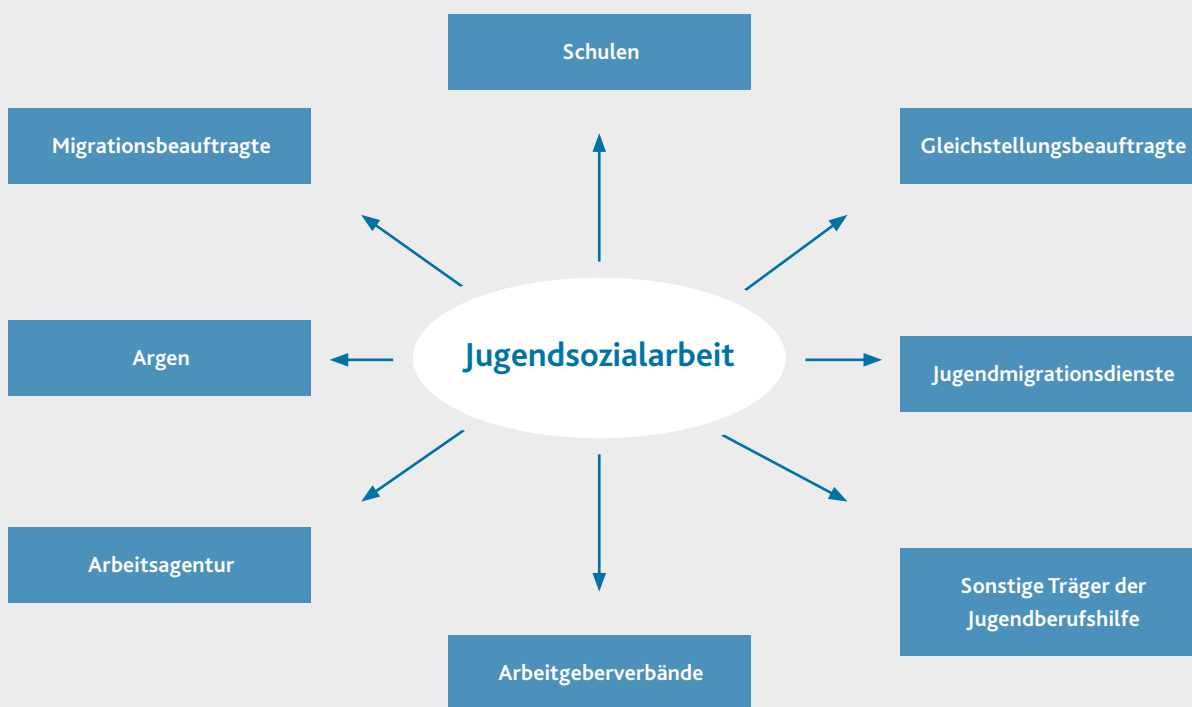
Die Kompetenzagentur Mainz-Bingen bspw. bündelt darüber hinaus in einem „Jugendberufshilfeatlas Mainz-Bingen“ vielfältige Angebote im Übergang von der Schule in den Beruf und „richtet sich als Orientierungshilfe und Unterstützung an alle Fachkräfte im Feld der Jugendberufshilfe, um der notwendigen Netzwerkarbeit eine Basis zu geben“ (Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e. V. 2008, S. 9).

⁸⁰ Zum Verhältnis der Angebote der Jugendsozialarbeit zu Leistungen anderer Sozialleistungsträger vgl. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2007c, S. 20.

⁸¹ <http://www.jugend.rlp.de/kompetenzagentur.html>

⁷⁹ Zu Jugendmigrationsdiensten vgl. Kap. 3.1.4.

Abb. 85: Zusammenarbeit mit Dritten außerhalb der Jugendhilfe



Quelle: LSJV 2007c, S. 13

Die Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe werden in Rheinland-Pfalz weiter durch zahlreiche Projekte im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in den Landkreisen und Städten konkretisiert:

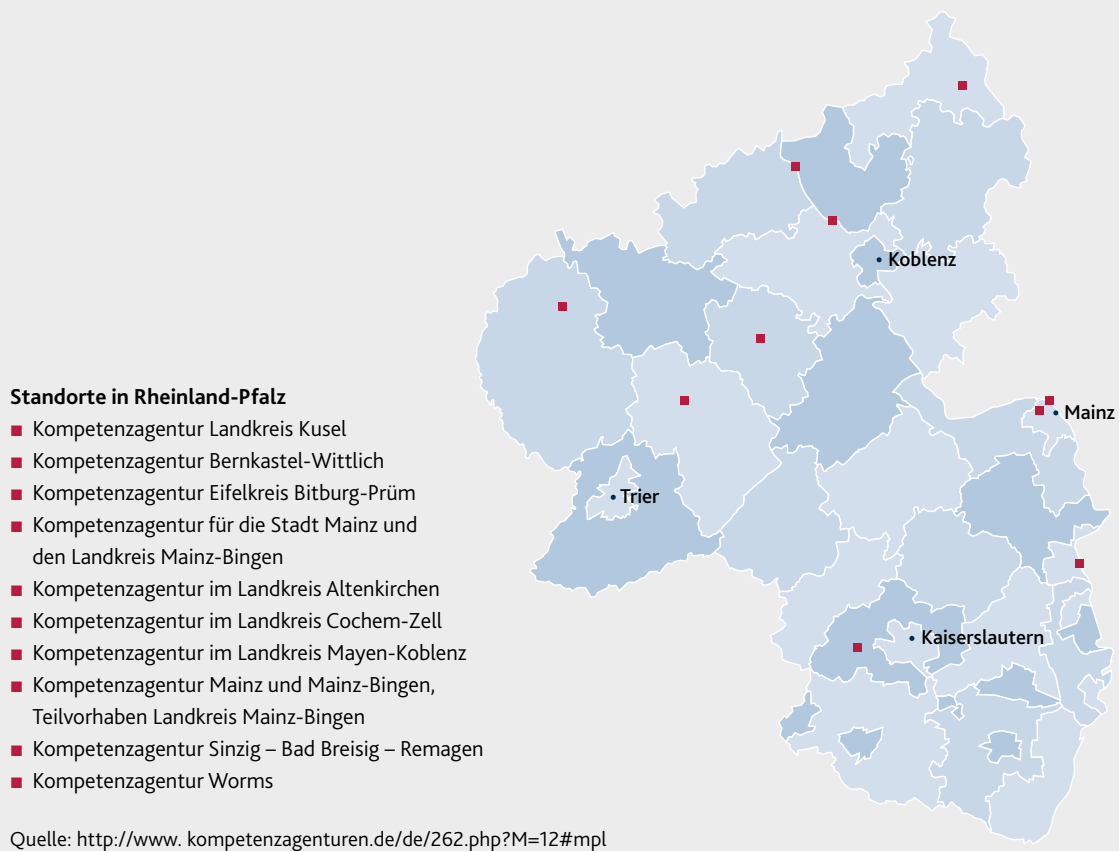
- Kommunale Jugend-Scouts,
- Job-Füxe,
- Berufsmentor/-innen,
- „Fit für den Job“,
- Eltern als Berufswahl- und Ausbildungsbegleiter,
- Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 20 f.).

Diese Ansätze sind auch einbezogen in die Initiative „Viva Familia“ und bilden dort den Themenbereich „Arbeit und Ausbildung für junge Menschen“ und damit „Säule III“ der insgesamt fünf Säulen dieser Initiative (MASFG 2005a, S. 22).

Kommunale **Jugend-Scouts** suchen „arbeitslose Jugendliche vor Ort auf und versuchen, sie in

Ausbildung, Beschäftigung oder Berufsvorbereitung zu vermitteln“ (MASFG 2005a, S. 27). Zum Umfang der tätigen Jugend-Scouts ist zum 31. 12. 2006 festzuhalten, dass hier 37 Personen auf 32 Vollzeitstellen beschäftigt waren. Es gibt verschiedene Träger und sie verteilen sich unterschiedlich auf 29 Landkreise und Städte (Landtag Rheinland-Pfalz 2007g, S. 1). Im Jahr 2005 wurden circa 2.700 Jugendliche erreicht, allerdings mit regionalen Schwankungen, die zum einen auf die unterschiedliche institutionelle Anbindung und zum anderen auf den Startzeitpunkt der Projekte (z. T. Sommer 2005) zurückzuführen sind. „Umso bemerkenswerter ist es daher, dass in einer ersten Zwischenbilanz bereits eine Vermittlungsquote von fast 48 Prozent vorzuweisen ist, das heißt, etwa die Hälfte der betreuten Jugendlichen konnte schon in Ausbildung, Arbeit oder eine Qualifizierungsmaßnahme vermittelt werden“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007g, S. 2).

Abb. 86: Kompetenzagenturen in Rheinland-Pfalz



Job-Füxe sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die jungen Menschen selbst, aber auch für die Eltern sowie Schulen und Ausbildungsbetriebe. „Sie bieten insbesondere in den Abgangsklassen von Schulen mit Hauptschulbildungsgang gezielte Einzelfallhilfen, Bewerbertraining, Unterstützung bei der Lehrstellensuche und die Vermittlung von Praktika an“ (MASFG 2005a, S. 26). Auch hier können zum 31. 12. 2006 Angaben zum Umfang gemacht werden: In 31 Städten und Landkreisen waren 38 Personen auf 34 Vollzeitstellen beschäftigt. Hierbei wurden pro Jobfux ein bis zwei Schulen betreut (Landtag Rheinland-Pfalz 2007g, S. 1). Erreicht wurden im Jahr 2005 ca. 7.700 Jugendliche, was etwa „einem Durchschnitt von 275 Schülerinnen und Schülern pro Projekt entspricht“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007g, S. 2).

Berufsmentorinnen und -mentoren unterstützen Jugendliche, die bereits in einer Ausbildung sind

oder die am Bundesprogramm „Einstiegsqualifizierung“ teilnehmen. Ihr Ziel ist es, durch Stützunterricht und Begleitung den Übergang in ein Ausbildungsverhältnis zu ermöglichen bzw. drohende Abbrüche zu vermeiden.

Jugendlichen, die aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen noch keine Ausbildung aufnehmen konnten, werden bspw. mit „**Fit für den Job**“ Alternativen geboten, die sie an eine Ausbildung heranführen. Im Fokus der Projekte steht das Kennenlernen und Erproben im betrieblichen Umfeld, das erfolgreiche Absolvieren von Qualifizierungsmodulen sowie die Vermittlungsunterstützung in Ausbildung oder Arbeit im Rahmen von berufshinleitenden Maßnahmen mit Werkstattcharakter.

Ein weiteres Projekt will die Ausbildungschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund verbessern. Dabei bezieht die rheinland-pfälzische

Arbeitsmarktpolitik auch die Eltern mit ein. In den Projekten „**Eltern als Berufswahlbegleiter**“ und „**Eltern als Ausbildungsbegleiter**“ werden allgemeine und regionale Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten bzw. den Ablauf der Ausbildung für Eltern so aufbereitet, dass sie die Berufswahl und Ausbildung ihrer Kinder informiert begleiten können.

Jugendliche, die arbeitslos gemeldet sind, werden durch vielfältige **Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte** unterstützt, die in Kooperation mit den Grundsicherungsträgern durchgeführt werden. Hierin enthalten sind auch Modellmaßnahmen, die z. B. auf die Stärkung der Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen setzen. Diese Netzwerke bündeln und initiieren Projekte, um für möglichst jede Situation der Jugendlichen einen Partner zu haben, der die nötige Unterstützung bieten kann. Einige der geförderten Projekte nehmen sich auch gezielt der Bedarfe einzelner Zielgruppen an. Dazu gehören Jugendliche mit Migrationshintergrund ebenso wie langzeitarbeitslose Jugendliche und Jugendliche, die kurz vor der Haftentlassung stehen oder schon länger keinen Kontakt mehr zu Unterstützungsstrukturen haben.

Jährlich werden in den arbeitsmarktpolitischen Projekten, die aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz finanziert werden, fast 20.000 Jugendliche erreicht. Im Bereich der Jugendsozialarbeit fördert das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (einschließlich der Förderungen über das Landesjugendamt) jährlich 35 Einzelprojekte aus den Bereichen Integration, Jugendberufshilfe, Mädchensozialarbeit und Sonstiges mit rund 560.000 Euro pro Jahr. Hierunter finden sich auch die Schulverweigererprojekte in Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden und Trier, die im Rahmen des o. g. Projekts „Neue Chancen 6.000 plus“ als „flankierende Maßnahmen“ zu sehen sind (nach Auskunft des MBWJK). Zusätzlich kommen noch verschiedene kleinere Freizeit- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (mit rund 18.000 Euro/Jahr) hinzu (nach Auskunft des MBWJK).

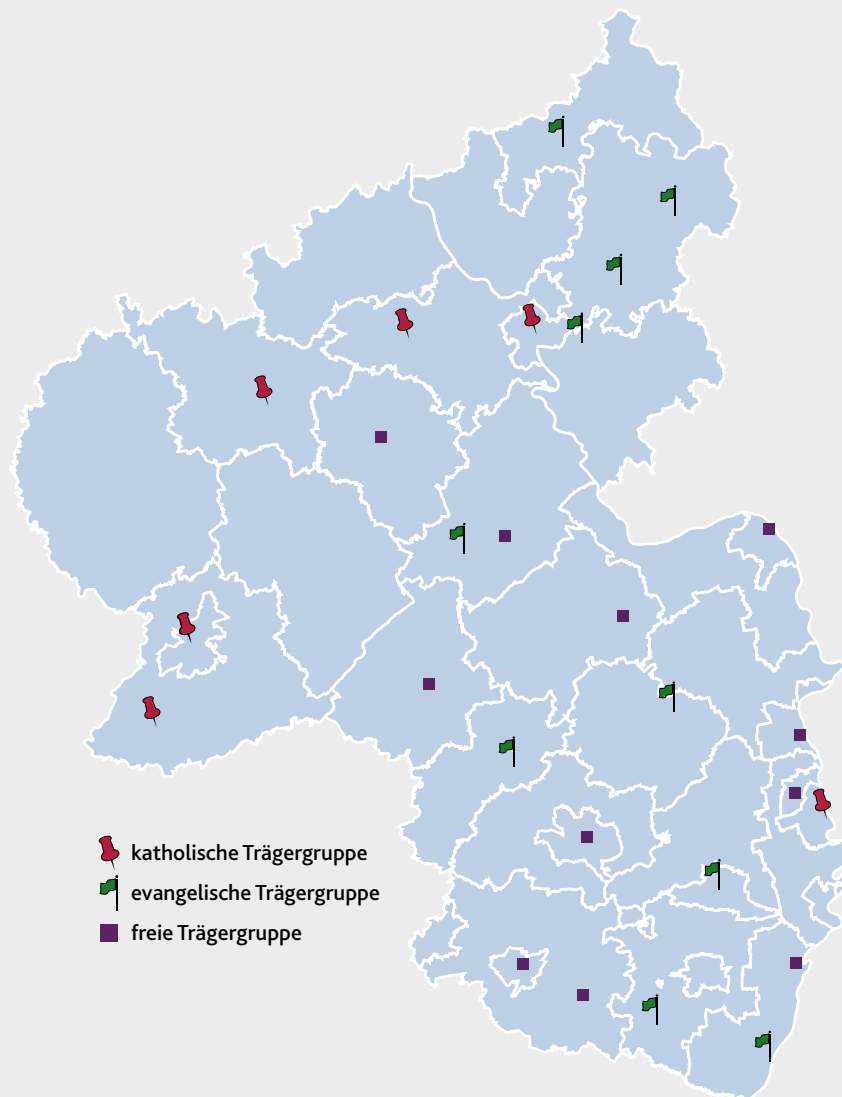
Jugendmigrationsdienste

Als Jugendmigrationsdienst werden „Fachstellen der Jugendsozialarbeit für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund, vormals Beratungs- und Betreuungsstelle für junge Aus-siedler/-innen“ bezeichnet (Laubach 2007, S. 526). Bundesweit werden etwa 80.000 junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren an 360 Standorten von Jugendmigrationsdiensten betreut. Zu den Zielen gehören sowohl unterschiedliche Aspekte der Integration (soziale, sprachliche, schulische, etc.) als auch die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und der mitgebrachten Ressourcen (ebd.).

In Rheinland-Pfalz gibt es 28 Jugendmigrationsdienste. Die Karte in Abb. 87 zeigt ihre Verteilung im Land.

Die Mehrheit der Dienste ist in kirchlicher Trägerschaft (katholisch und evangelisch).

Abb. 87: Jugendmigrationsdienste in Rheinland-Pfalz¹⁾ im Jahr 2010



¹⁾ http://jmd-portal.de/_template.php?1=1&search=karte&action=map&land=rheinland-pfalz
Quelle: www.jmd-portal.de (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

3.2.5 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Jugendschutz ist eine traditionsreiche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe; in § 14 SGB VIII werden die Aufgaben prägnant skizziert:

„(1) Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden.

(2) Die Maßnahmen sollen

1. junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen,
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.“

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz bezieht sich somit auf präventive und pädagogische Schutzaspekte, im Gegensatz zum gesetzlichen Jugendschutz oder dem Kinderschutz. Folgende Aufgabenfelder werden hierzu auf der Internetseite ⁸² angeführt:

- „Medienpädagogik und Jugendmedienschutz
- Kriminalitätsprävention
- Sucht und Suchtprävention
- politischer Extremismus
- neureligiöse Bewegungen
- Jugendarbeitsschutz
- Gewalt, Aggression und Jugenddelinquenz
- sexueller Missbrauch, Kindesmisshandlung und -vernachlässigung
- Gesundheitserziehung
- Sexualpädagogik.“

Berichtet werden kann wiederum über die im Rahmen des Landesjugendplanes zur Verfügung gestellten Landesmittel zwischen 2007 und 2010 (siehe Tabelle 19).

⁸² www.jugend.rlp.de

3.2.6 Hilfen zur Erziehung

Im Rahmen der Jugendhilfe werden, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet ist“ (§ 27 Abs. 1 SGB VIII), Hilfen zur Erziehung angeboten. Sie sind ein Leistungsbereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) und bilden differenzierte beratende, begleitende oder betreuende sozialpädagogische Angebote. Erziehungsberechtigte haben einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung und können diesen aufgrund unterschiedlichster Situationen und Ursachen in Anspruch nehmen. Hilfen zur Erziehung werden grundsätzlich mit allen Beteiligten in einer Hilfeplanung gemeinsam erörtert (§ 36 SGB VIII Mitwirkung, Hilfeplan). Sie können familienunterstützend, -ergänzend oder -ersetzend gewährt werden. „Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden“ (§ 27 Abs. 2 SGB VIII). Weiterhin sind auch die Hilfen für junge Volljährige anzuführen, die „für die Persönlichkeits-

Tabelle 19: Auswahl an Landesmitteln für Kinder- und Jugendschutz und Jugendarbeitsschutz

Kinder und Jugendschutz	Landesmittel 2007 (in Euro)	Landesmittel 2008 (in Euro)	Landesmittel 2009 (in Euro)	Landesmittel 2010 (in Euro)
Jugendschutz in den Mediendiensten (jugendschutz.net), rheinland-pfälzischer Anteil	13.000	13.000	13.000	13.000
Jugendschutz bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK), rheinland-pfälzischer Anteil	5.700	5.700	5.700	5.700
Jugendschutz bei der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), rheinland-pfälzischer Anteil	14.400	14.700	14.700	14.700
Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes	75.200	71.000	100.500	90.500
Jugendarbeitsschutz				
Kosten der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz	510.000	510.000	510.000	510.000

Quelle: MBWJK 2007, S. 26, 29 und 2009a, S. 36, 39

entwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden“ (§ 41 SGB VIII Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung). In der Regel werden die Hilfen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt, bieten den jungen Volljährigen darüber hinaus die Möglichkeit, „auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt“ (§ 41 Abs. 3 SGB VIII) zu werden.

Über kein Aufgabenfeld der Kinder- und Jugendhilfe ist in Berichten der zuständigen Landesministerien in den zurückliegenden Jahren so vielfach und umfangreich berichtet worden wie über die Hilfen zur Erziehung. Dies verdeutlicht auch Tabelle 20.

Grundlegend für die Entwicklung der Angebote und Arbeitsweisen im Feld der Hilfen zur Erziehung ist für Rheinland-Pfalz die Anfang der 1990er Jahre initiierte Erziehungshilfeoffensive.

Diese „ist ein Programm des Landes zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung unter fachlichen und ökonomischen Anforderungen. Die Erziehungshilfeoffensive wird in Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern sowie Universitäten und Forschungsinstituten durchgeführt“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2003, S. 13).

Im Rahmen des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz sollen angesichts dieser Fülle an Material und Daten nur die regionalen Ausprägungen der Inanspruchnahme und der Kosten der Hilfen zur Erziehung in den Städten und Landkreisen in den Blick genommen werden. Nach allem, was bisher zur Konzeption und Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe gesagt wurde, so insbesondere zur Programmatik einer Kinder- und Jugendhilfe, die „nur als Ganzes gut wirkt“ (s. o.), kann der Umfang erforderlicher Hilfen zur Erziehung als bedeutsamer Hinweis einerseits auf spezifische Lebensbedingungen und Belastungen junger Men-

Tabelle 20: Ausgewählte Veröffentlichungen der Landesministerien im Aufgabenfeld „Hilfen zur Erziehung“

Quelle	Titel
MASFG 2003	Integration von jungen Menschen aus Einrichtungen stationärer Erziehungshilfen
MASFG 2004b	Qualitätsentwicklung in den Sozialen Diensten des Jugendamts. Bericht über die Weiterentwicklung von Teamarbeit, Hilfeplanung und Jugendhilfeplanung im Bereich der erzieherischen Hilfen in rheinland-pfälzischen Jugendämtern. ¹⁾
MASGFF 2007b	Hilfen zur Erziehung im europäischen Vergleich – Wie wird ein Fall zum Fall? Europäische Fachtagung am 21. und 22. 11. 2005 in der Alten Patrone in Mainz. Mainz
MASGFF 2007c	Einführung und Arbeitshilfe zur Eingliederung nach § 35a SGB VIII
MASGFF 2007d	Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz
MASGFF 2007e	Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen. Profil für das MASGFF des Landes Rheinland-Pfalz. Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählter sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren für das Jahr 2006
MASGFF 2008b	Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Profil für das Land Rheinland-Pfalz. Mainz
MASGFF 2008c	Struktur und Perspektiven des Pflegekinderwesens in Rheinland-Pfalz
MASGFF 2009b	Kinderschutz und Kindergesundheit. Erste Ergebnisse zur Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit
MBWJK und MASGFF 2007	Qualifizierte Kooperation von Jugendhilfe und Schule im (Vor-)Feld der Hilfen zur Erziehung

¹⁾Hier unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung von Teamarbeit, Hilfeplanung und Jugendhilfeplanung.
Quelle: eigene Zusammenstellung

schen und ihrer Familien sowie andererseits auf das Profil der örtlichen Gestaltung und Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung angesehen werden.

Die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung fällt nicht nur im Hinblick auf die Hilfen insgesamt, sondern auch in den einzelnen Hilfeformen deutlich unterschiedlich aus: Für die Hilfen zur Erziehung insgesamt zeigen sich bei einem Durchschnittswert von 25,5 ‰ (Hilfe pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren) erhebliche Abweichungen zwischen den 36 Städten und Landkreisen (siehe Abb. 88).

Große Unterschiede zwischen den Städten und Landkreisen sind auch für die einzelnen Angebotsformen der Hilfen zur Erziehung erkennbar:

- Für die ambulanten Hilfen (§§ 29–31, 35 amb., 41 amb.) ergibt sich ein Anteilswert von 10,5 ‰. Trier liegt auch hier im regionalen Vergleich mit 23,5 ‰ deutlich darüber und um das 7-fache über der kreisfreien Stadt Zweibrücken

mit 3,2 ‰. Mit Blick auf die Landkreise ergibt sich ebenfalls eine hohe Spannweite: 19,9 ‰ in Birkenfeld gegenüber 4,5 ‰ im Landkreis Ahrweiler.

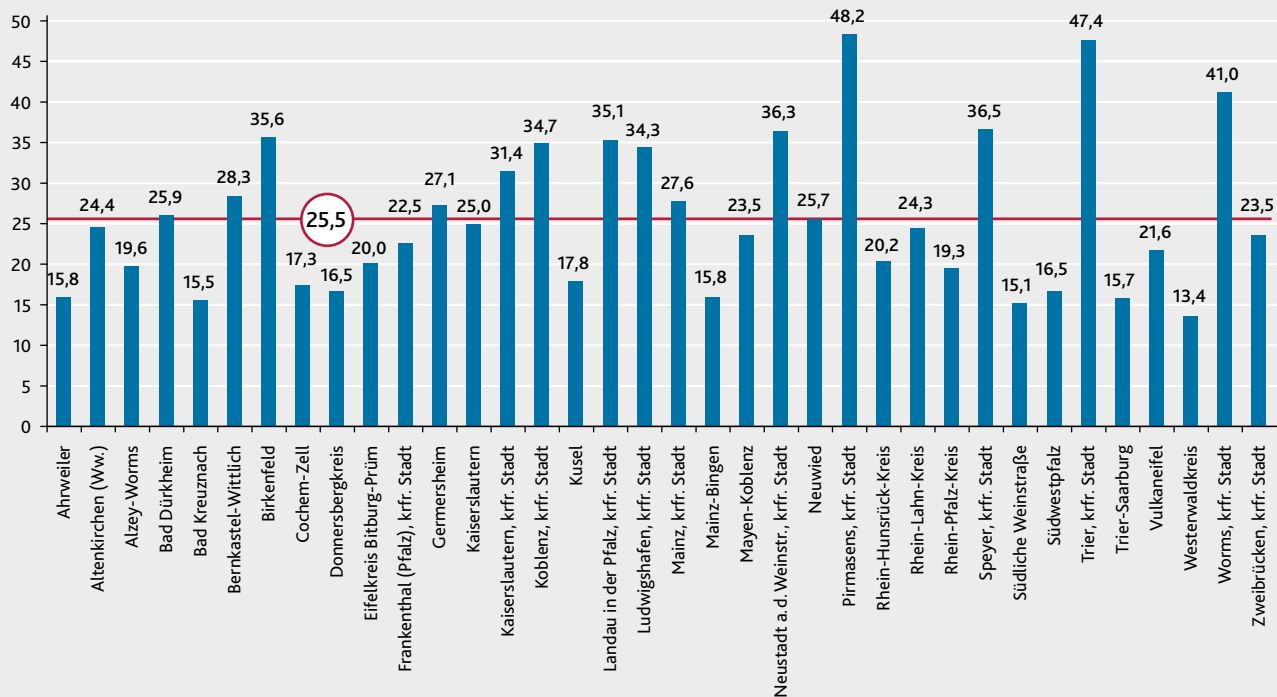
- Mit einem Durchschnittswert von 2,8 ‰ weisen die teilstationären Hilfen (§§ 32, 35 teilstat., 41 teilstat.) den im Vergleich zu den anderen Hilfeformen insgesamt geringsten Wert pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren auf. Hier ist die Spannweite innerhalb der Regionen erheblich: 0,4 ‰ in Bad Kreuznach bis hin zu 10 ‰ in Pirmasens.

Vergleichbares gilt für die Hilfen außerhalb der Herkunftsfamilien:

- Die stationären Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) zeigen eine Spannweite von 15,4 ‰ (Neustadt a. d. Weinstraße) bis hin zu 1,2 ‰ (Westerwaldkreis), während der landesweite Mittelwert bei 6,8 liegt.

Kennzahl
9.7a

Abb. 88: Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007



Quelle: ISM – Eigenauskünfte der Jugendämter und eigene Berechnungen

- Im Bereich der Vollzeitpflege (§ 33 in eigener Kostenträgerschaft) zeigen insbesondere Pirmasens, Zweibrücken und Trier mit jeweils um die 12 % überdurchschnittliche Werte. Die Landkreise Ahrweiler, Mainz-Bingen und Rhein-Hunsrück-Kreis hingegen liegen mit Werten unter 3 % deutlich unter dem Durchschnitt von 5,3 %.

Insbesondere zum Bereich der Vollzeitpflege bietet die Veröffentlichung „Struktur und Perspektiven des Pflegekinderwesens in Rheinland-Pfalz“ (MASGFF 2008c) umfassende und differenzierte Ergebnisse. Es wurden nicht nur die Jugendämter zu Konzeption und Organisation der Vollzeitpflege befragt, sondern auch die Pflege- und Herkunftseltern.

- Die Vollzeitpflege hat im Rahmen der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert. Zu der Entwicklung der Hilfeform kann festgestellt werden, dass der Anteil an allen Hilfen „fast unverändert“ geblieben ist (MASGFF 2008c, S. 219).
- Der Anteil der Vollzeitpflege an allen gewährten Hilfen schwankt in den Jugendämtern zwischen 10 und 50 %. Darüber hinaus zeigen sich erhebliche Unterschiede in der „Personal-ausstattung, der Ausdifferenzierung der Angebotsformen und der Konzeptqualität der Hilfe“ (MASGFF 2008c, S. 224). Hier zeigt sich, dass die Unterschiede nicht nur auf die unterschiedlich ausgeprägten Bedarfslagen zurückzuführen, sondern auch „Ausdruck unterschiedlicher jugendhilfepolitischer und fachlicher Schwerpunktsetzungen“ sind (ebd.).

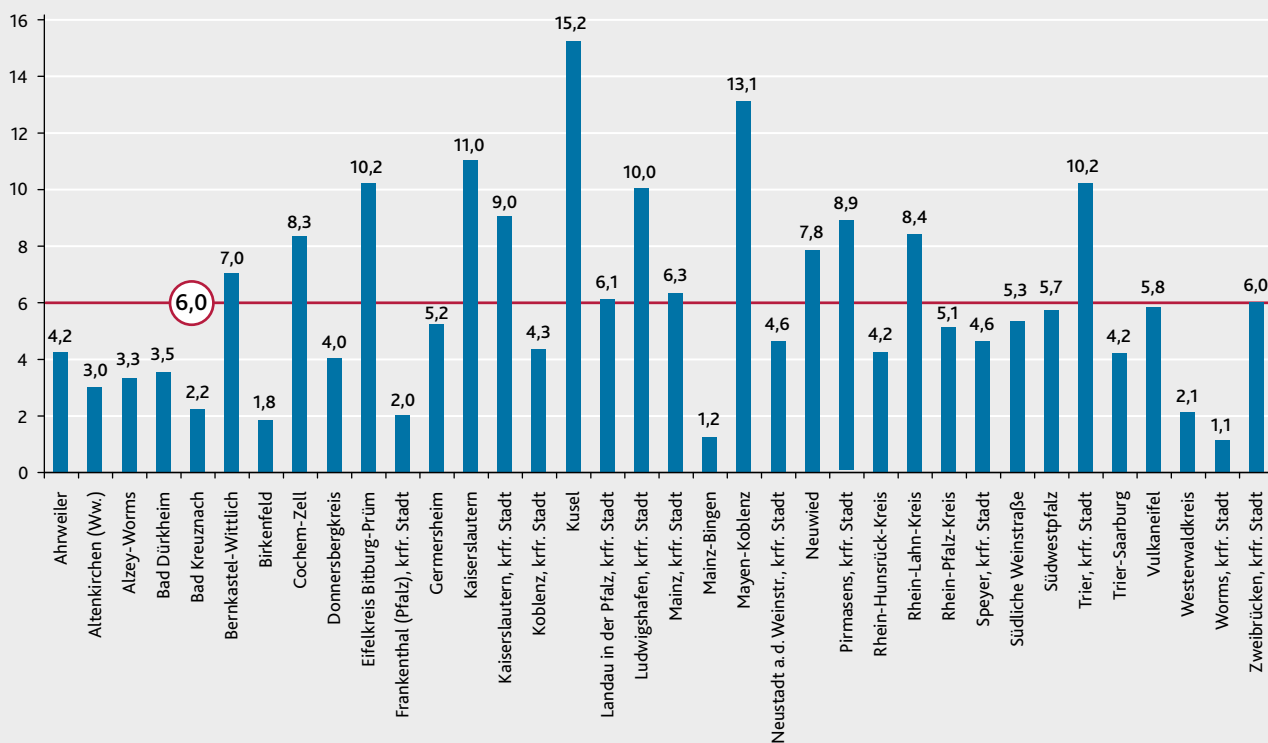
Wie solche deutlichen Unterschiede in Umfang und Art der gewährten Hilfen zur Erziehung erklärt werden können, beschäftigt die einschlägige Forschung schon seit Längerem (vgl. u. a. Institut für soziale Arbeit 2009, Ames/Bürger 1998); übereinstimmend wird inzwischen von mehreren, komplex voneinander abhängigen Faktoren ausgegangen, wovon drei als besonders bedeutsam angesehen werden:

- sozialstrukturelle Belastungen und Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, wie Armut oder Arbeitslosigkeit;
- die Qualität und Vielfalt der in einer Region verfügbaren Unterstützungs- und Hilfeangebote für Familien und junge Menschen, insbesondere auch der Hilfen zur Erziehung selbst;
- die Qualität der Konzepte und Methoden sowie die Zuverlässigkeit der Arbeitsprozesse, mit denen im Einzelfall die Erforderlichkeit einer Hilfe zur Erziehung durch die dafür zuständigen Fachkräfte, i. d. R. der örtlichen Jugendämter, festgestellt wird.

Auch im Landesbericht „Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“ werden ausgewählte demografische und soziostrukturelle Einflussfaktoren untersucht; die stärksten Zusammenhänge zeigen sich hier im Hinblick auf die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld (unter 15 Jahren) und dem Anteil alleinerziehender Mütter (MASGFF 2007d, S. 208 ff.) einerseits und einer hohen Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung andererseits.

Ein vor allem nach Veröffentlichung des 13. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung viel beachtetes Aufgabenfeld im Rahmen der Hilfen zur Erziehung sind die Leistungen der **Eingliederungshilfe für junge Menschen mit seelischen Behinderungen gem. § 35a SGB VIII**. Einerseits markiert dieses Aufgabenfeld eine nicht einfache, weil gesetzlich „erzwungene Kooperation“ der Arbeitsfelder Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie (Fegert/Schrappner 2004, S. 15 ff.). Andererseits wird seit über 20 Jahren die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder mit Behinderungen gefordert, konnte aber bisher so umfangreich nicht durchgesetzt werden, sondern blieb auf die Gruppe der „Kinder mit seelischen Behinderungen“ beschränkt. In ihrer Stellungnahme zum 13. Kinder- und Jugendbericht hat die damalige Bundesregierung 2009 die sog. „große Lösung“ wieder ausdrücklich in die Diskussion gebracht; gemeint ist, die Jugendhilfe zuständig zu

Abb. 89: Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII) (inkl. Frühförderfälle) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007



Quelle: ISM – Eigenauskünfte der Jugendämter und eigene Berechnungen

machen für Hilfeleistungen für alle Kinder, auch für alle Kinder mit Behinderungen.

Im Jahr 2007 erhielten 6 von 1.000 jungen Menschen unter 21 Jahren eine Eingliederungshilfe aufgrund einer seelischen Behinderung. Im Jahr 2005 betrug der Wert 5,9 und ist daher nahezu unverändert geblieben. Die Inanspruchnahme unterscheidet sich auch hier deutlich: Waren es in Mainz-Bingen 1,2 ‰, so beträgt der Wert in Kusel mit 15 ‰ mehr als das 12-fache (siehe Abb. 89).

Auch in Bezug auf die Eingliederungshilfen zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Im Jahr 2005 wurden diese Hilfen zu 65,7 % von Jungen und nur zu rund einem Drittel von Mädchen in Anspruch genommen. „Ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis kommt erst dann zum Tragen, wenn ältere Mädchen selbst Hilfe und Unterstützung einfordern“ (MASGFF 2007d,

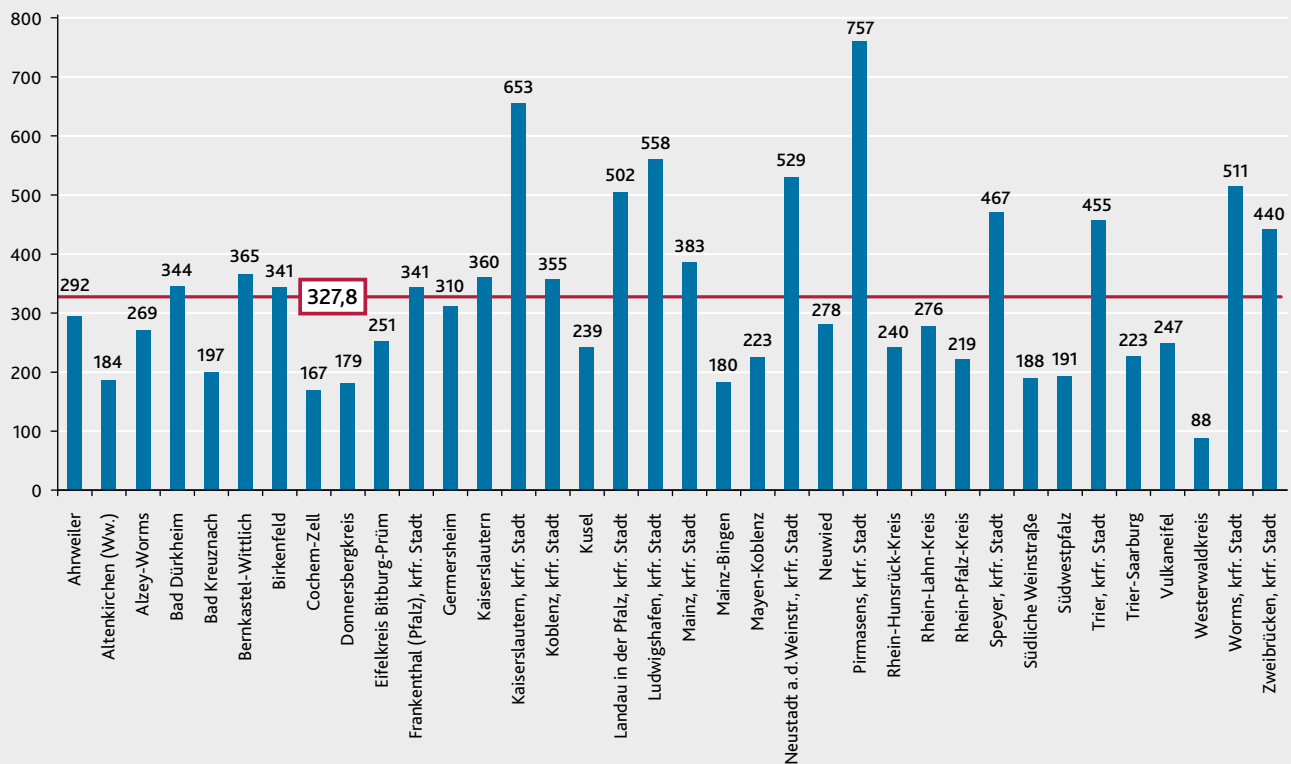
S. 177). Dies kann damit begründet werden, dass nach innen gewendete Bewältigungsformen überwiegend bei Mädchen vorkommen. Erbracht wurden im Jahr 2005 92 % aller Eingliederungshilfen in ambulanter Form. „Etwa 31 % aller Hilfen sind Frühförderfälle, die im interkommunalen Vergleich einen sehr unterschiedlichen Stellenwert einnehmen“ (MASGFF 2007d, S. 179).

Kosten der Hilfen zur Erziehung

Für Hilfen zur Erziehung insgesamt wurden 2007 im Landesdurchschnitt umgerechnet auf alle jungen Menschen unter 21 Jahren 327 Euro pro Person ausgegeben; auch hier streuen die Werte für die Städte und Landkreise erheblich (siehe Abb. 90).

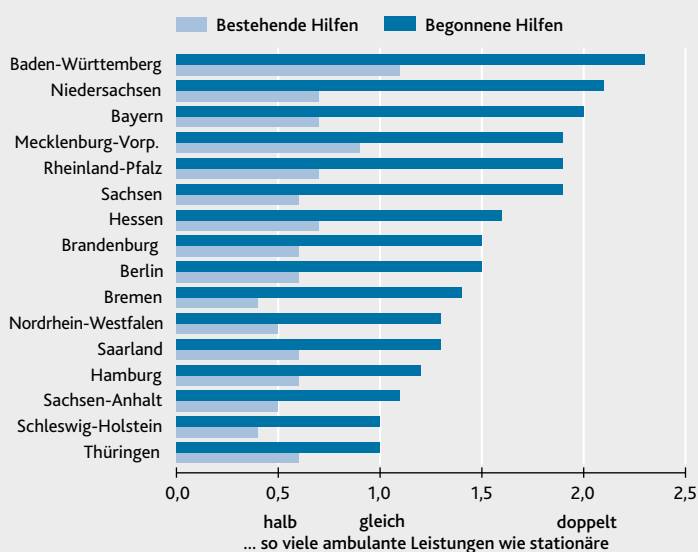
Den größten Anteil der Kosten machen die stationären Hilfen in Heimen/Wohnformen aus. 2005 betrug ihr Anteil 58 %. Die anderen Hilfeformen

Abb. 90: Bruttoausgaben für Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro jungen Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007



Quelle: ISM – Eigenauskünfte der Jugendämter und eigene Darstellung

Abb. 91: Verhältnis familienunterstützender zu familienersetzenden Hilfen 2005



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008g, S. 29

hingegen (ambulant, teilstationär und Vollzeitpflege) stellten jeweils einen Anteil von 14 % an den gesamten Kosten (MASGFF 2007d, S. 188).

Im Vergleich der Bundesländer – hier für im Jahr 2005 begonnene Hilfeleistungen – zeigen sich im Verhältnis familienunterstützender gegenüber familienersetzenden Hilfen (vor allem in Heim-erziehung und Pflegefamilien) für Rheinland-Pfalz insgesamt überdurchschnittliche Werte: Mit einem Verhältniswert nahe 2,0 kommen in Rheinland-Pfalz nahezu zwei ambulante Hilfen auf eine stationäre Hilfe; damit liegt das Bundesland im oberen Drittel.

3.2.7 Kinderschutz, familiengerichtliche Entscheidungen

Die Aufgabe, „Kinder vor Gefahren für ihr Wohl“ zu schützen, hat in den letzten Jahren erheblich an fachlicher und öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Besondere Medienaufmerksamkeit für Fälle tödlich misshandelter und vernachlässigter Kinder oder Strafrechtsprozesse gegen zuständige Fachkräfte und Verantwortliche in Jugendämtern haben sicher mit dazu beigetragen, auch wenn die Ursachen für die gewachsene Bedeutung komplexer sind. Hier berührt „die Suche nach Möglichkeiten und Wegen für einen besseren Kinderschutz (...) in sehr grundlegender Weise das Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung“ (MASGFF 2009b, S. 2), geht es schließlich um existentielle Rechte von Kindern auf Leben und körperliche Unversehrtheit und den verfassungsmäßig versprochenen Schutz durch die „staatliche Gemeinschaft“ in Artikel 6 (2) Grundgesetz.

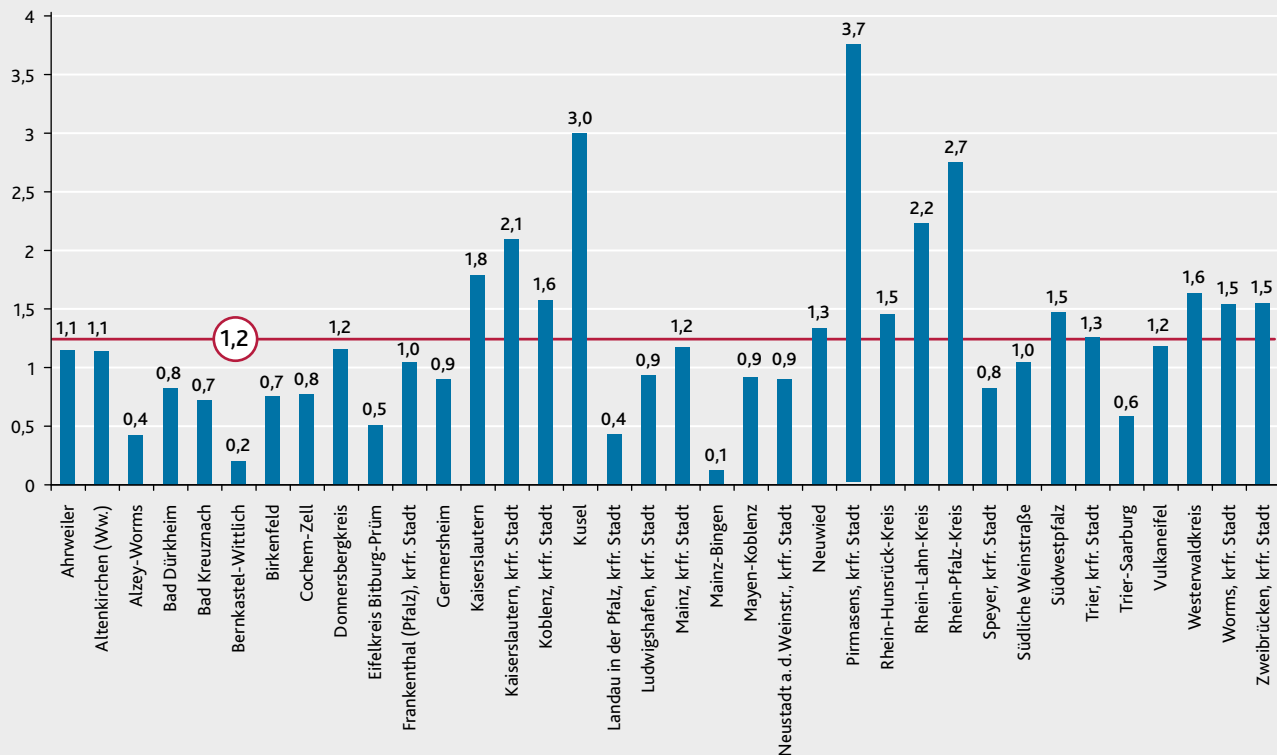
Kinderschutz spielt in vielfältigen Bereichen eine wesentliche Rolle: Kita und Schule, außerschulische Jugendarbeit, Familienbildungsstätten und Beratungsstellen bis hin zu den Hilfen zur Erziehung. „Hier stehen alle Institutionen in der Verantwortung, die es mit jungen Menschen zu tun haben, so auch das Gesundheits- und Bildungswesen wie auch die Polizei und Justiz“ (MASGFF 2007d, S. 352).

Auch über die Aufgaben und Probleme des Kinderschutzes ist in der jüngsten Zeit vielfältig in Berichten der Ministerien und Drucksachen des Landtags berichtet worden, insbesondere in Vorbereitung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) vom 07.03.2008 (vgl. u. a. MASGFF 2009b, Landtag Rheinland-Pfalz 2007j, 2007n, 2007o; LSJV 2008a). In diesem Kapitel wird daher nur zu drei Punkten eigens berichtet: als „messbarer“ Hinweis auf Kinderschutzprobleme über sog. Inobhutnahmen und über gerichtliche Maßnahmen zum Entzug elterlicher Sorge, dann über eine rheinland-pfälzische „Spezialität“, die Kinderschutzdienste, und zuletzt über die Einführung des rheinland-pfälzischen Kinderschutzgesetzes.

Inobhutnahmen und familiengerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge

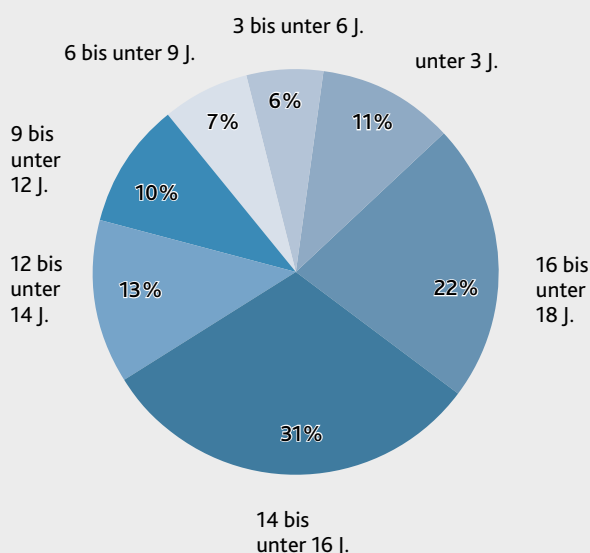
In § 42 SGB VIII werden gesetzliche Rahmenbedingungen für eine Inobhutnahme festgelegt. Gemeint ist damit eine sofortige Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform. Auslöser und Gründe für eine Inobhutnahme können von Seiten des Kindes bzw. des Jugendlichen selbst formuliert und gefordert werden (§ 42 Abs. 1 SGB VIII), oder aufgrund der dringenden „Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen“ begründet sein. Eine Inobhutnahme kann durchgeführt werden, wenn „die Personensorgeberechtigten nicht widersprechen“ (§ 42 Abs. 2a SGB VIII) oder aber wenn „eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann“ (§ 42 Abs. 2b SGB VIII). In dem Fall, dass „ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten“ (§ 42 Abs. 3 SGB VIII), kann eine Inobhutnahme vollzogen werden. Das Jugendamt soll gemeinsam mit dem Kind oder dem Jugendlichen die notwendigen Hilfen und Maßnahmen erstellen, sodass das Wohl des Kindes gewährleistet ist. Hierbei können die Interessen der Personensorgeberechtigten berücksichtigt werden (§ 42 Abs. 2 SGB VIII). Sind die Personensorgeberechtigten nicht mit der Inobhutnahme einverstanden und selbst nicht zu einer Abwendung des Gefährdungsrisikos in der Lage, so kann das Jugendamt „eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen“ (§ 42 Abs. 3.2 SGB VIII) herbeiführen. Eine Inobhutnahme kann für das Kind oder den Jugendlichen nachweisbar schwerwiegende elementare und lang anhaltende Belastungen und Krisen zur Folge haben, die das Aufwachsen negativ beeinträchtigen; mitunter sind lebenslange Folgen aufgrund der negativen Erlebnisse und Erfahrungen im Kindes- und Jugendalter möglich. Aufgrund dessen wird die Inobhutnahme als Kennzahl für spezifische Belastungen in Not und Krisen in das Indikatorenmodell mit aufgenommen, da sie sich negativ auf ein gedeihliches Aufwachsen auswirkt.

Abb. 92: Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007



Quelle: ISM – Eigenauskünfte der Jugendämter und eigene Darstellung

Abb. 93: Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen nach dem Alter 2006



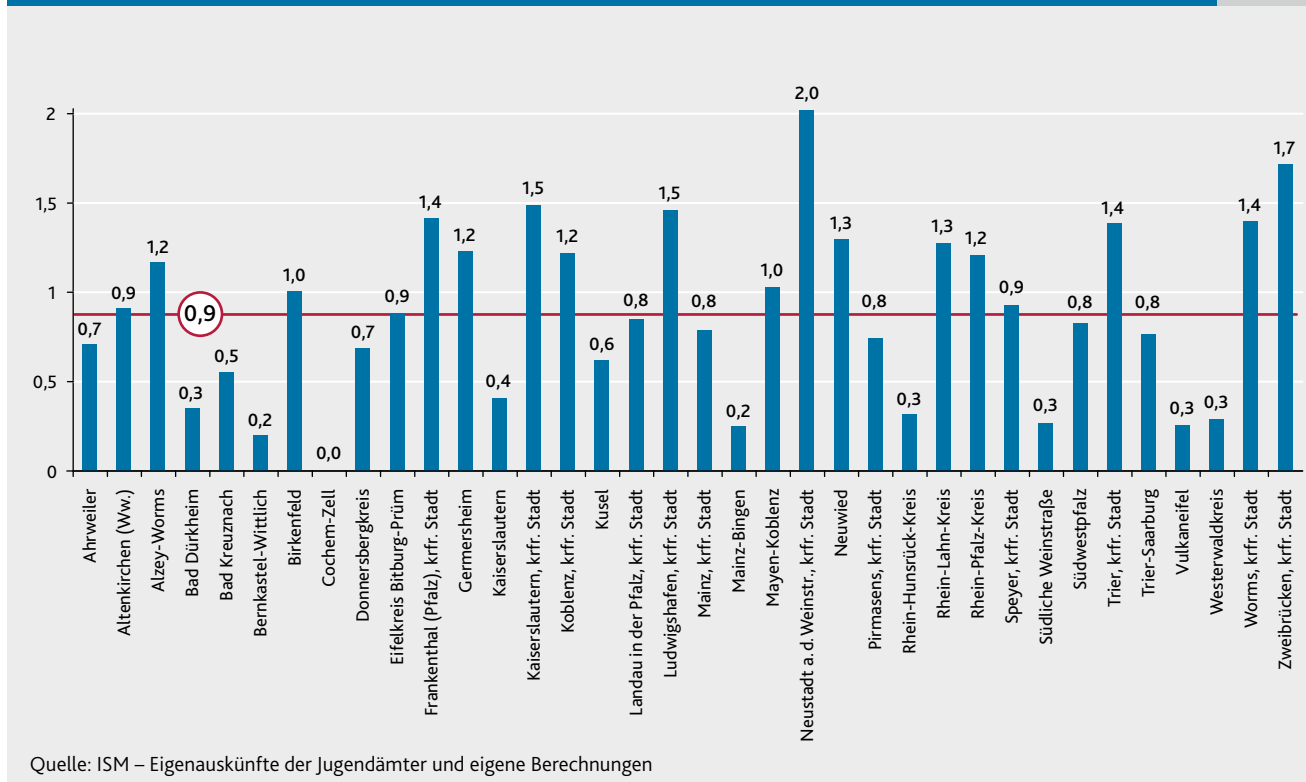
Quelle: Statistisches Landesamt 2007d

Bei einem Durchschnittswert von 1,2 Inobhutnahmen pro 1.000 junge Menschen, gibt es in den Städten und Landkreisen erhebliche Unterschiede (siehe Abb. 92).

Das Statistische Landesamt veröffentlichte darüber hinaus die Differenzierung nach Alter und Geschlecht der jungen Menschen: Mit Blick auf das Alter zeigt sich, dass nahezu ein Drittel der in Obhut genommenen Kinder 2006 im Alter von 14 bis unter 16 Jahren waren. In den Altersklassen der unter 12-Jährigen machen die Kinder unter 3 Jahren mit 11% den größten Anteil aus (siehe Abb. 93).

In der Differenzierung nach Geschlecht fällt auf, dass hier der Anteil der Mädchen mit 59% überwiegt, während – wie oben angeführt – in den übrigen Hilfen zur Erziehung der Anteil der Jungen deutlich höher ist (Statistisches Landesamt 2007d).

Abb. 94: Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007



Als weiterer empirischer Hinweis im Bereich der Kindeswohlgefährdungen können die gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge angeführt werden. Diese sind nicht allein auf das Tätigwerden der Jugendämter zurückzuführen, sondern „das Ergebnis des Handelns der Fachkräfte im Jugendamt, der Richter sowie des Zusammenspiels von Jugendamt und Familiengericht“ (MASGFF 2007d, S. 52).

Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls sind in der Neufassung des § 1666 Abs. 1 BGB (seit 7/2008) ausdrücklich ohne Schuldzuweisung an die Eltern begründet: „Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr erforderlich sind.“

Der Entzug der elterlichen Sorge darf von Seiten des Familiengerichtes nur so weit und so lange wie nötig angeordnet werden. Darüber hinaus ist das Familiengericht dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob der Entzug der elterlichen Sorge noch gerechtfertigt ist (§ 1696 BGB). „Wenn eine Gefahr für das Wohl des Kindes nicht mehr besteht oder die Erforderlichkeit der Maßnahme entfallen ist“ (§1696 Abs. 2 BGB), wird der Sorgerechtsentzug aufgehoben. Andernfalls wird die gesamte Sorge einem Vormund übertragen.

Das neue Familienverfahrensgesetz, das seit dem 01.09.2009 in Kraft ist, befähigt und bestärkt das Wohl von Kindern. Es unterstreicht die Verantwortungsgemeinschaft zwischen Familiengericht und Jugendamt. Insbesondere betrifft dies das sogenannte „Beschleunigungsgebot“, welches die Familiengerichte zu einem frühen ersten Anhörungstermin in bestimmten kindschaftsrechtlichen Verfahren verpflichtet. Für die Kinder- und

Jugendhilfe bedeutet dies, dass ein erforderliches Maß an Zeit eingeräumt wird, „um sich auf die Neuerungen fachlich und organisatorisch einzustellen“ (Bundeskongress für Erziehungsberatung e.V. 2009, S. 3).

Auch hier ist die Spannweite innerhalb der Kreise und Städte enorm, allerdings gilt: Die o. a. Regionen mit überdurchschnittlichen Inobhutnahmen verfügen nicht gleichzeitig über einen hohen Anteil gerichtlicher Maßnahmen. So liegen Pirmasens und Kusel hier unter dem Durchschnitt von Rheinland-Pfalz (0,9). Über dem Durchschnitt liegen hingegen Neustadt an der Weinstraße mit 2 gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge pro 1.000 junge Menschen und auch die kreisfreien Städte Zweibrücken (1,7) sowie Kaiserslautern und Ludwigshafen (je 1,5). Überdurchschnittliche Anteile zeigen sich ebenfalls in den Landkreisen: im Rhein-Lahn-Kreis mit 1,3, im Rhein-Pfalz-Kreis mit 1,2 und in Alzey-Worms mit 1,2 pro 1.000 junge Menschen (siehe Abb. 94).

Abschließend sei jedoch darauf verwiesen, dass die Frage, wie ein hoher oder niedriger Wert zu interpretieren ist, nicht pauschal beantwortet werden kann; ein hoher Wert familiengerichtlicher Sorgerechtsentzüge kann Ausdruck eines notwendigen, zuverlässig geleisteten Kinderschutzes sein; er kann aber auch Hinweis auf unzureichende Hilfen und nicht rechtzeitige Unterstützungen zur Vermeidung solcher weitreichenden Eingriffe in das Elternrecht sein.

Die Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz

Die Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz sind Anlaufstellen für junge Menschen, die Opfer von Misshandlungen oder sexuellem Missbrauch wurden oder wenn ein entsprechender Verdacht besteht; sie vermitteln jungen Menschen „die erforderlichen Hilfen zur Abwehr weiterer Gefährdung, zum Schutz vor Wiederholung, zur Verarbeitung traumatischer Erlebnisse und zur Heilung der erlittenen seelischen und körperlichen Verletzungen“ (MBWJK 2007e, S. 3). Kinderschutzdienste

bearbeiten „seit Beginn der 90er-Jahre diesen Schutz-Auftrag in besonderer Weise“ (Kügler/Feuerhelm 2004, S. 6).

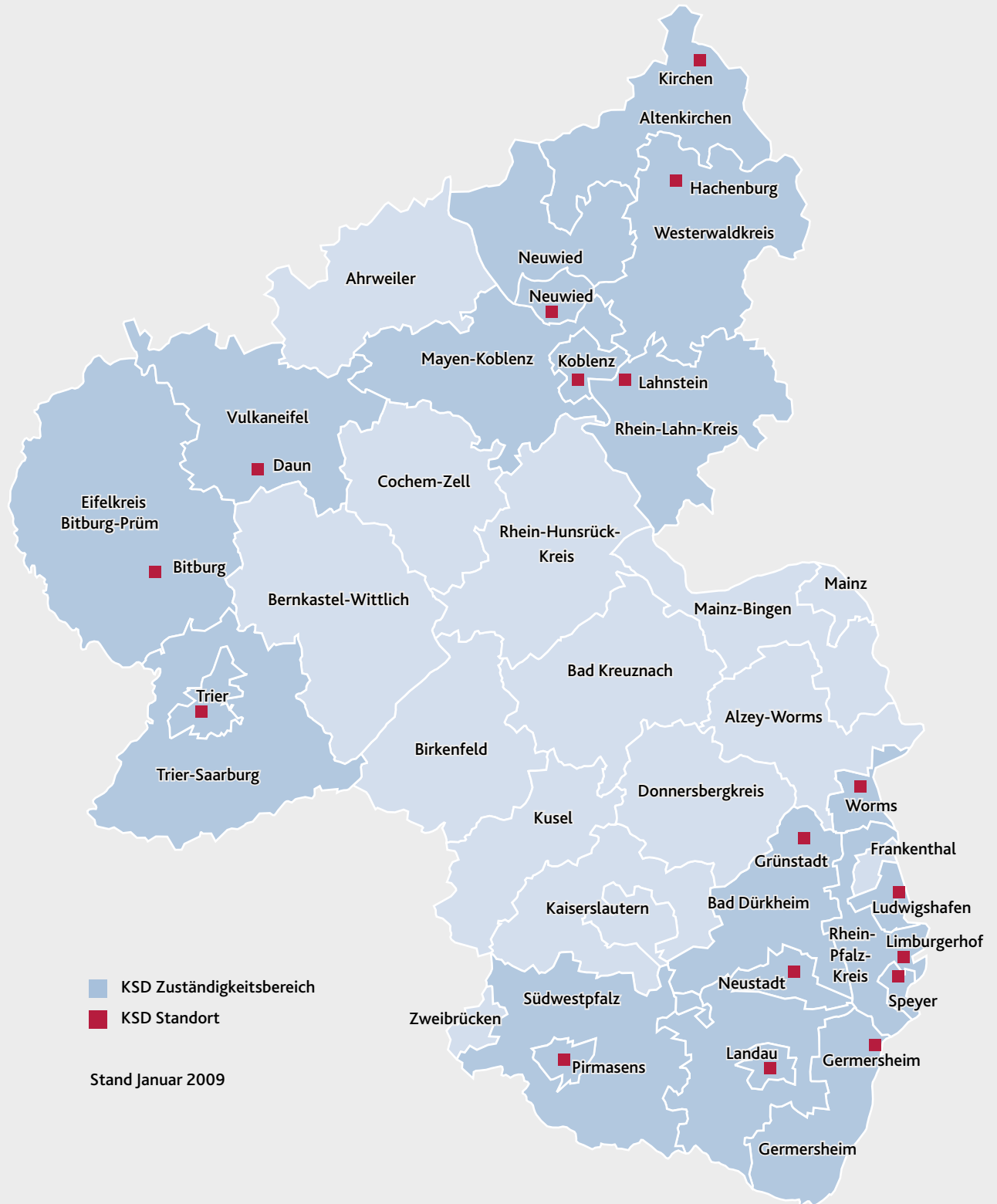
Kinderschutzdienste werden von freien Trägern der Jugendhilfe, wie Deutscher Kinderschutzbund, Caritasverband, Diakonisches Werk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, und Trägervereinen wie „Kinder in Not e.V.“ in Rheinland-Pfalz vorgehalten (MBWJK 2007e, S. 6). Sie werden von den „örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe“ und vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK 2007e, S. 6) gefördert.

Die Karte in Abb. 95 verdeutlicht die Standorte der Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz.

Neben der Förderung der Kinderschutzdienste und dem bedarfsgerechten Ausbau zeigen die Forschungsergebnisse aus dem Jahr 2002, dass „verbindliche und akzeptierte Arbeits- und Kooperationsstrukturen“ zwischen Jugendämtern und Kinderschutzdiensten erst noch geschaffen werden müssen (Kügler/Feuerhelm 2002, S. 162 f.). Wiederholt wird die Forderung nach Abstimmung und Kooperation zwei Jahre später im Bericht zu „Selbstverständnis und Standards der Kinderschutzdienste. Dokumentation der Konzept-Weiterentwicklung“ (Kügler/Feuerhelm 2004). Hier wird die Zusammenarbeit „im Hinblick auf die (damals) geplante KJHG-Änderung in § 8a und die entwickelten Standards“ untersucht und festgestellt, dass eine verbindliche Zusammenarbeit „z. B. auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen“ konkretisiert werden sollte (Kügler/Feuerhelm 2004, S. 60).

Wie weit diese Integration der Kinderschutzdienste in die örtlichen Netzwerke zum Kinderschutz gelungen ist, kann hier nicht beantwortet werden; dies wird möglicherweise die aktuell bearbeitete Evaluation der Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes zeigen, über das abschließend kurz berichtet werden soll.

Abb. 95: Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz



Quelle: <http://kinderrechte.rlp.de/>

Zum Landesgesetz für Kindeswohl und Kindergesundheit (Landeskinderschutzgesetz)

In Rheinland-Pfalz ist das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) im März 2008 in Kraft getreten. In der vom BMFSFJ geförderten Veröffentlichung des Deutschen Jugendinstituts im Jahr 2008 „Landesgesetzliche Regelungen im Bereich des Kinderschutzes bzw. der Gesundheitsvorsorge“ heißt es: „Nach einer zunächst heteronomen Diskussion in und zwischen den Ländern, ob und in welcher Form landesgesetzliche Regelungen hinsichtlich der Bemühungen zu einer Verbesserung des Kinderschutzes insbesondere im Anwendungsbereich der Frühen Hilfen notwendig sind, haben im Laufe des letzten und dieses Jahres alle Bundesländer gesetzgeberische Aktivitäten in diesem Bereich entfaltet bzw. sind auch die Länder, die zunächst weitere, spezifische ländergesetzliche Regelungen explizit abgelehnt hatten, in der unmittelbaren Vorbereitung dazu (Berlin, Hamburg, Sachsen). Basiselement in allen Bundesländern sind Regelungen zu einer Steigerung der Teilnahmezahlen an den Früherkennungsuntersuchungen durch ein verbindliches Einladewesen“ (Deutsches Jugendinstitut 2008a, S. 2).

Mit der Einführung des rheinland-pfälzischen Kinderschutzgesetzes stehen zwei Aspekte im Vordergrund: „Zum einen geht es um die Förderung von Gesundheit durch die stärkere Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen. Zum anderen geht es um Maßnahmen der Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen und den Ausbau früher Hilfen“ (ebd.). Im Rahmen des aktuell erschienenen Berichts, in dem „erste Ergebnisse zur Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit“ durch das ISM aufbereitet und zusammengestellt wurden, werden sowohl der Stand zum Auf- und Ausbau lokaler Netzwerke, die nicht-wahrgenommenen Früherkennungsuntersuchungen als auch die Quantität und Qualität der Mitteilungen an die Jugendämter durch die Gesundheitsämter thematisiert. Allerdings sind die Ergebnisse eher als erste Hinweise zu sehen und können nur sehr vorsichtig interpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die

Meldungen der Nichtwahrnehmung der Früherkennungsuntersuchungen, da sich die Daten auf das letzte Quartal 2008 beziehen und daher nur einen kleinen Zeitraum berücksichtigen (MASGFF 2009b, S. 3).

Aktuell können zur Netzwerkarbeit in Bezug auf das Landeskinderschutzgesetz lediglich Hinweise gegeben und Tendenzen aufgezeigt werden. Die ersten Ergebnisse zur Umsetzung des Landesgesetzes zeigen, dass in 85 % der Fälle Kinderschutzdienste am Netzwerk beteiligt sind (MASGFF 2009b, S. 11). Da sich der Bericht allerdings auf das letzte Quartal 2008 bezieht, wird auch hier auf die einschränkende Bemerkung hingewiesen: „Ob diese in 2008 gebildeten Strukturen tragfähig sind, die Netzwerkpartner auch verbindlich an gemeinsamen Zielvorgaben arbeiten und sich dauerhaft beteiligen, kann erst in den folgenden Jahren beurteilt werden“ (MASGFF 2009b, S. 11).

Hinsichtlich der Netzwerkarbeit zeigt sich, dass zwei Drittel der Jugendämter schon im Jahr 2008 lokale Netzwerke eingerichtet haben (ebd., S. 23). Der Auf- und Ausbau der Netzwerke wird darüber hinaus überwiegend positiv bewertet.

Als positive Tendenz kann – so kurz nach der Einführung des Gesetzes – bereits „die Stärkung der Personalressourcen der Jugendämter und damit der Rahmenbedingungen für einen qualifizierten Kinderschutz“ festgehalten werden (ebd., S. 23).

Die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen wird von der überwiegenden Mehrheit der Eltern in Anspruch genommen (ebd., S. 22). Im Zeitraum Oktober bis Dezember 2008 hat die Zentrale Stelle 1.110 Meldungen über die Nichtteilnahme an den U-Untersuchungen an die Gesundheitsämter gegeben.⁸³ Allerdings liegt ausgehend von den 1.110 Meldungen in 84,9 % der Fälle nicht tatsächlich eine Nichtteilnahme vor: In 81,7 % war trotz durchgeführter Unter-

⁸³ Differenzierte Ergebnisse zu den U-Untersuchungen bzw. den im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen vorgelegten Vorsorgeheften werden im Kapitel 3.3 Gesundheit dargestellt.

suchung keine Bestätigung bei der Zentralen Stelle eingegangen, in 3,2 % der Fälle wurde sie in einem anderen Bundesland durchgeführt. Im Hinblick auf die nicht erfolgte Teilnahme sind es mit 10 % „andere Gründe“, wie bspw. Umzug, längere Reise der Familie, Erkrankung der Eltern und Schwierigkeiten, einen Arzttermin zu vereinbaren, die zur Nichtteilnahme führten. Davon wurde in drei Fällen die U-Untersuchungen grundsätzlich abgelehnt. Als zweithäufigster Grund wird „Termin vergessen“ mit 1,8 % angeführt (ebd., S. 19).

18 Jugendämter – und damit weniger als die Hälfte – erhielten im o. a. Zeitraum 26 Fallmitteilungen, mehrheitlich aufgrund der Nichtwahrnehmung der U 4 (76 %). Knapp ein Drittel der Familien war dem Jugendamt bereits bekannt. In vier Fällen stellte das Jugendamt „weiteren Hilfebedarf fest und organisierte (...) eine ambulante Hilfe zur Erziehung“. In weiteren vier Fällen war „eine Kindeswohlgefährdung erkennbar“, allerdings war in keinem Fall „eine Information des Familiengerichts notwendig“ (ebd., S. 21).⁸⁴

Darüber hinaus sind aus Landesperspektive zahlreiche Projekte und Maßnahmen anzuführen, die das Ziel haben, frühzeitig „durch aufsuchende und niedrigschwellige Angebote an Orten, die Familien besonders vertraut sind, insbesondere die Familien zu erreichen, die am meisten auf Förderung angewiesen sind“ (Landtag Rheinland-Pfalz, 2007j, S. 9). Exemplarisch zu nennen sind bspw. die „Netzwerke Familienbildung“, das Projekt „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ oder auch „Guter Start ins Kinderleben“ (ebd.).

Insgesamt sind die aktuellen Entwicklungen positiv zu bewerten. Die Umsetzung des LKindSchuG befindet sich auf gutem Wege. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklung fortsetzt, wenn sich die Verfahrenswege weiter etabliert haben. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Früherkennungsuntersuchungen zwar schon vor Einführung des Gesetzes breit angenommen wurden, nun

aber die Teilnahme an diesen zentralen Untersuchungen weiter erhöht werden kann.

3.2.8 Jugendgerichtshilfen und Jugendstrafrechtspflege

In einem Kinder- und Jugendbericht muss auch über Grenzüberschreitungen und Normenverletzungen junger Menschen berichtet werden sowie über die hierauf bezogenen Hilfen und Sanktionen im Rahmen der Jugendhilfe und der Jugendstrafrechtspflege. Normenverletzendes Handeln junger Menschen kann dabei zum einen als entwicklungstypisches Verhalten und meist vorübergehende Episode zur Erprobung gesellschaftlicher Grenzen verstanden werden. Zum anderen aber müssen insbesondere wiederholte Grenzverletzung und Normenverstöße von Kindern und Jugendlichen als ernstzunehmende Anzeiger für belastende Lebensverhältnisse und von Scheitern bedrohte Biografien verstanden werden. In dieser Spannung von normenverdeutlichender Sanktion und entwicklungsfördernder Unterstützung und Hilfe bewegt sich auch die öffentliche Verantwortung für junge Menschen, die mit Strafrechtsnormen in Konflikt geraten sind. Bevor hierzu Zahlen und Tendenzen aus Rheinland-Pfalz berichtet und eingeordnet werden, sollen zentrale Begriffe erläutert sowie auf Probleme der Datenquellen hingewiesen werden:

■ Kinderdelinquenz

Kinderkriminalität kann es nach geltender Gesetzeslage nicht geben, da junge Menschen erst ab dem vollendeten 14. Lebensjahr strafmündig sind (§ 19 StGB und § 1 JGG). Gegen Strafrechtsnormen verstoßendes Verhalten unter 14-Jähriger wird daher oft als „Kinderdelinquenz“ bezeichnet.

■ Jugendkriminalität

Unter dem Begriff Jugendkriminalität wird die Gesamtheit aller von Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) begangenen Handlungen, die gegen Strafgesetze verstoßen, zusammengefasst.

⁸⁴ Hier sei noch einmal auf den kurzen Zeitraum von drei Monaten verwiesen.

■ Jugendstrafrechtspflege

Seit Bestehen einer eigenständigen Jugendgerichtsbarkeit mit Inkrafttreten des ersten ReichsjugendGerichtsgesetzes (RJGG) 1923 sind eine Reihe spezifischer Institutionen der Jugendstrafrechtspflege entwickelt worden; in der Reihenfolge ihrer Befassung sind dies heute i. d. R.: eigene Jugendkommissariate der Polizei und Jugendstaatsanwälte/-innen sowie Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe; die Aufgaben der Mitwirkung in Verfahren vor dem Jugendgericht können auch durch freie Träger der Jugendhilfe wahrgenommen werden. Das Jugendstrafrecht unterscheidet sich grundsätzlich vom Allgemeinen Strafrecht, da es vor allem der „Entwicklungstatsache“ junger Menschen Rechnung tragen will. Dies gilt sowohl für die Verfahrensführung (z. B. Beschränkung der Öffentlichkeit, Einbeziehung der Eltern, Mitwirkung der Jugendhilfe) wie für die Sanktionsziele (vorrangig Individualprävention durch Erziehung, keine negative Generalprävention) und der Rechtsfolgen (Diversion, Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und begrenzte Jugendstrafe) (vgl. ausführlich Goerdeler 2009, S. 14 f.). Die Jugendhilfe kann im Jugendstrafverfahren auch im Rahmen „vorläufiger Anordnungen über die Erziehung“ (§ 71 JGG) einbezogen werden, indem der Jugendrichter bis zur Rechtskraft des Urteils die Unterbringung in einem „geeigneten Heim der Jugendhilfe“ anordnen kann; eine solche Unterbringung ist nach § 72 JGG auch zur Vermeidung der Untersuchungshaft möglich.

In Rheinland-Pfalz gibt es gegenwärtig keine Einrichtung zur Heimunterbringung zur Vermeidung von Untersuchungshaft bei Jugendlichen. Die Heimunterbringung in einer Einrichtung in Rodalben wurde nicht fortgeführt, nachdem es dort im Jahr 2003 zu einem tragischen Tötungsdelikt zum Nachteil einer Erzieherin durch drei dort untergebrachte Jugendliche gekommen ist. Dieser Sachverhalt war auch Gegenstand eines Untersuchungsausschusses des rheinland-pfälzischen Landtags (vgl. dazu

ausführlich Landtag Rheinland-Pfalz, 2005a). Aufgrund einer Vereinbarung mit der Einrichtung „Schloss Stutensee“ stehen Rheinland-Pfalz dort drei Plätze für die Heimunterbringung zur Vermeidung von Untersuchungshaft bei Jugendlichen zur Verfügung.

Freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe können neben der Mitwirkung im Jugendstrafverfahren auch in der Konzeption und Organisation spezifischer Sanktionsmittel beteiligt sein (z. B. Soziale Gruppenarbeit und Betreuungsweisungen, Täter-Opfer-Ausgleich, Sozialstunden oder Alternativen zum Jugendarrest).

■ Jugendgerichtshilfen

Die Jugendgerichtshilfe als Aufgabe der Jugendämter „zwischen“ Jugendstrafrecht und Jugendhilfe entwickelte sich mit dem Entstehen eigenständiger Jugendgerichte zu Beginn der Weimarer Republik. Stellung und Arbeitsweise der Jugendgerichtshilfe sind daher ebenfalls geprägt von der Spannung, einerseits „Hilfe für das Gericht“ und andererseits „Hilfe für junge Menschen in Strafverfahren“ sein zu sollen. Gegenüber dem traditionellen Begriff „Jugendgerichtshilfe“, wie er sich im Jugendgerichtsgesetz (JGG) findet, wird spätestens seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) 1991 als neue Bezeichnung „Jugendhilfe im Strafverfahren“ (JuHiS) von den einschlägigen Fachverbänden bevorzugt (siehe aktuell: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ) 2009).

§ 38 JGG

(...) Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen die erzieherischen, sozialen und fürsorgeischen Gesichtspunkte im Verfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung. Sie unterstützen zu diesem Zweck die beteiligten Behörden durch Erforschung der Persönlichkeit, der Entwicklung und der Umwelt des Beschuldigten und äußern sich zu den Maßnahmen, die zu ergreifen sind. (...)

§ 52 SGB VIII

Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

(1) Das Jugendamt hat (...) im Verfahren nach dem JGG mitzuwirken.

(2) Das Jugendamt hat frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen (...) und den Staatsanwalt oder den Richter umgehend zu informieren, damit geprüft werden kann, ob diese Leistung ein Absehen von der Verfolgung oder eine Einstellung des Verfahrens ermöglicht.

(3) Der Mitarbeiter des Jugendamtes oder des anerkannten Trägers der freien Jugendhilfe (...) soll den Jugendlichen oder jungen Volljährigen während des gesamten Verfahrens betreuen.

Datenquellen

Grundsätzlich können drei Quellen für die Beschreibung und Einschätzung von Kriminalität und Delinquenz junger Menschen unterschieden werden:

- die Polizeiliche Kriminalstatistik, die Daten aus den Ermittlungsverfahren aufbereitet und wesentlich über Tatverdächtige berichtet;
- die Strafverfolgungsstatistik der Landesjustizverwaltungen, die Daten aus Strafverfahren aufbereitet und wesentlich über Urteile und Strafsanktionen berichtet;
- kriminologische Berichte und Analysen, die verfügbare Datenquellen und eigene empirische Datenerhebungen auswerten und z. B. über Veränderungen des Anzeigeverhaltens, Dunkelfeldhypothesen, soziale oder regionale Kriminalitätsbelastungen oder Auswirkungen strafrechtlicher Sanktion berichten.

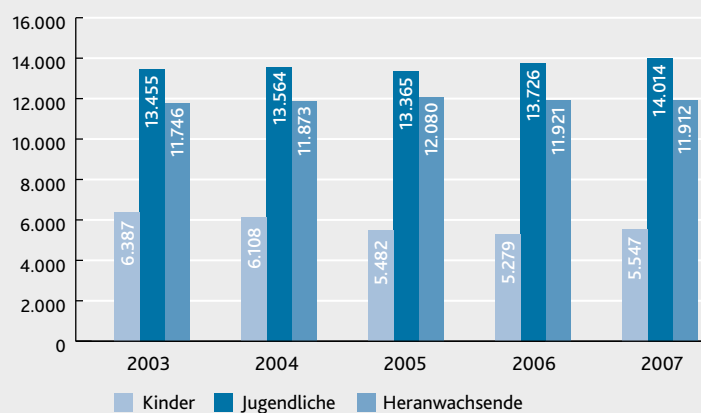
Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse können die Daten und Befunde aus diesen unterschiedlichen Quellen auch zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen

führen – eines der Hauptprobleme der öffentlichen Debatten über die Kriminalität und Delinquenz junger Menschen.

3.2.8.1 Entwicklung der Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität in Rheinland-Pfalz

Als Tatverdächtige wurde im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz gegen 31.473 Täterinnen und Täter unter 21 Jahren ermittelt; gegenüber dem Vorjahr 2006 ist dies insgesamt ein Anstieg von 1,8 %, gegenüber dem Jahr 2003 jedoch ein Rückgang um 0,4 %. Einschränkend ist nochmals darauf hinzuweisen, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr nicht strafmündig sind und daher die „Tatverdächtigen“-Zahlen für diese Gruppe junger Menschen auch noch stärker als bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden vom Anzeigeverhalten abhängen.

Abb. 96: Tatverdächtigenentwicklung der unter 21-Jährigen, 2003 bis 2007



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 4

Mit Blick auf die Zahl der Kinder ist im Jahr 2007 nach einem deutlichen Rückgang in den Jahren 2003 bis 2006 um 17 % gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 5,1 % festzustellen (Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 4). Bei den Jugendlichen (14–18 Jahre) ist über 5 Jahre ein Anstieg um 1,4 %, bei den Heranwachsenden (18–21 Jahre) um 4,1 % festzustellen. Von einem deutlichen Anstieg der Jugendkriminalität kann somit in Rheinland-Pfalz keine Rede sein – allerdings klaffen hierzu schon seit Jahren das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger und die objektivierbaren Daten zur Sicherheitslage erheblich auseinander.

Die absoluten Verurteiltenzahlen der Jugendlichen zeigen, dass diese um ein Mehrfaches geringer ausfallen als die Tatverdächtigenzahlen. So ist die Entwicklung seit 2004 nicht geradlinig: Während im Jahr 2004 3.105 Jugendliche verurteilt wurden, stieg die Zahl im Jahr 2005 auf 3.284 und sank im Jahr 2006 wieder um 5,1 % auf 3.115.⁸⁵ Die Zahl verurteilter Jugendlicher ist im Jahr 2007 weiter

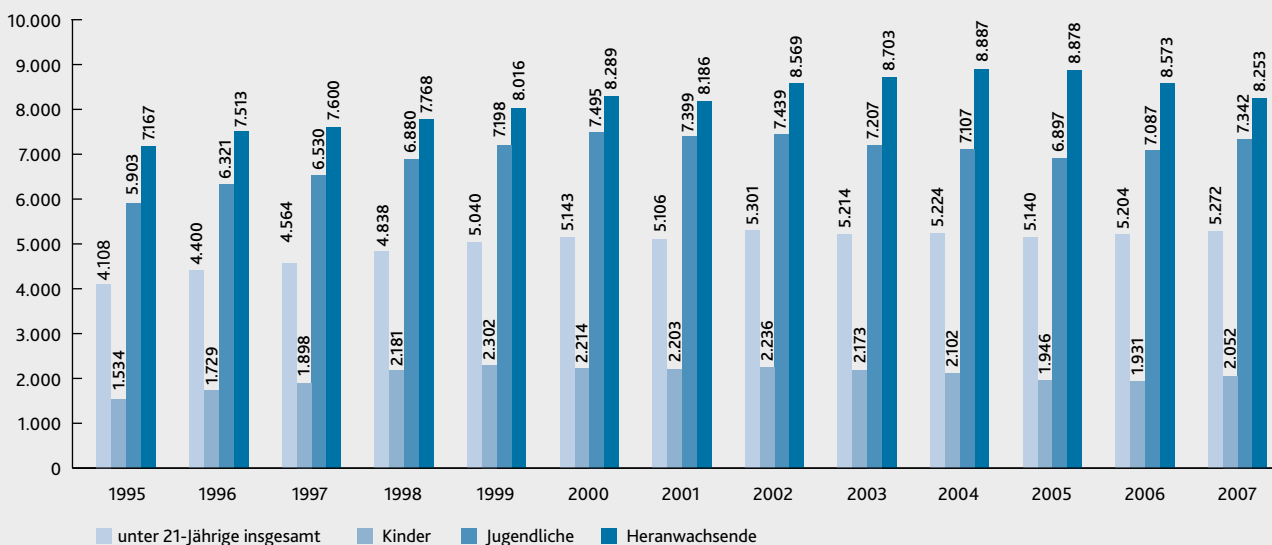
⁸⁵ <http://www.justiz.rlp.de>

auf 2.809 gesunken, im Jahr 2008 aber wieder auf 3.166 angestiegen. Im Vergleich zu 2004 ergibt sich eine Zunahme um etwa 2 %.

Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen (Tatverdächtige, bezogen auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils, ohne Kinder unter 8 Jahren; Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 5) zeigt einen Anstieg bei den Jugendlichen im Jahr 2006 nach 2007 von 3,6 %.

Junge Menschen sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in den Polizeilichen Kriminalstatistiken deutlich überrepräsentiert. Als Erklärung kann zum einen die Art und Weise der verübten Delikte angeführt werden, die sich zum großen Teil im öffentlichen Raum und sichtbar abspielen und die daher prädestiniert dafür sind, polizeilich entdeckt und angezeigt zu werden. Zum anderen spielt die ermittelte Deliktstruktur eine Rolle: Bei einem Großteil der Straftaten handelt es sich um leichtere Eigentums- und Vermögensdelikte. Aber auch die Art der strafrechtlichen Maßnahmen oder Sanktionen bei jungen Delinquenten ist ein

Abb. 97: Tatverdächtigenbelastungszahlen, 1995 bis 2007



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 5

wesentlicher Faktor. Hierbei bietet das Jugendstrafrecht eine Vielzahl abgestufter Handlungsoptionen vor allem durch Nutzung erzieherischer Interventionen, die zum einen die Möglichkeit bieten, auf die Lebenslagen und Probleme junger Menschen einzugehen, und zum anderen junge Menschen in Situationen bringen, die Perspektive der Opfer ihrer Straftaten wahrzunehmen und zu berücksichtigen (insb. Täter-Opfer-Ausgleich).

Mit Blick auf die Regionen des Landes Rheinland-Pfalz kann aufgrund nicht verfügbarer regional differenzierter Daten hierzu nur vereinzelt berichtet werden: Die Polizeipräsidien Koblenz, Trier, Mainz, Westpfalz und Rheinpfalz erheben seit 2004 eigene Kriminalstatistiken für ihre Bezirke.⁸⁶ Bei Betrachtung dieser Statistiken zeigt sich für die Präsidien Koblenz, Rheinpfalz, Trier und Westpfalz im Jahr 2008 folgende Berechnung:

- In Koblenz wurden 8.472 tatverdächtige Jugendliche erfasst,
- in der Rheinpfalz insgesamt 7.029 Personen;
- in Trier wurden insgesamt 4.719 junge Menschen unter 21 Jahren angezeigt und
- in der Westpfalz 3.584.

Weitere Vergleiche lassen diese absoluten Zahlen nicht zu, da sie weder das Verhältnis zu den insgesamt in diesen Regionen lebenden jungen Menschen berücksichtigen, noch andere sozialstrukturelle Faktoren.

Aus der Antwort auf die Anfrage des Landtags zu „Jugendkriminalität und Jugendgruppengewalt in Rheinland-Pfalz“ aus dem Jahr 2007 geht hervor, dass die Jugendkriminalität in Rheinland-Pfalz „gleichmäßig verteilt“ ist. „Abgesehen von temporären Brennpunkten, die immer wieder auftreten, gibt es nirgendwo einen dauerhaften herausragenden Brennpunkt“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007h, S. 1).

Die Zahlen der tatverdächtigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden im gesamten Bundesgebiet zeigen, dass Rheinland-Pfalz sich im Mittelfeld der Länder bewegt: Kinder sind in Rheinland-Pfalz mit 4,7 % (Bund: 4,5 %); Jugendliche sind mit 11,4 % (Bund 11,8 %) vertreten, die Heranwachsenden mit 9,8 % (Bund 10,5 %) (Bundesministerium des Innern 2009, S. 34).

Die Veränderungen in Polizeilichen Kriminalstatistiken können nur die bekannten und zu berechnenden Zahlen wiedergeben, welche das Hellfeld ausmachen. Der tatsächliche Umfang von Verbrechen der Jungtäterinnen und -täter lässt sich durch statistische Zahlen nicht genau erheben. In der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ (2009) wird dies durch Schülerbefragungen des KFN und Befunde der bisherigen Dunkelfeldforschung näher beleuchtet. Hier ist besonders hervorzuheben, dass „Befunde der Dunkelfeldforschung zum Anzeigeverhalten der Gewaltopfer (...) die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) in mehrfacher Hinsicht“ relativieren (KFN 2009, S. 11). Das KFN stellt hierzu fest, dass bei Betrachtung der Dunkelfeldforschung die Jugendgewalt seit 1998 eine gleichbleibende Tendenz bzw. einen Rückgang zu verzeichnen hat (ebd., S.10). Die Schülerbefragungen fanden in acht Städten aus sieben Bundesländern statt und zeigten, dass „die Quote der Jugendlichen, die nach eigenen Angaben in den zwölf Monaten vor der Befragung mindestens eine Gewalttat begangen haben, (...) in keiner der acht Städte angestiegen und überwiegend sogar beträchtlich gesunken“ ist (KFN 2009, S. 10). Das KFN widerlegt damit die in den Medien oft publizierte Meinung eines „drastischen Anstiegs“ der Jugenddelinquenz.

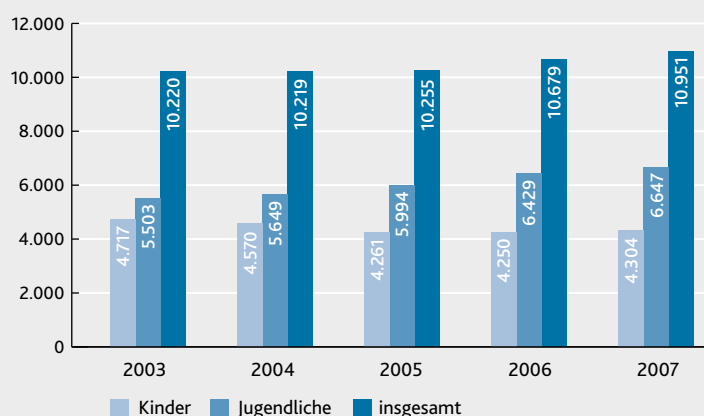
⁸⁶ <http://www.polizei.rlp.de/internet/nav/9be/9be409c6-071a-9001-be59-2680a525fe06.htm>, Zusammenfassung aus Kriminalstatistiken.

Opferentwicklung

Kinder und Jugendliche sind deutlich häufiger Opfer von Straftaten als „Täter“; alleine im Jahr 2007 waren dies insgesamt 10.951 Minderjährige unter 18 Jahren. Hier ist ein Anstieg um 2,5 % zu verzeichnen (Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 11). Davon waren 6.647 Jugendliche (+3,4 %) und 4.304 Kinder, dies bedeutet einen Anstieg der kindlichen Opfer von 2006 nach 2007 um 1,3 %. Bezüglich der einzelnen Straftatengruppen fällt insbesondere ein Anstieg von Kindern als Opfer sexueller Nötigung auf. Während es im Jahr 2006 8 Fälle waren, liegt der Wert 2007 bei 26 (ebd., S. 12).

Geschlechterdifferenziert betrachtet sind für Jungen und Mädchen keine Unterschiede im Hinblick auf „Körperverletzungsdelikte, sexuellen Missbrauch, Kindesmisshandlung und Raubtaten“ festzustellen. Weibliche Jugendliche werden hingegen überwiegend Opfer von Körperverletzungen, sexueller Nötigung und Vergewaltigung, während bei männlichen Jugendlichen die „Bereiche Körperverletzung und Raub erkennbare Gefährdungsschwerpunkte“ darstellen (ebd., S. 13; siehe Abb. 98).

Abb. 98: Straftatenopfer 2003 bis 2007
Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2007, S. 11

3.2.8.2 Aufgabenwahrnehmung der Jugendgerichtshilfe/der Jugendhilfe in Jugendstrafverfahren in Rheinland-Pfalz

Wie die Aufgaben der Mitwirkung im Verfahren vor dem Jugendgericht (hier verkürzt: Jugendgerichtshilfe) in den zuständigen kommunalen Jugendämtern konzeptionell gestaltet, personell ausgestattet und strukturell organisiert werden, ist – wie alle Konzept- und Organisationsfragen örtlicher Jugendhilfe – in hohem Maße unterschiedlich und von örtlichen Besonderheiten geprägt. Aus dem Landesbericht „Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“ (MASGFF 2007d) sind wenige Daten zur Organisation und Personalausstattung auch der Jugendgerichtshilfe erkennbar:

- In 85 % der Jugendämter in Rheinland-Pfalz ist die Jugendgerichtshilfe als Spezialdienst organisiert (MASGFF 2007d, S. 253);
- wurden 2002 die Jugendgerichtshilfe-Aufgaben in allen 41 Jugendämtern in Rheinland-Pfalz noch von insgesamt 55,8 Vollzeitstellen bearbeitet, waren es 2005 66,7. Damit stellt die Jugendgerichtshilfe nach dem Allgemeinen Sozialen Dienst (insgesamt 2005 306,5 Vollzeitstellen) den zweitstärksten Aufgabenbereich der Sozialen Dienste der Jugendämter.

Besonders bemerkt wird hierzu: „Ganz entgegen diesem Trend (leichtem Stellenabbau in der Summe aller sozialen Dienste der Jugendämter zwischen 2002 und 2005) zeigt sich ein deutlicher Stellenausbau bei der Jugendgerichtshilfe (16,3 %) (...). Der Zuwachs an Personalstellen in der Jugendgerichtshilfe findet allerdings fast ausschließlich in Landkreisjugendämtern statt“ (MASGFF 2007d, S. 241).

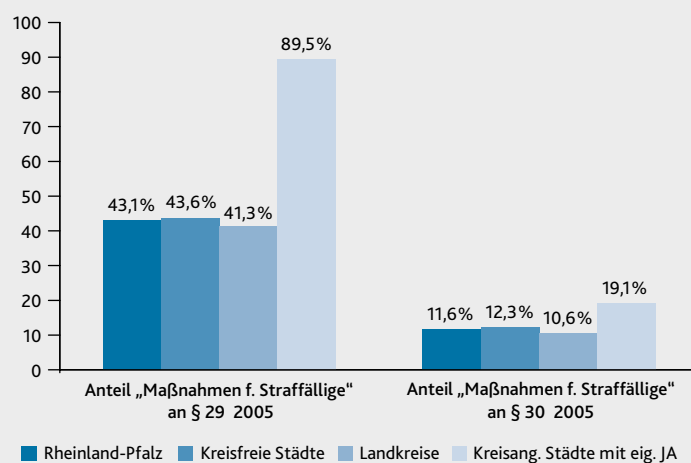
Eine dem Landesbericht über die Hilfen zur Erziehung vergleichbare Berichterstattung über Fallzahlen und Aktivitäten der Jugendgerichtshilfe gibt es bisher in Rheinland-Pfalz nicht. Im HZE-Landesbericht wird für diesen Zusammenhang einzig über die besondere Nutzung von Angeboten der Sozialen Gruppenarbeit berichtet:

„Insbesondere die Soziale Gruppenarbeit (nach § 29 SGB VIII) ist – wie bereits im Jahr 2002 – eine Hilfeform, die häufig auf richterliche Weisung erfolgt (43,1%). (...) Die Soziale Gruppenarbeit, die ohnehin in Rheinland-Pfalz im Kanon der ambulanten Hilfen eine marginale Rolle spielt, ist also im Falle ihres Einsatzes nach wie vor häufig eine Hilfe infolge von Straffälligkeit (in Form der sogenannten ‚Sozialen Trainingskurse‘)“ (MASGFF 2007d, S. 43).

Eine nicht veröffentlichte Erhebung des Landesjugendamtes zum Täter-Opfer-Ausgleich aus dem Jahr 2003 zeigte, dass in 25 von 41 Jugendämtern diese besondere Sanktionsform angeboten wurde und in weiteren 5 geplant war. Insgesamt konnte im Jahr 2003 diese besondere Form einer erzieherischen Konsequenz für eine Straftat eines jungen Menschen in ca. 200 Fällen realisiert werden (internes Arbeitspapier des Landesjugendamtes 2003).

Bezüglich der Regionen, in denen der Täter-Opfer-Ausgleich nicht von den Jugendämtern angeboten wird, wird auf 3.2.8.3 verwiesen.

Abb. 99: Anteil der Maßnahmen für junge Straffällige an Hilfen gem. §§ 29 und 30 im Jahr 2005



Quelle: MASGFF 2007d, S. 43

3.2.8.3 Jugend-Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz

Im Land stellen sich verschiedene Institutionen und Organisationen mit vielfältigen Aktivitäten dem Problem der Jugenddelinquenz. Neben den örtlichen Jugendämtern und freien Trägern der Jugendhilfe leisten die Anlaufstellen der Polizeidirektionen und ihre 16 Beauftragten in Jugendsachen in Rheinland-Pfalz wichtige Beiträge. Die Tätigkeiten dieser Beauftragten beziehen sich neben konkreter Präventionsarbeit auch auf die Beobachtung und Berichterstattung über die Entwicklung der Jugenddelinquenz in den Regionen des Landes. Des Weiteren arbeiten sie mit öffentlichen Institutionen und Trägern der Jugendarbeit in diesem Bereich zusammen.⁸⁷

Weiter gibt es in Rheinland-Pfalz flächendeckend in allen Landgerichtsbezirken bei den örtlichen Trägern der Opfer- und Straffälligenhilfe acht

⁸⁷ http://www.polizei.rlp.de/internet/nav/db6/db6609c6-071a-9001-be59-2680a525fe06&sel_u Con=9515045d-9df5-1101-2068-abd7913a4f82.htm

Koordinierungsstellen, die grundsätzlich auch Täter-Opfer-Ausgleich mit jugendlichen und heranwachsenden Täterinnen und Tätern durchführen. Teilweise existieren Konfliktschlichtungsstellen auch bei den kommunalen Jugendämtern (Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz 2008, S. 308 f.).

Eine Auswertung der für Maßnahmen der Landesregierung gegen die Jugenddelinquenz aufgewendeten Mittel zeigt, dass in den Jahren 2003 bis 2007 im Durchschnitt 102.775 Euro pro Jahr für die Präventionsarbeit an Schulen eingesetzt wurden, insgesamt waren dies im Jahr 2007 103.300 Euro und damit 1.000 Euro mehr als 2003 (Landtag Rheinland-Pfalz 2007h, S. 3). An rheinland-pfälzischen Schulen wird eine Vielzahl von Aktivitäten insbesondere gegen „Jugendgewalt“ angeboten. Grundlage der Präventionsarbeit ist der Grundsatz, „Kinder und Jugendliche zur Bewältigung ihres Lebens zu befähigen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007h, S. 2). Diese präventiven Programme orientieren sich damit an den von der WHO vorgeschlagenen Faktoren der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Landtag Rheinland-Pfalz 2007h, S. 2).

In einer Bestandsaufnahme der Jugend-Gewaltprävention und ihrer Akteure in Rheinland-Pfalz, 2006 durchgeführt von der Klaus-Jensen-Stiftung, wird allerdings kritisch festgestellt, dass in Rheinland-Pfalz viele Aktivitäten gegen Gewalt zu verzeichnen seien, diese allerdings leider noch keine „flächendeckende“ Wirkung hätten und vor allem „kein roter Faden“ erkennbar sei, „an dem sich die Aktivitäten und Akteure orientieren“ (Ministerium des Innern und für Sport 2007, S. 10). Es gebe in der rheinland-pfälzischen Präventionsarbeit einerseits „gut funktionierende Netzwerke“ im Kampf gegen Jugendkriminalität, andererseits arbeite jedoch ein Viertel der untersuchten Gremien nicht effektiv genug. Die Ergebnisse dieser Studie sollen „handlungsleitende Empfehlungen“ (ebd.) für die Arbeit in den Kommunen, einzelnen Gremien und für ganz Rheinland-Pfalz sein. Eine wichtige Empfehlung bezieht sich auf eine „Abkehr von kurzfristig angelegten Projekten hin zu umfassenden Programmen“ (ebd.). Ausdrücklich

hingewiesen wird darauf, dass Gewaltprävention bereits in frühen Lebensaltern einsetzen muss und sollte.

Wie vielfältig das Arbeitsfeld der Jugendstrafrechtspflege in der Kooperation – von der Prävention bis zur Mitwirkung in Verfahren und der Gestaltung jugendgerichtlicher Sanktionen – ist, zeigen hierzu in Rheinland-Pfalz beschlossene Empfehlungen und Arbeitshilfen:

- Empfehlungen für die Mitwirkung der Jugendhilfe in Jugendstrafverfahren hat der Landeshilfenausschuss im Dezember 1998 verabschiedet, diese sind im Jahr 2009 aktualisiert und unter Beteiligung von Polizei und Staatsanwaltschaft verabschiedet worden (LSJV 1999, LSJV 2009c).⁸⁸
- Das Arbeitspapier der interdisziplinären „Arbeitsgruppe Jugendstrafrecht“ zur „Zusammenarbeit im Bereich der Jugenddelinquenz“; im Untertitel: „Informationen, Empfehlungen und Hinweise über die mit Jugendhilfe befassten Behörden und Institutionen zur Zusammenarbeit mit Schulen im Bereich der Jugenddelinquenz“ (Arbeitsgruppe Jugendstrafrecht o. J.).

Noch 1999 sind Empfehlungen von einer Arbeitsgruppe beim Landesjugendamt unter aktiver Beteiligung von Fachkräften aus sieben Stadt- und Kreisjugendämtern erarbeitet worden, aber ohne Mitwirkung von Justiz oder Polizei. Aktuell haben in der Arbeitsgruppe „Jugendstrafrecht“ Vertreterinnen und Vertreter der Justiz, Polizei, Schulen, Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe, freier Träger, verschiedener Ministerien und nachgeordneter Behörden interdisziplinär zusammengearbeitet. Im Jahr 2009 wurde von dieser interdisziplinären Arbeitsgruppe eine Broschüre „Erziehungsmaßnahmen – Umsetzung und neue Wege“ vorgestellt.

⁸⁸ http://www.lsjv.rlp.de/fileadmin/lsvj/downloads/Kinder_Jugend_und_Familie/Landesjugendamt/k_zusammenarb_jh_justiz_pol_empf.pdf

Häuser des Jugendrechts

Das zweifellos bedeutsamste Entwicklungs- und Reformprojekt im Bereich der Jugendstrafrechtspflege in Rheinland-Pfalz ist die Konzeption und Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“ (HDJR) seit 2005. Eine häufige Kritik an der Praxis vieler Jugendstrafverfahren ist, dass viel Zeit vergeht zwischen der Tat und den meist unmittelbar darauf erfolgenden Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft auf der einen sowie ggf. dem Beginn des Verfahrens vor einem Jugendgericht und dem Urteil auf der anderen Seite. Für junge Menschen sei damit der erzieherisch bedeutsame Zusammenhang zwischen Tat und Sanktion oft kaum noch nachvollziehbar. Dies war ein Grund, mit den „Häusern des Jugendrechts“ Voraussetzungen für eine zeitnahe und abgestimmte Reaktion zu schaffen, die zudem das breite Spektrum möglicher und sinnvoller Sanktionen und Hilfen im Einzelfall koordinieren kann. Das erste Haus des Jugendrechts wurde 1999 in Bad Cannstadt bei Stuttgart eröffnet (vgl. ausführlich Kügler/ Feuerhelm 2003).

„Um dem im Jugendstrafverfahren vorrangigen Erziehungsgedanken zu genügen, ist es erforderlich, nach rascher Aufklärung des Sachverhalts mit schnellen und individuell auf die Bedürfnisse des einzelnen Täters abgestimmten Maßnahmen zu reagieren, um zukünftiges delinquentes Verhalten zu verhindern. Aufgrund der kurzen Wege ist es im HdJR möglich, dass Ermittlungsverfahren nach der polizeilichen Erstbearbeitung durch die Staatsanwälte binnen kürzester Zeit – häufig schon nach wenigen Stunden abschließend bearbeitet sind.“ So stellt sich das Haus des Jugendrechts in Mainz auf seiner aktuellen Internetseite vor.⁸⁹

In Rheinland-Pfalz wurden bisher in Ludwigshafen, Mainz und Kaiserslautern solche Häuser des Jugendrechts eingerichtet; in Ludwigshafen im September 2005, in Mainz im Mai 2008 sowie im August 2009 in Kaiserslautern (vgl. dazu ausführlich Ministerium des Innern und für Sport 2008,

S. 26). Weitere Häuser des Jugendrechts sind in Trier und Koblenz beabsichtigt (vgl. dazu auch Landtag Rheinland-Pfalz 2009g).

3.2.8.4 Jugendstrafverfahren und Jugendstrafvollzug

Im Jahr 2002 gab es 19.788 anklagefähige Verfahren in Jugendsachen, laut Verfahrensstatistik der Staatsanwaltschaften stiegen diese bis 2004 auf den bisherigen Höchststand von 20.999, im Jahr 2008 waren noch 19.856 Verfahren anhängig. Betrachtet man diesen Zeitraum, so ist die Tendenz der Verfahren und Jugendsachen bis 2008 nahezu gleichbleibend; wichtig ist allerdings anzumerken, dass in den Jahren von 2002 bis 2008 die Einstellung von Verfahren in Jugendsachen⁹⁰ nach § 45 JGG (Diversion) stets zwischen 51,1 % und 53,6 % lag, 2008 bei 53,3 % (Landtag Rheinland-Pfalz 2007i, S. 7 und Auskünfte des Ministeriums der Justiz).

Aus erzieherischen Gründen ist es wichtig, Jugendarrest zeitnah zu vollziehen und ihn inhaltlich pädagogisch auszugestalten. Die Jugendarrestanstalt Worms wurde generalsaniert und sowohl funktional als auch optisch neu gestaltet. Damit sollen freundliche, helle und zeitgemäße Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, die die Umsetzung pädagogischer Maßnahmen und eine jugendgerechte Freizeitgestaltung ermöglichen. Räumlichkeiten für kreative Projekte, Sport und ein nach sportwissenschaftlichen Gesichtspunkten neu gestalteter Hof mit einer Jogging-Laufstrecke, einem Multifunktions-Spielfeld und einer Ruhezone sind vorhanden. Ein elaboriertes Behandlungskonzept liegt vor.

Von den nach Jugendstrafrecht (14–21 Jahre) im Jahr 2008 verurteilten 5.543 (2005: 5.662) Personen erhielten 1.064 Jugendliche und Heranwachsende als schwerste Strafe eine Jugendstrafe, was gegenüber dem Jahr 2005 (1.136 Fälle) einen

⁸⁹ <http://www.haus-des-jugendrechts-mainz.de>

⁹⁰ Diese betreffen sowohl Jugendliche als auch Heranwachsende; das gilt auch für Angaben der Strafverfolgungsstatistik.

leichten Rückgang um 6,3 % bedeutet. Bei 706 Verurteilten, folglich in etwa 66,4 (2005: 65,8) % der Fälle, konnte die Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt werden.

Die Verurteilung jugendlicher Straftäter (14 bis 18 Jahre) ist im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2005 gesunken (- 3,6%), und liegt mit 3.166 um 118 niedriger als 2005. Ein Rückgang der Verurteilungen bei Jugendlichen lässt sich im Vier-Jahres-Vergleich vor allem bei den Straftaten im Straßenverkehr (- 31,8%; von 629 auf 429), bei den Raubdelikten (-20,9%; von 115 auf 91) und bei den Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz (- 51,4 %; von 245 auf 119) beobachten. Deutliche Anstiege haben sich dagegen bei den Straftaten gegen die Person (+27,2 %; von 750 auf 954) und den Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt (+23.3 %; von 120 auf 148) ergeben, was auch an einem veränderten Anzeigeverhalten liegt (nach Auskünften des Ministeriums der Justiz).

Daten zu den in Rheinland-Pfalz verbüßten Jugendhaftstrafen, auf die sich Tabelle 21 und Abb. 100 beziehen, liegen nach Angaben des Statistischen Landesamtes nur bis 2005 vor.

Etliche junge Strafgefangene sind bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Insgesamt knapp 17 % waren ein- oder mehrmals vorbestraft und 15 % sitzen trotz ihres jugendlichen Alters bereits zum wiederholten Male ein (siehe Tabelle 21).

„Junge Straftäter sollen im Vollzug zu einem straf-freien und verantwortungsbewussten Leben geleitet werden. Durch eine erzieherische Ausgestaltung des Strafvollzugs soll der Weg zurück in die Gesellschaft geebnet werden. Erreicht wird dies unter anderem dadurch, dass in den Strafanstalten neben diversen Hilfs- und Betreuungsangeboten auch schulische und berufliche Bildungsmaßnahmen angeboten werden, die nach der Entlassung aus

Tabelle 21: Jugendliche Strafgefangene – Delikte, unter 21-jährige am 31. 03. 2005

Straftat	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch, ohne solche im Straßenverkehr	223	5	228
Widerstand gegen die Staatsgewalt	1	–	1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	8	1	9
Beleidigung	2	–	2
Straftaten gegen das Leben	3	–	3
Körperverletzung	36	1	37
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	2	–	2
Diebstahl und Unterschlagung	100	2	102
Raub und Erpressung	49	1	50
Begünstigung und Hehlerei	1	–	1
Betrug und Untreue	12	–	12
Urkundenfälschung	2	–	2
Sachbeschädigung	6	–	6
Gemeingefährliche Straftaten	1	–	1
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	16	2	18
Straftaten im Straßenverkehr	6	–	6
Insgesamt	245	7	252

Quelle: Statistisches Landesamt 2005a

der Haft das Führen eines eigenverantwortlichen straffreien Lebens erleichtern sollen. Die Mehrzahl der Jugendlichen und Heranwachsenden wird daher in den eigens eingerichteten Jugendstrafanstalten in Schifferstadt und Wittlich betreut" (Statistisches Landesamt 2005a).

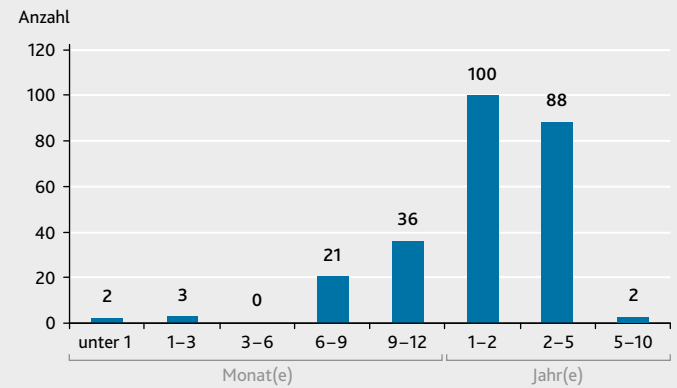
Neues Jugendstrafvollzugsgesetz

Mit einem viel beachteten Urteil vom 31. 05. 2006 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass für den Jugendstrafvollzug die verfassungsrechtlich erforderlichen, auf die besonderen Anforderungen eines erzieherischen Strafvollzuges an Jugendlichen zugeschnittenen gesetzlichen Grundlagen fehlen und dem Gesetzgeber zum Erlass gesetzlicher Jugendstrafvollzugsregeln eine Frist bis zum 31. 12. 2007 gesetzt.

Am 07. 07. 2006 wurde von der Regierungsmehrheit aus CDU/CSU und SPD die Föderalismusreform beschlossen. Damit wurde die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes für den Strafvollzug durch eine ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder abgelöst. Rheinland-Pfalz hat, wie etwa die Hälfte der Bundesländer, ein eigenes Jugendstrafvollzugsgesetz pünktlich zum 01. 01. 2008 in Kraft gesetzt.

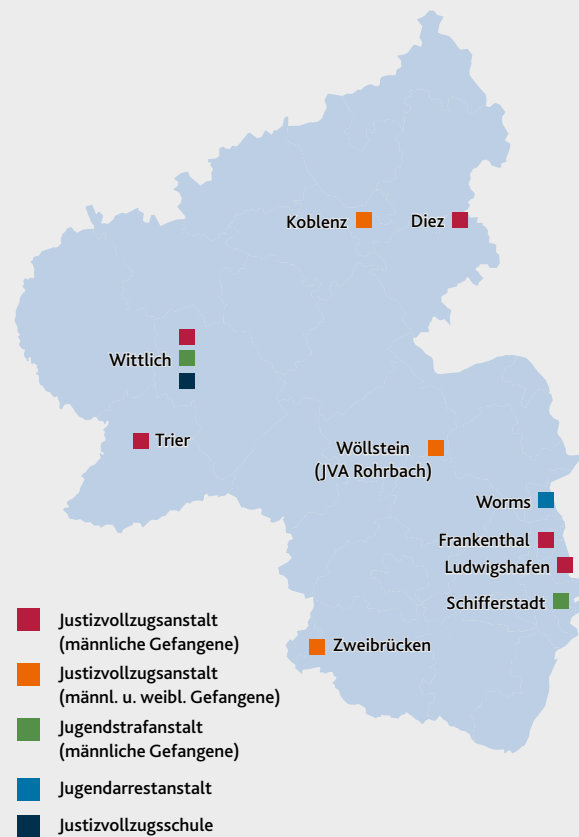
Mit dem am 01. 01. 2008 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Landesjugendstrafvollzugsgesetz wurden die Voraussetzungen für einen humanen, zeitgemäßen und konsequent am Erziehungsgedanken ausgerichteten Jugendstrafvollzug nachhaltig verbessert. An den drei Standorten des Jugendstrafvollzuges – den beiden Jugendstrafanstalten Schifferstadt und Wittlich sowie der Abteilung für weibliche Jugendstrafgefangene in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken (Frauenvollzug) – wurden insgesamt 99 Personalstellen zusätzlich geschaffen, davon allein 35 neue Stellen für Psychologen, Pädagogen, Sportlehrer und den Sozialdienst. Für rund 450 Jugendstrafgefangene stehen damit rund 360 Personalstellen zur Verfügung, davon 13 Fachkräfte im psychologischen Dienst, 28 im Sozialdienst und 9 im pädagogischen Dienst. Als Sondereinrichtung wurden vier sozialtherapeutische Abteilungen mit je 10,

Abb. 100: Jugendliche Strafgefangene am 31. 03. 2005 nach der voraussichtlichen Vollzugsdauer



Quelle: Statistisches Landesamt 2005a

Abb. 101: Vollzugseinrichtungen in Rheinland-Pfalz



Quelle: <http://www.justiz.rlp.de>

das heißt insgesamt 40 Plätzen eingerichtet. Verschiedene Baumaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur befinden sich in der Umsetzung, wie z. B. der Umbau einzelner Wohngruppen in sozialtherapeutische Abteilungen und die Errichtung eines neuen Freigängerhauses bei der Jugendstrafanstalt Schifferstadt.

Diese Anstrengungen beruhen auf der Überzeugung, dass weder die Androhung von Strafen noch der Freiheitsentzug alleine die Gefahr eines Rückfalls verringern. Vielmehr ist es ausschlaggebend, wie die Zeit in der Haft bis zur Entlassung genutzt wird. Der Jugendstrafvollzug hält deshalb verschiedene Maßnahmen zur Sozialisierung vor, denn bei manchen Straftäterinnen und Straftätern ist das Ziel der Resozialisierung zunächst noch zu hoch gegriffen. Viele Insassen sind bereits vor ihrer Inhaftierung erfolglos durch mehrere Akteure und Institutionen des sozialen Hilfesystems beraten, betreut oder behandelt worden. Die Maßnahmen im Jugendstrafvollzug sind deshalb für die jungen Menschen oft die letzte Chance, ihrem Leben noch eine Wendung zu geben. Allen Maßnahmen ist eigen, dass sie nach der einhelligen Meinung der Wissenschaft und Forschung rückfallpräventiv wirken, weil sie Defizite, die zur Straffälligkeit führten, ausgleichen, an Ressourcen anknüpfen und die Chancen der Integration sowie die Aussicht auf ein Leben in sozialer Verantwortung insgesamt verbessern. Sie fordern die intensive Mitarbeit und Anstrengungsbereitschaft der Jugendstrafgefangenen. Umfassende Behandlungskonzepte liegen in allen drei Standorten des Jugendstrafvollzugs vor.

Exemplarisch sollen hier einige dieser Maßnahmen genannt werden:

- Unterbringung in Wohngruppen,
- Bildungsberatung und Unterricht (z. B. Hauptschulabschlusskurse, Stütz- und Förderunterricht, Alphabetisierungskurse, Deutsch für Nicht-Muttersprachler),
- Ausbildung sowie diverse Qualifizierungsbau- steine,
- Einsatz zu einer regelmäßigen Arbeit oder therapeutischen Arbeit,
- Soziale Hilfen, sozialarbeiterische Beratung und Betreuung, wie etwa Schuldnerberatung, Soziales Training, Suchtberatung und der Einbe- zug des familiären Umfelds (z. B. Partner oder Eltern),
- themenzentrierte Behandlungsangebote, z. B. sexualpädagogische Maßnahmen, das Anti- gewalt-Training oder deliktorientierte Behan- lungsguppen für Sexualstraftäter,
- Psychotherapie im Einzel- oder Gruppensetting,
- Sozialtherapie in spezialisierten und sehr eng- maschig betreuten Wohngruppen,
- Heranführen an eine sinnvolle Freizeitgestal- tung,
- Sport als sogenannter Zugangssport, Zielgrup- pensport und Behandlungssport,
- Erlebnispädagogik,
- kreative und kulturelle Angebote,
- Einsatz von ehrenamtlichen Vollzugshelferin- nen und Vollzugshelfern als Verbindung zur Gesellschaft und dem Leben in Freiheit,
- schrittweise Erprobung in Vollzugslockerungen unter den kontrollierenden Bedingungen des Jugendstrafvollzugs,
- Entlassungsvorbereitung und Übergangsmä- nagement sowie der offene Vollzug als letzte Station vor der Entlassung. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt vor der Entlassung aus der Haft werden etwa die Bewährungshilfe und andere Behörden, Institutionen oder Vereine der Straffälligenhilfe in die Vollzugs- und Entlassungsplanung mit einbezogen, damit der Übergang in ein straffreies Leben gelingt.

Auch das am 01.01.2010 in Kraft getretene rheinland-pfälzische **Untersuchungshaft- vollzugsgesetz** berücksichtigt die besonderen Lebensumstände junger Menschen, indem es ergänzende Bestimmungen für junge Untersuchungsgefangene vorsieht. Sachlich zuständig sind hierfür die Jugendstrafanstalten. Um bereits die Zeit der Untersuchungshaft zur Aufarbeitung von Defiziten zu nutzen und sinnvoll zu gestalten, werden jungen Untersuchungsgefangenen altersgemäße Bildungs-, Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten sowie sonstige entwick- lungsfördernde Hilfestellungen angeboten, die

innerhalb der in der Regel kurzen Zeit der Untersuchungshaft sinnvoll durchgeführt werden können oder längerfristige Maßnahmen vorbereiten. Die Jugendstrafanstalten arbeiten dazu auch schon während der Untersuchungshaft mit staatlichen und privaten Institutionen, insbesondere mit Jugendgerichtshilfe, Jugendamt, Schulen und beruflichen Bildungsträgern, zusammen.

Die verschiedenen Maßnahmen zur Resozialisierung werden auf ihre Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt. Diese Aufgaben übernimmt der ebenfalls neu geschaffene **Kriminologische Dienst**. Ihm obliegt die Evaluation des Jugendstrafvollzugs. Außerdem müssen Strömungen und Tendenzen in anderen Ländern beobachtet und daraufhin abgeklopft werden, ob sie auch für Rheinland-Pfalz von Bedeutung sein können. Kriminologisch relevante Ergebnisse aus der Wissenschaft und Forschung müssen gesichtet und im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit in den Anstalten und auf ihr Potential zur Rückfallprävention beurteilt werden.

3.2.8.5 Probleme einer öffentlichen Sorge für delinquente junge Menschen in Rheinland-Pfalz

Wie bedeutsam Fragen der Delinquenz und Kriminalität junger Menschen sind, zeigt sich auch in der Vielzahl von Landtagsdokumenten zu diesem Themenbereich: In der 15. Legislaturperiode seit Mai 2006 sind in der Parlamentsdokumentation unter den Stichworten Jugendkriminalität und Jugendstrafvollzug alleine 14 kleine Anfragen, 8 Anträge aus den Fraktionen, eine Aktuelle Stunde und 16 Sitzungen der Strafvollzugskommission im Kontext von Besuchen in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten nachgewiesen. Neben der politischen und fachlichen Aufarbeitung der Tötung einer jungen Pädagogin im Oktober 2003 im Jugendheim Mühlkopf noch in der 14. Legislaturperiode (vgl. zusammenfassend Landtag Rheinland-Pfalz 2005c) sowie der Vorbereitung und Verabschiedung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes ist dies ein Beleg für eine intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die

Grenzüberschreitungen und Normenverletzungen junger Menschen für eine Gesellschaft darstellen.

Deutlich zeigen die verfügbaren Zahlen, dass es keinen Grund für Dramatisierungen angesichts nachweisbarer Entwicklungen der Jugendkriminalität gibt, aber ebenso wenig Grund zu bagatellisieren; zwei gegensätzliche Einschätzungen sind offensichtlich gleichermaßen „richtig“:

- Delinquentes Verhalten Jugendlicher ist normal und vorübergehend. Grenzüberschreitungen und Normverstöße junger Menschen können als „normal“ bezeichnet werden, nahezu jeder junge Mensch begeht solche Taten. Immer schon war es ein „Privileg“ der Jugendzeit, durch Provokationen Grenzen auszutesten; Grenzübertretungen sowie die darauf folgenden gesellschaftlichen Reaktionen sind ein zentrales Element der Identitätsentwicklung junger Menschen, nicht selten auch bei der Suche nach Anerkennung in der Gleichaltrigengruppe. Die weitaus meisten jungen Menschen hören denn auch von selbst wieder auf, Straftaten zu begehen, und zwar ohne Eingreifen von Polizei und Justiz. So bleibt Kriminalität in den meisten Fällen eine Episode im Leben und bedeutet keinesfalls einen Einstieg in eine kriminelle Karriere.
- Delinquentes Verhalten junger Menschen ist Anlass für Beunruhigung und Herausforderung, angemessene Antworten zu finden. Jugendkriminalität, strafbares Handeln von jungen Menschen und Delinquenz von Kindern in all ihren Erscheinungsbildern, Facetten und Graufeldern ist ein gesellschaftlich aufregendes Thema, war dies schon immer und ist es auch aktuell. Das Thema Jugendkriminalität ist aufregend und regt auf, denn es konfrontiert mit verletzten Sicherheitserwartungen und akuten Unsicherheitsgefühlen betroffener Bürgerinnen und Bürger ebenso wie mit uneingelösten Versprechen auf eine gesunde Entwicklung und gute Bildung für jedes Kind. So wird Jugendkriminalität in regelmäßigen Abständen öffentlich diskutiert. Nicht selten werden einzelne,

spektakuläre Straftaten junger Menschen von den Medien dramatisiert und diese „Publicity“ löst dann eine ganze Flut von Forderungen, fachlichen Stellungnahmen, Tagungen, politischen Aktivitäten, Initiativen, Modellprogrammen und Konzepten aus. Es ist nicht neu, dass „dieses Thema, Moden vergleichbar, für eine gewisse Zeit die Diskussion beherrscht“ (Heinz 2002). Eng verbunden mit der Diskussion sind Daten zu steigenden Fallzahlen sowie der Streit um den „richtigen Umgang“ mit „schwierigen“ Kindern. Es sind zum einen Forderungen nach härteren Strafen, wie u. a. die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 12 Jahre, geschlossene Unterbringung, Herausnahme der Heranwachsenden aus dem Jugendstrafrecht, längere Strafen und mehr Strafvollzug. Diese Forderungen bewegen die öffentlichen Erzieher, seit es diese Aufgabe in staatlich organisierter Form gibt. Zum anderen beziehen sich die Antworten auf die Fragen nach dem „richtigen“ Umgang, auf das „Verstehen“ und die „besondere Zuwendung“. Nicht zuletzt können diese Debatten als Gradmesser für das gesellschaftliche Klima gegenüber der Jugend sowie als „Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen“ werden.

Wiederholte Jugendkriminalität ist immer ein deutlicher Anzeiger für einen erhöhten Bedarf an Förderung und Unterstützung; auch in Rheinland-Pfalz gibt es eine zwar kleine, aber deutlich erkennbare Gruppe junger Tatverdächtiger, oft als sogenannte Intensivtäter oder auch einfach „schwierige Kinder“ bezeichnet. Diese kleine Gruppe junger Menschen ist für einen Großteil vor allem der gravierenden Straftaten verantwortlich. Einerseits fallen diese jungen Menschen wiederholt durch die Häufigkeit und Intensität ihrer Straftaten auf, andererseits erweisen sich die vorhandenen Angebote und Maßnahmen der Unterstützung und Förderung z. B. durch die Jugendhilfe als unzureichend für sie. Ursachen und Hintergründe delinquenten Verhaltens sind in sozialstrukturellen Veränderungen, familiären Verhältnissen, Ausgrenzungen und sozialer Benachteiligung zu erklären – nicht zu entschuldigen.

Kernaufgabe der Kriminalprävention von Land und Kommunen ist es daher, sowohl die Verursachung individueller und sozialer Beeinträchtigung und Verletzung junger Menschen frühzeitig zu erkennen und durch rechtzeitige Hilfen zu kompensieren als auch auf kriminelles Handeln eindeutig und angemessen zu reagieren. Nur so kann Bürgerinnen und Bürgern wie jungen Menschen gleichermaßen vermittelt werden, dass ernste Probleme auch ernsthaft gesehen und angegangen werden. Dabei geht es immer um eine schwierige Balance: die Einsicht in die individuellen und sozialen Verletzungen von Menschen als eine wesentliche Verursachung von Kriminalität zu begreifen und entsprechend zu handeln auf der einen Seite und auf der anderen Seite die verbindliche Sicherung der Regeln und der Unversehrtheit aller Menschen in einem Gemeinwesen zuverlässig zu gestalten. Eine integrierte und integrative „Sicherheitspolitik“ ist daher gefragt, die als Leitmotiv kommunaler Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens „da ist“. Wesentliche Bedingung für das Gelingen solcher umfassenden Strategien ist zum einen eine aufgeklärte politische Kultur, in der die skizzierte Balance von Verständnis und Konsequenz immer wieder ernsthaft versucht wird und nicht den meist nur kurzfristigen Effekten einer populistischen Sicherheitskampagne zum Opfer fällt. Auf der anderen Seite sind die professionellen Systeme vor allem der Bildung und Jugendhilfe sowie der Polizei und Justiz gefragt, über ihre jeweiligen Spezialaufträge und Zuständigkeiten hinaus zu einer sachbezogenen Kooperation im Gemeinwesen zu finden (vgl. hierzu grundsätzlich Pies/Schrapper 2003; mit Bezug auf Rheinland-Pfalz Schrader/Schrapper 2007).

Hierzu konnte an dieser Stelle über eine Vielzahl von Aktivitäten und Anstrengungen im Land berichtet werden, diese Herausforderungen ernsthaft wahrzunehmen und konstruktiv aufzugreifen. Andererseits erscheinen gerade für die Zusammenarbeit der beteiligten Arbeitsfelder in Justiz und Polizei sowie Jugendhilfe und Bildung weitere Verbesserungen möglich. Ein flächendeckender Aufbau von Häusern des Jugendrechts, eine

fachliche und personelle Stärkung der Aufgaben der Mitwirkung der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren (Jugendgerichtshilfe) sowie eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Justiz zur Entwicklung eines tragfähigen pädagogischen Angebots zur Vermeidung der

U-Haft von Jugendlichen sind hierfür die Aufgaben. Unabhängig davon ist die Justiz gefordert auch in ihrem Zuständigkeitsbereich pädagogisch verantwortbare Angebote für die Gestaltung der U-Haft zu entwickeln.

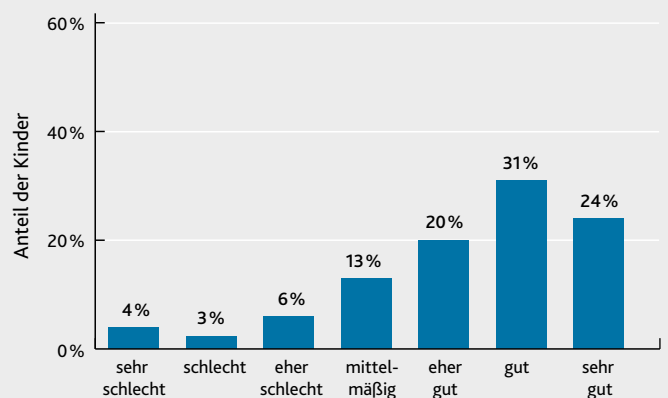
3.3 Schule

Der Erwerb von Schulabschlüssen ist eine zentrale, wenn nicht die wesentliche Erwartung an Kinder und Jugendliche, dies gilt für ihre Familien ebenso wie für die Gesellschaft. Der wichtigste Ort für den Erwerb solcher Abschlüsse ist die Schule; hier sollen jungen Menschen wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten – modern: Kompetenzen –, aber auch bedeutsame Haltungen vermittelt werden. In der Schule werden Optionen für ein „erfolgreiches Leben“, also vor allem für Ausbildung und Beruf eröffnet oder verschlossen, die Schule ist aber auch der wichtigste öffentliche Erfahrungsraum der meisten Kinder und Jugendlichen für mindestens 10 Jahre ihres Lebens – und der Großteil der Kinder und Jugendlichen fühlt sich in der Schule sehr wohl oder „eher wohl“ (siehe Abb. 102).

Das Wohlbefinden in der Schule wird – bundesweit – mit zunehmendem Alter schlechter eingeschätzt. Diese Entwicklung vollzieht sich vor allem zwischen der fünften und der sechsten Klasse (LBS-Initiative Junge Familie 2007b, S. 37).⁹¹

Und auch wenn inzwischen vielfach thematisiert wird, dass Bildung als ein „umfassender Prozess der Entwicklung einer Persönlichkeit in der Auseinandersetzung mit sich und der Umwelt“ zu verstehen ist – so exemplarisch definiert im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2006a, S. 25) –, dass Bildung also weit

Abb. 102: Das Wohlbefinden in der Schule



Quelle: LBS-Initiative Junge Familie 2007b, S. 37

mehr ist als Schulbildung, so bleibt die Schule doch unangefochten die zentrale Bildungsinstanz im Kindes- und Jugendalter.

Das Kapitel über „die“ Schule im ersten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz kann und will nicht die Funktion einer umfassenden Bildungsberichterstattung erfüllen, dies wird an anderer Stelle bearbeitet (vgl. bspw. Honig u. a. 2007). Im Mittelpunkt stehen in diesem Bericht vielmehr die schulischen Bildungsanstrengungen junger Menschen selbst, deren Ziel und Fixpunkt – nicht deren einziger Ertrag – ein erfolgreicher Schulabschluss ist.

⁹¹ Das Wohlbefinden in der Schule ist bei Kindern der unterschiedlichen Bundesländer, beider Geschlechter und mit bzw. ohne Migrationshintergrund sowie arbeitslosen bzw. nichtarbeitslosen Eltern identisch.

Kein Schulabschluss ohne Schullaufbahn – und jede Schullaufbahn beginnt mit der Einschulung; damit sind auch schon die zentralen Gegenstände des Zugangs zum Aufgabenfeld Schule in diesem Bericht skizziert, Daten und Informationen:

- zum Schuleingang von Mädchen und Jungen in Rheinland-Pfalz;
- zu den Übergängen in weiterführenden Schulen, i. d. R. nach dem 4. Schuljahr;
- zu erreichten und nicht erreichten Schulabschlüssen.

Darüber hinaus wird über besondere schulische Förderungen berichtet:

- über die Förderschulen und
- über Schulsozialarbeit.

Abschließend wird in diesem Kapitel berichtet:

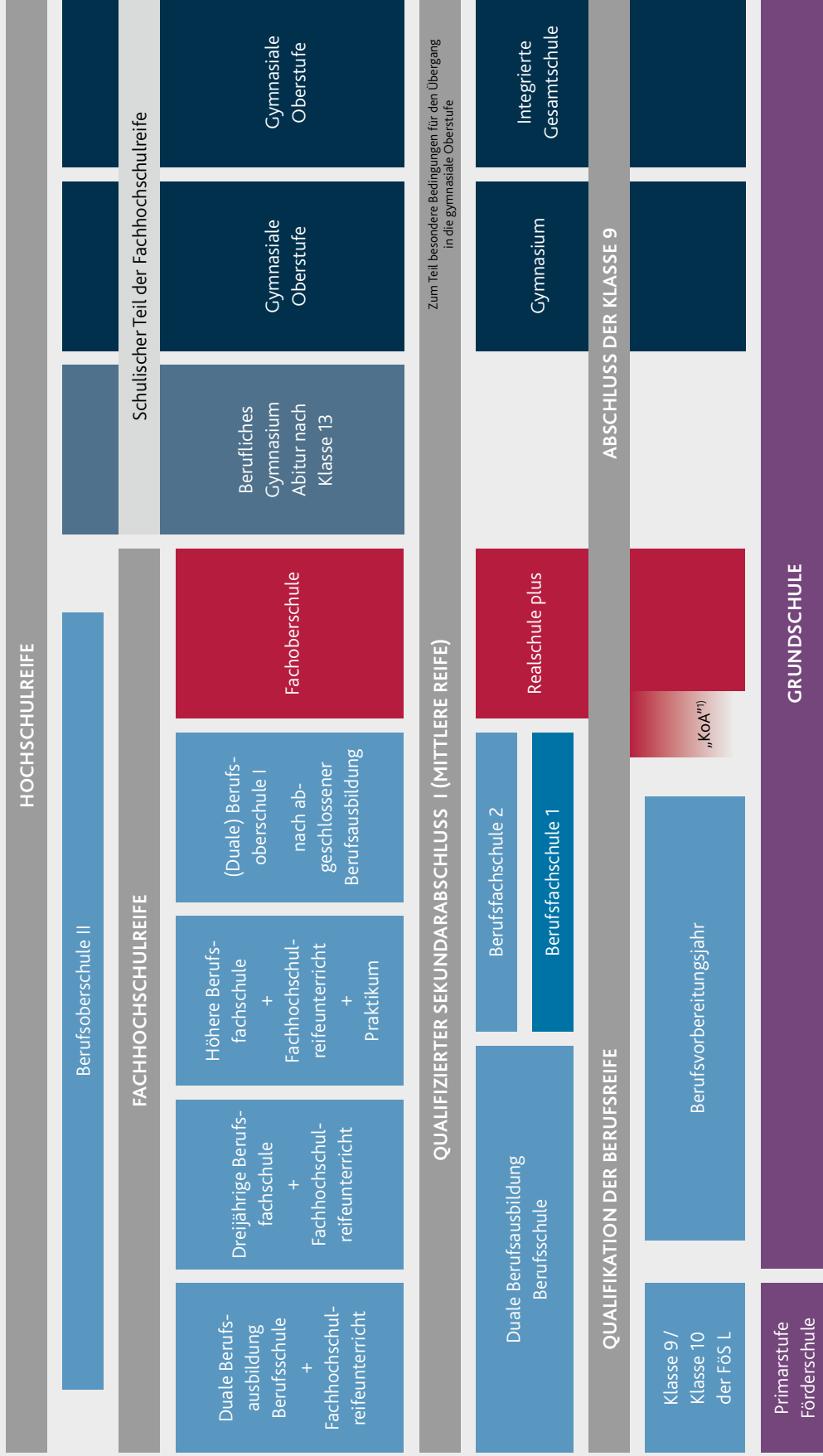
- über die i. d. R. unmittelbar an die Schule anschließenden Ausbildungsverhältnisse junger Menschen in Rheinland-Pfalz sowie
- über aktuelle Zahlen zur prognostizierten Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Regionen des Landes.

Die grundsätzliche Struktur⁹² möglicher Schullaufbahnen und Bildungswege mit den unterschiedlichen Schularten und -formen in Rheinland-Pfalz zeigt Abb. 103. Hier wird aber nicht über Ausstattung, Konzeption oder Leistungen der verschiedenen Schulformen berichtet, sondern über verfügbare Daten zu den Schullaufbahnen junger Menschen. Wie Kindern und Jugendlichen der Weg durch die Schule gelingt, ist von vielen Faktoren ihrer familiären und sozialen Herkunft, ihrer aktuellen Lebenssituation oder besonderen Begabungen und Belastungen abhängig. Von besonderem Interesse wäre daher, inwieweit es dem Bildungssystem gelingt, sich auf Veränderungen im Lebenslauf junger Menschen flexibel einzustellen. Anhand verfügbarer Daten kann dies derzeit nur für die Schülerinnen und Schüler beantwortet werden, die in Förderschulen betreut werden oder

ihre Schullaufbahn ohne Schulabschluss beenden und vorher verschiedene Schulen besucht haben. Auskünfte darüber, wie viele junge Menschen während der Schulzeit in andere Schulen mit höheren Bildungsabschlüssen gewechselt haben oder Abschlüsse nachholen konnten, sind nicht möglich.

⁹² Die abgebildete Struktur wird endgültig im Jahr 2013 Gesetzkraft haben und wird bis dahin auf freiwilliger Basis von den Schulträgern aufgebaut.

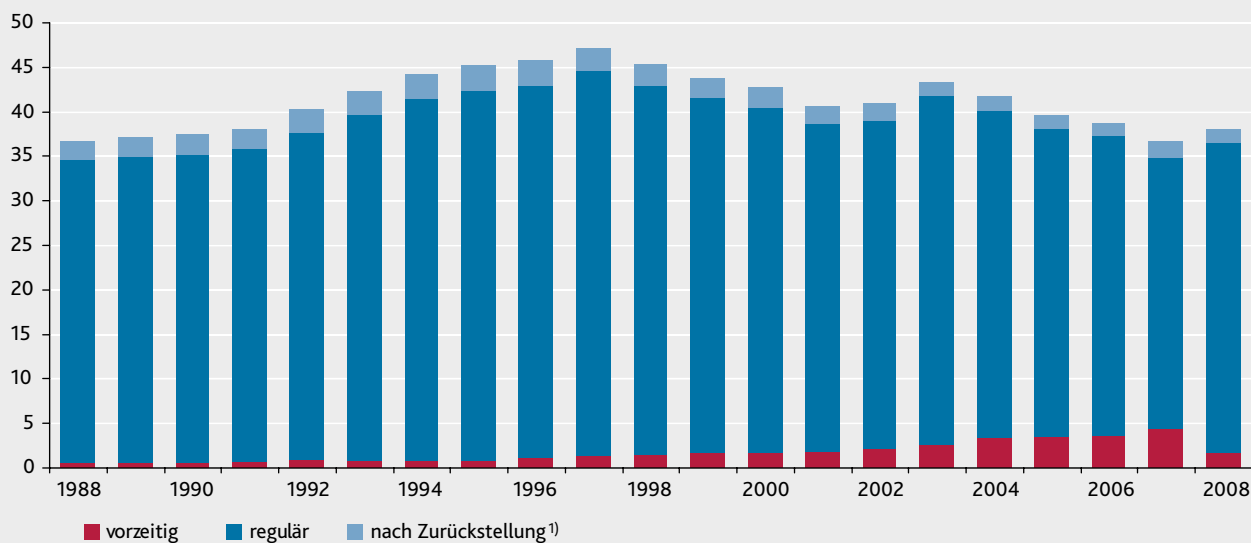
Abb. 103: Das neue rheinland-pfälzische Schulsystem



Quelle: MBWJK

1) Projekt „Keine/r ohne Abschluss“ (nur an einzelnen Realschulen plus)

Abb. 104: Einschulungen an Grundschulen 1988 bis 2008 in 1.000



Quelle: Statistisches Landesamt 2009ag, S. 2

¹⁾ Ohne Kinder, die wiederholt eingeschult werden.

3.3.1 Schuleingänge

Im Hinblick auf den Start in die Schule kann neben der Entwicklung der Anzahl eingeschulter Kinder vor allem über die Art der Einschulung und der ersten Schulform sowie über Befunde aus den Einschulungsuntersuchungen berichtet werden.

Zunächst zur Entwicklung der Anzahl der Kinder, die in Rheinland-Pfalz in den vergangenen 20 Jahren eingeschult wurden (siehe Abbildung 104).

Insbesondere seit 2003 gehen die Einschulungen zurück, auch der Höchststand im Jahr 1997 wurde nicht mehr erreicht. Dies ist insbesondere auf die sinkenden Geburtenzahlen zurückzuführen. Der Anstieg (3,9%) im Schuljahr 2008/09 begründet sich vor allem durch Verlegung des Stichtags.⁹³

Auffallend ist allerdings, dass bis 2007 die vorzeitigen Einschulungen kontinuierlich zugenommen haben, wie auch Tabelle 22 noch differenzierter zeigt.

Lag im Jahr 2007 der Anteil vorzeitig eingeschulter Schulanfängerinnen und -anfänger bei nahezu 12%, ist er im Jahr 2008 auf 4,6% zurückgegangen. Dieser Rückgang ist ebenfalls auf die Verlegung des Einschulungsstichtags zurückzuführen. Der Anteil verspäteter und wiederholt eingeschulter Kinder hingegen schwankt über die Jahre – so ist im Jahr 2008 hier der niedrigste Wert (absolut und in %) seit 1998 festzustellen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch im Hinblick auf das Geschlecht und nach Migrationshintergrund. Während Mädchen eher vorzeitig statt verspätet eingeschult wurden, verhält es sich bei den Jungen genau umgekehrt. Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden hingegen mit einem Anteilswert von 7,4% überdurchschnittlich verspätet und unterdurchschnittlich vorzeitig eingeschult (siehe Tabelle 23).

Die Zahl der Kinder in Schulkindergärten gibt Aufschluss darüber, wie viele Kinder im Schuljahr 2008/09 betreut werden, die „vorübergehend vom Schulbesuch zurückgestellt sind“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 341).

⁹³ „2008 erfolgte (eine) Verlegung des Einschulungsstichtages vom 30. Juni auf den 31. August“ (Statistisches Landesamt 2008ag, S. 2).

Tabelle 22: Schulanfängerinnen und -anfänger 1998 bis 2008 nach Einschulungsart und Schulart

Ein- schulungs- jahr	Insgesamt	Grundschulen							Freie Waldorf- schulen	Förder- schulen
		Insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹⁾			
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		
1998	47.039	45.952	1.539	3,3	41.405	90,1	3.008	6,5	169	918
1999	45.576	44.509	1.720	3,9	39.905	89,7	2.884	6,5	168	899
2000	44.498	43.449	1.650	3,8	38.854	89,4	2.945	6,8	149	900
2001	42.273	41.241	1.822	4,4	36.822	89,3	2.597	6,3	160	872
2002	42.537	41.520	2.160	5,2	36.819	88,7	2.541	6,1	164	853
2003	44.943	43.875	2.656	6,1	39.109	89,1	2.110	4,8	158	910
2004	43.573	42.408	3.374	8,0	36.760	86,7	2.274	5,4	149	1.016
2005	41.253	40.130	3.523	8,8	34.544	86,1	2.063	5,1	166	957
2006	40.275	39.189	3.571	9,1	33.746	86,1	1.872	4,8	163	923
2007	38.336	37.222	4.409	11,8	30.380	81,6	2.433	6,5	170	944
2008	39.524	38.350	1.746	4,6	34.825	90,8	1.779	4,6	165	1.009

¹⁾ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 343

Tabelle 23: Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 2008 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungs- art	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	34.825	90,8	16.744	90,9	18.081	90,1	5.499	89,8
Verspätet ¹⁾	1.779	4,6	640	3,5	1.139	5,7	450	7,4
Vorzeitig	1.746	4,6	1.076	5,8	670	3,4	172	2,8
Insgesamt	38.350	100	18.460	100	19.890	100	6.121	100

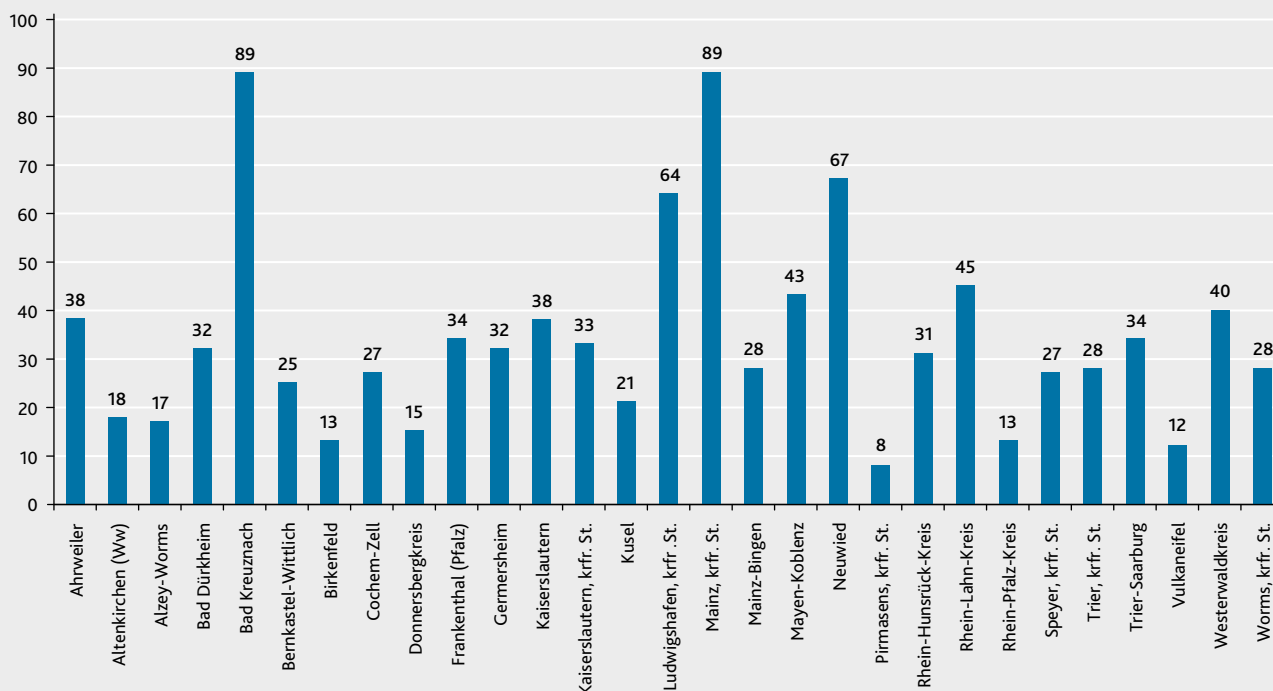
¹⁾ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 343

In Abb. 105 werden die im Schuljahr 2008/09 insgesamt 989 in Schulkindergärten betreuten Kinder nach den Standorten dieser Einrichtungen aufgeführt. Insbesondere im Verhältnis der kreisfreien Städte zu den umgebenden Landkreisen kann es daher zu Verzerrungen kommen. Allerdings weisen die Daten auch dann noch auf erhebliche Unterschiede in den Kommunen hin. Einschränkend muss allerdings angemerkt wer-

den, dass Schulkindergärten kein grundständiges Angebot sind und die Zahl der Einrichtungen zurückgeht. Der Schulkindergarten hat einen speziellen Förderauftrag, der einen guten Start ermöglichen soll. Die rückläufige Zahl der Einrichtungen über Jahre zeigt aber, dass dies der Schule (und der Kita) selbst mit ihrem veränderten Förderauftrag zunehmend besser gelingt.

Abb. 105: Kinder in Schulkindergärten im Schuljahr 2008/09



Quelle: Eigenabruf aus dem LIS des Statistischen Landesamtes

Im Folgenden wird der Blick auf die landesweit dokumentierten Schuleingangsuntersuchungen gelenkt: Diese geben Hinweise darauf, wie „gesund“ Kinder in die Schule kommen (MASGFF 2008a).⁹⁴ Berichtet werden können aus diesem umfangreichen Material nur einige ausgewählte Befunde, so zu übergewichtigen Kindern (landesweit 10,9%) sowie zu Kindern mit Auffälligkeiten in der Sprache (12,6%); dies sind auch mit Abstand die am häufigsten festgestellten Auffälligkeiten.⁹⁵

⁹⁴ Vgl. hierzu auch das Kapitel 3.1 Gesundheit des vorliegenden Berichts.

⁹⁵ Der höchste Anteilswert ist mit 19,2% in Bezug auf das Sehen festzustellen, hierin enthalten sind allerdings auch die Kinder, welche zum Untersuchungszeitpunkt bereits eine Brille tragen. Der Anteilswert wird hier nicht weiterführend betrachtet (vgl. ausführlicher dazu MASGFF 2008a, S. 82 f.).

Die Grafiken in Abb. 106 verdeutlichen die auffälligen regionalen Unterschiede dieser Befunde:

- Der Anteil übergewichtiger Kinder liegt in Frankenthal bei 20,4% – d. h. jedes fünfte eingeschulte Kind ist übergewichtig –, während der Wert in Trier-Saarburg lediglich 6% (nahezu jedes 17.) beträgt (MASGFF 2008a, S. 63).
- Ein Zusammenhang zeigt sich ebenfalls zwischen Übergewicht und der Empfehlung zum Sportunterricht. Sie ist aber auch abhängig von Geschlecht und Bildungsstatus der Eltern: „Jungen und übergewichtige Kinder von Eltern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen wurden signifikant häufiger zum Sportförderunterricht geschickt“ (MASGFF 2008a, S. 98). Die Empfehlungen zeigen regional betrachtet ebenfalls deutliche Unterschiede: Im Landkreis Kusel wurden mit 59,1% mit Abstand die häufigsten Empfehlungen zum Sportunterricht gegeben. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich beträgt der Anteilswert 4,8%. Der Durchschnittswert für

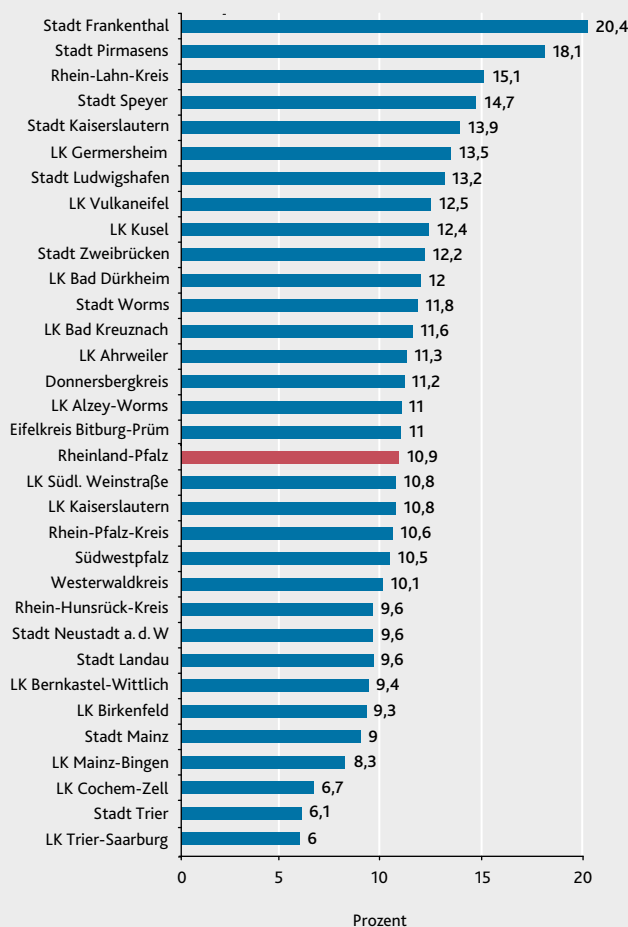
Rheinland-Pfalz beträgt hier 20,6 % (MASGFF 2008a, S. 98).

- Der Anteil auffälliger Befunde im Bereich Sprache variiert innerhalb der Regionen noch deutlicher: In Neustadt ist mit einem Anteilswert von 27,7 % jedes 3. bis 4. Kind betroffen, während Birkenfeld einen Wert von 5,3 % aufweist. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in der Statistik nicht zwischen „eingeschränkten Deutschkenntnissen und körperlichen Befunden“ unterschieden wird, obwohl dies bei der „Beurteilung der Auffälligkeiten der Sprache sinnvollerweise unterschieden werden“ sollte (MASGFF 2008a, S. 85).

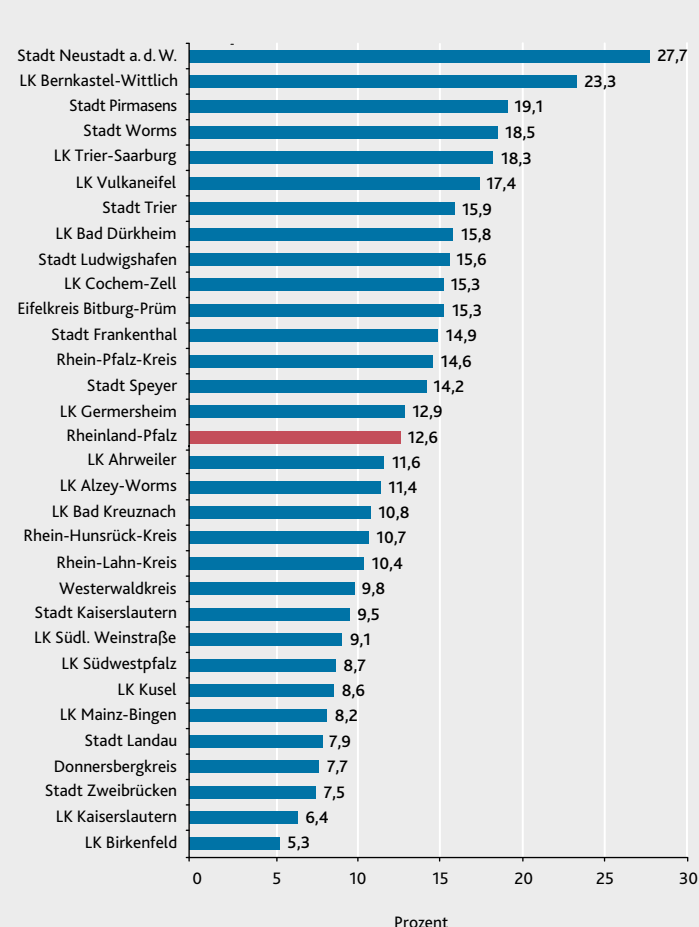
- Mit Blick auf die Empfehlungen zur Sprachförderung zeigt sich ebenfalls eine erhebliche Spannweite: von 1,2 % im Eifelkreis Bitburg-Prüm bis hin zu 24 % in Kusel, der Landesdurchschnitt liegt bei 6,8 % (MASGFF 2008a, S. 102). Auch hier wird wieder ein Zusammenhang zum Geschlecht der Kinder und dem Bildungsstatus der Eltern deutlich: „Wiederum sind Jungen und Kinder von Eltern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen häufiger betroffen“ (MASGFF 2008a, S. 98).

Abb. 106: Anteil übergewichtiger Kinder nach Regionen und auffälliger Befunde im Bereich Sprache

Anteil übergewichtiger Kinder nach Region (N = 34.891)



Sprache: Anteil auffälliger Befunde (N = 35.301)



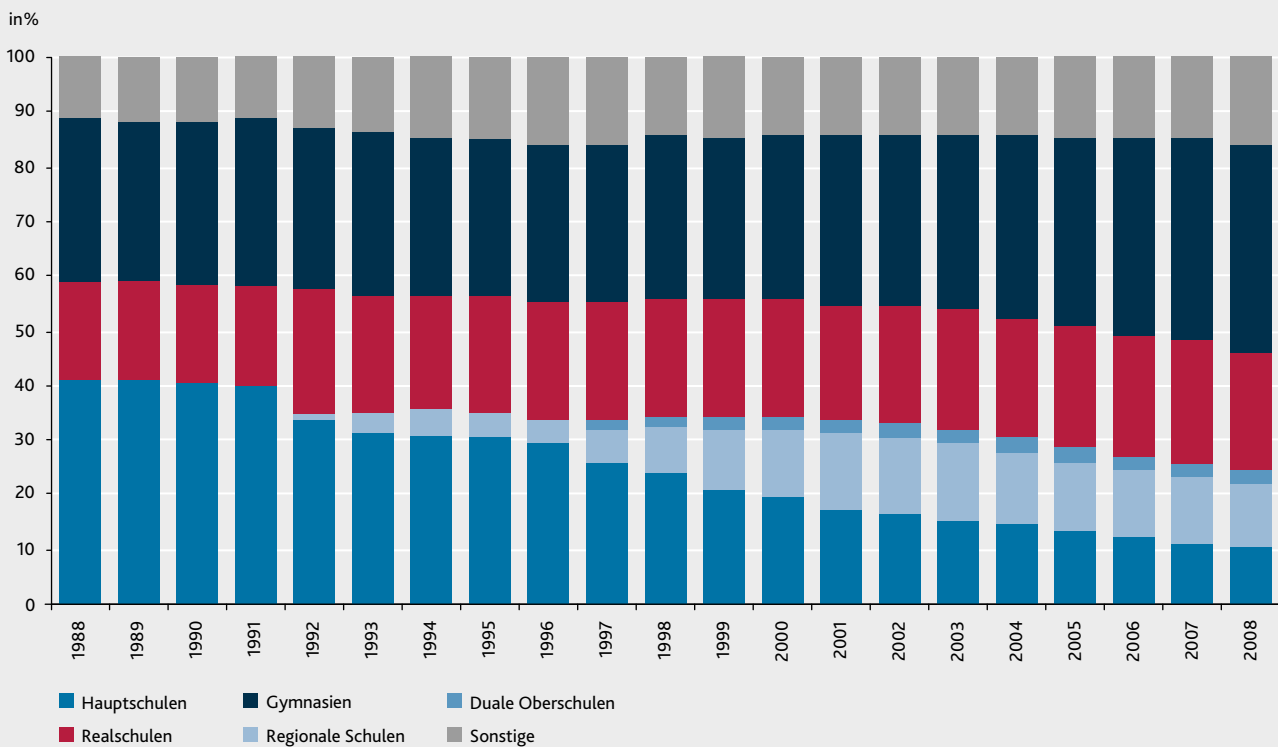
Quelle: MASGFF 2008a, S. 63 & S. 86

Bereits der Start in die Schullaufbahn gelingt Kindern auch in Rheinland-Pfalz deutlich unterschiedlich. Spätestens seit den PISA-Studien der OECD ist bekannt, wie folgenreich familiäre und soziale Differenzen für den weiteren Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen sein können (PISA-Konsortium Deutschland 2003, S. 362 f., Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, insb. S. 37 f. sowie u. a. Landtag Rheinland-Pfalz 2002). Wie deutlich solche unterschiedlichen Startchancen in Rheinland-Pfalz auch regional ausgeprägt sind, dafür sind die hier berichteten Daten ein ernst zu nehmender Hinweis, auch wenn Grundlagen und Zählweise kritisch hinterfragt werden können. Eine der Herausforderungen der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz wird es daher auch sein, mit solchen regionalen Unterschieden angemessen umzugehen.

3.3.2 Schulübergänge

Nach dem Schuleingang ist der Übergang von der Grundschule in die verschiedenen weiterführenden Schulen die nächste entscheidende Weichenstellung in der weiteren Schullaufbahn: „37,7 % der Grundschüler wechselten im Jahr 2008 zu einem Gymnasium. Damit ist das Gymnasium die beliebteste Schulart. Mit knapp 22 % folgt die Realschule. Immer weniger Schülerinnen und Schüler wechselten zu den Hauptschulen (10,5 %). Auch die Übergangszahlen zu den Regionalen Schulen und den Dualen Oberschulen sind in den vergangenen Jahren merklich gesunken. Diese beiden ‚neuen‘ Schulformen wurden in den vergangenen Jahren zunehmend an einstigen Hauptschulstandorten geschaffen“ (Statistisches Landesamt 2009ai, S. 81). Sie fangen den Schülerückgang an Hauptschulen somit nicht auf (Statistisches Landesamt 2009ag, S. 5).

Abb. 107: Übergangsquoten von der Grundschule in weiterführende Schulen 1988 bis 2008 (ohne Förderschulen)



Quelle: Statistisches Landesamt 2009ai, S. 81

Insgesamt sind Zuwächse für die Schularten zu verzeichnen, die zu höheren Schulabschlüssen führen, sowie – zwangsläufig spiegelbildlich – erhebliche Rückgänge in der Wahl der Hauptschule als weiterführende Schulform (ebd.).

Die Übergangentscheidungen sind nicht frei von unterschiedlichen Einschätzungen; zwischen Empfehlungen und tatsächlichem Verhalten zeigen sich Differenzen. Im Jahr 2008 entfielen nahezu „30 % aller Empfehlungen auf die Hauptschule, 32,5 % auf die Realschule und knapp 37 % auf das Gymnasium“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 342). Da diese drei Bildungsgänge jedoch jeweils an unterschiedlichen weiterführenden Schulformen besucht werden können, zeigt Tabelle 24 die differenzierten Empfehlungen.

Die geringste Abweichung zwischen der Empfehlung am Ende der Grundschulzeit und der tatsächlichen Schulwahl einer weiterführenden Schule zeigt sich mit Blick auf das **Gymnasium**: 87,1 % der Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Empfehlung besuchten das Gymnasium. Mit 6 % der Schülerinnen und Schüler wechselte hier der zweitgrößte prozentuale Anteil auf die Schulartübergreifende Orientierungsstufe.

Schülerinnen und Schüler mit **Hauptschulempfehlung** wechselten zu 34,3 % auf eine Hauptschule, gefolgt von der Schulwahl Regionale Schule mit 28,9 %. Die Schulwahl Gymnasium fällt bei Schülerinnen und Schülern mit Hauptschulempfehlungen mit 0,9 % (111 absolut) relativ niedrig aus. Einer Hauptschulempfehlung folgen damit Eltern, Schülerinnen und Schüler deutlich seltener als anderen Schullaufbahneempfehlungen.

Mit Blick auf die **Realschulempfehlungen** besuchen 20,1 % der Schülerinnen und Schüler das Gymnasium; 51,3 % besuchten die empfohlene Realschule. Ebenfalls hohe Werte zeigen sich für die Integrierte Gesamtschule mit 8,3 %.

Insgesamt wird deutlich, dass die tatsächliche Schulwahl eher in Bezug auf andere Schulformen oder die nächsthöhere Schulform von den Empfehlungen abweicht. Dies lässt die Vermutung zu, dass der Übergang innerhalb der klassischen Schulformen – bspw. von Hauptschule zu Realschule oder von Realschule zu Gymnasium – schwieriger eingeschätzt wird als in den neueren Schulformen wie Regionale Schule oder Integrierte Gesamtschule. Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass das Verhalten in hohem Maße von dem Angebot in Wohnortnähe bestimmt wird.

Tabelle 24: Grundschulempfehlungen und tatsächliche Schulwahl im Jahr 2008

tatsächl. Schulwahl \ Grundschul-empf.	Insgesamt		Hauptschule		Realschule		Gymnasium		Keine	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hauptschule	4.417	10,8	4.206	34,3	126	0,9	11	0,1	74	25,2
Realschule	9.368	22,8	2.105	17,2	6.836	51,3	427	2,8	–	–
Gymnasium	15.978	38,9	111	0,9	2.672	20,1	13.195	87,1	–	–
Schulartübergreifende Orientierungsstufe	2.396	5,8	379	3,1	1.104	8,3	913	6,0	–	–
Integrierte Gesamtschule	3.133	7,6	1.095	8,9	1.476	11,1	541	3,6	21	7,1
Regionale Schule	4.564	11,1	3.551	28,9	957	7,2	39	0,3	17	5,8
Duale Oberschule	923	2,2	764	6,2	134	1,0	13	0,1	12	4,1
Sonstige	245	0,6	60	0,5	13	0,1	2	0,0	170	57,8
Insgesamt	41.024	100	12.271	100	13.318	100	15.141	100	294	100

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 344

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls auf die neueste Schulform in Rheinland-Pfalz, die Realschule plus, hinzuweisen. Sie bietet sowohl den Haupt- als auch den Realschulbildungsgang an. Eigenständige Hauptschulen soll es „ab dem Schuljahr 2013/14 nicht mehr geben. Diese Entscheidung ist Reaktion darauf, dass die Hauptschulen in den vergangenen Jahren stark an Akzeptanz verloren haben. Zudem soll die Schulstrukturreform dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde auch die Möglichkeit geschaffen, einer Realschule plus bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Fachoberschule anzugliedern. Diese führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 345). Zum Schuljahr 2009/10 gingen bereits 122 Realschulen plus an den Start.⁹⁶

⁹⁶ http://www.realschuleplus.rlp.de/no_cache/einzelansicht_2818/archive/2009/september/article/deubel-prognose-liegt-im-erwarteten-bereich

Wie deutlich die Schülerzahlen an Gymnasien zu- und in Hauptschulen abgenommen haben, zeigt Abb. 108.

Die tatsächliche Schulwahl der Grundschulabsolventinnen und -absolventen kann auch regional differenziert abgebildet werden und verdeutlicht die wiederum erheblichen regionalen Unterschiede innerhalb von Rheinland-Pfalz. Diese Differenzen sind allerdings in Bezug auf die schulartübergreifende Orientierungsstufe, die Integrierte Gesamtschule und die Duale Oberschule davon abhängig, ob entsprechende Schulen in Wohnortnähe (bereits) eingerichtet sind.

Abb. 108: Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I
Entwicklung nach ausgewählten Schularten

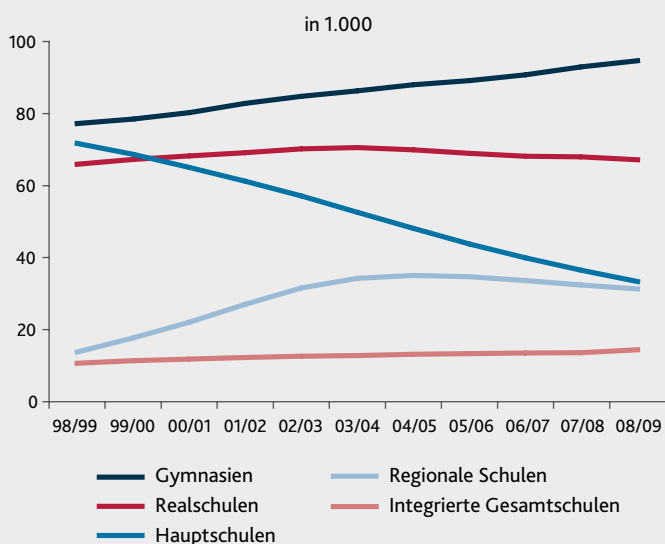
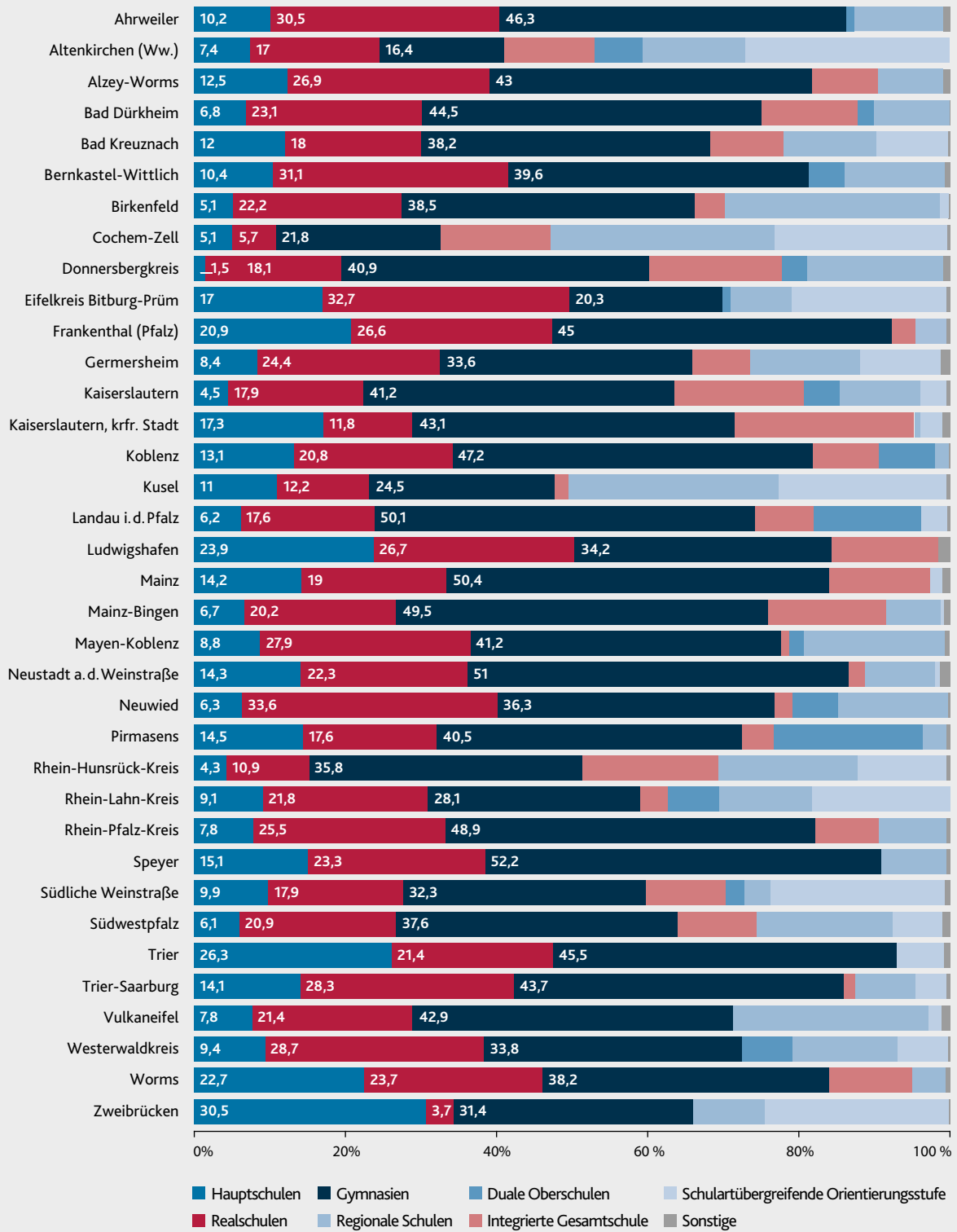


Abb. 109: Schulwahl der Grundschulabsolventinnen und -absolventen 2008 nach Regionen zu weiterführenden Schulen im Schuljahr 2008/09, Anteile in %



Quelle: Statistisches Landesamt (http://www.statistik.rlp.de/bil/tabellen/schulwahl_anteile.html)

Nach dem Übergang in eine weiterführende Schule sind die erfolgreichen Versetzungen in die nächste Jahrgangsstufe die bedeutsamen Stufen der Schullaufbahn jedes Kindes und Jugendlichen.

Abb. 110 verdeutlicht die Entwicklung der Nichtversetzungen. Die Nichtversetztenquote ist in allen Schularten rückläufig. Die Zahl der Nichtversetzten in Realschulen ist insbesondere seit dem Schuljahr 2004/05 deutlich zurückgegangen. Die Nichtversetzungen in Integrierten Gesamtschulen hingegen sind seit dem Schuljahr 2004/05 gestiegen.

Diese insgesamt rückläufige Entwicklung der Nichtversetzungen kann auf gezielte individuelle Fördermaßnahmen zurückgeführt werden sowie auf „die bereits 1998/99 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 346).

Der Blick auf Geschlecht und Migrationserfahrung verdeutlicht jedoch wiederum die schon bekannten Unterschiede: Mädchen und Kinder ohne Migrationshintergrund sind erfolgreicher als Jungen und Kinder mit Migrationshintergrund: Während sich in der Sekundarstufe II mit 2,8 % der größte Anteil der Nichtversetzten zeigt, ist er für die Schülerinnen mit 2,3 % deutlich geringer als bei den Schülern (3,5 %) und den jungen Menschen mit Migrationshintergrund (5,7 %) (siehe Tabelle 25).

Abb. 110: Nichtversetztenquote¹⁾ an ausgewählten Schularten – Entwicklung

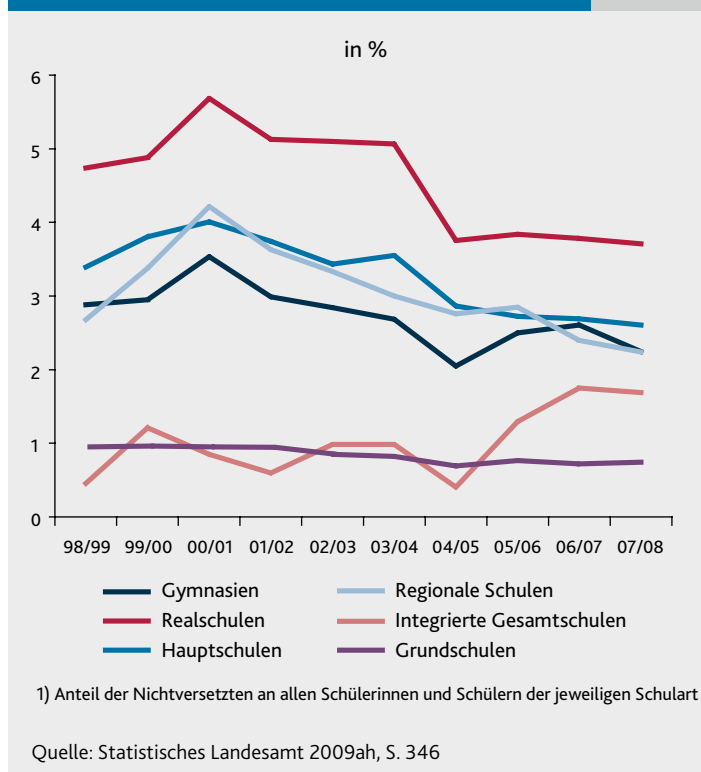


Tabelle 25: Nichtversetzte im Schuljahr 2007/08 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe	1.186	0,7	547	0,7	639	0,8	418	1,7
Sekundarstufe I	6.422	2,5	2.567	2,0	3.855	2,9	1.082	3,6
Sekundarstufe II ²⁾	1.300	2,8	588	2,3	712	3,5	178	5,7
Insgesamt	8.908	1,9	3.702	1,6	5.206	2,2	1.678	2,9

¹⁾ Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulstufe.

²⁾ Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 347

3.3.3 Schulabschlüsse

Der erreichte Schulabschluss entscheidet wesentlich über die weiteren Chancen zu einer qualifizierten Ausbildung, z. B. in Berufsausbildung und Studium. 39,5% der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz verlassen die Schule im Jahr 2008 mit qualifiziertem Sekundarabschluss I, gefolgt von 27,2% mit der Allgemeinen Hochschulreife. Nahezu ein Viertel der Schülerinnen und Schüler verlässt die Schule mit Hauptschulabschluss (Abschluss der Berufsreife), wohingegen 7,1% (3.342 absolut) ohne Hauptschulabschluss die Schule beenden; nach Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ist dieser Anteil 2009 auf 6,7% gesunken.

Mit Blick auf das Geschlecht zeigen sich für die Schulabgängerinnen eher überdurchschnittliche Werte in Bezug auf „höhere Abschlüsse“. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind hingegen ohne (13%) und mit Hauptschulabschluss über-, mit Allgemeiner Hochschulreife deutlich unterrepräsentiert.

Auch für die erreichten Schulabschlüsse lassen sich in Rheinland-Pfalz erhebliche regionale Unterschiede zwischen den Städten und Landkreisen des Landes zeigen (siehe Abb. 111).

Gerade im Hinblick auf die Lebenschancen junger Menschen ist ein Verlassen der Schule ohne Schulabschluss von erheblicher Bedeutung: In Ludwigshafen waren dies am Ende des Schuljahres 2007/08 immerhin 12% der Schülerinnen und Schüler, im Landkreis Ahrweiler oder Mainz lediglich 4%. Insbesondere bei den Quoten der höheren Schulabschlüsse ist zu berücksichtigen, dass hier die Schulstandorte ausgewertet werden, nicht die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler.⁹⁷

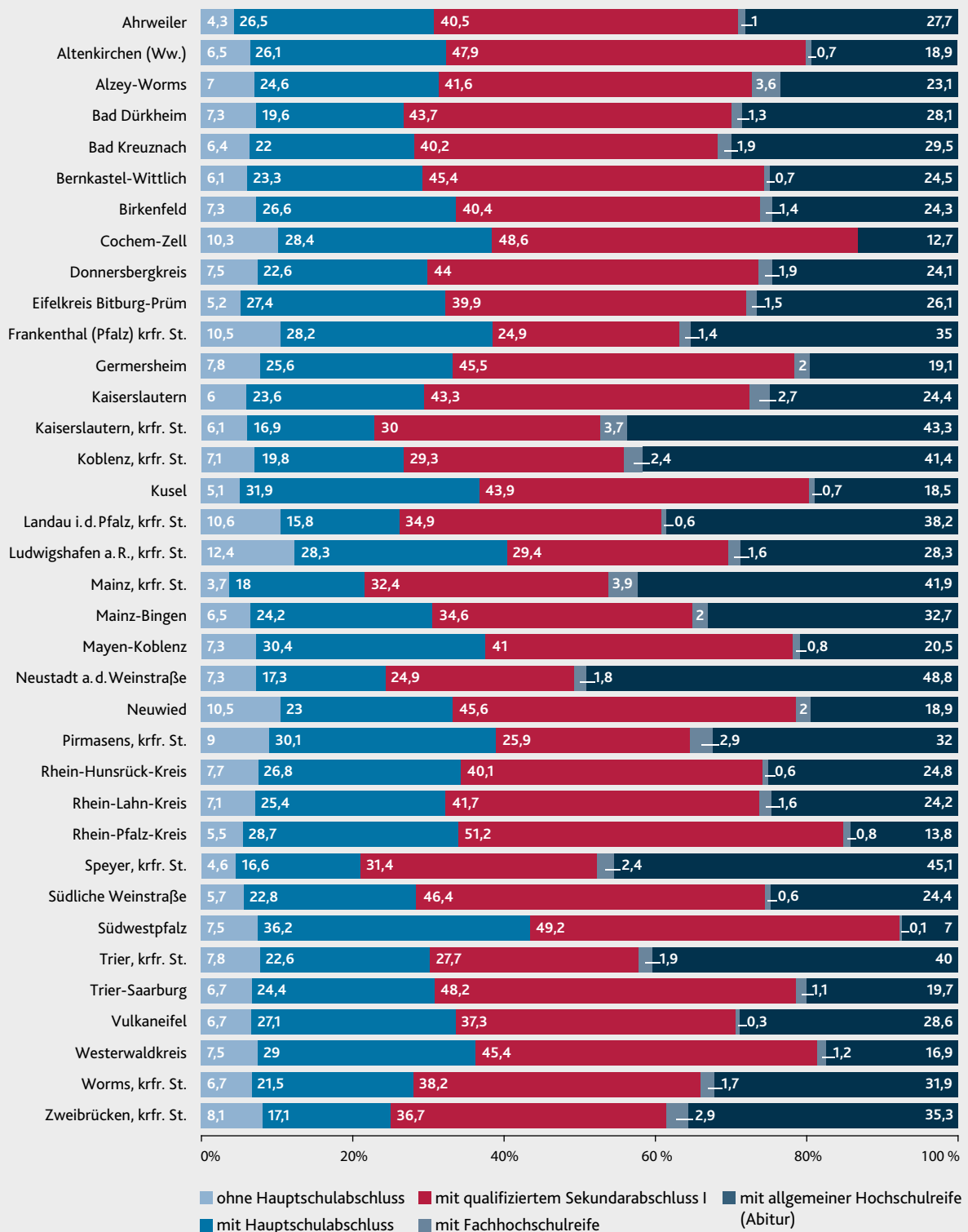
⁹⁷ So kommt es bspw. in der Südwestpfalz zu niedrigeren Werten, da die Schülerinnen und Schüler die Gymnasien in Pirmasens und Zweibrücken besuchen.

Tabelle 26: Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschluss	Insgesamt		Abgängerinnen		Abgänger		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹⁾	3.342	7,1	1.322	5,7	2.020	8,5	755	13,0
Hauptschulabschluss	11.405	24,4	4.714	20,5	6.691	28,2	2.174	37,5
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18.484	39,5	9.348	40,6	9.136	38,5	1.944	33,5
Fachhochschulreife	782	1,7	413	1,8	369	1,6	124	2,1
Allg. Hochschulreife	12.731	27,2	7.241	31,4	5.490	23,2	807	13,9
Insgesamt	46.744	100	23.038	100	23.706	100	5.804	100

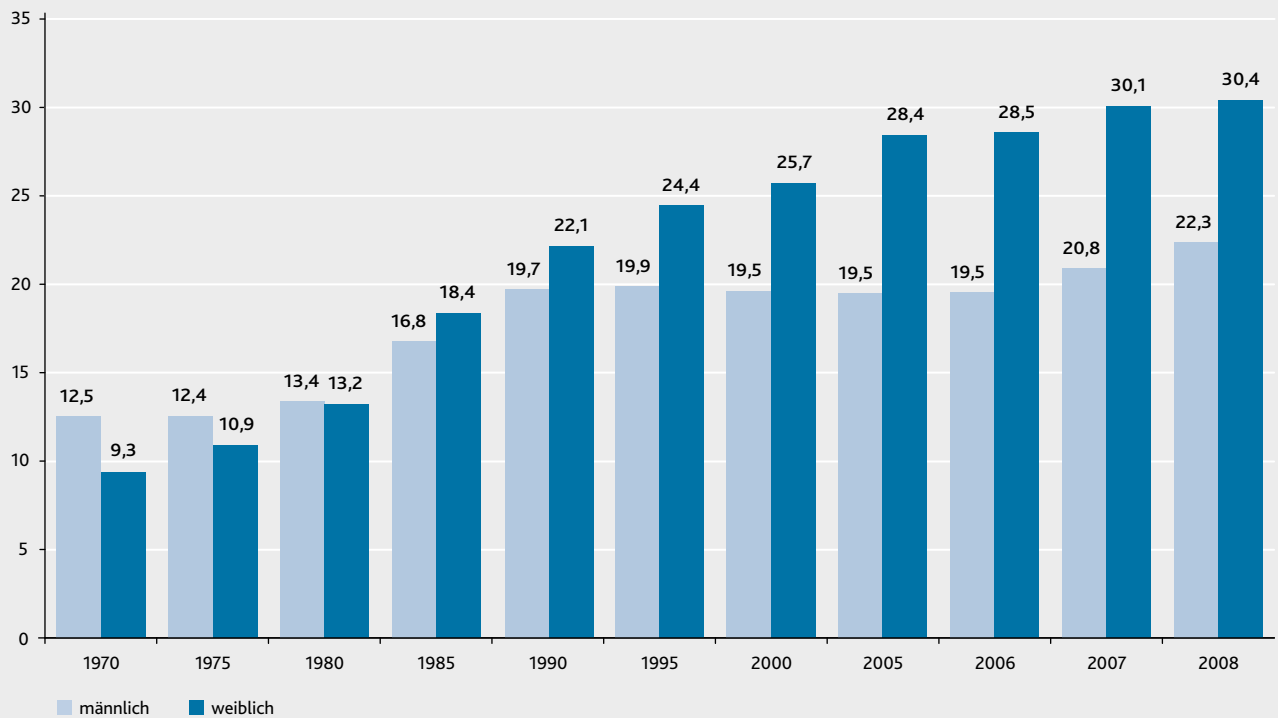
¹⁾ Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.
Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 347

Abb. 111: Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten sowie Verwaltungsbezirken in %¹⁾



¹⁾ Ohne Hauptschulabschluss: einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.
 Quelle: Statistisches Landesamt (http://www.statistik.rlp.de/bil/tabellen/schulentlassene_anteile.html)

Abb. 112: Abiturientenquoten 1970 bis 2008 nach Geschlecht in %



Quelle: Statistisches Landesamt 2009ag, S. 9

Die Abiturientenquoten sind insgesamt seit 1980 deutlich – insbesondere in Bezug auf die Schülerinnen – gestiegen.

„In der Abiturientenquote werden die Absolventen eines Jahrgangs auf einen Durchschnittsjahrgang der 18- bis 20-Jährigen bezogen“ (Statistisches Landesamt 2009ag, S. 9).

Mit Blick auf die Entlassungen von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen zeigt die Entwicklung der letzten Schuljahre, dass der Anteil der

Schülerinnen und Schüler, die die Förderschule mit Hauptschulabschluss verlassen, seit dem Schuljahr 2004/05 leicht gestiegen ist.

Wie viele der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Schulabschluss im Anschluss eine Ausbildung oder ein Arbeitsverhältnis beginnen, kann aus den Statistiken nicht abgelesen werden. Im Hinblick auf die Abgängerinnen und Abgänger ohne Abschluss in Förderschulen gibt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage zum Berufsvorbereitungsjahr keine Auskünfte: Zu den Fragen

Tabelle 27: Entlassungen der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen

	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08
Gesamtentlassung	2.237	2.552	2.536	2.450	2.419
davon mit Hauptschulabschluss	478	496	563	558	569
Prozent	21,37 %	19,44 %	22,20 %	22,78 %	23,52 %

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2009n, S. 1

„Wie viele der ehemaligen Förderschüler haben nach Erreichen des Hauptschulabschlusses im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) eine Ausbildung begonnen?“ und „Wie viele ehemalige Förderschüler haben nach Beenden des Berufsvorbereitungsjahres ohne Hauptschulabschluss eine Ausbildung begonnen?“ heißt es in der Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur: „Die gewünschten Daten werden in der Schulstatistik nicht erhoben“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2009n, S. 1 f.).

3.3.4 Schule und ...

Im Folgenden wird unter der Überschrift „Schule und ...“ über solche besonderen Themen für die Entwicklung der Schullandschaft in Rheinland-Pfalz berichtet, die vor allem im Hinblick auf eine Kompensation der in den vorangegangenen Kapiteln gezeigten deutlichen sozialen und regionalen Unterschiede, die Schullaufbahn erfolgreich zu meistern, hilfreich sein können.

Schule und Ganztag

In internationalen Schulvergleichstudien wird immer wieder eine Schulform als besonders geeignet bezeichnet, soziale Differenzen zu kompensieren: die Ganztagschule. Hier sollen Kinder mehr Zeit haben, sowohl um zu lernen, als auch für die unverzichtbaren sozialen Erfahrungen mit Gleichaltrigen.

In Rheinland-Pfalz gibt es im laufenden Schuljahr 2009/10 860 Ganztagschulen, davon 504 in der Angebotsform, auf die sich das 2001 gestartete Ausbauprogramm bezieht (nach Auskünften des MBWJK).

Ziel des Ausbauprogramms ist es, ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Netz von Ganztagschulen zu schaffen. In der laufenden Legislaturperiode gilt es deshalb, „möglichst in jeder Verbandsgemeinde/verbandsfreien Gemeinde mindestens ein Ganztagsschulangebot im Grundschulbereich und in jedem Kreis / jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Ganztagsschulangebot im Förderschulbereich einzurichten“ (nach Auskünften des MBWJK).

Verpflichtende pädagogische Elemente für alle Ganztagschulkonzepte in Rheinland-Pfalz sind dabei:

- „1.) unterrichtsbezogene Angebote wie Hausaufgabenbetreuung durch Lehrkräfte, Übungseinheiten oder fachbezogene Vertiefungen,
- 2.) Förderangebote für begabte und schwächere Schülerinnen und Schüler,
- 3.) Projekte,
- 4.) Freizeitangebote unter pädagogischer Anleitung“.⁹⁸

Die 860 Ganztagschulen teilen sich wie folgt auf:

⁹⁸ www.ganztagschule.rlp.de/gemeinde-stadt-land/die-ganztagschule-in-angebotsform-in-rheinland-pfalz-in-stichworten/view

Tabelle 28: Schularten und Ganztagsangebot in absoluten Zahlen und %

Schulart	Anzahl der Schulen absolut	davon Ganztagschulen	in %
Grundschulen	991	484	48,84
Förderschulen	139	115	82,73
Hauptschulen	85	74	87,06
Realschulen	84	29	34,52
Realschulen plus	122	77	63,11
Integrierte Gesamtschulen	51	27	52,94
Gymnasien	146	54	36,99
Gesamt	1.618	860	53,15

Quelle: nach Auskunft des MBWJK – Referat Ganztagschule (11/2009)

Unter den Gymnasien, die Ganztagschule sind, befinden sich im Schuljahr 2009/10 insgesamt 13 Gymnasien mit 8-jährigem Bildungsgang, der in den Klassenstufen 5 und 6 mit einer Ganztagschule in Angebotsform und in den Klassenstufen 7 bis 9 mit einer Ganztagschule in verpflichtender Form verbunden ist (G8GTS).

Die Internetseite www.ganztagschule.rlp.de stellt hier zahlreiche Informationen und Hinweise zur Verfügung, u. a. einen Bildungsatlas, über den alle Ganztagschulen differenziert nach Landkreis/kreisfreier Stadt und Schulart abgerufen werden können.

Die Karte in Abb. 113 verdeutlicht die Verteilung der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz.

Abb. 113: Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz (Stand 26.03.2009)

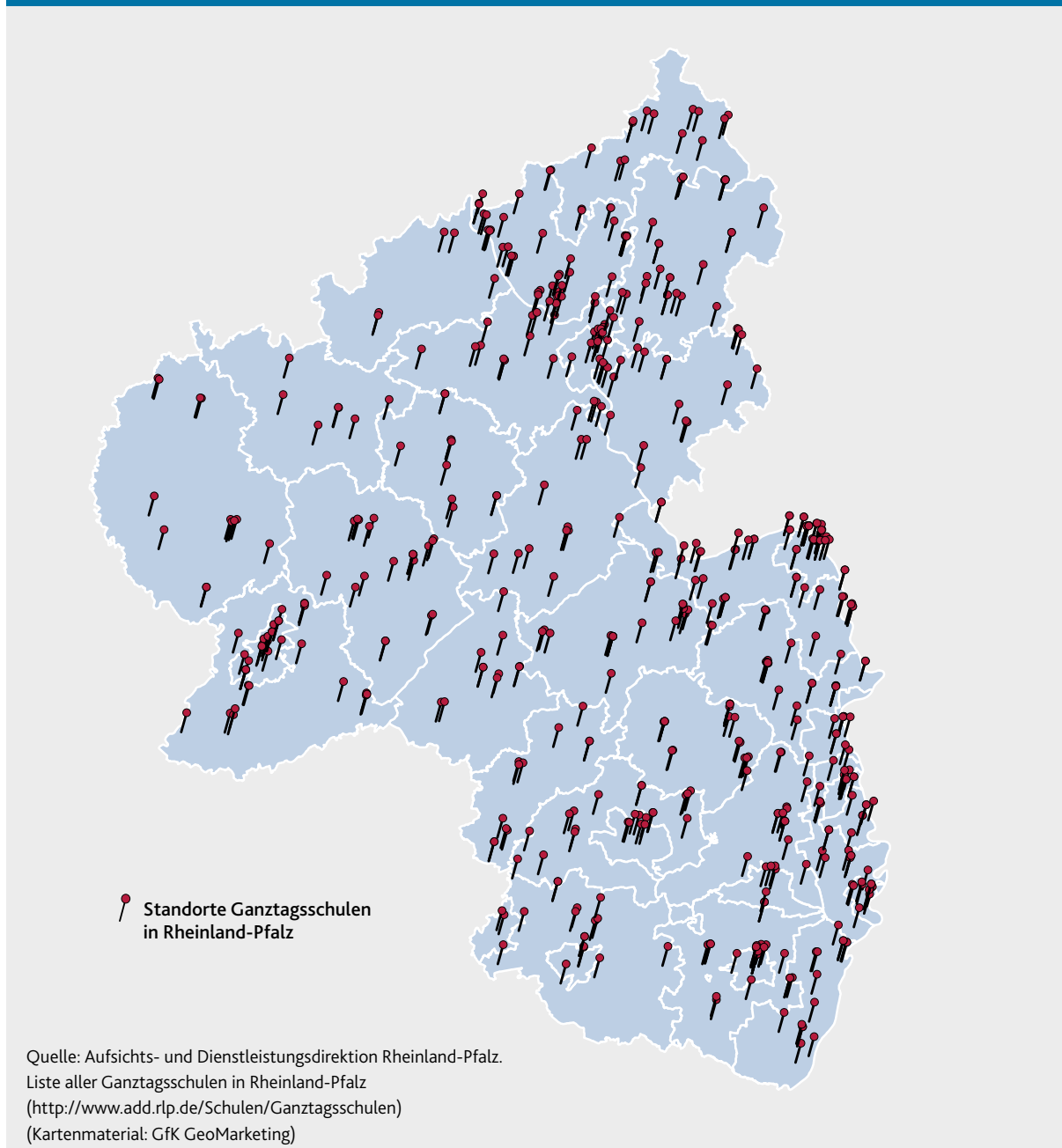
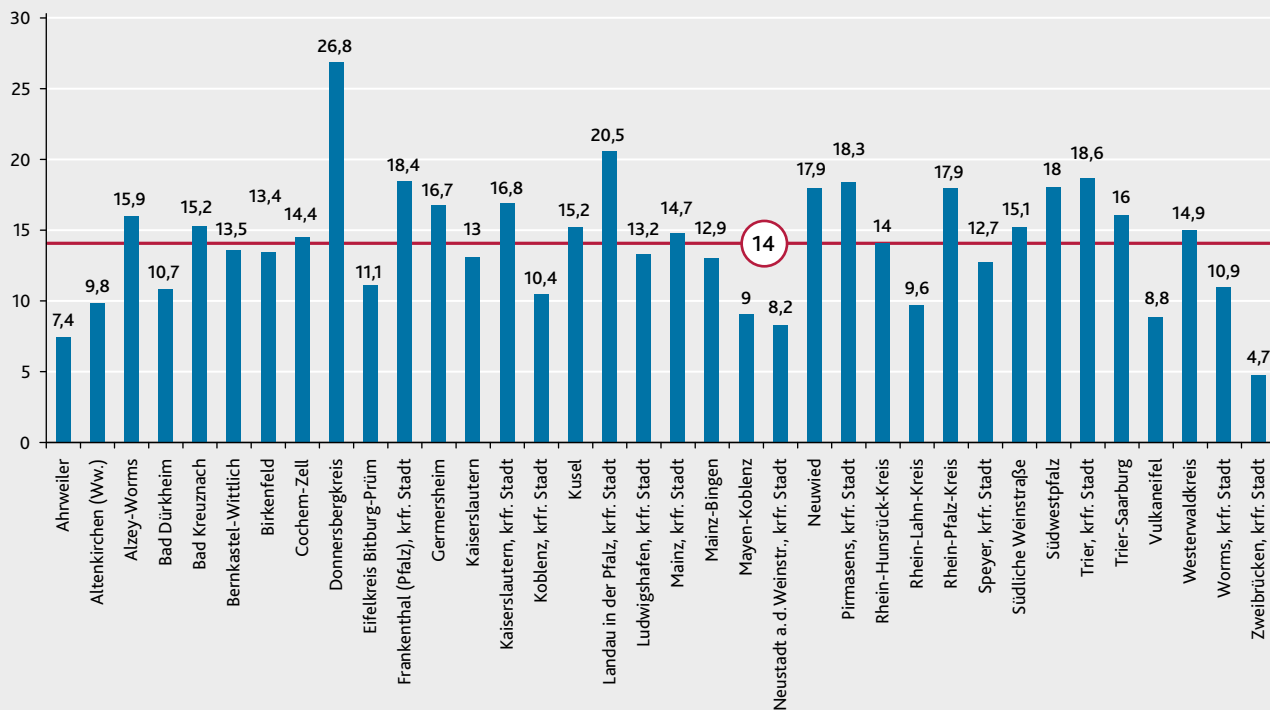


Abb. 114: Anteil der Ganztags Schülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und Schülern in % (Daten inkl. aller Förderschulen, ohne Sek II)



Quelle: nach Auskunft des MBWJK und eigene Darstellung

Eine Ganztagschule wird von 14 % aller Schülerinnen und Schüler (hier: inkl. aller Förderschulen, ohne Sek. II) in Rheinland-Pfalz besucht. Für das Schuljahr 2008/09 liegen Auswertungen für die 24 Landkreise und 12 kreisfreie Städte vor, wie in Abb. 114 dargestellt.

Landesförderungen zur Einrichtung von Ganztagschulen

Die Einrichtung und der erfolgreiche Betrieb von Ganztagschulen ist in Rheinland-Pfalz insbesondere durch folgende Programme gefördert worden:

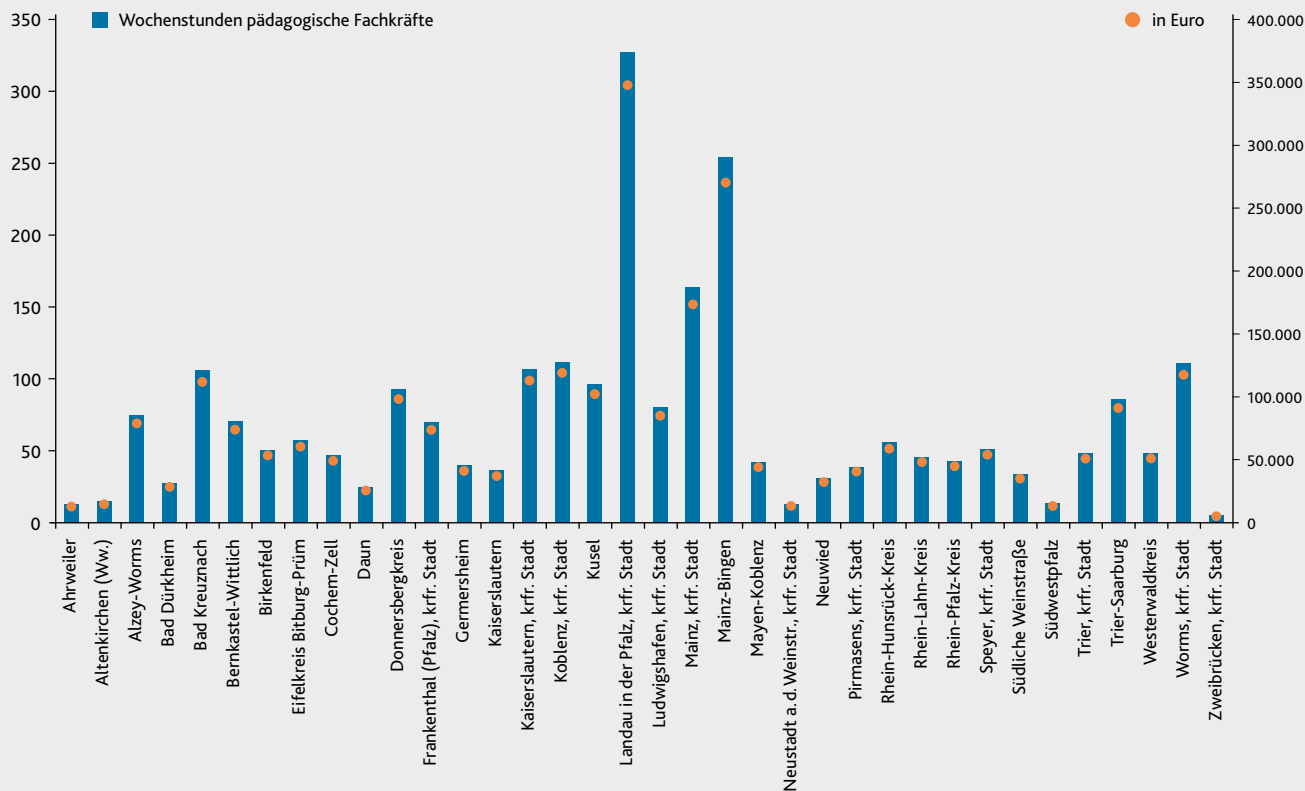
- **Einrichtung von Lesecken 2007 und 2008**
Ganztagschulen haben im Rahmen des Förderprogramms „Lesecken an Ganztagschulen“ die Möglichkeit mit sachkundiger Beratung des Landesbibliotheksentrums an ihren Schulen Orte zu schaffen, wo Kinder und Jugendliche

zum freiwilligen Lesen, zum Lesen aus Spaß angeregt werden. Nach Antragstellung kann jede Schule hierfür 10.000 Euro erhalten. Die Förderung der Lese- und Medienkompetenz ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, um auf diese Weise den Erwerb notwendiger Schlüsselqualifikationen in unserer Wissensgesellschaft zu fördern. Im Jahr 2007 wurden hierzu 530.000 Euro für Schulen in 26 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt, im Jahr 2008 waren es 140.000 Euro für Schulen in 12 der 36 Regionen.

■ Der Einsatz außerschulischer pädagogischer Partner

Rheinland-Pfalz hat sich bei der Personalausstattung der Ganztagschulen für ein attraktives Budget (Schuljahr 2008/09: 2.665.780 Euro) entschieden, das den Einsatz von qualifiziertem pädagogischem Personal ermöglicht.

Abb. 115: Förderung außerschulischer Partner GTS, Schuljahr 2008/09



Quelle: nach Auskunft des MBWJK und eigene Darstellung

Eltern und Schulträger sind nicht mit den Kosten für dieses außerschulische Personal belastet; das Land übernimmt ebenso wie für die Lehrkräfte auch für die weiteren pädagogischen Fachkräfte die Personalkosten zu 100 %. Nach der VV „Geld statt Anrechnung“ entspricht eine Wochenstunde der pädagogischen Fachkraft dem Betrag von 1.067 Euro (siehe Abb. 115).

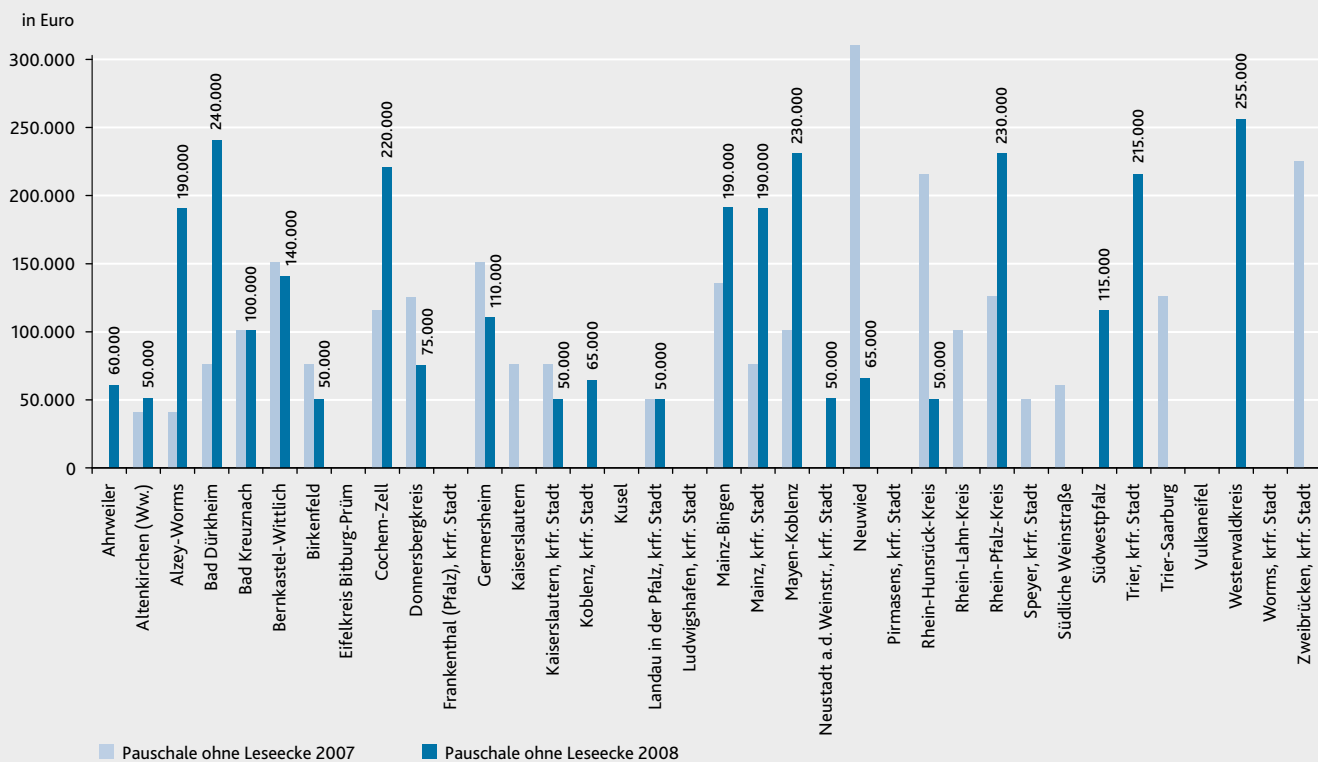
■ Förderpauschalen 2007 und 2008

Fördermittel werden von der Landesregierung auch zur Verfügung gestellt, um dringend erforderliche, aber auch wünschenswerte Investitionen vor dem Start einer Ganztagschule oder in deren Startphase zu realisieren. So erhält jede Grundschule eine pauschale Förderung von einmalig 50.000 Euro, jede weiterführende Schule 75.000 Euro sowie jede Förderschule 60.000 Euro zugewiesen (siehe Abb. 116).

Abschließend soll in Bezug auf die Ganztagschulen noch über vier zentrale Programme der Landesregierung überblicksartig berichtet werden:

- Seit dem 20. 07. 2006 hat das Land Rheinland-Pfalz einen „**Sozialfonds für das Mittagessen in Ganztagschulen**“ eingerichtet, der Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am Mittagessen ermöglichen soll. Die Landesregierung hat sich mit den kommunalen Spitzenverbänden, den beiden großen Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen bezüglich des Sozialfonds geeinigt und unterstützt diesen Fonds im Schuljahr 2008/09 mit ca. 900.000 Euro. Begünstigt sind Ganztagschülerinnen und -schüler, deren Eltern Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialhilfe beziehen, sowie Asylbewerberinnen und -bewerber. Darüber hinaus gibt es für besondere Einzel-

Abb. 116: Förderpauschalen 2007 und 2008 in Euro



Quelle: Auskunft des MBWJK und eigene Darstellung

fälle, die nicht zu diesen Gruppen gehören, bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einen eingerichteten „Härtefonds“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2006d, S. 1f).⁹⁹

- Die **Berufsorientierung** ist an vielen Ganztags-schulprogrammen ein fest verankerter schuli-scher Auftrag; sie ermöglicht einen Einblick in das Berufsleben. Einen „Praxistag“ pro Woche gibt es seit dem Schuljahr 2007/08 an vielen Ganztags-schulen in Rheinland-Pfalz. Weitere Maßnahmen diesbezüglich sind: „Arbeitswelt-orientierte Klassen, Auszubildende als Experten in der Schule, Schüler begleiten Erwachsene/ Auszubildende an den Arbeitsplatz, Eltern als Experten in der Schule, Lehrkräfte im Betriebs-praktikum, Job-Fux, Computer-Werkstätten, Computer-Führerscheine, Girls' Day, Ada-Love-

lace-Projekte, Wettbewerbe wie ‚Projektforum Schule und Arbeitswelt‘ etc.“ (MBWJK 2009b, S. 20).

Neben dem Praxistag, der nicht isoliert im schulischen Alltag steht, sind vorbereitende und eingebettete Maßnahmen wie Kurse, Seminare sowie die Angebote der Lernwerkstätten (der schulische Raum, in dem alle berufsorientierten Aktivitäten gebündelt werden) oder Berufsorientierungscamps zu nennen. JUNIOR ist ein Projekt, welches Schülerinnen und Schülern ab der neunten Klasse ermöglicht, eine „Aktiengesellschaft nach ihrer Geschäftsidee von Dienstleistungsunternehmen bis zu Produktionsbetrieben“ (MBWJK 2009b S. 21) zu übernehmen und selbst „Verantwortung für Organisation, Marketing, Buchhaltung und Finanzierung“ (MBWJK 2009b, S. 21) zu tragen.

⁹⁹ <http://www.ganztags-schulen.org/6000.php>

■ **Sprachförderung in der Ganztagschule**

Ganztagschulen verfügen über einen erweiterten Zeitrahmen, der es ermöglicht, vielfältige Sprachangebote anzubieten. Eine Intention der vielfältigen und intensiven Sprachförderprojekte in Ganztagschulen ist es, dass insbesondere Eltern von Migrantenkindern das Angebot Ganztagschule verstärkt annehmen. Eine wertvolle Orientierung zur Projektausgestaltung bietet hierzu der im Februar 2007 in Kraft getretene Rahmenplan „Deutsch als Zweitsprache“. Das „Rucksack-Projekt“ gibt es seit dem Schuljahr 2008/09, es zielt durch Schulung und Förderung von Eltern mit Migrationshintergrund sowie zwölf Elternbegleiterinnen und -begleiter auf die „Förderung von Kompetenzen in der deutschen Sprache, Erziehungsarbeit und die Schulung bezüglich der im Unterricht behandelten Themenstellungen“ (MBWJK 2009b, S. 23). Die Laufzeit des Projektes beträgt zwei Schuljahre.

- In einem Modellversuch „**Geschlechtsbewusste Grundschule – Jungenförderung in der Ganztagschule**“ soll den teilnehmenden Ganztagsgrundschulen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu einer chancengerechten und gendersensiblen Schule weiterzuentwickeln und die pädagogische Arbeit mit Jungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern zu reflektieren. Es sollen im Rahmen des Modellprojekts pädagogische Strategien und Konzepte entwickelt werden, um Jungen künftig eine gezieltere Förderung in der Schule zukommen zu lassen. Zu Beginn werden bis 2010 Steuergruppen zum Thema Jungenarbeit in Modellschulen verschiedene Maßnahmen zur Förderung und Stärkung männlicher Schüler umsetzen und die entwickelten Konzepte landesweit an möglichst viele Schulen übertragen. „Ziel dieses Modellversuchs ist es, Strategien und Konzepte zur Jungenförderung zu identifizieren, die dann nicht nur in den Ganztagsgrundschulen, sondern in der Primarstufe insgesamt eingesetzt werden können“ (MBWJK 2009b, S. 25).

Schule und spezifische Förderung in Förderschulen

In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 139 Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten: Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, ganzheitliche Entwicklung, Sprache, motorische Entwicklung, sozial-emotionale Entwicklung sowie Schulen für Gehörlose und Schwerhörige, Schulen für Blinde und Sehbehinderte und die Förderzentren. Jeder Förderschwerpunkt entwi-

ckelt ein den spezifischen Beeinträchtigungen angepasstes Unterrichtsangebot, das wiederum verschiedene Schulabschlüsse zur Folge hat. Die Auswahl und Überweisung von Kindern in spezifische Förderschulen wird allerdings auch kritisch gesehen und eine weitgehende Integration von Kindern mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in die Regelschulen gefordert (vgl. u. a. Landtag Rheinland-Pfalz 2007m).

Tabelle 29: Wechsel zwischen Förderschulen und sonstigen allgemeinen Schularten 2006/07 nach Ländern

Land	Wechsel von Förderschulen		Wechsel an Förderschulen		Zahlenmäßiges Verhältnis ³⁾
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ²⁾	
Deutschland	7.843	3,1	27.337	8,1	1 : 3
West	6.540	3,3	25.449	9,3	1 : 3
Ost	1.303	2,3	1.888	2,9	1 : 5
Baden-Württemberg ¹⁾	1.145	2,5	4.173	9,2	1 : 4
Bayern	2.561	6,4	5.541	11,5	1 : 2
Berlin	363	3,8	850	7,8	1 : 2
Brandenburg	312	4,2	1.321	15,2	1 : 4
Bremen	61	2,8	378	14,3	1 : 6
Hamburg	145	2,3	632	8,6	1 : 4
Hessen	471	1,9	866	5,2	1 : 2
Mecklenburg-Vorpommern	171	2,3	866	10,0	1 : 5
Niedersachsen	330	1,2	2.439	7,6	1 : 7
Nordrhein-Westfalen	1.544	2,2	8.969	10,5	1 : 6
Rheinland-Pfalz	90	0,8	1.141	8,7	1 : 13
Saarland	28	0,8	391	9,7	1 : 14
Sachsen	218	1,6	1.227	7,6	1 : 6
Sachsen-Anhalt	60	0,6	895	7,7	1 : 15
Schleswig-Holstein	165	2,3	409	5,1	1 : 2
Thüringen	179	2,0	902	8,7	1 : 5

¹⁾ Die Zahl der aus Förderschulen in sonstige allgemeinbildende Schulen wechselnden Schülerinnen und Schüler wird auf die Schülergesamtzahl bezogen, die in der vorangegangenen Jahrgangsstufe die Förderschule besuchten (ohne Schulbesuchsstufen). Für Baden-Württemberg erfolgt in manchen Förderschwerpunkten keine Zuordnung der Förderschüler auf einzelne Jahrgangsstufen. Anstelle der Gesamtzahl der Förderschülerinnen und -schüler in der vorangegangenen Jahrgangsstufe wird die Gesamtzahl der Förderschülerinnen und -schüler im vorangegangenen Schuljahr herangezogen.

²⁾ Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf eine Förderschule wechseln, wird auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler bezogen, die in der betreffenden Jahrgangsstufe eine Förderschule besuchen (ohne Schulbesuchsstufen).

³⁾ Diese Relation weist aus, wie viele Wechsel an eine Förderschule auf jeden Wechsel von einer Förderschule kommen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 257

Abb. 117: Standorte der Förderschulen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006

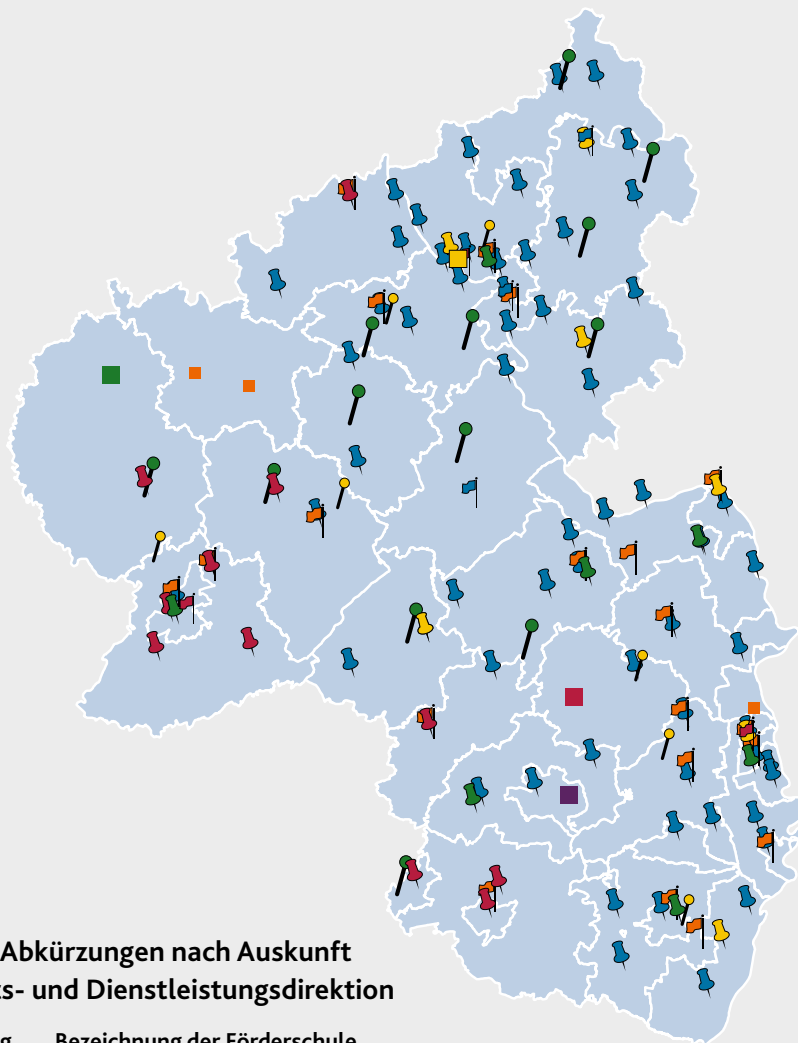
















Tabelle 30: Abkürzungen nach Auskunft der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

Abkürzung	Bezeichnung der Förderschule
	SFLGS Schule mit den Förderschwerpunkten Lernen, geistige Entwicklung und Sprache
	SFLS Schule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache
	SFM Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung
	SFS Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprache
	SFLGM Schule mit den Förderschwerpunkten Lernen, ganzheitliche und motorische Entwicklung
	SFLE Schule mit den Förderschwerpunkten Lernen und emotionale Entwicklung
	SFL Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen
	SFGS Schule mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche Entwicklung und Sprache
	SFGM Schule mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche und motorische Entwicklung
	SFGLS Schule für Gehörlose und Schwerhörige
	SFG Schule für ganzheitliche Entwicklung
	SFE Schule für sozial-emotionale Entwicklung
	SFBLS Schule für Blinde und Sehbehinderte
	FöZ Förderzentrum

Quelle Kartenansicht: nach Auskunft des MASGFF und eigene Darstellung (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

Quelle Abkürzungen: nach Auskunft der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz 2010

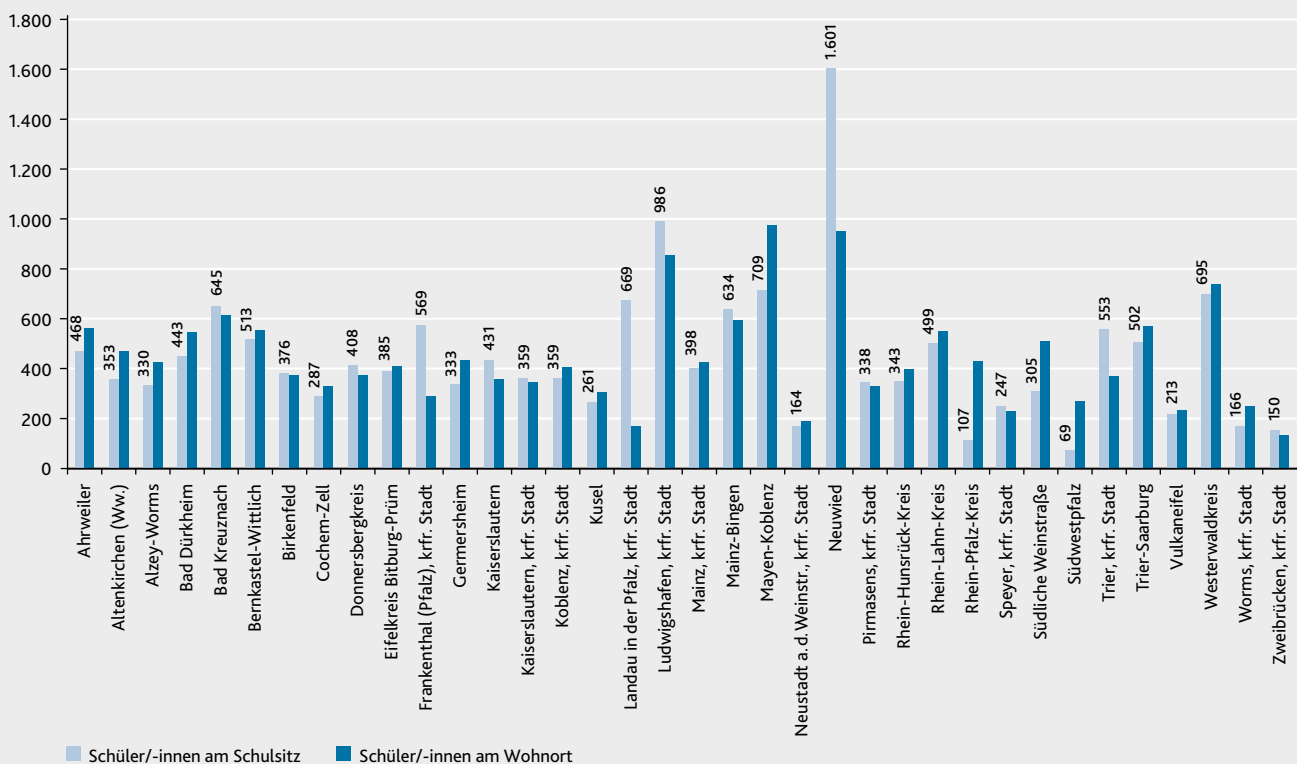
Diese Forderung ist weiterhin im Schulgesetz verankert. In „§ 3 Abs. 5 Satz 1 SchulG hat sich der Gesetzgeber aber für einen grundsätzlichen Vorrang des integrativen Unterrichts gegenüber dem Unterricht in Förderschulen entschieden, der bei der Entscheidung der Schulbehörde über den jeweiligen Förderort berücksichtigt werden muss“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007m, S. 2).

Im Bundesländervergleich zeigt Rheinland-Pfalz durchschnittliche Wechsel **an** Förderschulen gegenüber unterdurchschnittlichen Wechseln **von** Förderschulen an sonstige allgemeine Schularten im Schuljahr 2006/07: Während bundesweit 3 Wechsel **zu** Förderschulen, einem Wechsel **von** Förderschulen in andere Schularten gegenüberstehen, kommen in Rheinland-Pfalz 13 Zugänge auf

einen Wechsel in andere Schularten. Dies ist nicht auf besonders hohe Zugangsdaten zurückzuführen, die nahe dem bundesweiten Durchschnitt liegen, sondern vielmehr auf den im Bundesvergleich (siehe Tabelle 29) zweitniedrigsten Wert an Schülerinnen und Schülern, die von der Förderschule in andere Schularten wechseln.

„Für sie (die Förderschulen) sind Einzugsbereiche festgelegt, d. h. abhängig vom Wohnort und auch abhängig vom Förderbedarf ist eine bestimmte Förderschule die ‚zuständige Schule‘“ (MBWJK 2007d, S. 4). Die z. T. großen Einzugsbereiche der Förderschulen führen immer wieder zu erheblichen Problemen mit langen Fahrtzeiten, gerade in den ländlichen Regionen.

Abb. 118: Schülerinnen und Schüler in Förderschulen im Schuljahr 2008/09 (in absoluten Zahlen, Angabe für Schüler/-innen am Schulsitz)



Quelle: Eigenabruf aus dem LIS des Statistischen Landesamtes und eigene Darstellung

Tabelle 31: Entwicklung der Schülerzahlen an den Förderschulen nach Förderschwerpunkten

Förderschwerpunkt der Schule bzw. Förderschulform	Schuljahr				
	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
Lernen	10.991	10.652	10.146	9.748	9.163
Ganzheitliche Entwicklung	2.635	2.708	2.763	2.816	2.846
Motorische Entwicklung	1.343	1.342	1.375	1.371	1.363
Sozial-emotionale Entwicklung	822	840	804	798	845
Blinde und Sehbehinderte	183	179	181	180	177
Gehörlose und Hörbehinderte	689	666	655	649	618
Sprache	434	475	479	464	477
Förderzentren	416	410	416	387	379
Gesamt	17.513	17.272	16.819	16.413	15.868

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2009n, S. 1

Die Entwicklung der Schülerzahlen an Förderschulen zeigt für Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen einen deutlichen Rückgang (-16 %) über den betrachteten Zeitraum (2004/05 bis 2008/09), wohingegen die übrigen Schülerzahlen durch leichte Schwankungen geprägt sind. Lediglich die Angaben zu den Förderzentren zeigen außerdem einen stärkeren Rückgang (-8,9 %).

Schule und Jugendhilfe – Schulsozialarbeit

Traditionell unterscheiden sich die Arbeitsfelder Schule und Jugendhilfe in Deutschland deutlich in ihren Arbeitsweisen, Konzepten, Methoden und Strukturen. In den letzten Jahren allerdings, auch verstärkt durch die Ergebnisse der PISA-Studien, hat es deutliche Annäherungen gegeben. In Rheinland-Pfalz ist dieser Annäherungsprozess vor allem getragen durch einen Ausbau der Ganztagschulen und der Schulsozialarbeit. Über die Ganztagschulen wurde bereits berichtet. „Unter Schulsozialarbeit werden sämtliche Aktivitäten und Ansätze einer dauerhaft vereinbarten gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule – bzw. von Fachkräften der Jugendhilfe einerseits und Lehrkräften andererseits – verstanden, durch die sozialpädagogisches Handeln am Ort der Schule sowie im Umfeld der Schule ermöglicht wird“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2005b, S. 127).

Ziele der Schulsozialarbeit sind bspw. – hier entnommen aus „Standards der Schulsozialarbeit an Hauptschulen¹⁰⁰ in Rheinland-Pfalz“ (in: Landtag Rheinland-Pfalz 2005b, S. 127 ff.; siehe Tabelle 32).

Zu beachten ist, dass die Schulsozialarbeit weder den Erziehungsauftrag der Schule ersetzt noch eigenständige Leistungsangebote der Jugendhilfe. Ziel der Schulsozialarbeit ist es, „die sozialen Aspekte des Schülerseins vor dem Hintergrund gruppen- und milieuspezifischer Ressourcen und Kompetenzen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2005b, S. 127) zu verstärken und in den Sozialisationsinstanzen zu implementieren (Siehe Abb. 119).

In den Landkreisen und kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 206 Standorte für Schulsozialarbeit an **allgemeinbildenden Schulen**, die allerdings auch hier nicht gleichmäßig auf die Städte und Landkreise verteilt sind. Das Land fördert aktuell (Stand: 25. 01. 2010) insgesamt 133,25 Stellen für Fachkräfte der

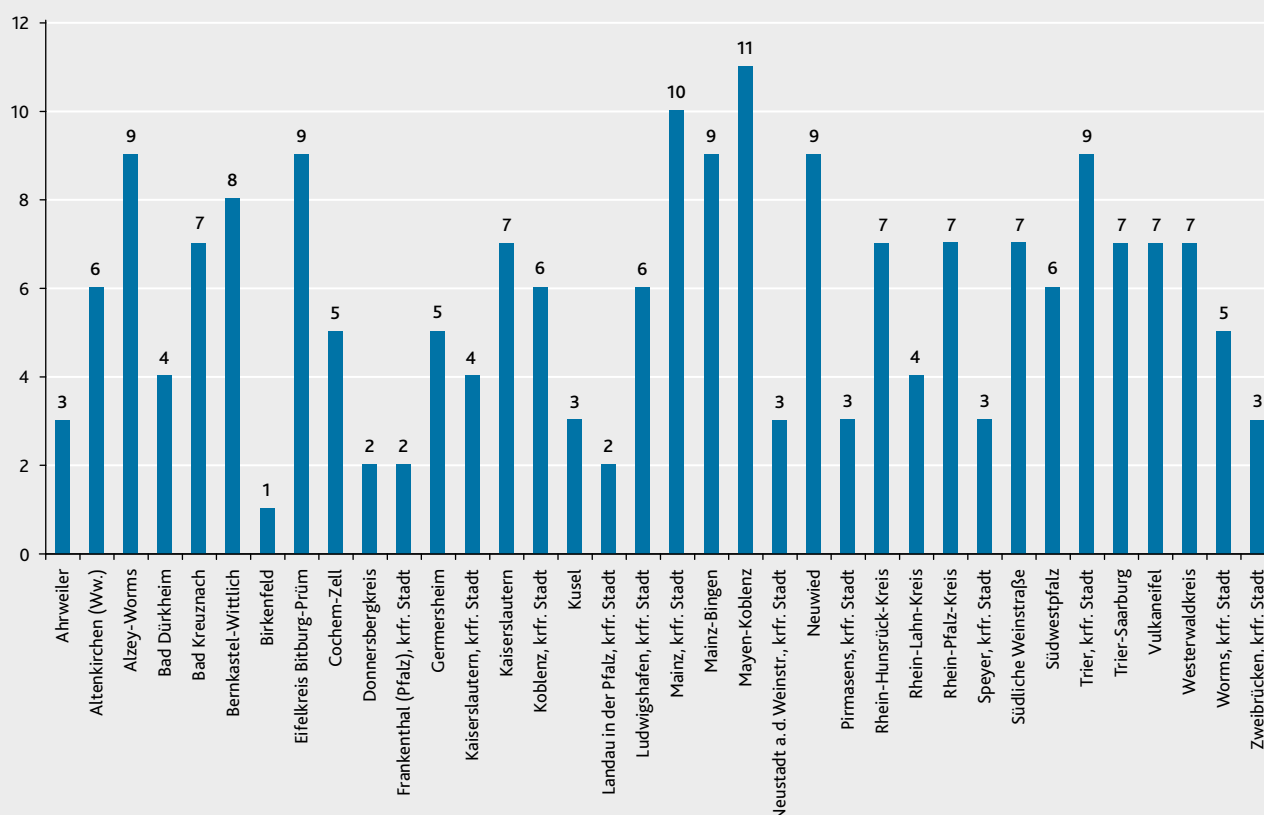
¹⁰⁰ „Aktuell ergeben sich durch die Schulstrukturreform teils erhebliche Umwälzungen. So werden die Systeme Hauptschule und Realschule bis 2013 in die neue Realschule+ umgewandelt. Dieser Prozess startet bereits zum Schuljahr 2009/10. Die Schulsozialarbeiter/-innen vor Ort sollen dabei an den Schulen eingebunden bleiben. Die Förderschulen sind von diesen Veränderungen nicht betroffen. Hier wird auch das Fach Arbeitslehre als Hauptfach erhalten bleiben!“ (<http://ifb.bildung-rp.de/schularten/hauptschule/schulsozialarbeit.html>).

Tabelle 32: Ziele der Schulsozialarbeit

Bezogen auf die Schülerinnen und Schüler:	Bezogen auf die Eltern:
<ul style="list-style-type: none"> • Emotionale Stabilisierung • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung • Förderung sozialer Kompetenz • Unterstützung bei Lebenskrisen in Schule, Familie, Gemeinwesen • Förderung der Konfliktfähigkeit und konstruktiver Konfliktlösungen • Erfolgreiche Bewältigung beim Übergang Schule – Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • Motivierung der Eltern zur Mitwirkung bei schulischen Prozessen • Abbau von Schwellenängsten gegenüber der Schule • Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern • Vernetzung der Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung, des Jugendschutzes, der Berufsvorbereitung, des Freizeitbereichs und der Gesundheitsförderung
Bezogen auf die Institution Schule:	Bezogen auf die Öffentlichkeit:
<ul style="list-style-type: none"> • Klimaverbesserung in der Schule • Vernetzung und Kooperation von Schule und anderen Institutionen • Entwicklung eines sozialpädagogischen Schulprofils • Psychosoziale Entlastung der Lehrkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> • Integration der Schule in das Gemeinwesen • Entwicklung eines attraktiven Schulprofils mit sozialpädagogischer Fachkompetenz

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2005b, S. 127 ff. und eigene Darstellung

Abb. 119: Standorte Schulsozialarbeit in allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 (Stand: 01/2010; ohne Schulsozialarbeitsstellen bzw. schulnahe Sozialarbeit, die nicht landesgefördert ist)



Quelle: nach Auskunft des MBWJK und eigene Darstellung

Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen und wendet hierfür einen jährlichen Betrag von rund 4,1 Mio. Euro auf. Ein weiterer Ausbau wird noch im laufenden Schuljahr 2009/10 stattfinden. Insgesamt stehen zurzeit knapp 4,6 Mio. Euro für die Förderung der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung.

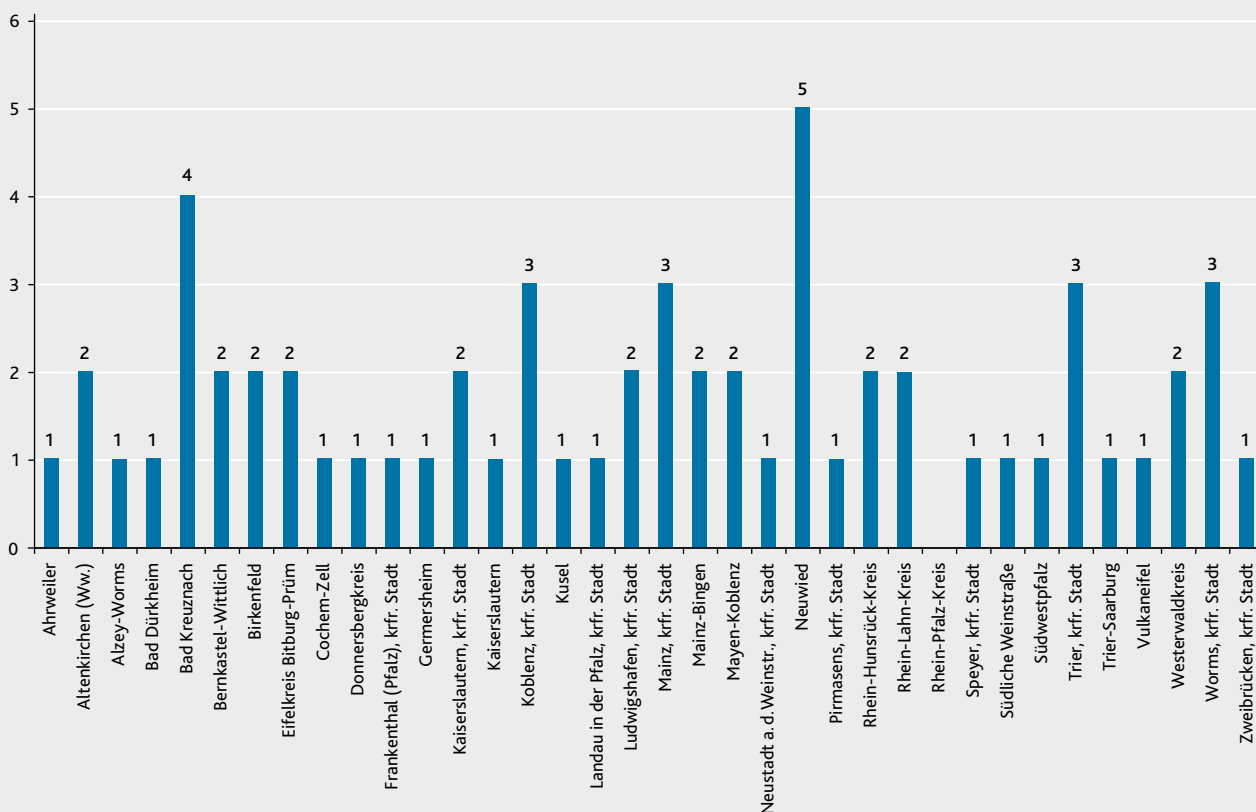
Für die Förderung der Schulsozialarbeit an **berufsbildenden Schulen** stehen im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro bereit. Die dadurch finanzierten 19 Stellen ergänzen die 22 staatlichen Stellen. Schulsozialarbeit wird an 48 der 49 Schulen mit dem Angebot Berufsvorbereitungsjahr vorgehalten. Insgesamt sind es 41 Stellen, mit denen 60 berufsbildende Schulen versorgt werden. Neun Landkreise und Kommunen sind 2009 als Schulträger in eine Komplementärfinanzierung analog der allgemeinbildenden Schulen eingestiegen.

3.3.5 Ausbildungsverhältnisse junger Menschen

In diesem Kapitel kann nur begrenzt auf das weite Feld der Ausbildungsverhältnisse junger Menschen eingegangen werden. Weiterführend wird dieses Themenfeld innerhalb der Vertiefung „Wie kommen junge Menschen ins Erwerbsleben? Zu den Startbedingungen im Übergang zu Ausbildung und Beruf“ (Kapitel 7) bearbeitet. In der Logik des gesamten Schulkapitels bleibend, soll an dieser Stelle über soziale und regionale Differenzen im Übergang der Schullaufbahn in Ausbildung und Studium berichtet werden.

Mit Blick auf die Vorbildung der Auszubildenden im Jahr 2006 zeigen sich für Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich einige Abweichungen. Während der Anteil der jungen Menschen ohne Abschluss mit 1,3 % in Rheinland-Pfalz (Bayern

Abb. 120: Berufsbildende Schulen mit dem Angebot Schulsozialarbeit 2009



Quelle: nach Auskunft des MBWJK und eigene Darstellung

Tabelle 33: Schulische Vorbildung der Auszubildenden (2006)

Land	Auszubildende mit der schulischen Vorbildung ¹⁾ (Angaben in %)								
	ohne allgemeinbildenden Abschluss	mit Hauptschulabschluss	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Hochschul-/ Fachhochschulreife	Schulisches Berufsgrundbildungsjahr	Berufsfachschule	Berufsvorbereitungsjahr	Sonstige	
Baden-Württemberg	1,6	28,9	35,8	13,3	0,5	15,3	2,1	2,5	
Bayern	2,8	41,2	35,9	9,9	2,7	4,8	0,8	1,8	
Berlin	3,0	25,4	40,0	25,3	0,2	2,9	1,9	1,3	
Brandenburg	1,4	27,2	40,2	18,4	0,1	0,5	7,6	4,6	
Bremen	1,4	21,0	33,6	24,5	1,2	13,5	0,8	4,1	
Hamburg	1,2	17,4	30,2	30,3	0,1	16,8	3,5	0,6	
Hessen	1,6	28,1	32,3	21,1	1,8	8,9	1,8	4,4	
Mecklenburg-Vorpommern	3,8	30,3	48,5	10,9	0,0	0,8	2,2	3,3	
Niedersachsen	1,0	17,6	29,9	15,9	11,8	19,4	1,7	2,6	
Nordrhein-Westfalen	3,4	24,0	30,3	20,5	1,8	15,2	1,2	3,5	
Rheinland-Pfalz	1,3	33,9	32,7	12,3	2,3	13,0	2,7	1,8	
Saarland	2,2	37,4	31,4	24,5	1,5	1,7	0,4	1,0	
Sachsen	2,5	18,5	49,2	13,2	4,4	2,2	7,0	3,0	
Sachsen-Anhalt	3,1	15,8	55,8	12,5	1,0	3,1	5,2	3,4	
Schleswig-Holstein	1,4	30,4	34,2	12,5	2,0	10,4	4,7	4,3	
Thüringen	2,6	25,2	47,0	13,5	0,2	5,3	3,6	2,7	

¹⁾ Jede/Jeder Auszubildende ist nur einmal aufgeführt, wobei sie/er entweder nach dem zuletzt erreichten Schulabschluss oder nach der zuletzt besuchten Schule zugeordnet worden ist. Prozentuierung ohne Einbeziehung der Kategorie „ohne Angabe“.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 133

2,8 %; Berlin 3,0 %) unterdurchschnittlich ist, liegt der Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss an zweithöchster Stelle. Dieser liegt bei 33,9 %, das Saarland liegt mit 37,4 % noch darüber (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 133).

In Rheinland-Pfalz belegen die „meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II (...) Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 347).

Wie Tabelle 34 verdeutlicht, „absolvieren 132.833 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (...). Die Mehrheit von ihnen (62,3%) besucht im Rahmen der dualen

Berufsausbildung eine Berufsschule“ (Statistisches Landesamt 2009ah, S. 347 f.).

In Abb. 121 werden die Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen differenziert nach Regionen und Nationalität sowie mit und ohne Ausbildungsvertrag dargestellt.

Das Schaubild zeigt zunächst die Schülerinnen und Schüler mit Ausbildungsvertrag. Auch hier weisen die Regionen des Landes im Vergleich erneut große Unterschiede auf. Zu beachten ist, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler nach Standort der Schule und nicht, wie bei den Bevölkerungszahlen, nach Wohnort vorliegen. So ergeben sich Werte über 100 %.

Tabelle 34: Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulform	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschule ohne Berufsvorbereitungsjahr ²⁾	82.812	+2,4	32.003	38,6	50.809	61,4	11.080	13,4
Berufsvorbereitungsjahr	3.059	-8,2	1.160	37,9	1.899	62,1	679	22,2
Berufsfachschule	24.986	-3,3	13.134	52,6	11.852	47,4	4.775	19,1
Fachschule	10.520	+2,7	5.990	56,9	4.530	43,1	1.208	11,5
Berufsoberschule I	1.720	+2,8	569	33,1	1.151	66,9	206	12,0
Berufsoberschule II	746	+2,5	424	56,8	322	43,2	78	10,5
Duale Berufsoberschule	2.108	+17,8	836	39,7	1.272	60,3	278	13,2
Berufliches Gymnasium	6.882	+8,0	3.226	46,9	3.656	53,1	1.222	17,8
Insgesamt	132.833	+1,5	57.342	43,2	75.491	56,8	19.526	14,7

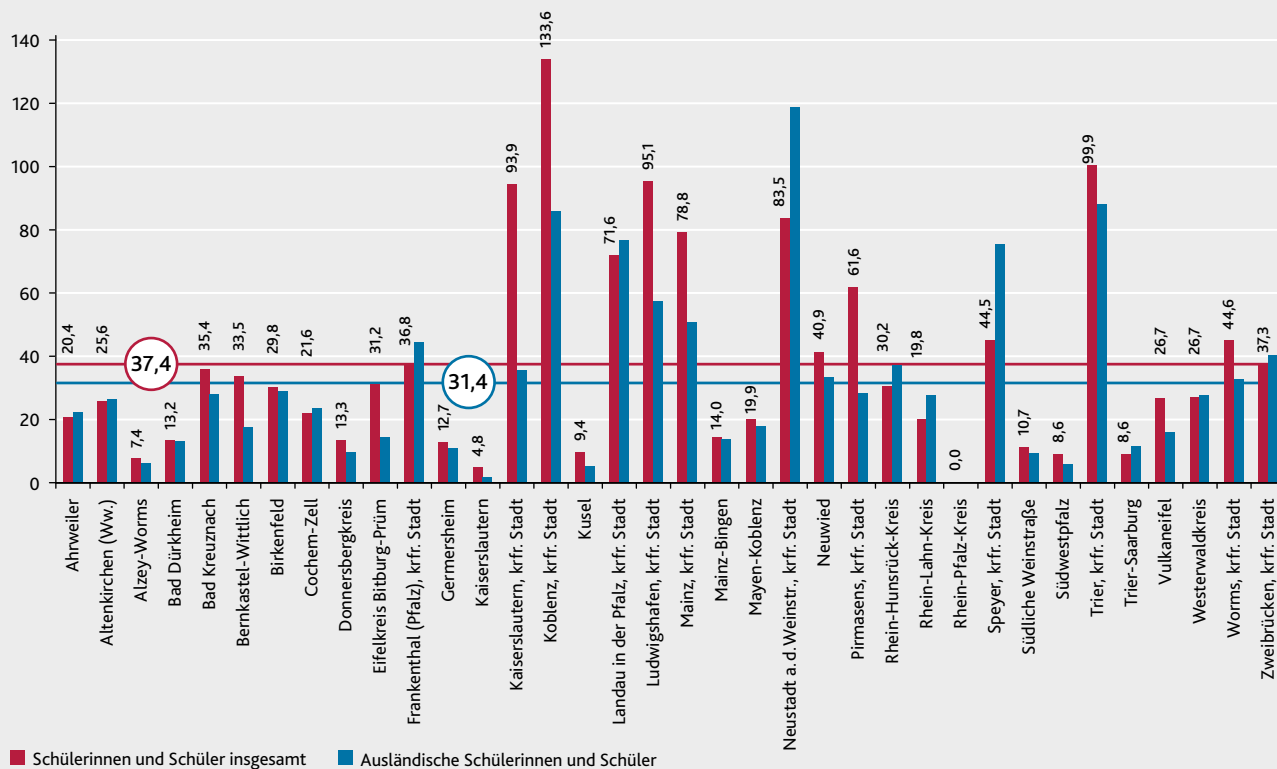
¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

²⁾ Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (279 im laufenden Schuljahr).

Quelle: Statistisches Landesamt 2009ah, S. 348

Kennzahl
9.11a,c

Abb. 121: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen mit Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung 2007/08 in %



Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

Für die ausländischen jungen Menschen zeigt sich im Durchschnitt ein Anteilswert von 31,4 % an der ausländischen 15- bis 19-jährigen Bevölkerung. Insbesondere in Neustadt an der Weinstraße, Speyer und Frankenthal liegen die Anteilswerte deutlich über dem Durchschnitt und auch über den Werten insgesamt. D. h., hier besuchen – in Relation zu der ausländischen Jungbevölkerung – besonders viele ausländische junge Menschen eine Berufsschule und verfügen gleichzeitig über einen Ausbildungsvertrag (siehe Abb. 122).

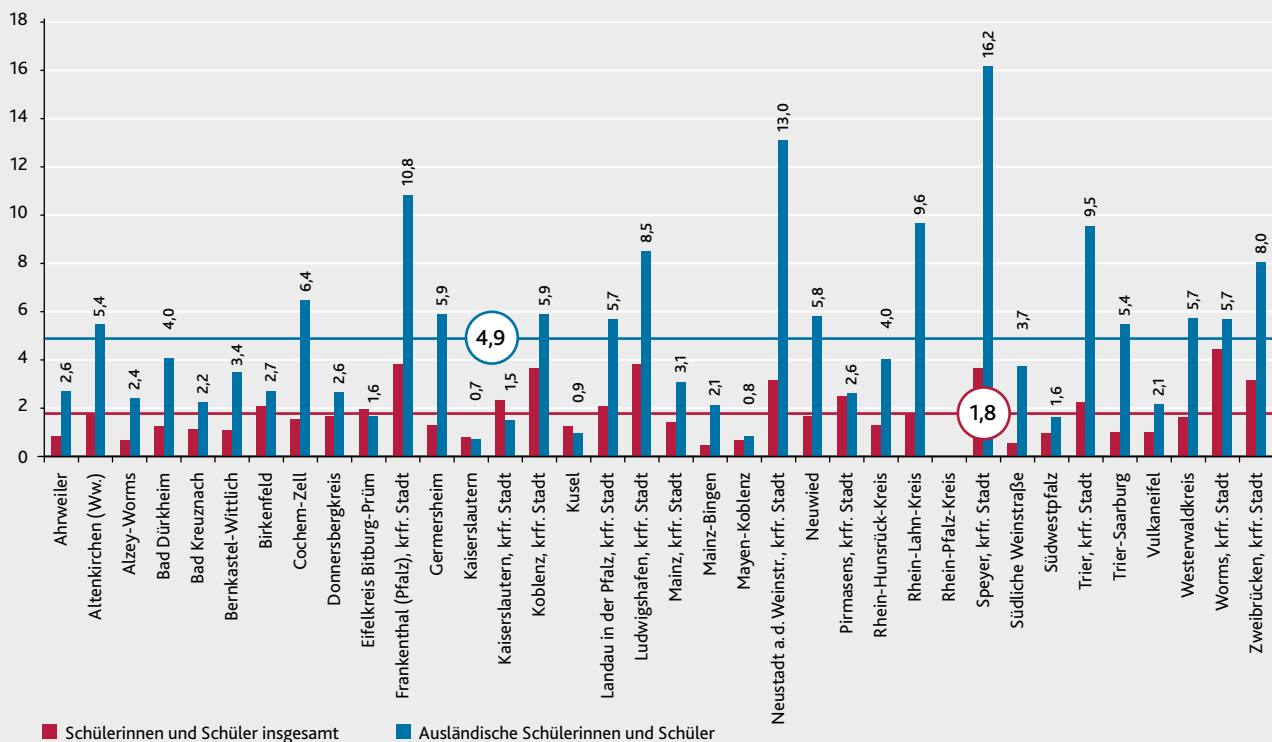
In Bezug auf die Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen ohne Ausbildungsvertrag, zeigen sich nur in vier Städten bzw. Landkreisen niedrigere Werte im Anteil der ausländischen Bevölkerung. In allen übrigen Regionen liegen die Anteile junger ausländischer Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag haben, deutlich über dem Anteilswert für deutsche Schülerinnen und Schüler.

Wird allerdings der prozentuale Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen ausländischen Schülerinnen und Schülern in Berufsschulen berücksichtigt, ergibt sich im Landesdurchschnitt ein Wert von 16 %. D. h., mehr als jedem sechsten jungen Menschen ohne deutschen Pass, der eine Berufsschule besucht, liegt kein Ausbildungsvertrag vor. Im Vergleich der Regionen gilt diese Situation in den Extremen für einerseits nur jeden 25. (Kaiserslautern) und andererseits für mehr als jeden 3. jungen Menschen (Germersheim) (siehe Abb. 123).

Zur Schulwahl stehen u. a. Informationen zur Schullaufbahn zur Verfügung ebenso wie im Internet unter www.bbs-rlp.de ein „Berufsbildende Schulen Schulatlas“. Letzterer bietet sowohl kartografisch als auch in Adresslisten Ausbildungsgänge nach Fachschulen, Höheren Berufsfachschulen, Berufsoberschulen, Beruflichen

Kennzahl
9.11 b.d

Abb. 122: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen ohne Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung 2007/08 in %



Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

Gymnasien und Berufsfachschulen ab. Im Jahr 2007 gab es in Rheinland-Pfalz mit Stichtag 31. 12. 78.769 **Auszubildende**. Darunter waren 38,6 % weiblich. Mehr als ein Drittel der Auszubildenden (31.445) schlossen im Berichtsjahr ein neues Ausbildungsverhältnis ab. Im 10-Jahres-Vergleich zeigt sich für die Auszubildenden insgesamt ebenso wie für die abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse 2007 gegenüber 1997 zwar ein höherer Wert, die Entwicklung ist aber durch Schwankungen geprägt.¹⁰¹

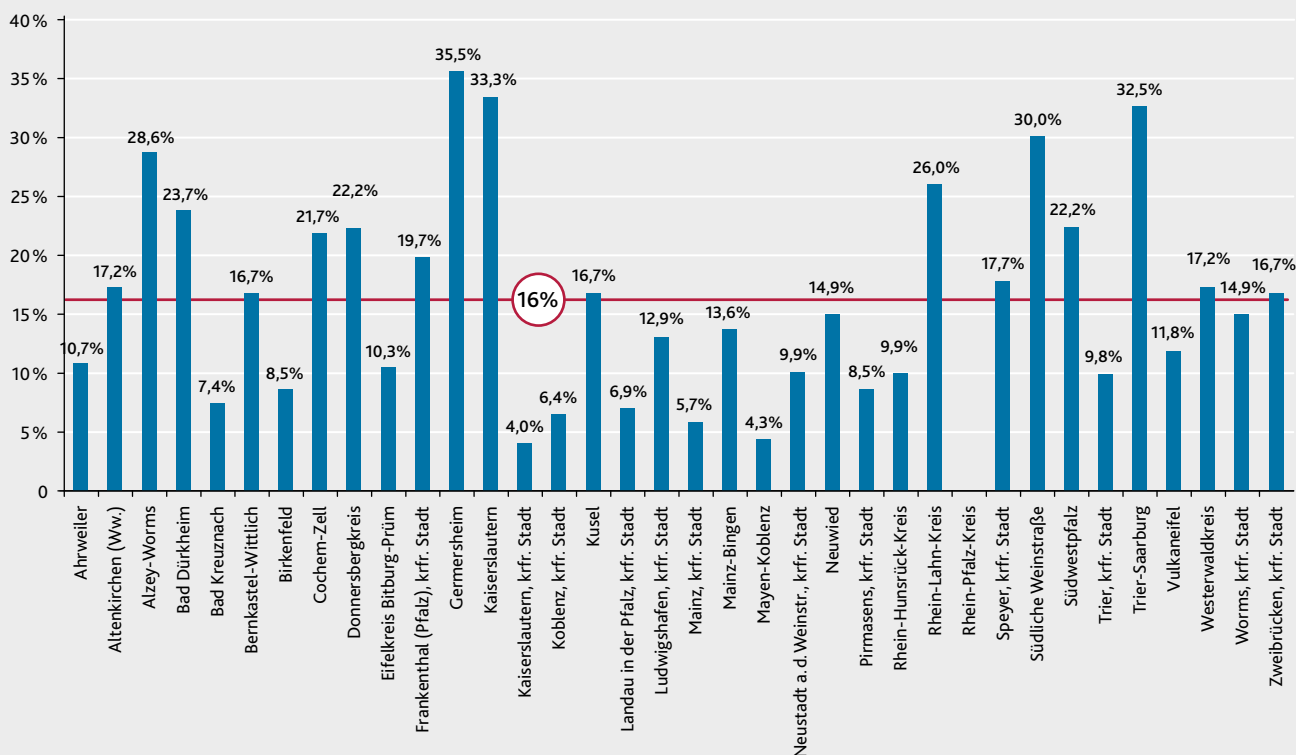
Im bundesweiten Vergleich zeigt Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 weniger unbesetzte Ausbildungsplätze je unversorgte Bewerberin und Bewerber. Mit einem Anteil von 0,4 % und absolut 804 unbesetzten Ausbildungsplätzen liegt der Anteil

um 0,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 345).

Einen Hinweis auf die Zufriedenheit der jungen Menschen mit ihrer Ausbildung gibt der Anteil der gelösten Verträge an den neu abgeschlossenen Verträgen. Unter Berücksichtigung des Zeitraums von 2002 bis 2006 lag dieser Anteilswert in Rheinland-Pfalz in jedem Jahr leicht über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings hat er sich kontinuierlich von 2002 mit 25,6 % auf 21,4 % (2006) verringert. Der Bundesdurchschnitt lag im Jahr 2006 bei 19,8 % (2002: 24,1 %) (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 151).

¹⁰¹ <http://www.statistik.rlp.de/bil/tabellen/auszubildende.html>

Abb. 123: Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen ausländischen Schülerinnen und Schülern 2007/08 in %



Quelle: Eigenabruf aus dem Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes und eigene Berechnungen

Neben unternehmensseitigen Gründen für Ausbildungsabbrüche können seitens der Jugendlichen anhand einer bundesweiten Befragung¹⁰² junger Menschen „massive Überstunden, regelmäßige ausbildungsfremde Tätigkeiten, die schlechte Vermittlung von Ausbildungsinhalten sowie persönliche Gründe“ angeführt werden (DGB-Bundesvorstand 2008b, S. 7). So ergibt sich auch für die Auszubildenden ein enger Zusammenhang zwischen „Ausbildungszufriedenheit und den relevanten Kriterien zur Bestimmung der Ausbildungsqualität“ (ebd., S. 7).

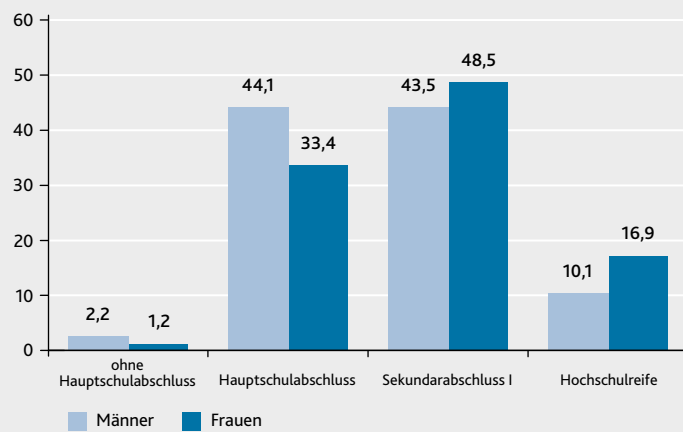
Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während Mädchen überwiegend in „medizinischen und zahnmedizinischen Fachausbildungsberufe(n) oder (...) Lebensmittelhandwerk beschäftigt sind, entscheiden sich Jungen überwiegend für Anlagenmechanik, Elektronik oder Kfz-Mechatronik“ (ebd., S. 41). Dies hat bspw. Auswirkungen auf den monatlichen Verdienst – der Bruttomonatsverdienst liegt in weiblich dominierten Berufen fast 100 Euro unter dem Verdienst in männlich dominierten Berufen (ebd., S. 48).

Gefordert wird in diesem Zusammenhang immer wieder ein verstärkter Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten: „Weitere Maßnahmen (sind) zu ergreifen, die darauf abzielen, das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern und sie für Berufe zu interessieren, in denen die strukturellen Rahmenbedingungen und Perspektiven günstiger sind als in den ‚klassischen‘ Frauenberufen“ (ebd., S. 50).

Auch für Rheinland-Pfalz zeigt sich eine geschlechtsspezifische Verteilung in der Berufswahl junger Menschen: Die Ausbildungsanfängerinnen „konzentrieren sich bei der Berufswahl nach wie vor nur auf wenige Berufe“. 58,3 % der jungen Frauen fanden sich in zehn Berufen wieder (Statistisches Landesamt 2009j).

¹⁰² Für den Ausbildungsreport 2008 wurden anhand eines Fragebogens 4.725 Auszubildende im Zeitraum von Oktober 2007 bis Juni 2008 befragt; im Jahr 2009 waren es 6.920 Auszubildende (für weiterführende Informationen vgl. DGB-Bundesvorstand 2008a sowie DGB-Bundesvorstand 2009).

Abb. 124: Berufsschülerinnen und -schüler des ersten Ausbildungsjahres im Schuljahr 2008/09 nach schulischer Vorbildung und Geschlecht in %



Quelle: Statistisches Landesamt 2009j

Gleichzeitig verdeutlicht die Grafik auf der vorangegangenen Seite, dass junge Frauen „in Rheinland-Pfalz ihre Berufsausbildung häufiger mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen als junge Männer“ beginnen (Statistisches Landesamt 2009j).

Mit Blick auf das **Studium** junger Menschen zeigen sich für Rheinland-Pfalz zahlreiche Kennwerte, die im Bundesländervergleich nahe dem Durchschnitt liegen.

„In Rheinland-Pfalz beginnen überdurchschnittlich viele junge Menschen ein Hochschulstudium. Auch bei der Absolventenquote erreicht das Land im Vergleich mit anderen Flächenländern gute Werte“ (Statistisches Landesamt 2009k). Mit einer Studienanfängerquote von 37,4 % liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 mit 3 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt.

In Teilbereichen zeigen sich allerdings deutlichere Abweichungen:

- Mehr als ein Drittel der Hochschulabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2007 (36,4 %) in Rheinland-Pfalz schloss ein Studium „der Fächergruppe Sozial-, Rechts- und Wirtschafts-

wissenschaften sowie Dienstleistungen ab¹⁰³. An zweiter Stelle liegen mit 34,5 % Absolventinnen und Absolventen der Geistes-, Kunst- und Erziehungswissenschaften. „Der Anteil von Absolventen in mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen lag mit 22,3 Prozent um 7,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt und ist damit der niedrigste in Deutschland“ (ebd.).

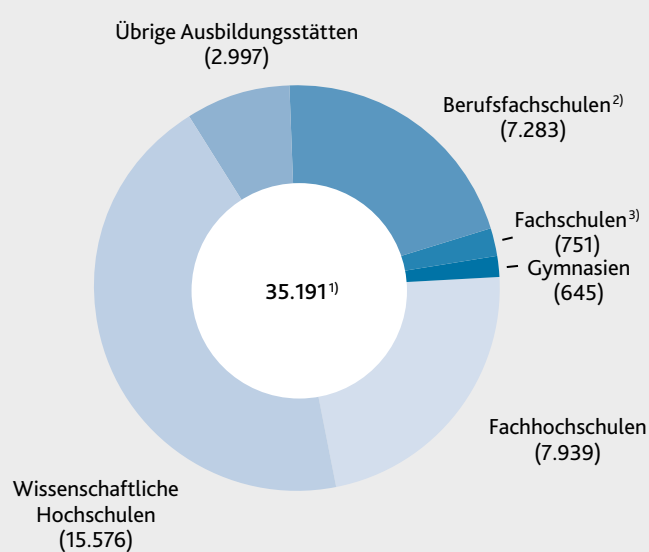
- „Die Betreuungssituation an den rheinland-pfälzischen Hochschulen erscheint auf den ersten Blick ungünstig. In Rheinland-Pfalz werden je Wissenschaftler/-in im Durchschnitt 16,3 Studierende betreut. Im Bundesdurchschnitt sind es 12,2 und im Saarland sogar nur 8,8“ (ebd.). Als Erklärung für die hohen Betreuungsrelationen werden die überdurchschnittlich vertretenen Fachbereiche angeführt, die „traditionell mehr Studierende auf eine Lehrkraft als in den betreuungsintensiven naturwissenschaftlich-technischen Fächern“ aufweisen (ebd.).

Im Rahmen der Bildungszugänge soll hier abschließend auf die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eingegangen werden. Die Ausbildungsförderung junger Menschen hat das Ziel, „allen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation eine Ausbildung zu absolvieren, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht“.¹⁰³

Angaben zur Ausbildungsförderung junger Menschen liegen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vor (Statistisches Landesamt 2009i). Den größten Umfang machen Empfängerinnen und Empfänger in wissenschaftlichen Hochschulen (15.576) sowie in Fachhochschulen (7.939) aus. Nahezu ein Viertel der Empfängerinnen und Empfänger im Jahr 2008 besuchte Gymnasien, Fachschulen und Berufsfachschulen.

¹⁰³ <http://www.das-neue-bafoeg.de/de/372.php>

Abb. 125: Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 2008 nach Bildungsgängen



¹⁾ Einschließlich Geförderten an Fernunterrichtsinstituten, die nicht den Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden zugeordnet werden.

²⁾ Einschließlich Fachschulklassen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

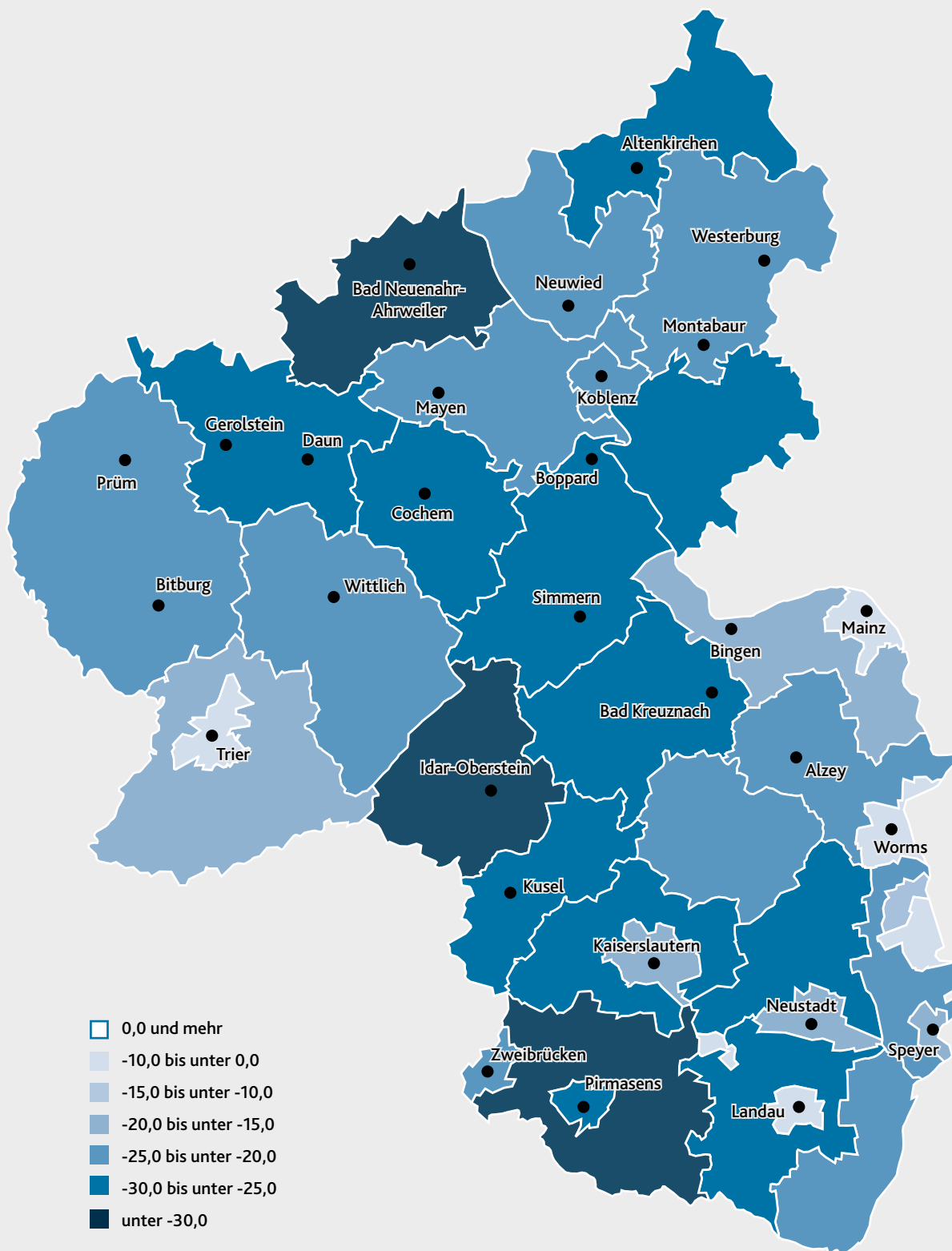
³⁾ Nur Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

Quelle: Statistisches Landesamt 2009i

3.3.6 Entwicklung der Schülerzahlen 2006 bis 2025

Neben den skizzierten vielfältigen konzeptionellen und sozialen Herausforderungen für die Gestaltung förderlicher Bildungslandschaften für junge Menschen in den Schulen und Regionen des Landes ist für die Realisierungschancen zukunftsorientierter Bildungsangebote von entscheidender Bedeutung, wie sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler zukünftig entwickeln wird. In Kapitel 2 ist bereits eingehend der demografische Wandel für das Land und seine Regionen beleuchtet worden. Aktuell hat die Bertelsmann Stiftung länderspezifische Prognosen der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen veröffentlicht, die neben einem auch im Bundesvergleich moderaten Landestrend erhebliche regionale Unterschiede aufzeigen.

Abb. 126: Entwicklung der Schülerzahlen 2006 bis 2025 für Kreise und kreisfreie Städte (6- bis 18-Jährige in %)



Quelle: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-6848D9E9-E9FC6DBE/bst/hs.xsl/nachrichten_98435.htm

Diese mittelfristigen Prognosen lassen für alle Landesteile einen Rückgang der Schülerzahlen erwarten. Aber zwischen den einzelnen Kreisen und Städten zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die regionale Bildungsplanung wird also vor recht

unterschiedliche Herausforderungen gestellt. Sie können nur in einer guten Kooperation zwischen dem Land und den Städten bzw. Landkreisen erfolgreich für die zukünftigen Generationen von Schülerinnen und Schülern gestaltet werden.

3.4 Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind zentral für die Wirksamkeit von Angeboten und Leistungen in öffentlicher Verantwortung

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement haben in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Aktuell heißt es dazu im 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: „Eine der zentralen Voraussetzungen dafür, dass das eigene Leben als kohärent (...) wahrgenommen wird, ist die Erfahrung, dass man sich selbst als handlungsmächtig erfährt. Sozialisation bedeutet deshalb nicht nur Kompetenzerwerb, sondern auch Handlungsbefähigung im Sinne des Erlebens und Erfahrens einer erfolgreichen Wirkung des eigenen Handelns. (...) Um diese Erfahrung machen zu können, bedarf es Bedingungen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich selbst als wirkmächtig zu erfahren. (...) Ein wichtiger Indikator für das partizipative Klima in einer Gesellschaft ist das bürgerschaftliche Engagement. Im bürgerschaftlichen Engagement investieren Menschen Ideen, Zeit und Kompetenzen zur Gestaltung von Projekten, die ihnen wichtig sind. Sie erfahren in diesen Tätigkeiten ihre persönlichen Wirkungsmöglichkeiten durch selbstbestimmtes Handeln, und sie erwerben dabei für sich wichtige Erfahrungen und Fähigkeiten. Gerade für Heranwachsende liefert das Freiwilligenengagement nicht nur Gelegenheitsstrukturen für die Identitätsfindung als Bürger (Yates/Youniss 1999), sondern auch ein Experimentierfeld für die eigene Identitätsarbeit und den Erwerb von Lebenskompetenzen, die in der Reichweite und Nachhaltigkeit der Lernprozesse oft weit über das hinausreichen, was formelle Lernorte vermitteln“ (BMFSFJ 2009c, S. 72ff.).

Somit ist Partizipation nicht auf ein konkretes Wirkungsfeld begrenzt, sondern vielmehr als Form der Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen in allen Handlungsfeldern öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen ein zentrales „Querschnittsthema“. Daher wird im Folgenden zunächst auf die Bedeutung von Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen in den Aufgaben- und Themenfeldern Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe und Schule eingegangen. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird über Projekte und Angebote im Land Rheinland-Pfalz berichtet, die die Partizipation junger Menschen zum Schwerpunkt haben; abschließend werden Aktionsfelder des bürgerschaftlichen Engagements vorgestellt.

In den vorangegangenen Kapiteln ist über zahlreiche Angebote, Leistungen und Aufgaben in öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen berichtet worden. In den Aufgaben- und Themenfeldern Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule ist Partizipation sowohl im Sinne formaler Beteiligungsrechte als auch als konkrete „Mitwirkungsmöglichkeit“ von entscheidender Bedeutung:

- Wie im Kapitel 3.1 deutlich wurde, ist Partizipation „eine zentrale Voraussetzung für die Erfahrung von ‚Selbstwirksamkeit‘, und das wiederum ist ein Basiskonstrukt von Gesundheitsförderung“ (BMFSFJ 2009c, S. 73).

- In Bezug auf das Kapitel 3.2 Kinder- und Jugendhilfe sind zum einen die in § 8 SGB VIII verankerten umfassenden Beteiligungsrechte „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (...) an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe“ zu erwähnen; zum anderen ist auf die expliziten Mitwirkungsrechte in den zentralen Verfahrensvorschriften des SGB VIII, also in § 36 Abs. 1 zur Hilfeplanung für Hilfen zur Erziehung sowie in § 80 Abs. 1 Nr. 2 zur Jugendhilfeplanung hinzuweisen.
- Aktuelle wissenschaftliche Analysen zur Evaluation eines Bundesmodellprojektes „Wirkungsorientierte Jugendhilfe“ konnten erneut zeigen, dass unter anderem die Partizipationsrechte der Kinder und Jugendlichen im pädagogischen Alltag und eine beteiligungsfördernde Gestaltung von Hilfeplangesprächen für die gewünschte Wirksamkeit öffentlicher Hilfeleistungen eine große Relevanz haben (Institut für soziale Arbeit 2009, S. 55).
- Für die Schulen sind die Beteiligungsrechte im Landesschulgesetz festgehalten; in § 3 Abs. 4 SchulG heißt es: „Die Schülerinnen und Schüler werden ihrem Alter und ihrer Entwicklung entsprechend in die Entscheidungsfindung über die Gestaltung des Unterrichts, des außerunterrichtlichen Bereichs und der schulischen Gemeinschaft eingebunden. Es gehört zu den Aufgaben der Schule, ihnen diese Mitwirkungsmöglichkeiten zu erschließen.“

Die skizzierten Zusammenhänge zu den drei Aufgaben- und Themenfeldern Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule unterstreichen die weitreichende Bedeutung der Beteiligung junger Menschen, zeigen jedoch auch die Erfordernis weiterer wissenschaftlicher Analysen insbesondere zur Wahrnehmung und Bewertung durch Jugendliche selbst.

Partizipation ist aber nicht nur ein Querschnittsthema, sondern auch Gegenstand spezifischer Projekte und Veranstaltungen; nicht selten in Verbindung mit dem zweiten Aspekt dieses Ka-

pitels, dem sog. bürgerschaftlichen Engagement. Letzteres ist v. a. in der Praxis nur schwer einzugrenzen; oftmals werden die Begriffe „Ehrenamt“, „bürgerschaftliches Engagement“ oder „freiwilliges Engagement“ synonym verwendet sowie mit „politischer Partizipation“ in Verbindung gebracht (BMFSFJ 2009e, S. 6 f.). Im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements „bündeln sich unterschiedliche Formen von freiwilligen, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten, gemeinwohlorientierten und im öffentlichen Raum angesiedelten Tätigkeiten. Dazu zählen traditionelle und neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und Kirchen, Freiwilligendienste, unterschiedliche Varianten der Selbsthilfe, der Wahrnehmung öffentlicher Funktionen sowie Formen der politischen Beteiligung und Mitbestimmung“ (Hartnuß/Klein 2007, S. 159).

An dieser Stelle soll über die Themen Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in der gebotenen Kürze berichtet werden; auch hierzu kann nur auf vorliegende und verfügbare Daten zurückgegriffen werden; zentrale Aspekte, die danach vorgestellt werden können, sind:

- Partizipationsangebote, -maßnahmen und -projekte in Rheinland-Pfalz:
 - Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“,
 - das Netzwerk Partizipation.
- Aktionsfelder des bürgerschaftlichen Engagements:
 - das Ehrenamt,
 - die Freiwilligendienste – FSJ und FÖJ,
 - politisches Engagement – Wahlverhalten und Wahlwunsch Jugendlicher.

3.4.1 Partizipationsangebote, -maßnahmen und -projekte in Rheinland-Pfalz

Im **Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“** heißt es: „Kinder sind Träger eigener Grundrechte, haben eine eigene Menschenwürde und das Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit“, und: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung“ (MBFJ 2006a, S. 6). Als ein zentraler Schwerpunkt für die Förderung von Kinderfreundlichkeit wird daher die Entwicklung von Partizipation angesehen (u. a. MBFJ 2006a, S. 12). Kinderfreundlichkeit kann nicht ausschließlich aus Sicht der Erwachsenen definiert werden, vielmehr sind „Kinder und Jugendliche in vielen Bereichen Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation“ (MBFJ 2002b, S. 15) und müssen als solche geachtet und in ihrer individuellen Meinung berücksichtigt werden. In den vergangenen Jahren haben gesetzliche Regelungen wesentliche Anstöße für die Entwicklung und Verbreitung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gegeben. Entsprechende Bestimmungen zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen bei Planungen und Entscheidungen, die ihre Lebenslagen betreffen, enthalten vor allem die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und die Agenda 21 sowie für das Land das rheinland-pfälzische Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, das rheinland-pfälzische Landesgesetz zur Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, die Gemeinde- und Landkreisordnung Rheinland-Pfalz sowie das Baugesetzbuch (MBFJ 2006a, S. 12).

Viele Projekte und Maßnahmen, die in diesem Aktionsprogramm gebündelt werden, wurden bereits von den zuständigen Ressorts fachlich und finanziell gestützt. Eine der wesentlichen Aufgaben bei der Stärkung der Partizipation ist die Qualifizierung und Förderung der Kommunikationsprozesse

sowie die Informationsvermittlung; als zentrale Projekte und Maßnahmen hierzu werden vorgestellt (MBFJ 2006a, S. 12 ff.)¹⁰⁴:

- Die jährlich stattfindenden Qualifizierungsmaßnahmen für kommunale Jugendvertretungen, die sog. Praxisseminare **„Fit für Mitbestimmung“**, die von der Landesregierung gefördert werden.
- **„Landesweite Treffen der kommunalen Jugendvertretungen“** der Leitstelle Partizipation. Und die Internetplattform (**www.net-part.rlp.de**) des Netzwerks Partizipation mit mittlerweile über 300 dokumentierten Partizipationsprojekten.
- Der **„Praxisordner ‚So geht's' für kommunale Jugendvertretungen und Jugendinitiativen in Rheinland-Pfalz“**, herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur/Leitstelle Partizipation in Zusammenarbeit mit qualifizierten Beraterinnen und Beratern für Partizipation und in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung. Dieser soll der Informationsvermittlung dienen und Anregungen zur Gründung, Unterstützung und Förderung kommunaler Jugendvertretungen bieten, Kenntnisse über Hintergründe und rechtliche Grundlagen der politischen Beteiligung junger Menschen vertiefen und praktische Tipps für die Umsetzung von Partizipationsprojekten vermitteln.
- Die **Broschüre „Leitlinien für Beteiligungsaktionen mit Kindern in benachteiligten Wohngebieten“**, herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur 2005, beschreibt niedrigschwellige Methoden der Beteiligung sowie Voraussetzungen im Hinblick auf Ressourcen und Rahmenbedingungen.

¹⁰⁴ Neben diesen Initiativen wurde das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation sowohl für den Kindertagesstättenbereich als auch für den Schulbereich in Rheinland-Pfalz weiter verankert.

- Der Handlungsleitfaden **„Vielfalt nutzen – Zukunft gemeinsam gestalten“** vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) soll Kinder und Jugendliche im Zuge der „Integrierten ländlichen Entwicklungsplanung (ILE)“ verstärkt für eine Beteiligung an der Regionalplanung im ländlichen Raum gewinnen.
- Die modular angelegte **Fortbildung zu Grundsatzfragen der Partizipation und zum Verfahren Spielleitplanung**. Die Fortbildung, die durch das Jugendministerium gefördert und in Kooperation mit dem Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ) im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abt. Landesjugendamt, durchgeführt wird, zielt maßgeblich auf die pädagogischen Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit im Land.
- Die **Spielleitplanung** wurde in Kooperation des Jugendministeriums und des Umweltministeriums entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Verfahren zur Verzahnung räumlicher Fachplanungen mit einer nachhaltigen Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene. Um die Situation von Kindern und Jugendlichen in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zu verbessern und Wasser- und Naturerlebnisse zu ermöglichen, unterstützt das Umweltministerium mit verschiedenen Hilfestellungen und Fördermitteln Kommunen bei der Aufstellung des planerischen Teils der Spielleitplanung, während das Jugendministerium den Beteiligungsprozess fördert. Hierbei werden Mädchen und Jungen als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation gesehen (MBFJ 2002b, S. 15). In der Entwicklungs- und Erprobungszeit von 2000 bis 2004 waren sieben Modellgemeinden beteiligt. Aktuell führen 32 Gemeinden in Rheinland-Pfalz dieses Verfahren durch (inkl. der Modellgemeinden).

Abb. 127 zeigt die Anzahl kommunaler Projekte der Spielleitplanung in Rheinland-Pfalz sowie die Höhe der dafür vom Land zur Verfügung gestellten Förderung.

Das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend und das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz bewerten die Spielleitplanung in der Veröffentlichung „Spielleitplanung – ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt“ folgendermaßen: „Mit der Erstellung und Verabschiedung des Spielleitplans ist ein erster Schritt zur Verbesserung des Lebens- und Wohnumfelds der Kinder getan.“ Die im Spielleitplan aufgeführten Projekte und Maßnahmen müssen aber nachfolgend weiter umgesetzt werden. Somit ist „die Spielleitplanung keinesfalls abgeschlossen, denn Städte und Ortsgemeinden verändern sich stetig“, worauf die Akteure der Spielleitplanung immer wieder neu reagieren müssen. Außerdem sind kommunale Planungen und Vorhaben vor dem Hintergrund der Aussagen des Spielleitplans weiterhin zu überprüfen (MBFJ/MUFV 2004, S. 87).

Ein weiterer zentraler Baustein des Aktionsprogramms „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ ist die **Stärkung der Politik mit und für Kinder**. Neben dem Kinderfest des Ministerpräsidenten und dem Jugendempfang sind auch grenzüberschreitende Initiativen und Projekte zu nennen, welche die Entwicklung kinder- und jugendpolitischer Aktivitäten im Land voranbringen sollen (www.jugend.rlp.de, MBFJ 2006a, S. 9 f.):

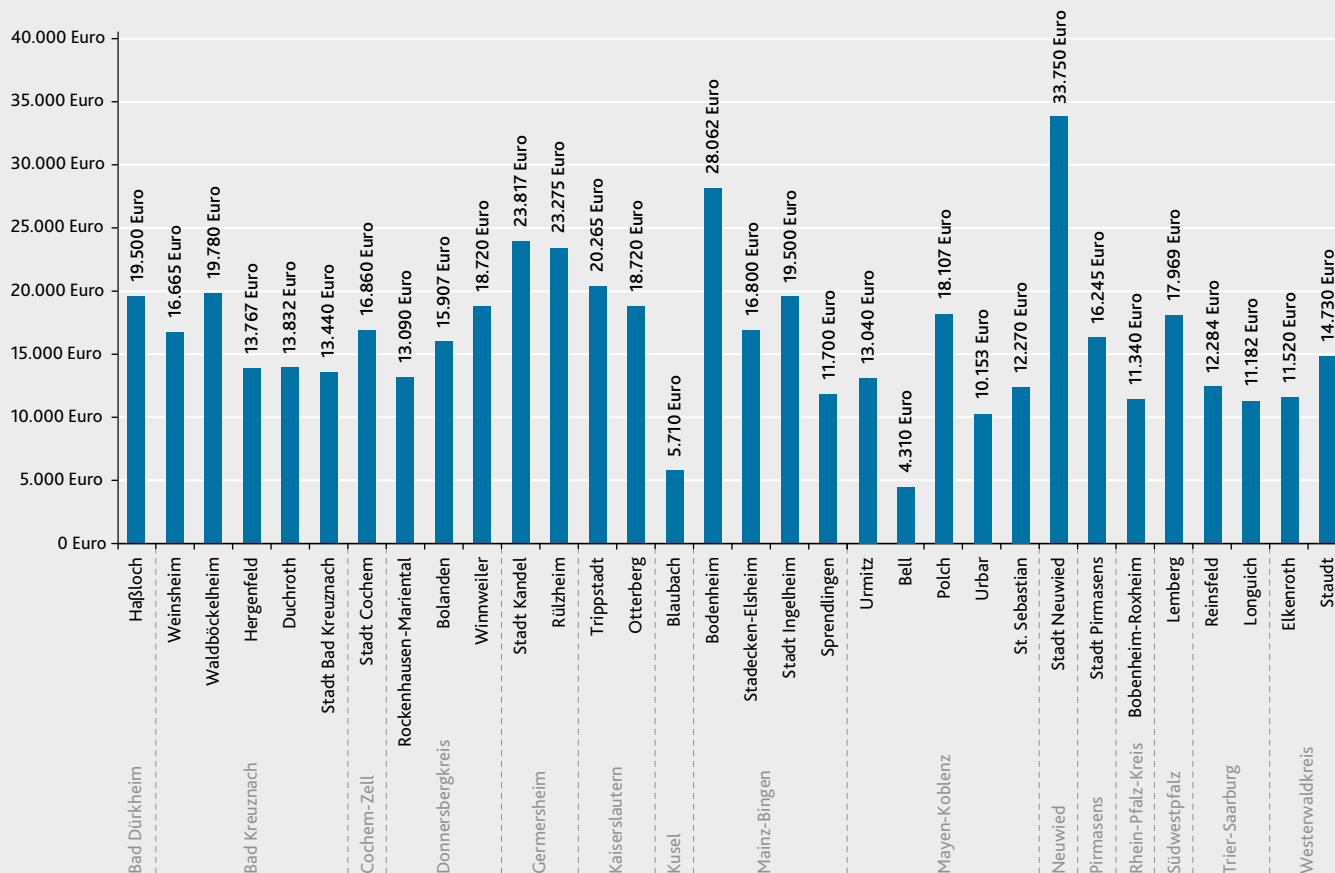
- Die Initiative der Landesregierung zur Förderung des Ehrenamts **„Wir tun was. Das Ehrenamt – gut für alle“**. Wichtigste Aspekte waren die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, die Unterstützung des Landesjugendrings und die jährliche Vergabe des Ehrenamtspreises „Herausragende Ehrenamtsprojekte der Kommune“ sowie eines Sonderpreises.
- Zur Förderung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Informationen wurde das monatliche **„Jugend-Online-Magazin“** ins Leben gerufen und seit Mai 2005 konzeptionell weiterentwickelt.

Tabelle 35: Spielleitplanung – durchführende Gemeinden

Nr.	Ortsgemeinde/Stadt	Verbandsgemeinde	Kreis
1	Stadt Neuwied	–	Neuwied
2	Bodenheim	Bodenheim	Mainz-Bingen
3	Weinsheim	Rüdesheim	Bad Kreuznach
4	Waldböckelheim	Rüdesheim	Bad Kreuznach
5	Hergenfeld	Rüdesheim	Bad Kreuznach
6	Duchroth	Bad Münster a. St.	Bad Kreuznach
7	Rockenhausen-Mariental	Rockenhausen	Donnersbergkreis
8	Stadecken-Elsheim	Nieder-Olm	Mainz-Bingen
9	Elkenroth	Gebhardshain	Altenkirchen/Westerwald
10	Stadt Ingelheim	–	Mainz-Bingen
11	Reinsfeld	Hermeskeil	Trier-Saarburg
12	Longuich	Schweich	Trier-Saarburg
13	Sprendlingen	Sprendlingen-Gensingen	Mainz-Bingen
14	Stadt Pirmasens	–	–
15	Blaubach	Kusel	Kusel
16	Urmitz	Weißenthurm	Mayen-Koblenz
17	Bell	Mendig	Mayen-Koblenz
18	Bobenheim-Roxheim	–	Rhein-Pfalz-Kreis
19	Stadt Kandel	Kandel	Germersheim
20	Polch	Maifeld	Mayen-Koblenz
21	Staudt	Wirges	Westerwaldkreis
22	Stadt Cochem	–	Cochem-Zell
23	Urbar	Vallendar	Mayen-Koblenz
24	Stadt Bad Kreuznach	–	Bad Kreuznach
25	Trippstadt	Kaiserslautern-Süd	Kaiserslautern
26	Rülzheim	Rülzheim	Germersheim
27	Lemberg	Pirmasens-Land	Südwestpfalz
28	St. Sebastian	Weißenthurm	Mayen-Koblenz
29	Bolanden	Kirchheimbolanden	Donnersbergkreis
30	Winnweiler	Winnweiler	Donnersbergkreis
31	Otterberg	Otterberg	Kaiserslautern
32	Haßloch	–	Bad Dürkheim
33	Nickenich	Pellenz	Mayen-Koblenz

Quelle: nach Auskunft des MBWJK

Abb. 127: Förderung der Spielleitplanung nach beteiligten Gemeinden



Quelle: nach Auskunft des MBWJK

- Die Internetplattform **jugend.rlp.de** informiert über und verweist auf Kinder- und Jugendpolitikangebote sowie politische Jugendbildung.
- Das jährlich stattfindende **Forum Junior**, das im August 2004 zum zehnten Mal abgehalten wurde und eine gemeinsame Zeitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz ermöglichte.
- Die länderübergreifende Kooperation **„Jugendforum der Großregion“** als Zusammenkunft von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Deutschland, Luxemburg, Belgien und Frankreich. Sie dient dem Erfahrungsaustausch zum Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in der Großregion.
- Das aus drei Jugendeinrichtungen bestehende EU-Förderprogramm **„PAMINA-Jugendnetzwerk“** der Staatskanzlei bemüht sich um Kontaktförderung und Kooperation zwischen Jugendlichen mit dem Ziel, durch bessere Vernetzung zu Informationsaustausch, Animation und Kontaktvermittlung beizutragen.

Die beschriebenen Angebote, Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind sicherlich vielfältig, qualifiziert und umfangreich. Andererseits sind die Wirkungen dieser Projekte und Maßnahmen kaum evaluiert.

Wie bereits im Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ beschrieben, stellt insbe-

sondere das **Netzwerk Partizipation** – verfügbar unter www.net-part.rlp.de – eine wesentliche Plattform rheinland-pfälzischer Partizipationsangebote dar.

Projekte aus diesem Netzwerk können für alle 36 kreisfreien Städte und Landkreise nachgewiesen werden, sie sind ausführlich beschrieben und nach „Projekt beendet“ bzw. „laufendes Projekt“ klassifiziert. Sie werden aufgrund ihrer Struktur zu den „institutionellen“ bzw. „projektbezogenen Projekten“ gezählt (siehe Abb. 128).

Die Jugendbeteiligungsprojekte werden nach ihrem Hauptschwerpunkt unterschieden in **institutionelle Formen** wie Kinderbeiräte und Jugendparlamente oder in **projektbezogene Formen** wie die Kinder- und Jugendbefragungen, Umweltprojekte oder die Kinderkultur- und Medienprojekte.

Tabelle 36: Modellformen nach Net-Part

Modellformen
Institutionelle Formen
<ul style="list-style-type: none"> • Kinder- und Jugendparlamente und -beiräte • Kinder- und Jugendforen und -versammlungen • Mitbestimmung in schulischen und außerschulischen Einrichtungen • Mitbestimmung in Vereinen und Organisationen/ Jugendringe • Kinderbüros, Kinderbeauftragte, Lobby für Kinder • Kinderfreundlichkeitsprüfungen • Netzwerke
Projektbezogene Formen
<ul style="list-style-type: none"> • Erkundung und Planung des Stadtteils • Kinderkultur- und Medienprojekte • Mädchenprojekte • Umweltprojekte • Methoden-Leitfaden Schleswig-Holstein • Kinder- und Jugendbefragungen

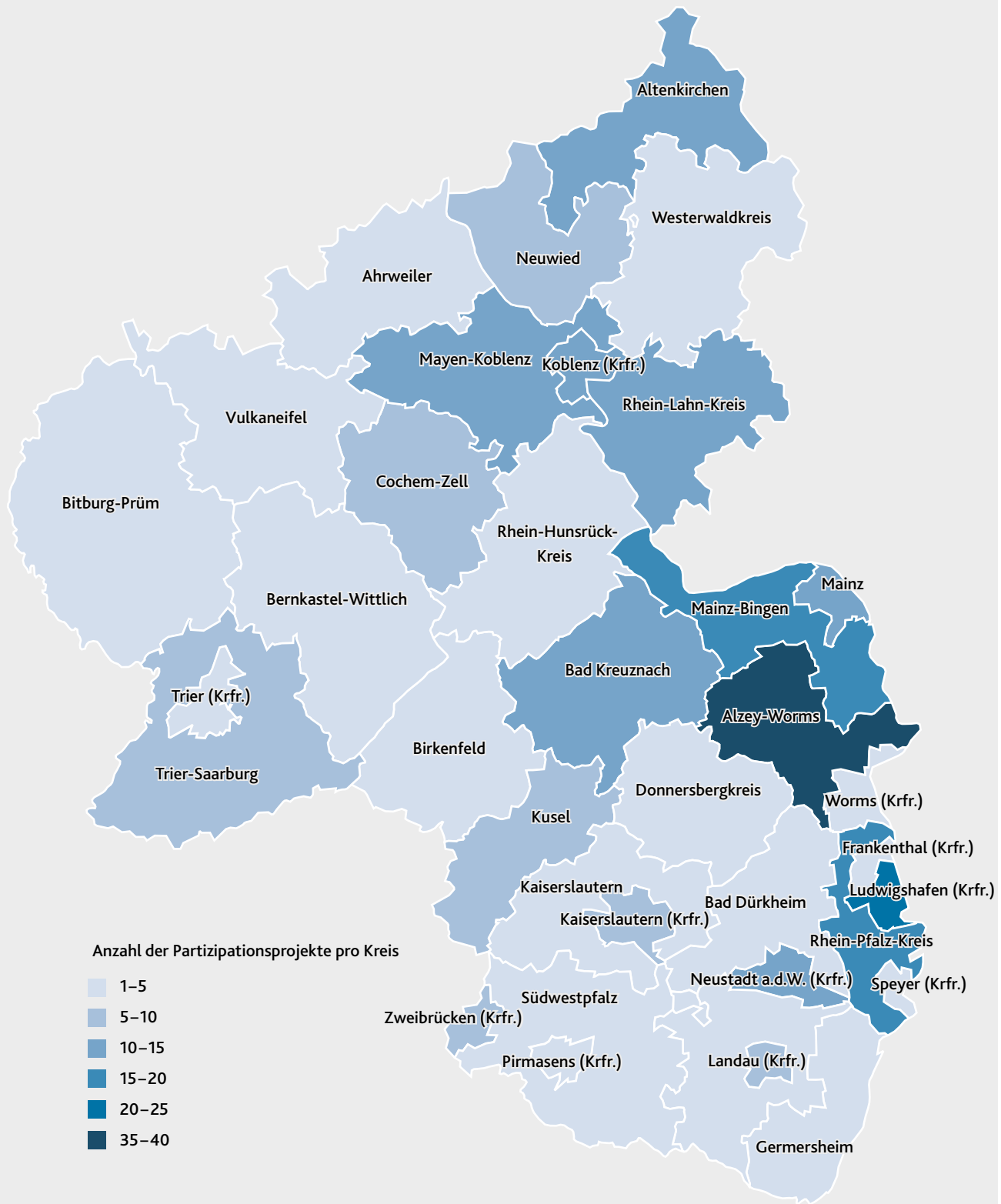
Quelle: MBWJK (<http://net-part.mbwjk.rlp.de/index.php?id=20>)

Ferner können die Partizipationsprojekte nach direkten und indirekten Formen unterschieden werden (MBFJ 2002b, S. 35).

- **„Direkte Beteiligung** zeichnet sich dadurch aus, dass Kinder und Jugendliche, unmittelbar partizipieren und somit Entscheidungen und Prozesse beeinflussen können“ (MBFJ 2002b, S. 35). Sie wird unterschieden in „repräsentative Beteiligungsformen“, „offene Beteiligungsformen“, „projektbezogene Formen“, „Vertretung von Kindern und Jugendlichen in Erwachsenengremien“ und „Politiker und Politikerinnen-Kontakte“ (MBFJ 2002, S. 36).
- Die **„indirekte Beteiligung** ist dadurch gekennzeichnet, dass Stellvertreterinnen und Stellvertreter die Anliegen einer bestimmten Gruppe wahrnehmen“ (MBFJ 2002b, S. 37). Zu den Formen der indirekten Beteiligung zählen vorrangig die verwaltungszentrierten Formen (MBFJ 2002b, S. 37).

Das Netzwerk Partizipation informiert in der Hauptsache über die Formen direkter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen des Landes. Unter kommunalen Jugendvertretungen werden verschiedene, in der Regel institutionelle Formen der Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen verstanden. Das Spektrum erstreckt sich von formalen „Kinder- und Jugendparlamenten“ und „Kinder- und Jugend(bei)räten“ über „offene Kinder- und Jugendforen“ bis zu „schwach strukturierten Kinderversammlungen“ und „Kinder- und Jugendkonferenzen“. „Die Kinder und Jugendlichen, die in der kommunalen Jugendvertretung engagiert sind, vertreten nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern möglichst die aller Kinder und Jugendlichen ihrer Kommune“. Laut Netzwerk Partizipation bestehen in Rheinland-Pfalz derzeit (Stand: November 2009) insgesamt 57 Jugendvertretungen, die sich für die Interessen und Belange der Kinder und Jugendlichen in ihren Gemeinden und Städten einsetzen. Die Kinder

Abb. 128: Kinder- und jugendpolitische Landkarte



Quelle: MBWJK (<http://net-part.mbwjk.rlp.de/index.php?id=landkarte&L=0>)

und Jugendlichen sind dabei in 18 Jugendvertretungen, 16 Jugendräten, 12 Jugendparlamenten, 8 Jugendbeiräten sowie 3 Jugendforen organisiert.¹⁰⁵

Als besonders hervorzuhebender Schwerpunkt der Kinder- und Jugendbeteiligung führt das Netzwerk Partizipation auch die bereits weiter oben beschriebene Spielleitplanung an. Auch für die jüngsten Kinder werden Angebote zur Beteiligung in Kitas beschrieben. Ferner können Informationen über Gender-Mainstreaming-Beteiligungsprojekte sowie Beratungs- und Fortbildungsangebote zur Qualifizierung Erwachsener als Begleiter und Betreuer der Jugendlichen in den Beteiligungsprojekten abgerufen werden. Diese Angebote sind als Querschnittsthemen in allen Projekten zu verstehen.

3.4.2 Aktionsfelder bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen in Rheinland-Pfalz

In den letzten Jahren hat das Thema „bürgerschaftliches Engagement“ insgesamt in der öffentlichen (politischen) sowie der wissenschaftlichen Diskussion erheblich an Bedeutung gewonnen. So ist im Jahr 2001 von den Vereinten Nationen das „internationale Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen worden; auch wurde 1999 auf Bundesebene eine Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ eingerichtet sowie im Jahr 2002 ein „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)“ (Hartnuß 2007, S. 160) gegründet. In Rheinland-Pfalz hat sich vor allem die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ in ihrem Bericht von 2005 (vgl. hierzu Landtag Rheinland-Pfalz 2005a: Bericht der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik – Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln,

¹⁰⁵ Vgl. <http://net-part.mbwjk.rlp.de>; hierzu steht darüber hinaus das Muster einer Satzung zur Einrichtung einer Jugendvertretung unter dem aufgeführten Link zur Verfügung. Dieses wurde von den Geschäftsstellen von Städtetag, Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag entwickelt und mit dem Ministerium des Inneren und für Sport abgestimmt.

Demokratie stärken“) intensiv mit Ausmaß und Formen bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen beschäftigt. Weiterhin sind hier auch die regelmäßig erscheinenden Landesstudien zum „Freiwilligen Engagement“ (Ministerium des Inneren und für Sport 2001, 2005 und noch nicht erschienen für 2009) anzuführen.

Eine Tendenz zur Einschätzung des bürgerschaftlichen Engagements durch die jungen Menschen selbst ermöglichen die Ergebnisse der „Aktion dorf. test – Jugend mischt mit“¹⁰⁶ des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz. Hier gab die überwiegende Mehrheit der Befragten (64 %) an, bereit zu sein, sich in der Gemeinde für Verbesserungen zu engagieren. Dabei war die Bereitschaft der weiblichen Befragten höher (68 %) als die der männlichen Befragten (60 %). Die höchste Bereitschaft zeigte sich bei den jüngeren Befragten zwischen 13 und 15 Jahren mit 66 %. Festzustellen ist weiterhin, dass die Tendenz sich aktiv zu beteiligen steigt, je mehr die Befragten sich bereits beteiligen. Bei den Nicht-Engagierten beträgt der Anteil 57 %, bei einfach Engagierten 64 % und bei mehrfach Engagierten sogar 71 %. Die bestehenden Möglichkeiten, sich aktiv zu engagieren, wurden mehrheitlich negativ bewertet. Allerdings zeigt sich auch hier: „Je stärker das Engagement, desto positiver werden die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten bewertet“ (Landesjugendring 2009, S. 20 f.).

Da sich bislang keine allgemein anerkannte Definition für „bürgerschaftliches Engagement“ durchgesetzt hat, soll hier über die bekanntesten Kategorien und Aktionsfelder junger Menschen berichtet werden:

- das Ehrenamt,
- die Freiwilligendienste – FSJ und FÖJ,
- das politische Engagement.

„**Ehrenamtliche Tätigkeit** bezeichnet die freiwillige Tätigkeit zum Wohle Anderer und der Allgemeinheit“ und wird in „Vereinen und Verbänden, als ‚neues Ehrenamt‘ in Selbsthilfegruppen die

¹⁰⁶ Die Studie ist nicht repräsentativ (vgl. dazu auch Landesjugendring 2009, S. 6).

Förderung eigener Belange mit Hilfe für Andere verknüpfend oder projektbezogen“ geleistet (Igl u. a. 2002, S. 225).

Zum Themenfeld Ehrenamt bietet die Landesstudie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz 1999 – 2004 im Trend“, die im Auftrag des Ministeriums des Inneren und für Sport durchgeführt wurde, einen Überblick aller freiwilligen Projekte in Rheinland-Pfalz.¹⁰⁷ Der Freiwilligensurvey ist eine landesweite telefonische Befragung, die 2004 zum zweiten Mal seit 1999 mit etwa 15.000 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern ab 14 Jahren durchgeführt wurde. Erfasst werden sollte die Anzahl der Menschen, die seit 1999 außerhalb ihrer üblichen familiären und beruflichen Verpflichtungen freiwillig und überwiegend ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen bzw. in Zukunft

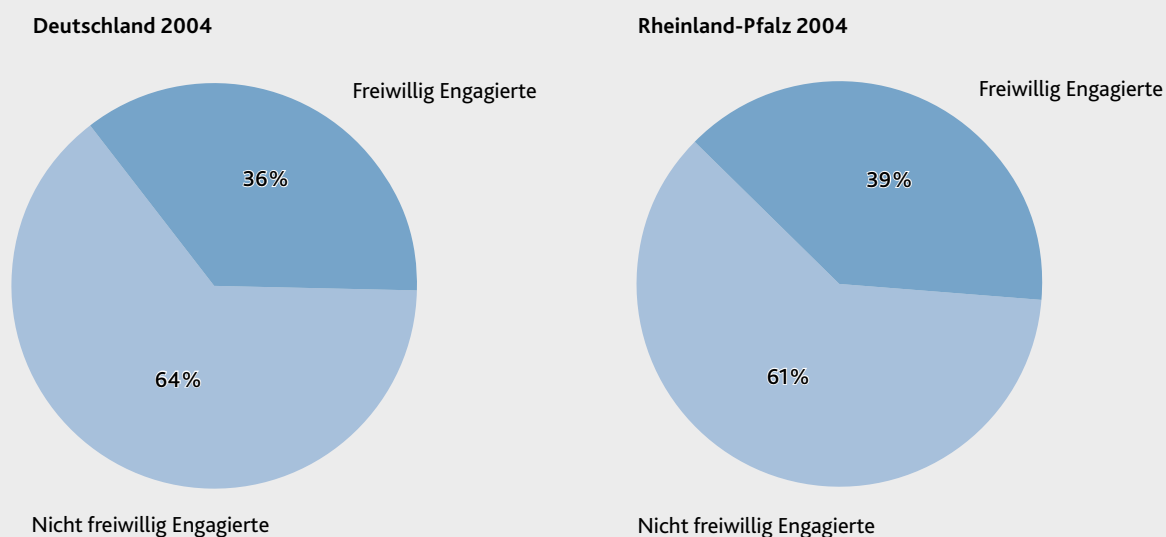
¹⁰⁷ Die Studie ist sehr umfangreich, jedoch lediglich teilweise auf Bundesländerebene dokumentiert. Auch die Alterskategorien von „14 – 30“ bzw. „14 – 35“ sind nur eingeschränkt zur Abbildung der Kinder- und Jugendsituation verwendbar. Da aber in die Daten auch die Aktivitäten der unter 18-Jährigen einfließen und man annehmen kann, dass das Verhalten der Erwachsenen bezüglich des Ehrenamts Auswirkungen auf die jüngere Generation hat, sind die Ergebnisse in diesem Zusammenhang dennoch von Interesse.

nachgehen möchten.¹⁰⁸ Diese wissenschaftliche Berichterstattung zeigt, dass die Bedeutung des öffentlichen und gemeinnützigen Engagements in den letzten 5 Jahren weiter zugenommen hat. In Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2004 die Anzahl der aktiv Beteiligten 3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 70 %.

Allerdings wird auch festgestellt, dass nur 39 % der Befragten angeben, sich freiwillig zu engagieren, während 61 % sich nicht freiwillig engagieren. Damit liegt Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt (Ministerium des Innern und für Sport 2001, S. 21). Grundsätzlich lässt sich auch aussagen, dass die Anzahl an freiwillig Engagierten bei beiden Geschlechtern und in allen Altersklassen seit 1999 angestiegen ist. Waren es 1999 noch 35 % Männer, die aussagten, sich zu engagieren, so sind es 2004 schon 44 %. Bei den Frauen liegt der Prozentsatz bei 34 % und ist in den letzten fünf Jahren um 3 Prozentpunkte angestiegen (Ministerium des Innern und für Sport 2005, S. 27).

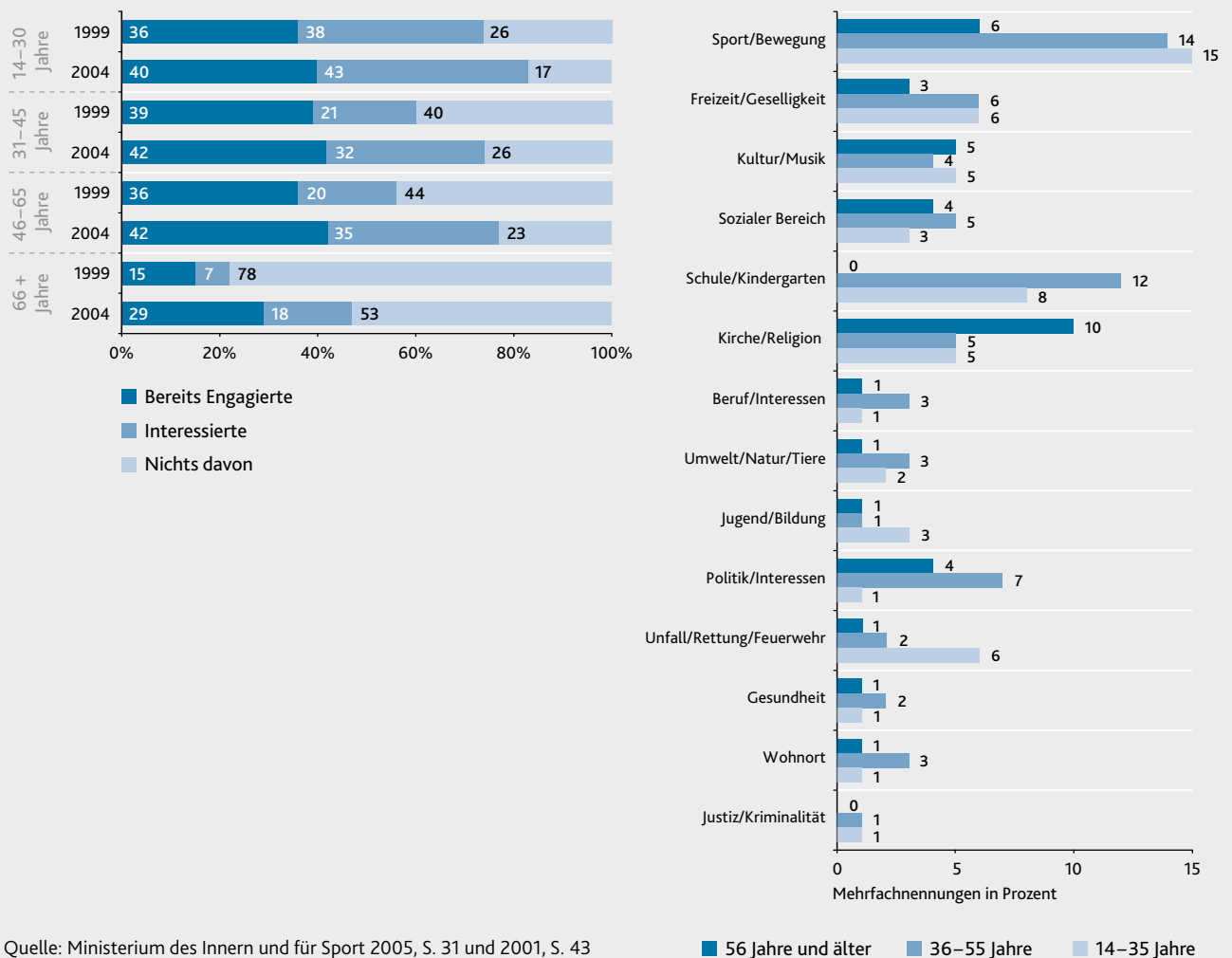
¹⁰⁸ Für das Jahr 2009 wird der dritte Freiwilligensurvey vorbereitet, der die Trends der Gemeinschaftsaktivität und des freiwilligen Engagements in Deutschland für eine Zehnjahresperiode abbilden soll. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen hierüber aber keine weiteren Informationen vor.

Abb. 129: Engagement 2004 Bundesrepublik Deutschland und Rheinland-Pfalz



Quelle: Ministerium des Innern und für Sport 2005, S. 18

Abb. 130: Am Engagement Interessierte nach Alter und freiwilliges Engagement in Einzelbereichen



Quelle: Ministerium des Innern und für Sport 2005, S. 31 und 2001, S. 43

In der näher differenzierten Betrachtung des zweiten Freiwilligensurveys ist außerdem festzustellen, dass vor allem die aktive Beteiligung eine wichtige Rolle in allen Altersstufen spielt und in den letzten Jahren gestiegen ist: So gaben 40 % der 14- bis 30-Jährigen an, sich aktiv freiwillig zu engagieren. Die 31- bis 45-Jährigen und die 46- bis 65-Jährigen bildeten 2004 mit je 42 % die größte Gruppe innerhalb der aktiven Beteiligung. Und nur 29 % der über 66-Jährigen gaben an, sich freiwillig zu beteiligen (ebd., S. 31). Außerdem ist deutlich, dass die aktive Beteiligung in allen vier Altersgruppen seit 1999 deutlich gestiegen ist.

Die bevorzugten Einsatzgebiete waren laut dem vorhergehenden Freiwilligensurvey von 1999 bei den 14- bis 35-Jährigen Sport (15 %), Schule und Kindergarten (8 %) sowie Unfall/Rettung/Feuerwehr (6 %); die Einsatzgebiete mit dem geringsten Zulauf von je 1 % waren die Bereiche Beruf, Umwelt/Natur/Tiere, Jugend/Bildung, Politik, Gesundheit, Wohnort und Justiz/Kriminalität (Ministerium des Innern und für Sport 2001, S. 43).

Insgesamt dürfen die weiter angestiegene Engagementbereitschaft und das gewachsene mediale Interesse jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine tragfähige Infrastruktur effektiver Engagementförderung weiter etabliert werden muss (Hartnuß 2007, S. 160).

So stellt auch der Landtag Rheinland-Pfalz fest, dass es in Zukunft ein Ziel sein müsse, die ehrenamtliche Struktur, vor allem Bündnisse im ländlichen Raum, weiter abzusichern und weiterzuentwickeln. Außerdem solle das Thema Ehrenamts-Management weiter an Bedeutung gewinnen. Es sei auch zu überlegen, ob in enger Kooperation mit der Leitstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ die Entwicklung ehrenamtlichen Engagements nachhaltig weiter gesichert werden könne, denn grundsätzlich sei die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum ehrenamtlichen Engagement für lokale Bündnisse, insbesondere für Familien, sehr hoch (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 53).

Eine der bildungspolitischen Anstrengungen zur Förderung des Ehrenamts ist die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und Bürgerengagement, online verfügbar unter <http://www.wir-tun-was.de>. Sie bündelt verschiedene Informationen zu Studien, Veröffentlichungen sowie Veranstaltungen (wie beispielsweise den landesweiten Ehrenamtsfest am 04. 10. 2009), bietet außerdem die Möglichkeit, sich über Wettbewerbe, Stiftungen und rechtliche Voraussetzungen im Ehrenamt zu informieren und stellt eine Datenbank mit rheinland-pfälzischen Vereinen und Initiativen sowie Ehrenamtsvermittlung und lokalen Ehrenamtsbörsen zur Verfügung.

Darüber hinaus können ehrenamtliche Jugendleiterinnen und Jugendleiter seit 1998 die Jugendleiter/in-Card „Juleica“ erwerben, die durch Fördermittel des Jugendministeriums unterstützt wird. Sie kann von jedem bei einem freien oder öffentlichen Träger der Jugendhilfe ehrenamtlich engagierten jungen Menschen beantragt werden. Durch die Card erhalten die Inhaberinnen und Inhaber Ermäßigungen und Vergünstigungen sowie Legitimation in ihrer Arbeit als Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Sie soll der Unterstützung, Anerkennung und Stärkung der ehrenamtlichen Jugendleiterinnen und Jugendleiter dienen (www.jugend.rlp.de).

Das **Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)** und das **Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)** bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, sich freiwillig bürgerschaftlich zu engagieren. „Ein Freiwilligendienst ist ein Bildungsdienst und verbessert die Ausbildungs- und Erwerbschancen“.¹⁰⁹ Im 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung heißt es: „Freiwilligendienste sind Ausdruck sozialen Bewusstseins und bürgerlichen Denkens. Sie fördern die persönliche und berufliche Entwicklung durch den Einsatz in pädagogischen, betreuenden, pflegerischen, ökologischen, sportlichen und kulturellen Arbeitsfeldern von gemeinnützigen Einrichtungen, Projekten und Initiativen einschließlich der Kinder- und Jugendhilfe“ (BMFSFJ 2002, S. 203).

Das Bundesministerium fördert den Freiwilligendienst und informiert Jugendliche, die sich für ein Freiwilliges Soziales oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr interessieren.¹¹⁰ „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwerben wichtige soziale und personale Kompetenzen, die als Schlüsselqualifikationen am Arbeitsmarkt sehr gefragt sind. Freiwillige leisten damit einen wertvollen Beitrag für sich und für die Gesellschaft“.¹¹¹ Zu den wichtigsten Datenquellen hinsichtlich des Freiwilligen Sozialen Jahres in Rheinland-Pfalz zählen die Angaben des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und das FSJ Kultur, für das Freiwillige Ökologische Jahr in Rheinland-Pfalz das FÖJ-Konsortium der Umweltverbände Rheinland-Pfalz und der FÖJ-Ring.

Das **Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)** baut auf dem Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFDG) auf. Es ist als Orientierungs- und Bildungsjahr für junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren angelegt und soll zugleich einen Zugang zur Arbeitswelt eröffnen.¹¹² Laut Internetplattform

¹⁰⁹ <http://www.foej-rlp.de>

¹¹⁰ Zu den Freiwilligendiensten werden üblicherweise die sozialen Dienste im In- und Ausland gezählt (vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 251); es liegen darüber jedoch bislang keine Daten vor.

¹¹¹ <http://www.foej-rlp.de>

¹¹² <http://www.foej-rlp.de>

des BMFSFJ gibt es 2009 in Rheinland-Pfalz insgesamt 21 Ansprechpartner, von denen 19 für das Inland und 4 für das Ausland zuständig sind.

Das Kulturbüro Rheinland-Pfalz möchte die kulturellen Kompetenzen von Jugendlichen und Erwachsenen stärken, nachhaltige Projekte initiieren und umsetzen. Dabei soll auch eine praxisnahe Qualifizierung und Vernetzung angeboten und gefördert werden. Das Kulturbüro versteht sich als Anlaufstelle und Dienstleistungseinrichtung für die gesamte freie Kulturszene in Rheinland-Pfalz und unterstützt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur beim Programm „Auf- und Ausbau von Jugendkunstschulen in Rheinland-Pfalz“. Seit Februar 2006 ist das FSJ-Kultur ein anerkannter Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur. Seit August 2007 kann innerhalb des FSJ Kultur das Freiwillige Soziale Jahr an über 60 Ganztagschulen im nördlichen Rheinland-Pfalz angeboten und durchgeführt werden.

Die Internetplattform www.fsj-ganztagsschule.de des FSJ Kultur listete am 28. 07. 2009 104 teilnehmende Schulen auf. Dabei liegt der Schwerpunkt mit 51 Schulen auf den Grundschulen in Rheinland-Pfalz (FSJ Kultur 2009).¹¹³

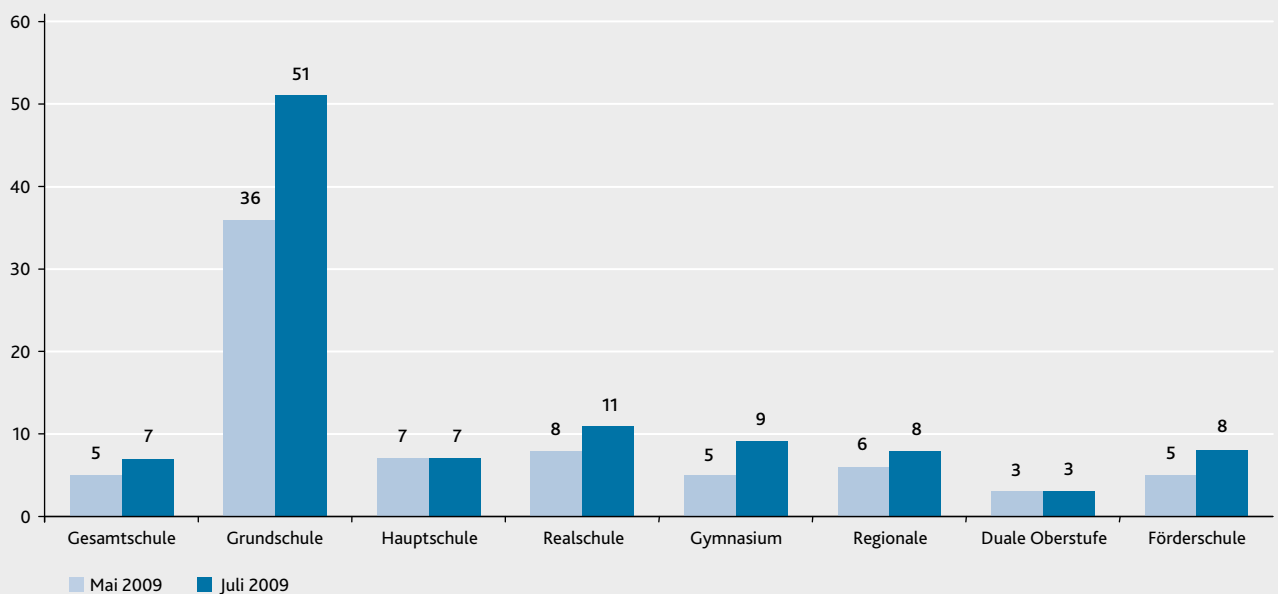
Wie Abbildung 131 zeigt, ist ein bemerkenswerter Anstieg in nur zwei Monaten von 75 auf 104 vermerkte teilnehmenden Schulen zu verzeichnen. Der größte Zuwachs liegt wiederum im Bereich der Grundschulen. Zwischen den Monaten Mai 2009 und Juni 2009 ist die Anzahl der verzeichneten teilnehmenden Grundschulen von 36 auf 51 angestiegen (FSJ Kultur).¹¹⁴

Seit 1996 ist in Rheinland-Pfalz die Teilnahme an einem **Freiwilligen Ökologischen Jahr** möglich. Es soll jungen Menschen die Möglichkeit bieten, ihre Persönlichkeit sowie ein Umweltbewusstsein zu entwickeln, und das Erkennen und Verstehen ökologischer Zusammenhänge fördern.

¹¹³ <http://www.fsj-ganztagsschule.de>

¹¹⁴ <http://www.fsj-ganztagsschule.de>

Abb. 131: Teilnehmende Schulen Mai/Juni 2009



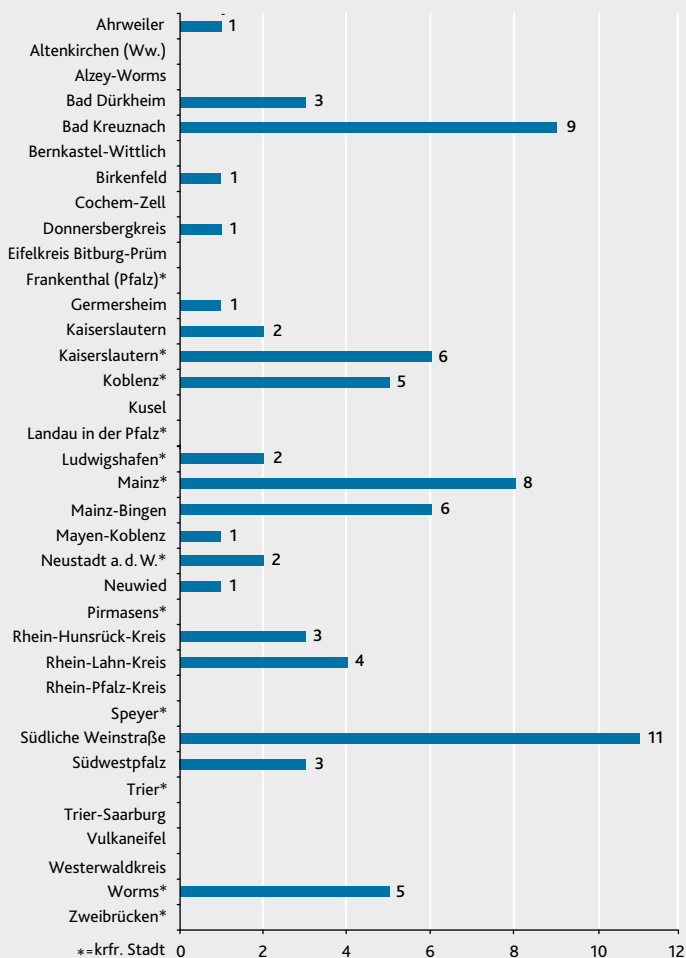
Quelle: FSJ-Kultur (<http://www.fsj-ganztagsschule.de>)

Wie das FSJ ist auch das FÖJ als ein Bildungsjahr für junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren angelegt.¹¹⁵ Bezüglich des aktuellen Standes des FÖJ in Rheinland-Pfalz soll hier auf die Internetplattform des FÖJ-Rheinland-Pfalz¹¹⁶ verwiesen werden. Die dort verzeichneten Daten sind in Abb. 132 dargestellt.

¹¹⁵ <http://www.mufv.rlp.de/index.php?id=5036>

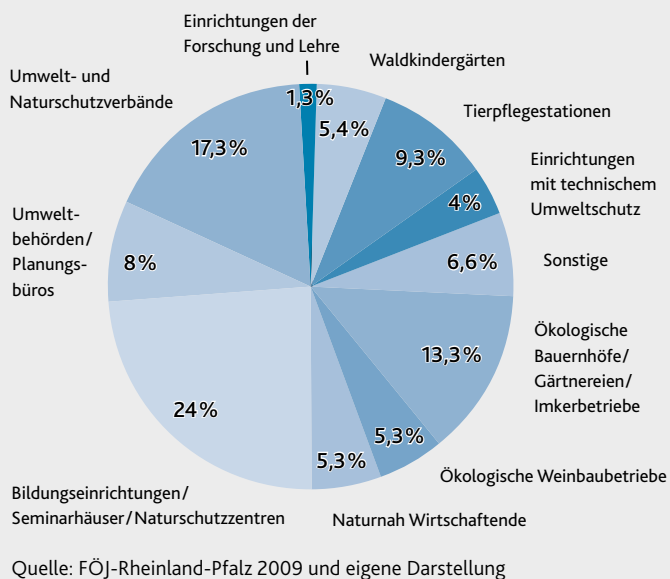
¹¹⁶ <http://www.foej-rlp.de>

Abb. 132: Einsatzstellen FÖJ 2009



Quelle: FÖJ-Rheinland-Pfalz 2009 (<http://www.foej-rlp.de>)

Abb. 133: Einsatzstellen FÖJ 2009



Quelle: FÖJ-Rheinland-Pfalz 2009 und eigene Darstellung

Insgesamt werden in 11 verschiedenen Bereichen 75 Einsatzstellen erfasst. Die Landkreise mit den meisten Einsatzgebieten sind 2009 Bad Kreuznach (9) und Südliche Weinstraße (11). Insgesamt gibt es mit 24 % die meisten Einsatzstellen in Bildungseinrichtungen wie Seminarhäusern, Naturschutzzentren und Museen (siehe Abb. 133).

Erwähnung finden soll auch die Ehemaligenarbeit des FÖJ, da sie zeigt, dass das Interesse der Beteiligten weit über das eigentliche freiwillige Jahr hinausgehen kann. Seit 1997 gibt es regelmäßig stattfindende Ehemaligentreffen als selbstorganisierte Seminargruppen an gemeinsam veranstalteten Wochenenden. Darüber hinaus wurde 1999 die Grundlage zu einer „Berufs-Info-Börse“ geschaffen, die es FÖJ’lerinnen und FÖJ’lern ermöglicht, in den gegenseitigen Austausch zu treten. Hier können Interessierte nicht nur Inhalte wie Ausbildung und Studium der Ehemaligen abrufen, sondern auch über deren Kontaktdaten weitere Informationen zu ihrer Berufsorientierung erhalten.

Politisches Engagement – Wahlverhalten und Wahlwünsche Jugendlicher

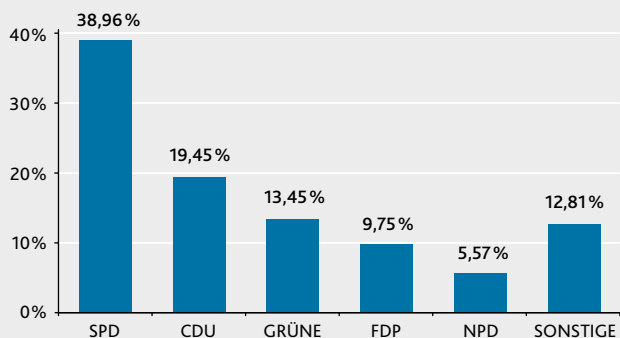
Aktuell sind Fragen nach der politischen Beteiligung junger Menschen bzw. ihrer Distanz zur Politik für Rheinland-Pfalz eingehend und fundiert im Bericht der Enquete-Kommission „Jugend und Politik – Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ thematisiert worden (Landtag 2005a). Die Enquete-Kommission hat sich 2004/05 eingehend und unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit dem Verhältnis von Jugend und Politik beschäftigt und eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. So wurde u. a. danach gefragt, wie junge Menschen ihr Leben gestalten möchten und an welchen Stellen sie sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt fühlen oder bereit sind, für andere Verantwortung zu übernehmen. Vielfältige Beispiele, „die sich bei Befragungen sowie Besuchen vor Ort ergeben haben, zeigen, dass es möglich ist, das Verhältnis von jungen Menschen zu Gesellschaft und Politik positiv zu gestalten und vorhandene Distanzen immer mehr zu überwinden. Voraussetzung dafür ist ein ständiges Bemühen von Politik und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Räten und Parlamenten, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen und in Kontakt zu bleiben“ (Landtag 2005a, S. 11).

Ein in der politischen Diskussion immer wieder interessierender Aspekt des politischen Engagements junger Menschen ist ihre Wahlbeteiligung bzw. sind ihre Wahlwünsche. Im Jahr 2006 fand parallel zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz eine fiktive Wahl mit 10.000 Schülerinnen und Schülern an 55 Schulen statt.

Die sogenannte Juniorwahl 2006 wurde durch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landtag in Kooperation mit Kumulus e.V. durchgeführt. Das erklärte Ziel war laut Landesjugendring das Üben und Erlernen von Demokratie (ab Klasse 7). Der Schwerpunkt lag auf der politischen Willensbildung und der Heranführung an die zukünftige Partizipation innerhalb des politischen

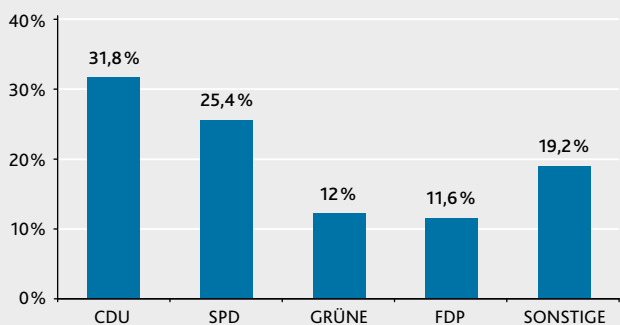
Systems. Die Juniorwahl sollte einen Beitrag zur politischen Sozialisation von Jugendlichen leisten und die Beteiligung junger Menschen an Demokratie steigern. Unter den teilnehmenden Schulen waren 13 Gymnasien, 10 Realschulen sowie 6 Hauptschulen. Die Durchführung geschah in der Woche vor dem jeweiligen Wahlsonntag als Online-Wahl am Computer. Die Ergebnisse wurden von Kumulus e.V. anonymisiert bekannt gegeben.

Abb. 134: Ergebnisse Juniorwahl



Quelle: Landesjugendring Rheinland-Pfalz 2006, S. 3
http://www.ljr-rlp.de/cms/upload/pdf/Info-Aktuell/Ausgabe_2006-03.pdf

**Abb. 135: Ergebnisse Europawahl 2009
Altersklasse 18 bis 24**



Quelle: Statistisches Landesamt 2009h, S. 22 und eigene Darstellung

Obwohl die Juniorwahl nicht als eine repräsentative Umfrage anzusehen ist, sondern als Instrument zur politischen Bildung, wurde auf die hohe Prozentzahl von Schülerinnen und Schülern, die 2006 rechte Parteien gewählt hatten (5,57 % NPD und 2,04 % Republikaner), hingewiesen.¹¹⁷

Im Unterschied zur fiktiven Juniorwahl zeigen die Auswertungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zur Europawahl 2009 ein relativ ausgewogenes Wahlergebnis von CDU (31,8 %)

¹¹⁷ Bezieht sich auf die Erläuterungen des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e.V. (http://www.ljr-rlp.de/cms/upload/pdf/Info-Aktuell/Ausgabe_2006-03.pdf).

und SPD (25,4 %). Anders als bei der Juniorwahl ist die CDU dabei führend. Die Ergebnisse der übrigen Parteien weichen hingegen kaum vom Bild der Juniorwahl ab. Die „sonstigen Parteien“ erreichen einen Wert von 19,2 %. Zu vermuten ist hier, wie schon bei der Juniorwahl, ein ausgeprägtes rechtsorientiertes Wahlverhalten. Außerdem kann festgestellt werden, dass die tatsächliche Wahlbeteiligung mit 40,3 bzw. 45,2 % in den Altersgruppen 18–20 und 21–24 am niedrigsten war. Laut dem statistischen Landesamt könne dies z.T. mit ausbildungs- und berufsbedingter erhöhter Mobilität und damit verbundenem Zeitmangel erklärt werden. Vermutet wird aber auch, dass die Stimmenthaltung als Form der Protesthaltung oder als mangelndes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien zum Ausdruck kommt (Statistisches Landesamt 2009h, S. 15 ff.).

Es gibt unterschiedliche Quellen, die einen deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung und des politischen Interesses junger Menschen aufzeigen.

Sowohl die Shell-Jugendstudie 2006 als auch die Auswertungen des statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zeigen deutliche Abnahmen des politischen Interesses in Verbindung mit politischen Parteien in den letzten Jahren; jedoch ist in jüngster Zeit eine wieder leicht ansteigende Tendenz erkennbar. Diese Entwicklung zeigt sich sowohl bundesweit als auch in Rheinland-Pfalz (Shell 2006, S. 105, Statistisches Landesamt 2009g, Statistisches Landesamt 2009h).

Abschließend kann zum Themenfeld Partizipation und bürgerschaftliches Engagement festgehalten werden, dass es auf breites Interesse stößt, in den Medien, wie in Politik und Wissenschaft. Welche konkrete Bedeutung allerdings Partizipationsprojekte und freiwilliges Engagement für die Gestaltung der Lebenswirklichkeit junger Menschen haben, lässt sich aus vorliegenden Daten weder auf Bundesebene noch für Rheinland-Pfalz und seine Regionen beantworten. Es muss daher offen bleiben, wie Kinder und Jugendliche das vorliegende Partizipations- und Engagementangebot wahrnehmen und beurteilen. Insbesondere wäre von

Interesse, ob Kinder und Jugendliche sich dabei als selbstwirksam und handlungsmächtig erfahren. Die besondere Bedeutung solcher Erfahrungen wird in den folgenden Berichtsteilen nochmals ausführlicher gewürdigt und ist auch ein zentraler Baustein für das für diesen ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz entwickelte Konzept einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung.

ZWEITER BLICK

VON DER BESCHREIBUNG ZUR DEUTUNG:
REGIONAL DIFFERENZIERENDE SOZIALBERICHT-
ERSTATTUNG ZU LEBENSSITUATIONEN
UND LEBENSCHANCEN JUNGER MENSCHEN

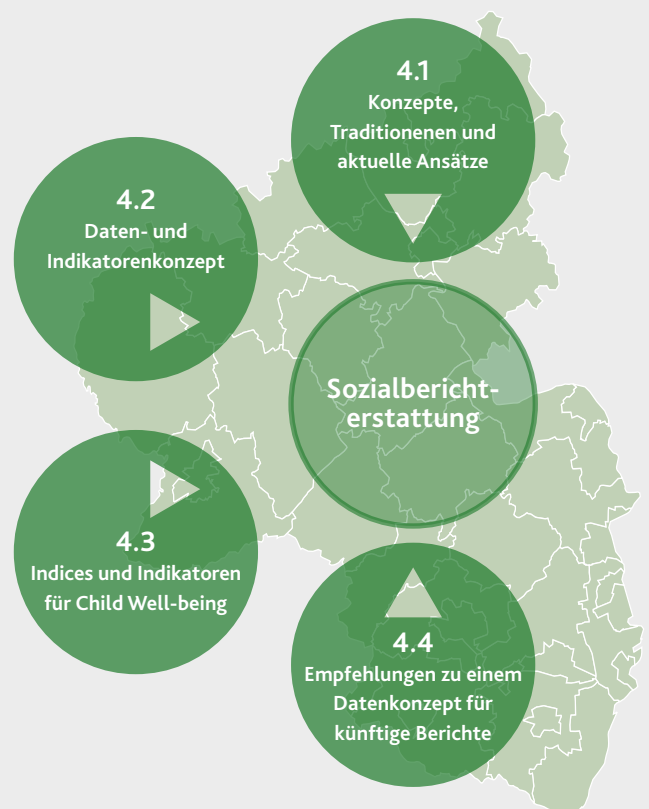
4. DAS KONZEPT FÜR EINE REGIONAL DIFFERENZIERENDE SOZIALBERICHTERSTATTUNG

Im Folgenden wird der Blick auf die 36 Landkreise und kreisfreien Städte gelenkt. Dieser „zweite Blick“ soll im Unterschied zum nach Themenfeldern geordneten ersten Teil des Berichts insbesondere die Vielfalt der auf Kreisebene bzw. Ebene der kreisfreien Städte vorliegenden Daten gebündelt vorstellen. Hier stehen also nicht mehr einzelne Themenbereiche im Vordergrund, sondern eine begründete Zusammenschau.

Die in Kapitel 2 und 3 bereits verwendeten Kennzahlen, die auch hier berücksichtigt werden, sind durch Markierungen gekennzeichnet. Somit werden nicht alle dort verwendeten Daten, über die ausführlich berichtet wurde, auch hier angeführt – und umgekehrt. Eine Entsprechung der verwendeten Kennzahlen hätte nicht nur den Rahmen dieses Berichts gesprengt, sondern ist auch angesichts der unterschiedlichen Fokussierungen der Kapitel – nach Themenfeldern geordnete Daten und Fakten einerseits und zu einem regional differenzierenden Konzept verdichtete Kennzahlen andererseits – wenig zielführend. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass in den Kapiteln 2 und 3 z.T. aktuellere Daten verwendet wurden; dies ist der Arbeitsweise der Projektgruppe geschuldet. Die Kapitel 2 und 3 wurden im Anschluss an das Konzept für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung erstellt, Einzeldaten konnten darüber hinaus bis kurz vor Fertigstellung des Berichts ausgetauscht werden.

Bevor allerdings auf die Erstellung des Indikatorenmodells, ausgewählte Kennzahlen und Berechnungen eingegangen wird, werden zunächst Konzepte, Traditionen und aktuelle Ansätze einer Sozialberichterstattung vorgestellt.

Abb. 136: Kapitel 4 im Überblick



Darauf folgend wird das Daten- und Indikatorenkonzept des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz erläutert. Um die Auswahl der Daten sowie Prozeduren und Intentionen ihrer Analyse nachvollziehbar und transparent abzubilden, wird im Weiteren eine detaillierte Darstellung der Indices und Indikatoren präsentiert. Dieses entspricht zugleich dem Auftrag an die Projektgruppe, ein Datenkonzept und Empfehlungen für künftige rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendberichte zu erarbeiten.

4.1 Wie kann über Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen berichtet werden? Konzepte, Traditionen und aktuelle Ansätze einer Sozialberichterstattung

Kinder werden in alternden Gesellschaften zu einem knappen Gut. Sie erleben auf der einen Seite ein beispielloses Maß an Aufmerksamkeit, was sich auch in der Zunahme an Berichten über die Lebenslagen von Kindern manifestiert. Kinder haben als Forschungsgegenstand „Konjunktur“ (Rauschenbach 2009). Dies kann nicht zuletzt daran abgelesen werden, dass in kurzer Zeit mehrere Überblicksstudien über Kinder erschienen sind (DJI-Kinderpanel 2005; DJI-Betreuungsstudie 2007; World Vision Kinderstudie 2007; LBS-Kinderbarometer 2008; KiGGS-Gesundheitsstudie 2006; UNICEF-Report zur Lage der Kinder in Deutschland 2007).

Das Kinderpanel des Deutschen Jugendinstitutes bescheinigt, dass es dem größten Teil der Kinder in Deutschland gut bis sehr gut zu gehen scheint und sich die meisten Kinder „wohl fühlen“ (Alt 2005, 2006, 2009; Betz 2009). Auch die 1. World Vision Kinderstudie bestätigt, dass die große Mehrheit der Kinder mit ihren Lebensverhältnissen in Familie, Schule, Freizeit und Freundeskreis zufrieden ist und sich wohlfühlt (World Vision e. V. 2007).

Auf der anderen Seite zeigen die öffentlichen Debatten, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass es allen Kindern gut geht, und nicht alle Kinder unter Bedingungen aufwachsen, die ihre Entwicklung, ihr Wohlbefinden oder „Glück“ (Bucher 2001) begünstigen. Die wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft trifft vor allem Haushalte mit Kindern und insbesondere Familien mit mehreren Kindern sowie Alleinerziehende, was mit dem Begriff der „Infantilisierung von Armut“ zum Ausdruck gebracht wird.

Die aktuelle OECD-Studie (2009) „Doing better for Children“ bescheinigt Deutschland im Hinblick auf die Kinderarmutsquote im internationalen

Vergleich lediglich einen Platz im Mittelfeld. Auch die UNICEF-Studie (Bertram 2006, 2008) bestätigt, dass in Deutschland viele Kinder in relativer Armut leben und kritisiert, dass die doch erheblichen monetären Transferleistungen für Familien lediglich zu „mittelmäßigen Ergebnissen“ für die Lebenssituationen der Kinder führen.

Die Diskurse um Kindeswohlgefährdung und Kinderschutz, Eltern- und Familienbildung sowie Ganztagschule vermitteln den Eindruck, dass viele Familien und Schulen in ihrer herkömmlichen Form den Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsanforderungen aufgrund steigender Anforderungen und struktureller Überlastung immer weniger gewachsen sind.

Sozialberichte über Kinder greifen diese Themen, Dilemmata und Problemlagen in unterschiedlichen Fokussierungen auf. So sorgte der 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung durch die Thematisierung der wachsenden Kinderarmut in Deutschland für große Aufregung (BMFSFJ 1998). Auch die 1. World Vision Kinderstudie (2007) hält es für bemerkenswert, wie nachhaltig bereits im Kindesalter die sozialen Unterschiede sind und wie maßgeblich die soziale Herkunft den Alltag der Kinder prägt:

„Kinder haben je nach Schichtzugehörigkeit unterschiedliche Gestaltungsspielräume. Die schlechteren Startchancen von Kindern aus den unteren Herkunftsschichten ziehen sich wie ein roter Faden durch den Alltag und wirken wie ein Teufelskreis. Armutsrisiken und fehlende häusliche Ressourcen führen zu geringeren Teilhabemöglichkeiten: in der Familie, in der sich materieller Druck und existentielle Sorgen auswirken und die dann häufig überfordert ist, in der Schule, in der die meist notwendige Zeit und die Möglichkeiten für eine individuelle Förderung zum Ausgleich von Nach-

teilen fehlt (...). Kinder aus gehobenen Schichten können hingegen von Anfang an ihre besseren Chancen nutzen. Sie verfügen im Vergleich betrachtet über mehr Gestaltungsspielräume, und ihr familiärer Bildungshintergrund eröffnet ihnen viel selbstverständlicher den Zugang zu einer vielfältigen und kreativen Form der Freizeitgestaltung. Fernsehen ist hier weitaus häufiger nur eine Aktivität neben anderen, und auch das Selbstvertrauen in die eigene Lernkompetenz ist höher ausgeprägt“ (World Vision e.V. 2007, S. 17).

Angesichts dieser Problemlagen wurde ein Argumentationswechsel vollzogen: Anstatt die direkten ökonomischen Transfers an Eltern auszuweiten, wurde vielmehr empfohlen, in die soziale Infrastruktur und die Dienstleistungen für Kinder und Familien direkt zu investieren (Bender 2002; BMFSFJ 2002b; Engelbert/Kaufmann 2003; Joos 2006; Müncher/Andresen 2009, die dies am Bsp. der neuen Familienzentren in NRW aufzeigen).

Dieser Wechsel zeigt sich ebenfalls in den Argumentationslinien des 10. und 11. Kinder- und Jugendberichts: Während im 10. Kinder- und Jugendbericht noch vorrangig eine Unterstützung der materiellen Lebensbedingungen von Familien gefordert wurde (BMFSFJ 1998, S. 94; S. 290) – und somit ein eher familialischer Kindheitsbegriff reproduziert wurde –, ging es dem 11. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2002) um eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen privater und öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und zwar vermittelt über den Ausbau der sozialen Infrastruktur für Kinder und Familien. Der Kinder- und Jugendhilfe kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen aktiv zu gestalten sowie Chancen der Teilhabe zu eröffnen und nicht lediglich in Krisensituationen zu helfen.

Das Aufwachsen in „öffentlicher Verantwortung“ ist zum Leitgedanken des 11. Kinder- und Jugendberichts geworden: Familien soll eine umfassende soziale Infrastruktur zur Seite gestellt werden, um sie in der Erziehung ihrer Kinder zu stärken, die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch Geschlechtergerechtigkeit zu ermöglichen sowie Kinder und Jugendliche in ihren vielfältigen Bildungs- und Lernprozessen zu unterstützen. Diese Thematik wurde im 12. Kinder- und Jugendbericht umfassend dargestellt (BMFSFJ 2006a).

Nimmt man das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung ernst, so ist es wichtig, zu erfahren, wie es den Kindern und Jugendlichen geht. Was brauchen Mädchen und Jungen, was bewegt sie? Wie gelangen wir zu Erkenntnissen über die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen? In diesem Zusammenhang werden Berichte über die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen relevant bzw. die Frage, wie überhaupt über diese Bevölkerungsgruppe berichtet werden kann. Welche Traditionen bestehen bereits und wie kann sinnvollerweise daran angeknüpft werden? Neben der breiten sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung über Kinder und Jugendliche sowie den schul- und schulleistungsbezogenen international und national vergleichenden Studien hat sich in Deutschland eine empirisch fundierte regelmäßige öffentliche Berichterstattung über Kinder und Jugendliche etabliert.

Eine zentrale Tradition in Deutschland haben die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung, die ca. alle vier Jahre erscheinen und wichtige Themen der Lebenslagen von Jugendlichen beschreiben wie auch in einem vorgegebenen Rhythmus einen Gesamtüberblick über die Situation der Kinder- und Jugendhilfe geben.

Mittlerweile lassen sich in Deutschland auch auf der Ebene der Bundesländer erhebliche Anstrengungen beobachten, die spezifischen Gegebenheiten und Lebenssituationen der „Landeskinder und -jugendlichen“ vor Ort zu beschreiben. Hier wird – wie im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz – ebenfalls davon ausgegangen, dass die Lebenslagen und die Bedingungen des Aufwachsens stark regional und kleinräumig geprägt sind und es deshalb wichtig ist, die Situation vor Ort zu erfassen, um an dieser die Politiken für junge Menschen und Familien auszurichten.

4.1.1 Konzepte, Traditionen und aktuelle Ansätze der Berichterstattung über Kinder und Jugendliche in Deutschland

Die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung

Seit dem Jahr 1965 werden im Auftrag der Bundesregierung in jeder Legislaturperiode regelmäßig Kinder- und Jugendberichte erstellt. In den Jahren 1968, 1972, 1978, 1980, 1984, 1986, 1990, 1994, 1998, 2002, 2006 erschienen die weiteren Kinder- und Jugendberichte, der aktuellste im Jahr 2009 (13. Kinder- und Jugendbericht, BMFSFJ 2009c).

Kinder- und Jugendberichte sind gesetzlich vorgeschrieben, die gesetzliche Grundlage findet sich in § 84 SGB VIII. Es gibt einen festgelegten Rhythmus, in dem Gesamtberichte und themenbezogene Berichte einander abwechseln (Lüders 2006, S. 29). In den Gesamtberichten werden das gesamte Spektrum der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sowie die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick genommen, wie es im 8. und im 11. Bericht der Fall war und im 14. Bericht der Fall sein wird.

Die Kinder- und Jugendberichte werden von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt, die seit der Reform des KJHG aus mindestens sieben Mitgliedern besteht (Vertreter der Wissenschaft, der Fachpraxis und -verbände und verantwortliche Akteure, z. B. der Kommunen). Nach Abgabe des Berichts erfolgt eine Stellungnahme der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Im Folgenden werden einige Titel der Jugendberichte aufgezählt, um einen Eindruck über die breite Themenwahl zu vermitteln: Der 1. Jugendbericht aus dem Jahr 1965 trug den Titel „Die Lage der Jugend und die Bestrebungen der Jugendhilfe“. Der 4. Jugendbericht (1978) untersuchte „Sozialisationsprobleme der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik. Konsequenzen für Jugendhilfe und Jugendpolitik“. Der 6. Jugendbericht (1984)

thematisierte die „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der BRD“. Im Jahr 1986 wurde im 7. Jugendbericht das Verhältnis zwischen „Jugendhilfe und Familie“ erörtert, der 8. Jugendbericht (1990) entwickelte die zentralen Strukturmaximen der Jugendhilfe, während der 9. Jugendbericht (1994) die „Situation in den neuen Bundesländern“ zum Gegenstand hatte.

Seit 1998 wird explizit von Kinder- und Jugendberichten gesprochen, davor sprach man von Jugendberichten bzw. Berichten über die Lage der Jugend. Die Leitthemen der vorangegangenen drei und des aktuellen Kinder- und Jugendberichtes waren bzw. sind:

„Eine Kultur des Aufwachsens“ (BMFSFJ 1998), die im 10. Kinder- und Jugendbericht entfaltet wird; in diesem Bericht wird erstmals explizit die Lebenssituation der Kinder in den Blick genommen, nach den Leistungen und Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe gefragt sowie systematisch das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Kindern analysiert. Im Bericht wird für Deutschland eine Kultur des Aufwachsens gefordert, die dafür sorgt, dass Kinder und die Aufgabe, für sie zu sorgen und ihnen Begleiter in ihrer Entwicklung zu sein, als eine primäre gesellschaftliche Verpflichtung gelten (BMFSFJ 1998, S. 20).

Unter einer Kultur des Aufwachsens versteht die Kommission „ein Personen und Kräfte stimulierendes, organisatorisch in sich stimmiges und durch geteilte Bedeutungen plausibles Angebot, Kinder in die für ihr Leben und ihre Entwicklung wichtigen Sozialbeziehungen und Einrichtungen zu integrieren. Angesichts der Heterogenität der Situationen, in denen Kinder in diesem Land heute aufwachsen, kann es sich nicht um eine Einheitskultur handeln, sondern um eine Kultur, die die Vielfalt der Lebensformen und Sinnorientierungen achtet“ (BMFSFJ 1998, S. 19).

„Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ (BMFSFJ 2002) bildete das Leitthema des 11. Kinder- und Jugendberichtes; hier wurde der Fokus auf die Interventions- und Handlungsmöglichkeiten

der öffentlichen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe gelegt. Von zentraler Bedeutung für die Argumentationslinie des 11. Kinderberichts ist die Überzeugung, dass der Staat den Auftrag habe, auf der sozialstaatlichen Basis garantierter individueller Rechtsansprüche effektive soziale Transferleistungen zu organisieren und eine im Hinblick auf soziale Risiken kompensatorische Infrastruktur von Unterstützungsleistungen bzw. Sozialisationsinstanzen bereitzuhalten. Dazu gehören auch Soziale Dienste wie die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Wichtig ist dabei die Einsicht, dass finanzielle Transfers (an Familien) die Risiken des Aufwachsens zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht alleine ausgleichen können, sondern dass es einer Bereitstellung sozialer Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung bedarf. Die öffentliche Verantwortung findet somit unter anderem auch in der Kinder- und Jugendhilfe ihren Ausdruck (BMFSFJ 2002, S. 248), deren gesellschaftsgestaltende Funktion gegenüber einer lediglich kompensatorischen Funktion betont wird (Joos 2006).

„Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ waren Gegenstand des 12. Kinder- und Jugendberichtes (BMFSFJ 2006a), in dem die vielfältigen informellen und non-formalen Bildungsprozesse beschrieben werden, die eben nicht nur in der Schule, sondern bereits vor und neben der Schule stattfinden (Rauschenbach u. a. 2005). Das Zusammenwirken von Bildung, Erziehung und Betreuung und von verschiedenen Bildungsarrangements mit der Bildungsbiografie von Kindern stellte den zentralen Gegenstand dar. Die Autorinnen und Autoren des Berichts forderten angesichts der sehr heterogenen familialen Ressourcen eine stärkere öffentliche Verantwortung für Kinder (Andresen/Hurrelmann 2007, S. 56).

„Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ (BMFSFJ 2009): Der 13. Kinder- und Jugendbericht kann als Gesundheitsbericht eingeordnet werden, der für die unterschiedlichen Altersphasen der Kindheit und Jugend das Thema Gesundheit und gesundheitsrelevante Entwicklungsthemen beschreibt. Als Schwerpunktthema

werden die Gesundheitsförderung sowie gesundheitsbezogene Prävention an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitssystem verfolgt. Das Neue an diesem Bericht ist, dass der Körper und die Leiblichkeit von Kindern als Voraussetzung und Medien für Bildungsprozesse thematisiert werden (BMFSFJ 2009c, S. 17). Schließlich enthielt der Berichtsauftrag als weiteres Thema, die Heranwachsenden mit Behinderungen bzw. von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche und somit auch das System der Behindertenhilfe ausdrücklich in die Berichterstattung einzubeziehen.

Weitere wichtige Daten über die Lebenslagen von Kindern in Deutschland liefern auch die Familienberichte sowie die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung. Im siebten Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ (BMFSFJ 2006d) werden ausführlich die kulturellen und sozialen Veränderungen in Familien und die Bedeutung von unterschiedlichen Ressourcen für Kinder beschrieben.

Im Hinblick auf die Tradition der öffentlichen Berichterstattung über Kinder und Jugendliche in Deutschland kann festgehalten werden, dass diese lange Zeit nahezu ausschließlich erwachsenen- und familienzentriert ausgerichtet gewesen ist. Dies wurde vor allem in Deutschland von Hans Bertram (1993) und Bernhard Nauck (1995; Bertram/Nauck 1995) kritisiert. Sie forderten, Kinder und Jugendliche zur Analyse- und Interpretationseinheit zu machen, und insbesondere Nauck und Klein konnten durch innovative Methodenentwicklungen die Sinnhaftigkeit der Differenzierung zwischen der Perspektive der Erwachsenen und der Kinder glaubwürdig darstellen (Nauck 1995; Klein 1995).

Erstmals im Jahr 1998 setzte sich ein Kinder- und Jugendbericht explizit mit Kindern und den ihnen zur Verfügung stehenden Hilfen auseinander und reflektierte die Notwendigkeit, sozialpolitisch stärker zwischen Kindern und Jugendlichen zu

differenzieren. Mittlerweile hat sich die Datenlage im Bereich der Berichterstattung über Kinder und Jugendliche enorm verbessert und es liegen auch theoretische Reflexionen und Weiterentwicklungen zur Kinderberichterstattung vor (Joos 2001, 2002, 2006; Betz 2008). Insgesamt ermöglicht die Sozialberichterstattung wichtige Einsichten in die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen sowie in die Qualität und Effizienz pädagogischer und sozialer Einrichtungen. Festgehalten werden muss jedoch das Desiderat, dass häufig die Kinder und Jugendlichen selbst nicht befragt werden und die subjektive Perspektive auf ihre Lebenswelt selten erhoben wird.

Im Hinblick auf die Erstellung des rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichtes ist zu konstatieren, dass die Kinder- und Jugendberichte des Bundes aufgrund ihrer thematischen Heterogenität und der sehr unterschiedlichen Zugänge kaum eine Folie zur Herausarbeitung eines Standard-Datensatzes für Rheinland-Pfalz liefern können. Die Leitgedanken und theoretischen Konzepte der öffentlichen Kinder- und Jugendberichterstattung fließen jedoch durchaus an verschiedenen Stellen in die Argumentationslinie des rheinland-pfälzischen Berichts ein.

Die Kinder- und Jugendberichte auf Bundesländerebene

Die meisten Bundesländer haben mittlerweile eigene Kinder- und Jugendberichte erstellt: Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen. D. h., dass gegenwärtig acht der 16 Bundesländer über mehr oder weniger aktuelle Kinder- und Jugendberichte verfügen. Allerdings scheint es noch keine komplette Übersicht über die Länderberichte zu geben. Im Folgenden sollen lediglich einige Beispiele näher vorgestellt, dabei soll kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Zu unterscheiden sind hier die offiziellen Kinder- und Jugendberichte der Bundesländer entsprechend dem Bundesjugendbericht und andere Berichtsformen zu den Bundesländern wie beispielsweise die LBS-Kinderbarometer.

Landesjugendberichte Nordrhein-Westfalen

Die Kinder- und Jugendberichte des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen haben die längste Tradition in der Bundesrepublik, weshalb sie an erster Stelle aufgeführt werden. Seit dem Jahr 1965 werden hier in regelmäßigen Abständen – einmal pro Legislaturperiode – Jugendberichte erstellt mit dem Auftrag, „die wichtigsten Entwicklungstendenzen der Kinder- und Jugendhilfe darzustellen, landespolitische Maßnahmen und Leistungen für Kinder und Jugendliche zusammenzufassen und einen Überblick über kinder- und jugendpolitische Zielvorstellungen der Landesregierung zu geben“ (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2005). Im Jahr 2003 erschien bereits der 8. Bericht, im Jahr 2009 wurde der 9. Bericht vorgelegt, der u. a. eine Expertise zum Thema Migration enthält.

Landesjugendberichte Baden-Württemberg

Der erste Jugendbericht des Landes Baden-Württemberg erschien im Jahr 2000 und ermittelte einen umfassenden Überblick über die Lage der Jugend und Jugendhilfe, indem auf Grundlage der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik eine quantitative Bestandsaufnahme erstellt wurde.

Aufgabe des zweiten Landesjugendberichts (2004) war es, vertiefende Einblicke in einzelne Bereiche der Jugendhilfe in ihrer Breite zu geben. Dieser Bericht ist im Wesentlichen qualitativ orientiert, um an einzelnen Arbeitskonzepten Schwierigkeiten und vor allem Möglichkeiten einer wirksamen Praxis deutlich zu machen (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004, S. 5). Das Konzept der lebensweltorientierten Jugendhilfe diente als theoretische Grundlage zum Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Funktion und den Strukturen von Jugendhilfe. Jugendberichterstattung wird als „wichtiges Instrument zur Klärung und Transparenz der Jugendpolitik, der Jugendhilfe und ihrer fachlichen Aufgaben sowie der Auseinandersetzungen über die Ziele und Notwendigkeiten weiterer Anstrengungen“ angesehen (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004, S. 8).

Offensichtlich existierten jedoch erhebliche Wissens- und Datenlücken in Baden-Württemberg, z. B. zur Jugendhilfeplanung, was die Erstellung des zweiten Berichts stark erschwerte (Landesjugendbericht Baden-Württemberg 2004, S. 8f.).¹¹⁸

Landesjugendberichte Sachsen

Während der zweite Kinder- und Jugendbericht Sachsens (2003) einen Gesamtüberblick über die Lage junger Menschen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe lieferte, handelt es sich beim dritten Landesjugendbericht (2009) um einen Bericht mit thematischem Schwerpunkt zu „Bildung und Jugendhilfe“ unter dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe als Bildungsakteur – Biografieverläufe und Bildungszugänge junger Menschen in Sachsen“.

Die Sachverständigenkommission entwickelte in Anlehnung an Bourdieus Kapitaltheorie ein Modell, um die Beziehung zwischen Biografie und Bildung auf der einen Seite zu verdeutlichen und auf der anderen Seite aufzuzeigen, welche Möglichkeiten die Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen hat, um Bildungsbenachteiligung und Ausgrenzung auszugleichen. Kinder- und Jugendhilfe wird als vermittelnde Instanz zwischen der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und der Schule angesehen (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 23).

Die Kommission schlägt das Konzept des Übergangsmanagements vor, welches empfiehlt, sich am einzelnen Kind bzw. Jugendlichen bei der Zusammenarbeit bspw. von Schule und Jugendhilfe zu orientieren. Dies soll dem Ziel dienen, die individuellen Fähigkeiten und Bildungspotentiale des jungen Menschen bei den Übergängen in der Biografie als auch zwischen den Bildungsinstitutionen gezielt zu fördern (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 5). Die Gestaltung „gelingender Übergänge“ zieht sich somit als Kernbotschaft durch den gesamten Bericht.

¹¹⁸ Im September 2004 veröffentlichte das baden-württembergische Sozialministerium den „Landesjugendbericht Baden-Württemberg für die 13. Legislaturperiode“ als zweiten und, laut einer Drucksache des Landtags, auch letzten Landesjugendbericht.

Der Prognos-Familienatlas 2007

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellte das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos AG in den Jahren 2005 und 2007 je einen Familienbericht. Bereits aus dem Untertitel des Berichts, „Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder“, geht hervor, dass der Bericht nicht primär Familien als seine Adressaten sieht; er soll vielmehr dazu dienen, dass „Stadt- und Landkreise eine differenzierte Analyse ihrer Stärken und Schwächen im Bereich der Familienpolitik erhalten und auf dieser Basis Handlungsfelder zur besseren Nutzung erkennbar werden“ (BMFSFJ 2007b, S. 7).

Um diese Aufgabe zu erfüllen, betrachtet der Familienatlas 2007 vier kommunalpolitische Handlungsfelder zur Beurteilung der Familienfreundlichkeit von allen 439 Land- und Stadtkreisen der Bundesrepublik, die, nach eigenen Angaben, „den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien Rechnung tragen“ (BMFSFJ 2007b, S. 6). Als Handlungsfeld kann dabei nur gelten, was auch kommunalpolitisch „auf Ebene der Kommunen und Kreise zum guten Teil direkt gestaltbar oder zumindest mittelbar beeinflussbar (ist)“ (BMFSFJ 2007b, S. 7).

Als Handlungsfelder gelten daher:

- Handlungsfeld I: Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Handlungsfeld II: Wohnsituation und Wohnumfeld,
- Handlungsfeld III: Bildung und Ausbildung,
- Handlungsfeld IV: Freizeit- und Kulturangebote.

Das Konzept des Familienatlas beruht auf der Annahme einer Kausalbeziehung zwischen der Qualität der in den Handlungsfeldern dargestellten Grundlagen und ihren Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit von Kreisen: Je höher die Familienfreundlichkeit eines Kreisgebietes, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich dort Familien ansiedeln bzw. dort Familien gegründet werden.

Um das erläuterte Konzept umzusetzen, wurden jedem Handlungsfeld 3 bis 7 Indikatoren zugeordnet. Zu diesen Indikatoren wurden bereits vorhandene quantitative Daten verschiedener Bundesämter, Statistischer Landesämter und Verbände zusammengetragen. Abschließend wurde aus diesen Daten sowohl ein Index gebildet als auch ein Ranking aller 439 Stadt- und Landkreise erstellt. Ergänzt wurden hierbei die vier Handlungsfelder um einen Index zu Arbeitsmarkt und Demografie. Abschließend wurden nochmals alle vier Handlungsfeld-Indices in einen gemeinsamen Index überführt, der mit dem Index zu Arbeitsmarkt und Demografie kreuztabelliert wurde, um einen Gesamteindruck über die „Attraktivität der Regionen für Familien“ (BMFSFJ 2007b, S. 22f.) zu vermitteln. Eine auf den ersten Blick übersichtliche Darstellung der einzelnen Handlungsfelder und der Indexwerte für die jeweiligen Stadt- und Landkreise wurde durch entsprechend eingefärbte Deutschlandkarten ermöglicht.

Wie lässt sich dieser Ansatz einer Berichterstattung über die „Familienfreundlichkeit“ von Kreisen und Regionen bewerten? Die Prognos AG ist ein Wirtschaftsforschungsinstitut, was sich im Familienatlas und seiner sehr „technischen“ Perspektive auf die Lebensbedingungen von Familien dokumentiert. Aus einer pädagogischen Perspektive sind manche der ausgewählten Indikatoren, die die Familienfreundlichkeit von Regionen beschreiben sollen, in ihrem Stellenwert zu hinterfragen: bspw. die Anzahl von Kinoleinwänden pro 100.000 Einwohner. Hinzu kommt, dass keinerlei Daten über die subjektive Sichtweise von Kindern, Jugendlichen oder Familien in den Atlas eingeflossen sind.

Nichtsdestotrotz zeigt der Familienatlas auf, wie ein thematischer Bericht, der auf Sekundärdaten beruht, erstellt werden und aussehen kann. Die Vorgehensweise beim ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz ist ähnlich: Zwar ist ein theoretisches Modell leitend für den Bericht, jedoch werden auch hier Daten auf Kreisebene aggregiert und mittels Indices in Gruppen unterteilt. Insbesondere die grafische Darstellung dieser

Unterteilung kann sich durchaus am Familienatlas 2007 orientieren. Festzuhalten ist weiterhin, dass der Großteil der von der Prognos AG zusammengetragenen Daten auch im Datensatz des Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz enthalten sind.

Kindersurveys als Teilbereich einer Sozialberichterstattung über Kinder

Neben der öffentlichen Berichterstattung über Kinder und den Daten der amtlichen Statistik können über das Instrument der Kindersurveys – als Befragungen von Kindern (und ihren Eltern) zu den gegenwärtigen Bedingungen des Aufwachsens und Kinderlebens aus Sicht der Kinder – Einblicke in die Lebenssituationen von Kindern u. a. im familialen, freizeitbezogenen und institutionellen Kontext gewonnen werden. Ziel ist es, Kindheit(en) in Deutschland anhand aussagekräftiger Indikatoren zu beschreiben.

Das Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts

Beim Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts (z. B. Alt 2005) handelt es sich um eine (standardisierte) Kinderbefragung von Kindern im Alter von 5 bis 6 und 8 bis 9 Jahren und ihren Eltern, wobei die 5- bis 6-Jährigen nicht selbst befragt wurden, sondern ein Proxy-Interview mit der Mutter geführt wurde. Es wurde eine repräsentative Stichprobe mit $n = 1.561$ Kindern gezogen. Insgesamt gab es drei Befragungswellen, um die Bildungskarrieren von Kindern und ihre Veränderung zu erfassen. Theoretisch orientiert sich das Kinderpanel am Milieu-, Lebenslagen- und Habituskonzept, um die komplexen Interaktionen zwischen Individuum und Umwelt zu erfassen. Themen des DJI-Kinderpanels sind:

- familiäre Situation,
- schulisches Wohlbefinden,
- Schulleistungen,
- Einkommenssituation,
- Freizeitverhalten,
- Kinder und ihre Beziehungen zu Gleichaltrigen,
- subjektives Wohlbefinden bzw. wie fühlen und erleben sich die Kinder selbst?

Einige zentrale Befunde zur Wohnsituation und zu den regional differenzierten Lebensverhältnissen von Kindern beschreibt Christian Alt (2006) auf der Basis des DJI-Kinderpanels, die im Zusammenhang der Erstellung des ersten Kinder- und Jugendberichtes für Rheinland-Pfalz relevant erscheinen:

- Das Wohnumfeld muss für ein Drittel der Kinder in Deutschland als nicht kindgerecht eingestuft werden. Durch hohe bauliche Verdichtung haben die Kinder wenig Platz in der Wohnung und kaum Spielplätze in unmittelbarer Nähe der Wohnung.
- Die soziale und wirtschaftliche Lage der Regionen (Kreise und kreisfreie Städte) wurde anhand von Daten der amtlichen Statistik bewertet. Das soziale Klima und die öffentliche Infrastruktur sind in Regionen mit hoher Quote an Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Schulabbrechern, wenig Abiturienten sowie einer geringen kommunalen Finanzkraft deutlich schlechter.
- Mehr als ein Viertel der Kinder lebt in solch sozial und wirtschaftlich belasteten Regionen, ein Drittel dagegen in privilegierten, die übrigen in durchschnittlichen Regionen.
- Der Anteil belasteter Regionen ist in Ostdeutschland doppelt so hoch wie im Westen (50 % zu 24 %).
- In belasteten Regionen leben überdurchschnittlich viele Kinder in alternativen Familienformen; sind beide Eltern häufiger vollzeiterwerbstätig, befinden sich mehr Kinder in Ganztagesbetreuung. Darüber hinaus müssen Betreuungslücken privat geschlossen werden, oftmals mit Hilfe der Großeltern.

Das DJI-Kinderpanel hat den verdienstvollen Versuch umgesetzt, Kinder als Subjekte ernst zu nehmen und ihre subjektive Sichtweise auf ihre Lebenswelt zu erheben. Interessant für die Erstellung des rheinland-pfälzischen Berichts ist der im DJI-Kinderpanel beleuchtete Zusammenhang

zwischen den Lebenslagen von Kindern und den daraus resultierenden Handlungsspielräumen für Kinder.

Die 1. World Vision Kinderstudie „Kinder in Deutschland 2007“

Für diese repräsentative Kinderstudie von World Vision Deutschland e.V. (2007), ein Kinderhilfswerk, das sich weltweit für die Belange von Kindern einsetzt und versucht, deren Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern, wurden n = 1.592 Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern mit einem standardisierten Erhebungsinstrument befragt.

Diese quantitative Studie wurde ergänzt durch eine qualitative Vertiefungsstudie, in der zwölf individuelle Fallstudien mit Kindern im Alter von 6 bis 11 Jahren durchgeführt und in Porträts präsentiert wurden. Hier zeigt sich deutlich, dass die Shell-Jugendstudie für die Konzeption Pate gestanden hat. Wie das DJI-Kinderpanel kann auch die World Vision Kinderstudie durch die kindzentrierte Perspektive charakterisiert werden.

Die 1. World Vision Kinderstudie kreist um die zentrale Frage, „Was bedeutet es heute, ein Kind zu sein?“ (Andresen/Hurrelmann 2007, S. 35). Um dieser Fragestellung nachzugehen, deckt die Studie ein breites Spektrum von (Lebens-)Bereichen ab und die Kontextmerkmale der Lebenssituationen der Kinder stehen im Fokus.

Die World Vision Kinderstudie fokussiert vorrangig die soziale Ungleichheit in den Lebensverhältnissen von Kindern, die durch die unterschiedliche Kapitalausstattung der Familien begründet wird. Hierzu wurde ein Index der Schichtzugehörigkeit gebildet, der sich aus Wohnform, Bildungsabschluss der Eltern, Einkommenssituation und der Anzahl der im Haushalt verfügbaren Bücher zusammensetzt und als besonders bedeutsam für den schulischen Werdegang von Kindern ausgemacht wurde.

Indikatoren (Auswahl) der World Vision Kinderstudie:

- Familienform,
- Geschwisteranzahl,
- Kontakt zu Großeltern,
- Erwerbsbeteiligung der Eltern,
- Schichtzugehörigkeit (selbst gebildeter Index),
- Elternauskunft: Bewertung des verfügbaren Einkommens,
- Kinderauskunft: persönlich artikulierte Betroffenheit von Armut,
- Siedlungsstruktur,
- wohnliche Merkmale,
- Kinderauskunft: persönliche Bewertung des Wohnumfeldes (zu viel Verkehr, ausreichend Spielfreunde, Spielplatz in der Nähe, schimpfende Nachbarn, Jugendbanden) und die Zufriedenheit mit der verfügbaren Zeit der Eltern,
- Migrationshintergrund,
- Religiosität/Gottesdienstbesuch.

Hier sollen nun knapp die Befunde zur Familie und zur Bedeutung von Familie für Kinder skizziert werden, die sich – so die Autoren der World Vision Kinderstudie – nach wie vor als Zentrum des Lebens für die jüngste Altersgruppe erweist. Ein Teil der Kinder in Deutschland erlebt, dass die Familie nicht verlässlich ist, was sich in Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit äußern kann. Für knapp 10 % der Kinder diagnostizieren die Autoren eine akute Risikosituation (World Vision e.V. 2007, S. 108), d. h. prekäre Lebensverhältnisse, überforderte Eltern und die höchste geäußerte Unzufriedenheit der Kinder mit den gewährten familiären Spielräumen und der elterlichen (zeitlichen) Zuwendung. Ein zentraler Befund ist, dass es nicht die Kinder von erwerbstätigen Müttern und Vätern sind, die sich über mangelnde zeitliche Zuwendung beklagen, sondern vor allem die Kinder der unteren Herkunftsschichten (Arbeitslosigkeit der Eltern) und Kinder von alleinerziehenden Eltern äußern zu mehr als einem Drittel Defizite in der elterlichen Zuwendung. Vom Autorenteam wird hier eindeutig Handlungsbedarf für die Kinder- und Familienpolitik gesehen, um die Kinder und ihre Familien (häufig Ein-Eltern-Familien) in ihrer strukturellen Überforderungssituation zu unterstützen.

LBS-Kinderbarometer

Im Auftrag der LBS-Initiative „Junge Familie“ wurde vom ProKids-Institut für Kinder- und Jugendforschung der PROSOZ Herten GmbH ein Kinderbarometer als Instrument entwickelt, um „durch Befragungen von Kindern deren Einstellungen, Wünsche und Meinungen zu unterschiedlichen Themenfeldern (zu) ermitteln“ (MBFJ 2002, S. 5). Ziel war es, eine Datenbasis zu schaffen, „die ein Bild der Neun- bis Vierzehnjährigen in Deutschland zeichnet, das nicht aus der Sicht der Erwachsenen entstand, sondern aus dem ganz persönlichen Lebensgefühl der untersuchten Altersgruppe“ (LBS-Initiative Junge Familie 2007b, S. 7).

Das Instrument, welches aus einem umfangreichen Fragebogen mit geschlossenen und offenen Fragen besteht, wurde erstmalig 1997 und danach jährlich in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. In einer repräsentativen Auswahl wurden dabei jeweils zwischen 2.000 und 2.500 Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren befragt (ProKids-Institut 2009). Zusätzlich zu den Untersuchungen in NRW wurde das Instrument im Jahr 2000 im Auftrag des MBFJ in Rheinland-Pfalz sowie mit Unterstützung des hessischen Sozial- und des hessischen Kultusministeriums seit 2003 in Hessen eingesetzt. Im „LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in sieben Bundesländern“ wurden mehr als 6.100 Kinder in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen befragt (LBS-Initiative Junge Familie 2007b). Eine zweite Erhebungswelle erfolgte im Herbst 2008. Ein Novum der zweiten Welle war eine Ausweitung der Erhebung auf rund 12.000 Kinder aus allen 16 Bundesländern (PROSOZ Herten GmbH 2008).

Das allgemeine Wohlbefinden von Kindern sowie das Wohlbefinden in den Lebensbereichen Familie, Schule und im Freundeskreis ist die zentrale Variable in allen bisherigen landesweiten Kinderbarometern ebenso wie im bundesweiten Kinderbarometer. Erfragt wird das Wohlbefinden von Kindern mittels einer siebenstufigen Barome-

terskala, die von „sehr schlecht“, visualisiert durch Gewitter, bis zu „sehr gut“, visualisiert durch einen wolkenlosen Sonnenhimmel, reicht.

LBS-Kinderbarometer Rheinland-Pfalz

Das Kinderbarometer Rheinland-Pfalz befasst sich ebenfalls mit dem Wohlbefinden von Kindern. Befragt wurden insgesamt 1.978 Schülerinnen und Schüler der vierten bis siebten Klasse aus 98 Schulklassen. Wie bei allen Kinderbarometern wurde auch hier in Rheinland-Pfalz die Geschlechtsverteilung der Altersgruppe sowie der Anteil der Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Schulformen beachtet (27 % Hauptschüler/-innen, 23,5 % Realschüler/-innen, 37,7 % Gymnasiast/-innen). Zusätzlich wurden auch 73 Schülerinnen und Schüler aus Förderschulen für Lern- bzw. Körperbehinderte befragt, deren Angaben jedoch, aufgrund der niedrigen Fallzahl, nicht repräsentativ sind (Leitstelle Partizipation des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz 2002, S. 10ff.).

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich Kinder in Rheinland-Pfalz mit einem Mittelwert von 5,8 „gut“ fühlen, das Wohlbefinden mit steigendem Alter jedoch zurückgeht (bis auf einen Wert von 5,4; Abbildung auf einer siebenstufigen Skala). Auf die einzelnen Lebensbereiche aufgeteilt lässt sich feststellen, dass sich Kinder am wohlsten im Freundeskreis (AM = 6,5) fühlen, dicht gefolgt von ihrer Wohnumgebung (AM = 6,2). Ebenfalls als „gut“ wird das Wohlbefinden in der Familie erlebt (AM = 6,2). Schlusslicht bildet das Wohlbefinden in der Schule, das im Durchschnitt nur mit „eher gut“ (AM = 5,0) bewertet wird (Leitstelle Partizipation des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz 2002, S. 15f.).

Auf Grundlage dieser Daten wurde des Weiteren untersucht, welche Lebensbereiche den stärksten Einfluss auf das allgemeine Wohlbefinden von Kindern haben. An der Spitze steht hierbei die Familie mit einer Korrelation von $b = .34$. Mit nur geringem Abstand folgt der Lebensbereich Schule ($b = .27$), während Freundeskreis ($b = .15$) und

Wohnumfeld ($b = .11$) deutlich zurückliegen (Leitstelle Partizipation des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz 2002, S. 17f.).

Speziell die Befunde zur Wirkmächtigkeit der einzelnen Lebensbereiche zeigen auf, dass die Indikatoren zum Wohlbefinden von Kindern in Familie und Schule eine wichtige Rolle in der Erschließung des Wohlergehens von Kindern einnehmen. Diese Erkenntnis ist auch für die Betrachtung des Child Well-being im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz von Interesse.

4.1.2 Internationale Konzepte und Traditionen der Berichterstattung über Kinder – Indikatorenmodelle zur Messung und Beschreibung des Child Well-being

Eine internationale Literaturrecherche zeigt, dass immer mehr Länder Anstrengungen unternehmen, um die Lebensbedingungen und die Veränderungen in den Lebenssituationen von Kindern zu beobachten, zu beschreiben und zu bewerten.¹¹⁹ Es könnte von einer „globalen Bewegung“ gesprochen werden, das Well-being von Kindern über ausgewählte Indikatoren zu erfassen und über die Zeit oder mit anderen Ländern zu vergleichen. Diese Entwicklung steht sicherlich in Zusammenhang mit der UN-Konvention der Rechte von Kindern (1989) und den regelmäßig erscheinenden Kinderberichten von UNICEF „The State of the World's Children“, wovon der erste Bericht im Jahre 1979, der aktuellste im Jahr 2008 erschienen ist.

Die „Child-Indicators-Bewegung“

Tatsächlich wird im internationalen Rahmen von einem „Child Indicator Movement“ gesprochen (Ben-Arieh 2008). Im Jahr 2005 wurde die International Society of Child Indicators (ISCI) gegründet (www.childindicators.org). Das interna-

¹¹⁹ So hat bspw. Irland im Jahr 2006 seinen ersten nationalen Kinderbericht vorgelegt, den „State of the Nation's Children report“ by the Office of the Minister for Children and Youth Affairs (Hanafin/Brooks 2009).

tionale Journal Child Indicators Research erschien erstmals im Jahr 2008. Asher Ben-Arieh und Ivar Frones sind hier die treibenden Kräfte. Weiterhin sind in den Jahren 2007 und 2008 drei Themenhefte zu Indikatoren über Kinder im Journal Social Indicators Research erschienen.

Ben-Arieh (2008) identifiziert drei zentrale Veränderungen auf der normativen bzw. theoretischen sowie auf der methodologischen Ebene, die zur Entstehung der Child-Indicators-Bewegung beigetragen haben:

- (1) das normative Konzept der Kinderrechte,
- (2) die neue Soziologie der Kindheit, die Kindheit als eigenständige Lebensphase und als eigenes Lebensmuster betrachtet, sowie
- (3) ökologische Theorien der kindlichen Entwicklung (Bronfenbrenner/Morris 2006), die Kinder als aktive Subjekte in ihren Interaktionen mit der räumlich-materiellen Umwelt und den sie umgebenden Umweltsystemen betrachten.

In gleicher Weise haben drei methodologische und methodische Entwicklungen die Child-Indicators-Bewegung unterstützt:

- (1) die zunehmende Bedeutung der subjektiven Perspektive,
- (2) das Kind als eigenständige Beobachtungs- und Analyseeinheit,
- (3) die steigende Nutzung von amtlichen Daten und die wachsende Vielfalt an Datenquellen.

Ben-Arieh (2008) charakterisiert die wesentlichen Entwicklungen der Child-Indicators-Bewegung der letzten 30 Jahre, die sich in der Auswahl und Fokussierung der ausgewählten Indikatoren zeigt, wie folgt:

- vom Überleben zum Wohlbefinden („from survival to well-being“),
- vom Negativen zum Positiven („from negative to positive“),
- von der positiven, auf die Zukunft hin orientierten Entwicklung des Kindes zum Wohlbefinden des Kindes in der Gegenwart („from well-becoming to well-being“),
- von der Erwachsenenperspektive zur Kinderperspektive („from an adult’s perspective to the child’s perspective“),
- von traditionellen zu neuen Lebensbereichen („from traditional to new domains“; als Beispiele werden aufgeführt: Gesundheit, Bildung und Demografie auf der einen Seite und Lebenskompetenzen, Sicherheit und Aktivitäten von Kindern auf der anderen Seite),
- die unterschiedlichen kindbezogenen Indikatoren werden langfristig zu einem zusammengesetzten Index des Child Well-being entwickelt und verdichtet („towards a composite Index of Child Well-being“).

Es kann festgehalten werden, dass auf der internationalen Ebene für das Wohlergehen und das Wohlbefinden von Kindern der Terminus „Child Well-being“ verwendet wird und dass es gegenwärtig große Anstrengungen gibt, sich über angemessene Indikatoren zur Erfassung des Child Well-being in den Fachkreisen auszutauschen. Wie kann der Begriff „Child Well-being“ angemessen definiert werden?

Zum Begriff „Child Well-being“

Der Begriff „Child Well-being“ ist komplex und schwer zu definieren:

„Well-being ist ein wichtiger, aber auch ein unscharfer Begriff. Wie der Armutsbegriff ist er für unterschiedliche Definitionen, Konzeptualisierungen und methodische Ansätze offen. Unsere zugrundeliegende Annahme über Child Well-being spiegelt unsere Sicht auf Kindheit – sodass Well-being als sozial kontingentes, kulturell verankertes Konstrukt erscheint, das sich über die Zeit verändert und zwar sowohl im individuellen Lebensverlauf als auch im sozio-kulturellen Kontext“ (Crivello u. a. 2009, S. 53; Übersetzung M. Joos).¹²⁰

Neben den begrifflichen Schwierigkeiten existiert das Problem, dass auf der einen Seite viele Studien und Berichte zum Child Well-being die Perspektive von Kindern nicht berücksichtigen und auf der anderen Seite unterschiedliche Perspektiven auf Child Well-being nicht notwendigerweise kongruent sein müssen. Ben-Arieh u. a. (2009) haben dies am Beispiel von Sicherheit („Safety“) und den Beziehungen zwischen Familie und Schule („Home-School-Relations“) als Indikatoren für kindliches Well-being illustriert. Die Autoren fragen deshalb zu Recht, wessen Perspektive zählt.

Zum Begriff „Child Well-being“ kann bilanziert werden:

- dass es sich um einen komplexen Begriff handelt, der häufig nicht eindeutig definiert wird,
- dass es sich um einen Sammelbegriff handelt, unter den sehr viele unterschiedliche Aspekte zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen subsumiert werden,

¹²⁰ „Wellbeing is an important but somewhat elusive concept. Like the concept of poverty, it is open to numerous definitions, conceptualisations and methodological approaches. Our underlying assumption regarding child wellbeing mirrors our view of childhood – that wellbeing is a socially contingent, culturally anchored construct that changes over time, both in terms of individual life course changes as well as changes in socio-cultural context“ (Crivello u. a. 2009, S. 53).

- dass in einigen Berichten der Begriff nicht theoretisch hergeleitet wird, sondern lediglich über Indikatorenmodelle operationalisiert wird,
- dass in vielen Studien zum Child Well-being die Perspektive von Kindern nicht berücksichtigt wird,
- dass darüber hinaus die Schwierigkeit existiert, dass unterschiedliche Perspektiven auf Child Well-being nicht notwendigerweise deckungsgleich sein müssen, sodass sich die Frage stellt, wessen Perspektive zählt – die der Eltern, die der Kinder oder andere Perspektiven?

Trotz dieser kritischen Annäherung an das Konstrukt „Child Well-being“ muss konstatiert werden, dass es sich dabei um das international etablierte und verwendete Konzept handelt. Deshalb soll diesem im Folgenden in verschiedenen Ansätzen und Zugängen nachgegangen werden, um zu untersuchen, wie Child Well-being in den unterschiedlichen Studien bestimmt wird und welche Indikatorenmodelle zur Operationalisierung des Child Well-being im internationalen Kontext vorliegen.

1. Vorschlag für die Bildung eines Index des Well-being von Kindern in der Europäischen Gemeinschaft von Jonathan Bradshaw u. a. (2007)¹²¹

Im ersten untersuchten Ansatz wird das Konzept Child Well-being normativ über die Erfüllung und Umsetzung der Rechte von Kindern bestimmt. Es fehlt jedoch eine theoretische Begründung der Auswahl der Indikatoren. Der Index basiert auf bereits vorhandenen Daten, es wurden keine eigenen Daten erhoben. Dieser Ansatz kann als „data driven approach“ eingeordnet werden (vgl. Betz

¹²¹ Bradshaw u. a. (2007) kritisieren den Ansatz der EU zum Well-being von Kindern, weil dieser das Wohlbefinden von Kindern auf den Armutsindikator reduziert habe. Bradshaw will dagegen mit seinem Team illustrieren, wie eine umfassendere und aussagekräftigere Umsetzung des Child Well-being auf derselben Datenbasis möglich gewesen wäre.

2008 und ihre Übersicht über die unterschiedlichen Ansätze einer Sozialberichterstattung über Kinder).

Child Well-being bedeutet hier die Umsetzung der Rechte von Kindern. Dies kann gemessen werden als „positive child outcomes“ und als „negative child outcomes“ und Deprivation. Well-being und Deprivation bilden zwei Seiten einer Medaille, wobei Letzteres als Verstoß gegen die Kinderrechte gewertet wird.

„Outcomes für Kinder sind nicht statisch. Sie sind das Resultat einer Interaktion zwischen Ressourcen und Risikofaktoren, die die persönliche Lebenssituation des Kindes, seine Familie und Freunde, die schulische Situation und die Gesellschaft betreffen. Diese Faktoren sind in ständigem Wandel begriffen. Kinder bringen mit ihren sich entwickelnden Kompetenzen und Fähigkeiten ihr Well-being aktiv hervor, indem sie diese verschiedenen Schutz- und Risikofaktoren aufeinander beziehen, ausgleichen, vermitteln und moderieren“ (Bradshaw u. a. 2007, S. 135, Übersetzung M. Joos).

Wichtig an diesem Zugang zum Child Well-being erscheint,

- (1) dass die Rechte von Kindern die Grundlage für das Well-being schaffen,
- (2) dass die „outcomes“, also die Wirkungen und Effekte von Bedingungen, Strukturen und Voraussetzungen, betrachtet werden und
- (3) dass die Kinder aktiv an der Herstellung ihres Wohlbefindens beteiligt sind. Hierbei sind Ressourcen, Risiko- und Schutzfaktoren in ihren unterschiedlichen Wirkungen auf die Hervorbringung von Well-being zu unterscheiden.

Cluster des Child Well-being

Das Autorenteam um Bradshaw hat folgende acht Cluster des Well-being von Kindern entwickelt:

- die materielle Lebenssituation,
- die Wohnsituation,
- Gesundheit,
- das subjektive Wohlbefinden,
- Bildung,

- Beziehungen/Bindungen/Integration,
- Partizipation,
- Risiken und Sicherheit.

Im Folgenden soll an einem Beispiel – dem Cluster Beziehungen von Kindern – dargestellt werden, mit welchen Indikatoren das Forscherteam das Well-being von Kindern im Lebensbereich „Beziehungen“ operationalisiert:

- Familienstruktur (Ein-Eltern-Familien, Stieffamilien),
- Beziehungen zu den Eltern (Häufigkeit von gemeinsamen Mahlzeiten in der Woche, Häufigkeit von Gesprächen mit den Eltern in der Woche, wobei hier Deutschland und Luxemburg die niedrigsten Plätze belegen),
- Beziehungen zu Gleichaltrigen („Erlebst du deine Peers als freundlich und hilfsbereit?“).

Auf der Basis einer sekundäranalytischen Datenauswertung werden auf einer ersten Stufe die europäischen Mitgliedsländer im Hinblick auf die Einzelindikatoren miteinander verglichen und in übersichtlichen Grafiken in Form eines Rankings dargestellt. In der zweiten Stufe werden für die einzelnen Cluster europäische Ländervergleiche durchgeführt und schließlich erfolgt ein Vergleich des Gesamtindex Child Well-being, welcher eine Verdichtung aller acht Cluster darstellt.

Deutschland belegt beim Child-Well-being-Index den neunten Platz von 25 Ländern. Zypern, die Niederlande und Schweden weisen das höchste Wohlbefinden ihrer Kinder und Jugendlichen auf, Lettland, Estland und Litauen das niedrigste.

2. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland (Bertram 2006, 2008)

Im Folgenden soll der Ansatz der UNICEF-Studie vorgestellt werden, die unter der Leitung von Hans Bertram durchgeführt wurde. Hier wird nicht mit dem Begriff des Child Well-being operiert, sondern mit dem der „Lebenslage“ von Kindern. Im Rahmen einer Sekundärauswertung von repräsentativen Befragungen von Kindern und

Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 18 Jahren (bzw. deren Bezugspersonen) wurden Themenfelder wie Bildung, Gesundheit, Lebenssituation, Migration, Familie, Betreuung, Wohlbefinden und die Entwicklungschancen von Kindern untersucht.

In der Studie wurde mit sechs zentralen Indikatoren gearbeitet, die alle auch im bereits vorgestellten Modell von Bradshaw u. a. (2007) verwendet werden:

- Dimension 1: Materielle Lage (Material well-being),
- Dimension 2: Gesundheit und Sicherheit (Health and safety),
- Dimension 3: Bildung (Educational well-being),
- Dimension 4: Beziehungen zu Eltern und Freunden (Family and peer relationships),
- Dimension 5: Verhalten und Risiken (Behaviours and risks),
- Dimension 6: Subjektives Befinden (Subjective well-being).

Der Fokus der UNICEF-Studie ist etwas eingeschränkter als der der EU-Studie von Bradshaw (2007), weil die Indikatoren „Wohnsituation“ und „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ nicht in das Auswertungsmodell zu den Lebenslagen von Kindern eingegangen sind.

Im internationalen Vergleich erlangt Deutschland in dieser Studie lediglich Platz 11 von 21 Ländern, weil es in allen Einzeldimensionen nur durchschnittliche Werte erreicht. „Den besten Wert erreicht Deutschland noch bei der Einschätzung der Jugendlichen und Kinder zur eigenen Lebenssituation (...)“ (Bertram 2006, S. 10).

Der Ansatz ist für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz insofern interessant, als hier ein Bundesländervergleich durchgeführt und somit eine Einordnung von Rheinland-Pfalz möglich wird (siehe Abbildung 139: „Zur Lage der Kinder in Deutschland – die Bundesländer im Vergleich“; Bertram 2006, S. 36). Das Bundesland Rheinland-Pfalz liegt insgesamt an 6. Stelle von 16 Bundesländern, Baden-Württemberg liegt auf Platz 1, Bremen auf dem letzten Platz. Im Hinblick

auf die Dimension 2 „Gesundheit und Sicherheit“ belegt Rheinland Pfalz jedoch lediglich den 13. Platz, in der Dimension „Bildung“ sogar nur den 14. Platz und liegt an vorletzter Stelle, während die „Materielle Lage“ und die „Beziehungen zu Eltern und Freunden“ in Rheinland-Pfalz sehr positiv ausgeprägt sind und im Bundesländervergleich den dritten Platz belegen.

Es zeigt sich, dass es in Deutschland erhebliche (bundes-)länderspezifische Differenzierungen im Hinblick auf die Lebenslagen von Kindern gibt, sodass davon auszugehen ist, dass die regionale und die soziale Herkunft von Jungen und Mädchen in entscheidender Weise über ihre Bildungs- und Zukunftschancen mitbestimmt.

Darüber hinaus fällt in der UNICEF-Studie auf, dass es in keinem Bundesland Angaben zum „Subjektiven Befinden“ von Kindern und Jugendlichen gibt (Dimension 6) und zu „Verhalten und Risiken“ (Dimension 5) des Child Well-being lediglich für 6 von 16 Bundesländern Angaben vorliegen. Hier scheinen erhebliche Datenlücken zu existieren, die auch für die Erstellung des rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichts problematisch werden können.

Abbildung 137: Zur Lage der Kinder in Deutschland – die Bundesländer im Vergleich

Die Bundesländer sind in der Reihenfolge aufgelistet, die ihrem durchschnittlichen Rang in vier Dimensionen entspricht. Zum „Subjektiven Befinden“ der Kinder gibt es keine Daten auf Ebene der Bundesländer, in der Dimension „Verhalten und Risiken“ liegen nur für sechs Bundesländer Daten vor. Ein hellgrauer Hintergrund steht für einen Platz im oberen Drittel der Rangliste, helles Grün zeigt das mittlere Drittel an und Grün steht für ein Abschneiden im unteren Drittel der Bundesländer.

Bundesländer	Durchschnittlicher Rang (nach 4 Dimensionen)	Dimension 1 Materielle Lage	Dimension 2 Gesundheit und Sicherheit	Dimension 3 Bildung	Dimension 4 Beziehung zu Eltern und Freunden	Dimension 5 Verhalten und Risiken	Dimension 6 Subjektives Befinden
Baden-Württemberg	2,3	1	1	3	4	n/a	n/a
Bayern	4,0	2	5	8	1	2	n/a
Hessen	5,3	4	7	5	5	4	n/a
Nordrhein-Westfalen	5,3	7	10	2	2	n/a	n/a
Sachsen	7,3	12	3	1	13	n/a	n/a
Rheinland-Pfalz	8,3	3	13	14	3	n/a	n/a
Hamburg	8,5	10	2	16	6	n/a	n/a
Niedersachsen	8,5	6	12	6	10	n/a	n/a
Brandenburg	8,8	11	8	4	12	1	n/a
Saarland	9,0	8	14	7	7	n/a	n/a
Schleswig-Holstein	9,5	5	6	12	15	n/a	n/a
Thüringen	10,0	9	11	11	9	3	n/a
Berlin	11,0	14	4	10	16	6	n/a
Mecklenburg-Vorp.	11,3	13	9	9	14	5	n/a
Sachsen-Anhalt	13,5	15	15	13	11	n/a	n/a
Bremen	13,8	16	16	15	8	n/a	n/a

Quelle: Bertram 2006, Zur Lage der Kinder in Deutschland, Innocenti Working Paper, UNICEF, S. 36

3. Vorschlag für einen evidenzbasierten Ansatz zur Messung des Child Well-being (Land u. a. 2007)

Dieser evidenzbasierte Ansatz zur Messung von Child Well-being lässt sich dadurch kennzeichnen, dass objektive soziale Indikatoren und Indikatoren zum subjektiven Wohlbefinden miteinander verknüpft werden. Unter subjektivem Well-being wird die persönliche Bewertung bzw. Bilanzierung der im Leben gemachten positiven Erfahrungen verstanden. Diese setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

- der Lebenszufriedenheit insgesamt,
- den positiven Gefühlen und
- den negativen Gefühlen (Land u. a. 2007, S. 109f.).

Ausgangspunkt für die zentrale Fragestellung dieses Ansatzes sind die Studien von Cummins (1996, 1997), der zeigen konnte, dass es eine große Übereinstimmung zwischen den für das Well-being relevanten Lebensbereichen gibt, die in den Studien zum subjektiven Wohlbefinden identifiziert, und denjenigen, die in den Experten-Panels mit objektiven sozialen Indikatoren ausgemacht wurden.

So lautet denn auch die zentrale Frage dieses Aufsatzes, ob Studien, die sich auf das subjektive Well-being beziehen, nicht herangezogen werden könnten, um zusammengesetzte oder summarische Lebensqualitätsindices stärker evidenzbasiert auszurichten, nicht nur im Hinblick auf die Nutzung empirischer Daten, sondern gerade auch in der Auswahl von Bereichen des Well-being und der konstruierten Indikatoren.¹²² Die Autoren bejahen diese Frage und demonstrieren dies am „Child and Youth Well-being Index“ (CWI) (Land u. a. 2007, S. 111).

¹²² „Can subjective well-being studies be used to make composite or summary quality-of-life indices more evidence-based not only in the use of empirical data, but also in the selection of the domains of well-being and indicators used in their construction?“ (Land u. a. 2007, S. 111).

Der CWI ist ein zusammengesetztes Maß aus Trends bzw. Zeitreihen zum Well-being von Kindern und Jugendlichen in Amerika. Dieses setzt sich aus mehreren, aufeinander bezogenen summarischen Indices aus jährlichen Zeitreihen von zahlreichen Sozialindikatoren zum Well-being von Kindern und Jugendlichen in den Vereinigten Staaten zusammen.¹²³

In der folgenden Tabelle 37 werden die sieben zentralen Lebensbereiche des Well-being von Kindern und Jugendlichen sowie die dazugehörigen Schlüsselindikatoren aufgezeigt.

¹²³ Der Child-Well-being-Index ist „a composite measure of trends over time in the well-being of America’s children and young people, that consists of several interrelated summary indices of annual time series of numerous social indicators of the well-being of children and youth in the United States“ (Land u. a. 2007, S. 111).

Tabelle 37: Die 28 Indikatoren des FCD-Land-Index (The 28 key measures used in the FCD-Land Index)

Domain	Key measures
Family economic well-being domain	Poverty rate (all families with children) Secure parental employment rate Median annual income (all families with children) Rate of children with health insurance
Health domain	Infant mortality rate Low birth weight rate Mortality rate (ages 1–19) Rate of children with very good or excellent health (as reported by parents) Rate of children with activity limitations (as reported by parents) Rate of overweight children and adolescents (ages 6–19)
Safety / behavioral domain	Teenage birth rate (ages 10–17) Rate of violent crime victimization (ages 12–19) Rate of violent crime offenders (ages 12–17) Rate of cigarette smoking (grade 12) Rate of alcohol drinking (grade 12) Rate of illicit drug use (grade 12)
Educational attainment domain	Reading test scores (Ages 9, 13, and 17) Mathematics test scores (ages 9, 13, and 17) Rate of persons who have received a high school diploma (ages 18–24)
Community connectedness	Rate of youths not working and not in school (ages 16–19) Rate of pre-kindergarten enrolment (ages 3–4) Rate of persons who have received a bachelor’s degree (ages 25–29) Rate of voting in presidential elections (ages 18–20)
Social relationships domain	Rate of children in families headed by a single parent Rate of children who have moved within the last year (ages 1–18)
Emotional /spiritual well-being domain	Suicide rate (ages 10–19) Rate of weekly religious attendance (grade 12) Percent who report religion as being very important (grade 12)

Unless otherwise noted, indicators refer to children ages 0–17.

Quelle: Land (2006), S. 24

Es werden sieben Lebensbereiche unterschieden, die in ähnlicher Begrifflichkeit auch im Index von Bradshaw u. a. (2007) und in der UNICEF-Studie (2006) verwendet werden:

- das materielle familiäre Wohlergehen,
- Gesundheit,
- Sicherheit und Verhalten,
- Bildung(serfolg),
- soziale Integration in die Gemeinschaft/ Gesellschaft,
- soziale Beziehungen,
- emotionales/religiöses Wohlbefinden.

Lediglich das emotionale bzw. spirituelle/religiöse Wohlbefinden bildet eine Kategorie, die in den anderen Ansätzen bisher nicht auftaucht.

Folgende Fragen können an den CWI adressiert werden:

- Wie hat sich das Well-being in den vergangenen 20 Jahren in den USA verändert?
- Hat es sich verbessert oder verschlechtert?
- In welchen Lebensbereichen?
- Für bestimmte Altersgruppen?
- Für bestimmte ethnische Gruppen?
- Für beide Geschlechter gleichermaßen?
- Haben sich die ethnischen und Geschlechterdisparitäten vergrößert oder reduziert?

Land und sein Team erstellen zu den sieben Indikatoren zum Child Well-being Zeitreihen ab dem Jahr 1975 bis ins Jahr 2003, die alle zusammen in eine Grafik eingetragen werden. Das Ausgangsjahr 1975 wird als Basiswert (100) verwendet und davon ausgehend wird die positive bzw. negative Entwicklung der Indikatoren in den einzelnen Lebensbereichen abgetragen.

Auffällig in den Vereinigten Staaten ist insbesondere der Indikator „Gesundheit“, der seit dem Jahr 1979 permanent sinkt. Dies hat mit der Variable „Rate of overweight children and adolescent“ (Übergewicht der 6- bis 19-Jährigen) zu tun. Auch der Indikator „Social relationship domain“ (Soziale Beziehungen) nimmt im Zeitverlauf eine bedenklich negative Entwicklung, scheint jedoch seit Ende der 1990er Jahre wieder zu steigen.

An den bislang hier vorgestellten Studien zum Child Well-being wird jedoch von sogenannten „kindzentrierten Ansätzen“ (z. B. Fattore u. a. 2007) Kritik geübt, die sich auf folgende Punkte beläuft:

- Kinder werden als „Werdende“ betrachtet unter der Perspektive, ob und wann sie die „Meilensteine“ der Entwicklung erreichen. Die Gültigkeit traditioneller altersbasierter Entwicklungsmarker und ihre behauptete Relevanz für ein „erfolgreiches Erwachsenenleben“ wird von den „kindzentrierten Ansätzen“ in Frage gestellt (Fattore u. a. 2007, S. 8). Kinder mit den normativen Maßstäben einer „normalen Entwicklung“ zu messen wird zurückgewiesen.
- Die Defizit- und Problemperspektive auf Kinder wird kritisiert: In den herkömmlichen Ansätzen bedeute Well-being von Kindern und Jugendlichen, dass keine Entwicklungs- oder gesundheitlichen Probleme bzw. keine „negativen Ergebnisse“ auftreten. Kinder werden als Objekte, als abhängige Variablen von (internen und externen) Determinanten aufgefasst und weniger als soziale Akteure, die ihre soziale Umgebung mit gestalten und Probleme und Entwicklungsschwierigkeiten auch als Herausforderung begreifen können (Stichwort: Resilienz).
- Das Well-being von Kindern wird als Erfolg oder Scheitern der Institutionen für Kinder bewertet.
- Die Konzeptualisierung und Erfassung von kindlichem Well-being aus einer erwachsenenzentrierten Perspektive wird problematisiert. Well-being sollte vielmehr aus der Perspektive der Kinder selbst erforscht werden.

Vor dem Hintergrund dieser kritischen Einschätzung bislang existierender Ansätze zur Bestimmung des Well-being von Kindern soll hier ein Vorschlag vorgestellt werden, wie ein Indikatorenmodell aussehen könnte, welches Kinder in den Fokus der Forschung rückt.

4. Vorschlag für ein Indikatorenmodell, welches Well-being aus der Perspektive von Kindern berücksichtigt

Die im Folgenden vorgestellten Ansätze von Fattore u. a. (2007, 2009) und Crivello u. a. (2009) sind dadurch gekennzeichnet, dass eine Annäherung an die Perspektive der Kinder vorgenommen wird, um das Well-being aus ihrer Sicht zu verstehen. Die Bedeutung von zentralen Lebensbereichen für kindliches Well-being soll erkannt und auf dieser Basis sollen aussagekräftige Indikatoren entwickelt werden. Die Lebenswelt, die Erfahrungen und die Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen selbst sollen in den Fokus der Forschung rücken, während die adultistische Perspektive abgelehnt wird.

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses steht die Frage: Was heißt „positives“ Well-being von Kindern, wenn Kinder als Teilnehmende in die Forschung einbezogen werden („children as participants in the research“)? Dies erfordert einen anderen epistemologischen Ansatz, so die Autoren, der sich deutlich von der bisherigen Forschung über Well-being unterscheidet (Fattore u. a. 2007, S. 6). Kinder werden hier als soziale Akteure verstanden, als aktiv Handelnde.

„Das fundamentale Prinzip, welches die Arbeit der Kommission leitete, war das zentrale Ziel des Projektes, Kinder in das Zentrum zu rücken, um zu explorieren, was Well-being aus ihrer Sicht ausmacht. Ausgehend von der Bedeutung, die sie dem Konzept beimessen, sollen die zentralen Lebensbereiche identifiziert und operationalisiert werden, um wichtige Aspekte des Well-being der Bevölkerungsgruppe Kinder zu beobachten und zu messen“ (Fattore u. a. 2008, S. 6, Übersetzung M. Joos).¹²⁴

¹²⁴ „The principal governing the work of the Commission (...) was the significant factor influencing the fundamental aim of the project to place children centrally in exploring their views of what constitutes their well-being and, from the meanings they attach to the concept, to identify key domains that can be operationalised for monitoring and measuring important aspects of well-being at a population level“ (Fattore u. a. 2007, S. 6).

Kinder in den Fokus der Forschung rücken – „Placing Children centrally“

Für diesen Zugang zum Child Well-being werden qualitative Methoden als zentral erachtet. Insbesondere der ethnografischen Forschung wird ein großes Potential zugesprochen und es wird ein Bezug zur phänomenologischen Tradition hergestellt. Dementsprechend wird ein positivistischer bzw. objektivistischer Zugang zur Erforschung des Well-being von Kindern abgelehnt. Stattdessen wird ein konstruktivistischer Zugang gewählt, davon ausgehend, dass Child Well-being ein soziales Konstrukt darstellt und dass Wissen und Erkenntnisse in der Interaktion zwischen Forschern und Beforschten hergestellt werden. In diesem Ansatz zur Bestimmung des Child Well-being wird eindeutig Bezug auf die „Neue Soziologische Kindheitsforschung“ genommen, welche die konzeptuelle Autonomie von Kindern entdeckt und die Differenz der Perspektive von Kindern eingefordert hat. Darüber hinaus betont dieser die Bedeutung der Gegenwart von und für Kinder – im Unterschied zur Zukunftsorientierung der erwachsenen- bzw. expertokratischen Sichtweise in der Sozialindikatorenforschung.

Werden Kinder an der Forschung über ihr Well-being beteiligt, so zeigt sich, dass Well-being von Kindern durch Gefühle wie Glücklichkeit, aber auch Traurigkeit definiert wird. Insbesondere bedeutet Well-being für Kinder, sich in sozialen Beziehungen sicher und geborgen zu fühlen, was dann eintritt, wenn Kinder Beziehungen als harmonisch erleben. Well-being aus der Perspektive von Kindern meint auch, eine moralisch handelnde Person zu sein, d. h. die eigenen Interessen zu verfolgen, aber gleichzeitig das Wohlergehen der anderen im Blick zu haben (Fattore u. a. 2007, S. 18). Erwachsene handeln aus Sicht der Kinder dann moralisch, wenn sie Entscheidungen im Sinne der Kinder treffen.

Vorschlag für ein Indikatorenmodell aus der Perspektive von Kindern (nach Fattore u. a. 2007, 2009):

- Autonomie und Handlungsfähigkeit („Autonomy and Agency“); Well-being bedeutet für Kinder, Spielräume zu haben, in denen sie frei handeln können, Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten zu haben sowie zu erleben, dass sie ihren Alltag beeinflussen können. Mit diesem Indikator ist die Handlungsbefähigung und Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen angesprochen, denen gerade auch im 13. Kinder- und Jugendbericht für das Wohlergehen und die Gesundheitsförderung ein zentraler Stellenwert zugesprochen wird (BMFSFJ 2009).
- Sicherheit und Geborgenheit („Keeping safe and feeling secure“); Ängste und Unsicherheiten schränken das Wohlbefinden ein, insbesondere Begrenzungen der Partizipations- und Handlungsmöglichkeiten werden von Kindern negativ betont. Die bauliche Gestaltung der Umwelt sowie die kindliche Aktivitäten eingrenzenden Sorgen und Ängste der Eltern werden explizit genannt.
- Selbst/Selbstwert („Positive Sense of Self“); hier ist ein positives Selbstwertgefühl angesprochen sowie die Anerkennung durch andere. Kinder fühlen sich wohl, wenn sie Wertschätzung durch andere erfahren und sich selbst „okay“ finden.
- Aktivitäten und Aktivsein („Activities and Being Active“); dieser Lebensbereich findet sich auch in vielen „klassischen“ Sozialindikatorenansätzen und wird häufig mit „Aktivitäten von Kindern“ überschrieben. Aktivitäten sind aus der Perspektive von Kindern wichtig, weil sie ihnen die Gelegenheit geben, ihre eigenen Kompetenzen zu erfahren, die Wirksamkeit ihres Handelns zu erleben, weil sie Gelegenheiten zum Lernen finden und sich darüber weiterentwickeln können. Wichtig für Kinder ist ebenfalls, dass Aktivitäten in ein Netz von Beziehungen zu Gleichaltrigen, aber auch zu Erwachsenen eingebettet sind.
- Mit Schwierigkeiten und Widrigkeiten umgehen zu können („Adversity-Dealing with Difficult Times“); Kinder beschreiben hier vor allem, wie ihre Möglichkeiten, mit Schwierigkeiten umzugehen, von der Unterstützung ihres (sozialen) Umfeldes abhängt. Hier sind Schutzfaktoren angesprochen wie bspw. eine unterstützende und sorgende Familie oder Freunde, die Kindern dabei helfen, mit Problemen und Schwierigkeiten fertig zu werden.
- Materielle und ökonomische Ressourcen; Kindern ist durchaus bewusst, dass Geld den Zugang zu kulturellen Aktivitäten und kulturellem Kapital eröffnet. Die für Kinder zentrale Verbindung zum eigenen Wohlbefinden verläuft nicht auf einer individuellen Ebene, d. h. darüber, möglichst viele Dinge zu besitzen, sondern über den Lebensstandard des familiären Haushaltes. Die negative Seite der materiellen Möglichkeiten ist die von Kindern erlebte relative Armut, die ihr Wohlbefinden belastet, indem sie sich z. B. Sorgen darüber machen, ob ihre Familie „über die Runden“ kommt, oder dass sie sich vor anderen Kindern schämen.
- Wohnung und Wohnumfeld; lärmige, unhygienische und verkehrsbelastete Wohnumgebungen werden von Kindern als belastend und ihrem Wohlbefinden abträglich erlebt.
- Gesundheit („Physical Health: Eat Well and Be Active“); Für Kinder ist es wichtig, körperlich fit und gesund zu sein, weil dies die Voraussetzung für die Teilhabe an Aktivitäten darstellt. Dies wiederum ist entscheidend für das Wohlbefinden von Kindern. Die befragten Kinder und Jugendlichen wissen, dass sie durch ihre Ernährung, Sport, Bewegung und angemessene Selbstsorge zu ihrer Gesundheit beitragen.
- Soziale Verantwortung und moralisches Handeln („Social Responsibility and Moral Agency – being a good person“) (Fattore u. a. 2009, S. 71); entscheidend für das Wohlbefinden von Kindern ist es, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und davon überzeugt

zu sein, dass sie das „Richtige“ tun. Für Kinder scheint es bedeutsam zu sein, in ihrem Alltag nach ihren Werten und Überzeugungen zu handeln und somit ein Gefühl der emotionalen Integrität zu erleben. Hier spielen Aushandlungen und die elterliche Unterstützung in der Aushandlung von moralischen Situationen eine zentrale Rolle, weil diese Kindern die Gelegenheit bieten, sich ihrer eigenen Werthaltungen bewusst zu werden.

Insgesamt „zeigt sich, dass zwischenmenschliche Beziehungen für das subjektive Well-being von Kindern von zentraler Bedeutung sind. Wie gut es ihnen geht, hängt in starkem Maße von der Qualität und der Stärke der unmittelbaren sozialen Beziehungen in der Familie und der Peer-Gruppe ab. In vielen Fällen war das Well-being von Kindern auch verknüpft mit dem Zugang zu institutionellen Angeboten und Diensten, insbesondere im Bezug zur Schule“ (Crivello u. a. 2009, S. 69; Übersetzung M. Joos).

Es lässt sich resümieren, dass der Einbezug der Perspektive von Kindern in die Erforschung des Well-being die bereits existierenden Sozialindikatorenansätze validieren kann, indem die Bedeutsamkeit bestimmter Lebensbereiche unterstrichen wird (Aktivitäten von Kindern, Wohnung und Wohnumfeld, materielle Ressourcen, Gesundheit, Sicherheit), und vervollständigen kann, indem bestimmte, bislang übersehene Bereiche zusätzlich aufgegriffen werden (Autonomie und Agency, Selbst(wert), mit Schwierigkeiten umzugehen/ Problembewältigung, soziales und moralisches Handeln). Hierfür bilden jedoch Befragungen von Kindern und Jugendlichen selbst eine unabdingbare Voraussetzung.

4.1.3 Fazit: zentrale Ergebnisse und Perspektiven

In Kapitel 4.1 erfolgte ein theoriegeleiteter Zugang zu einer Kinder- und Jugendberichterstattung unter folgenden Fragestellungen:

„Welche Formen und Traditionen der Berichterstattung über Kinder und Jugendliche existieren bereits? Kann im Hinblick auf die Erstellung des rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichts darauf aufgebaut werden? Welche anerkannten theoretischen Konzepte sind auf den Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz übertragbar? Und welche anerkannten Indikatorenmodelle zum Child Well-being existieren bereits?“

Die Erarbeitung erfolgte dabei auf mehreren Ebenen: Es wurde sowohl auf der nationalen und der internationalen Ebene, auf der Ebene der öffentlichen Berichterstattung über Kinder und Jugendliche sowie der sozialwissenschaftlichen Forschung über Kinder (z. B. Kindersurveys) recherchiert.

Daraus resultieren nun folgende Hinweise für die Konzipierung des rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichtes:

- Die letzten Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung unterstreichen allesamt die herausragende Bedeutung des aufeinander abgestimmten Zusammenspiels zwischen öffentlicher und privater Verantwortung für das gelingende und gerechte Aufwachsen von Kindern in Deutschland.
- Die Kinder- und Jugendberichte auf Bundesländerebene erscheinen – mit Ausnahme der Berichte von Nordrhein-Westfalen – als eher unsystematische und unregelmäßige Angelegenheiten. Regional differenzierte Länderberichte liegen nicht vor. Es gibt in den Bundesländern kaum eine Tradition der regelmäßigen und systematischen Berichterstattung zu den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen, auf der aufgebaut werden könnte.

- Das bedeutet für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, dass ein eigener theoretischer und empirischer Ansatz einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung über Kinder und Jugendliche entwickelt werden muss.
- Die Projektgruppe des rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichts versucht, sowohl theoretisch als auch methodisch ein eigenes Konzept umzusetzen: Auf der Basis von Recherchen zum internationalen Konzept des „Child Well-being“ wurden theoretische Zugänge, Konzepte zur Messung, Operationalisierung und Beschreibung des Child Well-being herangezogen, diskutiert und geprüft.
- Es stellte sich jedoch heraus, dass der international verwendete und etablierte Begriff des „Child Well-being“ nicht eindeutig bestimmt ist. Dennoch entschied sich die Projektgruppe für die Verwendung des Begriffs – gerade auch weil dieser im deutschen Kontext weniger besetzt und konnotiert ist als bspw. der Begriff der „Lebensqualität“ oder der des „Guten Lebens“.
- Der Begriff des „Child Well-being“ wird von der Projektgruppe nicht direkt übersetzt, sondern in drei Dimensionen aufgespalten und somit indirekt in folgende Begriffe übersetzt: Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume. Wohlfahrt steht für die in öffentlicher Verantwortung bereitgestellte Infrastruktur für Kinder und ihre Familien (z. B. Betreuung und Bildung); Lebensbedingungen sind z. B. demografische und ökonomische Faktoren der Regionen, in denen Kinder leben. Handlungsräume stehen für die Handlungsmöglichkeiten von Kindern bzw. die Befähigung zum Handeln („agency“), die sich aus der Wohlfahrt und den Lebensbedingungen ergeben und durch eine aktive Herstellungsleistung der Kinder entstehen (vgl. hierzu ausführlicher Kap. 4.2).
- Streng genommen sollte das subjektive Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen, ihre Sichtweise auf ihre Lebensbedingungen und die vorfindliche Infrastruktur die dritte Dimension von Child Well-being bilden. Da aber die Daten zur subjektiven Perspektive von Kindern für Rheinland-Pfalz nicht vorliegen, entschied sich die Projektgruppe für den Begriff der Handlungsräume, da dieser die objektivierbaren Voraussetzungen der Handlungsmöglichkeiten von Kindern fokussiert.
- In zukünftigen rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichten ist eine Stärkung der subjektiven Perspektive von Kindern unerlässlich, um auch das Wohlbefinden in das Konzept des Child Well-being aufnehmen zu können.
- Dies ist als Desiderat zu markieren, und für die nächsten rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichte ist als Forschungsperspektive festzuhalten, dass Kinder- und Jugendbefragungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz durchgeführt werden sollten.
- Auf der Grundlage der internationalen Forschung zeichnet sich die Perspektive ab, dass (a) ein Gesamtindex für das Child Well-being entwickelt wird und (b) Längsschnittbetrachtungen angestrebt werden. Das bedeutet, dass der Gesamtindex zum Well-being von Kindern vor allem in Zeitreihen aussagefähig ist, um langfristige Entwicklungen im Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen erfassen, vergleichen und einordnen zu können. Dieser längsschnittliche Ansatz macht jedoch eine Auf-Dauer-Stellung einer Berichterstattung über Kinder- und Jugendliche notwendig.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass das Child-Well-being-Konzept international anerkannt und etabliert ist. Es bietet eine gute theoretische Grundlage, die Lebensbedingungen von Kindern – auch aus ihrer subjektiven Perspektive – zu analysieren. Das Konzept verfolgt als zentralen Analysefokus, Angebote und Infrastrukturen für Kinder und Familien unter dem Blickwinkel der Handlungserweiterung (Autonomie und Partizipation) und der Handlungsbegrenzung (soziale Ungleichheit, Deprivation und Knappheit in jeglicher Hinsicht und somit als Begrenzung der Verwirklichungschancen von Kindern) zu evaluieren.

Da der Landtag von Rheinland-Pfalz eine regional differenzierte Analyse wünschte, empfahl sich methodisch ein empirisch quantitativer indikatorengestützter Ansatz. Dieser ermöglicht in komprimierter Form eine Beschreibung des Child Well-being in den 36 Landkreisen und kreisfrei-

en Städten von Rheinland-Pfalz. Die Datenlage erwies sich vor allem deshalb als defizitär, weil so gut wie keine Informationen zur subjektiven Sicht der Kinder vorliegen. Deshalb sind für weitere Berichte Kinder- und Jugendbefragungen dringend erforderlich.

4.2 Annäherungen an ein Daten- und Indikatorenkonzept für die Kinder- und Jugendberichte des Landes Rheinland-Pfalz

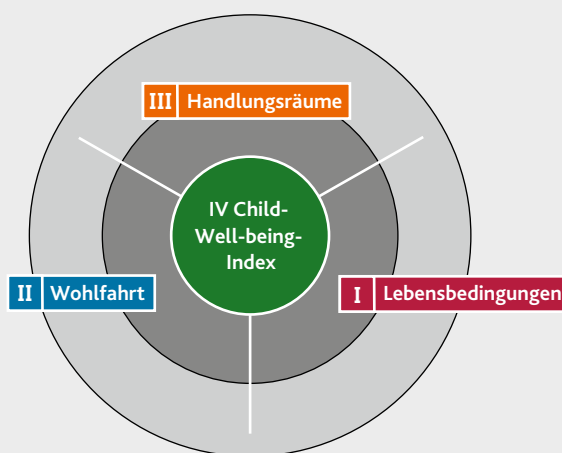
In diesem Kapitel wird das für den ersten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz entwickelte Daten- und Indikatorenkonzept vorgestellt und erläutert. Mit dem Indikatorenkonzept soll dem Berichtsauftrag des Landtages Folge geleistet werden, „solide Daten über die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Rheinland-Pfalz“ so aufzubereiten, dass sie „Basis einer kinderfreundlichen Politik“ sein können (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f). Gefordert wird von dieser regelmäßigen Berichterstattung sowohl ein Überblick zu einer Vielzahl bedeutsamer Themengebiete als auch eine nach Landkreisen und Städten differenzierte Analyse. Um in der Flut möglicher Daten und Informationen nicht zu „ertrinken“, ist es erforderlich, diese Fülle begründet so zu verdichten, dass ein Bild der spezifischen Lebensbedingungen junger Menschen in den Regionen des Landes erkennbar wird. Gleichzeitig soll dieses Bild aber hinreichend komplex bleiben, um die Eigenheiten der Regionen mit ihren Stärken und Schwachpunkten angemessen wiederzugeben. Nur so können daraus Anhaltspunkte für eine kinderfreundliche Politik im Land und in den Kommunen gewonnen werden.

Das theoretische Konstrukt für diese Reduktion und Konzentration ist unter dem Titel „Child Well-being“ als international anschlussfähig im vorhergehenden Kapitel vorgestellt und begründet worden. In diesem Kapitel muss nun dargestellt und begründet werden, wie dieses Konstrukt plausibel umgesetzt und für den Untersuchungsauftrag des ersten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-

Pfalz operationalisiert werden kann. Die Darstellung folgt hier der Logik vom Gesamten zum Einzelnen: Zunächst wird das Gesamtkonzept mit dem Gesamtindex für das Child well-being dargestellt, anschließend werden die „Bestandteile“ des Gesamtkonzepts bis hin zu den Kennzahlen präsentiert.

Drei Dimensionen des Child Well-being stellen wesentliche Aspekte internationaler und auch traditioneller Berichterstattung dar (siehe Abb. 138).

Abb. 138: Die drei Dimensionen des Child-Well-being-Index



Quelle: eigene Darstellung

Zu den Dimensionen, ihren jeweils leitenden Fragestellungen und den dabei zurzeit zu berücksichtigenden Daten im Einzelnen:

- **Zu I:** Was prägt die **Lebensbedingungen**, unter denen Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz groß werden?
Bevölkerungsstruktur und -entwicklung bestimmen die aktuelle und prognostizierte Zusammensetzung der Bevölkerung und haben wesentlichen Einfluss auf die Anforderungen an wohlfahrtsstaatliche Angebote und Leistungen sowie die Handlungsräume junger Menschen. Dieser Aspekt findet noch stärkere Bedeutung in Bezug auf die materielle Lage einer Gebietskörperschaft. Ist diese beispielsweise durch zahlreiche belastende Lebenssituationen geprägt, obliegt es der staatlichen Verantwortung, für einen Ausgleich Sorge zu tragen.
- **Zu II:** Welchen Beitrag leisten **wohlfahrtsstaatliche Angebote**, Leistungen und Versorgungsstrukturen zu Verwirklichungschancen junger Menschen?
Unter Wohlfahrt sollen hier Effekte und Wirkungen der sozialstaatlichen Leistungen und Strukturen verstanden werden, mit denen direkt und indirekt ein „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ gestaltet wird. Die Dimension berücksichtigt nicht nur die Beiträge zu Verwirklichungschancen junger Menschen, sondern auch zu deren Wiederherstellung oder Erhalt.
- **Zu III:** Was kann über die **Handlungsräume** junger Menschen ausgesagt werden?
Der Begriff berücksichtigt die als zentral angesehene eigenständige Handlungsperspektive von Kindern und Jugendlichen sowie die Verwirklichungschancen, die sie dafür haben und bezieht diese im Wesentlichen auf die sozialen und territorialen Räume des Aufwachsens. Die Dimension fasst sowohl Möglichkeiten, die Kindern und Jugendlichen vor Ort zur Verfügung stehen als auch die Einschränkungen ihrer Handlungsräume.

Nach diesem ersten Überblick des Gesamtkonzepts Child Well-being soll zunächst der Prozess der Entwicklung „vom Rohdatum zum Indikatorenkonzept“ beschrieben und ein Überblick zu Definition und Aussagefähigkeit von Indikatoren und Indexwerten gegeben werden. Im Anschluss werden die drei Dimensionen des Child-Well-being-Konzeptes, nämlich **Lebensbedingungen** von Kindern, Jugendlichen und Familien, **Wohlfahrt** (verstanden als Beitrag zu Verwirklichungschancen junger Menschen) sowie **Handlungsräume** von Kindern und Jugendlichen, eingehender vorgestellt.

Diese drei Dimensionen sollen möglichst detailliert und transparent beschrieben werden, da hier nicht nur die Befunde, sondern auch das Konzept selbst als mögliche Orientierung für weitere Kinder- und Jugendberichte des Landes von Interesse sind. So werden pro Dimension zunächst theoretische Grundlagen skizziert, dann Indices, Indikatoren und Kennzahlen dargestellt. Die im Datenkonzept verwendeten und empfohlenen Daten können so im Einzelnen nachvollzogen werden. Abschließend werden Empfehlungen für Datenkonzepte zukünftiger Kinder- und Jugendberichte in Rheinland-Pfalz gegeben.

Zur regionalen Differenzierung ist wichtig anzumerken, dass die hier untersuchten 36 Landkreise und kreisfreien Städte durch kommunale Grenzen bestimmt sind. Diese kommunalen Grenzen sind historisch und politisch bedingt und wurden nicht mit Rücksicht auf Faktoren der Lebensbedingungen von Kinder und Familien gezogen. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind in sich wiederum heterogene und vielfach untergliederte Territorien. Der vorliegende Bericht kann dieser Vielfalt kleinräumig nicht gerecht werden, sondern hat das Ziel, aus Landesperspektive Gemeinsamkeiten ebenso wie Besonderheiten der kreisfreien Städte und Landkreise als Bezugspunkte für landespolitische Entscheidungen zu identifizieren. Konzeption und Befunde dieses Berichtes können aber auch eine mögliche Grundlage sein, an die kleinräumigere und kommunale Berichte anknüpfen.

Wie in anderen Studien auch, haben diese Bedingungen erheblichen Einfluss auf die Datenauswahl: Sie „reduzierte sich (...) zwangsläufig vom theoretisch ‚Wünschbaren‘ auf das aus Datenverfügbarkeitsgründen statistisch ‚Machbare‘“ (Prognos 2007a, S.5). Auf im dargestellten Datenkonzept derzeit nicht verfügbare Daten wird detailliert im letzten Punkt dieses Unterkapitels eingegangen und es werden hierzu Empfehlungen für eine Weiterentwicklung des Datenkonzeptes gegeben.

4.2.1 Vom Datum über die Indikatoren zum Indexwert

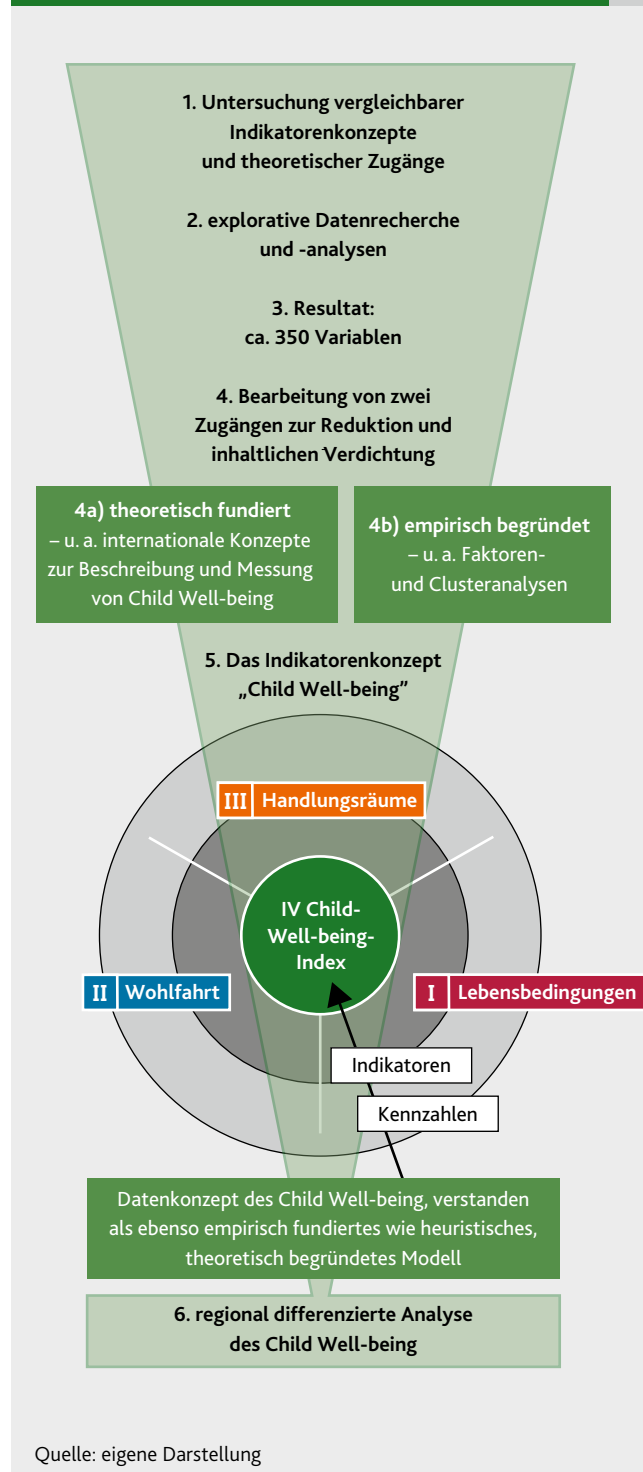
Bevor das Daten- und Indikatorenkonzept im Einzelnen dargestellt und erläutert wird, soll zumindest skizziert werden, welche Abstimmungs- und Auswertungsprozesse hierzu erforderlich waren. Abbildung 139 zeigt diese sechs Schritte im Überblick.

Für einen ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz war es wichtig, zunächst explorierend vorzugehen, um den Blick nicht von vorneherein auf bestimmte Phänomene und Aspekte einzuschränken. So wurden alle zugänglichen Rohdaten, in denen das Land Rheinland-Pfalz insgesamt und/oder regional differenziert eine Rolle spielt, zusammengetragen. Dies ermöglichte einerseits einen bundesweit vergleichenden Blick auf Rheinland-Pfalz und den Austausch über die in den Untersuchungen zugrunde liegenden Indikatorenmodelle sowie andererseits die Diskussion und Abstimmung der theoretischen Annahmen und Zugänge in der universitären Berichtsgruppe.

Deutlich wurde hierbei auch, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt kaum deutliche/extreme Abweichungen nach oben oder unten zeigt. Vielmehr liegt das Bundesland in der Mehrheit der Studienbefunde und Themenfelder leicht über bzw. unter dem Durchschnitt. Lenkt man den Blick jedoch auf die kreisfreien Städte und Landkreise, ergeben sich im bundesweiten kommunalen Vergleich deutliche Unterschiede; ähnliche Befunde sind aus internationalen Ver-

gleichsstudien im Verhältnis des Bundesdurchschnitts zur Situation in den Bundesländern bekannt (u. a. Deutsches PISA-Konsortium 2002).

Abb. 139: Auf dem Weg zum Datenkonzept



Im Weiteren wurden in einer explorativen Datenrecherche insbesondere regional differenzierte, d. h. für die 36 kreisfreien Städte und Landkreise des Landes vorliegende Daten zu mehr als 350 Einzelthemen die Lebenssituation sowie Angebote und Leistungen für junge Menschen und Familien betreffend erhoben. Die wichtigste Quelle war hierbei das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems. Zusammengetragen wurden ebenfalls vielfältige Materialien und Berichte von Verbänden, aus anderen Forschungsprojekten sowie Berichte, Broschüren und Drucksachen des Landtags und der Landesministerien.

Im Hinblick auf die in dieser Projektphase deutlich werdende notwendige Reduktion wurden zwei Zugänge für das weitere Vorgehen verabredet:

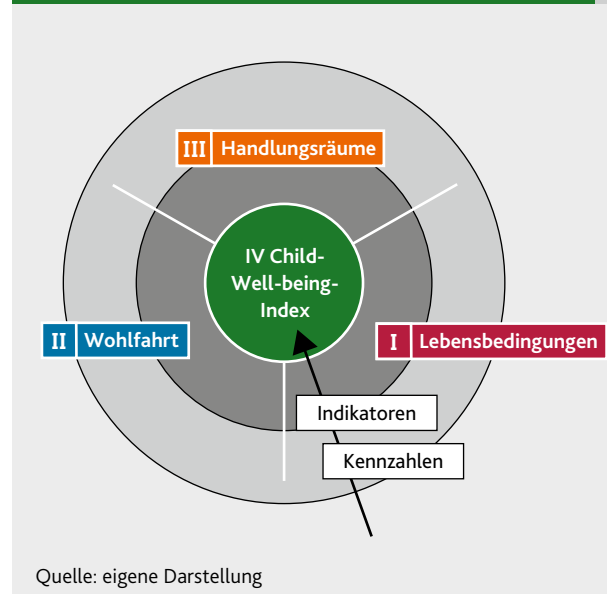
- Zum einen ein theoretisch fundierter Zugang, der verschiedene theoretische – insbesondere internationale Konzepte – zur Beschreibung und Messung von Child Well-being berücksichtigt, die auf Rheinland-Pfalz übertragbar sind; die Ergebnisse sind in Kap. 4.1 vorgestellt worden.
- Zum anderen eine empirisch begründete Auswahl von Daten; hierzu sind die vorliegenden Daten mit statistischen Analyseverfahren (insbes. Faktoren- und Clusteranalyse) auf Verteilungsparameter und Zusammenhänge hin untersucht worden.

Auf Basis dieser Zwischenergebnisse wurde das hier vorliegende Datenkonzept erarbeitet. Leitend war dabei vor allem die Fragestellung, wie der Begriff des „Child Well-being“ unter Berücksichtigung der theoretischen und statistischen Erkenntnisse übersetzt und operationalisiert werden kann.

4.2.2 Die unterschiedlichen Verdichtungsebenen: Kennzahlen – Indikatoren – Indexwerte

Wie die Grafik in Abb. 140 zeigt, wurden die erhobenen Daten zunächst zu insgesamt 14 Indikatoren, dann je einem Indexwert für jede Dimension und diese schließlich zu einem Gesamtindexwert für das Child Well-being zusammengeführt.

Abb. 140: Child Well-being auf unterschiedlichen Verdichtungsebenen



Die vorliegenden Rohdaten – in der Regel absolute Werte, wie beispielsweise die Anzahl der unter 3-jährigen Kinder in den Landkreisen und kreisfreien Städten oder die Anzahl der Kinder in Ganztagschulen – wurden danach geordnet, zu welchen der drei Dimensionen des Child-Well-being-Konzepts sie relevante Informationen enthalten. Absolute Zahlen sind für sich betrachtet wenig aussagekräftig; daher wurden die absoluten Werte in Verhältniszahlen umgerechnet, z. B. die Zahl der unter 3-jährigen in Relation zur Gesamtbevölkerung des Kreises/der Stadt. Die so gewonnenen **Kennzahlen** ermöglichen einen ersten Vergleich der 36 Regionen; regionale Gemeinsamkeiten sowie Besonderheiten im Hinblick auf einzelne Merkmale können herausgearbeitet werden.

Aus diesen Daten können **Indikatoren** gebildet werden, mit deren Hilfe „direkt nicht wahrnehmbare bzw. komplexe und unmittelbar nicht zu operationalisierende Aspekte der sozialen Realität ausschnittsweise bzw. stellvertretend“ (Jordan 1998, S. 340) abgebildet werden können. Die Beziehung zwischen dem interessierenden Sachverhalt und dem entsprechenden Indikator ist immer durch Annahmen begründet, die hier für die ausgewählten Indikatoren ausführlich dargestellt werden. Indikatoren „messen“ also den ausgewählten Aspekt nicht „objektiv“, sondern werden vielmehr als ein plausibler Anzeiger für einen nicht unmittelbar messbaren Zusammenhang der sozialen Wirklichkeit genommen. Ein im Alltag oft benutzter Indikator ist die Intelligenz, ein komplexes psychosoziales Konzept, das durch Intelligenztests nicht gemessen, sondern bestenfalls in einem für plausibel gehaltenen Zahlenwert „angezeigt“ wird.

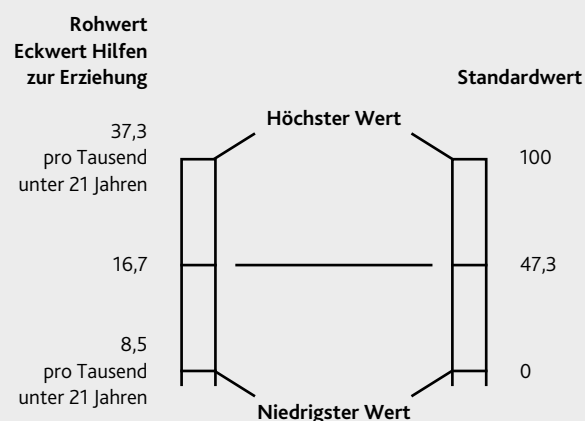
Auf einer dritten Verdichtungsebene werden aus den Indikatoren **Indexwerte**¹²⁵ errechnet. Der bekannteste Indexwert, der hier als Beispiel angeführt werden kann, ist der deutsche Aktienindex (DAX). Indexwerte dienen – ähnlich wie Indikatoren – als Anzeiger für komplexe Phänomene; während Indikatoren einzelne Aspekte eines komplexen Untersuchungsgegenstandes anzeigen, sollen Indexwerte den gesamten Untersuchungsgegenstand zugleich möglichst umfassend und auf einen zentralen Wert hin verdichtet abbilden.

Bei der Berechnung von Indikatoren und Indexwerten aus verschiedenen Daten und Kennzahlen müssen unterschiedliche Maßeinheiten zusammengefasst werden – wie beispielsweise Euro-, Prozent- und Promille-Werte. Hier ist zunächst eine Standardisierung der Kennzahlen bzw. „der ‚echten‘ Werte (...) notwendig, damit einzelne Indikatoren zueinander in Bezug gesetzt werden können“ (MASGFF 2007d, S. 322).

¹²⁵ Die Begriffe Indexwerte und Indices werden hier synonym verwendet.

Diese **Standardisierung** der Kennzahlen erfolgt hier – wie auch in zahlreichen anderen Modellen oder bspw. den Landesberichten zu Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz – durch die Berechnung der **Standardpunktzahl**. Sie geht auf die amerikanischen Soziologen Eshref Shevky und Wendell Bell – die als Pioniere der Sozialraumanalyse (u. a. Riege 2002, S. 12) bezeichnet werden – zurück. „Die Leistung der Standardpunktzahl besteht darin, dass jeder (...) (Kennzahl) auf einer kontinuierlichen Skala von 0 bis 100 ein Wert zugewiesen wird, wobei die Werte 0¹²⁶ und 100 in jeder Skala besetzt werden, während sich die übrigen Werte zwischen 0 und 100 verteilen“ (Jordan 1998, S. 368).¹²⁷ Besonders hervorzuheben ist, dass sich mit der Transformation der Kennzahlen in Standardpunktzahlen also nur „die Bezeichnung der Ursprungswerte und nicht ihr Verhältnis zueinander“ ändert; der relative Abstand der kreisfreien Städte und Landkreise, wie er sich in den Rohdaten zeigt, bleibt auch nach der Transformation in Standardpunktzahlen erhalten (MASGFF 2007d, S. 323).

Abb. 141: Modell zur Bildung von Standardpunktzahlen (Beispiel)



Quelle: MASGFF 2007d, S. 323

¹²⁶ Die Angabe „0 ist also nicht gleichzusetzen mit einer inhaltlichen Aussage wie ‚keine Fälle‘ oder ‚keine Angaben‘, sondern steht lediglich für den kleinsten Wert der Ursprungsdaten“ (MASGFF 2007d, S. 322 f.).

¹²⁷ Auf eine tiefer gehende Darstellung und Erläuterung der Berechnungsformel soll an dieser Stelle verzichtet werden, hier sei insbesondere auf die Quelle Jordan 1998, S. 367 ff. verwiesen.

In dem für diesen Bericht entwickelten Konzept einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung wurden für die gewählten drei Dimensionen folgende Indikatoren und Indexwerte erarbeitet:

I. Lebensbedingungen mit insgesamt

4 Indikatoren:

- Demografie, Materielle Lage, Wohnumfeld und Migration.

II. Wohlfahrt mit 5 Indikatoren:

- Elterngeld, Partizipationsangebote, Gesundheit, Verhalten & Risiken sowie Bildung, Betreuung & Erziehung.

III. Handlungsräume mit 5 Indikatoren:

- Aktivitäten, Beziehung zu den Eltern, verschlossene Teilhabechancen, Gesundheit/ Stress sowie Sicherheit in Kita & Schule.

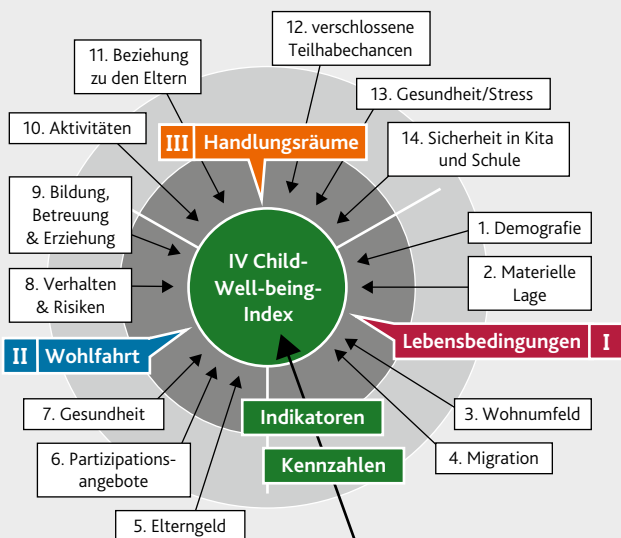
Aus diesen Indikatoren ist dann für jede Dimension ein Indexwert berechnet worden und aus diesen drei Indexwerten dann im letzten Schritt der Gesamtindex für das **Child Well-being**.

Erst diese Indikatoren und vor allem die Indexwerte ermöglichen einen Vergleich der Regionen des Landes Rheinland-Pfalz über mehrere Einzelmerkmale, sowohl im Hinblick auf jede der drei Dimensionen als auch durch den Gesamtindex für das Child Well-being. Anzumerken ist noch, dass solche Indikatorenvergleiche ein gebräuchliches Verfahren in sozialwissenschaftlichen Analysen regionaler Unterschiede sind. Die bekanntesten Untersuchungen dieser Art sind aktuell der „Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder“ vom Institut Prognos im Auftrag des Bundesfamilienministeriums oder der Bericht aus dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung „Die demografische Lage der Nation“ aus dem Jahr 2006. In diesen bundesweit viel beachteten Vergleichsstudien sind 20 (Familienatlas) bzw. 22 (Demografiebericht) Indikatoren berechnet worden, um jeweils alle kreisfreien Städte und Landkreise der Bundesrepublik zu zentralen Dimensionen der Lebenswirklichkeit von Familien und jungen Menschen zu vergleichen. Im Gegensatz dazu haben wir in diesem Datenkonzept zur vergleichenden Analyse der Lebenswirklichkeiten junger Menschen in den Städten und Kreisen des Landes Rheinland-Pfalz **101** verschiedene Daten, verdichtet zu 14 Indikatoren und vier Indexwerten, genutzt. Dies zeigt auch quantitativ den großen Aufwand und die differenzierte Arbeitsweise dieser Konzeption einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung, die wir trotzdem als eine „Annäherung“ bezeichnen, da für zahlreiche wichtige Fragestellungen erforderliche und zuverlässige Daten (noch) nicht zur Verfügung stehen. In den abschließenden Empfehlungen dieses Kapitels zu einem für weitere Kinder- und Jugendberichte zukünftig zu entwickelnden Datenkonzept werden diese „Fehlstellen“ näher erläutert.

Leitend für die Entwicklung der Indikatoren sind immer wieder die zentralen Fragestellungen, wie sie im entsprechenden Landtagsbeschluss (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f) als Auftrag an diesen Bericht aufgegeben wurden:

- (I) Was prägt die **Lebensbedingungen** von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz?

Abb. 142:
Das Gesamtkonzept „Child Well-being“



Quelle: eigene Darstellung

(II) Welchen Beitrag leisten **wohlfahrtsstaatliche** Angebote, Leistungen und Versorgungsstrukturen zu Verwirklichungschancen junger Menschen?

(III) Was kann über **Handlungsräume** junger Menschen ausgesagt werden?

Die Daten bzw. Kennzahlen, die im Folgenden benannt und im Indikatorenmodell verarbeitet wurden, sollen folgende Bedingungen erfüllen:

- Der **Zeitbezug** der Daten ist so aktuell wie möglich; die während der Erarbeitung dieses Berichtes verfügbaren Daten, die vorwiegend aus den Ministerien für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz sowie den Jugendhilfedaten der rheinland-pfälzischen Jugendämter entstammen, lagen

in der Mehrheit zum Stichtag 31. 12. 2007 vor. Daten, die zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht verfügbar waren, wurden durch solche älteren Datums ersetzt. Insbesondere bei sehr geringen Fallzahlen wurden aus Datenschutzgründen – bspw. bei den Daten zu Krebserkrankungen der unter 14-Jährigen des Kinderkrebsregisters Mainz – mehrere Jahrgänge zusammengefasst.

- Im Hinblick auf den **Raumbezug** der Daten ist zu sagen, dass die relevanten Daten – aufgrund der hohen Bandbreite innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz – auf Ebene der 36 Landkreise und kreisfreien Städte abgefragt, aufbereitet und zusammengestellt wurden.¹²⁸

¹²⁸ Weitere Daten zu zentralen Aspekten und zu z. T. gesamten Themenbereichen, die zurzeit nicht auf Ebene der 36 Verwaltungsbezirke vorlagen, werden insbesondere im ersten Blick dieses Berichtes, aber auch in den Vertiefungen ergänzend bzw. weiterführend auf Landesebene berichtet.

4.3 Das Konzept der Indikatoren und Indexwerte für das Child Well-being

Die insgesamt 14 Indikatoren des Datenkonzeptes für den ersten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz sollen im Folgenden unter zwei Aspekten vorgestellt und erläutert werden:

- Zum einen werden sie theoretisch begründet. Wie bereits oben ausgeführt, liegen Indikatoren, verstanden als indirekte Anzeiger, immer hypothetische Annahmen zugrunde, die der Frage Rechnung tragen: Für welche bedeutsamen Aspekte kann dieser Indikator als Anzeiger verstanden werden?
- Zum anderen wird in tabellarischer Übersicht jeweils die empirische Datengrundlage erläutert.

4.3.1 Lebensbedingungen: Indikatoren und Kennzahlen

Unter Lebensbedingungen sollen hier solche Merkmale zusammengeführt werden, welche jene (objektiven) Voraussetzungen sowie die materielle und strukturelle Ausstattung einer Region kennzeichnen, die für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen bedeutsam sind. Im Unterschied zum Konzept der „Lebenslage“¹²⁹ wird noch keine bewertende Zusammenfassung objektivierbarer Daten und subjektiver Einschätzungen angeboten, sondern eine Annäherung über beschreibende Merkmale. Die konkrete Auswahl dieser Merkmale ist allerdings – wie in den beiden anderen Dimensionen auch – weniger von theoretischen Vorgaben abhängig, sondern von dem für alle 36 Kreise und kreisfreien Städte zugänglichen Datenmaterial.

¹²⁹ Vgl. zum Überblick Voges, W. u. a. 2003.

Gleichwohl bieten die hier angebotenen Informationen einen aussagefähigen Zugang zu eben den Bedingungen, die das Leben und Aufwachsen junger Menschen in Rheinland-Pfalz prägen.

Die Beschreibung und Typisierung der unterschiedlichen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen von Rheinland-Pfalz kann auf der Grundlage der verfügbaren Daten zurzeit über Indikatoren zu vier Themenfeldern erfolgen.

1. Demografie

Mit dem Indikator „Demografie“ sollen zentrale Strukturmerkmale der relevanten Altersgruppe für die Kreise und Städte angezeigt werden; bisher ist dies möglich zu den Anteilswerten der Gruppe der Kinder und Jugendlichen in der Alterstruktur der Bevölkerung in den 36 Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz, zum Zuwachs junger Menschen durch Wanderungsbewegungen sowie zur voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung des Anteils junger Menschen in den einzelnen Regionen.

Hohe Werte des Indikators „Demografie“ zeigen an, dass Kinder und Jugendliche in der Bevölkerung eines Kreises/einer Stadt eine vergleichsweise gewichtige Rolle spielen und dass die Bevölkerung als relativ „jung“ angesehen werden kann. Niedrige Werte weisen demgegenüber auf eine stärker gealterte Bevölkerungsstruktur hin.

2. Materielle Lage

Die materielle Lage der Familien sowie der Kinder und Jugendlichen hat entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungschancen junger Menschen in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten. In diesem Zusammenhang zeigten die PISA-Studien wiederholt, dass auch die Bildungschancen und damit verbunden die späteren beruflichen Möglichkeiten der jungen Generation im Allgemeinen wesentlich von der wirtschaftlichen Lage der Herkunftsfamilien abhängen (Deutsches PISA-Konsortium 2002; PISA-Konsortium Deutschland 2005; PISA-Konsortium Deutschland 2008). Daher werden nicht nur materielle Ressourcen, sondern auch Anzeiger für Armut berücksichtigt.

Tabelle 38: Kennzahlen zum Indikator 1 „Demografie“¹⁾

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte ²⁾
1.1	Anteil der 0- bis 6-Jährigen an Gesamtbevölkerung	%	5,9	5,0	6,4	–
1.2	Anteil der 14- bis 18-Jährigen an Gesamtbevölkerung	%	5,8	4,2	6,7	–
1.3	Geburten pro Jahr bezogen auf die Gesamtbevölkerung	%	0,80	0,65	0,99	–
1.4	Anteil der Zu- und Umzüge der unter 18-Jährigen an der unter 18-jährigen Gesamtbevölkerung	%	6,8	4,9	10,95	–
1.5	Bevölkerungsvorausberechnung für unter 21-Jährige im Zeitraum 2006–2020	%	-17,5	-27,5	-9	–

¹⁾ Weitere Quellenangaben zu den im Konzept verwendeten Daten finden sich im Anhang des Berichts, siehe Datenquellen.

²⁾ Als fehlende Werte werden im Folgenden nur nicht vorliegende Werte bezeichnet. D. h., gibt es in einem Landkreis/einer kreisfreien Stadt auf Basis der Datengrundlage beispielsweise keine Angebote, wird die Angabe (= 0) in die Berechnung mit einbezogen. Dies hat zur Folge, dass der Mittelwert mehrerer Kennzahlen niedriger ausfällt/ausfallen kann. Ist in der Datengrundlage nichts angegeben, d. h. nicht zu erschließen, ob es ein Angebot gibt bzw. ob es mit Sicherheit keines gibt, wurde der Wert nicht in den Berechnungen berücksichtigt. In diesem Fall hat die Kennzahl mit fehlendem Wert für den Landkreis/die kreisfreie Stadt keine Auswirkungen auf den Indikator.

Tabelle 39: Kennzahlen zum Indikator 2 „Materielle Lage“

Spezifizierung der materiellen Lage	Untersuchungseinheiten		
	Familien mit Kindern	0- bis 14-jährige (Kinder)	15- bis 25-jährige (Jugendliche/ junge Erwachsene)
Materielle Ressourcen allgemein	2.1 Durchschnittliches Elterngeld pro Monat 2.2 Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen 2.3 Durchschnittlich verfügbares Einkommen pro Einwohner		
Indizien für Armut	2.4 Alleinerziehende in Bedarfsgemeinschaften 2.5 Wohngeldempfänger/-innen (hier alle Haushalte)	2.6 Unter 15-jährige Sozialgeldempfänger/-innen	2.7 Arbeitslose unter 25 Jahren 2.8 Alleinerziehende unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
2.1	Durchschnittliches Elterngeld pro Monat	Euro	613	452	702	–
2.2	Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen	%	45,3	34,4	53,6	–
2.3	Durchschnittlich verfügbares Einkommen pro Einwohner	Euro	17.530	15.690	20.724	–
2.4	Alleinerziehende in Bedarfsgemeinschaften	%	0,63	0,3	1,2	–
2.5	Wohngeldempfänger/-innen (hier alle Haushalte)	%	0,6	0,3	1,0	–
2.6	Unter 15-jährige Sozialgeldempfänger/-innen	%	13,7	5,7	31	–
2.7	Anteil Arbeitslose unter 25 Jahren an der 15- bis unter 25-jährigen Bevölkerung	‰	35,5	21,5	75,4	–
2.8	Alleinerziehende unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften	‰	0,2	0	0,8	Werte unter drei (Anzahl) waren in der Quelle aus Datenschutzgründen nicht angegeben und zur Berechnung mit 2 ersetzt: dies gilt für Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Germersheim, Rhein-Lahn-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz und Zweibrücken.

Der Indikator „Materielle Lage“ enthält Kennzahlen auf zwei Ebenen (siehe Tabelle 39). Auf der einen Ebene wird die ökonomische Lage danach spezifiziert, ob sie eher allgemeine Informationen zu den Familien zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen bietet oder ob sie belastbare Indizien für Armutsgefährdung darstellt. Auf der zweiten Ebene werden die Kennzahlen danach spezifiziert, auf welche „Untersuchungseinheiten“ zur materiellen Lage sich diese beziehen. Diese Einheiten können der Haushalt, in dem die jungen Menschen leben, oder aber die Kinder (0- bis 14-Jährige) bzw. die Jugendlichen/jungen Erwachsenen (15- bis 25-Jährige) selbst sein.

Zur „materiellen Lage von Familien mit Kindern“ sowie speziell von Kindern und Jugendlichen/jungen Erwachsenen sind nur wenige Daten verfügbar, die nach den 36 Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz aufgeschlüsselt werden können.¹³⁰ Indizien für die Familien mit Kindern allgemein zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen in einer Gebietskörperschaft bieten:

- 2.1 das durchschnittlich pro Monat gezahlte Elterngeld nach der Geburt eines Kindes,
- 2.2 der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie
- 2.3 das durchschnittlich verfügbare Einkommen pro Einwohner.

Daten zu 2.1 bilden die wirtschaftliche Lage von Familien vor der Geburt eines Kindes sehr gut ab, weil es sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung handelt, die sich nach der Höhe des letzten Einkommens richtet. Bei den Daten zu 2.2 wird davon ausgegangen, dass sie auch darüber informieren, inwieweit die Mütter in den Familien erwerbstätig sind und zu einem (höheren) Familieneinkommen beitragen. Kennzahl 2.3 dürfte, obwohl sie sich auf alle Einwohner einer Gebiets-

¹³⁰ Im Prinzip werden durch den jährlichen Mikrozensus zentrale Daten zur materiellen Lage von Familien und jungen Menschen erhoben. Weil die Stichprobe des Mikrozensus aber insgesamt lediglich rund 18.000 Haushalte in Rheinland-Pfalz enthält, sind regionale Analysen nach kreisfreien Städten und Landkreisen wegen zu kleiner Fallzahlen nicht möglich.

körperschaft bezieht, auch die durchschnittliche finanzielle Lage von Familien mit Kindern widerspiegeln.

Die Daten zu 2.4 bis 2.8 werden als Indizien dafür gewertet, dass Familien bzw. speziell Kinder und Jugendliche/junge Erwachsene zumindest von Armut bedroht sind oder aber bereits unterhalb der Armutsgrenze leben.

3. Wohnumfeld

Im Bereich Wohnumfeld werden einerseits die Berufspendler berücksichtigt, die sowohl etwas über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur einer Region aussagen als auch die mit dem Erreichen eines weiter entfernten Arbeitsplatzes verbundenen Belastungen von Erwachsenen bzw. Eltern anzeigen. Darüber hinaus ist mit dieser Kennzahl eine Annäherung an die Risiken von Kindern und Jugendlichen beabsichtigt, indem Unfälle auf dem Weg zu Kita und Schule abgebildet werden. Diese werden als ein Anzeiger für die subjektiv empfundene Sicherheit in der Lebenswelt und dem Wohnumfeld von Kindern und Jugendlichen gewertet (siehe Tabelle 40).

Menschen, die zum Erreichen ihres Arbeitsplatzes längere Wegstrecken (3.1 Berufspendler, hier: über Kreisgrenzen) zurücklegen müssen – pendeln –, haben immer besondere zeitliche, physische und finanzielle Belastungen zu tragen, dies gilt in besonderer Weise für berufstätige Eltern. Zudem geben diese Daten einen indirekten Hinweis auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation einer Region.¹³¹

Die Befunde der beiden „Kinderbarometer“ für Rheinland-Pfalz (MBFJ 2002a) und Nordrhein-Westfalen (LBS-Initiative Junge Familie 2007a) legten es nahe, beim Indikator „Wohnumfeld“ auch aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen zu argumentieren. Wichtig ist Kindern und Ju-

¹³¹ Der Indikator vernachlässigt allerdings diejenigen Personen, deren Wohnort nahe einer Kreisgrenze liegt und bei denen somit die Entfernung zum Arbeitsort über die Kreisgrenze hinweg geringer ist als bei einem Arbeitsort innerhalb der Gebietskörperschaft.

Tabelle 40: Kennzahlen zum Indikator 3 „Wohnumfeld“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
3.1	Berufspendler – Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auspendler über die Kreisgrenzen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort	%	50,3	23,7	79,7	–
3.2	Anteil der Unfälle auf dem Weg zu Kindertagesstätten und Schulen an der unter 20-jährigen Bevölkerung	‰	5,4	4,3	6,9	Die Unfälle lagen nicht auf Ebene der 36 Verwaltungsbezirke vor. Kreisfreie Städte waren den Landkreisen zugeordnet (Bsp.: Koblenz zu Mayen-Koblenz). Die Anteilswerte wurden an der Summe der gleichaltrigen Bevölkerung der zusammengefassten Gebiete errechnet. ¹⁾

¹⁾ Dies hat zur Folge, dass falls erhebliche regionale Unterschiede bestehen, diese in den Gebieten, in denen zusammengefasste Werte vorlagen, nivelliert bzw. zumindest verringert werden.

gendlichen, dass sie vor Ort mit Gleichaltrigen zusammenkommen und gemeinsamen Aktivitäten nachgehen können. Beide Befragungen stellten heraus, dass die subjektiv empfundene Sicherheit in diesen Spiel- und Bewegungsräumen dabei für Kinder und Jugendliche eine große Rolle spielt.

Diese subjektiv empfundene Sicherheit korrespondiert wahrscheinlich mit den objektiven Risiken, die Kinder und Jugendliche eingehen, wenn sie sich mit Gleichaltrigen treffen möchten. Die Unfallkasse Rheinland-Pfalz bietet in diesem Zusammenhang regional gegliederte Daten zu den Unfällen auf dem Weg zu Kindertagesstätten und Schulen. Diese können als Indiz dafür gelten, wie ungefährlich bzw. wie riskant es für Kinder und Jugendliche in den einzelnen Kreisen und Städten ist, in ihren (Spiel-)Räumen mit Gleichaltrigen zusammenzukommen und altersgruppenspezifische Aktivitäten zu verfolgen.

4. Migration

Auch hier machten u. a. die PISA-Studien mehrfach darauf aufmerksam, dass die Bildungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen stark davon abhängen, ob sie in Familien mit oder ohne Migrationshintergrund aufwachsen (Deut-

ches PISA-Konsortium 2002; PISA-Konsortium Deutschland 2005; PISA-Konsortium Deutschland 2008). Kinder und Jugendliche aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte haben im Allgemeinen größere Schwierigkeiten als junge Menschen ohne Migrationshintergrund, ihre Sprachkompetenzen so zu entwickeln, dass sie ihre Schullaufbahn erfolgreich beenden und ihnen später vielfältige berufliche Möglichkeiten offen stehen. Diese größeren Schwierigkeiten beim Kompetenzerwerb treten vor allem dann auf, wenn in den Familien mit Zuwanderungsgeschichte die Sprache des Einwanderungslandes nicht die Umgangssprache ist (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008a).

„Migrationshintergrund“ wird im Mikrozensus der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, bei den PISA-Studien, in der Kinder- und Jugendhilfestatistik sowie in der Schulstatistik unterschiedlich definiert. An dieser Stelle des Kinder- und Jugendberichts bietet sich die Schulstatistik mit ihrer Definition an, weil Mikrozensus und PISA-Studie für regionale Analysen in Rheinland-Pfalz zu klein sind und weil sich die Kinder- und Jugendhilfestatistik lediglich auf Kinder in Kindertageseinrichtungen bezieht. Als Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden in der

Schulstatistik gemäß einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz gezählt:

- Ausländerinnen und Ausländer,
- im Ausland geborene Deutsche sowie
- Schülerinnen und Schüler, in deren häuslichem Umfeld überwiegend kein Deutsch gesprochen wird, auch wenn die Schülerin / der Schüler die deutsche Sprache beherrscht.

Der „Migrationshintergrund“ wird in offiziellen Statistiken nach einer Vereinbarung der Statistischen Ämter als eine Ordnungskategorie verwendet. Wegen der internen Differenziertheit der erfassten Gruppen ist er sozialwissenschaftlich wenig aussagefähig (vgl. Kapitel 7.9); neben der Statistik wird er aber in der öffentlichen Kommunikation sehr häufig verwendet und dient zur Orientierung in der Wahrnehmung von Einwanderungsprozessen. In diesem pragmatischen Sinne wird er auch im Zusammenhang des Berichtes zum einen als Anzeiger für soziale Belastungen der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in einer Region verwendet. Wichtig ist hierzu nochmals anzumerken, dass Menschen mit Migrationshintergrund per se keine soziale Belastung darstellen! Allerdings kann ein erhöhter Anteil von z. B. Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund als Anzeiger für höhere soziale Belastungen für Kinder und Jugendliche, wie sie sich in vielfach beobachtbaren Segregationsprozessen in solchen Regionen niederschlagen, gewertet werden.

Gleichzeitig setzt sich seine Verwendung im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz auch von diesem weit verbreiteten Verständnis ab: Der „Migrationshintergrund“ dient im Alltagsbewusstsein insbesondere zur (negativen) Bewertung. Ein Stadtteil wird als problembelastet angesehen,

eine Schule als nicht attraktiv, wenn viele Menschen mit Migrationshintergrund zu ihm bzw. zu ihr gehören. In dieser Verwendungsweise hat der Begriff den des „Ausländers“ ersetzt. Wir dagegen verstehen den Indikator Migrationshintergrund als Ausdruck einer besonderen Herausforderung und Chance: eine Herausforderung dahingehend, die mit Migration verbundenen Belastungen (Zweitsprachigkeit, Diskriminierungserfahrungen) für Kinder und Jugendliche wahrzunehmen und sie bei der Bewältigung zu unterstützen. Unterstützung brauchen auch Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund dabei, die Transformation der Gesellschaft durch Migration produktiv verarbeiten zu können. Eine Chance ist mit Migration außer Zweifel auch dadurch gegeben, dass sie den Arbeitskräftebedarf der Gesellschaft sichert und dass durch die erweiterte Pluralität an kulturellen Formen die Modernität und Diversität der Gesellschaft gestärkt wird. Der Migrationshintergrund steht demnach zwar neben Belastungs- und Ungleichheitsfaktoren, ist aber zugleich ein Indikator für eine demokratisch zu verarbeitende Differenz. Diese Überlegung konkretisiert sich im Rahmen des Berichtes am spezifischen Indikator „Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Grundschulen“; denn diese Kinder brauchen nicht generell, sondern nur teilweise, wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler auch, besondere Förderung, vielleicht auch „nur“ pädagogische Achtsamkeit und anerkennende Zuwendung. Sie sind aber als zukünftige Bürgerinnen und Bürger sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Teil der demokratischen Gesellschaft.

Für die Interpretation der Werteausprägung bedeutet dies: Je niedriger der Wert ausfällt, desto höher ist die Herausforderung und Chance.

Tabelle 41: Kennzahlen zum Indikator 4 „Migration“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
4.1	Anteil der Schülerinnen und Schüler in Grundschulen mit Migrationshintergrund	%	14,6	3	45	–

4.3.2 Wohlfahrt: Indikatoren und Kennzahlen

Mit den Indikatoren für die Dimension Wohlfahrt sollen hier Effekte und Wirkungen sozialstaatlicher Leistungen und Strukturen angezeigt werden, mit denen direkt und indirekt ein „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ gestaltet wird. Betrachtet werden daher nicht so sehr sozialstaatliche Interventionen und Maßnahmen, sondern vor allem (messbare) Auswirkungen und Effekte solcher Leistungen und Strukturen auf die Lebensgestaltung von Eltern und Kindern. Solche Auswirkungen und Effekte wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Strukturen können aus den regional verfügbaren Daten zu fünf Aspekten angezeigt werden.

5. Elterngeld

Die Verbreitung des Bezugs von Elterngeld insgesamt in einer Region wird als Hinweis auf die realisierte Möglichkeit verstanden, Erwerbstätigkeit und den Willen, eine Familie zu gründen, miteinander vereinbaren zu können. Die Verbreitung des Bezugs von Elterngeld durch Väter wird als reali-

sierte Chance verstanden, die Geschlechterrollen nicht maßgeblich zu Lasten von Frauen definiert ausfüllen zu müssen.

6. Partizipationsangebote

Angebote für Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen sollen hier als Hinweis auf die gewollten Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Betätigung und für Erfahrungen der Selbstwirksamkeit junger Menschen gewertet werden. Weitere Begründungen zur Bedeutung dieses Indikators sind bereits in Kapitel 3.4 ausführlicher vorgestellt worden.

Nach Auskunft des BMFSFJ sind „repräsentative Beteiligungsformen“ Gremien mit gewählten oder delegierten Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Altersstufen, dazu gehören Jugendgemeinderäte, Jugendstadträte, Jugendbeiräte, Stadtjugendräte sowie Kinder- und Jugendparlamente (BMFSFJ 1999, S. 29). Die Internetplattform www.net-part.rlp.de verfügt über detaillierte Angaben zu den angebotenen Jugendpartizipationsprojekten in den Bereichen „Jugendrat, Jugendforum, Jugendparlament und Jugendstadtplanung“.

Tabelle 42: Kennzahlen zum Indikator 5 „Elterngeld“

lfd. Nr.	Daten	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
5.1	Elterngeld pro Monat	Euro	613	452	702	–
5.2	Elterngeld Anteil Väter	%	12	7,7	18	–

Tabelle 43: Kennzahlen zum Indikator 6 „Partizipationsangebote“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
6.1	Anteil aller Beteiligungsprojekte veröffentlicht vom Netzwerk Partizipation an der unter 18-jährigen Bevölkerung	‰	0,4	0,04	1,3	–
6.2	Anteil der Angebote veröffentlicht vom Netzwerk Partizipation, die sich ausschließlich mit Kinder- und Jugendpolitik beschäftigen, an der unter 18-jährigen Bevölkerung	‰	0,1	0	0,6	–

Aus dieser Datenbasis sind die oben genannten Kennzahlen ausgewählt worden, da sie zum einen (6.1) die Beteiligungsstruktur insgesamt abbilden und zum anderen (6.2) spezifisch kinder- und jugendpolitische Aktivitätsangebote zusammenfassen. Diese beiden Kennzahlen werden hier der Dimension Wohlfahrt zugeordnet, da sie spezifische Merkmale der Infrastruktur abbilden.

7. Gesundheit

Lebensumstände, die als Hinweis auf die Einschränkung von Gesundheit (verstanden als Fähigkeit, individuelle und soziale Wertpräferenzen zu realisieren) interpretiert werden können, sollen als Hinweis auf Begrenzungen von Verwirklichungschancen junger Menschen gesehen werden. Auch zu diesem Indikator wurden bereits in Kap. 3.1. ausführlichere Begründungen aufgeführt.

Tabelle 44 zeigt die Kennzahlen zum Indikator 7 „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“ im Einzelnen.

Der Indikator „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“ beinhaltet zum einen Daten, die Aufschluss über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen geben, und zum anderen Daten zu den Strukturen der Gesundheitsversorgung und Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen.

Ein niedriges Geburtsgewicht (7.1) gibt zum einen Hinweise auf die Versorgung werdender Mütter bzw. Eltern im Hinblick auf Beratungs- und Aufklärungsangebote vor und während der Schwangerschaft. Zum anderen zählt ein niedriges Geburtsgewicht zu den biologischen Risikofaktoren für die spätere Entwicklung des Kindes selbst – konkret besteht beispielsweise ein erhöhtes Risiko zum plötzlichen Kindstod (BMFSFJ 2009c, S. 66 und S. 85).

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ist nur schwer erfassbar. Daher kann hier lediglich der Anteil der Menschen mit schweren Behinderungen (7.2), die zugleich einen Ausweis nach dem Schwerbehindertengesetz beantragt haben, dargestellt werden. Wird Behinderung nicht nur als körperliche und gesundheitliche Dimension, sondern vielmehr unter dem Aspekt der Förderung der Teilhabe, Selbstständigkeit und Inklusion in der Gesellschaft verstanden, so wird zugleich die gesellschaftliche Verantwortung deutlich: „Unter dem Gesichtspunkt der Teilhabemöglichkeiten von Kindern mit Behinderungen kommt im sozialen Nahraum vor allem den Kindertageseinrichtungen eine bedeutsame Rolle zu“ (BMFSFJ 2009c, S. 108).

Tabelle 44: Kennzahlen zum Indikator 7 „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
7.1	Lebendgeborene bis 1.499 g/bis 2.499 g	‰	12,5/74,4	0/50,5	23,7/108	–
7.2	Behinderte junge Menschen unter 18 Jahren mit Grad der Behinderung von 50 und mehr an gleichaltriger Bevölkerung (deutsch/ausländisch)	%	1,1/1,0	1/0,1	1,6/3,5	– / Südwestpfalz
7.3	Anteil der pflegebedürftigen jungen Menschen an gleichaltriger Bevölkerung	‰	5,3	2,8	9	–
7.4	Rehabilitationsmaßnahmen und sonstige Leistungen zur Teilhabe unter 20-Jähriger je 100.000 aktiv Versicherte	Pro 100.000	113	0	272	–
7.5	Quote der ambulanten und stationären Versorgung an der Gesamtbevölkerung	‰	0,2/1,3	0,1/0	0,6/4,9	–

Der Anteil der pflegebedürftigen jungen Menschen (7.3) deutet ebenfalls auf eingeschränkte Teilhabechancen und -möglichkeiten hin, wohingegen die Rehabilitationsmaßnahmen die – u. a. berufliche – Teilhabe fördern und darauf abzielen, eine drohende bzw. bestehende Behinderung und Pflegebedürftigkeit abzuwenden bzw. zu mildern.

Die Kennzahl zu 7.5 – die Quote der ambulanten und stationären Versorgung – zielt darauf ab, Teile der gesundheitlichen Versorgungsstruktur in Rheinland-Pfalz abzubilden. Diese Versorgung ist Teil des Gesundheitssystems, welches den Auftrag hat, „in seinen unterschiedlichen Handlungsfeldern und durch seine Einrichtungen und Maßnahmen gesundheitliches Wohlbefinden der Bevölkerung oder einzelner Zielgruppen zu verbessern, Erkrankungsrisiken zu minimieren und durch professionelle Dienste und Einrichtungen der Erkennung und Therapie von Krankheiten zu dienen“ (Schwartz/Janus, zit. in BMFSFJ 2009c, S. 160).

In dieser Kennzahl wurden auch Daten zu ambulanten und stationären Angeboten zusammengefasst, die speziell für Kinder und Jugendliche sowie Familien von Bedeutung sind: für den stationären Bereich die Daten der Krankenhäuser nach Fachabteilungen und aufgestellten Betten (Neonatologie, Kinderchirurgie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderheilkunde und Frauenheilkunde) sowie für den ambulanten Bereich praktizierende Ärzte nach Fachrichtungen (Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderheilkunde).

8. Verhalten und Risiken

Das Ausmaß an Unfällen (von Kindern und Jugendlichen selbst herbeigeführt oder bei denen Kinder und Jugendliche zum Opfer von Umständen oder Handlungen anderer werden) wird stellvertretend für vielfältige nicht abzubildende Faktoren als ein Hinweis auf Einschränkung der Fähigkeiten oder Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen betrachtet, eigene Lebensentwürfe gefahrlos realisieren zu können.

Tabelle 45: Kennzahlen zum Indikator 8 „Verhalten und Risiken“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
8.1	Anteil der Unfallbeteiligten, getöteten und verletzten Personen unter 20 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung	%	2	1,4	3,3	–
8.2	Anzahl der gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge pro 1.000 junge Menschen im Jahr 2007	‰	0,9	0	2	–
8.3	Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII je 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007	‰	1,24	0,11	3,7	–
8.4	Anteil der Krankenhausfälle infolge von Verletzungen und Vergiftungen bei Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 19 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung	‰	21,2	14,5	36	–
8.5	Anteil der Krankenhausfälle infolge von Verletzungen und Vergiftungen bei Kindern (Altersklassen: unter 1 und 1 bis 5 Jahre) an gleichaltriger Bevölkerung	‰	36 / 22,4	14,5 / 15	78,1 / 46,1	–
8.6	Krankenhausfälle	Pro 100.000	7.387,35	6.118,7	11.710,2	–
8.7	Sterbefälle	Pro 100.000	31,8	9,8	55,4	–

Die Kennzahlen zum Indikator 8 „Verhalten und Risiken“ sind der Dimension Wohlfahrt zugeordnet, da sie hier als Anzeiger für wohlfahrtsstaatliche Infrastrukturen interpretiert werden. Zum Teil werden sie auch in der Dimension Handlungsräume (Kennzahlen 8.3 und 8.4) verwendet. Ausführliche Begründungen hierfür finden sich an den entsprechenden Stellen (Indikator 11).

Unfallgefahren stellen ein hohes gesundheitliches Risiko junger Menschen dar. Wie in der Veröffentlichung „Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ deutlich wurde, erfolgen „ein Drittel aller Todesfälle in der Altersgruppe der 1- bis 15-Jährigen durch Vergiftungen sowie durch Verletzungen – zum größten Teil in Folge von Verkehrsunfällen“ (MASFG 2005b, S. 17). Hierbei sind jedoch Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten von Kindern als indirekter Anzeiger mangelnden Schutzes von u. a. bewusstem Risikoverhalten Jugendlicher bzw. junger Erwachsener zu unterscheiden, wie die folgenden Indikatoren deutlich machen. Im Kontext der wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung erfordert und belegt dies „einen hohen Handlungsbedarf an Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, die in vielen Handlungsfeldern geleistet werden könnte und müsste“ (ebd.).

Kennzahl 8.1 zeigt zum einen das Risikoverhalten der Kinder und Jugendlichen selbst an, zum anderen aber auch, wie „gefährlich“ bestimmte Regionen in Rheinland-Pfalz für Kinder und Jugendliche sein können (z. B. Verkehrssituation). Diese Kennzahl steht für die Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten.

Bei den Kennzahlen 8.2 und 8.3 geht es um eine zentrale wohlfahrtsstaatliche Aufgabe, nämlich die Gefährdung des Kindeswohls abzuwenden und die Vorrangigkeit der elterlichen Sorge und familialen Erziehung außer Kraft zu setzen, um die Lebens- und Verwirklichungschancen von Kindern zu schützen und zu unterstützen.

Die Krankenhausfälle werden im Indikatorenmodell insgesamt sowie infolge von Verletzungen

und Vergiftungen unterschiedlicher Altersklassen berücksichtigt.

Die Kennzahl 8.4 zielt auf das Risikoverhalten der Jugendlichen ab und vermag möglicherweise Hinweise auf Regionen zu geben, in denen die Gefährdungen Jugendlicher besonders hoch sind. In Bezug auf die Krankenhausfälle von Kindern im Alter von unter einem Jahr sind Kleinkinder hingegen als „Opfer“ ihrer Umwelt zu betrachten. In Regionen, in denen dieser Indikator gehäuft auftritt, ist besondere Aufmerksamkeit auf das Kindeswohl zu lenken; hier wären Modellprojekte wie „Guter Start ins Kinderleben“ besonders sinnvoll zu verankern. Vergleichbares gilt für Indikator 8.5: überdurchschnittliche Quoten an Kindern, die infolge von Verletzungen und Vergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, weisen auf mangelnden Schutz ihrer Umwelt hin und bedeuten Einschränkungen der Verwirklichungschancen von Kindern. Die Krankenhausfälle der unter 19-Jährigen insgesamt sind ein Anzeiger für die Gefährdungen und das Risikoverhalten von Kindern und Jugendlichen in einer Region.

Die Kennzahl 8.7 – Sterbefälle im Kindes- und Jugendalter – bildet die negative Seite des Child Well-being ab, weil hier die eigenen Lebensentwürfe nicht mehr realisiert werden können.

9. Bildung, Betreuung und Erziehung

Das Ausmaß an Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten gilt als Indikator für Möglichkeiten, jene Fähigkeiten zu erwerben, die zur Realisierung selbstbestimmter wie auch gesellschaftlich anerkannter Lebensentwürfe für junge Menschen unbedingt erforderlich sind: In einer „Wissensgesellschaft“ sind Schulabschlüsse die „Eintrittskarte“ zu gesellschaftlicher Teilhabe; das Fehlen solcher Qualifikationsnachweise verschließt solche Teilhabe weitgehend. Auch hierzu ist in Kapitel 3.3 ausführlich berichtet worden. Für diesen Indikator sind insgesamt 43 Kennzahlen verwendet worden, die meisten im Vergleich aller Indikatoren dieses Konzeptes. Dies ist damit begründet, dass die Aspekte der Bildung, Betreuung und Erziehung zentral für diesen ersten Kinder- und Jugendbe-

richt Rheinland-Pfalz sind und dass sie auf ursächliche Zusammenhänge mit „bestmöglichen Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f) hinweisen. Eine möglichst differenzierte Abbildung dieser Aspekte in einem Indikator schien daher geboten und begründet.

Der Indikator 9 „Bildung, Betreuung und Erziehung“ gibt somit Auskunft darüber, wie über die zentralen Sozialisationsinstanzen „Kindertageseinrichtungen“, „Schule“ und die „Kinder- und Jugendhilfe“ die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen wahrgenommen und gestaltet wird, und fasst daher eine Vielzahl einzelner Kennzahlen zusammen, wie Tabelle 46 zeigt.

Dieser Indikator umfasst also aus den dargestellten Gründen ein breites Spektrum an Kennzahlen, die den Gesamtzusammenhang von Bildung, Betreuung und Erziehung differenziert in den Blick nehmen und analysierbar machen. Zu diesem Indikator gehören zum einen Kennzahlen für den schulischen Erfolg junger Menschen, da an schulischen Bildungserfolgen zentrale Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe und Bedingungen zur Verwirklichung persönlicher Lebensentwürfe festgemacht werden können (siehe dazu ausführlich Kap. 3.3). Angezeigt werden diese Zusammenhänge hier durch Daten zu den Abschlüssen von Schulabgängerinnen und -abgängern (9.1) sowie zur Wahl der weiterführenden Schule nach der Grundschule (9.2). In diesem Indikatorenbereich können die Bildungschancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund differenziert ausgewertet werden. Ebenso wird auch der Anteil junger Menschen in Förderschulen mit dem Schwerpunkt „sozial-emotionale Entwicklung“ ausgewiesen (9.4). Die Kennzahlen 9.5 bis 9.10 beziehen sich auf das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe sowie auf deren Nutzung. Die Kennzahlen 9.5a bis 9.5j bilden den Bereich der Kindertagesbetreuung ab. Hierzu gehören Angaben zur Kita-Besuchsquote, zu den verfügbaren Plätzen für die unterschiedlichen Altersgruppen, zur Personalausstattung, zum Finanzbudget der

Sprachförderung und zum Anteil der Kinder in Sprachförderung. Mit diesem Datenset können Aussagen zum Ausbau- und Ausdifferenzierungsgrad der Kindertagesstättenangebote sowie zu deren Inanspruchnahme getroffen werden. Die Verfügbarkeit über ein differenziertes und qualifiziertes Angebot der Kindertagesbetreuung stellt nicht nur eine zentrale Infrastrukturleistung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch zur Schaffung günstigerer Sozialisations- und Bildungsbedingungen junger Menschen dar.

Die Kennzahlen 9.6a bis 9.6e beziehen sich auf die Inanspruchnahmequoten der unterschiedlichen Beratungsleistungen, die die Kinder- und Jugendhilfe regelhaft vorhält. Dazu gehören Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 SGB VIII), zur Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung (§ 17 SGB VIII) sowie bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts und schließlich Erziehungsberatungen (§ 28 SGB VIII) sowie Beratungen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII). Differenziert nach Leistungsarten wird auch der gesamte Bereich der erzieherischen Hilfen sowie der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII) erfasst. Ein Anspruch auf eine erzieherische Hilfe besteht, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. D. h., die Inanspruchnahmequote von erzieherischen Hilfen gibt sowohl Auskunft über die Ausprägung von Erziehungsschwierigkeiten in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten als auch zum Ausbaugrad einer differenzierten einzelfallbezogenen Hilfeinfrastruktur und der Hilfestützungspraxis der Jugendämter. Der Indikatorenbereich 9.10 bildet zu ausgewählten Leistungssegmenten der Kinder- und Jugendhilfe die Personalausstattung ab und gibt damit zugleich Auskunft über die zur Verfügung stehenden Ressourcen in ausgewählten Handlungsfeldern wie z. B. den Sozialen Diensten der Jugendämter, der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Tabelle 46: Kennzahlen zum Indikator 9 „Bildung, Betreuung und Erziehung“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
9.1 Schulabgänger/-innen (Schulerfolg/Misserfolg)						
9.1a	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife gesamt an allen Schulabgänger/-innen	%	27,6	7,8	49,5	–
9.1b	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife an allen Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund	%	15,1	0	34,5	–
9.1c	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss	%	7,4	3,5	15	–
9.1d	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	%	13	3,7	25	–
9.1e	Schulentlassene mit Abitur	%	26,1	7,3	45,5	–
9.2 Schulwahl						
9.2a	Schulwahl Hauptschule Grundschulabsolvent/-innen	%	11,7	1,5	30,5	–
9.2b	Schulwahl Gymnasium Grundschulabsolvent/-innen	%	39,1	16,4	52,2	–
9.3 Gymnasialquote: Anteil Gymnasien an allgemeinbildenden Schulen						
		%	9,6	2	25	–
9.4 Schulen mit Förderschwerpunkt						
9.4a	Besuch einer Schule mit Förderschwerpunkt „sozial-emotionale Entwicklung“ je 1.000 junge Menschen zwischen 6 und unter 15 Jahren im Jahr 2007 (nur Kinder in HzE)	‰	2,3	0	7,9	–
9.4b	Besuch einer Schule mit Förderschwerpunkt „sozial-emotionale Entwicklung“ je 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007 (nur Kinder in HzE)	‰	1,2	0	4	–
9.4c	Anteil der SFE-Beschulungen an den Hilfen zur Erziehung im Jahr 2007	%	3,7	0	9,6	–
9.5 Kita						
9.5a	Kita-Besuchsquote Kinder unter 3 Jahren	%	13,9	7,4	23,7	–
9.5b	Kita-Besuchsquote 6- bis 13-Jährige	%	9,4	6,4	15,5	–
9.5c	Tagespflege öffentlich gefördert unter 3 Jahren	%	1,4	0,2	6,7	–
9.5d ¹⁾	Sprachförderung Anteil Kita-Kinder	%	10,5	6	15	–
9.5e	Sprachförderbudget pro Kind in Kindertageseinrichtung	Euro	41,6	24,5	69,1	–
9.5f ²⁾	Personal Kita pro Kind	Personal/ Kind	0,19	0,16	0,24	–

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
9.5 Kita						
9.5g	Kita-Plätze für unter 3-Jährige (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) pro 1.000 Kinder unter 3 Jahren im Jahr 2007	‰	114,2	49,9	241,3	–
9.5h	Kita-Plätze für 6- bis unter 15-Jährige (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) pro 1.000 Kinder zwischen 6 und unter 15 Jahren im Jahr 2007	‰	23	0	85,5	Donners- bergkreis
9.5i	Ganztagsplätze für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in Kitas pro 1.000 Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren im Jahr 2007	‰	357,5	150,3	639,4	Ludwigs- hafen
9.5j	Anzahl der vom Jugendamt mitfinanzierten Tagespfle- gen pro 1.000 Kinder bis unter 15 Jahren im Jahr 2007	‰	6,8	0,9	16,6	Pirmasens
9.6 Familienberatung						
9.6a	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	‰	0,9	0	5,3	–
9.6b	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach §§ 17, 18 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	‰	9,0	1,5	17,7	–
9.6c	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 28 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	‰	20,3	0,1	45,4	–
9.6d	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 41 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren im Jahr 2007 (laufend, beendet und Einmalberatungen)	‰	5,8	0	18,4	–
9.6.e	Beratungsstellen: Eckwert der sonstigen Beratungen je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	‰	7,6	0,0	62,3	–
9.7 HzE-Eckwerte/Inanspruchnahmequote						
9.7a	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	25,5	13,4	48,2	–
9.7b	Ambulante Hilfen (§§ 29–31, 35 amb., 41 amb.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	10,5	3,2	23,5	–
9.7c	Teilstationäre Hilfen (§§ 32, 35 teilstat., 41 teilstat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	2,8	0,4	10	–
9.7d	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	6,8	1,2	15,4	–
9.7e	Vollzeitpflege (§ 33 in eigener Kostenträgerschaft) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	5,3	2,1	12,5	–

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
9.7	HZE-Eckwerte/Inanspruchnahmequote					
9.7f	Fremdunterbringungen (§§ 33 in eigener Kostenträgerschaft, 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren 2007	‰	12,1	4,8	25,9	–
9.7g	Eingliederungshilfe für seel. beh. Kinder und Jugendliche (§ 35a) (inkl. Frühförderfälle) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	6	1,1	15,2	–
9.8	Anteil der Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HZE im Jahr 2007	%	47,5	32,0	71,1	–
9.9	Ausgaben für Hilfen zur Erziehung					
9.9a	Bruttoausgaben für Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro Kind/Jugendliche/n unter 21 Jahren im Jahr 2007	Euro	327,8	87,5	756,5	–
9.9b	Bruttoausgaben für Hilfen gem. § 35a inkl. Frühförderfälle pro Kind/Jugendliche/n unter 21 Jahren im Jahr 2007	Euro	27,7	5,8	64	–
9.10	Personal in ASD, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit					
9.10a	Personalstellen in den Sozialen Diensten (ASD, JGH, PKD, TuS, HiH) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	0,6	0,3	1,1	–
9.10b	Personalstellen der pädagogischen Fachkräfte im Jugendamt und durch öffentliche Mittel mitfinanzierte Stellen für Aufgaben nach §§ 11 und 14 SGB VIII pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	0,6	0,0	2,2	–
9.10c	Personalstellen der pädagogischen Fachkräfte im Jugendamtsbezirk für Schulsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	‰	0,2	0,1	0,5	–
9.11	Ausbildung					
						Da die Daten nach Schulort und nicht nach Wohnort der Schüler aggregiert sind, können bei diesen Kennzahlen %-Werte über 100 entstehen.
9.11a	Anteil der Schüler/-innen an Berufsschulen mit Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung	%	37,4	0	133,6	Rhein-Pfalz-Kreis
9.11b	Anteil der Schüler/-innen an Berufsschulen ohne Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung	%	1,8	0,4	4,4	Rhein-Pfalz-Kreis
9.11c	Anteil der ausl. Schüler/-innen an Berufsschulen mit Vertrag an der ausländischen 15- bis 19-jährigen Bevölkerung	%	31,4	0,0	118,3	Rhein-Pfalz-Kreis
9.11d	Anteil der ausl. Schüler/-innen an Berufsschulen ohne Vertrag an der ausländischen 15- bis 19-jährigen Bevölkerung	%	4,9	0,7	16,2	Rhein-Pfalz-Kreis

¹⁾ Da sich die Kennzahl auf alle Kinder bezieht, kann der Anteil in Regionen, in denen überproportional viele unter 3-jährige Kinder betreut werden, niedriger ausfallen.

²⁾ Diese Kennzahl bietet nur eine Annäherung an die tatsächliche Personalausstattung, da unterschiedliche Stellenumfänge nicht berücksichtigt werden; für die Kreise und Städte sind zurzeit keine genaueren Daten verfügbar.

Der letzte hier erfasste Kennzahlenbereich 9.11 beschäftigt sich mit den Übergangschancen von der Ausbildung in den Beruf und kann daran festgemacht werden, ob nach der Ausbildung ein Arbeitsvertrag vorliegt oder nicht.

4.3.3 Handlungsräume: Indikatoren und Kennzahlen

Handlungsräume bilden die dritte Dimension des Well-being von Kindern und Jugendlichen, neben den Dimensionen Wohlfahrt und Lebensbedingungen. Der Begriff Handlungsräume wurde gewählt, um die für das Konzept Child Well-being notwendige Dimension objektiver Voraussetzungen für subjektives Wohlbefinden mit den verfügbaren Daten abzubilden. Für die Erstellung des ersten rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichtes lagen keine Daten vor, die aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen zu diesem Aspekt berichten, also z. B. aus Befragungen oder Beteiligungsprojekten gewonnene Einschätzungen junger Menschen. Wir haben uns daher für das Konstrukt „Handlungsräume“ entschieden, um den Blick auf die subjektiven Handlungsmöglichkeiten von Kindern zu lenken, welche ihnen die in einer Region prägenden Lebensbedingungen und entwickelten Leistungen und Strukturen der Wohlfahrt eröffnen (können). Handlungsräume sollen damit auf die objektiveren Voraussetzungen von subjektiven Handlungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

Auch im 13. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2009c, S. 72) wird die zentrale Bedeutung der Erfahrung von „Handlungsmächtigkeit“ für Kinder- und Jugendliche herausgestellt: „Eine der zentralen Voraussetzungen dafür, dass das eigene Leben als kohärent im oben beschriebenen Sinne wahrgenommen wird, ist die Erfahrung, dass man sich selbst als handlungsmächtig erfährt. Sozialisation bedeutet deshalb nicht nur Kompetenzerwerb, sondern auch Handlungsbefähigung im Sinne des Erlebens und Erfahrens einer erfolgreichen Wirkung des eigenen Handelns (Grundmann 2006, S. 186 ff.). Um diese Erfahrungen machen zu können, bedarf es Bedingungen, die es Kindern und Jugendlichen

ermöglichen, sich selbst als wirkmächtig zu erfahren. Gerade deshalb gewinnt alles, was Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht, in diesem Zusammenhang zentrale Bedeutung“ (BMFSFJ 2009c, S. 72).

Im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz werden Handlungsräume junger Menschen zu den abgebildeten Lebensbedingungen und der Wohlfahrt von Kindern und Jugendlichen in den Städten und Landkreisen des Landes in Beziehung gesetzt. Dabei ist zu beachten, ob sich durch die Ressourcen und Risikofaktoren, die die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen prägen, sowie durch die in öffentlicher Verantwortung bereitgestellten Möglichkeiten und gesellschaftlichen Bedingungen (Wohlfahrt) auch erkennbar Handlungsräume für Kinder eröffnen oder verschließen, die ihnen Erfahrungen der Handlungsmächtigkeit ermöglichen. Nicht die subjektive Bewertung solcher Erfahrungen kann damit an dieser Stelle abgebildet werden, aber zumindest die Möglichkeiten und Optionen der Erfahrbarkeit.

Die vorliegenden Kennzahlen zur Dimension Handlungsräume konnten zu fünf Indikatoren zusammengefasst werden.

10. Aktivitäten

Für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist es notwendig, dass sie über die Möglichkeit verfügen, in Gemeinschaft mit anderen das eigene Leben aktiv gestalten zu können. Dazu gehört auch die Gestaltung der eigenen Freizeit sowie Kontaktmöglichkeiten zu Gleichaltrigen (Peers). Im außerfamiliären, außerschulischen und außerbetrieblichen Bereich vollziehen sich wichtige Sozialisationsprozesse, die über den engeren Freizeitbereich hinaus für das gesamte Leben bedeutsam sind (Opaschowski 2001, S. 1059). In der Freizeit werden soziale Kontakte geknüpft sowie kulturelle und soziale Kompetenzen erworben, die u. a. nach Opaschowski eine existentielle Bedeutung haben. Die Möglichkeit, die eigene freie Zeit kreativ zu gestalten, die Entwicklung von Selbstbestimmung und die Entfaltung von Eigeninitiative sind für das

Aufwachsen von jungen Menschen unabdingbar. Von daher ist es notwendig, dass ihnen in ihrem näheren Wohnumfeld ausreichende Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und der persönlichen Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen. Angesprochen sind damit Aspekte, die die Dimension der Handlungsräume von Kindern und Jugendlichen näher bestimmen.

Die Auswahl der Kennzahlen für den Indikator „Aktivitäten“ ist sehr stark von der Verfügbarkeit der Daten geprägt. Eine Vielzahl von Daten

kann nicht auf Kreisebene zur Verfügung gestellt werden, dies betrifft insbesondere Zahlen zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den unterschiedlichsten Projekten und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche (siehe ausführlich dazu das Kapitel 3.2.3 über Jugendarbeit).

Wie Tabelle 47 zeigt, setzt sich der Indikator „Aktivitäten“ aus sieben Kennzahlen zusammen, die auch nach Altersklassen differenziert werden können (10.1 und 10.2).

Tabelle 47: Kennzahlen zum Indikator 10 „Aktivitäten“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
10.1	Teilnahme in Sportvereinen					
10.1a	Teilnahme in Sportvereinen 0- bis 6-jähriger an gleichaltriger Bevölkerung	%	35,3	16,5	94,5	Da die Daten nach Lage der Vereine aggregiert sind, können %-Werte über 100 zustande kommen.
10.1b	Teilnahme in Sportvereinen 7- bis 14-jähriger an gleichaltriger Bevölkerung	%	90,5	53	219	
10.1c	Teilnahme in Sportvereinen 15- bis 18-jähriger an gleichaltriger Bevölkerung	%	70,2	41,7	164,6	
10.2	Teilnahme an Musikschulen					
10.2a	Teilnahme an Musikschulen 0- bis unter 6-jähriger	%	4,4	0	13,2	–
10.2b	Teilnahme an Musikschulen 6- bis 10-jähriger	%	6,4	0	15,5	–
10.2c	Teilnahme an Musikschulen 10- bis unter 15-jähriger	%	7,1	0	17	–
10.2d	Teilnahme an Musikschulen 15- bis unter 19-jähriger	%	3	0	8,7	–
10.3	kirchliche Jugendarbeit (Einrichtungen im Verhältnis zu der 6- bis 20-jährigen Bevölkerung)	‰	0,65	0	3,1	–
10.4	Jugendverbände (Anteil Jugendfeuerwehr an gleichaltriger Bevölkerung 10 bis 18 Jahre)	%	3,4	0,3	8,6	–
10.5	Bibliotheken: Entleihungen Kinder- und Jugendliteratur	%	0,24	0,06	1,3	–
10.6	Kita-Besuchsquote 6- bis 13-jährige	%	9,4	6,4	15,5	–
10.7	Teilnehmer/-innen in Ganztagschulen an allen Schülern	%	36,2	20,5	53,7	–

Der Anteil der unter 18-Jährigen (an der gleichaltrigen Bevölkerung), die Mitglied in einem Sportverein sind, „zeigt sowohl an, in welchem Ausmaß Kinder und Jugendliche in ein aktives, regionales Gemeinschaftsleben eingebunden sind als auch in welchem Maße ihre Gesundheit und motorische Entwicklung“ (Prognos 2007a) gefördert wird. Man kann davon ausgehen, dass eine entsprechend hohe regionale Partizipation besonders attraktiv für Familien ist. Die Teilnahme am Musikunterricht (10.2) in den Musikschulen steht für ein kulturell anregendes regionales Freizeitangebot. Ein wesentlicher Aspekt der Handlungsräume für Kinder und Jugendliche (10.3) ist die Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Regional differenzierte Daten zu Angeboten der Jugendarbeit lagen zum Zeitpunkt der Datenerhebung hier nur für die kirchliche Jugendarbeit und die Jugendfeuerwehren vor, die damit stellvertretend für dieses Arbeitsfeld gewertet werden müssen.

Die Zahl der Bibliotheksentleihungen je Einwohner/-in an Kinder- und Jugendliteratur (10.5) im Jahre 2007 wird auch in anderen Untersuchungen als Kennzahl für ein gut funktionierendes lokales Bibliothekswesen bewertet (Prognos 2007a). Bibliotheken dienen nicht nur der Lese- und Sprachförderung von Kindern, sondern bieten Kindern und Jugendlichen auch eine anregende Form der Freizeitgestaltung.

10.6, die Kita-Besuchsquote der 6- bis 13-Jährigen, und 10.7, der Anteil Ganztags Schülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und -schülern, berücksichtigen darüber hinaus die Kontakte zu den Peers, die in den oben stehenden Ausführungen bereits als äußerst bedeutsam für Handlungsräume junger Menschen benannt wurden.

11. Beziehung zu den Eltern

Handlungsräume junger Menschen umfassen physische, psychische wie soziale Komponenten. So meint auch die Beziehung zu zentralen Bezugspersonen wie den Eltern nicht nur Aspekte der Versorgung und Ernährung, sondern sie spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle im Hinblick auf psychosoziale Aspekte, indem sie den kindlichen

Zugang zur sozialen Umwelt mitbestimmt und damit Handlungsräume eröffnet oder verschließt. Die Vermittlung eines grundlegenden Gefühls von Geborgenheit, Rückhalt sowie der Wertschätzung durch die Eltern (Erikson spricht hier von Ur-Vertrauen; vgl. Erikson 1997) dient dem Kind als sichere Basis, von der aus es seine Umgebung explorieren und – ebenso wie im Umgang mit den Eltern – ein Gefühl von Selbstwirksamkeit, Selbstwert und Kompetenz erwerben kann. Dieses Gefühl ist unerlässlich, um Handlungsräume nicht nur wahrnehmen zu können, sondern auch aktiv in Anspruch zu nehmen und zu gestalten. Besonders im Jugendalter ist mit der Entwicklung einer Identität eine wesentliche Aufgabe verbunden, die unter Zugewinn an Freiheit und dem Austesten von Grenzen bewältigt werden muss. Eine sichere Bindung zu Vater und Mutter kann in diesem Zusammenhang notwendige Stütze sein, um mit wachsenden Handlungsräumen und -unsicherheiten selbstbewusst umzugehen. Die Beziehung zu den Eltern hat darüber hinaus eine sozialisatorische Komponente in dem Sinne, dass sie den Erwerb wichtiger gesellschaftlicher Normen, Werte und Traditionen und die Auseinandersetzung mit diesen in einem geschützten Rahmen ermöglicht. Hierbei geht es immer auch um die Frage, ob und in welcher Weise sich der junge Mensch als Mitglied und Teil der Gesellschaft verstehen wird und hierbei Handlungsräume entdeckt bzw. für sich nutzt.

Dass Kindern die Beziehung zu den Eltern wichtig ist, zeigte sich auch im LBS-Kinderbarometer Rheinland-Pfalz 2000: Ein Mehr an gemeinsam verbrachter Zeit mit den Eltern wird hier als Wunsch seitens der Kinder formuliert (MBFJ 2002a, bspw. S. 6). Auch die World Vision Kinderstudie (2007) bestätigt die zentrale Bedeutung von gemeinsamer Zeit für die Beziehungsgestaltung und -qualität zwischen Kindern und ihren Eltern.

Die für das Land Rheinland-Pfalz in regionaler Verteilung verfügbaren Daten für den Indikator „Beziehung zu Eltern“ ermöglichen es zwar nicht, die Vielschichtigkeit des Indikators adäquat abzubilden (z. B. Aussagen über die gemeinsam

Tabelle 48: Kennzahlen zum Indikator 11 „Beziehung zu den Eltern“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
11.1	Inobhutnahmen	‰	1,2	0,1	3,7	–
11.2	Gerichtliche Maßnahmen	‰	0,9	0	2,0	–
11.3	Anteil der Kinder in geschiedenen Ehen an allen Kindern unter 18 Jahren	%	1,2	0,9	1,6	–

verbrachte Zeit, die Beziehungsqualität oder über das familiäre Klima zu machen). Sie verweisen vielmehr auf Gefährdungen bzw. Störungen der Beziehung zwischen Eltern und Kind, die so interpretiert werden, dass wenige Störungen eine positive Beziehung anzeigen (siehe Tabelle 48).

Die Inobhutnahmen (11.1) von Kindern und Jugendlichen zeigen akute Krisen in Familien an; familiengerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge von Kindern und Jugendlichen (11.2) lassen auf gravierendere Störungen der Beziehung zu den Eltern und eine Gefährdung des Kindeswohls schließen. Die für die Entwicklung notwendige Unterstützung durch die Eltern ist nicht mehr gegeben und muss stellvertretend durch die „staatliche Gemeinschaft“ übernommen werden. Zu hoffen ist allerdings, dass sich durch den Entzug der elterlichen Sorge neue Handlungsräume und Verwirklichungschancen für junge Menschen eröffnen.

Der Anteil der Kinder in geschiedenen Ehen (11.3) kann als Hinweis zumindest auf eine belastende Beziehung zu den Eltern verstanden werden. Leitende Annahme ist, dass die durch die Scheidung offenkundig werdende konfliktbeladene Partnerschaft der Eltern Auswirkungen auf das familiäre System hat, mithin die Beziehung zu den Kindern zumindest zeitweilig verändert ist (Walper/Krey 2009).

12. Verschlussene Teilhabechancen

Als weiterer Indikator zur Beschreibung vorhandener Handlungsräume wurde der Indikator „verschlussene Teilhabechancen“ aufgenommen. Im Unterschied zu den vielfältigen positiven Möglichkeiten der Bildung, die unter der Dimension Wohl-

fahrt im Indikator „Bildung, Betreuung, Erziehung“ angezeigt werden, soll hier die negative Seite verschlossener oder verweigerter Bildungsteilhabe thematisiert werden. Ausgewertet wurden dazu Daten über Abbrüche der Schullaufbahn. Davon ausgehend, dass die Handlungsräume junger Menschen (auch) in engem Zusammenhang mit den real zur Verfügung stehenden Chancen auf ein erfülltes schulisches und (künftiges) berufliches Leben stehen, wurden in diesem Indikator solche verfügbaren Kennzahlen einbezogen, mit denen sich „verschlossene“ schulische oder berufliche Teilhabechancen abbilden lassen. Interpretiert werden die hierzu angezeigten Kennzahlen so, dass im Verhältnis weniger verschlossene Teilhabechancen auf positive Handlungsräume für junge Menschen hinweisen (siehe Tabelle 49).

Kennzahlen zu den Schulentlassenen ohne Schulabschluss (13.2) beschreiben den Anteil der jungen Menschen eines Schulabschlussjahres, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, und misst damit negativ gesellschaftliche Teilhabechancen, hier zu den Zugangsvoraussetzungen für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Entsprechend umfasst die Kennzahl 13.1 den Anteil der jungen Menschen im Alter von 15 bis 25, die gemäß der Statistik der Agentur für Arbeit im Berichtsjahr arbeitslos gemeldet waren. Diese Kennzahl bezieht sich auf die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denen es nach der Schulzeit (noch) nicht gelungen ist, einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz zu finden. Auch mit dieser Kennzahl werden Teilhabechancen junger Menschen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben gemessen, die in Rheinland-Pfalz regional-spezifisch unterschiedlich verteilt sind.

Tabelle 49: Kennzahlen zum Indikator 12 „verschlossene Teilhabechancen“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
12.1	Arbeitslose unter 25 Jahren pro 1.000 15- bis unter 25-Jährige ¹⁾	‰	35,5	21,5	75,4	–
12.2	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss ²⁾	%	7,4	3,5	15	–

¹⁾ Die hier verwendete Kennzahl wird im Unterschied zur Arbeitslosenquote in ‰-Werten ausgedrückt. Sie bezieht sich auf die 15- bis unter 25-jährige Bevölkerung insgesamt und fällt daher auch niedriger aus.

²⁾ Die Werte beziehen sich hier auf das Schuljahr 2006/07, wohingegen in Kap. 3.3 Schule bereits die Werte aus dem Jahr 2008 verwendet werden konnten.

13. Gesundheit/Stress

Der Indikator Gesundheit/Stress von Kindern und Jugendlichen zeigt wichtige Faktoren für die Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbeschränkungen an. Auch das LBS-Kinderbarometer Rheinland-Pfalz 2000 hat ein Kapitel der Gesundheit von Kindern gewidmet und stellte Kindern gezielt die Frage, wie häufig sie sich krank fühlen. Obwohl die Antworten darauf aufzeigten, dass sich nur 6 % der rheinland-pfälzischen Kinder oft oder immer krank fühlen (MBFJ 2002a, S. 54f.), ist festzuhalten, dass bundesweit „sowohl bei den chronischen körperlichen Erkrankungen als auch bei psychischen Erkrankungen von Kindern und

Jugendlichen ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen (ist)“ (Späth 2002, S. 145). Während sich diese Aussage auf den 11. Kinder- und Jugendbericht bezieht, stellt der 13. Jugendbericht sieben Jahre später fest, dass es zu einer Verschiebung von den akuten hin zu den chronischen Erkrankungen gekommen ist (BMFSFJ 2009c, S. 78). Wichtig ist hier zu erkennen, dass speziell chronische Erkrankungen, von denen laut Kinderbarometer im Jahr 2000 38 % der rheinland-pfälzischen Kinder betroffen waren (MBFJ 2002a, S. 56), gerade bei Kindern und Jugendlichen (und den Eltern) zu Belastungen/Stress führen. Das bedeutet weiterhin, dass die Handlungsräume junger Menschen durch

Tabelle 50: Kennzahlen zum Indikator 13 „Gesundheit/Stress“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
13.1	Krankenhausfälle aufgrund von Diabetes pro 1.000 unter 19-Jährige	‰	0,64	0,12	1,5	–
13.2	Krankenhausfälle infolge von Krankheiten des Atmungssystems pro 1.000 unter 19-Jährige	‰	20,6	15,4	43,2	–
13.3	Anteil der Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankungen in den Jahren 2004 – 2008 an 1.000 Gleichaltrigen	‰	0,9	0,4	1,8	In der Datengrundlage sind die Werte für Zweibrücken in „Südwestpfalz“ und die Werte für Neustadt in „Südliche Weinstraße“ enthalten. Die absoluten Zahlen wurden an der gleichaltrigen Bevölkerung beider Verwaltungsbezirke berechnet.
13.4	Anteil der Krankenhausfälle infolge psych. und Verhaltensstörungen unter 19-Jähriger an 1.000 Gleichaltrigen	‰	7,2	5,6	11,6	–

langfristige Erkrankungen beeinträchtigt sein können, ihre Möglichkeiten der Selbstverwirklichung begrenzt erscheinen.

Chronische Erkrankungen sind jedoch bei Weitem nicht der einzige Faktor, der Stress bei Kindern und Jugendlichen erzeugen kann. Der 13. Kinder- und Jugendbericht benennt hierzu weitere Faktoren, die auf die Entstehung bzw. Persistenz von Stress Einfluss haben. Beispiele hierfür wären kritische Lebensereignisse, Entwicklungsaufgaben (BMFSFJ 2009c; genannt werden u. a. das Erbringen von Leistungen in der Schule oder das Eingehen von Beziehungen) oder alltägliche Belastungen (BMFSFJ 2009c, S. 108 f.; bspw. eine Erkrankung der Eltern/eines Elternteils) (siehe Tabelle 50).

Die ersten hierzu vorliegenden vier Kennzahlen zum Indikator „Gesundheit/Stress“ thematisieren chronische Krankheiten, die zum einen eine dauerhafte Belastung darstellen und unter anderem auch Stress verursachen.

14. Sicherheit in Kita und Schule

Auch für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wäre es wünschenswert gewesen, auf Angaben von Kindern und Jugendlichen über ihre subjektive Wahrnehmung und Bewertung von Handlungsräumen in Kindergarten und Schule zurückgreifen zu können. Da diese jedoch – insbesondere für die Ebene der Kreise und Städte – nicht verfügbar sind, ist stellvertretend der Indikator

„Sicherheit in Kita und Schule“ entwickelt worden mit der Begründung: „Kinder teilten uns mit, dass Angst und Unsicherheit ihr Wohlbefinden beeinträchtigen und dass Sicherheit ein wichtiger Bestandteil von Wohlbefinden ist“ (Fattore u. a. 2007, S. 18, Übersetzung U. Petry).¹³²

Daten zu einer durch junge Menschen wahrgenommenen „Sicherheit an Schulen und in Kindergärten“ liegen nicht vor, sollen hier jedoch aus den Angaben der Unfallkasse Rheinland-Pfalz erschlossen werden. Angegeben werden kann, wie häufig Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu und in Kindergärten und Schulen in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen in Unfälle verwickelt sind. Für den Indikator „Sicherheit in Kita und Schule“ ergeben sich daraus folgende Kennzahlen, die wiederum so interpretiert werden, dass wenige Unfälle auf eine höhere Sicherheit hinweisen.

¹³² „Children told us fear and insecurity affects their well-being and that being safe is an important part of well-being“ (Fattore u. a. 2007, S. 18)

Tabelle 51: Kennzahlen zum Indikator 14 „Sicherheit in Kita und Schule“

lfd. Nr.	Kennzahlen	Maßstab	Mittelwert Rheinland-Pfalz	min. Wert	max. Wert	fehlende Werte
14.1	Unfälle auf dem Weg zu Kita und Schule	‰	5,4	4,3	6,9	Die Unfälle lagen nicht für alle Regionen auf Ebene der 36 Verwaltungsbezirke vor. Kreisfreie Städte waren den Landkreisen zugeordnet (Bsp.: Koblenz zu Mayen-Koblenz). Die Anteilswerte wurden entsprechend der Anteile der gleichaltrigen Bevölkerung der zusammengefassten Gebiete für diese Regionen errechnet.
14.2	Unfälle in Kita und Schule	‰	79	66,3	96,2	

4.4 Empfehlungen zu einem Datenkonzept für zukünftige Kinder- und Jugendberichte in Rheinland-Pfalz

Einleitend soll noch einmal Bezug auf internationale Konzepte des Child Well-being genommen werden. Will man das Well-being von Kindern erfassen, ist es notwendig, sich damit zu beschäftigen, was Well-being für Kinder selbst bedeutet. Während objektiv messbare Faktoren, wie die materielle Situation oder Arbeitslosigkeit der Eltern, auch subjektiv für Kinder eine große Rolle spielen¹³³, konnten Crivello u. a. (2009) und Fattore u. a. (2007) aufzeigen, dass diese nicht ausreichen, um Well-being von Kindern und Jugendlichen in der regionalen Differenzierung angemessen zu erfassen. Zunächst werden hier zentrale Probleme und Leerstellen unter Berücksichtigung der drei Dimensionen des Konzeptes Child Well-being herausgearbeitet, abschließend zusammenfassend Empfehlungen für zukünftige Datenkonzepte rheinland-pfälzischer Kinder- und Jugendberichte erläutert.

4.4.1 Aktuelle Leerstellen in der Abbildung von Child Well-being in einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung

Zu den **Lebensbedingungen** junger Menschen zeigt sich insbesondere im Bereich Wohnbedingungen, dass derzeit kaum aussagekräftige regionale Daten vorliegen, die im Child-Well-being-Index berücksichtigt werden konnten. Gleichwohl zählt das Wohnumfeld zu den wesentlichen Einflussfaktoren für junge Menschen (Kap. 2.3).

Die internationalen Studien zum Well-being von Kindern haben den zentralen Befund erbracht, dass ein Wohnumfeld, das von den Kindern und Jugendlichen als gepflegt, ästhetisch und als

sicher eingeschätzt wird, in herausragender Weise zu ihrem Wohlbefinden beiträgt, und dass diese Einschätzung Hinweise auf kindliche Bedürfnisse nach Geborgenheit, Rückzugsmöglichkeiten und Ästhetik gibt.

Die für die 36 kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehenden Daten der amtlichen Statistik sind wenig(er) geeignet, unterschiedliche Wohnbedingungen für den Kinder- und Jugendbericht angemessen zu erfassen. Daten beispielsweise zur Bevölkerungsdichte, zu den unbebauten Freiflächen oder zur Wohnfläche pro Einwohner bieten kaum aussagekräftige Informationen, um die kleinräumigen Lebenswelten junger Menschen in den Städten und Landkreisen zu kennzeichnen. Für Rheinland-Pfalz liegen außerdem keine aktuellen empirischen Befunde vor, wie diese unterschiedlichen Lebensräume von den Familien mit Kindern bzw. von den Kindern und Jugendlichen selbst eingeschätzt werden.

Dass künftige Kinder- und Jugendberichte auf neue empirische Befunde zu den Wohnbedingungen von Familien, Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz angewiesen sind, wurde auch in Bezug auf das Kapitel 2.3 dargestellt und erläutert.

In der Dimension **Wohlfahrt** zeigen sich insbesondere in Bezug auf zwei Punkte bedeutsame Leerstellen in der Datenbasis.

Zum einen liegen derzeit zu Partizipationsprojekten keine ausreichenden Erkenntnisse über die Nutzung, d. h. Teilnehmerzahlen vor. Aus diesem Grund ist der verwendete Indikator 6 „Partizipation“ auch nur bedingt aussagekräftig, da er die vorgehaltenen Angebote ins Verhältnis zur entsprechenden Altersgruppe setzt. Auch wäre es wünschenswert, über differenzierte Erkenntnisse im Bereich Ehrenamt zu verfügen. Derzeit existiert nur eine verlässliche Quelle für den Zusammenschluss aller freiwilligen Projekte in Deutschland.

¹³³ Unter anderem konnten Crivello u. a. innerhalb der „Young-Lives-Studie“ zeigen, dass die in den Punkten Lebensbedingungen und Wohlfahrt beschriebenen Indikatoren von Kindern nicht nur wahrgenommen werden, sondern auch Einfluss auf ihr Well-being nehmen (Crivello u. a. 2009).

Es ist die Landesstudie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz 1999 bis 2004 im Trend“, die im Auftrag des Ministeriums des Inneren und für Sport von dem Sozialforschungsinstitut TNS Infratest München erarbeitet wurde und auf den Ergebnissen des bundesweiten Freiwilligensurveys von 2004 basiert. Diese Studie ist einerseits sehr umfangreich, jedoch nur teilweise auf Bundesländerebene dokumentiert. Die 36 Landkreise in Rheinland-Pfalz werden nicht getrennt behandelt. Auch die Alterskategorien von „14 bis 30“ bzw. „14 bis 35“ sind nur eingeschränkt zur Abbildung der Kinder- und Jugendsituation einsetzbar, um die Altersgruppe der unter 18- bzw. unter 21-Jährigen jungen Menschen abzubilden.

Zum anderen zeigt sich in Bezug auf den Indikator 7 „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“ eine insbesondere um die Inhalte aktueller Veröffentlichungen ausbaufähige Datenbasis. Diese betonen, den Gesundheitsstatus nicht mehr bzw. nicht allein über Abwesenheit von Krankheit abzubilden. Vielmehr ist die Einschätzung der eigentlichen Akteure gefragt: Wie gesund bzw. wie wohl fühlen sich Kinder und Jugendliche, unabhängig von nachweisbaren Erkrankungen oder messbaren Größen wie beispielsweise Krankenhausaufenthalten? Auch spielen in themenbezogenen Veröffentlichungen des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen sowie im 13. Kinder- und Jugendbericht die Gesundheitsförderung und ein positives Verständnis von Gesundheit eine wesentliche Rolle. Im Bericht der Bundesregierung ist „Gesundheitsförderung im Sinne einer Ermöglichung von Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit als körperliches, seelisches und soziales Wohlergehen zu verstehen“ (BMFSFJ 2009c, S. 78). Die Datenlage in Rheinland-Pfalz ermöglicht es zurzeit nicht, dieser positiven Abbildung von Gesundheit auf regional differenzierter Ebene gerecht zu werden. Insbesondere Einschätzungen der Kinder und Jugendlichen selbst und Daten über die Inanspruchnahme gesundheitsfördernder Maßnahmen sowie die Nutzung präventiver Angebote sind wünschenswert.

Am zahlreichsten sind Leerstellen in Bezug auf die Dimension **Handlungsräume** erkennbar. Hier konnten die „Beziehungen zu Peers“ nicht in einem einzelnen Indikator erfasst werden, obwohl sie als bedeutsamer Indikator für das Child Well-being anzusehen sind. Im vorliegenden Datenkonzept sind die Gleichaltrigen lediglich unter den Aktivitäten einbezogen. Gleichaltrige Freunde gehören jedoch neben der Familie zu den elementarsten Bezugsgruppen von Kindern und Jugendlichen, weshalb anzunehmen ist, dass die „Beziehungen zu Peers“ einen wichtigen Indikator für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen darstellen. So konnten bspw. Rigby und Slee nachweisen, dass positive Beziehungen zu Peers zum Teil hochsignifikant mit einem hohen Wohlbefinden und einem starken Selbstvertrauen korrelieren (Rigby/Slee 1993, S. 39).

Um Daten für den Indikator „Beziehungen zu Peers“ zu erfassen, sind verschiedene Strategien möglich. Im Rahmen der LBS-Kinderbarometer wurden Kinder gezielt befragt, ob sie über einen besten Freund/eine beste Freundin und/oder einen festen Freundeskreis verfügen und wie ihr Wohlbefinden in Bezug auf Freunde/Freundeskreis aussieht (u. a. MBFJ 2002a, S. 39 f.). Andere Studien, wie die von Rigby und Slee, nutzen einen Index aus verschiedenen Einzelfaktoren.¹³⁴ Für den EU25-Index von Bradshaw u. a. sind die Beziehungen von Kindern und Jugendlichen zu ihren Peers ebenfalls von Bedeutung. Bradshaw u. a. nutzen dabei Sekundärdaten des HBSC-Surveys 2001/02, und zwar das Item „Junge Menschen finden ihre Peers freundlich und hilfsbereit“. Zuverlässige Vergleichsdaten zur Qualität kindlicher Gleichaltrigenbeziehungen sind jedoch rar (Bradshaw u. a. 2007, S. 158, Übersetzung U. Petry).¹³⁵

¹³⁴ Der Index für „peer-relations“ wird von Rigby und Slee auch als „prosocial-tendency-index“ bezeichnet und umfasst die Items „Enjoy helping others“, „Help harrassed children“, „Like to make friends“ und „Share things“ (Rigby/Slee 1993, S. 37).

¹³⁵ „Young people finding their peers kind and helpful“ (Bradshaw u. a. 2007, S. 158). „Reliable comparative data on the quality of children’s peer relationships“ sei jedoch, so die Autoren, „scarce“.

Im Rahmen des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz wäre es wünschenswert, Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen zu ihren Peer-Beziehungen einbeziehen zu können – solche Daten sind jedoch zur Zeit nicht auf Stadt- und Landkreisebene vorhanden.

Die vorhandenen Daten zum Indikator 11 „Beziehungen zu den Eltern“ zeichnen jetzt nur ein Bild, das die Eltern-Kind-Beziehung mit Hilfe einer „Negativschablone“ und damit dem Nicht-Gelingen familiärer Interaktion bestimmt. Umso notwendiger wird es, zukünftig ebenfalls Aspekte wie die gemeinsame Gestaltung des Alltags und der Freizeit von Eltern und Kind in den Blick zu nehmen. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass das gemeinschaftliche Mittagessen ein Ort des Familiären ist, der nicht nur als Möglichkeit des Gesprächs, sondern auch der Pflege der Eltern-Kind-Beziehung verstanden werden kann (Bradshaw 2007, S. 157). Gleiches gilt für gemeinschaftliche Aktivitäten, die kindlichen Handlungsräumen und Wohlbefinden, dem Gefühl der Wertschätzung und der Gewahrdung der elterlichen Fürsorge zuträglich sein können.

Daten, die zum Indikator 12 „verschlossene Teilhabechancen“ über problematische schulische/berufliche Integration bzw. Erfolg hinausgehend Auskunft geben könnten, sind – aufgeschlüsselt nach den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen – kaum verfügbar. So wären z. B. auch Informationen über delinquente Handlungen von jungen Menschen bzw. Kriminalstrafen, die für junge Menschen im Berichtsjahr verhängt wurden, weitere geeignete Kennzahlen, mit denen Problemlagen gesellschaftlicher Ausgrenzung beschrieben werden könnten. Diese Daten sind aber auf der Ebene der Städte und Kreise derzeit nicht verfügbar.¹³⁶

Gerade der zum Indikator „Sicherheit in Kita und Schule“ benannte Aspekt, dass Schüler einen nicht unerheblichen Teil ihres Tages innerhalb der Institution Schule verbringen, gekoppelt mit

¹³⁶ Diese Angaben sind derzeit nur auf der Ebene der rheinland-pfälzischen Polizeipräsidien verfügbar.

der Tatsache, dass Rheinland-Pfalz Vorreiter im Ausbau des Ganztags schulwesens ist (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2004), führt zu der Forderung, dem Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in der Schule – d. h. seiner Erforschung – einen adäquaten Stellenwert zuzuweisen: nicht nur um eine angenehme Lern- und Arbeitsatmosphäre für Schüler/-innen und Lehrer/-innen zu schaffen, sondern auch, weil das Wohlbefinden von Schüler/-innen einen positiven Einfluss auf ihre Leistungen in der Schule und ihre Zukunftschancen nach der Schulzeit haben kann (Fend 2001, S. 366 ff., Opdenakker/van Damme 2000, S. 184 ff.).

Eine ähnliche Forderung richtet ihr Augenmerk auf die Erforschung des Wohlbefindens von Kindern in Kindergärten. In der Forschung gilt häufig die Annahme, dass „jüngere Kinder keine verlässlichen Datenquellen seien oder die Fachkräfte ‚es am besten wissen‘ und deshalb in ihrem Namen sprechen könnten“ (Crivello u. a. 2009, S. 57, Übersetzung U. Petry).¹³⁷ Gleichzeitig stellen Crivello u. a. im Rahmen der Young-Lives-Studie verschiedene Methoden vor, die sich gerade für den Einsatz bei jüngeren Kindern eignen.¹³⁸ Dass das subjektive Wohlbefinden von Kindern im Kindergarten einen positiven Einfluss auf ihr Gesamtwohlfinden und auch auf ihre Entwicklung hat, ist zwar bisher nicht durch Studien erforscht worden, stellt allerdings ein bedeutsames Argument für den Ausbau einer kindzentrierten Forschung und im Rahmen der Qualitätsentwicklung von Kindergärten dar.

¹³⁷ „That young children cannot be reliable sources of data, or an assumption that caregivers ‚know best‘ so can speak of children on their behalf“ (Crivello u. a. 2009, S. 57).

¹³⁸ Im Rahmen von „Young Lives“ wurden einige Methoden konzipiert, die selbst bei und mit 3- bis 4-jährigen angewendet werden konnten (Crivello u. a. 2009, S. 58).

4.4.2 Empfehlungen für ein Datenkonzept zukünftiger Kinder- und Jugendberichte in Rheinland-Pfalz

Die vorgestellten Überlegungen lassen sich zu drei wesentlichen Empfehlungen für die Weiterentwicklung und empirische Fundierung künftiger Datenkonzepte für eine regelmäßige Berichterstattung über die Lebenswirklichkeiten und Perspektiven junger Menschen in Rheinland-Pfalz als Basis einer kinderfreundlichen Politik zusammenfassen:

(1) Eine regional differenzierte Betrachtung der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen mindestens auf Basis der 36 kreisfreien Städte und Landkreise ist dringend erforderlich und muss weiterentwickelt werden.

In der Mehrheit der ausgewählten Indikatoren fällt die große Bandbreite in den Lebensbedingungen, der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung und den Handlungsräumen innerhalb von Rheinland-Pfalz auf. Zwar bewegt sich das Bundesland im Vergleich zu den übrigen Bundesländern in einer Vielzahl von Studien und Untersuchungen nahe dem bundesweiten Durchschnitt, zeigt aber in den vorliegenden kleinräumigeren Betrachtungen z. T. erhebliche Abweichungen der Situationen in den Städten und Landkreisen nach oben und unten. Hier werden regionale Ungleichheiten und Disparitäten in den Lebensverhältnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien sichtbar, denen weiter nachgegangen werden muss. Besondere Beachtung ist dabei dem Verhältnis zwischen den Städten und Landkreisen zu schenken, welches jedoch nicht für sich allein die großen Unterschiede innerhalb der Landkreise bzw. Städte erklären kann. Von Bedeutung sind hier neben den spezifischen Gegebenheiten vor Ort auch die wohlfahrtsstaatlichen Angebote sowie die kommunale Gewährungs- und Versorgungsstruktur. Nur über einen regionalisierten Berichtsansatz sind valide Aussagen über die Lebensqualität von Kindern und

Jugendlichen in Rheinland-Pfalz als Basis einer kinderfreundlichen Politik zu gewinnen, da das Well-being junger Menschen zu einem erheblichen Teil durch die örtlichen Bedingungen des Aufwachsens geprägt und gestaltet wird.

(2) Eine Fortschreibung des Indikatorenmodells muss eine regional differenzierende Beobachtung und Bewertung der Lebenschancen junger Menschen und ihres Child Well-being ermöglichen.

Das Ziel der ausgewählten Indikatoren und Indices besteht nicht nur darin, die gegenwärtige Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen adäquat zu erfassen und zu beschreiben, sondern auch zukunftsgerichtet Herausforderungen und Perspektiven für eine kinderfreundliche Politik im Land deutlich zu machen. Mit Hilfe eines zentralen Indexwertes, hier die Entwicklung des Child Well-being in den einzelnen Regionen, können dafür immer wieder bedeutsame Hinweise aber auch Bezugspunkte und Kriterien für eine Evaluation politischer Programme gewonnen werden.

Wird in den nachfolgenden rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichten das hier in den Grundlagen entwickelte Indikatorenmodell weiterentwickelt und genutzt, könnten erstmalig empirisch vergleichbare Entwicklungen – im Hinblick auf die vorgestellten Zugänge: Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume – aufgezeigt werden. Hier werden insbesondere folgende Fragen von Bedeutung sein: In welchen Gebietskörperschaften zeigen sich deutliche Veränderungen? Haben sich hier bestimmte Bedingungen verändert? Bleiben bestimmte Indikatoren eher unverändert und gibt es Indikatoren mit hohen Schwankungen? Und weiterhin: Was bedeuten die Entwicklungen für die Kinder, Jugendlichen und Familien selbst? Gibt es Bevölkerungsgruppen (z. B. Mädchen, Jungen, Jugendliche mit Migrationshintergrund etc.), die von bestimmten Entwicklungen besonders betroffen

sind? Und welche Konsequenzen können für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes Rheinland-Pfalz daraus gezogen werden?

(3) Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen sind kaum verfügbar, aber unbedingt erforderlich, um das Child Well-being der jungen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz erfassen und einschätzen zu können.

Wie zu Beginn in Kap. 4.1. ausführlich dargestellt, gewinnt die subjektive Perspektive von Kindern und Jugendlichen zunehmend an Bedeutung und nimmt – insbesondere mit Blick auf internationale Konzepte – einen wesentlichen Stellenwert in der Berichterstattung ein. Insgesamt hat sich in der Sozialindikatorenforschung der Konsens herausgebildet, dass die Lebensqualität von bestimmten Bevölkerungsgruppen nicht alleine über objektive Daten zu erfassen ist, sondern dass gerade auch die subjektive Sichtweise und die persönliche Einschätzung der vorfindbaren Bedingungen eine hohe Relevanz für den Grad an Wohlbefinden der Individuen haben. Diese Erkenntnis kann auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen erweitert werden.

Bislang konnten im vorliegenden Bericht jedoch vornehmlich objektivierbare Voraussetzungen für das Well-being von jungen Menschen abgebildet werden. Diese sind nur vorsichtige und indirekte Anzeiger – insbesondere in der Dimension „Handlungsräume“. Wie in den oben angeführten Empfehlungen für künftige Datenkonzepte sowie den derzeitigen Leerstellen deutlich wurde, liegen darüber hinaus zu den Themen Wohnen, Gesundheit, Partizipation, Freizeit, Freunde und Familie kaum regional differenzierte Einschätzungen von Kindern und Jugendlichen vor. Insgesamt wäre hier eine umfassende Befragung und Beteiligung der jungen Menschen an künftigen rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichten äußerst wertvoll.

Befragungen stellen nicht nur eine besondere Form der Beteiligung junger Menschen dar, sondern bieten zugleich eine wesentliche Erweiterung des Berichts um die Perspektive der Kinder und Jugendlichen als Experten ihrer selbst. Gleichzeitig wäre über einen adäquaten forschungsmethodischen Zugang nachzudenken, der es erlaubt, sich dem Well-being von Vorschulkindern anzunähern. Dies wird eher über andere (qualitative, ethnografische) Ausdrucksformen und Forschungszugänge zu erreichen sein als über eine standardisierte Befragung. Hier könnte die rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendberichterstattung beispielgebend und zukunftsweisend werden.

5. DER BLICK IN DIE REGIONEN DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Die Aufforderung im Landtagsbeschluss, „der Kinder- und Jugendbericht soll nach Möglichkeit nach Landkreisen (und Städten) differenzierte Daten enthalten“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2007f), ist komplexer als auf den ersten Blick erkennbar. Die begrenzt verfügbaren Daten und Informationen nach den Regionen des Landes differenziert – hier nach den Landkreisen und kreisfreien Städten – zeichnen bereits in den vorhergehenden Kapiteln ein ausgesprochen vielgestaltiges Bild der Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen in diesem Land. Es macht für Mädchen und Jungen einen erheblichen Unterschied, in welcher Region von Rheinland-Pfalz sie geboren werden und aufwachsen. Aber wie sollen diese Unterschiede übersichtlich dargestellt und mit Erkenntnisgewinn bewertet werden?

Die jeweils regional spezifischen Ausprägungen der Lebensverhältnisse sind für Kinder, Jugendliche und Familien von herausragender Bedeutung, prägt doch das unmittelbare Umfeld von Wohnung und im Wohnort entscheidend die Bedingungen und Möglichkeiten, aber ggf. auch die Einschränkungen und Belastungen für das Aufwachsen. Wohnblock, Straße, Viertel, Stadtteil oder Ortsgemeinde sind die regional bedeutsamen Einheiten für das Leben junger Menschen und ihrer Familien; je jünger die Kinder sind, umso kleiner ist der Radius um die eigene Wohnung, in dem wesentliche Funktionen und Leistungen erreichbar sein müssen. Aus der Landesperspektive ist eine kleinräumige Betrachtung örtlicher Lebensverhältnisse kaum möglich und nur exemplarisch sinnvoll, hier ist die Gestaltungsverantwortung der Landkreise und Städte gefragt. Für das Land sind daher diese 36 kommunalen Gebietskörperschaften als nächst-

kleinere regionale Einheiten die relevante Ebene einer räumlich differenzierenden Berichterstattung.

Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen des Landes sind aber nicht nur ein interessanter Gegenstand analytisch ambitionierter Berichterstattung, sie sind auch eine unmittelbare Herausforderung für jede Landespolitik. Bereits das Grundgesetz gebietet „die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 72 Abs. 2 Nr. 3 GG) und meint damit nicht nur die Verhältnisse zwischen den Bundesländern, sondern auch innerhalb der Länder und für die auf Länderebenen verankerten Verantwortungsbereiche. Auch die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz formuliert einen vergleichbaren Auftrag an die Politik des Landes im Freiheits- und Gleichheitsgebot der Artikel 1 und 17.¹³⁹

Relevante Informationen und Einschätzungen zu den Lebensverhältnissen und Lebenschancen junger Menschen in den Regionen des Landes werden damit zu einer unverzichtbaren Grundlage verantwortlicher Politik im und für das Land. Die Eigenart und Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Städten und Landkreisen soll dazu herausgearbeitet werden und vor allem sollen Zusammenhänge zwischen Lebensverhältnissen und Leistungen für Kinder und Familien aufgezeigt und in ihrer Bedeutung für ein „Aufwachsen in öffentli-

¹³⁹ Art. 1 Satz 2: „Der Staat hat die Aufgabe, die persönliche Freiheit und Selbständigkeit der Menschen zu schützen sowie das Wohlergehen des einzelnen und der innerstaatlichen Gemeinschaften durch die Verwirklichung des Gemeinwohls zu fördern“. Art. 17 Satz 1: „Alle sind vor dem Gesetz gleich.“ (Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. 05. 1947 i. d. Fassung vom 30. 11. 1982).

cher Verantwortung“ bewertet werden. Im Folgenden wird versucht, auf Grundlage der im vorhergehenden Kapitel erläuterten Konzeption des Child Well-being die Komplexität der Verhältnisse und

bedeutsame Zusammenhänge für das Leben und Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Regionen des Landes Rheinland-Pfalz angemessen abzubilden und zu erklären.

5.1 Die Regionen des Landes im Vergleich

Für einen vergleichenden Blick auf die Eigenarten und Unterschiedlichkeiten der Regionen des Landes werden zuerst in einer Tabelle die zusammenfassenden Indexwerte jeweils für die im vorhergehenden Kapitel theoretisch begründeten und empirisch fundierten Dimensionen des Child Well-being – Lebensbedingungen, Wohlfahrt, Handlungsräume – sowie der Gesamtindex Child Well-being vorgestellt. Auch die Zusammensetzung der Indexwerte und die Herkunft der verwendeten Rohdaten sind hier eingehend erläutert. Die Werte sind in sog. Standardpunktzahlen ausgedrückt, die eine Zusammenführung unterschiedlicher Wertebereiche ermöglichen und damit erst für diesen Vergleich nutzbar sind (vgl. dazu ausführlich Kapitel 4.2.2.).

Anschließend werden die Befunde einer Gruppenbildung von Regionen mit ähnlichen Bedingungen und Verhältnissen in einer Karte präsentiert. Funktion dieser Gruppenbildung ist es, für die weiteren Vergleiche der Regionen nur solche Regionen einzubeziehen, die insgesamt für diese Dimension größere Ähnlichkeit aufweisen und sich deutlicher von den anderen Regionen unterscheiden. Kriterium für die Gruppenbildung ist ein deutlich größerer Abstand in der Rangfolge der Indexwerte; wie in den Tabellen kenntlich gemacht durch jeweils andere Farben (zur Begründung siehe auch Kapitel 4.2.1). In einer entsprechend eingefärbten Karte des Landes wird nochmals die Gruppenzugehörigkeit der Regionen deutlich gemacht.

In einem dritten Analyseschritt werden jeweils zwei Dimensionen des Child Well-being miteinander verglichen. In einer Vier-Felder-Matrix werden dazu die Abweichungen der Regionen vom Landesdurchschnitt angeführt. Die Abweichungen vom Landesdurchschnitt können nicht einfach als „gut“

oder „schlecht“ interpretiert werden, sondern zeigen die Positionen der Regionen für die abgebildeten Dimensionen. Sie bieten damit Hinweise für Nachfrage und Erklärung, um Begründungen für den Status Quo oder Entwicklungspotentiale herauszuarbeiten, können Anlass sein für die Erklärung regionaler Besonderheiten, Stärken und Schwachpunkte sowie Ausgangspunkte und Orientierung für Weiterentwicklung und Veränderung. Eine vergleichbare Aufbereitung kommunaler Daten ist für die Arbeit in sog. Vergleichsringen ein in der kommunalen Familie inzwischen über gut zehn Jahre entwickeltes und eingeführtes Verfahren.¹⁴⁰

Auftrag dieses ersten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz ist es, einen Vergleich verfügbarer Infrastruktur für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit gezielten Leistungen für einzelne junge Menschen (Interventionen) zu erarbeiten. Hierzu wird in einem vierten Schritt für alle Regionen ein zusammenfassender Indikator für solche Interventionsleistungen vorgestellt und mit dem Indexwert für das Child Well-being in Beziehung gesetzt.

5.1.1 Lebensbedingungen

Der Indexwert für die Dimension Lebensbedingungen setzt sich zusammen aus vier Indikatoren, die nach ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gewichtet wurden:

- Demografie (mal 2),
- Materielle Lage (mal 3),
- Wohnumfeld (mal 1),
- Migration (mal 1).

¹⁴⁰ www.kgst.de/dotAsset/1088223.pdf

Kriterien für die vorgenommene Gewichtung sind nicht „objektiv“ zwingend, sondern sind aus theoretisch begründeten Einschätzungen zur Bedeutung der in den verfügbaren Daten abgebildeten Aspekte der Dimension Lebensbedingungen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen gewonnen worden. So wird den Aspekten der materiellen Lage die höchste Bedeutung zugemessen, auch demografische Faktoren sind noch bedeutsam, die Aspekte des Wohnumfelds und vor allem der Faktor Migration in diesem Kontext zwar erwähnenswert, aber im Vergleich zu den anderen Aspekten doch weniger gewichtig. Diese Gewichtung ist eine Einschätzung der Bedeutung auf Basis der konkret verfügbaren Daten (siehe

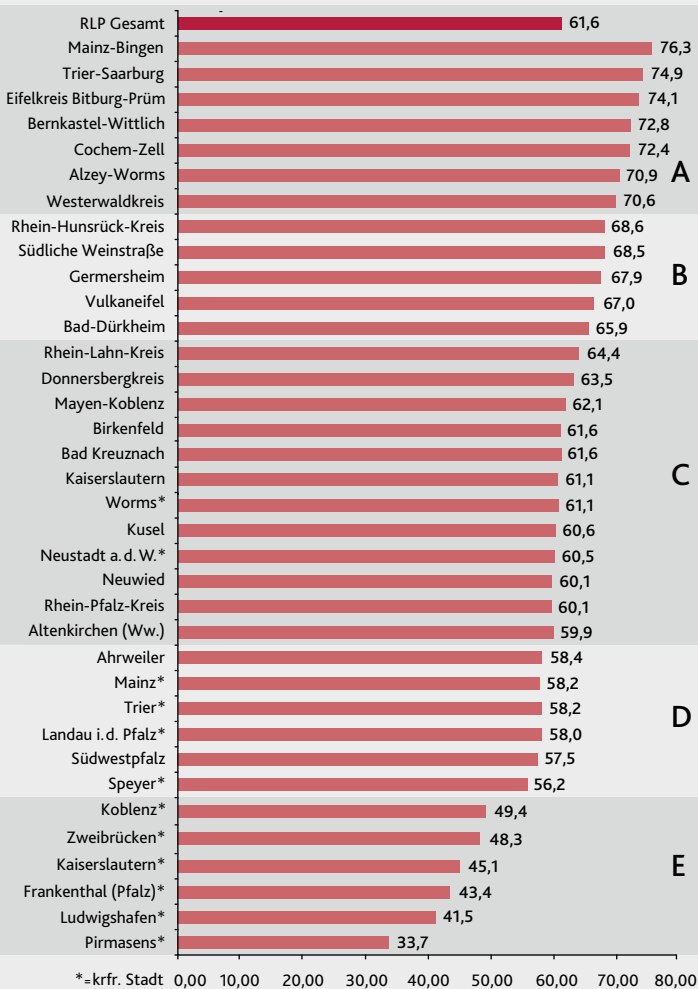
ausführlich Kap. 4.2 bis 4.4), nicht der prinzipiellen Bedeutung dieser Aspekte (siehe Abb. 143).

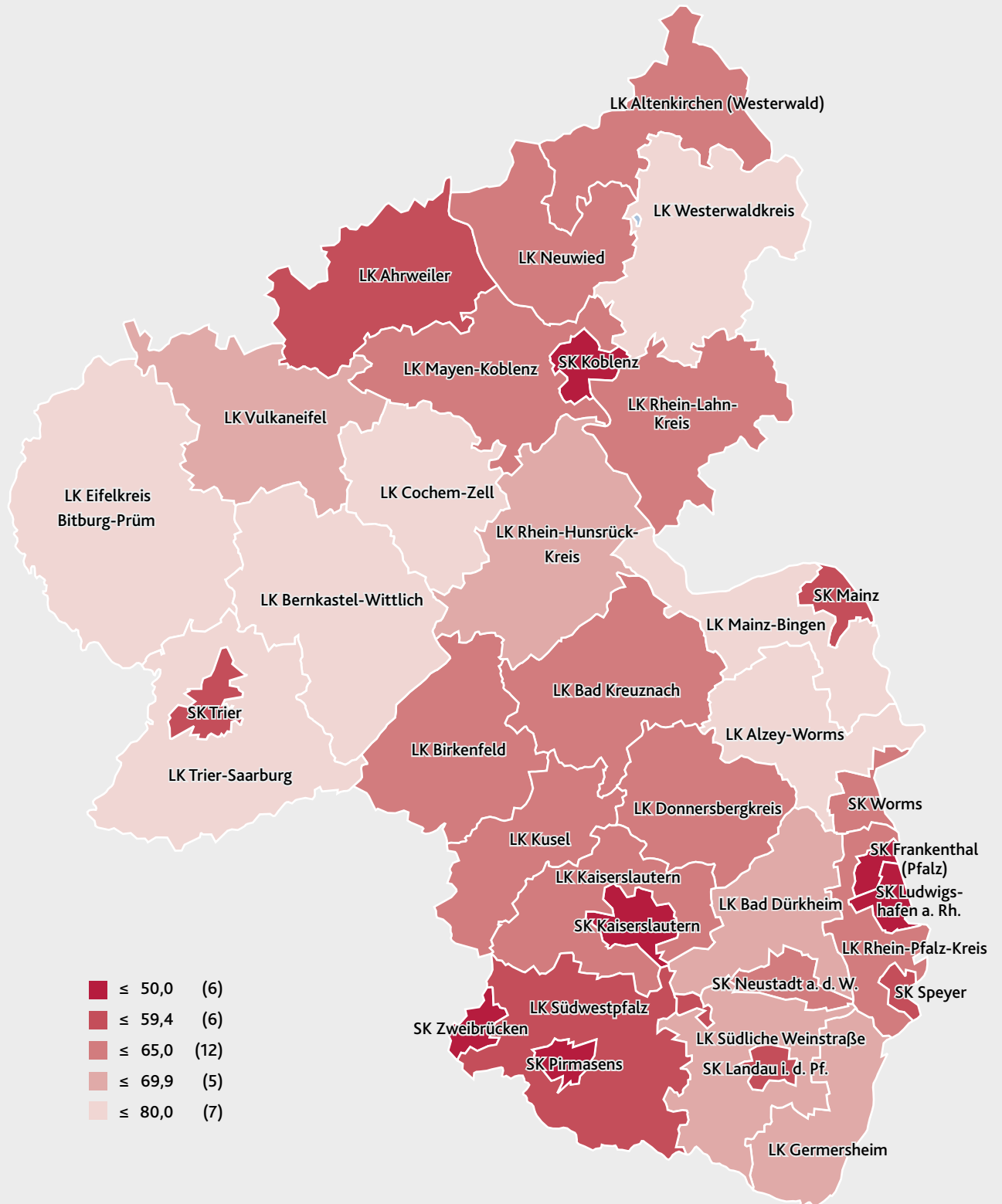
In der **Gruppe A** (76,3 bis 70,6) finden sich ausschließlich Landkreise. Hier sind die Lebensbedingungen überwiegend durch hohe Kinderzahlen, geringen Bevölkerungsrückgang und eine gute materielle Situation geprägt. Selbiges gilt für die **Gruppe B** (68,6 bis 65,9) jedoch etwas geringer ausgeprägt. In **Gruppe C** (64,4 bis 59,9) sind einige Städte, wie Neustadt a. d. Weinstraße und Worms, aber überwiegend Landkreise enthalten. Hier sind die Werte der Indices nahe dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (siehe Abb. 144)

In **Gruppe D** und **E** befinden sich die übrigen Städte und lediglich die Kreise Ahrweiler und Südwestpfalz. Im Vergleich mit den vorgenannten Gruppen wird ein typisches „Stadt-Land-Gefälle“ erkennbar: Die Städte sind durch mehr Fluktuation der Bevölkerung, niedrigere Kinderzahlen und eine deutlich größere Spannbreite zwischen materiellen Ressourcen und Belastungen gekennzeichnet.

Abb. 143: Index Lebensbedingungen

I





Quelle: Kartenmaterial GfK GeoMarketing

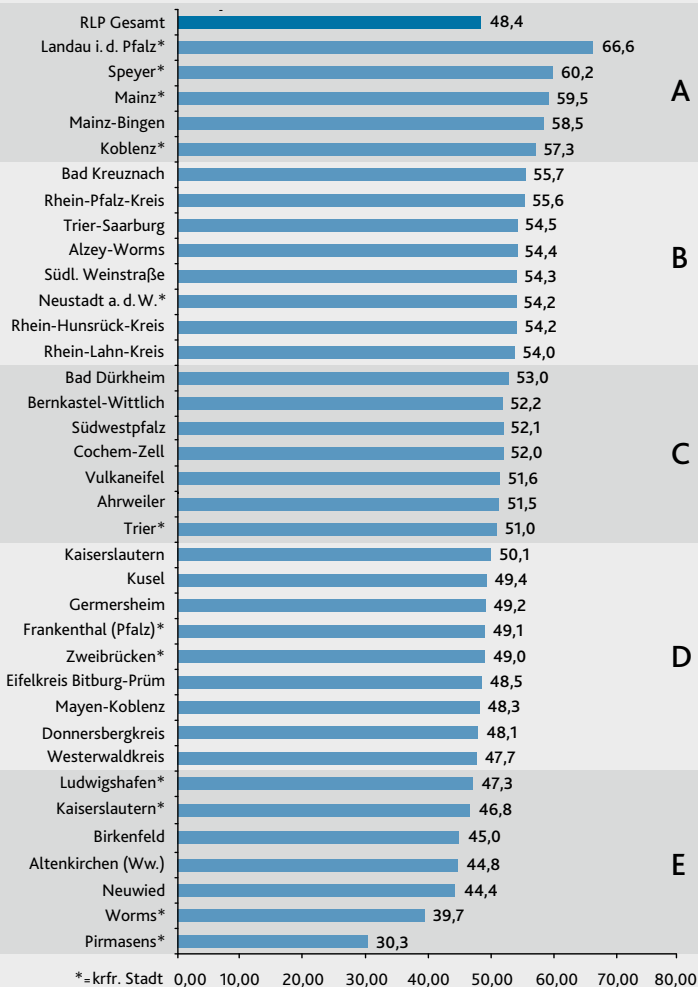
5.1.2 Wohlfahrt

Der Index Wohlfahrt fasst sowohl Angaben über Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien als auch Kennzahlen zu wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Erziehung und Betreuung zusammen. Im Einzelnen sind dies folgende Indikatoren, wiederum mit einer unterschiedlichen Gewichtung, begründet durch die Bedeutung der verfügbaren Daten (s. o.) für den Gesamtwert:

- Elterngeld (mal 1),
- Partizipation (mal 1),
- Gesundheit (mal 2),
- Verhalten und Risiken (mal 2),
- Bildung, Betreuung und Erziehung (mal 3).

Abb. 145: Index Wohlfahrt

II



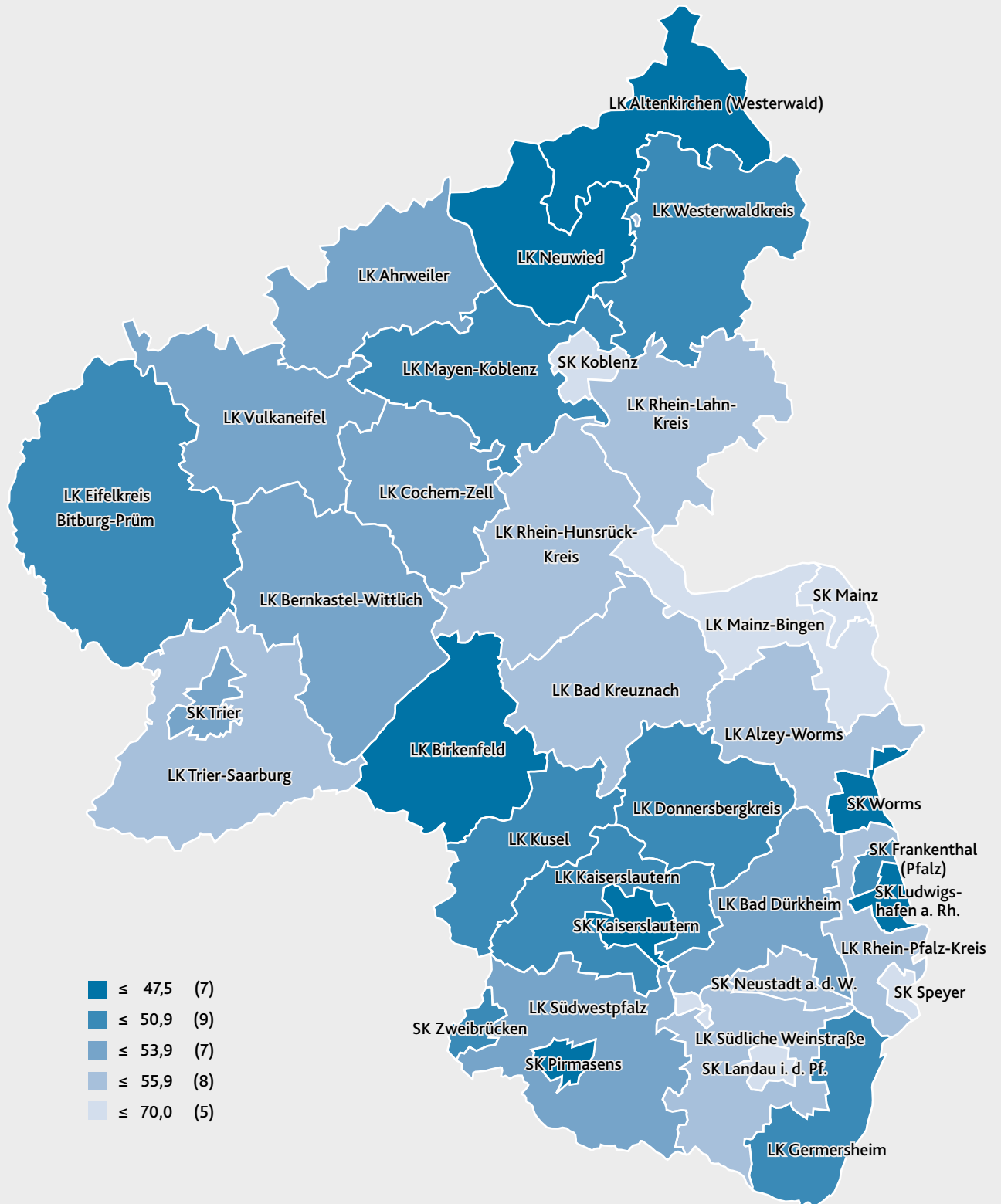
Im Vergleich zu dem vorangegangenen Index Lebensbedingungen lässt sich hier eine Verschiebung – bzw. z. T. eine Umkehr – der Gruppenzugehörigkeit von Landkreisen und kreisfreien Städten feststellen.

In **Gruppe A** – die Gruppe mit den höchsten Merkmalsausprägungen – finden sich nahezu ausschließlich Städte. Lediglich Mainz-Bingen ist in dieser Gruppe als Landkreis vertreten. Hier sind die ausgewählten Indikatoren, verstanden als Beitrag zu Verwirklichungschancen junger Menschen, überdurchschnittlich gut.

Deutlich wird darüber hinaus die große Spannweite zwischen den Städten, die in Bezug auf den Index Wohlfahrt nicht mit dem schon erwähnten „Stadt-Land-Gefälle“ erklärt werden kann. Denn: Ein weiterer Teil der Städte (Ludwigshafen, Kaiserslautern, Worms und Pirmasens) befindet sich in **Gruppe E**, in denen die Indikatoren wie z. B. Gesundheit, Bildung, Erziehung und Betreuung deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt liegen.

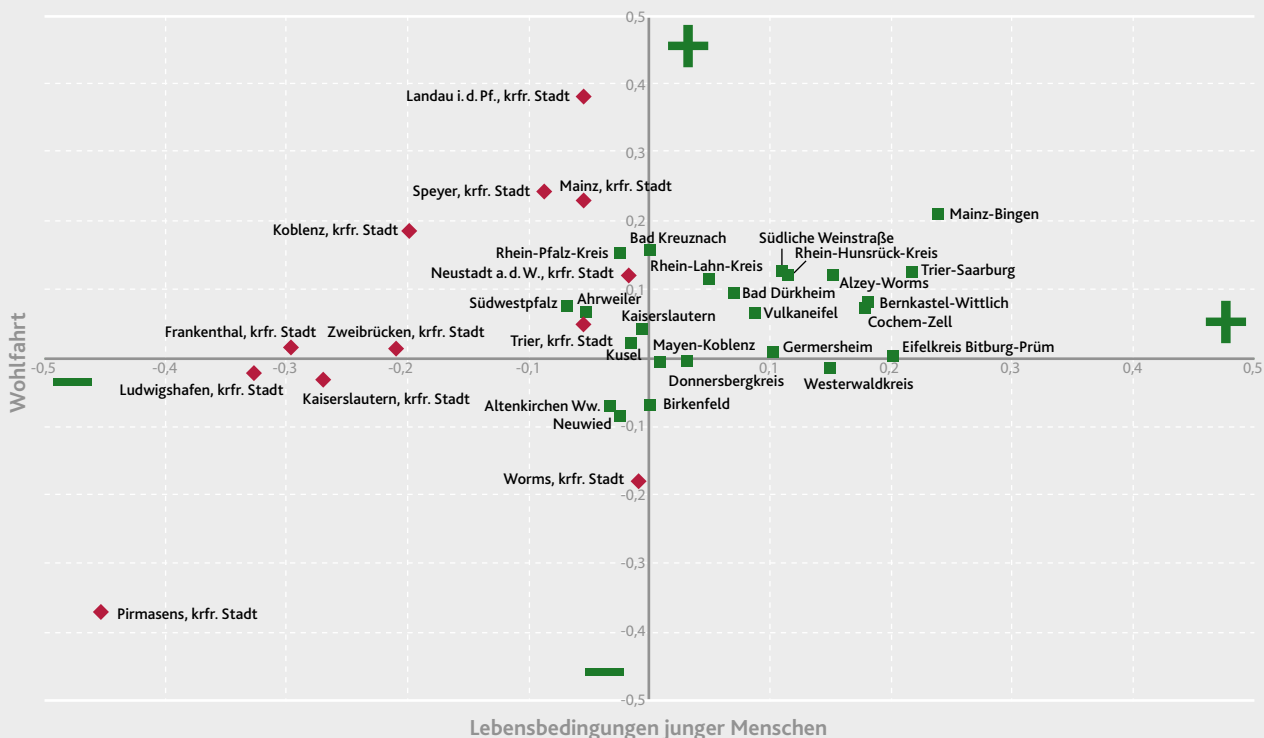
Damit ist erkennbar, dass sich die Landkreise und Städte des Landes nicht insgesamt zwei Gruppen zuordnen lassen, sondern sich bereits innerhalb dieser beiden Gruppen erhebliche Unterschiede im Umfang und, soweit in diesen Daten erkennbar, in der Qualität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zeigen.

Im Folgenden sollen daher die beiden bisher vorgestellten Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrt im Zusammenhang dargestellt werden. Dazu werden die jeweiligen Ausprägungen der 36 Regionen hier in ihrer prozentualen Abweichung vom Landesdurchschnitt dargestellt und untersucht. Die Mittellinien der x- und y-Achse markieren jeweils den Durchschnitt für das Land Rheinland-Pfalz. Die Position der einzelnen Städte und Landkreise in der dadurch entstehenden Vierfelder-Matrix zeigt ihre relativen Abweichungen und lässt so zu, mögliche Zusammenhänge dieser beiden Dimensionen bildlich zu erfassen (siehe Abb. 147).



Quelle: Kartenmaterial GfK GeoMarketing

Abb. 147: Indexwertevergleich: Lebensbedingungen junger Menschen – Wohlfahrt



Zunächst wird deutlich, dass sich auf der linken Seite des Diagramms – der Bereich unterdurchschnittlicher Lebensbedingungen – überwiegend kreisfreie Städte finden, während sich auf der rechten Seite – überdurchschnittliche Lebensbedingungen – in der Mehrheit die Landkreise positionieren. Für die Dimension Lebensbedingungen verweist dieses Stadt-Land-Gefälle nicht auf grundsätzlich schlechtere Lebensbedingungen in den Städten. Vielmehr ist dies einerseits mit der größeren Spannweite städtischer Lebensbedingungen und andererseits mit der Anziehungskraft städtischer Lebensräume für Menschen mit weniger Ressourcen und mehr Belastungen zu erklären (vgl. dazu ausführlich Baum 2007).

Während bei einem großen Teil der kreisfreien Städte und Landkreise der Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen und überdurchschnittlicher Wohlfahrt (Diagrammfeld: links oben) oder überdurchschnittlichen Lebensbedingungen und unter-

durchschnittlicher Wohlfahrt (Diagrammfeld: rechts unten) deutlich erkennbar ist, zeigt sich für den anderen Teil der Gebietskörperschaften ein verändertes, weniger plausibles Bild: Im Diagrammfeld rechts oben befinden sich diejenigen Gebietskörperschaften, die sowohl überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Lebensbedingungen als auch auf die Wohlfahrtsdimension zeigen. Hier fällt vor allem Mainz-Bingen auf: Der Landkreis liegt in beiden Dimensionen mit 20 % über dem Durchschnitt.

Die geringste Anzahl an Gebietskörperschaften befindet sich im linken unteren Feld: Hier sind die Indexwerte beider Dimensionen im Vergleich zum Land unterdurchschnittlich. Deutlich unterdurchschnittliche Werte zeigt hier insbesondere Pirmasens: Die kreisfreie Stadt liegt um 40 % unter dem Durchschnitt.

5.1.3 Handlungsräume

Die dritte Dimension Handlungsräume junger Menschen soll abbilden, welche Potentiale und Möglichkeiten eine Region bieten kann, damit Kinder und Jugendliche ihre Lebenschancen verwirklichen können. Es geht also nicht um die subjektive Bewertung, sondern um die objektivierbaren Voraussetzungen für positive Entwicklung und Wohlbefinden junger Menschen. Wie in Kapitel 4.2 beschrieben, enthält der Gesamtindex Handlungsräume fünf Indikatoren gleicher Gewichtung:

- Aktivitäten,
- Beziehungen zu den Eltern,
- Verschlussteilhabechancen,
- Gesundheit/Stress,
- Sicherheit in Kita und Schule.

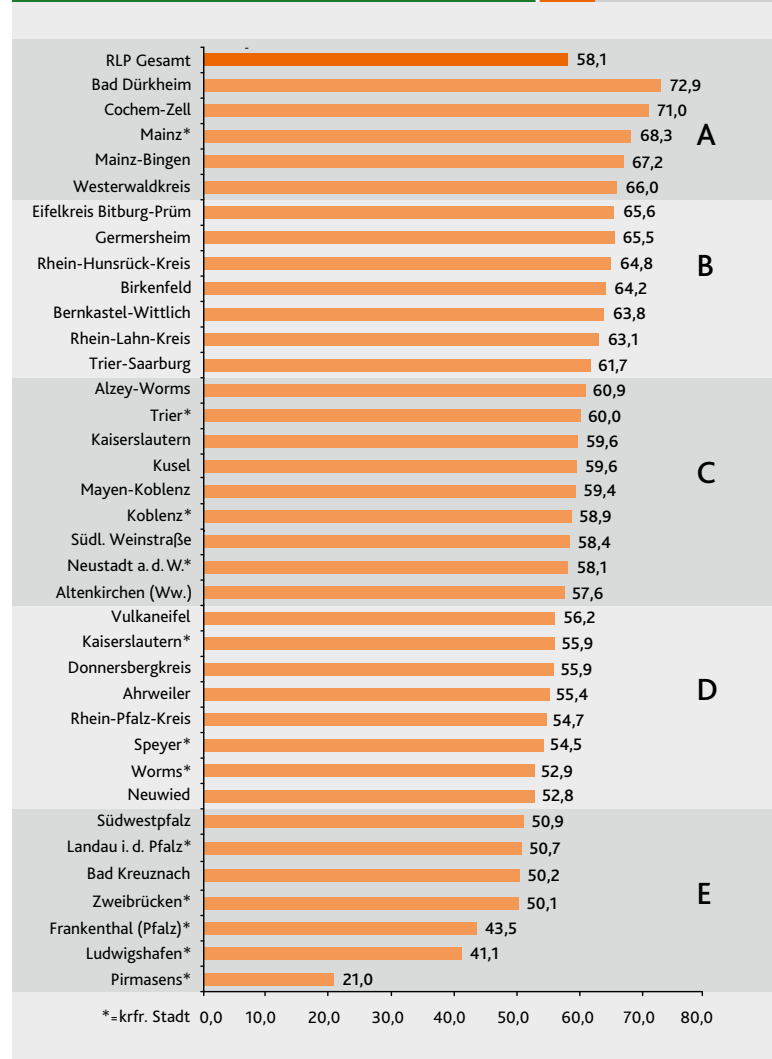
Wie in Abb. 148 und auf der Karte in Abb. 149 erkennbar, sind auch in Bezug auf diesen Index die Städte und Landkreise deutlich durchmischt und zeigen erhebliche Unterschiede.

In **Gruppe A** sind allerdings überwiegend Kreise vertreten – Mainz ist hier die einzige kreisfreie Stadt. Diese Gruppe ist durch überdurchschnittliche Werte gekennzeichnet. Nahe dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt befinden sich die Städte Neustadt und Koblenz wie auch die Landkreise Altenkirchen und Südliche Weinstraße.

Unterdurchschnittliche Werte sind insbesondere in **Gruppe E** erkennbar: Dies betrifft vor allem die Städte Pirmasens, Ludwigshafen und Frankenthal. Auffallend sind in Bezug auf **Gruppe E** die weitgehend mit dem Index Lebensbedingungen vergleichbaren Gruppenzugehörigkeiten. Dieser Zusammenhang gibt erste Hinweise auf Beziehungen zwischen belastenden Lebenssituationen – wie mangelnden finanziellen Ressourcen, einem großen Integrationsbedarf und hoher Fluktuation – sowie einem erhöhten Aufkommen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, verminderten Bildungschancen und hoher familialer Belastung.

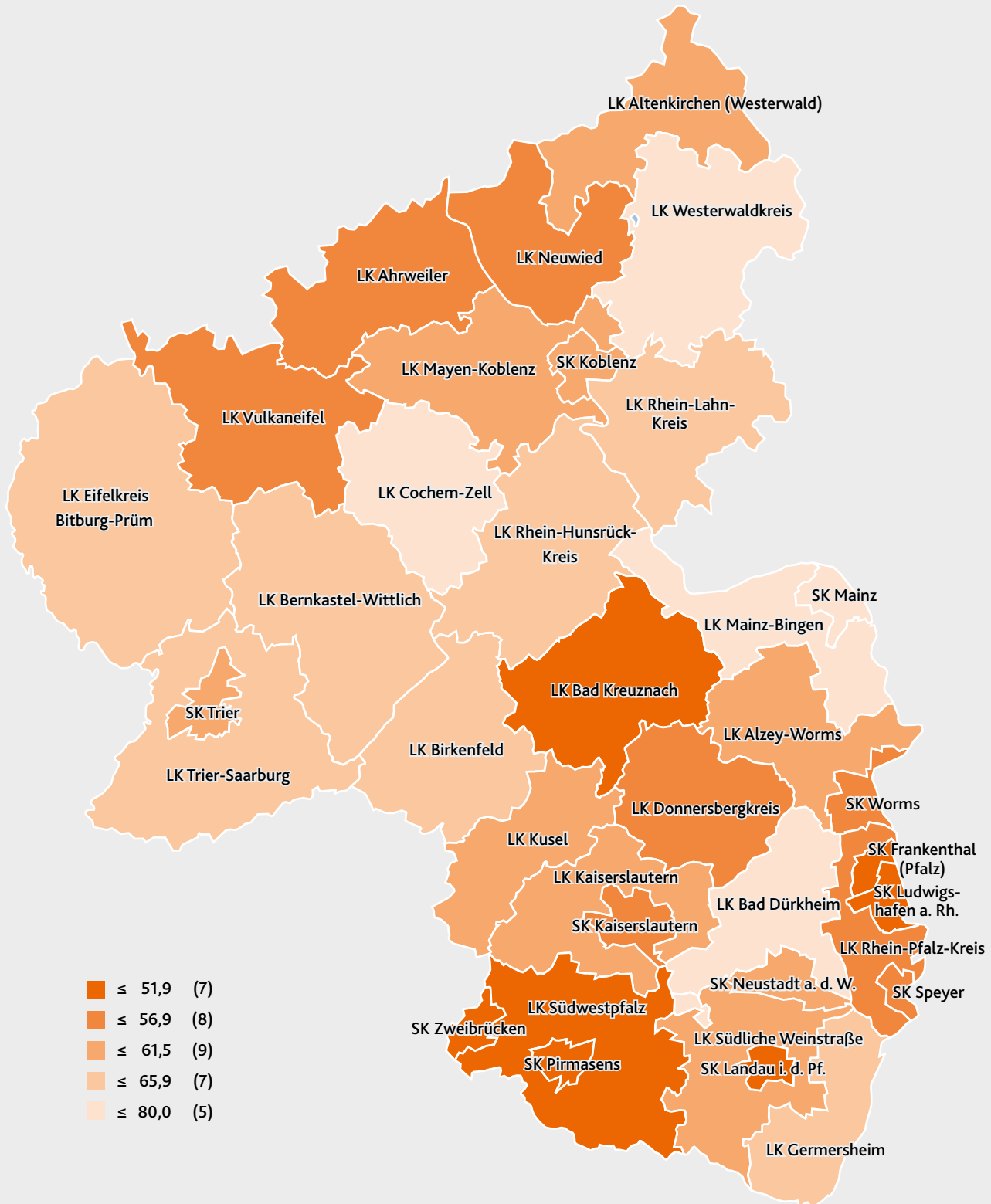
Abb. 148: Index Handlungsräume

III



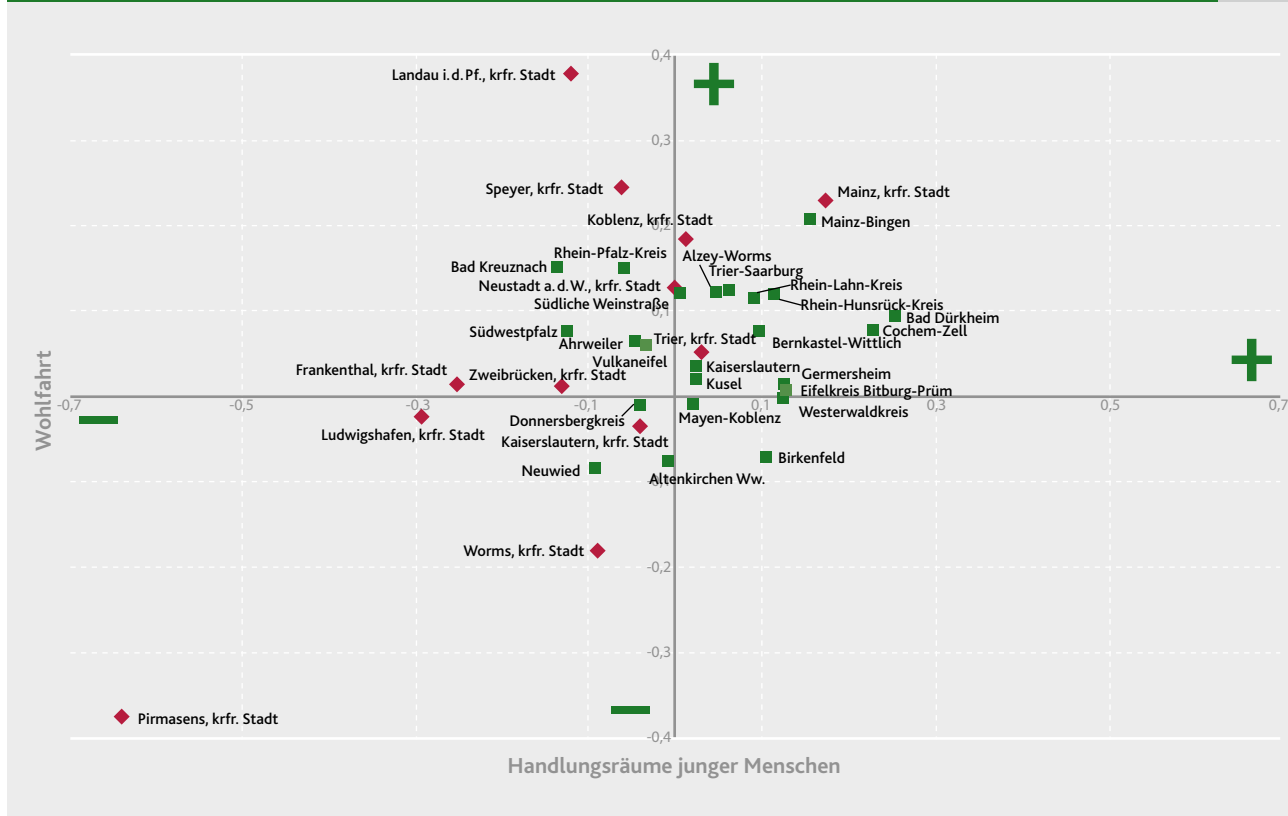
Der nachfolgende Vergleich der Indexwerte Wohlfahrt und Handlungsräume junger Menschen zeigt: Wenn die Dimension Wohlfahrt über dem Landesdurchschnitt liegt, sind auch die Handlungsräume junger Menschen überdurchschnittlich. Dies ist für die Mehrheit der Gebietskörperschaften, die sich im rechten oberen Feld befinden, zutreffend (siehe Abb. 150).

Abb. 149: Index Handlungsräume



Quelle: Kartenmaterial GfK GeoMarketing

Abb. 150: Indexwertevergleich: Wohlfahrt – Handlungsräume



Deutlich wird an dieser Stelle erneut die unterdurchschnittliche Lage der kreisfreien Stadt Pirmasens. Hier sind sowohl wohlfahrtsstaatliche Angebote und Leistungen um ein Drittel (37 %) niedriger als im Landesvergleich, und ebenso liegt der Wert Handlungsräume junger Menschen um fast zwei Drittel unter dem Landesdurchschnitt (64 %).

Bemerkenswert sind die Gebietskörperschaften, die sich im oberen rechten bzw. unteren linken Feld verorten: Bei überdurchschnittlicher Wohlfahrt zeigen sich unterdurchschnittliche Handlungsräume junger Menschen (bspw. Bad Kreuznach) bzw. bei unterdurchschnittlicher Wohlfahrt überdurchschnittliche Handlungsräume (bspw. Birkenfeld).

5.1.4 Der Gesamtindex Child Well-being

Der Gesamtindex Child Well-being wird aus einer Addition der vorangegangenen drei Indexwerte errechnet.

Auch hier bilden sich die beiden aus den vorhergehenden Indexwerten bekannten Phänomene ab: Einerseits zeigt sich ein breites Mittelfeld eng beieinander liegender Regionen, andererseits erstaunt die erhebliche Spannweite zwischen den höchsten und niedrigsten Ausprägungen – in Pirmasens sind die Chancen für Wohlbefinden und gesundes Aufwachsen von Kindern, soweit mit den verfügbaren Daten zu erfassen, nicht einmal halb so gut wie in Mainz-Bingen.

Auch in der Zusammenfassung ähnlicher Regionen in Gruppen zeigt sich ein breites Mittelfeld mit einem eng beieinander liegenden Wertebereich, von 57,6 bis 53,5, der in die **Gruppen C**

und D eingeteilt ist. Die **Gruppe D** – bestehend aus Bad Kreuznach, Donnersbergkreis, Ahrweiler, Altenkirchen und Südwestpfalz sowie der kreisfreien Stadt Koblenz – liegt nur leicht unterhalb des rheinland-pfälzischen Wertes. Deutlichere Abweichungen gibt es vor allem in **Gruppe A** – Mainz-Bingen erreicht beispielsweise einen Wert von 67,3 – und in **Gruppe E** – Pirmasens liegt mit einem Wert von 28,3 um knapp 50 % unter dem Landesdurchschnitt. Darüber hinaus ist die Spannweite zwischen der Stadt und dem Kreis mit knapp 140 % sehr hoch.

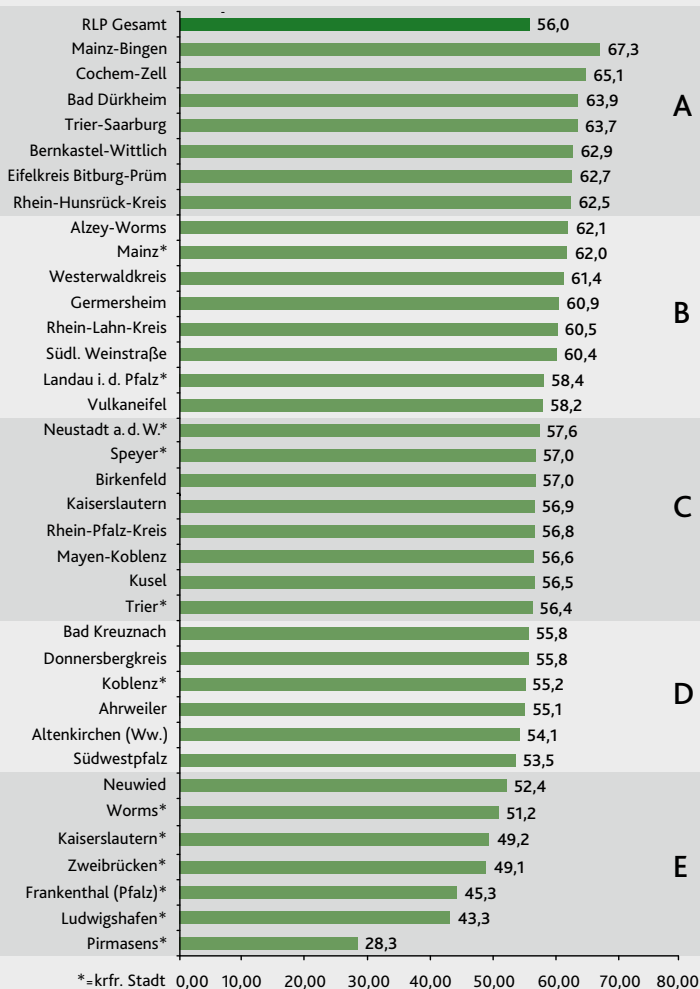
Auch hier fallen in Bezug auf den Gesamtindex Child Well-being die Unterschiede zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten auf: Während in **Gruppe A** ausschließlich Landkreise vertreten sind, sind in **Gruppe E** – bis auf den Kreis Neuwied – Städte enthalten (siehe Abb. 152). Dies sind insbesondere Städte, die im Bereich Wohlfahrt bereits unterdurchschnittliche Werte aufwiesen.

Im folgenden Vergleich wird nun der Gesamtindex Child Well-being mit der Dimension Lebensbedingungen verglichen. Als plausibel kann angenommen werden: Je höher die Punktzahl im Gesamtindex, desto überdurchschnittlicher sind die Lebensbedingungen in der Gebietskörperschaft und umgekehrt (siehe Abb. 153).

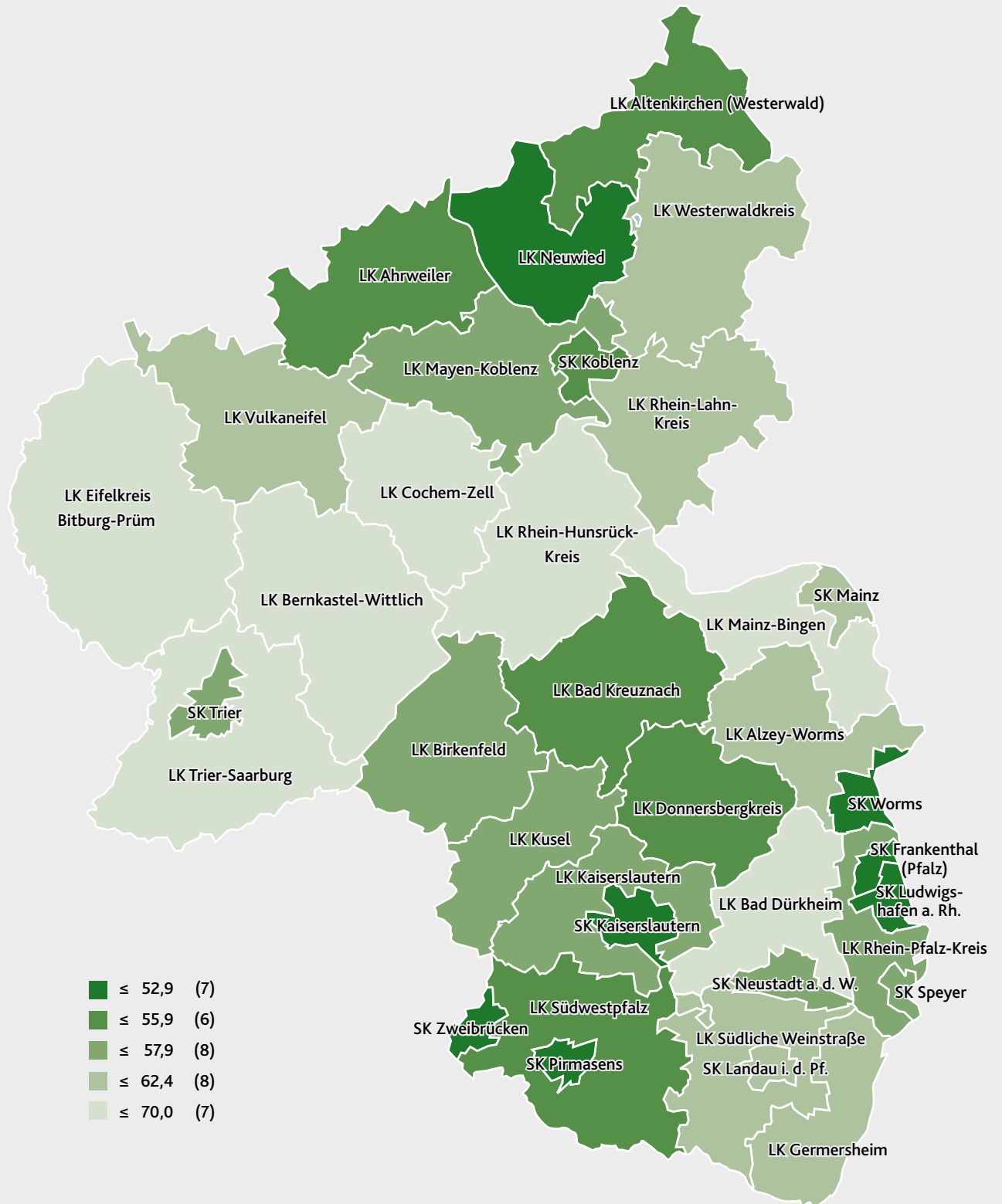
Deutlich ist auch hier wieder ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten. So liegt eine Vielzahl der Landkreise im rechten oberen Viertel, wohingegen sich die kreisfreien Städte hauptsächlich im linken unteren Viertel befinden. Bemerkenswert sind allerdings auch die Städte Koblenz, Mainz, Landau und Speyer. Trotz unterdurchschnittlicher Lebensbedingungen zeigen die Städte einen durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Child-Well-being-Index. Dies ist insbesondere auf die in diesen Regionen überdurchschnittlichen Werte im Bereich Wohlfahrt zurückzuführen. Im rechten unteren Feld befindet sich in diesem Vergleich keine der Gebietskörperschaften.¹⁴¹ Das heißt, keine Region hat einen unterdurchschnittlichen Child-Well-being-Index bei überdurchschnittlichen Lebensbedingungen (siehe Abb. 153).

Abb. 151: Index Child Well-being

IV

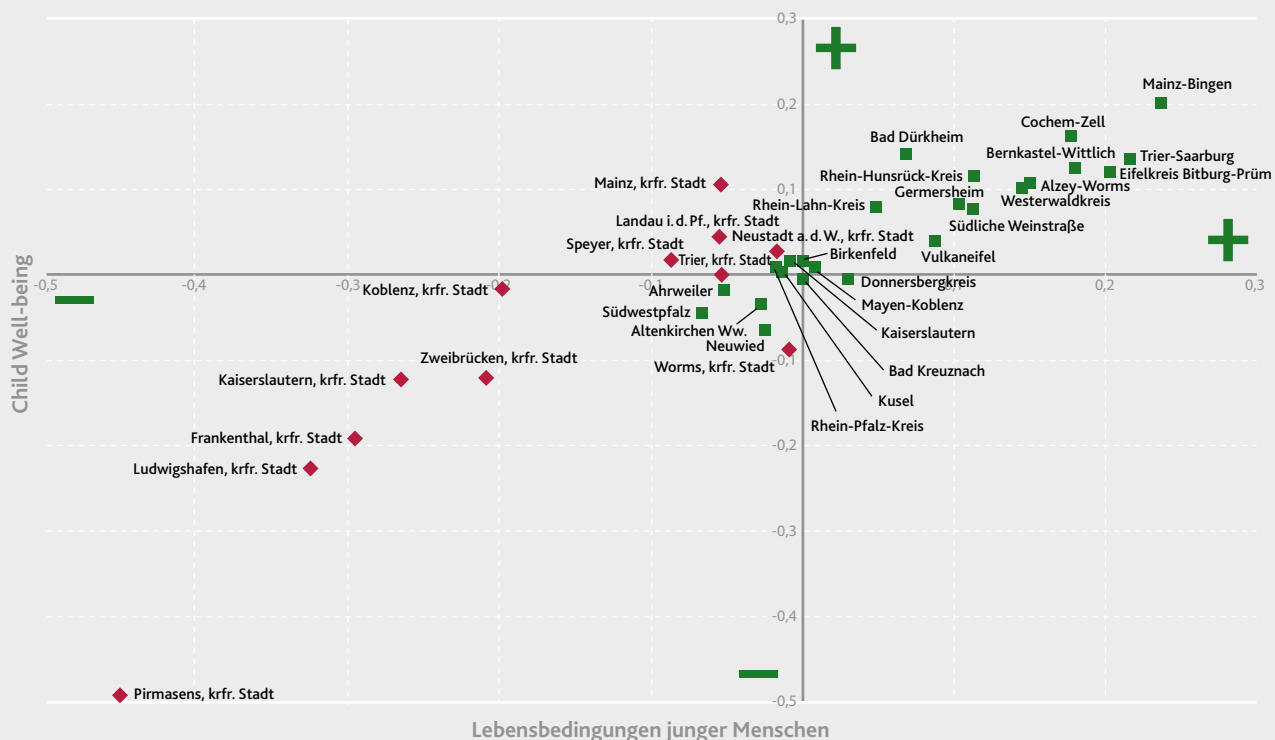


¹⁴¹ In diesem Feld befinden sich lediglich aus Darstellungsgründen und zur besseren Lesbarkeit die Namen der Landkreise, die nahe dem Durchschnittswert angesiedelt sind.



Quelle: Kartenmaterial GfK GeoMarketing

Abb. 153: Indexwertevergleich: Lebensbedingungen junger Menschen – Child Well-being



5.1.5 Interventionsleistungen und Infrastruktur

Interventionsleistungen werden hier verstanden als eine Summe der Aufgaben, in denen der Staat aktiv Verantwortung für einzelne Kinder und Jugendliche übernehmen muss, um für ihre Rechte und Bedürfnisse einzutreten. Das Maß der Verantwortung schwankt zwischen der Unterstützung von Eltern, ihrem Recht und ihrer Pflicht, für das Kind/die Kinder nachzukommen, und Eingriffen in die elterliche Sorge, um Schutz zu gewährleisten. So wurden in den Interventionsleistungen folgende Kennzahlen mit unterschiedlicher Gewichtung wiederum im Standardpunktzahlverfahren zusammengefasst und verdichtet:

- die Hilfen zur Erziehung insgesamt (mal 1),
- die stationären Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) (mal 2),
- die Hilfen durch Pflegepersonen (§ 33) (mal 2) sowie

- die gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge (mal 3) und
- Inobhutnahmen (mal 3).

Die Werte beziehen sich jeweils auf den Anteil pro 1.000 junge Menschen, und die Gewichtungen begründen sich wesentlich aus der Intensität der öffentlichen Intervention, sowohl im Hinblick auf den Eingriff in private Verantwortung als auch im Hinblick auf die dadurch entstehenden Kosten.

Diese Leistungen und z. T. Eingriffe in elterliches Bestimmungsrecht treffen zwar nur auf einen kleinen Teil der in Rheinland-Pfalz lebenden Kinder und Jugendlichen zu, allerdings sind es insgesamt immerhin nahezu 4 % der Jungbevölkerung.¹⁴²

¹⁴² Hier ist die Anzahl doppelter Fälle – z. B. junge Menschen, die im Jahr 2007 mehrere Hilfen/Leistungen in Anspruch genommen haben – nicht berücksichtigt.

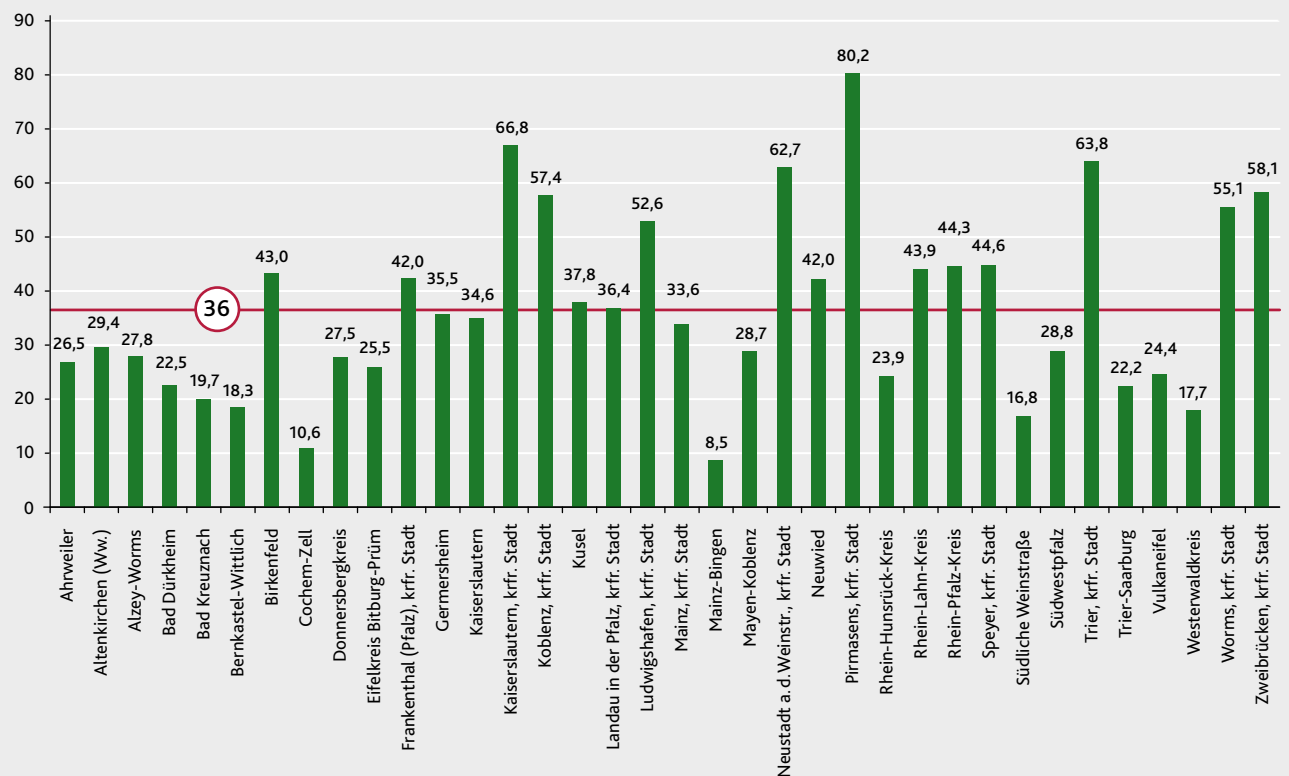
Interventionsleistungen werden hier positiv als ein Maß staatlicher Verantwortungsübernahme verstanden, entweder in Ergänzung oder als Ersatz für die elterliche Erziehungsleistung (siehe Abb. 154).

Wie ein hoher oder niedriger Wert zu interpretieren ist, ist nicht am Datum alleine abzulesen, sondern erschließt sich erst in einem doppelten Vergleich: Zum einen in Verbindung zu den Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrt, zum anderen im Vergleich der Bedingungsgefüge und Leistungsprofile der Kommunen untereinander, da offensichtlich verschiedene Wege und Strategien gewählt und erprobt werden, mit öffentlichen Interventionsleistungen auf Lebensbedingungen einzuwirken. Die Lebensbedingungen in einer Gebietskörperschaft stellen spezifische Anforderungen an wohlfahrtsstaatliche Leistungen, sind jedoch kaum durch diese zu beeinflussen.

Wie deutlich die Lebensbedingungen mit den Interventionsleistungen zusammenhängen, wird im folgenden Vergleich der Indexwerte für Lebensbedingungen und Interventionsleistungen deutlich. Die Gebietskörperschaften im unteren rechten Viertel zeigen überdurchschnittliche Lebensbedingungen und unterdurchschnittliche Interventionsleistungen. Im oberen linken Viertel verhält es sich genau umgekehrt: Hier sind die Interventionsleistungen z.T. deutlich überdurchschnittlich (siehe Abb. 155).

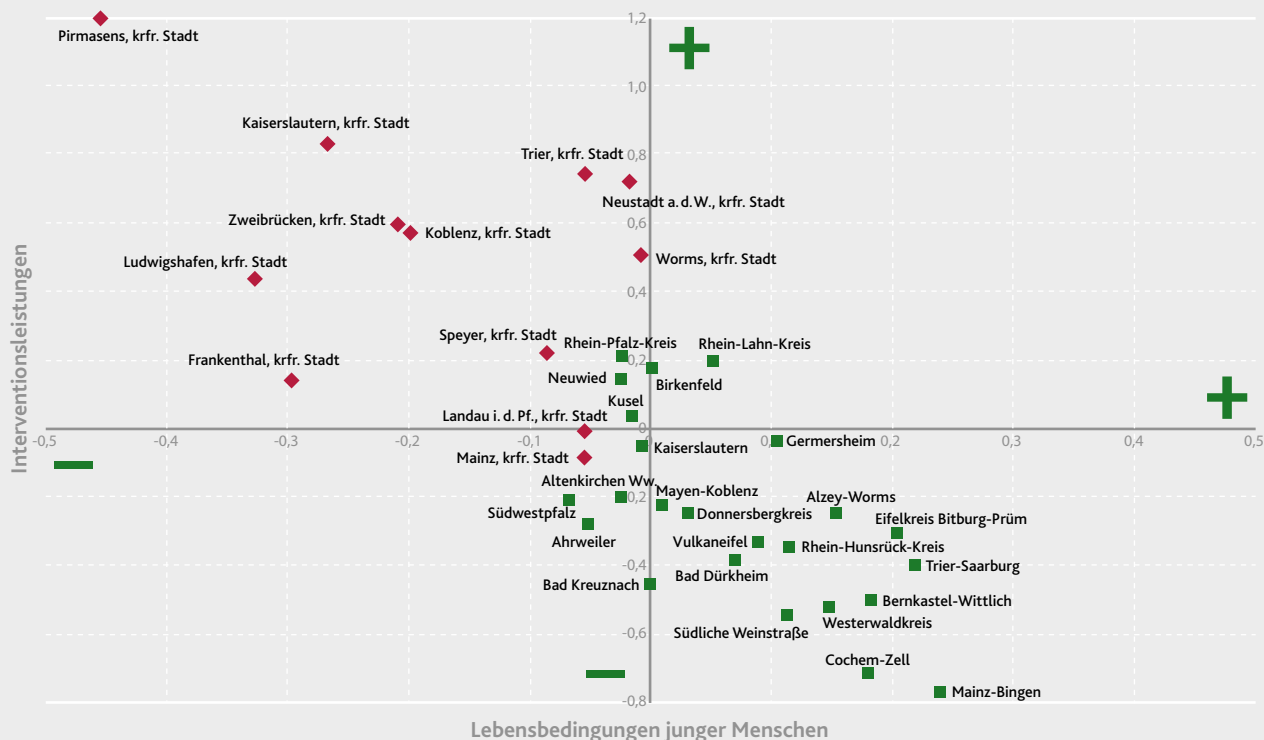
Bemerkenswert sind jedoch vor allem die kreisfreien Städte und Landkreise, die im unteren linken Viertel liegen: Bei unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen zeigen sich ebenfalls unterdurchschnittliche Interventionsleistungen. Dies sind möglicherweise solche Regionen, in denen unterdurchschnittliche Lebensbedingungen durch Indikatoren beeinflusst werden, auf die die Kinder- und Jugendhilfe keinen Einfluss hat.

Abb. 154: Interventionsleistungen



Quelle: ISM – Eigenauskünfte der Jugendämter und eigene Berechnungen.

Abb. 155: Indexwertevergleich: Lebenssituationen junger Menschen – Interventionsleistungen



5.2 Erste Befunde einer regional differenzierenden Berichterstattung zu Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen

Insgesamt macht die hier vorgestellte Zusammenfassung und Zusammenschau wichtiger Aspekte für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Regionen des Landes Rheinland-Pfalz mindestens deutlich:

- (1) Die Regionen des Landes haben ein erkennbar eigenständiges Profil ihrer Bedingungen, Prägnanzen und Potentiale für Kinder, Jugendliche und Familien. Soweit in ihrer Komplexität und Vielgestaltigkeit trotz über 300 verwendeter Daten überhaupt empirisch erfassbar, bieten die Regionen des Landes der weitaus größten Zahl von Kindern und Jugendlichen im Land in vielen Bereichen positive und förderliche Bedingungen und Chancen für ein gelingendes Aufwachsen.
- (2) Die Regionen des Landes Rheinland-Pfalz zeigen aber nicht nur eigenständige Potentiale in den Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen, deutlich wird auch eine erhebliche Ungleichheit der Lebenschancen junger Menschen im Land. Vergleichsweise positive Lebensbedingungen und gute Wohlfahrtsleistungen führen in einigen Regionen zu deutlich überdurchschnittlichen Chancen und in anderen Regionen zu ebenso deutlich schlechteren Möglichkeiten junger Menschen, ihr Recht auf „Wohlergehen“, wie es in Art. 1 der Landesverfassung heißt, oder auf „Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“, wie es in § 1 SGB VIII genannt wird, zu verwirklichen.

- (3) Beunruhigen muss auch der im Vergleich der Indexwerte für Lebensbedingungen und Interventionsleistungen deutlich werdende Zusammenhang, dass einzelne Städte und Landkreise aufgrund belastender Lebensbedingungen junger Menschen dazu genötigt sind, aus einer verpflichtenden Verantwortungsübernahme für einzelne Kinder und Jugendliche heraus umfangreiche Leistungen zu übernehmen, und damit Mittel für eine Verbesserung der Lebensbedingungen kaum noch zur Verfügung haben – ein Teufelskreis?
- (4) Es ist allerdings wichtig, auf die Grenzen dieser Befunde hinzuweisen. Alle Dimensionen, die hier zusammenfassend beschrieben sind und miteinander ins Verhältnis gesetzt werden, können nur bruchstückhaft erfasst werden. Mit den verfügbaren Daten sind nur Teilaspekte der jeweiligen Dimensionen abzubilden gewesen. Dies eröffnet Spielräume, die Befunde anzuzweifeln oder zu relativieren – zu Recht. Eine kritische Auseinandersetzung mit zusammengefassten und in diesem Sinne „zugespitzten“ Analysen ist immer berechtigt und notwendig, obwohl bei der Komprimierung wichtige Differenzierungen verloren gehen. Allerdings ist ohne Verdichtung keine weiterführende Erkenntnis möglich. Trotz aller Einschränkungen der Datenlagen und Grenzen der Analysemethoden können die aufgezeigten Zusammenhänge wichtige Anhaltspunkte für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz liefern.
- (5) Wenn man sich auf eine territoriale Abbildung von sozialen Sachverhalten einlässt, muss man prinzipiell die territoriale Gliederung bis in die kleinsten Gebietseinheiten hinein fortsetzen. Denn es gibt dort, wo durchschnittlich günstige Bedingungen für das Aufwachsen konstatiert werden, auch jeweils kleinere Einheiten, in denen diese Bedingungen schlecht sind; und in anderen lokalen Einheiten können günstige und ungünstige Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen eng beieinander liegen. Dies relativiert territoriale Analysen nicht, denn sie eröffnen vor allem Möglichkeiten der regionalen Planung von Verbesserungen. Dabei können die durchschnittlichen Lebensbedingungen angehoben werden, so dass alle Kinder eines lokalen Raums davon profitieren. Diese Perspektive ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz mit der Zielvorgabe „Kinder und Jugendhilfe soll (...) dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1 Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII) ausdrücklich festgehalten.
- (6) Insgesamt werfen diese Befunde die Frage auf: Welche individuellen sowie regionalen Belastungen und Problemlagen können und müssen durch öffentliche Leistungen aufgegriffen bzw. ausgeglichen werden? Die Verantwortung, sich solchen Fragen zu stellen, kann aber nicht alleine dem Land und der Landespolitik zugewiesen werden. Hier sind insbesondere die kommunalen Gebietskörperschaften als zuständige öffentliche Träger gefragt, die ihnen auch gesetzlich auferlegten Pflichten einer umfassenden Sozial- und Jugendhilfeplanung sachgerecht und verantwortlich zu erfüllen, wie dies auch in den meisten Regionen des Landes geschieht. Die in diesem Bericht zusammengestellten und ausgewerteten Daten können auch für die Aufgaben vor Ort eine Anregung und Unterstützung sein.
- (7) In den Übersichten dieses Kapitels schneidet die Stadt Pirmasens vielfach schlechter ab als alle anderen Städte und Kreise des Landes. Aber auch in Pirmasens wachsen viele Kinder unter guten Umständen auf, insbesondere wenn die Zuwendung ihrer Eltern, ihrer Lehrerinnen und Lehrer, ihrer Erzieherinnen und Erzieher intensiv und pädagogisch angemessen geschieht. Viele Kinder werden gut betreut, haben gute Bildungschancen und die Option des sicheren Aufwachsens. Jugendliche erwerben Bildungsabschlüsse, die mit weitrei-

chenden Chancen verbunden sind. Auch gibt es in der Stadt Pirmasens Bezirke, in denen die Umstände insgesamt deutlich förderlicher für das Aufwachsen sind. Aber im Gesamt der Indikatoren und Dimensionen für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen schneidet die Stadt Pirmasens nicht gut ab, und das mit deutlichem Abstand zum Landesdurchschnitt. Diese Befunde rechtfertigen die Forderung nach gezielten Aktivitäten, beispielsweise zur besonderen Ausstattung der vorschulischen Einrichtungen, der Schulen, der Freizeitstätten usw. Weil eine solche Forderung mit dieser Deutlichkeit kaum für eine andere Region erhoben werden kann, ist die Förderung einer einzelnen Stadt besonders begründet und vor allem auch möglich. Denn selbst wenn die Mittel der Kinder- und Jugendpolitik begrenzt sind, für eine konzentrierte Förderung in einer besonders benachteiligten Region reichen sie allemal aus. Diese Chance, den Kindern und Jugendlichen in Pirmasens bessere Bedingungen zu schaffen, sollte als ein Resultat des vorliegenden Berichts unbedingt genutzt werden.

- (8) Es wird an vielen Stellen in den vorgestellten Analysen sichtbar, dass die Lebensbedingungen und die darauf bezogenen sozialstaatlichen Aktivitäten in den Städten besonders prägnant sind: Hoher und niedriger Bildungserfolg, Reichtum und Armut, eingeschränktes und umfassendes Wohlbefinden liegen eng beieinander und sind gegensätzlicher ausgeprägt als in den Landkreisen. Diese Optionen, Risiken und Möglichkeiten haben die Städte immer schon geboten. Ohne dieses Potential gerade städtischer Lebensräume, ein Zusammenwohnen und -leben auch bei großen Unterschieden zu ermöglichen, gäbe es wesentlich mehr Konflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen. Die Kapazität des städtischen Zusammenlebens, Ungleichheiten und Unterschiede überwiegend konstruktiv „auszuhalten“, hat wesentlich zur Stabilität moderner Gesellschaften beigetragen.
- (9) Ebenso zeigen die Daten, dass die Lebensbedingungen von jungen Menschen und Familien in der Mehrzahl der Landkreise deutlich weniger durch soziostrukturelle Belastungen geprägt sind. Insofern ist plausibel, dass auch die sozialstaatlichen Aktivitäten geringer ausfallen. Anhand der Daten lassen sich also zunächst einmal strukturelle Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen feststellen. Aber auch die Landkreise bilden keine homogene Gruppe und auch innerhalb von Landkreisen gibt es gleichzeitig dünn besiedelte Regionen und urbanisierte Mittelzentren. Die Landkreise entlang der Rheinschiene zeigen andere soziostrukturelle Voraussetzungen als die Regionen in Eifel, Westerwald oder Südpfalz. Trotz aller Unterschiede stehen die meisten Landkreise vor ähnlichen Herausforderungen. Die Anzahl junger Menschen geht hier stärker zurück als in den Städten, mit erheblichen Folgewirkungen für die dünn besiedelten Regionen. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse (z. B. Veränderungen von Familienformen, sozialen Netzen, Berufsbiografien) sind hier ebenso zu finden wie in den Städten und erzeugen ähnliche Herausforderungen für die Gestaltung guter Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen. Da die soziale Infrastruktur hier deutlich geringer ausgebaut ist und Mobilitätsanforderungen im Zugang zu Diensten und Unterstützungsleistungen erhöht sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Hilfe zu erhalten. Da die Geschichte der Sozialen Arbeit vielfach städtisch geprägt ist, fehlen immer noch passgenaue Konzepte für ländliche Regionen.
- (10) Diese Erfahrung, Ungleichheit und Unterschiedlichkeit kulturell, wirtschaftlich und sozial produktiv zu nutzen, wird bei der Diskussion über die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vielfach vergessen. Es werden vielmehr nicht selten „absolute“ Integrationsvorstellungen vertreten, die das Recht und auch das Bedürfnis nach Unterscheidung und Unterschieden sowie dem Festhalten an je

eigenen Traditionen negieren. Dabei ist genau zu differenzieren zwischen den Unterschieden zwischen Individuen und Gruppen und der Ungleichheit bzw. Benachteiligung oder Privilegierung von Individuen und Gruppen. Soziale Unterschiede können ausgeglichen, aber niemals völlig „zum Verschwinden gebracht werden“ – solche Vorstellungen sind ebenso illusionär wie idealistisch. Allerdings ist und bleibt der Abbau von Chancenungleichheit die Aufgabe, auf die sich sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Interventionen konzentrieren müssen, um dem demokratischen Anspruch der Chancengleichheit nahezukommen. Gleichzeitig gilt es immer wieder, den Respekt vor der Verschiedenheit zu kultivieren, weil eben alle Mitglieder der Gesellschaft daran interessiert sind, für ihre je eigene Identität Anerkennung zu finden.

- (11) Die große Herausforderung angesichts der aufgezeigten Unterschiede der Lebensbedingungen und Entwicklungschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz heißt daher auch hier, Ungleichheit abzubauen und Differenz demokratisch zu kultivieren.

DRITTER BLICK

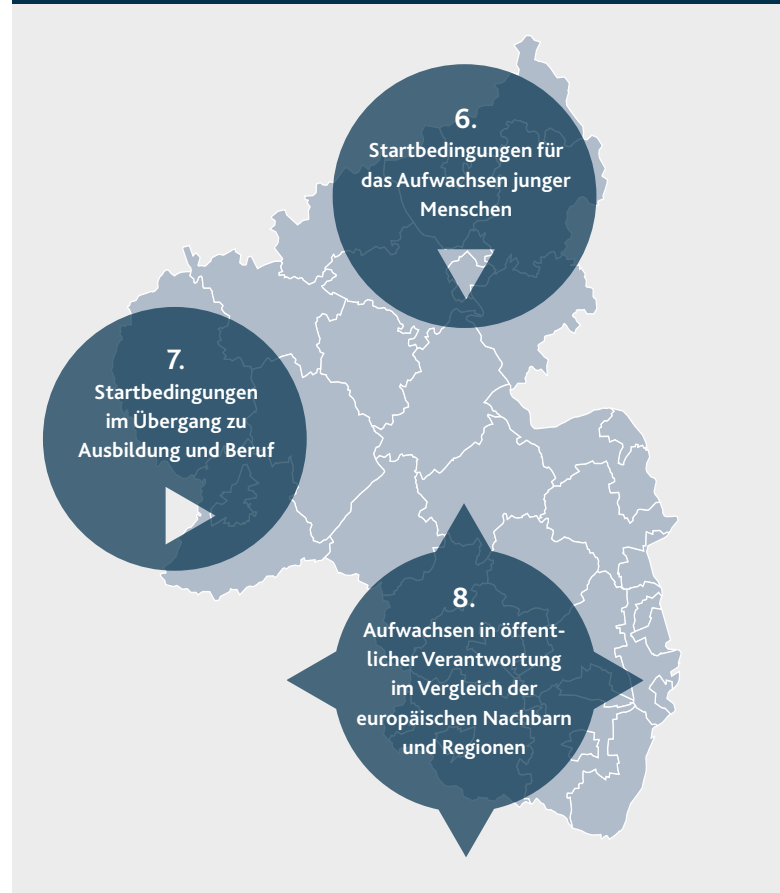
VERTIEFUNGEN

Der „dritte Blick“ vertieft ausgewählte Aspekte der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen. Zunächst wird die Altersgruppe der 0- bis unter 6-Jährigen (Kapitel 6), daran anschließend werden Jugendliche und junge Erwachsene (Kapitel 7) vertiefend betrachtet. Die erste Altersgruppe wird unter der Leitfrage „Wie sehen die Startbedingungen des Aufwachsens für Kinder aus?“ im Mittelpunkt stehen. Hier sind nicht nur die spezifischen Lebensverhältnisse von Bedeutung, sondern auch die relevanten Leistungen und Angebote in öffentlicher Verantwortung.

Die Leitfrage der zweiten Vertiefung fokussiert – ebenfalls unter Berücksichtigung der relevanten Angebote und Leistungen – die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Berufsleben. In einem Exkurs werden die spezifischen Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen mit Migrationshintergrund untersucht.

In einer dritten Vertiefung (Kapitel 8) wird der Blick über den Zaun – d. h. auf die europäischen Nachbarn und Regionen – gelenkt. Die Grenzlage des Bundeslandes Rheinland-Pfalz ist ein charakteristischer Umstand des Aufwachsens vieler junger Menschen. Zwar sind im Zuge der europäischen Einigung die politischen Grenzen immer durchlässiger und die ökonomischen Verflechtungen immer dichter geworden, doch nach der Bedeutung dieser Prozesse für die Kinder und Jugendlichen wird selten gefragt.

Abb. 156: Vertiefungen



6. WIE KOMMEN KINDER INS LEBEN? STARTBEDINGUNGEN DES AUFWACHSENS IN RHEINLAND-PFALZ

6.1 Frühe Kindheit – eine bedeutsame und sensible Lebensphase

Die frühe Kindheit ist eine Lebensphase, die derzeit eine hohe Aufmerksamkeit genießt, sowohl in der politischen wie Fachöffentlichkeit als auch bei den Eltern. Aus der Perspektive lebenslanger Entwicklungs- und Verwirklichungschancen werden gute Startbedingungen und gerechte Bedingungen des Aufwachsens für alle Kinder, unabhängig von regionaler und sozialer Herkunft, als zentral erachtet.

Dass die ersten Lebensjahre eine wichtige Zeitspanne in der Entwicklung eines Menschen darstellen, ist durchaus keine neue Erkenntnis. Vor allem in der psychologischen Bindungstheorie der 1950er Jahre (J. Bowlby) und der Entwicklungspsychologie (J. Piaget) ist diese Phase hervorgehoben worden. Neu ist derzeit allerdings, dass für die Bereitstellung geeigneter Entwicklungs- und Bildungsbedingungen nicht in erster Linie die Familie als erste und alleinige Instanz und als Garant für deren Realisierung angesehen wird. Spätestens seit dem 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2002) wurde dem „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ der Makel genommen – was keinesfalls eine Ersetzung der Familien bedeutet, sondern vielmehr eine sinnvolle Ergänzung und verantwortungsvolle Unterstützung, die mehr ist als die steuerliche Freistellung des Existenzminimums.

Elternschaft im 21. Jahrhundert wird als schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe wahrgenommen, die junge Eltern nicht mehr generell allein meistern. Das Aufwachsen in komplexen, wissensorientierten Gesellschaften unter den Bedingungen familialen, sozialen und ökonomischen Wandels wird als ein lang andauernder und voraussetzungsvoller Prozess bezeichnet. Staatliche Verantwortung für die Bedingungen der frühen Kindheit wird also nicht mehr, wie noch bspw. vor vierzig Jahren, vor allem für all diejenigen übernommen, die sozial benachteiligt sind. Vielmehr wird derzeit in ganz Deutschland ein komplexes Unterstützungsnetz für alle Kinder und ihre Familien aufgebaut.

Dieses Unterstützungsnetz kann auch als „sozialpädagogische Dienstleistungsinfrastruktur“ für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern (Rätz-Heinisch u. a. 2009) bezeichnet werden, in der sich das sozialstaatliche Handeln für Kinder und Familien manifestiert. Dessen Ausbau – insbesondere der Ausbau der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur für unter 3-Jährige – wird vorangetrieben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und so einen Beitrag zur Geschlechtergleichheit und zur Armutsverhinderung zu leisten, um nur zwei Zielsetzungen zu nennen.

Aber auch das zunehmend empirisch gesicherte Wissen, v. a. der jüngeren Hirnforschung, und das gewachsene Bewusstsein um die besondere Bedeutung der ersten Monate und Jahre für die Bildungsprozesse und -biografie eines Menschen haben die Institutionen der Bildung und Erziehung in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt. Die Debatte um frühkindliche Bildung, in der die Bedeutung von Anregungen, vielfältigen Erfahrungsmöglichkeiten, sozialen Interaktionen, Förderung und Stimulation herausgestellt wird, hat den Fokus auf anregungs- und kinderarme familiäre Milieus geschärft und den Stellenwert der sozialpädagogischen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen der frühen Kindheit als sinnvolle Ergänzung des familialen Sozialisationsfeldes zusätzlich unterstrichen.

Ein anderes Argument im Zusammenhang des Ausbaus des Unterstützungsnetzwerkes für Familien ist der Kinderschutz, dessen Verbesserung v. a. für die frühe Kindheit gefordert wird, weil diese Lebensphase durch eine besondere Vulnerabilität, ein hohes Schutzbedürfnis und eine existentielle Abhängigkeit von den Eltern bzw. von erwachsenen Bezugspersonen gekennzeichnet ist: „Tatsächlich sind es Säuglinge und Kleinkinder, die besonders gefährdet sind. Betrachtet man Statistiken, wie sie etwa in den USA im Unterschied zu Deutschland regelmäßig geführt werden, dann ist die Gefahr von Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung am größten in den ersten fünf Lebensjahren“ (Fegert/Ziegenhain 2009, S. 11).

Das Wissen um die besondere Verwundbarkeit von Säuglingen und Kleinkindern unterstreicht die zentrale Bedeutung früher und rechtzeitiger Hilfen, weil Kinder auf umfassenden Schutz, Betreuung und Versorgung existentiell angewiesen sind. Versäumnisse, Nichtbeachtung, Vernachlässigung und Misshandlung in den ersten Lebensmonaten und -jahren haben schwerwiegende Folgen.

Hiermit sind zwei zentrale Themenkomplexe der Lebensphase frühe Kindheit umrissen, die gleichzeitig die beiden inhaltlichen Schwerpunkte der vorliegenden Vertiefung bilden:

- „Erziehung, Bildung und Betreuung in den Institutionen der frühen Kindheit“,
- „Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit“.

Diese beiden Schwerpunkte spiegeln sich auch in der Kinder- und Jugendhilfe, die auf der einen Seite eine Regelversorgung und allgemeine Förderung der Kinder und Jugendlichen vorsieht und auf der anderen Seite Intervention und Hilfe in Krisensituationen.

Erziehung, Bildung und Betreuung in den Institutionen der frühen Kindheit

Die Tagesbetreuung von Kindern ist das umfangreichste Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe geworden. Gleichzeitig scheint dieses Feld am stärksten unter Veränderungsdruck geraten zu sein, die Probleme und Chancen werden intensiv und kontrovers in der Öffentlichkeit wie in den zuständigen Fachdisziplinen diskutiert.

Peukert (2005, S. 73) vertritt die These, dass sich die tief reichenden strukturellen Veränderungen der Gesellschaft gerade in diesem Bereich unmittelbar auswirken. Sie sieht das grundlegende Dilemma darin, „dass die herrschenden Rahmenbedingungen, die ökonomischen Erfolg sichern sollen, diejenigen Erziehungs- und Bildungsprozesse von Kindern behindern, durch die dieser ökonomische Erfolg auch für die Zukunft gesichert werden soll. Am Ende eines komplexen Prozesses seit dem Beginn der Industrialisierung ist deutlich, dass die Erziehung kleiner Kinder nicht mehr nur Sache der Familien und zwar im Wesentlichen der Frauen sein kann, sondern dass die Gesellschaft als ganze vor der Aufgabe steht, Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern zu übernehmen und neben der Familie ein System von Einrichtungen für ihre Betreuung, Erziehung und Bildung bereit zu stellen und zuverlässig zu finanzieren“ (ebd., S. 75).

Weiterhin geht die Autorin davon aus, dass sich inzwischen auch im allgemeinen Bewusstsein die Erkenntnis durchgesetzt habe, die durch die entwicklungspsychologische sowie die neuro- und hirnhysiologische Forschung immer stärker betont werde, „dass die ersten Lebensjahre von fundamentaler Bedeutung sind und dass nur die Kompetenzen, die in der frühen Kindheit in langdauernden intensiven und unmittelbaren Beziehungen erworben werden müssen, die notwendige Basis für jene höherstufigen Fähigkeiten bilden, die den Einzelnen und einzelnen Gesellschaften in der mit steigender Geschwindigkeit sich verändernden Weltgesellschaft auch eine ökonomische Erfolgchance sichern können“ (ebd., S. 74f.).

Vernachlässigung von Kindern in dieser Phase führe zu „sukzessiven kumulativen Prozessen sozialer Benachteiligung“ im Lebenslauf (Kaufmann 2003a, S. 176, zit. in Peukert 2005, S. 75). Zeit und Zuwendung sind Grundbedingungen dafür, dass Kinder nicht vernachlässigt werden. Allerdings scheint unter den Bedingungen erheblicher Beschleunigungs- und Entgrenzungsprozesse im Erwerbssystem die Ermöglichung von Beziehungszeit in Konflikt mit den Anforderungen an Eltern im Erwerbssystem zu geraten. „Die beruflich geforderte Mobilität und Flexibilität scheinen dann jedoch jenes Maß an Voraussicht und Planungssicherheit sowie die Art von langfristigen Bindungen und Verpflichtungen, welche als Verantwortung für Kinder erforderlich ist, nicht mehr zuzulassen“ (Birg 2001, zit. in Peukert 2005, S. 74). Intensive Zuwendung in zeitaufwendiger, zwangloser, dichter Kommunikation, die nicht mit technischen Mitteln beschleunigt werden kann, erhöht das Risiko von Eltern, im ökonomischen Spiel zum Verlierer zu werden. Kinder werden zum Armutsrisiko (OECD 2009), zum Risiko für gesellschaftliche Exklusion. Darauf deutet hin, dass die sozialen Unterschiede zwischen den Haushalten mit und ohne Kinder wachsen, die Zahl der kinderlosen Haushalte zunimmt und die Zahl der Geburten insgesamt abnimmt.

Insofern ist es besonders relevant, welche Bildungsangebote für Kinder und welche Unterstützungsstrukturen sowie institutionellen Betreuungsangebote den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Letztere spielen offensichtlich für die Entscheidungskalküle im Hinblick auf Betreuungs- und Erwerbsarrangements in Familien eine bedeutsame Rolle, wie Klement u. a. (2005) auf der Basis der DJI-Kinderbetreuungsstudie in einem multinominalen Logitmodell zeigen konnten. Es ist anzunehmen, dass die bereitgestellte soziale Infrastruktur, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren, auch in die Entscheidungsmodelle „potentieller Eltern“ einbezogen wird und die Entscheidung zur Elternschaft mit beeinflussen kann.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die vorliegende Vertiefung ausführlich mit dem rheinland-pfälzischen Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“. Es beinhaltet, die Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren weiter auszubauen und ihre Bildungschancen von Anfang an zu verbessern. Bessere Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und regionalen Herkunft sollen unter anderem durch einen beitragsfreien und durch individuellen Rechtsanspruch gesicherten Zugang zu den Einrichtungen des Elementarbereichs, durch Maßnahmen der Sprachförderung sowie durch eine reibungslosere Gestaltung des Übergangs zur Grundschule erreicht werden. Das Landesprogramm steht im Kontext der in Deutschland heftig geführten Qualitäts- und Bildungsdebatte, die u. a. durch die ernüchternden Ergebnisse der internationalen PISA-Studie 2000 ausgelöst wurde.

In dieser Debatte wird der frühkindlichen Bildung für den weiteren Lebenslauf und die sozialen Chancen junger Menschen eine zentrale Bedeutung beigemessen – wobei wissenschaftlich durchaus konkurrierende Ansätze existieren. Auf der einen Seite wird das Konzept der Selbstbildung, z. B. von G. E. Schäfer (2005), vertreten, auf der anderen Seite die sozialkonstruktivistischen Ansätze, die vor allem im internationalen Rahmen, z. B. von Youniss (1994) und Corsaro

(1997), aber auch im nationalen Rahmen, z. B. von Fthenakis (2003; 2009), präsentiert werden. Das Wissen um die gesellschaftliche Bedeutung frühkindlicher Bildung und Erziehung hat in allen Bundesländern zu Bemühungen geführt, Bildungsziele für Kindertageseinrichtungen zu definieren und sie in Bildungsplänen zu konkretisieren.

Rheinland-Pfalz hat mit seinen „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten“ (2004) schon früh einen eigenen Bildungsplan vorgelegt. Das Land setzt bei der Umsetzung des Bildungsplans auf rechtliche Normierungen und Vereinbarungen, z. B. bezüglich der Beobachtung und Dokumentation in den Kindertagesstätten, und auf die Partizipation von Verantwortungsträgern und Fachpraxis. Eine wesentliche Rolle spielt auch die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen. Der Bericht bietet in diesem Zusammenhang eine detaillierte Übersicht zu den vom Land geförderten Fortbildungsmaßnahmen.

Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit

Den zweiten Schwerpunkt der Vertiefung bildet der Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe, um Kindeswohlgefährdungen abzuwenden und zu vermeiden. In diesen Kontext gehört das breite Spektrum an Angeboten in Rheinland-Pfalz, welche Familien bei der Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützen und beraten. Viele Studien belegen die Bedeutung der familiären Bindungen und Beziehungen für das Wohlbefinden, aber auch für die Bildungsprozesse von Kindern (vgl. hierzu z. B. den 13. Kinder- und Jugendbericht, BMFSFJ 2009). Aktuell gelten frühzeitige und interdisziplinäre Kooperations- und Hilfestrukturen innerhalb und außerhalb des Jugendhilfesystems als innovative und nachhaltige Garanten der Förderung von Familien (Rätz-Heinisch u. a. 2009, S. 109). Daran wird die Annahme geknüpft, dass mit der Unterstützung von Familien gleichsam das Wohlbefinden von Kindern gefördert sowie familiär bedingte Entwicklungsrisiken und Ungleichheitslagen vermieden und ausgeglichen werden können.

„Säuglinge und Kleinkinder sind (...) in existenzieller Weise abhängig von der Fürsorge und dem Funktionieren erwachsener Bezugspersonen wie in keiner anderen Entwicklungsphase später. Entwicklung vollzieht sich in Beziehungen und im Säuglings- und Kleinkindalter lassen sich Wohlbefinden ebenso wie Verhaltensauffälligkeiten und -störungen überwiegend nur im Kontext mit nahestehenden Bindungspersonen oder von bestimmten Situationen interpretieren“ (Fegert/Ziegenhain 2009, S. 12).

Deshalb wird hier auch die Chance in der frühen Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz der Eltern gesehen. Die Wirksamkeit von Interventionen, die Eltern gezielt in ihren Erziehungs- und Beziehungskompetenzen ansprechen, sei mittlerweile gut belegt, so Fegert/Ziegenhain (2009, S. 12). Insbesondere für die frühe Kindheit hätten sich bindungstheoretisch konzeptualisierte Angebote zur Förderung elterlicher Sensitivität und Responsivität bewährt.

Die Risiken für Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung werden von Fegert/Ziegenhain (2009, S. 13) in zwei kritischen Aspekten zusammenfassend beschrieben: als eine chronische und schwerwiegende Überforderungssituation der Familie, wie sie als Ergebnis der Kumulation und Wechselwirkung von Risiken entstanden ist, und als eingeschränkte elterliche Beziehungs- und Erziehungskompetenzen in der Folge mangelnder beziehungsweise fehlender positiver Beziehungsvorerfahrungen der Eltern in ihrer eigenen Lebensgeschichte.

Die öffentliche Aufgabe besteht darin, das Wohl der Kinder wirksam und möglichst präventiv zu schützen sowie verlässliche und unterstützende Rahmenbedingungen für Eltern bzw. Familien bereitzustellen. Um einen zuverlässigen und funktionsfähigen Kinderschutz zu gewährleisten, brauche es jedoch empirisch abgesicherte Screening- und Diagnoseverfahren, so Fegert/Ziegenhain (2009). Hier scheint es in Deutschland einen großen Bedarf zu geben, ebenso wie eine interdisziplinäre Verständigung auf standardisierte und

wissenschaftlich geprüfte Verfahren und Vorgehensweisen fehle, die systematisch und verbindlich angewendet würden, und zwar sowohl innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe als auch in der Zusammenarbeit mit der Gesundheitshilfe, der in der Prävention früher und rechtzeitiger Hilfen in der frühen Kindheit eine wichtige Rolle zukomme. Insbesondere im Bereich der frühen Kindheit fehle ein leicht einsetzbares, aber doch aussagekräftiges Verfahren zur Risikoerkennung und -dokumentation (ebd., S. 15)¹⁴³. Gerade auch an den Übergängen von der Gesundheitshilfe, die ja in der Regel den ersten Kontakt zum Kind und zu den Eltern hat, zur Kinder- und Jugendhilfe fallen Familien, die frühe und präventive Unterstützung benötigen, durch die Systemlücken. Es fehle in der Regel eine verbindliche Verfahrensroutine, über die Eltern weitervermittelt werden können.

Im Zusammenhang dieser Überlegungen zum Kinderschutz ist das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ entstanden, an dem sich Rheinland-Pfalz neben Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen beteiligt (vgl. hierzu ausführlich Kap. 6.4.3).

Rheinland-Pfalz verfügt seit 2008 als einer der ersten Bundesländer über ein spezielles Gesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit („Landeskinderschutzgesetz“). Das Gesetz verfolgt zwei zentrale Zielsetzungen: zum einen den Aufbau lokaler Netzwerke zum Schutz und zur Förderung der Kinder unter Leitung der Jugendämter, zum anderen die Förderung der Kindergesundheit durch ein spezielles Einladungs- und Erinnerungssystem zu den Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9.

Darüber hinaus bietet Rheinland-Pfalz ein breites Spektrum familienunterstützender Angebote und Einrichtungen, z. B. Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, Erziehungsberatungsstellen, Familienzentren, Familienbildungsstätten, Häuser der Familie oder sozialpädiatrische Zentren. Empirisch

ungeklärt ist allerdings, inwieweit diese Angebote systematisch aufeinander bezogen und miteinander vernetzt sind.

Die Rolle und Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe besteht nicht nur darin, in Krisensituationen zu intervenieren und Hilfe im Notfall zu leisten, sondern die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen (aktiv) zu gestalten. Kinder- und Jugendhilfe versteht sich selbst als soziale Dienstleistung, als soziale bzw. sozialpädagogische Infrastruktur. Nach Jordan (2005) kann Kinder- und Jugendhilfe als gesellschaftliche und sozialpädagogische Praxis verstanden werden, die sich in rechtlichen Regelungen, Aufgabenfeldern und Angeboten institutionalisiert.

Es ist zu fragen, ob und in welchem Umfang diese Praxis einen Beitrag zur Verwirklichung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, zur Vermeidung bzw. zum Abbau von Benachteiligungen und zur Schaffung bzw. zur Erhaltung positiver Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien leistet (§ 1 SGB VIII) (Jordan 2005, S. 71). Denn Rheinland-Pfalz hat bereits früh auf die internationalen und nationalen Bemühungen um die Durchsetzung der Rechte von Kindern reagiert, die seit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtsdiskussion von 1989 und deren Anerkennung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1992 politisch sukzessiv intensiviert wurden. Hervorzuheben ist an dieser Stelle insbesondere, dass im März 2000 ein neuer Artikel in die Landesverfassung aufgenommen wurde (Verfassungen der deutschen Bundesländer 2001, S. 392), um die Rechte von Kindern verfassungsmäßig zu verankern. Artikel 24 der Verfassung für Rheinland-Pfalz betont das Recht des Kindes auf Entwicklung, Entfaltung, Förderung und besonderen Schutz:

¹⁴³ Im Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ wurde ein sogenannter „Anhaltebogen“ entwickelt.

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung. Die staatliche Gemeinschaft schützt und fördert die Rechte des Kindes. Nicht eheliche Kinder haben den gleichen Anspruch auf Förderung wie eheliche Kinder. Kinder genießen besonderen Schutz, insbesondere vor körperlicher und seelischer Misshandlung und Vernachlässigung.“

Damit sind der politische Handlungsrahmen sowie der Verfassungsauftrag zugrunde gelegt. Die vorliegende Expertise geht der Frage nach, wie in Rheinland-Pfalz das Recht des Kindes auf Entwicklung, Entfaltung und Erziehung bereits in der

frühen Kindheit realisiert wird. Es wird untersucht, welche Anstrengungen hierfür zum einen auf der Ebene der Erziehung, Bildung und Betreuung, zum anderen auf der Ebene des Schutzes, der Förderung und Hilfe unternommen werden. Längerfristig wären die Folgen dieser Anstrengungen für das Aufwachsen von Kindern zwischen 0 und 6 Jahren zu evaluieren – in Bezug darauf können wir in dieser Vertiefung erste Schlaglichter liefern, indem wir sowohl die aktuellen Landesprogramme als auch die über einen langen Zeitraum herausgebildeten Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick nehmen.

6.2 Lebensbedingungen von 0- bis 6-Jährigen in Rheinland-Pfalz

6.2.1 Kinder in der Altersstruktur der Bevölkerung

In Rheinland-Pfalz leben 4,04 Millionen Menschen. Darunter befanden sich Ende 2007 97.566 unter 3-Jährige und 104.642 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren. Von den unter 3-Jährigen waren 32.536 im Erhebungsjahr zur Welt gekommen. Der folgende Teil des Kinder- und Jugendberichts bezieht sich also auf insgesamt rund 202.000 rheinland-pfälzische Kinder im Vorschulalter.

Auf die Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz bezogen stellt die Altersgruppe der 0- bis 6-Jährigen einen Anteil von 5 % (siehe Tabelle 52). Die Quote dieser Altersgruppe ist allerdings regional sehr unterschiedlich und schwankt zwischen 4,2 % (Südwestpfalz) und 5,5 % (Stadt Ludwigshafen). Von den 12 kreisfreien Städten weisen 3 (25 %) überdurchschnittlich hohe Anteile 0- bis 6-Jähriger auf: Ludwigshafen, Speyer und Worms. In 9 (38 %) von 24 Landkreisen ist die Altersgruppe besonders stark vertreten: Alzey-Worms, Donnersbergkreis, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Germersheim, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Trier-Saarburg und Westerwaldkreis.

Strukturell betrachtet fallen Verwaltungsbezirke mit einem hohen Kinderanteil durch eine hohe Lebendgeborenenquote (Korrelation $r = .64$), besonders viele Schulkinder mit Migrationshintergrund ($r = .44$) und relativ viele Kinder, die in Sportvereinen organisiert sind ($r = .42$), auf. Statistisch negative Beziehungen bestehen demgegenüber beim Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen ($r = -.43$) sowie bei der Quote unter 3-Jähriger, die institutionell betreut werden ($r = -.43$). Keine statistisch signifikanten Unterschiede zeigen sich bei den verschiedenen Indikatoren zur materiellen Lage der Familien und insgesamt betrachtet beim Child-Well-being-Index, der die Lebensbedingungen für Kinder, ihre Wohlfahrt und ihre Handlungsräume beschreibt. Die unterschiedlich hohen Kinderquoten scheinen also vor allem durch das unterschiedliche generative Verhalten der Bevölkerung in den Regionen und weniger durch die Lebensbedingungen für Familien mit Kindern begründet zu sein. Die vorliegenden Daten bieten ferner den Hinweis, dass das generative Verhalten nicht zuletzt durch die kulturelle Herkunft der Menschen in den Regionen geprägt wird: So weisen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Rheinland-Pfalz eine wesentlich höhere Geburtenrate auf als Frauen ohne Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 34).

Tabelle 52: 0- bis 6-Jährige in den Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz 2007

	0- bis 6-Jährige Prozent der Bevölkerung	Lebend- geborene Anzahl	Lebend- geborene je 1.000 Einwohner	unter 3-Jährige Prozent der Bevölkerung	3- bis 6- Jährige Prozent der Bevölkerung	Quote 0- bis 6- Jährige über Ø
Frankenthal Stadt	4,8	380	8,1	2,3	2,5	
Kaiserslautern Stadt	4,7	832	8,5	2,4	2,3	
Koblenz Stadt	4,9	930	8,8	2,5	2,4	
Landau Stadt	4,9	368	8,5	2,5	2,4	
Ludwigshafen Stadt	5,5	1.619	9,9	2,8	2,7	●
Mainz Stadt	5,0	1.825	9,3	2,6	2,4	
Neustadt Stadt	5,0	413	7,7	2,4	2,6	
Pirmasens Stadt	4,5	338	8,0	2,3	2,2	
Speyer Stadt	5,2	407	8,0	2,5	2,7	●
Trier Stadt	4,8	902	8,7	2,5	2,3	
Worms Stadt	5,4	755	9,2	2,7	2,7	●
Zweibrücken Stadt	4,6	268	7,7	2,2	2,4	
Ahrweiler	4,6	941	7,3	2,2	2,4	
Altenkirchen	5,0	1.073	7,9	2,5	2,5	
Alzey-Worms	5,3	1.030	8,2	2,5	2,8	●
Bad Dürkheim	4,7	899	6,7	2,2	2,5	
Bad Kreuznach	4,9	1.239	7,9	2,3	2,6	
Bernkastel-Wittlich	4,9	877	7,7	2,3	2,6	
Birkenfeld	4,7	679	7,8	2,3	2,4	
Cochem-Zell	4,9	492	7,6	2,3	2,6	
Donnersbergkreis	5,3	606	7,8	2,5	2,8	●
Eifelkreis Bitburg-Prüm	5,2	801	8,4	2,5	2,7	●
Germersheim	5,3	1.122	8,9	2,6	2,7	●
Kaiserslautern	5,0	837	7,7	2,4	2,6	
Kusel	4,6	508	6,7	2,2	2,4	
Mainz-Bingen	5,4	1.721	8,6	2,6	2,8	●
Mayen-Koblenz	5,1	1711	8,0	2,4	2,7	●
Neuwied	5,2	1.480	8,0	2,4	2,8	●
Rhein-Hunsrück-Kreis	5,0	764	7,3	2,3	2,7	
Rhein-Lahn-Kreis	4,8	934	7,4	2,3	2,5	
Rhein-Pfalz-Kreis	4,7	1.067	7,1	2,2	2,5	
Südliche Weinstraße	4,7	802	7,3	2,2	2,5	
Südwestpfalz	4,2	657	6,4	2,0	2,2	
Trier-Saarburg	5,2	1.145	8,1	2,5	2,7	●
Vulkaneifel	4,9	504	8,0	2,4	2,5	
Westerwaldkreis	5,4	1610	8,0	2,5	2,9	●
Rheinland-Pfalz	5,0	32.536	8,0	2,4	2,6	

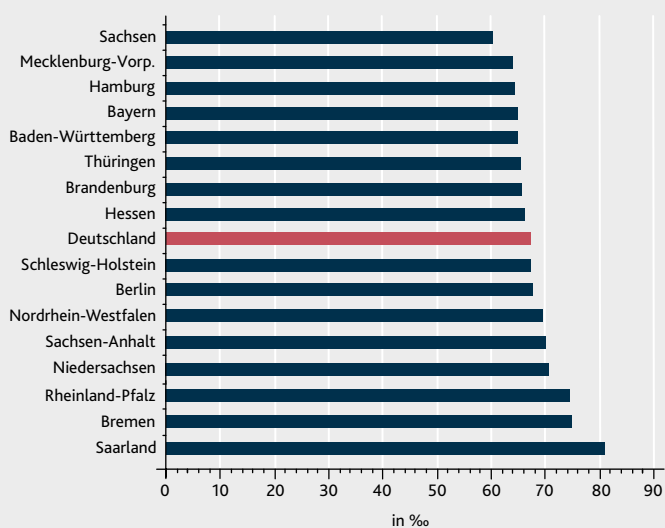
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008g und eigene Berechnungen

Tabelle 53: Lebendgeborene und Schwangerschaftsabbrüche nach Bundesländern 2007

Bundesland	Lebendgeborene	Schwangerschaftsabbrüche (Land des Wohnsitzes der Frauen)	Abbrüche auf 100 Lebendgeborene (Sortiermerkmal)
Berlin	31.174	9.621	30,9
Bremen	5.591	1.682	30,1
Sachsen-Anhalt	17.387	4.389	25,2
Mecklenburg-Vorpommern	12.786	3.094	24,2
Hamburg	16.727	4.011	23,9
Thüringen	17.176	3.966	23,1
Brandenburg	18.589	4.113	22,1
Saarland	7.274	1.380	18,9
Sachsen	33.858	6.353	18,8
Hessen	52.616	9.334	17,7
Deutschland	213.178	116.871	17,1
Nordrhein-Westfalen	151.168	24.500	16,2
Schleswig-Holstein	22.961	3.708	16,1
Niedersachsen	65.326	9.997	15,3
Rheinland-Pfalz	32.536	4.444	13,6
Baden-Württemberg	92.823	12.359	13,3
Bayern	106.870	13.364	12,5

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008d und eigene Berechnungen

Abb. 157: Anteil Säuglinge mit geringem Geburtsgewicht 2002 (pro 1.000 Geburten)



Quelle: Bertram 2006

Den knapp 33.000 Lebendgeborenen standen 2007 in Rheinland-Pfalz gut 4.000 Schwangerschaftsabbrüche gegenüber (siehe Tabelle 53). Rheinland-Pfalz zählt damit neben Bayern und Baden-Württemberg zu den Bundesländern mit den niedrigsten Abbruchquoten, bezogen auf 100 Lebendgeborene.

Bei Schwangerschaften Minderjähriger zeigt sich in Rheinland-Pfalz eine leicht höhere Abbruchquote als im Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 54).

Zu den klassischen objektiven Indikatoren für das Well-being von Kindern, die vor allem auch in den UNICEF-Studien verwendet werden, gehören in internationalen Studien ein sehr geringes Geburtsgewicht (< 2.500g) und die Säuglingssterblichkeit (Bertram 2006, 2008).

Auffällig ist, dass Rheinland-Pfalz in Bezug auf das Geburtsgewicht von allen 16 Bundesländern im Jahr 2002 nur den 14. Platz unter den Bundesländern belegt. Diese Situation bestätigt sich in dem letzten UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland von 2008: in Rheinland-Pfalz hatten 7% der Neugeborenen (bundesweit 6,8%) ein sehr geringes Geburtsgewicht (Bertram 2008, S. 240, 242). Zur Einordnung sei an dieser Stelle erwähnt, dass bei einem Vergleich aller 21 OECD-Staaten Deutschland beim geringen Geburtsgewicht lediglich den 14. Platz (6,8%) einnimmt (Kohl, in: Bertram 2008, S. 242).

Da aus den Daten über das Geburtsgewicht nicht hervorgeht, inwieweit es sich hierbei um frühgeborene Kinder handelt, wäre in Zukunft die spezifische rheinland-pfälzische Problematik genauer zu betrachten. Hierbei sollte auch in Betracht gezogen werden, wie die nachgeburtliche Betreuung dieser Kinder und deren Eltern organisiert und professionell gerahmt ist.

Schaut man sich die Säuglingssterblichkeit an, gehört auch hier Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern mit einer etwas höheren Rate. Rheinland-Pfalz liegt von allen 16 Bundesländern an 11. Stelle (Bertram 2006). Nach Daten der Gesundheitsberichterstattung des Bundes hatte die Säuglingssterblichkeit im Bundesgebiet seit 1990 insgesamt eine rückläufige Tendenz und scheint nun zu stagnieren (siehe Tabelle 55). Rheinland-Pfalz lag im Beobachtungszeitraum allerdings fast immer über den durchschnittlichen Promillewerten. Nach einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit im Jahr 2005 ist derzeit wieder ein leichter Anstieg zu beobachten. Inwieweit sich diese Tendenz fortsetzt und wo die Ursachen hierfür liegen, sollte beobachtet und gesondert ausgewertet werden.

Tabelle 54: Schwangerschaftsabbrüche nach Alter, Familienstand und Lebendgeborenen der Frauen 2007 (Prozent)

	Deutschland	Rheinland-Pfalz
Anzahl Abbrüche	116.871	4.444
Altersgruppen		
unter 15	0,4	0,6
15 bis 17	4,9	5,4
18 bis 19	7,5	7,5
20 bis 24	23,7	24,0
25 bis 29	22,6	22,4
30 bis 34	17,8	18,2
35 bis 39	15,5	15,1
40 bis 44	7,0	6,1
45 und älter	0,6	0,7
Familienstand		
Ledig	52,9	49,5
Verheiratet	41,7	44,4
Verwitwet	0,3	0,3
Geschieden	5,1	5,8
Vorangegangene Lebendgeborene		
Keine	41,0	40,0
1	26,0	24,7
2	22,7	24,0
3	7,5	8,0
4	2,0	2,2
5 und mehr	0,9	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008d

Tabelle 55: Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeborene 1990 bis 2007

	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland	7,0	5,3	4,4	3,9	3,8	3,9
Rheinland-Pfalz	8,1	5,5	5,1	3,8	4,3	4,6

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de)

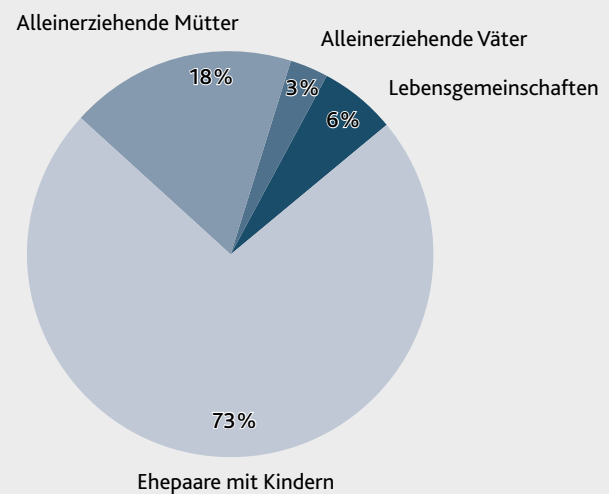
6.2.2 Sozioökonomische Lage der Familien mit Kindern

Familienformen

In Deutschland wächst die überwiegende Mehrheit der Kinder unter 18 Jahren in Familien mit verheirateten Eltern auf (siehe Tabelle 56). In sogenannten alternativen Familienformen leben Kinder vor allem in Berlin und den neuen Bundesländern. Rheinland-Pfalz zählt zu den 7 Bundesländern, in denen überdurchschnittlich viele Kinder in Familien mit verheirateten Eltern groß werden.

Von den sogenannten alternativen Familienformen hat die Gruppe der alleinerziehenden Mütter die größte Bedeutung (siehe Abb. 158). Unter den rund 621.000 Familien mit Kindern gibt es in Rheinland-Pfalz ca. 113.000, in denen Mütter ihre Kinder ohne Partner erziehen, rund 18.500 alleinerziehende Väter und 33.800 Lebensgemeinschaften.

Abb. 158: Formen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Rheinland-Pfalz 2008



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2009p und eigene Darstellung

Tabelle 56: Formen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Bundesländern 2006 (Prozent)

Bundesland	Ehepaare (Sortiermerkmal)	alternative Familienformen
Baden-Württemberg	80,1	19,9
Nordrhein-Westfalen	77,9	22,1
Bayern	77,8	22,2
Hessen	77,5	22,5
Niedersachsen	77,3	22,7
Saarland	77,3	22,7
Rheinland-Pfalz	76,8	23,2
Deutschland	73,9	26,1
Schleswig-Holstein	73,2	26,8
Hamburg	68,0	32,0
Bremen	66,7	33,3
Thüringen	61,4	38,6
Brandenburg	59,4	40,6
Sachsen	58,4	41,6
Sachsen-Anhalt	58,4	41,6
Mecklenburg-Vorpommern	56,1	43,9
Berlin	53,0	47,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2007a

Tabelle 57: Erwerbsbeteiligung von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes (Prozent)

Alter des jüngsten Kindes	Erwerbstätige insgesamt	Vollzeittätige	Teilzeittätige
Westdeutschland			
unter 3	30,6	9,7	20,9
3 bis 5	53,7	11,0	42,6
6 bis 9	64,6	12,9	51,7
10 bis 14	70,9	18,6	52,3
15 bis 17	73,9	27,3	46,5
Rheinland-Pfalz			
unter 1	21,7	5,2	16,5
1 bis 2	34,4	6,6	27,8
3 bis 5	49,9	9,3	40,6
6 bis 9	58,5	10,6	47,9
10 bis 14	65,5	14,1	51,4
15 bis 17	69,3	21,2	48,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006a; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008 und eigene Berechnungen

Erwerbsbeteiligung von Müttern

Im Vergleich mit den westlichen Bundesländern insgesamt ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich (siehe Tabelle 57). Die Differenzen betragen bei Frauen mit 3- bis 5-Jährigen 3,8 Prozentpunkte, 6- bis 9-Jährigen 6,1, 10- bis 14-Jährigen 5,4 sowie 15- bis 17-Jährigen 4,6 Prozentpunkte.

Ökonomische Lage

Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern weisen in Rheinland-Pfalz besonders hohe Armutsgefährdungsquoten auf (siehe Tabelle 58). Außerdem tragen Familien mit Zuwanderungsgeschichte ein relativ großes Armutsrisiko. Ursachen dafür sind unter anderem große Familien mit relativ vielen Kindern, geringe Qualifikation und niedriges Einkommen der Haupterwerbsperson sowie eine besonders niedrige Erwerbsbeteiligung der Mütter (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008).

Tabelle 58: Armutsgefährdungsquoten in Rheinland-Pfalz nach soziodemografischen Merkmalen 2007 (Prozent)

Alter	
Unter 18	17,1
18 bis unter 25	19,2
35 bis unter 50	11,1
Haushaltstyp	
Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder	40,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,2
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	8,9
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	22,7
Migrationshintergrund	
Mit Migrationshintergrund	25,8
Ohne Migrationshintergrund	10,7
Rheinland-Pfalz	13,5

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008c

Der Mikrozensus mit insgesamt rund 18.000 befragten Haushalten in Rheinland-Pfalz bietet wegen zu kleiner Fallzahlen keine Möglichkeit, die materielle Lage der Familien mit Kindern in den 36 Verwaltungsbezirken genauer zu bestimmen. Es liegen aber seit 2007 jährlich Daten aus den Vollerhebungen zum Bezug des Elterngeldes vor (Statistisches Bundesamt 2008). Der durchschnittliche monatliche Elterngeldbetrag in den Regionen von Rheinland-Pfalz ist ein guter Indikator für die wirtschaftliche Lage von Familien vor der Geburt eines Kindes, weil es sich beim Elterngeld um eine, allerdings nach oben begrenzte, Lohnersatzleistung handelt, die sich nach der Höhe des letzten Einkommens richtet. „Erwerbstätige, die ihre Berufstätigkeit bei der Geburt eines Kindes unterbrechen oder auf höchstens 30 Stunden wöchentlich reduzieren, erhalten 67% ihres Einkommens, maximal 1800 Euro. Das Elterngeld beträgt mindestens 300 Euro, auch wenn zuvor kein Einkommen erzielt wurde. (...) Bei über 99% der neu geborenen Kinder nehmen Eltern die Leistung in Anspruch“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2009, S. 94).

Für die im Jahr 2007 geborenen Kinder betrug das Elterngeld in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 613 Euro pro Monat (siehe Tabelle 59). Besonders hohe Elterngeldbeträge wurden in den kreisfreien Städten Landau und Mainz sowie in den Landkreisen Mainz-Bingen und Südliche Weinstraße ausgezahlt. Demgegenüber war das durchschnittliche Elterngeld in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie in den Landkreisen Altenkirchen, Birkenfeld und Neuwied besonders niedrig.

Die Höhe des Elterngeldes steht in einem hohen positiven statistischen Zusammenhang mit dem Child-Well-being-Index, der die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume von Kindern in den einzelnen Verwaltungsbezirken zusammenfassend beschreibt ($r = .72$). Starke positive Beziehungen zeigen sich außerdem bezüglich des Anteils der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen ($r = .72$), bezüglich des Anteils der Mütter, die vorher erwerbstätig waren ($r = .67$), sowie bezüglich des durchschnittlich verfügbaren Einkommens pro Einwohner ($r = .53$).

Einen sehr negativen Einfluss auf die Höhe des Elterngeldes in den Regionen von Rheinland-Pfalz haben demgegenüber eine hohe Arbeitslosenquote ($r = -.65$) sowie eine starke Industriedichte ($r = -.49$). Mit anderen Worten: In den rheinland-pfälzischen Regionen, wo besonders viele Menschen Arbeit suchen und wo besonders viele in Industriebetrieben beschäftigt sind, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass das Elterngeld niedrig ausfällt. Die Gebiete, welche in früheren Zeiten sehr viele Arbeitsmigranten angezogen haben, zählen also aus heutiger Sicht nicht mehr zu den Regionen mit großem Arbeitsplatzangebot und relativem Wohlstand. Die Industriedichte indiziert unter den „Produktionsbedingungen“ einer „Wissensgesellschaft“ auch in Rheinland-Pfalz eher schwierige materielle Lebensbedingungen für Familien mit Kindern (siehe Tabelle 59).

Tabelle 59: Elterngeld für 2007 geborene Kinder nach Verwaltungsbezirken

	durchschnittlicher Elterngeldbetrag pro Monat in Euro (Sortiermerkmal)	vor der Geburt erwerbstätige Mütter in Prozent	Väter, die Elterngeld beziehen, in Prozent
Mainz-Bingen	702	59,2	13,2
Landau Stadt	695	60,2	17,9
Südliche Weinstraße	691	60,8	15,2
Mainz Stadt	684	53,4	16,4
Rhein-Pfalz-Kreis	683	56,5	11,6
Speyer Stadt	656	46,6	11,5
Alzey-Worms	654	55,2	14,8
Südwestpfalz	649	61,8	13,8
Trier-Saarburg	639	61,7	10,9
Cochem-Zell	632	62,3	12,9
Bad Dürkheim	631	48,5	14,4
Bernkastel-Wittlich	631	57,4	16,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	625	57,5	10,8
Koblenz Stadt	619	46,5	14,5
Kusel	617	52,4	12,3
Rheinland-Pfalz	613	52,1	12,0
Ahrweiler	608	53,8	15,0
Bad Kreuznach	606	47,6	11,6
Kaiserslautern	605	55,0	12,2
Mayen-Koblenz	603	53,8	9,9
Rhein-Lahn-Kreis	602	51,2	14,2
Westerwaldkreis	596	53,5	8,6
Germersheim	594	53,1	10,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	588	52,7	10,6
Trier Stadt	585	50,9	14,3
Frankenthal Stadt	584	51,9	11,6
Zweibrücken Stadt	582	45,1	12,1
Vulkaneifel	581	55,5	11,2
Donnersbergkreis	576	48,9	10,8
Neustadt Stadt	572	69,0	10,1
Worms Stadt	567	45,9	9,4
Kaiserslautern Stadt	563	42,1	10,0
Ludwigshafen Stadt	562	41,4	9,0
Neuwied	561	47,8	9,4
Birkenfeld	537	40,8	10,2
Altenkirchen	536	45,0	7,8
Pirmasens Stadt	452	31,6	7,7

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b

6.3 Erziehung, Bildung und Betreuung in den Institutionen der frühen Kindheit

6.3.1 Angebot an Kindertageseinrichtungen

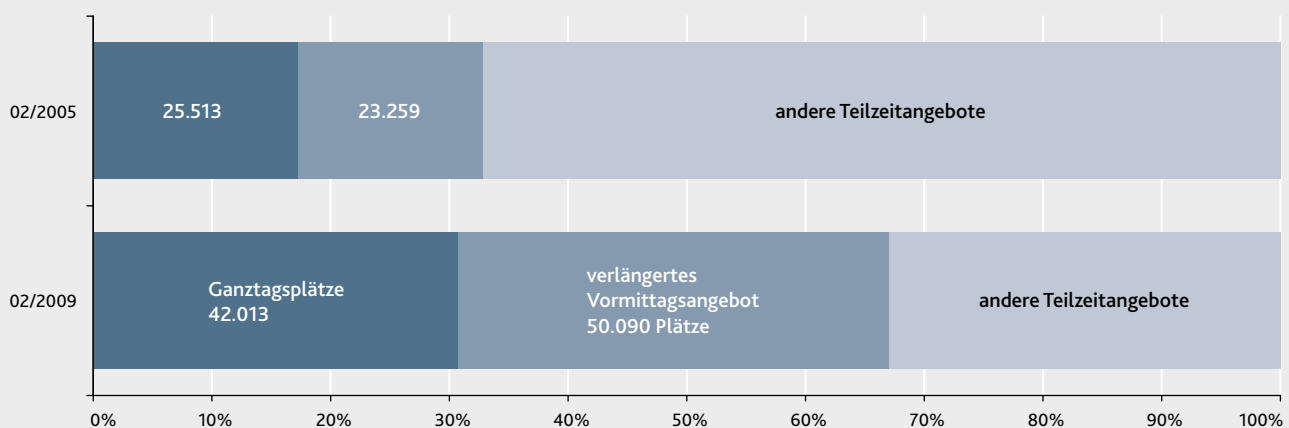
Rheinland-Pfalz verfügt über rund 2.400 Kindertageseinrichtungen, welche den Familien gemäß ihrer Betriebserlaubnis ca. 160.000 Betreuungsplätze anbieten können (siehe Tabelle 60). Unter den Tageseinrichtungen befinden sich 26 Förderkindergärten speziell für behinderte Kinder und 67 integrative Kindertagesstätten (Landtag Rheinland-Pfalz 2009c). Mindestens zwei Förderkindergärten stehen den Familien in den Städten Landau und Ludwigshafen sowie in den Landkreisen Bad Kreuznach, Donnersbergkreis, Neuwied sowie Trier-Saarburg zur Wahl. Als weitere spezialisierte Einrichtungen sind rund 30 „Spiel- und Lernstuben“¹⁴⁴ zu nennen, die mit ihrem Angebot auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien in sozialen Brennpunkten zugeschnitten sind.

¹⁴⁴ Hierbei handelt es sich um Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die in sozial benachteiligten Wohngebieten leben (www.kita.bildung-rp.de).

Im Frühjahr 2008 wurden nach der Kinder- und Jugendhilfestatistik rund 143.000 Kinder institutionell betreut. Gemessen an der Zahl der angebotenen Betreuungsplätze waren die rheinland-pfälzischen Kindertageseinrichtungen im Schnitt zu 89 % ausgelastet. Es gab rein rechnerisch und ohne Berücksichtigung der lokalen Nachfrage der Eltern im Land ca. 17.000 freie Betreuungsplätze. Die Einrichtungen sind in dicht besiedelten Regionen ($r = .65$), in Gebieten mit vielen Migrantenkindern ($r = .58$) und dort besonders gut ausgelastet, wo relativ viele Schulkinder Tageseinrichtungen besuchen ($r = .49$).

Betrachtet man nicht nur allgemein die Anzahl der genehmigten Plätze, sondern gezielt die Entwicklung der Ganztagsplätze, so kann von 2005 bis 2009 eine deutliche Erhöhung der Zahlen für diese verzeichnet werden (+ ca. 64 %). Ergänzt wird die Zahl der Ganztagsplätze durch eine um ca. 115 % angestiegene Anzahl bei Plätzen mit verlängertem Vormittagsangebot (siehe Abb. 159).

Abb. 159: Ganztagsplätze in rheinland-pfälzischen Kindergärten



Quelle: MBWJK 2009

Tabelle 60: Kindertageseinrichtungen, genehmigte Plätze und betreute Kinder nach Verwaltungsbezirken 2008

	Einrichtungen Anzahl	genehmigte Plätze Anzahl	betreute Kinder Anzahl	Förderkindergärten Anzahl
Frankenthal Stadt	21	1.602	1.516	0
Kaiserslautern Stadt	58	3.600	3.444	0
Koblenz Stadt	58	3.927	3.606	1
Landau Stadt	29	1.740	1.603	2
Ludwigshafen Stadt	89	6.710	6.480	2
Mainz Stadt	101	6.954	6.682	1
Neustadt Stadt	35	2.023	1.899	0
Pirmasens Stadt	30	1.480	1.375	0
Speyer Stadt	27	2.116	2.030	0
Trier Stadt	71	4.378	3.952	1
Worms Stadt	48	2.993	2.868	0
Zweibrücken Stadt	29	1.335	1.234	0
Ahrweiler	65	4.795	4.165	1
Altenkirchen	78	4.656	4.261	1
Alzey-Worms	83	5.273	4.832	0
Bad Dürkheim	94	5.366	4.952	0
Bad Kreuznach	100	6.222	5.456	2
Bernkastel-Wittlich	82	4.713	3.874	1
Birkenfeld	51	3.098	2.692	1
Cochem-Zell	47	2.608	2.168	1
Donnersbergkreis	50	3.063	2.762	2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	58	4.069	3.320	0
Germersheim	78	6.645	5.186	1
Kaiserslautern	66	4.470	4.015	1
Kusel	47	2.798	2.370	0
Mainz-Bingen	125	8.282	7.790	1
Mayen-Koblenz	123	8.879	7.730	0
Neuwied	87	6.790	6.348	2
Rhein-Hunsrück-Kreis	55	4.053	3.578	1
Rhein-Lahn-Kreis	75	4.759	4.282	0
Rhein-Pfalz-Kreis	85	5.680	5.084	0
Südliche Weinstraße	71	4.153	3.633	1
Südwestpfalz	70	4.160	3.492	0
Trier-Saarburg	79	5.993	4.825	3
Vulkaneifel	31	2.398	1.996	0
Westerwaldkreis	118	8.088	7.121	0
Rheinland-Pfalz	2.414	159.869	142.621	26

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008g und eigene Berechnungen

Personalausstattung

Die Qualität der Betreuung, Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen ist wesentlich davon abhängig, dass sich genügend Fachkräfte um die pädagogische Gestaltung des Kinderlebens in den Einrichtungen kümmern können. Auch die in den neuen Bildungsplänen geforderte Förderung der Bildung der Kinder erfordert eine günstige Fachkraft-Kinder-Relation, die den Erzieherinnen und Erziehern Zeit lässt, auf das einzelne Kind einzugehen und es gezielt zu fördern. Befragungen von Fachkräften aus rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten erbrachten in diesem Zusammenhang, dass eine der größten Arbeitsbelastungen der Erzieherinnen und Erzieher darin besteht, zu wenig Zeit für die Kinder zu haben (Honig u. a. 2004, S. 104).

Tabelle 61: Rechnerische Fachkraft-Kind-Relation in Gruppen mit Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt nach Bundesländern 2008 (Mittelwerte)

Bundesland	auf 1 Fachkraft Vollzeit entfallen rechnerisch Kinder in Ganztagsbetreuung (Sortiermerkmal)
Bremen	8,0
Rheinland-Pfalz	8,2
Baden-Württemberg	8,9
Nordrhein-Westfalen	9,1
Niedersachsen	9,2
Saarland	9,3
Hamburg	9,4
Schleswig-Holstein	9,5
Bayern	9,6
Deutschland	9,8
Hessen	9,8
Sachsen-Anhalt	11,6
Brandenburg	12,1
Sachsen	12,6
Thüringen	12,6
Mecklenburg-Vorpommern	13,4

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2009a; für Berlin liegen keine Vergleichsdaten vor

Die Bertelsmann Stiftung hat versucht, mit Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik rein rechnerisch die Fachkraft-Kind-Relationen in den Tageseinrichtungen der einzelnen Bundesländer zu beziffern (Bertelsmann Stiftung 2009). Obwohl diese Berechnungen die tatsächlichen Betreuungsverhältnisse in den Kindergruppen nur unzureichend abbilden dürften, machen sie dennoch Tendenzen bei der Personalausstattung deutlich (siehe Tabelle 61).

Rheinland-Pfalz weist im bundesweiten Vergleich eine überdurchschnittlich gute Fachkraft-Kind-Relation auf, wenn man ermittelt, wie viele Kinder in Ganztagsbetreuung rein rechnerisch auf eine vollzeitbeschäftigte Erzieherin entfallen. In den neuen Bundesländern, in denen insgesamt betrachtet ein größerer Anteil Kinder als in den alten Ländern institutionell betreut wird, ist die Personalausstattung demgegenüber deutlich schlechter.

Ob also der Ausbau von Kitaplätzen, vor allem der der unter 3-Jährigen, unter der derzeit schwierigen konjunkturellen Situation und angesichts der steuerpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung auch in Rheinland-Pfalz zu ungünstigeren Fachkraft-Kind-Relationen führen wird, bleibt abzuwarten.

6.3.2 Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen

In Rheinland-Pfalz besuchen rund 143.000 Kinder Tageseinrichtungen (siehe Tabelle 62). Die institutionelle Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz unterscheidet sich vom Bundesdurchschnitt dadurch, dass in Rheinland-Pfalz relativ wenige Schulkinder vom Angebot der Kindertagesstätten Gebrauch machen. Dies könnte zum einen damit zusammenhängen, dass die Erwerbsbeteiligung rheinland-pfälzischer Mütter in der Phase, in welcher ihre Kinder die Grundschule besuchen, vergleichsweise niedrig ist (vgl. Kapitel 2.2). Zum anderen könnte dies aber auch daran liegen, dass die Ganztagsangebote der Schulen stärker in Anspruch genommen werden.

Tabelle 62: Kinder in Tageseinrichtungen nach Alter und Betreuungsumfang 2008

	Deutschland		Rheinland-Pfalz	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Insgesamt	3.017.896	100	142.621	100
Alter in Jahren				
unter 3	313.114	10,4	13.467	9,4
3 bis 6 (ohne Schulkinder)	2.294.890	76,0	120.010	84,1
7 und älter (ohne Schulkinder)	10.155	0,3	546	0,4
5 bis 13 (Schulkinder)	399.737	13,2	8.598	6,0
Betreuungsumfang				
bis zu 5 Stunden	933.894	30,9	33.370	23,4
mehr als 5 bis zu 7 Stunden	933.606	30,9	44.752	31,4
mehr als 7 Stunden (Ganztagsbetreuung)	839.295	27,8	34.185	23,9
vor- und nachmittags ohne Mittagsbetreuung	311.101	10,3	30.314	21,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008e und eigene Berechnungen

Bezüglich des mit den Eltern vereinbarten Betreuungsumfangs fällt auf, dass in Rheinland-Pfalz zwar das kleinste Zeitkontingent (bis zu 5 Stunden) seltener gewählt wird, dass aber die Quote der Kinder, die vor- und nachmittags die Einrichtungen ohne Mittagsbetreuung besuchen, mit 21 % relativ hoch ist. Mangels Daten für Rheinland-Pfalz muss die Frage unbeantwortet bleiben, ob diese Betreuungsform von den Eltern gewünscht ist oder aber durch das Angebot bestimmt wird. Wie die Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts für das Bundesfamilienministerium zeigte, ist die fehlende Über-Mittag-Betreuung für viele Eltern ein wesentlicher Grund ihrer Unzufriedenheit mit den Öffnungszeiten der Einrichtungen (Bien u. a. 2007, S. 215).

In Deutschland hat zurzeit gut ein Viertel der Eltern mit den Kindertageseinrichtungen eine Ganztagsbetreuung (> 7 Stunden) für ihr Kind vereinbart. Der Vergleichswert für Rheinland-Pfalz liegt lediglich 4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Zur Gesamtnachfrage der Eltern nach Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen liegen weder für das Bundesgebiet noch speziell für Rheinland-Pfalz Zahlen vor.

In Rheinland-Pfalz wurden 2009 gut 15.000 unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen betreut. Der Anteil unter 3-Jähriger, welche Einrichtungen besuchen, ist regional äußerst unterschiedlich und variiert zwischen 7,8 % (Stadt Worms) und 26,4 % (Südwestpfalz) (siehe Tabelle 63). Verwaltungsbezirke, in denen besonders viele unter 3-Jährige Tageseinrichtungen besuchen, zeichnen sich durch einen hohen Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten ($r = .44$), einen geringen Anteil 0- bis 6-Jähriger an der Gesamtbevölkerung ($r = -.43$) und durch ein relativ hohes durchschnittliches Elterngeld ($r = .36$) aus.

Tabelle 63: Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen nach Verwaltungsbezirken 2008/09 (Prozent der Altersgruppe)

	2008	2009
Frankenthal Stadt	10,6	11,6
Kaiserslautern Stadt	18,3	19,8
Koblenz Stadt	13,1	14,4
Landau Stadt	14,4	16,0
Ludwigshafen Stadt	11,2	12,7
Mainz Stadt	10,6	11,5
Neustadt Stadt	16,2	18,6
Pirmasens Stadt	9,5	11,9
Speyer Stadt	13,2	14,2
Trier Stadt	23,7	21,9
Worms Stadt	7,4	7,8
Zweibrücken Stadt	14,9	18,9
Ahrweiler	12,9	15,9
Altenkirchen	8,5	11,8
Alzey-Worms	15,6	17,1
Bad Dürkheim	20,2	23,5
Bad Kreuznach	14,9	16,2
Bernkastel-Wittlich	11,6	12,9
Birkenfeld	12,8	14,5
Cochem-Zell	11,8	14,1
Donnersbergkreis	11,9	15,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	11,6	14,3
Germersheim	13,7	15,2
Kaiserslautern	19,4	24,2
Kusel	16,2	16,6
Mainz-Bingen	16,1	20,4
Mayen-Koblenz	15,8	18,3
Neuwied	10,8	13,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	10,7	13,2
Rhein-Lahn-Kreis	13,4	16,8
Rhein-Pfalz-Kreis	18,5	19,4
Südliche Weinstraße	16,8	20,1
Südwestpfalz	22,2	26,4
Trier-Saarburg	13,5	17,7
Vulkaneifel	9,4	11,2
Westerwaldkreis	8,7	11,4
Rheinland-Pfalz	13,8	16,1
Zum Vergleich 2007	11,3	

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2009a

Die kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Worms sowie 8 Landkreise zählen zu den rheinland-pfälzischen Regionen, in denen die Erwerbsbeteiligung von Frauen und zugleich die institutionelle Betreuung unter 3-Jähriger besonders niedrig sind (siehe Tabelle 65). In den kreisfreien Städten Neustadt und Trier sowie im Landkreis Kusel ist demgegenüber eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer vergleichsweise hohen institutionellen Betreuung der jüngsten Altersgruppe verbunden.

In allen Landesteilen gehört es heute zur Normalbiografie von Kindern, dass sie im Kindergartenalter Tageseinrichtungen besuchen. Die Besuchsquoten variieren auf hohem Niveau zwischen 91 % (Landkreis Altenkirchen) und 102,7 % (Stadt Landau). Besuchsquoten von 100 und mehr Prozent kommen rechnerisch dadurch zustande, dass sich auch Kinder aus benachbarten Verwaltungsbezirken in den Einrichtungen befinden.

Tabelle 64: Besuch der Kindertageseinrichtungen (Besuchsquote) nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken 2008 (Prozent)¹⁾

	unter 3-Jährige	3- bis unter 6-Jährige	6- bis 13- Jährige	Werte über Landesdurchschnitt		
				unter 3	3 – 5	6 – 13
Frankenthal Stadt	10,6	94,6	8,5			
Kaiserslautern Stadt	18,3	94,7	13,9	●		●
Koblenz Stadt	13,1	96,2	11,4		●	●
Landau Stadt	14,4	102,7	11,4	●	●	●
Ludwigshafen Stadt	11,2	93,9	14,4			●
Mainz Stadt	10,6	93,6	12,6			●
Neustadt Stadt	16,2	96,6	9,3	●	●	●
Pirmasens Stadt	9,5	95,9	12,8		●	●
Speyer Stadt	13,2	93,5	15,5			●
Trier Stadt	23,7	100,5	14,4	●	●	●
Worms Stadt	7,4	93,6	10,0			●
Zweibrücken Stadt	14,9	93,2	12,3	●		●
Ahrweiler	12,9	93,9	7,9			
Altenkirchen	8,5	91,0	7,4			
Alzey-Worms	15,6	96,7	8,1	●	●	
Bad Dürkheim	20,2	96,5	10,4	●	●	●
Bad Kreuznach	14,9	95,5	7,8	●	●	
Bernkastel-Wittlich	11,6	97,5	7,0		●	
Birkenfeld	12,8	94,2	6,6			
Cochem-Zell	11,8	91,5	8,3			
Donnersbergkreis	11,9	96,7	6,6		●	
Eifelkreis Bitburg-Prüm	11,6	96,2	6,8		●	
Germersheim	13,7	100,1	12,1		●	●
Kaiserslautern	19,4	100,7	7,3	●	●	
Kusel	16,2	93,8	7,3	●		
Mainz-Bingen	16,1	95,5	8,7	●	●	
Mayen-Koblenz	15,8	94,8	8,8	●		
Neuwied	10,8	91,9	7,6			
Rhein-Hunsrück-Kreis	10,7	96,1	7,3		●	
Rhein-Lahn-Kreis	13,4	96,0	8,7		●	
Rhein-Pfalz-Kreis	18,5	94,7	8,2	●		
Südliche Weinstraße	16,8	96,1	6,6	●	●	
Südwestpfalz	22,2	97,2	11,1	●	●	●
Trier-Saarburg	13,5	94,6	6,4			
Vulkaneifel	9,4	94,1	6,6			
Westerwaldkreis	8,7	93,8	6,9			
Rheinland-Pfalz	13,8	95,3	9,0			
Zum Vergleich 2007	11,3	94,6	8,8			

¹⁾ Besuchsquoten von über 100 % kommen dadurch zustande, dass Kinder aus anderen Verwaltungsbezirken die Einrichtungen besuchen. Die Besuchsquote bezieht sich auf die Zahl der Kinder, die in einem Verwaltungsbezirk wohnen.

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008d

Tabelle 65: Anteil Frauen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Anteil unter 3-Jähriger in Kindertageseinrichtungen nach Verwaltungsbezirken 2008

Anteil Frauen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Anteil unter 3-Jähriger in Kindertageseinrichtungen		
	Unteres Drittel der Bezirke bis 12 %	Mittleres Drittel der Bezirke 13 % bis 15 %	Oberes Drittel der Bezirke 16 % und mehr
Unteres Drittel der Bezirke bis 43 %	Frankenthal Stadt Ludwigshafen Stadt Worms Stadt Altenkirchen Bernkastel-Wittlich Donnersbergkreis Bitburg-Prüm Neuwied Rhein-Hunsrück Vulkaneifel Westerwaldkreis	Zweibrücken Stadt Germersheim Mayen-Koblenz Trier-Saarburg	Kaiserslautern Stadt
Mittleres Drittel der Bezirke 44 % bis 48 %	Pirmasens Stadt Ahrweiler Birkenfeld Cochem-Zell	Koblenz Stadt Alzey-Worms Bad Kreuznach Rhein-Lahn	Bad Dürkheim Kaiserslautern Mainz-Bingen Rhein-Pfalz Südliche Weinstraße Südwestpfalz
Oberes Drittel der Bezirke 49 % und mehr	Mainz Stadt	Landau Stadt Speyer Stadt	Neustadt Stadt Trier Stadt Kusel

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008d, 2008g und eigene Berechnungen

6.3.3 Das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“

6.3.3.1 Ziele und Maßnahmen im Landesprogramm

Im Mittelpunkt des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ (Start: 2005) stehen die Ziele, die Betreuungsangebote für Kinder weiter auszubauen und ihre Bildungschancen von Anfang an zu verbessern. Um möglichst allen Kindern den Besuch von Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, wurde bereits 2006 die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr realisiert. 2008 wurde das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei. Ab 01.08.2010 besteht Beitragsfreiheit ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Weitere Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms sind:

- der Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige,
- die Öffnung der Kindergärten für 2-Jährige,
- ein Rechtsanspruch für 2-Jährige auf einen Kindergartenplatz ab 01.08.2010,
- ein Programm zur Sprachförderung und Schulförderung sowie
- die Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule.

Seit 2004 verfügt Rheinland-Pfalz als eines der ersten Bundesländer über einen eigenen Bildungsplan unter der Bezeichnung „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“ (MBFJ 2004). Im bundesweiten Vergleich zählt Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern, welche die Umsetzung ihrer Bildungspläne vor allem durch Fortbildungsangebote für ihre pädagogischen Fachkräfte unterstützen (Bertelsmann Stiftung 2008).

6.3.3.2 Ausbau des Betreuungsangebots für unter 3-Jährige

Rheinland-Pfalz hat sein institutionelles Betreuungsangebot für die unter 3-Jährigen zwischen 2005 und 2009 vervierfacht (siehe Tabelle 66). Im August 2009 standen landesweit für 20,5 % dieser Altersgruppe Plätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Besonders gut versorgt waren die kreisfreie Stadt Speyer (32,7 %) sowie die Landkreise Südwestpfalz (32,7 %) und Mainz-Bingen (30,6 %).

Das Kinderförderungsgesetz des Bundes sieht vor, bis 2013 für 35 % der unter 3-Jährigen Betreuungsplätze vorzuhalten (BMFSFJ 2009).

Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung auf der Grundlage der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und gemessen am Ausbaustand von März 2008 ergibt sich daraus für Rheinland-Pfalz ein Ausbaubedarf in Höhe von rund 18.000 Plätzen (Bertelsmann Stiftung 2009).

6.3.3.3 Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten

Die „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“ (BEE) (MBFJ 2004) wurden gemeinsam mit den Trägerorganisationen, dem Landkreistag und dem Landeselternausschuss erarbeitet und in Kraft gesetzt. „Durch ihre Unterschrift haben sich alle Beteiligten verpflichtet, auf der Basis der ihnen gegebenen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der jeweiligen Strukturen die Umsetzung der BEE zu unterstützen“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2008, S. 35). Seit Einführung der BEE sind die Einrichtungen verpflichtet, Bildungs- und Lerndokumentationen zu den von ihnen betreuten Kindern zu führen. Die Umsetzung der BEE in der Fachpraxis wird jährlich in einer Konferenz mit allen rheinland-pfälzischen Fachberatungen überprüft.

Die Einführung des rheinland-pfälzischen Bildungsplans wurde 2005 durch eine Befragung aller Einrichtungen sowie von Eltern, deren Kinder Tageseinrichtungen besuchen, wissenschaftlich begleitet (Honig u. a. 2006).

Tabelle 66: Genehmigte Plätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen von Rheinland-Pfalz 2005 bis 2009

Zeitpunkt	Anzahl genehmigter Plätze	Versorgungsquote Plätze für unter 3-Jährige (Prozent)
Februar 2005	4.965	4,8
Juli 2005	6.427	6,2
Februar 2006	7.755	7,5
August 2006	9.641	9,5
Dezember 2006	10.452	10,3
August 2007	12.697	12,9
Februar 2008	13.287	13,5
August 2008	15.906	16,1
Februar 2009	16.888	17,3
August 2009	19.907	20,5

Quelle: MBWJK 2009

6.3.3.4 Maßnahmen der Sprachförderung

Auf dem sogenannten „Bildungsgipfel“ in Dresden haben sich Bund und Länder im Oktober 2008 auf ein bundesweites Sprachförderprogramm im Vorschulbereich geeinigt. „Die Länder werden bis 2010 die Voraussetzung für verbindliche, auf alle Kinder rechtzeitig vor der Einschulung anzuwendende Sprachstandsbeobachtungen bzw. -feststellungsverfahren schaffen. Sie werden bis 2012 eine bedarfsgerechte intensiviertere Sprachförderung vor der Einschulung sicherstellen“ (Die Bundesregierung/Die Regierungschefs der Länder 2008, S. 7).

Entsprechend der Kulturhoheit der Bundesländer verfügt heute nicht nur jedes Bundesland über seinen eigenen Bildungsplan für den Elementarbereich, es werden auch unterschiedliche Verfahren der Sprachstandsfeststellung praktiziert (siehe

Tabelle 67). In Rheinland-Pfalz wurde hierfür ein eigenes Verfahren der Einschätzung des Sprachförderbedarfs entwickelt, das auf Kinder zielt, die vor der Grundschule keine Kindertageseinrichtung besucht haben.

Das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ beinhaltet schon jetzt Sprachförderung vor der Einschulung. Dabei werden zwei Module unterschieden:

- Die Basisförderung (Sprachfördermodul I) beinhaltet eine Sprachförderung von 100 Zeitstunden in einer Gruppe von mindestens fünf Kindern.
- Das Sprachfördermodul II ist zeitlich intensiver (200 Zeitstunden) und soll in einer Gruppe für mindestens vier und höchstens sechs Kinder angeboten werden.

Tabelle 67: Verfahren der Sprachstandsfeststellung und Alter der Kinder zum Erhebungszeitpunkt nach Bundesländern

Bundesland	Verfahren	Erhebungszeitpunkt Alter der Kinder in Jahren
Baden-Württemberg	HASE SETK 3-5	4 bis 5
Bayern	SISMIK	4 bis 5
Berlin	Deutsch Plus 4	5
Brandenburg	KISTE	5
Bremen	Bremer Sprachschatz/CITO-Sprachtest	5
Hamburg	HAVAS-5	5 bis 6
Hessen	KISS	5
Mecklenburg-Vorpommern	HAVAS-5	5 bis 6
Niedersachsen	Fit in Deutsch	4 bis 5
Nordrhein-Westfalen	Delfin 4	4
Rheinland-Pfalz	eigenes Verfahren (Entwicklung: Universität Koblenz-Landau, Campus Landau)	5 (nur Kinder, die keine Kindertages- einrichtung besuchen)
Saarland	HAVAS-5	5
Sachsen	SSV	4 bis 5
Sachsen-Anhalt	Delfin 4	4
Schleswig-Holstein	HAVAS-5	3 bis 5
Thüringen	–	

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008 und eigene Recherchen

Für die Durchführung der Sprachfördermaßnahmen steht jedem Jugendamtsbezirk jährlich ein bestimmtes finanzielles Budget zur Verfügung. Dieses Budget richtet sich zu 60 % nach dem Anteil des Jugendamtsbezirks an den 5-Jährigen in Rheinland-Pfalz und zu 40 % nach seinem Anteil an den Grundschulern nicht deutscher Muttersprache im Land. Die Berechnungsgrundlage für die zur Verfügung stehenden Mittel ist also klar.

Ungeklärt ist allerdings zurzeit, wie viele Kinder vor der Einschulung im Sinne des Bildungsgipfels von Dresden der gezielten Sprachförderung bedürfen. Erste Anhaltspunkte dazu bieten die jährlichen Erhebungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik. In Rheinland-Pfalz wachsen nach dieser Statistik rund 20.000 Kinder im Kindergartenalter, die Tageseinrichtungen besuchen, in Familien auf, in denen überwiegend nicht deutsch gesprochen wird (Bertelsmann Stiftung 2009). Es ist anzunehmen, dass aus dieser Gruppe ein sehr großer Teil der Kinder einer gezielten Sprachförderung bedarf. Die zweite Gruppe, deren Größe bisher allerdings kaum bekannt ist, ist die der Kinder ohne Migrationshintergrund, deren Sprachkompetenzen mit Blick auf die Einschulung als unzureichend angesehen werden müssen.

Der Anteil 5-Jähriger, welche 2008/09 an Sprachfördermaßnahmen der Module I und II teilgenommen haben, variiert regional erheblich zwischen 19% und 54% (siehe Tabelle 68). Besonders hohe Teilnahmequoten sind in den kreisfreien Städten Speyer und Pirmasens sowie in den Landkreisen Birkenfeld und Donnersbergkreis zu verzeichnen. Demgegenüber wurden die Sprachfördermaßnahmen in der Stadt Landau sowie in den Kreisen Cochem-Zell und Mainz-Bingen besonders selten in Anspruch genommen.

Strukturell zeichnen sich Gebiete mit vielen Kindern in Sprachfördermaßnahmen durch

- hohe Arbeitslosigkeit ($r = .56$),
- niedrige durchschnittliche Elterngeldbeträge ($r = -.55$) und
- eine große Industriedichte ($r = .45$) aus.

Außerdem weist der Child-Well-being-Index, der die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume der Kinder zusammenfassend beschreibt, in diesen Regionen von Rheinland-Pfalz auf ziemlich ungünstige Verhältnisse hin ($r = -.47$).

Tabelle 68: Anteil 5-Jähriger in Maßnahmen der Sprachförderung 2008/09

Verwaltungsbezirk	Prozent
Speyer Stadt	54
Birkenfeld	51
Pirmasens Stadt	48
Donnersbergkreis	46
Ludwigshafen Stadt	45
Koblenz Stadt	44
Trier Stadt	43
Kaiserslautern Stadt	42
Westerwaldkreis	40
Worms Stadt	40
Neustadt Stadt	39
Vulkaneifel	37
Rhein-Hunsrück-Kreis	36
Rhein-Lahn-Kreis	36
Zweibrücken Stadt	36
Südwestpfalz	35
Germersheim	33
Mainz Stadt	33
Altenkirchen	32
Bernkastel-Wittlich	32
Eifelkreis Bitburg-Prüm	32
Kaiserslautern	32
Neuwied	32
Ahrweiler	31
Mayen-Koblenz	31
Rhein-Pfalz-Kreis	31
Südliche Weinstraße	30
Bad Kreuznach	29
Frankenthal Stadt	29
Alzey-Worms	27
Bad Dürkheim	27
Kusel	26
Trier-Saarburg	25
Cochem-Zell	23
Mainz-Bingen	23
Landau Stadt	19

Quelle: MBWJK 2009

Wider Erwarten zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Anteil der Kinder in Sprachfördermaßnahmen und der Quote der Kinder mit Migrationshintergrund. Danach scheint in vielen Gebieten von Rheinland-Pfalz die Sprachförderbedürftigkeit von Kindern eher aus der benachteiligten sozialen Lage ihrer Familien als aus einem Migrationshintergrund zu resultieren. Zumindest lassen die vorliegenden Daten den Schluss zu, dass sich die aktuelle Sprachförderpraxis nicht in erster Linie daran orientiert, ob in den Familien überwiegend deutsch gesprochen wird oder nicht.

Für die Maßnahmen zur Sprachförderung und Schulvorbereitung stellt das Land jährlich über 6 Mio. Euro bereit (nach Auskünften des MBWJK).

6.3.3.5 Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte

Rheinland-Pfalz zählt zu den Bundesländern, die bei der Umsetzung ihrer Bildungspläne vor allem auf die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen setzen (Bertelsmann Stiftung 2009). Für die Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten gibt das Land jährlich 2 Mio. Euro aus (MBWJK 2007, S. 25). Die Zahl der Teilnehmenden an vom Land geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen“ (BEE) ist mit Einführung des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ab 2006 bis 2008 von rund 14.000 auf über 25.000 gestiegen. Diese Zahlen belegen die hohe Weiterbildungsbereitschaft der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten von Rheinland-Pfalz.

2006 wurden die drei Fortbildungsmodule „Arbeiten mit Zweijährigen in Kindergartengruppen“, „Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung von Kindern“ sowie „Musik“ von den Fortbildungsinteressenten am häufigsten gewählt (siehe Tabelle 69). In den beiden Folgejahren verlor die musikalische Fortbildung anteilmäßig an Bedeutung. Im Gegenzug ist das Thema „Förder-

ung von lernmethodischer Kompetenz“ bei den pädagogischen Fachkräften in Rheinland-Pfalz auf wachsendes Interesse gestoßen.

2008 entfielen etwa gleich große Anteile der Teilnehmenden auf die drei Fortbildungsmodule „Arbeiten mit Zweijährigen“, „Beobachtung und Dokumentation“ sowie „Lernmethodische Kompetenz“. Die Inhalte der BEE, welche nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung bei der Bildungsarbeit in den Einrichtungen eine sehr geringe Rolle spielen, nämlich Medienerziehung und der Bereich Mathematik, Naturwissenschaft, Technik (Honig u. a. 2006), waren auch bei der Weiterqualifizierung in den Jahren 2006 bis 2008 wenig gefragt.

Das geringere Interesse der pädagogischen Fachkräfte an Medienerziehung wird auch durch eine neuere Befragung von Erzieherinnen und Erziehern in Nordrhein-Westfalen unterstrichen. „Medienerziehung wird von den Erzieherinnen zwar für einigermaßen wichtig angesehen, rangiert dabei jedoch auf dem letzten Rang unter allen in der Befragung thematisierten Förderbereichen“ (Six/Gimmler 2007, S. 3).

Dass die Vermittlung von Medienkompetenz in den Bildungskonzepten der Fachkräfte eine so geringe Rolle spielt, dürfte auch damit zusammenhängen, dass dieser Bildungsbereich im Rahmenplan zur Erzieherausbildung bis jetzt keine zentrale Rolle spielt (Kultusministerkonferenz 2000). Immerhin haben sich im Zeitraum von 2006 bis 2008 in Rheinland-Pfalz rund 800 Erzieherinnen und Erzieher mit dem Thema Kinder und (neue) Medien intensiver befasst.

Tabelle 69: Teilnehmende an geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen“ nach Veranstaltungsmodulen 2006 bis 2008

Modul		2006		2007		2008	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
P1	Beobachtung und Dokumentation	2.380	17,2	2.646	14,3	2.450	11,2
P2	Sprachförderung und interkulturelle Kompetenz	1.119	8,1	1.707	9,2	1.628	7,4
P3	Arbeiten mit Zweijährigen in KiGa-Gruppen	2.464	17,8	2.426	13,1	2.478	11,3
P4	Lernmethodische Kompetenz	1.019	7,3	1.827	9,9	2.567	11,7
P5	Kooperation, Kommunikation und Koordination	805	5,8	1.504	8,1	2.334	10,7
W1	Sozioökonomische Lebenslagen	285	2,0	221	1,2	357	1,6
W2	Geschlechtssensible Pädagogik	535	3,8	415	2,2	452	2,1
W3	Krippenpädagogik	361	2,6	454	2,4	728	3,3
W4	Hortpädagogik	41	0,3	108	0,6	206	0,9
W5	Altersgemischte Gruppen	179	1,3	482	2,6	782	3,6
T1	Wahrnehmung	308	2,2	349	1,9	675	3,1
T2	Sprache	53	0,4	623	3,4	757	3,4
T3	Bewegung	278	2,0	499	2,7	378	1,7
T4	Künstlerische Ausdrucksformen	253	1,8	195	1,0	165	0,8
T5	Gestalterisch-kreativer Bereich	89	0,6	213	1,1	434	1,9
T6	Musikalischer Bereich	1.140	8,2	459	2,5	582	2,6
T7	Theater, Mimik, Tanz	202	1,4	194	1,0	259	1,2
T8	Religiöse Bildung	369	2,6	327	1,8	265	1,2
T9	Gestaltung von Gemeinschaft, Beziehungen	103	0,7	561	3,0	499	2,2
T10	Interkulturelles/ interreligiöses Lernen	196	1,4	140	0,8	151	0,7
T11	Mathematik, Naturwissenschaft, Technik	156	1,1	1.013	5,5	810	3,7
T12	Naturerfahrung, Ökologie	397	2,9	379	2,0	364	1,7
T13	Körper, Gesundheit, Sexualität	136	0,9	394	2,1	971	4,4
T14	Medien	349	2,5	99	0,5	339	1,5
	Praxisanleitung	659	4,7	1.252	6,8	1.253	5,7
Teilnehmende insgesamt		13.876	100	18.487	100	21.884	100

Quelle: MBWJK 2009 und eigene Berechnungen; die drei am häufigsten gewählten Module sind markiert

Tabelle 70: Konsultationskindertagesstätten nach Verwaltungsbezirken, Orten und Themenschwerpunkten

Verwaltungsbezirk	Ort	Themenschwerpunkt
Kaiserslautern, Stadt	Kaiserslautern	Integration von Zweijährigen im Kindergarten
Ludwigshafen, Stadt	Ludwigshafen	Sprachentwicklung und Sprachförderung
Mainz, Stadt	Mainz	Partizipation von Kindern
Speyer, Stadt	Speyer	Integration von beeinträchtigten Kindern
Bernkastel-Wittlich	Wittlich-Neuerburg	Beobachtung und Dokumentation von Bildung und Entwicklung
Eifelkreis Bitburg-Prüm	Bitburg	Beobachtung und Dokumentation von Bildung und Entwicklung
Mainz-Bingen	Stadecken-Elsheim	Medienerziehung und Medieneinsatz in Kindertagesstätten
Neuwied	Melsbach	Integration von Zweijährigen im Kindergarten
Rhein-Lahn-Kreis	Altendiez	Übergang Kindergarten – Grundschule
Rhein-Pfalz-Kreis	Lambsheim	Beobachtung und Dokumentation von Bildung und Entwicklung

Quelle: MBWJK 2008 und eigene Darstellung

Um Anregungen und Praxisbeispiele für die Umsetzung des Bildungsplans in ihren Einrichtungen zu erhalten, stehen den pädagogischen Fachkräften in Rheinland-Pfalz zurzeit insgesamt 10 sogenannte „Konsultationskindertagesstätten“¹⁴⁵ zur Verfügung (siehe Tabelle 70). Für den Zeitraum 2011 bis 2013 können sich schon jetzt neue Referenzeinrichtungen bewerben.

Die Konsultationskindergärten werden mit einem Landeszuschuss von bis zu 15.000 Euro pro Jahr unterstützt. Zur Inanspruchnahme dieser beispielhaften Einrichtungen durch die Fachkräfte liegen allerdings keine Zahlen vor.

¹⁴⁵ Als Ergänzung zu der Landesförderung von Weiterbildungskursen und -seminaren für Erzieherinnen und Erzieher hat das Land im Rahmen der mit zwei Millionen Euro pro Jahr ausgestatteten Qualifizierungsoffensive im Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ein Netz von Konsultationskindertagesstätten installiert, welche sich durch besondere Kompetenzen und Erfahrungen auf verschiedenen Feldern auszeichnen (www.kita.bildung-rp.de).

6.3.3.6 Ausbau der Kindertagespflege

Im Vergleich mit der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen spielt die Kindertagespflege in Deutschland eine untergeordnete Rolle. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst ausschließlich Kinder in öffentlich geförderter Tagespflege nach den Meldungen der Jugendämter. 2008 befanden sich in Deutschland rund 86.000 Kinder in öffentlicher Tagespflege; in Rheinland-Pfalz waren dies knapp 3.000 (siehe Tabelle 71). Bezogen auf die rund 143.000 rheinland-pfälzischen Kinder in Tageseinrichtungen handelt es sich also um eine sehr kleine Gruppe von knapp 2 %.

Rheinland-Pfalz zählt neben Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu den drei Bundesländern, in denen die Gruppe der Kinder in öffentlicher Tagespflege zwischen 2007 und 2008 einen außergewöhnlich großen Zuwachs erhalten hat. In fast allen neuen Bundesländern sowie in den deutschen Stadtstaaten sind demgegenüber nur mäßige Steigerungsraten zu beobachten, wobei zu beachten ist, dass in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen das Ausgangsniveau vergleichsweise hoch war.

Im Bereich der öffentlich geförderten Kindertagespflege sind in Rheinland-Pfalz zurzeit rund 1.500 Tagespflegepersonen registriert. Nach einer Umfrage unter den Jugendämtern werden derzeit in den rheinland-pfälzischen Tagespflegestellen durchschnittlich 1,9 Kinder für 4,8 Stunden pro Tag betreut (Landtag Rheinland-Pfalz 2007, S. 3).

zur Kindertagespflege teilgenommen. Nach einer Umfrage unter den rheinland-pfälzischen Jugendämtern bewegte sich die durchschnittliche Vergütung einer Tagespflegeperson 2007 zwischen 2,14 und 4,76 Euro pro Stunde und Kind (Landtag Rheinland-Pfalz 2007, S. 5).

Seit 2005 fördert das Land im Rahmen des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ die Qualifizierung von Tagespflegepersonen (Landtag Rheinland-Pfalz 2007). Die Qualifizierungsmaßnahmen richten sich nach dem vom Deutschen Jugendinstitut entwickelten Curriculum zur Fortbildung von Tagespflegepersonen mit 160 Unterrichtseinheiten. Für das Qualifizierungsprogramm stellt das Land pro Jahr rund 170.000 Euro zur Verfügung; rund 140.000 Euro kommen jährlich aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) hinzu. Bis Herbst 2009 haben insgesamt rund 3.400 Personen an den Fortbildungen

Tabelle 71: Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern 2007/08

Bundesland	2007	2008	Zuwachs Anzahl	Zuwachs in Prozent (Sortiermerkmal)
Schleswig-Holstein	2.775	4.708	1.933	69,6
Niedersachsen	4.724	7.146	2.422	51,3
Rheinland-Pfalz	1.873	2.751	878	46,9
Nordrhein-Westfalen	14.509	17.852	3.343	23,0
Bayern	6.409	7.866	1.457	22,7
Saarland	507	616	109	21,5
Sachsen	3.225	3.893	668	20,7
Deutschland	72.890	86.072	13.182	18,1
Thüringen	653	762	109	16,7
Brandenburg	3.554	3.905	351	9,9
Baden-Württemberg	13.287	14.411	1.124	8,4
Sachsen-Anhalt	299	317	18	6,0
Berlin	4.350	4.569	219	5,0
Hessen	5.856	6.141	285	4,9
Mecklenburg-Vorpommern	4.680	4.845	165	3,5
Bremen	737	756	19	2,6
Hamburg	5.452	5.534	82	1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009b und eigene Berechnungen

6.4 Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit

Zu Beginn der Vertiefung war formuliert worden, dass es in dem landes- und kommunalpolitischen Engagement für Kinder um die Gestaltung von Bedingungen für ein gelingendes Aufwachsen und eine positive Entwicklung sowie um den Ausgleich von Benachteiligungen in der frühen Kindheit geht. War in dem vorangegangenen Kapitel der Blick auf die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsbedingungen in Kindertageseinrichtung und Tagespflege gelenkt worden, wird nun im Folgenden herausgearbeitet, wie Kinder geschützt und Eltern unter den heutigen schwierigen Bedingungen verantworteter Elternschaft im Alltag und vor allem auch in Krisen unterstützt werden. Hierbei sollen sowohl die eingreifenden und kontrollierenden wie auch die unterstützenden Maßnahmen und Angebote betrachtet werden.

6.4.1 Erste Hilfe im Notfall: Inobhutnahmen

Der Kinderschutz umfasst nicht allein präventive Maßnahmen, die die Gefährdung von Kindern langfristig verhindern sollen, sondern vor allem auch Maßnahmen, die in akuten Gefährdungssituationen Kinder vor direkten schädigenden Einflüssen schützen. Die Inobhutnahme junger Menschen durch das Jugendamt (§ 42 KJHG) ist hier die zentrale Maßnahme, durch die Kinder (und Jugendliche) einer kritischen Situation direkt entzogen und bei geeigneten Personen, in Einrichtungen oder in anderen Wohnformen untergebracht werden können.

Seit 1995 werden die Inobhutnahmen durch die amtliche Statistik erfasst. Die Zahl der Inobhutnahmen variierte zwischen 23.271 im Jahr 1995 und 31.890 im Jahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009). Seit 2006 ist in Deutschland wieder eine steigende Zahl an Inobhutnahmen zu beobachten (siehe Tabelle 72). Die Steigerungsrate betrug im Bundesgebiet zwischen 2005 und 2008 25 %. In Rheinland-Pfalz war der Zuwachs mit 72 % deutlich überdurchschnittlich.

Tabelle 72: Anzahl der Inobhutnahmen 2005 bis 2008

	Deutschland	Rheinland-Pfalz
2005	25.442	524
2006	25.847	567
2007	27.757	744
2008	31.890	901

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, dass bundesweit wie auch in Rheinland-Pfalz die politischen Vorstöße zum Kinderschutz anscheinend eine erste Wirkung zeigen. Mit dem Kinderförderungsgesetz (KICK) von 2005 sowie mit dem Landeskinderschutzgesetz von 2008 sind anscheinend strukturelle Bedingungen geschaffen worden, unter denen mehr Aufmerksamkeit auf die innerfamiliären Bedingungen gelenkt wird. Ob die Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz mehr Kinder zwischen 0 und 6 Jahren in Obhut genommen werden als im Bundesdurchschnitt, eine Folge des im nächsten Absatz ausgeführten Landeskinderschutzgesetzes von 2008 ist, bleibt zu prüfen und langfristig zu evaluieren.

6.4.2 Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Nachdem in der Folge der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) von 1990 die eingreifenden staatlichen Maßnahmen reduziert und vor allem freiwillige familienunterstützende Maßnahmen etabliert worden waren, ist es angesichts einiger tragischer Fälle von Kindstötungen sowie von Kindesvernachlässigung erneut zu einer Diskussion um das staatliche Wächteramt auf der einen Seite und um den Schutz von Kindern in der Familie gekommen. 2005 ist auf Bundesebene das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) verabschiedet worden, dass unter anderem über die Ausführungen in § 8a KJHG die Wächterfunktion des Jugendamtes stärkt und die freien

und öffentlichen Träger zur Meldung im Falle vermuteter Kindeswohlgefährdung verpflichtet. Im März 2008 trat ergänzend hierzu in Rheinland-Pfalz das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) in Kraft. Mit diesem Gesetz ist der kontrollierende Charakter des Kinderschutzes unterstützt worden, wenn auch nicht in einem traditionellen eingreifenden Charakter – kombiniert sind unterstützende und kontrollierende Elemente. Die Lebensbedingungen sehr kleiner Kinder geraten damit stärker in die Aufmerksamkeit und Verantwortung der Öffentlichkeit. Das Gesetz hat zwei zentrale Zielsetzungen: 1) den Aufbau lokaler Netzwerke zum Schutz und zur Förderung der Kinder unter Leitung der Jugendämter sowie 2) die Förderung der Kindergesundheit durch ein spezielles Einladungs- und Erinnerungssystem zu den Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9, das an die Erziehungsberechtigten adressiert ist. Dadurch soll eine größere und möglichst vollständige Beteiligung der Kinder an den Früherkennungsuntersuchungen erreicht werden.

Zu den lokalen Netzwerken heißt es in § 3 LKindSchuG: „Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellen in ihrem jeweiligen Bezirk die Bildung eines lokalen Netzwerkes sicher mit dem Ziel, umfassend durch Früherkennung von Risiken für Fehlentwicklungen sowie durch rechtzeitige Förderung und Hilfe einen wirksamen Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung zu erreichen. (...) Beteiligte der lokalen Netzwerke sind insbesondere Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe, Gesundheitsämter, Sozialämter, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen der Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Beratungsstellen, Einrichtungen und Dienste zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie weitere geeignete Personen, Behörden und sonstige Organisationen.“ Zum Aufbau lokaler Netzwerke unter Leitung der zuständigen Jugendämter hat das Landesjugendamt Ende 2008 eine spezielle Handreichung vorgelegt

(Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2008).

Als ein innovatives Element des rheinland-pfälzischen Kinderschutzgesetzes kann angesehen werden, dass es in § 11 eine regelmäßige Überprüfung der Wirkungen der Gesetzgebung vorsieht. In jeder Wahlperiode hat die Landesregierung einen Bericht zum Kinderschutz vorzulegen. Der Bericht soll auf Daten der zuständigen Ämter und auf den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Evaluation beruhen. Für die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes stellt Rheinland-Pfalz in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 pro Jahr 2,77 Millionen Euro zur Verfügung (Landtag Rheinland-Pfalz 2008).

Bis Ende 2008 hatten bereits zwei Drittel der 41 rheinland-pfälzischen Jugendämter lokale Netzwerke gemäß § 3 LKindSchuG aufgebaut (MASGFF 2009b, S. 9). In über 90 % der örtlichen Netzwerke waren Hebammen, Dienste der Hilfen zur Erziehung, Polizeidienststellen, Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen und Gesundheitsämter fest eingebunden (siehe Tabelle 73).

Im Vergleich mit Daten einer aktuellen bundesweiten Erhebung zur Zusammenarbeit der Jugendämter im Bereich Früher Hilfen (Deutsches Institut für Urbanistik 2009) fällt auf, dass in Rheinland-Pfalz vor allem Hebammen, Polizei und Gesundheitsämter stärker in die Hilffsysteme vor Ort integriert sind. Andererseits zeigt der Vergleich, dass zumindest bis Ende 2008 in Rheinland-Pfalz Kinderkliniken und Sozialämter noch weniger in die Netzwerke zum Kinderschutz einbezogen waren.

Von Oktober bis Dezember 2008 wurden den 24 Gesundheitsämtern in Rheinland-Pfalz insgesamt 1.110 Fälle gemeldet, in denen Kinder nicht an Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen hatten (MASGFF 2009b, S. 16). Die Zahlen variieren zwischen zehn Fällen beim Gesundheitsamt Cochem-Zell und 140 beim für die Stadt Ludwigshafen und den Landkreis Rhein-Pfalz zuständigen Gesundheitsamt.

Tabelle 73: Kooperationspartner im Bereich Früher Hilfen 2008 (Prozent)

	Rheinland-Pfalz: Mitglieder in den lokalen Netzwerken n=27	Deutschland: Kooperationspartner der Jugendämter n=365	+/- für Rheinland-Pfalz in Prozentpunkten
Hebammen	100	87	+ 13
Dienste der Hilfen zur Erziehung	100	Keine Angabe	
Polizei	96	86	+ 10
Erziehungs- und Familienberatungsstellen	93	94	- 1
Kindertageseinrichtungen	93	93	0
Gesundheitsämter	93	80	+ 13
Kinderärzte	89	90	- 1
Schwangerschaftsberatungsstellen	89	78	+ 11
Schulen	85	79	+ 6
Kinderschutzzentren/Kinderschutzdienst	85	46	+ 39
Geburtskliniken	74	81	- 7
Suchtberatungsstellen	70	77	- 7
Frauenärzte	70	51	+ 19
Frauenhäuser	67	71	- 4
Familienbildungsstätten	59	52	+ 7
ARGE	56	77	- 21
Kinderkliniken	52	86	- 34
Kinder- und Jugendpsychiatrien	48	77	- 29
Kinder- und Jugendpsychiater	48	67	- 19
Sozialämter	44	71	- 27

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2009; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz 2009

6.4.3 Spezielle Landesprogramme im Bereich Früher Hilfen

Bereits in der Einleitung der Vertiefung zur frühen Kindheit ist hervorgehoben worden, dass es in Bezug auf den Schutz von Kindern nicht allein um kontrollierende obrigkeitstaatliche Maßnahmen geht, sondern dass vor allem auch Eltern unter den heute schwierigen Bedingungen der Elternschaft unterstützt werden sollen, damit Eingriffssituationen langfristig vermieden werden können. Seit den umfassenden Diskussionen um die Lebensbedingungen der frühen Kindheit ist auch in Rheinland-Pfalz eine ganze Reihe spezieller Landesprogramme eingeführt worden.

Rheinland-Pfalz beteiligt sich mit den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen am Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“. Die Ziele des Modellprojekts werden in einer Übersicht des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen so beschrieben: „„Guter Start ins Kinderleben‘ ist ein Modellprojekt zur frühen Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen in prekären Lebenslagen und Risikosituationen. Es dient insbesondere der Prävention von Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung im frühen Lebensalter. Ziel des Modellprojekts ist es, belastete Eltern, wie etwa sehr junge und alleinerziehende Mütter, früh zu unterstützen“ (Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2008, S. 19).

Das Modellprojekt steht unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Jörg M. Fegert und Prof. Ute Ziegenhain. Es beinhaltet eine wissenschaftliche Begleitung, bei der die Wirksamkeit verbesserter Versorgungsstrukturen und Netzwerke empirisch überprüft wird. In Rheinland-Pfalz wurden die kreisfreien Städte Ludwigshafen und Trier als Projektstandorte ausgewählt. Das Modellprojekt wird mit Mitteln des Landes und des BMFSFJ gefördert.

An „Guter Start ins Kinderleben“ sind seit Herbst 2009 neben vier Kliniken in den Städten Ludwigshafen und Trier 13 weitere Geburtskliniken beteiligt. Sie befinden sich in den kreisfreien Städten Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Mainz, Pirmasens und Speyer sowie in den Landkreisen Cochem-Zell, Donnersbergkreis, Mainz-Bingen, Neuwied (2 Kliniken) und Westerwaldkreis. Das MASGFF fördert die am Modellprojekt teilnehmenden Kliniken mit jeweils 20.000 Euro. In diesen insgesamt 17 rheinland-pfälzischen Geburtskliniken wird bei allen Geburten ein sogenannter „Screening-Bogen“ eingesetzt, um frühzeitig zu erkennen, ob die betreffenden Eltern Unterstützung und Förderung benötigen.

Ein bundesweiter Überblick des Deutschen Jugendinstituts zu Frühen Hilfen nennt für Rheinland-Pfalz zwei weitere Programme: „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ und „Frühkindliche entwicklungspsychologische Beratung“ (Deutsches Jugendinstitut 2006). Im Rahmen des ersten Programms werden landesweit Hebammen dafür fortgebildet, junge Eltern auch nach der Geburt ihres Kindes weiter zu begleiten und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Adressaten sind vor allem junge Familien und junge Mütter, die besonders auf Unterstützungsstrukturen und individuelle Hilfestellungen angewiesen sind. Im Rahmen von „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ wurden bis jetzt rund 250 Fachkräfte fortgebildet (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a, S. 36).

6.4.4 Familienunterstützende Angebote, Einrichtungen und Netzwerke und die Bedarfslagen junger Familien

Neben den zuvor aufgeführten klassischen Schutzmaßnahmen sowie den speziellen Landesprogrammen bietet Rheinland-Pfalz ein breites Spektrum präventiver familienunterstützender Angebote und Einrichtungen (Landtag Rheinland-Pfalz 2009a). Kenntnisse zur Vernetzung und Kooperation dieser Angebote liegen zurzeit nur unzureichend vor und auch eine regional gegliederte Statistik zu familienunterstützenden Einrichtungen war bislang nicht vorhanden. Auf Basis von Adressenlisten der verschiedensten Stellen konnte eine solche aufgebaut werden, um einen regional gegliederten Überblick zu den Angebotsstrukturen zu erhalten. Hierbei schauen wir aus der Perspektive von Familien lediglich auf das Vorhandensein oder das Fehlen von Institutionen – denn es geht darum, ob in individuellen und familialen Problemlagen überhaupt eine Institution erreichbar ist, die niedrigschwellig Hilfe leisten kann.

Die folgende Analyse konzentriert sich daher auf zentrale, grundlegende, präventive familienunterstützende Angebote in Rheinland-Pfalz. Ausgewählt wurden solche Einrichtungen und Netzwerke, die Eltern und Kindern im Erziehungs- und Familienalltag eine leicht zugängliche Hilfe anbieten. Es sind also präventive, teils niedrigschwellige und vor allem für jedermann ohne vorherige Bedarfsprüfung erreichbare Angebote und Einrichtungen ausgewählt worden, in denen Unterstützung und Beratung in allen den Familien-, Partnerschafts- und Erziehungsalltag betreffenden Angelegenheiten geleistet werden kann. Der zentrale Unterschied zu den Hilfen zur Erziehung besteht darin, dass es hier nicht um ein bedarfsgeprüftes, durch das Jugendamt auf der Basis eines Hilfeplans vermitteltes individuelles Hilfeangebot geht. In diesem Sinne wurden folgende Angebote, Einrichtungen und Netzwerke einbezogen:

1. Schwangerschaftsberatungsstellen,
2. Sozialpädiatrische Zentren mit Frühförderstellen (SPZ/FF)¹⁴⁶,
3. Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen,
4. Erziehungsberatungsstellen,
5. Familienzentren,
6. Häuser der Familie,
7. Lokale Bündnisse für Familie¹⁴⁷ sowie
8. Familienbildungsstätten.

Bei „Familienzentren“ und „Häusern der Familie“ handelt es sich um spezifisch rheinland-pfälzische Angebote. Als „Familienzentren“ werden in Rheinland-Pfalz, anders als etwa in Nordrhein-Westfalen (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2007), Einrichtungen bezeichnet, in denen Familien für andere Familien ehrenamtlich aktiv werden. Diese Familienzentren bieten Eltern eine Begegnungsstätte, bei denen es neben gemeinsamer Freizeitgestaltung auch um Unterstützung und Hilfe gehen kann. Ein „Vernetzungsbüro“ bietet landesweit Hilfen zum Aufbau dieser Zentren. Die „Häuser der Familie“ bieten generationenübergreifend Dienste für Familien „unter einem Dach“ an (MASGFF 2006a, 2009a).

Zur finanziellen Förderung familienunterstützender Dienste durch das Land liegen nur teilweise Zahlen vor. Nach dem Landesjugendplan standen

¹⁴⁶ In den acht rheinland-pfälzischen SPZ/FF können Kinder und Jugendliche aller Altersstufen mit Auffälligkeiten in allen Entwicklungsbereichen, drohenden und bereits bestehenden Behinderungen ambulant vorgestellt werden.

¹⁴⁷ Bei der Erstellung des Berichts hat die Einbeziehung der „Lokalen Bündnisse für Familien“ als ein familienunterstützendes Angebot Irritationen hervorgerufen. In der Tat entspricht dieses Bündnis nicht dem üblichen Angebotskatalog, wie er bspw. im KJHG zu finden ist. Allerdings haben diese freiwilligen Bündnisse, in die regional-spezifisch bspw. Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Kindertagesstätten, Kulturvereine, Schulen, Wohnungsunternehmen, Betriebe etc. einbezogen sind, durchaus einen familienunterstützenden Charakter: So werden bspw. Dienstleistungsbörsen, Betreuungsbörsen, Babysittervermittlungen und -schulungen, Fahrdienste, Veranstaltungsreihen und Informationsdienste angeboten (<http://www.familienservice-rlp.de>). Die Möglichkeit, auf solche regionalen Unterstützungsleistungen zurückgreifen zu können, wertet die Projektgruppe als eine wichtige und vor allem wohnortnahe Quelle der Entlastung für Familien mit kleinen Kindern.

Abb. 160: Finanzielle Förderung familienunterstützender Dienste nach Landesjugendplan 2008



2008 für Schwangerschaftsberatungsstellen 4,4 Mio. Euro, für Erziehungsberatungsstellen 2,3 Mio. Euro und für Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen 1,3 Mio. Euro zur Verfügung (MBWJK 2007a). Die auf ehrenamtlicher Basis tätigen Familienzentren wurden lediglich mit 50.000 Euro gefördert (Abbildung 160).

Insgesamt betrachtet ist Rheinland-Pfalz am besten mit Schwangerschaftsberatungsstellen, Erziehungsberatungsstellen sowie Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen versorgt (siehe Tabelle 74). Das Angebot an Familienzentren und Familienbildungsstätten ist demgegenüber nicht flächendeckend; das heißt, es gibt einige Verwaltungsbezirke, in denen diese Institutionen unterstützungsbedürftigen Familien nicht zur Verfügung stehen.

Tabelle 74: Familienunterstützende örtliche Institutionen nach Verwaltungsbezirken

	1 Schwan- gerschafts- beratungs- stellen	2 SPZ/FF ¹	3 Ehe-, Familien-, Lebens- beratung	4 Erziehungs- beratungs- stellen ¹	5 Familien- zentren	6 Häuser der Familie	7 Lokale Bündnisse für Familie	8 Familien- bildungs- stätten
Frankenthal Stadt	●	●		●		●	●	
Kaiserslautern Stadt	●	●	●	●		●	●	●
Koblenz Stadt	●	●	●	●		●	●	●
Landau Stadt	●	●	●	●		●		●
Ludwigshafen Stadt	●	●	●	●		●	●	●
Mainz Stadt	●	●	●	●		●	●	●
Neustadt Stadt	●	●	●	●		●	●	
Pirmasens Stadt	●	●	●	●		●		●
Speyer Stadt	●	●	●	●	●	●	●	
Trier Stadt	●	●	●	●	●	●	●	●
Worms Stadt	●		●	●	●	●	●	
Zweibrücken Stadt	●	●		●		●		
Ahrweiler	●	●	●	●	●	●		●
Altenkirchen	●		●	●		●	●	
Alzey-Worms	●	●		●		●		
Bad Dürkheim	●			●		●	●	
Bad Kreuznach	●	●	●	●		●	●	●
Bernkastel-Wittlich	●	●	●	●		●	●	
Birkenfeld	●	●		●		●		
Cochem-Zell	●	●	●	●		●		
Donnersbergkreis	●	●		●	●	●	●	
Eifelkreis Bitburg-Prüm	●	●	●	●		●		●
Germersheim	●	●	●	●	●	●		
Kaiserslautern	●	●	●			●	●	
Kusel	●	●		●		●	●	
Mainz-Bingen	●		●	●	●	●	●	
Mayen-Koblenz	●	●	●	●	●	●	●	●
Neuwied	●	●	●	●		●	●	●
Rhein-Hunsrück-Kreis	●	●	●	●		●	●	●
Rhein-Lahn-Kreis	●	●	●	●	●	●	●	
Rhein-Pfalz-Kreis	●	●			●	●	●	
Südliche Weinstraße	●					●	●	
Südwestpfalz			●			●	●	
Trier-Saarburg		●	●	●		●	●	
Vulkaneifel	●	●		●		●		
Westerwaldkreis	●	●	●	●		●	●	●
Anzahl Bezirke	34	30	26	32	10	36	26	14

● mindestens eine Einrichtung dieser Art vorhanden

¹⁾ Einschließlich Außenstellen.

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2009a; www.fruehgeborene-rlp.de; eigene Berechnungen

Die Mehrheit der kreisfreien Städte bietet ein breites Spektrum an familienunterstützenden Einrichtungen. Schwach ausgebaute Unterstützungsstrukturen zeigen sich lediglich in den kreisfreien Städten Frankenthal und Zweibrücken (lediglich 4 von 7 Angeboten). In den Landkreisen von Rheinland-Pfalz befinden sich die Unterstützungsstrukturen in der Regel auf einem mittleren, durchschnittlichen Niveau. Die Landkreise Ahrweiler, Bad Kreuznach, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück, Rhein-Lahn und Westerwald verfügen demgegenüber mit mindestens 6 von 7 Angeboten über relativ gut ausgebaute Unterstützungssysteme, welche dem Regelangebot in den Großstädten von Rheinland-Pfalz entsprechen (siehe Tabelle 75).

Gebiete mit gut ausgebauten Unterstützungsstrukturen zeichnen sich durch eine hohe Geburtenquote ($r = .48$), einen hohen Anteil unter 3-Jähriger an der Gesamtbevölkerung ($r = .47$), große Bevölkerungsdichte ($r = .37$) sowie relativ viele Kinder mit Migrationshintergrund ($r = .40$) aus. Mit anderen Worten: Die Hilfsangebote für Familien sind in der Regel dort besonders vielfältig, wo – speziell in Familien mit Zuwanderungsgeschichte – relativ viele Kinder geboren werden und wo besonders viele Familien mit Kleinkindern leben. Die Unterstützungsstrukturen entsprechen also im Allgemeinen der erwartbaren Bedarfslage junger Familien mit kleinen Kindern.

Tabelle 75: Vielfalt familienunterstützender Einrichtungen nach Verwaltungsbezirken

von 8 Arten familienunterstützender Einrichtungen sind im Verwaltungsbezirk vorhanden			
	3 bis 4	5 bis 6	7 bis 8
Kreisfreie Städte	Frankenthal Zweibrücken	Landau Neustadt Pirmasens	Kaiserslautern Koblenz Ludwigshafen Mainz Speyer Trier Worms
Anteil der Städte	17 %	25 %	58 %
Landkreise	Alzey-Worms Birkenfeld Cochem-Zell Kusel Rhein-Pfalz Südliche Weinstraße Südwestpfalz Vulkaneifel	Ahrweiler Altenkirchen Bad Dürkheim Bernkastel-Wittlich Donnersbergkreis Eifelkreis Bitburg-Prüm Germersheim Kaiserslautern Mainz-Bingen Neuwied Rhein-Hunsrück Rhein-Lahn Trier-Saarburg Westerwaldkreis	Bad Kreuznach Mayen-Koblenz
Anteil der Kreise	33 %	58 %	8 %
Summe der Bezirke	10	17	9

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz 2009a und eigene Berechnungen

Tabelle 76: Child-Well-being-Index und Angebot familienunterstützender Einrichtungen nach Verwaltungsbezirken

Child-Well-being-Index: Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume von Kindern	von 8 Arten familienunterstützender Einrichtungen sind im Verwaltungsbezirk vorhanden	
	bis 5	6 und mehr
Unteres Drittel der Bezirke	Frankenthal Stadt Pirmasens Stadt Zweibrücken Stadt Altenkirchen Südwestpfalz	Kaiserslautern Stadt Koblenz Stadt Ludwigshafen Stadt Worms Stadt Ahrweiler Bad Kreuznach Donnersbergkreis Neuwied
Mittleres Drittel der Bezirke	Landau Stadt Neustadt Stadt Birkenfeld Kaiserslautern Kusel Rhein-Pfalz Südliche Weinstraße Vulkaneifel	Speyer Stadt Trier Stadt Mayen-Koblenz
Oberes Drittel der Bezirke	Alzey-Worms Bad Dürkheim Cochem-Zell Eifelkreis Bitburg-Prüm Mainz-Bingen Trier-Saarburg	Mainz Stadt Bernkastel-Wittlich Germersheim Rhein-Hunsrück Rhein-Lahn Westerwaldkreis

Quellen: Landtag Rheinland-Pfalz 2009a und eigene Berechnungen

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn man die Unterstützungsstrukturen vor dem Hintergrund der Lebenslagen von jungen Familien und Kindern in den jeweiligen Regionen betrachtet. Zunächst ist festzustellen, dass das Angebot an familienunterstützenden Einrichtungen in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Child-Well-being-Index steht, der die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume von Kindern in den einzelnen Regionen zusammenfassend beschreibt. Das heißt also: Das rheinland-pfälzische Unterstützungssystem für junge Familien reagiert zwar auf das unterschiedliche generative Verhalten in den Regionen, es ist aber im Allgemeinen unsensibel für die Problemlagen der dort wohnenden jungen Familien. Diese Aussage wird im Folgenden empirisch belegt.¹⁴⁸

¹⁴⁸ Anzumerken sei an dieser Stelle, dass in allen Jugendamtsbezirken der Rechtsanspruch von Eltern auf Hilfen zur Erziehung realisiert wird, allerdings sind diese – wie bereits oben formuliert – bedarfsgeprüfte und über das Jugendamt vermittelte Maßnahmen, die nicht den hier zugrundegelegten Kriterien des offenen Angebots für jedermann entsprechen.

Die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume von Kindern befinden sich nach dem Child-Well-being-Index in 13 Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz im unteren Drittel. Würde das Unterstützungssystem für junge Familien angemessen auf diese Situation reagieren, müssten die Unterstützungsstrukturen hier besonders gut ausgebaut sein (mindestens 6 von 7 Angeboten). Daran gemessen zeigt sich aber faktisch in den kreisfreien Städten Frankenthal, Pirmasens und Zweibrücken sowie in den Landkreisen Altenkirchen und Südwestpfalz ein gering ausgebautes Unterstützungssystem für junge Familien.

Von diesen fünf Regionen kann die kreisfreie Stadt Frankenthal aus der weiteren Betrachtung ausgeschlossen werden, weil sich in unmittelbarer Nähe die Großstadt Ludwigshafen mit gut ausgebauten Unterstützungsstrukturen befindet (siehe Tabelle 76).

Es bleiben der Landkreis Altenkirchen im Westerwald (642 km²) und ein sehr großes Gebiet im Südwesten von Rheinland-Pfalz mit den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken sowie dem Kreis Südwestpfalz (insgesamt 10.886 km²) als Regionen, in denen die Unterstützungssysteme für junge Familien dem Bedarf wahrscheinlich nicht entsprechen. Gleicht man also die Daten

aus dem Child-Well-being-Index und die Daten zu den Unterstützungsstrukturen in den Regionen ab, kommt man zu dem Ergebnis der strukturellen Unterversorgung in einigen Regionen. Es gibt also zumindest nach den Maßen des Child-Well-being-Index in Rheinland-Pfalz erkennbar Regionen, deren Unterstützungssysteme gezielt weiter ausgebaut werden sollten.

6.5 Zusammenfassung und Empfehlungen

Die vorangegangenen Ausführungen in Bezug auf die Dimension der Erziehung, Bildung und Betreuung in den Institutionen der frühen Kindheit sowie in Bezug auf die Dimension der Förderung, der Hilfe und des Schutzes in der frühen Kindheit haben Erkenntnisse hervorgebracht, die für die Realisierung des verfassungsmäßigen Auftrags der Landespolitik, strukturelle Bedingungen zur Umsetzung der Rechte von Kindern auf Bildung und Entwicklung, Entfaltung und Schutz zu schaffen, von großer Bedeutung sind.

Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist, dass das Land Rheinland-Pfalz bei der Kindertagesbetreuung eine hohe Versorgungsquote aufweist und dass der Betreuer-Kind-Schlüssel überdurchschnittlich gut ausfällt. Auch die Anstrengungen im Bereich der Fortbildung der Fachkräfte – zum Beispiel in Hinblick auf Fortbildungen im Bereich der Beobachtung und Dokumentation – sind hervorzuheben.

Die Vertiefung hat durch den regional differenzierenden Ansatz als weiteres ergeben, dass die darüber hinausgehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote für Familien in der Regel dort besonders vielfältig sind, wo relativ viele Kinder geboren werden und wo besonders viele Familien mit Kleinkindern leben. Die familienunterstützenden Strukturen entsprechen also im Allgemeinen der erwartbaren Bedarfslage junger Familien. Viele Kinder und Familien treffen daher auf vergleichsweise gute strukturelle Bedingungen der Bildung, Erziehung, Betreuung, des Schutzes und der Hilfe.

Ein verändertes Bild zeigt sich hingegen, wenn man die Unterstützungsstrukturen vor dem Hintergrund der Lebenslagen von jungen Familien und Kindern in den jeweiligen Regionen betrachtet. Zunächst ist festzustellen, dass das Angebot an familienunterstützenden Einrichtungen in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Child-Well-being-Index steht, der die Lebensbedingungen, die Wohlfahrt und die Handlungsräume von Kindern in den einzelnen Regionen zusammenfassend beschreibt. Das heißt also: Das rheinland-pfälzische Unterstützungssystem für junge Familien reagiert zwar auf das unterschiedliche generative Verhalten in den Regionen, es entspricht aber nicht im gleichen Maße den regionalen Bedarfs- und Problemlagen von Familien mit kleinen Kindern.

Dies betrifft insbesondere einige Regionen, die nach dem Child-Well-being-Index verhältnismäßig ungünstige Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern aufweisen. Die Förderbedingungen weisen häufig keine regionale Sensibilität auf, die auf einen Ausgleich der strukturellen Benachteiligungen einiger Regionen abzielen. Insofern treffen benachteiligte Familien in bestimmten Regionen, wie im einzelnen gezeigt werden konnte, auf unzureichende Unterstützungsstrukturen – die Möglichkeiten einer Verbesserung struktureller Bedingungen des Aufwachsens durch eine entsprechende politische Steuerung und Gestaltung des Unterstützungssystems wären zukünftig zu nutzen.

1. Vor diesen Hintergrund erscheint es dringend geboten, dass beim fortschreitenden quantitativen und qualitativen Ausbau des Netzes von Kindertagesstätten und Tagespflege auf der einen Seite sowie von weiteren familienbezogenen Unterstützungssystemen auf der anderen Seite die regionalen Bedarfslagen besser berücksichtigt werden. Insbesondere in strukturschwachen Regionen sowie in Regionen, in denen der Child-Well-being-Index vergleichsweise ungünstige Rahmenbedingungen des Aufwachsens anzeigt, muss der Ausbau der Kindertageseinrichtungen in mehrfacher Perspektive besondere Aufmerksamkeit erfahren. Es sollten hinsichtlich der Bedarfslagen der Familien der Stellenschlüssel, die Personalstruktur (Qualifikationen), die Öffnungszeiten sowie die pädagogischen Angebots- und Förderstrukturen den jeweils besonderen regionalen Bedarfslagen angepasst werden. Weitere den Familienalltag unterstützende Systeme müssen teilweise erst aufgebaut werden. Hierfür sind unter Umständen regionalbedarfsbezogene Sondermittel zur Verfügung zu stellen, um bereits stark belastete Kommunen und Gemeinden zu unterstützen. Auf Landesebene sollten hier bedarfssensible Förderstrukturen und -instrumente entwickelt werden. Daran schließt sich die Empfehlung an, dass die derzeitige Vergabepraxis von Landesmitteln und speziell von einmaligen Sondermitteln geprüft werden sollte. Es entsteht teilweise der Eindruck, dass in Regionen, in denen historisch gewachsene und stabile Unterstützungsnetzwerke bestehen, besonders viele Fördermittel abgerufen werden (können). Dies hat insgesamt Konsequenzen für Kinder in benachteiligten Regionen.
2. Die Analysen der unterschiedlichen institutionellen Betreuungsarrangements sowie der Bedarfslagen von Familien haben gezeigt, dass damit zu rechnen ist, dass der Bedarf an außerfamiliärer Betreuung und Erziehung steigen wird. Dies gilt zum einen für Kinder unter drei Jahren – insbesondere in den Städten haben sich die Lebensplanungsmuster von jungen

Frauen erheblich verändert. Dies trifft zum anderen aber auch auf die Betreuung der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren zu, denn ein Halbtagsplatzangebot, späte Öffnungs- und frühe Schließzeiten, wie auch die Schließung über Mittag, sind nicht auf die Bedürfnisse von berufstätigen Müttern und Vätern zugeschnitten. Es geht also darum, auf den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen und Betreuungszeiten angemessen und rechtzeitig zu reagieren. Bei einem solchen komplexen landesweiten Ausbau sind allerdings folgende Perspektiven zu berücksichtigen:

- a) Es geht aus der Perspektive von Eltern um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Geschlechtergerechtigkeit und eine partnerschaftliche Arbeitsteilung,
- b) aus der Perspektive von Kindern um einen lebhaften und stressfreien Alltag in Familie und Kindertageseinrichtung bzw. Tagespflege sowie
- c) aus der Perspektive der pädagogischen Einrichtungen um Arbeitsstrukturen im Alltag sowie im Jahresverlauf, in denen die pädagogischen Zielsetzungen auch bei größtmöglicher Flexibilisierung von Angebotsstrukturen realisierbar bleiben müssen.

Eine Balance zwischen den Interessen der drei Gruppen muss gewahrt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine solche Balance Stress in Familien, im Alltagsleben von Kindern und in den Institutionen der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung reduziert und die Zusammenarbeit erleichtert. Eine Lebenswelt, in der die einzelnen Bereiche aufeinander abgestimmt sind und Kontinuität und Kohärenz für die Kinder herstellen, ist für die gesunde Entwicklung und Entfaltung von Kindern von hoher Bedeutung.

3. Angesichts der ausgesprochen heterogenen regionalen Lebensbedingungen in der frühen Kindheit sollte ein dauerhaftes Monitoring des Child Well-being für die Gruppe der 0- bis 6-jährigen sowie der institutionellen Strukturen

der frühen Kindheit aus regional differenzierter Perspektive eingeführt werden, damit Kinder überall in Rheinland-Pfalz unter guten Bedingungen ins Leben starten können.

4. Auch wenn die Säuglingssterblichkeit und das geringe Geburtsgewicht bei einem Teil der Lebendgeborenen im internationalen Vergleich vergleichsweise gering erscheinen, so gibt doch der seit Jahren im Bundesvergleich höhere Promillewert Anlass zum Nachdenken. Zum einen sollte hier eine regional differenzierte Forschung etabliert werden, die dieses Phänomen zu erklären sucht. Zum anderen ist es dringend geboten, die vor- und nachgeburtliche Betreuung von Familien vor allem in den Regionen zu verbessern, in denen nachgewiesenermaßen ein ausgesprochen weitmaschiges Netz an familienunterstützenden Maßnahmen besteht.
5. In den letzten Jahren wurden sowohl im Bereich der „Erziehung, Bildung und Betreuung“ als auch im Bereich „Förderung, Hilfe und Schutz in der frühen Kindheit“ verschiedene kurz- und langfristige Sonderprogramme und Fördermaßnahmen neu eingeführt. Vor allem in Bezug auf die familienunterstützenden Programme sind hier erfreuliche konzeptionelle Entwicklungen wie auch neue Finanzierungsräume entstanden. Allerdings ist die Antrags- und Förderungsstruktur des Landes Rheinland-Pfalz derzeit für die potentiellen Antragsteller und Nutzer in den Kommunen und in den unterschiedlichen betroffenen Berufsgruppen zum Teil schwer durchschaubar. Es wäre angemessen, hier eine landespolitisch verantwortete Koordinierungspolitik sowie eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit in den beiden zuständigen Ministerien (MASGFF und MBWJK) zu betreiben.

Als Weiteres erscheint es sinnvoll, in Zukunft die einzelnen Förderprogramme besser aufeinander abzustimmen. Die Antragsmöglichkeiten, Förderziele und Programme, die Zuständigkeiten und Aufgabenteilungen sollten transparent gemacht werden.

6. Erfreulicherweise werden die zentralen, in den letzten Jahren im Bereich der frühen Kindheit etablierten Programme und Maßnahmen im einzelnen evaluiert oder aber wissenschaftlich begleitet; zu benennen sind hier vor allem „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“, „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten“, „Guter Start ins Kinderleben“ und das Landeskinderschutzgesetz.

Aus der Perspektive der Lebens- und Aufwuchsbedingungen der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren sollten alle diese Maßnahmen im Hinblick auf ihre strukturellen Wirkungen in ihrem Zusammenspiel untersucht werden. Dabei sollten die langfristigen, erwarteten und nicht intendierten Folgen aller Maßnahmen für Kinder und deren Familien, für die in den Einrichtungen der frühen Kindheit beschäftigten Personen sowie für die Kommunen und Gemeinden selbst in den Blick genommen werden. Eine solche integrierte Evaluation sollte in zukünftige rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendberichte einfließen, um die weitere Landespolitik für diese Altersgruppe im Sinne einer bedarfsgerechten Infrastruktur immer wieder verbessern und an die sich verändernden Bedingungen des Aufwachsens anpassen zu können.

7. WIE KOMMEN JUNGE MENSCHEN INS ERWERBSLEBEN? ZU DEN STARTBEDINGUNGEN IM ÜBERGANG ZU AUSBILDUNG UND BERUF

7.1 Junge Menschen und ihr Start ins (Erwerbs-)Leben

Im Folgenden wird es um junge Menschen, deren Startbedingungen und vorhandene bzw. möglichst zu erwerbende „Startkapitalien“ gehen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das Erwerbsleben zu verstehen. Vorrangig geht es um den Übergang von der Schule in eine weiterführende Ausbildung, ebenso wie den in eine Erwerbstätigkeit (die sogenannte 1. und 2. Schwelle). Mit diesen Übergängen wird – über kurz oder lang – der Weg in ein eigenständiges, vom Elternhaus unabhängiges Leben bereitet. Das betrifft die selbstständige materielle Existenzsicherung und die Anerkennung als Mitglied der Gesellschaft. Ausbildung und Erwerbstätigkeit haben außerdem einen hohen Stellenwert für die Entwicklung der Persönlichkeit. Damit ist ein Merkmal angesprochen, das die Phase der Jugend an sich kennzeichnet: das der Identitätsfindung.

Es werden der Begriff der Jugend näher erläutert und die Frage nach Herausforderungen gestellt, die mit dem „Jugendlich-Sein heute“ verbunden sind. Vor diesem Hintergrund kann geklärt werden, welche Bedingungen einen jungen Menschen in die Lage versetzen, erfolgreich ins Ausbildungs- und Erwerbsleben zu starten und einen wesentlichen Schritt der Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlichen Integration zu bewältigen, und welche „Startkapitalien“ im Sinne individueller Kompetenzen und Befähigungen des Weiteren notwendig sind, um den gestellten Anforderungen

gerecht zu werden. Es wird deutlich werden, welche These dem Kapitel zugrunde liegt: Soziale Ungleichheit¹⁴⁸ bzw. mangelnde Chancengleichheit sind weiterhin deutlich ausgeprägt und ein relevantes Problem, das in der Phase des Übergangs ins Erwerbsleben offenkundig zu Tage tritt.

Die Situation junger Menschen in Rheinland-Pfalz wird hinsichtlich Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit dargestellt. Insbesondere wird stellvertretend die Gruppe der jungen Menschen mit Migrationshintergrund Erwähnung finden (siehe Exkurs), denn hier wird das Phänomen sozialer Benachteiligung weiterhin allzu deutlich. In diesem Zusammenhang kann auch für Rheinland-Pfalz ironisch festgehalten werden: „Sei weder ein junger Mensch mit Migrationshintergrund, männlich noch Mitglied einer sozial deprivierten Familie. Sei weder ohne Abschluss noch lediglich mit Sonder- oder Hauptschulabschluss. Such Dir am besten aus, woher Du kommst und wo Du lebst.“ Es geht um Voraussetzungen (bestimmte Regionen, familiärer und sozialer Hintergrund, schulische Bildung), die einen jungen Menschen unabhängig seiner persönlichen Fähigkeiten und Charakteristika in der Weise festlegen, dass der Übergang in Ausbildung und Beruf deutlich erschwert sein oder erfolgreich verlaufen kann.

¹⁴⁸ Zum Begriff der sozialen Ungleichheit vgl. Hradil 2005.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Startbedingungen und der daraus folgenden Frage nach erforderlichen Startkapitalien werden zum Schluss die Frage nach notwendiger Unterstützung seitens der Jugendhilfe aufgeworfen und Empfehlungen formuliert.

Das Kapitel ist eingebettet in den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz und damit in das theoretische Konzept des Child Well-being. Die drei Dimensionen der Lebensbedingungen, der Wohlfahrt und Handlungsräume für Kinder und Jugendliche sind auch in Bezug auf den Start

7.2 Zum Begriff der „Jugend“

Jugend ist zu einem Begriff mit einer weiten Altersspanne geworden. Zunächst war der Begriff bezogen auf eine Phase von der Pubertät bis hin zum Eintritt ins Erwachsenenalter. Dieser Eintritt war durch Merkmale wie Berufstätigkeit, Heirat und politisch-rechtliche Anerkennung der Autonomie charakterisiert, die zwar nicht zum gleichen Zeitpunkt erworben wurden, die aber von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder zu eng beieinander liegenden Zeitpunkten erfüllt wurden.

Die Jugendphase hat sich dadurch verlängert, dass die Pubertät früher eintritt. Zudem haben Konsumentenstatus und kulturelle Veränderungen zwischen Kindheit und Jugend einen neuen Typus „Kid“ entstehen lassen, der jugendkulturelle Accessoires zur Schau trägt: „Kids“ sind Modeprodukte, Gegenstand der Werbung und subjektive Übergangsgebilde.

Auf der anderen Seite ist der Übergang zum Erwachsenenstatus deutlich verändert. Jugend ist verlängerte Schuljugend durch erhebliche Steigerung der Bildungsteilhabe, Verlängerung der Schulzeit, Erhöhung des Studierendenanteils an einer Alterskohorte, Übergang eines erheblichen Teils von Schulabgängerinnen und Schulabgängern in das „Übergangssystem“ und Verlängerung der Berufseinmündung für Abgängerinnen und Abgänger auf allen Stufen des Allgemeinbildungs-

ins (Erwerbs-)Leben von Bedeutung: Bestimmte Lebensbedingungen und staatliche Maßnahmen, wie sie im Folgenden dargestellt werden, wirken sich förderlich oder hemmend auf die Teilhabe am und Integration der jungen Menschen ins Erwerbsleben aus. Daraus ergibt sich die Frage, welche Bedeutung der Einstieg in Ausbildung und Beruf für den Einzelnen gewinnt und in welcher Art dieser Übergang das individuelle Identitätskonzept beeinflusst. Dies betrifft mögliche Handlungsräume, die beim Übergang ins Erwerbsleben vorhanden sind – oder aber eben fehlen.

systems. Dies hat vielfach eine Verlängerung der Lebensphase mit ausgeprägten Ungleichzeitigkeiten zur Folge, indem ökonomische Abhängigkeit, rechtliche Autonomie, subkulturelle Diversität und soziale Freiheit in heterogenen Konstellationen koexistieren. Diese Heterogenität soll hier nicht reduziert werden, sondern als Hintergrundfolie für eine vereinfachte Begriffsverwendung dienen.

Das SGB VIII (§ 7) spricht von

- Kindern bei einem Alter bis unter 14 Jahren;
- Jugendliche sind zwischen 14 und unter 18 Jahren alt;
- junge Volljährige sind zwischen 18 und unter 27 Jahren alt;
- junge Menschen generell sind noch nicht 27 Jahre alt.

Vom „Start ins Leben“ kann natürlich ab der Geburt gesprochen werden. In diesem Kapitel ist mit dem „Start ins Leben“ kein Zeitpunkt, sondern eine Ausstattung (Kapitalien und Bedingungen) des jungen Menschen für den Übergang ins Erwachsenenalter gemeint. Diese Ausstattung beruht im entscheidenden Maße auf einem Bildungsabschluss im allgemeinbildenden Schulwesen, der zu weiteren Bildungs- oder Ausbildungswegen berechtigt, und/oder auf einem beruflich qualifizierenden Abschluss von der Berufsausbil-

dung bis hin zu einem Hochschulabschluss. Inso- weit ist – in der Altersterminologie des SGB VIII – hauptsächlich von Jugendlichen die Rede.

Da der Berufsbezug zwar vorrangig, aber nicht einzigartig ist, werden weitere Ausstattungen der jungen Menschen untersucht, von denen ange- nommen wird, dass sie Handlungsräume eröffnen und mit Anerkennung sowie Wohlbefinden bei der weiteren Lebensführung verbunden sind.

Eine engere Festlegung des kalendarischen Alters bei der Betrachtung des „Starts ins Leben“ scheidet auch deshalb aus, weil die Daten der wissen-

schaftlichen Studien und der Sozialberichterstat- tung nicht einheitlich geordnet sind. Altersklassen werden unterschiedlich gebildet je nach Daten- lage, Erhebungszweck und -regelung sowie weite- ren Übereinkünften und Stichprobendynamiken. Die mehr als eine Datengrundlage verwendende Sozialberichterstattung muss nehmen, was sie bekommt.

Deshalb wird bei einer querschnittlichen Analyse von unterschiedlichen Altersklassen, Stichproben, Erhebungsmerkmalen und -zeitpunkten die Rede sein müssen.

7.3 Jugendlich-Sein heute¹⁴⁹

Seitdem sich die Jugend als Phase zwischen Kindes- und Erwachsenenalter herausgebildet hat, sieht sie sich mit gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Erwartungen und Aufgaben an Jugendliche herangetragen werden, ist deshalb wesentlich für ein Verständnis dessen, was Jugendliche heute zu leisten haben und welche Bedeutung der Übergang von der Schule zum Ausbildungs- und Erwerbsleben vor diesem Hintergrund erhält.

Grundlegend für die Phase der Jugend ist die Integ- ration des Heranwachsenden in die Gesellschaft. Er soll Teil eines Zusammenhangs werden, dem bestimmte Regeln zugrunde liegen, um dauerhaft eine relative Stabilität zu erhalten. Erst hierdurch reproduziert sich Gesellschaft. Für den Jugendli- chen bedeutet die Notwendigkeit der Integration in das System Gesellschaft Normenkonformität. Diese erlebt er einerseits in der Reaktion auf ab- weichendes Verhalten und andererseits als ein ihm gewährleisteter Freiraum, da die Gesellschaft neben der Akzeptanz tradierter Werte immer auch Innovation, Kreativität und Rebellion gegen Be-

stehendes erwartet – Letzteres allerdings immer in gewissem, gesellschaftlich eben anerkanntem Maße, das die Gesellschaft an sich nicht in Frage stellt. Eine notwendige Integration bezieht sich aber nicht nur auf das für den Einzelnen oftmals anonym wirkende Gesellschaftssystem, sondern auch auf konkrete Sozialität. Gefordert ist das Hineinwachsen in das unmittelbare soziale Um- feld (Nachbarschaft, Gemeinde etc.), das über die Familie hinausreicht. Eine standardisierte Entwick- lung zeichnet sich hierbei insbesondere dadurch aus, dass sich Jugendliche von der Familie in Richtung Peers orientieren – zunächst emotional, später auch räumlich (vgl. auch Böhnisch/Schröer 2009, Schuster 2005).

Um in der modernen Gesellschaft einen Platz finden zu können, bedarf es der Ausformung be- stimmter Persönlichkeitseigenschaften und Kom- petenzen. Wie diese individuellen „Startkapitalien“ auszusehen haben, bleibt jedoch diffus, dies ins- besondere angesichts des sozialen Wandels. Die vielfach zitierte Beck'sche These von der Indivi- dualisierung und Pluralisierung der Lebenslagen und Lebensformen verdeutlicht, dass Individuen in der Gegenwart auf ständig sich verändernde Gegebenheiten zu reagieren haben (Beck 2003). Hinzu kommen Prozesse der Öffnung nationaler Gesellschaften, die dem Einzelnen einen immer

¹⁴⁹ Mit dem Ausdruck „Jugendlich-Sein“ wird im folgenden Text bewusst versucht, relativ nahe an der Erfahrungsebene von Jugend- lichen zu bleiben und diese gleichzeitig in allgemeinere Begriffe und Konzepte einzuordnen.

größer werdenden Bewegungs- und Möglichkeitsraum, eben Handlungsraum, schaffen, ihn jedoch auch mit der Herausforderung konfrontieren, sich für oder gegen eine vermeintlich immer notwendiger erscheinende Mobilität zu entscheiden. In welcher Weise eine Reaktion auf die angedeuteten Prozesse jedoch gelingen kann, ob diese hinreichend und adäquat für den Umgang mit der Kontingenz der Welt ist, bleibt zumeist unklar und kann sich nur situativ entscheiden. Viel zu unsicher und ungewiss erscheint das Leben; es könnte so, aber eben auch anders sein. Es erwächst daraus eine relativ unbestimmbare Menge an Herausforderungen. Notwendig erscheinen zumindest ein hohes Maß an Flexibilität, Veränderungsbereitschaft und der wie auch immer gestaltete kompetente Umgang mit Unsicherheiten.

Das Jugendalter spiegelt nicht nur in besonderer Weise wider, inwiefern der Heranwachsende zur Integration in die bestehende Gesellschaft fähig und willens ist. Eine wesentliche Aufgabe besteht auch in der Entwicklung der Persönlichkeit bzw. einer Identität (Erikson 1997). Hier verknüpfen sich gesellschaftliche Anforderungen mit individuellen Bewältigungsmöglichkeiten. Der Einzelne hat in Auseinandersetzung mit den sozialen Gegebenheiten zu einem Konzept über sich selbst zu gelangen. Indem er ein solches Identitätskonzept entwickelt, wird es ihm möglich, sich als zunehmend selbstständiges Mitglied der Gesellschaft wahrzunehmen und zu positionieren.

Eine bedeutende Rolle spielt hierbei der Umgang mit gleich- und gegengeschlechtlichen Peers; dabei geht es um die Herausbildung einer Geschlechtsidentität ebenso wie um Fragen der Zugehörigkeit, der eigenen Moralvorstellungen sowie um die eines adäquaten Bildes von sich selbst – „Wie sehe ich mich?“, „Was macht mich aus?“, „Was sind meine Prinzipien, Werte?“, „Was sind meine Stärken, Schwächen?“ (vgl. auch Baacke 1997). Verstärkt durch körperliche Veränderungen und entfacht durch neue Erfahrungen im Rahmen der Peers-Aktivitäten – z. B. dem Austesten von Grenzen bei Alkohol-/Drogenkonsum – sind mit dem Jugendalter einflussreiche und emotional

aufgeladene Veränderungen verbunden. Die Erfahrungen beinhalten ein hohes Maß an Verunsicherung und lassen den Jugendlichen nach Orientierungspunkten und stabilisierenden Mustern suchen. Angesichts der Anforderungen der modernen Gesellschaft potenzieren sich die genannten Charakteristika. Der Jugendliche ist herausgefordert, individuell nach eigenen Sinnzusammenhängen und Orientierungsmustern zu fahnden. Die Pluralität der Lebensformen, die die moderne Familie als verheiratetes Paar plus Kinder zu einer unter vielen Möglichkeiten des Zusammenlebens hat werden lassen, die Loslösung von traditionellen Werten und Normen, beispielsweise über Beruf („Wie der Vater, so der Sohn“) und Geschlechtsrollen, aber auch neue Medien, die dem Jugendlichen eine Fülle von Informationen anbieten und dies bei Bedarf non stop, die ihm aber auch neue Möglichkeiten und Plattformen der Kommunikation via Handy, Internet, Chat und gemeinsame Computerspiele schaffen sowie in nicht unbedeutendem Maße Wissen zur Verfügung stellen, die Konfrontation mit kultureller Diversität aufgrund von Migration und Prozessen der Globalisierung: All das fordert den Heranwachsenden stetig zur Auseinandersetzung und Positionierung heraus. Umso erstaunlicher erscheint es, wenn Jugendliche mit der Zeit zu einem Bild von sich, ihren Kompetenzen und Eigenheiten gelangen, demnach Selbstvertrauen entwickeln und sich als Individuen präsentieren. Erforderlich ist hierfür – neben Flexibilität und Veränderungsbereitschaft u. a. – ein Gefühl der Authentizität, Kohärenz und Beständigkeit, das der Dynamik des äußeren Lebens zu widersprechen scheint.

7.3.1 Jugendlich-Sein im Kontext des Erwerbslebens

Der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit markiert in diesem Zusammenhang den Wechsel vom Jugend- ins Erwachsenenalter und ist verbunden mit ungewohnten und neuen Erfahrungen. Der Jugendliche erlebt sich erstmals in einem neuen Kontext, der losgelöst ist von bekannten und Zugehörigkeit ermöglichenden

Strukturen der Schule. Gefühle wie Angst, Sorge, aber auch Neugierde und Zuversicht erscheinen als subjektive Reaktionen auf eine mit dem Übergang verbundene Veränderung.

Ebenso wenig wie aufgrund des gesellschaftlichen Wandels noch von einer Normalbiografie ausgegangen werden kann, ist es jedoch im Kontext von Erwerbstätigkeit möglich, von einer Normalerwerbsbiografie zu sprechen. Dies zeigen nicht nur hohe Arbeitslosenzahlen und Maßnahmen der Berufshilfe, Berufsvorbereitung oder Umschulung. Auch Einzelbiografien zeugen von der Brüchigkeit der Erwerbsbiografie. Heranwachsende sehen sich zunehmend mit einer solchen Realität konfrontiert, die sich früh in ihrer eigenen Biografie niederschlägt.

Die mit Verunsicherung behaftete Phase der Identitätsentwicklung wird damit in der Zeit des Übergangs zusätzlich durch Begrenzungen des Arbeitsmarktes erschüttert. Der fehlende Ausbildungsplatz, das Schreiben unzähliger Bewerbungen, der Verzicht auf den Traumberuf zugunsten eines Berufes, der vermeintlich größeren Erfolg im Sinne einer tatsächlichen Beschäftigung verspricht – diese Erfahrungen können das Empfinden des Heranwachsenden, die noch labile Sicherheit über sich selbst, seine Fähigkeiten und Stärken beeinträchtigen. Wenn dieses Erleben längerfristig nicht zu starker Verunsicherung und Resignation führt, wirft es zumindest Fragen der Teilhabemöglichkeit an gesellschaftlichen Prozessen auf.¹⁵⁰

Aber auch mit dem Gelingen des Übergangs in die Erwerbstätigkeit sind Anforderungen verbunden, die Heranwachsende zu bewältigen haben. In der Ökonomie werden vielfältige Erwartungen formuliert, wie Auszubildende und Arbeitnehmer zu

sein haben: flexibel, leistungsfähig im Sinne von belastbar, leistungsbereit, engagiert, zielorientiert, mobil und möglichst von Beginn an mit einem weiten Erfahrungshorizont ausgestattet etc. Dies gilt nicht ausschließlich für das Jugendalter, kann jedoch insbesondere in dieser Phase zu Verunsicherung und einem Gefühl der Unzulänglichkeit führen.

7.3.2 Teilhabe- und Verwirklichungschancen im Kontext des Erwerbslebens

Der zu bewältigende Übergang vom Bildungs- ins Ausbildungs- bzw. Erwerbssystem bedeutet demzufolge nicht nur auf individueller Ebene eine Herausforderung. Der Erwerbstätigkeit wird außerdem eine Schlüsselfunktion zugesprochen, anhand derer über die Position des Einzelnen im gesellschaftlichen Kontext entschieden wird. Dies führt einerseits zu der Frage, welche Startkapitalien dem Heranwachsenden gegeben sein müssen, um den erläuterten Übergang erfolgreich zu bewältigen. Andererseits ist nach Startbedingungen zu fragen, die die positive Gestaltung des Übergangs möglich machen.

Es ist damit auf das Konzept des Child Well-being verwiesen, das dem Bericht zugrunde liegt. Denn im Sinne der herausgearbeiteten Dimensionen geht es um bestimmte Lebensbedingungen und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen – eben Startbedingungen – sowie darüber hinausgehend um individuelle Charakteristika bzw. Befähigungen – und damit um Startkapitalien –, die dem Einzelnen in ihrem Zusammenspiel ein gewisses Maß an Verwirklichungschancen bieten und Handlungsräume eröffnen. Hat der Einzelne ausreichend Ressourcen sowie Wahlmöglichkeiten, die seinen Fähigkeiten und Wünschen entsprechen, wird er sich verwirklichen und seinem Lebenskonzept entsprechend handeln können. Bestehen jedoch Einschränkungen innerer oder äußerer Art, sind Handlungsräume nicht ausreichend gegeben, kann der Einzelne sich nicht seiner selbst getreu entwickeln.

¹⁵⁰ Es soll an dieser Stelle nicht der Eindruck vermittelt werden, der Übergang ins Erwerbsleben verlaufe immer dramatisch. Dennoch müssen sich auch erfolgreiche Jugendliche mit den Arbeitsmarktchancen auseinandersetzen. Dass Jugendliche Arbeitslosigkeit als mögliche Beeinträchtigung der eigenen Zukunft klar erkennen, aber auch als gesellschaftliches und für Jugendliche zentrales Problem wahrnehmen, stellt die 12. Shell-Studie heraus (Jugendwerk der Deutschen Shell 1997).

Neben individuellen Anpassungs- und Entwicklungserfordernissen und darauf bezogenen Leistungen ist der Blick demnach auch auf gesellschaftliche Prozesse zu richten. Denn was sich für den Einzelnen als Hindernis offenbart, wird hier zu einem sozialen Problem und lenkt die Aufmerksamkeit auf die zentrale Feststellung, dass soziale Ungleichheit und mangelnde Chancengleichheit nach wie vor stark ausgeprägt sind und an den Grundsätzen eines demokratischen und sozialen Verständnisses von Gesellschaft und Staat zweifeln lassen. Diese Problematik tritt gerade in der Phase des Übergangs in Ausbildung und Beruf zutage, und zwar bei den Jugendlichen, die nicht mit einer Mindestausstattung an Zertifikaten und Kompetenzen ins Erwachsenenalter starten.

Zusammengefasst meint „Jugend“ eine eigenständige Lebensphase, die der Entwicklung des Selbst dient. Dieses Selbst entfaltet sich unter heterogenen sozialen Bedingungen und ist durch den Erwerb von Autonomie durch die Herauslösung aus der familialen Einbindung charakterisiert. Beziehungen und Bindungen entstehen in den Relationen zu Gleichaltrigen.

Neben dieser sozialen Integration, die mit einem bestimmten Ausmaß an sozialem Kapital verbunden ist, ist die Systemintegration Bedingung für die Möglichkeit einer erfolgreich abgeschlossenen Jugendphase. Dieser „Erfolg“ ist prinzipiell relativ bezogen auf:

- die Ausgangssituation, die regelmäßig durch die ökonomische und kulturelle Position der Herkunftsfamilie bestimmt ist,
- die Dynamik der Sozialisation in Bildungsinstitutionen und
- die Generationenlagerung als die für eine bestimmte Kohorte typische Konstellation von ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen und Chancen.

Systemintegration bedeutet Teilhabe(-möglichkeiten) an den Teilsystemen moderner Gesellschaft. Schließlich entsteht im Verlauf der Jugend eine je individuell bestimmte Form der Selbst-Integration, in der die physisch-leiblich-körperlichen Aspekte einen gesundheitlichen Status präformieren und die im Wesentlichen durch das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Kohärenz charakterisiert wird.

7.4 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz im Übergang zum Erwerbsleben

Im Folgenden wird der Blick auf Daten wie den Bildungserfolg der Jugendlichen bzw. die von ihnen erreichten Abschlüsse und ihre Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gerichtet. Zunächst wird es darum gehen, allgemeine Informationen zur Lage der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz zu präsentieren. Es werden daraufhin wichtige, aber teilweise eben fehlende Startchancen thematisiert. Auf dieser Grundlage wird es möglich, die Frage nach Verwirklichungsmöglichkeiten bzw. den sich daraus ergebenden Handlungsräumen von jungen Menschen zu stellen. Es geht dabei um die Startkapitalien, die über solche der Flexibilität und relativen Spontaneität im Umgang mit Diffusität, Kontingenz und Unsicherheit hinaus notwendig erscheinen, um den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erfolgreich zu gestalten.

7.4.1 Jugendliche in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz leben derzeit rund 4.046.000 Menschen. Die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen hat mit 240.000 Personen einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 5,9 %. Seit den 1970er Jahren ist dieser Anteil deutlich zurückgegangen. 1970 lag er noch bei 7,4 %, 1987 bei 7,1 % (Statistisches Landesamt 2008l, S. 33).

Die differenzierte Betrachtung der Kreise und kreisfreien Städte zeigt, dass in den Städten Zweibrücken, Landau, Pirmasens, Frankenthal, Speyer und Neustadt a. d. Weinstraße vergleichsweise wenig Jugendliche im Alter von 15 bis unter 18 Jahren leben (zwischen 1.125 und 1.846 Personen); Ähnliches gilt für junge Menschen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren (siehe Tabelle 77, auch zum Folgenden).

Bezogen auf den Anteil der 15- bis unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung verändert sich diese Darstellung allerdings: Mit 2,5 % ist der Anteil der 15- bis unter 18-Jährigen an der Bevölkerung

in Mainz besonders niedrig. Dahinter folgen Trier, Koblenz und Kaiserslautern (Stadt) sowie Landau und Ludwigshafen. Auffällig ist, dass hier lediglich kreisfreie Städte, jedoch keine Landkreise vertreten sind. Die Bevölkerungsstruktur in den ländlichen Gebieten ist deutlich von der in den urbanen verschieden.

Die meisten Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren leben dagegen im Westerwaldkreis, in Mayen-Koblenz, Neuwied, Mainz-Bingen, Bad Kreuznach und Altenkirchen (zwischen 7.894 und 5.477 Personen). Für die Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen verschiebt sich dieses Bild: Weiterhin stehen der Westerwaldkreis und Mayen-Koblenz an der Spitze. Es folgen dann Neuwied, Mainz-Bingen, Mainz sowie Ludwigshafen.

Wirft man wiederum einen Blick auf den Anteil der 15- bis unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, so stehen die Vulkaneifel sowie Altenkirchen mit überdurchschnittlichen 4,1 % an der Spitze; es folgen der Westerwaldkreis und der Eifelkreis Bitburg-Prüm, der Donnersbergkreis sowie der Rhein-Hunsrück-Kreis.

Die Darstellung der absoluten sowie relativen Zahlen bezogen auf junge Menschen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren bzw. 18 bis 21 Jahren wirft die Frage nach der demografischen Entwicklung in Rheinland-Pfalz auf.

Der Jugendquotient¹⁵¹ betrug für Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 33,8 %. Seit den 1970er Jahren ist er deutlich gesunken. Im Vergleich dazu liegt der Altenquotient – bezogen auf Personen älter als 65 Jahre – bei 34 % und steigt seit 1985 fortwährend an. Während damals einer Person über 65 Jahren noch vier Menschen zwischen 20 und 65 Jahren gegenüberstanden, liegt das Verhältnis nun, eben-

¹⁵¹ Der Jugendquotient meint den Anteil der jungen Menschen von 0 bis 20 Jahren je 100 der 20- bis 65-jährigen Bevölkerung.

Tabelle 77: 15- bis unter 18-jährige Bevölkerung, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung und 18- bis unter 21-jährige Bevölkerung nach Verwaltungsbezirken am 31. 12. 2007

	Anzahl 15- bis unter 18-Jährige	Anteil 15- bis unter 18-Jährige in %	Anzahl 18- bis unter 21-Jährige
Frankenthal Stadt	1.521	3,23	1.654
Kaiserslautern Stadt	2.928	2,99	3.455
Koblenz Stadt	3.139	2,96	3.409
Landau Stadt	1.362	3,16	1.610
Ludwigshafen Stadt	5.218	3,19	5.783
Mainz Stadt	4.933	2,49	6.571
Neustadt Stadt	1.846	3,44	1.897
Pirmasens Stadt	1.390	3,32	1.489
Speyer Stadt	1.645	3,25	1.716
Trier Stadt	2.880	2,77	4.016
Worms Stadt	2.768	3,36	3.042
Zweibrücken Stadt	1.125	3,24	1.257
Ahrweiler	4.720	3,66	4.533
Altenkirchen	5.477	4,06	5.192
Alzey-Worms	4.779	3,80	4.674
Bad Dürkheim	4.722	3,51	4.421
Bad Kreuznach	5.757	3,66	5.640
Bernkastel-Wittlich	4.294	3,80	4.119
Birkenfeld	3.084	3,57	3.192
Cochem-Zell	2.427	3,74	2.358
Donnersbergkreis	2.993	3,84	3.022
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3.691	3,88	3.476
Germersheim	4.645	3,69	4.889
Kaiserslautern	4.130	3,83	4.020
Kusel	2.757	3,68	2.725
Mainz-Bingen	6.893	3,42	6.615
Mayen-Koblenz	7.607	3,57	7.706
Neuwied	7.011	3,82	6.837
Rhein-Hunsrück-Kreis	4.002	3,84	3.774
Rhein-Lahn-Kreis	4.546	3,60	4.463
Rhein-Pfalz-Kreis	5.279	3,54	5.127
Südliche Weinstraße	4.040	3,67	3.907
Südwestpfalz	3.774	3,71	3.628
Trier-Saarburg	5.118	3,63	4.981
Vulkaneifel	2.563	4,08	2.452
Westerwaldkreis	7.894	3,91	7.709

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen

so wie für die Gruppe der 0- bis 20-Jährigen, bei rund eins zu drei (siehe Abbildung 161).

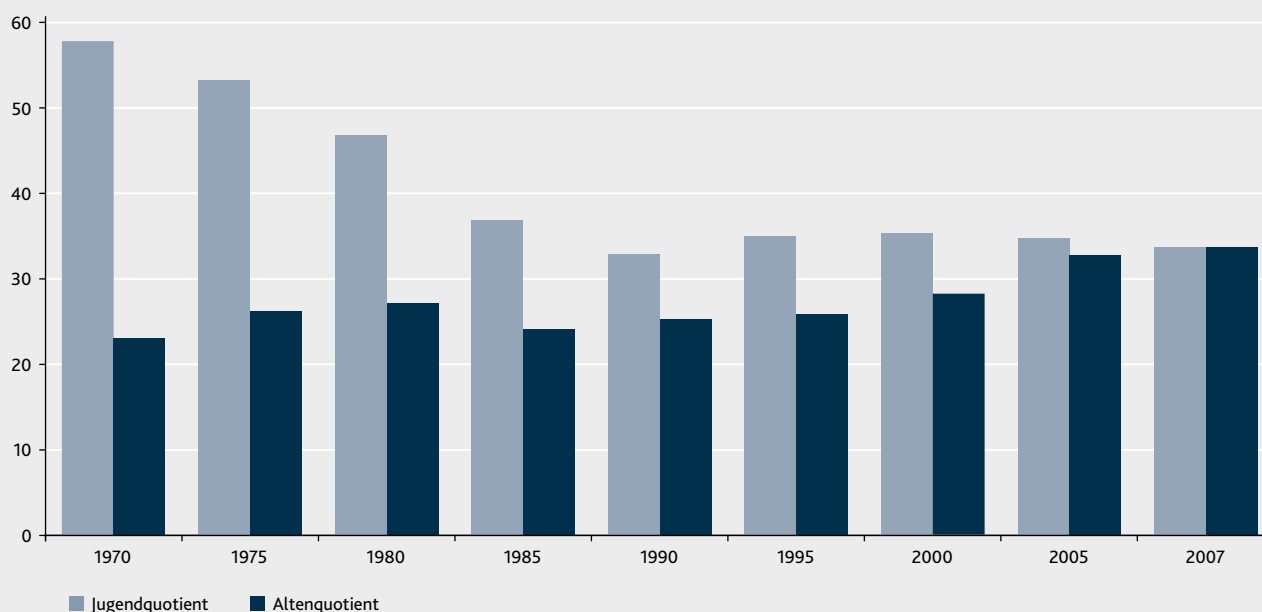
Zum Jugendquotienten liegen Zahlen auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vor, anhand derer sich zwischen den Kommunen eine maximale Differenz von über 13 Prozentpunkten zeigt. So weist Mainz einen Jugendquotienten von lediglich 25,5 % auf; es folgen Trier, Kaiserslautern (Stadt) und Koblenz. Erneut wird deutlich, dass gerade in kreisfreien Städten junge Menschen weniger zahlreich vertreten sind als in Landkreisen. Dagegen hat die Vulkaneifel einen Jugendquotienten von 38,7 %. Auch der Westerwaldkreis, Altenkirchen, Neuwied sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm haben einen vergleichsweise hohen Jugendquotienten von über 37 % (siehe Tabelle 78, auch zum Folgenden).

Das Verhältnis von jungen und älteren Menschen wird sich in Zukunft weiter zugunsten der älteren Bevölkerung verschieben. Die Bevölkerungsvoraberechnung des Statistischen Landesamtes deutet darauf hin, dass bereits 2020 der Anteil der 16- bis 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bei 3,9 %,

im Jahre 2050 nur noch bei 3,4 % bzw. 3,5 % (je nach Berechnungsvariante) liegen wird (Statistisches Landesamt 2008I, S. 34). Wenn auch zu beachten ist, dass die in die Modellrechnung einbezogenen Einflussgrößen der Geburtenrate, der Lebenserwartung und des Wanderungssaldos Veränderungen unterliegen und die Vorausberechnung auf derzeit angenommenen Werten basiert, so spiegelt sich hier die Tendenz wider, dass die junge Bevölkerung zukünftig – absolut und relativ gesehen – in erheblichem Maße schrumpfen wird. Die gravierenden Folgen für die Wirtschaft bzw. den Arbeitsmarkt sind absehbar. Die Verrentung größerer Teile der Bevölkerung wird in Kombination mit der abnehmenden Bevölkerungszahl jüngerer Kohorten zu einem erhöhten Bedarf an Arbeitskräften führen. Fraglich ist, inwieweit dieser durch immigrierende Fachkräfte kompensiert werden können.

Die Bevölkerungsprognose für die einzelnen Regionen zeigt: Zwischen 2006 und 2020 ist vor allem in der Südwestpfalz mit einem deutlichen Rückgang der 15- bis 18-jährigen Bevölkerung von 37,3 % zu rechnen. Das ist weit über ein Drittel

Abb. 161: Jugend- und Altenquotient 1970 bis 2007 in %



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Darstellung

der jungen Bevölkerung. Es folgen Kusel mit 34,7 %, Pirmasens und Birkenfeld. In der Vulkaneifel verringert sich die Zahl der jungen Menschen in dieser Altersgruppe nach Vorausberechnungen um 32,2 %, im Landkreis Kaiserslautern um 30,4 %. Am anderen Ende der Skala befinden sich mit Abstand Mainz und Mainz-Bingen. Hier fällt der voraussichtliche Rückgang der Bevölkerung deutlich geringer aus und liegt im Alter von 15 bis 18 Jahren bei 11,6 bzw. 11,7 %. Es schließen sich Ludwigshafen, Worms, Landau, Trier und Trier-Saarburg an. Alle übrigen Gebietskörperschaften liegen zwischen 20 % und 30 %.

In der Gruppe der 18- bis unter 21-Jährigen sieht es wie folgt aus: Pirmasens hat hier mit einem Rückgang von 29,5 % zu rechnen, gefolgt von der Südwestpfalz, Trier, Kusel, und der Vulkaneifel. Demografischer Spitzenreiter ist dagegen Mainz-Bingen. Hier wird sich die Zahl der 18- bis 21-Jährigen voraussichtlich nur um 5,9 % verringern. Dahinter kommen – mit deutlichem Abstand – Trier-Saarburg mit einem Rückgang um 10,8 %, Mayen-Koblenz sowie eng beieinander liegend Speyer, Bad Dürkheim und Alzey-Worms.

Zur Mortalität von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz lässt sich festhalten, dass es je 1.000 männliche Jugendliche von 15 bis 20 Jahren eine Quote von 0,3 Sterbefällen gibt (Statistisches Landesamt 2008l, S. 52). Diese Zahl ist bei Kindern unter einem Jahr deutlich erhöht (5,2), bewegt sich aber bis zum Alter von 40 bis 45 Jahren auf einem Niveau unter 1. Erst danach steigt sie an. Bei den Frauen zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Auf 1.000 Lebende im Alter von 15 bis 20 Jahren kam 2007 eine Quote von 0,1 Gestorbenen. Auch hier steigt die Zahl der Todesfälle erst in der Altersgruppe der 40- bis 45-Jährigen auf 1,0 und darüber an. Erkennbar wird, dass die Mortalitätsquote der Frauen im Kindes- und Jugendalter bis hin zum frühen Erwachsenenalter geringer ist und erst im höheren Lebensalter die der Männer überholt.

Obwohl der Schwerpunkt in diesem Kapitel auf junge Menschen im Kontext von Ausbildung und Beruf gelegt wird, ist auch die Frage nach ihren Lebensformen von Bedeutung. Angesprochen sind damit Bedingungen, die den Übergang ins Erwerbsleben bzw. den Start ins Leben unterstützen oder erschweren können. Für Rheinland-Pfalz lässt sich an dieser Stelle der Familienstand junger Menschen festhalten. Im Jahre 2007 waren von 368.199 männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren 368.198 ledig, ein einzelner bereits geschieden. Von 49.649 jungen Männern im Alter von 18 bis 20 Jahren waren 87 verheiratet; dies entspricht 0,2 % der männlichen rheinland-pfälzischen Bevölkerung dieses Alters. Eine ähnliche Verteilung findet sich bei den 348.855 weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren. Von den 47.505 18- bis 20-jährigen Frauen waren dagegen 46.833 ledig gegenüber 670 Verheirateten (1,4 %) (Statistisches Landesamt 2008l, S. 36; siehe Tabelle 78).

Die Tatsache, Mutter oder Vater zu sein, kann zu Schwierigkeiten im Übergang zum Erwerbsleben führen – Letzteres jedoch in selteneren Fällen (Beicht/Ulrich 2008, S. 7). Die altersgruppenspezifische Geburtenziffer¹⁵² lag bei 15- bis 19-jährigen Müttern 2007 bei 10,1 und ist damit seit Anfang der 1990er Jahre erneut rückläufig. In der differenzierten Betrachtung zeigt sich, dass die altersspezifische Geburtenziffer 2007 für Jugendliche im Alter von 15 Jahren bei 1,4 lag, für 16-Jährige bei 4,2 und 17-Jährige bei 7,2. Ab 18 Jahren stieg die Geburtenziffer stärker an und lag für 18-Jährige bei 14,2, für 19-Jährige bei 23,3 (Statistisches Landesamt 2008l, S. 45). Die im Einzelfall schwierig werdende Mutterschaft, über die öffentlich diskutiert wird, ist statistisch zwar weiterhin randständig, die helfenden Angebote müssen aber gerade für diese Einzelfälle bereitgehalten werden.

¹⁵² Hierbei wird „die Zahl der Kinder, die von Müttern einer Altersgruppe in einem bestimmten Zeitraum zur Welt gebracht wurden, auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieser Altersgruppe im gleichen Zeitraum bezogen und mit 1.000 multipliziert“ (Statistisches Landesamt 2008l, S. 45).

Tabelle 78: Jugendquotient 2007 sowie Bevölkerungsvorausberechnung für die 15- bis unter 18-Jährigen und 18- bis unter 21-Jährigen 2006 bis 2020 nach Verwaltungsbezirken in %

	Jugendquotient	15- bis unter 18-Jährige	18- bis unter 21-Jährige
Frankenthal Stadt	32,15	-24,4	-19,7
Kaiserslautern Stadt	28,09	-24,3	-22,4
Koblenz Stadt	29,50	-21,5	-18,2
Landau Stadt	30,57	-18,4	-23,8
Ludwigshafen Stadt	32,25	-15,7	-16,3
Mainz Stadt	25,46	-11,6	-20,2
Neustadt Stadt	32,79	-24,3	-18,4
Pirmasens Stadt	32,30	-33,4	-29,5
Speyer Stadt	31,94	-22,2	-13,3
Trier Stadt	26,22	-19,1	-26,3
Worms Stadt	32,60	-16,6	-16,7
Zweibrücken Stadt	32,65	-27,2	-22,0
Ahrweiler	34,88	-28,1	-14,1
Altenkirchen	37,45	-30,0	-21,2
Alzey-Worms	35,80	-22,8	-13,5
Bad Dürkheim	33,45	-24,9	-13,4
Bad Kreuznach	34,40	-26,0	-15,6
Bernkastel-Wittlich	35,76	-24,5	-15,2
Birkenfeld	34,25	-32,8	-23,8
Cochem-Zell	36,43	-28,0	-15,5
Donnersbergkreis	36,38	-24,2	-20,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	37,14	-25,2	-20,1
Germersheim	35,01	-25,0	-20,7
Kaiserslautern	36,26	-30,4	-19,9
Kusel	34,26	-34,7	-24,8
Mainz-Bingen	33,95	-11,7	-5,9
Mayen-Koblenz	34,58	-21,7	-12,9
Neuwied	37,32	-23,7	-15,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	35,82	-25,8	-15,9
Rhein-Lahn-Kreis	34,06	-27,0	-18,8
Rhein-Pfalz-Kreis	32,92	-22,2	-15,9
Südliche Weinstraße	34,18	-26,5	-16,0
Südwestpfalz	33,26	-37,3	-28,4
Trier-Saarburg	35,38	-19,7	-10,8
Vulkaneifel	38,69	-32,2	-24,4
Westerwaldkreis	37,50	-25,6	-14,8

Quelle: Statistisches Landesamt

Besondere Aufmerksamkeit aufgrund eines erhöhten Unterstützungs- und Förderungsbedarfs kommt außerdem jungen Menschen mit Behinderungen zu. Die Statistik zeigt, dass in Rheinland-Pfalz 3.574 Menschen mit schwerer Behinderung (d. h. mit einem Behinderungsgrad von 50 % und mehr) im Alter von 12 bis unter 18 Jahren leben. Sie sind in Städten wie Frankenthal (mit 35 Personen), Zweibrücken, Landau, Speyer und Pirmasens wenig vertreten. Deutlich mehr stark beeinträchtigte 12- bis unter 18-Jährige finden sich im Landkreis Mayen-Koblenz (177), in Neuwied, im Westerwaldkreis, in Mainz-Bingen und Bad-Kreuznach. (siehe Tabelle 79, auch zum Folgenden).

Worin diese Differenz begründet ist, ob möglicherweise eine hinreichende Infrastruktur bzw. attraktive Unterstützungsleistungen eine Rolle spielen, kann hier nicht beantwortet werden.

Wirft man einen Blick auf die Anteile der Menschen mit schwerer Behinderung an der Altersgruppe der 12- bis unter 18-Jährigen insgesamt, ergibt sich folgendes Bild: In Trier-Saarburg sowie im Westerwaldkreis ist ihr Anteil mit 1,1 % an der gleichaltrigen Bevölkerung vergleichsweise niedrig, dicht gefolgt von Worms, Bad Dürkheim und Mainz-Bingen. Anders sieht es in Cochem-Zell aus: Hier liegt der Anteil von Menschen mit Beeinträchtigung bei 2,2 %. Es folgen Zweibrücken, die Südliche Weinstraße sowie Pirmasens, die jeweils Anteile von 1,6 % aufweisen.

Anhand der vorhandenen Daten lässt sich des Weiteren festhalten, dass der Anteil der ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz bei rund 8 % liegt. Besonders niedrig ist der Anteil der ausländischen 15- bis 19-Jährigen in der Südwestpfalz (3,1 %) und Cochem-Zell (3,4 %), besonders hoch dagegen mit 25,4 % in Ludwigshafen und 21,4 % in Mainz. Das bedeutet, dass in Ludwigshafen jeder Vierte, in Mainz gut jeder Fünfte ausländischer Herkunft ist (Statistisches Landesamt, Stand: 31.12.2007). Detaillierte Informationen zur ausländischen Bevölkerung bzw. zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden im Exkurs gegeben.

Tabelle 79: Schwerbehinderte Menschen von 12 bis unter 18 Jahren und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Altersgruppe nach Verwaltungsbezirken am 31.12.2007

	Anzahl der 12- bis unter 18-jährigen behinderten Menschen	Anteil der 12- bis unter 18-jährigen behinderten Menschen in %
Frankenthal Stadt	35	1,21
Kaiserslautern Stadt	84	1,54
Koblenz Stadt	89	1,48
Landau Stadt	38	1,46
Ludwigshafen Stadt	127	1,27
Mainz Stadt	134	1,37
Neustadt Stadt	47	1,39
Pirmasens Stadt	42	1,61
Speyer Stadt	40	1,26
Trier Stadt	68	1,26
Worms Stadt	61	1,17
Zweibrücken Stadt	36	1,63
Ahrweiler	108	1,19
Altenkirchen	130	1,27
Alzey-Worms	108	1,18
Bad Dürkheim	107	1,17
Bad Kreuznach	153	1,42
Bernkastel-Wittlich	113	1,38
Birkenfeld	82	1,39
Cochem-Zell	99	2,17
Donnersbergkreis	68	1,21
Eifelkreis Bitburg-Prüm	92	1,30
Germersheim	109	1,21
Kaiserslautern	112	1,41
Kusel	64	1,21
Mainz-Bingen	157	1,17
Mayen-Koblenz	177	1,21
Neuwied	175	1,30
Rhein-Hunsrück-Kreis	108	1,44
Rhein-Lahn-Kreis	102	1,19
Rhein-Pfalz-Kreis	134	1,34
Südliche Weinstraße	125	1,62
Südwestpfalz	95	1,34
Trier-Saarburg	113	1,12
Vulkaneifel	74	1,54
Westerwaldkreis	168	1,12

Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen

7.4.2 Jugendliche im Übergang zum Ausbildungssystem – die 1. Schwelle

7.4.2.1 Schulische Bildung

In Rheinland-Pfalz gab es im Schuljahr 2007/08 1.612 Schulen¹⁵³, auf die insgesamt 475.150 Schülerinnen und Schüler gingen. Mit 134.445 besuchten von den höheren allgemeinbildenden Schulen mit Abstand die meisten Schülerinnen und Schüler das Gymnasium. Knapp die Hälfte, nämlich 67.934 junge Menschen, gingen auf eine Realschule, 36.455 auf eine Hauptschule. Etwas weniger junge Menschen (32.346) waren auf einer Regionalen Schule, 16.764 auf einer Integrierten Gesamtschule vertreten. Die Duale Oberschule wurde von 6.582 der Schülerinnen und Schüler besucht¹⁵⁴ (Statistisches Landesamt 2008I, S. 79).

Es zeigt sich insbesondere an der Zahl der Gymnasiasten, dass Jugend tatsächlich als verlängerte Schuljugend zu verstehen ist. Eine Vielzahl junger Menschen besucht weit über die Schulpflicht hinaus eine allgemeinbildende Schule.

Interessant ist auch die Geschlechterverteilung. Es zeigt sich, dass Mädchen und junge Frauen im Hinblick auf ihre schulische Bildung in den letzten Jahrzehnten nicht nur aufgeholt haben, sondern ihre männlichen Gleichaltrigen in der Regel überholen und zu einem größeren Anteil eine höhere Schule besuchen: Über die Hälfte der Gymnasiasten, nämlich 53,9 %, sowie der Gesamtschüler (50,1 %) sind weiblich. Bezogen auf den Anteil der Schülerinnen an der Schülerzahl insgesamt von 49,3 % besuchen demzufolge überdurchschnittlich viele weibliche Jugendliche eine Schule, die zur Allgemeinen Hochschulreife führt bzw. führen kann. Auch der Anteil der Schülerinnen auf Realschulen liegt mit 49,8 % knapp über dem Durch-

schnitt. Auf Regionalen Schulen sind dagegen nur zu 44,7 %, auf Dualen Oberschulen zu 44,2 % Schülerinnen vertreten. Ihr Anteil in den Hauptschulen liegt bei 44,4 % (Statistisches Landesamt 2008I, S. 79).

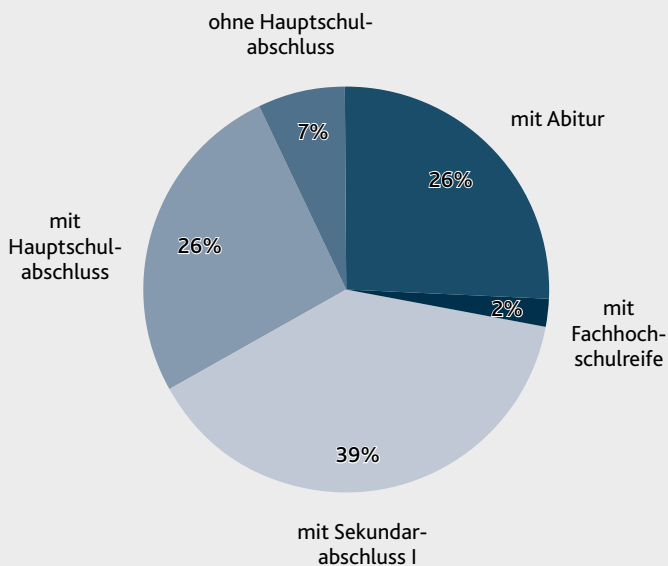
Für den Übergang junger Menschen ins Erwerbsleben ist dennoch weniger von Bedeutung, wie viele Schülerinnen und Schüler welche Schulform besuchen, als vielmehr die Zahl derer, die erfolgreich einen Abschluss machen. Denn der Schulabschluss stellt eine erste Weichenstellung im Hinblick auf den weiteren Ausbildungs- bzw. Berufsweg dar.

2007 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 47.727 Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden Schulen entlassen. 12.202 von ihnen verließen die Schule mit Allgemeiner Hochschulreife, 716 mit Fachhochschulreife, zusammen sind das 27,1 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Der Großteil der Schülerinnen und Schüler, nämlich 18.700 bzw. 39,2 %, hatte nach Beendigung der Schule einen qualifizierten Sekundarabschluss I. 12.537 (26,3 %) verließen die Schule mit einem Hauptschulabschluss. Die Anzahl der Schüler mit (Fach-)Hochschulreife sowie mit Hauptschulabschluss war demnach in etwa gleich groß. Ohne Hauptschulabschluss verblieben 2007 insgesamt 3.572 Schülerinnen und Schüler, dies entspricht einem Anteil von 7,5 %. Jeder 13. Jugendliche hat damit keinen Hauptschul- oder höheren Abschluss. Obwohl zu dieser Gruppe auch die Schülerinnen und Schüler zu zählen sind, die die Förderschule besuchten und hier ihr Abgangs- bzw. Abschlusszeugnis erwarben (immerhin 42,4 %), tritt ein Großteil der Entlassenen ohne Schulabschluss in die Phase der Berufsorientierung und Entscheidung über den weiteren (Aus-)Bildungsweg ein. Dieser Personenkreis trägt das Risiko, dass der erfolgreiche Übergang in Ausbildung und Beruf nicht oder nur verzögert gelingt (siehe Abbildung 162).

¹⁵³ Oder genauer: Verwaltungseinheiten bzw. Einrichtungen. „In einer Verwaltungseinheit können mehrere Schulen unterschiedlicher Schularten/-formen zusammengefasst sein“ (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008I, S. 79).

¹⁵⁴ Zu Förderschulen, Kollegs/Abendgymnasien sowie Waldorfschulen vgl. ebenfalls Statistisches Landesamt 2008I, S. 79.

Abb. 162: Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschlussarten zum Ende des Schuljahres 2006/07 (gerundete Prozentwerte)



Quelle: Statistisches Landesamt sowie eigene Berechnungen

Wirft man einen Blick auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, stellt sich die Situation wie folgt dar: Als Spitzenreiter hinsichtlich des Anteils von Absolventinnen und Absolventen mit (Fach-) Hochschulreife zeigt sich Speyer mit 49,5 %. Knapp jeder Zweite hat hier die Möglichkeit, an einer Universität, Fachhochschule oder gleichwertigen Einrichtung ein Studium aufzunehmen; damit wird die alte Tradition Speyers als typische „Schulstadt“ mit großem Einzugsgebiet immer noch sichtbar. Es folgen mit deutlichem Abstand Mainz und Neustadt a. d. Weinstraße. Auch Kaiserslautern (Stadt), Landau sowie Koblenz haben einen hohen Anteil an Schulabsolventinnen und -absolventen mit (Fach-)Hochschulreife. Die großen Städte haben in der Bevölkerung einen hohen Akademikeranteil, was sich auf die Abiturientenquote auswirkt, und sind für ihr Umland als Bildungszentren attraktiv. Neben den genannten Städten gibt es außerdem in Trier, Zweibrücken, Frankenthal, Pirmasens, Worms, Mainz-Bingen, Ahrweiler, dem Eifelkreis Bitburg-Prüm und Ludwigshafen sowie Bad Kreuznach überdurch-

schnittlich viele junge Menschen, die die Schule mit (Fach-)Hochschulreife verlassen (siehe Abbildung 163, auch zum Folgenden).

Am unteren Ende der Skala finden sich dagegen mit deutlichem Abstand die Südwestpfalz (7,8 %) und Cochem-Zell (9,8 %) vor den Gebietskörperschaften Rhein-Pfalz-Kreis, Kusel, Altenkirchen und dem Westerwaldkreis. Auch in Mayen-Koblenz, Trier-Saarburg und Neuwied verließen weniger als ein Fünftel der Absolventinnen und Absolventen die Schule mit (Fach-)Hochschulreife.

Betrachtet man lediglich die Schulabsolventinnen und -absolventen mit Abitur (hier sind es auf Landesebene 25,6 %), verändert sich das Bild nur geringfügig: Speyer, Neustadt a. d. Weinstraße, Mainz, Kaiserslautern (Stadt), Landau sowie Trier haben im Schuljahr 2007/08 mit Werten zwischen 45,5 und 38,1 % den höchsten Abiturientenanteil unter den Schulentlassenen. Die Südwestpfalz (7,3 %) und Cochem-Zell (9,7 %) bilden dagegen die Nachhut, gefolgt vom Rhein-Pfalz-Kreis, Kusel, dem Westerwaldkreis und Altenkirchen. Letztere rangieren zwischen 14,2 und 15,4 %. Während in Speyer damit beinahe jeder zweite Schüler Abiturient ist, ist es in der Südwestpfalz momentan nur beinahe jeder vierzehnte (Statistisches Landesamt, Schuljahr 2007/08).

Neben der politisch zweifellos brisanteren Ungleichheit der Bildungschancen, die durch die soziale Herkunft bedingt ist (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008)¹⁵⁵, spielt demnach auch die regionale Herkunft eine bedeutende Rolle für die Chance, eine besonders gute Position für den Start ins (Erwerbs-)Leben zu beziehen. Schließlich ist auch das Geschlecht relevant; seine Einflussrichtung hat sich allerdings umgekehrt (s. u.). Die Regionalität wird dabei durch die Schulstandorte

¹⁵⁵ Auch wenn an dieser Stelle keine präzise Berechnung der Faktorgewichtung, die die drei zentralen Parameter soziale Schicht, Region und Geschlecht haben, möglich ist, muss jedoch auf die Dominanz der sozialen Herkunft hingewiesen werden: „Mit einem höheren sozioökonomischen Status gehen bis zu dreimal geringere Hauptschul- und bis zu fünfmal höhere Gymnasialbesuchsquoten einher“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 11).

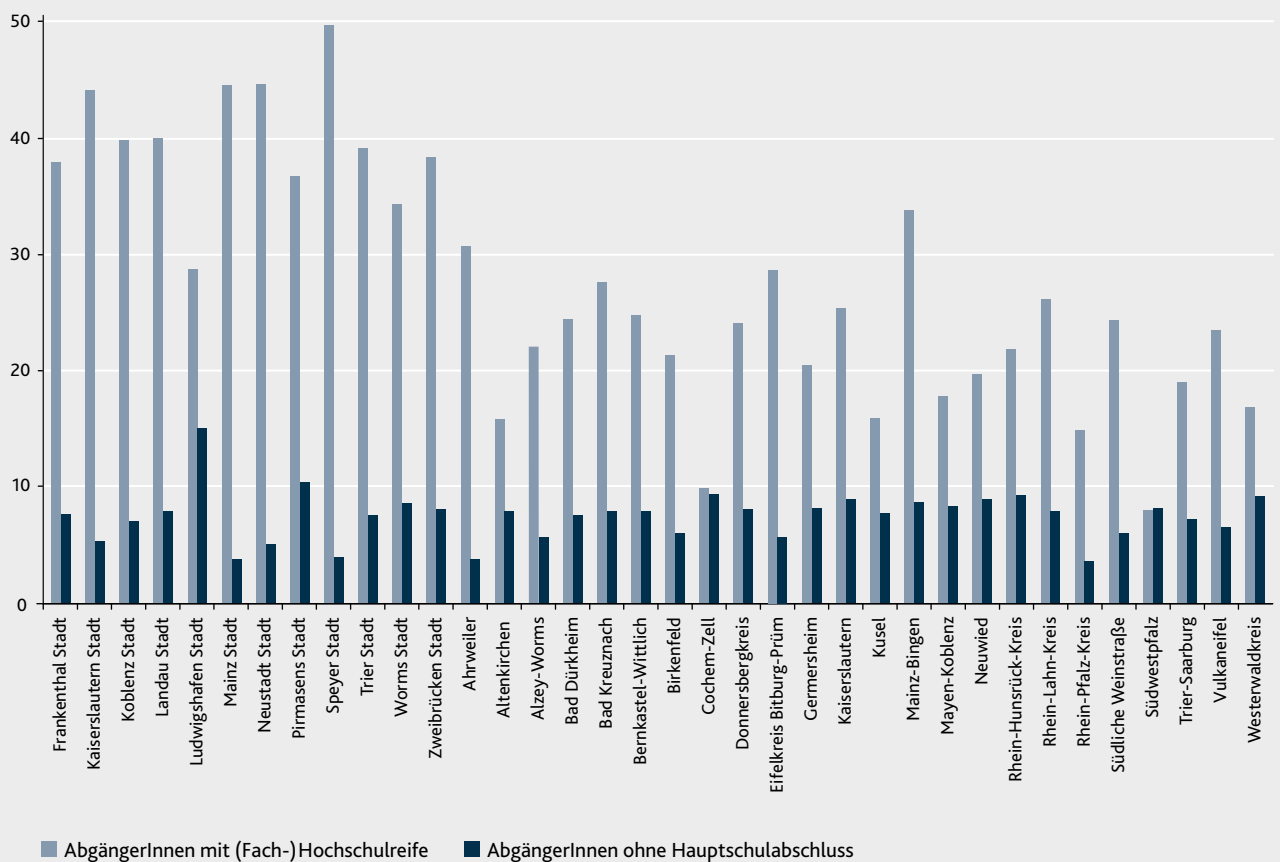
relevant, was dazu führen kann, dass Abiturientinnen und Abiturienten nur in den kreisfreien Städten „produziert“ werden. Darüber hinaus haben die Akademikerquote unter den Eltern und die Beschäftigungsstruktur Einfluss auf die Bildungsbeteiligung.

Von den 47.727 Schulabgängerinnen und -abgängern haben – wie bereits erwähnt – 3.572 keinen Hauptschulabschluss. In der Betrachtung der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zeichnet sich folgendes Bild ab: Besonders niedrig ist der Anteil von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss im Rhein-Pfalz-Kreis (3,5 %) sowie in Ahrweiler, Mainz, Speyer, Neustadt a. d. Weinstraße und der Stadt Kaiserslautern (siehe Abbildung 163, auch zum Folgenden).

Sehr viele Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss hat dagegen Ludwigshafen und liegt mit 15 % weit über dem Durchschnitt. Gut jeder siebte Jugendliche verlässt hier die Schule ohne Hauptschul- oder höheren Abschluss. Es folgen mit Abstand Pirmasens (10,2 %), der Rhein-Hunsrück-Kreis, Cochem-Zell, der Westerwaldkreis sowie die Landkreise Kaiserslautern und Neuwied.

Nicht nur in Regionen mit hohem Ausländeranteil gibt es also einen hohen Anteil von Schulabrechern, worauf sich meist die öffentliche Aufmerksamkeit richtet, sondern gerade auch in Regionen mit besonders geringem Migrantenanteil (siehe Abb. 163).

Abb. 163: Schulabgängerinnen und -abgänger mit (Fach-)Hochschulreife und ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2007/08 in %



Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen

Der Blick auf die Anteile der weiblichen Jugendlichen an den Schulentlassenen insgesamt zeigt, dass junge Frauen die Schule in der Regel mit einem höheren Abschluss beenden. Während 29,9 % der jungen Frauen, aber nur 21,2 % der jungen Männer die Allgemeine Hochschulreife erwarben (ebenso wie 1,6 % gegenüber 1,4 % die Fachhochschulreife und 40,5 % gegenüber 37,8 % den qualifizierten Sekundarabschluss I), lag ihr Anteil an denjenigen ohne bzw. lediglich mit Hauptschulabschluss deutlich unter dem der Männer: 5,5 % der weiblichen Jugendlichen verblieben ohne Hauptschulabschluss; bei ihren männlichen Altersgenossen lag dieser Anteil bei 9,5 %. 22,4 % erhielten einen Hauptschulabschluss gegenüber 30,1 % der jungen Männer (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 4.2.2a).

Dies ist unter dem Aspekt hervorzuheben, dass Jugendliche mit einer geringeren schulischen Qualifikation erschwert Zugang zum Ausbildungsmarkt finden bzw. oftmals im Übergangssystem verbleiben, bevor sie eine Ausbildung beginnen (können). Besonders sind Schülerinnen und Schüler mit und ohne Hauptschulabschluss betroffen bzw. – wie oben sichtbar wurde – zu einem größeren Teil männliche Jugendliche. Darüber hinaus wird deutlich werden, dass Mädchen nicht nur zu einem höheren Prozentsatz einen allgemeinbildenden Abschluss erlangen, sondern sich auch in ihrer Ausrichtung auf den tertiären Bildungsbereich sowie in ihrer Berufswahl bzw. der Suche nach einem Ausbildungsplatz von männlichen Jugendlichen unterscheiden. Das Geschlecht ist damit auf neue Weise zu einer Einflussgröße für Chancen auf dem Weg ins Erwachsenenalter geworden.

7.4.2.2 Berufliche Bildung

Insbesondere für nicht studienberechtigten junge Menschen stellt das duale System, das die betriebliche Ausbildung mit dem Unterricht an einer Berufsschule sowie der überbetrieblichen Ausbildung kombiniert, die dominante Form der beruflichen Qualifikation dar. Die repräsentative Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung

(BiBB) macht deutlich, dass deutschlandweit 70 % der Befragten ohne Hochschulzugangsberechtigung nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulen eine Ausbildung im dualen System anstreben. Lediglich 51 % sind allerdings drei Monate nach Schulende tatsächlich in eine solche eingemündet (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007, S. 67). Aber auch Schulformen wie die Berufsfachschule sowie Fachschule erweisen sich anhand der Schülerzahlen als bedeutende Komponente im Bereich der beruflichen Bildung.

Demnach besuchten im Schuljahr 2007/08 insgesamt 130.892 Jugendliche in Rheinland-Pfalz berufsbildende Schulen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist damit in den letzten zehn Jahren gestiegen: 1997/98 waren es noch 118.031, im Schuljahr 2002/03 bereits 124.522 junge Menschen.¹⁵⁶ Die Anzahl der berufsbildenden Schulen ist zwar geschrumpft, jedoch hat sich die Zahl der Klassen in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht, sodass bei gleichbleibender Schülerzahl pro Klasse mehr Schülerinnen und Schüler aufgenommen wurden (Statistisches Landesamt 2008l, S. 87).

Der Anteil der weiblichen Jugendlichen an der Zahl der Schülerinnen und Schüler im beruflichen Bildungssystem insgesamt ist zwar in den letzten zehn Jahren leicht gesunken: von 43,8 % im Schuljahr 1997/98 auf 42,9 % im Schuljahr 2007/08 (Statistisches Landesamt 2008l, S. 87). Weibliche Jugendliche besuchen jedoch häufiger ein Gymnasium, eine Gesamtschule oder Realschule als ihre männlichen Altersgenossen (ebd.). Auch schließen sie die Schule zu einem größeren Anteil mit einem höheren allgemeinbildenden Abschluss ab. Die Daten zu Studienanfängerinnen und -anfängern im ersten Hochschulse semester zeigen darüber hinaus, dass ein Studium eher von jungen Frauen als Männern aufgenommen wird: Der Anteil der Studienanfängerinnen lag 2007 bei 52,8 % und übertraf auch in den Jahren zuvor stets die

¹⁵⁶ Daten für das Schuljahr 2008/09 zeigen, dass die Anzahl mit 132.833 Schülerinnen und Schülern weiter steigt (Statistisches Landesamt 2009e, S. 10).

50 %-Marke (Statistisches Landesamt 2008I, S. 98). Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der weiblichen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung insgesamt unter 50 % liegt, verstärkt sich der Eindruck, dass Frauen von der Expansion der Bildung besonders stark profitieren.

Die Schülerinnen und Schüler verteilen sich wie folgt auf die unterschiedlichen Formen der beruflichen Bildung: Im Schuljahr 2007/08 besuchten 84.204 junge Menschen eine Berufsschule (64,3 %). Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler ist damit gegenüber dem Schuljahr 2002/03 um 3,3 % gesunken. Ebenfalls von einer Vielzahl der Jugendlichen wurden im Schuljahr 2007/08 Berufsfachschulen besucht. So absolvierte mit insgesamt 25.835 Personen jeder Fünfte eine solche Einrichtung der beruflichen Ausbildung. An Fachschulen waren immerhin 10.245 und damit 7,8 % der Schülerinnen und Schüler vertreten. An Beruflichen Gymnasien, Berufsoberschulen und Dualen Berufsoberschulen fallen die Schülerzahlen dagegen niedriger aus. Zusammengefasst besuchten 10.608 bzw. 8,1 % der Schülerinnen und Schüler eine solche berufsbildende Schule¹⁵⁷ (siehe Tabelle 80).

Die aktuellen Daten zum Schuljahr 2008/09 zeigen außerdem, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen (85.871) sowie an Fachschulen steigt. Gleiches gilt für die Schülerzahl an den Beruflichen Gymnasien, Berufsoberschulen und Dualen Berufsoberschulen. An Berufsfachschulen sank diese dagegen (siehe Tabelle 80).

Im berufsbildenden Schulwesen werden also recht unterschiedliche Wege ins Berufsleben eingeschlagen. Es ist davon auszugehen, dass diese in unterschiedlicher Weise ein gutes Sprungbrett ins Berufsleben darstellen – dies steht neben der formalen Qualifikation im berufsbildenden Sektor

immer auch in Abhängigkeit von persönlichen Kompetenzen und Charakteristika sowie Bedingungen wie dem vorhandenen Arbeitsplatzangebot. Ein solches Bild wird durch die folgenden Daten zu den Abschlüssen im berufsbildenden Schulsystem konturiert.

¹⁵⁷ Ungeachtet dessen ist festzuhalten, dass die Beruflichen Gymnasien – wie auch im Folgenden deutlich wird – eine wachsende Schülerzahl zu verzeichnen haben. Auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Dualen Berufsoberschulen ist dahingehend in den kommenden Jahren zu beobachten.

Tabelle 80: Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen nach Schulformen zum Ende des Schuljahres 2007/08 und 2008/09

Schuljahr	Einrichtungen/ Verwaltungseinheiten	Klassen	Schülerinnen und Schüler		
			insgesamt	weiblich	je Klasse
Berufsschulen					
2007/08	74	4.454	84.204	32.138	18,9
2008/09	74	4.527	85.871	33.163	19,0
Berufsfachschulen					
2007/08	85	1.104	25.835	13.505	23,4
2008/09	85	1.091	24.986	13.134	22,9
Duale Berufsoberschulen					
2007/08	37	88	1.790	704	20,3
2008/09	43	100	2.108	836	21,1
Fachoberschulen/Berufsoberschulen					
2007/08	52	117	2.445	967	20,9
2008/09	51	110	2.466	993	22,4
Berufliche Gymnasien					
2007/08	27	284	6.373	2.923	22,4
2008/09	30	291	6.882	3.226	23,6
Fachschulen					
2007/08	68	499	10.245	5.912	20,5
2008/09	69	506	10.520	5.990	20,8
Insgesamt					
2007/08	99	6.546	130.892	56.149	20,0
2008/09	103	6.625	132.833	57.342	21,1

Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Darstellung

Von den 55.362¹⁵⁸ Abgängerinnen und Abgängern zum Ende des Schuljahres 2006/07 verließ jeder Vierte die Schule lediglich mit einem Abgangszeugnis; 75,6 % erhielten dagegen ein Abschlusszeugnis. Auch der Anteil derjenigen, die keinen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erwarben, ist mit 52,4 % recht hoch. Lediglich jeder Fünfte der Schulentlassenen insgesamt profitierte vom Besuch einer berufsbildenden Schule in der Weise, dass er ebenfalls einen allgemeinbildenden Abschluss erreichte (siehe Tabelle 81, auch im Folgenden).

Im Schuljahr 2006/07 verließen rund 28.300 Jugendliche die Berufsschule. Ähnlich wie bei den Entlassungen insgesamt lag der Anteil derjenigen, die lediglich ein Abgangszeugnis erhielten, bei 25,9 %, d. h., jeder Vierte verblieb ohne einen qualifizierenden Schulabschluss. Auch der Anteil derjenigen, die die Schule ohne zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss absolvierten, war mit 65,9 % sehr hoch. Allerdings erreichten 1.755 Schülerinnen und Schüler einen Hauptschulabschluss; 543 beendeten die Schule mit einem Sekundarstufe-I-Abschluss, zehn Schülerinnen und Schüler mit Fachhochschulreife.

¹⁵⁸ Im Schuljahr 2008/09 stieg die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger auf 56.334 an (Statistisches Landesamt 2009e, S. 16).

Angesichts des Fachkräftebedarfs und der schulischen Dropout-Quoten werden die berufsbildenden Schulen als Ort der Qualifizierung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ihre Funktion wird in den nächsten Jahren zunehmend gestärkt werden müssen.

Die duale Berufsausbildung stellt – wie bereits angedeutet wurde – für viele nicht studienberechtigte Jugendliche die dominante Form der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt dar. Neben der schulischen stehen demnach die betriebliche sowie die überbetriebliche Ausbildung.

Insgesamt befanden sich im Jahre 2006 76.736 Jugendliche in einer Ausbildung, einschließlich der Auszubildenden, die speziell geregelte Ausbildungsgänge für Behinderte gemäß § 66 BBiG bzw. § 42 m HwO besuchen (Statistisches Landesamt 2008I, S. 93). Während das Niveau mit 71.909 Personen zehn Jahre zuvor deutlich unter diesem Wert lag, traten Ende der 1990er Jahre geburtenstärkere Jahrgänge in den Ausbildungsmarkt. Die

Zahl der Auszubildenden wuchs an und erreichte im Jahre 2000 eine Spitze mit über 80.000 Personen. Im Jahre 2005 lag der Wert dann bei 75.537. Danach setzte eine leichte Entspannung ein (Statistisches Landesamt 2008I, S. 95).

Industrie und Handel sowie Handwerk sind die Bereiche, in denen die Mehrheit der jungen Menschen einen Ausbildungsplatz findet. Dagegen befinden sich in der Landwirtschaft, dem öffentlichen Dienst, der Hauswirtschaft und den freien Berufen weit weniger Jugendliche in einer Ausbildung. Sie werden nicht selten zu den „übrigen Ausbildungsbereichen“ zusammengefasst.

In Industrie und Handel befanden sich 2006 38.891 und damit rund 50,7 % der jungen Menschen in einer Ausbildung. Die Zahl ist gegenüber dem Jahr 1996 deutlich gestiegen. Auch das Handwerk wird von einer verhältnismäßig großen Zahl von jungen Menschen, nämlich von 26.532 Personen, als Ausbildungsstätte wahrgenommen. Ihr Anteil im Verhältnis zu den Auszu-

Tabelle 81: Schulabgängerinnen und -abgänger aus berufsbildenden Schulen nach Schulformen und Abschlussarten zum Ende des Schuljahres 2006/07

Schulform	Insgesamt	Davon						
		mit Abgangszeugnis	mit Abschlusszeugnis					
			ohne zusätzl. allgem. bildenden Abschluss	mit Hauptschulabschluss	mit SI-Abschluss	mit Fachhochschulreife	mit fachgebundener Hochschulreife	mit Allgem. Hochschulreife
Berufsschulen	28.296	7.336	18.652 ¹⁾	1.755 ¹⁾	543	10	–	–
Berufsfachschulen	18.644	4.824	8.172	–	3.618	2.030	–	–
Duale Berufsoberschulen	750	149	–	–	–	601	–	–
Berufsoberschulen	2.159	328	–	–	–	1.267	102	462
Berufliche Gymnasien	1.982	457	–	–	–	130	–	1.395
Fachschulen	3.651	391	2.200	–	–	940	–	–
Insgesamt	55.362	13.485	29.024¹⁾	1.755¹⁾	4.161	4.978	102	1.857

¹⁾ Angaben korrigiert durch das MBWJK

Quelle: Statistisches Landesamt 2008I, S. 90

bildenden insgesamt liegt bei 34,6 %. Allerdings ist die Anzahl der Auszubildenden im Handwerk in den letzten zehn Jahren ebenfalls spürbar um 11,7 % gesunken. Die Anzahl derer in den übrigen Ausbildungsbereichen liegt zusammengefasst bei 11.313. Ihr Anteil an den Auszubildenden insgesamt beläuft sich auf lediglich 14,7 %. Insbesondere Freie Berufe machen hier den Hauptanteil aus. Der öffentliche Dienst, die Landwirtschaft und Hauswirtschaft (im städtischen Bereich) bilden dagegen wenig aus¹⁵⁹ (siehe Abbildung 164).

Auch der Blick auf die Berufsbereiche offenbart bestimmte Tendenzen. Denn die Anzahl der Auszubildenden in den Fertigungs- und Dienstleistungsberufen (als die zwei größten Berufsbereiche) hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Erstmals kehrte sie sich 2001 zugunsten der Dienstleistungsberufe um. Seitdem ist in diesem Berufsbereich ein Anstieg der Auszubildenden zu verzeichnen (Statistisches Landesamt 2008m, 5.4.3a).

¹⁵⁹ Nach aktuelleren Daten stieg die Zahl der Auszubildenden 2007 gegenüber dem Vorjahr an und lag bei 78.769 Personen. Die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel stieg auf 41.372. Dagegen waren im Handwerk ebenso wie in den übrigen Ausbildungsbereichen etwas weniger Auszubildende zu verzeichnen (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.4.1 a).

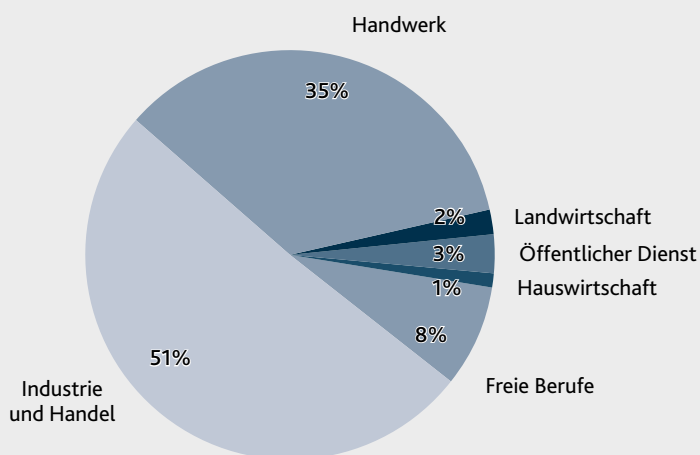
In Bezug auf die Geschlechter gibt es in diesem Zusammenhang ebenfalls eine typische Verteilung: Der Anteil der jungen Frauen an den Auszubildenden insgesamt liegt bei 38,4 %. Im Industrie- und Handelsbereich liegt er bei 39,4 %. Handwerk und Landwirtschaft sind männliche Domänen; insbesondere Hauswirtschaft und Freie Berufe weibliche (siehe Abbildung 165).

Geschlechtsspezifisch fällt auch die Wahl des Berufsbereiches aus. So waren 2007 92,4 % der Auszubildenden in Fertigungsberufen männlich (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.4.4a). Dagegen waren 66,5 % der Ausbildungsplätze im Dienstleistungssektor von Frauen besetzt. Berufswahl und Ausbildungswahl sind also immer noch in hohem Maße geschlechtertypisch verteilt.

Die außerbetriebliche Ausbildung spielt mit einem Anteil von 5,6 % (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009a, S. 125) keine große Rolle.

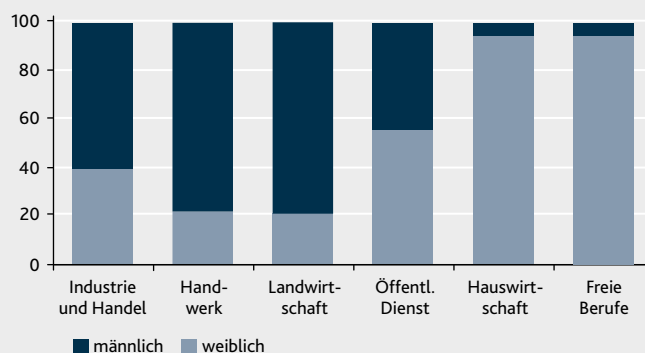
Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zeichnet sich ab, dass sich die Zahl nach einem Anstieg seit Mitte der 1990er Jahre ab 2000 zunächst spürbar verringerte. Waren es in diesem Jahr noch 30.811 neu abgeschlossene Verträge, lag die Zahl 2005 nur noch bei 26.445. Nach

Abb. 164: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 2006



Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen

Abb. 165: Auszubildende nach Geschlecht und Ausbildungsbereichen 2007 in %



Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Darstellung

2005 entspannte sich die Lage wieder, sodass im Jahr 2008 30.697 neue Verträge abgeschlossen werden konnten (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009a, S. 317).

Bezogen auf die einzelnen Ausbildungszweige ergibt sich ein differenzierteres Bild. So nahm die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse in Industrie und Handel seit Mitte der 1990er Jahre mit leichten Schwankungen stetig zu. Ebenso konnten die Landwirtschaft und der öffentliche Dienst leichte Zuwächse verzeichnen. In Handwerk und Hauswirtschaft sowie den Freien Berufen sank dagegen die Zahl der abgeschlossenen Verträge leicht (Statistisches Landesamt 2008l, S. 92).

Im Hinblick auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt lassen die Daten für das Berichtsjahr 2007/08¹⁶⁰ erkennen, dass den 24.665 Lehrstellen 30.884 Personen gegenüberstanden, die bei der Bundesagentur für Arbeit als Bewerberinnen und Bewerber für einen Ausbildungsplatz gemeldet waren.¹⁶¹ Hiervon konnten lediglich 13.227 (bzw. 42,8 %) in eine Berufsausbildung einmünden. 12.830 wurden dagegen als „andere ehemalige Bewerberinnen und Bewerber“ verzeichnet, die eine Alternative zur Ausbildung annahmen bzw. annehmen mussten und bei denen deshalb der Vermittlungsauftrag seitens der Bundesagentur für Arbeit zum 30.09.2008 endete.¹⁶² Ob diese Alternativen den

¹⁶⁰ Die folgenden Einschätzungen beruhen auf der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Diese erfasst jedoch lediglich einen Teilbereich der Bewerberinnen und Bewerber und gibt damit keinen vollständigen Überblick über das Geschehen am Ausbildungsmarkt.

¹⁶¹ Im Verhältnis von betrieblichen Ausbildungsstellen und Bewerberzahl zeigt sich: Rheinland-Pfalz liegt mit 68,8 betrieblichen Ausbildungsstellen je 100 gemeldete Bewerberinnen und Bewerber knapp unter den deutschlandweit gemeldeten 70,0 Ausbildungsstellen je 100 Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009, S. 82).

¹⁶² Eine mögliche Alternative besteht in der Teilnahme an einem Berufsvorbereitungsjahr, das insbesondere für Schulentlassene mit und ohne Hauptschulabschluss in Frage kommt. Die Zahlen für Rheinland-Pfalz zeigen, dass im Erhebungszeitraum vom 01.10.2007 bis 30.09.2008 3.331 Jugendliche an einem solchen Berufsvorbereitungsjahr teilnahmen. Die Anzahl der jungen Menschen ist hier gegenüber dem Vorjahr um 7,3 % zurückgegangen (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009, S. 344).

Vorstellungen der jungen Menschen entsprachen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Sie weichen jedoch klar von dem in der Meldung als Bewerber/Bewerberin zum Ausdruck gebrachten Wunsch ab, eine Ausbildung aufzunehmen. Für 3.962 der als Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerber gemeldeten Personen war zum Erhebungszeitpunkt eine Alternative gefunden worden, zumeist außerhalb einer Berufsausbildung. Einige setzten ihre bereits begonnene Berufsausbildung fort. Dem ursprünglichen Wunsch der Bewerberinnen und Bewerber, eine (andere) Ausbildung zu beginnen, konnte demnach nicht nachgekommen werden (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009a, S. 14 sowie eigene Berechnungen).

Vergegenwärtigt man sich, dass 16.792 junge Menschen in Alternativen zu einem Ausbildungsplatz einmündeten und damit 54,4 % der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber insgesamt (dies unabhängig vom abgeschlossenen oder laufenden Vermittlungsauftrag auf Seiten der Bundesagentur für Arbeit), wird erkennbar, dass dem begrenzten Angebot zur betrieblichen wie außerbetrieblichen Ausbildung eine große Zahl von Ausbildungsplatznachfragern gegenübersteht (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009a, S. 14 sowie eigene Berechnungen).

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich der Verbleib in einer „Alternative“ mit dem Wunsch der jungen Menschen deckt. Hinzu kommen außerdem 865 sogenannte unversorgte Bewerberinnen und Bewerber, deren Verbleib Ende September 2008 noch nicht geklärt war. Sie konnten demnach also weder eine Berufsausbildung beginnen noch durch alternative Formen der beruflichen Bildung versorgt werden. Ihr Wunsch, ein Ausbildungsverhältnis aufzunehmen, bestand jedoch weiterhin.

Rein rechnerisch stehen den genannten 865 unversorgten Jugendlichen 942 betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber. Die Bilanz sieht demnach gut aus. Doch abgesehen davon, dass es sich hierbei um statistische Daten handelt, die

weder die Ausbildungsvorstellungen¹⁶³ noch die z. B. regionalen Lebensbedingungen der jungen Menschen erfassen, bleibt der Umstand, dass viele junge Menschen Alternativen anzunehmen haben, die ihrem Berufswunsch nicht entsprechen, gravierend.¹⁶⁴

Jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen sollte, wie es der Ausbildungspakt der Bundesregierung zur verpflichtenden Aufgabe gemacht hat (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2004), ein Angebot auf Ausbildung unterbreitet werden. Mit der „Vereinbarung Rheinland-Pfalz für Ausbildung 2007–2010“ ist in Rheinland-Pfalz eine entsprechende Vereinbarung auf Landesebene geschlossen worden. Initiiert und unterzeichnet wurde sie von den Partnern des Ovalen Tisches des Ministerpräsidenten, der sich mehrmals jährlich trifft und Unterstützungsmöglichkeiten für junge Menschen abstimmt und koordiniert. Zu den Partnern zählen neben der Landesregierung die Wirtschaftskammern, Unternehmerverbände, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und die Gewerkschaften. Durch die in der Vereinbarung festgelegte „Nachvermittlungsaktion“ ist es zwar gelungen, die Zahl der zum Ende des Berichtsjahres 2007/08 als unversorgt registrierten jungen Menschen von 865 bis Ende Januar 2009 auf 395 Jugendliche zu reduzieren, doch hat die Vorrangig-

keit der Vermittlung Jugendlicher in das duale Ausbildungssystem weiterhin in verstärktem Maße zu gelten. Denn anhand der Daten wurde nicht nur deutlich, dass – trotz abnehmender Bewerberzahl, die sich demografisch bedingt in Zukunft weiter verringern wird – den insgesamt 30.884 gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern weiterhin 24.665 gemeldete betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsstellen gegenüberstehen, sondern auch, dass über die Hälfte der Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerber in Alternativen münden. So zeigt sich auch bundesweit, dass der Anteil der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, aber in einer sogenannten Alternative („Übergangssystem“) unterkommen, von 35 % im Jahr 1992 auf 52 % im Jahr 2008 gestiegen ist;¹⁶⁵ das Problem eines zurückgehenden „Berufsbildungsinteresses“ der Jugendlichen ist damit durch fehlende Lehrstellen hausgemacht (Granato, M. 2009b).

¹⁶³ Die BiBB-Schülerbefragungen lassen erkennen, dass auch bei denjenigen, die einen Ausbildungsplatz erhielten, 2008 nur in 76 % der Fälle der Ausbildungsberuf mit dem Wunschberuf übereinstimmte. Bei 15 % stimmten beide teilweise, in beachtlichen 9 % nicht überein (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009, S. 80).

Obwohl hierbei auch andere Faktoren wie der Schwierigkeitsgrad der Tätigkeiten eine Rolle spielen, ist demnach vielleicht nicht verwunderlich, dass die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 2006 bei 21,4 % lag (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009, S. 154). Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass der Betroffene ohne Berufsabschluss verbleibt. Vielmehr ist auch der Wechsel in einen anderen Ausbildungsberuf denkbar.

¹⁶⁴ Warteschleifen, die weder nach wirtschaftlichen Aspekten sinnvoll noch persönlich intendiert sind, sollten hier möglichst vermieden werden. Im Rahmen der Nachvermittlungsaktion der Wirtschaftskammern sowie der Agenturen für Arbeit im Herbst eines jeden Jahres wird noch einmal versucht, jedem Bewerber bzw. jeder Bewerberin eine Chance zu geben. Vorrangig ist hier die Vermittlung in betriebliche Ausbildungsstellen.

¹⁶⁵ Interessant ist darüber hinaus: Das Durchschnittsalter aller Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger lag deutschlandweit nach Angaben des BiBB im Jahr 2006 bei 19,3 Jahren. Die Quote der mindestens 20-Jährigen stieg von gut 20 % (1993) auf 33 % (Beicht/Ulrich 2007, S. 1). Jeder Dritte beginnt seine Ausbildung demnach erst in einem für den Einstieg in eine vollqualifizierende Maßnahme relativ hohen Alter; dies ist auch angesichts des Umstands, dass es sich dabei vor allem um Abiturienten handelt, problematisch.

7.4.3 Junge Menschen im Übergang zum Erwerbssystem – die 2. Schwelle

Zum Übergang ins Erwerbsleben gehört nicht nur der Weg in eine Berufsausbildung. Auch die sogenannte 2. Schwelle ist von Bedeutung, an der sich zeigt, inwieweit es den jungen Menschen gelingt, erfolgreich in eine Erwerbstätigkeit einzusteigen, die ihre Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Dieser Übergang kann mit der Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb einhergehen, oder die Jugendlichen durchlaufen mit einem positiven Ergebnis ein Bewerbungsverfahren und erhalten eine Anstellung. Ebenso wie der Übergang in den Kontext der beruflichen Qualifikation birgt die 2. Schwelle jedoch auch Risiken für den Einzelnen. Gelingt der Weg in die Erwerbstätigkeit nicht oder nicht sofort, muss der junge Mensch über Engagement, Durchhaltevermögen und eine hohe Frustrationstoleranz verfügen. Belastet wird der Übergang, wenn sich junge Menschen damit konfrontiert sehen, „arbeitslos“ zu sein bzw. so bezeichnet zu werden und auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein.

2008 lag die Zahl der Erwerbspersonen in Rheinland-Pfalz insgesamt bei 2.037.200, die Erwerbsquote bei 50,4 %. Die Zahl der Erwerbspersonen sowie die Erwerbsquote sind in den letzten Jahrzehnten mit leichten Schwankungen stetig angestiegen (Statistisches Landesamt 2009f, S. 9).

Für Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren beläuft sich die Zahl der Erwerbspersonen auf 84.700; sie ist damit seit den 1980er Jahren drastisch gesunken. Waren es 1980 noch 179.100 Erwerbspersonen dieser Altersgruppe, hatte sich ihre Anzahl zehn Jahre später beinahe um die Hälfte reduziert und lag nur noch bei 95.600 Personen. Die Erwerbsquote der 15- bis 20-jährigen lag 2008 bei 34,3 %. Sie hat sich ebenfalls gravierend verändert: 1980 war noch mehr als die Hälfte der Jugendlichen erwerbstätig (siehe Abbildung 166).

Erklären lässt sich dies u. a. mit der Bildungsexpansion, im Zuge derer Jugendliche längere Zeit als früher im Bildungssystem verbleiben und

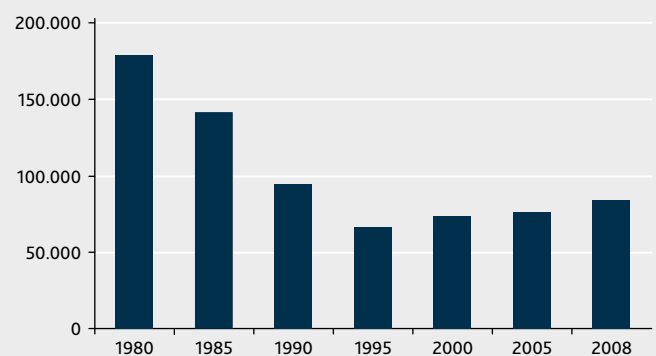
demnach dem Arbeitsmarkt (noch) nicht zur Verfügung stehen. Die Erwerbsquote bei männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren lag mit 37,5 % außerdem deutlich höher als bei ihren weiblichen Altersgenossen (30,8 %).

Von den 84.700 15- bis 20-jährigen Erwerbspersonen waren 74.000 erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote lag bei 30,0 %. 33,4 % der männlichen Jugendlichen, 26,2 % der weiblichen Jugendlichen waren erwerbstätig (Statistisches Landesamt 2009f, S. 11).

Von den 1.178.727 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten waren 45.245 unter 20 Jahre und 107.888 zwischen 20 und 25 Jahre alt. Ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt beläuft sich zusammen auf 13 % (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 6.2.2a sowie eigene Berechnungen).

Die verfügbaren Daten zur Arbeitslosigkeit zeigen, dass die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2007 bei 6,5 % lag und damit im Vergleich zu den Vorjahren gesunken ist (Statistisches Landesamt 2008l, S. 157 f.). Es ist jedoch zu beachten, dass es sich um Daten handelt, die die Entwicklungen angesichts der Wirtschaftskrise nicht widerzuspiegeln vermögen. Der konjunkturelle Aufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 führte zum Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Abb. 166: Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 20 Jahren



Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Darstellung

Dabei war die Arbeitslosenquote in den kreisfreien Städten mit 8,8 % deutlich erhöht gegenüber der der Landkreise (5,7 %). Im Vergleich zur Arbeitslosenquote in Deutschland von 9,0 % lag Rheinland-Pfalz unter dem Durchschnitt (Statistisches Landesamt 2008l, S. 159).

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen sank in den Jahren vor der Wirtschaftskrise ebenfalls deutlich. Waren 2005 nach Ergebnissen der Bundesagentur für Arbeit noch 26.835 Personen dieser Altersgruppe arbeitslos, waren es im Jahre 2007 nur noch 16.240. Dies macht einen Rückgang von 39,5 % aus (Statistisches Landesamt 2008l, S. 157 sowie eigene Berechnungen).

Betrachtet man den Eckwert junger Arbeitsloser je 1.000 Personen im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren, zeigt sich, dass im Jahr 2007 rund 36 der unter 25-Jährigen (pro 1.000) in Rheinland-Pfalz von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Bezogen auf die Landkreise und kreisfreien Städte ist das in Tabelle 82 dargestellt.

Mit rund 75 Personen pro 1.000 15- bis unter 25-Jährige war die Arbeitslosigkeit in Pirmasens besonders hoch. Es folgen Ludwigshafen mit 51,3 ‰ sowie Koblenz mit 50,9 ‰.

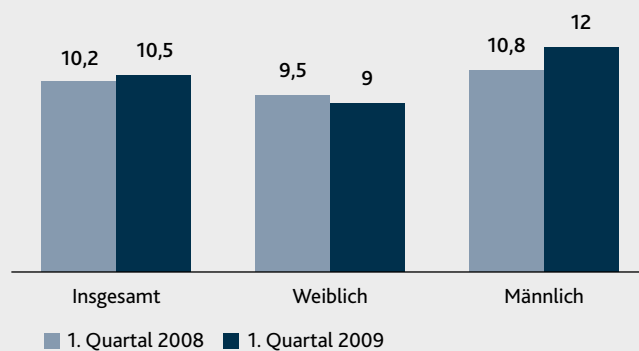
Deutlich wird, dass insbesondere kreisfreie Städte von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen sind. Überdurchschnittlich war die Arbeitslosigkeit bezogen auf 1.000 Personen der 15- bis unter 25-Jährigen ebenfalls in Kusel, Birkenfeld, Bad Kreuznach, Neuwied, Mayen-Koblenz, im Westerwaldkreis, in Worms, dem Donnersbergkreis sowie in Speyer. Vergleichsweise niedrig war sie dagegen mit 21,5 gegenüber 1.000 Personen in Trier-Saarburg, mit 22 in Mainz sowie mit 22,4 in Bad Dürkheim. Es folgen der Rhein-Pfalz-Kreis, die Südliche Weinstraße sowie Bernkastel-Wittlich (siehe Tabelle 82).

Es stellt sich allerdings die Frage, welche Tendenzen sich angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise abzeichnen. So stellt der Kurzbericht der Bundesagentur für Arbeit „Ein Jahr Krise auf

dem deutschen Arbeitsmarkt“ fest, dass die Wirtschaftskrise zwar seit Herbst 2008 ihre Wirkung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, diese jedoch relativ moderat ausfällt und hinter den Erwartungen zu Beginn des Jahres 2009 zurückbleibt. Insbesondere auch der Blick auf Europa lässt erkennen, dass Deutschland die Krise bisher relativ gut verkräftet. Grundlegend hierfür erscheint die starke Nutzung von Kurzarbeit (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung 2009). Allerdings zeigen die Zahlen auch, dass angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen Jugendliche und Männer besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind: „Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bereits seit Februar über dem Vorjahr, wohingegen die Arbeitslosigkeit insgesamt sich [erst, Anmerk. d. Verf.] seit März über dem Vorjahresniveau bewegt.“ (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung 2009, S. 9f.) So zeigen dann auch die Daten, dass im ersten Quartal 2008 deutschlandweit noch 10,2 % der Jugendlichen von Arbeitslosigkeit betroffen waren, während die Jugendarbeitslosenquote im ersten Quartal 2009 bereits bei 10,5 % lag (siehe Abbildung 167).

Anhand neuerer Daten wird zudem erkennbar, dass die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen im November 2009 gegenüber dem Vorjahr um 11 % gestiegen ist, im Oktober 2009 um 12 % und im September 2009 um 13 % (Bundesinstitut für Berufsbildung 2009b, c und d, o. S.).

Abb. 167: Jugendarbeitslosigkeit in %



Quelle: Eurostat-Pressestelle und eigene Darstellung

Tabelle 82: Junge Arbeitslose je 1.000 Personen der Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahren 2007, Arbeitslosenquote für junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren im Januar 2009 nach Verwaltungsbezirken

	Arbeitslose 15- bis 25-jährige je 1.000 (2007)	Arbeitslosenquote 15- bis 25-jährige in % (2009)
Frankenthal Stadt	43,63	8,4
Kaiserslautern Stadt	48,42	11,3
Koblenz Stadt	50,86	10,2
Landau Stadt	28,98	6,1
Ludwigshafen Stadt	51,32	10,9
Mainz Stadt	22,03	5,5
Neustadt Stadt	32,52	5,9
Pirmasens Stadt	75,38	13,6
Speyer Stadt	36,48	6,6
Trier Stadt	28,09	6,7
Worms Stadt	36,65	7,4
Zweibrücken Stadt	43,39	9,4
Ahrweiler	32,60	5,2
Altenkirchen	34,79	6,0
Alzey-Worms	34,21	5,7
Bad Dürkheim	22,41	4,4
Bad Kreuznach	38,98	9,0
Bernkastel-Wittlich	27,96	5,0
Birkenfeld	40,46	9,3
Cochem-Zell	29,50	5,3
Donnersbergkreis	36,59	7,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	30,27	4,5
Germersheim	29,75	5,9
Kaiserslautern	34,22	7,1
Kusel	42,94	8,0
Mainz-Bingen	29,13	5,1
Mayen-Koblenz	37,59	6,8
Neuwied	37,70	7,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	34,02	6,6
Rhein-Lahn-Kreis	32,42	4,4
Rhein-Pfalz-Kreis	24,77	4,7
Südliche Weinstraße	25,14	4,9
Südwestpfalz	32,52	5,9
Trier-Saarburg	21,50	3,8
Vulkaneifel	35,29	4,9
Westerwaldkreis	37,05	5,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

In besonderer Weise sind hier – wie bereits angedeutet – junge Männer mit einem Zuwachs von 19 % gegenüber dem Vorjahr betroffen; junge Frauen dagegen lediglich mit einem Anstieg von 3 %. Hinzu kommen regionale Disparitäten. Angestiegen ist die Arbeitslosigkeit besonders in Westdeutschland; dies vorrangig aufgrund der hier angesiedelten exportabhängigen Branchen, die die Auswirkungen der Krise in stärkerem Maße zu spüren bekommen (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung 2009).

Die Bundesagentur für Arbeit prognostiziert, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt trotz der aktuellen Stabilisierung im kommenden Jahr weiter angespannt sein, wenn nicht ungünstig verlaufen wird (ebd.).

Es ist zu erwarten, dass vor allem Jugendliche bzw. junge Männer in Westdeutschland hiervon betroffen sein werden.

Für die einzelnen rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte liegen Daten zur Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen zum Januar 2009 vor. Es ergibt sich hieraus folgendes Bild:

Mit 13,6 % war die Arbeitslosenquote in Pirmasens besonders hoch. Es folgen Kaiserslautern (Stadt) mit 11,3 % und Ludwigshafen mit 10,9 %, ebenso wie Koblenz, Zweibrücken und Birkenfeld. Es wird deutlich, dass insbesondere kreisfreie Städte von einer hohen Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Vergleichsweise niedrig war die Arbeitslosenquote der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren Anfang 2009 dagegen mit 3,8 % in Trier-Saarburg sowie in Bad Dürkheim und dem Rhein-Lahn-Kreis (jeweils 4,4 %; siehe Tabelle 82).

Insbesondere bei jungen Menschen ohne Berufsabschluss ist das Risiko der Arbeitslosigkeit erhöht. So macht das Bundesinstitut für Berufsbildung darauf aufmerksam, dass 2005 deutschlandweit 26 % der Erwerbspersonen mit fehlendem Berufsabschluss arbeitslos waren, im Gegensatz zu 9,7 % derjenigen mit einem Lehr- oder Fachschulabschluss sowie 4,1 % der Hochschulabsolventinnen

und -absolventen (Beicht/Ulrich 2008, S. 2). Auf der Datengrundlage des Mikrozensus wird hier außerdem dargestellt, dass sich die Quote der jungen Menschen ohne Berufsausbildung deutschlandweit von 1996 bis 2004 kaum veränderte und bei etwa 15 % lag.¹⁶⁶ Dies galt für die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen ebenso wie die Untergruppe der 20- bis 24-Jährigen (Beicht/Ulrich 2008, S. 3). Für Rheinland-Pfalz zeigt sich, dass von 321.000 jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren 210.000 ohne Berufsabschluss sind (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.1a).¹⁶⁷

Doch nicht nur junge Menschen ohne Berufsabschluss sind in erhöhtem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im Übergang von einer Ausbildung in die Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass die Lage junger Menschen verstärkt von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bzw. den Auswirkungen der Wirtschaftskrise abhängig ist. Junge Menschen, die kurz vor Beendigung ihrer Ausbildung stehen, sehen sich zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb nicht gewährleistet ist.¹⁶⁸ Eine Befragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Übernahmesituation von Auszubildenden 2009/10 hat ergeben, dass lediglich 36 % und damit gut ein Drittel der Befragten, die sich im letzten Ausbildungsjahr befinden, bisher eine Zusage der Übernahme erhalten haben. Doch auch deren Weiterbeschäftigung scheint oftmals ungesichert, handelt es sich nur bei 38 % um eine angebotene unbefristete Anstellung. Knapp jeder vierte Befragte hat dagegen eine Absage seitens des Ausbildungsbetriebes erhalten; 40 % sind bisher nicht über eine mögliche Übernahme

¹⁶⁶ Die Zahlen von 2005 waren aufgrund einer veränderten Erhebungsmethode nicht mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleichbar.

¹⁶⁷ Hierbei wurden Personen, die sich noch in Ausbildung befinden, ebenso wie Personen, die keine Angaben zum Berufsabschluss machten, nicht mit einbezogen.

¹⁶⁸ Zu möglichen Problemen an der 2. Schwelle vgl. auch Seibert/Kleinert 2009. Es wird hier die Vermutung aufgestellt, dass sich die Probleme – insbesondere eine Arbeitslosigkeit bei fehlender Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb sowie infolgedessen das Verlassen des erlernten Berufes – angesichts der Wirtschaftskrise noch verschärfen werden.

informiert worden. Zwei Drittel der jungen Menschen, deren Übernahme durch den Ausbildungsmarkt nicht gesichert ist, waren zum Zeitpunkt der Befragung ohne Perspektive; lediglich 22 % haben bereits die Zusage eines anderen Betriebes erhalten (DGB Bundesvorstand, Bereich Jugend 2009, o. S.).

Auszubildende sehen sich demzufolge auch an der 2. Schwelle mit Unsicherheiten und Ungewissheiten konfrontiert. Sie erfahren nicht nur spät, inwieweit ihre Weiterbeschäftigung durch den Ausbildungsbetrieb gesichert ist, oftmals werden sie auch nur kurzzeitig beschäftigt, sodass die Zukunft wenig planbar und sicher erscheint. Es wurde bereits deutlich, dass insbesondere junge Menschen bzw. hier junge Männer einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden. Dies hat sich aufgrund der Wirtschaftskrise verschärft. Gerade auch Auszubildende sind hiervon betroffen, sind sie gegenüber Festangestellten benachteiligt.

Auch zur geringfügigen Beschäftigung liegen Zahlen vor. Demnach gingen 42.824 der unter 25-Jährigen 2007 einer solchen Beschäftigung nach. Ihr Anteil an den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten insgesamt beläuft sich auf 16,9 % (Statistisches Landesamt 2008l, S. 153 sowie eigene Berechnungen).

Die arbeitslosen jungen Erwachsenen sind in der Regel auf Sozialleistungen angewiesen. Hierzu gehört die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II.

In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 109.514 Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II unter 25 Jahren. Hiervon sind 53.714 Personen weiblich und 55.800 männlich (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.3a). Die Daten zeigen außerdem, dass 2007 auf je 100 Gleichaltrige im Alter von 15 bis 21 Jahren 7,5 Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende kamen (Statistisches Landesamt 2008l, S. 291 sowie eigene Berechnungen).

Von den insgesamt 80.390 Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII waren 4.968 unter 18 Jahre (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.4.1a). In dieser Altersgruppe empfangen deutlich mehr männliche Jugendliche (3.067 Personen) eine Leistung nach dem SGB XII. Von den knapp 5.000 Leistungsbezieherinnen und -bezieher erhielten 15 % Sozialhilfe bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.4.2a).

Es wird deutlich, dass bei einem beachtlichen Teil der jungen Menschen der Weg ins (Erwerbs-) Leben sehr holprig beginnt und nur mit großem Aufwand in sichere Bahnen gelenkt werden kann. Jede nicht bewältigte Anforderung und „Hürde“ muss mit erheblicher Energie von Seiten der Jugendlichen und mit Unterstützung aus der sozialen Infrastruktur von Neuem angegangen werden. Deshalb sind die sozialstaatlichen Unterstützungssysteme vor und im Übergang zur Ausbildung unerlässlich. Gleichzeitig begründen langfristige Überlegungen verstärkte kurzfristige Aktivitäten: Der demografische Wandel verändert unaufhaltsam die Gesellschaftsstruktur. Für die nächsten 20 Jahre ist der Wandel objektiv vorhersehbar. Ein höheres Qualifikationsniveau ist zwingend notwendig und erfordert die beste Ausbildung möglichst aller Jugendlichen. Seit den 1970er Jahren wirken sich Krisen immer an den sensiblen Übergangsstellen des Beschäftigungssystems aus und betreffen dabei die Jugendphase. Angesichts des demografischen Wandels können Wirtschaft und Politik sich das nicht mehr leisten.

7.5 Startkapitalien und -bedingungen beim Übergang ins Erwerbsleben

Welchen Jugendlichen gelingt der Start ins Leben gut, welchen dagegen weniger gut? Der erfolgreiche Übergang ins Ausbildungssystem (1. Schwelle) lässt sich dadurch kennzeichnen, dass derzeit grob die Hälfte der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhält und nicht in eine teilqualifizierende, vorbereitende, grundbildende Maßnahme oder Alternative dazu mündet. Ein gelingender Übergang ins Erwerbsleben (2. Schwelle) betrifft den Einstieg in eine Erwerbstätigkeit, unabhängig von bisherigen allgemeinbildenden und beruflichen Qualifikationen.¹⁶⁹ Das führt zu der Frage, welche Startbedingungen und -kapitalien einem jungen Menschen beim Übergang ins Erwerbsleben hilfreich sein können.

Die Studie „Bildungswege und Berufsbiographie von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Anschluss an allgemeinbildende Schulen“ (kurz: BiBB-Übergangsstudie)¹⁷⁰ eröffnet einen Blick auf individuelle Wege des Übergangs und geht damit weit über die statistische Erfassung von Schulabschlüssen und Ausbildungsverträgen hinaus. Sie beschreibt im Wesentlichen fünf Determinanten, die den Übergang ins Erwerbsleben bestimmen (Beicht/Ulrich 2007 sowie Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007):¹⁷¹

¹⁶⁹ Erfolgreich ist in gewisser Weise auch der, der keinen Schul- oder Berufsabschluss erwerben konnte, jedoch trotzdem in einem stabilen Arbeitsverhältnis steht und seinen Lebensunterhalt eigenständig bestreiten kann. Doch auch andere Lebensformen können als „gelingen“ bezeichnet werden, wenn subjektive Gestaltungsvorstellungen und gesellschaftliche Anerkennungsverhältnisse nicht dauerhaft in Konflikt miteinander geraten.

¹⁷⁰ Die Studie benennt einerseits vorrangig Determinanten, die die Dauer des Übergangs in ein Ausbildungsverhältnis betreffen; andererseits stellt sie heraus, welche Faktoren die Ausbildungslosigkeit von jungen Menschen bedingen können (Beicht/Ulrich 2008). Gerade in diesem Fall besteht ein hohes Risiko dauerhafter Arbeitslosigkeit. Dies betrifft den Übergang an der 2. Schwelle, wenn nämlich der Einstieg in eine Erwerbstätigkeit fehlschlägt bzw. mit Schwierigkeiten verbunden ist.

¹⁷¹ Hinsichtlich der Jugendlichen ohne Berufsausbildung, die – wie bereits dargestellt wurde – ein erhöhtes Risiko der Arbeitslosigkeit

Zunächst sind für einen gut gelingenden Übergang überdurchschnittliche individuelle Qualifikationen erforderlich, um als Abgängerinnen bzw. Abgänger einer allgemeinbildenden Schule unmittelbar mit einer Ausbildung im dualen System beginnen zu können. Hierzu zählt nicht nur die Höhe des erreichten Schulabschlusses, ebenso spielt der Notendurchschnitt eine Rolle.

Von Bedeutung ist des Weiteren der familiäre Hintergrund des Ausbildungs- bzw. in der Folge Arbeitssuchenden. Junge Menschen mit höher gebildeten Eltern sind zum einen erfolgreicher in der Schule, weisen demnach eine höhere schulische Qualifikation auf und treten mit guten Chancen in den Kontext des Erwerbslebens ein. Sie scheinen andererseits intensiver und besser von ihren Eltern im Hinblick auf ihre Berufswahl beraten zu werden. Deren informelle Netzwerke können zusätzlich den Zugang zu einer Ausbildungsstelle erleichtern. Die Jugendlichen bleiben darüber hinaus seltener ohne Ausbildungsabschluss, sodass das Risiko der Arbeitslosigkeit geringer ausfällt. Die Merkmale Schul- und Berufsabschluss der Eltern, qualifizierte Erwerbstätigkeit des Vaters und ein offenes Gesprächsklima bei Schulproblemen haben demzufolge einen wesentlichen Einfluss auf die Dauer und Qualität des Übergangs.

Die soziale Einbindung des nach einer Ausbildung Suchenden kann darüber hinaus die Zugangswege und damit Handlungsräume des Einzelnen auf dem Ausbildungsmarkt erweitern. Die Übergangsstudie des BiBB nennt das aktive Engagement in der örtlichen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, dem Rettungsdienst o. Ä. als förderlich für die rasche Einmündung in ein Ausbildungsverhältnis.

tragen, identifiziert die BiBB-Übergangsstudie darüber hinaus weitere Faktoren, welche die Übergangszeit ins Erwerbsleben stark beeinflussen können. Hierzu gehören u. a. die Betreuung eines eigenen Kindes, das zunehmende Alter (als positiver Faktor), der fehlende Bildungswunsch bei Schulende, die schnelle Fortsetzung des Bildungsweges nach Beendigung der Schule sowie Selbstselektionsprozesse.

nis. Bei erfolgreichem beruflichem Abschluss ist das Risiko der Arbeitslosigkeit in der Folge geringer. Die vierte Determinante wird von angebotsrelevanten Merkmalen gebildet. Denn die Übergangsdauer hat immer auch zu tun mit dem vorhandenen Angebot an Ausbildungsstellen – dies wurde auch bei der Beschreibung der Situation in Rheinland-Pfalz offenkundig. Die Wohnregion spielt hier eine Rolle, insbesondere zwischen Stadt und Land gibt es starke Differenzen in Bezug auf das Ausbildungsstellenangebot.

Schließlich sind die soziodemografischen Merkmale, der Migrationshintergrund sowie das Geschlecht, relevant. Die Studie belegt einerseits, dass die Übergangsprozesse für Jugendliche mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich langwierig sind. Erklärt wird dieses Phänomen damit, dass sie häufiger als andere Jugendliche nur über einen Hauptschulabschluss verfügen und ihre Noten durchschnittlich etwas schlechter ausfallen. Ursächlich erscheinen außerdem die geringere Qualifizierung der Eltern sowie ihre geringere soziale Einbindung. Entscheidend ist jedoch die Aussage, dass „ein Migrationshintergrund bereits für sich allein genommen bei der Lehrstellensuche von Nachteil“ ist, also Diskriminierungsprozesse wirksam sind (Beicht/Ulrich 2007, S. 5). Obwohl junge Frauen bessere Schulabschlüsse aufweisen und bessere Noten erhalten, haben auch sie schlechtere Chancen, unmittelbar nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Konkurrenz insbesondere bei den von jungen Frauen angestrebten Ausbildungsplätzen bzw. Berufen ist erhöht. Auch hier sind Angebote notwendig, junge Frauen für das breite Spektrum von Ausbildungsberufen zu sensibilisieren. Allerdings fällt bei weiblichen Jugendlichen das Risiko, ohne Ausbildung zu bleiben, geringer aus. Erklärt wird dies in der Studie mit einer größeren „Hartnäckigkeit“ der jungen Frauen bei der Ausbildungsplatzsuche.

Gewisse Kapitalien – ein geringer Bildungsabschluss, schlechte Noten und unzureichende soziale Integration – sowie spezifische Bedingungen, insbesondere der familiäre Hintergrund, der Migrations-

hintergrund und die regionale Verortung, stellen also Risiken beim Übergang an der 1. ebenso wie der 2. Schwelle dar. Auch das Geschlecht kann in diesem Kontext als besondere Startbedingung verstanden werden, denn mit ihm sind Sozialisationsprozesse verbunden, die den Übergang in eine Ausbildung präformieren,¹⁷² den Übergang in die Erwerbstätigkeit jedoch in indirekter positiver Weise beeinflussen können. Ebenso stellt das in der Phase des Übergangs vorhandene oder fehlende Ausbildungsplatzangebot eine zentrale Startbedingung für junge Menschen dar, auf die sie selbst keinen Einfluss haben. Die genannten Faktoren können kumulativ, aber auch für sich allein dazu führen, dass die Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und in der Folge eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, vermindert ist.

Im Kontext des Ausbildungsmarktes geht es konkret darum, das Augenmerk nach wie vor auf Benachteiligungen zu richten und die Intensität der Förderprogramme für Benachteiligte (in quantitativer wie qualitativer Hinsicht) aufrecht zu erhalten. Wichtig ist es aber auch, Jugendliche beim Übergang ins Erwerbsleben in verstärkter Weise zu begleiten, ihr Selbstvertrauen zu stärken und ihre persönlichen, sozialen und berufsbezogenen Kompetenzen zu stärken. Schließlich soll darauf hingewiesen werden, dass ein guter Bildungsabschluss, Abitur und/oder abgeschlossenes Studium, keine Garantie darstellt für das Erreichen sicherer und attraktiver Berufspositionen. Mit dem Anstieg des Qualifikationsniveaus in einer Gesellschaft verbreiten sich die Risiken, arbeitslos zu werden, stärker auch in höheren Schichten. Ebenso breiten sich diskontinuierliche Berufsbiografien auf allen Qualifikationsniveaus aus. Ein schwieriger Start ins Berufsleben liegt in der Regel auch beim Abbruch eines Bildungsganges, sei es einer Ausbildung oder eines Hochschulstudiums, vor den betroffenen jungen Menschen.

¹⁷² Eine solche Aussage bezieht sich vorrangig auf die Feststellung, dass die Berufswünsche der jungen Frauen sich stark auf Dienstleistungsberufe konzentrieren (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S.84 f.) und damit Einschränkungen verbunden sein können.

7.6 Belastungen beim Übergang ins Leben

Unabhängig von den Entwicklungsaufgaben, die Jugendliche im Allgemeinen im Übergang zur Erwerbstätigkeit zu bewältigen haben, gibt es bestimmte Bedingungsgefüge, die sich zusätzlich stark belastend auf den Start ins Leben auswirken können. Hierzu gehört Delinquenz ebenso wie Armut.

Delinquenz

Auch wenn abweichendes Verhalten und Delinquenz im Jugendalter strukturell, d. h. im experimentellen Einüben von Lebensformen begründet sind, kann sich ein solches Verhalten als Belastung für den Übergang zum Erwachsenenalter auswirken. Leichtere Formen des Normenverstößes sind universell verbreitet und bilden für die meisten Jugendlichen eine Quelle der Erfahrung, um konforme Handlungskompetenz zu erwerben. Unter Bedingungen der Anomie, also einer dauerhaften Diskrepanz von angestrebten Zielen und zur Verfügung stehenden Ressourcen, kann sich Abweichung verfestigen und zum Problem für den Jugendlichen und seine Welt werden.

Auf Verfestigungsprozesse und die Mechanismen der Kriminalisierung haben die bekannten sozialstrukturellen Bedingungen Einfluss: Kriminalität

ist vor allem männlich, städtisch und die Ressourcen, sie angepasst zu bewältigen, sind schichtspezifisch verteilt. Delinquenz wird statistisch vor allem durch die Polizeiliche Kriminalstatistik registriert, die jedoch in erster Linie einen Tätigkeitsbericht der Polizei darstellt. Das in ihr nicht erfasste Dunkelfeld ist weitaus größer, besonders im Bereich der jugendlichen Bagatelldelinquenz. Registrierte Delinquenz muss aber in jedem Fall bewältigt werden und stellt nicht nur eine Entwicklungsaufgabe dar, sondern das Bewältigungshandeln des Jugendlichen verdient Unterstützung. Deshalb ist das Jugendstrafrecht pädagogisch orientiert.

Jugendkriminalität ist passager. Ihre Verbreitung steigt im Jugendalter langsam an, erreicht bei den Heranwachsenden einen Höhepunkt und sinkt bei den Jungerwachsenen wieder ab. In der Polizeilichen Kriminalstatistik sind die Altersgruppen nicht homogenisiert, aber es gibt doch ein klares Bild.

Zwischen den Daten für Deutschland und den Daten für Rheinland-Pfalz gibt es strukturell nur eine kleine Verschiebung des „Höhepunktes“ der Delinquenz von den Heranwachsenden in die Gruppe der jungen Erwachsenen.

Tabelle 83: Tatverdächtige nach Altersklassen, Anteil an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen 2008 in %

	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland pro Jahrgang	Rheinland-Pfalz pro Jahrgang
Kinder (strafunmündig)	4,40	4,70	0,55	0,58
Jugendliche				
14 bis unter 16	5,50	4,90	2,75	2,45
16 bis unter 18	6,60	5,30	3,30	2,65
18 bis unter 21	10,60	8,30	3,50	2,70
Erwachsene				
21 bis unter 23	6,20	5,30	3,20	2,65
23 bis unter 25	5,60	5,60	2,80	2,80

Quelle: Bundeskriminalamt, Innenministerium Rheinland-Pfalz und PKS Rheinland-Pfalz

Das Gesamtbild für die Jahre 2005 bis 2008 zeigt, dass der relative Anteil der Jugendkriminalität an der Gesamtkriminalität gleich bleibt, dass dies auch für den Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Jugendalter gilt, dass generell eher leicht rückläufige Tendenzen feststellbar sind – zumindest im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007.

Jugendlichen- und Heranwachsendenkriminalität ist ein Strukturmerkmal der Gesellschaften in jeder Form. Laute Klagen über diesen Umstand sind überflüssig, die richtigen Hilfen umso notwendiger.

Armut

Neben der Arbeitslosigkeit ist Armut, die mit eigener Arbeitslosigkeit oder der der Eltern stark verbunden ist, eine zentrale Belastung für den Start ins Leben. Die objektiven Chancen, aus der Armut herauszukommen, sind eng an den Zugang zum Arbeitsmarkt gekoppelt. Subjektiv vermischt sich oft das Bestreben, die Armut zu überwinden, mit Selbstzweifeln, Versagensängsten und der Erfahrung des erfolglosen Versuchs, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Die Armutsschwelle wird in der Regel ökonomisch definiert, weil andere Dimensionen der Armut, die ebenfalls relevant sind, statistisch weniger genau zu erfassen sind. Als arm wird dabei die Person angesehen, die über weniger als 60 % des pro Kopf gewichteten Nettoeinkommens verfügt. Es ist ein politischer Euphemismus, nicht von Armut, sondern von Armutsgefährdung zu sprechen.

In Rheinland-Pfalz liegt die Armutsgefährdung mit 13,5 % (Statistisches Landesamt 2009x, o. S.) unter der bundesweiten Quote von 14,3 %. Das bedeutet dennoch, dass gut eine halbe Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz armutsgefährdet sind. Überdurchschnittlich ist die Armutsgefährdungsquote in den landesplanerischen Regionen Rheinhessen-Nahe, der Westpfalz und dem Mittelrhein-Westerwald. Der rheinland-pfälzische Teil der Rhein-Neckar-Region sowie Trier liegen dagegen unter der rheinland-pfälzischen Quote. Insbeson-

dere bei den 18- bis unter 25-Jährigen zeigt sich, dass die Armutsgefährdungsquote der Männer stets deutlich geringer ist als die der Frauen. Hier sind es 16 % gegenüber 22,5 %.

Armut ist kein Makel – aber eine erhebliche Einschränkung von Verwirklichungschancen. Solange viele Menschen in einer Gesellschaft arm sind, ist der Druck, sich selbst für die Armut verantwortlich zu machen, nicht so hoch. In einer reichen Gesellschaft ist die Differenz zwischen dem, was eine arme Person hat, und dem, was die Mehrheit hat, und noch mehr dem, was als Bedingung eines glücklichen Lebens propagiert wird, erheblich.

Dass heute in Rheinland-Pfalz insbesondere auch 22,5 % der jungen Frauen arm sind, ist eine täglich verdrängte Realität. Die Lebensperspektive von fast einem Viertel der jungen Frauen wird durch Armut belastet; ihre Zukunft erstrahlt nicht in hellem Licht, sondern wird verdunkelt durch die Befürchtung, arm zu bleiben.

7.7 Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz im Kontext des Übergangs

Die Übergänge an der 1. wie 2. Schwelle stellen für Jugendliche sensible Phasen dar, in denen sich einerseits zeigt, wie und ob ihre Integration ins Ausbildungs- und Erwerbssystem gelingt und sie darüber teilhaben an gesellschaftlichen Prozessen. Andererseits wird deutlich, welche Bewältigungsstrategien der Jugendliche bisher erworben hat, welche Eigenschaften und Kompetenzen ihm helfen, mit neuen Erfahrungen umzugehen, Frustrationen zu überwinden und hartnäckig zu bleiben gegenüber möglichen Erschwernissen.

Wichtig ist hier eine Unterstützung und Begleitung der Übergangsprozesse. Es geht auch – aber nicht nur – darum, in besonderer Weise gegen Benachteiligungen zu wirken und den jungen Menschen gleiche Chancen der Teilhabe zu ermöglichen. Darüber hinaus ist der Erwerb grundlegender persönlicher, sozialer und berufsbezogener Kompetenzen von Bedeutung. Gefordert wird von Seiten der Betriebe und Unternehmen, dass grundlegende Fertigkeiten bei Verlassen der Schule tatsächlich beherrscht werden.¹⁷³ Der notwendige Erwerb bestimmter Kompetenzen beinhaltet aber auch, dass der Jugendliche vorbereitet wird auf Schwierigkeiten und Brüche beim Start ins (Erwerbs-)Leben bzw. auf Erfahrungen, die dieser mit sich bringen kann. Gemeint ist ebenso, dass der junge Mensch frühzeitig zu einer realistischen Selbsteinschätzung und zu einer Vorstellung darüber gelangt, was er sich für seine berufliche Zukunft wünscht.

Vor diesem Hintergrund erhalten Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit sowie Jugendberufshilfe eine entscheidende Bedeutung. Die Zusammenstellung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. zeigt, dass die Stellen für

Personal in diesen Handlungsfeldern sich ungleich über die Jugendämter verteilen. Ob damit der jeweilige Bedarf gedeckt wird, muss die regionale Jugendhilfeplanung klären. Neben den Leistungen der Jugendhilfe wird es zunehmend notwendig, Möglichkeiten der Berufsorientierung verstärkt in den Schulunterricht zu integrieren.

Die hier beschriebene Situation der jungen Menschen, die vor einem schwierigen Start ins Leben stehen, hat „die“ Politik nicht kalt gelassen. Neben den vielen Aktivitäten der Zivilgesellschaft hat auch das Land bestimmte Programme aufgelegt, die konkret und spezifisch auf die Behebung oder zumindest Abmilderung bestimmter Belastungslagen zielen. Hierzu zählen: der Ausbau der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz und in verstärktem Maße der Schulsozialarbeit sowie die Schulstrukturreform inkl. der „Realschule plus“, dem Ausbau der Berufsorientierung, der Einführung des Praxistags und der Initiative „Keine/r ohne Abschluss“. Im Sinne einer präventiven Arbeitsmarktpolitik werden darüber hinaus Förderansätze wie „Job-Fux“, „Jugend-Scout“, das Berufsmentoring oder Projekte zur vertieften Berufsorientierung angeboten, die diese Unterstützungsstruktur ergänzen. Hierfür werden arbeitsmarktpolitische Mittel des Landes und des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz eingesetzt. Wir empfehlen nicht nur, diese Angebote fortzusetzen, sondern sie auch zu evaluieren und auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse zu optimieren bzw. auszuweiten oder aber auch zu beenden, wenn solche Initiativen nicht erfolgreich sind. Durch diesen Prozess einer kontinuierlichen Auswertung von Programmen kann der Weg zu einer qualifizierten sozialen Infrastruktur fortgesetzt werden.

Insgesamt charakterisiert jedoch „Ungleichheit“ den Start junger Menschen ins Erwachsenenleben. Öffentliche Verantwortung muss an den Stellen verstärkt werden, wo Jugendliche unterhalb eines allgemein akzeptierten Lebensniveaus die Jugendphase verlassen. Denn ihre Perspektiven sind ohne

¹⁷³ Zum Leistungsvergleich der deutschen sowie rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler vgl. ausführlich Prenzel 2007. Die PISA-Leistungsvergleichsstudien zeigen, dass sich Rheinland-Pfalz im Lauf der Jahre seit 2000 verbessert hat. Die Schülerinnen und Schüler erreichten 2006 im Lesen den 5. Rangplatz, bei den Naturwissenschaften den 6. und bei Mathematik den 7. Platz.

die öffentlichen Leistungen und Interventionen weder subjektiv noch objektiv akzeptabel. Dieser Gesichtspunkt gewinnt in der Krise am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts eine besondere Bedeutung. Wie deutlich gezeigt werden konnte, ist unübersehbar, dass der Übergang eines Teils der Jugendlichen in Berufsausbildung und trotz erfolgreicher Ausbildung in die Erwerbstätigkeit gefährdet ist. Die berufliche und damit die

generelle Integration eines größer werdenden Teils der nächsten Generation wird fahrlässig aufs Spiel gesetzt, weil die öffentlichen Ressourcen zur Stabilisierung eines maroden, auf den Profit einer kleinen Minderheit angelegten Finanzsystems verwendet werden. Es ist geradezu absurd, dass die Gesellschaft aus demografischen Gründen jeden Jugendlichen als „Fachkräftepotential“ braucht und gleichzeitig das Scheitern beruflicher Integration produziert.

7.8 Empfehlungen

- Mit dem demografischen Wandel ist für bestimmte Segmente des Arbeitsmarktes schon heute sichtbar ein Fachkräftebedarf verbunden. Gleichzeitig starten viel zu viele Jugendliche ohne Qualifikation ins Leben und werden gelegentlich als „verlorene Generation“ bezeichnet. Neben den erforderlichen und vielfach eingeleiteten Veränderungen im Bildungssystem selbst sind die sozialpädagogischen und sozialkulturellen Förderangebote bedarfsbezogen auszuweiten. Von Bedeutung werden dabei auch strukturierte Ferienangebote sein.
- Mit dem Rückgang des Anteils Jugendlicher in der Gesellschaft werden besonders im ländlichen Bereich (aber auch in Städten) „negative“ Kapazitätsprobleme auftauchen, die Flexibilisierungsanforderungen werden sich erhöhen. Die Verbindung von schulischen, fachschulischen und berufsbildenden Einrichtungen wird zu einem wichtigeren Feld der regionalen Sozial- und Bildungsplanung. Von der Seite des Landes her sollen modellhafte Entwicklungen der Vernetzung, Flexibilisierung und Qualitätsentwicklung des Ausbildungs- und „Übergangs“-Systems gefördert werden.
- Die Entwicklung des sogenannten Übergangssystems, in das viel zu viele Jugendliche nach Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems einmünden, soll genauer untersucht werden, um effektivere Verknüpfungen von allgemeinbildenden, berufsqualifizierenden und sozialpädagogischen Angebotselementen herstellen zu können. Als „Schule der Zweiten Chance“, wie die Europäische Union ein spezielles Förderprogramm bezeichnet, müssen in diesem Übergangssystem formelle Qualifikationen und Abschlüsse erworben werden können; die Wahrscheinlichkeit, dass sie erreicht werden, wird durch eine optimale Ausstattung erhöht.
- Die Entwicklungen angesichts der Wirtschaftskrise sind zu beobachten und insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Lage junger Menschen, insbesondere männlicher Jugendlicher, zu thematisieren. Diese Altersgruppe ist in verstärktem Maße und vor anderen Kohorten von Arbeitslosigkeit betroffen. Langfristige Wirkungen auf das Selbstkonzept des jungen Menschen und die subjektive Wahrnehmung seiner Teilhabechancen sind zu untersuchen. Deutlich zu machen ist auch, dass alle Personen, die mit Berufsausbildung zu tun haben, ihren Beitrag leisten zu einer pädagogischen Förderung der nächsten Generation und dass vom Erfolg dieser Förderung das Wohlergehen des Einzelnen wie auch der ganzen Gesellschaft abhängt. Zu hoffen ist, dass der prognostizierte Fachkräftebedarf derartige Überlegungen intensivieren und das Potential junger Menschen bzw. dessen notwendige Förderung sichtbar machen wird.
- Wir empfehlen eine Ausbildungsinitiative, weil nur durch ein gutes Angebot an Ausbildungsplätzen eine dauerhafte Lernmotivation und Anstrengungsbereitschaft bei benachteiligten Jugendlichen gestärkt werden kann.

7.9 Exkurs: Junge Menschen mit Migrationshintergrund

7.9.1 Der Migrationshintergrund

Im Alltagsbewusstsein hat sich das Wort „Migrationshintergrund“ eingebürgert. Es ist an die Stelle der Worte „Ausländer“, „Aussiedler“, „Migrant“, „ausländische Mitbürger“, „Einwanderer“ und ähnlicher Bezeichnungen getreten. „Menschen mit Migrationshintergrund“ ist eine statistische Kategorie, in der ganz verschiedene Gruppen zusammengefasst sind, indem die beiden Kriterien „Geburtsland“ und „Staatsangehörigkeit“ miteinander kombiniert werden und beide sowohl allein als auch gemeinsam den Migrationshintergrund konstituieren.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (MmM, im Gegensatz dazu werden die Menschen ohne Migrationshintergrund hier als MoM bezeichnet) gehören (Statistisches Bundesamt 2008f sowie Statistisches Landesamt 2008h):

- Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte, Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien und Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge);
- Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung (also in Deutschland geboren, mit Eltern, die Ausländer sind);
- Deutsche, die zugewandert sind; dazu zählen Spätaussiedler/-innen, Flüchtlinge und Vertriebene „deutscher Volkszugehörigkeit“ ohne Einbürgerung und zugewanderte Eingebürgerte einschließlich der eingebürgerten Spätaussiedler/-innen;
- schließlich gehört zu den MmM eine vierte Kategorie, in der nicht zugewanderte Eingebürgerte, Kinder von Spätaussiedlern ohne Einbürgerung, Kinder von Eingebürgerten oder Kinder von Eltern, von denen nur eine Person Migrationshintergrund hat, zusammengefasst werden;

- im Zusammenhang von Jugend ist eine letzte Gruppe bedeutsam, nämlich Kinder von ausländischen Eltern, die seit dem 01.01.2000 in Deutschland geboren wurden und die, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben haben (bedingtes Jus-Soli-Prinzip).

Letztere erwerben je nach Staatsangehörigkeitsrecht des Herkunftsstaates der Eltern ebenfalls die Staatsangehörigkeit der Eltern; nach Vollendung des 18. Lebensjahres müssen sich die jungen Menschen entscheiden, welche Staatsangehörigkeit sie behalten wollen (Optionspflicht). In Ausnahmefällen (wenn – wie in vergleichbaren Fällen der Einbürgerung – Umstände vorliegen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft rechtfertigen würden) werden sie von der Optionspflicht entbunden. Zum genannten Personenkreis kommen außerdem Kinder hinzu, die aufgrund einer Übergangsregelung zum Zeitpunkt der Einführung der Optionsregelung auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben.

In der statistischen Kategorie MmM sind also die Kriterien Staatsangehörigkeit und Geburtsland bunt gemischt und werden zusätzlich durch das Kriterium der Volkszugehörigkeit nach dem Vertriebenenrecht erweitert.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist die Kategorie nicht brauchbar, weil sie keine Lebenslage erklären kann. Die objektiven und subjektiven Lebensumstände der MmM sind so heterogen, dass eine Gemeinsamkeit nicht mehr festgestellt werden kann. Der Migrationshintergrund ist teilweise zur Migrationsgeschichte geworden, die keine Erklärungskraft mehr hat. Auch bei den MoM haben tatsächlich viele Menschen eine Migrationsgeschichte, die nur deshalb nicht als Migrationshintergrund erfasst wird, weil die statistische Kategorie neu eingeführt wurde. Insbesondere aber wird die innerstaatliche Migration nicht erfasst, die in sozialer Hinsicht bedeutsamer sein

kann als die grenzüberschreitende Migration. Und schließlich wird die grenzüberschreitende Migration von anderen deutschen Staatsangehörigen nicht in das Konzept des Migrationshintergrunds aufgenommen. Es bleibt also höchst widersprüchlich: Ethnische Kriterien spielen nach wie vor die entscheidende Rolle. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund ist die Überschreitung der Nationalstaatsgrenzen kein Kriterium, bei Menschen mit Migrationshintergrund wird ihre Besonderheit der Nicht-Volkszugehörigkeit und Einwanderung dagegen bis in die dritte Generation registriert.

Die unübersichtlichen Verhältnisse haben für Jugendliche unmittelbare Folgen. Jugendliche mM werden von anderen als solche identifiziert und müssen sich mit dieser Fremdidifizierung auseinandersetzen. Jugendliche oM können auf die Kategorie zurückgreifen und durch deren Anwendung ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft „aufwerten“. Der Umgang mit diesen Zuschreibungen und ihre Verwendung als Legitimationsformeln in der Auseinandersetzung um Rechte im sozialen Raum (z. B. sich in einem Jugendzentrum behaupten zu können, in bestimmten Stadtvierteln „das Sagen zu haben“ usw.) machen den Migrationshintergrund und die mit ihm verbundenen ethnischen Zuschreibungen zu einer Strukturdimension des jugendlichen Aufwachsens (Dannenbeck u. a. 1999; Schramkowski 2007; Munsch u. a. 2007; Schiffauer 2003).

Die Verwendung der Kategorie „Migrationshintergrund“ erweist sich also bei genauerer Betrachtung als der Sachverhalt, der zu untersuchen ist. Eine solche Untersuchung hat sich einerseits auf die Ebene der statistischen Ordnung der sozialen Welt, andererseits auf die Ebene des alltäglichen Miteinanderumgehens zu beziehen. Auf beiden Ebenen wird die Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert (Berger/Luckmann 2007), d. h., in der Auseinandersetzung mit der und dem Dialog über die Wirklichkeit, wird diese erst erschaffen; wie dies geschieht, ist kritisch zu hinterfragen.

Mit dem Vorschlag, den „Migrationshintergrund“ zur „Migrationsgeschichte“ zu transformieren

und in der Folge auch auf letztere Kategorie zu verzichten, wird die Kategorie „Migrationshintergrund“ delegitimiert und die Staatsangehörigkeit tritt in den Vordergrund. Wenn gleichzeitig der demokratische Charakter des Staates in den Vordergrund rückt (demos) und nicht die Volkszugehörigkeit als Zugehörigkeitsregel (ethnos), dann wird dem Umstand der Einwanderung Rechnung getragen; die Konstruktion der sozialen Welt nach ethnischen Kriterien verliert an Bedeutung.

Für den Alltag von Jugendlichen spielt dies eine große Rolle. Allerdings zeigen die empirischen Studien auch, dass Jugendliche mit den Zuschreibungen spielerisch umgehen können (Dannenbeck 2002), dass sie im Betrieb kooperative Umgangsformen entwickeln und gemeinsame Interessen im Vordergrund stehen (Bednarz-Braun u. a. 2004) und dass die Schule zunehmend als ein Ort der Bildung interethnischer Freundschaften begriffen werden kann (Baier u. a. 2009). Die Jugendlichen untereinander haben also die konservierende Kategorie des Migrationshintergrundes hinter sich gelassen. Gleichzeitig muss jedoch festgehalten werden, dass auch unter Jugendlichen Ausländerfeindlichkeit verbreitet ist. 30 % der Jugendlichen stimmen der Meinung zu: „In Deutschland gibt es zu viele Ausländer“, und haben „in hohem Maße“ ausländerfeindliche Einstellungen.

In welchem Maße die Fixierung auf den Migrationshintergrund problematisch ist, zeigt sich bei der Evaluation des „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres“. Dieses Programm für Jugendliche ohne Arbeit und Ausbildung in sozial abgestiegenen Stadtteilen („mehrfach benachteiligte Jugendliche“) fördert Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Die Evaluation zeigt sich „überrascht“ über einen Befund: „Jugendliche mit Migrationshintergrund und mit Vätern, die eine mittlere bis höhere berufliche Qualifikation haben, schaffen eher einen erfolgreichen Anschluss an das Trainingsjahr als deutsche Jugendliche und Jugendliche, wo der Vater keine bzw. nur eine berufliche Anlernqualifikation hat“ (Förster/Skrobanek 2004, S. 533). Die Fixierung der Wahrneh-

mung auf den Migrationshintergrund verdeckt die übrigen Bedingungen für den Start ins Leben. Erneut zeigt sich: Die Benachteiligung und ihre Beschaffenheit sind das zentrale Argument für die Förderung von Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Auch wenn es also Hinweise auf Diskriminierung als „Restkategorie“ für die Erklärung eines nicht gelingenden Übergangs für Jugendliche mM von der Schule in die Ausbildung gibt, muss ein Ergebnis festgehalten werden: Auch die Deutschnote, also die schulische zertifizierte Kompetenz in der Beherrschung der „Integrations-sprache“, spielt bei der Platzierung nach der Schule keine substantielle Rolle (Skrobanek 2007). Im Folgenden wird die Kategorie Migrationshintergrund trotz dieser Bedenken verwendet, weil die statistisch aufbereiteten Daten nach ihr strukturiert sind. Auch die Kategorie Deutsche/Ausländer wird aus den gleichen Gründen verwendet. Grundlage ist vor allem der Mikrozensus aus dem Jahr 2006 (Statistisches Landesamt 2008h).

7.9.2 Junge Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2006 einen Bevölkerungsanteil mM von 17,3 %. Damit liegt es in den alten Bundesländern auf einem der letzten Plätze; nur Niedersachsen (15,8 %) und Schleswig-Holstein (12,1 %) haben einen geringeren Anteil der MmM. Von den 703.000 MmM haben 388.000 die deutsche Staatsangehörigkeit (9,6 % Bevölkerungsanteil), 315.000 sind Ausländer (7,8 %). In Bezug auf den Ausländeranteil ergibt sich (01.10.2008) dieselbe Struktur. Bei den westdeutschen Ländern liegt Rheinland-Pfalz mit 7,7 % nur noch vor Niedersachsen (6,6 %) und Schleswig-Holstein (5,3 %) (www.Statistik-Portal.de).

Die ausländische Wohnbevölkerung ist in Rheinland-Pfalz recht ungleich vertreten. Dies gilt auch für die Jugendlichen. Bei den 15- bis 19-Jährigen gibt es Landkreise mit einem Anteil der Personengruppe von unter 5 % (Statistisches Landesamt,

Stand: 31.12.2007, auch im Folgenden). Hierzu gehören Cochem-Zell, Kusel, Mayen-Koblenz, Rhein-Hunsrück-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg und Vulkaneifel. Auch in der Stadt Zweibrücken haben Ausländerinnen und Ausländer unter den 15- bis 19-Jährigen nur einen Anteil von 3,5 %. Am anderen Ende der Skala liegen die Städte Ludwigshafen (25,4 %) und Mainz (21,4 %). „Nur“ 15 % Anteil haben die Städte Worms und Frankenthal; darunter, aber mit mehr als 10 % liegen die Städte Kaiserslautern, Koblenz, Pirmasens und Speyer. Berücksichtigt man die jungen Menschen bis 20 Jahre insgesamt, ergibt sich dasselbe Bild. Nach wie vor ist in Bezug auf die Migration die „Rheinschiene“ das Haupteinwanderungsgebiet. So verhält es sich seit gut zwei Jahrhunderten. Einwanderung, Wirtschaftswachstum und Modernisierung stellen hierbei einen untrennbaren Zusammenhang dar. Wenn man Kaiserslautern und Pirmasens (für eine zurückliegende Epoche) mitberücksichtigt, verfestigt sich dieses Bild. Eine detaillierte Darstellung der Verteilung von Menschen mM ist nicht möglich, weil die Daten des Mikrozensus den Blick auf Städte und Landkreise verwehren. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich dabei Verschiebungen ergeben, weil die Aussiedlerinnen und Aussiedler nicht nur an der Rheinschiene, sondern auch in Konversionsgebieten angesiedelt wurden.

Die jungen Menschen (0 bis 20 Jahre) haben 2006 in der Bevölkerung mM mit 30,9 % einen höheren Anteil als in der Bevölkerung oM (18,0 %) (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 1.1.2a). Im Jahr 2007 verändern sich diese Anteile nur geringfügig (29,9 % versus 17,7 %). Die Differenzierung nach Altersgruppen (2007) ist in Tabelle 84 dargestellt.

Tabelle 84: Junge Menschen mit Migrationshintergrund nach Alter der Kinder

Alter der Kinder	Anzahl der Kinder	Anteil an Bevölkerung mM
unter 3	30.000	4,1 %
3 bis 6	32.000	4,4 %
6 bis 10	50.000	6,8 %
10 bis 16	61.000	8,4 %
16 bis 20	45.000	6,2 %

Quelle: Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 1.1.2a

Wenn man nach Staatsangehörigkeit ordnet, zeigt sich:

- Die 0- bis 3-Jährigen haben bei den Ausländer/-innen einen Anteil von 1,5 %. Dieser Anteil ist zwischen 1990 und 2007 von 4,9 auf 1,5 % zurückgegangen (Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung; Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.1.1 a).
- Bei den 3- bis 6-Jährigen ergibt sich im selben Zeitraum ein Rückgang von 4,4 % auf 2,2 %.
- Bei den 6- bis 10-Jährigen zeigt sich ein Rückgang von 5,5 % auf 3,9 %; bei den 10- bis 16-Jährigen von 8,4 % auf 7,6 % und bei den 16- bis 20-Jährigen von 6,6 % auf 4,9 %.

Obwohl die Menschen mM und die ausländische Wohnbevölkerung insgesamt jünger sind als die Menschen oM bzw. die deutsche Bevölkerung, hat seit fast 20 Jahren auch in der migrantischen Bevölkerung ein Alterungsprozess eingesetzt. In Gesamtdeutschland ist dieser Prozess noch stärker ausgeprägt. Die gegenwärtig eingesetzten Steuerungsinstrumente der Migrationspolitik verhindern offensichtlich eine Lösung oder Milderung der demografischen Probleme. Dies lässt sich auch an den Strukturen der Aufenthaltsdauer ablesen: Das Durchschnittsalter der Ausländerinnen und Ausländer bleibt bei allen Gruppen der Aufenthaltsdauer (unter 1 Jahr, 1 bis 4 Jahre usw.) bis zur Aufenthaltsdauer von 15 Jahren gleich; es wandern immer noch viele Erwachsene und vergleichsweise weniger Kinder und Jugendliche zu. Die sinkende Geburtenziffer bei ausländischen

Frauen (Statistisches Landesamt 2008h, S. 34) trägt ebenfalls zu dem beschriebenen Effekt bei. Die Zahl der Lebendgeborenen ist bei den Ausländer/-innen zwischen 1990 und 2007 von 3.435 auf 1.435 zurückgegangen. Dieser Rückgang um mehr als die Hälfte erscheint dramatisch angesichts des Rückgangs bei den Deutschen von ca. 39.300 auf 31.100 Lebendgeborene (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.2.1a). Die Geburtenrate ist bei den Deutschen von 1,42 auf 1,32 zurückgegangen; bei den Ausländer/-innen von 2,27 auf 1,76 (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.2.2a).

Insgesamt ist Rheinland-Pfalz kein besonders starkes Migrationsland. Die Migrantenbevölkerung ist zwar jünger als die einheimische, befindet sich aber auch in einem Alterungsprozess.

Die Menschen mM verteilen sich in Rheinland-Pfalz ungleich. Die Daten für Ausländerinnen und Ausländer sind kleinräumig differenziert, die für den Migrationshintergrund liegen nur für die Planungsregionen vor, weil der Mikrozensus nur diese Grobverteilung zulässt (Statistisches Landesamt 2008h, S. 40 ff.). Interessant ist, dass die Anteile der unter 20-Jährigen in allen Regionen bei ca. 30 % liegen, während die Gesamtanteile zwischen 10 und 21 % schwanken. Für Trier mag der spezifische Umstand des Hochschulstandortes eine Rolle spielen; generell hat die junge Bevölkerung überall einen hohen Migrantenanteil.

7.9.3 Zu- und Abwanderung im Jugendalter

Die Zu- und Abwanderung in Rheinland-Pfalz ist vor allem ein Prozess, an dem deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger teilhaben. Im Jahr 2007 sind 61.129 Deutsche an den Zuzügen von insgesamt 95.169 Menschen beteiligt; das macht einen Anteil von 64,2 % aus. Nur 35,8 % der Zuwanderer sind Ausländerinnen und Ausländer (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.3.1 a). Auch wenn die Prozesse der „Integration“ der beiden Zuwanderergruppen teilweise verschieden sind (schlechte Rechtsposition der Ausländer/-innen, Diskriminierung und Kommunikationsprobleme), so sind doch viele soziale und systemische Integrationsaufgaben gleich. Die Schwierigkeiten aber werden in der Regel nur auf die Ausländerinnen und Ausländer projiziert.

Die Zu- und Abwanderung junger Menschen ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der unterbrochenen Sozialisation für die jungen Menschen selbst wie auch unter dem Gesichtspunkt der Anforderungen für schulische und außerschulische Sozialisationsinstanzen zu betrachten.

Die Zu- und Fortzüge bei den unter 20-Jährigen weisen charakteristische Muster im Zeitvergleich auf (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.3.2 a; siehe Tabelle 85).

Die Zuwanderung hat sich bei beiden Gruppen erheblich verringert, bei den ausländischen Jugendlichen besonders dramatisch. Interessant ist dieser Umstand vor allem im Hinblick auf die öffentlich diskutierten Probleme, insbesondere in Bildungsfragen. Insofern „Seiteneinsteiger“, also

Kinder und Jugendliche, die den Kindergarten oder die Schule nicht von Anfang an besuchen, ein besonderes Problem darstellen, sind die „Problemeursachen“ erheblich zurückgegangen – dies trifft auch für Deutschland insgesamt zu. Die öffentliche „Problemdiskussion“ hat also mit „objektiven“ Veränderungen in diesem Kontext nichts zu tun.

Die Zuzüge nach Rheinland-Pfalz verteilen sich auf Deutsche und Ausländer/-innen ebenfalls in charakteristischer Weise. Bis zum Alter von 20 Jahren ziehen mehr Deutsche zu, danach mehr Ausländer/-innen bis hin zur Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen. Zuwanderung ist also immer noch eine Zuwanderung von Arbeitskräften (Statistisches Landesamt 2008h, S. 35 ff.) und je nach Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarktes wird davon das Bildungsniveau der ausländischen Wohnbevölkerung beeinflusst. Die in Migrationsberichten gern dokumentierte geringe Qualifikation der 20- bis 29-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005, S. 577) erweist sich als Folge der erwünschten (Saison-)Arbeiterzuwanderung.

In Bezug auf die Unterbrechung von Sozialisationsprozessen ist die Reduktion von Migration der Jugendlichen interpretierbar als Verkleinerung der Gruppe, die besonderen Bewältigungsaufgaben ausgesetzt ist.

Tabelle 85: Zu- und Fortzüge unter 20-Jähriger

	Deutsche		Ausländer/-innen	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
1990	23.500	9.580	11.100	4.800
2007	11.270	11.560	4.200	3.010

Quelle: Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.3.2a

Besonderen Bewältigungsaufgaben sind auch junge Flüchtlinge ausgesetzt, insbesondere wenn sie „unbegleitet“ in Rheinland-Pfalz einreisen. Für die sehr spezifische Gruppe der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF) liegen keine verlässlichen Daten vor, allerdings sind die Zugangszahlen der als UMF kategorisierten Flüchtlinge von 425 im Jahr 2001 auf 53 im Jahr 2008 gesunken, mit einer leicht ansteigenden Tendenz im Jahr 2009.¹⁷⁴ Den besonderen Bewältigungsaufgaben wird durch die Änderung des § 42 SGB VIII insofern Rechnung getragen, als UMF umgehend in Obhut genommen werden sollen. Das rheinland-pfälzische Modell zur Unterbringung und Betreuung von Unbegleiteten Minderjährigen sieht dabei eine Betreuung der Mädchen bis 18 Jahren und der Jungen bis 16 Jahren in einem Heimverbund bzw. in Einrichtungen der Jugendhilfe vor, die nur einen sehr kleinen Anteil der UMF ausmachen. Auf diese

¹⁷⁴ Zugangszahlen der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehren Trier/Jugendamt der Stadt Trier.

Weise wird versucht, auf die spezifischen Bewältigungsaufgaben kind- und jugendgerecht zu reagieren. Die Jugendhilfe ermöglicht den jungen Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung und stellt darüber hinaus einen strukturierten Rahmen für Spracherwerb und Zugang zu Bildung dar. Die männlichen UMF über 16 Jahre werden zunächst in der Aufnahmeeinrichtung in Trier untergebracht, die eine Konzeption für die Betreuung der 16- bis 17-Jährigen entwickelte. Von dort aus werden sie nach ca. drei Monaten auf die rheinland-pfälzischen Kommunen verteilt, ohne dass eine Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe systematisch sichergestellt ist. Vor diesem Hintergrund kann für männliche 16- bis 17-jährige UMF konstatiert werden, dass noch kein angemessenes Betreuungskonzept vorliegt. Eine Unterbringung außerhalb der Jugendhilfe begrenzt für die oftmals bildungsorientierten Jugendlichen die Zugangsmöglichkeiten zu Unterstützungsangeboten und Bildungssystem. Darüber hinaus erschweren aufenthaltsrechtliche Regelungen den Zugang zum dualen Ausbildungssystem.

Betrachtet man die Abwanderung, werden nationale Differenzen bedeutsam: Bei Spaniern, Italienern, Griechen oder Portugiesen wandern im Kindes- und Jugendalter wesentlich mehr Personen in ihr Heimatland zurück als bei Türken (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 2.3.4 a). Die in Deutschland deutlich stärker ausgeprägte Distanz zur türkischen Bevölkerung (Steinbach 2004; Baier u. a. 2009, S. 113 ff.) wirkt sich nicht „vertreibend“ aus, die allgemeine Ausländerfeindlichkeit wird dagegen besonders deutlich bei Gruppen, die möglicherweise sensibler auf Ablehnung reagieren, auch deshalb, weil sie in einer kleiner gewordenen Community mehr auf Kontakte mit deutschen Jugendlichen angewiesen sind, während türkische Jugendliche den kränkelnden Beziehungen eher aus dem Weg gehen können. Da bei der Abwanderung die Bildungsqualifikation nicht erhoben wird, sind über die bildungsökonomischen Konsequenzen nur Spekulationen möglich. Fasst man im Hinblick auf die

Abwanderung Bildungsunterschiede nach Nationalität ins Auge (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 4.2.3a), dann lässt sich der Abwanderungsprozess von jungen Ausländerinnen und Ausländern als dysfunktional bezeichnen.

7.9.4 Die Perspektiven junger Menschen mit Migrationshintergrund beim Start ins (Erwerbs-)Leben

Auch wenn „der Migrationshintergrund“ nichts taugt als sozialwissenschaftliche Kategorie, so hat seine Anwendung von Menschen auf Menschen reale Folgen; dies gilt für die Fremd- und die Selbstzuschreibung. Hinter der statistischen Zusammenfassung „verstecken“ sich relevante Lebensbedingungen wie die Verfügung über und der Zugang zu Geld (ökonomisches Kapital), zu Bildung und Beruf (kulturelles Kapital) sowie Beziehungen, Organisationen und Netzwerken

(soziales Kapital). Soziale Schicht, Milieu, Beruf und Bildungsniveau der Eltern bzw. der Herkunftsfamilie sind auch für Jugendliche mM die Umstände, die für den Start ins Leben relevant sind. Hinzu kommt die Einbindung in Peer-Gruppen. Auch die Migrationsgeschichte der Familie und ihre Platzierung im Einwanderungskontext haben einen Einfluss und werden von den Jugendlichen bearbeitet. Auf der anderen Seite wirkt sich aus, wie die Bildungsinstitutionen sie sozialisiert, qualifiziert und selektiert haben. Deren Logik funktioniert eigenständig und wird durch gesellschaftliche Muster, wie mit Migrantinnen und Migranten umgegangen wird, beeinflusst. Schließlich sind das in der Auseinandersetzung mit diesen Bedingungen entstandene Selbstkonzept sowie die gesundheitliche Verfassung von Bedeutung.

7.9.4.1 Bildungsabschlüsse

Von allen Schulabgängerinnen und -abgängern mit (Fach-)Hochschulreife von den allgemeinbildenden Schulen haben 15,1% einen Migrationshintergrund (Schuljahr 2006/07). Bei den Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss liegt ihr Anteil bei 13% (Statistisches Landesamt 2008q, S. 18, auch im Folgenden).

Fast man die Migrant*innen Jugendlichen als Gruppe ins Auge, dann verlassen 13,5% die Schule ohne Abschluss und 13% mit Abitur. Die Gruppen mit einer sehr geringen und einer sehr guten Bildungsausstattung sind also gleich verteilt. Die Schulabgangsstatistik unterscheidet nach Staatsangehörigkeit (siehe Tabelle 86).

Nach diesem Kriterium des Vergleichs sind die sozialen Chancen deutlich stärker polarisiert. Auch bei den zwischen den Extremen liegenden Gruppen

überwiegen die Ungleichverteilungen. Einen qualifizierten Sekundarabschluss erreichen rund 39% der deutschen und rund 29% der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Generell schneiden die Mädchen besser ab als die Jungen.

Der Bildungsbericht 2008 für Deutschland analysiert den Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss in Bezug auf die Vergleichsbevölkerung im Alter von 15 bis unter 17 Jahren. Dabei liegt Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 7,4% genau im westdeutschen Durchschnitt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 89). Für Deutschland insgesamt ergibt sich ein Anteil ohne Abschluss bei den Deutschen mit 8,7% bei männlichen und 5,3% bei weiblichen Jugendlichen. Bei den Ausländer/-innen ergeben sich Anteile von 19,2% und 12,7% (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 274). Auch nach diesen Analysen starten junge Ausländerinnen und Ausländer zu einem erheblichen Anteil mit schlechten Chancen ins (Erwerbs-)Leben.

Der Migrationshintergrund und der Ausländerstatus erscheinen aber nur vordergründig als Bedingungsfaktor. Differenzierte Betrachtungen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008c, S. 90 ff.) zeigen: Jugendliche aus den EU-Staaten, Ostasien und Amerika erreichen signifikant häufiger die Hochschulreife als deutsche Jugendliche. Bei Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion, der Türkei oder Italien verhält es sich genau umgekehrt; bei ihnen ist die Chance auf „gute Bildung“ nur halb so hoch wie bei den Deutschen. Doch zeigt sich: Die Nationalität spielt zunächst keine Rolle. Denn wenn man den sozioökonomischen Status berücksichtigt, verschwinden die Vorteile bei der ersten und die Nachteile bei der zweiten Gruppe fast ganz. Betrachtet man

Tabelle 86: Schulabgangsstatistik

Deutsche		Ausländer/-innen	
ohne Hauptschulabschluss	mit allgem. Hochschulreife	ohne Hauptschulabschluss	mit allgem. Hochschulreife
6,8 %	26,8 %	15,6 %	9,5 %

Quelle: Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 4.2.2a

aber die Nationalitäten bei gleichem sozioökonomischem Status, zeigt sich, dass beispielsweise Jugendliche aus Südasien, Griechenland, Spanien und Portugal deutlich besser abschneiden, als gemeinhin erwartet wird. Hier wirken sich offensichtlich Bedingungen der familialen Migrations- und Bildungsdynamik (Migration als Aufstiegsprojekt mit hohen Erwartungen an die Kinder) aus. Generell hat in allen Gruppen außerdem das Geschlecht einen Einfluss; dies mit einer Benachteiligung für die Jungen.

Als dritter starker Einflussfaktor ist der Bildungsabschluss der Eltern zu identifizieren; wenn beide Eltern einen hohen Schulabschluss haben, steigt die Chance, die Hochschulreife zu erwerben, um das Vierfache. Schließlich wird unabhängig davon die ökonomische Situation, also Armut und Reichtum, unmittelbar wirksam.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Analysen auf der Grundlage der PISA-Studie 2008 (Integration in Deutschland 2009, S. 139 ff.). Die Schulkarriere von Kindern mM wird auf den ersten Blick sehr deutlich vom Migrationshintergrund beeinflusst. Doch lassen sich auch auf dieser Grundlage die sozialstrukturellen Hintergrundmerkmale (z. B. Schulabschlüsse der Eltern sowie Haushaltseinkommen), die im Haushalt gesprochene Sprache und die Bildungsorientierung der Eltern auf ihren Einfluss hin untersuchen. Allein bei Berücksichtigung der Sozialstruktur unterscheiden sich die Mädchen der „zweiten Generation“ im Hinblick auf Bildungserfolg nicht mehr von den Mädchen oM. Bei Berücksichtigung der im Elternhaus gesprochenen Sprache verliert der generelle Migrationshintergrund noch mehr an Einfluss.

Bei der Berücksichtigung der Bedingungen, die auf alle Jugendlichen mM und oM einwirken, bleibt am Ende eine einzige benachteiligte Gruppe übrig: männliche Jugendliche der „ersten Generation“, die also während der Schullaufbahn nach Deutschland kommen. Es ist die Gruppe mit schlechten Startchancen unabhängig von anderen Umständen; auf sie Fördermaßnahmen zu konzentrieren erscheint also sehr gut begründet.

Nach den Daten des Mikrozensus sind Schulerfolg und Schulmisserfolg innerhalb von Rheinland-Pfalz recht ungleich verteilt (Statistisches Landesamt 2008q, S. 18, auch im Folgenden). Beispielsweise ist der Anteil ohne Hauptschulabschluss bei den Schulabgängerinnen und -abgängern mM in Bitburg-Prüm, Kaiserslautern Stadt und Land, Kusel und Rhein-Hunsrück-Kreis sehr gering, in Frankenthal, Pirmasens oder Zweibrücken demgegenüber sehr hoch. Der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten ist dagegen in Alzey-Worms, Bitburg-Prüm, Kaiserslautern, Pirmasens, Speyer und Trier recht hoch. Da sich der generelle Akademikeranteil an der Gesamtbevölkerung auf diese Quote stark auswirkt, ist genau dieser Zusammenhang zu vermuten. Die Abiturientenquote unter den Migranten ist niedrig in Cochem-Zell, Frankenthal, Germersheim, Kusel, Landau, Vulkaneifel, Westermündelkreis und Zweibrücken. Generell aber sind diese Quoten vorsichtig zu behandeln, weil die Fallzahlen teilweise recht niedrig sind (vgl. zur weiterführenden Betrachtung auch Tabelle 87).

Schließlich ist eine „historische“ Betrachtung zu ergänzen (Landtag Rheinland-Pfalz 2008g): Im Zeitvergleich haben sich die Bildungsabschlüsse der ausländischen Jugendlichen deutlich verbessert. Zwischen 1994 und 2007 ist der Anteil mit Hauptschulabschluss mit 40 % konstant geblieben. Die Quote mit Sekundarabschluss ist von 13,5 % auf 26,4 % gestiegen. Niedrig bleibt der Anteil an der allgemeinen Hochschulreife: 3,2 % im Jahr 1994, 8,0 % im Jahr 2007. Ohne Hauptschulabschluss (wobei die Absolvent/-innen einer Förderschule eingeschlossen sind) haben 1994 19,8 % die Schule verlassen, 2007 waren es 13,8 %; diese Quote hatte 2003 einen Höhepunkt mit 22 %.

Zukunftsbezogen (Landtag Rheinland-Pfalz 2009i) lassen sich die Daten des Schulübergangs nach der 4. Klasse im Schuljahr 2007/08 positiver interpretieren. Es wechseln mehr Schüler mM (24,4 %) auf ein Gymnasium als auf die Hauptschule (21,8 %). Die größte Gruppe bilden die Übergänge auf die Realschule (27,5 %). Auch wenn mit dem Übergang keine Prognose verbunden werden kann, so lassen diese Daten eine Verbesserung der Bildungssituation erwarten.

Tabelle 87: Schulentlassene mM, Schulabsolventinnen und -absolventen mM mit (Fach-)Hochschulreife in Prozent aller Schulentlassenen mM sowie Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss nach Verwaltungsbezirken im Schuljahr 2006/07

	Anzahl der Schulentlassenen mM	Absolvent/-innen mM mit (Fach-)Hochschulreife (%)	Anzahl der Schulentlassenen mM ohne HSA
Frankenthal Stadt	118	23,7	21
Kaiserslautern Stadt	174	29,3	9
Koblenz Stadt	230	16,1	29
Landau Stadt	65	7,7	7
Ludwigshafen Stadt	508	13,4	106
Mainz Stadt	502	18,1	32
Neustadt Stadt	57	8,8	10
Pirmasens Stadt	35	31,5	6
Speyer Stadt	84	34,5	9
Trier Stadt	92	33,7	12
Worms Stadt	164	8,5	15
Zweibrücken Stadt	27	7,4	1
Ahrweiler	110	10	12
Altenkirchen	162	16,6	12
Alzey-Worms	218	29,9	24
Bad Dürkheim	131	6,9	18
Bad Kreuznach	178	14,6	16
Bernkastel-Wittlich	75	12	13
Birkenfeld	94	12,8	11
Cochem-Zell	51	2	9
Donnersbergkreis	113	1,8	13
Eifelkreis Bitburg-Prüm	66	27,3	9
Germersheim	192	6,8	35
Kaiserslautern	88	17	5
Kusel	50	0	3
Mainz-Bingen	166	15,7	23
Mayen-Koblenz	246	13	25
Neuwied	281	12,8	35
Rhein-Hunsrück-Kreis	109	29,4	14
Rhein-Lahn-Kreis	140	17,1	27
Rhein-Pfalz-Kreis	128	4,7	9
Südliche Weinstraße	55	14,5	13
Südwestpfalz	33	15,2	5
Trier-Saarburg	68	20,6	17
Vulkaneifel	76	5,3	10
Westerwaldkreis	223	6,2	41
Rheinland-Pfalz	5.109	15,3	656

Quelle: Statistisches Landesamt 2008q, S. 19 und eigene Berechnungen

7.9.4.2 Berufliche Qualifizierung

Auch im Hinblick auf berufliche Qualifikation zeigt sich das statistische Oberflächenphänomen: Menschen mM sind im Schnitt weniger beruflich qualifiziert als Menschen oM. Für das Jahr 2006 ergibt sich folgendes Bild: 28 % der MoM haben keinen beruflichen Abschluss, 47 % der MmM. Bei den 15- bis 25-jährigen sind die Differenzen – wegen des allgemein längeren Verbleibs im Bildungssystem – nicht stark: 63 % im Vergleich zu 72 % MmM. Einen berufsbildenden Abschluss haben 60 % der MoM und 43 % der MmM; bei den jungen Menschen liegen die Quoten bei 35 % und bei 25 %. Am geringsten ist der Abstand beim Hochschulabschluss: 11,5 % der MoM und 9,5 % der MmM verfügen über einen solchen Abschluss (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.1 a).¹⁷⁵

An den Berufsschulen sind Ausländerinnen und Ausländer kaum vertreten. Ihr Anteil geht von 2000/01 mit 6,1 % bis 2007/08 auf 5,2 % zurück. An Berufsfachschulen haben sie einen Anteil von 10 %. Doch ist der Anteil an den qualifizierteren Angeboten wieder niedriger: Fachoberschulen: 3,6 %; Berufliche Gymnasien: 7,7 %; Fachschulen: 4,3 % (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.2.1 a). Ein Gefälle zeigt sich ebenfalls bei den Abschlüssen der Berufsschule: Beim „Abgangszeugnis“ sind die Ausländerinnen und Ausländer deutlich überrepräsentiert (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.2.2 a).

Beachtliche Benachteiligungsstrukturen bringt auch der Ausbildungsmarkt mit sich, insbesondere unter den Bedingungen der Ausbildungskrise (Landtag Rheinland-Pfalz, Enquete-Kommission 15/2, Vorlage Nr. 76). Auf der Bundesebene ist der Anteil der „Lehreinmünder“ zwischen 1992 und 2008 von 62,8 % auf 45,5 % gesunken. Der Anteil

¹⁷⁵ Ein Sachverhalt wird in der Regel nicht wahrgenommen, nämlich dass die älteren MmM (ab 65 Jahre) zu einem höheren Anteil über einen Hochschulabschluss verfügen als MoM. Bei den Frauen der Altersgruppe ab 55 Jahre verfügen 3,2 % (65 und älter) bzw. 9,1 % bei den 55- bis 65-jährigen der MoM über einen Hochschulabschluss, bei den Migrantinnen sind es 7,9 % (65 und älter) bzw. 12,4 % (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 5.1b).

der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz, die in eine „Alternative“ einmünden, nahm gleichzeitig von 34,8 % auf 52,2 % zu. In Rheinland-Pfalz verläuft die Entwicklung ganz ähnlich. 2008 erhalten 46 % der Bewerberinnen und Bewerber um eine Lehrstelle einen Ausbildungsplatz, 54 % gehen in eine Alternative (Übergangssystem, allgemeinbildende Schulen). In der Berufsausbildung befinden sich von den Deutschen 1993 70 % der Altersklasse, 2007 sind es noch 58 %. Bei den Ausländerinnen und Ausländern bewegt sich die Ausbildungsquote dauerhaft auf einem dramatisch niedrigen Niveau von 33 % (1993) und 24 % (2007).

Bei den Dienstleistungsberufen – also den Berufen, in denen im Dienstleistungssektor eher mit längerfristigen Beschäftigungschancen gerechnet werden kann – geht die Zahl der ausländischen Auszubildenden zwischen 1995 und 2006 von 1.606 auf 1.531 zurück, bei den deutschen steigt sie von 29.500 auf 36.000. Auch in dieser qualitativen Hinsicht geht „die Schere“ weiter auseinander. Dies gilt auch besonders für Fertigungsberufe.

Im Jahr 2008 münden von den 9.300 Bewerberinnen und Bewerbern mM 24 % in eine Lehre ein, 24 % bleiben unversorgt. Bei den 21.600 Bewerberinnen und Bewerbern oM gehen 45 % in eine Ausbildung, 17 % bleiben unversorgt. Die Anteile bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen sind ähnlich. Die Anteile im Übergangssystem zeigen, dass es auch für Jugendliche oM erhebliche Problemlagen gibt und deshalb neben der Benachteiligung der jugendlichen Migrantinnen und Migranten die allgemeine Krise des Berufsausbildungssystems offenkundig wird.

Bemerkenswert ist eine zusätzliche Benachteiligung von Jugendlichen mM (Daten für das Jahr 2008): 19 % von ihnen mit Hauptschulabschluss erhalten bei der Bewerbung einen Ausbildungsplatz, bei den Jugendlichen oM sind es 30 %. Diese Differenz zeigt sich über den Mittleren Schulabschluss auch bei einer höheren Qualifikation. 37 % der Bewerber/-innen um einen Ausbildungsplatz mM erhalten eine Lehrstelle, bei

den gleich qualifizierten Jugendlichen oM sind es 53 %. Zwei Erkenntnisse sind wichtig: Auch hochqualifizierte Jugendliche mM sind bei der Lehrstellensuche nur zu einem Drittel erfolgreich. Es gibt eine „abschlussignorierende“ Diskriminierung der Jugendlichen mM – und diese wird subjektiv auch wahrgenommen (AntiDiskriminierungsBüro Köln/ Caritasverband für die Stadt Köln 2008).

Auch die schulisch gemessenen und attestierten Leistungen können diese Mechanismen nicht außer Kraft setzen. Bei einer „ausreichenden“ Mathematiknote sind 17 % der Bewerberinnen und Bewerber mM erfolgreich, dagegen 30 % derer oM. Bei guter und sehr guter Mathematiknote erreichen 35 % der Bewerberinnen und Bewerber mM und 53 % derer oM einen Ausbildungsplatz. Dass viele benachteiligende Mechanismen (soziales Beziehungsnetz der Jugendlichen und ihrer Eltern z. B.) im Übergang in die berufliche Bildung wirken, war schon bekannt. Dass aber direkte leistungsignorierende Diskriminierung einen starken Einfluss hat, wurde erst jetzt nachgewiesen; in der Schweiz konnte genau diese Form der Diskriminierung ebenfalls belegt werden, übrigens auch für Ausbildungsbewerberinnen (Haeberlin u. a. 2004).

In Bezug auf den Start ins (Erwerbs-)Leben kommen viele Jugendliche mM schon bei der 1. Schwelle ins Stolpern. Sie verweilen lange im Übergangssystem, müssen sich zu einem beachtlichen Teil mit einem Abgangszeugnis an den Berufsschulen begnügen und erhalten trotz Anstrengung und Leistung nicht dieselbe Platzierung wie ihre Altersgenossen oM. Gerade dieser Prozess, dass Leistung und Anstrengung sichtbar nicht belohnt werden, dürfte sich in einer resignativen Schleife bemerkbar machen. Gleichzeitig können erheblich ungünstige Effekte durch die Kommunikation dieser Bewerbungserfahrungen in der Community erwartet werden.

Während im Bildungssystem die Ungleichheiten entlang der Linien Migrationshintergrund oder Staatsangehörigkeit als „Spezialfall einer durch die soziale Herkunft bedingten Bildungsungleich-

heit“ (Kalter 2005, S. 326) analysiert werden können – zu denen die „institutionelle Diskriminierung“ (Gomolla/Radtke 2007) hinzukommt –, spielen beim Übergang in die Ausbildung und in den Beruf manifeste Diskriminierungsmechanismen eine Rolle; insbesondere an der Parallelität der Diskriminierung von Frauen, die ja im Bildungssystem sehr erfolgreich sind, lässt sich dies zeigen.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Ausländer/-innen und der MmM (seit langer Zeit im Vergleich zu Deutschen doppelt so hoch) und das zwei- bis dreifach erhöhte Armutsrisiko (Burkert 2009) bilden je nach Dimension den Rahmen für ein bis zwei Drittel der Migrantinnenbevölkerung, die trotz erheblicher Bildungsanstrengungen ihre soziale Position nur langsam verbessern kann. Gesellschaftliche Krisen und Verdrängungsprozesse engen den Spielraum für soziale Mobilität zusätzlich ein. Es muss angesichts der Diskriminierungen den Anstrengungen der MmM zugeschrieben werden, dass die „Unterschichtung“ (Hoffmann-Nowotny) nicht total wird.

7.9.4.3 Soziales Kapital

Eine der Aufgaben des Jugendalters ist Individuation bei einem angemessenen Verhältnis von Autonomie, familialer Bindung/Unterstützung und sozialer Integration in altersgleichen Gruppen. Für die Balance dieser drei Bezugsgrößen gibt es allgemeine kulturelle Normen und milieuspezifische sowie individuelle Konkretisierungen.

Die Studien von Heinz Reinders (Reinders 2009), im Rhein-Neckar-Raum einschließlich Ludwigs-hafen durchgeführt, zeigen, dass bei türkischen Jugendlichen (möglicherweise unter den Bedingungen der Migration) die Autonomiebestrebungen geringer sind als bei deutschen Jugendlichen und später einsetzen; die elterliche Kontrolle weist ebenfalls einen Niveauunterschied auf. Insofern stehen bei beiden Gruppen die Erwartung und die Gewährung von Autonomie in relativem Gleichgewicht und folgen dann derselben altersspezifischen Struktur. (Die Jugendlichen aus anderen Nationali-

täten liegen mit ihren Werten zwischen den beiden genannten Gruppen.) Die Familie bleibt soziales Kapital, auch und gerade bei bildungserfolgreichen Jugendlichen mM (Humrich 2009). Bedeutsam in der Reinders-Studie ist, dass türkische Jugendliche zwar ein stabiles Beziehungsnetzwerk haben, aber deutsche Jugendliche weniger darin vorkommen als bei anderen Nationalitäten. Allerdings wünschen sich dies gerade türkische Jugendliche, und im Zeitvergleich (2005 bis 2007) nimmt sowohl die Realität als auch der Wunsch nach deutsch-türkischen Beziehungen zu (Reinders 2009, S. 22). Die Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit kann freilich auch als Diskriminierungserfahrung interpretiert werden und Rückzug in Familie und ethnische Subkultur zur Folge haben (Diefenbach u. a. 1997). Jedenfalls bedeutet die Feststellung einer Balancierungsleistung im Allgemeinen nicht, dass nicht Konflikte auftreten und bewältigt werden müssen; dies zeigt sich vor allem dort, wo das Freundschaftsnetzwerk ausländischer Jugendlicher einen hohen Anteil an interethnischen Beziehungen aufweist. Diese Beziehungen induzieren familiäre Auseinandersetzungen über das Ausmaß an gewährter Autonomie (Reinders/Varadi 2008).

Eine Dimension des sozialen Kapitals ist die Reichhaltigkeit sozialer Beziehungen. In Bezug auf die Familie kann deren Größe auch eine Bedingung von Konflikten sein, doch bedeutsamer ist die Möglichkeit, auf möglichst verschiedene Beziehungen zurückgreifen zu können. Die Haushalte, in denen keine Person mM, und Haushalte, in denen mindestens eine Person mM lebt, unterscheiden sich deutlich. Die Haushalte mit zwei Personen sind bei den beiden Gruppen in gleichem Umfang vertreten (ca. ein Drittel), solche mM sind bei der Größenordnung „drei und mehr Personen“ mit 46 % deutlich zahlreicher als bei denen oM (27 %) (Statistisches Landesamt 2008l, S. 80 ff.).

Der beschriebene Effekt hängt mit demografischen Umständen zusammen, dass nämlich die im Schnitt ältere deutsche Bevölkerung mehr Paar- und Einzelpersonen-Haushalte aufweist. Jugend-

liche mM können dennoch beim Start ins Leben eher auf die Unterstützung von Geschwistern zurückgreifen. Denn Familien in Rheinland-Pfalz oM haben zu 52 % ein minderjähriges Kind (mM: 46,3 %), zwei Kinder haben 39 % (bei den Familien mM sind es 36,1 %). Besonders auffällig ist dann der Unterschied bei drei und mehr Kindern: 9 % bei Familien oM und 18,5 % bei Familien mM (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 10.1 a). Die Struktur der Wanderungsprozesse und des Geburtenverhaltens lassen aber eine rasche Angleichung erwarten. Insoweit wird der Vorteil des familialen sozialen Kapitals schwinden; dieses dürfte weiterhin jedoch durch verwandtschaftliche Beziehungen gestärkt werden.

Ein Gemeinplatz der Migrationssoziologie ist die These, dass Marginalisierung mit „Binnenintegration“ (Elwert) und ethnischer Mobilisierung beantwortet werden kann (Han 2005, S. 348 ff.). Betrachtet man die Beziehungen Jugendlicher, so zeigen sich oftmals Formen der Gruppenbildung, deren Spektrum von der schulischen Freundschaftsgruppe über religiöse Gemeinschaften bis hin zu subkulturellen „Banden“ reicht. Diese werden in Bezug auf Jugendliche mM öffentlich in der Regel nur als Problem wahrgenommen und stellen für die Mehrheitsgesellschaft einen Beleg der Segregation dar. Eine solche Darstellung ist prinzipiell verkürzt und entpuppt sich als ethnozentrische Wahrnehmungsfigur. Sie verkennt den Integrationseffekt, den eine solche Gruppenbildung haben kann. Die Grenze einer positiven Bewertung der Gruppenbildung liegt freilich da, wo sie den autonomen Weg eines Jugendlichen in die Gesellschaft behindert. Die passagere Devianz im Jugendalter kann sich insbesondere im Falle der Bindung an eine delinquente Gruppe verfestigen; Letztere wird unter diesen Umständen zu einem Entwicklungshindernis für Individuation. Diese Dynamik kann sich gerade dort ergeben, wo eine Gruppe sich als Opfer definiert und das Handeln gegen Normen als „Selbstbefreiung“ inszeniert (Tertilt 1996). Die Wirkung „delinquenten Freunde“ ist gerade neuerdings für Jugendliche mM aufgezeigt worden (Baier u. a. 2009).

Gruppenbildung wird in Einrichtungen der Jugendarbeit zu einer pädagogischen Aufgabe gerade deshalb, weil Jugendliche mM in der offenen Jugendarbeit einen der weniger sozialen (öffentlichen) Räume vorfinden, in denen sie im Kontext eines pädagogischen Anspruchs und einer „interkulturellen Öffnung“ zumindest a priori nicht verdrängt werden sollen (Hamburger u. a. 1985; Ester/Hamburger 1991).

7.9.4.4 Ökonomisches Kapital

Die Haushalte in Rheinland-Pfalz mM verfügen über ein geringeres Einkommen als die oM. Diese generelle Tendenz ist vielfach belegt und wird in den Armutsberichten umfangreich dokumentiert (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.1–7.5). Geringere Integration in Erwerbstätigkeit, fehlende berufliche Qualifikation, niedrigere Einkommen und Arbeitslosigkeit erhöhen das Armutsrisiko für Migranten/-innen um das Zwei- bis Dreifache im Vergleich zu Nicht-Migranten/-innen. Die Lebenslage ist darüber hinaus dadurch gekennzeichnet, dass viele mM im Hinblick auf Einkommen von ihren Angehörigen abhängig sind (41,7 % gegenüber 28,7 % bei MoM) und 16 % von öffentlichen Unterstützungsleistungen (7,4 % bei MoM). Doch verschiebt sich das sozialpolitische Bild, weil nur 10,7 % Rente/Pension beziehen (gegenüber 24,0 % bei MoM) (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.2 a).

Bei jungen Menschen unter 25 Jahren liegt der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitslose nach dem SGB in Rheinland-Pfalz bei Deutschen bei 9,4 %, bei Ausländer/-innen beträgt er 19,7 % (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.3 a). Die Statistik zum SGB XII ist im Hinblick auf das Alter anders aufgebaut. Der Anteil von Leistungsbezieherinnen und -bezieher ist hier bei den unter 18-Jährigen mit 0,7 % (Deutsche) und 0,6 % (Ausländer/-innen) ähnlich niedrig (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 7.4.1) (2005–2007). Bei den Familien mM liegt die Armutsquote (60 % des Medians beim pro Kopf gewichteten Nettoeinkommen) bei 28,4 %, bei den Familien oM bei 10,3 % (Statistisches

Landesamt 2008m, Tab. 7.5 a). Diese Daten ergeben ein eindeutiges Bild: Jugendliche mM, darunter vor allem ausländische Jugendliche, starten ins Erwachsenenleben mit der Belastung von Armut und Abhängigkeit – zumindest ein erheblicher Teil von ihnen.

Vergleichbare Gruppen bei den MoM sind kleiner – aber eben auch ausgeprägt vorhanden. Für diese Gruppe der armen und abhängigen Menschen oM ist es naheliegender als für andere Gruppen der Gesellschaft, die Schuld für ihre Lage nach dem Sündenbockmechanismus den Migrantinnen und Migranten zuzuschreiben. Armutsbekämpfung braucht also die Begründung mit dem Migrationshintergrund nicht; sie ist hinreichend ethisch begründet und soll sich auf alle Armen beziehen.

Die vielfach leichthin formulierte Erwartung, dass sich Probleme durch Bildung in der Zukunft lösen lassen, ist darüber hinaus problematisch. Jugendliche, die in Armut leben (Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten), reduzieren ihre Bildungsziele und es ergibt sich leicht ein Teufelskreis der Armut (Krug/Popp 2008). Armut reduziert sowohl Perspektiven als auch die auf Zukunft gerichteten Hoffnungen.

7.9.4.5 Gefährdungen und Hilfen

Die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen indiziert zunächst keine besondere Problematik. Im Gegenteil: Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist ein Hinweis auf die Kompetenz von Eltern, Grenzen des eigenen Erziehungshandelns zu erkennen und die passende Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Die ausländischen Familien nehmen diese und andere Hilfen noch nicht in gleicher Weise wahr wie die deutschen. Beratung wird zu 93,6 % von Deutschen, zu 5,9 % von Ausländer/-innen in Anspruch genommen.¹⁷⁶

¹⁷⁶ Eine weitere Begründung für die niedrige Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung kann darin liegen, dass für Ausländerinnen und Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen die Inanspruchnahme als Begründung zur „Ermessensausweisung“ herangezogen werden kann, vgl. § 55 Abs. 7 AufenthG.

Bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe liegen die Daten näher am Bevölkerungsanteil (90,8 % versus 9,2 %), ebenso bei der Einzelbetreuung (92 % versus 8 %). Unterrepräsentiert sind Ausländer/-innen bei Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses mit 5,7 % (Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 11.1.1 a).

Die für die Bevölkerung mM ausgeprägten Lebensbedingungen betreffen auch die gesundheitliche Lage. Menschen mM können erhöhte Gesundheitsrisiken aufweisen. „Dabei ist es nicht die Migration als solche, die krank macht. Es sind vielmehr die Gründe und Umstände sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können“ (Robert-Koch-Institut 2008a, S. 129).

Für Jugendliche mM sind die folgenden Befunde relevant: Der Suizid ist nach Unfällen die häufigste Todesursache im Jugendalter (Robert-Koch-Institut 2008a, S. 129). Junge türkische Frauen weisen in der Altersgruppe unter 18 Jahren eine höhere Suizidrate auf als deutsche junge Frauen. Bei allen anderen Gruppen verhält es sich umgekehrt. Der allgemeine Krankenstand junger Migrantinnen und Migranten ist niedriger als bei jungen Menschen oM. Ein gleiches Bild zeigt sich bei der Schwerbehindertenquote: In allen Altersgruppen haben nichtdeutsche Männer und Frauen eine geringere Quote als deutsche. Bei der Unfallhäufigkeit der unter 20-Jährigen ergibt sich dasselbe Bild, wobei ausländische Kinder etwas häufiger im Haushalt, deutsche häufiger im Verkehr verunglücken. Deutliche Unterschiede gibt es bei Übergewicht und Adipositas (Robert-Koch-Institut 2008a, S. 79). Hier zeigen alle einschlägigen Untersuchungen eine deutliche Überrepräsentation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund; Jungen sind dabei deutlich häufiger vertreten als Mädchen. Darüber hinaus spielen Bedingungen der sozialen Schicht, der Herkunft und der Multi-/Mononationalität der Familie eine Rolle.

Die subjektive Zufriedenheit mit der Gesundheit ist typischerweise altersspezifisch ausgeprägt, und bei der jüngsten Altersgruppe (unter 40 Jahren, Daten aus dem SOEP) sind die Unterschiede zwischen Deutschen, Türken und anderen Migrant/-innen nur geringfügig. Einen deutlichen Unterschied arbeiten die Studien zum psychosozialen Wohlbefinden und zur Lebenszufriedenheit heraus. Die WHO-Gesundheitsstudie zeigt, dass Jugendliche mit „beidseitigem“ Migrationshintergrund der Eltern diese überdurchschnittlich hoch einschätzen (31,4 %), danach kommen die Jugendlichen aus binational gemischten Familien (28,6 %). Jugendliche oM nehmen diese Einschätzung nur zu 24,5 % vor (Robert-Koch-Institut 2008a, S. 51 sowie 86).

In Bezug auf die Selbstwirksamkeitserwartung gibt es insgesamt keine signifikanten Unterschiede, doch bei einzelnen Items dieses Konstrukts zeigen Jugendliche mM eine höhere Handlungserfolgszuversicht als solche oM (ebd., S. 84f.). Allerdings muss festgehalten werden, dass Flüchtlingskinder und -jugendliche (von ihren Eltern begleitet oder unbegleitet in Deutschland lebend) als psychosoziale Risikogruppe zu betrachten sind und besonderer Zuwendung therapeutischer oder pädagogischer Art bedürfen.

In Einzelbereichen (Früherkennungsuntersuchungen, Impfquoten, Mundgesundheitsverhalten) gibt es graduelle Unterschiede zwischen den Jugendlichen mM und oM zu Ungunsten derer mM, die eine Verbesserung der Information und Beratung ratsam erscheinen lassen – des besseren Starts ins Erwachsenenlebens wegen (ebd., S. 87f.).

Insgesamt wirken sich Minderheitensituation und Marginalität einerseits, die Bewältigung der Migrationssituation andererseits gegenläufig aus, sie erschließen „Krankheitsrisiken und Gesundheitsressourcen zugleich“ (ebd., S. 69).

Jugendliche und Heranwachsende sind in allen Statistiken der Delinquenz überrepräsentiert. Abweichendes Verhalten ist generell ein Privileg der Jugend, die ihre Grenzen und Möglichkeiten

erproben muss. Die Verfestigung der Devianz wird dagegen als problematisch beurteilt. Migranteng jugendliche sind auch in allen Statistiken der Hellfeld- und der Dunkelfeldanalysen überrepräsentiert. Die Polizeiliche Kriminalstatistik folgt besonders deutlich diesem Schema. Gleichzeitig gibt es einen kriminologischen Konsens, dass der Migrationshintergrund keine brauchbare sozialwissenschaftliche Kategorie ist. Für die Erklärung der Migrantendevianz haben die Faktoren (Belastungen) Relevanz, die auch ansonsten erklärungskräftig sind (Heinz 2009), also bei allen Jugendlichen kriminalitätssteigernd oder -reduzierend wirken.

Die Kriminalitätsbelastungsziffern für ausländische Jugendliche sind – wegen der nachvollziehbaren höheren typischen kriminogenen Belastungen – durchgehend höher als bei deutschen Jugendlichen. Dies lässt sich mit der einfachen Feststellung aufklären, dass die deutschen Jugendlichen und die ausländischen Jugendlichen keine vergleichbaren Kollektive bilden. Bei den nicht-deutschen Tatverdächtigen ergibt sich für Rheinland-Pfalz folgendes Bild (Tabelle 88).

Die Tatverdächtigenbelastungsziffern (TVBZ) in Rheinland-Pfalz liegen bei den deutschen 14- bis 21-Jährigen bei 7.054, bei den ausländischen bei 11.972. Relativ große Unterschiede gibt es zwischen den Städten; in Koblenz und Trier liegen die TVBZ bei den beiden Gruppen wesentlich weiter auseinander als in Ludwigshafen und Kaiserslautern.

Generell bleibt festzuhalten, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik eine Tätigkeitsbilanz der Polizei ist und wesentlich durch deren Aufmerksamkeitssteuerung und durch das Anzeigeverhalten beeinflusst wird. Die Struktur der Relation von Deutschen und Ausländer/-innen in der Statistik bleibt aber auch bei Dunkelfelduntersuchungen erhalten. Deshalb

sind die soziologisch geklärten Bedingungen der Devianz von so großer Bedeutung.

Nach der Strafverfolgungsstatistik wurden in Rheinland-Pfalz verurteilt:

Tabelle 89: Verurteilte nach Strafverfolgungsstatistik und Nationalität

	Deutsche	Ausländer/-innen
Unter 18 Jahre	2.485	324
18 bis 20	3.520	483
21 bis 29	10.016	2.462

Quelle: Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 14.1.2a

Delinquenz auf dieser Ebene der institutionellen Erfassung und Bearbeitung zeigt, dass sie im Jugendalter entsteht, bei den Heranwachsenden ansteigt und dann zurückgeht. Dieses Muster ist für beide Gruppen zutreffend.

Die Zahl der einsitzenden Strafgefangenen ist dann deutlich niedriger. Für 2007 ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 90: Strafgefangene nach Nationalität

	Deutsche	Ausländer/-innen
Unter 18 Jahre	40	10
18 bis 20	1.175	28
21 bis 29	922	224

Quelle: Statistisches Landesamt 2008m, Tab. 14.2.2a

Auch wenn die Zahlen generell niedrig sind, ist der Weg der betroffenen jungen Menschen ins Leben durch Straftat erheblich belastet; dies gilt für Jugendliche mM und oM.

Tabelle 88: Nicht-deutsche Tatverdächtige nach Alter

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Jugendliche	1.778	1.661	1.655	1.759	1.836	1.728
Heranwachsende	1.672	1.573	1.573	1.433	1.451	1.404

Quelle: Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik Rheinland-Pfalz, eigener Abruf

7.9.5 Empfehlungen

1. In der Jugendhilfestatistik wird ein vom Mikrozensus verschiedenes Verfahren zur Erfassung des Migrationshintergrunds angewandt. Dies ist problematisch, weil mit demselben statistischen Begriff zwei verschiedene Realitäten konstruiert werden. Der Migrationshintergrund, darüber sind sich die meisten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler inzwischen einig, ist keine nützliche sozialwissenschaftliche Kategorie, die irgendetwas plausibel erklären könnte. Darüber hinaus ist das Verfahren in der Jugendhilfestatistik besonders problematisch, weil Auskunftspersonen über die in der Familie gesprochene Sprache befragt werden, die teilweise überhaupt keinen Einblick in das Familienleben haben. Deshalb ist diese Statistik methodisch unbrauchbar. Die Erfassung des Migrationshintergrunds mit der im Elternhaus gesprochenen Sprache ist bestenfalls geeignet, eine Schuldzuweisung für möglicherweise nicht gelingende schulische oder andere Erfolge zu legitimieren. Auch aus diesem Grund soll das Land darauf hinwirken, dass dieses statistische Merkmal nicht mehr erhoben wird, schon gar nicht auf diese Weise.
2. Die Benachteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist nicht total und ihre Benachteiligung ist, je mehr der Migrationshintergrund zur Migrationsgeschichte wird, immer weniger auf die Migration als Ursache rückführbar. Deshalb plädieren wir für eine strikte Entkategorisierung, dass nämlich Jugendliche mM als Jugendliche wie alle anderen betrachtet werden. Denn das Stereotyp vom „Minderleistenden“ oder „Problematischen“ wirkt inzwischen stärker als der Migrationshintergrund und hat zum „stereotype treat“ geführt. Das heißt, das Stereotyp setzt eine negative Erwartung in Gang. Wir schließen uns der Empfehlung „Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche“ des Bundesjugendkuratoriums an, das die Mechanismen der negativen Erwartungen an Kinder und Jugendliche und die leistungsmindernden Folgen dieser Erwartungen beschrieben hat.
3. Förderung als Benachteiligungsausgleich soll nicht mehr mit dem Merkmal „Migrationshintergrund“ begründet werden, sondern mit dem Umstand einer tatsächlichen Benachteiligung. Deutsche und ausländische Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sollen gefördert werden (in beispielsweise sprachlicher Hinsicht und in anderen Dimensionen), damit alle Jugendlichen einen Mindestabschluss im Bildungs- und Berufsbildungssystem erreichen. Der Migrationshintergrund selbst ist für sich genommen kein Grund für positive Diskriminierung.
4. Aber erst recht nicht für negative Diskriminierung. Diese lässt sich eindeutig feststellen und deshalb soll eine selbstkritische Reflexion bei allen Verantwortlichen gefördert werden, die oft unbedacht oder mit subjektiv durchaus positiven Intentionen öffentlich vom Migrationshintergrund reden und dadurch das allgemeine Stereotyp verbreiten. Der Wechsel der Sichtweise, der Perspektive auf Jugendliche, ist sicherlich nicht einfach, denn die Alltagsorientierung hat sich mit der Aufteilung der Welt in Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bequem eingerichtet. Diese Änderung ist bei allen Akteuren im Bildungs- und Ausbildungssystem zentral. Demgegenüber sollten diejenigen Jugendlichen konkrete und spezifische Unterstützung erhalten, die sie benötigen: Am Beispiel der jungen Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wird deutlich, dass die Zugänge zum Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt durch aufenthaltsrechtliche Regelungen erschwert und verhindert werden – dem ist durch entsprechende Änderungen entgegenzuwirken.
5. Die praktischen Konsequenzen hat exemplarisch die Handwerkskammer Koblenz gezogen. Sie hat erkannt, dass Jugendliche mM gute Potentiale mitbringen, dass die Handwerksbetriebe ihre Fähigkeiten brauchen und auch besondere Fertigkeiten, zum Beispiel ihre Zweisprachigkeit, einsetzen können. Diese Einsichten wurden umgesetzt in ein Beratungs- und Förderprogramm; der Migrationshintergrund wurde

auch bei der Kammer selbst berücksichtigt, sie hat entsprechende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Die Angebote wurden spezifiziert für verschiedene Gruppen von benachteiligten Jugendlichen und haben insgesamt dazu geführt, dass Jugendliche, Betriebe und Kunden sich einer erhöhten Zufriedenheit erfreuen (Landtag Rheinland-Pfalz 2009k).

6. Die konkreten Erfahrungen (in Koblenz beispielsweise) und die vorliegenden Analysen (z. B. des Bundesinstituts für Berufsbildung) lassen sich verallgemeinern zu generellen Empfehlungen, und zwar geht es um:
 - den Ausbau der betrieblichen und außerbetrieblichen (betriebsnahe Variante) Ausbildungsplätze,
 - berufliche Nachqualifizierung,
 - Anerkennung von Abschlüssen aus dem Herkunftsland,
 - Verbesserung der beruflichen Grundbildung und
 - generell ein individualisierendes Übergangsmangement zwischen Schule und Beruf (Granato, M. 2009a).
7. Das Land hat mit dem Projekt BORIS GTSch (Berufliche Orientierung: Regionale Initiativen zur Schulentwicklung. Ganztagschule – Migranten) einen erfolgreichen Beitrag geleistet zur Verbesserung des Übergangs und zu seiner Vorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen. 14 Schulen haben sich daran beteiligt. Alle Beteiligten an diesem Übergang (Eltern, Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Ausbilder/-innen) waren Adressaten des Projekts und haben konstruktiv mitgearbeitet. Es soll – so unsere Empfehlung – nicht bei diesem Versuch bleiben, sondern das Projekt soll fortgesetzt und ausgeweitet werden. Die Akteure des Projekts können als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weiterarbeiten; das Vertrauen darauf, dass irgendwie die Erkenntnisse des Projekts auch anderswo durch irgendwen aufgegriffen und umgesetzt werden, ist wie bei allen Modellversuchen nicht ausreichend. Ein erfolgrei-

ches Modell verdient deshalb eine aktive Ausweitung für alle benachteiligten Schülerinnen und Schüler.

8. Als Einstieg (!) in eine Ausbildungsinitiative wird eine Untersuchung empfohlen, wie sie das Institut für Mittelstandsforschung an der Universität Mannheim durchgeführt hat („Ausbildungsplatzpotenziale in Mannheim“, Mannheim 2009). Diese Begleitstudie zu einem „Jobstarter-Projekt“ hat ermittelt, dass nur die Hälfte aller ausbildungsberechtigten Betriebe ausbildet. Darüber hinaus wurden viele beeinflussbare Determinanten der Ausbildungsbereitschaft identifiziert. Eine ähnliche Untersuchung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) in Mainz kam im Jahr 2000 zu ähnlichen Befunden und konnte neue Anstrengungen motivieren.

Die Potentiale zur Berufsausbildung sind bei Weitem nicht ausgeschöpft. Sowohl der (zukünftige) Arbeitskräftebedarf als auch das Recht der (benachteiligten) Jugendlichen auf gesellschaftliche Teilhabe sprechen unzweideutig dafür, die Potentiale der Betriebe und Schulen sowie der Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zu nutzen.

9. Kinder und Jugendliche, insbesondere bezogen auf kleine Kinder und Säuglinge, sollen mit größerer Achtsamkeit und Aufmerksamkeit in allen Ebenen der gesundheitlichen Versorgung einbezogen werden. Eine größere Repräsentanz beim medizinischen Personal (Ärztinnen und Ärzte, nichtärztliches Personal) ist dabei hilfreich, um Zugangsbarrieren abzubauen. An diesen Veränderungen können sehr viele Akteure mitwirken.

8. DER BLICK ÜBER DEN ZAUN: AUFWACHSEN IN ÖFFENTLICHER VERANTWORTUNG IM VERGLEICH DER EUROPÄISCHEN NACHBARN UND REGIONEN

8.1 Ein blinder Fleck?

Ein charakteristischer Umstand des Aufwachsens vieler Kinder und Jugendlicher in Rheinland-Pfalz ist die Grenzlage des Bundeslandes. Obwohl im Zuge der europäischen Einigung die politischen Grenzen immer durchlässiger und die ökonomischen Verflechtungen immer dichter werden und obwohl die großregionale Vernetzung in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Politikfeld ist, wird nach der Bedeutung dieser Prozesse für Lebensbedingungen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen selten gefragt.

Die Gründe dafür sind vielfältig; die föderale Struktur der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland spielt eine Rolle, gewiss gibt es auch Versäumnisse, nicht zuletzt scheinen soziokulturelle Identitäten tiefer verankert zu sein als politisch-ökonomische Abgrenzungen. Allein die Stabilität von lokalen Alltagsvollzügen und regionalen Dialekten weist darauf hin. Von den Berufspendlern abgesehen, ist die räumliche Mobilität der Menschen auch relativ gering, besonders die der Kinder und Jugendlichen. Dabei wären die Spannung zwischen den beiden Ebenen der Soziokultur und der politischen Ökonomie sowie die ihr innewohnende Dynamik Grund genug, transnationale und interkulturelle Aspekte der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen genauer zu beobachten. Umso erstaunlicher ist die geringe Aufmerksamkeit der Sozialberichterstattung für diese Dimensionen und Aspekte der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Ohne einen vergleichenden

„Blick über den Zaun“ lässt sich die soziale Lage vieler Kinder und Jugendlicher in Rheinland-Pfalz aber nicht angemessen charakterisieren.¹⁷⁷ Der erste Kinder- und Jugendbericht von Rheinland-Pfalz ist daher der gegebene Anlass, auf diesen blinden Fleck aufmerksam zu machen und zusammenzutragen, was an Information vorliegt.

Vor diesem Hintergrund kommt diesem Teil des Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz eine beispielgebende Bedeutung zu. Zum Teil waren allerdings zähe Recherchen nötig, um Datenquellen zu erschließen; die Darstellung beruht in Teilen auf eigenen Berechnungen. Bei der Arbeit an dieser Thematik wurde deutlich, dass kaum Daten und Statistiken zur Verfügung stehen. Das lässt sich exemplarisch am 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zeigen, der sich mit vor- und außerschulischen Lernorten von Kindern und Jugendlichen befasst, aber dem traditionsreichen Feld der internationalen Jugendbegegnung lediglich am Rande Aufmerksamkeit schenkt, von anderen Feldern des Erwerbs internationaler oder interkultureller Kompetenzen ganz zu schweigen. Es war eine erstaunliche Entdeckung, dass zu den jugendpolitischen Maßnahmen der EU auf natio-

¹⁷⁷ Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den ersten Jugendbericht der Europäischen Union (Commission of the European Communities 2009) und auf den Luxemburgischen Jugendbericht, der 2010 veröffentlicht werden soll.

naler Ebene kaum Daten und Statistiken zur Verfügung stehen. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Das folgende Kapitel des Kinder- und Jugendberichts entwirft kein Gesamtbild, sondern konzentriert sich auf ausgewählte Aspekte. Das Kapitel präsentiert eine datenbasierte und keine konzeptbasierte Analyse. Es versucht, die Orientierung an den vorfindlichen Datenquellen und ihren Erhebungskriterien zu inhaltlichen Komplexen zu bündeln. Dabei setzt es zwei Schwerpunkte: Das Kapitel trägt (a) ausgewählte Informationen zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern zusammen, wobei Migration und Mobilität besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Schließlich lenkt es die Aufmerksamkeit auf (b) politisch-pädagogische Programme zur Förderung des interkulturellen Austauschs innerhalb der Grenzen von Rheinland-Pfalz und über die Grenzen hinaus.

Im Einzelnen versucht das Kapitel auf der Grundlage von Daten und Dokumenten vier zentrale Fragen zu beantworten:

1. Welche sozialstrukturellen Merkmale sind kennzeichnend für Rheinland-Pfalz und die im Westen angrenzenden europäischen Regionen? Was wissen wir empirisch zur Lage der Kinder und Jugendlichen in diesen Regionen?
2. Welche Rolle spielen die Wanderungsbewegungen für Rheinland-Pfalz und seine europäischen Nachbarn? Wie viele junge Menschen besitzen einen Migrationshintergrund? Welche Bedeutung haben die berufsbedingten Pendlerströme im Untersuchungsgebiet?
3. Was wird in den rheinland-pfälzischen Kindertageseinrichtungen und Schulen getan, um die interkulturellen Kompetenzen und die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen zu fördern?
4. Inwieweit sind junge Menschen in Rheinland-Pfalz an internationalen Austauschprogrammen beteiligt? Welche Informationen liegen zu internationalen Schulpartnerschaften, zu europäischen Jugendbegegnungen, zum internationalen Austausch in der beruflichen Bildung und zur internationalen Mobilität der Studierenden vor?

8.2 Junge Menschen in Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern

Im Vergleich mit Luxemburg und den angrenzenden Regionen von Belgien (Wallonie) und Frankreich (Alsace und Lorraine) zeichnet sich Rheinland-Pfalz durch eine besonders niedrige Geburtenrate (Lebendgeborene je 1.000 Einwohner) aus (siehe Tabelle 91). Dementsprechend ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in den drei europäischen Nachbarländern deutlich größer als in Rheinland-Pfalz. In Belgien, Frankreich und Luxemburg beträgt die Quote der unter 20-Jährigen rund ein Viertel, in Rheinland-Pfalz ist dies lediglich rund ein Fünftel. In Rheinland-Pfalz leben durchschnittlich deutlich weniger Personen in einem Haushalt zusammen als in den europäischen Nachbarregionen.

Zwei Fünftel der luxemburgischen Bevölkerung besitzen einen ausländischen Pass. Demgegenüber ist in Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Gebieten von Belgien und Frankreich weniger als ein Zehntel der Bevölkerung als Ausländer registriert.

Gemessen an der Arbeitslosenquote ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz und der Region Alsace (Frankreich) zwar nicht so gut wie in Luxemburg, aber besser als in der Region Lorraine (Frankreich) und der angrenzenden belgischen Region (Wallonie). Dort lagen die Arbeitslosenquoten schon vor der Weltwirtschaftskrise zwischen 10 und 12 %. Luxemburg hatte lange eine so niedrige allgemeine Arbeitslosenquote, dass beinahe von Vollbeschäftigung gesprochen werden konnte.

In ihrem neuesten Jugendbericht schenkt die EU-Kommission der Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten besonders große Aufmerksamkeit (Commission of the European Communities 2009). Der erfolgreiche Übergang vom Bildungssystem in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wird dabei als entscheidende Grundlage angesehen, ein ökonomisch selbstständiger Erwachsener zu werden. Zu diesem Erwachsenenstatus gehört aus Sicht der

Tabelle 91: Daten zu Rheinland-Pfalz und seinen europäischen Nachbarn

	Rheinland-Pfalz	Luxemburg	Frankreich Alsace	Frankreich Lorraine	Belgien Wallonie
Bevölkerung insgesamt	4.052.860	476.187	1.806.069	2.334.245	3.435.879
Lebendgeborene je 1.000 Einwohner	7,8	11,7	k.A.	11,8	11,5
Anteil Männer unter 20 Jahren an der Bevölkerung (Prozent)	21,4	25,1	k.A.	25,9	25,7
Anteil Frauen unter 20 Jahren an der Bevölkerung (Prozent)	19,6	23,3	k.A.	23,6	23,2
Durchschnittliche Haushaltsgröße (Personen)	2,16	2,51	k.A.	2,42	2,35
Arbeitslosenquote (Prozent)	8,0	4,7	7,1	10,0	11,7
Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen (Prozent)	13,4	16,2	19,3	24,6	31,3
Anteil der ausländischen Bevölkerung (Prozent)	7,1	39,8	7,7	5,2	9,1

Quelle: Statistische Ämter der Großregion 2008; Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz 2008

EU-Kommission, das Elternhaus zu verlassen, einen eigenen Haushalt mit Familie zu gründen und schließlich Kinder großzuziehen (ebd, S. 32).

In allen fünf betrachteten Regionen weisen Jugendliche eine erhöhte Arbeitslosenquote auf. In den benachbarten Gebieten von Belgien und Frankreich war die Arbeitsmarktsituation für die unter 25-Jährigen schon vor der Weltwirtschaftskrise besonders problematisch. Hier suchte ein Fünftel (Alsace/Frankreich) bis ein Drittel (Wallonie/Belgien) der jungen Menschen einen Arbeitsplatz.

Durch die Wirtschaftskrise stieg die Jugendarbeitslosenquote Anfang 2009 in der EU-27 auf 18 % und lag damit deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote von 8 % (Eurostat-Pressestelle 2009a). Bei der Jugendarbeitslosigkeit bleibt Deutschland mit 10 % wiederum deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Belgien (21 %) und Frankreich (22 %) weisen wie zuvor recht hohe Jugendarbeitslosenquoten auf und auch in Luxemburg (19 %) ist die Arbeitsmarktlage für junge Menschen nicht besonders vorteilhaft. Nach Angaben des Statistischen Landesamts betrug die Jugendarbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz im September 2009 7 %. Relativ viele 15- bis 24-Jährige waren in den kreisfreien Städten Pirmasens (15 %) und Kaiserslautern (12 %) auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Dass der Übergang von der Schule in das Berufsleben für junge Menschen regional unterschiedlich schwierig ist, zeigt schließlich ein Blick auf die Art der Arbeitsverträge. Während in Belgien und Luxemburg lediglich zwischen 30 % und 35 % der jungen Menschen einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten haben, ist dies in Deutschland und Frankreich mit über 50 % für die 15- bis 24-Jährigen die Regel (Statistisches Bundesamt 2009a, S. 24).

Die Kommission der EU hat 2008 in allen Mitgliedstaaten eine Befragung zur Situation der Kinderrechte durchführen lassen (European Commission 2008b). Die Befragung richtete sich in allen EU-Ländern an 15- bis 18-Jährige. Nach dieser recht aktuellen Erhebung sind in Deutsch-

land 36 % der jungen Menschen nicht darüber informiert, dass es spezielle Kinderrechte gibt. Die Vergleichswerte für die europäischen Nachbarländer von Rheinland-Pfalz betragen: Belgien 34 %, Frankreich 31 % und Luxemburg 23 %.

Bei dieser Befragung wurde außerdem erhoben, welche aus Sicht der Jugendlichen die größten Probleme sind, die dringend angegangen werden müssten. Obwohl die Anzahl der Antwortvorgaben sehr beschränkt war, bieten die Befragungsergebnisse einen Einblick in die Problemlagen junger Menschen in Deutschland und den europäischen Nachbarländern von Rheinland-Pfalz.

Zunächst fällt auf, dass die Rangfolge der Probleme in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist (siehe Tabelle 92). Die Jugendlichen aus Belgien stellen Diskriminierung und Rassismus in den Vordergrund. Die deutschen Jugendlichen sind besonders für das Problem Gewalt gegen Kinder sensibilisiert. Für die Jugendlichen aus Frankreich stellt der sexuelle Missbrauch von Kindern ein besonders gravierendes Problem dar, während die jungen Menschen in Luxemburg das Drogenproblem in den Vordergrund stellen.

Die jungen Befragten in Luxemburg betrachten Armut und soziale Ausgrenzung kaum als gravierende soziale Probleme. Dafür rangieren Probleme (Jugendlicher) mit Drogen, Alkohol und Nikotin im EU-Vergleich ziemlich weit oben. Diese Problemsicht luxemburgischer Jugendlicher wird durch empirische Studien unterstrichen (IJAB 2009, S. 6). So hat mittlerweile bereits ein Viertel der jungen Menschen Cannabis konsumiert und steigende Konsumquoten sind bei Alkohol und Nikotin zu verzeichnen.

Tabelle 92: Größte Probleme aus der Sicht der 15- bis 18-Jährigen in den Mitgliedsländern der EU 2008 (Antwortvorgaben; Prozent)

	EU-27 n=10.146	Belgien n=408	Deutschland n=412	Frankreich n=403	Luxemburg n=258
Gewalt gegen Kinder	23	20	26	19	21
Diskriminierung und Rassismus	14	21	16	21	22
Drogen	18	14	11	12	25
Alkoholmissbrauch und Nikotinsucht	9	7	7	8	15
Kinderarbeit	4	4	5	6	4
Sexueller Missbrauch von Kindern	20	19	17	24	10
Armut und soziale Ausgrenzung	13	14	18	10	3

Quelle: Flash Eurobarometer 235 (2008)

8.3 Internationale Mobilität

Durch die PISA-Studien der OECD stehen vergleichbare Daten zu den Migrationshintergründen von Jugendlichen auf internationaler Ebene zur Verfügung. Während in Deutschland lediglich ein Fünftel der Jugendlichen einen Migrationshintergrund besitzt, ist dies in den Nachbarländern Luxemburg die Hälfte sowie in Belgien und Frankreich immerhin noch jeweils ein Viertel (siehe Tabelle 93). Vor diesem Hintergrund kann Luxemburg als Einwanderungsland par excellence bezeichnet werden.

8.3.1 Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Rheinland-Pfalz und den Nachbarländern

Bezüglich der Weiterentwicklung ihrer Sprachkompetenzen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund in Belgien und Frankreich vergleichsweise günstige Rahmenbedingungen, weil sie in ihren Familien mehrheitlich die Sprache des Einwanderungslandes sprechen. Dazu stellt die Kommission der EU in ihrem „Grünbuch Migration und Mobilität“ fest: „Sprache ist ein Schlüsselfaktor“. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist eine unerlässliche Voraussetzung für den Schulerfolg. Selbst für im Aufnahmeland geborene Migrantenkinder kann dies ein Problem sein, wenn die

Tabelle 93: 15-Jährige nach Migrationshintergrund und Familiensprache 2006 (Prozent)

	Deutschland	Belgien	Frankreich	Luxemburg
von den 15-Jährigen haben einen Migrationshintergrund	19,9	25,1	25,4	52,4
von den 15-Jährigen mit Migrationshintergrund sprechen in ihrer Familie die Sprache des Einwanderungslandes	55,3	76,8	79,8	52,3

Quelle: PISA-Konsortium Deutschland 2007

in der Schule gesprochene Sprache zuhause nicht vertieft werden kann“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008a, S. 10).

In Deutschland und Luxemburg haben wesentlich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund ungünstigere Voraussetzungen als in Belgien und Frankreich, die Sprache des Einwanderungslandes gut zu beherrschen. Nach der PISA-Studie 2006 sprechen in Luxemburg 48 % und in Deutschland 45 % der 15-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte zu Hause eine andere Sprache als die, welche im Schulunterricht gesprochen wird. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich auf der Grundlage der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Kindern in den Tageseinrichtungen folgendes Bild. 58 % der 3- bis 6-Jährigen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte wachsen in Familien auf, in denen überwiegend nicht deutsch gesprochen wird (Bertelsmann Stiftung 2009a).

Diese großen Differenzen zwischen Unterrichtssprache und der Alltagssprache in den Migrantenfamilien speziell in Luxemburg und Deutschland haben mit den internationalen Wanderungsbewegungen zu tun. Nach Luxemburg sind in erheblichem Umfang Portugiesen eingewandert, die von Hause aus die Sprache(n) des Einwanderungslandes nicht sprechen (siehe Tabelle 94). Entsprechendes gilt für Deutschland mit starken Zuwanderungen aus Polen, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion.

Nach Belgien und Frankreich wanderten demgegenüber wesentlich häufiger ausländische Staatsangehörige ein, welche die Sprache des Einwanderungslandes bereits kannten. Nach Belgien immigrierten vor allem Franzosen, Niederländer und Marokkaner, nach Frankreich Algerier und Marokkaner. Den Zuwanderern aus Algerien und Marokko war Französisch als Unterrichtssprache in ihren Herkunftsländern schon geläufig.

Tabelle 94: Anteile der größten Herkunftsgruppen an der Gesamtzahl der Einwanderer in den Jahren 1995 bis 2004 (Prozent)

Deutschland	Polen	12,5
	ehem. Jugoslawien	10,2
	Türkei	8,4
	Russland, Ukraine	7,1
Belgien	Frankreich	12,9
	Niederlande	12,4
	Marokko	9,8
Frankreich	Algerien	17,1
	Marokko	16,4
	Türkei	6,8
Luxembourg	Portugal	22,7
	Frankreich	17,7
	Belgien	11,2
	Deutschland	6,4

Quelle: PISA-Konsortium Deutschland 2007

8.3.2 Grenzüberschreitende Mobilität

Betrachtet man Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen von Belgien (Wallonie), Luxemburg und Frankreich (Alsace und Lorraine) unter dem Gesichtspunkt der internationalen beruflichen Mobilität, erweist sich Luxemburg als der „Magnet“, der mit seinem Arbeitsangebot besonders viele Menschen im erwerbsfähigen Alter anzieht (Statistische Ämter der Großregion 2008; Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz 2008).

Der zahlenmäßig stärkste Berufspendlerstrom führt vom französischen Lorraine nach Luxemburg (rund 62.000 Pendler). Aus Rheinland-Pfalz pendeln etwas weniger Menschen als aus dem angrenzenden Belgien in das Großherzogtum (rund 21.000 versus 25.000).

Die grenzüberschreitenden Pendlerströme nach Rheinland-Pfalz sind im Vergleich mit den Wanderungen nach Luxemburg nicht sehr bedeutsam. Aus Belgien und Luxemburg fahren jeweils nicht

mehr als 200 Menschen zu einem Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Der größte Berufspendlerstrom nach Rheinland-Pfalz stammt aus den beiden angrenzenden französischen Regionen Alsace und Lorraine (insgesamt rund 5.000 Pendler).

Bezogen auf alle 1,8 Mio. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz pendelt ein Prozent (ca. 22.000 Erwerbstätige) werktäglich zur Arbeit nach Lu-

xemburg oder in die angrenzenden Regionen von Belgien und Frankreich. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den grenznahen kreisfreien Städten (Pirmasens, Trier, Zweibrücken) und in den grenznahen Landkreisen von Rheinland-Pfalz beträgt die Berufspendlerquote nach Belgien, Frankreich und Luxemburg insgesamt 7 %.

8.4 Förderung von interkulturellen Kompetenzen in Bildungseinrichtungen von Rheinland-Pfalz

Die Förderung interkultureller Kompetenz zählt zu den wichtigen Aufgaben der Kindertageseinrichtungen und Schulen in Rheinland-Pfalz (MBFJ 2004b; Landtag Rheinland-Pfalz 2008a). Die Förderung der interkulturellen Kompetenz beinhaltet in der Regel das Ziel, Kinder und Jugendliche frühzeitig mit Mehrsprachigkeit vertraut zu machen. Verschiedene Programme sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

8.4.1 Kindertageseinrichtungen

Im Rahmen des Programms „Lerne die Sprache des Nachbarn“ werden die Kinder in den rheinland-pfälzischen Einrichtungen durch zusätzliche, zumeist muttersprachliche Erziehungskräfte in spielerischer Weise mit der französischen Sprache und Kultur vertraut gemacht. 60 % der zusätzlichen Personalkosten trägt das Land und 40 % der örtliche Träger (Landtag Rheinland-Pfalz 2008b, S. 41). Zurzeit beteiligen sich insgesamt 186 (= 8 %) der Kindertagesstätten an diesem Programm. Eine besonders hohe Teilnahmequote ist in den an Belgien und Luxemburg grenzenden Kreisen Bitburg-Prüm (93 % der Einrichtungen) und Trier-Saarburg (54 %) zu verzeichnen (siehe Tabelle 95). In den an Frankreich grenzenden Kreisen Südwestpfalz, Südliche Weinstraße und Germersheim beteiligt sich demgegenüber lediglich maximal ein Drittel der Kindertagesstätten an „Lerne die Sprache des Nachbarn“.

Landesweit einzigartig ist das seit 1995 bestehende Modellprojekt eines deutsch-französischen Kindergartens in Liederschiedt (Frankreich). Diese zweisprachige Kindertageseinrichtung können Kinder aus zwei Kommunen in der Südwestpfalz (Hilst und Schweix) besuchen.

Während das Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ die interkulturelle Kompetenz und die Mehrsprachigkeit der Kinder mit deutscher Muttersprache unterstützen soll, geht es in den Kindertageseinrichtungen, welche zusätzlich Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz oder Fachkräfte für Aussiedlerkinder aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion einsetzen, vor allem darum, Kinder mit Zuwanderungsgeschichte mit deutscher Sprache und Kultur vertraut zu machen (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung 2006a). Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

- In 201 (= 8 %) der Einrichtungen sind Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz tätig;
- 127 (= 5 %) der Einrichtungen arbeiten mit Fachkräften speziell für Aussiedlerkinder.

Zum Einsatz zusätzlicher Fachkräfte für Kinder mit Migrationshintergrund heißt es in § 2 Abs. 5 Satz 1 der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes (LVO):

„Mit Zustimmung des Jugendamtes kann zusätzliches Erziehungspersonal eingesetzt werden, insbesondere wenn:

- (...) 4. bei einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund eine geeignete Fachkraft mit interkultureller Kompetenz eingesetzt werden soll,
- (...) 5. zur besonderen Förderung von Aussiedlerkindern, die nicht oder nur unzureichend deutsch sprechen und sich in die für sie fremde Umgebung eingewöhnen müssen, eine zusätzliche Stelle für mindestens zwölf, eine halbe Stelle für mindestens sechs Aussiedlerkinder eingerichtet werden soll.“

Nach Möglichkeit sollen Migranten zur Förderung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in den Kindertagesstätten eingesetzt werden. „Grundsätzlich sind aber auch Fachkräfte ohne Migrationshintergrund als Zusatzkräfte geeignet. Sie sollten aber eine Qualifikation in interkultureller Pädagogik nachweisen können bzw. bereit sein, an einer Fortbildung in diesem Bereich teilzunehmen. Notwendig ist die grundlegende Bereitschaft, Kenntnisse verschiedener Sprachen zu erwerben und sich gründlich über die Herkunftsländer zu informieren. Wünschenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Erziehungskraft Kenntnisse in einer Migrantensprache bzw. Zweitsprache hat. Sinnvollerweise sollte dies eine Sprache sein, die zumindest von einem Teil der Kinder in der Einrichtung als Muttersprache gesprochen wird“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2008b, S. 17).

Die beiden speziellen Fachkräftegruppen für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte haben mit Ausnahme der Kreise Ahrweiler und Neuwied unterschiedliche regionale Einsatzschwerpunkte.

- Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz sind besonders häufig in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (37 % der Einrichtungen), Mainz (31 %) und Koblenz (22 %) sowie in den Kreisen Ahrweiler (23 %) und Neuwied (18 %) tätig.
- Hauptsächliche Einsatzgebiete der Fachkräfte für Aussiedlerkinder sind die Kreise Rhein-Hunsrück (29 % der Einrichtungen), Neuwied (22 %) sowie Ahrweiler und Birkenfeld (jeweils 14 %).

Strukturell unterscheiden sich Verwaltungsbezirke, in denen Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz oder solche für Aussiedlerkinder besonders häufig tätig sind, signifikant voneinander. Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz werden besonders oft in städtischen Räumen eingesetzt, in denen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Industriebetrieben arbeiten. Kennzeichnend für diese Gebiete ist außerdem, dass besonders viele Kinder und Jugendliche einen Migrationshintergrund besitzen. Fachkräfte für Aussiedlerkinder sind demgegenüber häufiger in ländlichen Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte tätig. In diesen Gebieten leben im Allgemeinen nicht besonders viele Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. Die Aussiedlerkinder (mit russischer Muttersprache) befinden sich hier also meistens in einer sozialen Umwelt, die eine vergleichsweise geringe ethnische und kulturelle Vielfalt aufweist.

Die strukturellen Unterschiede der Einsatzräume beider Fachkräftegruppen in den Kindertagesstätten erklären sich historisch aus der unterschiedlichen regionalen Verteilung der Zuwandererströme in Rheinland-Pfalz. Dazu heißt es im zweiten Integrationsbericht der Landesregierung: „Innerhalb des Landes bestehen zwischen den Verwaltungsbezirken erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Nationalitäten. Starke überproportionale Anteile von türkischen, italienischen, serbischen und montenegrinischen sowie griechischen Staatsangehörigen haben ihren Ursprung in den sechziger und siebziger Jahren und gehen auf die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften aus diesen Ländern zurück. (...) Die Siedlungsschwerpunkte von russischen Staatsangehörigen fallen meist mit denen deutscher Spätaussiedler aus der Russischen Föderation zusammen“ (MASGFF 2007a, S. 50).

Die Familien der gezielt angeworbenen (ehemaligen) Arbeitsmigranten und ihrer Nachkommen konzentrieren sich in Rheinland-Pfalz auf städtisch und industriell geprägte Räume, und zwar speziell entlang des Rheins („Rheinschiene“).

Tabelle 95: „Lerne die Sprache des Nachbarn“, Einsatz von Fachkräften mit interkultureller Kompetenz und für Aussiedlerkinder nach Verwaltungsbezirken (Prozent)

	Lerne die Sprache des Nachbarn (Prozent der Einrichtungen)	Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz (Prozent der Einrichtungen)	Fachkräfte für Aussiedlerkinder (Prozent der Einrichtungen)	Kontextmerkmale	
				Stadt/Kreis im grenznahen Bereich	Grundschüler mit Migrationshintergrund
Frankenthal Stadt	0	14	0		28
Kaiserslautern Stadt	0	2	5		20
Koblenz Stadt	0	22	3		22
Landau Stadt	0	10	0		16
Ludwigshafen Stadt	1	37	0		45
Mainz Stadt	0	31	0		33
Neustadt Stadt	0	0	0		12
Pirmasens Stadt	13	0	0	●	13
Speyer Stadt	0	0	0		17
Trier Stadt	8	3	4	●	11
Worms Stadt	0	14	0		21
Zweibrücken Stadt	0	0	0	●	20
Ahrweiler	0	23	14		13
Altenkirchen	0	4	2		15
Alzey-Worms	1	6	0		11
Bad Dürkheim	0	4	0		9
Bad Kreuznach	0	4	6		16
Bernkastel-Wittlich	15	10	8		11
Birkenfeld	0	4	14		13
Cochem-Zell	0	2	13		8
Donnersbergkreis	0	4	0		10
Eifelkreis Bitburg-Prüm	93	3	5	●	6
Germersheim	12	5	4	●	18
Kaiserslautern	8	0	2		12
Kusel	0	0	4		12
Mainz-Bingen	1	2	1		10
Mayen-Koblenz	0	9	13		12
Neuwied	0	18	22		18
Rhein-Hunsrück-Kreis	2	5	29		12
Rhein-Lahn-Kreis	0	3	9		11
Rhein-Pfalz-Kreis	4	6	1		11
Südliche Weinstraße	30	1	0	●	5
Südwestpfalz	36	0	0	●	3
Trier-Saarburg	54	5	2	●	6
Vulkaneifel	0	0	13		8
Westerwaldkreis	0	13	6		16

Quelle: Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2006a; Landtag Rheinland-Pfalz 2008c; eigene Berechnungen

In diesen Gebieten setzen besonders viele Kindertagesstätten Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz ein. Die Spätaussiedler mit ihren Familien wurden demgegenüber mehr in den ländlich geprägten Regionen von Rheinland-Pfalz ansässig. Entsprechend sind Fachkräfte für Aussiedlerkinder signifikant häufiger in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte tätig.

8.4.2 Allgemeinbildende Schulen

Ähnlich dem Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ in Kindertageseinrichtungen besteht für die Kinder und Jugendlichen zurzeit in 55 allgemeinbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, zweisprachig zu lernen (siehe Tabelle 96). Im Rahmen dieser bilingualen Unterrichtsangebote wird von den Schülerinnen und Schülern entweder Deutsch und Englisch oder Deutsch und Französisch gesprochen. Zweisprachige Unterrichtsangebote machen

- 1 % der Grundschulen,
- 5 % der Realschulen und
- 28 % der Gymnasien.

Die Schulen mit bilingualem Unterricht sind regional unterschiedlich verteilt. In den kreisfreien Städten Landau, Ludwigshafen und Kaiserslautern machen besonders viele Schulen zweisprachige Angebote. In 10 Landkreisen besteht demgegenüber für die Kinder und Jugendlichen keine Möglichkeit, an zweisprachigem Unterricht teilzunehmen.

Verwaltungsbezirke mit bilingualen Schulen sind in der Regel städtisch geprägt, während Räume ohne zweisprachige Unterrichtsangebote eher ländlich strukturiert sind. Regionen mit bilingualen Angeboten zeichnen sich ferner dadurch aus, dass es vor Ort vergleichsweise viele Gymnasien gibt und dass relativ viele Kinder (frühzeitig) eine Schullaufbahn einschlagen, die auf direktem Weg zum Abitur führt.

Tabelle 96: Schulen mit bilinguaem Unterricht nach Verwaltungsbezirken (Anzahl)

	Grundschulen	Realschulen	Gymnasien	Schulen insgesamt
Frankenthal Stadt	1	0	1	2
Kaiserslautern Stadt	0	0	5	5
Koblenz Stadt	0	0	2	2
Landau Stadt	3	1	2	6
Ludwigshafen Stadt	1	1	4	6
Mainz Stadt	0	0	2	2
Neustadt Stadt	0	0	1	1
Pirmasens Stadt	1	0	0	1
Speyer Stadt	1	0	0	1
Trier Stadt	0	0	2	2
Worms Stadt	0	0	1	1
Zweibrücken Stadt	0	1	2	3
Ahrweiler	0	0	1	1
Altenkirchen	0	0	0	0
Alzey-Worms	0	0	2	2
Bad Dürkheim	0	0	1	1
Bad Kreuznach	0	0	1	1
Bernkastel-Wittlich	0	0	0	0
Birkenfeld	0	0	0	0
Cochem-Zell	0	0	0	0
Donnersbergkreis	0	0	0	0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	0	0	0	0
Germersheim	0	0	2	2
Kaiserslautern	0	0	1	1
Kusel	0	0	0	0
Mainz-Bingen	0	0	1	1
Mayen-Koblenz	0	1	2	3
Neuwied	0	0	1	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	0	0	0	0
Rhein-Lahn-Kreis	0	0	0	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0	1	1
Südliche Weinstraße	1	1	1	3
Südwestpfalz	0	0	0	0
Trier-Saarburg	2	1	0	3
Vulkaneifel	0	0	1	1
Westerwaldkreis	0	0	2	2
Rheinland-Pfalz	10	6	39	55

Quelle: MBWJK; eigene Berechnungen

8.5 Beteiligung junger Menschen aus Rheinland-Pfalz am internationalen Austausch

8.5.1 Einleitende Bemerkungen zur Datenlage

Im Mittelpunkt des 12. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung stand das Thema Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule (BMFSFJ 2006). Dabei ging es unter anderem um die Frage, was vorschulische und außerschulische „Lernorte“ zur Bildung von Kindern und Jugendlichen beitragen. Vor diesem Hintergrund wäre zu erwarten gewesen, dass auch Möglichkeiten der internationalen Jugendbegegnung und des Erwerbs internationaler Kompetenzen zur Sprache kommen. Der Kinder- und Jugendbericht des Bundes berührt diese Thematik jedoch nur am Rande in den beiden Abschnitten 6.3.2 „Auslandsaufenthalte“ sowie 6.3.5 „Kinder- und Jugendreisen“, ohne sich mit den entsprechenden Programmen der EU ausdrücklich zu beschäftigen. Dieses Defizit des Berichts dürfte zum Teil der unzureichenden Datenlage in diesem Bereich geschuldet sein. Das Defizit ist wahrscheinlich aber zu einem erheblichen Teil auch Ausdruck einer geringen Aufmerksamkeit der Berichtersteller für jugendpolitische Aktivitäten im europäischen Rahmen.

2008 bat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten der EU, die bisherigen jugendpolitischen Aktionen der EU zu bewerten und Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Jugendpolitik zu machen. Der Bericht für Deutschland wurde unter Federführung des BMFSFJ erstellt. Das Ministerium stellt einleitend fest, dass die EU sehr viele jugendpolitische Aktionen in die Wege geleitet und mit entsprechenden Fördermitteln unterstützt hat. Der Bericht an die Europäische Kommission fügt dem allerdings kritisch hinzu: „Dennoch gibt es auch zahlreiche Indizien, die dafür sprechen, dass zwischen der rasanten Produktion von gemeinsamen politischen Willensbekundungen und der konkreten Umsetzung in den Mitgliedstaaten eine erhebliche Kluft besteht. Denn ungeachtet inhaltlicher Ausweitungen und zusätzlicher EU-

Instrumente entfaltet die bisherige Kooperation – gemessen am Anspruch – in den Mitgliedstaaten zu wenig messbare Wirkungen. Dies gilt sowohl für den konkreten Nutzen für die Jugendlichen als auch hinsichtlich der politischen Sichtbarkeit auf der nationalen Ebene. Auch ist es in Deutschland bisher nicht gelungen, die nötige politische Aufmerksamkeit für die gemeinsam verabschiedeten Ziele, Inhalte und Instrumente der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu erzielen“ (BMFSFJ 2008b, S. 5.).

Diese Feststellung des Bundesministeriums macht plausibel, warum die Datenlage auch in Rheinland-Pfalz so unbefriedigend ist. Festzuhalten ist allerdings, dass die nationalen Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit von den jugendpolitischen Aktionen der EU zu unterscheiden sind. Sie werden durch die amtliche Jugendhilfestatistik – zuletzt für 2008 – dokumentiert. Auch Förderungen aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes, die Aktivitäten des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerks sowie der deutsch-israelischen Jugendarbeit sind hier nicht berücksichtigt. Zu ihnen liegt kein Datenmaterial vor, das für regionale Analysen geeignet wäre.

Die im Folgenden berichteten Zahlen beruhen ausschließlich auf eigenen Berechnungen. Grundlage bildeten dabei Angaben in den Datenbanken der für die Durchführung der EU-Programme in Deutschland zuständigen Stellen. Auf dieser Basis werden im Folgenden regionale Analysen zu

- internationalen Schulpartnerschaften,
- internationalen Jugendbegegnungen,
- zum internationalen Austausch im Bereich der beruflichen Bildung und
- zur internationalen Mobilität der Studierenden durchgeführt.

8.5.2 Schulpartnerschaften

Das EU-Programm zur Förderung des lebenslangen Lernens richtet sich grundsätzlich an alle Altersgruppen in den Mitgliedstaaten der EU und bezieht sich auf einen Zeitraum von 2007 bis 2013. „Das allgemeine Ziel des Programms für lebenslanges Lernen besteht darin, durch lebenslanges Lernen dazu beizutragen, dass sich die Gemeinschaft zu einer fortschrittlichen wissensbasierten Gesellschaft mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerem sozialen Zusammenhalt entwickelt, in der zugleich ein guter Schutz der Umwelt für künftige Generationen gewährleistet ist. Insbesondere soll das Programm den Austausch, die Zusammenarbeit und die Mobilität zwischen den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Gemeinschaft fördern, so dass sich diese zu einer weltweiten Qualitätsreferenz entwickeln“ (Europäisches Parlament/Rat der EU 2006a, S. 12).

Das Einzelprogramm „Comenius“ im EU-Programm zur Förderung lebenslangen Lernens richtet sich an Schülerinnen und Schüler bis einschließlich Sekundarbereich II sowie an die entsprechenden Schulen und Lehrkräfte. Im Rahmen dieses Programms können Partnerschaften mit Schulen in Europa gefördert werden. Neben der konventionellen Form der Schulpartnerschaften bietet „Comenius“ mit dem Programm „eTwinning“ den Schulen die Möglichkeit, vorzugsweise auf elektronischem Wege miteinander zu kooperieren (Landtag Rheinland-Pfalz 2007a). Dabei können sich die Schülerinnen und Schüler in einem „virtuellen Klassenraum“ austauschen, sich gegenseitig E-Mails senden oder per Chat miteinander diskutieren.

Die Datenbanken zu den beiden Einzelprogrammen von „Comenius“ weisen aktuell für Rheinland-Pfalz jeweils rund 40 geförderte Schulen aus (siehe Tabelle 97). Bei regionaler Betrachtung fällt auf, dass sich die Schulen in der Stadt Pirmasens sowie in den Landkreisen Birkenfeld, Cochem-Zell und Germersheim nicht an „Comenius“ beteiligten.

Es zeigen sich aber nicht nur regionale Ungleichgewichte, sondern auch Divergenzen nach Schularten. Von den 41 Schulen, die sich im Förderzeitraum 2007 bis 2009 für die konventionelle Form der europäischen Schulpartnerschaften entschieden hatten, waren 13 Grundschulen, 11 Gymnasien, 8 berufsbildende Schulen und 4 Realschulen. Bezogen auf alle Schulen des jeweiligen Typs ergeben sich folgende Beteiligungsquoten: Grundschulen 1%, Realschulen 3% und jeweils 8% der Gymnasien und berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

An den internationalen Partnerschaften der Schulen in Rheinland-Pfalz waren im Förderzeitraum 2007 bis 2009 insgesamt 138 Schulen in 28 Ländern beteiligt (siehe Tabelle 98).

Die von den Schulen am häufigsten gewählten Partnerländer waren Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien. Auch die Nachbarländer Belgien und Luxemburg sind gemessen an der Größe dieser Länder vergleichsweise oft bei den internationalen Schulpartnerschaften vertreten.

Seit 2005 wurden im Rahmen von „Comenius“ 187 Schulpartnerschaftsprojektanträge mit einem Gesamtbudget in Höhe von 1,9 Mio. Euro genehmigt. Die Schulen erhalten je nach Art des Projekts zwischen 8.000 und 20.000 Euro pauschal zugewiesen für eine Projektlaufzeit von zurzeit zwei Jahren.

Tabelle 97: Schulpartnerschaften im EU-Programm „Comenius“ nach Verwaltungsbezirken (Anzahl Schulen)

	Schulpartnerschaften Comenius (Förderzeitraum 2007 bis 2009)	Schulpartnerschaften Teilprogramm eTwinning (2009)
Frankenthal Stadt	1	1
Kaiserslautern Stadt	1	2
Koblenz Stadt	3	3
Landau Stadt	0	1
Ludwigshafen Stadt	0	2
Mainz Stadt	6	3
Neustadt Stadt	2	0
Pirmasens Stadt	0	0
Speyer Stadt	0	2
Trier Stadt	1	0
Worms Stadt	1	2
Zweibrücken Stadt	1	0
Ahrweiler	0	1
Altenkirchen	1	0
Alzey-Worms	1	0
Bad Dürkheim	1	0
Bad Kreuznach	1	0
Bernkastel-Wittlich	1	1
Birkenfeld	0	0
Cochem-Zell	0	0
Donnersbergkreis	1	1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3	2
Germersheim	0	0
Kaiserslautern	1	1
Kusel	0	1
Mainz-Bingen	0	2
Mayen-Koblenz	0	2
Neuwied	2	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	2
Rhein-Lahn-Kreis	1	1
Rhein-Pfalz-Kreis	1	0
Südliche Weinstraße	2	1
Südwestpfalz	0	1
Trier-Saarburg	6	3
Vulkaneifel	0	1
Westerwaldkreis	2	1
Rheinland-Pfalz	41	38

Quelle: Datenbanken des Pädagogischen Austauschdienstes (Bonn) und von Schulen ans Netz (Bonn); eigene Berechnungen

Tabelle 98: Partnerschulen rheinland-pfälzischer Schulen im EU-Programm „Comenius“ im Förderzeitraum 2007 bis 2009 nach Ländern (Anzahl)

Frankreich	16
Italien	13
Spanien	13
Großbritannien	11
Belgien	8
Polen	8
Portugal	7
Tschechien	7
Türkei	6
Österreich	5
Schweden	5
Finnland	4
Luxemburg	4
Niederlande	4
Bulgarien	3
Dänemark	3
Ungarn	3
Estland	2
Island	2
Lettland	2
Malta	2
Norwegen	2
Rumänien	2
Slowakei	2
Irland	1
Liechtenstein	1
Litauen	1
Zypern	1
Rheinland-Pfalz	138

Quelle: Datenbank des Pädagogischen Austauschdienstes (Bonn); eigene Berechnungen

8.5.3 Jugendbegegnungen

Wie das EU-Programm zur Förderung des lebenslangen Lernens bezieht sich auch das EU-Programm „Jugend in Aktion“ auf den Zeitraum von 2007 bis 2013. Im Rahmen der Aktion 1 von „Jugend in Aktion“ fördert die EU Jugendbegegnungen. Dazu heißt es im Programm-Handbuch zu „Jugend in Aktion“: „Jugendbegegnungen bieten eine Gelegenheit für Gruppen junger Menschen aus verschiedenen Ländern, zusammenzukommen und mehr über die Kulturen der anderen zu erfahren. Die Gruppen planen ihre Jugendbegegnung auf der Grundlage eines Themas von gemeinsamem Interesse zusammen“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2008, S. 14).

Nach der Datenbank der Deutschen Agentur für „Jugend in Aktion“¹⁷⁸ haben seit 2007 in Rheinland-Pfalz die folgenden Institutionen EU-Mittel für internationale Jugendbegegnungen erhalten: Bund Deutscher PfadfinderInnen Landesverband Rheinland-Pfalz, Europa-Haus Bad Marienberg, Europäische Vereinigung für Eifel und Ardennen, Habscheider Sportverein und Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn.

Die meisten der in Rheinland-Pfalz von der EU geförderten Jugendbegegnungen wurden vom Europa-Haus in Bad Marienberg (Westerwald) durchgeführt. Das Europa-Haus ist 1951 gegründet worden und war das Erste von zurzeit 128 Europahäusern in 32 Ländern.¹⁷⁹ Im Jahr 2009 bot diese internationale Bildungsstätte Jugendbegegnungen für Jugendliche aus folgenden Ländern an: Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien, Litauen, Polen, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und USA.

Der Datenbank zu „Jugend in Aktion“ lässt sich allerdings nicht entnehmen, wie viele Jugendliche aus Rheinland-Pfalz an den geförderten internationalen Jugendbegegnungen teilgenommen haben.

¹⁷⁸ Die Agentur ist im Internet unter www.jugendfuereuropa.de erreichbar.

¹⁷⁹ www.europa-haus-marienberg.de

Jedenfalls dürfte die Teilnahmequote, bezogen auf alle Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, minimal gewesen sein. Im Förderzeitraum 2000 bis 2003 haben pro Jahr lediglich knapp 10.000 Jugendliche aus Deutschland an den von der EU geförderten Jugendbegegnungen der Aktion 1 teilgenommen (Jugend für Europa 2004, S. 29).

Nach dem Landesjugendplan stellte Rheinland-Pfalz 2007 und 2008 pro Jahr rund 460.000 Euro sowie 2009 und 2010 rund 478.000 Euro für internationale Jugendbegegnungen zur Verfügung (siehe Tabelle 99).

Das Europa-Haus in Bad Marienberg erhielt jedes Jahr einen erheblichen Teil der für internationale Jugendbegegnungen bereitgestellten Mittel. Zur Nutzung der Gelder, die in den Schüleraustausch fließen, liegen keine detaillierten Informationen vor. Auch in diesem Fall dürfte nur ein kleiner Anteil der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz von den Fördermitteln profitiert haben.

Nach dem 12. Kinder- und Jugendbericht des Bundes haben lediglich 4 % der 17-Jährigen schon einmal eine Schule im Ausland besucht (BMFSFJ 2006a, S. 287). Unter diesen Austauschschülerinnen und -schülern befanden sich überdurchschnittlich viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Die jugendpolitische grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird von Rheinland-Pfalz durch seine Beteiligung an internationalen Gremien unterstützt. Zu nennen sind insbesondere die Regionalkommission Saar-Lor-Lux (Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens) und die Oberrheinkonferenz, welche sich beide in speziellen Arbeitsgruppen mit der jugendpolitischen internationalen Kooperation befassen. Für die Region Saar-Lor-Lux wurde 2002 eine „Jugendcharta“ unterzeichnet, welche Impulse zum grenzüberschreitenden jugendpolitischen Austausch geben soll. Eine umfassende Evaluation der Maßnahmen steht zurzeit noch aus.

Tabelle 99: Fördermittel für internationale Jugendbegegnungen im Landesjugendplan Rheinland-Pfalz 2007 bis 2010 in Euro

	2007	2008	2009	2010
Schüleraustausch	225.200	225.200	250.200	250.200
Europa-Haus Marienberg	142.600	142.600	142.600	142.600
Internationale Jugendarbeit	80.000	80.000	80.000	80.000
Jugendpolitische Maßnahmen und Projekte im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	10.000	10.000	5.000	5.000
Insgesamt	457.800	457.800	477.800	477.800

Quelle: MBWJK Rheinland-Pfalz 2007a, 2009

8.5.4 Internationaler Austausch in der beruflichen Bildung

Während das Einzelprogramm „Comenius“ im EU-Programm zur Förderung lebenslangen Lernens auf Schülerinnen und Schüler bis einschließlich Sekundarbereich II zugeschnitten ist, wendet sich das Programm „Leonardo da Vinci“ an junge Menschen in der Berufsausbildung sowie an Einrichtungen, die auf dem Feld der Berufsbildung tätig sind. Im Rahmen des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz interessiert besonders das Programmelement von „Leonardo da Vinci“ zur Förderung der internationalen Mobilität von Auszubildenden. Mit diesem Mobilitätsprogramm stellt die EU Mittel für Auslandsaufenthalte von Auszubildenden zur Verfügung. Die Auszubildenden können zum Beispiel ein berufliches Praktikum im Ausland machen oder bestimmte Arbeitsprozesse in einem ausländischen Betrieb vor Ort kennenlernen.

Im Vergleich mit dem EU-Programm „Comenius“ fällt die Beteiligung an „Leonardo da Vinci“ im Bereich der Berufsbildung ausgesprochen dürtig aus (siehe Tabelle 100). 2008 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt lediglich 7 EU-Mobilitätsprojekte durchgeführt, welche die internationale Mobilität von Auszubildenden finanziell unterstützen.

Der Datenbank von „Bildung für Europa“ ist nicht zu entnehmen, wie vielen Auszubildenden die Fördermittel zugutegekommen sind und welche Zielländer jeweils für die Auslandsaufenthalte gewählt wurden.

8.5.5 Internationale Mobilität der Studierenden

Die Beschlüsse von Bologna zur Schaffung eines „europäischen Hochschulraums“ zielen unter anderem darauf, die Mobilität der Studierenden im EU-Raum zu erleichtern und zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

- Inwieweit sind die Hochschulen in Rheinland-Pfalz schon jetzt für Studierende aus dem Ausland attraktiv?
- Wie groß ist heute die internationale Mobilität der (deutschen) Studierenden an Hochschulen in Rheinland-Pfalz?

Internationale Studierende in Rheinland-Pfalz

Bundesweit hat jeder zehnte Studierende an deutschen Hochschulen seine Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben (siehe Tabelle 101). Besonders hohe Anteile internationaler Studierender weisen die Hochschulen im Saarland, in Bremen und in Berlin auf. Rheinland-Pfalz liegt mit 9,9 % leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 10,6 %.

Vergleicht man die Herkunftsländer aller internationalen Studierenden in Deutschland mit jenen in Rheinland-Pfalz, zeigen sich mehr Übereinstimmungen als Besonderheiten (siehe Tabelle 102). Auch in Rheinland-Pfalz rangieren Studierende aus China, Polen, Bulgarien und der Russischen Föderation zahlenmäßig auf den vorderen Plätzen.

Tabelle 100: Mobilitätsprojekte im EU-Programm „Leonardo da Vinci“ nach Verwaltungsbezirken 2008

Verwaltungsbezirk	geförderte Einrichtungen
Ludwigshafen Stadt	BASF Klinikum der Stadt Ludwigshafen
Mainz Stadt	Europäisches Berufsbildungswerk des DRK-Landesverbandes
Ahrweiler	Berufsbildende Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler
Donnersbergkreis	Berufsbildende Schule in Rockenhausen (2 Projekte)
Westerwaldkreis	Berufsbildende Schule Montabaur

Quelle: Datenbank der Nationalen Agentur Bildung für Europa am Bundesinstitut für Berufsbildung (Bonn); eigene Zusammenstellung

Tabelle 101: Anteil internationaler Studierender an Fachhochschulen und Universitäten nach Bundesländern 2006 (Prozent)

	%	unmittelbare Nachbarstaaten								
		DK	NL	B	L	F	CH	A	CZ	PL
Saarland	16,0				●	●				
Bremen	14,7									
Berlin	13,0									
Baden-Württemberg	12,9					●	●	●		
Brandenburg	12,3									●
Hessen	11,1									
Hamburg	11,0									
Deutschland	10,6									
Nordrhein-Westfalen	10,4		●	●						
Niedersachsen	10,3		●							
Bayern	10,0							●	●	
Rheinland-Pfalz	9,9			●	●	●				
Sachsen	8,8								●	●
Sachsen-Anhalt	8,4									
Schleswig-Holstein	7,2	●								
Mecklenburg-Vorpommern	6,0									●
Thüringen	5,7									

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008a

Offensichtlich hat die unmittelbare Nachbarschaft zu Belgien und Frankreich also nicht zur Folge, dass wesentlich mehr Studierende aus diesen Nachbarländern Hochschulen in Rheinland-Pfalz besuchen. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen profitieren allerdings von einem überdurchschnittlich starken Zustrom von Studierenden aus Luxemburg. Ob diese Tendenz auch nach dem Ausbau der Universität Luxemburg in Zukunft so bleiben wird, bleibt abzuwarten.

Tabelle 102: Herkunftsstaaten internationaler Studierender in Deutschland und Rheinland-Pfalz 2006 (Prozent)

	Deutschland	Rheinland-Pfalz
China	11,6	10,7
Polen	6,4	7,1
Bulgarien	5,8	5,3
Russische Föderation	5,8	4,5
Türkei	3,4	2,0
Ukraine	3,3	3,3
Frankreich	2,9	3,4
Österreich	2,3	0,8
Marokko	2,3	2,6
Spanien	2,1	2,4
USA	1,7	1,2
Luxemburg	1,1	8,4
Großbritannien	0,9	0,7
Belgien	0,7	0,9
Sonstige Staaten	49,7	46,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008a; eigene Berechnungen

Internationale Mobilität der Studierenden aus Rheinland-Pfalz

Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die 2006 durchgeführt wurde, hatten 7% aller Studierenden, darunter 8 % derer an Universitäten und 4 % derer an Fachhochschulen, zeitweise ein Studium im Ausland absolviert (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008a, S. 51f.).

Eine Sekundäranalyse der Daten des 10. Studierenden surveys der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz, der im Wintersemester 2006/07 durchgeführt wurde (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008b), gestattet eine differenzierte Betrachtung der internationalen Mobilität der Studierenden an Hochschulen in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern.¹⁸⁰

Bezüglich eines Studiums im Ausland zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Studierenden in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern (siehe Tabelle 103). Praktika und Sprachkurse im Ausland wurden von den befragten Studierenden rheinland-pfälzischer Hochschulen demgegenüber vergleichsweise seltener absolviert.

¹⁸⁰ Am 10. Studierenden survey beteiligten sich eine Fachhochschule und eine Universität aus Rheinland-Pfalz. Wir danken der AG Hochschulforschung (Universität Konstanz) für die Bereitstellung der Daten.

Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird ein Auslandsstudium am häufigsten durch ein Stipendium der EU finanziell gefördert (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008a, S. 55). Unter den Förderprogrammen der EU hat „Erasmus“ gemessen an der Zahl der Geförderten die größte Bedeutung.

Im Hochschuljahr 2006/07 studierten insgesamt 23.884 deutsche Studierende mit einem „Erasmus“-Stipendium an einer Hochschule im Ausland. 1.439 dieser Stipendiatinnen und Stipendiaten hatten vor ihrem Auslandsstudium eine Hochschule in Rheinland-Pfalz besucht. Bezogen auf alle Studierenden an rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2007/08 betrug der Anteil der „Outgoings“ im „Erasmus“-Programm 1,4 %.

Die „Erasmus“-Stipendiatinnen und -Stipendiaten aus Rheinland-Pfalz unterscheiden sich bei der Wahl der Zielländer für ihr Auslandsstudium nicht nennenswert von der Gesamtheit der Geförderten (siehe Tabelle 104). Auch bei ihnen rangieren Spanien, Frankreich, Großbritannien, Schweden und Italien auf den vorderen Plätzen.

Die unmittelbare Nachbarschaft von Belgien, Frankreich und Luxemburg hat – zumindest im Förderprogramm „Erasmus“ – keinen erkennbaren Einfluss auf die Länderauswahl der rheinland-pfälzischen „Outgoings“.

Tabelle 103: Auslandsaufenthalte Studierender in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern 2007 (Prozent)

Art des Auslandsaufenthalts	Studierende in Rheinland-Pfalz n = 330	Studierende in anderen Bundesländern n = 8020	Signifikanz
Sprachkurs im Ausland	13	18	p < 0.05
Praktikum im Ausland	8	13	p < 0.01
Studium im Ausland	8	10	n.s.

Quelle: 10. Studierenden survey der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz; eigene Berechnungen

Tabelle 104: Deutsche Studierende („Outgoings“) im EU-Programm „Erasmus“ im Hochschuljahr 2006/07 nach Zielländern

	Deutschland		Rheinland-Pfalz	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Spanien	5.121	21,4	305	21,2
Frankreich	4.319	18,1	291	20,2
Großbritannien	3.005	12,6	175	12,2
Schweden	1.989	8,3	136	9,4
Italien	1.824	7,6	104	7,2
Finnland	1.106	4,6	64	4,4
Irland	869	3,6	56	3,9
Niederlande	764	3,2	28	1,9
Norwegen	715	3,0	17	1,2
Polen	669	2,8	52	3,6
Dänemark	575	2,4	28	1,9
Österreich	440	1,8	22	1,5
Portugal	368	1,5	19	1,3
Tschechische Republik	345	1,4	17	1,2
Türkei	337	1,4	20	1,4
Belgien	326	1,4	23	1,6
Ungarn	312	1,3	14	0,9
Griechenland	197	0,8	9	0,6
Island	95	0,4	4	0,3
Estland	76	0,3	6	0,4
Rumänien	76	0,3	0	0
Slowenien	71	0,3	1	0,1
Litauen	66	0,3	4	0,3
Lettland	61	0,2	11	0,8
Slowakei	47	0,2	4	0,3
Malta	41	0,2	2	0,1
Zypern	30	0,1	16	1,1
Bulgarien	20	0,1	4	0,3
Luxemburg	11	0,0	1	0,1
Liechtenstein	9	0,0	6	0,4
Insgesamt	23.884	100	1.439	100

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst 2008s; eigene Berechnungen

Tabelle 105: Deutsche Studierende („Outgoings“) im EU-Programm „Erasmus“ nach Hochschulen in Rheinland-Pfalz im Hochschuljahr 2006/07

	Outgoings im EU-Programm „Erasmus“ (Anzahl)	Studierende im Wintersemester 2007/08 (Anzahl)	Outgoings in Prozent der Studierenden (Sortiermerkmal)
HS für Unternehmensführung Vallendar	22	457	4,8
FH Worms	80	2.732	2,9
FH Ludwigshafen	63	2.958	2,1
FH Mainz	91	4.341	2,1
Uni Mainz	633	34.762	1,8
Uni Trier	230	13.576	1,7
FH Trier	102	6.144	1,7
TU Kaiserslautern	88	10.298	0,8
FH Koblenz	42	5.932	0,7
FH Kaiserslautern	27	5.150	0,5
Uni Koblenz-Landau	57	12.458	0,4
FH Bingen	4	2.230	0,2

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst 2008; Statistisches Landesamt 2008; eigene Berechnungen

Gemessen an der Gesamtzahl ihrer Studierenden machten 2006/07 an der Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar sowie an den Fachhochschulen Worms, Ludwigshafen und Mainz besonders viele Studierende von der Möglichkeit Gebrauch, mit Mitteln der EU phasenweise im Ausland zu studieren (siehe Tabelle 105).

Im „Erasmus“-Programm gar nicht vertreten waren im Hochschuljahr 2006/07 die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Speyer), die Theologische Hochschule Trier sowie die Philosophisch-Theologische Hochschule in Vallendar. Außerdem befanden sich keine Studierenden der Evangelischen FH Ludwigshafen und der Katholischen FH Mainz im Förderprogramm.

8.6 Fazit und Empfehlungen

- Der regionalisierenden Perspektive des ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz entspricht sein „Blick über den Zaun“. In einem Europa offener Grenzen und transnationaler Lebensverhältnisse muss Kinder- und Jugendpolitik grundsätzlich grenzüberschreitend denken. Das gilt besonders für Rheinland-Pfalz, wo die großregionale Vernetzung ein wichtiges Politikfeld ist.
- Insbesondere in den grenznahen Regionen von Rheinland-Pfalz spielen die ökonomischen und sozialen Austauschbeziehungen mit den belgischen, luxemburgischen und französischen Nachbarn eine wichtige Rolle. Ein Beispiel ist die grenzüberschreitende berufsbezogene Mobilität, die rund 7 % der Erwerbstätigen im grenznahen Raum betrifft. Sie hat Auswirkungen u. a. auf Lebensgewohnheiten, Berufschancen und die regionalen Arbeits- und Wohnungsmärkte.
- Aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik ist bekannt, dass in Rheinland-Pfalz die Mehrheit (58 %) der in Kindertagesstätten betreuten 3- bis 6-Jährigen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu Hause kein Deutsch spricht. Eine ähnlich ungünstige Situation für die Verbesserung der Sprachkompetenzen besteht nach Befunden der PISA-Studie nur in Luxemburg.

In Belgien und Frankreich wird in den Familien mit Zuwanderungsgeschichte demgegenüber mehrheitlich die Sprache des Einwanderungslandes gesprochen.

sien gemacht. Gymnasien und berufsbildende Schulen beteiligten sich am häufigsten an internationalen Schulpartnerschaften im Rahmen von EU-Programmen.

- Nach den vorliegenden Daten bieten sich jungen Menschen in Rheinland-Pfalz je nach Schulbildungsniveau unterschiedlich große Chancen, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben (siehe Tabelle 106). Bilinguale Unterrichtsangebote werden vor allem an Gymna-
- Auszubildende haben so gut wie keine Chance, mit EU-Mitteln ihre beruflichen Kompetenzen im Ausland zu erweitern. Demgegenüber erhält jährlich einer von 100 Studierenden in Rheinland-Pfalz ein „Erasmus“-Stipendium der EU für ein Studium an einer Hochschule im Ausland.

Tabelle 106: Daten zum internationalen Austausch junger Menschen und zum Erwerb interkultureller Kompetenzen in Rheinland-Pfalz

Berufspendler nach Luxemburg und die angrenzenden Regionen von Belgien und Frankreich	Rund 22.000; dies entspricht 1% der 1,8 Mio. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz und 7% der 322.000 Erwerbstätigen in den grenznahen kreisfreien Städten und Landkreisen.
Förderung interkultureller Kompetenzen in Kindertagesstätten	In 8% der Einrichtungen sind für Kinder mit Migrationshintergrund Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz tätig. 8% aller Einrichtungen nehmen am Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ teil; 31% der Einrichtungen in den grenznahen kreisfreien Städten und Landkreisen.
Förderung interkultureller Kompetenzen in allgemeinbildenden Schulen	Es machen bilinguale Unterrichtsangebote: 1% der Grundschulen, 5% der Realschulen, 28% der Gymnasien.
Internationale Schulpartnerschaften	Am EU-Programm „Comenius“ beteiligten sich im Förderzeitraum 2007 bis 2009: 1% der Grundschulen, 3% der Realschulen, 8% der Gymnasien, 8% der berufsbildenden Schulen.
Internationale Jugendbegegnungen	Im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“ wurden ab 2007 Jugendbegegnungen folgender Institutionen gefördert: Bund Deutscher PfadfinderInnen Landesverband Rheinland-Pfalz, Europa-Haus Bad Marienberg, Europäische Vereinigung für Eifel und Ardennen, Habscheider Sportverein, Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn. Die meisten der von der EU geförderten Jugendbegegnungen wurden vom Europa-Haus in Bad Marienberg durchgeführt. Die Anzahl der aus Rheinland-Pfalz teilnehmenden Jugendlichen ist unbekannt.
Internationaler Austausch in der beruflichen Bildung	2008 wurden im Rahmen des EU-Programms „Leonardo da Vinci“ 7 Projekte gefördert, die Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt finanziell ermöglichen. Die Anzahl der teilnehmenden Auszubildenden ist unbekannt.
Internationale Mobilität der Studierenden	8% der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen haben zeitweise ein Studium im Ausland absolviert. Diese Quote unterscheidet sich nicht signifikant vom Bundesdurchschnitt. 1% der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen studierte im Hochschuljahr 2006/07 mit einem Stipendium aus dem EU-Programm „Erasmus“ an einer Hochschule im Ausland.

Dieses Ungleichgewicht ist im Hinblick auf die Erwartung einer zukünftig stärkeren internationalen Mobilität von Facharbeiterinnen und Facharbeitern beachtenswert.

- Die Förderung interkultureller Kompetenzen ist eine wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik, nicht nur in Grenzregionen. Eine Evaluation der vorhandenen entsprechenden politisch-pädagogischen Programme scheint geboten. Dringlich ist nicht zuletzt eine landesweite systematische Bestandsaufnahme zu Institutionen und „Lernorten“, in denen junge Menschen interkulturelle Kompetenzen erwerben können.
- Insgesamt betrachtet ist die internationale Mobilität der Studierenden in Rheinland-Pfalz für ein Bundesland mit drei angrenzenden europäischen Nachbarn überraschend gering. Auch die Mobilität der Studierenden zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich entspricht zurzeit nicht den Erwartungen, die durch politische Programme geweckt werden. Wie sich der Austausch mit Luxemburg entwickeln wird, das seit 2003 ein ehrgeiziges Universitätsprojekt verfolgt, bleibt abzuwarten.
- Die kinder- und jugendpolitischen Kulturen in Rheinland-Pfalz und den europäischen Nachbarländern sind sehr unterschiedlich. Die Struktur und Tradition der sozialen Dienste sind sehr verschieden und nehmen voneinander nur wenig Notiz. Empfehlenswert ist als Erstes eine systematische empirische Bestandsaufnahme der tatsächlichen internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, beispielsweise durch eine Erhebung bei allen 41 rheinland-pfälzischen Jugendämtern und dem Landesjugendamt.
- Es ist verblüffend, dass im zuständigen Ministerium keine regional gegliederten Statistiken zum internationalen Austausch von Kindern und Jugendlichen vorliegen. Die Statistik zur regionalen Verteilung der am Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ beteiligten Kinder-

tagesstätten beispielsweise musste auf der Basis einer Adressenliste und des amtlichen Gemeindeverzeichnisses von Rheinland-Pfalz neu erstellt werden. Entsprechendes gilt für die regionale Verteilung der Schulen mit bilingualen Unterrichtsangeboten.

- Für die Zukunft erscheint besonders vielversprechend, das für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz entwickelte indikatorengestützte System der Sozialberichterstattung unter Berücksichtigung der Datengrundlagen und Indikatoren europäischer Jugendberichte weiterzuentwickeln. Dabei sollten auch Daten zur internationalen Mobilität junger Menschen in Rheinland-Pfalz und zum Erwerb internationaler Erfahrungen und interkultureller Kompetenzen integriert sein.

VIERTENS: EMPFEHLUNGEN

9. HANDLUNGSBEDARF UND EMPFEHLUNGEN

Abschließend soll auftragsgemäß deutlich gemacht werden, wo Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung „bestmöglicher Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche“ (Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 15/832) gesehen wird und welche Empfehlungen hierzu abgegeben werden können. Zentrale Befunde dieses Berichtes, auf die sich die Einschätzung des Handlungsbedarfs und der Empfehlungen beziehen, sollen in drei Thesen zugespitzt zusammengefasst werden:

- (a) Viele junge Menschen in Rheinland-Pfalz leben in „guten“ Verhältnissen, werden gesund groß und können sich auf vielfältige Förderung und Unterstützung für ihre Entwicklung, Erziehung und Bildung verlassen. Dies ist vor allem das Verdienst und die Leistung ihrer Eltern, die sich dabei wiederum auf zahlreiche Angebote und Leistungen der Kommunen und des Landes, der vielen Träger, Verbände und Initiativen im Lande stützen und größtenteils auch verlassen können. Rheinland-Pfalz ist für diese Kinder ein „kinderfreundliches Land“.
- (b) Zu viele junge Menschen allerdings leben auch in Rheinland-Pfalz in belasteten Verhältnissen, können ihre Talente nicht entfalten und werden nicht gesund groß. Insbesondere können sich Mädchen und Jungen nicht überall auf eine familiäre und soziale Probleme entlastende und Defizite ausgleichende, viel-

fältige und bedarfsgerechte Förderung und Unterstützung für ihre Entwicklung, Erziehung und Bildung verlassen. Solche prekären und bedrohlichen Lebenslagen junger Menschen in Rheinland-Pfalz sind regional schon im Vergleich der 36 kreisfreien Städte und Landkreise unterschiedlich verteilt. Wie gut ein Kind in diesem Land groß werden kann, hängt also vor allem von zwei Faktoren ab, die sich kein Kind „aussuchen“ kann:

- in welche Familie es geboren wird und
 - in welcher Region in Rheinland-Pfalz seine Familie lebt.
- (c) Wesentliche Prägungen der Lebensumwelt von jungen Menschen und Familien in den Regionen des Landes sind unmittelbar durch die verantwortliche Politik in den Kommunen und im Land kaum zu beeinflussen: Demografie und Sozialstruktur, Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt sind für die Lebensverhältnisse von Kindern bedeutsam, aber nur begrenzt politisch planbar und zu gestalten. Familienfreundliches Bauen und Kindertagesbetreuung, Schulen und Bibliotheken oder öffentlicher Personennahverkehr, Beteiligung und Mitsprache sind dagegen wesentlich durch politisch verantwortete Planung und Gestaltung beeinflussbar. Nur auf solche Themen und Arbeitsfelder beziehen sich der im Folgenden aufgezeigte Handlungsbedarf und die Empfehlungen.

Verantwortung und Zuständigkeiten für die Planung und Gestaltung der Lebenswelten und Leistungen für junge Menschen und Familien sind zwischen Land und Kommunen, öffentlichen und freien Trägern, Staat und Gesellschaft komplex und kompliziert geregelt und verteilt. Gegenseitige Abhängigkeit ist gerade für die kulturellen und sozialen Aufgaben wesentlich häufiger maßgeblich als unabhängige Zuständigkeiten. Auch muss der grundgesetzliche Auftrag an die übergeordneten staatlichen Einheiten, für eine „Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse“ zu sorgen, ebenso beachtet werden wie das auch im Grundgesetz verankerte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Ein ähnliches Spannungsverhältnis gilt für das als Subsidiaritätsprinzip in vielen Leistungsgesetzen für Kinder, Jugendliche und Familien verbrieft eigenständige Betätigungsrecht freier Träger auf der einen und eine staatliche Gewährleistungsverantwortung auf der anderen Seite. Der abschließend zusammengefasste Handlungsbedarf und die Empfehlungen sind in diesem Bericht daher vorrangig an die Adresse des Landtags und der Landesregierung formuliert, da sie diesen Bericht in Auftrag gegeben haben. Für Kommunen, Träger und Verbände sind allerdings im Bericht auch vielfach Material und Hinweise zu finden, es muss aber ihnen überlassen bleiben, diese für die eigenen Aufgaben und Verantwortungsbereiche zu bewerten.

Der festgestellte Handlungsbedarf wird jetzt in sieben Themenfeldern vorgestellt, zu denen jeweils Empfehlungen formuliert werden. Detaillierte Empfehlungen finden sich bereits am Schluss der Kapitel 4, 6, 7 und 8, die hier gebündelt, aber nicht wiederholt werden:

(1) Die regionalen Besonderheiten und Bedingungen der Lebensverhältnisse und Lebenschancen für junge Menschen und Familien im Land müssen zukünftig in stärkerem Maße in landespolitischen Initiativen und Programmen berücksichtigt werden.

- Um die aufgezeigten erheblichen regionalen Unterschiede der Lebensverhältnisse, Infrastrukturpotentiale und Interventionsleistungen für junge Menschen und Familien in Rheinland-Pfalz angemessen berücksichtigen zu können, sind die erforderlichen Datengrundlagen in den zuständigen Ministerien und Landesbehörden systematisch aufbereitet zur Verfügung zu halten. Das in Abstimmung mit und unter aktiver Beteiligung der Kommunen entwickelte Berichtswesen zu den Hilfen zur Erziehung z. B. ist vorbildlich für diese Aufgabenstellung. Detaillierte Vorschläge zu Datenkonzepten und Auswertungsstrategien finden sich ausführlich am Ende von Kapitel 4 in diesem Bericht.
- Landesprogramme zur Förderung, Unterstützung und Anregung regionaler Angebote und Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien müssen grundsätzlich deutlich machen, nach welchen ausgewiesenen und begründeten Kriterien eine Förderung für Zielgruppen und Regionen entschieden werden soll. Ein Proporz der Landesteile oder die Besitzstandswahrung einer traditionellen Aufgabenwahrnehmung können dabei nur noch von untergeordneter Bedeutung sein.
- Auch landespolitisch sind insbesondere für die belasteten Regionen des Landes mittelfristige (5 bis 10 Jahre) Perspektiven und Umsetzungsstrategien zu entwickeln und abzustimmen. Hierzu ist es ggf. erforderlich, mehrere Gebietskörperschaften zu relevanten Planungs- und Entwicklungsregionen zusammenzufassen. Entsprechende gesetzliche Voraussetzungen sind

– soweit nicht schon vorhanden – in der anstehenden Landesgesetzgebung zur Kommunal- und Verwaltungsreform zu berücksichtigen.

- In enger Abstimmung mit den Kommunen sind durch das Land solche Strukturen (Verfahren, Gremien, Beauftragungen etc.) anzuregen und zu unterstützen, die eine zielführende Zusammenarbeit der verantwortlichen Akteure „vor Ort“ stärken oder initiieren können. Die Entwicklung der „lokalen Netzwerke Kindeswohl und Kindesgesundheit“ in den letzten Jahren ist ein gutes Beispiel und Vorbild für diese Empfehlung.

(2) Die regionale Verantwortung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Leistungen und Angeboten für junge Menschen und ihre Familien muss durch landespolitische Initiativen und Programme ebenso unterstützt wie herausgefordert werden.

- Zu entwickeln sind aktuelle und aufgabenspezifische „Anreizsysteme“, die eine landespolitisch für erforderlich und geeignet gehaltene fachlich-konzeptionelle Weiterentwicklung in den Regionen anregen und ihnen programmatisch, strukturell und methodisch Orientierung geben. Eine solche Anregung und Förderung muss die Entwicklung und Erprobung fachlicher Standards mit materieller Förderung sinnvoll verbinden. Themen und Aufgaben hierfür sind in den kommenden Jahren vor allem:
 - eine flächendeckende Einführung Früher Hilfen;
 - ein gleichzeitig präventiver und wirksamer Kinderschutz, der auf eine Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitssystem sowie mit Justiz, Polizei und Schule angewiesen ist;
 - die Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, um die Voraussetzungen für gelingende Übergänge zu schaffen;
 - die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe vor allem für „schwierige“ Kinder und Jugendliche;

- die Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiges Angebot abzusichern und weiterzuentwickeln;
- Profilierung der Jugendsozialarbeit und Entwicklung von Modellen für ein kommunales Übergangsmangement Schule – Beruf – Arbeit in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Arbeit;
- eine an den Bedarfslagen junger Menschen orientierte Kooperation von Jugendhilfe und Justiz;
- Inklusion befördernde Angebote und Leistungen für junge Menschen mit Behinderungen;
- Angebote für Kinder psychisch kranker Eltern im Zusammenwirken mit Psychiatrie und Eingliederungshilfe;
- Intensivierung der Jugendhilfeplanung, insbesondere über die Stadt- und Kreisgrenzen hinaus.

Die Landesprogramme zur Weiterentwicklung der Ganztagschulen oder zum Umbau der Erziehungshilfe im Rahmen der Erziehungshilfe-offensive Rheinland-Pfalz sind auch hier positive Beispiele dafür, wie diese Aufgaben in Abstimmung zwischen Land, Kommunen und Trägern erfolgreich bearbeitet werden können.

- Deutlich verstärkt werden muss die Evaluation und Überprüfung von Landesprogrammen und Landesförderungen in den Arbeitsfeldern und Regionen. Hierzu zählt auch die regelmäßige Überprüfung, Bewertung und ggf. Weiterentwicklung fachlicher Empfehlungen und Standards.
- Empfohlen wird, im Rahmen des Aktionsprogramms „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ einen Innovationsfonds einzurichten, aus dem spezifische Projekte gefördert und ausgezeichnet werden können. Angemessene Kriterien sowie eine fundierte kritische Evaluation und Bewertung der geförderten und ausgezeichneten Projekte sind unbedingt erforderlich.
- In Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Forschungsinstituten des Landes sind insge-

samt deutlich verstärkte Anstrengungen für die Entwicklung und Umsetzung fundierter Evaluationsverfahren und -instrumente für die Angebote und Leistungen für junge Menschen und Familien erforderlich. Hierzu gehört auch die gezielte Anregung und Auswertung von Forschungsprojekten, die die komplexen Faktoren und Zusammenhänge für die Beurteilung von Wirkung und Nebenwirkungen in den Aufgabenfeldern der Betreuung, Erziehung und Bildung untersuchen und damit Grundlagen für die geforderte Entwicklung und den Einsatz von Evaluationsverfahren erarbeiten.

(3) Für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz wird vorgeschlagen:

- **Fachlich starke Jugendämter als Voraussetzung für bedarfsgerechte Hilfen und Infrastrukturentwicklung: Ausbau der Jugendhilfeplanung und Imagekampagne als Entwicklungsoption.** Verantwortlich für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung aller Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) ist der örtliche öffentliche Träger. Hier sind es die Jugendämter, die dafür Sorge zu tragen haben, dass die vor Ort erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Angebote und Dienste rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Eine den Bedarfslagen flexibel angepasste, den Aufgaben angemessene und wirtschaftlich effiziente Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe braucht fachlich starke Jugendämter. Sowohl aus Landesperspektive wie aus Sicht der Vielzahl an kooperierenden Institutionen und Trägern sind fachlich starke Jugendämter erforderlich, damit auf kommunaler Ebene an verantwortlicher Stelle der Hilfe-, Kooperations- und Entwicklungsbedarf aufgegriffen und qualifiziert bearbeitet werden kann. Auch wenn die Ausgestaltung der Jugendämter alleine in kommunaler Verantwortung liegt, so soll aus Landesperspektive auf die Bedeutung einer aufgabenangemessenen Personalausstattung der Jugendämter hingewiesen werden.
- **Der Ausbau Früher Hilfen darf nicht zu Lasten anderer Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gehen: Weiterentwicklung der Schnittstelle zur Gesundheitshilfe und unterstützender Finanzierungsstrukturen.** Mit dem Landeskinderschutzgesetz (LKindSchuG) geht Rheinland-Pfalz einen vorbildlichen Weg. Dieses Gesetz zielt auf die Bildung kommunaler Verantwortungsgemeinschaften durch den Aufbau lokaler Netzwerke, die Verbesserung der Kindergesundheit sowie den Ausbau Früher Hilfen. Außerdem werden die Kommunen bei der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben durch Landesmittel finanziell unterstützt. Verbesserungen im Kinderschutz werden hier nicht einseitig und vereinfacht auf die Intensivierung staatlicher Kontrolle reduziert, sondern als gezielt zu organisierende und fachlich zu qualifizierende Aufgabe im Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen, Träger und Dienste. Der Ausbau Früher Hilfen ist dabei ebenso bedeutsam wie der Aufbau von Kooperationsstrukturen zu Einrichtungen des Gesundheitswesens, Schulen oder auch der Polizei. Zur Unterstützung dieser positiven Weichenstellung zeigt sich Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen. Angesichts der Verknappung öffentlicher Haushaltsmittel muss sichergestellt werden, dass der Ausbau Früher Hilfen nicht zu Lasten anderer Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe geht. Eine wirksame Umsetzung Früher Hilfen führt zwangsläufig auch zu mehr Hilfebedarf und ggf. zu Ausgabensteigerungen bei den unterstützenden, beratenden oder intervenierenden Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Konsequenz muss politisch gewollt und getragen werden. Handlungsbedarf zeigt sich zudem bei der Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle an der Schnittstelle der Kinder-

und Jugendhilfe zur Gesundheitshilfe, damit jenseits von komplizierten Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen gemeinsam Angebote und Handlungsansätze umgesetzt werden können. Insgesamt aber muss der geforderte Aufwand für einen sorgfältigen und intensiven Kinderschutz in den entsprechenden Finanzierungsvereinbarungen für die Leistungen der Jugendhilfe berücksichtigt werden.

- **Fortsetzung der Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz: Schwerpunktlegung auf die Bereiche integrative Hilfen an (Ganztags-) Schulen, Pflegekinderwesen und Heimerziehung.** Der Umbau der Erziehungshilfen in Rheinland-Pfalz kann als eine Erfolgsgeschichte beschrieben werden. Wie in kaum einem anderen Sozialleistungsbereich ist es im Zusammenwirken von Land, Kommunen und freien Trägern in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, eine lebensweltnähere (ambulante/teilstationäre Hilfe), ausdifferenzierte und qualifizierte Infrastruktur in allen Landkreisen und Städten auf- und auszubauen. Ambulante Hilfen stellen heute die mit Abstand vorherrschende Hilfeform dar. Allerdings steigt schon seit Jahren der Hilfebedarf kontinuierlich an. Wachsende Armut, die Erosion sozialer Netze, zunehmende Bewältigungsanforderungen an junge Menschen führen immer häufiger dazu, dass Erziehungsprozesse scheitern und massive Krisen in Familien auftreten. Deshalb gilt es deutlich zu machen, dass für eine ansteigende Zahl junger Menschen gute Startchancen ins Leben mit der Verfügbarkeit qualifizierter Hilfen zur Erziehung einhergehen. Der Abbau von Standards, die Erhöhung von Zugangsbarrieren oder gar die Verweigerung von Leistungsansprüchen in Folge von Einsparvorgaben erhöhen nicht nur die Risiken bei Kindeswohlgefährdung, sondern verschärfen auch die Folgewirkungen von sozialer Benachteiligung und individuellen Bewältigungsproblemen. Land und Kommunen sollten weiterhin an der Leitlinie der Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz festhalten, dass nur die fachlich notwendige und geeignete Hilfe wirkungsvoll und damit auch ökonomisch ef-

fizient ist. Die Erziehungshilfeoffensive Rheinland-Pfalz sollte fortgeführt werden. Dabei sollten in den kommenden Jahren insbesondere Hilfeansätze im Kontext von (Ganztags-)Schule ausgearbeitet und erprobt sowie ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung des Pflegekinderwesens und der Heimerziehung gelegt werden.

- **Entwicklung und Erprobung neuer Formen der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz.** Der Aufbau von „Häusern des Jugendrechts“ gilt landespolitisch als eine zentrale Entwicklungsperspektive zur Verbesserung der Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz. Ferner sollen dadurch Verfahrenszeiten verkürzt sowie angemessenere Reaktionsweisen auf delinquentes Handeln junger Menschen entwickelt werden. Erfahrungen aus Modellprojekten in Stuttgart und Ludwigshafen verweisen auf vielversprechende neue Handlungsansätze. Bei der weiteren Verbreitung dieses Ansatzes ist darauf zu achten, dass die weitreichenden Ziele nur unter Einbindung einer fachlich starken und an Jugendhilfestrukturen angebundenen Jugendgerichtshilfe zu erreichen sind. Die Mindestanforderungen an eine qualifizierte Jugendgerichtshilfe sind genauer zu bestimmen, wie auch ein weiterer Ausbau ambulanter Maßnahmen angezeigt ist. Das Modell „Haus des Jugendrechts“ lässt sich am ehesten in Großstädten realisieren. Für Landkreise müssen eigenständige Organisationsformen entwickelt werden. Darüber hinaus bedarf es der qualifizierten Weiterentwicklung von Angeboten und Handlungsansätzen der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit strafunmündigen Kindern.
- **Bildung auf kommunaler Ebene gestalten: Entwicklung und Erprobung neuer Organisations- und Finanzierungsmodelle für die Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule.** Bildung ist auch für die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Thema, das vom Kindertagesstättenbereich über die Hilfen zur Erziehung bis hin zur Jugend(sozial)arbeit konzeptionell neu gefasst und operationalisiert

werden muss. Ein abgestimmtes und konsistentes Gesamtsystem von Erziehung, Bildung und Betreuung ist zudem auf neue Kooperationsformen zur Schule angewiesen. Auch in Rheinland-Pfalz besteht eine zentrale Entwicklungsaufgabe darin, Handlungsansätze und Organisationsstrukturen zu erarbeiten und zu erproben, die auf kommunaler Ebene abgestimmte, verlässliche und komplementäre Arbeitsbeziehungen in der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule ermöglichen. Dazu sind integrierte Ansätze der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung ebenso erforderlich wie verbindliche Kooperationsvereinbarungen und -gremien auf kommunaler Ebene. Notwendig ist auch die Erarbeitung neuer Finanzierungsstrukturen, die das partnerschaftliche Handeln an den Schnittstellen beider Systeme befördern und dabei auf die Entkoppelung von sozialer Benachteiligung und von Bildungsbenachteiligung zielen.

- **Weiterentwicklung der Angebote für Kinder psychisch kranker Eltern und der Schnittstellen zur Psychiatrie.** Psychische Erkrankungen haben unter allen Krankheitsbildern die höchsten Zuwachsraten. Damit muss sich auch die Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen. Handlungsbedarf zeigt sich nicht nur bei einer wachsenden Zahl junger Menschen mit psychischen Erkrankungen, sondern auch bei psychisch erkrankten Elternteilen mit Kindern. Die vorhandenen Hilfestrukturen passen nur bedingt auf die spezifischen Bedarfslagen dieser Zielgruppen. Auch in diesem Bereich zeigt sich Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie, der Erarbeitung gemeinsamer Angebots- und Zusammenarbeitsformen sowie unterstützender Finanzierungsmodelle.
- **Jugendsozialarbeit deutlicher profilieren und stimmige Gesamtkonzepte der verschiedenen Sozialleistungsbereiche entwickeln.** Für eine wachsende Zahl von Jugendlichen gestaltet sich auch in Rheinland-Pfalz die berufliche und soziale Integration schwierig. Neben den Debatten um Kinderschutz, Frühe Hilfen und

Bildung hat die Jugendpolitik an Bedeutung verloren. Die Bewältigungsanforderungen Jugendlicher werden allzu häufig nur auf Fragen der Arbeitsmarktintegration reduziert. Dieser verengte Blick auf Jugend spiegelt sich auch in Zuständigkeitsverschiebungen zwischen den unterschiedlichen Sozialleistungsbereichen wider. Dabei verfügt die Kinder- und Jugendhilfe mit der Jugendsozialarbeit über ein Angebot, das durch ganzheitliche Unterstützungsleistungen das Bewältigungshandeln junger Menschen positiv beeinflussen, Kompetenzen fördern und damit auch schulische und berufliche Perspektiven verbessern kann. Die Angebote der Jugendsozialarbeit gilt es als eigenständige Leistung der Kinder- und Jugendhilfe deutlicher zu profilieren. Ebenso sind stimmige Gesamtkonzepte im Zusammenwirken der verschiedenen Sozialleistungsbereiche (SGB II, III, VIII) zu entwickeln, die den Bewältigungsaufgaben junger Menschen besser Rechnung tragen und Zuständigkeitsverschiebungen vermeiden.

- **Kinder- und Jugendarbeit muss als eigenständiges Angebot abgesichert und weiterentwickelt werden.** Verbandliche und offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bieten jungen Menschen bedeutsame Erfahrungsräume und unverzichtbare Bildungschancen außerhalb von Familie und Schule. Nicht mit individuellen Rechtsansprüchen – wie Kindertagesbetreuung oder Hilfen zur Erziehung – ausgestattet ist ihre Finanzausstattung vor allem vom ‚politischen Willen‘ in Kommunen und Land abhängig. Für das Land sind die Positionen und Ansätze, wie sie im Landesjugendplan berichtet werden, inhaltlich und finanziell zu überprüfen. Sie sind so weiterzuentwickeln, dass eine qualifizierte Arbeit der Jugendverbände besonders gestärkt wird, damit diese ihren spezifischen Auftrag erfüllen können.
- **Die Kinder- und Jugendhilfe als zentraler Beitrag für gerechtes Aufwachsen und soziale Teilhabechancen.** Die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen und Bildungsgerechtigkeit stellt die

Kinder- und Jugendhilfe ebenso vor neue Herausforderungen wie die Bearbeitung der Folgen des demografischen und familialen Wandels. Derzeit entwickelt sich die Kinder- und Jugendhilfe insbesondere an den Schnittstellen zu unterschiedlichen Institutionen und Sozialeleistungsbereichen wie dem Gesundheitswesen, der Schule, der Polizei und der Justiz. Dabei hat sie es mit mächtigen Partnern zu tun, die sehr deutlich Anforderungen formulieren und neue Handlungsfelder markieren. Angesichts hoher Erwartungen, begrenzter Ressourcen sowie politischer Schwerpunktsetzungen besteht die Gefahr, dass die Kinder- und Jugendhilfe vereinheitlicht, aufgespalten oder auf eine hoheitliche Krisenintervention reduziert wird. Dies gilt es jugendhilfepolitisch zu verhindern. Längst hat sich die Kinder- und Jugendhilfe normalisiert. Gute Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen hängen eng mit der Verfügbarkeit bedarfsgerechter und qualifizierter Angebote von der Kindertagesstättenbetreuung über erzieherische Hilfen bis hin zu einem verlässlichen Kinderschutz zusammen. D. h., die Kinder- und Jugendhilfe ist selbst ein Indikator für gerechtes Aufwachsen und soziale Teilhabechancen geworden. Damit ist sie mehr denn je eine eigenständige und bedeutsame Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule. Die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen hat damit eine eindeutige „Adresse“ – nämlich die Kinder- und Jugendhilfe. Diese Bedeutung muss auch politisch stärker anerkannt werden.

(4) Einen „guten Start ins Kinderleben“ für alle Kinder in allen Regionen des Landes zu ermöglichen ist eine zentrale Aufgabe öffentlicher Verantwortung. Hierzu wird empfohlen:

- Die Ergebnisse zur Säuglingssterblichkeit und des niedrigen Geburtsgewichts haben gezeigt, dass auf dem Gebiet der vor- und nachgeburtlichen Sorge für Kinder und Eltern, insbesondere für junge Mütter, weitere Anstrengungen nötig sind. Die pränatalen Angebote für Schwangere sollten im Sinne einer Begleitung und Unterstützung während der Schwangerschaft ausgeweitet werden (Geburtsvorbereitungskurse, Erziehungskurse, finanzielle und alltagsbezogene Beratung etc.), um Stressoren, Belastungen und Konflikte in der Schwangerschaft zu reduzieren. Als Weiteres sollte die nachgeburtliche Versorgung verbessert werden – vor allem in den Regionen, in denen das Unterstützungsnetz derzeit ausgesprochen weitmaschig ist, d. h., in denen Angebote der Familienberatung und die Zusammenarbeit von Sozialpädagogen, Hebammen und Kinderärzten ungenügend ist. Mit dem Landeskinderschutzgesetz und dem Programm „Frühe Hilfen“ ist hier eine wichtige Entwicklung in Gang gesetzt worden, die eine für regionale Bedarfslagen sensible Weiterentwicklung erfahren sollte.
- Die Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz am Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um Kinder zu schützen und Handlungsräume zu eröffnen, in denen diese sich entfalten und entwickeln können. Dieses Projekt sollte als Landesprogramm auf Dauer gestellt werden. Insbesondere sollte der Ansatzpunkt, Eltern in ihren Erziehungs- und Beziehungskompetenzen zu unterstützen, übernommen und flächendeckend in Form von Elternkursen angeboten werden.
- Der weitere Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für unter 3-jährige ist geboten – allerdings sollten hier Rahmenbedingungen geschaffen werden, die nicht zu Ungunsten der pädagogischen Qualität gehen. Denn nur über eine adäquate fachliche und personelle Ausstattung sowie über das Festhalten an pädagogischen Standards bei größtmöglicher Flexibilisierung der Angebotsstrukturen können diese Einrichtungen tatsächlich etwas zur Chancengleichheit und Bildung von Kindern beitragen. Es muss eine Balance zwischen den Vereinbarkeitsinteressen von Eltern, den Bedürfnissen von Kindern und den pädagogischen Zielen in den Einrichtungen selbst gefunden werden.

(5) Junge Menschen sind darauf angewiesen, mit ausreichenden Kapitalien ausgestattet den stets riskanten Weg ins Erwachsenenleben zu wagen; hierzu wird empfohlen:

- Angesichts des Umstands, dass gegenwärtig „die Jugend“ mit gesteigerten Anforderungen an einen erfolgreichen Übergang ins Erwachsenen- und Erwerbsleben konfrontiert wird, soll die öffentlich-politische Debatte auch das Recht der Jugend auf eine selbstgestaltete Jugendphase und ihre jugendkulturelle Ausgestaltung hervorheben. Wenn schon Ungewissheit in besonderer Weise das Zukunftsdenken der Jugendlichen charakterisiert und umfassende Lern- und Leistungserwartungen sie in dieser Phase unter Druck setzen, müssen auch dazu komplementäre Erfahrungen möglich sein, sonst kann der Druck nicht produktiv bewältigt werden. Wer sich öffentlich äußert, soll sich dieser Zusammenhänge bewusst sein.
- Der Anteil der Jugend an der Gesellschaft sinkt; Jugend ist ein knappes Gut. Der Ausbau des Bildungssystems und seine qualitative Verbesserung im Sinne der Förderung aller Jugendlichen trägt dem ebenso Rechnung wie dem Bedarf der Gesellschaft an einem hohen Qualifikationsniveau. Deshalb ist es nicht akzeptabel, dass ein beachtlicher Teil der Jugendlichen die Schule ohne Qualifikation verlässt und die duale Ausbildung nicht alle Jugendlichen, die sie brauchen, aufnehmen kann. Deshalb ist die bedarfsbezogene Verstärkung der Schul- und Jugendsozialarbeit ebenso zu fordern wie die Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots. Weil die Verhältnisse in diesen Dimensionen so unterschiedlich sind, sind kompensierende regional- und adressatenspezifische Planungs- und Umsetzungsprozesse mit vernetzten Trägerstrukturen erforderlich.
- Da die Jugendphase unter den Bedingungen eines hohen Qualifikationsbedarfs der gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaft zu einer „angestregten“ Lebenszeit wird, verstärken sich die Mechanismen der sozialen Differen-

zierung, weil die emotionale und kulturelle Ausstattung durch die Herkunftsfamilie zur zentralen Bewältigungsbedingung avanciert. Dies hat die öffentliche Hand auch erkannt und hat ein Programm zum Ausgleich von Benachteiligung entwickelt (z. B. „Keine Schülerin und kein Schüler soll zurückbleiben“). Wenn solche Programme wirksam werden sollen, müssen öffentliche Ausgaben noch stärker auf benachteiligende Lebensverhältnisse in bestimmten Stadtteilen, Regionen oder Einrichtungen der Bildung und Freizeitgestaltung konzentriert werden. Von so verschiedenen Programmen und Aktivitäten wie „Soziale Stadt“, dem Ausbau der Ganztagschule, der qualitativen Ausgestaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen kann eine sozialstrukturelle Wirksamkeit erwartet werden, wenn sie an bestimmten Orten verstärkt werden. Die Vernetzung der Akteure bei der Planung und Realisierung ist dabei keine hinreichende, aber eine notwendige Voraussetzung. „Kommunale Bildungslandschaften“ können dabei als eine Orientierungsperspektive dienen.

(6) In einem Europa offener Grenzen und transnationaler Lebensverhältnisse muss Kinder- und Jugendpolitik grundsätzlich grenzüberschreitend denken. Das gilt besonders für Rheinland-Pfalz, wo die großregionale Vernetzung mit den Nachbarregionen aus Belgien, Frankreich und Luxemburg ein wichtiges Politikfeld ist.

- Die Förderung interkultureller Kompetenzen ist eine wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik, nicht nur in Grenzregionen. Eine Evaluation der vorhandenen entsprechenden politisch-pädagogischen Programme scheint geboten. Dringlich ist nicht zuletzt eine landesweite systematische Bestandsaufnahme zu Institutionen und „Lernorten“, in denen junge Menschen interkulturelle Erfahrungen und Kompetenzen erwerben können.

- Die kinder- und jugendpolitischen Kulturen in Rheinland-Pfalz und den europäischen Nachbarländern sind sehr unterschiedlich. Empfehlenswert ist als Erstes eine systematische empirische Bestandsaufnahme der tatsächlichen internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, beispielsweise durch eine Erhebung bei allen 41 rheinland-pfälzischen Jugendämtern und dem Landesjugendamt.
- Für die Zukunft erscheint besonders vielversprechend, das für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz entwickelte indikatorengestützte System der Sozialberichterstattung unter Berücksichtigung der Datengrundlagen und Indikatoren europäischer Jugendberichte weiterzuentwickeln. Dabei sollten auch Daten zur internationalen Mobilität junger Menschen in Rheinland-Pfalz und zum Erwerb internationaler Erfahrungen und interkultureller Kompetenzen integriert sein.
- Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen sind für eine solche Berichterstattung bis heute kaum verfügbar. Dass Kinder und Jugendliche zu Wort kommen, ist aber unbedingt bedeutsam, um das Child Well-being der jungen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz einbeziehen und einschätzen zu können.

(7) Eine kontinuierliche Berichterstattung über die Lebensverhältnisse und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz muss als Basis einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Politik entwickelt und ausgebaut werden.

- Eine regional differenzierte Betrachtung mindestens auf Basis der 36 Landkreise und kreisfreien Städte ist dringend erforderlich und notwendig. Die gemeinsam mit den Kommunen entwickelte und realisierte Landesberichterstattung zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung ist hierfür ein gutes Beispiel.
- Eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des Indikatorenmodells, wie in diesem Bericht begründet und entwickelt, unterstützt eine differenzierte Beobachtung und Betrachtung der Gebietskörperschaften und ermöglicht Grundlagen für landespolitische Planungen und Entscheidungen.

10. PROJEKTGRUPPE: „ERSTER KINDER- UND JUGENDBERICHT RHEINLAND-PFALZ“

Projektleitung:

Prof. Dr. Franz Hamburger, Universität Mainz
Prof. Dr. Michael-Sebastian Honig,
Université du Luxembourg
AOR Dr. Magdalena Joos, Universität Trier
Prof. Dr. Johanna Mierendorff, Universität Trier
Prof. Dr. Christian Schrapper,
Universität Koblenz-Landau (Federführung)
Heinz Müller, Institut für Sozialpädagogische
Forschung, Mainz (ism)

Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter:

Dipl. Soz. Stephan Baas, Institut für
Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism)
Dipl. Päd. Sonja Enders, Universität
Koblenz-Landau (Geschäftsführung)
Dipl. Päd. Michaela Hinterwälder,
Universität Koblenz-Landau
Dipl. Päd. Jennifer Lamberty, Institut für
Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism)
Dipl. Päd. Alexander Knauf, Universität Trier
Dr. Barbara Mutke, Institut für Sozialpädagogische
Forschung Mainz (ism)
Dipl. Päd. Ulrike Petry, Universität Koblenz-Landau
Dipl. Päd. Vanessa Schnorr,
Universität Koblenz-Landau
Dr. Norbert Schreiber
Dipl. Päd. Anja Wrulich, Universität Mainz

Marthe Bonarski, wiss. Hilfskraft, Universität Trier
Janine Heuser, wiss. Hilfskraft, Universität
Koblenz-Landau
Christina Zelmer, wiss. Hilfskraft, Universität
Koblenz-Landau

FÜNFTENS: ANHANG

Drucksache 15/832: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/832
01. 03. 2007

Antrag

der Fraktionen der FDP, SPD und CDU

Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz

I. Der Landtag stellt fest:

Rheinland-Pfalz muss bestmögliche Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche bieten. Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche ein lebenswertes Umfeld vorfinden, in dem ihre Talente und Begabungen gefördert werden. Die Basis einer kinderfreundlichen Politik ist dabei die regelmäßige Erhebung solider Daten über die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Rheinland-Pfalz.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht erstellen zu lassen.

Der Kinder- und Jugendbericht wird von der Landesregierung extern in Auftrag gegeben. Nach Übergabe des Berichts an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur wird der Bericht zusammen mit einer Stellungnahme der Landesregierung dem Landtag und dem Landesjugendhilfeausschuss vorgelegt.

Der Kinder- und Jugendbericht umfasst folgende Themenbereiche:

- demografische Struktur und Entwicklungsdaten zu Familien, Jugendlichen und Kindern,
- wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien,
- Wohnsituation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien,
- Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit des Wohn- und Lebensumfeldes,
- gesundheitliche Situation und Versorgung von Kindern und Jugendlichen,
- Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche,
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder,
- Bildung und Schule,
- Ausbildungssituation, Berufsleben, Arbeitslosigkeit,
- Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe,
- Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe,
- Freizeit, freie Jugendarbeit, Vereine und Ehrenamt,
- Partizipation und politische Mitbestimmungsmöglichkeiten,
- Gefährdungspotenziale für Kinder- und Jugendliche,
- besondere Situation von Kindern mit Behinderungen,
- besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund.

Der Kinder- und Jugendbericht soll nach Möglichkeit nach Landkreisen differenzierte Daten enthalten. Neben einer Bestandsaufnahme sollen für die einzelnen Felder auch Handlungsbedarf aufgezeigt und Empfehlungen abgegeben werden.

Für die Fraktion
der FDP:
Herbert Mertin

Für die Fraktion
der SPD:
Jochen Hartloff

Für die Fraktion
der CDU:
Hans-Josef Bracht

Literatur

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (2008):

GESIS – Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen.

Alt, Ch. (Hrsg.) (2005): *Kinderleben – Band 2. Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen.* Wiesbaden.

Alt, Ch. (2006): *Kindermund tut Wahrheit kund – Sozialberichterstattung aus Sicht der Kinder.* In: DJI Bulletin 77, 4/2006, S. 4–7.

Alt, Ch. (2009): *Kinder wollen glücklich sein – dem Glück auf der Spur.* In: DJI Bulletin 85, 1/2009, S. 32–35.

Altgeld, T. (2008): *Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche spielt im Gesundheitswesen noch keine Rolle.* In: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) (Hrsg.): *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis – Prävention und Gesundheitsförderung 4/2008.* Berlin, S. 100–102.

Ames, A. & Bürger, U. (1998): *Untersuchung der Ursachen der unterschiedlichen Inanspruchnahme vollstationärer Heimerziehung im Verbandsgebiet.* Stuttgart.

Andresen, S. & Hurrelmann, K. (2007): *Was bedeutet es, heute ein Kind zu sein? Die World Vision Kinderstudie als Beitrag zur Kinder- und Kindheitsforschung.* In: World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.): *Kinder in Deutschland 2007.* 1. World Vision Kinderstudie. Berlin, S. 35–64.

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. & Caritasverband für die Stadt Köln e.V./AntiDiskriminierungs-Büro (Hrsg.) (2008): *Diskriminierungserfahrungen von Kölner Schüler/innen im Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung.* Köln.

Arbeitsgruppe Jugendstrafrecht (Hrsg.) (o.J.): *Zusammenarbeit im Bereich der Jugenddelinquenz.* Koblenz, Mainz.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2006): *Kinder- und Jugendarbeit 2004 im Bundesländervergleich. Öffentlich geförderte Maßnahmen im Spiegel der amtlichen Statistik.* Dortmund.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2007): *Datenanalysen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Bereich: Kinder- und Jugendarbeit. Größeres Stellenvolumen in der Jugendarbeit in den ostdeutschen Bundesländern.* Dortmund.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2009a): *Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen. Erste Ergebnisse der ‚neuen‘ KJHG-Statistik zu den erzieherischen Hilfen.* Autor: Pothmann, J. Dortmund. Quelle: http://www.lvr.de/Jugend/service/jugendhilfeausschuesse/2_jha092009-pothmannfolien.pdf (Zugriff 14. 11. 2009).

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2009b): *Die täglichen Betreuungszeiten bei den Angeboten der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder im Alter von 3 bis unter 14 Jahren.* Dortmund.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2009c): *Kurzanalyse der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik,* Dortmund.

Attia, I. (2009): *Zur Bedeutung des Islamdiskurses für die Jugendarbeit.* In: *Deutsche Jugend.* 57. Jg., Heft 2, S. 74–81.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): *Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu den Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I.* Bielefeld.

Baacke, D.: Jugend. In: Lenzen, D. (Hrsg.) (1997): Pädagogische Grundbegriffe. Reinbek bei Hamburg, 4. Aufl., Bd. 2, S. 801–807.

Bacher, J., Gürtler, C., Leonhardi, A., Wenzig, C. & Wittenberg, R. (1999): Das Nürnberger Kinderpanel. Zielsetzungen, theoretisches Ausgangsmo-
dell, methodische Vorgehensweise sowie wissen-
schaftliche und praktische Relevanz. Nürnberg.

Bahle, Th. (2009): Public Child Care in Europe: Historical Trajectories and New Directions. In: Scheiwe, K. & Willekens, H. (Hrsg.): Childcare and Preschool Development in Europe. Institutional Perspectives. London, S. 23–42.

Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S. & Simonson, J. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover.

Baum, D. (2007): Die Stadt in der Sozialen Arbeit: Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden.

BDKJ & MISEREOR (2008): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieustudie U27. Altenbuerg.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Bechberger-Derscheid, F. & Hamburger, F. (i. E.): Bildung und Wissenschaft im Land der Reben und Rüben. In: Sarcinelli, U. u. a. (Hrsg.): Rheinland-Pfalz in Perspektive.

Beck, U. (2003): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Sonderausg., Frankfurt a. M.

Bednarz-Braun, I., Bischoff, U. & Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2004): Azubis unterschiedlicher Herkunftskultur: Wie kommen sie im betrieblichen Alltag miteinander aus? Erste Ergebnisse einer mündlichen und schriftlichen Befragung von Auszubildenden aus vier Großbetrieben. München, Halle.

Beicht, U., Friedrich, M. & Ulrich, J. G. (2007): Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungsein-
stieg. Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): BiBB Report. Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung. 1. Jg., Heft 2, S. 1–12.

Beicht, U. & Ulrich, J. G. (2008): Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): BiBB Report. Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung. 2. Jg., Heft 6, S. 1–16.

Ben-Arieh, A. (2008): The Child Indicators Movement: Past, Present, and Future. In: Child Indicators Research 1, S. 3–16.

Ben-Arieh, A., McDonell, J. & Attar-Schwartz, S. (2009): Safety and Home-School Relations as Indicators of Children Well Being: Whose Perspective Counts? In: Social Indicators Research 90, S. 339–349.

Bender, B. (2002): Mehr Bedarfsorientierung in der Kinderpolitik. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Politik für Kinder – Politik für Eltern. Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 13./14.06.2002 in Berlin, Reihe „Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung“, Nr. 23. Berlin, S. 38–39.

Bepanthen-Kinderförderung (2009): Spielräume sozial benachteiligter Kinder – Bepanthen-Kinderarmutsstudie 2009. Leverkusen.

Berger, P. L. & Luckmann, T. (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M.

Bergheim-Geyer, E. (2007): „Ich will leicht sein wie die Luft“. Zum Krankheitsbild der Essstörung. In: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: Kinder und Jugendpsychiatrie. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen. Behandlungsangebote und Adressen. Mainz, S. 54–61.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2005): Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation. Berlin.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Über den Religionsmonitor. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2008): Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2008. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2009a): Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2009. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2009b): Demographischer Wandel setzt Schulsystem unter Druck. Aktuelle Bildungsdaten für alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern. Gütersloh 6. 11. 2009. Quelle: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-6848D9E9-E9FC6DBE/bst/hs.xsl/nachrichten_98435.htm (Zugriff: 13. 11. 2009).

Berthelmann, R. (1997): Jugendverbände. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Stuttgart, Berlin, Köln.

Bertram, H. (1993): Sozialberichterstattung zur Kindheit. In: Markefka, M. & Nauck, B. (Hrsg.): Handbuch der Kindheitsforschung. Neuwied, S. 91–108.

Bertram, H. (2006): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. Innocenti Working Paper No. 2006–02. Florence, UNICEF Innocenti Research Centre.

Bertram, H. (Hrsg.) (2008): Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. München.

Betz, T. (2008): Ungleiche Kindheiten. Theoretische und empirische Analysen zur Sozialberichterstattung über Kinder. Weinheim.

Betz, T. (2009). „Ich fühl’ mich wohl“ – Zustandsbeschreibungen ungleicher Kindheiten der Gegenwart. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 4, Heft 4, S. 457–470.

Bielefeldt, H. (2007): Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. Essay Nr. 7 des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Berlin.

Bien, W., Rauschenbach, Th. & Riedel, B. (Hrsg.) (2007): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Berlin.

Böhnisch, L. & Münchmeier, R. (1987): Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. München.

Böhnisch, L. u. a. (1991): Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbände, erarbeitet in Analysen und Selbstdarstellungen. München.

Böhnisch, L. & Schröer, W. (2009): Erziehungsverhältnisse im Lebenslauf. In: Mertens, G., Frost, U., Böhm, W. & Ladenthin, V. (Hrsg.): Handbuch der Erziehungswissenschaft. Familie – Kindheit – Jugend – Gender. Paderborn, Bd. III/2, S. 363–377.

Bowler, J. (1999): Das Oxford Lexikon der Weltreligionen. Für die deutschsprachige Ausgabe übersetzt und bearbeitet von Karl-Heinz Golzio. Düsseldorf.

Bozay, K. (2005): „... Ich bin stolz, Türke zu sein“. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts.

Bradshaw, J., Hoelscher, P. & Richardson, D. (2007): An Index of Child Well-being in the European Union. In: Social Indicators Research 80, S. 133–177.

Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e. V. (BIAJ) (2007): Sozialgeld-Empfänger/innen unter 15 Jahre im Bund, in den Ländern und in den Kreisen: Jahres- und Halbjahresdurchschnitt in 2005 und 2006, Maximum seit Januar 2005 und Bestand im Dezember 2006 (jeweils revidierte Daten). Quelle: http://www.jugendhilfeportal.de/db/admin-bin/getfile.php?c_fileid= DE0010000122 (Zugriff 23. 10. 2009).

Brünger, M. (2007): Wie und wo finde ich professionelle Hilfe bei seelischen Problemen von Kindern und Jugendlichen? In: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: Kinder und Jugendpsychiatrie. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen. Behandlungsangebote und Adressen. Mainz, S. 6–11.

Bucher, A. A. (2001): Was Kinder glücklich macht. Weinheim.

Bundesagentur für Arbeit (2009a): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitslose und Arbeitslosenquoten. Rheinland-Pfalz November 2009. Frankfurt.

Bundesagentur für Arbeit (2009b): Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Oktober 2009. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2009c): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Report für Kreise und kreisfreie Städte. 3-Monatswert – Juli 2009. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt-berichterstattung (2009): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Ein Jahr Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Stand November 2009. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Nürnberg.

Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (2006): 3. Statistik der Jugendmigrationsdienste (JMD) der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit. Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund vom 01. 01. 2005 bis 31. 12. 2005. Bonn.

Bundesarbeitskreis der FÖJ-Träger (2007): Erfolgreiche Ehemaligenarbeit im FÖJ gemeinsam gestalten. Dokumentation der ersten Arbeitstagung im Projekt „Ehemaligenarbeit im FÖJ“. Quelle: <http://ehemaligenprojekt.foej.org/files/2007/10/foj-forever-i-dokumentation.pdf> (Zugriff: 19. 10. 2009).

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009b): Der Arbeitsmarkt im November 2009. Leichter Rückgang der Arbeitslosenzahl. Bonn.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009c): Der Arbeitsmarkt im Oktober 2009. Weitere Beruhigung, aber keine Trendwende. Bonn.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009d): Der Arbeitsmarkt im September 2009. Arbeitslosenzahl sank unerwartet deutlich. Bonn.

Bundesjugendkuratorium (2009): Kinderarmut in Deutschland: Eine drängende Handlungsaufforderung an die Politik. München.

Bundeskongress für Erziehungsberatung e. V. (2009): Kindeswohl, Beratung und Familiengericht. Die FGG-Reform als fachliche Herausforderung. Informationen für Erziehungsberatungsstellen 3/08. Fürth.

Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2008): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2007. Wiesbaden.

Bundesministerium des Innern (2007): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Hamburg.

Bundesministerium des Innern (2009): Polizeiliche Kriminalstatistik 2008. Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Quelle: http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf (Zugriff 23.10.2009).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2009): Sozialbericht 2009. Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005): Europäische Zusammenarbeit in Bildung und Forschung. Eine Handreichung. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2007): Berufsbildungsbericht 2007. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2008a): Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2008b): Studiensituation und studentische Orientierungen. 10. Studierenden survey an Universitäten und Fachhochschulen. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2008c): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2009): Der berufliche Ertrag der ERASMUS-Mobilität. Die Auswirkungen internationaler Erfahrung auf die Berufswege von ehemals mobilen Studierenden und Lehrenden. Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Deutsches Jugendinstitut (DJI). München.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Elfter Kinder- und Jugendbericht – mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006a): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006b): Nationaler Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006c): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006d): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2007a): Demografischer Wandel. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung unter der bis 25-jährigen Bevölkerung in Deutschland, Januar 2007. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2007b): Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008a): Dossier Armutsriskien von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008b): Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa einschließlich der besseren Kenntnis der Jugendlichen. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008c): Evaluation des Eingliederungsprogramms „Programm 18 des Kinder- und Jugendplans: Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund“. Abschlussbericht 2008. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008d): Frühe Hilfen für einen aktiven Kinderschutz. Hilfe und Unterstützung für Eltern von Anfang an. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009a): Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009b): Der Europäische Sozialfonds 2007–2013. Die ESF-Programme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009c): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009d): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Eine Standortbestimmung. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009e): Monitor Engagement. Aufgabe Nr. 1. Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009f): Dossier Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende. Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009g): Familienreport 2009. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009h): Wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Forschung zu „Wohlbefinden von Eltern und Kindern“. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 19. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2004): Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Quelle: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Ausbildung-und-Beruf/ausbildungspakt,did=189782.html (Zugriff: 28.10.2009).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2008): Nationales Reformprogramm Deutschland 2008–2010. Auf den Erfolgen aufbauen – die Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung fortsetzen. Berlin.

Bundesrat (2008a): Antrag der Freien Hansestadt Bremen. Entschließung des Bundesrates „Kinderrechte in die Verfassung“. Drucksache 445/08 vom 24. 06. 2008. Berlin.

Bundesrat (2008b): Beschluss des Bundesrates. Entschließung des Bundesrates „Kinderrechte in die Verfassung“ – Antrag der Länder Bremen und Rheinland-Pfalz. Drucksache 445/08 (Beschluss) vom 19. 09. 2008. Berlin.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2006): Chronische Erkrankungen im Kindesalter – Ein gemeinsames Thema von Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule. Köln.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2007a): Alkoholkonsum der Jugendlichen in Deutschland 2004 bis 2007 – Ergebnisse der Repräsentativbefragungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln – Kurzbericht Juni 2007. Köln.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2007b): Impfen schützt! Impfungen im Kindesalter. Köln.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2008a): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2008: Alkohol-, Tabak- und Cannabiskonsum. Erste Ergebnisse zu aktuellen Entwicklungen und Trends. Köln.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2008b): Kleiner Pils mit großer Wirkung – Impfschutz für Jugendliche. Köln.

Burkart, C. (2009): Arbeitssituation von Migrantinnen und Migranten. Landtag Rheinland-Pfalz, Enquete-Kommission 15/2, Nr. 70.

Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e.V. (Hrsg.) (2008): Jugendberufshilfe-Atlas Mainz-Bingen. Stand Juni 2008. Mainz.

Commission of the European Communities (2007a): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Promoting young people's full participation in education, employment and society. COM (2007) 498. Brussels.

Commission of the European Communities (2007b): Communication from the commission to the spring European Council. Integrated guidelines for growth and jobs (2008–2010) including a Commission Recommendation on the broad guidelines for the economic policies of the Member States and the Community (under Article 99 of the EC Treaty). COM (2007) 803. Brussels.

Commission of the European Communities (2008): Biennial Report on social services of general interest. SEC (2008) 2179. Brussels

Commission of the European Communities (2009): Youth – Investing and Empowering. EU Youth Report. SEC (2009) 549. Brussels.

Crivello, G., Camfield, L. & Woodhead, M. (2009): How can Children tell us about their Well-being? Exploring the Potential of Participatory Research Approaches within Young Lives. In: Social Indicators Research (2009) 90, S. 51–72.

Cummins, R. A. (1996): The domains of life satisfaction. An attempt to order chaos. In: Social Indicators Research 38, S. 303–332.

Cummins, R. A. (1997): Assessing quality of life for people with disabilities. In: R. I. Brown (Hrsg.). Quality of Life for Handicapped People, Second Edition. Cheltenham, S. 116–150.

Dannenbeck, C. (2002): Selbst- und Fremdzuschreibungen als Aspekte kultureller Identitätsarbeit: Ein Beitrag zur Dekonstruktion kultureller Identität. Opladen.

Dannenbeck, C., Esser, F. & Lösch, H. (1999): Herkunft (er)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher. Münster.

Dantschke, C. (2007): Die muslimische Jugend-szene. Quelle: www.bpb.de/themen/ZOEWPPE.html (Zugriff: 01.10.2009).

Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt.

Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hrsg.) (2008): SOKRATES/ERASMUS 2006/2007. Statistische Übersichten zur Studierenden- und Dozentenmobilität. Bonn.

Deutscher Bundestag (2005): Stellungnahme der Bundesregierung auf das Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 7.10.2005 gemäß § 84 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe). Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht – Drucksache 15/6014 – vom 10.10.2005.

Deutscher Bundestag (2006): Unterrichtung durch die Bundesregierung. 11. Sportbericht der Bundesregierung. Drucksache 16/3750 vom 04.12.2006.

Deutsches Institut für Urbanistik (2009): Ergebnisbericht (1. Teiluntersuchung) zum Projekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“. Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Hauser, R. & Becker, I. (2007): Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung – Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn.

Deutsches Jugendinstitut (2006): Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern. Abschlussbericht. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Deutsches Jugendinstitut (2008a): Landesgesetzliche Regelungen im Bereich des Kinderschutzes bzw. der Gesundheitsvorsorge. München.

Deutsches Jugendinstitut (2008b): Zahlen-spiegel 2007 – Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik. München, Dortmund.

Deutsches Jugendinstitut (2008c) Landesgesetzliche Regelungen im Bereich des Kinderschutzes bzw. der Gesundheitsvorsorge. München.

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2009): Kinderarmut in Deutschland – Empirische Befunde, kinderpolitische Akteure und gesellschaftliche Handlungsstrategien. Autor: Hübenthal, M. München.

Deutsches Komitee für UNICEF (2008): UNICEF-Studie zur Kinderbetreuung in den OECD-Staaten. Gleiche Chancen fangen bei den Kindern an. Köln.

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2002). PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik im Vergleich. Opladen.

Deutsch-Französische Hochschule (2008): Studieren in Deutschland und Frankreich. Binationale und trinationale Studiengänge Studienjahr 2008/09. Saarbrücken.

Deutsch-französisch-schweizerische Ober-rheinkonferenz (Hrsg.) (2008): Oberrhein Zahlen und Fakten 2008. Kehl.

DGB-Bundesvorstand (2008a): Ausbildungs-report 2008. Berlin.

DGB-Bundesvorstand (2008b): kompakt – Ausbildungsreport 2008. Die wichtigsten Ergebnisse. Berlin.

DGB-Bundesvorstand (2009): Ausbildungsreport 2009. Berlin.

DGB-Bundesvorstand, Bereich Jugend (Hrsg.) (2009): Übernahme-situation von Auszubildenden 2009/2010. Ergebnisse einer Befragung von 1.957 Auszubildenden in ihrem letzten Lehrjahr. Berlin.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Berlin.

Die Bundesregierung/Die Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland. Dresden, 22. 10. 2008. Dresden.

Diefenbach, H., Kohlmann, A. & Nauck, B. (1997): Familiäre Netzwerke, intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 477–499.

EACEA, Eurydice (2009): Early Childhood Education and Care in Europe: Tackling Social and Cultural Inequalities. Brussels.

Eiardt, A. (2008): Die verfassungsrechtliche Stellung des Kindes. In Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste: Aktueller Begriff Nr. 01/08 vom 03. 01. 2008. Berlin.

Engelbert, A. & Kaufmann, F.-X. (2003): Der Wohlfahrtsstaat und seine Kinder. Bedingungen der Produktion von Humanvermögen. In: Kränzl-Nagl, R., Mierendorff, J. & Olk, T. (Hrsg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Opladen, S. 59–94.

Enquete-Kommission (2008): Kriminalstatistik zur Kriminalität von Migranten, Beschlussprotokoll der Enquete-Kommission 15/2, Referat 343, Az : 21011:343, Oktober 2008. Mainz.

Erikson, E. (1997): Identität und Lebenszyklus. 16. Aufl. Frankfurt a. M.

Ester, S. & Hamburger, F. (1991): Bestandsaufnahme der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (2008): Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008. Brüssel.

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2008): Jugend in Aktion. Programm-Handbuch (Gültig ab 01. 01. 2009). Brüssel.

Europäisches Parlament & Rat der EU (2006a): Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. PE-CONS 3655/06. Straßburg.

Europäisches Parlament & Rat der EU (2006b): Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 11. 2006 über die Einführung des Programms „Jugend in Aktion“ im Zeitraum 2007–2013. Amtsblatt der Europäischen Union L 327/30 vom 24. 11. 2006.

European Commission (2006): Childbearing Preferences and Family Issues in Europe. Special Eurobarometer 253/ Wave 65.1. Brussels.

European Commission (2007): Intercultural dialogue in Europe. Summary. Flash Eurobarometer 217. Brussels.

European Commission (2008a): Family life and the needs of an ageing population. Analytical report. Flash Eurobarometer 247. Brussels.

European Commission (2008b): The Rights of the Child. Analytical report. Flash Eurobarometer 235. Brussels.

Eurostat (2008a): Das Leben von Frauen und Männern in Europa: Ein statistisches Porträt. Ausgabe 2008. Luxembourg.

Eurostat (2008b): Education in Europe – Key statistics 2006. Data in focus 42/2008. Luxembourg.

Eurostat-Pressestelle (2008): Kinderbetreuung in der EU im Jahr 2006. Ein Viertel der Kinder unter drei Jahren besucht formale Kinderbetreuungseinrichtungen. Pressemitteilung 172/2008 vom 05. 12. 2008. Luxembourg.

Eurostat-Pressestelle (2009a): Jugendarbeitslosigkeit. Fünf Millionen Jugendliche arbeitslos in der EU27 im ersten Quartal 2009. Pressemitteilung 109/2009 vom 23. 07. 2009. Luxembourg.

Eurostat-Pressestelle (2009b): Europäische Demografie. 5,4 Millionen Geburten in der EU27 in 2008. Pressemitteilung 113/2009 vom 03. 08. 2009. Luxembourg.

Eurydice (2008): Key Data on Teaching Languages at School in Europe. 2008 Edition. Brussels.

Faltermeier (2007): Jugendsozialarbeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 530–531.

Fattore, T., Mason, J. & Watson, E. (2007): Children's Conceptualisations of their Well-Being. In: Social Indicators Research 80, S. 5–29.

Fattore, T., Mason, J. & Watson, E. (2009): When Children are Asked About Their Well-being: Towards a Framework for Guiding Policy. In: Child Indicators Research 2, S. 57–77.

Fegert, J. M. & Schrappner, Ch. (2004): Kinder- und Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kooperation und Konkurrenz. In: Fegert, J. M. & Schrappner, Ch.: Handbuch Jugendhilfe – Jugendpsychiatrie. Interdisziplinäre Kooperation. Weinheim, München, S. 15–25.

Fegert, J. M. & Ziegenhain, U. (2009): Zur Einführung: Frühe und präventive Hilfen für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern. In: Meysen, Th., Schönecker, L. & Kindler, H. (2009): Frühe Hilfen im Kinderschutz. Rechtliche Rahmenbedingungen und Risikodiagnostik in der Kooperation von Gesundheits- und Jugendhilfe. Weinheim, München, S. 1–22.

Fend, H. (2001): Qualität im Bildungswesen. Weinheim, München.

Fieseler G., Schleicher H. & Busch M. (Hrsg.) (2009): Kinder- und Jugendhilferecht – Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII – Aktualisierungslieferung Nr. 35. Juli 2009. Neuwied.

Foroutan, N. & Schäfer, I. (2009): Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009, S. 11–18.

Förster, H. & Skrobanek, J. (2004): Leben am Rande? Dimensionen der Benachteiligung von Jugendlichen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 7, Heft 4, S. 519–537.

Friedrichs, J. (1980): Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen.

Fthenakis, W. E. (2003): Zur Neukonzeptualisierung von Bildung in der frühen Kindheit. In: ders. (Hrsg.): Elementarpädagogik nach PISA. Wie aus Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen werden können. Freiburg i. B., S. 208–242.

- Fthenakis, W. E.** (2006): Bildung von Anfang an: Perspektiven zur weiteren Entwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder unter sechs Jahren in Deutschland. In: König, J., Oerthel, Ch. & Puch, H.-J. (Hrsg.): Visionen sozialen Handelns. München, S. 114–135.
- Gängler, H.** (1995): Staatsauftrag und Jugendreich: Die Entwicklung der Jugendverbände vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. In: Rauschenbach, T., Olk, T. & Sachße, C. (Hrsg.): Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen – Jugend- und Wohlfahrtverbände im Umbruch. Frankfurt a. M., S. 175–200.
- Gängler, H.** (2001): Jugendverbände und Jugendpolitik. In: Otto, H.-U. & Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied. S. 894–903.
- Gebhardt, W.** (2003): Jugendkultur und Religion – Auf dem Weg zur religiösen Selbstermächtigung. In: Pöhlman, M. (Hrsg.): Sehnsucht nach Verzauerung. Berlin, S. 7–19.
- Gehrmann, J.** (2007): Das Schweigen brechen: Kinder psychisch kranker Eltern. In: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: Kinder und Jugendpsychiatrie. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen Behandlungsangebote und Adressen. Mainz, S. 100–103.
- Generali Deutschland** (Hrsg.) (2009): Engagementatlas 2009. Daten, Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Aachen.
- Gerlach, J.** (2006): Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland. Bonn.
- Gisbert, K.** (2004): Neue Bildungsinhalte. In: Wehrmann, I. (Hrsg.): Kindergärten und ihre Zukunft. Weinheim, Basel, Berlin, S. 138–148.
- Glöckner, W.** (2007): Rückblick auf 60 Jahre Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz. In: Dreyer, M. (Hrsg.): Wegmarken. Sechs Jahrzehnte Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz. Baden-Baden, S. 17–268.
- Goerdeler, J. & BAG Jugendhilfe im Strafverfahren in der DVJJ e.V.** (Hrsg.) 2009: Jugendhilfe im Strafverfahren. Arbeitshilfen für die Praxis. Hannover.
- Gomolla, M. & Radtke, F.-O.** (2007): Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Granato, M.** (2009a): Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Landtag Rheinland-Pfalz, EK 15/2, Vorlage 76.
- Granato, M.** (2009b): Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Landtag Rheinland-Pfalz, EK 15/2, Vorlage 120.
- Haeberlin, U., Imdorf, C. & Kronig, W.** (2004): Von der Schule in die Berufslehre. Untersuchungen zur Benachteiligung von ausländischen und von weiblichen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche. Bern u. a.
- Hamburger, F., Koepf, T., Müller, H. & Nell, W.** (1997): Migration. Geschichte(n) Formen Perspektiven (Multiplikatorenpaket der Landeszentrale für politische Bildung). Mainz.
- Han, P.** (2005): Soziologie der Migration. 2. Aufl. Stuttgart.
- Hanafin, S. & Brooks, A.-M.** (2009): From Rhetoric to Reality: Challenges in Using Data to Report on a National Set of Child Well-being Indicators. In: Child Indicators Research 2, S. 33–55.
- Hartnuß, B. & Klein, A.** (2007): Bürgerschaftliches Engagement. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge. (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 159–160.

Haug, S., Müssig, St. & Sticks, A. (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz. Hsrg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.

Hehl, G. & Ickler, G. (2008): Kindertagesbetreuung 2006 bis 2008. Betreuungsquote der unter 3-Jährigen steigt deutlich. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 12/2008, S. 899–907.

Heinrichs, J.-H. (2008): Capabilities: Egalitaristische Vorgaben einer Maßeinheit. In: Otto, H.-U. & Ziegler, H. (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden, S. 54–68.

Heinz, W. (2002): Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und Kriminologische Befunde. Eine Internet-Veröffentlichung im Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung. Aktualisierte Ausgabe. Konstanz. Quelle: <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik> (Zugriff: 14.01.2010).

Heinz, W. (2009): Gewalt von und gegen Migrantinnen und Migranten. Stellungnahme zum Hearing der Enquete-Kommission 15/2 „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ am 01.09.2009.

Hempelmann, R. (2003): Die Geister scheiden. Theologische Einschätzungen und Impulse für kirchliches Handeln. In: Pöhlman, M. (Hrsg.): Sehnsucht nach Verzauberung. Berlin, S. 20–25.

Hempelmann, R. (2008): Patchwork-Religiosität – ein Thema von bleibender Aktualität In: Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, 4/2008. Berlin, S. 123–124.

Hillmann, K.-H. (2007): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart.

Honig, M.-S., Joos, M. & Schreiber, N. (2001): Qualität in Kindertagesstätten aus der Sicht von Eltern. In: Fried, L., Honig, M.-S., Dippelhofer-Stiem, B. & Liegle, L. (Hrsg.): Indikatoren der Qualität von Bildungseinrichtungen am Beispiel von Kindertagesstätten: Probleme der Auswahl und Begründung. Universität Trier (Berichte und Studien aus dem Fach Pädagogik Bd. 34). Trier, S. 45–60.

Honig, M.-S., Joos, M. & Schreiber, N. (2004): Was ist ein guter Kindergarten? Theoretische und empirische Analysen zum Qualitätsbegriff in der Pädagogik. Weinheim, München.

Honig, M.-S., Schreiber, N. & Lang, S. (2006): Begleitstudie zur Umsetzung der „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“. Abschlussbericht an das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend. Universität Trier FB I Pädagogik. Trier.

Honig, M.-S., Betz, T. & Schreiber, N. (2007): Bildung in Rheinland-Pfalz. Bildungschancen: Beteiligungsformen und Verlaufsmuster. Vorstudie zu einem Bildungsbericht Rheinland-Pfalz. Arbeitspapier II–22. Trier.

Hradil, S. (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden.

Hummrich, M. (2009): Bildungserfolg und Migration. Biographien junger Frauen in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden.

Igl, G., Jachmann, M. & Eichenhofer, J. (2002): Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement im Recht: Ein Ratgeber. Opladen.

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (2009): Länderinfos: Luxemburg. Bonn.

Innenministerium Rheinland-Pfalz (2008): Daten zur Kriminalität 2008. o. O.

Institut für Demoskopie Allensbach (2009): Familienmonitor 2009. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2006): Kinder psychisch kranker Eltern: Prävention und Kooperation von Jugendhilfe und Erwachsenenpsychiatrie. Mainz.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2009): Projektatlas Rheinland-Pfalz – Erhebung von Angeboten und Initiativen für Kinder psychisch kranker Eltern in Rheinland-Pfalz, erstellt im Rahmen des Projektes „Kinder psychisch kranker Eltern. Prävention und Kooperation von Jugendhilfe und Erwachsenenpsychiatrie“. Mainz.

Institut für soziale Arbeit (ISA) (2009): Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Band 9. Praxis-hilfe zur wirkungsorientierten Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung. Münster.

Joos, M. (2001): Die soziale Lage der Kinder. Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland. Weinheim, München.

Joos, M. (2002): Kinderbilder und politische Leitideen in der Sozialberichterstattung. In: H.-R. Leu (Hrsg.): Sozialberichterstattung zu Lebenslagen von Kindern. Opladen, S. 35–66.

Joos, M. (2006): De-Familialisierung und Sozialpädagogisierung. Eine Rekonstruktion der Kindheitsbilder und politischen Leitideen des Zehnten und Elften Kinder- und Jugendberichts. In: Andresen, S. & Diehm, I. (Hrsg.): Kinder, Kindheiten, Konstruktionen. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven und sozialpädagogische Verortungen. Wiesbaden, S. 109–134.

Jordan, E. & Schone, R. (1998): Handbuch Jugendhilfeplanung – Grundlagen, Bausteine, Materialien. Münster.

Jordan, E. (1998): Sozialraum und Jugendhilfeplanung. In: Jordan, E. & Schone, R.: Handbuch Jugendhilfeplanung – Grundlagen, Bausteine, Materialien. Münster, S. 331–387.

Jordan, E. (2005): Kinder- und Jugendhilfe. Einführung in Geschichte und Handlungsfelder, Organisationsformen und gesellschaftliche Problemlagen. Weinheim, München.

Jugend für Europa (Hrsg.) (2004): Bericht und Empfehlungen der Bundesrepublik Deutschland an die EU-Kommission. Ergebnisse der Zwischen-evaluierung des EU-Aktionsprogramms JUGEND in Deutschland. Gestaltung eines europäischen Jugendprogramms nach 2006. Jugend für Europa. Deutsche Agentur für das EU-Aktionsprogramm Jugend. Bonn.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierung. Opladen.

Kalter, F. (2005): Ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, M. & Heinz, Th. (Hrsg.): Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde. Wiesbaden, S. 303–332.

Klein, Th. (1995): Geschwisterlosigkeit in Ost- und Westdeutschland. In: Nauck, B. & Bertram, H. (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. Opladen, S. 121–136.

Klement, C., Müller, G. & Prein, G. (2006). Vereinbarkeit muss man sich leisten können. Zur Erklärung von Betreuungs- und Erwerbsarrangements in Familien mit Kindern unter drei Jahren. In: Bien, W., Rauschenbach, T. & Riedel, B.: Wer betreut Deutschlands Kinder. DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim, Basel, S. 238–253.

Kohl, S. (2008): Daten und Indikatoren zur Lebenssituation von Kindern. Ergebnisse des internationalen und innerdeutschen Vergleichs. In: Bertram, H. (Hrsg.). *Mittelmaß für Kinder*. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. München, S. 228–275.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007): Strategiebericht zur erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung: Eintritt in den neuen Programmzyklus 2008–2010. Das Tempo der Reformen beibehalten. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat. KOM (2007) 803 Teil I. Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008a): Grünbuch Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme. KOM (2008) 423. Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008b): Umsetzung der Barcelona-Ziele auf dem Gebiet der Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter. Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. KOM (2008) 638. Brüssel.

Kretschmann, R. (2004): Lesen, Schreiben, Rechnen – schon im Kindergarten? In: Wehrmann, I. (Hrsg.): *Kindergärten und ihre Zukunft*. Weinheim, Basel, Berlin, S. 220–234.

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover.

Krug, G. & Popp, S. (2008): Soziale Herkunft und Bildungsziele von Jugendlichen im Armutsbereich. IAB-Discussion Paper 42/2008.

Kügler, N. & Feuerhelm, W. (2002): Kind-zentriertes Handeln. Die Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz – Neue Forschungsergebnisse und Handlungsperspektiven. Mainz.

Kügler, N. & Feuerhelm, W. (2003): Das „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart Bad Cannstadt. Ergebnisse einer Evaluation. Mainz.

Kügler, N. & Feuerhelm, W. (2004): Selbstverständnis und Standards der Kinderschutzdienste. Dokumentation der Konzept-Weiterentwicklung. Mainz.

Kultusministerkonferenz (2000): Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung von Erziehern / Erzieherinnen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 28. 01. 2000. Bonn.

Kultus- und Jugendministerkonferenz (2004): Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen. Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 13./14. 05. 2004 und Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03./04. 06. 2004. Bonn.

Kurth, B.-M. & Schaffrath-Rosario, A. (2007): Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS). In: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50. Jg., Heft 5/6, S. 736–743.

Land, K. C., Lamb, V. L., Meadows, S. O. & Taylor A. (2007): Measuring Trends in Child Well-Being: An Evidence-Based Approach. In: *Social Indicators Research* 80, S. 105–132.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland Pfalz (1999): Empfehlungen für die Mitwirkung der Jugendhilfe in Jugendstrafverfahren. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2006a): Zusätzliche Fachkräfte für interkulturelle Arbeit in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2006b): Zum gesellschaftlichen Stellenwert der Jugendarbeit. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2007a): Erziehungsberatungsstellen in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2007b): Schwangerschaftsberatungsstellen in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2007c): Empfehlungen für die Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz. Beschluss des Landesjugendhilfeausschuss vom 26. 11. 2007. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2007d): Empfehlungen zum Kinder- und Jugendschutz in Rheinland-Pfalz. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 16. 11. 2004. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2007e): Empfehlungen für die kommunale Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 20. 12. 2004. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008a): Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung von Kindeswohl und Kindergesundheit. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2008b): Tätigkeitsbericht 2007. Mainz.

Landesamt für Soziales Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009a): Neureligiöse Gruppen und Sekten. Quelle: http://lsjv.de/kinder_jugend_und_familie/neureligioese_gruppen_und_sekten/index.html (Zugriff: 05. 11. 2009).

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2009b): Armut raubt jungen Menschen die Zukunft. Diskussionspapier des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz zum Thema „Kinderarmut“. Mainz.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2009c): Jugendstrafverfahren. Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Justiz und Polizei in Jugendstrafverfahren in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V. (2009): Gesamtbericht zur Befragung dorf.test – Jugend mischt mit. Mainz.

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (2007): Jugenddelinquenz in Rheinland-Pfalz, Lagebild 2007. Mainz.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.) (2002): Skalenhandbuch zur Sozialraumanalyse in der Jugendhilfeplanung. Münster.

Landtag Rheinland-Pfalz (1995): Bericht der Enquete-Kommission „Situation der Kinder in Rheinland-Pfalz – Rechte der Kinder in einer sich wandelnden Welt“, Würdigungen und Empfehlungen. Drucksache 12/7930 vom 27. 12. 1995. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (1999): Bericht der Landesregierung „Familienrelevante Leistungen in Rheinland-Pfalz“. Drucksache 13/4513 vom 14. 07. 1999. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2002): Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und FDP zu dem Antrag der Fraktion der CDU. Erste Schlussfolgerungen aus der PISA-Studie – Drucksache 14/1001 – Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie PISA 2000. Drucksache 14/1083 vom 14. 05. 2002. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2003): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit auf die Große Anfrage der Abgeordneten F. Ebli, E.-G. Brinkmann, P. W. Dröscher, M. Grosse, J. Hartloff, R. Leppla, J. Mertes, G. Rösch und A. Spurzem (SPD) – Drucksache 14/1937 – Erziehungshilfe in Rheinland-Pfalz. Drucksache 14/2102 vom 03.04.2002. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2005a): Bericht der Enquete-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ („Jugend und Politik“). Drucksache 14/4800 vom 09.12.2005. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2005b): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4153 Jugendarbeitslosigkeit und Jugendberufshilfe in Rheinland-Pfalz. Drucksache 14/4343 vom 17.05.2005. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2005c): Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit der Konzeption und Umsetzung des Projekts „Heimunterbringung zur Vermeidung von Untersuchungshaft“. Berichtersteller: Abgeordneter R. Marz. Drucksache 14/4120 vom 06.05.2005. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2006a): Unterrichtung durch die Landesregierung zu Nummer 5 des Beschlusses des Landtags vom 22.02.1991 zu Drucksache 11/5053 (Plenarprotokoll 11/96, S. 6982). 5. Gesamtbericht über den Stand und die mögliche Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/143 vom 31.07.2006. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2006b): Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 14/4770 – und Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Kulturelle Bildung in Rheinland-Pfalz. Drucksache 14/4898 vom 25.01.2006. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2006c): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 15/326 – Die gesundheitliche Situation von Frauen in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/605. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2006d): Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten H. Thelen und J. Keller (CDU) – 228 – vom 21.09.2006. Anspruch und Wirklichkeit bei der Teilnahme von Kindern am Mittagessen in Schulen. Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/339 vom 05.10.2006. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007a): Antrag der Fraktion der CDU. Die Europafähigkeit der Schulen stärken. Drucksache 15/1056 vom 04.05.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007b): Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1214 – Situation des Sports und der Sportentwicklung in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/1340 vom 26.07.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007c): Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1272 – Aktuelle Situation in der Tagespflege in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/1365 vom 08.08.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007d): Kleine Anfrage der Abgeordneten M. Grosse (SPD) und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Bewertung der Landesregierung der UNICEF-Studie. Drucksache 15/819 vom 23.03.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007e): Kleine Anfrage des Abgeordneten J. Creutzmann (FDP) und Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. eTwinning: „Virtuelle“ Schulpartnerschaften in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/899 vom 19.03.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007f): Antrag der Fraktionen der FDP, SPD und CDU – Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/832 vom 01.03.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007g): Kleine Anfrage der Abgeordneten P. W. Dröscher und M. Grosse (SPD) und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Jugendscouts und Jobfüxe in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/688 vom 10.01.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007h): Kleine Anfrage der Abgeordneten A. Beilstein (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Jugendkriminalität und Jugendgruppengewalt in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/1625 vom 31.10.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007i): Kleine Anfrage des Abgeordneten A. Wilke (CDU) und Antwort des Ministeriums der Justiz. Jugendkriminalität und Jugendgruppengewalt in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/1628 vom 31.10.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007j): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/613 – Voraussetzungen und Handlungsbedarf zur Sicherstellung des Kindeswohls und zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung. Drucksache 15/729 vom 26.01.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007k): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 15/927 – Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/1065 vom 08.05.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007l): Kleine Anfrage des Abgeordneten T. Weiner (CDU) und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Versorgungsdefizite bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/741 vom 31.01.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007m): Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten T. Günther (CDU) – 627 – Entwicklung der Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/995 vom 13.04.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007n): Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Gute Lebenschancen für alle Kinder: Kindeswohl sicherstellen und Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung schützen. Drucksache 15/1123 vom 18.05.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2007o): Antrag der Fraktion der CDU – Durch Früherkennung, Frühwarnung und Vernetzung das Kindeswohl sicherstellen und Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung schützen. Drucksache 15/691 vom 10.01.2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008a): Antrag der Fraktion der SPD. Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2640 – Rheinland-pfälzische Familienpolitik: Mehr Chancen für Kinder und Familie. Drucksache 15/2953 vom 09.12.2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008b): Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP. Europa in den rheinland-pfälzischen Schulen weiter stärken. Drucksache 15/1824 vom 14.01.2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008c): Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1894 – Pädagogische Entwicklung der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/2048 vom 25.03.2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008d): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) und Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Sprachförderung. Drucksache 15/2619 vom 16. 09. 2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008e): Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. A. Wilke (CDU) und Antwort des Ministeriums der Justiz. Verfahrensdauer und Sanktionen in Jugendstrafsachen I. Drucksache 15/1882 vom 01. 02. 2008, Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008f): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der FDP – Drucksache 15/1870 – Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008g): 15. Wahlperiode-EK 15/2. Vorlage 29. Deutsche und ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach Abschlussarten 1994 bis 2007. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008h): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Beratungsstellen im Kreis Bad Kreuznach für Familienhilfe, Kinderschutz, Jugend und Sucht vom 12. 09. 2008. Drucksache 15/2614. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009a): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3371 – Familien in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/3485 vom 17. 06. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009b): Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3217 – Situation der rheinland-pfälzischen Kinderbetreuung. Drucksache 15/3357 vom 28. 04. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009c): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Förderkindergärten I. Drucksache 15/3081 vom 06. 02. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009d): Kleine Anfrage der Abgeordneten M. Kohnle-Gros (CDU) und Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Mitwirkungsrechte der Eltern von die Kindertagesstätte besuchenden Kindern auf Stadt- und Kreisebene. Drucksache 15/3305 vom 09. 04. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009e): Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluss des Landtags vom 11. 12. 2003 zu Drucksache 14/2622 (Plenarprotokoll 14/61, S. 4060). Frauen in extremen Notsituationen helfen, für Rechtssicherheit bei anonymen Geburten sorgen. Drucksache 15/3287 vom 06. 04. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009f): Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3786 – Für eine nachhaltige Entwicklung des Sports in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/3954 vom 30. 10. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009g): Kleine Anfrage der Abgeordneten M. Kohnle-Gros (CDU) und Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport. Haus des Jugendrechts in Kaiserslautern. Drucksache 15/3090 vom 11. 02. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009h): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) – Drucksache 15/2614 – und Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen – Beratungsstellen im Kreis Bad Kreuznach für Familienhilfe, Kinderschutz, Jugend und Sucht vom 12. 09. 2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009i): 15. Wahlperiode-EK 15/2. Vorlage 41. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2007/2008. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009k): EK 15/2. Vorlage 058. Stellungnahme der Handwerkskammer Koblenz. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009l): Rechts-extremismus im Alltag. Auftaktveranstaltung soll Jugendliche für Gefahren sensibilisieren. Pressemitteilung vom 10. 09. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009m): Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3027 – Mädchen und Frauen mit Suchterkrankungen in Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/3181 vom 04. 03. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009n): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) und Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Berufsvorbereitungsjahr II. Drucksache 15/3035 vom 20. 01. 2009. Mainz.

Landtag Rheinland-Pfalz (2009o): Kleine Anfrage der Abgeordneten B. Dickes (CDU) und Antwort des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Förderschulen. Drucksache 15/4024 vom 23. 11. 2009. Mainz.

Landua, D., Arlt, M. & Sann, A. (2009): Ergebnisbericht: „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin.

Laubach, H. (2007): Jugendmigrationsdienst. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 526–527.

LBS-Initiative Junge Familie (2007a): LBS-Kinderbarometer Wohnen in NRW. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern. Ergebnisse der Erhebungsjahre 2005 und 2006. LBS-Initiative Junge Familie. Münster.

LBS-Initiative Junge Familie (2007b): LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in sieben Bundesländern. Berlin.

Leitstelle Partizipation des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2002): Kinderbarometer Rheinland-Pfalz. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse der Erhebung im Schuljahr 2000/2001 (Wissenschaftsbericht). Mainz.

Lüders, Ch. (2006): Was leistet wissenschaftliche Sozialberichterstattung für Fachpraxis und Politik? Das Beispiel der Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Beiheft 6-06, S. 27–41.

Luhman, N. (1995): Inklusion und Exklusion. In: ders.: Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Opladen, S. 237–264.

LVO (2005): Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes vom 31.03.1998 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch die Erste Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes vom 27. 12. 2005 (GVBl. S. 574), BS 216-10-2.

Mallmann, D. (2007): Alkohol und andere Drogen bei Kindern und Jugendlichen. In: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: Kinder und Jugendpsychiatrie. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen. Behandlungsangebote und Adressen. Mainz, S. 38–47.

Malik, J. (2009): „Man klebt das Label Islam drauf, und fertig“. Quelle: www.taz.de (Zugriff: 01. 10. 2009).

Man, P. (1991): The Influence of Peers and Parents on Youth Life Satisfaction in Hong Kong. In: Social Indicators Research 24, S. 347–365.

Martin, C. & Le Bihan, B. (2009): Public Child Care and Preschools in France: New Policy Paradigm and Path-dependency. In: Scheiwe, K. & Willekens, H. (Hrsg.): Childcare and Preschool Development in Europe. Institutional Perspectives. London, S. 57–71.

Mau, S. & Verwiebe, R. (2009): Die Sozialstruktur Europas. Schriftenreihe Bd. 786. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Meinhold-Henschel, S. (2007): Kinder und Jugendpartizipation in Kommunen – Ausgangssituation und Zielsetzungen der Initiative „mitWirkung!“ In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 1–17.

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz (2008): Erster Opferschutzbericht der Landesregierung. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluss des Landtages vom 24. 05. 2007 zu LT-Drucksache 15/1107. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2001): Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz. Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2005): Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz 1999–2004 im Trend. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Landesstudie im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz. München.

Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2006a): Leitfaden Soziale Stadt. Themenfelder. Mainz.

Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2006b): Leitfaden Soziale Stadt. Steckbriefe. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Leitstelle „Kriminalprävention“ (2007): Kriminalprävention in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden. Ausgabe 3/2007. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Leitstelle „Kriminalprävention“ (2008): Kriminalprävention in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden. Ausgabe 2/2008. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2009a): Raumordnungsbericht 2008. Mainz.

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009b): Rechtsextremismus entschlossen und dauerhaft bekämpfen. Autor: Zuber, W. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2003): Integration von jungen Menschen aus Einrichtungen stationärer Erziehungshilfen. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2004a): Familien bilden – Familien stärken. Perspektiven für die Familienbildung in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2004b): Qualitätsentwicklung in den Sozialen Diensten des Jugendamts. Bericht über die Weiterentwicklung von Teamarbeit, Hilfeplanung und Jugendhilfeplanung im Bereich der erzieherischen Hilfen in rheinland-pfälzischen Jugendämtern. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2004c): Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2004d): Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2005a): Viva Familia. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2005b): Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe; Beschluss der Jugendministerkonferenz im Mai 2005. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2005c): Die Sozialpädiatrie/Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2005d): Gesunde Familien – ein zentrales Anliegen der Familienbildung; Kooperationen der Familienbildungsstätten mit Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2006a): Mehrgenerationenhäuser in Rheinland-Pfalz. „Haus der Familie“ – ein Modell für generationenübergreifende und integrierte Dienste in Kommunen. Konzeption. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2006b): Hebammen beraten Familien – Gesundheitsförderung und praxisnahe Informationen für den Familienalltag. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (2006c): Auf den Anfang kommt es an! Ein Kurs für junge Eltern. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007a): Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005–2006. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007b): Hilfen zur Erziehung im europäischen Vergleich – Wie wird ein Fall zum Fall? Europäische Fachtagung am 21. und 22. 11. 2005 in der Alten Patrone in Mainz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007c): Einführung und Arbeitshilfe zur Eingliederung nach § 35a SGB VIII. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007d): 2. Landesbericht – Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007e): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen. Profil für das MASGFF des Landes Rheinland-Pfalz. Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählter sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren für das Jahr 2006. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007f): Kinder und Jugendpsychiatrie. Psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen – Behandlungsangebote und Adressen. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007g): Drogenkonferenz 2007 – 29. Fachtagung der Landesregierung mit den Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe in Rheinland-Pfalz am 05. 07. 2007. Nur Cannabis? Fakten und Mythen – Formen der Frühintervention und der Behandlung – Arbeitsergebnisse. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007h): Hebammen beraten Familien – Abschlussbericht der wissenschaftlichen Projektbegleitung. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008a): Zum Gesundheitsstatus von Vorschulkindern: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen aus dem Jahre 2006. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008b): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Profil für das Land Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008c): Struktur und Perspektiven des Pflegekinderwesens in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008d): Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien – Eine Fortbildung zur Förderung der Kindergesundheit und Stärkung der Familienkompetenz für familiennah arbeitende Gesundheitsberufe. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008e): Alles Gute für Ihr Kind! Früherkennungsuntersuchung – die beste Gesundheitsvorsorge. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008f): So schläft Ihr Baby am sichersten: in Rückenlage, im Schlafsack, rauchfrei; Plötzlicher Säuglingstod. Das Risiko senken. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008g): Ratgeber Familie. Ein Wegweiser zu öffentlichen und privaten Hilfsangeboten. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009a): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Beratung und Begleitung des Modellprojektes „Mehrgenerationenhäuser in Rheinland-Pfalz – Haus der Familie“. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009b): Kinderschutz und Kindergesundheit. Erste Ergebnisse zur Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009c): Pressemitteilung vom 03. 11. 2009. M. Dreyer: 50 Jahre Erziehungs- und Familienberatung in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2002a): Kinderbarometer Rheinland-Pfalz. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse der Erhebung im Schuljahr 2000/2001. Durchführung: ProKids-Büro Herten. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (2002b): Jugendhilfe und Spiel- leitplanung. Kinder- und jugendgerechte Dorf- bzw. Stadtentwicklung unter Beteiligung von Mädchen und Jungen. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (2004a): Aktionsprogramm Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Politik für Kinder mit Kindern. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (2004b): Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Weinheim, Basel.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (2004c): Rahmenplan Grundschule. Teilrahmenplan Fremdsprache. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend in Rheinland-Pfalz (2004d): Mitmachen! Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Politik für Kinder ... mit Kindern! Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz (2006a): Aktionsprogramm Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Politik für Kinder mit Kindern. Bericht zum Stand der Umsetzung 15.03.2006. Mainz.

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg (Hrsg.) (2003): 3. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung – Aufwachsen in Brandenburg. Potsdam.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2006b): Fremdsprachenlernen in Rheinland-Pfalz. Orientierungshilfen für die Wahl von Fremdsprachen in den weiterführenden Schulen. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2007a): Landesjugendplan 2007/2008. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007b): Partizipationstagung. Kinder und Jugendliche beteiligen – ein Gewinn für alle. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2007c): Förderung von Sprachfördermaßnahmen in Kindergärten sowie von Maßnahmen der Vorbereitung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur vom 27.12.2007 (9313–75 130-4-23). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2007d): Sonderpädagogische Förderung an Schwerpunktschulen und an Förderschulen in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2007e): Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz. Fachdienste für Kinder und Jugendliche, die Misshandlung und sexuelle Gewalt erfahren. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2008a): Deutsch-französisches Austauschprogramm für Lehrkräfte an Grundschulen mit Lehrkräften der Ecole Maternelle und der Ecole Primaire in Frankreich im Schuljahr 2009/2010. Bekanntmachung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur vom 15.09.2008 (943 B-50 135/31). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2008b): Mittagessen in Kindertagesstätten. Sozialfonds für Mittagessen in Kindertagesstätten eingerichtet. Pressemitteilung vom 15.12.2008. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2009a): Landesjugendplan 2009/2010. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2009b): Kompendium über die organisatorische und inhaltliche Arbeit an den Ganztagschulen in Angebotsform. Mainz.

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz und Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (2004): Spielleitplanung – ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz und Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2007): Qualifizierte Kooperation von Jugendhilfe und Schule im (Vor-) Feld der Hilfen zur Erziehung. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Mainz.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007): Das Gütesiegel Familienzentrum NRW. Zertifizierung der Piloteneinrichtungen. Düsseldorf.

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2005): Zentrale Lernstandserhebungen. Materialien zur Unterstützung der Schulaufsicht beim Umgang mit den Lernstandserhebungen. Quelle: www.standardsicherung.schulministerium.nrw.de/.../schulaufsicht_lernstand.pdf (Zugriff: 30. 11. 2009).

Ministerium für Umwelt und Forsten (2006): Naturnahe Erlebnisspielangebote in Rheinland-Pfalz. Übersicht über Projekte in Kindertagesstätten, in Schulen, auf öffentlichen Flächen. Mainz.

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (2006): Erfahrungen mit naturnahen Spielangeboten in Kindertagesstätten, in Schulen, auf öffentlichen Flächen. Ergebnisse einer landesweiten Umfrage in 2005. Mainz.

Moore, K. A., Theokas, C., Lippman, L., Bloch, M., Vandivere, S. & O'Hare, W (2008): A Microdata Well-Being Index: Conceptualization, Creation and Findings. In: *Child Indicators Research* 1, S. 17–50.

Müncher, V. & Andresen, S. (2009): Bedarfsorientierung in Familienzentren – Eltern als „neue“ Adressaten. In: *Neue Praxis, Sonderheft 9*, S. 108–118.

Mund, P. (2007): Jugendverbände. In: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hrsg.): *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. Stuttgart, Berlin, Köln.

Münder, J., Greese, D., Jordan, E., Kreft, D., Lakies, Th., Lauer H., Proksch R. & Schäfer K. (1993): *Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum Kinder- und Jugendhilfegesetz*. Münster.

Munsch, C., Gemende, M. & Weber-Unger Rotino, S. (Hrsg.) (2007): *Eva ist emanzipiert, Mehmet ist ein Macho. Zuschreibung, Ausgrenzung, Lebensbewältigung und Handlungsansätze im Kontext von Migration und Geschlecht*. Weinheim, München.

Nahrstedt, W. (2005): Freizeit. In: Kreft, D. & Mielenz, I. (Hrsg.): *Wörterbuch soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*. Weinheim, München.

National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (2007): *Diskussion zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung. Stellungnahme April 2007*. Berlin.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.) (2008a): *Frühe Hilfen – Modellprojekte in den Ländern*. Köln.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.) (2008b): *Nationales Zentrum Frühe Hilfen – Aufgaben und Ziele*. Köln.

Nauck, B. (1995): Kinder als Gegenstand der Sozialberichtserstattung – Konzepte, Methoden und Befunde im Überblick. In: Nauck, B. & Bertram, H. (Hrsg.): *Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich*, Opladen, S. 11–87.

Nauck, B. & Bertram, H. (Hrsg.) (1995): *Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich*. Opladen.

OECD (2004): *Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Länderbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)*. Paris.

OECD (2007): *Bildung auf einen Blick 2007. OECD-Indikatoren*. Bielefeld.

OECD (2009): *Doing Better for Children*. Paris.

Opaschowski, H. W. (2001): Freizeit und Pädagogik. In: Roth, L. (Hrsg.) *Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis*. München, S. 1058–1070.

- Opdenakker, M.-C. & van Damme, J.** (2000): Effects of Schools, Teaching Staff and Classes on Achievement and Well-Being in Secondary Education: Similarities and Differences between School Outcomes. In: School Effectiveness and School Improvement, 2000, Vol. 11, No. 2, S. 165–196.
- Otto, H.-U. & Schrödter, M.** (2009): Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit im Post-Wohlfahrtsstaat. In: Kessl, F. & Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim, München, S. 173–190.
- Otto, H.-U. & Ziegler, H.** (2008): Der Capabilities-Ansatz als neue Orientierung in der Erziehungswissenschaft. In: Diess. (Hrsg.): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden, S. 9–13.
- Peukert, U.** (2005): Tagesbetreuung von Kindern. In: Jordan, E. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfe. Einführung in Geschichte und Handlungsfelder, Organisationsformen und gesellschaftliche Problemlagen. Weinheim, München, S. 73–115.
- Pfaffenberger, H.** (2007): Partizipation. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 693–694.
- Pies, S. & Schrapper, Ch.** (2003): Jugendkriminalität. Fakten, Probleme und Herausforderungen für kommunales Handeln. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 42. Jg., Heft 1, S. 83–90.
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.) (2003): Pisa 2000. Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.) (2005): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster.
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.) (2007): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.) (2008): PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich. Münster.
- Polis – Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung** (2007): Frühe Förderung und das Angebot in Kindertagesstätten aus der Sicht von Eltern und Bevölkerung in Rheinland-Pfalz. Repräsentativbefragung im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Präsentation der Untersuchungsergebnisse am 12.09.2007. Mainz.
- Prenzel, M. u. a.** (2007): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- Prognos AG** (2007a): Familienatlas 2007 – Methodenbericht. Ausführliche Darstellung der Indikatoren, Quellen und Methoden im Familienatlas 2007. Basel.
- Prognos AG** (2007b): Familienatlas 2007 – Handlungsfeld 2: Wohnsituation und Wohnumfeld. Ranking der Kreise und kreisfreien Städte. Basel.
- PROSOZ Hertens GmbH** (Hrsg.) (2008): „Presse-meldung: LBS-Kinderbarometer auf alle 16 Bundesländer ausgeweitet“. Quelle: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/696662.html> (Zugriff: 30.11.2009).
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion** (2009): Internationale Partnerschaften deutscher Kommunen. Quelle: <http://www.rgre.de/rgre-partnerschaften> (Zugriff: 01.10.2009).

Rätz-Heinisch, R., Schröer, W. & Wolff, M. (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim, München.

Rauschenbach, Th. (2005): Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bundestagsdrucksache 15/6014. Berlin.

Rauschenbach, Th., Betz, T., Borrmann, S., Müller, M., Prein, G., Pothmann, J., Skrobaneck, J. & Züchner, I. (2009): Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen – Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. Expertise zum 9. Kinder- und Jugendbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. München.

Reinders, H. (2006a): Einführung: Entstehung und Auswirkungen interethnischer Beziehungen im Lebenslauf. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 01, S. 7–20.

Reinders, H. (2006b): Interethnische Freundschaften im Jugendalter. Ergebnisse einer Pilotstudie bei Hauptschülern. Hamburg.

Reinders, H. & Varadi, E. (2008): Individuationsprozesse und interethnische Freundschaften bei Jugendlichen türkischer Herkunft. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 11, S. 312–326.

Reinders, H. (2009): Integrationsbereitschaft jugendlicher Migranten – Vexierbilder und empirische Befunde. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2009, S. 19–23.

Riege, M. & Schubert H. (Hrsg.) (2002): Sozialraumanalyse Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen.

Rigby, K. & Slee, P. T. (1993): Dimensions of Interpersonal Relation Among Australian Children and Implications for Psychological Well-being. In: Journal of Social Psychology 133:1, S. 33–42.

Robert-Koch-Institut (2004): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Berlin.

Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008a): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Migration und Gesundheit. Berlin.

Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008b): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin.

Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008c): Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – KiGGS-Gesundheitsstudie. Quelle: <http://www.kiggs.de> (Zugriff: 23. 11. 2009).

Robert-Koch-Institut & Statistisches Bundesamt (2008): Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des Nationalen Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS). Berlin.

Robert-Koch-Institut & Universität Paderborn (Hrsg.) (2007): Forschungsbericht. Ernährungsstudie als KiGGS-Modul (EsKiMo). Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Bonn.

Roggenthin, K. (2008): Bewertung der bisherigen jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa und Perspektiven für eine künftige EU-Jugendstrategie. Ergebnisse einer Online-Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Koordinierungsbüro Europäische Jugendpolitik. Bonn.

Ruus, V.-R., Veisson, M., Leino, M., Ots, L., Pallas, L., Sarv, E.-S. & Veisson, A. (2007): Students' Well-Being, Coping, Academic Success, and School Climate. In: Social Behavior and Personality, 35 (7), S. 919–936.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hrsg.) (2003): Zweiter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht. Dresden.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hrsg.) (2009): Dritter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht. Dresden.

Salewski, C. (2004): Chronisch kranke Jugendliche. München, Basel.

Sander, C. (2008): Partizipation als Bildungsprozess in non-formalen Organisationen des Aufwachsens – Beobachtungen zu einem vergessenen Zusammenhang anhand der Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland. Kassel.

Schäfer, G. E. (2005): Bildungsprozesse im Kindesalter. Selbstbildung, Erfahrung und Lernen in der frühen Kindheit. Weinheim, München.

Scheiwe, K. & Willekens, H. (Hrsg.) (2009): Childcare and Preschool Development in Europe. Institutional Perspectives. London.

Scheuer, A. & Dittmann, J. (2007): Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa. In: Informationsdienst Sozialer Indikatoren ISI 38, S. 1–5.

Schiffauer, W. (2003): Kulturelle Zuschreibungen und Fremdethnisierungen. In: Frölich, M. u. a. (Hrsg.): Migration als biographische und expressive Ressource. Frankfurt a. M., S. 151–160.

Schluchter, W. (1988): Religion und Lebensführung. Band 2 – Studien zu Max Webers Religions- und Herrschaftssoziologie. Frankfurt a. M.

Schradi, T. & Schrapper, Ch. (2007): Junge Menschen zwischen Jugendhilfe und Justiz. Situationen, Konzepte und Perspektiven öffentlicher Sorge für delinquente Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz. Koblenz.

Schramkowski, B. (2007): Integration unter Vorbehalt. Perspektiven junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. Frankfurt a. M., London.

Schrapper, Ch. (2004): Das Jugendamt – Fachliche Zentrale, bürokratisches Nadelöhr oder (un-)willige Zahlstelle örtlicher Jugendhilfe? In: Fegert, J. M. & Schrapper, Ch.: Handbuch Jugendhilfe – Jugendpsychiatrie. Interdisziplinäre Kooperation. Weinheim, München, S. 59–68.

Schrapper, Ch. & Spies, A. (2004): Jung sein im Westerwald. In: Schrapper, Ch. (Hrsg.): Sozialpädagogische Forschungspraxis. Weinheim, S. 187–195.

Schrapper, Ch. & Zimmer, A. (Hrsg.) (2006): Zukunft der Erziehungsberatung. Herausforderungen und Handlungsfelder. Weinheim, München.

Schrapper, Ch. (2007): Kinderschutz – eine gemeinsame Aufgabe?! Universität Koblenz-Landau Campus Koblenz. FB 1 Bildungswissenschaften. Institut für Pädagogik. Koblenz.

Schreiber, N. (2007): Wissenschaftliche Begleitstudien zur Einführung der Bildungspläne in den Kindertageseinrichtungen von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein – Konzeption, Methoden und Ergebnisse. In Textor, R. M. (Hrsg.): Online-Handbuch Kindergartenpädagogik. Quelle: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1623.html> (Zugriff: 15. 11. 2009).

Schreiber, N. (2009): Die Einführung der neuen Bildungspläne in Kindertageseinrichtungen – Ergebnisse von Begleitstudien in drei Bundesländern. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 3, S. 431–437.

Schreiber, N. & Tietze, W. (2008): Familienzentren NRW: Familienzentren im Entwicklungsprozess. Die Perspektive von Einrichtungen und Eltern. Arbeitsbericht 1 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“. PädQUIS. Berlin.

Schulte, B., Dreas, J. A. & Hassel, H. (2008): Gesundheitsförderung oder Prävention – zwei Wege, ein Ziel? In: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) (Hrsg.): Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis – Prävention und Gesundheitsförderung 4/2008. Berlin, S. 93–98.

Schuster, B. H. (2005): Theoretische Ansätze zur Transformation der Eltern-Kind-Beziehung und zur Autonomieentwicklung bei Heranwachsenden. In: Schuster, B. H., Kuhn H.-P. & Uhlendorff, H. (Hrsg.): Entwicklung in sozialen Beziehungen. Heranwachsende in ihrer Auseinandersetzung mit Familie, Freunden und Gesellschaft. Stuttgart, S. 13–41.

Seibert, H. & Kleinert, C. (2009): Duale Berufsausbildung. Ungelöste Probleme trotz Entspannung. IAB-Kurzbericht 10/2009. Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg.

Sen, F. (2007): Islam in Deutschland. Religion und Religiosität junger Muslime aus türkischen Zuwandererfamilien. In: Wensierski, H.-J. von & Lübcke, C. (Hrsg.): Junge Muslime in Deutschland. Lebenslagen, Aufwuchsprozesse und Jugendkulturen. Opladen, S. 17–32.

Shell Deutschland Holding (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a. M.

Sinus Sociovision (2008): Beruflicher Wiedereinstieg nach der Familiengründung. Bedürfnisse, Erfahrungen, Barrieren. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Sinus Sociovision (2009): Informationen zu den Sinus-Milieus 2009. Sinus Sociovision. Heidelberg.

Six, U. & Gimmler, R. (2007): Förderung von Medienkompetenz im Kindergarten. Eine empirische Studie zu Bedingungen und Handlungsformen der Medienerziehung. Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, Institut für Kommunikationspsychologie, Medienpädagogik und Sprechwissenschaft. Abt. Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik. Landau.

Skrobanek, J. (2007): Junge Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Ausbildung. Ungleiche Platzierung durch Diskriminierung? In: Soziale Probleme 18, Heft 2, S. 113–138.

Sozialministerium Baden-Württemberg (2004): Landesjugendbericht Baden-Württemberg für die 13. Legislaturperiode. Stuttgart.

Späth, K. (2002): Bildung, Kultur, Migration, Gesundheit – Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 2/2002, S. 138–147.

SPD-Bundestagsfraktion (2009): Ansprechpartner für Sekten- und Weltanschauungsfragen. Übersicht nach Bundesländern. Berlin.

Spürk, D. (2006): Wie ist die Zugehörigkeit von Eltern/Sorgeberechtigten zu sog. „Sekten“ und „Psychogruppen“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung einzuschätzen? In: Kindler, H., Lillig, S., Blüml, H., Meysen, T. & Werner, A. (Hrsg.): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München.

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2006): Staatszeitung, Sonderdruck II/2006. Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck am 30.05.2006: „Im Auftrag der Menschen. Gemeinsam den Aufbruch gestalten“. Mainz.

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008): Für unser Land. Halbzeitbilanz der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2006–2008. Mainz.

Statistische Ämter der Großregion (Hrsg.) (2008): Statistiques en bref – Statistische Kurzinformationen Saar Lor Lux Rheinland-Pfalz Wallonie. Luxembourg.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2007a): Kindertagesbetreuung regional 2006. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007b): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1 – Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Ausgabe 2007. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2008a): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2008b): Kindertagesbetreuung regional 2007. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008c): Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006. Ausgabe 2008. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2009): Demografischer Wandel in Deutschland H. 3. Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2004): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Tageseinrichtungen für Kinder am 31. 12. 2002. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006a): Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006b): Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008a): Bildungsstand der Bevölkerung. Ausgabe 2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008b): Elterngeld für Geburten 2007 nach Kreisen. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008c): Fachserie 1 Reihe 4.1.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen Bd. 2: Deutschland 2007. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008d): Fachserie 12 Reihe 3 Gesundheitswesen. Schwangerschaftsabbrüche 2007. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008e): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15. 03. 2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008f): Fachserie 1 Reihe 2.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008g): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen. Ausgabe 2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008h): Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland. Statistical Yearbook 2008 for the Federal Republic of Germany. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009a): Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009b): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen 2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009c): Hochschulen auf einen Blick. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009d): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009e): Statistisches Jahrbuch 2009 für die Bundesrepublik Deutschland. Statistical Yearbook 2009 for the Federal Republic of Germany. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009f): Verkehrsunfälle – Kinderunfälle im Straßenverkehr 2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009g): 2009: Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung. Pressemitteilung Nr. 427 vom 11.11.2009. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2005a): 252 junge Straftäter sitzen in Justizvollzugsanstalten ein – Diebstahl und Unterschlagung häufigster Einweisungsgrund. Pressemeldung Nr. 163 vom 10.10.2005. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2005b): Kurzpräsentation Gewicht vom 06.06.2005. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007a): Alternative Familienformen immer häufiger anzutreffen. Anteil „traditioneller“ Familien sinkt. Pressemitteilung Nr. 181 vom 12.12.2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007b): Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Tageseinrichtungen. Pressemitteilung Nr. 137 vom 21.09.2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007c): Rheinland-Pfalz 2050. Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorberechnung (Basisjahr 2006). Statistische Analysen Nr. 7. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007d): Jugendämter nahmen mehr Kinder und Jugendliche in Obhut. Pressemitteilung Nr. 101 vom 19.07.2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007e): Kurzpräsentation Rauchen vom 01.10.2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008a): 18 Prozent der Rheinland-Pfälzer haben Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 180 vom 26.11.2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008b): Ehepaar mit Kindern immer noch dominierende Familienform. Pressemitteilung Nr. 117 vom 22.07.2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008c): Haushalte und Familien 2007. Ergebnisse des Mikrozensus. Statistische Berichte, Oktober 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008d): Immer mehr unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen oder in Tagespflege. Pressemitteilung Nr. 158 vom 30.09.2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008e): Jede fünfte Mutter mit Kleinkind geht arbeiten. Pressemitteilung Nr. 76 vom 09.05.2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008f): Jede vierte rheinland-pfälzische Familie mit Kindern unter 18 Jahren hat Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 116 vom 22.07.2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008g): Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz. Ein Vergleich in Zahlen. Ausgabe 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008h): Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Statistische Analysen Nr. 10. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008i): Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2007. Erhebung nach dem Weiterbildungsgesetz. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008k): Weltkindertag am 20. September. Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung so niedrig wie noch nie. Pressemitteilung Nr. 152 vom 19. 09. 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008l) (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008m) (Hrsg.): Datenband zur Integration und Migration in Rheinland-Pfalz. Datenlieferung an die Enquete-Kommission „Integration und Migration“ des rheinland-pfälzischen Landtages. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008n): Jeder 13. Einwohner hat einen Schwerbehindertenausweis – Fast 319.000 Personen in Rheinland-Pfalz betroffen. Pressemitteilung Nr. 111 vom 04. 07. 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008o): Sozialhilfe 2006 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Empfängerinnen und Empfänger am 31. 12. 2006. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008p): Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Statistische Analysen Nr. 10. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008q): Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2007/2008. Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008r): Wohngeld im Jahre 2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008s): So viele Studienanfänger wie noch nie. Pressemitteilung Nr. 186 vom 02. 12. 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2008t): Sozialhilfe 2007 – Einnahmen und Ausgaben. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009a): Die meisten Erwerbstätigen pendeln nicht mehr als 25 Kilometer. Pressemitteilung Nr. 52 vom 29. 04. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009b): Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen seltener höhere Schulabschlüsse. Pressemitteilung Nr. 14 vom 03. 02. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009c): Schülerzahlen sinken weiter. Trend zu höheren Abschlüssen hält an. Pressemitteilung Nr. 2 vom 07. 01. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009d): Zahl der Neugeborenen hat im Jahr 2008 nicht mehr zugenommen. Pressemitteilung Nr. 22 vom 27. 02. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(Hrsg.) (2009e): Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2008/09. Statistische Berichte. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(Hrsg.) (2009f): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2008. Ergebnisse des Mikrozensus. Statistische Berichte. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009g): Bundestagswahl 2009. Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
(2009h): Europawahl am 07. 06. 2009. Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009i): Ausbildungsförderung. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009j): Girls Day 2009 – Mädchen wählen häufig eine Ausbildung im Handel oder im kaufmännischen Bereich – Jungen bevorzugen technische Berufe. Pressemitteilung Nr. 46 vom 20. 04. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009k): Studienanfänger- und Absolventenquote erneut gestiegen. Rheinland-Pfalz schneidet bei der Hochschulausbildung gut ab. Tabellensammlung zu „Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ erschienen. Pressemitteilung Nr. 127 vom 09. 09. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009l): Wieder mehr Bafög-Empfängerinnen und -Empfänger – Reform hat Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößert. Pressemitteilung Nr. 113 vom 21. 08. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(Hrsg.) (2009m): Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 2/2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009n): Zu viel Alkohol: Immer mehr Jugendliche landen im Krankenhaus – Zahl der Behandlungsfälle steigt auch bei Erwachsenen. Pressemitteilung Nr. 19 vom 18. 02. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009o): Schwerbehinderte Menschen am 31. 12. 2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009p): Haushalte und Familien 2008 – Ergebnisse des Mikrozensus. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009q): Über 90 Prozent der rheinland-pfälzischen privaten Haushalte besitzen Geldvermögen. Verteilung des Vermögens unterschiedlich. Pressemitteilung Nr. 101 vom 22. 07. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009r): Erwerbstätigkeit erreichte im Jahr 2008 neuen Höchststand. Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um 24.000. Pressemitteilung Nr. 9 vom 22. 01. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009s): Sozialhilfe 2007 – Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009t): Sozialhilfe 2007 – Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. 12. 2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009u): Unfälle mit Personenschäden bis Ende August 2009 rückläufig – Weniger Verletzte und Todesopfer als im Vorjahreszeitraum. Pressemitteilung Nr. 148 vom 21. 10. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009v): Straßenverkehrsunfälle 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009w): Familien in Rheinland-Pfalz – In jeder zweiten Familie lebt ein Kind. Pressemitteilung Nr. 100 vom 21. 07. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009x): Armutsgefährdung in Rheinland-Pfalz niedriger als im Bundesdurchschnitt – Erwerbslose und Alleinerziehende besonders stark betroffen. Pressemitteilung Nr. 61 vom 18. 05. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009y): Bevölkerung schrumpft immer stärker. Über 17.000 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler weniger. Pressemitteilung Nr. 89 vom 03. 07. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009aa): Kurzpräsentation Bevölkerungsentwicklung vom 31. 08. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009ab): Kurzpräsentation Haushalte und Familie vom 29. 06. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009ac): Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Tageseinrichtungen. Auch Betreuung in geförderter Tagespflege nimmt zu. Pressemitteilung Nr. 153 vom 28. 10. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(Hrsg.) (2009ad): Bevölkerung 2008 – Bevölkerungsrückgang beschleunigt sich. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 08/2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009ae): Sozialhilfe 2007 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Empfängerinnen und Empfänger am 31. 12. 2007. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009af): Kindertagesbetreuung 2009. Weiterer Anstieg der Betreuungsquoten. In: Statistische Monatshefte 12/2009. Bad Ems, S. 911–920.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009ag): Kurzpräsentation: Allgemeinbildende Schulen vom 07. 07. 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009ah): Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09. Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an. In: Statistische Monatshefte 5/2009. Bad Ems, S. 340–351.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(Hrsg.) (2009ai): Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2009. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(2009aj): Jeder siebte Einwohner armutsgefährdet – Quote 2008 für Rheinland-Pfalz liegt im Bundesdurchschnitt. Pressemitteilung Nr. 181 vom 15. 12. 2009. Bad Ems.

Steidle, H. (2007): Aktuelle familienpolitische Entwicklungen in Europa am Beispiel der familienunterstützenden Dienstleistungen (FuD). Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Berlin.

Steinbach, A. (2004): Soziale Distanz: Ethnische Grenzziehung und die Eingliederung von Zuwanderern in Deutschland. Wiesbaden.

Stollwerk, N. (2007): Freizeitmöglichkeiten. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 354.

Strätz, R. & Demandewitz, H. (2005): Beobachten und Dokumentieren in Tageseinrichtungen für Kinder. Weinheim, Basel.

Stuck, A. & Wolf, B. (2004): Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Empirische Ergebnisse aus Sicht von Eltern und Erzieherinnen. Aachen.

Tertilt, H. (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt a. M.

Thomé, H. (2008): Folien zum SGB II unter Einbeziehung der aktuellen gesetzlichen Änderungen und Rechtsprechung. Wuppertal.

UNICEF (2007): UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in Industrieländern – Deutschland nur Mittelmaß. Wie sorgt Deutschland für seine Kinder – internationaler Vergleich. Köln.

UNICEF (2008): Information. UNICEF-Studie zur Kinderbetreuung in den OECD-Staaten. Gleiche Chancen fangen bei den jüngsten Kindern an. Köln.

UNICEF Innocenti Research Centre (2008): The child care transition. A league table of early childhood education and care in economically advanced countries. Report Card 8. Florence.

Universität Koblenz- Landau (2001): Spiel-Raum-Stadt. Spiel- und Aktionsräume von Kindern in der Stadt Koblenz. Institut für Pädagogik. Koblenz.

Universität Koblenz-Landau (2007): Junge Menschen zwischen Jugendhilfe und Justiz – Situation, Konzepte und Perspektiven öffentlicher Sorge für delinquente Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz. Koblenz.

Veil, M. (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2003, S. 12–21.

Voges, W., Jürgens, O., Mauer A. & Meyer E. (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht. Bremen.

Walper, S. & Krey, M. (2009): Familienbeziehungen nach Trennungen. In: Lenz, K. & Nestmann, F. (Hrsg.): Handbuch. Persönliche Beziehungen. Weinheim, München, S. 715–744.

Wensierski, H.-J. von & Lübcke, C. (Hrsg.) (2007): Junge Muslime in Deutschland. Lebenslagen, Aufwuchsprozesse und Jugendkulturen. Opladen.

Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2007): Muslime in Deutschland: Religion, Integration, Toleranz und Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaat. Abschlussbericht. Hamburg.

Willekens, H. (2009): How and Why Belgium Became a Pioneer of Preschool Development. In: Scheiwe, K. & Willekens, H. (Hrsg.): Childcare and Preschool Development in Europe. Institutional Perspectives. London, S. 43–56.

World Vision Deutschland (Hrsg.) (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt am Main.

Internetquellen

Das letztmalige gültige Abrufdatum für alle Internetquellen ist der 14. 01. 2010.

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz (ADD): Ganztagschulen (www.add.rlp.de).

Bertelsmann Stiftung: Demographischer Wandel setzt Schulsystem unter Druck. Aktuelle Bildungsdaten für alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern (www.bertelsmann-stiftung.de).

BKK: Fit von klein auf. BKK Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten (<http://fitvonkleinauf.de>).

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Deutschland. Schnellübersichten (<http://statistik.arbeitsagentur.de>).

Bundesagentur für Arbeit: Detaillierte Informationen – Kreisdaten (<http://www.pub.arbeitsagentur.de>).

Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) (<http://www.pub.arbeitsagentur.de>).

Bundesagentur für Arbeit: Jugendarbeitslosigkeit (<http://www.pub.arbeitsagentur.de>).

Bundesarbeitskreis der FÖJ-Träger: Erfolgreiche Ehemaligenarbeit im FÖJ gemeinsam gestalten. Dokumentation der ersten Arbeitstagung im Projekt „Ehemaligenarbeit im FÖJ“ (<http://ehemaligenprojekt.foej.org>).

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Ganztagschulen. Zeit für mehr (<http://www.ganztagschulen.org>).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr im Überblick (<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Engagementpolitik/fsj-foej,did=12150.html>).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Übersicht zu Anlaufstellen FSJ/FÖJ (<http://www.bmfsfj.de>).

Bundesministerium für Gesundheit: Die KiGGS-Studie wird fortgesetzt – erste Datenerhebungen laufen (<http://www.bmg.bund.de>).

Bundeszentrale für politische Bildung: Info 03.05: Gemeindeordnungen der Bundesländer [Auszüge] (<http://www.bpb.de>).

Deutscher Familienverband: Armut in der Familie. Hintergrundinformationen – Fakten – Forderungen (<http://www.deutscher-familienverband.de>).

Europa-Haus Marienberg: Internationale Informations- und Bildungsstätte. Öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts (<http://www.europa-haus-marienberg.de>).

FÖJ-Rheinland-Pfalz: FÖJ-KUR und FÖJ-Ring (<http://www.foej-rlp.de>).

Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) Rheinland-Pfalz: (<http://www.foej-rlp.de>).

FSJ-Kultur: Ganztagschulen. Freiwilliges Soziales Jahr (<http://www.fsj-ganztagschule.de>).

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz: Satzung zur Einrichtung einer Jugendvertretung. GstB-Nachrichten Nr. 0174 vom 08.06.2004 (<http://www3.kommunalbrevier.de>).

Gesundheitsberichterstattung des Bundes: (<http://www.gbe-bund.de>).

Gewalt tut weh: Beratungsstellen Täter-Opfer-Ausgleich in Rheinland-Pfalz: (<http://www.gewalt-tut-weh.bildung-rp.de>).

Gewalt tut weh: Deeskalationstraining: (<http://www.gewalt-tut-weh.bildung-rp.de>).

**Hochschule Magdeburg-Stendal (FH),
FB Sozial- und Gesundheitswesen:** Aktionsprogramm „Kinder – Umwelt – Gesundheit“ (<http://www.kinderumweltgesundheit.de>).

International Society for Child Indicators (ISCI): (<http://www.childindicators.org>).

Johannes Gutenberg-Universität Mainz: „MaiStep“ gestartet. Mainzer Kinder- und Jugendpsychiatrie setzt Fokus auf Essstörungen (<http://www.uni-mainz.de>).

Jugend für Europa: Deutsche Agentur für das EU-Programm Jugend in Aktion (<http://www.jugendfuereuropa.de>).

Jugendmigrationsdienst: Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund (http://jmd-portal.de/_template.php?browser=ie).

Jugendmigrationsdienst: JMD in Rheinland-Pfalz (<http://www.jmd-portal.de>).

Jugend.rlp.de: (<http://www.jugend.rlp.de>).

Jugend.rlp.de: Arbeit/Beruf: Kompetenzagenturen (<http://www.jugend.rlp.de>).

Jugend.rlp.de: Förderung der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz (<http://www.jugend.rlp.de>).

Jugend.rlp.de: Jugendpolitik und politische Jugendbildung (<http://www.jugend.rlp.de>).

Jugend.rlp.de: Juleica (<http://www.jugend.rlp.de>).

Junge Musik Rheinland-Pfalz: (<http://www.junge-musik.rlp.de>).

Landesjugendhilfeausschuss: Beschlussvorlage des Landesjugendhilfeausschusses. Fachempfehlung zur arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit im Freistaat Sachsen (<http://www.slhs.sachsen.de>).

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.: Dramatische Finanzlage in Rheinland-Pfalz. Jugendverbände fördern: Jugendarbeit darf nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen (http://www.ljr-rlp.de/cms/front_content.php?idcatart=194&lang=1&client=1).

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.: Ergebnisse zum Dorf.test. Jugend mischt mit (<http://www.ljr-rlp.de>).

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.: Info-aktuell. Sonderausgabe zur Landtagswahl. Ausgabe 3/06 (<http://www.ljr-rlp.de>).

KGSt IKO-Netz: KGSt IKO-Netz (<http://www.kgst.de>).

Kompetenzagenturen: Kompetenzagenturen in Rheinland-Pfalz. Standorte Rheinland-Pfalz (<http://www.kompetenzagenturen.de>).

Kulturland Rheinland-Pfalz: (<http://www.kulturland.rlp.de>).

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV): Jugendstrafverfahren. Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Justiz und Polizei (<http://www.lsjv.rlp.de>).

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (LAGZ): (<http://www.lagz-rlp.de>).

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (LAGZ): Aktivprogramm Zahnvorsorge (<http://www.lagz-rlp.de>).

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege (LAGZ): Gruppenprophylaxe: In Miniclubs/ Krabbelgruppen (<http://www.lagz-rlp.de>).

Landesjugendorchester Rheinland-Pfalz: (<http://www.ljo-rlp.de>).

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.: Info. Sonderausgabe zur Landtagswahl. 3/06 April 2006 (<http://www.ljr-rlp.de>).

Landessportbund Rheinland-Pfalz:
(<http://www.lsb-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Elternschule für Koblenz, Neuwied und den Kreis Mayen-Koblenz. Veranstaltungen und Training für Eltern (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Magersucht und Bulimie – Ursachen und Auswege Kompetenznetz Essstörungen informiert über Hotline (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Move (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Netzbildung für Kinder aus suchtbelasteten Systemen in Rheinland-Pfalz (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Plakat „Ich bin geimpft – Du auch?“ (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Skoll Selbstkontrolltraining in Rheinland-Pfalz (<http://www.lzg-rlp.de>).

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.: Viva Familia. Lokale Bündnisse für Familie RLP (<http://www.lokale-buendnisse-rlp.de>).

Landtag Rheinland-Pfalz:
(www.fruehgeborene-rlp.de).

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz:
(<http://www.justiz.rlp.de>).

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz:
Häuser des Jugendrechts (<http://www.justiz.rlp.de>).

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz:
Justizvollzug. Überblick, Personal, Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten (<http://www.justiz.rlp.de>).

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz:
Strafverfolgungsstatistik (<http://www.justiz.rlp.de>).

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz: Dorferneuerungswettbewerb „Kinder- und jugendfreundliche Dorferneuerung“ (<http://www.ism.rlp.de>).

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Familienferien (<http://www.masfg.rlp.de>).

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Frühförderung (<http://www.masfg.rlp.de>).

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: Online-Suche Rheinland-Pfalz (<http://www.masfg.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz: Spielleitplanung (www.spielleitplanung.de).

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg: Jugend- und Familienministerkonferenz. 2007 (<http://www.mbj.brandenburg.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Ahnen: 122 Realschulen plus starten zum Schuljahr 2009/2010 (<http://www.realschuleplus.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Aktionsplan Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Kinderbelange im Verkehrsbereich stärker berücksichtigen (<http://kinderrechte.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Aktionsplan Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Spielleitplanung – Städte und Gemeinden für Kinder und mit Kindern planen und gestalten (<http://www.kinderrechte.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Aktionsplan Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Wohnen mit Kindern erleichtern (<http://www.kinderrechte.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Bildungswege in Rheinland-Pfalz – Viele Wege führen zum Ziel (<http://www.mbwjk.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Keyfacts Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz (http://www.kita.bildung-rp.de/fileadmin/downloads/PDF_s/Daten_Fakten_Analysen/Keyfacts_Kindertagessttten_MAI_2009.pdf).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Kinderrechte. Schutz vor Gewalt und Missbrauch (<http://www.mbwjk.rlp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Kita-Server (<http://www.kita.bildung-rp.de>).

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz: Kultur (<http://www.mbwjk.rlp.de>).

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz: Im August starten in Rheinland-Pfalz 120 Schulabgänger in ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr – Margit Conrad lobt Engagement (<http://www.mufv.rlp.de>).

Museumsverband Rheinland-Pfalz: Museumspädagogik, Abenteuer Museum – Museen für Kids Suche (<http://www.museen.rlp.de>).

Netzwerk Partizipation: Kinder- und Jugendpolitische Landkarte (<http://net-part.mbwjk.rlp.de>).

Netzwerk Partizipation: Was sind „Kommunale Jugendvertretungen“ (<http://net-part.mbwjk.rlp.de>).

OECD: Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland (www.oecd.org).

Polizei Rheinland-Pfalz: (<http://www.polizei.rlp.de>).

Polizei Rheinland-Pfalz: Der Beauftragte für Jugendsachen (<http://www.polizei.rlp.de>).

Polizei Rheinland-Pfalz: Polizeiliche Kriminalstatistik 2007 (<http://www.polizei.rlp.de>).

Prognos: Engagementatlas 2009: Was nützt bürgerschaftliches Engagement. Daten, Hintergründe, Volkswirtschaftlicher Nutzen (<http://zukunftsfonds.generalideutschland.de>).

Landesregierung Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz beteiligt sich am EU-Schulobstprogramm (<http://www.rlp.de>).

Staatkanzlei Rheinland-Pfalz: Wir tun was. Die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und Bürgerengagement (<http://www.wir-tun-was.de>).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Hier finden Sie Informationen zu folgenden Themen (<http://www.Statistik-Portal.de>).

Statistisches Bundesamt: Verkehr – Achtung! Schulanfang erhöht die Unfallgefahr für Kinder (<http://www.destatis.de>).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Gesundheitsberichterstattung Rheinland-Pfalz – Statistische Basisdaten (<http://www.infothek.statistik.rlp.de>).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz:

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten sowie Verwaltungsbezirken (<http://www.statistik.rlp.de>).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz:

Schulwahl der Grundschulabsolventen 2008 zu weiterführenden Schulen im Schuljahr 2008/09, Anteile in % (<http://www.statistik.rlp.de>).

Tigerkids: Adipositasprävention im Kindergarten.

TigerKids – Wir bewegen Kinder (<http://www.tigerkids.de>).

Verein für Gemeindenahe Psychiatrie e. V.:

Psychisch kranke Eltern (<http://www.gemeindenahe-psychiatrie-rlp.de>).

Abkürzungsverzeichnis

ALG II	Arbeitslosengeld II	DJI	Deutsches Jugendinstitut
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften	DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V.
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst	ESF	Europäischer Sozialfonds
AufentG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
BAJ	Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz e. V.	Gbe	Gesundheitsberichterstattung des Landes Rheinland-Pfalz
BEE	Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz	GdB	Grad der Behinderung
BIAJ	Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e. V.	GG	Grundgesetz
BiBB	Bundesinstitut für Berufsbildung	GStB	Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
BJK	Bundesjugendkuratorium	HiH	Hilfen in Heimen (Heimplatzvermittlung)
BKK	Berufskrankenkassen	Hze	Hilfen zur Erziehung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
BMI	Body-Mass-Index	IJAB	Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung	ICD-10	International Classification of Disease (Internationale Klassifikation der Krankheiten, 10. Revision)
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	ISA	Institut für Soziale Arbeit e. V.
CWI	Child and Youth Well-being Index	ISCI	International Society for Child Indicators
DAJ	Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege	ism	Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V.
DBS	Deutsche Bibliotheksstatistik	JFDG	Jugendfreiwilligendienste
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	JFMK	Jugend- und Familienministerkonferenz
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung		

JGG	Jugendgerichtsgesetz	MmM	Menschen mit Migrationshintergrund
JGH	Jugendgerichtshilfe	MoM	Menschen ohne Migrationshintergrund
JMD	Jugendmigrationsdienst	PISA	Program for International Student Assessment (Programm zur internationalen Schülerbewertung)
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz	PKD	Pflegekinderdienst
KiGGS	Kinder- und Jugendgesundheitsurvey	POLIS	Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz/SGB VIII	RKI	Robert-Koch-Institut
KFN	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen	SchulG	Schulgesetz
LAGZ	Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Rheinland-Pfalz	SDW	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
LKindSchuG	Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit	SGB VIII	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfe
LBS	Landesbausparkasse – Bausparkasse der Sparkassen (Kinderbarometer)	SOEP	Socio Economic Panel (sozioökonomisches Panel)
LIS	Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	TuS	Trennungs- und Scheidungsberatung
LSB	Landessportbund Rheinland-Pfalz	TVBZ	Tatverdächtigenbelastungsziffern
LSJV	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz	U1 – U9	Vorsorgeuntersuchungen bei unter 6-Jährigen
LZG	Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.	UMF	Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling
MASFG	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz	UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund (Weltkinderhilfswerk der UNO)
MASGFF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz	WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
MBFJ	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz		
MBWJK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz		
MUFV	Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz		

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Familien nach Familientypen.....	69	Tabelle 13: Teilnehmende an Maßnahmen der Jugendarbeit nach Art der Maßnahme und Trägern in Rheinland-Pfalz.....	151
Tabelle 2: Privathaushalte 2005 bis 2008 nach Haushaltsgröße und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen	77	Tabelle 14: Förderung der Jugendarbeit 2007 – 2010 des Landes Rheinland-Pfalz (Beträge in Euro).....	153
Tabelle 3: Sozialleistungen in Rheinland-Pfalz..	93	Tabelle 15: Anzahl der Teilnahmetage in Bildungsmaßnahmen der Jugendverbände im Jahr 2008, die über Mittel des MBWJK (Landesjugendplan) gefördert wurden, nach Auskunft des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e. V.	156
Tabelle 4: Übersicht über (aktuelle) Veröffentlichungen zum Thema „Gesundheit“ nach Herausgeber.....	101	Tabelle 16: Förderung kultureller Bildung im Rahmen des Landesjugendplans (2007 bis 2010)	164
Tabelle 5: Schwerpunktthemen in den fünf Altersstufen.....	103	Tabelle 17: Teilnehmende an Rucksackschule 2008.....	167
Tabelle 6: Unter- und Übergewicht der Jungen und Mädchen.....	113	Tabelle 18: Ausgewählte Landesmittel für Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendarbeit	167
Tabelle 7: Krankenhäuser und Tageskliniken mit Fachabteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie 2008.....	116	Tabelle 19: Auswahl an Landesmitteln für Kinder- und Jugendschutz und Jugendarbeitsschutz.....	173
Tabelle 8: Frauen mit Essstörungen in Suchtberatungsstellen (Einmalkontakte nicht gezählt)	119	Tabelle 20: Ausgewählte Veröffentlichungen der Landesministerien im Aufgabenfeld „Hilfen zur Erziehung“	174
Tabelle 9: Wegen akuter Alkoholintoxikation vollstationär behandelte Kinder und Jugendliche 1995 bis 2005	120	Tabelle 21: Jugendliche Strafgefangene – Delikte, unter 21-jährige am 31.03.2005	194
Tabelle 10: Altersstruktur der Hilfesuchenden in den Suchtberatungsstellen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006	123	Tabelle 22: Schulanfängerinnen und -anfänger 1998 – 2008 nach Einschulungsart und Schulart	203
Tabelle 11: Behandlungsdaten der stationären Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe.....	123	Tabelle 23: Schulanfängerinnen und -anfänger an Grundschulen 2008 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund	203
Tabelle 12: Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen nach täglicher Betreuungszeit am 15.03.2008 nach Bundesländern (Angaben absolut und in %)	136		

Tabelle 24: Grundschulempfehlungen und tatsächliche Schulwahl im Jahr 2008.....	207	Tabelle 38: Kennzahlen zum Indikator 1 „Demografie“	280
Tabelle 25: Nichtversetzte im Schuljahr 2007/08 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund	210	Tabelle 39: Kennzahlen zum Indikator 2 „Materielle Lage“	281
Tabelle 26: Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund	211	Tabelle 40: Kennzahlen zum Indikator 3 „Wohnumfeld“	283
Tabelle 27: Entlassungen der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen.....	213	Tabelle 41: Kennzahlen zum Indikator 4 „Migration“	284
Tabelle 28: Schularten und Ganztagsangebot in absoluten Zahlen und %	214	Tabelle 42: Kennzahlen zum Indikator 5 „Elterngeld“	285
Tabelle 29: Wechsel zwischen Förderschulen und sonstigen allgemeinen Schularten 2006/07 nach Ländern.....	220	Tabelle 43: Kennzahlen zum Indikator 6 „Partizipationsangebote“	281
Tabelle 30: Abkürzungen nach Auskunft der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion	221	Tabelle 44: Kennzahlen zum Indikator 7 „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“	286
Tabelle 31: Entwicklung der Schülerzahlen an den Förderschulen nach Förderschwerpunkten.....	223	Tabelle 45: Kennzahlen zum Indikator 8 „Verhalten und Risiken“	287
Tabelle 32: Ziele der Schulsozialarbeit.....	224	Tabelle 46: Kennzahlen zum Indikator 9 „Bildung, Betreuung und Erziehung“	290 ff.
Tabelle 33: Schulische Vorbildung der Auszubildenden (2006).....	226	Tabelle 47: Kennzahlen zum Indikator 10 „Aktivitäten“	294
Tabelle 34: Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund	227	Tabelle 48: Kennzahlen zum Indikator 11 „Beziehung zu den Eltern“	296
Tabelle 35: Spielleitplanung – durchführende Gemeinden	237	Tabelle 49: Kennzahlen zum Indikator 12 „verschlossene Teilhabechancen“	297
Tabelle 36: Modellformen nach Net-Part.....	239	Tabelle 50: Kennzahlen zum Indikator 13 „Gesundheit/Stress“	297
Tabelle 37: Die 28 Indikatoren des FCD-Land-Index (The 28 key measures used in the FCD-Land Index)	267	Tabelle 51: Kennzahlen zum Indikator 14 „Sicherheit in Kita und Schule“	298
		Tabelle 52: 0- bis 6-Jährige in den Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz 2007	329

Tabelle 53: Lebendgeborene und Schwangerschaftsabbrüche nach Bundesländern 2007.....	330	Tabelle 65: Anteil Frauen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Anteil unter 3-Jähriger in Kindertageseinrichtungen nach Verwaltungsbezirken 2008	342
Tabelle 54: Schwangerschaftsabbrüche nach Alter, Familienstand und Lebendgeborenen der Frauen 2007 (Prozent).....	331	Tabelle 66: Genehmigte Plätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen von Rheinland-Pfalz 2005 bis 2009	343
Tabelle 55: Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeborene 1990 bis 2007	331	Tabelle 67: Verfahren der Sprachstandsfeststellung und Alter der Kinder zum Erhebungszeitpunkt nach Bundesländern	344
Tabelle 56: Formen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Bundesländern 2006 (Prozent)	332	Tabelle 68: Anteil 5-Jähriger in Maßnahmen der Sprachförderung 2008/09	345
Tabelle 57: Erwerbsbeteiligung von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes (Prozent).....	333	Tabelle 69: Teilnehmende an geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen“ nach Veranstaltungsmodulen 2006 bis 2008	347
Tabelle 58: Armutsgefährdungsquoten in Rheinland-Pfalz nach soziodemografischen Merkmalen 2007 (Prozent)	333	Tabelle 70: Konsultationskindertagesstätten nach Verwaltungsbezirken, Orten und Themenschwerpunkten.....	348
Tabelle 59: Elterngeld für 2007 geborene Kinder nach Verwaltungsbezirken	335	Tabelle 71: Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Bundesländern 2007/08.....	349
Tabelle 60: Kindertageseinrichtungen, genehmigte Plätze und betreute Kinder nach Verwaltungsbezirken 2008	337	Tabelle 72: Anzahl der Inobhutnahmen 2005 bis 2008	350
Tabelle 61: Rechnerische Fachkraft-Kind-Relation in Gruppen mit Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt nach Bundesländern 2008 (Mittelwerte).....	338	Tabelle 73: Kooperationspartner im Bereich Früher Hilfen 2008 (Prozent).....	352
Tabelle 62: Kinder in Tageseinrichtungen nach Alter und Betreuungsumfang 2008.....	339	Tabelle 74: Familienunterstützende örtliche Institutionen nach Verwaltungsbezirken	355
Tabelle 63: Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen nach Verwaltungsbezirken 2008/09 (Prozent der Altersgruppe)	340	Tabelle 75: Vielfalt familienunterstützender Einrichtungen nach Verwaltungsbezirken	356
Tabelle 64: Besuch der Kindertageseinrichtungen (Besuchsquote) nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken 2008 (Prozent).....	341	Tabelle 76: Child-Well-being-Index und Angebot familienunterstützender Einrichtungen nach Verwaltungsbezirken	357

Tabelle 77: 15- bis unter 18-jährige Bevölkerung, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung und 18- bis unter 21-jährige Bevölkerung nach Verwaltungsbezirken am 31. 12. 2007	369	Tabelle 87: Schulentlassene mM, Schulabsolventinnen und -absolventen mM mit (Fach-)Hochschulreife in Prozent aller Schulentlassenen mM sowie Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss nach Verwaltungsbezirken im Schuljahr 2006/07	404
Tabelle 78: Jugendquotient 2007 sowie Bevölkerungsvorausberechnung für die 15- bis unter 18-jährigen und 18- bis unter 21-jährigen 2006 bis 2020 nach Verwaltungsbezirken in %	372	Tabelle 88: Nicht-deutsche Tatverdächtige nach Alter	410
Tabelle 79: Schwerbehinderte Menschen von 12 bis unter 18 Jahren und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Altersgruppe nach Verwaltungsbezirken am 31. 12. 2007	374	Tabelle 89: Verurteilte nach Strafverfolgungsstatistik und Nationalität	410
Tabelle 80: Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen nach Schulformen zum Ende des Schuljahres 2007/08 und 2008/09	380	Tabelle 90: Strafgefangene nach Nationalität..	410
Tabelle 81: Schulabgängerinnen und -abgänger aus berufsbildenden Schulen nach Schulformen und Abschlussarten zum Ende des Schuljahres 2006/07	381	Tabelle 91: Daten zu Rheinland-Pfalz und seinen europäischen Nachbarn	416
Tabelle 82: Junge Arbeitslose je 1.000 Personen der Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahren 2007, Arbeitslosenquote für junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren im Januar 2009 nach Verwaltungsbezirken	387	Tabelle 92: Größte Probleme aus der Sicht der 15- bis 18-jährigen in den Mitgliedsländern der EU 2008 (Antwortvorgaben; Prozent)	418
Tabelle 83: Tatverdächtige nach Altersklassen, Anteil an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen 2008 in %	392	Tabelle 93: 15-Jährige nach Migrationshintergrund und Familiensprache 2006 (Prozent)	418
Tabelle 84: Junge Menschen mit Migrationshintergrund nach Alter der Kinder	399	Tabelle 94: Anteile der größten Herkunftsguppen an der Gesamtzahl der Einwanderer in den Jahren 1995 bis 2004 (Prozent)	419
Tabelle 85: Zu- und Fortzüge unter 20-Jähriger	400	Tabelle 95: „Lerne die Sprache des Nachbarn“, Einsatz von Fachkräften mit interkultureller Kompetenz und für Aussiedlerkinder nach Verwaltungsbezirken (Prozent)	422
Tabelle 86: Schulabgangsstatistik	402	Tabelle 96: Schulen mit bilinguaem Unterricht nach Verwaltungsbezirken (Anzahl)	424
		Tabelle 97: Schulpartnerschaften im EU-Programm „Comenius“ nach Verwaltungsbezirken (Anzahl Schulen)	427
		Tabelle 98: Partnerschulen rheinland-pfälzischer Schulen im EU-Programm „Comenius“ im Förderzeitraum 2007 bis 2009 nach Ländern (Anzahl)	428

Tabelle 99: Fördermittel für internationale Jugendbegegnungen im Landesjugendplan Rheinland-Pfalz 2007 bis 2010 in Euro..... 429

Tabelle 100: Mobilitätsprojekte im EU-Programm „Leonardo da Vinci“ nach Verwaltungsbezirken 2008..... 430

Tabelle 101: Anteil internationaler Studierender an Fachhochschulen und Universitäten nach Bundesländern 2006 (Prozent)..... 431

Tabelle 102: Herkunftsstaaten internationaler Studierender in Deutschland und Rheinland-Pfalz 2006 (Prozent)..... 431

Tabelle 103: Auslandsaufenthalte Studierender in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern 2007 (Prozent)..... 432

Tabelle 104: Deutsche Studierende („Outgoings“) im EU-Programm „Erasmus“ im Hochschuljahr 2006/07 nach Zielländern..... 433

Tabelle 105: Deutsche Studierende („Outgoings“) im EU-Programm „Erasmus“ nach Hochschulen in Rheinland-Pfalz im Hochschuljahr 2006/07 434

Tabelle 106: Daten zum internationalen Austausch junger Menschen und zum Erwerb interkultureller Kompetenzen in Rheinland-Pfalz 435

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufbau des Berichts	53	Abbildung 15: Straßenverkehrsunfälle insgesamt 2007	74
Abbildung 2: Kapitel 2 im Überblick	58	Abbildung 16: Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen im Jahr 2008 unter 15 Jahren (in absoluten Zahlen und %).....	74
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1950 bis 2008	59	Abbildung 17: Verunglückte Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen unter 15 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung 2008 in %	76
Abbildung 4: Wanderungssaldo und natürlicher Saldo 2008 nach Verwaltungsbezirken	60	Abbildung 18: Durchschnittlich verfügbares Einkommen je Einwohner 2006	78
Abbildung 5: Altersaufbau Bevölkerung Rheinland-Pfalz 2008	62	Abbildung 19: Elterngeld pro Monat in Euro, 2007	80
Abbildung 6: Bevölkerung 2008 nach Altersgruppen	63	Abbildung 20: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Rheinland-Pfalz, Nov. 2009)	81
Abbildung 7: Anteil der 0- bis 6- und 14- bis 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	64	Abbildung 21: Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote 15- bis 24-Jährige in %), Januar 2009	82
Abbildung 8: Verteilung der jungen Menschen unter 18 Jahren nach Geschlecht am 31.12.2008 in %	64	Abbildung 22: Die Neuformierung der Leistungssysteme/Änderungen ab 2005	83
Abbildung 9: Verteilung der jungen Menschen unter 18 Jahren nach Nationalität am 31.12.2008 in %	65	Abbildung 23: Empfängergruppen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II am Jahresende 2006	84
Abbildung 10: Ausländer 2007 nach der Herkunft	66	Abbildung 24: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern: Deutschland und Rheinland-Pfalz, Juni 2009	85
Abbildung 11: Bevölkerungsvorausberechnung der unter 20-Jährigen 2000 bis 2050	66	Abbildung 25: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender mit Kindern: Rheinland-Pfalz, Juni 2009	85
Abbildung 12: Bevölkerungsvorausberechnung mittlere Variante, unter 21-Jährige im Zeitraum 2006 bis 2020 in %	67	Abbildung 26: Anteil der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen bis unter 25 Jahre nach SGB II in % bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter, Juli 2009	86
Abbildung 13: Ledige Kinder unter 18 Jahren in Familien nach Familientyp 2008	68		
Abbildung 14: Wohnungen 2007 nach Größe des Wohngebäudes	73		

Abbildung 27: Anteil der Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger unter 15 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in %, 2006.....	86	Abbildung 41: Vier Themenfelder öffentlicher Verantwortung.....	98
Abbildung 28: Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	87	Abbildung 42: Gesundheitsförderung und Prävention nach Waller	102
Abbildung 29: Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII am Jahresende 2007 Rheinland-Pfalz.....	88	Abbildung 43: Häufigkeit des Stillens.....	104
Abbildung 30: Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII am Jahresende 2007 Rheinland-Pfalz – Empfänger/-innen unter 18 Jahren	88	Abbildung 44: Anteil der behinderten Menschen unter 18 Jahren mit Grad der Behinderung von 50 und mehr an gleichaltriger Bevölkerung in %.....	108
Abbildung 31: Empfänger/-innen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2007, Rheinland-Pfalz	89	Abbildung 45: Frühförderzentren	109
Abbildung 32: Bruttoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe je Einwohner 2007	90	Abbildung 46: Anteil der Kinder mit erhöhtem Kariesrisiko an allen untersuchten Schülerinnen und Schülern in % (Schuljahr 2006/07).....	111
Abbildung 33: Wohngeldempfängerhaushalte 2006 Anteil an den Privathaushalten in %	91	Abbildung 47: Krankenhausfälle infolge psychischer und Verhaltensstörungen (F00 – F99) 2007.....	116
Abbildung 34: Anteil der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger am 31.12.2007 an der Gesamtbevölkerung in %	91	Abbildung 48: Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10) 2007.....	116
Abbildung 35: Armutsgefährdungsquoten in %, gemessen am Bundesmedian, Rheinland-Pfalz 2008.....	93	Abbildung 49: Prävalenz von Essstörungssymptomen bei 11- bis 17-Jährigen nach SCOFF (Selbstauskunft der Befragten)	118
Abbildung 36: Armutsgefährdungsquoten in den Planungsregionen, 2007	94	Abbildung 50: Suchtberatungsstellen	122
Abbildung 37: Armutsrisikoquoten nach Herkunft des Haushaltsvorstandes, 2006	94	Abbildung 51: Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut	128
Abbildung 38: Entwicklung der Armutsrisikoquoten in Rheinland-Pfalz (Bundesmedian)	95	Abbildung 52: Anforderungsprofil an Tagesbetreuung für Kinder und Jugendliche	129
Abbildung 39: Entwicklung der Einkommensungleichheit	95	Abbildung 53: Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen am 15.03.2008	130
Abbildung 40: Armutsrisikoquoten nach Datenquellen.....	96	Abbildung 54: Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege 2006 bis 2009	131
		Abbildung 55: Kinder unter 6 Jahren in Tagesbetreuung sowie Betreuungsquoten am 01.03.2009	132

Abbildung 56: Kita-Besuchsquote der 3- bis unter 6-Jährigen am 15. 03. 2008.....	133	Abbildung 69: Standorte der Beratung in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008	147
Abbildung 57: Kita-Besuchsquote der 6- bis 13-Jährigen am 15. 03. 2008.....	134	Abbildung 70: Zuschüsse für Erziehungsberatung im Jahr 2008 in Euro (Teil I).....	148
Abbildung 58: Kinder in Tagesbetreuung 2006 bis 2009 nach dem Alter (in Tausend)	135	Abbildung 71: Zuschüsse für Erziehungsberatung im Jahr 2008 in Euro (Teil II).....	149
Abbildung 59: Betreuungsquote 2006 bis 2009 nach dem Alter.....	135	Abbildung 72: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes in %, Basisjahr 2004	150
Abbildung 60: Plätze für Kinder mit Behinderungen nach Art der Einrichtung 31. 12. 2002 und Kinder mit Behinderungen nach Art der Einrichtung 15. 03. 2006 in den Bundesländern (Anzahl in %)	137	Abbildung 73: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008 in Euro	150
Abbildung 61: Integrative Einrichtungen für Kinder mit Behinderungen in den Bundesländern am 31. 12. 2002 und 15. 03. 2006 (Anzahl in %; Mittelwert)	138	Abbildung 74: Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 2000 bis 2008 in Rheinland-Pfalz.....	151
Abbildung 62: Kinder mit Behinderungen nach Alter.....	139	Abbildung 75: Freie Träger der Jugendhilfe	155
Abbildung 63: Standorte von Angeboten der Familienbildung in Rheinland-Pfalz, 2008..	141	Abbildung 76: Jugendverbände in Rheinland-Pfalz.....	156
Abbildung 64: Verteilung der Landeszuschüsse für Familienbildungsstätten in den Jahren 2008 und 2009 (Angaben in Euro für 2009)....	144	Abbildung 77: Mitglieder in Sportvereinen nach Altersklassen an gleichaltriger Bevölkerung 2008 in %	157
Abbildung 65: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach § 16 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	145	Abbildung 78: Einrichtungen der Jugendbildung	159
Abbildung 66: Anzahl der Erziehungsberatungen nach Bundesländern 2007.....	145	Abbildung 79: Aufgaben kommunaler Jugendarbeit	160
Abbildung 67: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach §§ 17, 18 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	146	Abbildung 80: Eckwert Personal Jugendarbeit, Jugendschutz, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit (Stellen pro 1.000 bis 21-Jährige) im Jugendamt und bei freien Trägern in 2005 (4 Jugendämter ohne Angaben: Koblenz, Kaiserslautern, Zweibrücken, LK Mz-Bingen)	161
Abbildung 68: Beratungsstellen: Eckwert der Beratung nach § 28 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren im Jahr 2007	146	Abbildung 81: Anteil der Musikschülerinnen und -schüler 2009 an gleichaltriger Bevölkerung in %.....	163

Abbildung 82: Anteil der Musikschülerinnen und -schüler 2009 an gleichaltriger Bevölkerung in %.....	163	Abbildung 95: Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz.....	183
Abbildung 83: Standorte Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 2009.....	165	Abbildung 96: Tatverdächtigenentwicklung der unter 21-Jährigen, 2003 bis 2007	187
Abbildung 84: Anteil Entleihungen Kinder- und Jugendliteratur an unter 18-jähriger Bevölkerung 2007	166	Abbildung 97: Tatverdächtigenbelastungszahlen, 1995 bis 2007.....	188
Abbildung 85: Zusammenarbeit mit Dritten außerhalb der Jugendhilfe	169	Abbildung 98: Straftatenopfer 2003 bis 2007, Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen.....	190
Abbildung 86: Kompetenzagenturen in Rheinland-Pfalz.....	170	Abbildung 99: Anteil der Maßnahmen für junge Straffällige an Hilfen gem. §§ 29 und 30 im Jahr 2005.....	191
Abbildung 87: Jugendmigrationsdienste in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010	172	Abbildung 100: Jugendliche Strafgefangene am 31.03.2005 nach der voraussichtlichen Vollzugsdauer.....	195
Abbildung 88: Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	175	Abbildung 101: Vollzugseinrichtungen in Rheinland-Pfalz	195
Abbildung 89: Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII) (inkl. Frühförderfälle) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	177	Abbildung 102: Das Wohlbefinden in der Schule.....	199
Abbildung 90: Bruttoausgaben für Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro jungen Menschen unter 21 Jahren im Jahr 2007	178	Abbildung 103: Das neue rheinland-pfälzische Schulsystem	201
Abbildung 91: Verhältnis familienunterstützender zu familienersetzenden Hilfen 2005	178	Abbildung 104: Einschulungen an Grundschulen 1988 bis 2008 in 1.000	202
Abbildung 92: Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007	180	Abbildung 105: Kinder in Schulkinder- gärten im Schuljahr 2008/09	204
Abbildung 93: Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen nach dem Alter 2006.....	180	Abbildung 106: Anteil übergewichtiger Kinder nach Regionen und auffälliger Befunde im Bereich Sprache.....	205
Abbildung 94: Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren im Jahr 2007	181	Abbildung 107: Übergangsquoten von der Grundschule in weiterführende Schulen 1988 bis 2008 (ohne Förderschulen).....	206
		Abbildung 108: Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, Entwicklung nach ausgewählten Schularten	208

Abbildung 109: Schulwahl der Grundschulabsolventinnen und -absolventen 2008 nach Regionen zu weiterführenden Schulen im Schuljahr 2008/09, Anteile in %	209	Abbildung 121: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen mit Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung 2007/08 in % .	227
Abbildung 110: Nichtversetztenquote an ausgewählten Schularten – Entwicklung.....	210	Abbildung 122: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen ohne Vertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung 2007/08 in %	228
Abbildung 111: Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten sowie Verwaltungsbezirken in %.....	212	Abbildung 123: Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen ausländischen Schülerinnen und Schülern 2007/08 in %.....	229
Abbildung 112: Abiturientenquoten 1970 bis 2008 nach Geschlecht in %	213	Abbildung 124: Berufsschülerinnen und -schüler des ersten Ausbildungsjahres im Schuljahr 2008/09 nach schulischer Vorbildung und Geschlecht in %.....	230
Abbildung 113: Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz (Stand 26.03.2009)	215	Abbildung 125: Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 2008 nach Bildungsgängen.....	231
Abbildung 114: Anteil der Ganztags Schülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und Schülern in % (Daten inkl. aller Förderschulen, ohne Sek II)	216	Abbildung 126: Entwicklung der Schülerzahlen 2006 bis 2025 für Kreise und kreisfreie Städte (6- bis 18-Jährige in %)	232
Abbildung 115: Förderung außerschulischer Partner GTS, Schuljahr 2008/09.....	217	Abbildung 127: Förderung der Spielleitplanung nach beteiligten Gemeinden.....	238
Abbildung 116: Förderpauschalen 2007 und 2008 in Euro.....	218	Abbildung 128: Kinder- und jugendpolitische Landkarte	240
Abbildung 117: Standorte der Förderschulen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006.....	221	Abbildung 129: Engagement 2004 Bundesrepublik Deutschland und Rheinland-Pfalz.....	242
Abbildung 118: Schülerinnen und Schüler in Förderschulen im Schuljahr 2008/09 (in absoluten Zahlen, Angabe für Schüler/-innen am Schulsitz)	222	Abbildung 130: Am Engagement interessierte nach Alter und freiwilliges Engagement in Einzelbereichen	243
Abbildung 119: Standorte Schulsozialarbeit in allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 (Stand: 01/2010; ohne Schulsozialarbeitsstellen bzw. schulnahe Sozialarbeit, die nicht landesgefördert ist).....	224	Abbildung 131: Teilnehmende Schulen Mai/Juni 2009	245
Abbildung 120: Berufsbildende Schulen mit dem Angebot Schulsozialarbeit 2009	225	Abbildung 132: Einsatzstellen FÖJ 2009	246
		Abbildung 133: Einsatzstellen FÖJ 2009	246

Abbildung 134: Ergebnisse Juniorwahl.....	248	Abbildung 153: Indexwertevergleich: Lebensbedingungen junger Menschen – Child Well-being.....	316
Abbildung 135: Ergebnisse Europawahl 2009 Altersklasse 18 bis 24	248	Abbildung 154: Interventionsleistungen.....	317
Abbildung 136: Kapitel 4 im Überblick.....	251	Abbildung 155: Indexwertevergleich: Lebenssituationen junger Menschen – Interventionsleistungen	318
Abbildung 137: Zur Lage der Kinder in Deutschland – die Bundesländer im Vergleich ...	266	Abbildung 156: Vertiefungen.....	322
Abbildung 138: Die drei Dimensionen des Child-Well-being-Index	273	Abbildung 157: Anteil Säuglinge mit geringem Geburtsgewicht 2002 (Pro 1.000 Geburten) ...	330
Abbildung 139: Auf dem Weg zum Datenkonzept.....	275	Abbildung 158: Formen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Rheinland-Pfalz 2008	332
Abbildung 140: Child Well-being auf unterschiedlichen Verdichtungsebenen.....	276	Abbildung 159: Ganztagsplätze in rheinland-pfälzischen Kindergärten 2009.....	336
Abbildung 141: Modell zur Bildung von Standardpunktzahlen (Beispiel)	277	Abbildung 160: Finanzielle Förderung familienunterstützender Dienste nach Landesjugendplan 2008.....	354
Abbildung 142: Das Gesamtkonzept „Child Well-being“	278	Abbildung 161: Jugend- und Altenquotient 1970–2007 in %	370
Abbildung 143: Index Lebensbedingungen	306	Abbildung 162: Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschlussarten zum Ende des Schuljahres 2006/07 (gerundete Prozentwerte)	376
Abbildung 144: Index Lebensbedingungen	307	Abbildung 163: Schulabgängerinnen und -abgänger mit (Fach-)Hochschulreife und ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2007/08 in %.....	377
Abbildung 145: Index Wohlfahrt	308	Abbildung 164: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 2006	382
Abbildung 146: Index Wohlfahrt	309	Abbildung 165: Auszubildende nach Geschlecht und Ausbildungsbereichen 2007 in %.....	382
Abbildung 147: Indexwertevergleich: Lebensbedingungen junger Menschen – Wohlfahrt	310	Abbildung 166: Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 20 Jahren.....	385
Abbildung 148: Index Handlungsräume	311	Abbildung 167: Jugendarbeitslosigkeit in %....	386
Abbildung 149: Index Handlungsräume	312		
Abbildung 150: Indexwertevergleich: Wohlfahrt – Handlungsräume	313		
Abbildung 151: Index Child Well-being	314		
Abbildung 152: Index Child Well-being.....	315		

Datenquellen zum Indikatorenkonzept

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
I	LEBENSBEDINGUNGEN		
1.1	Anteil der 0- bis 6-jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	31.12.2007
1.2	Anteil der 14- bis 18-jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	31.12.2007
1.3	Geburten pro Jahr bezogen auf die Gesamtbevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
1.4	Anteil der Zu- und Umzüge der unter 18-jährigen an der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahren in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
1.5	Bevölkerungsvorausberechnung der unter 21-jährigen im Zeitraum 2006–2020 in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2007): Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems	2006/2020
2.1	Durchschnittlich pro Monat gezahltes Elterngeld in €	Statistisches Bundesamt	2007
2.2	Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	30.06.2007
2.3	Durchschnittlich verfügbares Einkommen pro Einwohner in €	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006
2.4	Anteil der Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender im Februar 2009 an der Gesamtbevölkerung in %	Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen	Feb. 2009
2.5	Wohngeldempfänger/-innen an der Gesamtbevölkerung in %	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	31.12.2007
2.6	Sozialgeld 2006 (unter 15-jährige Empfänger/-innen von Sozialgeld an gleichaltriger Bevölkerung in %)	Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIAJ) 2007 und eigene Berechnungen	2006
2.7	Arbeitslose unter 25 Jahren pro 1.000 15- bis unter 25-jährige (‰)	Bundesagentur für Arbeit, Datenzentrum (Hrsg.): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Gemeinden – Jahreszahlen, Nürnberg, 2008. Eigene Berechnungen	2007
2.8	Alleinerziehende in Bedarfsgemeinschaften unter 18 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung in ‰	Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen	Feb. 2009
3.1	Anteil der Auspendler/-innen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in %	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	30.06.2007
3.2	Unfälle auf dem Weg zu Kindertagesstätten und Schulen (‰)	Unfallkasse Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
4.1	Anteil der Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2007/08

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
II	WOHLFAHRT		
5.1	Elterngeld pro Monat in €	Statistisches Bundesamt	2007
5.2	Elterngeld Anteil Väter in %	Statistisches Bundesamt	2007
6.1	Anteil der Angebote Net-Part Beteiligung pro 1.000 unter 18-Jährige (‰)	http://www.net-part.rlp.de/ und eigene Berechnungen	2009
6.2	Anteil der Angebote Net-Part Politik pro 1.000 unter 18-Jährige (‰)	http://www.net-part.rlp.de/ und eigene Berechnungen	2009
7.1	Lebendgeborene bis 1.499 g je 1.000 Lebendgeborene (‰)	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2007
7.1	Lebendgeborene bis 2.499 g je 1.000 Lebendgeborene (‰)	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2007
7.2	Anteil der behinderten Menschen mit Grad der Behinderung von 50 und mehr unter 18 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	31.12.2007
7.2	Anteil der ausländischen behinderten Menschen unter 18 Jahren mit Grad der Behinderung von 50 und mehr an gleichaltriger ausländischer Bevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	31.12.2007
7.3	Anteil der Pflegebedürftigen unter 19 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung in ‰	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	31.12.2007
7.4	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe der unter 20-Jährigen je 100.000 aktiv Versicherte	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	2007
7.5	Summe ambulanter Versorgung (Auswahl) an der Gesamtbevölkerung in ‰	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2008
7.5	Summe stationärer Versorgung (Auswahl) an der Gesamtbevölkerung in ‰	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
8.1	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren an gleichaltriger Bevölkerung in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
8.2	gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
8.3	Inobhutnahmen (§ 42) pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
8.4	Krankenhausfälle infolge Verletzungen und Vergiftungen der 15- bis unter 19-Jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in ‰	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
8.5	Krankenhausfälle infolge Verletzungen und Vergiftungen der unter 1-Jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in ‰	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
8.5	Krankenhausfälle infolge Verletzungen und Vergiftungen der 1- bis unter 5-Jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in ‰	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
8.6	Krankenhausfälle der unter 19-Jährigen an gleichaltriger Bevölkerung (pro 100.000)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	2007
8.7	Anzahl der Sterbefälle der unter 19-Jährigen an gleichaltriger Bevölkerung (pro 100.000)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
9.1a	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife gesamt an allen Schulabgänger/-innen in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
9.1b	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife an allen Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
9.1c	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
9.1d	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
9.1e	Schulentlassene mit Abitur in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
9.2a	Schulwahl Hauptschule der Grundschulabsolvent/-innen in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2007/08
9.2b	Schulwahl Gymnasium der Grundschulabsolvent/-innen in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2007/08
9.3	Gymnasien an allen allgemeinbildenden Schulen in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007/08
9.4a	Besuch einer Schule mit Förderschwerpunkt „sozial-emotionale Entwicklung“ je 1.000 junge Menschen zwischen 6 und unter 15 Jahren (nur Kinder in HzE) (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.4b	Besuch einer Schule mit Förderschwerpunkt „sozial-emotionale Entwicklung“ je 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren (nur Kinder in HzE) (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.4c	Anteil der SFE-Beschulungen an den Hilfen zur Erziehung in %	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.5a	Kita-Besuchsquote: Kinder unter 3 Jahre in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2008
9.5b	Kita-Besuchsquote: 6- bis 13-Jährige in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2008
9.5c	Tagespflege öffentlich gefördert unter 3 Jahre in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2008
9.5d	Sprachförderung Kita-Kinder an allen Kita-Kindern in %	MBWJK und eigene Berechnungen	2009

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
9.5e	Budget Sprachförderung pro Kind in Kindertageseinrichtung	MBWJK und eigene Berechnungen	2009
9.5f	Fachkraft-Kind-Relation in Kita	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz. Ein Vergleich in Zahlen. Ausgabe 2008	2008
9.5g	Kita-Plätze für unter 3-jährige (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) pro 1.000 Kinder unter 3 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.5h	Kita-Plätze für 6- bis unter 15-jährige (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) pro 1.000 Kinder zwischen 6 und unter 15 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.5i	Ganztagsplätze für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren in Kitas pro 1.000 Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.5j	Anzahl der vom Jugendamt mitfinanzierten Tagespflegen pro 1.000 Kinder bis unter 15 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.6a	Beratungsstellen: Beratungen nach § 16 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.6b	Beratungsstellen: Beratungen nach §§ 17, 18 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.6c	Beratungsstellen: Beratungen nach § 28 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.6d	Beratungsstellen: Beratungen nach § 41 SGB VIII je 1.000 Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.6e	Beratungsstellen: sonstige Beratungen je 1.000 Personen im Alter von unter 18 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
9.7a	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7b	Ambulante Hilfen (§§ 29–31, 35 amb., 41 amb.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7c	Teilstationäre Hilfen (§§ 32, 35 teilstat., 41 teilstat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7d	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7e	Vollzeitpflege (§ 33 in eigener Kostenträgerschaft) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7f	Fremdunterbringungen (§§ 33 in eigener Kostenträgerschaft, 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.7g	Eingliederungshilfe für seel. beh. Kinder und Jugendliche (§ 35a) (inkl. Frühförderfälle) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.8	Anteil der Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE in %	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.9a	Bruttoausgaben für Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29–35, 41 SGB VIII) pro Kind/Jugendliche/n unter 21 Jahren	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.9b	Bruttoausgaben für Hilfen gem. § 35a inkl. Frühförderfälle pro Kind/Jugendliche/n unter 21 Jahren	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
9.10a	Personalstellen in den Sozialen Diensten (ASD, JGH, PKD, TuS, HiH) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.10b	Personalstellen der pädagogischen Fachkräfte im Jugendamt und durch öffentliche Mittel mitfinanzierte Stellen für Aufgaben nach §§ 11 und 14 SGB VIII pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.10c	Personalstellen der pädagogischen Fachkräfte im Jugendamtsbezirk für Schulsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren (‰)	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
9.11a	Anteil der Schüler/-innen an Berufsschulen mit Ausbildungsvertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung (%)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	Schuljahr 2007/08
9.11b	Anteil der Schüler/-innen an Berufsschulen ohne Ausbildungsvertrag an der 15- bis 19-jährigen Bevölkerung (%)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	Schuljahr 2007/08
9.11c	Anteil der ausl. Schüler/-innen an Berufsschulen mit Ausbildungsvertrag an der ausländischen 15- bis 19-jährigen Bevölkerung (%)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	Schuljahr 2007/08
9.11d	Anteil der ausl. Schüler/-innen an Berufsschulen ohne Ausbildungsvertrag an der ausländischen 15- bis 19-jährigen Bevölkerung (%)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	Schuljahr 2007/08
III	HANDLUNGSRÄUME		
10.1a	Teilnahme in Sportvereinen der unter 7-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte der Sportbünde in Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2008
10.1b	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte der Sportbünde in Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2008
10.1c	Teilnahme in Sportvereinen der 15- bis 18-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte der Sportbünde in Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2008
10.2a	Teilnahme in Musikschulen der unter 6-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte des Landesmusikschulverbands und eigene Berechnungen	2009
10.2b	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte des Landesmusikschulverbands und eigene Berechnungen	2009
10.2c	Teilnahme in Musikschulen der 10- bis unter 15-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte des Landesmusikschulverbands und eigene Berechnungen	2009
10.2d	Teilnahme in Musikschulen der 15- bis unter 19-jährigen an gleichaltriger Bevölkerung in %	Eigenauskünfte des Landesmusikschulverbands und eigene Berechnungen	2009
10.3	kirchliche Jugendarbeit (Einrichtungen an 6- bis 20-jähriger Bevölkerung in ‰)	www.jugend.rlp.de und eigene Darstellung	2009

	Beschreibung	Quelle	Aktueller Zeitbezug
10.4	Jugendfeuerwehren (Anzahl an 10- bis 18-jähriger Bevölkerung in %)	http://www.jf-rp.de/	31.12.2009
10.5	Bibliotheken: Anteil der Entleihungen Kinder- und Jugendliteratur an der unter 19-Jährigen Bevölkerung in %	Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) und eigene Berechnungen	2008
10.6	Kita-Besuchsquote der 6- bis 13-Jährigen in %	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (2007): Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen – Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Eigene Erhebung	2007
10.7	Teilnehmende in Ganztagschulen an allen Schüler/-innen in %	MBWJK und eigene Berechnungen	2007
11.1	Inobhutnahmen (§ 42) pro 1.000 junge Menschen unter 18 Jahren (‰)	KJHG-Statistik und eigene Berechnungen	2007
11.2	gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge (‰)	Rechtspflegestatistik und eigene Berechnungen	2007
11.3	Anteil der Kinder in geschiedenen Ehen an allen Kindern unter 18 Jahren in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
12.1	Arbeitslose unter 25 Jahren pro 1.000 15- bis unter 25-Jährige (‰)	Bundesagentur für Arbeit, Datenzentrum (Hrsg.): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Gemeinden – Jahreszahlen, Nürnberg, 2008. Eigene Berechnungen	2007
12.2	Schulentlassene ohne Hauptabschluss in %	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	2006/07
13.1	Krankenhausfälle aufgrund von Diabetes pro 1.000 unter 19-Jährige (‰)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	2007
13.2	Krankenhausfälle infolge von Krankheiten des Atmungssystems pro 1.000 unter 19-Jährige (‰)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	2007
13.3	Anteil der Kinder unter 15 mit Krebserkrankung an 1.000 Gleichaltrigen (‰)	Kinderkrebsregister Mainz	2004 – 2008 zusammen gefasst
13.4	Anteil Krankenhausfälle unter 19-Jähriger infolge psychischer und Verhaltensstörungen an gleichaltriger Bevölkerung (‰)	Eigenabruf LIS (Landesinformationssystem) des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz	2007
14.1	Unfälle auf dem Weg zu Kindertagesstätten und Schulen (‰)	Auskünfte der Unfallkasse Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007
14.2	Unfälle in Kindertagesstätten und Schulen (‰)	Auskünfte der Unfallkasse Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen	2007

Datenanhang

Im Folgenden werden ausgewählte Rohdaten und Kennzahlen sowie erste Befunde des Daten- und Indikatorenkonzepts für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz angeführt. Grundsätzlich ist hier auf die Kapitel 4 und 5 des vorliegenden Berichts verwiesen, die die Grundlage, Berechnungen sowie Befunde des Daten- und Indikatorenkonzepts erläutern und vorstellen.

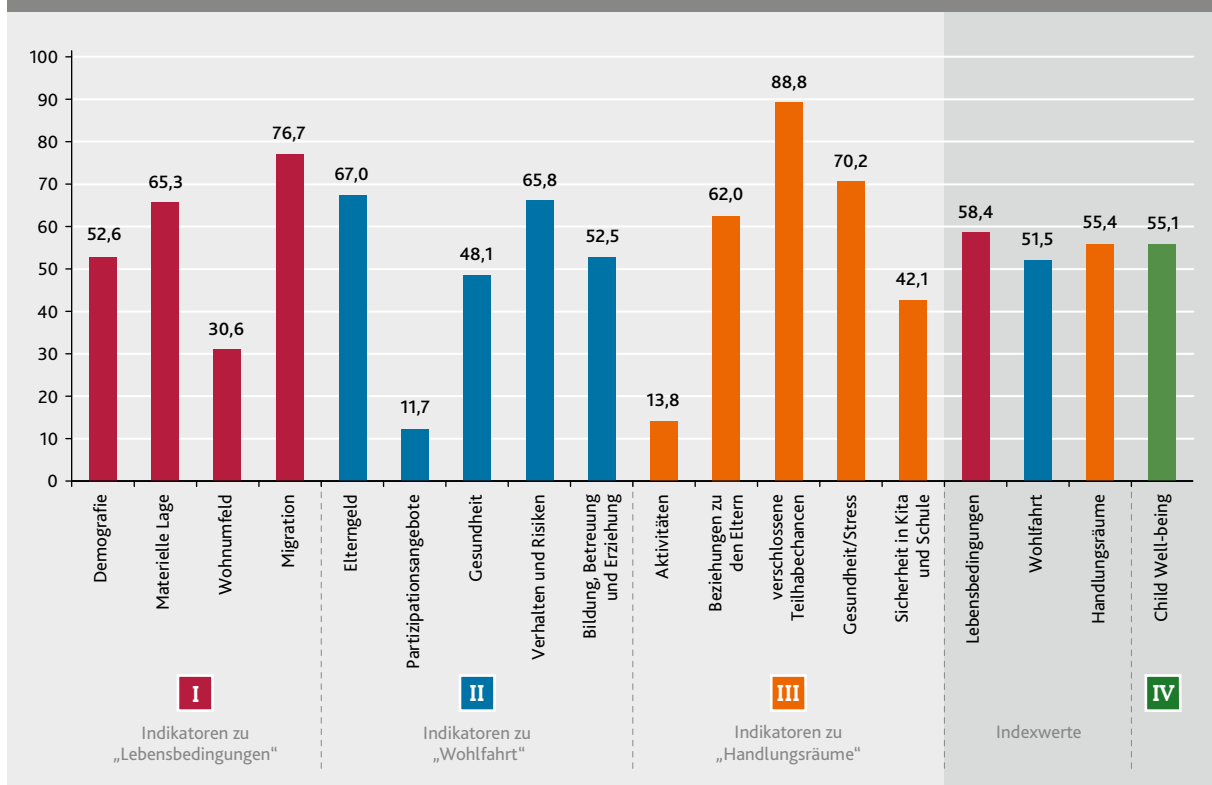
1. Eine tabellarische Übersicht, geordnet nach den 3 Dimensionen des Child Well-being – Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume –, die einige zentrale **Rohdaten** (Wert absolut) und dazu gehörige **Kennzahlen** (Anteile) darstellt. Diese wird hier nicht als Standardpunktzahl, sondern als Rohdatum und Kennzahl angeführt und bietet somit – im Gegensatz zu transformierten und verdichteten Kennzahlen – die Möglichkeit, ausgewählte Ursprungswerte des jeweiligen Landkreises bzw. der jeweiligen Stadt nachzuvollziehen.
2. Ein Balkendiagramm, welches die Ausprägungen der **Standardpunktzahl** (Skala 0 bis 100, vgl. hierzu ausführlich Kap. 4.2.2) für die jeweilige kreisfreie Stadt bzw. den jeweiligen Landkreis gebündelt auf Basis der 14 Indikatoren, 3 **Indexwerte** und dem Gesamtindex Child Well-being aufzeigt. Als Lesehinweis soll hierzu angemerkt werden, dass grundsätzlich ein hoher Wert auf eine überdurchschnittlich positive Ausprägung in diesem Themenfeld schließen lässt, wohingegen niedrige Werte auf unterdurchschnittliche Werte zurückzuführen sind. Für den „negativ“ benannten Indikator „verschlossene Teilhabechancen“ bedeuten hohe Werte, dass diese Einschränkungen weniger prägend sind (vgl. hierzu insb. Kap. 4.3.3).

3. Eine tabellarische Übersicht, die sowohl die Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt als auch die **Gruppenzugehörigkeit** des jeweiligen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt für die 3 Dimensionen – Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume – und den Gesamtindex Child Well-being verdeutlicht.

Insgesamt soll dieser Anhang für die 36 kreisfreien Städte und Landkreise nachvollziehbar machen, welche Daten konkret für die vergleichende Analyse der Lebensbedingungen und Entwicklungschancen junger Menschen genutzt wurden (Tabelle), welche Ausprägungen die 14 Indikatoren und 4 Indexwerte (Balkendiagramm) zeigen und welche Abweichungen sich vom Landesdurchschnitt in den Dimensionen (untere Tabelle) ergeben.

LK Ahrweiler		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.959	5,55	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	7.778	6,02	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	941	0,73	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.607	-20,1	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.660	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.180	0,91	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.675	9,24	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	32,6	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	646	12,6	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	608	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	16	17	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	230	1,01	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	594	2,29	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	26	1,14	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	16	0,7	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	10	38,53	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	435	30,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	11	10	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	12	10,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	363	12,9	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,2	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	16	0,9	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	0	0	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	434	15,8	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	195	7,1	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	268	61,8	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	7.965	72,56	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	–	–	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	286	1,25	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	53	3,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,88	‰	gleichaltrige Bevölkerung

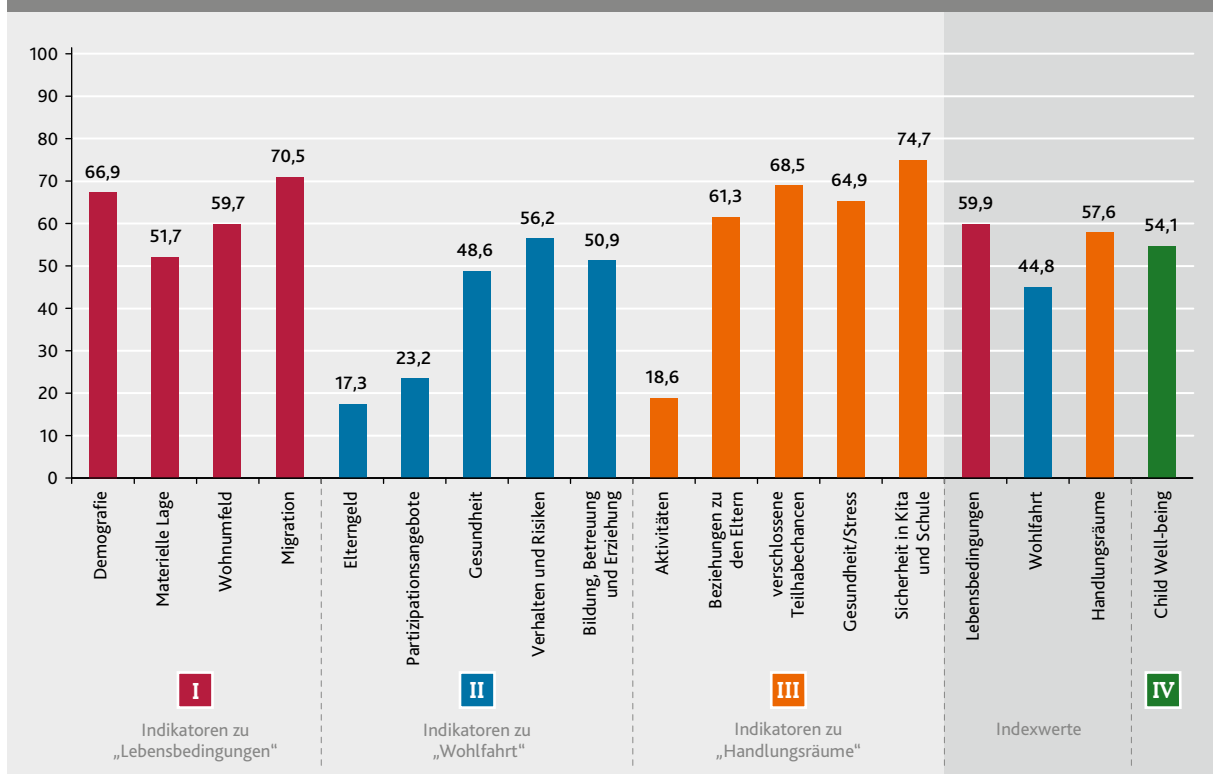
LK Ahrweiler



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 5,3 %	+ 6,5 %	- 4,7 %	- 1,7 %
Gruppenzugehörigkeit	D	C	D	D

LK Altenkirchen		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	6.786	5,99	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	8.910	6,6	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.073	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	6.398	-20,3	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.539	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	861	0,64	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.658	13,19	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	34,79	‰	15- bis unter 25-jährige
II WOHLFAHRT	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	860	15,2	%	alle Schüler/-innen
	Elterngeld	2007	–	536	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	18	16,8	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	265	1,03	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	688	2,36	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	29	1,13	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	23	0,9	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	16	54,88	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	248	15,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	27	16,6	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	12	7,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	284	8,5	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,6	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	62	3,1	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	3	0,1	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	751	24,4	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	115	3,7	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	240	32	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	8.084	66,93	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	298	2,87	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	307	1,2	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	124	7,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,84	‰	gleichaltrige Bevölkerung

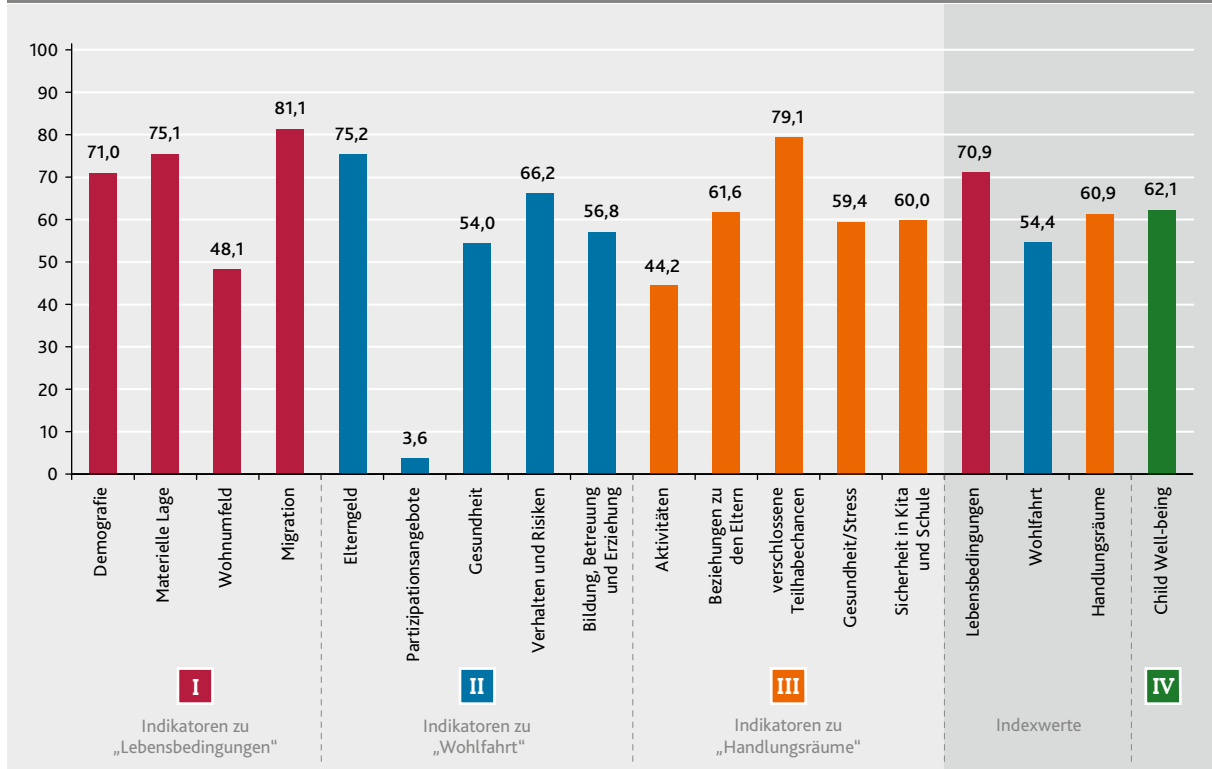
LK Altenkirchen



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 2,8 %	- 7,5 %	- 0,8 %	- 3,5 %
Gruppenzugehörigkeit	C	E	C	D

LK Alzey-Worms		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-Jährige	31.12.2007	6.670	6,35	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-Jährige	31.12.2007	7.883	6,27	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.030	0,82	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	4.835	-16,4	%	unter 21-Jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.665	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	509	0,4	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.040	10,52	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	34,21	‰	15- bis unter 25-Jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	612	10,8	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFART	Elterngeld	2007	–	654	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	9	8,7	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	230	0,95	%	unter 18-Jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	405	1,48	%	unter 20-Jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	10	0,41	‰	unter 18-Jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	28	1,16	‰	unter 18-Jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	10	36,55	Pro 100.000	unter 19-Jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	382	22	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	65	29,9	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	24	11	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	488	15,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,9	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	147	7,6	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	6	0,2	‰	unter 18-Jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	564	19,6	‰	unter 21-Jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	167	5,8	‰	unter 21-Jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	264	46,8	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	22.279	195,26	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-Jährigen	2009	428	5,79	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	299	1,24	%	unter 18-Jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	97	5,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,88	‰	gleichaltrige Bevölkerung

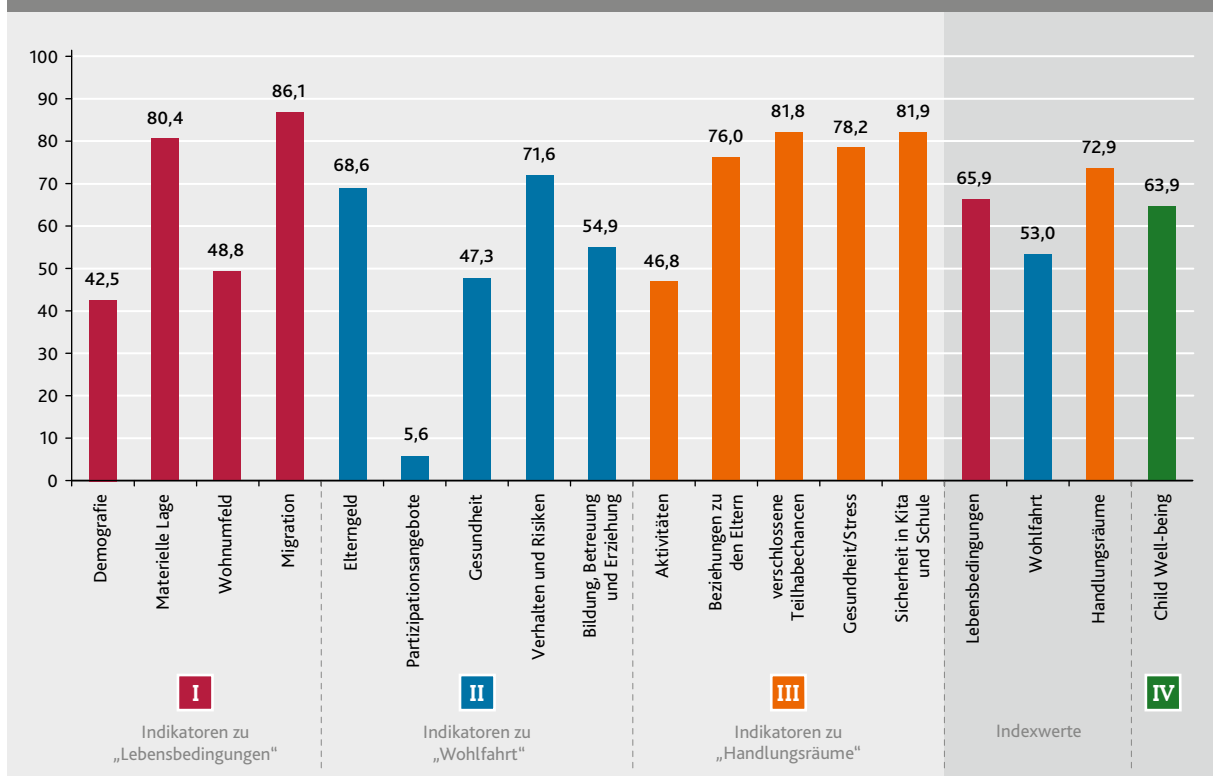
LK Alzey-Worms



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 15,2 %	+ 12,4 %	+ 4,8 %	+ 10,8 %
Gruppenzugehörigkeit	A	B	C	B

LK Bad Dürkheim		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	6.240	5,56	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	7.777	5,79	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	899	0,67	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.544	-19,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	18.741	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	652	0,49	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.554	8,27	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	22,41	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	454	8,7	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	631	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	12	13,3	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	226	0,96	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	524	1,97	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	19	0,81	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	8	0,34	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	7	26,36	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	336	24,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	9	6,9	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	18	13,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	587	20,2	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,3	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	77	4,1	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	3	0,1	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	724	25,9	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	186	6,7	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	281	38,8	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	10.035	88,61	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	833	15,51	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	270	1,15	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	103	7,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,9	‰	gleichaltrige Bevölkerung

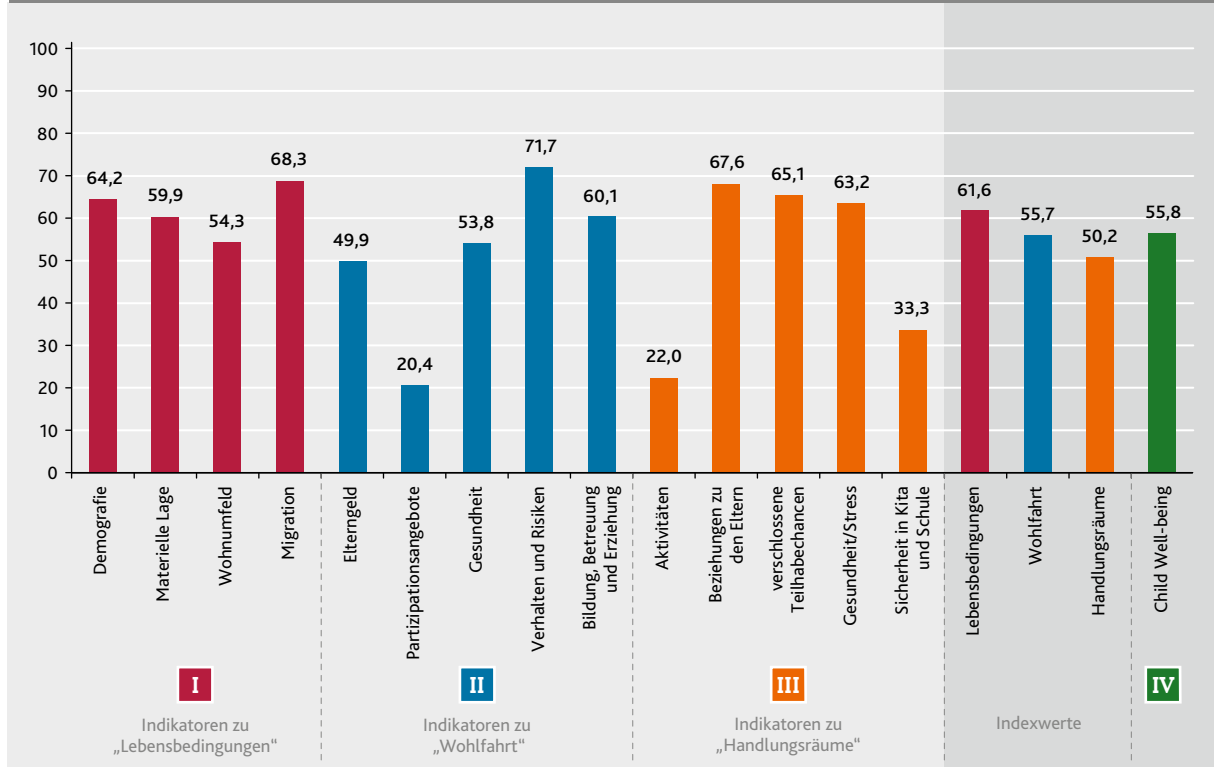
LK Bad Dürkheim



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 6,9%	+ 9,5%	+ 25,5%	+ 14,1%
Gruppenzugehörigkeit	B	C	A	A

LK Bad Kreuznach		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil			
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße	
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	7.765	5,84	%	Gesamtbevölkerung	
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	9.444	6	%	Gesamtbevölkerung	
	Geburten pro Jahr	2007	1.239	0,79	%	Gesamtbevölkerung	
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.896	-17,2	%	unter 21-jährige	
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.907	€	pro Einwohner/-in	
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	915	0,58	%	Gesamtbevölkerung	
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	3.588	16,12	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	38,98	‰	15- bis unter 25-jährige	
II WOHLFAHRT	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	1.032	16,1	%	alle Schüler/-innen	
	Elterngeld	2007	–	606	€	pro Monat	
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	17	13,7	‰	Lebendgeborene	
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	314	1,12	%	unter 18-jährige	
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	543	1,7	%	unter 20-jährige	
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	20	0,71	‰	unter 18-jährige	
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	15	0,54	‰	unter 18-jährige	
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	8	25,08	Pro 100.000	unter 19-jährige	
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	527	27,6	%	alle Schulabgänger/-innen	
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	26	14,6	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund	
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	16	9	%	alle Schulabgänger/-innen	
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	546	14,9	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,6	%	öffentlich geförderte Tagespflegen	
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	67	3	‰	gleichaltrige Bevölkerung	
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	0	0	‰	unter 18-jährige	
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	523	15,5	‰	unter 21-jährige	
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	145	4,3	‰	unter 21-jährige	
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	281	53,7	%	alle HzE	
	III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	7.538	57,73	%	gleichaltrige Bevölkerung
		Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	335	4,25	%	gleichaltrige Bevölkerung
Kinder in geschiedenen Ehen		2007	355	1,27	%	unter 18-jährige	
Schulclassene ohne Hauptschulabschluss		Schuljahr 2006/07	149	7,8	%	alle Schulabgänger/-innen	
Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung		Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,63	‰	gleichaltrige Bevölkerung	

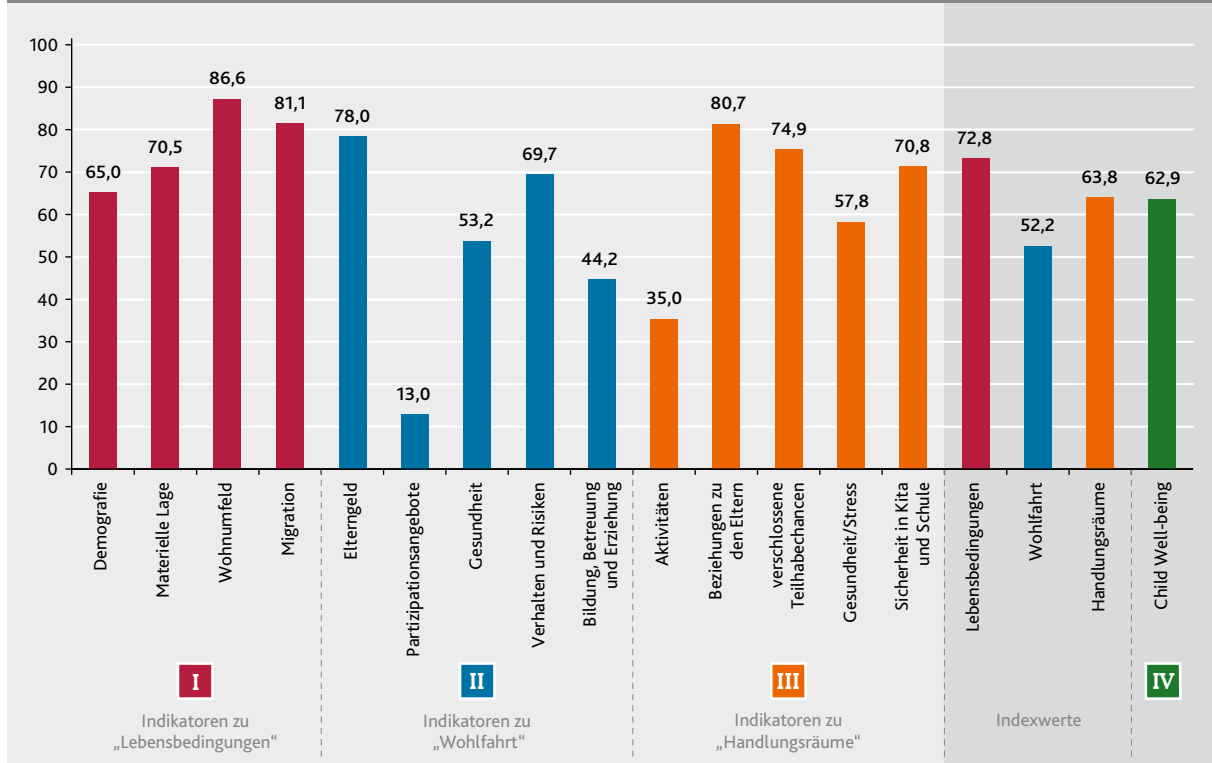
LK Bad Kreuznach



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 0,1 %	15,2 %	- 13,5 %	- 0,3 %
Gruppenzugehörigkeit	C	B	E	D

LK Bernkastel-Wittlich		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.620	5,87	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	7.009	6,2	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	877	0,78	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.304	-171	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.668	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	541	0,48	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.549	9,45	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	27,96	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	481	10,8	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFART	Elterngeld	2007	–	631	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	11	12,5	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	223	1,08	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	421	1,79	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	4	0,19	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	4	0,19	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	13	55,37	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	370	24,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	9	12	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	13	17,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	306	11,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,3	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	48	2,9	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	14	0,7	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	702	28,3	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	196	7,9	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	285	40,6	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	7.626	78,14	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	342	8,83	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	253	1,22	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	118	7,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,1	‰	gleichaltrige Bevölkerung

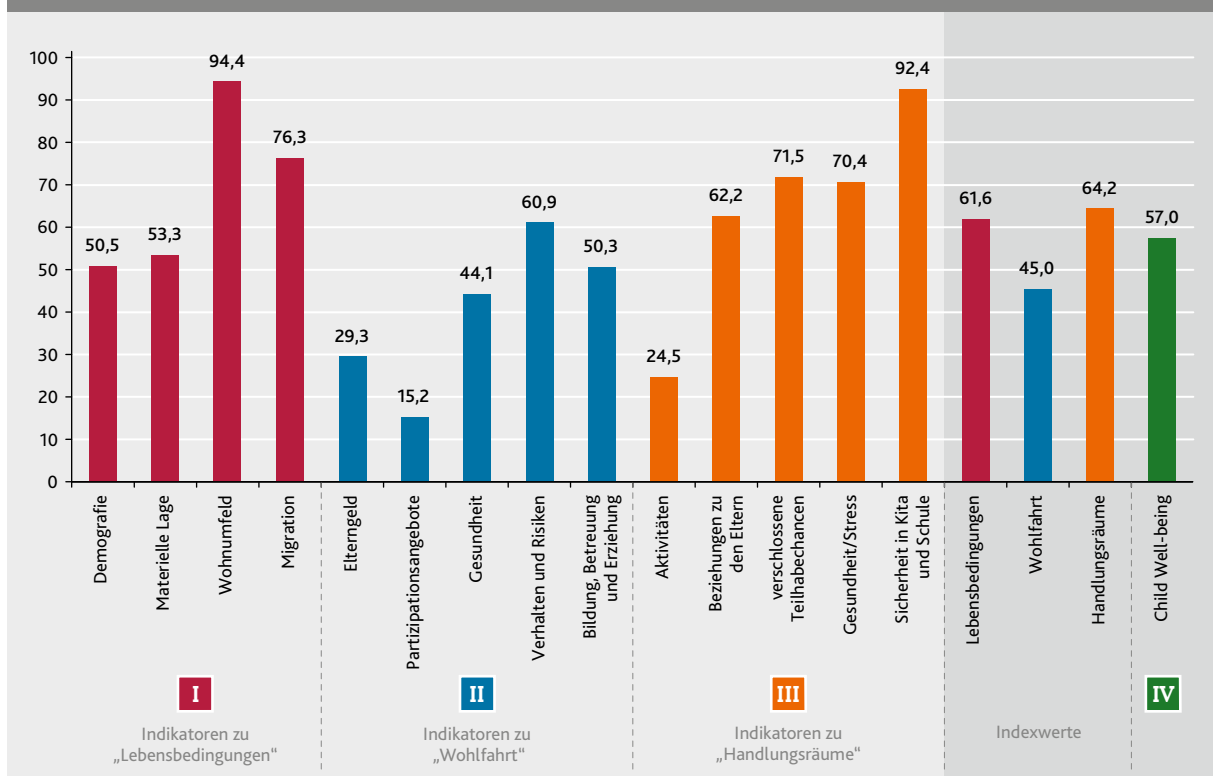
LK Bernkastel-Wittlich



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 18,1 %	+ 7,8 %	+ 9,9 %	+ 12,3 %
Gruppenzugehörigkeit	A	C	B	A

LK Birkenfeld		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.090	5,64	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	5.141	5,95	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	679	0,79	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.124	-22,3	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17163	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	511	0,59	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.939	16,33	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	40,46	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	411	12,8	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	537	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	11	16,2	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	161	1,08	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	285	1,67	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	11	0,74	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	15	1	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	6	35,11	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	190	21,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	12	12,8	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	11	11,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	253	12,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	76	6,4	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	0	0	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	646	35,6	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	137	7,5	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	288	44,6	%	alle HzE	
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	3.710	53,05	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	191	5,24	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	183	1,22	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	54	6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,51	‰	gleichaltrige Bevölkerung

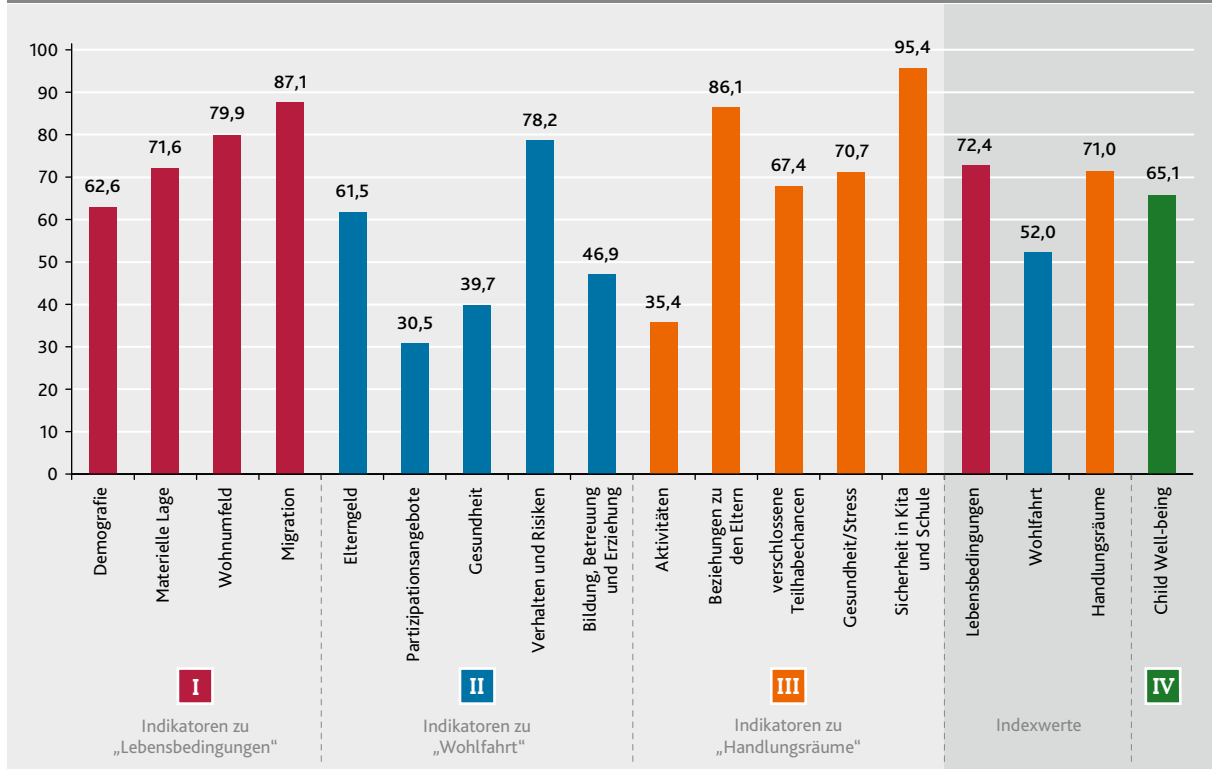
LK Birkenfeld



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	0,0 %	- 6,9 %	+ 10,5 %	+ 1,7 %
Gruppenzugehörigkeit	C	E	B	C

LK Cochem-Zell		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	3.175	5,87	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.022	6,2	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	492	0,76	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	2.790	-19,3	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.662	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	411	0,63	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	820	8,77	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	29,5	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	222	8,3	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	632	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	10	20,3	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	187	1,59	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	210	1,57	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	9	0,76	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	0	0	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	4	29,92	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	71	9,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	1	2	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	9	17,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	175	11,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,1	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	98	10,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	4	0,3	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	244	17,3	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	34	2,4	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	89	36,5	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	3.529	63,67	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	63	5,2	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	126	1,07	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	67	9,3	%	alle Schüler/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,75	‰	gleichaltrige Bevölkerung

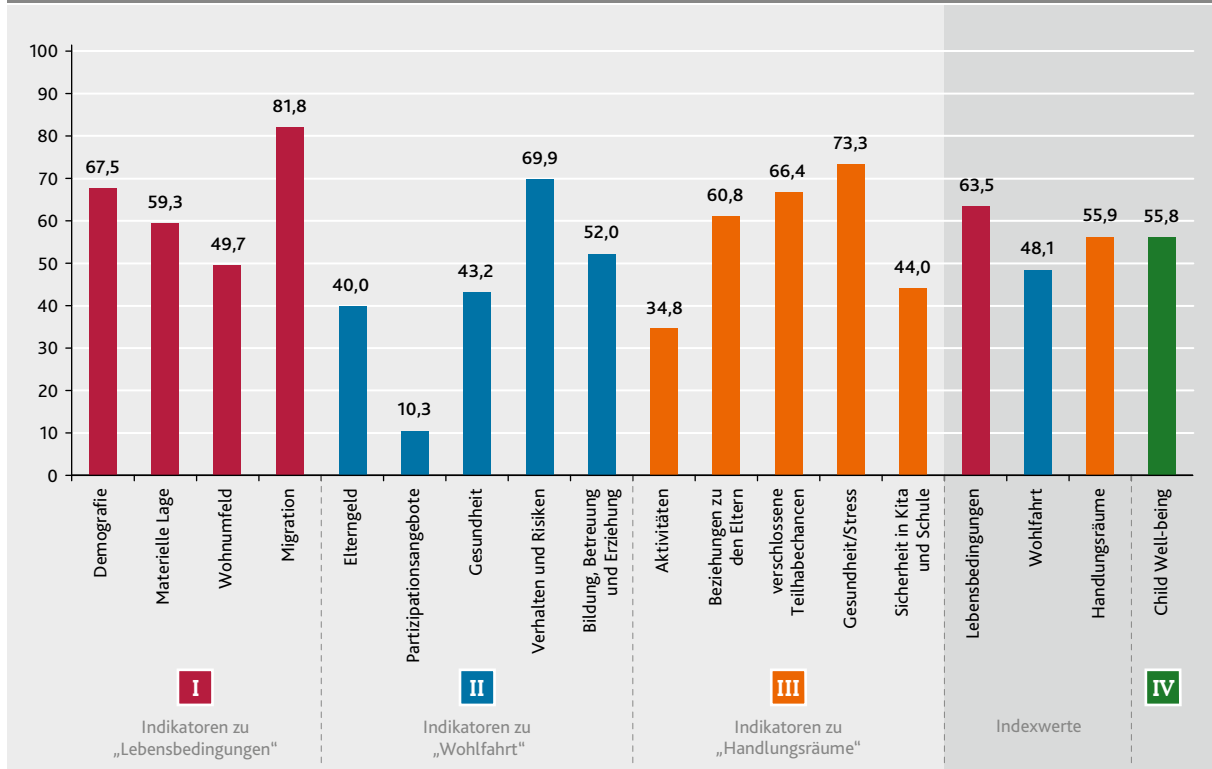
LK Cochem-Zell



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 17,6 %	+ 7,6 %	+ 22,2 %	+ 16,3 %
Gruppenzugehörigkeit	A	C	A	A

Donnersbergkreis		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.123	6,25	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.917	6,31	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	606	0,78	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	2.949	-16,2	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.494	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	292	0,37	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.626	13,82	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	36,59	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	348	10,5	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	576	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	13	21,5	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	140	0,95	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	246	1,46	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	17	1,15	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	10	0,68	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	5	29,75	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	267	24	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	2	1,8	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	13	11,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	235	11,9	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	38	3,2	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	14	0,9	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	294	16,5	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	55	3,1	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	165	56,1	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	5.010	72,64	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	264	7,67	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	189	1,28	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	89	8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,76	‰	gleichaltrige Bevölkerung

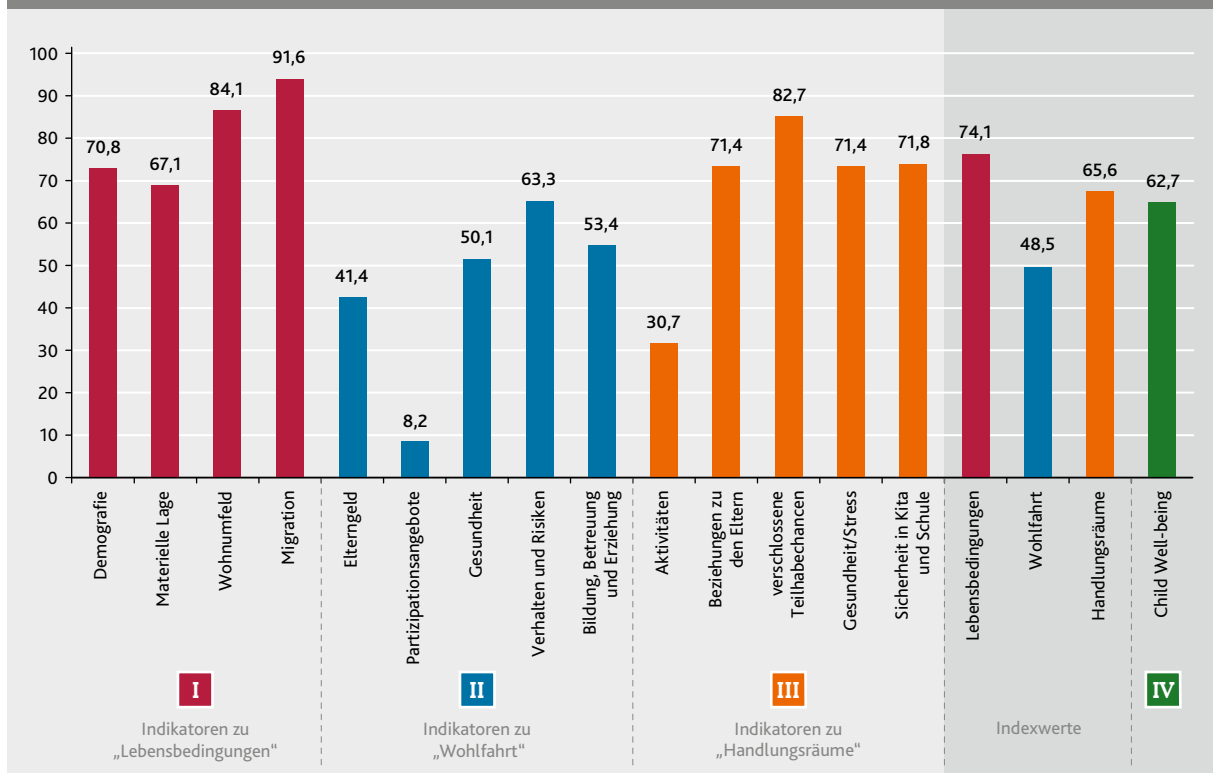
Donnersbergkreis



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 3,0 %	- 0,7 %	- 3,9 %	- 0,4 %
Gruppenzugehörigkeit	C	D	D	D

Eifelkreis Bitburg-Prüm		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.968	6,13	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	6.026	6,33	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	801	0,84	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.357	-19,9	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.679	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	504	0,53	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	820	5,69	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	30,27	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	262	6,4	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	588	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	13	16,2	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	190	1,05	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	586	2,87	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	9	0,5	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	16	0,88	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	10	48,9	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	402	28,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	18	27,3	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	9	13,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	278	11,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,7	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	79	5,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	2	0,1	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	432	20	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	106	4,9	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	204	47,2	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	5.123	59,76	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	369	11,24	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	203	1,12	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	78	5,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,04	‰	gleichaltrige Bevölkerung

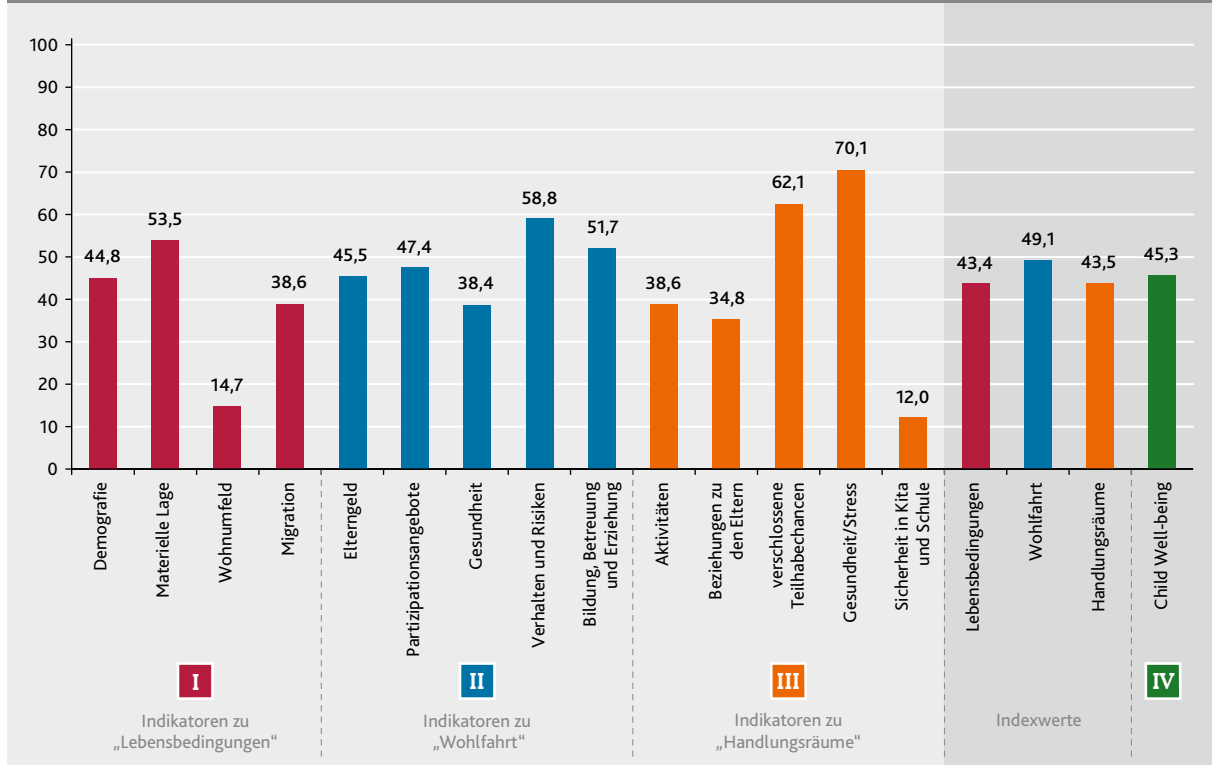
Eifelkreis Bitburg-Prüm



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 20,3 %	+ 0,3 %	+ 12,9 %	+ 12,0 %
Gruppenzugehörigkeit	A	D	B	A

Frankenthal (Pfalz), krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	2.255	5,65	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	2.511	5,33	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	380	0,81	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	1.613	-16,9	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.175	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	287	0,61	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.127	18	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	43,63	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	478	28,5	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	584	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	9	23,7	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	90	1,16	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	204	2,29	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	8	1,03	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	11	1,41	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	2	22,48	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	284	37,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	28	23,7	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	21	17,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	116	10,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,6	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	28	4,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	4	0,5	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	212	22,5	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	47	5	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	114	53,8	%	alle HzE	
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	2.605	72,38	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	285	13,68	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	123	1,58	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	56	7,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,76	‰	gleichaltrige Bevölkerung

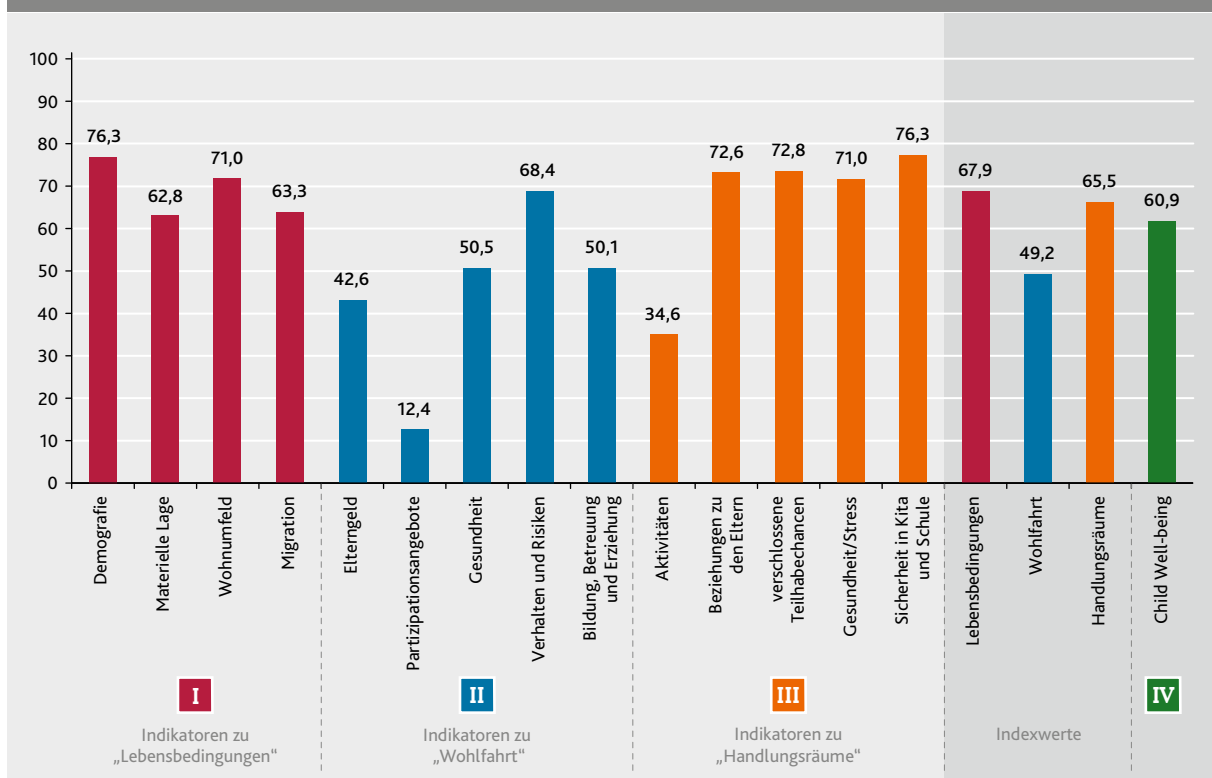
Frankenthal (Pfalz), krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 29,6 %	+ 1,6 %	- 25,1 %	- 19,1 %
Gruppenzugehörigkeit	E	D	E	E

LK Germersheim		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	6.738	6,3	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	7.724	6,14	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.122	0,89	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.972	-17,2	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.507	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	542	0,43	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.019	10,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	29,75	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	952	18,2	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	594	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	11	9,8	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	241	1,02	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	430	1,6	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	21	0,89	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	29	1,22	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	9	33,39	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	267	20,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	13	6,8	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	35	18,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	456	13,7	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,3	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	198	10,4	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	15	0,6	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	774	27,1	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	204	7,1	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	295	38,1	%	alle HzE
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	10.356	93,15	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	439	7,87	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	215	0,91	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	105	8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,31	‰	gleichaltrige Bevölkerung

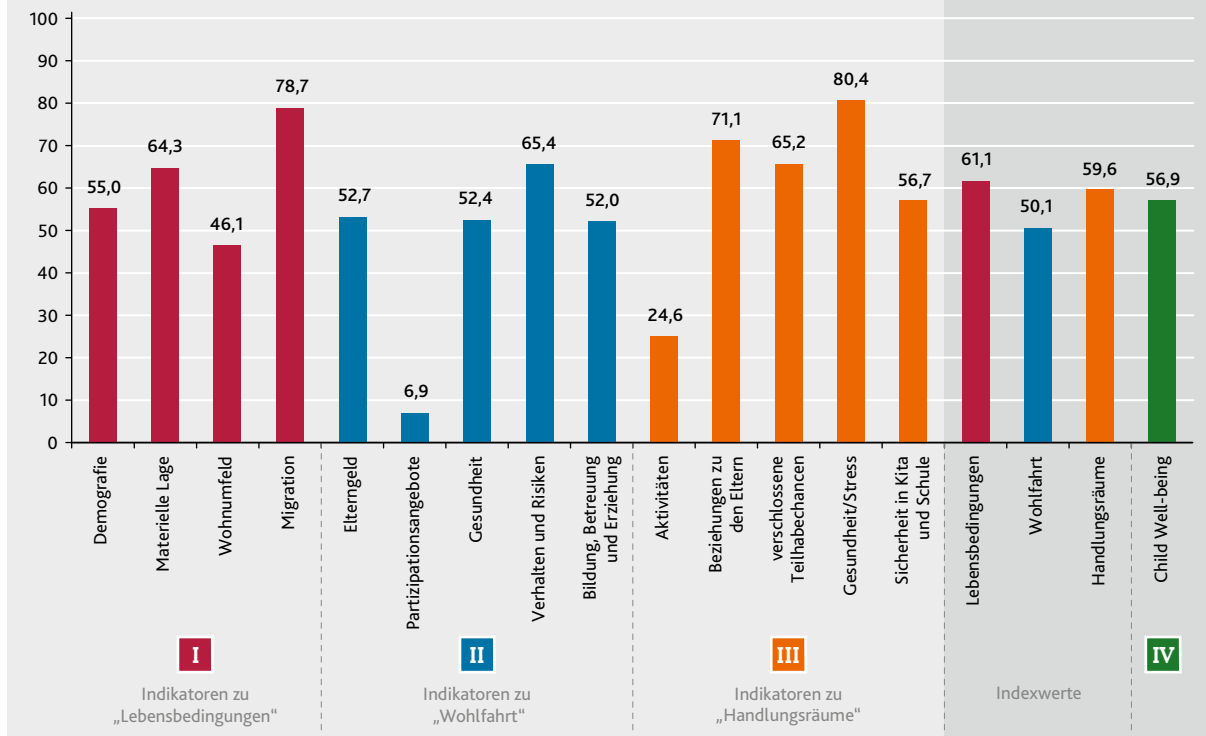
LK Germersheim



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 10,3 %	+ 1,7 %	+ 12,7 %	+ 8,6 %
Gruppenzugehörigkeit	B	D	B	B

LK Kaiserslautern		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.352	5,97	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	6.832	6,33	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	837	0,78	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.044	-20,4	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.556	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	591	0,55	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.793	11,15	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	34,22	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	530	11,8	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	605	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	5	6	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	215	1,06	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	425	1,85	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	36	1,78	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	8	0,4	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	7	30,49	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	287	25,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	15	17	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	5	5,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	494	19,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,8	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	217	13,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	26	1,3	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	606	25	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	211	8,7	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	318	52,5	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	8.942	92,85	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	310	5,68	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	213	1,05	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	100	8,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,87	‰	gleichaltrige Bevölkerung

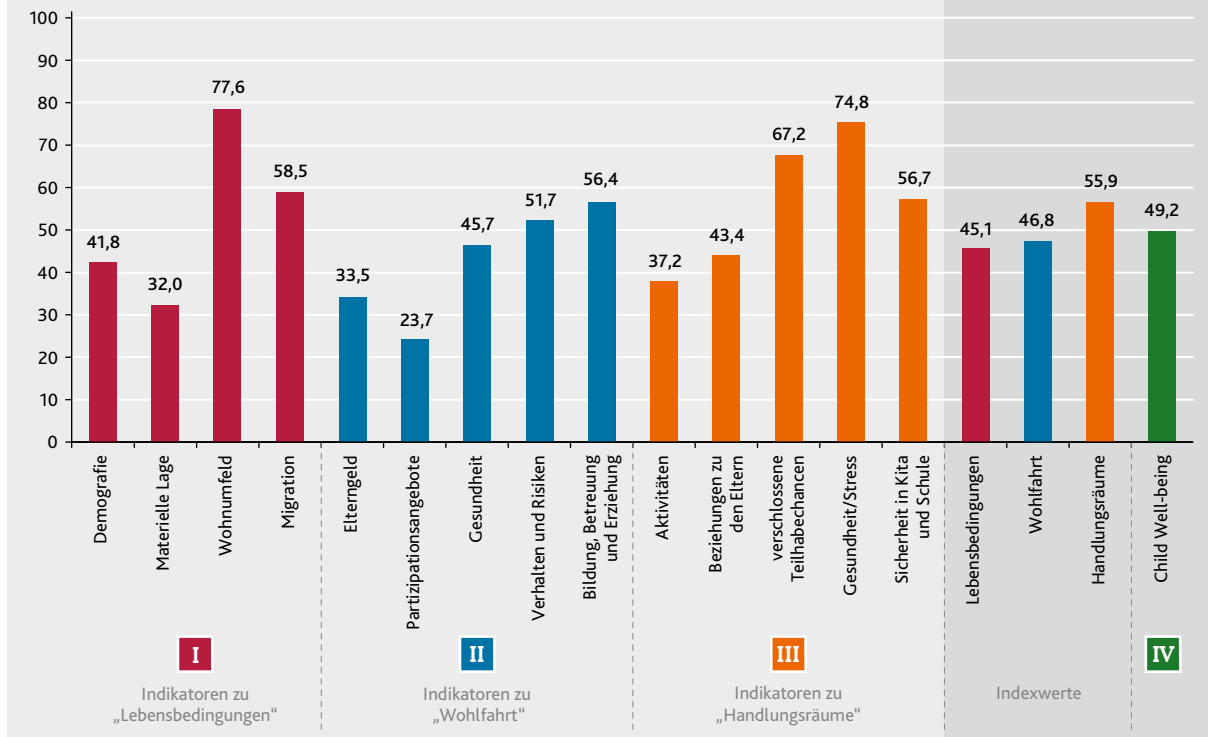
LK Kaiserslautern



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 0,8 %	+ 3,7 %	+ 2,6 %	+ 1,6 %
Gruppenzugehörigkeit	C	D	C	C

Kaiserslautern, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.535	5,45	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.822	4,93	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	832	0,85	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	3.061	-16,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.029	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	668	0,68	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.732	22,83	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	48,42	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	662	20,2	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	563	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	18	21,6	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	166	1,11	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	309	1,81	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	31	2,08	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	22	1,48	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	8	46,82	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	636	44,1	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	51	29,3	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	9	5,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	424	18,3	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,6	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	107	8,9	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	33	2,2	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	577	31,4	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	257	14	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	410	71,1	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	5.425	81,68	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	265	7,51	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	177	1,19	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	77	5,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung

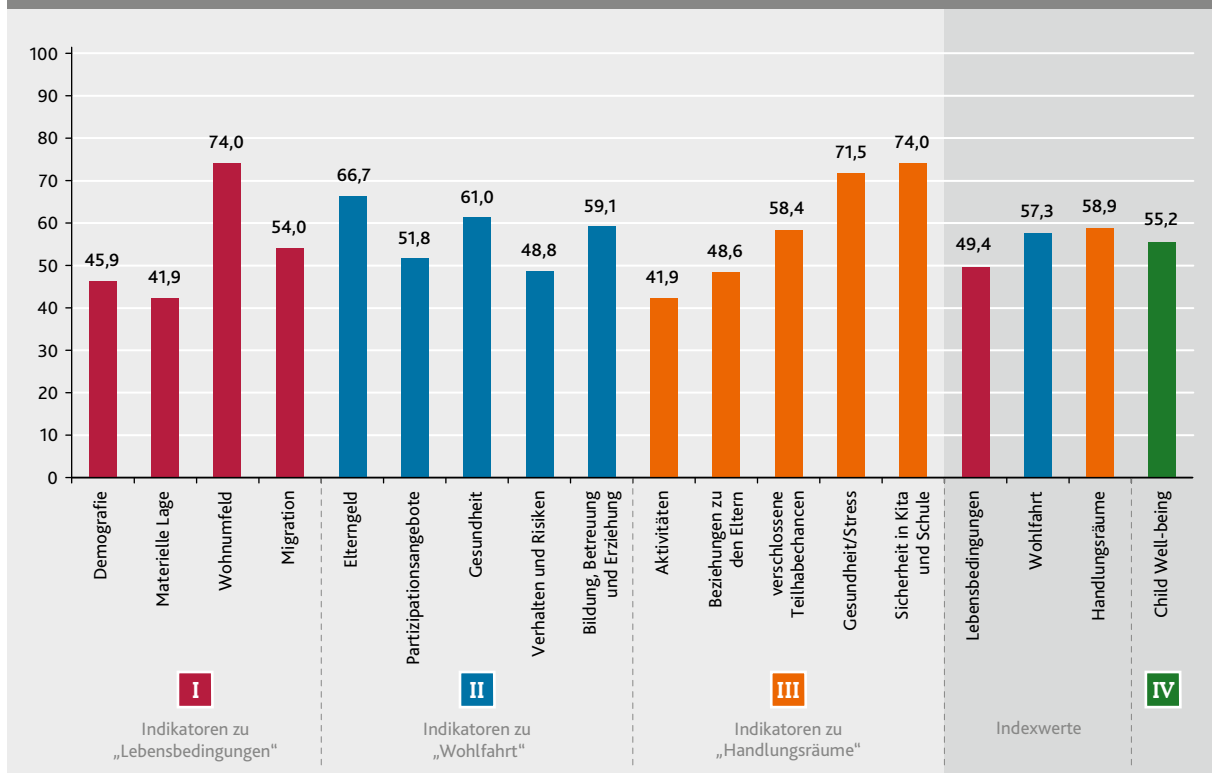
Kaiserslautern, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 26,8 %	- 3,3 %	- 3,9 %	- 12,1 %
Gruppenzugehörigkeit	E	E	D	E

Koblenz, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.174	5,65	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	5.179	4,88	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	930	0,88	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	3.109	-15,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.396	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.095	1,03	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	3.193	23,79	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	50,86	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	832	22,1	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	619	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	8	8,6	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	190	1,15	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	548	2,92	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	26	1,57	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	20	1,21	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	5	26,61	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	618	39,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	37	16,1	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	29	12,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	348	13,1	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,2	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	189	14,1	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	10	0,6	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	692	34,7	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	218	10,9	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	397	57,4	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	7.485	100,82	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	405	11,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	210	1,27	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	106	6,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,89	‰	gleichaltrige Bevölkerung

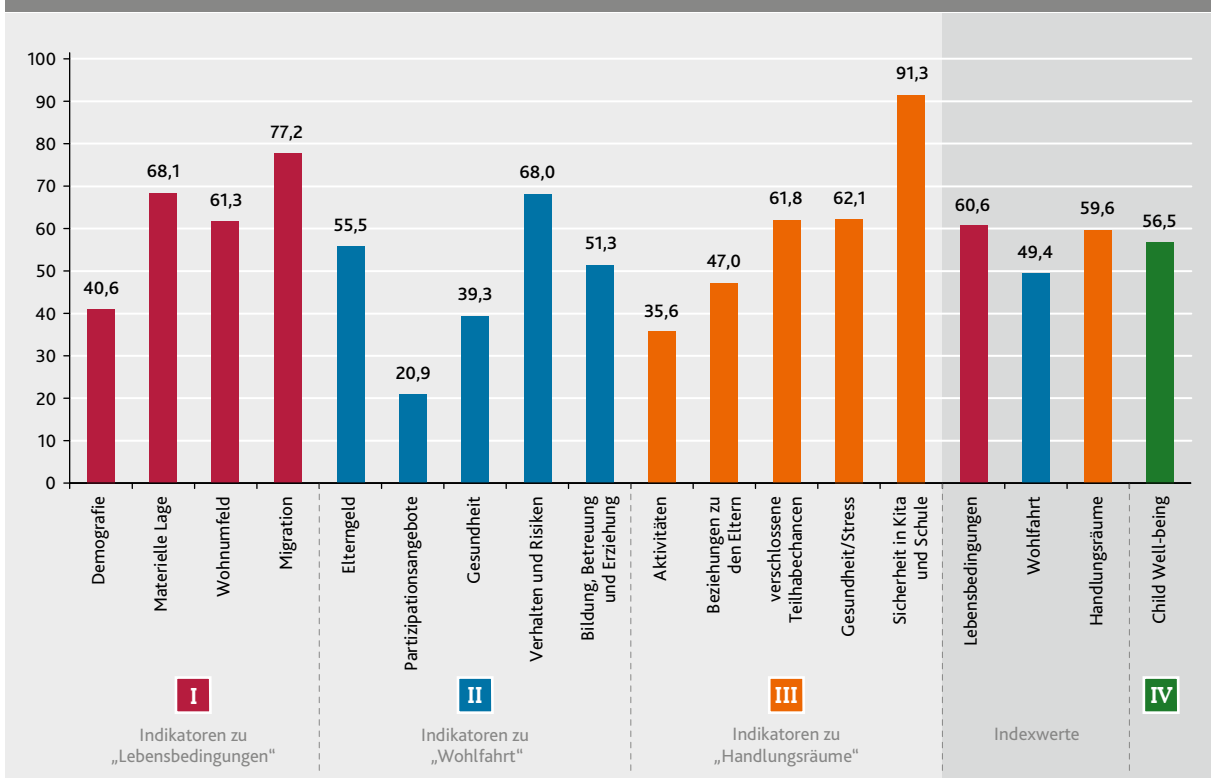
Koblenz, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 19,9 %	+ 18,4 %	+ 1,3 %	- 1,5 %
Gruppenzugehörigkeit	E	A	C	D

LK Kusel		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	3.423	5,44	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.604	6,15	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	508	0,68	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	3.850	-23,7	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.020	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	404	0,54	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.291	12,58	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	42,94	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	349	12,4	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	617	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	4	7,9	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	141	1,08	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	213	1,43	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	39	2,99	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	8	0,61	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	2	13,42	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	149	15,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	–	–	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	3	6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	266	16,2	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,2	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	56	5,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	5	0,4	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	281	17,8	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	67	4,3	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	126	44,8	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	4.718	76,16	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen der 6- bis unter 10-jährigen	2009	343	9,96	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	161	1,24	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	73	7,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,68	‰	gleichaltrige Bevölkerung

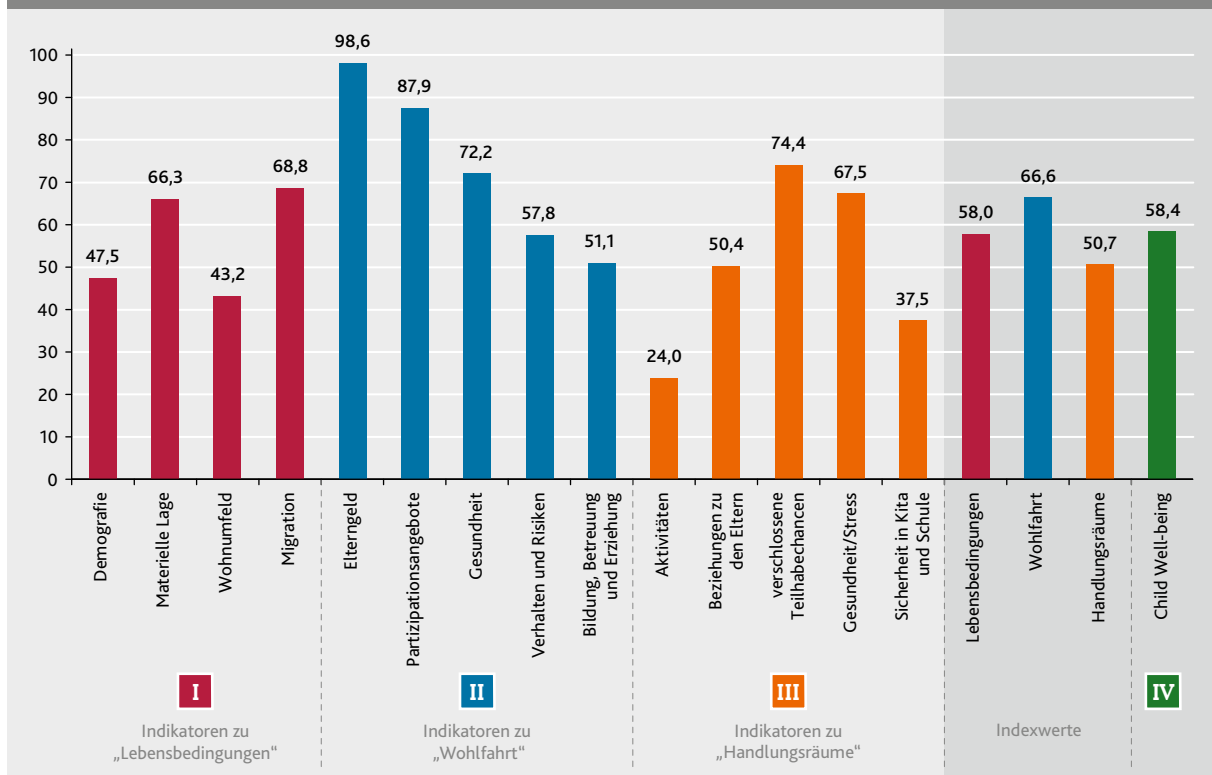
LK Kusel



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 1,6 %	+ 2,2 %	+ 2,5 %	+ 0,9 %
Gruppenzugehörigkeit	C	D	C	C

Landau in der Pfalz, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil			
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße	
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-Jährige	31.12.2007	2.127	5,87	%	Gesamtbevölkerung	
	14- bis 18-Jährige	31.12.2007	2.307	5,36	%	Gesamtbevölkerung	
	Geburten pro Jahr	2007	368	0,85	%	Gesamtbevölkerung	
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	1.520	-17	%	unter 21-Jährige	
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.777	€	pro Einwohner/-in	
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	322	0,75	%	Gesamtbevölkerung	
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	724	12,52	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	28,98	‰	15- bis unter 25-Jährige	
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	301	15,9	%	alle Schüler/-innen	
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	695	€	pro Monat	
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	2	5,4	‰	Lebendgeborene	
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	82	1,15	%	unter 18-Jährige	
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	268	3,29	%	unter 20-Jährige	
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	3	0,42	‰	unter 18-Jährige	
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	6	0,84	‰	unter 18-Jährige	
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	3	36,8	Pro 100.000	unter 19-Jährige	
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	380	40	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Schulabgänger/-innen mit Migrations- hintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	5	7,7	%	alle Schulabgänger/ -innen mit Migrations- hintergrund	
	Schulabgänger/-innen aus allgemein- bildenden Schulen mit Migrations- hintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	7	10,8	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	154	14,4	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	4,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen	
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	96	16,6	‰	gleichaltrige Bevölkerung	
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	10	1,4	‰	unter 18-Jährige	
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	307	35,1	‰	unter 21-Jährige	
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	72	8,2	‰	unter 21-Jährige	
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	131	42,7	%	alle HzE	
	III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	3.161	97,08	%	gleichaltrige Bevölkerung
		Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	–	–	%	gleichaltrige Bevölkerung
Kinder in geschiedenen Ehen		2007	112	1,57	%	unter 18-Jährige	
Schulclassene ohne Hauptschulabschluss		Schuljahr 2006/07	74	7,8	%	alle Schulabgänger/ -innen	
Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung		Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,21	‰	gleichaltrige Bevölkerung	

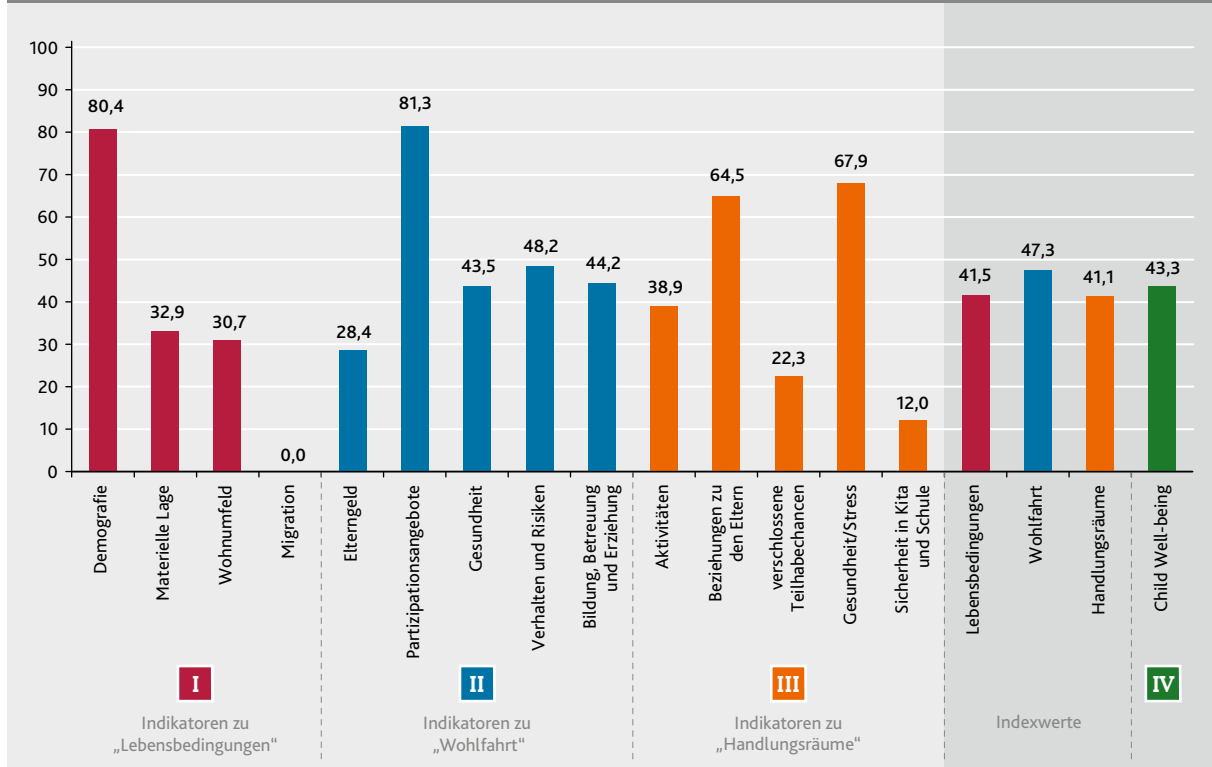
Landau in der Pfalz, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 5,9 %	+ 37,8 %	- 12,7 %	+ 4,3 %
Gruppenzugehörigkeit	D	A	E	B

Ludwigshafen, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil			
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße	
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-Jährige	31.12.2007	9.050	6,39	%	Gesamtbevölkerung	
	14- bis 18-Jährige	31.12.2007	8.665	5,29	%	Gesamtbevölkerung	
	Geburten pro Jahr	2007	1.619	0,99	%	Gesamtbevölkerung	
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	3.087	-9	%	unter 21-Jährige	
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	15.690	€	pro Einwohner/-in	
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.260	0,77	%	Gesamtbevölkerung	
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	5.708	24,82	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	51,32	‰	15- bis unter 25-Jährige	
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	2.720	44,6	%	alle Schüler/-innen	
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	562	€	pro Monat	
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	28	17,3	‰	Lebendgeborene	
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	328	1,16	%	unter 18-Jährige	
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	587	1,83	%	unter 20-Jährige	
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	26	0,92	‰	unter 18-Jährige	
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	41	1,45	‰	unter 18-Jährige	
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	17	53,1	Pro 100.000	unter 19-Jährige	
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	507	28,8	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Schulabgänger/-innen mit Migrations- hintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	68	13,4	%	alle Schulabgänger/ -innen mit Migrations- hintergrund	
	Schulabgänger/-innen aus allgemein- bildenden Schulen mit Migrations- hintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	106	20,9	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	514	11,2	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,9	%	öffentlich geförderte Tagespflegen	
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	132	5,7	‰	gleichaltrige Bevölkerung	
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	9	0,3	‰	unter 18-Jährige	
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	1.167	34,3	‰	unter 21-Jährige	
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	441	13	‰	unter 21-Jährige	
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	636	54,5	%	alle HzE	
	III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	7.588	60,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
		Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	598	7,83	%	gleichaltrige Bevölkerung
Kinder in geschiedenen Ehen		2007	278	0,99	%	unter 18-Jährige	
Schulclassene ohne Hauptschulabschluss		Schuljahr 2006/07	264	15	%	alle Schulabgänger/ -innen	
Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung		Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,83	‰	gleichaltrige Bevölkerung	

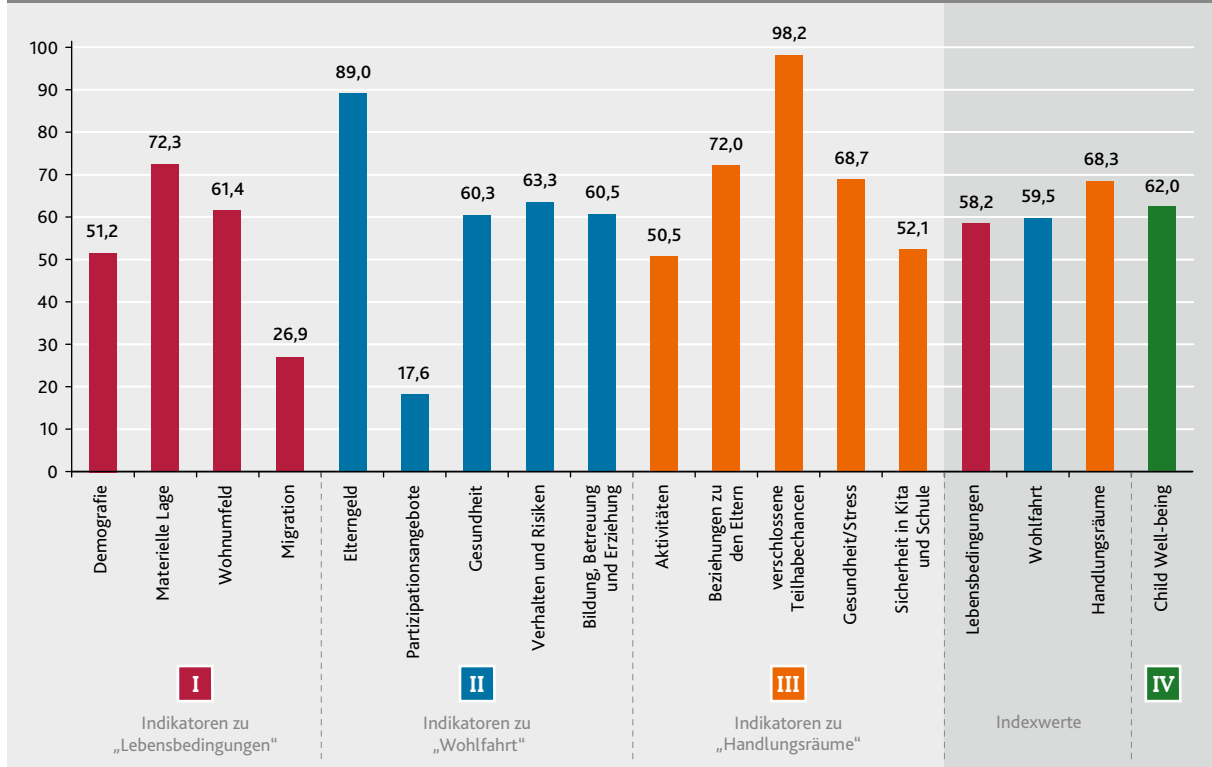
Ludwigshafen, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 32,7 %	- 2,2 %	- 29,2 %	- 22,7 %
Gruppenzugehörigkeit	E	E	E	E

Mainz, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	9.938	5,8	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	8.297	4,19	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.825	0,92	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.126	-11,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.568	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	751	0,38	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	4.244	17,39	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	22,03	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	2.166	33,4	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	684	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	19	10,4	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	308	1,05	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	609	1,83	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	34	1,16	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	23	0,78	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	9	27,09	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	984	44,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	91	18,1	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	32	6,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	539	10,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	3,9	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	202	8,3	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	155	5,3	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	992	27,6	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	271	7,5	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	416	41,9	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	20.805	161,22	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	549	8,18	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	299	1,02	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	85	3,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,02	‰	gleichaltrige Bevölkerung

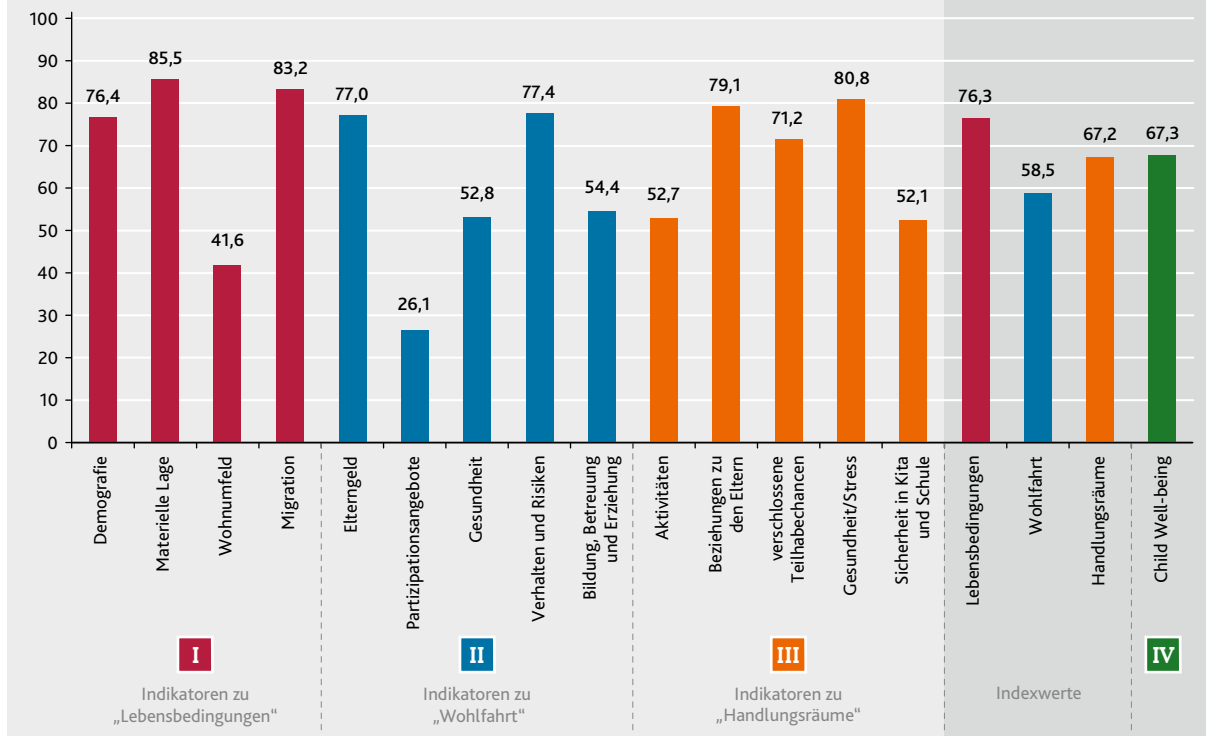
Mainz, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 5,5 %	+ 23,0 %	+ 17,5 %	+ 10,7 %
Gruppenzugehörigkeit	D	A	A	B

LK Mainz-Bingen		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	10.995	6,41	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	11.474	5,7	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.721	0,85	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.546	-10,2	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	20.724	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	568	0,28	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.937	9,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	29,13	‰	15- bis unter 25-jährige
II WOHLFART	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	845	9,9	%	alle Schüler/-innen
	Elterngeld	2007	–	702	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	19	11	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	355	0,95	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	611	1,46	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	4	0,11	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	9	0,24	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	10	23,85	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	641	33,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	26	15,7	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	23	13,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	855	16,1	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,9	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	199	6,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	65	1,7	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	698	15,8	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	213	4,8	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	307	44	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	38.694	219,01	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	729	8,56	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	469	1,25	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	162	8,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,82	‰	gleichaltrige Bevölkerung

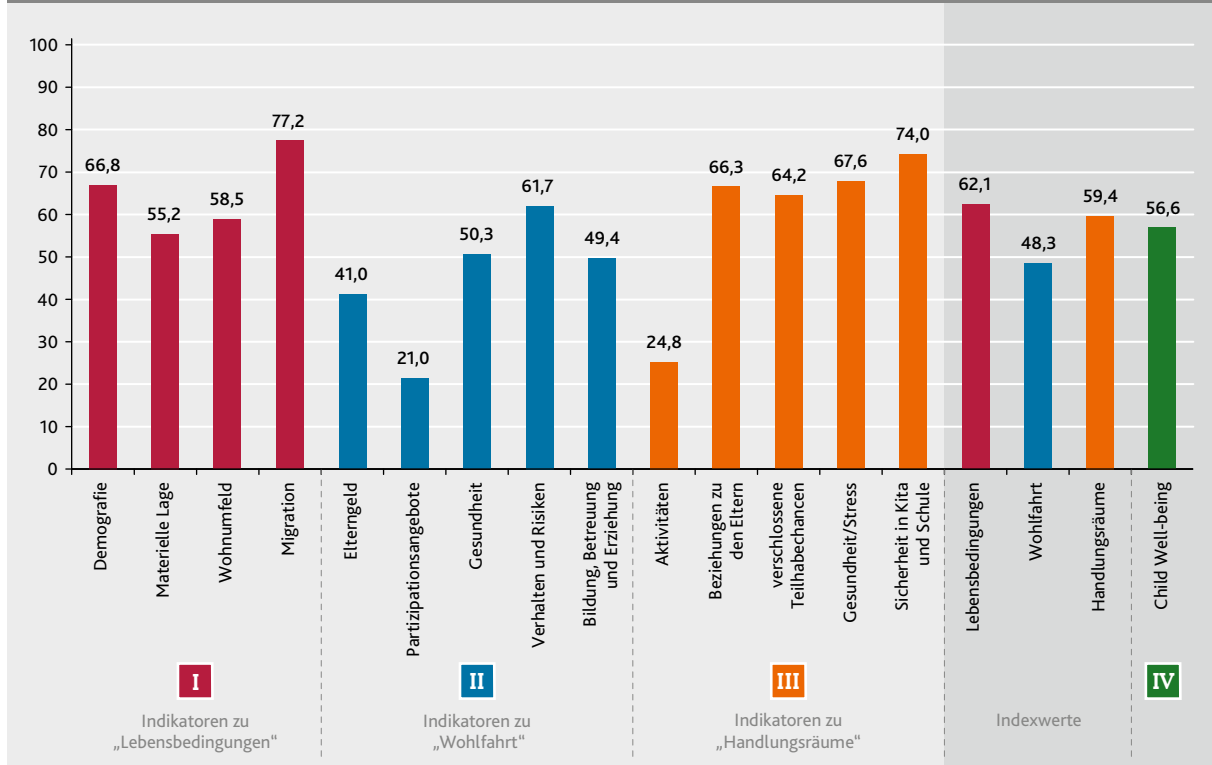
LK Mainz-Bingen



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 23,8 %	+ 21,0 %	+ 15,6 %	+ 20,2 %
Gruppenzugehörigkeit	A	A	A	A

LK Mayen-Koblenz		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	10.746	5,99	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	12.660	5,95	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.711	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	7.135	-15,2	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.370	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.555	0,73	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	3.881	12,6	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	37,59	‰	15- bis unter 25-jährige
II WOHLFAHRT	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	1.056	12,4	%	alle Schüler/-innen
	Elterngeld	2007	–	603	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	20	11,7	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	386	1	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	829	1,9	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	35	0,91	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	39	1,02	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	16	36,65	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	409	17,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	32	13	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	25	10,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	800	15,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,7	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	141	4,6	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	20	0,5	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	1.082	23,5	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	185	4	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	353	32,6	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	14.764	81,83	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	440	3,31	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	424	1,1	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	192	8,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,91	‰	gleichaltrige Bevölkerung

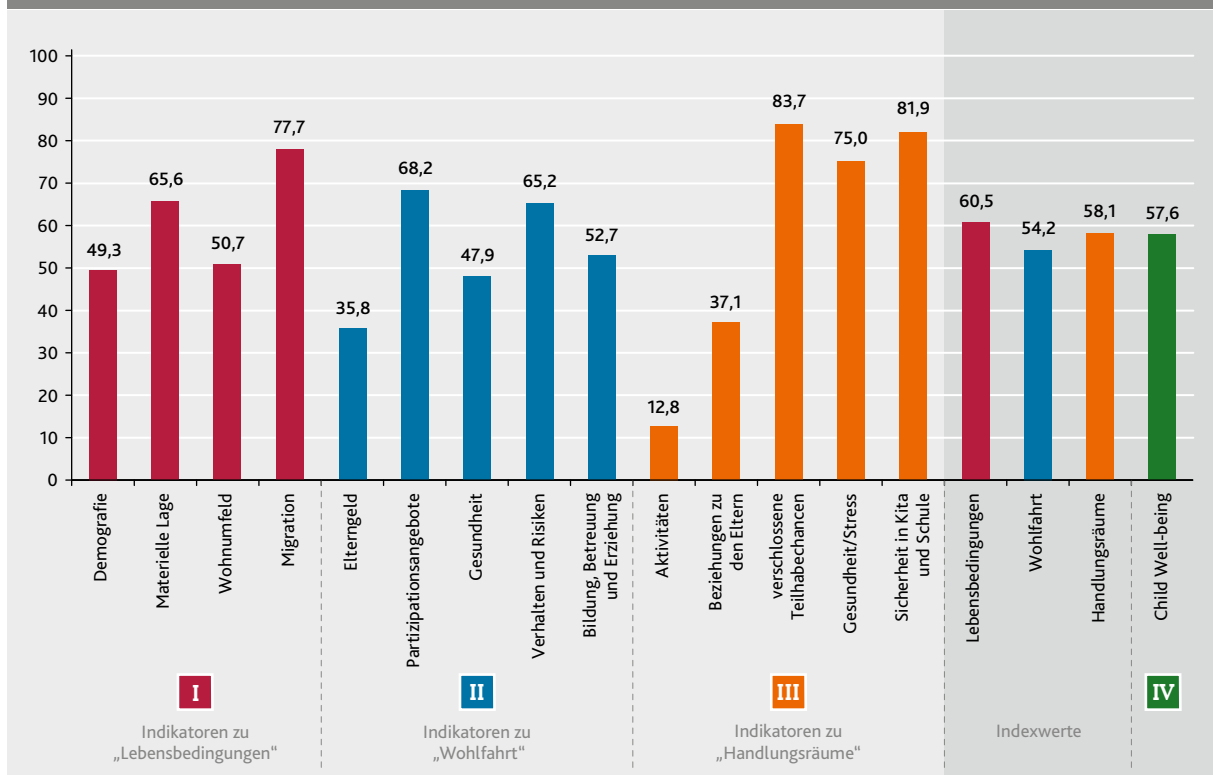
LK Mayen-Koblenz



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 0,9 %	- 0,2 %	+ 2,2 %	+ 1,0 %
Gruppenzugehörigkeit	C	D	C	C

Neustadt a. d. Weinstr., krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil			
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße	
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-Jährige	31.12.2007	2.654	5,77	%	Gesamtbevölkerung	
	14- bis 18-Jährige	31.12.2007	2.999	5,59	%	Gesamtbevölkerung	
	Geburten pro Jahr	2007	413	0,77	%	Gesamtbevölkerung	
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	1.675	-15,2	%	unter 21-Jährige	
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	18.842	€	pro Einwohner/-in	
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	295	0,55	%	Gesamtbevölkerung	
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.036	14,54	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	32,52	‰	15- bis unter 25-Jährige	
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	241	12,2	%	alle Schüler/-innen	
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	572	€	pro Monat	
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	6	14,5	‰	Lebendgeborene	
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	92	1,03	%	unter 18-Jährige	
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	228	2,23	%	unter 20-Jährige	
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	8	0,89	‰	unter 18-Jährige	
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	18	2,01	‰	unter 18-Jährige	
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	1	9,79	Pro 100.000	unter 19-Jährige	
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	270	44,5	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Schulabgänger/-innen mit Migrations- hintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	5	8,8	%	alle Schulabgänger/ -innen mit Migrations- hintergrund	
	Schulabgänger/-innen aus allgemein- bildenden Schulen mit Migrations- hintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	10	17,5	%	alle Schulabgänger/ -innen	
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	207	16,2	%	gleichaltrige Bevölkerung	
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	2,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen	
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	26	3,7	‰	gleichaltrige Bevölkerung	
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	5	0,6	‰	unter 18-Jährige	
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	394	36,3	‰	unter 21-Jährige	
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	167	15,4	‰	unter 21-Jährige	
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	223	56,6	%	alle HzE	
	III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	3.512	87,23	%	gleichaltrige Bevölkerung
		Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	–	–	%	gleichaltrige Bevölkerung
Kinder in geschiedenen Ehen		2007	122	1,36	%	unter 18-Jährige	
Schulclassene ohne Hauptschulabschluss		Schuljahr 2006/07	30	4,9	%	alle Schulabgänger/ -innen	
Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung		Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,89	‰	gleichaltrige Bevölkerung	

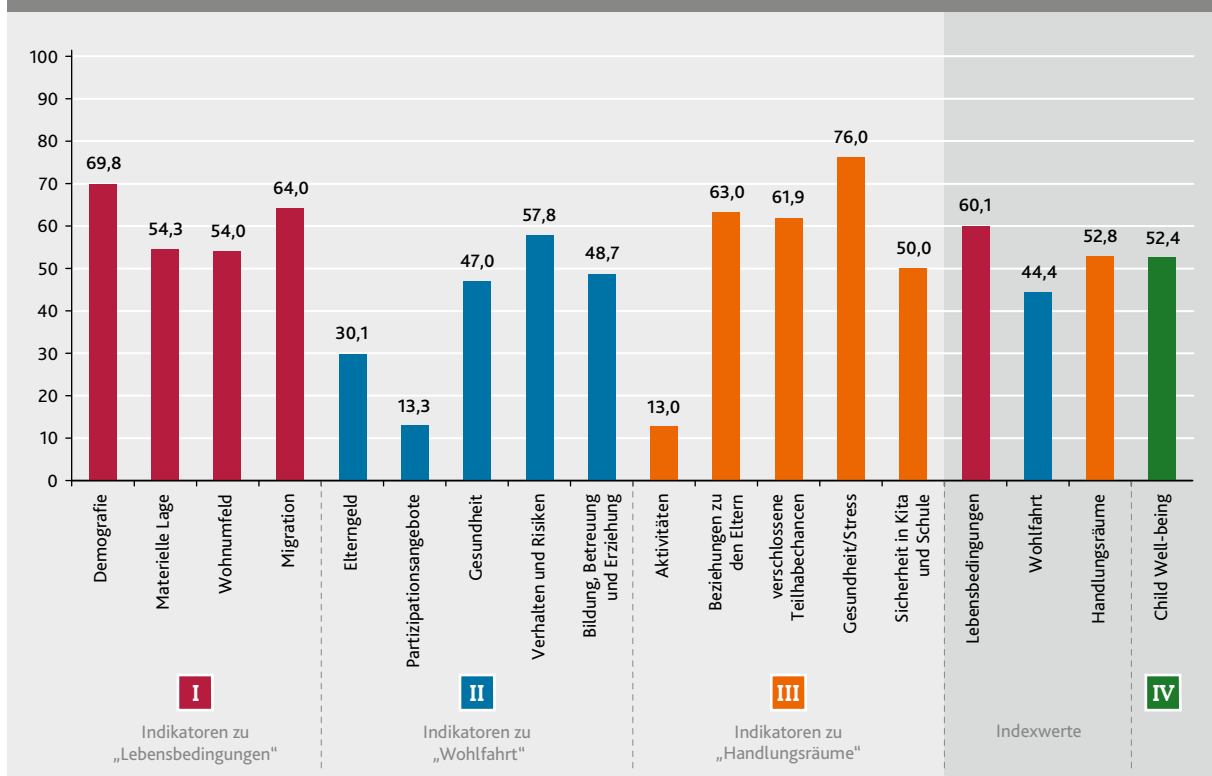
Neustadt a.d. Weinstr., krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 1,8 %	+ 12,1 %	0,0 %	+ 2,8 %
Gruppenzugehörigkeit	C	B	C	C

LK Neuwied		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	9.529	6,12	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	11.552	6,29	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.480	0,81	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	7.084	-16,7	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.909	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.530	0,83	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	4.031	14,51	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	37,7	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	1.403	17,9	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	561	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	25	16,9	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	384	1,1	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	749	1,9	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	46	1,32	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	45	1,29	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	15	38,03	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	451	19,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	36	12,8	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	35	12,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	483	10,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	117	4,2	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	0	0	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	1.070	25,7	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	240	5,8	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	476	44,5	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	10.436	63,14	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	226	2,39	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	347	1	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	202	8,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,54	‰	gleichaltrige Bevölkerung

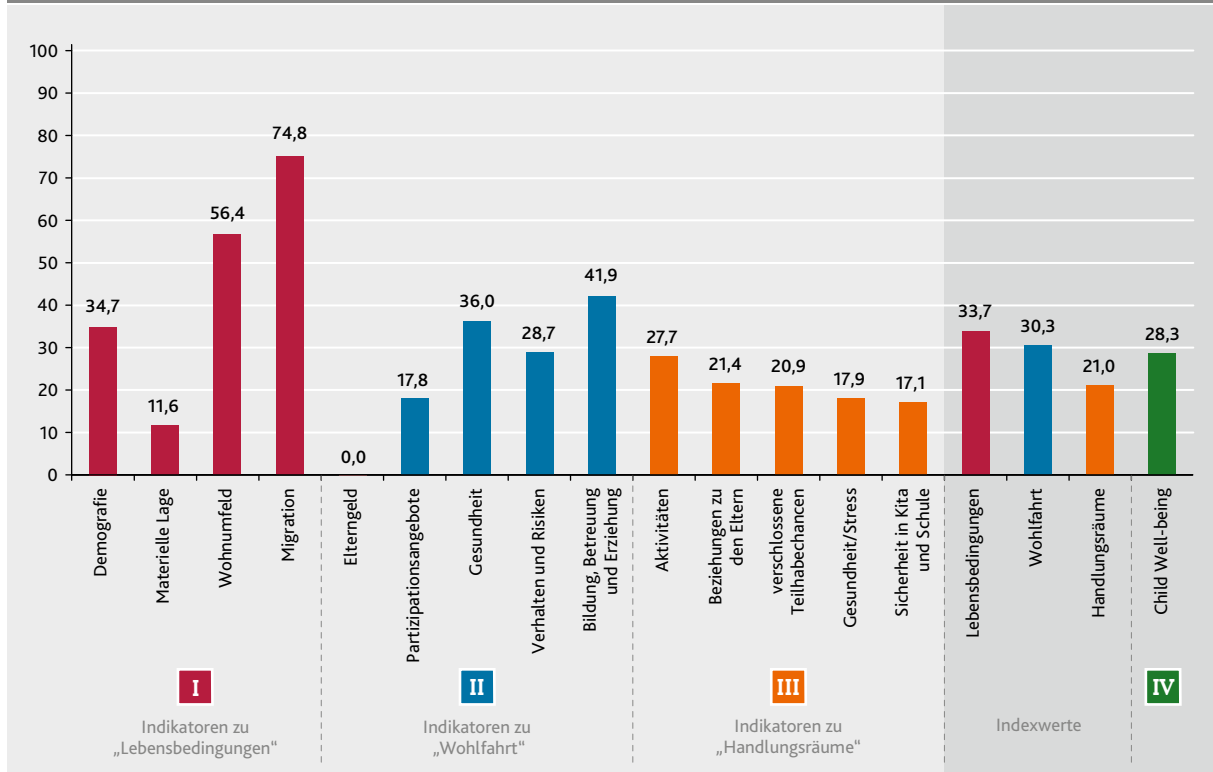
LK Neuwied



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 2,5 %	- 8,3 %	- 9,2 %	- 6,5 %
Gruppenzugehörigkeit	C	E	D	E

Pirmasens, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	1.884	5,32	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	2.282	5,45	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	338	0,81	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	1.979	-23,6	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.813	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	437	1,04	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.642	30,99	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	75,38	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	205	13,4	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	452	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	4	11,8	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	103	1,54	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	152	1,98	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	25	3,74	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	5	0,75	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	1	13,05	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	208	36,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	11	31,5	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	6	17,1	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	90	9,5	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,7	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	–	–	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	4	0,6	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	394	48,2	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	113	13,8	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	212	53,8	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	2.796	90,99	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	43	2,97	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	105	1,57	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	58	10,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,51	‰	gleichaltrige Bevölkerung

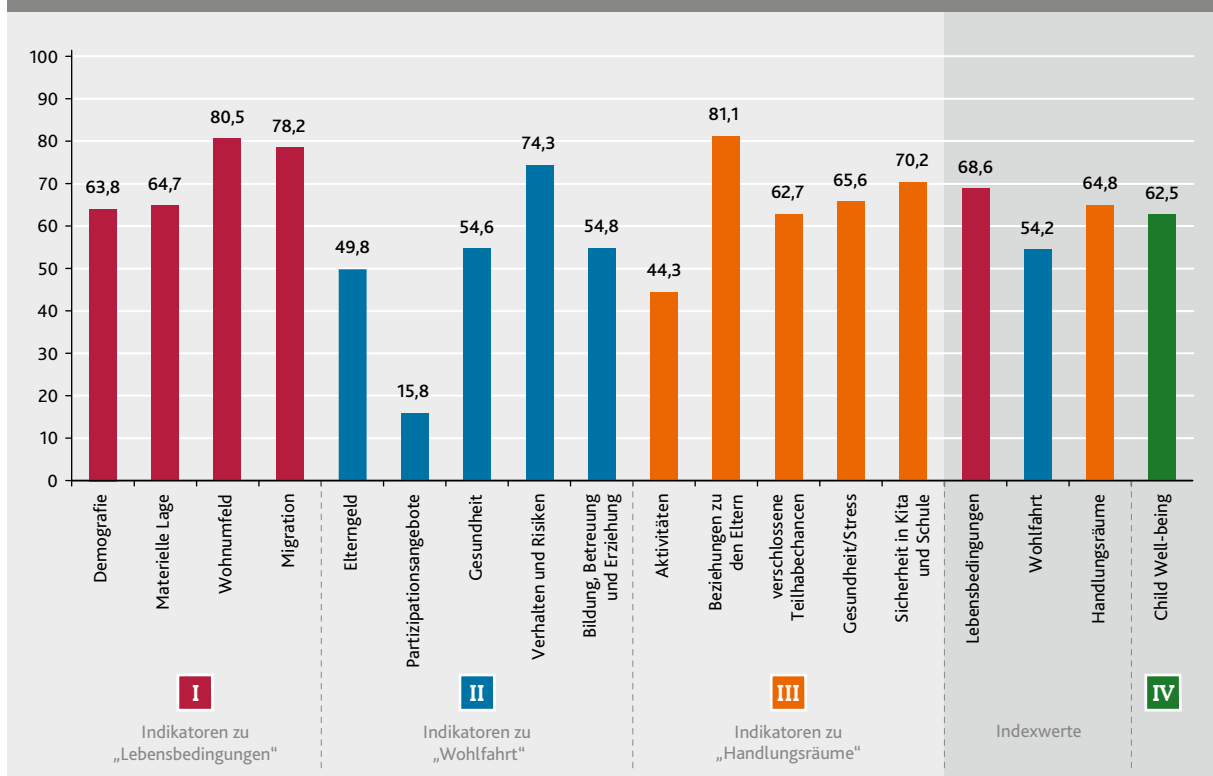
Pirmasens, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 45,4 %	- 37,3 %	- 63,9 %	- 49,4 %
Gruppenzugehörigkeit	E	E	E	E

Rhein-Hunsrück-Kreis		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.198	5,93	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	6.596	6,33	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	764	0,73	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.371	-18,4	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.293	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	479	0,46	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.778	11,63	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	34,02	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	547	12	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	625	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	11	14,4	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	208	1,08	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	347	1,59	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	28	1,45	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	6	0,31	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	4	18,29	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	274	21,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	32	29,4	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	14	12,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	259	10,7	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,2	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	158	10,3	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	3	0,2	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	467	20,2	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	142	6,2	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	210	45	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	8.764	96,22	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	432	9,71	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	182	0,94	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	118	9,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,78	‰	gleichaltrige Bevölkerung

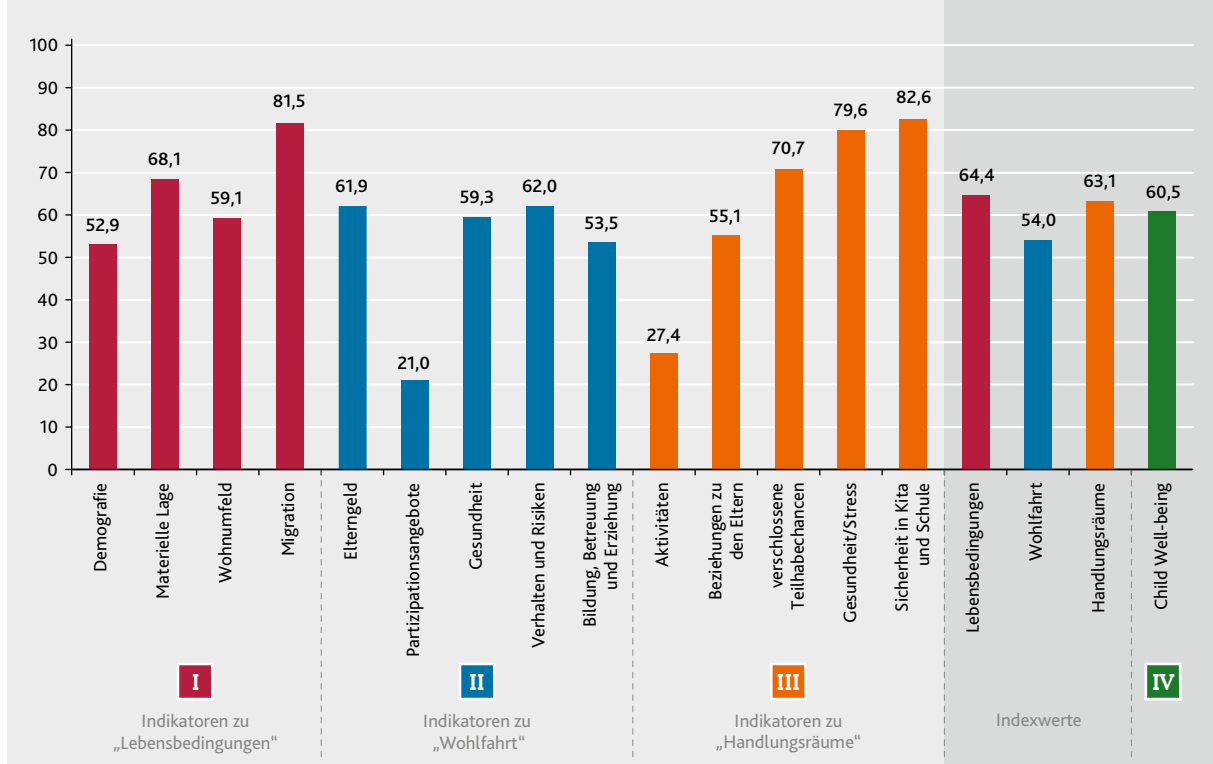
Rhein-Hunsrück-Kreis



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 11,4 %	+ 12,0 %	+ 11,5 %	+ 11,6 %
Gruppenzugehörigkeit	B	B	B	A

Rhein-Lahn-Kreis		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	6.006	5,66	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	7.476	5,92	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	934	0,74	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	4.965	-18,3	%	unter 21-Jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.608	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	698	0,55	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.279	13	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	32,42	‰	15- bis unter 25-Jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	516	10,6	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	602	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	6	6,4	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	234	1,06	%	unter 18-Jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	568	2,26	%	unter 20-Jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	49	2,22	‰	unter 18-Jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	28	1,27	‰	unter 18-Jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	9	35,81	Pro 100.000	unter 19-Jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	370	26	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	24	17,1	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	27	19,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	384	13,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	88	5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	1	0	‰	unter 18-Jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	646	24,3	‰	unter 21-Jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	147	5,5	‰	unter 21-Jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	241	37,3	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	9.711	93,5	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	232	6,07	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	220	1	%	unter 18-Jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	112	7,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,51	‰	gleichaltrige Bevölkerung

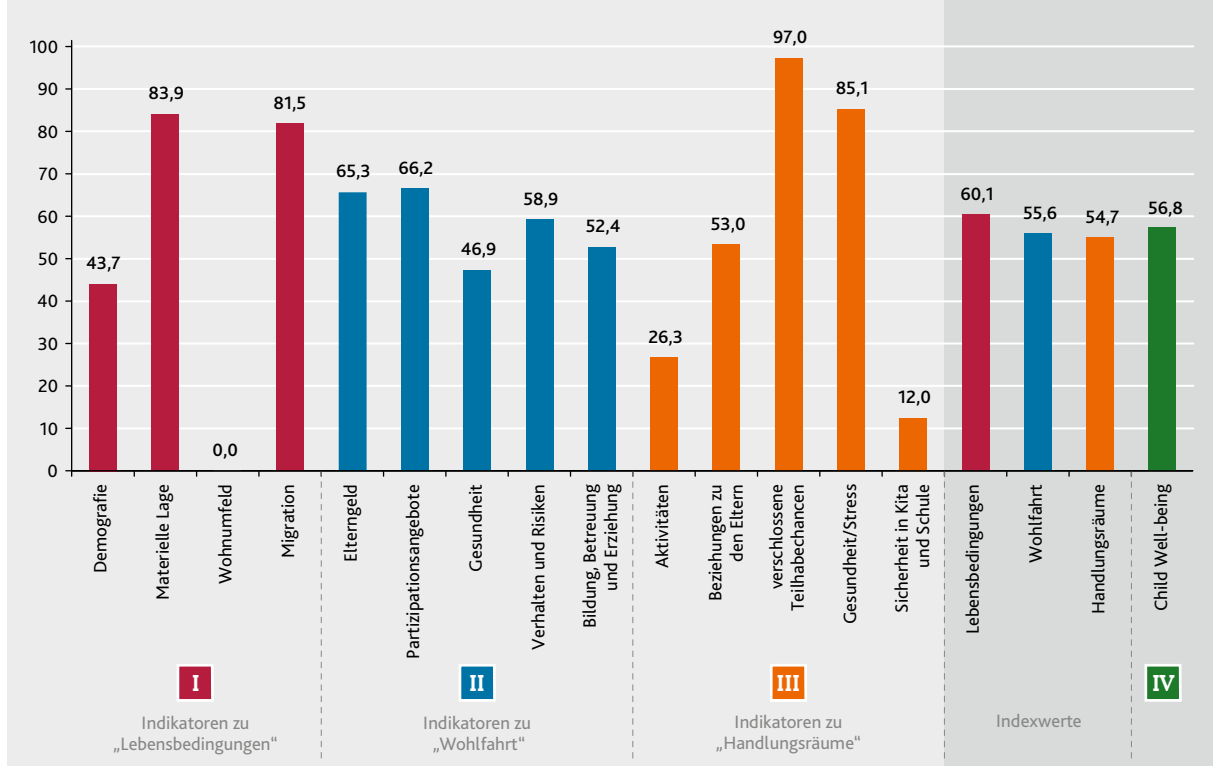
Rhein-Lahn-Kreis



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 4,5 %	+ 11,6 %	+ 8,6 %	+ 8,0 %
Gruppenzugehörigkeit	C	B	B	B

Rhein-Pfalz-Kreis		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	6.926	5,52	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	8.501	5,7	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.067	0,72	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.686	-18,1	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	19.218	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	600	0,4	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.365	6,63	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	24,77	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	632	10,6	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFART	Elterngeld	2007	–	683	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	14	13,1	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	259	1	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	476	1,62	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	71	2,74	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	31	1,2	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	10	34,11	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	172	14,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	6	4,7	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	9	7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	601	18,5	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,8	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	56	2,7	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	5	0,2	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	598	19,3	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	161	5,2	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	253	42,3	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	11.230	90,97	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	542	4,65	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	252	0,97	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	40	3,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,78	‰	gleichaltrige Bevölkerung

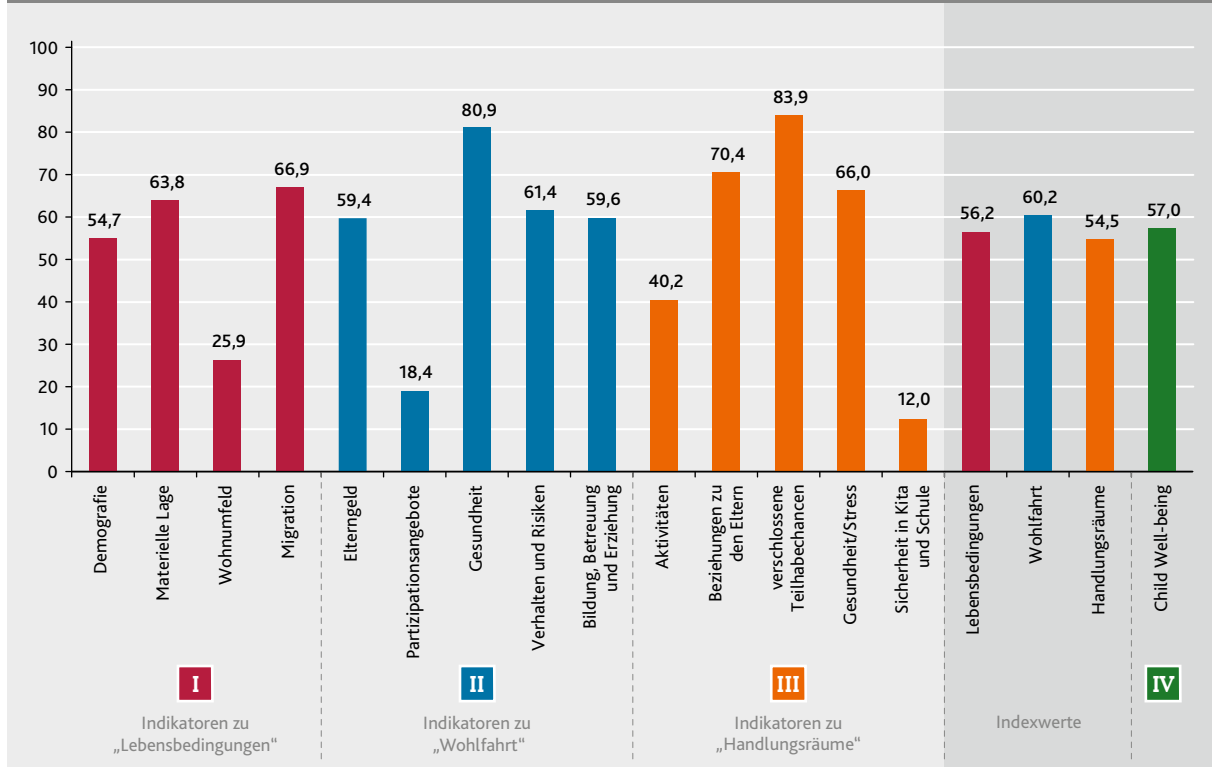
Rhein-Pfalz-Kreis



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 2,5 %	+ 14,9 %	- 5,9 %	+ 1,3 %
Gruppenzugehörigkeit	C	B	D	C

Speyer, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	2.606	6,05	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	2.770	5,47	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	407	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	1.485	-14,1	%	unter 21-Jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	18.410	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	338	0,67	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.128	16,02	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	36,48	‰	15- bis unter 25-Jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	319	16,7	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	656	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	4	9,8	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	89	1,02	%	unter 18-Jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	300	3,04	%	unter 20-Jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	7	0,81	‰	unter 18-Jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	8	0,92	‰	unter 18-Jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	1	10,14	Pro 100.000	unter 19-Jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	471	49,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	29	34,5	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	9	10,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	166	13,2	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	6,7	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	68	9,7	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	14	1,6	‰	unter 18-Jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	380	36,5	‰	unter 21-Jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	105	10,1	‰	unter 21-Jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	183	48,2	%	alle HzE	
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	3.337	83,97	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	206	10,63	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	93	1,07	%	unter 18-Jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	38	4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,99	‰	gleichaltrige Bevölkerung

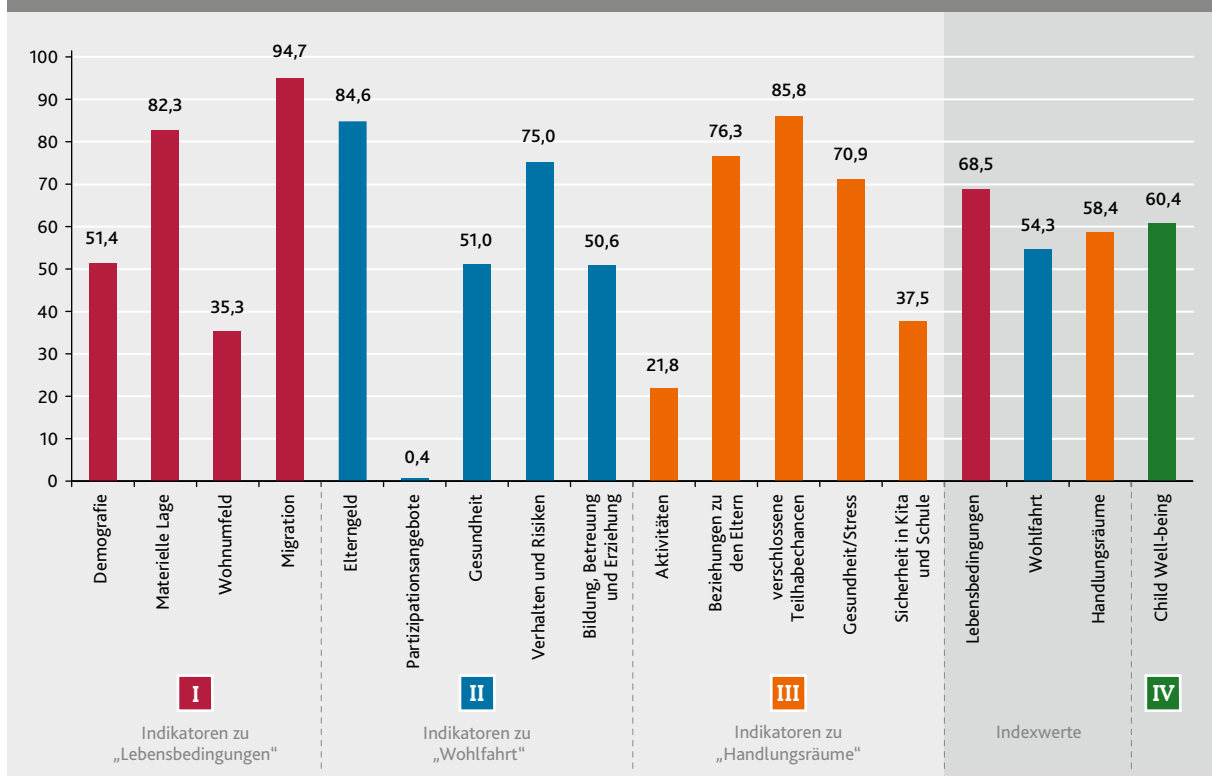
Speyer, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 8,7 %	+ 24,3 %	- 6,2 %	+ 1,7 %
Gruppenzugehörigkeit	D	A	D	C

LK Südliche Weinstraße		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	5.151	5,6	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	6.650	6,05	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	802	0,73	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.270	-18	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.617	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	431	0,39	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.153	7,46	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	25,14	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	210	5,1	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	691	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	10	12,5	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	220	1,13	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	371	1,67	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	20	1,03	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	5	0,26	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	8	36,1	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	272	24,1	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	8	14,5	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	13	23,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	404	16,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,5	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	118	7,6	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	16	0,8	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	354	15,1	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	100	4,3	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	176	49,7	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	8.052	86,68	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	176	4,63	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	221	1,13	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	68	6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,89	‰	gleichaltrige Bevölkerung

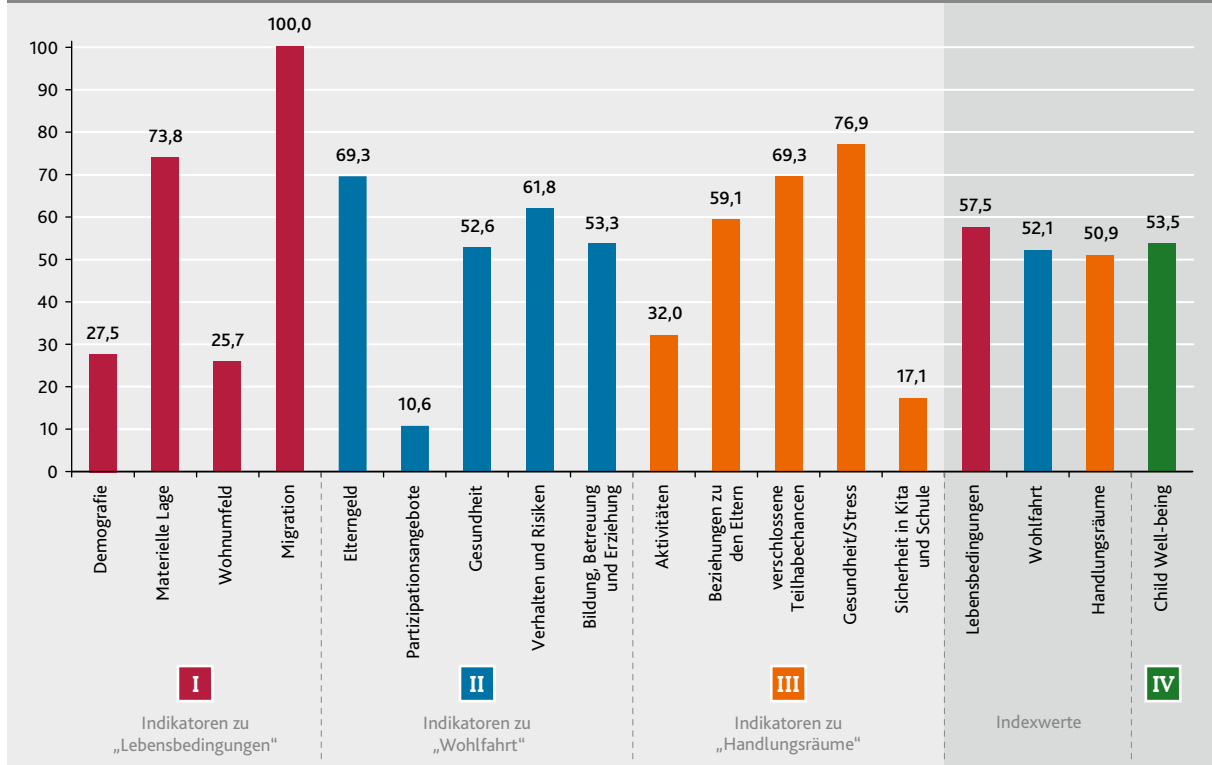
LK Südliche Weinstraße



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 11,2 %	+ 12,3 %	+ 0,6 %	+ 7,8 %
Gruppenzugehörigkeit	B	B	C	B

LK Südwestpfalz		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.221	5,01	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	6.188	6,09	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	657	0,65	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	5.898	-27,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17171	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	376	0,37	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.081	8,08	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	32,52	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	112	2,9	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	649	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	5	7,6	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	178	1,04	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	307	1,56	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	25	1,46	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	14	0,82	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	4	20,36	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	69	7,8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	5	15,2	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	5	15,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	442	22,2	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,7	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	83	6,2	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	8	0,5	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	342	16,5	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	108	5,2	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	170	49,7	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	7.410	89,38	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	264	6,8	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	207	1,21	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	73	8,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,39	‰	gleichaltrige Bevölkerung

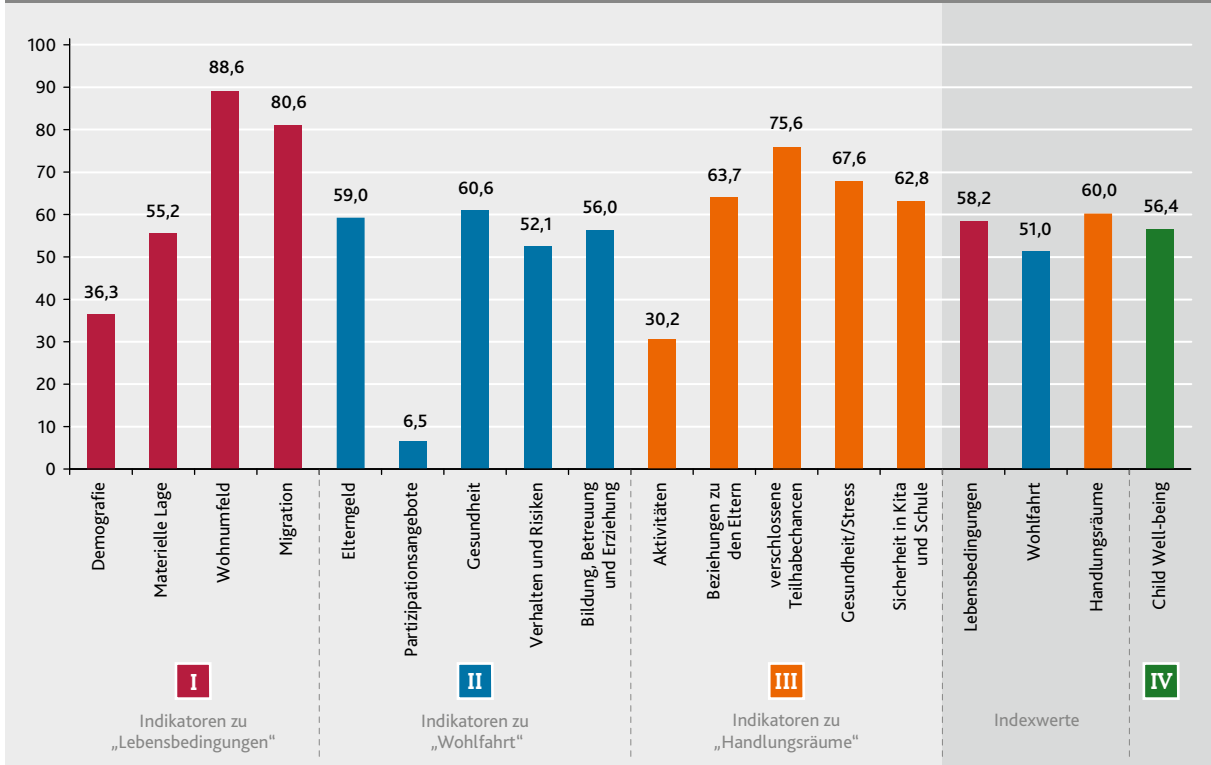
LK Südwestpfalz



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 6,7 %	+ 7,6 %	- 12,4 %	- 4,6 %
Gruppenzugehörigkeit	D	C	E	D

Trier, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.958	5,53	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.800	4,62	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	902	0,87	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	3.099	-15,9	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.974	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	935	0,9	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.364	19,18	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	28,09	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	355	11	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	585	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	17	18,8	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	165	1,08	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	408	2,33	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	19	1,25	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	21	1,38	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	8	45,64	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	558	39,1	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	31	33,7	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	12	13	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	607	23,7	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,8	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	93	7,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	42	2,8	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	912	47,4	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	186	9,7	‰	unter 21-jährige
Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	410	45	%	alle HzE	
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	4.739	72,01	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	168	8,68	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	147	0,97	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	110	7,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,89	‰	gleichaltrige Bevölkerung

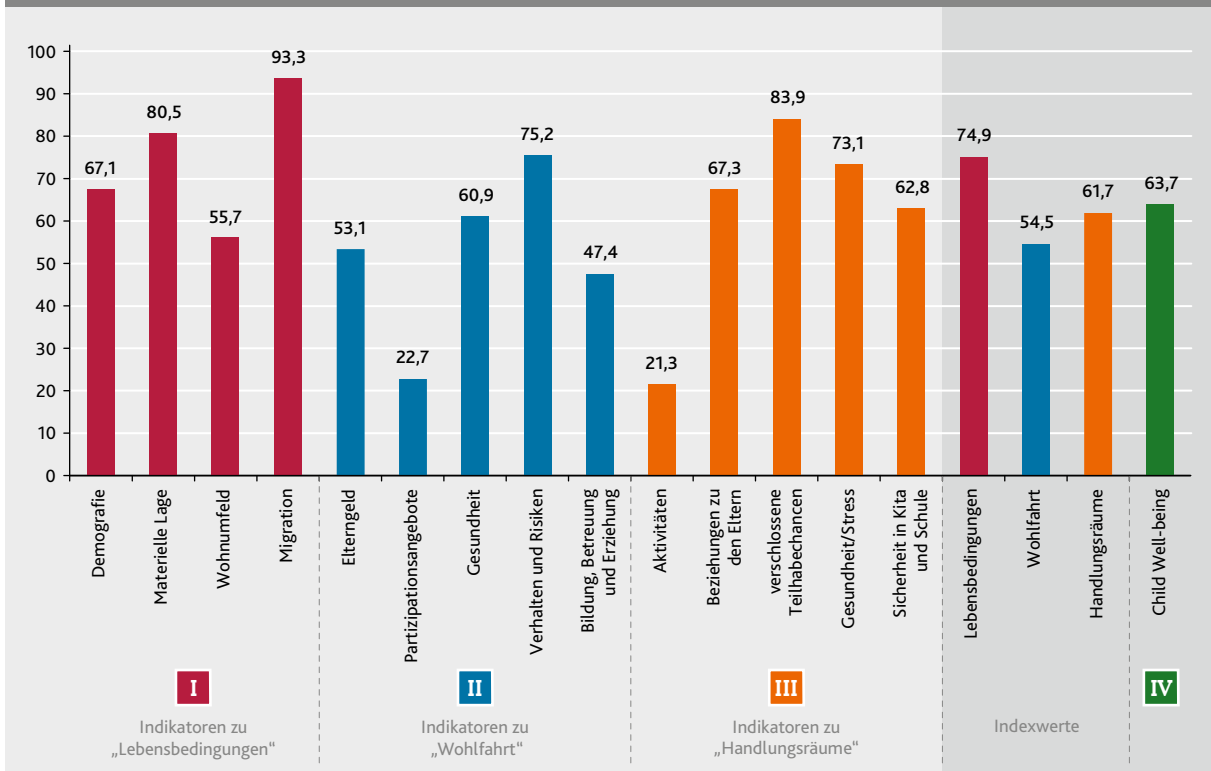
Trier, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 5,5 %	+ 5,4 %	+ 3,2 %	+ 0,7 %
Gruppenzugehörigkeit	D	C	C	C

LK Trier-Saarburg		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	7.265	6,12	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	8.523	6,04	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.145	0,81	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	4.748	-15,1	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.576	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	564	0,4	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	1.293	6,1	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	21,5	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	327	5,7	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	639	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	9	7,9	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	262	1	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	474	1,59	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	15	0,57	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	20	0,76	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	6	20,19	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	247	18,9	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	14	20,6	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	17	25	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	473	13,5	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,2	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	102	4,8	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	140	5,3	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	493	15,7	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	147	4,7	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	271	55	%	alle HzE
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	9.077	72,17	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	258	2,58	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	324	1,23	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	94	7,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,9	‰	gleichaltrige Bevölkerung

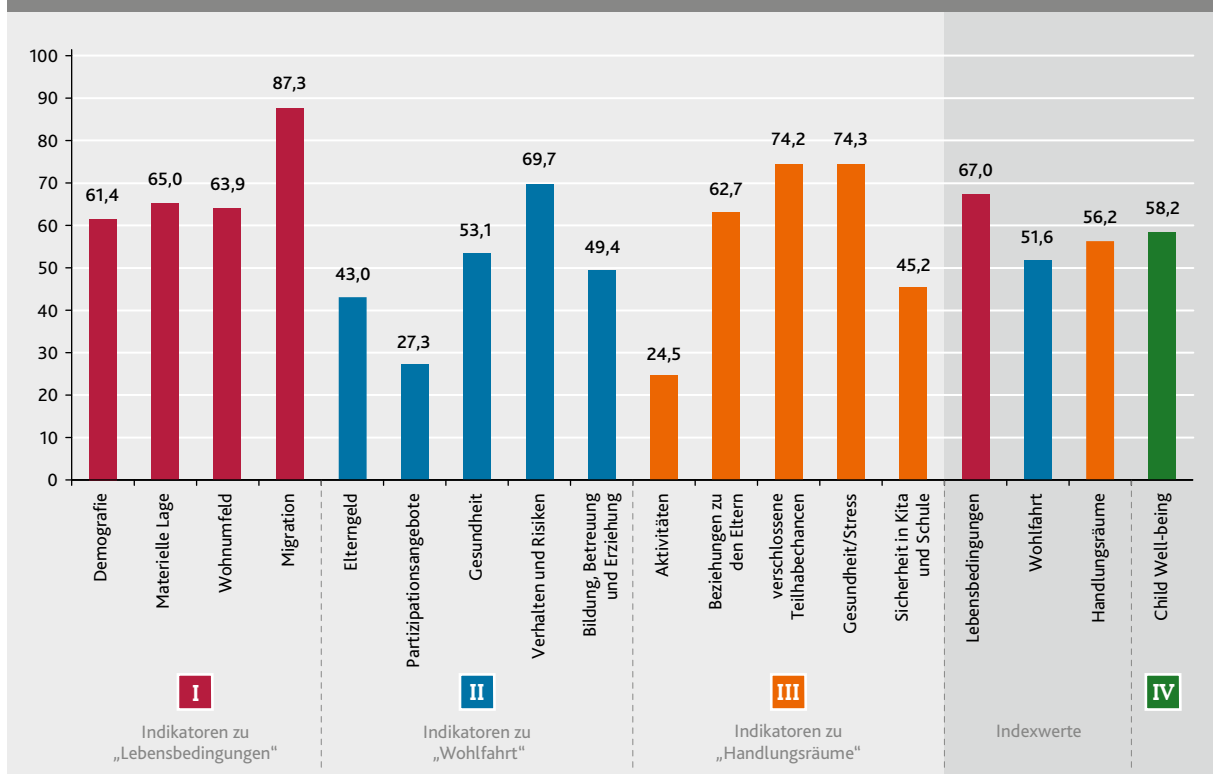
LK Trier-Saarburg



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 21,7 %	+ 12,6 %	+ 6,1 %	+ 13,7 %
Gruppenzugehörigkeit	A	B	B	A

LK Vulkaneifel		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	3.071	5,76	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.227	6,73	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	504	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	3.489	-23,8	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.943	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	354	0,56	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	919	9,83	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	35,29	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	227	8,2	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	581	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	1	2	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	134	1,12	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	292	2,15	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	14	1,17	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	3	0,25	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	6	44,23	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	218	23,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	4	5,3	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	10	13,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	139	9,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	78	8,3	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	0	0	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	310	21,6	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	80	5,6	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	153	49,4	%	alle HzE
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	4.120	71,84	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	219	5,63	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	165	1,38	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	61	6,5	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	1,28	‰	gleichaltrige Bevölkerung

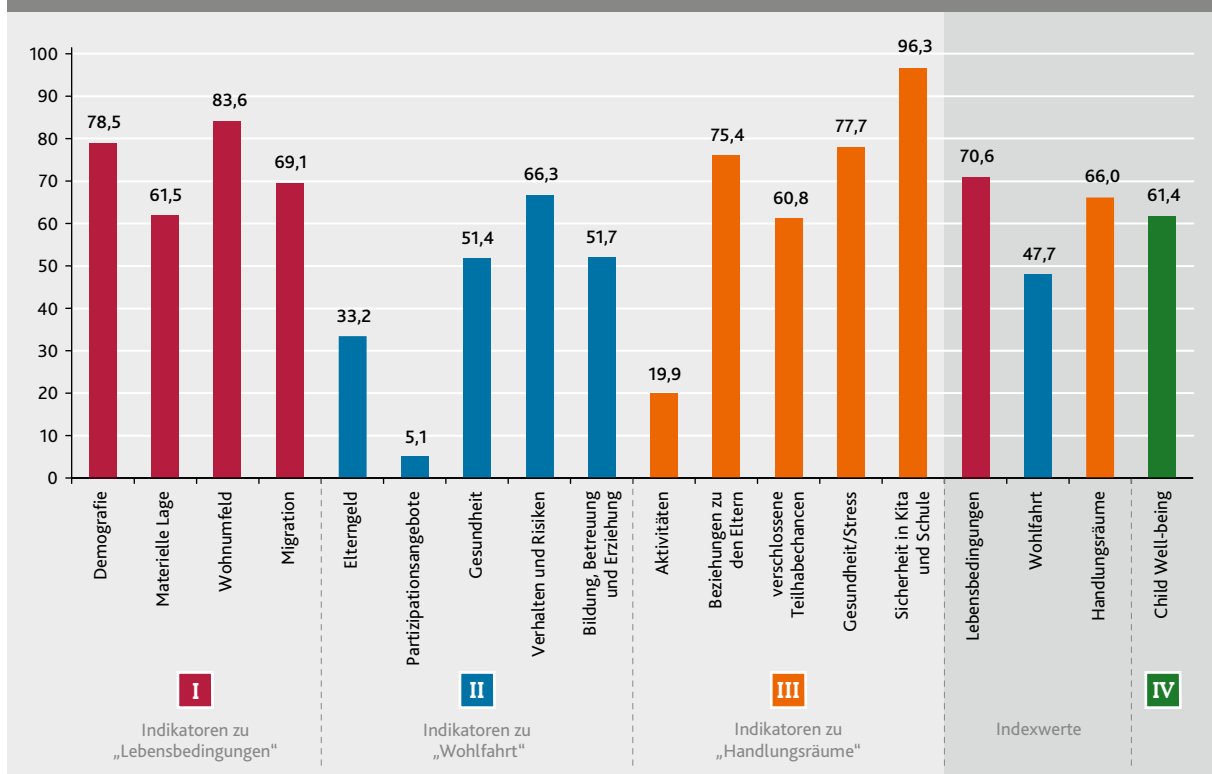
LK Vulkaneifel



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 8,7 %	+ 6,6 %	- 3,3 %	+ 4,0 %
Gruppenzugehörigkeit	B	C	D	B

Westerwaldkreis		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	10.932	6,41	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	13.016	6,45	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	1.610	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	7.853	-16,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.981	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	1.271	0,63	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	3.357	10,74	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	37,05	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	1.402	15,8	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	596	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	18	11,2	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	399	1,02	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	1.066	2,4	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	64	1,63	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	11	0,28	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	14	31,51	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	376	16,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	14	6,2	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	41	18,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	449	8,7	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,4	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	74	2,4	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	89	2,3	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	629	13,4	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	58	1,2	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	223	35,5	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	13.905	75,96	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	293	2,89	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	403	1,03	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	208	9,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,86	‰	gleichaltrige Bevölkerung

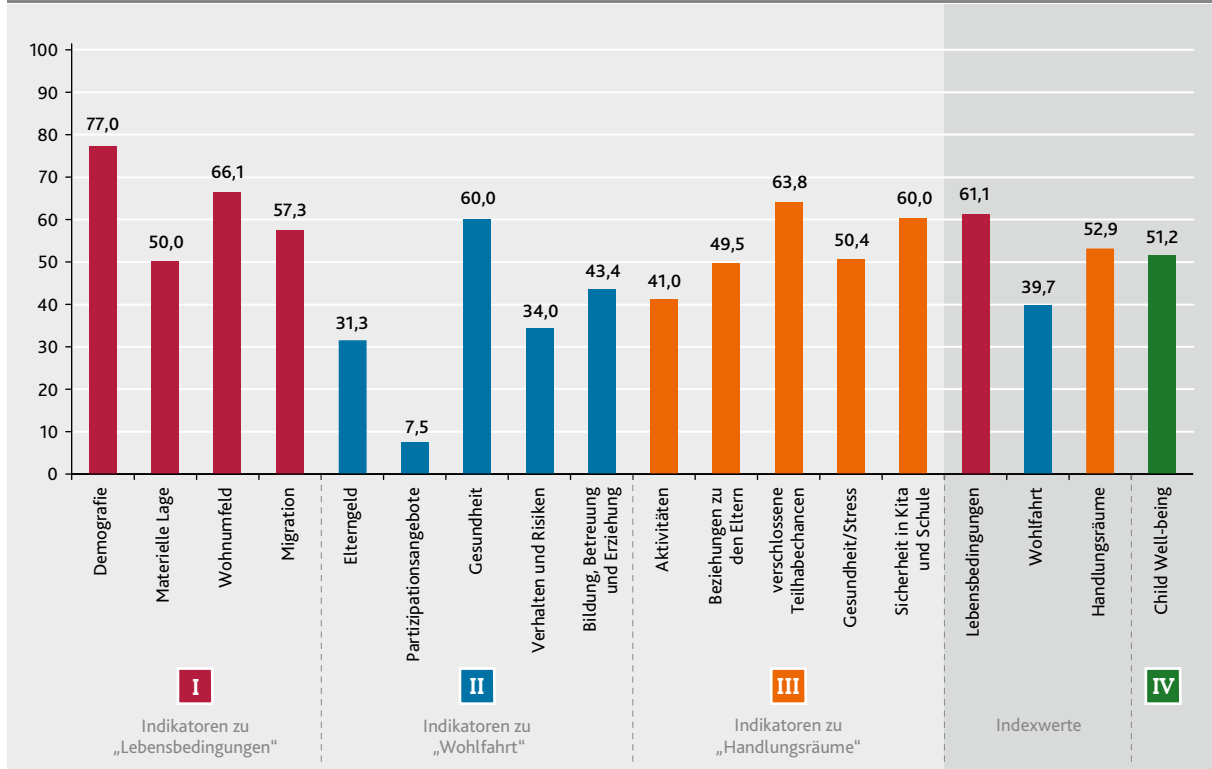
Westerwaldkreis



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	+ 15 %	- 1 %	+ 14 %	+ 10 %
Gruppenzugehörigkeit	A	D	A	B

Worms, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	4.458	6,32	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	4.621	5,62	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	755	0,92	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	1.768	-10	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.402	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	544	0,66	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	2.234	19,24	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	36,65	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	636	20,7	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	567	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	11	14,6	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	137	0,95	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	417	2,55	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	22	1,53	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	20	1,39	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	7	42,77	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	348	34,3	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	14	8,5	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	15	9,1	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	166	7,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	2,4	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	157	13,5	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	8	0,6	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	714	41	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	150	8,6	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	276	38,7	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	10.085	157,33	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	207	5,21	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	173	1,2	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	87	8,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,86	‰	gleichaltrige Bevölkerung

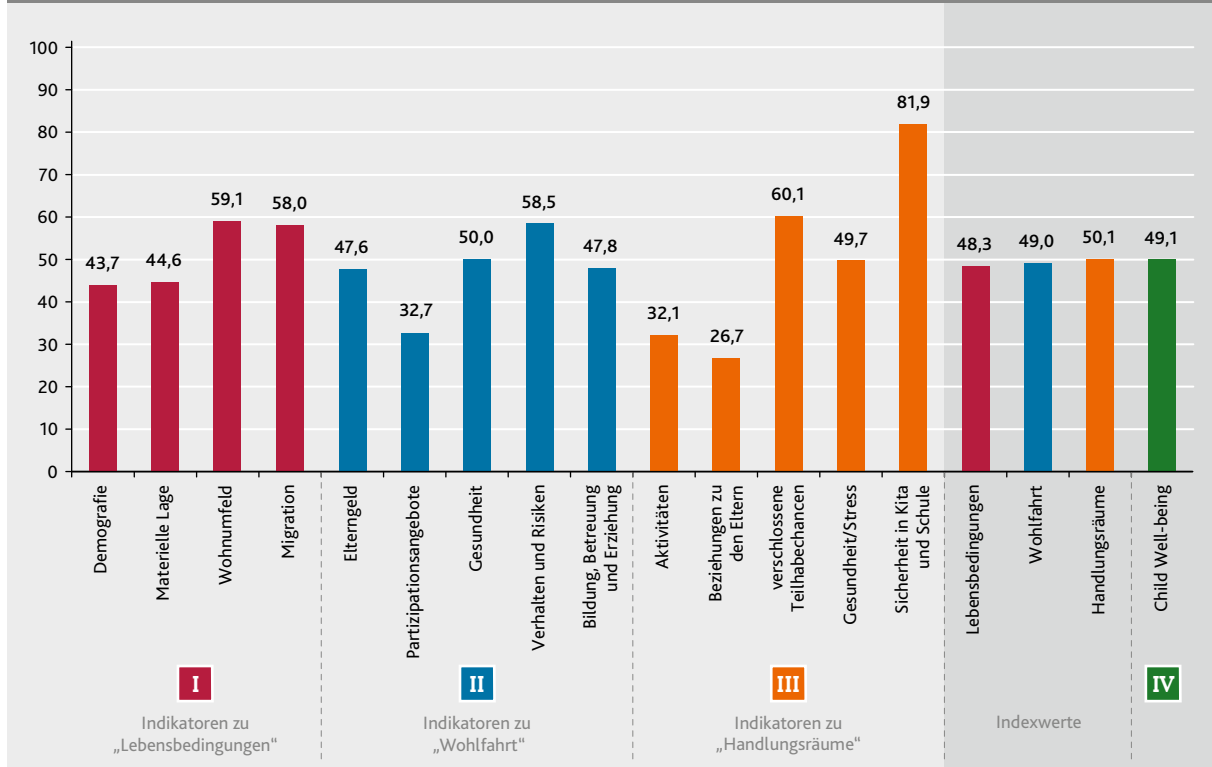
Worms, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	-1 %	-18 %	-9 %	-9 %
Gruppenzugehörigkeit	C	E	D	E

Zweibrücken, krfr. Stadt		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	1.620	5,6	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	1.917	5,52	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	268	0,77	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-jährige	2006 – 2020	1.336	-18,5	%	unter 21-jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	16.105	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	201	0,58	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	901	19,05	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	43,39	‰	15- bis unter 25-jährige
	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	273	20,4	%	alle Schüler/-innen
II WOHLFAHRT	Elterngeld	2007	–	582	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	–	–	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	82	1,4	%	unter 18-jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	135	2,03	%	unter 20-jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	9	1,54	‰	unter 18-jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	10	1,71	‰	unter 18-jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	1	15,03	Pro 100.000	unter 19-jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	224	38,2	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	2	7,4	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	1	3,7	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-jährigen	2008	116	14,9	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	0,9	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	38	8	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-jährigen	2007	8	1,4	‰	unter 18-jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-jährige	2007	167	23,5	‰	unter 21-jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	27	3,8	‰	unter 21-jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	116	69,5	%	alle HzE
III HANDLUNGSRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-jährigen	2008	2.230	80,04	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-jährige	2009	138	7,96	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	91	1,55	%	unter 18-jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	47	8	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	–	0,39	‰	gleichaltrige Bevölkerung

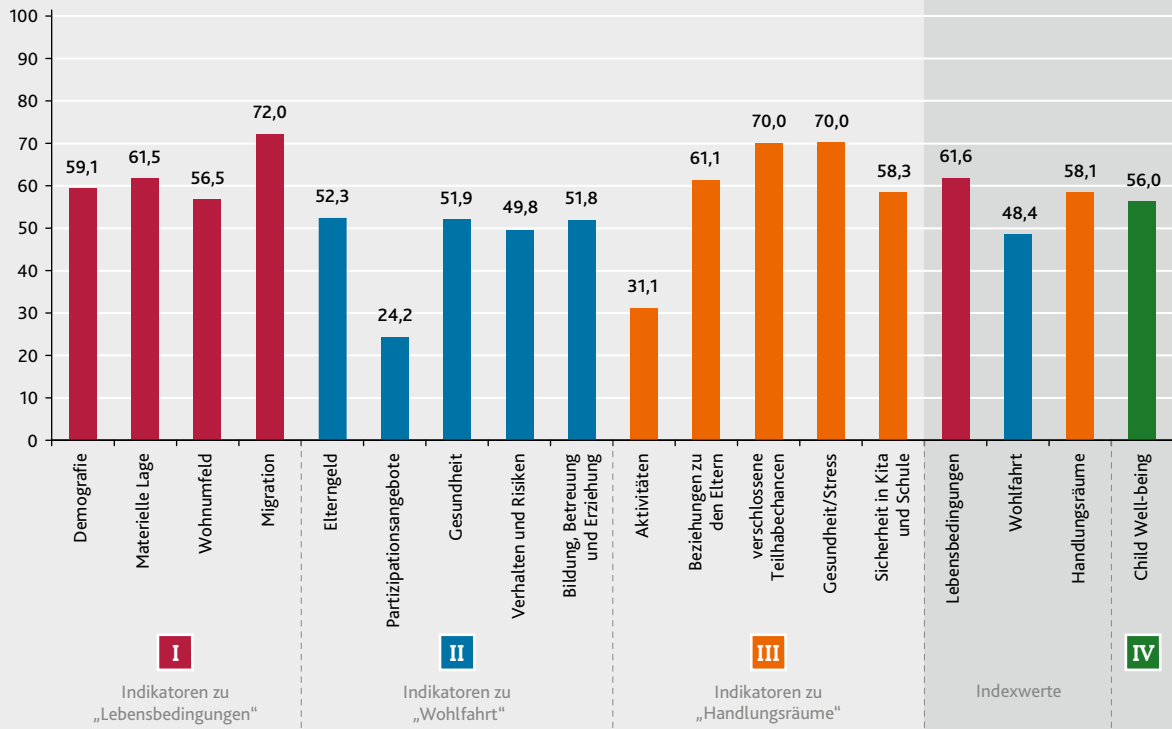
Zweibrücken, krfr. Stadt



	I Lebensbedingungen	II Wohlfahrt	III Handlungsräume	IV Child Well-being
Abweichung zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt	- 22 %	+ 1 %	- 14 %	- 12 %
Gruppenzugehörigkeit	E	D	E	E

Rheinland-Pfalz		Zeitbezug	Wert absolut	Anteil		
				Ø-Wert	Maßeinheit	Bezugsgröße
I LEBENSBEDINGUNGEN	0- bis 6-jährige	31.12.2007	202.208	5,9	%	Gesamtbevölkerung
	14- bis 18-jährige	31.12.2007	236.100	5,8	%	Gesamtbevölkerung
	Geburten pro Jahr	2007	32.536	0,8	%	Gesamtbevölkerung
	Bevölkerungsvorausberechnung unter 21-Jährige	2006 – 2020	148.573	-17,5	%	unter 21-Jährige
	Durchschnittlich verfügbares Einkommen	2006	–	17.538	€	pro Einwohner/-in
	Wohngeldempfänger/-innen	31.12.2007	23.472	0,59	%	Gesamtbevölkerung
	Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren	2006	74.479	13,7	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Arbeitslose unter 25 Jahren	2007	–	35,5	‰	15- bis unter 25-Jährige
II WOHLFAHRT	Schüler/-innen an Grundschulen mit Migrationshintergrund	Schuljahr 2007/08	23.624	14,6	%	alle Schüler/-innen
	Elterngeld	2007	–	613	€	pro Monat
	Lebendgeborene bis 1.499 g	2007	414	12,5	‰	Lebendgeborene
	Behinderte Menschen mit Grad 50 und mehr unter 18 Jahren	31.12.2007	7.614	1,1	%	unter 18-Jährige
	Unfallbeteiligte, getötete und verletzte Personen unter 20 Jahren	2007	15.825	2,0	%	unter 20-Jährige
	Inobhutnahmen (§ 42)	2007	839	1,2	‰	unter 18-Jährige
	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge	2007	596	0,9	‰	unter 18-Jährige
	Sterbefälle unter 19 Jahren	2007	272	31,8	Pro 100.000	unter 19-Jährige
	Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	12.918	27,6	%	alle Schulabgänger/-innen
	Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund mit (Fach-)Hochschulreife	Schuljahr 2006/07	781	15,1	%	alle Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund
	Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	656	13,0	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kita-Besuchsquote der unter 3-Jährigen	2008	13.467	13,9	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Tagespflege unter 3-Jährige (öffentlich gefördert)	2008	–	1,4	%	öffentlich geförderte Tagespflegen
	Vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegen bis unter 15 Jahren	2007	3.529	6,8	‰	gleichaltrige Bevölkerung
	Beratungsstellen: Eckwert der Beratungen nach § 16 SGB VIII der unter 18-Jährigen	2007	741	0,9	‰	unter 18-Jährige
	Hilfen zur Erziehung gesamt (§§ 29-35, 41 SGB VIII) unter 21-Jährige	2007	20.572	25,5	‰	unter 21-Jährige
	Stationäre Hilfen (§§ 34, 35 stat., 41 stat.) pro 1.000 junge Menschen unter 21 Jahren	2007	5.453	6,8	‰	unter 21-Jährige
	Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat. und 41 stat.) an allen HzE	2007	9.461	47,5	%	alle HzE
III HANDLUNGRÄUME	Teilnahme in Sportvereinen der 7- bis 14-Jährigen	2008	314.846	90,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Teilnahme in Musikschulen: 6- bis unter 10-Jährige	2009	10.890	6,4	%	gleichaltrige Bevölkerung
	Kinder in geschiedenen Ehen	2007	8.204	1,2	%	unter 18-Jährige
	Schulclassene ohne Hauptschulabschluss	Schuljahr 2006/07	3.572	7,4	%	alle Schulabgänger/-innen
	Kinder unter 15 Jahren mit Krebserkrankung	Jahrgänge 2004 – 2008	488	0,88	‰	gleichaltrige Bevölkerung

Rheinland-Pfalz





Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR BILDUNG,
WISSENSCHAFT, JUGEND
UND KULTUR

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Poststelle@mbwjk.rlp.de
www.mbwjk.rlp.de